

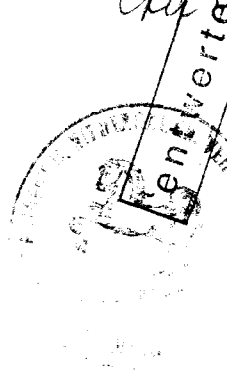


UB Braunschweig

84



4725-971-7

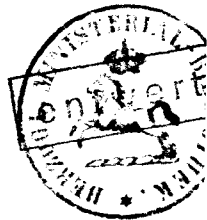




Verzeichnis
der
Verhandlungs-Gegenstände
der
Stadtverordneten-Versammlung
zu
Braunschweig
im Jahre 1905/1906.

. 160/173 28

Druck der Waisenhaus-Buchdruckerei.



U e b e r s i c h t

der

V e r h a n d l u n g s - G e g e n s t ä n d e.

A. Nach der Zeitfolge.

I. 13. April 1905.

	Seite
1. Wahl des Vorsitzenden und seines Stellvertreters	2
2. Wahl der Ausschüsse und Deputationen	2

II. 27. April 1905.

3. Verkauf einer Fläche an der Gammannstraße	10
4. Ueberlassung eines Spielplatzes an die Tennisvereinigung	10
5. Gemeinde-Kirchensteuer für 1905/06	21
6. Antrag E s d o r n: Aenderung der Gehaltsordnung für städtische Beamte	25
7. Vergleichsvorschlag in der Weinbergischen Prozesssache	30
8. Verkauf einer Fläche vom Grundstücke des Pflegehauses	32
9. Einsprachen gegen die Anordnung von Vorgärten für nördlich der Hildesheimerstraße projektierte Straßen	34
10. Aenderungen und Erweiterungen auf den Gaswerken	35
11. Verbreiterung der Sidonienbrücke	35

III. 11. Mai 1905.

12. Gehaltsverhältnisse der Lehrerinnen an den Bürgereschulen	38
13. Gesuch um stadtseitige Uebernahme der katholischen Schule	41
14. Plattenbelag auf einem Fußwege der Landstraße	58

	Seite
15. Heizungsanlage in der Schule an der Maschstraße	58
16. Uebernahme von Straßenkosten der Maschstraße	59
17. Anlage einer Düngergrube bei dem Schlachthaus	59
18. Auswechslung eines Gashauptrohrs an der Hildesheimerstraße	60
19. Beschaffung einer Mehlmischmaschine für die Neustadtzmühle	60
20. Vorschriften über Beaufsichtigung der hiesigen Wohnungen	60
21. Plattenbelag auf den Fußwegen der Japantenstraße	72
22. Abkommen wegen des Spohrplatzes zc.	74
23. Hundesteuer-Erlaßgesuche	77
24. Pensionsberechnung für städtische Beamte	78
25. Erwerb von Flächen zu einer Verbindungsstraße an der Kastanienallee	81
26. Klage auf Erstattung von Stempelkosten	82
27. Bauliche Aenderungen im Feuerlöschgebäude	82
28. Antrag Weichsel: Anordnung von Vorgärten an der Hernaldstraße	83
29. Antrag Peples: Neupflasterung eines Teiles der Kaiserstraße	84
30. Antrag Meyerhoff: Einrichtung einer städtischen Sparkasse	84
31. Antrag Schmidt: Vervollständigung der Wählerlisten	85
32. Anfrage Brückmann: Einrichtung eines Spielplatzes im Westen der Stadt	85
33. Ausbau der Verbindungsstraße an der Korfesstraße zc.	86
34. Aufnahme einer von der Straßeneisenbahn erhobenen Feststellungsklage	87
35. Antrag Schöttler und Gen.: Zeitgemäße Umgestaltung der Städteordnung	87
36. Erwerb von Straßenflächen zc. an der Humboldtstraße	88
37. Antrag Sander: Plattenbelag auf der Lerstraße	88
38. Anfrage Wese meier: Vervollständigung der Wählerlisten	89
39. Erpachtung einer Fläche zum städtischen Lagerplatz	89

IV. 2. Juni 1905.

40. Vorschriften über Beaufsichtigung der hiesigen Wohnungen	92
41. Erhöhung der Bezüge städtischer Arbeiter	108
42. Plattenbelag auf einem Teile der Stiesmarderstraße	116
43. Aufhebung der Straße „Othlienteil“	116
44. Beitrag für die deutsche Heilstätte in Davos	117
45. Rückzahlung von Kanalbaukosten für einen Teil der Hernaldstraße	117
46. Beschaffung von Ausrüstungsgegenständen für die Berufsfeuerwehr	117
47. Hundesteuer-Erlaßgesuche	118
48. Herstellung von Mosaikpflaster am Gaußberge	118
49. Uebernahme von Straßenkosten auf die Kammereikasse	118
50. Beleuchtungsanlage in einer Turnhalle und deren Vermietung	119
51. Errichtung eines Musikpavillons im Stadtpark	120
52. Herstellung neuer Schachtdeckel zc. am Friedrich-Wilhelmsplatz zc.	124
53. Gutachtliche Äußerung über Aenderungen in den Wählerlisten	124

54.	Einfügung einer Deputation zur Vorberatung von Angelegenheiten der vereinigten Versammlung	131
-----	--	-----

V. 15. Juni 1905.

55.	Projekt für die Bürgerschule nördlich der Hildesheimerstraße	136
56.	Antrag Weichsel: Anordnung von Vorgärten an der Howaldtstraße	137
57.	Antrag Pepsies: Kienpflasterung eines Teiles der Kaiserstraße	137
58.	Antrag Sander: Plattenbelag auf der Tierstraße	138
59.	Statut über die Befoldung der städtischen Beamten	139
60.	Aufhebung eines Interessentenweges	146
61.	Mitteilung über Einnahmen und Ausgaben für die katholische Schule	146
62.	Klage auf Erstattung von Stempelposten	156
63.	Beihilfe zu den Kosten des VIII. Deutschen Stenographentages Gabelsberger	156
64.	Ueberlassung eines Grundstücks an den Elisabethverein	160
65.	Erwerb von Flächen zum Ausbau des Bültenweges	162
66.	Verlegung eines neuen Gashauptrohrs	162
67.	Erwerb von Flächen zur Howaldtstraße	163
68.	Feststellung von besonderen Wegegeldbeiträgen	164
69.	Erwerb einer Fläche zum Steinwege	164
70.	Errichtung von vier Wärfen- u. Schuppen	164
71.	Antrag Kalms: Beleuchtung der Hauptstraßen mit elektrischem Licht	165
72.	Antrag Kalms: Errichtung eines Musikpavillons auf dem Löwenwalde	165
73.	Einfriedigung des Museumsgrundstücks	166
74.	Antrag Wesemeier: Verhinderung von Ueberschwenmungen	170
75.	Antrag Fricke: Anbringung von Wasserständen auf den Straßen	171
76.	Anfrage Wesemeier: Besprengen der Straßen	172

VI. 24. August 1905.

77.	Antrag Kalms: Beleuchtung der Hauptstraßen mit elektrischem Licht	177
78.	Antrag Kalms: Errichtung eines Musikpavillons auf dem Löwenwalde	185
79.	Antrag Wesemeier: Verhinderung von Ueberschwenmungen	185
80.	Aufhebung von Teilen der Tauben- und der Spargelstraße	189
81.	Erweiterung der Stallgebäude des Schlachthaus	189
82.	Erwerb einer Fläche bei der Kastanienallee	190
83.	Kostenzuschuß für eine Brücke über den Aue-Tierkanal	190
84.	Ausbau eines Teiles der Gostarschenstraße	191
85.	Klageerhebung gegen die National-Alten-Bierbrauerei	191
86.	Kienpflaster-Herstellung auf der Broikemerstraße	192
87.	Beleuchtungsanlage des Wirtschaftsgebäudes im Bürgerparke	192
88.	Bauliche Änderungen im ehem. Standesamtsgebäude	192
89.	Herstellung von Fußgängerbrücken im Bürgerparke	192
90.	Kostenzuschuß für den Fußballklub „Eintracht“	194

VI

	Seite
91. Aufnahme einer Klage	196
92. Dienst Einkommen für die Stelle eines Brandmeisters	196
93. Bewilligung von Zählgeld zc. an die städtischen Vollziehungsbeamten	197
94. Antrag Wiehle u. Gen.: Aufhebung der Grenzsperre für Vieh	198
95. Antrag Stegmann: Entsendung von Gewerbegerichts-Beisitzern zur Verbandserversammlung	200
96. Antrag Günther: Errichtung einer Zentralbadeanstalt	203
97. Antrag Wesemeier: Einführung der 8stündigen Arbeitsschicht in den Gasanstalten	204
98. Antrag Kiefe: Zulassung der Pferdechlächter zur Schlachthaus-Kühlhalle	205
99. Anfrage Esdorn: Aenderung der Marktordnung	205
100. Anfrage Wesemeier: Vereinfachung der Steueranschriften	206
101. Anfrage Wesemeier: Straßen Sprengung mit Westraut	207
102. Uebertragung von Mitteln auf das laufende Rechnungsjahr	207

VII. 28. September 1905.

103. Antrag Meyerhoff: Einrichtung einer städtischen Sparkasse	211
104. Antrag Günther: Errichtung einer Zentralbadeanstalt zc.	218
105. Einrichtungen für das Grundwasserwerk	231
106. Prüfung der städtischen Haushaltsrechnungen für das Jahr 1902/03	232
107. Statut, betreffend den Verkehr mit Milch	232
108. Aenderung der Marktordnung	233
109. Antrag Esdorn: Errichtung einer Markthalle im Westen der Stadt	245
110. Antrag Kalms: Erweiterung der Befugnisse der Markthallendeputation	245
111. Fluchtlinie für einen Teil der Frankfurterstraße zc.	245

VIII. 12. Oktober 1905.

112. Antrag Wesemeier: Einführung der achsstündigen Arbeitsschicht in den Gasanstalten	248
113. Antrag Kiefe: Schaffung eines Kühlraumes für Pferdefleisch	257
114. Instandsetzung eines Teiles der Gildenstraße	262
115. Wahl von Mitgliedern in die Deputation für Errichtung einer Zentral- badeanstalt	264
116. Plattenbelag auf der Marthastraße	264
117. Anschließung von Quellwasser im Süden der Stadt	266
118. Hundesteuer-Erlaßgesuche	270
119. Anlage von Rohrbrunnen zur Straßenbesprengung zc.	270
120. Instandsetzung eines Teiles der Ritterstraße	271
121. Aufhebung von Teilen eines Interessentenweges	271
122. Unterstützung des hiesigen Verkehrsvereins	272
123. Unterstützung der Abend-Fortbildungsschule	281

	Seite
124. Aufnahme einer Verbindungsstraße zwischen Danum und Bruchtorwall in den Ortsbauplan	281
125. Nachverwilligung von Kosten für die Beleuchtungsanlage im Feuerlöschgebäude	283
126. Ausbau eines Teiles der Frankfurterstraße	284
127. Zuschuß für die Sterbekasse der städtischen Beamten	284
128. Erwerb von Flächen zum Ausbau der Hochstraße	286
129. Nachverwilligung von Kosten für die Brückenanlage im Bürgerparke	287
130. Baulichkeiten auf einem Grundstücke am Dovesee	287
131. Antrag Esdorn: Errichtung einer Markthalle im Westen der Stadt	288
132. Geschäftsordnungs-Debatte	288
133. Antrag Kalms: Einrichtung von Fettviehmärkten	289
134. Antrag Meyerhoff: Feststellung der leerstehenden Wohnungen	290
135. Anfrage Esdorn: Stand der Bahnhofstraße	290
136. Anfrage Jasper: Steuerung der Fleischnot	291
137. Anfrage Peplics: Fertigstellung des freien Platzes an der Bammelsbürgerstraße	292
138. Anfrage Wesemeier: Beschäftigung auswärtiger Steinsetzer	293

IX. 2. November 1905.

139. Antrag Schöttler n. Gen.: Zeitgemäße Umgestaltung der Städteordnung	296
140. Einsprachen gegen die Anordnung von Vorgärten an den Wällen	297
141. Antrag Kalms: Erweiterung der Befugnisse der Markthallendeputation	306
142. Urkundenbuch der Stadt Braunschweig	307
143. Umgestaltung des die Schillereiche umgebenden Platzes	309
144. Antrag Kalms: Einrichtung von Fettviehmärkten	310
145. Aenderungen eines Entwurfs des Ortsbaustatuts	314
146. Bericht über die Tätigkeit der Schulkärzte im Schuljahre 1904/05	321
147. Instandsetzung des ehemaligen Ständesaatsgebäudes	324
148. Rechnungsabschlüsse der Kammereikasse und Nebenkassen für 1904/05	324
149. Erwerb von Grundflächen zum Gaswerke zc. an der Taubenstraße	326
150. Gesuch wegen Einschränkung oder Aufhebung der Sonntagsarbeit im Handelsgewerbe	330
151. Erwerb von Grundflächen zur Waterloostraße zc.	333
152. Aufnahme einer Entschädigungsklage	333
153. Rückzahlung von Kanalbaukosten	334
154. Hundesteuer-Erlaßgesuch	334
155. Beseitigung von Abwässern auf einem Grundstücke der Wolfenbüttlerstraße	335
156. Antrag Bunge: Anlegung einer Schweinezucht auf dem Rieselfute	337
157. Antrag Peplics: Aenderung der Städteordnung	337
158. Antrag Bunge: Aenderung der Städteordnung	337
159. Antrag Jasper: Aenderung der Städteordnung	338
160. Antrag Stegmann: Aenderung der Städteordnung	338
161. Mitteilung des Vorsitzenden	339

VIII

Seite

X. 23. November 1905.

162.	Wahl eines Abgeordneten für den Deutschen Städtetag	342
163.	Anträge verschiedener Stadtverordneten auf Aenderung der Städteordnung	343
164.	Wahl eines Mitgliedes der Statutenkommission	358
165.	Bauprojekt für die städtische Realschule	358
166.	Gesuch um Schaffung eines Spielplatzes im Hohe- und Wilhelmitorbezirke	359
167.	Antrag Bunge: Anlegung einer Schweinezucht auf dem Kieselgute	364
168.	Antrag Meyerhoff: Feststellung zc. der leerstehenden Wohnungen	372
169.	Ausbarmachung des sog. Fettwinkels auf dem Kieselgute	372
170.	Ausbau der Diesterwegstraße und deren Erklärung zur Ortsstraße	373
171.	Anfrage Kalms: Bessere Beleuchtung des Friedrich-Wilhelmsplatzes	374
172.	Anfrage Pelpies: Kürzung des Einkommens der Bütreausgehilfen bei Erkrankungen	374
173.	Anfrage Ahmann: Stand des Tiertalbahnprojektes	375
174.	Antrag Esdorn und Gen.: Teuerungszulage für städtische Bedienstete	377

XI. 22. Dezember 1905.

175.	Erwerb von Grundflächen zum Gaswerk an der Taubenstraße	380
176.	Antrag Esdorn und Gen.: Teuerungszulage für städtische Bedienstete	380
177.	Angelegenheiten der Berufsfeuerwehr und Einsetzung einer Deputation für das Feuerlöschwesen	382
178.	Antrag Ahmann u. Gen.: Lohnbewegung der Gasarbeiter	384
179.	Herrichtung eines Klassenraumes für die Oberrealschule	391
180.	Plattenbelag auf einem Teile der Vertramstraße	392
181.	Verkauf eines städtischen Grundstücks an der Moonsstraße	392
182.	Erhebung einer Klage	393
183.	Rechnungsabschlüsse der Licht- und Wasserwerke für 1904/05	393
184.	Schuldentilgung bei der Neustadtmühle	400
185.	Bepflanzung der Hochstraße mit Bäumen	401
186.	Antrag Kalms: Angabe des Anlagekapitals von Grundstücken zc. im Haushaltsplane	401
187.	Anfrage Jasper: Lohnbewegung der Gasarbeiter	402

XII. 18. Januar 1906.

188.	Erweiterungsbauten am städtischen Pflege- und Krankenhaus	406
189.	Antrag Kalms: Angabe des Anlagekapitals von Grundstücken zc. im Stadthaushaltsplane	411
190.	Antrag Wiehle: Lohnbewegung der Gasarbeiter	411
191.	Einsprachen gegen die Anlegung einer Verbindungsstraße zwischen Damm und Bruchtorwall	411
192.	Zustandsetzung des Klages an der Paulikirche	413
193.	Verwendung der Umsatzsteuer	419

	Seite
194. Vermietung einer Turnhalle und Herrichtung einer Beleuchtungsanlage . . .	428
195. Änderungen des Besoldungsstatuts der städtischen Beamten	429
196. Entlassung und Wahl eines Schüßers bei der Pferde-Aushebungskommission	433
197. Festlegung der offenen Bauweise an verschiedenen außerstädtischen Straßen	433
198. Aufstellung von zwei Gaslaternen	438
199. Projekte über die bessere Beleuchtung des Friedrich-Wilhelmsplatzes . . .	438
200. Ausbau zc. der projektierten Straße Nr. 58	443
201. Vereinbarung mit einem Anlieger der Straße Nr. 52	444
202. Anfrage Stegmann: Fortführung der Arbeiten an dem Schulbau der Hildesheimerstraße	444
203. Hundesteuer-Erlaßgesuch	445

XIII. 15. Februar 1906.

204. Festlegung der offenen Bauweise an verschiedenen außerstädt. Straßen . .	448
205. Aenderweite Beleuchtung des Friedrich-Wilhelmsplatzes	452
206. Antrag Wiehle: Vohubewegung der Gasarbeiter	453
207. Erweiterung der städtischen Bürgerschulen	483
208. Anschaffung zweier Rechenmaschinen	484
209. Feuerungszulage für städtische Bedienstete	484
210. Errichtung einer zweiten Haushaltungsschule	485
211. Kanalisierung einer Strecke des Münzgrabens	485
212. Entfernung von Bäumen an der Hufarenstraße	486
213. Erwerb einer Grundfläche zur verlängerten Wabestraße	487
214. Unterstüßung des Schwesterhauses vom Roten Kreuz	487

XIV. 22. Februar 1906.

215. Ueberwachung der Startstromanlagen	504
216. Verpachtung von Ländereien am Dovesee	509
217. Verpachtung der Fischerei in den Umslutgräben der Oker	510
218. Erweiterung des Baugrundes nördlich der Kreuzstraße	511
219. Erwerb von Grundflächen an der verlängerten Helmstedterstraße	511
220. Anfrage Stegmann: Fortführung der Arbeiten an dem Schulbau der Hildesheimerstraße	515
221. Anfrage Koch: Einfriedigung des Platzes am städtischen Museum . . .	516
222. Anfrage Kalms: Verlegung der Müllabfuhr auf die Vormittage . . .	516
223. Anfrage Sander: Verhältnis der Stadt zu dem Konkurs von Kinkleben	517
224. Antrag Kalms: Aufandsetzung der Karlstraße	518
225. Antrag Wiehle: Beleuchtung des Platzes an der Frankfurter- und Juliusstraße	518
226. Antrag Friede: Anbringung neuer Straßenlaternen	518
227. Antrag Bues: Anbringung weiterer Straßenlaternen	519
228. Antrag Esdorn: Anbringung einer Straßenlaterne	519
229. Anfrage Gasper: Vorbeugung von Verkehrsstörungen durch die Polizei .	519

X

	Seite
230. Kosten für die Ausschmückung von Straßen zc.	524
231. Vergleich im Rindlebenschen Konkurs	525
232. Mittel zur Erweiterung des Bürgerparkes	527
233. Anfrage Fricke: Eröffnung des städtischen Museums	528
234. Anfrage Weichsel: Neuordnung des Droschkenwesens	528

XV. 22. März 1906.

235. Vertrag mit der Gewerkschaft Kalisalzbergwerk Aße	533
236. Instandsetzung der Wendemannschwete	534
237. Antrag Kalms: Instandsetzung der Karlstraße	535
238. Anträge Wiehle, Fricke, Bues, Esdorn: Anbringung neuer Straßenlaternen	535
239. Vermessung einer Straßenfläche zur Aufstellung einer Kaffeehalle	536
240. Prüfung der Stadthaushaltsrechnungen für 1903/04	538
241. Verpachtung der Fischerei in der Oker unterhalb des Petri- und Wendentor- wehres	538
242. Feststellung der Markt- und Ladenpreise von Naturalien zc.	538
243. Zuschuß für das Genesungsheim	541
244. Zuschuß für die Idiotenanstalt Neu-Exterode	542
245. Zuschuß für die Gartenbauausstellung	543
246. Vertrag wegen des Urkundenbuches der Stadt Braunschweig	544
247. Erwerb eines Grundstücks an der Goslarischenstraße	544
248. Erwerb von Grundflächen zum Ausbau der Goslarischenstraße	545
249. Tauschverkehr zwischen dem Herzoglichen, dem vaterländischen und dem städtischen Museum	546
250. Hundesteuer-Erlaßgesuche	552
251. Verlegung der Friedhofsexpedition zc.	553
252. Antrag Esdorn: Errichtung einer Bedürfnisanstalt am Altstadtmarkt	553
253. Gedenkfeier am Herzog Wilhelm-Denkmal	554

XVI. 29. März 1906.

254. Stadthaushaltsplan zc. für 1906/07	558
255. Gemeindefriedensteuer für 1906/07	601

B. Nach den Gegenständen.

(Die Zahlen bedeuten die Seiten.)

Abkommen wegen des Spohrplatzes 74.
 Abschaffung der Stellen von Schulinspektoren 595.
 Abwässer-Beseitigung 335.
 Achtstündige Arbeitsschicht in den Gasanstalten 204, 248.
 Aenderung der Gehaltsordnung für Beamte 25, 196, 197, 374, 377, 380, 429, 484.
 Alkoholgenuß der Schulkinder 590.
 Anfragen der Herren:
 Aßmann: Lohnbewegung der Gasarbeiter 384,
 Stand des Tiertal = Bahnprojektes 375;
 Brückmann: Spielplatz im Westen der Stadt 85;
 Esdorn: Aenderung der Marktordnung 205,
 Stand der Bahnhofsfraße 290;
 Fricke: Eröffnung des städtischen Museums 528;
 Jasper: Lohnbewegung der Gasarbeiter 402,
 Steuerung der Fleischnot 291,
 Vorbeugung von Verkehrshindernissen durch die Polizei 519;
 Kalmß: Bessere Beleuchtung des Friedrich-Wilhelmsplatzes 374, 438,
 Verlegung der Müllabfuhr 516;
 Koch: Einfriedigung des Platzes am Museum 516;
 Peplies: Fertigstellung des Platzes an der Bammelsburgerstraße 292,

Kürzung des Einkommens bei Erkrankungen 374;
 Sander: Verhältnis der Stadt zum Konfurs von Kinkleben 517;
 Stegmann: Fortführung der Arbeiten an einem Schulbau 444, 515;
 Weichsel: Neuordnung des Droschkewesens 528;
 Wesemeier: Beschäftigung auswärtiger Steinsetzer 293,
 Besprennen der Straßen 172, 207,
 Vereinfachung der Steueranschriften 206,
 Vervollständigung der Wählerlisten 89.
 Anordnung von Vorgärten 34, 83, 297.
 Anträge, selbständige, der Herren:
 Bues: Anbringung weiterer Straßenlaternen 519, 535;
 Bunge: Aenderung der Städteordnung 337, 343,
 Anlegung einer Schweinezucht 337, 364;
 Esdorn: Aenderung der Gehaltsordnung für städtische Beamte 25, 139,
 Anbringung einer Straßenlaterne 519, 535,
 Errichtung einer Bedürfnisanstalt 553,
 Errichtung einer weiteren Markthalle 245, 288,

Feuerungszulage für städtische
 Bedienstete 377, 380,
 484;
 Fricke: Anbringung von Wasserstän-
 dern 171,
 Anbringung weiterer Straßen=
 laternen 518, 535;
 Günther: Errichtung einer Zentral=
 Badeanstalt 203, 218;
 Jasper: Aenderung der Städteordnung
 338, 343;
 Kalm: Angabe des Anlagekapitals von
 Grundstücken im Haushaltsplane
 401, 411,
 Beleuchtung der Hauptstraßen
 mit elektrischem Licht
 165, 177,
 Einrichtung von Fettviehmärk=
 ten 289, 310, 532,
 Errichtung eines Musikpa=
 villons 165, 185,
 Erweiterung der Befugnisse
 der Marktdeputation 245,
 306,
 Aufandsetzung der Karlstraße
 518, 535;
 Meyerhoff: Einrichtung einer städti=
 schen Sparkasse 84, 211,
 Feststellung der leerstehenden
 Wohnungen 290, 372;
 Pepsies: Aenderung der Städteord=
 nung 337, 343,
 Neupflasterung der Kaiser=
 straße 84, 137;
 Rieke: Zulassung der Pferdeschlächter
 zur Kühlhalle 205, 257;
 Sander: Plattenbelag auf der Lfer=
 straße 88, 138;
 Schmidt: Vervollständigung der
 Wählerlisten 85;
 Schöttler: Umgestaltung der Städte=
 ordnung 87, 296, 343;
 Stegmann: Aenderung der Städte=
 ordnung 338, 344,

Entsendung von Gewerbege=
 richtsbeisigern zur Ver=
 bandsversammlung 200;
 Weichsel: Anordnung von Vorgärten
 an der Hovaldtstraße 83, 137;
 Wesemeier: Einführung der acht=
 stündigen Arbeitschicht in den Gas=
 anstalten 204, 248,
 Verhinderung von Ueber=
 schwemmungen 170, 185;
 Wiehle: Aufhebung der Grenzsperr
 für Vieh 198,
 Beleuchtung des Platzes an der
 Frankfurter- und Julius=
 straße 518, 535,
 Lohnbewegung der Gasarbeiter
 411, 453.
 Armenärzte betr. 595.
 ASSE-Gewerkschaft betr. 533.
 Aufhebung von Straßen und Wegen 116, 146,
 189, 271.
 Aufnahme von Darlehen 563.
 Aufnahme von Straßen in den Ortsbauplan
 281.
 Anschließung von Quellwasser im Süden der
 Stadt 266.
 Ausbau von Straßen 86, 191, 284, 373,
 443, 581.
 Ausrüstungsgegenstände für die Feuerwehr 117.
 Ausscheiden des Stadts. Wiehle 532.
 Ausschmückung der Straßen 524.
 Ausschreiben der Steuern 582.
 Ausschuß-Wahl 2.
 Badeanstalt betr. 203, 218, 264.
 Bahnhofsfraße betr. 290, 339.
 Bahnprojekt nach Celle betr. 375.
 Baugrund-Erweiterung 511.
 Bauliche Aenderungen in verschiedenen Ge=
 bänden 82, 192, 324.
 Baulichkeiten am Dovesee 287.
 Baumpflanzungen an Straßen 401, 486.
 Bauprojekt für eine Bürgerchule 136.
 Bauprojekt für eine Realschule 358.
 Beamtengehälter u. betr. 25, 78, 139, 196,
 197, 284, 374, 377, 380, 429, 484.

Bedürfnisanstalten betr. 553, 579, 580.
 Behinderung von Mitgliedern am Besuche der
 Sitzungen 38.
 Beihilfen für Vereine zc. 156, 284, 541, 542,
 543.
 Beitrag für die Heilstätte in Davos 117.
 Beleuchtung der Straßen 165, 177, 374, 438,
 438, 452, 518, 518, 519, 519, 535,
 580, 580, 581.
 Beleuchtungsanlagen in Turnhallen 119, 428.
 Beschäftigung hiesiger Einwohner 135, 448.
 Bepflanzung der Straßen 171, 172, 207,
 270, 580.
 Brandmeister Gehalt betr. 196.
 Brücken betr. 35, 134, 190, 192, 287.
 Bürgerpark betr. 192, 192, 287, 527, 563,
 600.
 Bürgerschul Bauprojekt 136.
 Dankschreiben des Kaisers 532.
 Darlehen-Aufnahme 563.
 Davos-Heilstätte betr. 117.
 Deputationswahl 2.
 Deputation für das Feuerlöschwesen 382.
 Deputation für Errichtung einer Zentralbade-
 anstalt 264.
 Deputation zur Vorbereitung der Angelegen-
 heiten der vereinigten Versammlung 131.
 Dienstkleidung für die Feuerwehr 566.
 Döfsece betr. 287, 509.
 Droschkenwesen betr. 528.
 Düngergruben-Anlage beim Schlachthaus 59.
 Dürerbund betr. 557.
 Einfriedigung des Museumsgrundstücks 166,
 516.
 Einsprachen gegen die Anlegung der Ver-
 bindungsstraße am Damm 411.
 Einsprachen gegen die Anordnung von Vor-
 gärten 34, 297.
 Einstellung eines neuen Protokollführers 342.
 Eintritt des Stadtv. Nßmann in die Ver-
 sammlung 342.
 Elektrisches Licht betr. 165, 177.
 Elektrizitätswerk betr. 176.
 Erhöhung der Bezüge der städt. Arbeiter 108.

Erpachtung einer Fläche zum Lagerplatz 89.
 Errichtung eines Musikpavillons am Löwen-
 walle 165, 185.
 Errichtung eines Musikpavillons im Stadt-
 park 120.
 Errichtung von Wärrerschuppen 164.
 Erwerb von Grundflächen und Grundstücken
 81, 88, 162, 163, 164, 190, 286,
 326, 333, 380, 444, 487, 511, 544,
 545.
 Feststellung der leerstehenden Wohnungen 290,
 372.
 Feststellung der Markt- und Ladenpreise von
 Naturalien 538.
 Fettviehmarkts-Einrichtung 289, 310, 532.
 Feuerlöschwesen betr. 10, 82, 117, 283, 382,
 566.
 Feuerversicherungs-Gesellschaften betr. 576.
 Fischerei-Verpachtungen 510, 538.
 Fleischnot-Bekämpfung 198, 210, 291.
 Fluchtkliniken-Klenderung 245.
 Fortbildungsschule betr. 281, 595.
 Friedhofsexpedition betr. 553.
 Fußwegbelegung mit Platten 58, 72, 88, 116,
 118, 138, 264, 392.
 Gartenbau-Ausstellung betr. 543.
 Gasarbeiter betr. 384, 402, 411, 453.
 Gasrohr-Regung zc. 60, 162.
 Gaswerke betr. 35, 204, 248, 326, 380,
 583, 599.
 Gedächtnisfeier am Herzog Wilhelm-Denkmal
 554.
 Gehaltsordnung für städtische Beamte 25, 78,
 196, 197, 284, 374, 377, 380, 429,
 484.
 Gehaltsverhältnisse der Lehrer und Lehrerinnen
 38.
 Gemeinde-Kirchensteuer-Erhebung 24, 601.
 Genesungsheim betr. 541.
 Geschäftsordnung betr. 176, 288.
 Besuche hiesiger Einwohner 134, 135, 136,
 194, 330, 359, 380, 448, 557.
 Gewerbegerichts-Beisitzer 200.
 GewerkschaftASSE 533.

XIV

Grenzperren-Aufhebung 198, 210, 291.
 Grundflächen-Verkauf 10, 32, 392.
 Grundstücks-Abgabe 160.
 Gutachtliche Äußerung über Änderungen in
 den Wahllisten 124.

Haushaltsplan betr. 401, 411, 558.
 Haushaltsrechnungen-Prüfung 232, 538.
 Haushaltschule betr. 485.
 Heizungsanlage in den Schulen 58.
 Herstellung neuer Schachtdeckel 124.
 Herzog Wilhelm-Gedenkfeier 554.
 Hundesteuer-Erlaßgesuche 77, 118, 270, 334,
 445, 552.

Idiotenanstalt Neu-Erkerode 542.
 Instandsetzung von Straßen 136, 192, 262,
 271, 413, 518, 534, 585.

Kaffeehallen-Aufstellung 536.
 Kanalbaukosten betr. 117, 334.
 Kanalisation betr. 124, 485.
 Katholische Schule betr. 41, 146.
 Kirchensteuer-Erhebung 24, 601.
 Klage-Erhebungen und -Aufnahmen 30, 82,
 87, 156, 191, 196, 248, 333, 393.
 Konkurs von Nindleben 517, 525.
 Kosten für Ausschmückung von Straßen 524.
 Kostenzuschuß für den Klub Eintracht 194.
 Krankenhaus betr. 406.

Lagerplatz-Erpachtung 89.
 Leerstehende Wohnungen betr. 290, 372.
 Lehrergehälter betr. 38.
 Lohnerhöhungen für Arbeiter 108.

Männerturnverein betr. 342.
 Markthalle betr. 245, 245, 288, 306, 563.
 Marktordnung betr. 205, 233.
 Marktpreis-Feststellung 538.
 Mähmaschinen-Beschaffung 60.
 Milchverkehr betr. 10, 232.
 Mitteilung des Vorstehenden 339.
 Müllabfuhr betr. 516.
 Münzgraben-Kanalisierung 485.

Museum betr. 166, 516, 528, 546, 564.
 Musikpavillon auf dem Löwenwall 165, 185.
 Musikpavillon im Stadtpark 120.

Nachtwächterlöhne betr. 578.
 Neustadtmühle betr. 60, 400.
 Niederlegung eines Stadtrordneten-Mandats
 532.

Oberrealschule betr. 391.
 Offene Bauweise betr. 433, 448.
 Okerbrücken betr. 35, 134, 190, 192, 287.
 Okerthal-Bahnprojekt 375.
 Ortsbauplan betr. 245, 281, 411.
 Ortsbaustatut betr. 314.
 Othfilienteil-Aufhebung 116.

Paulskirche betr. 413.
 Pensionsberechnung für Beamte 78.
 Pferde-Anschaffungs-Kommission betr. 433.
 Pferdeschlächter betr. 205, 257.
 Pflasterungsarbeiten betr. 84, 137, 192.
 Pflegehaus betr. 406.
 Plattenbelag auf den Fußwegen 58, 72, 88,
 116, 118, 138, 264, 392.
 Platzungsgestaltung an der Schillereiche 38, 309.
 Polizeimaßnahmen-Bekämpfung 519.
 Protokollführer-Neueinstellung 342.
 Prozeßangelegenheiten 30, 82, 87, 156, 191,
 196, 248, 333, 393.
 Prüfung der Haushaltsrechnungen 232, 538.

Rathaus betr. 560, 561.
 Realischul-Bauprojekt 358.
 Rechenmaschinen-Beschaffung 484.
 Rechnungsabschlüsse der Gas- und Wasserwerke
 393.
 Rechnungsabschlüsse der Kammereikasse 324.
 Rieselgut betr. 190, 337, 364, 372.
 Rote Kreuz betr. 487.
 Rückzahlung von Kanalbaukosten 117, 334.

Schillereiche betr. 38, 309.
 Schlachthaus betr. 59, 189, 205, 257, 289,
 310, 532.

Schularzte betr. 321, 565.
 Schulen betr. 38, 41, 58, 119, 136, 146,
 321, 358, 391, 411, 483, 485, 515,
 565, 590, 595.
 Schulinspektoren-Abtheilung 595.
 Sedaufest betr. 566.
 Sonntagsarbeit im Handelsgewerbe 330.
 Sparkassen-Einrichtung 84, 211.
 Spielplätze betr. 10, 85, 135, 359.
 Stadtpark betr. 120, 559, 563.
 Städteordnung betr. 87, 296, 337, 337, 338,
 338, 343, 344.
 Städtetag, deutscher 342.
 Standesamt betr. 583.
 Standesamtsgebäude betr. 192, 324.
 Starkstromanlagen betr. 504.
 Statut, betr. den Verkehr mit Milch 10, 232.
 Statutenkommissions-Ergänzung 358.
 Statut über die Besoldung der städtischen
 Beamten 25, 78, 139, 196, 197, 284,
 374, 377, 380, 429, 484.
 Steinseger-Beschäftigung 293.
 Stempelfosten-Erstattung 82, 156.
 Stenographentag (Sabelsberger betr. 156.
 Steueranschreiben betr. 206, 582.
 Straßenbeleuchtung betr. 165, 177, 374, 438,
 438, 452, 518, 518, 519, 519, 535,
 580, 580, 581.
 Straßenbesprengung betr. 171, 172, 207,
 270, 580.
 Straßeneisenbahn betr. 87.
 Straßenslächen-Verkauf 10, 32, 392.
 Straßen etc., welche behandelt worden sind:
 Aegidienmarkt 309;
 Altstadtmarkt 553;
 Bammelsburgerstraße 292;
 Vertraustraße 392;
 Bindestraße 581;
 Broigemerstraße 192;
 Bruchtorwall 281, 411;
 Büstenweg 162;
 Cammannstraße 10;
 Damm 281, 411;
 Diefterwegstraße 373;
 Elmstraße 519, 535;
 Hasanenstraße 72;

Frankfurterstraße 245, 284, 518, 535,
 536;
 Friedrich-Wilhelmsplatz 124, 374, 438,
 452;
 Gaußberg 118;
 Giesmaroderstraße 116;
 Goslarstraße 191, 544, 545;
 Gildenstraße 262;
 Helmstedterstraße 511;
 Hildesheimerstraße 34, 60, 136, 444,
 515;
 Hochstraße 286, 401;
 Howaldtstraße 83, 117, 137, 163;
 Humboldtstraße 88;
 Hufarenstraße 486;
 Juliusstraße 518, 535;
 Kaiserstraße 84, 137;
 Kaiser-Wilhelmstraße 413;
 Karlstraße 518, 535, 581;
 Kastanienallee 81, 190;
 Korresstraße 86;
 Kreuzstraße 511, 585;
 Landstraße 58;
 Marßall 519, 535;
 Marthaststraße 264;
 Maschstraße 58, 59;
 Mönchstraße 519, 535;
 Rußbergstraße 581;
 Osterstraße 88, 138;
 Ostthilienteil 116;
 Pflegehausstraße 32;
 Radeflint 580;
 Ritterstraße 271;
 Roosstraße 392;
 Spargelstraße 189;
 Spohrplatz 74, 518, 535;
 Steinweg 164;
 Taubenstraße 189, 326, 380;
 Wabeststraße 487;
 Waterloostraße 333, 581;
 Weinbergstraße 585;
 Wendenmischtwete 534;
 Wolfenbüttlerstraße 335.

Tauschverkehr zwischen den hiesigen Museen
 546.

XVI

Tennis-Vereinigung betr. 10.
 Tonerungszulage für städt. Bedienstete 380,
 484.
 Turnhallen-Vermietung v. 119, 428.
 Ueberlassung eines Grundstücks an den Elja-
 bethverein 160.
 Ueberlassung eines Spielplatzes an die Tennis-
 vereinigung 10.
 Uebernahme der katholischen Schule 41, 116.
 Uebernahme von Straßenkosten 39, 118.
 Uebersehennungs-Verhinderung 170, 185.
 Uebertragung von Mitteln auf das neue
 Rechnungsjahr 207.
 Ueberwachung der Starkstromanlagen 304.
 Umgestaltung des Platzes an der Schillereiche
 38, 309.
 Umsatzsteuer betr. 419.
 Unterstützung der Abend-Fortbildungsschule 281.
 Unterstützung des Schwesternhauses vom Roten
 Kreuz 487.
 Unterstützung des Verkehrsvereins 272, 566.
 Urkundenbuch betr. 307, 544.
 Verbreiterung der Sidonienbrücke 35.
 Vereinigte Versammlung betr. 131.
 Vergebung städtischer Arbeiten 134, 569.
 Vergleichsvorschlag in der Weinbergischen Prozeß-
 sache 30.
 Verkauf von Grundflächen 10, 32, 392.
 Verkehrsverein betr. 272, 566.
 Verlegung der Friedhofsexpedition 553.
 Vermietung von Turnhallen 119, 428.

Verpachtung der Fischerei 510, 538.
 Verpachtung von Wänderreien am Dovejer 509.
 Vertrag mit der Gewerkschaft Aße 533.
 Volksküche betr. 324.
 Vollziehungsbeamte betr. 197.
 Vorgärten betr. 34, 83, 137, 297.
 Vorschriften über Beaufsichtigung der Woh-
 nungen 60, 92.
 Vorsitzenden-Wahl 2.
 Wählerlisten-Vervollständigung 85, 89, 121.
 Wärferschuppen Errichtung 164.
 Wahl der Ausschüsse und Deputationen 2.
 Wahl des Vorsitzenden v. 2.
 Wahl eines Abgeordneten für den deutschen
 Städtetag 342.
 Wahl eines Mitgliedes in die Statuten-
 kommission 358.
 Wahl eines Schäfers in die Pferde Aus-
 hebungs-Kommission 433.
 Wasserländer-Anbringung 171.
 Wasserverk betr. 231, 266.
 Wegegeldbeiträge betr. 164.
 Wohnungsbeaufsichtigung betr. 60, 92.
 Wohnungsenquete betr. 290, 372.

Zählgelde für die Vollziehungsbeamten 197.
 Zuschuß für das Gnefungsheim 541.
 Zuschuß für die Gartenbau-Ausstellung 543.
 Zuschuß für die Idiotenanstalt 542.
 Zuschuß für die Sterbekasse der städt. Be-
 amten 284.

1905/1906.

Nr. 1.

B e r i c h t
über die
Verhandlungen der Stadtverordneten
zu Braunschweig
in deren Sitzung vom 13. April 1905.

Tagesordnung:

- | | |
|---|---------|
| 1. Wahl des Vorsitzenden und seines Stellvertreters | Seite 2 |
| 2. Wahl der Ausschüsse und Deputationen | „ 2 |
-

Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister Ketemeyer, Stadträte Meyer, von Frankenberg, Wagner und Lange, sowie Regierungs-Assessor Dr. jur. Hartwig.

Entschuldigt die Herren Frühling und Peplies; später erscheinen die Herren Blasius und Göcke.

Herr Oberbürgermeister Ketemeyer eröffnet in Gemäßheit des § 6 des Verwaltungsgesetzbuchs die Sitzung und bemerkt, daß nach einer ihm vorliegenden Zusammenstellung Herr Lord das an Lebensjahren älteste anwesende Mitglied der Versamm-

lung sei. Er frage zunächst, ob ein Mitglied der Versammlung vor dem 3. Januar 1842 geboren sei. Da sich niemand melde, ersuche er Herrn Lord, den Vorsitz zu übernehmen. (Geschicht.)

Herr Lord: Zunächst liegt mir die angenehme Pflicht ob, diejenigen Herren hier herzlich willkommen zu heißen, die sich zum ersten Male in dieser Versammlung eingefunden haben, nämlich die Herren Ackenhausen, Buchler, Kalms und Lübke. — Nunmehr treten wir in die Tagesordnung ein.

I. Wahl des Vorsitzenden und seines Stellvertreters.

Herr Lord: Wir würden zunächst die Wahl des Vorsitzenden vorzunehmen haben.

Herr Koch: Ich beantrage Wiederwahl des bisherigen Vorsitzenden durch Zurf.

Herr Lord: Erfolgt Widerspruch gegen diesen Antrag? — Das ist nicht der Fall. Wer Herrn Kollegen Wolff wieder zu wählen wünscht, den bitte ich die Hand zu erheben. — Herr Wolff ist gewählt. Ich möchte an den Gewählten die Frage richten, ob er die Wahl annehmen will.

Herr Wolff: Ich nehme die Wahl dankend an.

Herr Lord: Ich freue mich dieses Entschlusses und mit mir wohl die Mehrzahl der Kollegen. Gibt er uns doch unsern bewährten Präsidenten wieder.

Wir kommen nun zur Wahl des stellvertretenden Vorsitzenden.

Dem Antrage des Herrn Koch auf Wiederwahl des Herrn Hauswaldt durch Zurf wird von Herrn Jasper widersprochen. Es muß daher Wahl durch Zettel stattfinden.

Hierbei erhält Herr Hauswaldt 22 Stimmen und Herr Rieke 1 Stimme, während 9 Zettel unbeschrieben sind. Herr Hauswaldt ist demnach gewählt und nimmt die Wahl auch an.

Nunmehr übernimmt Herr Wolff den Vorsitz.

II. Wahl der Ausschüsse und Deputationen.

Vorsitzender: Der Ältesten-Ausschuß hat Ihnen die Vorschläge für die Besetzung der einzelnen Ausschüsse zc. in einem Verzeichnisse überreicht. Wir beginnen mit der Zusammenfügung der Statutenkommission. Vorge schlagen werden dafür die Herren Abmann, Blasius, Brückmann, Bues, Schöttler, Weichsel und Wolff.

Herr Fricke möchte für Herrn Schöttler Herrn Nolte in Vorschlag bringen.

Herr Nolte bittet jedoch, mit Rücksicht auf die ihm zu Gebote stehende geringe freie Zeit von seiner Wahl abzusehen.

Herr Sander: Wenn man die Vorschläge durchsieht, findet man, daß einzelne Herren mit Aemtern geradezu überlastet werden sollen, während andere einfach

bei Seite gehoben wurden. Das ist nicht richtig. Es ist mir nicht bekannt, weshalb die übrigen Herren bei den Vorschlägen nicht berücksichtigt worden sind und es mag sein, daß sie in der Trigonometrie und der Geometrie nicht so bewandert sein mögen, wie andere Mitglieder der Versammlung, aber es kommen hier doch nicht nur theoretische, sondern auch viele praktische Fragen vor, so daß sich das wieder ausgleichen dürfte. Ich erkläre mich daher gegen die aufgestellte Liste.

Vorsitzender: Wir schreiten nunmehr zur Wahl durch Stimmzettel. Sie wollen auf einen Zettel sieben Namen schreiben. (Geschieht.) — Gewählt sind die Herren Ahmann und Wolff mit je 31 Stimmen, Blasius mit 29 Stimmen, Brückmann und Weichsel mit je 28 Stimmen, Bues mit 24 und Schöttler mit 22 Stimmen.

Wir kommen zur Wahl der Finanzkommission. Vorgeschlagen werden die Herren Esdorn, Hauswaldt, Jasper, Jüdel, Lord, Schmidt und Wolters.

Herr Ohlendorf: An Stelle des Herrn Hauswaldt, der für verschiedene Kommissionen vorgeschlagen worden ist, bringe ich Herrn Peplies in Vorschlag.

Herr Hauswaldt (zur Geschäftsordnung): Ich kann mich den Ausführungen des Herrn Sander nicht ganz verschließen, denn auch ich bin der Ansicht, daß in den vier Hauptkommissionen Doppelmandate nicht notwendig sind. Auch kann ich verstehen, daß eine Reihe von Herren, die hier schon längere Zeit sitzen, mit in diesen Kommissionen arbeiten wollen. Sollte es nicht richtig sein, vor der Fortsetzung der Wahl uns weiter hierüber zu unterhalten? Die Herren Göcke, Koch und Sander sind z. B. in keiner dieser Kommissionen.

Herr Brückmann: Der Anregung des Herrn Hauswaldt folgend, möchte ich erklären, daß ich die Wahl zur Statutenkommission nicht annehme, aber in der Schulkommission ganz gern bleiben möchte.

Herr Meyerhoff: Ich schlage dafür Herrn Sander vor.

Herr Rieke: Vier von unseren Kollegen, die schon längere Zeit hier sitzen, nämlich die Herren Peplies, Wiehle, Stegmann und Bunge, sind auch in keiner dieser Kommissionen; ich möchte deshalb Herrn Wiehle für die Statutenkommission vorschlagen.

Herr Rathe: Meiner Ansicht nach empfiehlt es sich, diesmal die Wahlen an der Hand der Vorschläge des Ältesten-Ausschusses vorzunehmen, da wir hier doch nicht öffentlich über die Personenfrage verhandeln können. Bei der nächsten Wahl kann dann nach den gegebenen Gesichtspunkten verfahren werden. Sollten aber die Vorschläge dem einen oder andern nicht passen, so möge er doch andere Vorschläge machen.

Vorsitzender: Wenn der Grundsatz in der Versammlung Beifall findet, daß ein Mitglied der Versammlung nur in einer dieser vier Kommissionen sein soll, so lassen Sie ihn uns auch schon heute durch die Wahl bekräftigen.

Herr Födel: Ich bin der Ansicht, daß die bisherigen Kommissionsmitglieder, soweit sie sich bewährt haben, auch in den Kommissionen zu belassen sind. Wenn wir den Wunsch gekannt hätten, daß ein Stadtverordneter nur in einer dieser Kommissionen sitzen soll, würden wir ihn bei den Vorschlägen gern berücksichtigt haben. Wenn nun jetzt einzelne Herren bereit sind, aus einer Kommission auszuscheiden, um anderen Platz zu machen, so muß der Absicht allerdings Rechnung getragen werden.

Herr Wolters: Ich möchte den Wunsch äußern, aus dem Stadtbauamte auszuscheiden, und dafür den arbeitsfreudigen Herrn Koch vorzuschlagen.

Herr Lord: Ich bitte, mich aus der Schulkommission fortzulassen.

Vorsitzender: Der Ältesten-Ausschuß war der Ueberzeugung, daß Herr Lord gerade in der Schulkommission nicht gut zu entbehren wäre.

Herr Koch: Ich möchte bitten, in der Finanzkommission die bisherigen Herren zu belassen.

Herr Bues: Ich möchte in der Baukommission gestrichen sein und schlage dafür Herrn Fricke vor.

Herr Kathe: Ich bitte, mich aus der Markthallen-Deputation zu streichen.

Nach kurzer weiterer Besprechung wird für Herrn Brückmann Herr Sander mit 21 Stimmen in die Statutenkommission gewählt. 11 Stimmen erhält Herr Wiehle.

Es wird nunmehr zur Wahl für die Finanzkommission geschritten. Gewählt werden durch Stimmzettel Herr Lord mit 34, Herr Wolters mit 33, Herr Jasper mit 29, Herr Esdorn mit 28, Herr Födel mit 27, Herr Hauswaldt mit 26 und Herr Schmidt mit 22 Stimmen.

Für die Baukommission sind vorgeschlagen die Herren Bues, Frühling, Kathe, Lübke, Meyerhoff, Rieke und Wolters.

Herr Wesemeier bittet, solche Mitglieder nicht in die Kommission zu wählen, die mit städtischen Arbeiten zu tun haben, wie das in anderen Städten ebenfalls nicht geschehe.

Herr Wolters erwidert, daß dieser Grund nach Einsetzung einer Deputation für die Vergebung städtischer Bauarbeiten nicht mehr in Betracht komme.

Herr Fricke will dazu bemerken, daß er bis heute noch nicht mit städtischen Arbeiten beschäftigt worden sei und auch in Zukunft nicht darauf reflektiere, wie er anlässlich seiner Wahl in die Versammlung auch ausdrücklich erklärt habe.

Die nunmehr stattfindende Wahl durch Stimmzettel hatte das Ergebnis, daß gewählt wurden die Herren Frühling mit 34 Stimmen, Wolters mit 33 Stimmen, Lübke mit 30 Stimmen, Kathe mit 27 Stimmen, Rieke mit 26 Stimmen und Fricke und Meyerhoff mit je 25 Stimmen.

In die Schulkommission sind fünf Herren zu wählen. Vorge schlagen werden die Herren Blasius, Brückmann, Buchler, Lord und Nolte. Für Herrn Lord, der eine Wiederwahl abgelehnt hat, werden die Herren Günther und Koch vorgeschlagen.

Gewählt werden durch Stimmzettel die Herren Nolte mit 34, Blasius mit 33, Brückmann mit 30, und Buchler und Koch mit je 23 Stimmen.

Durch Zursuf werden sodann gewählt:

Herr Hauswaldt in den Schulvorstand für die Bürger-
schulen;

die Herren Frühling und Probst in den Schulvorstand für
die beiden Mädchenschulen;

Herr Nolte in den Vorstand der katholischen Schule und

die Herren Lord und Schöttler in die Deputation für die
städtische Oberrealschule.

Für die Deputation für die städtische Gewerbeschule sind die Herren Schöttler und Wesemeier in Vorschlag gebracht worden. Es werden weiter vorgeschlagen die Herren Fricke, Göcke und Koch. Gewählt werden durch Stimmzettel die Herren Schöttler mit 24 und Wesemeier mit 17 von 33 abgegebenen Stimmen.

In die Deputation für die Licht- und Wasserwerke werden die Herren Fiedel, Meyerhoff und Schöttler durch Zursuf gewählt, während das vierte Mitglied mittels Stimmzettel zu wählen ist. Im ersten Wahlgange erhalten die Herren Rathe 12, Probst 11 und Ohlendorf 9 Stimmen. In der dann folgenden Stichwahl wird Herr Probst mit 18 Stimmen gewählt, gegen 14, die auf Herrn Rathe entfallen.

Es folgt die Wahl in die Deputation für das Schlachthaus. Vorgeschlagen sind die Herren Blasius und Koch. Gewählt werden: Herr Blasius durch Zursuf und Herr Koch mit 21 gegen 10 Stimmen, die auf Herrn Wiehle entfallen.

Für die Straßenreinigungsdeputation werden die Herren Bues und Rentner Th. Bültmann vorgeschlagen. Gewählt werden: durch Zursuf Herr Bues und durch Stimmzettel (in zwei Wahlgängen) Herr Göcke mit 17 von 31 abgegebenen Stimmen.

Für die Markthallendeputation waren vorgeschlagen die Herren Rathe und Koch. Herr Rathe verzichtet auf dieses Amt und schlägt Herrn Kalms vor, während Herr Ohlendorf Herrn Wiehle in Vorschlag bringt.

Gewählt werden: durch Zursuf Herr Koch und durch Stimmzettel Herr Kalms mit 22 gegen 10 Stimmen, die Herr Wiehle erhält.

Es folgt die Besetzung der Deputation für Aufschließung von Quellwasser. Vorgeschlagen sind die Herren Brückmann, Fiedel, Kiefe,

Schöttler, Wesemeier und Wolters. Da sich Widerspruch erhebt gegen die Wahl durch Zurf wird mit Stimmzetteln gewählt. Hierbei erhalten die sämtlichen in Vorschlag gebrachten Herren die Mehrheit und sind gewählt.

Vor der Wahl in die Deputation für das Rieselgut und die Pumpstation, für die vorgeschlagen werden die Herren Blasius, Schmidt, Wolters, Rentner Ohlmer und Ammann Saul, wird von verschiedenen Seiten betont, daß es wichtig sei, in diese Deputation einige Landwirte zu wählen.

Gewählt werden: durch Zurf die Herren Blasius, Ohlmer, Saul und Wolters, durch Zettel Herr Schmidt mit 20 Stimmen, während 11 Stimmen auf Herrn Bunge entfallen.

In die Deputation zur Einschätzung gewerblicher Etablissements zu besonderen Wegegeld- und Kanalsteuerbeiträgen werden durch Zurf gewählt die Herren Ackenhausen, Buchler, Esdorn, Göcke und Günther.

In die Deputation für den Bürgerpark und Stadtpark ebenfalls durch Zurf die Herren Hauswaldt und Koch, Bankier C. Magnus und Kaufmann A. Rimpau.

Für das Stadtbauamt werden vorgeschlagen die Herren Lübke, Ribbentrop, Riefe und Wolters. Gewählt werden durch Zettel die Herren Lübke mit 28, Wolters mit 20 und Riefe mit 18 Stimmen; während die Herren Fricke und Ribbentrop je 17 Stimmen erhalten. Bei der zwischen beiden stattfindenden Stichwahl erhält Herr Ribbentrop 20 und Herr Fricke 10 Stimmen, so daß ersterer gewählt ist.

Durch Zurf werden sodann gewählt:

in den Gesundheitsausschuß die Herren Blasius, Günther und Meyerhoff, Geh. Medizinalrat Professor Beckurts, Direktor von Feilich, Regierungs-Baumeister Gebensleben, Sanitätsrat Dr. med. Henking und Apotheker Dr. Mehning;

in die Quartierbehörde die Herren Ribbentrop und Wesemeier und als deren Stellvertreter die Herren Sander und Fricke.

Die Wahl in die Kommission für Einschätzung der Gewerbesteuer findet durch Zettel statt. Gewählt werden die Herren Bues mit 23, Ackenhausen mit 21 und Ohlendorf mit 19 von 31 abgegebenen Stimmen, während die Herren Kalms und Sander je 14 Stimmen erhalten. Bei der dann stattfindenden Neuwahl erhalten die Herren Kalms und Sander wohl die meisten der 31 abgegebenen Stimmen, aber keiner die absolute Majorität, so daß Stichwahl zwischen beiden stattfinden hat. Hierbei wird Herr Kalms mit 23 Stimmen gewählt.

In die Kommission zur Begutachtung der Gemeindesteuer-Rekursreklamationen werden gewählt: durch Zurf die Herren Hauswaldt,

Lord und Nolte, durch Zettel Herr Sander mit 20 : 9 Stimmen, die Herr Pepsies erhält.

Ferner wird gewählt durch Zurf
zum Kassenrevisor Herr Buchler und
in das Kirchen- und Stiftungskassen-Kollegium Herr Hauswaldt.

Der Ausschuß zur Schätzung der fruchtttragenden Grundstücke und der gewerblichen Etablissements wird für die Zeit bis zum 31. März 1909 durch Zurf mit folgenden Herren besetzt: Alßmann, Göcke, Ohlendorf, Probst und Schmidt, Kunstgärtner Aug. Wültemann, Dekonom F. Dreves, Landwirt Halbe, Hofrath C. Osterloh und Dekonom D. Struck.

Für die Deputation zur Prüfung des Bahnhofprojektes sind vorgeschlagen worden die Herren Frühling, Hauswaldt, Jasper, Kiefe und Schöttler.

Gewählt werden durch Zettel die Herren Frühling mit 24, Hauswaldt mit 20, Lübke mit 18 und Schöttler mit 17 Stimmen, während ein fünfter Herr eine absolute Mehrheit an Stimmen nicht erhielt. Bei der dann folgenden Neuwahl des fünften Mitgliedes erhielt wiederum kein Herr die absolute Mehrheit. Da die meisten Stimmen die Herren Kiefe (12) und Esdorn (11) auf sich vereinigten, fand Stichwahl zwischen diesen statt, bei der Herr Kiefe 15 und Herr Esdorn 14 Stimmen erhielt. Herr Kiefe ist demnach gewählt.

Schließlich war noch die Deputation für Ausführung städtischer Bauarbeiten zu besetzen und zwar mit zwei Mitgliedern und zwei Stellvertretern. Vorgeschlagen waren die Herren Frühling und Wolters als Mitglieder und Lübke und Kathe als deren Stellvertreter.

Gewählt werden: durch Zurf Herr Frühling als Mitglied und Herr Lübke als Stellvertreter; durch Zettel Herr Wolters als Mitglied mit 22 : 7 Stimmen und Herr Kathe als Stellvertreter mit 21 : 8 Stimmen.

Damit sind die Wahlen erledigt, und die Sitzung wird daher geschlossen.

Dauer von 4 bis gegen 8 Uhr.

Verzeichnis

der am 1. April 1905 im Amte befindlichen Stadtverordneten:

Laufende Nr.	Des Stadtverordneten		Gewählt v. Klasse im Bezirk Laufende Nr.	Des Stadtverordneten		Gewählt v. Klasse im Bezirk Laufende Nr.
	Name	Stand		Name	Stand	
1	Ackenhausen . .	Kaufmann	II IV 18	Noch, Albert . .	Kentner	II I
2	Almann	Geschäftsführer	III II 19	Lord	Hofbuchhändler	II II
3	Blasius, Dr. med., Professor . . .	Prakt. Arzt	20 II III 21	Lübke	Professor	I II
4	Brückmann . . .	Nähmaschinen- Fabrikant	II IV 22 23	Meyerhoff . . .	Schlossermeister	II I
5	Buchler, Walter	Kaufmann	I IV 24	Molte	Veramtsrichter	II III
6	Bues, Heinrich .	Kentner	III I 25	Ohlendorf . . .	Lagerhalter	III IV
7	Bunge	Barbier	III IV 26	Peplies	Geschäftsführer	III III
8	Esdorn	Kaufmann	II IV 27	Probst	Apotheker	I IV
9	Fricke, Louis . .	Malermmeister	III I 28	Ribbentrop . . .	Major a. D.	I III
10	Frühling	Regierungs- Baumeister	I I 29	Riefe	Maurer	III III
11	Göcke, Theod. .	Kreis-Zimmer- meister	II II 30 31	Sander, Karl . .	Malermmeister	II III
12	Günther	Buchdruckerei- besitzer	III II 32	Schmidt, Paul .	Maschinen- fabrikant	I III
13	Hauswaldt, Her- mann	Kommerzienrat	I I 33	Schöttler	Professor	I III
14	Jasper, Dr. jur.	Rechtsanwalt	III II 34	Stegmann	Geschäftsführer	III I
15	Jüdel	Kommerzienrat	II I 35	Weichsel	Rechtsanwalt und Notar	I IV
16	Kalms	Hoftraiteur	II II 36	Wesemeier . . .	Expedient	III III
17	Kathe	Hofwagen- fabrikant	I II	Wiehle	Gastwirt	III IV
				Wolff, Justizrat	Rechtsanwalt und Notar	I II
				Wolters, Dr. jur.	Bierbrauerei- besitzer	I I

1905/1906.Nr. 2.

Bericht

über die

Verhandlungen der Stadtverordneten zu Braunschweig

in deren Sitzung am 27. April 1905.

Tagesordnung:

I. Verkauf einer Fläche an der Cammannstraße	Seite 10
II. Ueberlassung eines Spielplatzes an die Tennisvereinigung	" 10
III. Gemeinde-Kirchensteuer für 1905/06	" 24
IV. Antrag Esdorn: Aenderung der Gehaltsordnung für städtische Beamte	" 25
V. Vergleichsvorschlag in der Weinbergischen Prozeßsache	" 30
VI. Verkauf einer Fläche vom Grundstücke des Pflegehauses	" 32
VII. Einsprachen gegen die Anordnung von Vorgärten für nördlich der Hilde- heimerstraße projektierte Straßen	" 34
VIII. Aenderungen und Erweiterungen auf den Gaswerken	" 35
IX. Verbreiterung der Sidonienbrücke	" 35

Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister Ketemeyer, Stadträte
Haake, Meyer, Ramdohr, von Frankenberg und Wagner, sowie
Regierungs-Assessor Dr. jur. Hartwig.

Nicht anwesend die Herren Alßmann und Rieke, deren Wahl von der heutigen gemeinschaftlichen Sitzung des Magistrates und der Stadtverordneten für ungültig erklärt worden ist.

Nach Eröffnung der Sitzung macht der Vorsitzende, Herr Wolff, von folgenden Eingängen Mitteilung:

- 1) Schreiben des Magistrates, nach dem die Herzogliche Kreisdirection bekannt gibt, daß der Stadt Braunschweig von dem Herzoglichen Staatsministerium zu den ihr aus der besonderen Förderung des Feuerlöschwesens im Jahre 1904/05 erwachsenen Kosten eine Beihilfe von 10000 M verwilligt worden sei.
- 2) Sonderabdruck aus der „Braunschweigischen Landwirtschaftlichen Zeitung“ betreffend Vortrag des Direktors des landwirtschaftlichen Instituts in Hameln, Herrn Professor Dr. Vieth, über Milchkontrolle mit besonderer Berücksichtigung des Statuts über den Verkehr mit Milch etc. in der Stadt Braunschweig. Der Abdruck liegt zur Mitnahme aus.

Sodann wird in die Tagesordnung eingetreten.

I. Verkauf einer Fläche an der Cammannstraße.

Nach dem Ortsbauplane ist dem an der Cammannstraße Nr. 13 gelegenen Grundstücke der Chininfabrik Braunschweig eine 9 qm große Teilfläche der Cammannstraße zuzulegen. Die Firma beabsichtigt, ihr Grundstück an der betreffenden Stelle neu zu bebauen und hat gebeten, ihr die 9 qm zu einem angemessenen Preise zu verkaufen. Wenn auch der Wert des Baulandens in jener Gegend auf 25—30 M geschätzt worden ist, so ersucht der Magistrat doch, der genannten Firma die Fläche zu einem Einheitspreise von 10 M abzutreten, weil sie noch vor einigen Jahren dort verschiedene größere Flächen zu demselben Preise an die Stadt abgetreten hat.

Nach dem Berichte des Herrn Frühling empfiehlt die Baukommission der Vorlage zuzustimmen, was geschieht.

II. Ueberlassung eines Spielplatzes an die Tennisvereinigung.

In der Sitzung vom 17. Dezember 1903 — Seiten 257—276 des Berichtes — beriet die Versammlung über ein Abkommen mit der Vereinigung Braunschweiger Tennisclubs und wies schließlich die Vorlage zur Klärung einiger Differenzpunkte an die Finanzkommission zurück. Bei nochmaliger Behandlung der Vorlage in der Sitzung vom 4. Februar 1904 — Seite 335 des Berichtes — wurde die Verhandlung auf unbestimmte Zeit vertagt, weil noch nicht feststand, ob der Platz bei

dem Umbau des Bahnhofes gebraucht werden würde. Inzwischen hat die Vereinigung Braunschweiger Tennisklubs dem Magistrat mitgeteilt, daß es ihr gelungen sei, die Meisterschaft der Deutschen und damit das größte Nationalturnier für Braunschweig zu gewinnen, und daß sie nach der eingetretenen Klärung der Bahnhofesfrage und der dadurch herabgeminderten Gefahr einer alsbaldigen Entziehung des Platzes auf die früher geforderte Rückzahlung ihrer Anlagekosten verzichten wolle. Hieraus hat der Magistrat Veranlassung genommen, erneut mit der Vereinigung in Verhandlung zu treten und hat sich mit ihr in Abänderung der früheren Vereinbarung auf folgende dem Abkommen zugrunde zu legende Bedingungen geeinigt:

1. Der im Bürgerpark südöstlich der städtischen Badeanstalt gelegene ovale Platz, sowie eine von der Parkdeputation näher zu bestimmende Teilfläche seiner unmittelbaren Umgebung wird der Vereinigung Braunschweiger Tennisklubs unentgeltlich, jedoch gegen Zahlung einer Anerkennungsgebühr von jährlich 5 M zur Abhaltung von Spielen und Turnieren überlassen.

2. Die Spielplatzanlage nebst dem Tennishause wird von der Vereinigung auf deren Kosten hergerichtet; Pläne und Kostenanschläge der einzelnen Teile der Gesamtanlage unterliegen jedoch der Genehmigung des Stadtmagistrates.

Die Herrichtung gärtnerischer Anlagen sowie die Anpflanzung von Bäumen und Gesträuchen innerhalb und in einem Umkreise von 8 m außerhalb des Spielplatzes erfolgt im Einvernehmen mit der Vereinigung durch die Verwaltung des Bürgerparkes auf Kosten der Stadt.

3. Die Spielplatzanlage nebst Zubehör (Gebäude, Einfriedigung) ist für die Dauer des Nutzungsverhältnisses von der Vereinigung auf eigene Kosten in ordnungsmäßigem Zustande zu erhalten; ob und eventuell was in dieser Beziehung zu geschehen habe, hat der Stadtmagistrat nach pflichtmäßigem Ermessen zu entscheiden.

4. Die Anfuhr der zur Anlage und Unterhaltung des Spielplatzes erforderlichen Materialien darf nur auf den durch die Parkdeputation dazu freigegebenen Wegen erfolgen. Die Beseitigung der durch die Anfuhr etwa herbeigeführten Beschädigungen der Parkwege erfolgt auf Kosten der Vereinigung durch die Parkverwaltung.

5. Der Vereinigung steht das Recht zu, die einzelnen Spielplätze zu vermieten; eine Uebertragung des ihr eingeräumten Gesamtnutzungsrechtes auf dritte Personen oder Vereinigungen ist indessen nur mit Genehmigung der städtischen Behörden zulässig.

6. Das der Vereinigung eingeräumte Nutzungsrecht ist zeitlich nicht beschränkt. Der Vereinigung sowohl, wie auch den städtischen Behörden steht indessen das Recht zu, das Vertragsverhältnis unter Innehaltung einer Kündigungsfrist von 6 Monaten

zu lösen, den städtischen Behörden jedoch vor dem 1. Oktober 1930 nur für den Fall, daß nach ihrer Ansicht entweder wichtige städtische Interessen die Beseitigung der Anlage bedingen, oder die Verwaltung der Anlage trotz vorausgegangener Anwendung der Vorschrift unter 3 nach Befinden der städtischen Behörden eine mangelhafte ist.

7. Bei Auflösung des Nutzungsverhältnisses ist die Vereinigung berechtigt und auf Anfordern des Magistrates verpflichtet, die von ihr hergerichteten Anlagen zu beseitigen und die von ihr benutzten Grundflächen einzuebnen. Auf Ersatz jeglicher für Instandsetzung, Unterhaltung und eventuelle Beseitigung der Anlagen gemachten Aufwendungen leistet die Vereinigung Verzicht.

Unter Bezugnahme auf die in der Sitzung vom 17. Dezember 1903 behandelte Vorlage, jedoch unter Abänderung des damals gestellten Antrages, richtet der Magistrat nunmehr mit dem Hinzufügen, daß mit dem Fallenlassen der Forderung des Vereins auf Entschädigung bei vorzeitiger Platzräumung die dem Abkommen entgegenstehenden Hauptbedenken aus dem Wege geräumt sind, sowie daß die Gewinnung der deutschen Tennis-Meisterschaftsturniere für Braunschweig nicht unwesentlich dazu beitragen wird, die Aufmerksamkeit des Sportliebenden und reiselustigen Publikums auf die Stadt Braunschweig zu lenken und den Fremdenzufluß zu heben, an die Versammlung das Ersuchen,

dem Abkommen mit der Tennisvereinigung unter Zugrundelegung der vorstehend mitgeteilten Bedingungen zuzustimmen.

Namens der Finanzkommission berichtet über die Vorlage Herr Hauswaldt: Die Parkdeputation hat erklärt, daß, wenn es nicht möglich wäre, einen anderen Platz zu dem Zwecke heranzuziehen, die Stadt das Opfer bringen müßte, den Platz gegen Erhebung einer Rekognitionsgebühr herzugeben. Es ist auch überlegt worden, ob nicht ein ähnlich großer Platz in einer anderen Gegend des Bürgerparkes, vielleicht am Eisenbüttlerwege, zur Verfügung gestellt werden könnte, jedoch hat sich herausgestellt, daß in absehbarer Zeit daran nicht gedacht werden kann. Die Vereinigung hat sich die allergrößte Mühe gegeben, an irgend einem anderen Punkte der Stadt einen geeigneten Platz ausfindig zu machen, aber alle diese Versuche sind vergeblich gewesen, und wir stehen nunmehr vor der Frage, ob wir der Vereinigung ermöglichen wollen, die großen nationalen Tennisturniere hier abzuhalten, oder nicht. Wollen wir die Möglichkeit bieten, so müssen wir den Platz hergeben; legen wir aber darauf keinen Wert, so lehnen wir die Vorlage ab und es entfällt dadurch die Möglichkeit, die großen deutschen Turniere hier abzuhalten. Persönlich bin ich kein Freund dieser englischen Spiele, für die ich auch wohl zu alt bin, und sie sind mir, wenn auch nicht geradezu verhaßt, so doch unangenehm, aber als ruhig denkender, vernünftiger Mann muß man sich doch sagen, wenn man für die Ueberlassung eines derartigen Platzes eine Reklame für unsere Stadt machen

kann, so soll man den Schritt tun und das ziemlich unbenutzt liegende Terrain für den Zweck hergeben. Eine Klaffe für die Stadt liegt aber darin, wenn aus allen Teilen Deutschlands die Fremden herbeieilen, um sich an dem Turnier zu beteiligen. Die Mehrheit der Finanzkommission empfiehlt deshalb, dem Abkommen mit der Tennisvereinigung, wie es in der Magistratsvorlage dargelegt worden ist, zuzustimmen.

Herr Wesemeier: Es soll hier einer der schönsten Plätze im Bürgerparke einer Reihe von Personen überlassen werden, die nach der mir vorliegenden Mitgliederliste sehr wohl imstande sind, sich einen solchen Platz auf eigene Kosten zu beschaffen. Es handelt sich dabei lediglich um erwachsene Personen, nicht etwa um Kinder, und es ist weiter zu bedenken, daß der Professor Koch in einem im Verein für öffentliche Gesundheitspflege gehaltenen Vortrage geklagt hat, daß es hier an Kinderspielflächen mangle. Heute geht das Bestreben dahin, die Spielfläche für Kinder nicht in eine Ecke zu verlegen, sondern inmitten der schönsten Anlagen. Gerade dieser Platz würde sich aber am besten zu einem solchen Spielfläche eignen.

Nach der Mitgliederliste vom Jahre 1904 hat die Tennisvereinigung 394 Mitglieder, die sich auf 257 Familien verteilen. Unter den 394 Personen befinden sich 231 Damen. Ich erkenne gern an, daß auch die Damen sich Bewegung machen sollen, aber wir können es nicht verantworten, daß im Bürgerparke für eine exklusive Klasse von Menschen ein Platz zum alleinigen Gebrauch hergegeben werden soll, während wir den Platz für die Kinder viel nötiger haben. Bei der vorigen Verhandlung im Dezember 1903 wurde mir entgegengehalten, daß der Vereinigung jedermann beitreten könne; wenn ich mir aber die Mitgliederliste darauf ansehe, so glaube ich behaupten zu können, daß durch den Eintritt von zehn Arbeitern oder kleinen Handwerkern die ganze Vereinigung gesprengt werden würde.

Jetzt wird auch wieder behauptet, daß der Platz schon um deshalb hergegeben werden müsse, um den Fremdenverkehr zu heben. Es haben hier Kongresse von großen Arbeiterverbänden getagt, die es auch nicht für nötig gehalten haben, sich um irgend welche Unterstützung an die Stadt zu wenden, ohne daß der Fremdenverkehr dadurch geschädigt wäre. Auch der Altstadt-Kathausaal ist den Arbeitern zur Abhaltung einiger Vorträge vorenthalten worden. Ich halte es geradezu für ungeheuerlich, daß wir einen solchen Platz bis zum Jahre 1930 an einige Familien vergeben sollen. Wenn man den Fremdenverkehr heben will, so gibt es dazu noch ganz andere Mittel. Ich möchte also bitten, die Vorlage abzulehnen und den Platz zu einem Spielplatz für Kinder umzugestalten. Ein begründeter Spielplatz ist nicht mit großen Kosten zu unterhalten und wird seinen Zweck weit besser erfüllen, als wenn er einer verhältnismäßig kleinen Gesellschaft als Tennisplatz überwiesen wird.

Herr Kolte: Ich möchte bitten, den Antrag der Finanzkommission anzunehmen. Die eben gehörten Ausführungen treffen insofern nicht ganz zu, als wir im Bürgerpark schon in ziemlicher Nähe einen Kinderspielfeld haben und wir unmöglich zwei solche Plätze in unmittelbarer Nähe anlegen können. Außerdem ist in Aussicht genommen, an dem Eisenbühlwege demnächst noch einen Kinderspielfeld anzulegen, wodurch das Bedürfnis an dieser Stelle wohl gedeckt sein dürfte. Für die Genehmigung der Vorlage scheint mir auch noch der Umstand zu sprechen, daß das Tennisspiel immerhin eine löbliche Beschäftigung ist, wenn ich auch nicht dafür schwärme, weil es ein englisches Spiel ist, sondern weil es sich dabei um ein Bewegungsspiel handelt, das Geist und Körper stählt. Das Tennisspiel übt auch eine außerordentliche Anziehungskraft auf das Publikum aus, wie man bei den früheren Spielen regelmäßig hat beobachten können, und ich betrachte es als einen Segen, wenn solche Veranstaltung der Bürgerschaft Veranlassung gibt, den Bürgerpark noch mehr zu benutzen als bisher. Der Park ist außerdem so groß, daß eine Wegnahme dieses jetzt ganz nutzlosen Platzes für absehbare Zeit keinen Bedenken unterliegt und zwar um so weniger, als der Magistrat den Platz nach dem Vertrage im Bedarfsfalle zurücknehmen kann.

Herr Stadtrat Meyer: Herr Wesemeier stimmt insofern mit dem Magistrate überein, als er eine Vermehrung der Spielplätze im allgemeinen wünscht; er wendet sich aber dagegen, daß der Magistrat den Platz für eine exklusive Gesellschaft hergeben wolle. Dieser Punkt ist auch schon in der früheren Verhandlung erörtert worden. Richtig ist es, daß die Mitglieder der Tennisvereinigung im allgemeinen aus den vermögenderen Klassen stammen und sie auch in der Lage sein würden, sich ein geeignetes Grundstück zu beschaffen. Nun ist aber schon vom Herrn Referenten erwähnt worden, daß die Vereinigung sich alle Mühe gegeben habe, ein entsprechendes Terrain zu bekommen, jedoch ohne Erfolg, im Gegenteil von einer Stelle, die ihr hätte Entgegenkommen zeigen können, ist sie sogar ablehnend beschieden worden. Dagegen ist es nicht richtig, daß den arbeitenden Klassen in dieser Beziehung von der Stadt kein Entgegenkommen gezeigt werde. Bei dieser Behauptung hat sich Herr Wesemeier darauf berufen, daß z. B. der Altstadt-Rathausaal dem sozialdemokratischen Arbeiterverein zur Abhaltung von Vorträgen verweigert worden sei. Das ist ein Irrtum, der Magistrat hat sich nur vorbehalten, die Themat, über die referiert werden sollte, vorher zu kennen.

Weiter ist hierbei zu beachten, daß die Vereinigung noch ein verhältnismäßig großes Kapital von mehr als 40 000 M in den Platz stecken muß, ehe darauf Spiele abgehalten werden können. Dem gegenüber kommt noch in Betracht, daß die Stadt an der Abhaltung der Spiele insofern ein großes Interesse hat, als es sich darum dreht, die internationalen Wettspiele hierher zu verlegen. Wird aber der Augenblick jetzt verpaßt, weil die Vereinigung für die Turniere einen geeigneten

Platz nicht zur Verfügung stellen kann, so werden diese der Stadt für immer verloren gehen; es liegt also wohl im Interesse der Stadt, hier einzugreifen. Sodann möchte ich auch noch widersprechen, daß der betr. Platz der schönste im Bürgerpark sein soll. Wenn auch die Ausschaltung des Platzes zu Tenniszwecken insofern nicht angenehm ist, als das Gelände dort gerade sehr schmal ist und es für den Parkbesucher eine gewisse Störung verursachen wird, wenn er diesen Teil des Bürgerparkes betritt, so muß doch erwogen werden, daß es innerhalb des Parkes einen anderen Platz nicht gibt. Ich muß daher wiederholt anheimgeben, der Vorlage zuzustimmen.

Herr Koch: Ich habe mich in der Parkdeputation gegen die Vorlage ausgesprochen und bin auch jetzt noch derselben Ansicht. Dagegen erkläre ich mich bereit, der Tennisvereinigung den Platz für dieses Jahr zur Abhaltung ihrer internationalen Turniere zu überlassen, um ihr deren Veranstaltung zu ermöglichen. Es handelt sich hier um den schönsten Platz, um die Perle des Bürgerparkes, der eine Zierde des Parkes sein wird, wenn die Bäume und Büsche dort in vollster Blüte stehen werden. (Widerspruch.) Wenn wir der Vorlage zustimmen, so erfordert die Instandsetzung des Platzes die Anfuhr einer großen Masse von Grand, Schlackensteinen zc. im Umfange von etwa 16000 cbm, wodurch die Wege des Bürgerparkes vollständig zerfahren werden. Oben bauen wir an dem unfertigen Teile des Bürgerparkes immer noch herum und hier, wo wir eigentlich fertig sind, fangen wir dasselbe Manöver wieder an und lassen die schönen herrlichen Wege ruinieren. Darum soll man den Leuten den Platz für dieses Jahr überlassen und ihnen im nächsten Jahre in dem jetzt noch unfertigen Teile des Bürgerparkes einen Tennisplatz einräumen. In anderen Städten hat man innerhalb der öffentlichen Anlagen keine Tennisplätze (Widerspruch), mit Ausnahme der Badeorte. Es ist mir das bekannt aus Karlsruhe, Hamburg, München, Oldenburg, Bremen, Berlin. In Frankfurt a. M. befinden sich wohl Tennisplätze im Palmengarten, jedoch ist das keine städtische Anlage, sondern ein Aktienunternehmen. Wir sind der Vereinigung schon genügend dadurch entgegengekommen, daß sie die Plätze an der Hennebergstraße benutzen kann. Ich kann es Herrn Promenadeninspektor Kreiß wohl nachfühlen, daß er für die Anlegung weiterer Tennisplätze in dem fertigen Teile des Bürgerparkes nicht zu haben ist.

Herr Stadtrat Meyer: Die Parkdeputation war ursprünglich in ihrer Mehrheit der Ansicht des Vorredners, also den Platz der Tennisvereinigung provisorisch auf ein Jahr zur Verfügung zu stellen. Die Vereinigung hat auf das Angebot aber erklärt, daß der Platz in seinem jetzigen Zustande für das große internationale Spiel ungeeignet sei und er vor seiner Benutzung befestigt, abgemessen und umzäunt, also ein großes Kapital hineingesteckt werden müsse. Das lasse sich aber auf ein Jahr nicht durchführen. Diese Gründe kann man nicht von der Hand weisen.

Auch das von Herrn Koch vorgetragene Bedenken wegen der Abnutzung der Parkwege ist nicht zutreffend, weil die Parkdeputation sich die Bestimmung der An- und Abfuhrwege im Bürgerpark ausdrücklich vorbehalten hat. Ich halte es z. B. nicht für ausgeschlossen, daß durch die Legung von Schwellen ein verhältnismäßig gut befestigter provisorischer Weg geschaffen werden kann. Da nun außerdem die Instandsetzung des Platzes sehr beschleunigt werden muß, weil das große Preispiel schon in diesem Jahre stattfinden soll, so wird die Belästigung des Publikums durch die Instandsetzungsarbeiten nicht allzu lange dauern.

Wenn nun ferner gesagt worden ist, es fehle im Bürgerpark ein Kinderspielfeld und dieser Platz sei dazu sehr geeignet, so will ich bemerken, daß der Magistrat schon in voriger Woche Anweisung erteilt hat, das in der Nähe der Wolfenbüttler- und Eisenbüttlerstraße liegende Terrain des Bürgerparkes zum Spielfeld allgemein freizugeben, und daß zu hoffen steht, dieser Spielfeld werde in verhältnismäßig kurzer Zeit zur Verfügung stehen.

Herr Esdorn: Die letzteren Ausführungen freuen mich. Ich gehöre zur Minderheit der Finanzkommission, die der Vorlage nicht zugestimmt hat. Herr Kolte wünscht, daß die Bürgerschaft den Bürgerpark mehr benutzen möchte und glaubt, daß er durch Errichtung der Tennishütten eine größere Anziehungskraft auf das Publikum ausüben würde. Ich bin aber vom Gegenteil überzeugt, denn der Allgemeinheit liegt nichts daran, dem Tennisspieler zuzusehen. Besser wäre es schon, einen Spielfeld dorthin zu verlegen. Wenn dieser Platz heute noch nicht der schönste Platz im Bürgerpark ist, so kann er es doch bei seiner herrlichen Lage noch werden. Einen solchen Platz aber einer sehr vermögenden Gesellschaftsklasse zur ausschließlichen Benutzung zur Verfügung zu stellen, kann ich mich nicht entschließen. Auch die Herzogliche Kammer hat es abgelehnt, der Vereinigung im Prinzenpark oder auf der daneben liegenden Länderei einen Platz zu überweisen und unter solchen Umständen sollen wir dafür eintreten? Ich bitte die Vorlage abzulehnen.

Herr Blasius: Ich möchte um Annahme der Vorlage bitten. Es ist schon öfter gesagt worden, man sollte schon aus Gesundheitsrücksichten die Spiele im Freien fördern. Das gilt aber nicht nur für die Spiele der Kinder, sondern auch für die der Erwachsenen. Ob es sich dabei um ein deutsches, englisches oder französisches Spiel handelt, kann doch wohl gleichgültig sein; denn wenn man im Auslande ein schönes Spiel findet, so sehe ich nicht ein, weshalb man es nicht auch hier einführen und weiter durchbilden soll. Das Tennisspiel hat sich als ein nationales Spiel auch hier eingebürgert und es ist so gesund, daß man seitens der Versammlung alles tun müßte, um nicht ein Hindernis eintreten zu lassen, daß das Spiel hier so ausgeübt werden kann, wie es ausgeübt werden muß. Wenn Herr Hauswaldt meint, er wäre für das Tennisspiel zu alt, so möchte ich ihm widersprechen; ich

glaube, es würde für ihn sehr gut sein. (Heiterkeit.) Ferner ist gesagt worden, der Platz solle für die ärmeren Volksklassen reserviert bleiben. Wir sind aber stadteitig verpflichtet, für alle Gesellschaftsklassen etwas zu tun, weshalb sollen wir daher nicht auch für die Tennisgesellschaft, die keinen anderen Platz hat finden können, eintreten? Uebrigens hat die Herzogliche Kammer über den Prinzenpark nicht zu verfügen, sondern eine andere Instanz, die wahrscheinlich das ablehnende Votum abgegeben haben wird. Lassen Sie uns die Abhaltung solcher internationalen Turniere hier nicht unmöglich machen, sie haben immerhin einen gewissen Nutzen für die Stadt. Ich sehe auch nicht ein, weshalb Herr Koch einen Unterschied macht zwischen Badeorten und Nichtbadeorten. In Wiesbaden sind die Tennisplätze eine Zierde des ganzen öffentlichen Parkes, und ich wollte nur, wir hätten über dieselbe Steuerkraft zu verfügen wie Wiesbaden, dann wäre uns geholfen. Der Hauptgrund für die frühere Ablehnung des Antrages der Tennisvereinigung lag in der Bahnhofsfraße; da diese aber jetzt nicht mehr in Betracht kommt, so bitte ich um Genehmigung der Vorlage.

Herr Meyerhoff: Ich kann Herrn Wesemeier nicht zustimmen, daß es sich hier um den schönsten Platz im ganzen Bürgerpark handeln soll. Der Platz ist sehr sonnig und kann unmöglich für den schönsten Platz des Parkes angesehen werden. Kleine Kinder sollen sich ja allerdings in der Sonne am wohlsten fühlen, aber nach meinem Geschmack gibt es noch schönere Plätze. Außerdem wurde erwähnt, der Platz sollte an nur 257 Familien abgegeben werden, das sind aber Familien, die eine ganze Masse an Steuern zum städtischen Haushalt beitragen.

Herr Wesemeier meint dann weiter, diese Leute könnten sich an anderer Stelle einen eigenen Platz anschaffen. Demgegenüber möchte ich fragen, welche andere Gesellschaft wohl 25 000 M. zur Herrichtung eines Platzes aufwenden würde? Und mit dieser Summe kommen die Herren nicht einmal aus, wenn 16 000 ehm Material angefahren werden sollen. Den 257 Familien kann man aber auch einmal entgegenkommen. Die Stadt geht mit dem abzuschließenden Vertrage kein Risiko ein, denn sollte die Bahnhofsfraße sich noch so entwickeln, daß eine Bahnlinie durch den Park verlegt würde, so müßte die Vereinigung eben den Platz wieder räumen, ohne daß die Stadt dadurch Schaden erlitte.

Es wurde auch eingewendet, daß die Spaziergänger unter der Einrichtung leiden sollten; im Gegenteil, es gibt für den Zweck gar keinen besseren Platz, da Tausende von Zuschauern rechts und links des Platzes an dem Spiele ihre Freude haben können, was bislang nicht möglich war. Man klagt immer, Braunschweig biete den Fremden nichts, jetzt kommt nun einmal die Gelegenheit, zur Hebung des Fremdenverkehrs beizutragen — denn zu den Turnieren kommen die Leute aus den weitesten Gegenden her und bringen Geld in die Stadt — und nun will man die Gelegenheit vorübergehen lassen. Wäre es nicht wünschenswert, daß wir alle

Jahre zehn solcher Tagungen hier hätten? Ich bedaure es heute noch, daß das Projekt des Zirkusbaues kaput gegangen ist. Genehmigen Sie bitte die Vorlage, sonst wird man mit Recht sagen: Braunschweig will wohl alles von den Fremden haben, es will aber nichts dafür tun.

Herr Kalms: Den Worten des Herrn Meyerhoff kann ich nur zustimmen. Die Magistratsvorlage hat nicht nur bei den Tennisspielern, sondern auch bei den Grundstücksbesitzern, den Gewerbetreibenden und den Handwerksmeistern Freude hervorgerufen, da die Gewinnung der deutschen Tennismeisterschaft nicht unwesentlich dazu beitragen wird, den Fremdenverkehr hier zu heben. Einen Fremdenzufluß müssen wir aber wirklich haben. Es handelt sich bei der Einrichtung eines solchen Turnierplatzes nicht nur um die Fremden, die zu den Spielen hierherkommen, sondern hauptsächlich auch um solche Leute, die hier einen dauernden Aufenthalt suchen. Wir können stolz sein auf unsere schöne Stadt, aber zur Unterhaltung der Einwohnerschaft bieten wir herzlich wenig, und zu einer solchen Unterhaltung gehört vor allem der Sport. Dabei spielt die Gesellschaftsklasse keine Rolle, sondern es handelt sich darum, daß die Leute, welche zu den nationalen und den internationalen Tennisspielen hierher kommen, Braunschweig sehen und es nach außen als zweckmäßig zum dauernden Aufenthalte empfehlen. Ich kann auch nicht finden, daß die Anlage eines Tennisplatzes die Spaziergänger stören soll, im Gegenteil, der Bürgerpark wird dadurch nur noch mehr belebt. Wer in Dresden den „Großen Garten“ gesehen hat, wird sich über den dort herrschenden lebhaften Verkehr gefreut haben. Sollten aber einige Spaziergänger ruhige Wege suchen, so brauchen sie diesen Teil des Parks nicht zu benutzen und können ihrem Wunsche bei der Größe des Parks trotzdem Rechnung tragen. Meiner Ansicht nach liegt die Sache durchaus im Interesse des Verkehrs der Stadt und im Interesse der Allgemeinheit, und ich weiß, daß sich eine Menge Bürger über das Vorgehen des Magistrates gefreut haben. Hoffen wir, daß wir auf diesem Gebiete noch mehr zu erwarten haben.

Herr Frühling: Ich möchte mich für den Antrag erklären. Es ist bisher von keiner Seite angefochten worden, daß die Herziehung der internationalen Tennisspiele und die Pflege des Tennissports für die Stadt pekuniäre Vorteile bringen wird, ebenso, daß der Stadt diese ganze Sache gar nichts kosten soll. Der Punkt ist aber sehr wichtig. Gegen die Vorlage sind nur zwei Gesichtspunkte geltend gemacht, nämlich erstens, daß die Bevorzugung einer einzelnen Gesellschaftsklasse nicht gerechtfertigt wäre und zweitens, daß wir die Wege des Bürgerparkes verunzieren und der Schönheit des Parks Eintrag tun ließen.

Was den ersten Punkt betrifft, so bin ich entgegengesetzter Meinung. Wir haben nicht nur das Recht auf Annehmlichkeit und Erleichterung des Lebens für die Arbeiterklasse zu vertreten, sondern auch für die anderen hiesigen Bürger, die

in gewisser Weise doch wohl auch eine Daseinsberechtigung haben dürften. Der Umstand, daß die Tennisvereinigung nicht mehr Mitglieder hat, liegt nicht daran, daß sich nicht soviel Leute dafür interessieren, sondern allein daran, daß hier zu wenig Spielplätze sind. Jedes Jahr laufen um die sieben Tennisplätze im Bürgerparke 50—60 Bewerbungen ein. Nur der Mangel an Spielplätzen trägt die Schuld daran, daß sich das Tennisspiel hier nicht mehr einbürgern kann. Die schon mehrfach erwähnten 257 Familien haben aber auch ein Recht, berücksichtigt zu werden, und wenn sie sich erbieten, für den Platz noch 40 000—45 000 M aufzuwenden, wodurch der Stadt große Vorteile erwachsen, so müssen wir mit in Kauf nehmen, daß vielleicht nach der Ansicht einiger Parkbesucher die Schönheit des Bürgerparkes etwas leiden könnte. Es bleibt dabei auch zu berücksichtigen, daß manche Familien von Braunschweig wieder fortziehen könnten, wenn ihren Kindern keine Gelegenheit geboten wird, hier zu spielen. Ich möchte also aus Gründen der Gerechtigkeit, nicht aber um eine Gesellschaftsklasse zu bevorzugen, bitten, für die Magistratsvorlage zu stimmen, zumal der Stadt daraus keine Kosten erwachsen werden.

Hinsichtlich des zweiten Punktes will ich bemerken, daß zu meinem Erstaunen der Platz mit einem Male zu einer Perle des Bürgerparkes geworden ist (Heiterkeit), während bisher jeder gesagt hat, daß es sich dabei um eine vollständig verfehlte Anlage handle. (Zustimmung.) Der Platz war besonders für Radfahrer angelegt; als sich aber herausstellte, daß er für den Zweck gar nicht zu gebrauchen war, lag er als ein ganz verfehlter Platz mitten im Bürgerparke, über dessen Anlage jeder lachte. Nun findet sich eine Gelegenheit, den Platz günstig auszubauen und auszunutzen, da ist er mit einem Male zu einer Perle geworden, an der bei seiner Ausnutzung nicht einmal jemand vorbeigehen kann, ohne unangenehm berührt zu werden (Heiterkeit). Es mag Leute geben, die das Tennisspiel nicht lieben, aber es gibt viele Leute, denen es Vergnügen macht. Die Ansicht darüber ist also in der Bürgerschaft geteilt, aber trotzdem ist dieser Unterschied in der Ansicht nicht so zwingend und durchschlagend, daß man von einer Verunzierung des Bürgerparkes durch den Platz sprechen und deshalb dessen Verwendung als Tennisplatz verweigern kann.

Mit Rücksicht darauf, daß die Stadt große Vorteile von der Einrichtung haben wird und daß sie ihr nichts kosten wird, bitte ich der Vorlage zuzustimmen.

Herr Koch hat sodann eine Liste solcher Städte angeführt, die Tennisplätze in ihren städtischen Anlagen nicht haben. Bei solchen Sachen kommt es immer darauf an, wie die Fragen gestellt werden. Es heißt in den Antworten der betreffenden Städte immer, daß die Plätze sich nicht in den öffentlichen Anlagen befinden und daß sie nicht öffentlich unterhalten würden. Dieser Platz soll aber auch nicht öffentlich unterhalten werden. Die sämtlichen hier angeführten Städte haben großartige Tennisanlagen, es gibt überhaupt nur noch sehr wenig größere

Städte in Deutschland, die so wenig Tennisplätze haben wie Braunschweig, aber die Plätze werden von der Öffentlichkeit nicht unterhalten, und wenn Sie diesen Platz der Tennisvereinigung überlassen, so wird er auch nicht mehr von der Öffentlichkeit unterhalten, sondern von der Vereinigung. (Zustimmung.)

Herr Hauswaldt: Die fleißige Arbeit des Herrn Kreiß, welche uns Herr Koch hier vorgetragen hat, ist ein Beweis dafür, was man alles mit der Statistik beweisen kann. Es ist gar keine Frage, daß in allen größeren Städten Tennisplätze existieren und daß bei Ablehnung der Vorlage sich die Stadt Wiesbaden bereit erklärt hat, das internationale Tennisturnier zu übernehmen. Herr Esdorn hat leider den Ausdruck gebraucht, die Tennisvereinigung wäre eine verwöhnte Gesellschaft (Widerspruch); ich gehöre nicht dazu, aber ich habe aus dem Mitgliederverzeichnis nicht den Eindruck gewonnen, daß es sich dabei nur um Leute aus der ersten Klasse handelt; jedenfalls dürfen wir nicht zum Prinzip erheben, daß unter keinen Umständen etwas nach den Wünschen der bemittelten Bewohner unserer Stadt geschehen solle. Wir haben es als eine Ehrenpflicht anerkannt, für die unbemittelten Bewohner der Stadt etwas zu tun, aber wir dürfen die bemittelten Kreise nun nicht prinzipiell mit ihren Wünschen ausschließen. Wer hat denn die großen Stiftungen für den Bürgerpark gemacht? Das waren doch zwei bemittelte Bürger, die mehr als 100 000 M dafür hergegeben haben. Wir dürfen nicht auf eine solche schiefe Ebene geraten und sagen, wir wollen für die bemittelten Mitbürger nichts tun. Bedenken Sie ferner, daß der Platz für den Tennisverband gar nicht günstig liegt und er einen Platz in der Nähe der Restauration viel lieber gehabt hätte. In der Nähe der Garnisonkirche hat man ihm aber Terrain nicht überlassen wollen, woran der Wunsch, im Rußbergpark einen Platz zu erhalten, gescheitert ist. Wie jemand davon sprechen kann, daß dieser „schönste Platz des Bürgerparkes“ in voller Blüte steht (Heiterkeit), verstehe ich nicht; es steht auf dem Platze allerdings grünes Gras, was sehr lustig aussehen mag, aber von schönster Blüte kann doch wohl keine Rede sein. Man sieht daraus, mit was für wunderlichen phantastischen Sachen gearbeitet wird, wenn es sich darum handelt, andere für etwas zu gewinnen. Wenn man das Für und Wider nach allen Regeln der Kunst abgewogen hat, kann man nur bitten, der Vorlage zuzustimmen.

Herr Koch: Ich habe in keiner Weise dafür gesprochen, der Vereinigung etwas in den Weg zu legen, sondern ich habe besonders betont, man möchte ihr einstweilen den Platz überlassen und ihr später einen Platz im südlichen Teile des Bürgerparkes anweisen, damit die Wege in dem fertigen Teile des Parkes nicht durch die Zufuhr des vielen Materials ruiniert würden.

Herr Bues: Die Zufuhr des Materials würde allerdings den Bürgerpark erheblich beeinflussen, nichtsdestoweniger bestimmt mich das allgemeine Interesse, für die Vorlage einzutreten. Nur möchte ich bitten, zu den der Vereinigung aufzu-

erlegenden Bedingungen noch die weitere Bedingung zu setzen, daß sie dort nicht ohne Genehmigung der städtischen Behörden eine Schankwirtschaft errichten darf.

Herr Wiehle: Wenn in der Tennisvereinigung ein großer Teil von Arbeitern und sonstigen kleinen Leuten vereinigt wäre, so würden Sie es jedenfalls als eine Trivilität und Unverschämtheit betrachten, sofern die Vereinigung es wagen würde, einen solchen Platz im Bürgerparke zum Spielplatz zu begehren. In solchem Falle würden die Herren nicht stundenlang darum streiten, sondern einfach sagen, so etwas ist noch nicht dagewesen. Da es sich hier aber um Personen aus den besseren Gesellschaftskreisen handelt, so wird darum stundenlang geredet. Die öffentlichen Anlagen müssen der Allgemeinheit zugänglich sein, und dürfen nicht, wenn auch nur teilweise, an einzelne Personen zur alleinigen Benutzung übergeben werden. Herrn Frühling gegenüber muß ich bemerken, daß ich von dem Platze im Bürgerparke noch nicht unangenehm berührt gewesen bin. Wenn der Platz Bäume erhält und Rasenplätze auf ihm angelegt werden, so wird er einen schönen Eindruck machen. Mit Herrn Kalms bin ich der Meinung, daß der Fremdenverkehr gehoben werden muß. Wenn das aber ein Mittel sein soll, ihn zu heben, so ist es nur ein Atom von einem Mittelschen, denn wie viel Personen kommen denn zu solchen internationalen Wettspielen? Das Duzend Personen aus den verschiedensten größeren Städten wird unsere Stadt nicht heben. Wenn wir in der Beziehung etwas tun wollten, hätten wir schon andere Gelegenheiten benutzen können, das Ansehen der Stadt nach außen zu heben.

Ich bin der Meinung, daß wir die Vorlage sehr wohl ablehnen können, ohne dem Fremdenverkehr irgend welchen Schaden zuzufügen. Uebrigens habe ich, wie ich Herrn Kalms gegenüber bemerken möchte, im „Großen Garten“ in Dresden keine Tennisplätze gesehen und ich habe auch die Empfindung, daß man dazu kein Terrain des Großen Gartens hergeben wird. Ich habe schon die Welt nach allen Richtungen hin durchreist, aber ich habe nirgends gefunden, daß man aus öffentlichen Mitteln Tennisplätze angelegt hat.

Herr Esdorn: Herrn Hauswaldt gegenüber möchte ich bemerken, daß ich nicht von einer vermögnten Gesellschaft, sondern von einer vermögenden Gesellschaftsklasse gesprochen habe. Darin liegt aber ein großer Unterschied. Ich stehe durchaus nicht auf dem Standpunkte des Herrn Wesemeier, daß wir für die vermögende Gesellschaftsklasse nichts tun sollen, aber ich meine, daß der Bürgerpart der Allgemeinheit gehört, während doch nur eine gewisse Gesellschaftsschicht sich an den Tennisturnieren beteiligen wird. Der Platz im Bürgerparke ist für mich zu schön gelegen, um ihn für solchen Zweck herzugeben. Im Interesse des Fremdenverkehrs würde ich gern etwas tun, indem ich z. B. dafür zu haben wäre, der Tennisvereinigung einen Ehrenpreis seitens der Stadt zu stiften, aber einen der schönsten Plätze des Bürgerparkes kann ich ihr nicht opfern.

Ein Antrag auf Schluß der Besprechung wird, nachdem Herr Wesemeier dagegen gesprochen hat, genehmigt.

Herr Hauswaldt: Zu meinem Bedauern habe ich vorhin vergessen, zu erwähnen, daß die Finanzkommission wünscht, den der Tennisvereinigung zu stellenden Bedingungen noch einen Punkt 8 hinzuzufügen, in dem gesagt wird, daß die Vereinigung in dem zu errichtenden Klubhause nur unter Zustimmung der städtischen Behörden eine Schankwirtschaft errichten darf. Ich bitte, diesen Antrag der Finanzkommission ebenfalls gutzuheißen, und ich glaube, daß damit auch der Wunsch des Herrn Bues erfüllt worden ist. (Zustimmung des Herrn Bues.)

Vorsitzender: Damit ist die Beratung der Vorlage allerdings wieder eröffnet.

Herr Wesemeier: Von den Befürwortern der Vorlage ist auch angeführt worden, daß dadurch der Fremdenverkehr gehoben wird und man den Fremden alle möglichen Bequemlichkeiten gewähren müsse. Wenn aber ein Fremder hierher kommt und sieht, daß in der Großstadt Braunschweig um 1 Uhr nachts alle Cafés geschlossen werden müssen, so macht er Braunschweig so schlecht, daß im nächsten Jahre aus seiner Bekanntschaft sicher keiner herkommt. Herr Professor Blasius hat gesagt, man sollte auch Spiele für Erwachsene schaffen, weil es sonst vorkommen könnte, daß die besseren Kreise von hier fortziehen. Ziehen denn aber die Leute aus den anderen Städten fort, die ebenfalls keine Tennisplätze geschaffen haben? Diesen Einwand bringt man bei allen möglichen und unmöglichen Sachen in die Debatte hinein. Ich bin auch dafür, für alle Gesellschaftsklassen zu sorgen, aber mögen doch alle Klassen an dem teilnehmen, was für die Arbeiter geschaffen ist. Für die Arbeiter ist nichts geschaffen, was nicht der Allgemeinheit zugänglich wäre; an Schulen und Spielplätzen kann jeder teilnehmen, aber die Leute aus den anderen Gesellschaftsklassen wollen das nicht und wollen lieber unter sich bleiben. Sie wollen etwas ganz für sich haben und wollen dabei nicht von anderen Gesellschaftsklassen gestört werden. Wenn die Klassen an den Armenunterstützungen nicht teilzunehmen brauchen, so mögen sie sich doch freuen. Wer hier seine Steuern zahlt, muß an allen Einrichtungen teilnehmen können.

Wenn nun Herr Meyerhoff sagt, welcher anderen Gesellschaft würde es wohl einfallen, soviel Geld für einen öffentlichen Platz aufzuwenden, so ist das nicht unsere Sache. Für die Arbeiter hat man auch noch keinen Platz geschaffen, auf dem sich die Erwachsenen tummeln können. (Widerspruch.) Wäre das wohl etwas anderes, als was jetzt von den 257 Familien verlangt wird? Würden die Arbeiter solche Plätze verlangen, auf denen sie sich allein tummeln können, so würden sie ihnen wohl verweigert werden. Weshalb gehen die anderen Kreise nicht nach dem Amalienplatz und dem kleinen Exerzierplatz, um dort zu spielen? Sie wollen eben mit den Arbeitern nicht zusammenkommen. Dazu kommt noch, daß die Kreise,

die den Platz hier von uns fordern, die meiste Zeit und Gelegenheit haben, sich körperlich zu bewegen; sie haben meist hinter ihrem Hause einen Garten, in dem sie sich bewegen können, so daß wir nicht nötig haben, ihnen hier noch eine besondere Gelegenheit zu ihrer Bewegung zu schaffen. Wenn man ferner sagt, Wiesbaden hätte sich sofort erboten, das Turnier auf Kosten der Stadt zu übernehmen, so muß ich zu bedenken geben, daß Braunschweig mit Wiesbaden nicht konkurrieren kann, denn in Wiesbaden wohnen doch hauptsächlich nur solche Leute, die am Tennisspiel ein besonderes Interesse haben.

Der Herr Professor Koch sagte in seinem Vortrage auch, er wolle nicht klagen, sondern man könne sich eigentlich freuen, daß man uns jetzt anderweitig überhole, weil man dadurch mit Zuversicht hoffen könne, daß auch für uns wieder bessere Zeiten in bezug auf die Beschaffung von Spielplätzen kommen. Ebenso hat der Ausschuß für Ferienspiele sich eine abschlägige Antwort geholt, als er gebeten hatte, die Spiele bei ungünstigem Wetter in den Bürgerpark verlegen zu dürfen. Wenn man aber den Kindern das verwehrt, was man den besser Bemittelten mit vollen Händen geben will, so kann ich das nicht verstehen. Ich bitte, meinem Antrage, den Platz in einen Spielplatz umzuwandeln, zuzustimmen. Damit würde ein gutes Werk getan werden, an dem sich die Jugend aus allen Kreisen beteiligen könnte.

Herr Meyerhoff: Wenn Herr Wesemeier meint, es sei für die übrige Bevölkerung bisher nichts übrig gewesen, so will ich nur darauf aufmerksam machen, daß ich für die Verbesserung des kleinen Exerzierplatzes und des Amalienplatzes stets warm eingetreten bin und ich auch für die Schaffung eines Spielplatzes im Westen der Stadt eintreten werde. Diese Plätze dienen aber der Allgemeinheit und jeder, der den Platz sonst betritt, stört das Spiel dort, gleichviel ob es sich um den Fußballklub Eintracht oder um ein Ballspiel der Schüler handelt.

Zwischen dem Fußballspiel und dem Tennisspiel ist aber doch ein großer Unterschied, und es scheint mir mindestens zweifelhaft, ob man das Fußballspiel auch in den Bürgerpark verlegen kann, denn beim Tennisspiel kann jeder unbehelligt zuschauen, während das Fußballspiel unter Umständen mit recht viel Unannehmlichkeiten verbunden ist. Wiesbaden ist bereit, das Turnier zu übernehmen, obwohl es Aufwendungen dafür zu machen hätte, während uns die Uebernahme nichts kosten würde; wir dürfen uns aber nicht auf ein hohes Ross setzen und sagen, Braunschweig brauche keinen Fremdenverkehr.

Herr Oberbürgermeister Ketemeyer: Der von Herrn Professor Koch der Stadt gemachte Vorwurf ist insofern unbegründet, als schon länger in Aussicht genommen war, im Süden des Bürgerparkes einen Spielplatz zu schaffen, und

als die Parkdeputation einstimmig beschlossen hat, mit allen Kräften dahin zu wirken, daß die Fläche am Eisenbühlertwege sobald als möglich plantiert würde. Leider ist es bisher nicht möglich gewesen, dort einen Platz fertigzustellen und den sich bietenden Widerstand zu überwinden; jedoch haben wir erklärt, da wir nicht warten können, bis der ganze Parkteil fertig ist, kürzlich verfügt, daß die Planierungsarbeiten in dem übrigen Teile des Bürgerparks ruhen, bis dieser Platz plantiert ist. Wir werden also hoffentlich bald einen Spielplatz erhalten.

Auf Antrag des Herrn Ohlendorf findet namentliche Abstimmung statt.

Für die Magistratsvorlage einschließlich des Zusatzantrages der Finanzkommission stimmen die Herren Ackenhausen, Blasius, Brückmann, Buchler, Bues, Esdorn, Fricke, Frühling, Göde, Hauswaldt, Jüdel, Kalmß, Rathe, Lübke, Meyerhoff, Nolte, Probst, Ribben-trop, Sander, Schmidt, Schöttler, Weichsel und Wolters.

Gegen die Vorlage stimmen die Herren Bunge, Günther, Jasper, Koch, Ohlendorf, Peplies, Wesemeier und Wiehle.

Die Magistratsvorlage ist also mit dem Zusatzantrage der Finanzkommission mit 23:8 Stimmen genehmigt worden. Der Antrag Wesemeier ist dadurch hin-fällig geworden.

III. Gemeinde-Kirchensteuer für 1905/06.

Aus dem vorgelegten Generaletat der Gemeinde-Kirchenkasse für das Jahr 1905/06 ersucht der Magistrat zu ersehen, daß zur Deckung des sich anschlags-mäßig ergebenden Fehlbetrages 95 000 M durch Kirchensteuern aufgebracht werden müssen. Im vorigen Jahre sind 6% der Gemeinde-Einkommensteuer als Kirchen-steuer ausgeschrieben worden, und wird sich daraus eine Einnahme von etwa 85 000 M ergeben. Es darf daher nach der Erhöhung der Gemeinde-Einkommen-steuer von $9\frac{1}{2}$ auf $10\frac{1}{2}$ Einheiten angenommen werden, daß auch im laufenden Jahre 6% genügen werden. Der Magistrat ersucht hiernach, der Ausschreibung der Gemeinde-Kirchensteuer in dieser Höhe zuzustimmen. Der Etat schließt in Ein-nahme und Ausgabe mit 177 100 M ab.

Herr Hauswaldt: Namens der Finanzkommission kann ich nur anheim-geben, die Vorlage zu genehmigen. Bei der Gelegenheit möchte ich bemerken, daß dem Kirchenkassen-Kollegium der Antrag vorgelegen hat, den Andreasturm, der sehr erneuerungsbedürftig sei, untersuchen und dann ausbessern zu lassen. Wir werden demnächst wohl oder übel in den sauren Apfel beißen müssen, um das Wahrzeichen der Stadt zu erhalten. Das Kirchenkassen-Kollegium muß sich deshalb vorbehalten, noch mit einer Nachtragsforderung zu kommen, da im vorliegenden Etat hierfür

noch nichts enthalten ist. Die Ausbesserungsarbeiten, von denen das Gerüst allein 60 000 M kosten wird, sind auf etwa 200 000 M geschätzt worden.

Die Magistratsvorlage wird gutgeheißen.

IV. Antrag Esdorn: Aenderung der Gehaltsordnung für städtische Beamte.

Ueber den zuletzt in der Sitzung vom 30. März d. Js. — Seite 725 des Berichtes — behandelten Gegenstand berichtet namens der Finanzkommission Herr Fudel: Von dem Magistrate ist uns eine ganze Anzahl von Gesuchen von Beamten und Beamtengruppen zugegangen um Einreihung in eine höhere Klasse der Gehaltsordnung. Wir sind indessen der Ueberzeugung geworden, daß die Frage der Wertbemessung einzelner Beamtenstellen oder Beamtengruppen von uns nicht zu lösen sei, sondern daß dieses lediglich Sache des Magistrates als des Leiters der städtischen Angelegenheiten sein müsse. Wir halten es nur dann für möglich, daß ein einzelner Stadtverordneter oder die ganze Versammlung sich über den Wert einer Stellung klar werden kann, wenn man sich durch langjährige Tätigkeit in einer Kommission oder Deputation von der Bedeutung einer Stellung hat ein Bild machen können. Die Gesuche beziehen sich aber lediglich auf Beamtenstellungen in der Finanzverwaltung, so daß es der Finanzkommission nicht möglich gewesen ist, diese Frage zu erörtern.

Da wir heute die Sache in einer anderen als der früheren Zusammensetzung beraten, so ist der in der Sitzung vom 30. März d. Js. genehmigte Antrag Sander — Seite 726 des Berichtes — hinfällig geworden und wir würden heute nochmals über die sämtlichen Beamtenklassen zu beraten haben. (Zustimmung.)

Es empfiehlt sich, bei der Beratung dieser Sache mit der untersten Gehaltsklasse zu beginnen.

Bei der Klasse XVIII „Vollziehungsbeamte“ 1000 M bis 1400 M mit 4 Zulagen zu je 100 M wird eine Aenderung nicht vorgeschlagen. Die Klasse erhält in Zukunft die Nr. XX.

Auch bei der Klasse XVII „Schuldiener“ 1100 M bis 1500 M mit 4 Zulagen zu je 100 M wird eine Aenderung nicht beantragt. Die Klasse erhält die Nr. XIX.

Zu der Klasse XVI „1. Stadtdiener, 2. Aufseher“ 1300 M bis 1800 M mit 3 Zulagen zu je 150 M und 1 Zulage zu 50 M, welche die Nr. XVIII erhalten würde, schlägt Herr Sander vor, die Zulagen in 2 \times 200 M und 2 \times 50 M abzuändern. Die Finanzkommission ist indessen nicht für diese Aenderung und ersucht, es bei den bisherigen Bestimmungen der Gehaltsordnung zu belassen. Ein Gesuch um Aenderung der Gehaltsätze von den Angehörigen dieser Klasse ist uns nicht bekannt geworden.

Herr Sander: Ich habe den Antrag gestellt, um die Gehaltsätze in den ersten Jahren nach der Anstellung höher zu bemessen als später. Die Beamten haben gerade dann größere Lebensanforderungen zu bestreiten und bedürfen eines höheren Einkommens als später.

Herr Esdorn: Diese Gehaltsklasse erreicht aber schon nach 12 Jahren das Höchstgehalt, während andere Klassen erst nach 27 Jahren dahin kommen. Die Gründe des Herrn Sander sind hier also nicht angebracht. Ich möchte bei dieser Gelegenheit ersuchen, von weiteren Anträgen auf Aenderung der Gehaltsordnung absehen zu wollen, da die Finanzkommission die Sache so gründlich beraten hat, daß sich schwerlich ohne eine nochmalige Zurückweisung derselben an die Kommission etwas ändern läßt. Wenn die Sache endlich zu einem gedeihlichen Abschlusse kommen soll, müssen wir den Kommissionsvorschlägen zustimmen.

Herr Sander: Wie ich schon in der Kommission erklärt habe, lege ich auf meinen Antrag bei dieser Gehaltsgruppe keinen Wert und ziehe ihn zurück.

Damit ist der Kommissionsantrag genehmigt.

Es folgt die Beratung der Klasse **XV** „Bureaugehilfen“ 1500 M bis 2900 M mit 5 Zulagen zu je 200 M und 4 Zulagen zu je 100 M.

Herr Fiedel: Die Finanzkommission schlägt vor, eine Trennung dieser Klasse in der Weise vorzunehmen, daß von den 56 Angehörigen derselben 25 in eine neu zu bildende Klasse **XVI** mit einem um 100 M erhöhten Höchstgehalte und Zwischenstufen von 2×300 M, 2×200 M und 5×100 M eingereiht werden, während die übrigen Bureaugehilfen in der Klasse **XV** (neu **XVII**) verbleiben und das bisherige Gehalt mit den gleichen Abstufungen beziehen. Es ist allseitig anerkannt worden, daß die Leistung der Angehörigen dieser Beamtenklasse eine sehr verschiedene ist und es durchaus wünschenswert erscheinen muß, eine Trennung derselben vorzunehmen.

Herr Beplies: Der Antrag Esdorn ließ die Vermutung zu, daß es sich darum handeln sollte, für alle Bureaugehilfen in den mittleren Lebensjahren eine bessere finanzielle Stellung zu schaffen. Jetzt ersehen wir aber aus den Vorschlägen der Finanzkommission, daß der größere Teil der Bureaugehilfen nichts bekommen soll; es bringt ihnen der Antrag nicht nur nichts, sondern gewisse Kreise dieser Beamten werden noch dadurch in eine unangenehmere Stellung gebracht, daß man zwei Klassen von Bureaugehilfen schaffen will, von denen die eine Klasse nichts bekommt, während die andere die Aussicht hat, höhere Alterszulagen, sowie ein um 100 M erhöhtes Endgehalt zu erhalten. Darin liegt eine gewisse Ungerechtigkeit. Es ist solange mit einer Klasse von Bureaugehilfen gegangen und es wird auch ferner damit gehen. Denken Sie sich in das Gefühl dieser Beamten hinein: man will Bureaugehilfen erster und zweiter Klasse schaffen und der Unterschied liegt schließlich nur in der Stellung, die der Beamte zufälligerweise innehat. Die Befähigung der

Herrn liegt schließlich in der Arbeit, die sie zufällig zu verrichten haben, und die Angehörigen der zweiten Klasse können vielleicht die als schwieriger bewertete Arbeit auch machen. Alle städtischen Beamten müssen doch eine Probezeit durchmachen und sie werden erst dann angestellt, wenn sie die Befähigung hierfür nachgewiesen haben. Ich kann mich daher mit der Schaffung zweier Klassen von Bureaugehilfen nicht einverstanden erklären und stelle den Antrag:

„Die Gehälter der Bureaugehilfen sind allgemein wie in Klasse XVI (neu) zu ordnen und eine Teilung der Bureaugehilfen in zwei Klassen ist nicht einzuführen.“

Herr Esdorn: Ich möchte den Ausführungen des Herrn Beplies nur insofern zustimmen, als ich bitte, den Bureaugehilfen der zweiten Klasse (neu XVII) $2 \times 300 \text{ M}$, $2 \times 200 \text{ M}$ und $4 \times 100 \text{ M}$ Zulagen zu gewähren. Diese Beamtenklasse bedarf es am nötigsten, daß sie in den mittleren Jahren ein höheres Gehalt bezieht. Dagegen kann ich nicht zustimmen, daß man die beiden Klassen von Bureaugehilfen zusammenlassen soll. Die Arbeiten sind tatsächlich nicht als gleichwertig anzusehen und die besser arbeitenden Beamten müssen auch in eine höhere Gehaltsklasse einrücken können.

Herr Fudel: Jeder Änderungsantrag stößt wieder eine solche Gehaltskala um. Es war vom Magistrat hervorgehoben, daß man die Entwicklung eines Mannes nicht mit Sicherheit voraussehen könne und daß einzelne Beamten tatsächlich in den Leistungen gegen die zuerst gehegten Erwartungen zurückblieben. Wer über die Leistungen einer größeren Beamtschaft oder Arbeiterschaft zu urteilen hat, dem wird genau bekannt sein, daß man häufig jemanden mit großen Hoffnungen einstellt, die sich hinterher nicht erfüllen, wenn er auch gewisse Arbeiten zur Zufriedenheit erledigt, so daß er in einer untergeordneten Stellung verbleiben kann. Es kommt hierbei ferner in Betracht, daß eine ganze Menge Leute, nämlich die Militäranwärter, zwangsweise von uns eingestellt werden müssen, deren Entwicklung man vorher nicht übersehen kann. Wenn einzelne Beamte sich aber nicht so einarbeiten, daß sie vorwärts kommen können, so ist deren bisheriges Gehalt und auch die jetzige Gehaltssteigerung nach der Ansicht der Finanzkommission als vollständig ausreichend für ihre Leistungen anzusehen. Wollen wir aber die beiden Klassen von Bureaugehilfen zusammenlassen, so werden die besser bewerteten Herren von der Gehaltserhöhung nichts haben. Die meisten Beamten dieser Klasse kommen nach 6–9 Jahren, wenn sie sich gut bewährt haben, so wie so in eine höher besoldete Gehaltsklasse. Sobald Sie wieder Änderungen vornehmen, müssen wir entweder auf das Ganze verzichten, oder noch einmal die ganze Gehaltsordnung umarbeiten. Herr Sander hat auch noch beantragt, die Alterszulagen der neuen Klasse XVI anderweit in der Weise zu bemessen, daß bewilligt werden $2 \times 300 \text{ M}$, $3 \times 200 \text{ M}$ und $3 \times 100 \text{ M}$. Wir sind indessen der Ansicht, daß

die kommissionsseitig vorgeschlagene Steigerung von $2 \times 300 M$, $2 \times 200 M$ und $5 \times 100 M$ als ausreichend anzusehen ist.

Bei der nun folgenden Abstimmung werden die Anträge Peplics, Esdorn und Sander abgelehnt und die Anträge der Finanzkommission angenommen.

Zu der Klasse XIV „1. Der Vorsteher der Magistratskanzlei zc.“ 1500 M bis 3100 M mit Alterszulagen von $5 \times 200 M$ und $4 \times 150 M$ beantragt die Finanzkommission, eine neue Klasse XV zu bilden mit dem bisherigen Gehalte von 1500 M bis 3100 M und den Zwischenstufen von $2 \times 300 M$, $3 \times 200 M$ und $4 \times 100 M$, und aus dieser Klasse den Vorsteher der Magistratskanzlei, sowie den ersten Assistenten im Rechnungsbureau behufs Aufnahme in die neue Klasse XIV auszuscheiden.

Der Vorschlag wird gutgeheißen.

Die Klasse XIII „1. Der Vorsteher des Versicherungsbureaus. 2. Sekretäre der Magistratsmitglieder“ 1600 M bis 3200 M mit $5 \times 200 M$ und $4 \times 150 M$ Zulagen soll nach dem Vorschlage der Finanzkommission umgeändert werden in Klasse XIV „1. Der Vorsteher des Versicherungsbureaus. 2. Der Vorsteher der Magistratskanzlei. 3. Der erste Assistent im Rechnungsbureau“ mit einem Gehalte von 1500–3200 M und den Zulagen $3 \times 300 M$, $2 \times 200 M$ und $4 \times 100 M$. Die Magistratssekretäre werden der Klasse XII (neu) überwiesen.

Herr Peplics: Der Vorsteher des Versicherungsbureaus wird hierbei gegenüber den sonstigen in bevorzugter Stellung befindlichen Beamten sehr stiefmütterlich behandelt. Die komplizierte Versicherungsgesetzgebung stellt gerade an diesen Beamten große Anforderungen, sodaß seine Arbeiten wohl zu den schwierigsten Bureauarbeiten gezählt werden können. Ich sehe deshalb nicht ein, warum dieser Beamte den anderen gleichartigen Beamten gegenüber zurückgesetzt werden soll und beantrage, dessen Gehalt dem der Magistratssekretäre gleichzustellen, ihn also der neuen Klasse XII zuzuweisen.

Herr Födel: Ein gleicher Antrag hat schon der Finanzkommission vorgelegen. Nach unserer Ansicht ist es aber, wie schon bemerkt, nicht möglich, hier festzustellen, welchen Wert die einzelnen Stellungen im städtischen Betriebe haben. Wir nehmen an, daß sich der Magistrat überlegen wird, ob er in diesem Punkte eine Aenderung eintreten lassen will und ob er diese Aenderung in die zu erwartende Vorlage einfügen wird. Wir haben in der Gruppierung der Beamten nur solche Aenderungen vorgenommen, die uns der Magistrat als wünschenswert bezeichnet hat.

Der Antrag Peplics wird sodann abgelehnt.

Die Klasse XII „1. Werkmeister zc.“ 1800 M bis 3200 M mit 7 Alterszulagen zu je 200 M bittet die Finanzkommission in den Einkommenssätzen unverändert zu lassen, ihr aber als der neuen Klasse XIII folgende Beamten einzufügen:

„1. Werkmeister. 2. Technische Hilfsbeamte mit nicht abgeschlossener Baugewerk- oder Fachschulbildung (Bautechniker, Bauverwalter, Hilfsgeometer).“ Herr Schöttler hat hierzu beantragt, zu sagen: „... ohne abgeschlossene Baugewerk- oder Fachschulbildung.“ Die Finanzkommission empfiehlt indessen, das dem Magistrat zu überlassen.

Die Versammlung ist hiermit einverstanden.

Zu der Klasse XI „Kassierer, sofern sie nicht der Abteilung X angehören“ 1800 M bis 3600 M mit 9 Abstufungen von je 200 M, beantragt die Finanzkommission die Aufnahme der Sekretäre der Magistratsmitglieder und eine anderweite Abstufung der Alterszulagen in 2×300 M, 5×200 M und 2×100 M. Diese Abteilung erhält in Zukunft die Nr. XII.

Der Vorschlag wird gutgeheißen.

Weiter beantragt die Finanzkommission, hier eine neue Klasse XI „Technische Hilfsbeamte mit abgeschlossener Baugewerk- oder Fachschulbildung (Bauassistenten)“ mit 2000 M bis 3800 M Gehalt und Alterszulagen im Betrage von 2×300 M, 5×200 M und 2×100 M einzufügen. Ein Antrag Sander, die Alterszulagen anderweit in der Weise zu bemessen, daß 4×300 M und 3×200 M bewilligt werden, wird nach kurzer Besprechung abgelehnt.

Hierauf stellt Herr Sander den Antrag, an Alterszulagen für die neue Klasse XI 3×300 M, 3×200 M und 3×100 M zu bewilligen, aber auch dieser Antrag wird abgelehnt und der Antrag der Finanzkommission angenommen.

Zur Klasse X „1. Der Kassierer der Stadthauptkasse ic.“ 2200 M bis 4000 M mit 9 Zwischenstufen von 200 M wird kommissionseitig beantragt, das Anfangs- und das Höchstgehalt unverändert beizubehalten, die Zwischenstufen aber abzuändern in 2×300 M, 5×200 M und 2×100 M. Dieser Antrag wird, unter Ablehnung eines Antrages Sander, der bezweckt, 3×300 M, 3×200 M und 3×100 M Zulagen zu bewilligen, angenommen.

Die Gehaltsklasse IX „1. Betriebsleiter der Gasfabriken. 2. Ingenieure“ 3000 M bis 4000 M mit 5 Zwischenstufen zu 200 M beantragt die Finanzkommission wie folgt zu fassen: „1. Betriebsleiter der Gasfabriken. 2. Ingenieure und Architekten mit einer nicht abgeschlossenen Hochschulbildung“ 3000 M bis 4400 M mit 7 Zwischenstufen von 200 M.

Ob auch hier dem Wunsche des Herrn Schöttler gemäß gesagt werden soll „ohne abgeschlossene Hochschulbildung“ wird dem Magistrat überlassen.

Die Versammlung ist damit einverstanden.

Zu den Klassen VIII, VII und VI wird von der Finanzkommission eine Aenderung nur insofern beantragt, als in der Klasse VI gesagt werden soll:

„1. Geprüfte Baumeister, sofern nicht zur Abteilung V gehörend. 2. Ingenieure und Architekten mit abgeschlossener Hochschulbildung.“

Auch hiermit ist die Versammlung einverstanden.

Herr Fiedel: Damit wäre die Gehaltsordnung erledigt, indem weitere Änderungen nicht beantragt werden. Ich habe namens der Finanzkommission nur noch vorzubringen, daß eine Anzahl der bereits beschäftigten bautechnischen Beamten den hier in der neuen Abteilung XI vorgeschriebenen Bestimmungen in bezug auf die Ausbildung nicht ganz entsprechen, aber durch langjährige Tätigkeit im städtischen Dienste sich derartig eingearbeitet haben, daß sie den an sie zu stellenden Anforderungen vollkommen genügen, und wir diesen Beamten die Möglichkeit schaffen möchten, in die Abteilung XI eingereiht zu werden. Die Kommission stellt daher den Antrag,

„den Magistrat zu ermächtigen, bautechnische Beamte, die nach den neuen Bestimmungen der Abteilung XIII angehören würden, in die Abteilung XI einzureihen, wenn sie durch ihre bisherige Tätigkeit im städtischen Dienste nachgewiesen haben, daß sie den an die Beamten der letzteren Abteilung zu stellenden Anforderungen gewachsen sind“.

Dieser Antrag wird nach einer kurzen Erläuterung des Herrn Oberbürgermeisters Ketschmer angenommen.

V. Vergleichsvorschlag in der Weinbergischen Prozesssache.

Der von dem Viehhändler Weinberg gegen die Stadt angestrebte Prozeß auf Zahlung einer Entschädigung von 140 M wird vom Kläger auf die Behauptung gestützt, daß er durch eine vom Schlachthausdirektor Koch zu Unrecht verweigerte Rotischlachtung eines Kindes einen Schaden in der angegebenen Höhe gehabt habe. Die vom Magistrat abgegebene Gegenerklärung, daß die betreffende Schlachtung keineswegs dringlich gewesen sei, ist durch die inzwischen erfolgte Beweisaufnahme stark erschüttert und nicht wohl aufrecht zu erhalten; es erscheint deshalb nicht ausgeschlossen, daß die Stadt wenigstens zur Zahlung eines Teiles des beanspruchten Betrages verurteilt wird. Um diesen Ausgang zu vermeiden, gibt der Magistrat anheim, sich damit einverstanden zu erklären, daß der Rechtsstreit durch Annahme eines vom Gericht gemachten Vergleichsvorschlages erledigt werde. Dieser Vorschlag geht dahin, dem p. Weinberg die Hälfte der eingeklagten Summe zu zahlen, sowie die Gerichtskosten zu übernehmen, während die Parteivertretungskosten von jeder Partei selbst zu tragen sind.

Nach dem Berichte des Herrn Weichsel ist die Statutenkommission der Ansicht, daß man dem Vorschlage aus Billigkeitsgründen zustimmen möchte. Damit solle aber nicht ausgesprochen sein, daß eine Verpflichtung der Schlachthaus-

verwaltung vorgelegen habe, die Nottschlachtung an dem betreffenden Sonntage zu genehmigen.

Herr Rathe: Dem Vorschlage selbst stimme ich zu. Die Angelegenheit hat übrigens in Interessentenkreisen viel Aufregung verursacht. Bei dieser Gelegenheit möchte ich eine andere Sache zur Sprache bringen. Nach den mir gewordenen Mitteilungen sollen von einem Beamten des Schlachthauscs Versicherungen für die Perleberger Viehversicherung abgeschlossen werden. Wenn solche Vertretung durch einen Beamten wirklich ausgeübt wird, so halte ich das gewissermaßen für gefährlich insofern, als es eine einseitige Bevorzugung dieser Versicherung durch die Schlachthausverwaltung in sich schließen und als solche angesehen werden könnte. Man sollte versuchen, dieses Verhältniß aufzuheben, zumal es auch bei dem zur Beratung stehenden Falle eine Rolle gespielt haben soll.

Herr Jasper: Es handelt sich hier um einen Vergleichsvorschlag, den das Gericht gemacht hat. Dadurch scheint mir aber festgestellt zu sein, daß die Stadt nicht ungeschoren aus der Sache herauskommen soll. Es kommt für uns die weitere Frage, wenn die Stadt dabei nicht korrekt verfahren ist, was die städtischen Behörden zu tun gedenken, um solchen unliebsamen Vorfällen in Zukunft die Spitze abzubreaken.

Herr Stadtrat Meyer: Ich glaube kaum, daß dieser Fall Anlaß dazu bietet, die Frage in dem von Herrn Dr. Jasper beschriebenen Umfange hier zu erörtern. Eine generelle Maßnahme würde auch keinen Niegel für solche Versehen vorschieben, wenn überhaupt ein Versehen vorliegen sollte. Es ist in dem Vergleichsvorschlage nicht gesagt worden, daß die Stadt eventuell unterliegen könnte, und es konnte das auch schon deshalb nicht geschehen, weil ein Teil des von der Stadt vorgebrachten Materiales noch gar nicht zum Beweis gestellt worden ist. Hiernach würde der Kläger auch im Falle der nicht verweigerten Nottschlachtung keinen Vorteil von dem Fleische gehabt haben, weil es ohne Zweifel auf die Freibank hätte gebracht werden müssen und diese gerade damals eine so starke Zufuhr aufzuweisen hatte, daß das Fleisch innerhalb der gegebenen Zeit doch nicht zur Verwertung gekommen wäre. Dabei scheint es mir allerdings nicht ausgeschlossen zu sein, daß der Schlachthausbeamte bei Abgabe seiner Entscheidung etwas voreilig gewesen ist.

Herr Jasper: Es scheint mir nicht allzu viel Zweifel an der Schadenersatzpflicht der Stadt zu bestehen, sondern es handelt sich wohl eigentlich nur um die Feststellung der Höhe des Schadens. Wie stellt sich nun aber der Magistrat und auch der städtische Beamte zu der Frage, ob der Beamte haftpflichtig gemacht werden soll, wenn er dienstlich nicht ordnungsmäßig verfahren sein sollte?

Herr Weichsel: Es ist ein Gutachter vernommen, der die Beweisaufnahme angehört und dann gesagt hat, daß ein wissenschaftlich haltbarer Grund nicht vor

gelegen habe, die Nottschlachtung zu verweigern. Ob daraus eine Schadensersatzpflicht des Magistrates konstruiert werden kann, ist eine andere Sache. Die ganze Frage ist deshalb unerörtert geblieben. Diese Sache ist in keiner Weise präjudiziell für andere Fälle. Man muß annehmen, daß der Kläger Schaden gehabt hat und es entspricht der Billigkeit, daß man ihn nicht zu Schaden kommen läßt. Weitere Rechtsfolgen daraus herzuleiten, ist nicht zu befürchten.

Herr Stadtrat Meyer: Der Beamte hat bona fide gehandelt, aber in wissenschaftlicher Beziehung können leicht Meinungsverschiedenheiten auftreten und man kann dem Beamten aus seinem abweichenden Standpunkte einen Vorwurf nicht machen.

Herr Rathe hat sodann der Schlachthausverwaltung einen Vorwurf daraus gemacht, daß einer ihrer Beamten oder deren mehrere für die Perleberger Versicherungsgesellschaft tätig gewesen sind. Der Schlachthausverwaltung ist das bekannt gewesen; da aber der Beamte einen finanziellen Vorteil daraus nicht gezogen hat, so sind Bedenken dagegen nicht hervorgetreten. Wenn in Zukunft ernstliche Schädigungen aus dieser Tätigkeit eines städtischen Beamten hervortreten sollten, so könnte man sie ihm verbieten.

Herr Rathe: Ich würde die Angelegenheit nicht zur Sprache gebracht haben, wenn nicht aus Interessententreisen eine einseitige Beurteilung der vorkommenden Fälle befürchtet würde und derartige Dinge nicht schon vorgekommen wären. Mir ist wenigstens ein Fall bekannt geworden, der mich bedenklich gemacht hat. Ich möchte vermieden wissen, daß ein Schlachthausbeamter eine Viehversicherung vertritt, da das sich mit der ganzen Haltung des Betriebes nicht vereinigen läßt.

Die Magistratsvorlage wird darauf angenommen.

VI. Verkauf einer Fläche vom Grundstücke des Pflegehauses.

Die Versammlung wird ersucht, sich damit einverstanden zu erklären, daß dem Malermeister Karl Othmer eine dem städtischen Pflegehause zugehörige 19 qm haltende Fläche an der westlichen Seite der Pflegehausstraße vom Grundstück Nr. 17 daselbst zum Einheitspreise von 30 M, zusammen also für 570 M, unter folgenden Bedingungen verkauft werde: Der Kaufpreis ist bei der Auflassung bar zu zahlen. Die Auflassung findet nur statt gegen Eintragung folgender Dienstbarkeit: Bei der Bebauung des Nachbargrundstücks nördlich von Nr. 17 an der Pflegehausstraße ist von der Nordgrenze von Nr. 17 ein Abstand von 4 m zu halten. Auch hat der Eigentümer des Nachbargrundstücks unter Verzicht auf seine entgegenstehenden nachbarrechtlichen Befugnisse zu dulden, daß das Grundstück Nr. 17 auf der nördlichen Grenzlinie bebaut ist oder wird, daß daselbst Fenster ohne einschränkende Bestimmungen gehalten oder angelegt werden und daß der Trausenfall

von Nr. 17 nach dem nördlichen Nachbargrundstück stattfindet. Endlich sind auf dem letztgenannten Grundstück Vorgärten und zwar auf der südlichen Seite mit 4 m, auf der nördlichen Seite mit 2 m Breite anzulegen und zu unterhalten. -- Die Pflegehausdeputation hat diesen von der städtischen Bauverwaltung empfohlenen Verkaufsbedingungen zugestimmt.

Herr Wolters: Die Baukommission ist mit der Vorlage im allgemeinen einverstanden, aber sie ist in einer Beziehung noch über den Antrag des Magistrates hinausgegangen, indem sie unter Zugrundelegung des neuen Ortsbaustatuts einen Abstand zwischen den Gebäuden von 5 m statt 4 m wünscht. Wenn der betr. Nachbar auch dadurch in der Ausnutzung seines Grundstücks etwas beschränkt werden mag, so würde doch die Bebauungsfähigkeit des benachbarten städtischen Grundstücks gehoben werden.

Herr Sander: Durch einen solchen Beschluß würde der Anlieger Dthmer in eine sehr prekäre Lage kommen. Mit dem jetzigen Ortsbaustatut, das doch zurzeit allein für uns maßgebend ist, läßt sich der Beschluß, 5 m Abstand zu halten, nicht in Einklang bringen. Das ganze Vorgehen läuft darauf hinaus, daß der Nachbar von der Stadt Terrain kaufen muß, und man nun einen Druck auf ihn ausüben will, einen Abstand von 5 m zu nehmen.

Herr Stadtrat von Frankenberg: Ich möchte mich diesen Ausführungen anschließen. Der Magistrat hat dem Herrn Dthmer schon eine ganze Reihe von Einschränkungen auferlegt und einen Vertrag mit ihm abgeschlossen, der Hörner und Bähne hat. Es empfiehlt sich deshalb, die Verhältnisse des Mannes durch solche Bestimmung nicht noch ungünstiger zu gestalten. Sie haben bei Genehmigung des Haushaltsplanes zugestimmt, daß das Gebäude des Pflegehauses zu Wohnungen für Angestellte des Pflegehauses eingerichtet werden soll, so daß an einen Neubau erst in einer sehr weit hinausliegenden Zeit gedacht werden kann. Seien Sie nicht noch päpstlicher als der Papst und noch magistratlicher als der Magistrat.

Herr Wolters: Der Standpunkt der Baukommission ist durchaus korrekt, da sie sich nach den Grundätzen des von uns bereits genehmigten Ortsbaustatuts gerichtet hat.

Herr Oberbürgermeister Ketemeyer: Nach den Grundätzen des Ortsbaustatuts müssen nicht allgemein 5 m Abstand genommen werden, sondern nur da, wo in Abständen gebaut werden muß. Ob eine solche Bestimmung auch für die Pflegehausstraße getroffen werden wird, glaube ich nicht. Es liegt deshalb nach dem neuen Ortsbaustatut kein Grund vor, hier einen Abstand von 5 m vorzuschreiben. Je weiter aber der Nachbar mit seinem Hause von meinem Grundstück abbleiben muß, desto höher kann ich natürlich hinterher bauen. Da sind wir dann mal wieder beim Einfallswinkel angelangt. (Heiterkeit.) Man kann aber an der betr. Stelle der Pflegehausstraße auch bei 4 m Abstand schon ein ganz gewaltiges

Haus aufführen, weshalb es unbedenklich ist, die Fläche unter den vom Magistrat vorge schlagenen Bedingungen zu verkaufen.

Herr Meyerhoff: Ich bin für den Vorschlag der Baukommission. Wir haben gefunden, daß auch bei einem Abstände von 5 m die Beschränkung für den Mann nicht zu groß ist. Die Liberalität des Herrn Oberbürgermeisters schätze ich sehr und ich hoffe, daß sich diese Liberalität auch nach dem Inkrafttreten des neuen Ortsbaustatuts zeigen wird.

Herr Oberbürgermeister Metemeyer: Nicht aus Liberalitätsgründen bin ich für den Abstand von 4 m eingetreten, sondern wir werden vor die Frage gestellt werden, ob wir für die Pflegehausstraße die offene Bauweise vorschreiben wollen, oder nicht. Ich glaube aber nicht, daß ein Beschluß auf offene Bauweise in bezug auf die Pflegehausstraße gefaßt werden wird. Schreiben wir die offene Bauweise vor, so wäre ein Abstand von 5 m richtig.

Herr Meyerhoff: An der Pflegehausstraße herrscht aber die offene Bauweise schon jetzt bedeutend vor.

Herr Sander: Ich halte den Standpunkt der Baukommission nicht für korrekt. Nach dem heute geltenden Ortsbaustatut ist der Mann nur verpflichtet, 4 m Abstand zu halten. Hätte er nicht von der Stadt, sondern von einem Privatmann das kleine Stück Land gekauft, so brauchte er nur 4 m Abstand zu halten; da er aber das Land von der Stadt kaufen muß, so wollen wir ihm den Daumen aufs Auge drücken, und das ist nicht recht.

Nachdem Herr Wolters den Standpunkt der Baukommission nochmals dargelegt hatte, wird zur Abstimmung geschritten und dabei der Antrag der Baukommission abgelehnt, die Vorlage des Magistrates aber angenommen.

VII. Einsprachen gegen die Anordnung von Vorgärten für nördlich der Hildesheimerstraße projektierte Straßen.

1. Der Eisenhändler F. Hagemann hat gegen die beschlossene Anlegung von Vorgärten an der projektierten Straße Nr. 304 Einsprache erhoben und begründet sie im wesentlichen folgendermaßen: Das gegenüberliegende Haus sei direkt in die Straßenfluchtlinie gebaut, so daß es nicht schön aussehen würde, wenn die auf dem Hagemannschen Bauplatze zu errichtenden Gebäude einen Vorgarten erhielten. Außerdem würde er 130 qm Bauland verlieren, wodurch das Grundstück 5000—6000 M an Wert einbüßen würde. Auch solle dort ein Geschäftshaus errichtet werden, das aber nicht so wertvoll sei, wenn es einen Vorgarten habe.

2. Die Witwe des Zimmermeisters Johann Wilke hat einige an die projektierten Straßen 304 und 308 grenzende Grundstücke, die sie demnächst als Bauplätze zu verkaufen beabsichtigt. Durch Innehaltung von Vorgärten werde aber der

Verkauf dieser Baupläze sehr erschwert und die Preise für die einzelnen Häuser nicht unbedeutend erhöht. Da nun Vorgärten in der betr. Gegend schon deshalb nicht angebracht erschienen, weil deren ordnungsmäßige Instandsetzung Kosten verursache, die die betr. Hauseigentümer nicht aufwenden könnten, und auch nicht wollten, so würden die Vorgärten keinen schönen Anblick gewähren. Es werde daher Einsprache gegen deren Anordnung erhoben.

Der Magistrat gibt anheim, beide Einsprachen zu verwerfen.

Namens der Baukommission empfiehlt Herr Wolters, unter eingehender Begründung, beide Einsprachen zu verwerfen, was seitens der Versammlung geschieht.

VIII. Aenderungen und Erweiterungen auf den Gaswerken.

Die Deputation für die städtischen Licht- und Wasserwerke hat folgende Aenderungen und Erweiterungen auf den beiden Gaswerken empfohlen:

1. Gaswerk an der Bahnhofstraße:

Auswechslung eines etwa 50 Jahre alten Gasjagers gegen einen neuen von 400 cbm Stundenleistung für 1200 M und Vergrößerung der zurzeit aus zwei Kammern bestehenden Naphthalinwascherei um weitere zwei Kammern zu 1820 M, macht zusammen 3020 M.

2. Gaswerk an der Taubenstraße:

Aenderung der Rohrendung an den Ammoniakwaschern, die das parallele und hintereinander Schalten der Waschapparate ermöglicht, zu 620 M, Aufstellung eines besonderen Naphthalinwaschers mit 4 Waschkammern für 15 000 cbm tägliche Leistungsfähigkeit zu 6500 M, Kosten der Rohrleitungen einschl. Absperrschieber und Montage zu 4500 M und unvorhergesehene Ausgaben zu 360 M, zusammen 11980 M, macht für beide Gasanstalten 15 000 M.

Der Magistrat nimmt an, daß diese Einrichtungen zweckmäßig und erforderlich sind und gibt anheim, sie zu genehmigen.

Auf Empfehlung der Finanzkommission, für die Herr Schmidt berichtet, wird der Vorlage zugestimmt.

IX. Verbreiterung der Sidonienbrücke.

Während der Verhandlungen mit Herzoglicher Landdirektion über das von der Versammlung am 6. Oktober v. Js. — Seite 251 des Berichtes — genehmigte Projekt der Verbreiterung der Sidonienbrücke ist in dem Magistrate der Wunsch entstanden, die nach dem Hohetorwall zu in Aussicht genommenen seitlichen Brückenrampen nicht so steil (1 : 20) abfallen zu lassen, wie das Projekt vorsieht,

sondern ihnen eine größere Länge mit einem Gefälle von 1:200 zu geben. Da diese Ausführung für den Verkehr ungleich angenehmer sein wird, so ersucht der Magistrat, sich mit der Aenderung einverstanden zu erklären und die Mehrkosten im Betrage von 250 M zu bewilligen,

was auf Empfehlung der Baukommission, für die Herr Meyerhoff berichtet, geschieht.

Hierauf schließt der Herr Vorsitzende die Sitzung.

Dauer von 5 bis gegen 8 Uhr.

1905/1906.Nr. 3.

Bericht

über die

Verhandlungen der Stadtverordneten zu Braunschweig

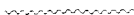
in deren Sitzung vom 11. Mai 1905.



Tagesordnung:

I. Gehaltsverhältnisse der Lehrerinnen an den Bürgerichulen	Seite 38
II. Besuch um stadtseitige Uebernahme der katholischen Schule	" 41
III. Plattenbelag auf einem Fußwege der Landstraße	" 58
IV. Heizungsanlage in der Schule an der Maidstraße	" 58
V. Uebernahme von Straßenkosten der Maidstraße	" 59
VI. Anlage einer Düngergrube bei dem Schlachthause	" 59
VII. Auswechslung eines Gashauptrohrs an der Hildesheimerstraße etc.	" 60
VIII. Beschaffung einer Mehlmischmaschine für die Neuhaßmühle	" 60
IX. Vorschriften über Beaufsichtigung der hiesigen Wohnungen	" 60
X. Plattenbelag auf den Fußwegen der Fasanenstraße	" 72
XI. Abkommen wegen des Spohrplatzes etc.	" 74
XII. Hundesteuer-Erlaßgesuche	" 77
XIII. Pensionsberechnung für städtische Beamte	" 78
XIV. Erwerb von Flächen zu einer Verbindungsstraße an der Asanienallee	" 81
XV. Klage auf Erhaltung von Stempelkosten	" 82
XVI. Bauliche Aenderungen im Feuerlöschgebäude	" 82
XVII. Antrag Weichsel: Anordnung von Vorgärten an der Gervaldstraße	" 83
XVIII. Antrag Pepsies: Neupflasterung eines Teiles der Kaiserstraße	" 84

XIX.	Antrag Meyerhoff: Einrichtung einer städtischen Sparkasse.	Seite 84
XX.	Antrag Schmidt: Vervollständigung der Wählerlisten.	" 85
XXI.	Anfrage Brückmann: Einrichtung eines Spielplatzes im Westen der Stadt	" 85
XXII.	Ausbau der Verbindungsstraße an der Korfesstraße zc.	" 86
XXIII.	Aufnahme einer von der Straßeneisenbahn erhobenen Feststellungsflagge .	" 87
XXIV.	Antrag Schöttler und Gen.: Zeitgemäße Umgestaltung der Städteordnung	" 87
XXV.	Erwerb von Straßenflächen zc. an der Humboldtstraße.	" 88
XXVI.	Antrag Sander: Plattenbelag auf der Osterstraße.	" 88
XXVII.	Anfrage Wejemeier: Vervollständigung der Wählerlisten.	" 89
XXVIII.	Erpachtung einer Fläche zum städtischen Lagerplatz.	" 89



Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister Ketemeyer, Bürgermeister Meyer und Stadträte Haake, von Frankenberg, Wagner und Lange.

Entschuldigt Herr Frühling.

Nach Eröffnung der Sitzung richtet der Vorsitzende, Herr Wolff, die Bitte an die Mitglieder der Versammlung, im Falle einer Behinderung am Besuche der Versammlung oder einer Kommissionsitzung, sich rechtzeitig bei dem Vorsitzenden der Versammlung oder der Kommission abzumelden; wegen der Kommissionsitzungen insbesondere, damit der Zusammentritt einer Kommission in nicht beschlußfähiger Zahl vermieden werde. Ebenso bitte er, ihn bei dem Verlassen der Versammlung vor ihrem Schluß zu benachrichtigen, um zu vermeiden, daß die Versammlung beschlußunfähig werde, ohne daß der Vorsitzende es merke.

Sodann nimmt vor Eintritt in die Tagesordnung das Wort Herr Stadtrat von Frankenberg, um die Mitglieder der Versammlung zu der auf den nächsten Sonntag angesetzten Pflanzung einer Schillereiche nach dem Hegidienmarkte einzuladen.

Hierauf wird in die Tagesordnung eingetreten.

I. Gehaltsverhältnisse der Lehrerinnen an den Bürgerschulen.

Nach der bisherigen Gepflogenheit ist den zur Anstellung gelangenden Lehrerinnen an den städtischen Bürgerschulen nicht der unterste, sondern der nächstfolgende Gehaltsjah als Anfangsgehalt bewilligt worden, weil in der Dienstordnung für die Lehrkräfte an den Bürgerschulen der Stadt Braunschweig vom 15. Dezember 1900 gesagt worden ist „unter Anrechnung der vorausgegangenen Probepflichtzeit“. Der Schulvorstand ist aber jetzt zu der Ueberzeugung gelangt, daß das höhere Anfangsgehalt mit den Vorschriften im § 7d und e der erwähnten

Dienstordnung nicht in Einklang zu bringen sei und hat daher anheimgegeben, die Anfangsgehälter auf 1200 M für ordentliche Lehrerinnen und 1000 M für Fachlehrerinnen zu bemessen.

Der Magistrat muß diesem Antrage zustimmen, weil er es für unzweifelhaft hält, daß die Anfangsgehälter nicht 1400 und bezw. 1100 M, sondern 1200 und bezw. 1000 M betragen sollen. Ohne vorausgegangene mindestens drei Jahre währende Probefristzeit kann nach § 3 letzter Absatz und § 1 der Dienstordnung überhaupt keine Hilfslehrerin zur festen Anstellung gelangen; andererseits aber betragen die während der Probefristzeit den Hilfslehrerinnen zu gewährenden „Vergütungen“ 1200 M und bezw. 1000 M, und es ist somit klar, daß, wenn bei der festen Anstellung die Probefristzeit angerechnet werden müßte, Anfangsgehälter von 1200 M und 1000 M überhaupt nicht zulässig sein würden.

Der anscheinend unlösliche Widerspruch ist nur dadurch zu erklären, daß früher die „Vergütungen“ geringer gewesen sind, als die Anfangsgehälter, und daß die Worte „unter Anrechnung ihrer vorausgegangenen Probefristzeit“ versehentlich in die Ordnung aufgenommen worden sind. Sie sind mit der Festsetzung der Anfangsgehälter auf 1200 M und 1000 M schlechterdings unvereinbar und müssen nach der Ansicht des Magistrates fortan umsomehr unberücksichtigt bleiben, als den Lehrern das Probefristjahr bekanntlich nicht angerechnet wird. Uebrigens würde ja auch keiner zur festen Anstellung gelangenden Hilfslehrerin irgend welcher Anspruch auf sofortige Zahlung der zweiten Gehaltsstufe zustehen.

Gleichzeitig wird vom Magistrate anheimgegeben, die betr. Vorschrift im § 7 der Dienstordnung dahin zu ändern, daß unter d die Worte „unter Anrechnung der vorausgegangenen Probefristzeit“ und unter e die Worte „unter Anrechnung ihrer Probefristzeit“ gestrichen werden.

Namens der Schulkommission berichtet über die Vorlage Herr Nolte: Die Schulkommission hat sich mit den Anträgen des Magistrates nicht vollständig einverstanden erklären können, wenn auch ohne weiteres anerkannt werden muß, daß in den betreffenden Bestimmungen der Gehaltsordnung ein schon in der Magistratsvorlage erörterter Widerspruch vorhanden ist. Bei einer Vergleichung der Vorschriften der neuen Dienstordnung vom 15. Dezember 1900 mit denjenigen der alten Dienstordnung vom 11. Mai 1891 ergibt sich aber, daß die Worte „unter Anrechnung der vorausgegangenen Probefristzeit“ in der letzteren nicht enthalten waren. Man muß also bei Beurteilung der Sachlage von dem Gedanken ausgehen, daß die Aufnahme der Worte in die neue Dienstordnung nicht ohne Grund geschehen ist. Dieser Grund ist wohl darin zu suchen, daß man den Lehrerinnen, für die im Gegensatz zu den Lehrern eine Probefristzeit von drei Jahren festgesetzt worden ist, diese Probefristzeit hinterher bei der Bemessung des

Anfangsgehalt es hat anrechnen wollen. Die Annahme des Magistrates, der Widerspruch sei dadurch in die Bestimmungen gekommen, daß die Vergütungen für die provisorisch beschäftigten Lehrerinnen ursprünglich niedriger geplant worden seien, als man sie hinterher angenommen habe und daß die Bestimmung über Anrechnung der Probefienstzeit nach der Erhöhung der Vergütung versehentlich in der Gehaltsordnung geblieben sei, wird wohl richtig sein. Der Schulkommission scheint es indessen nicht billig zu sein, der von dem Magistrate vorgeschlagenen Aenderung zu folgen, weil die bereits angenommenen provisorischen Lehrerinnen immerhin einen gewissen Anspruch auf die Anrechnung der Probefienstzeit haben dürften und weil man die in der Dienstordnung enthaltenen widersprechenden Bestimmungen nicht wohl den Lehrerinnen zum Nachteil gereichen lassen darf. Wenn man dem Vorschlage des Magistrates entspricht, so werden die Lehrerinnen erst nach sechs-jähriger Dienstzeit über das Mindestgehalt hinwegkommen. Die Kommission wünscht deshalb, daß die schon vorhandenen Lehrerinnen in der bisherigen Weise behandelt werden möchten und daß, um aus dem Dilemma herauszukommen, entweder die Gehaltskala geändert oder die Probefienstzeit abgekürzt werde. Die Probefienstzeit schien der Kommission außergewöhnlich lang zu sein und sie meint, daß man nach 1 oder 1½ Jahren schon ein abschließendes Urteil über eine Lehrerin insoweit zu fällen vermöge, als man wisse, ob sie angestellt werden könne oder nicht.

Der Schulvorstand der städtischen Bürgerschulen hat sich mit dieser Angelegenheit noch einmal befaßt und ist dabei zu folgenden neuen Vorschlägen gekommen:

„I. Die nach § 3, Abs. 5 der Dienstordnung für die Lehrkräfte an den Bürgerschulen der Stadt Braunschweig mindestens drei Jahre umfassende Probefienstzeit der Hilfslehrerinnen wird vom 1. April 1905 ab auf ein Jahr ermäßigt.

II. Im § 7 derselben Dienstordnung werden unter d die Worte „unter Anrechnung der vorausgegangenen Probefienstzeit“ und unter e die Worte „unter Anrechnung ihrer Probefienstzeit“ gestrichen.

III. Die vorstehenden Bestimmungen finden auf die zurzeit im Probefienste beschäftigten Hilfslehrerinnen mit der Maßgabe Anwendung, daß, sofern die sonstigen Voraussetzungen fester Anstellung zutreffen: a) die zu Ostern 1903 oder früher angenommenen zu Ostern 1906 angestellt werden können und zwar als ordentliche Lehrerinnen mit 1400 M und als Fachlehrerinnen mit 1100 M Anfangsgehalt; b) die zu Ostern 1904 angenommenen zu Ostern 1906 angestellt werden können und zwar als ordentliche Lehrerinnen mit 1200 M, als Fachlehrerinnen mit 1000 M Anfangsgehalt und daß die erste Alterszulage zum 1. April 1907 gewährt wird; c) die zum 1. Mai 1905 angenommenen zu Ostern 1906 als ordentliche Lehrerinnen mit 1200 M und als Fachlehrerinnen mit 1000 M Anfangsgehalt angestellt werden können.“

Wenn auch die Schulkommission sich mit diesen Vorschlägen noch nicht befaßt hat, so glaube ich doch, sie in deren Namen zur Annahme befürworten zu können, da hierdurch die Lehrerinnen früher zur festen Anstellung gelangen als bisher.

Herr Wolters: Ich möchte mir erlauben, Ihre Aufmerksamkeit auf einen durch Annahme der Kommissionsvorschläge entstehenden Widerspruch in der Dienstordnung zu lenken. Im § 7, Punkt 6 derselben heißt es:

„Die Hilfslehrer erhalten, unter Anrechnung der vor ihrer Annahme bereits anderweit im öffentlichen Schuldienste innerhalb des Herzogtums verbrachten Zeit im ersten Jahre 1000 M., im zweiten Jahre 1100 M., im dritten Jahre 1200 M., im vierten Jahre 1300 M.“

Wenn nun nach den Vorschlägen der Schulkommission die Probefristzeit der Lehrerinnen auf ein Jahr herabgesetzt werden soll, so würden die Bestimmungen über die Hilfslehrer auch noch der Regelung bedürfen, da diese bei Anrechnung der gesamten Schuldienstzeit auch selten oder gar nicht den Mindestsatz von 1000 M. erhalten würden.

Herr Oberbürgermeister Netemeyer: Darin ist kein Widerspruch enthalten. Die Schwierigkeit lag, wie der Herr Referent schon hervorgehoben hat, bei den Lehrerinnen darin, daß deren Remuneration während der Probefristzeit und deren Anfangsgehalt gleich hoch bemessen ist, während das bei den Lehrern nicht der Fall ist. Wenn wir aber von auswärts Hilfslehrer angenommen haben, die schon eine mehrjährige Dienstzeit hinter sich hatten, so haben diese sofort die ihrem Dienstalter entsprechende höhere Remuneration bekommen. Diese Bestimmung müssen wir auch aufrecht halten. Im übrigen ist die auswärtige Dienstzeit nur dann angerechnet worden, wenn sie mindestens ein Jahr betragen hat.

Nachdem Herr Nolte noch besonders darauf hingewiesen hatte, daß die Pension der Lehrerinnen erst von dem Tage ab berechnet wird, wo sie fest angestellt worden sind,

werden die Vorschläge der Schulkommission genehmigt.

II. Gesuch um stadtseitige Uebernahme der katholischen Schule.

Der Kirchenvorstand St. Nicolai hat sich an die Versammlung mit dem Gesuche um Uebernahme der katholischen Schule gewandt und führt zur Begründung folgendes aus: Die Schullasten sind trotz der von dem Staate und der Stadt geleisteten Zuschüsse in den letzten Jahren zu einer derartigen Höhe angewachsen, daß die Gemeinde nicht imstande ist, sie noch weiter tragen zu können. Die ursprüngliche sogenannte Kirchensteuer erhöhte sich von 16 % im Jahre 1898 auf 18 % im Jahre 1902, 19 % im Jahre 1903 und 20 % im Jahre 1904 und diese Steuer mußte ausschließlich zum Unterhalte der Schule verwendet werden. In diesem Jahre wird die Steuer sogar auf 25 % gesteigert werden müssen. Die

Schule umfaßt zurzeit 23 Klassen mit etwa 1230 Kindern. Frühere Gesuche um stadtseitige Uebernahme der Schule sind mit der Begründung abgelehnt worden, daß eine Veränderung der bisherigen Verhältnisse seit der letzten Erhöhung des städtischen Zuschusses zu den Kosten der Schule nicht eingetreten sei und auch eine gesetzliche Verpflichtung zur stadtseitigen Uebernahme der Schule nicht vorliege. Wenn das letztere auch nicht ohne weiteres als den Tatsachen entsprechend anzuerkennen ist, so bleibt doch bei dem Scheitern aller Versuche, eine Aenderung in dieser Beziehung herbeizuführen, nichts anderes übrig, als an die zweifellos bestehende moralische Verpflichtung der Stadt zu appellieren.

Der heutigen Notlage kann nur dadurch ein Ende gemacht werden, daß die Schule von der Stadt übernommen und damit in ausgleichender Gerechtigkeit den übrigen Bürgerschulen gleichgestellt wird. Wenn es dabei als selbstverständlich betrachtet wird, daß der katholische Charakter der Schule auch nach ihrer stadtseitigen Uebernahme gewahrt bleibt, so hält es der Kirchenvorstand andererseits für natürlich, daß die Leitung der Schule nach deren Uebernahme voll in die Hände der Stadt übergeht. Außerdem würde er bereit sein, die sämtlichen Schulgebäude der Stadt zur kostenfreien Benutzung gegen Uebernahme der Abgaben und der Unterhaltung zu überlassen. In allen Städten Preußens sind die katholischen Schulen stadtseitig übernommen worden, so namentlich auch in den Nachbarstädten Hannover und Peine.

Schließlich wird die Versammlung ersucht, sich grundsätzlich mit der Uebernahme der katholischen Schule seitens der Stadt einverstanden zu erklären und auf baldige Einleitung der erforderlichen Verhandlungen hinzuwirken.

Namens der Schulkommission berichtet über die Eingabe Herr Nolte: Zum vollen Verständnis dieser Angelegenheit ist es erforderlich, einen kurzen Rückblick auf die Entstehung und Entwicklung der hiesigen katholischen Schule zu werfen. Die Akten des Magistrates ergeben, daß sie ursprünglich nur zu dem Zwecke eingerichtet worden ist, um für die Kinder der hiesigen Katholiken die Erteilung eines besonderen katholischen Religionsunterrichtes zu ermöglichen. Nur nach und nach ist sie in eine der katholischen Kirche angehörige öffentliche Schule umgewandelt worden, in der neben dem Unterrichte in der römisch-katholischen Glaubenslehre allgemeiner Elementarunterricht, wie in den hiesigen städtischen Bürgerschulen, erteilt wird. Die Landesregierung hat die Einrichtung der Schule genehmigt und durch Reskript vom 18. November 1874 die Aufsicht über die Schule dem Magistrate, unter Mitwirkung des Direktors der städtischen Bürgerschulen, übertragen, sich selbst aber das Recht der Oberaufsicht vorbehalten. Die Zahl der die Schule besuchenden Kinder ist sehr schnell gestiegen, von 800 Kindern im Jahre 1896 ist die Besuchsziffer im Jahre 1905 auf 1230 angewachsen, während sich die Klassenzahl von 14 auf 23 vermehrt hat.

Schon am 7. Oktober 1890 ist ein ähnliches Gesuch an den Magistrat gerichtet und darin bezuggenommen auf die Verhältnisse in Hannover, Cassel, Magdeburg, Berlin und Frankfurt a. M. Die vom Magistrate daraufhin eingezogenen Erkundigungen haben ergeben, daß die katholischen Schulen stadtseitig unterhalten werden: in Hannover seit 1881, in Cassel seit Ostern 1890, in Magdeburg seit dem 1. April 1889, in Berlin seit längerer Zeit und in Frankfurt a. M. trug die Kosten die ehemalige freie Stadt seit 1830. Aus den damals gepflogenen Verhandlungen geht aber hervor, daß in diesen Städten andere Voraussetzungen vorlagen als hier, indem die preussischen Städte gesetzlich verpflichtet sind, ihre katholischen Schulen zu unterhalten. Trotzdem haben sich die Gemeinden zum Teil lange dagegen gewehrt. Damals schon ist die Frage, ob die Schule stadtseitig zu übernehmen sei, zwischen dem Magistrate und dem Schulvorstande der städtischen Bürgerschulen des weiteren erörtert worden. Das Gutachten des letzteren gipfelte darin, daß die Uebernahme der Schule nicht zu empfehlen sei, weil zunächst eine rechtliche Verpflichtung der Stadt, neben den von ihr zu unterhaltenden evangelischen, auch den Kindern anderer Glaubensgenossen geöffneten Schulen, noch besondere Schulen für die Genossen anderer Glaubensbekenntnisse zu gründen und zu unterhalten, nicht bestehe, weil aber auch eine sittliche Verpflichtung, von dem bisherigen Verhalten gegenüber der katholischen Schule abzuweichen, nicht anzuerkennen sei. Dabei wurde besonders hervorgehoben, daß ein großer Teil der die katholische Schule besuchenden Kinder nicht dauernd der Stadt angehöre, sondern aus einer wandernden, zum Teil noch nicht einmal deutschen Arbeiterbevölkerung bestehe und die katholische Schule nur als ein Mittel zu Zwecken der katholischen Kirche unterhalten werde, nicht aber etwa aus Staatsrücksichten. Auch seien die Folgen der Uebernahme nicht zu übersehen und es bestehe im Herzogthume keine Anstalt zur Ausbildung katholischer Lehrer, so daß bei Uebernahme der Schule auch Schwierigkeiten bei Annahme der Lehrer zu befürchten seien. Allerdings habe die Stadt ein Interesse am Weiterbestehen der katholischen Schule, da die Stadt tatsächlich durch diese Schule entlastet werde und deren Aufgehen in den städtischen Bürgerschulen schon deshalb nicht erwünscht sei, weil dann bei dem Unterrichte besondere Rücksicht auf die Kinder der verschiedenen Konfessionen genommen werden müsse. Deshalb empfehle es sich, die Schule mehr als bisher zu unterstützen.

Durch Schreiben vom 20. April 1891 hat sodann der Magistrat die Uebernahme der Schule auf die Stadt abgelehnt, aber unter gewissen Bedingungen (Erhöhung seines Einflusses, Besserung der Verhältnisse etc.) einen erhöhten Zuschuß von 15 M für das Kind zugesagt. Zwischen dem Magistrate und dem Kirchenvorstande zu St. Nicolai ist darauf über die Sache weiter verhandelt und ein Regulativ über die katholische Schule vereinbart worden, das der Stadtverordneten-

Versammlung mit dem Ersuchen vorgelegt wurde, zu genehmigen, daß unter der Voraussetzung des Erlasses dieses Regulativs zur Unterhaltung der katholischen Schule stadtseitig bis auf weiteres ein jährlicher Zuschuß von 15 M für das Kind gezahlt werde. Dieser Antrag ist von der Versammlung am 20. November 1891 unter der Bedingung genehmigt worden, daß eins ihrer Mitglieder in den Schulvorstand eintrete und daß dem Herzoglichen Staatsministerium das Recht offengehalten werde, das zu schaffende Rechtsverhältnis, insbesondere die Zuschußpflicht der Stadt, auf Antrag des Magistrates jederzeit aufzuheben. Im Schreiben vom 4. Dezember 1891 hat sich der Kirchenvorstand St. Nicolai mit diesen Bedingungen einverstanden erklärt in der Hoffnung, daß der Magistrat von dem fraglichen Rechte nur im dringendsten Notfalle Gebrauch machen werde. Durch Reskripte des Herzoglichen Staatsministeriums vom 5. März 1892 und vom 24. April 1892 ist das Regulativ sodann genehmigt und als Zeitpunkt des Inkrafttretens der 1. April 1892 bestimmt worden.

In diesem Regulativ heißt es im § 2:

„Die hiesige römisch-katholische Gemeinde unterhält die Schule und trägt alle daraus erwachsenden Kosten, soweit dieselben nicht durch den Substantiationsfonds, durch die einkommenden Schulgelber, die Zuschüsse des Staates sowie der Stadt und die sonstigen Einnahmen der Schulkasse gedeckt werden.“

Seit derselben Zeit zahlt der Staat einen jährlichen Zuschuß von 5000 M an die katholische Schule.

Am 22. Dezember 1897 hat der Kirchenvorstand St. Nicolai wiederum Gesuche an das Herzogliche Staatsministerium und den Magistrat gerichtet. Das Ministerium wurde darin gebeten, ebenfalls 15 M für jedes Schulkind zuzuschießen, oder den Staatszuschuß auf 15 000 M zu erhöhen und außerdem dahin zu wirken, daß die gesetzliche Grundlage für die Uebernahme der katholischen Schule auf die Stadt geschaffen werde. Das Ersuchen an die Stadtverwaltung ging dahin, die Schule auf die Stadt zu übernehmen, oder den Zuschuß auf 25 M pro Kind und Jahr zu erhöhen. Beide Gesuche sind am 26. Februar 1898 bzw. am 1. Februar 1898 abgelehnt worden.

In dem Reskripte des Herzoglichen Staatsministeriums heißt es, die Errichtung und Erhaltung der Schule sei lediglich im Interesse der katholischen Gemeinde, nicht im Staatsinteresse erfolgt. Dem Interesse des Staates sei dadurch genügt, daß die Stadt Braunschweig die vorgeschriebenen evangelisch-lutherischen Gemeindeschulen unterhalte und daß den katholischen Kindern der Besuch dieser Schulen freistehe. Die Unterstützung des Staates sei nur erfolgt, weil er an allen Unternehmungen ein Interesse nehme, welche die Ausbildung der Jugend fördern. Das Interesse

an solchen billigenwerten, aber nicht unentbehrlichen Instituten, wie die katholische Schule, beschränke sich darauf, den Unterhaltenden ihre Unternehmungen zu erleichtern; solche Unternehmungen auf seine Kosten zu verfolgen, sei der Staat nicht in der Lage. Wenn die katholische Schule gewillt sei, sich im gleichen Maße mit der Vermehrung der Aufnahme suchenden Kinder zu erweitern, so müsse die katholische Gemeinde auch die Kosten tragen. Sofern diese nicht in der Lage sei, die Kosten der Erweiterung der Schule trotz der regelmäßigen erheblichen staatlichen und städtischen Zuschüsse zu tragen, so müsse sie von einer Erweiterung Abstand nehmen und diejenigen Kinder, die sie nicht aufnehmen könne, zur Ausbildung den Gemeindeschulen überlassen. Da die Stadt Braunschweig ihrer Verpflichtung zur Unterhaltung der Gemeindeschulen genüge und da den katholischen Kindern der Besuch dieser Schulen freistehe, so liege ein Anlaß, die Stadt mit den Kosten zu belasten, die durch Uebernahme einer katholischen Schule erwachsen, nicht vor.

Anläßlich der von den Lehrern der katholischen Schule im November 1899 beantragten Gleichstellung im Gehalte mit den Lehrern der städtischen Bürgerschulen hat der Kirchenvorstand zu St. Nicolai am 3. Januar 1900 nochmals gebeten, die Schule auf den städtischen Etat zu übernehmen, jedoch ist dieses Gesuch am 10. Februar 1900 wiederum abgelehnt worden. Im Mai und Juni 1900 sind sodann die Bestimmungen in den §§ 19 und 24 des Regulativs vom 12. März 1892 mit Genehmigung des Herzoglichen Staatsministeriums vom 6. Juli 1900 dahin abgeändert worden, daß die Gehaltsverhältnisse der Lehrer der Gemeindeschulen auch für die Lehrer der katholischen Schule gütig sein sollten. Etwas später ist infolge eines Beschlusses der Stadtverordneten vom 15. November 1900 der städtische Zuschuß auf jährlich 25 M für jedes Kind der katholischen Schule erhöht worden, und zwar mit Wirkung vom 1. April 1900 ab. Der Magistrat hatte die Erhöhung des Zuschusses auf nur 20 M vorgeeschlagen.

Ein neues Gesuch des Kirchenvorstandes, die Schule zu übernehmen, vom 13. Oktober 1904 ist vom Magistrat am 17. Oktober 1904 abgelehnt worden.

Was die Rechtslage betrifft, so ist sie in dem vorhin mitgeteilten Reskripte des Herzoglichen Staatsministeriums schon näher bezeichnet worden. Nach dem Besetze über die Gemeindeschulen vom 8. Dezember 1851 Nr. 53 in der Fassung des Gesetzes vom 27. Oktober 1898 hat jede Gemeinde eine evangelisch-lutherische Gemeindeschule zu unterhalten (§§ 1, 2 und 4). Das Recht, ihre eigenen und die unter ihrer Vormundschaft stehenden oder in ihr Haus genommenen Kinder in diese Schulen zu schicken, steht nicht nur den evangelisch-lutherischen, sondern auch anderen Glaubensgenossen zu (§ 3). Das Gesetz sagt im § 1, daß es sich nur auf die evangelisch-lutherischen Gemeindeschulen und nicht auf die reformierten, römisch-katholischen und jüdischen Schulanstalten bezieht. Ebenso bezieht es sich auch nicht

auf die höheren Schulen. Die Städteordnung hat nur in den §§ 201 und 202 die Vorschriften, daß die Städte das Recht und die Verpflichtung haben, bei der Einrichtung, Verwaltung und Erhaltung der Schulanstalten nach Maßgabe der darüber erlassenen und noch zu erlassenden Gesetze mitzuwirken, sowie daß der Magistrat die Stadt in allen das Schulwesen betreffenden Angelegenheiten vertrete und hierbei an die Mitwirkung der Stadtverordneten in gleichem Maße gebunden sei, wie solches für die Verwaltung der Gemeindeangelegenheiten vorgeschrieben sei. — Andere gesetzliche Bestimmungen sind nicht vorhanden. In Ermangelung solcher leuchtet es ein, daß eine rechtliche Verpflichtung der Stadt, andere, als evangelisch-lutherische Gemeindeschulen zu unterhalten, nicht vorliegt.

Die Verhältnisse in anderen Staaten, insbesondere in Preußen, können hier nicht herangezogen werden, da dort die Gesetzgebung eine ganz andere ist und die Städte offenbar gesetzlich verpflichtet sind, die Kosten der katholischen Schulen zu tragen. Dabei ist noch besonders hervorzuheben, daß gelegentlich der vorhin erwähnten Verhandlungen über die Erhöhung des Zuschusses auf 15 M. der Kirchenvorstand zu St. Nicolai ausdrücklich die Verpflichtung anerkannt hat, die Schule zu unterhalten (s. Regulativ § 2, Abs. 1).

Aber auch von einer sogenannten moralischen Verpflichtung, die übrigens das Gesetz selbstverständlich gar nicht kennt, kann keine Rede sein. Wie schon erwähnt, stehen die von der Stadt unterhaltenen evangelisch-lutherischen Gemeindeschulen auch den Katholiken offen und werden tatsächlich auch von einer ganzen Anzahl katholischer Kinder besucht. Nach dem Berichte für 1903/04 besuchten die unteren Bürgerschulen 1,03 % von 10007 Kindern oder 103 katholische Kinder, die Hilfschule 0,55 % von 256 Kindern = 13 katholische Kinder, die mittleren Knabenschulen 1,22 % von 4132 Kindern = 49 Kinder und die mittleren Mädchenschulen 0,2 % von 3045 Kindern = 6 Kinder, im ganzen also 171 Kinder.

Schon aus der geschichtlichen Entwicklung der katholischen Schule geht hervor, daß sie lediglich im Interesse der katholischen Kirche und nicht im Interesse des Staates oder der Stadt zu ihrem jetzigen Umfange herangewachsen ist. Das ist auch vom Ministerium und vom Stadtmagistrate mehrfach hervorgehoben worden und wird seitens des Kirchenvorstandes zu St. Nicolai nicht geleugnet werden können. Dabei sind der katholischen Gemeinde seitens des Staates und der Stadt nicht nur keine Hindernisse in den Weg gelegt, sondern die Gemeinde ist noch regelmäßig sehr erheblich unterstützt worden. Dazu kommt, daß ein großer Teil der die katholische Schule besuchenden Kinder der Stadt nicht dauernd angehört, sondern zum Teil aus einer fluktuierenden Bevölkerung stammt.

Nun könnte ja die Stadt, obwohl ihr weder eine gesetzliche, noch eine moralische Verpflichtung zur Unterhaltung einer katholischen Schule obliegt, sich vielleicht aus freien Stücken den Luxus einer eigenen katholischen Schule leisten. Das würde aber doch nur zu verantworten sein, wenn sie daran ein wirklich lebhaftes Interesse hätte. Das ist jedoch meines Erachtens nicht der Fall. Allerdings hat die Stadt insofern einiges Interesse daran, daß die katholische Schule als solche weiter besteht, als letztere sie immerhin etwas entlastet und als sie bei Aufhebung dieser Schule die sämtlichen katholischen Kinder plötzlich in die hiesigen Gemeindeschulen bekommen würde, womit allerdings manche Unzuträglichkeiten verknüpft sein würden. Auf der anderen Seite ist aber hervorzuheben, daß ein derartiger Zustand an sich den hiesigen gesetzlichen Bestimmungen entspricht, und daß die Stadt diesen Bestimmungen selbstverständlich nachkommen muß. Bei der großen Anzahl katholischer Kinder würden diese in solchem Falle auf eine ganze Anzahl von Schulen verteilt werden, auch ließe es sich vielleicht ermöglichen, sie in besonderen Klassen unterzubringen. Die Gefahr, daß die katholische Schule ganz aufgehoben werden könnte, ist übrigens meines Erachtens nicht allzu groß, weil die katholische Kirche ein zu großes Interesse an ihrem Fortbestehen hat.

Ferner würde die sich aus der Uebernahme der Schule ohne zwingende Notwendigkeit ergebende finanzielle Belastung der Stadt eine sehr große sein. Es handelt sich zurzeit um 1230 Kinder, für die jetzt ein Zuschuß von je 25 M jährlich geleistet wird. Nach dem letzten Verwaltungsberichte mußte die Stadt im Jahre 1900/01 für die Bürgerschulen eine Summe von 782 890 M zuschießen, was auf jeden Kopf der damals vorhandenen 15 795 Kinder etwa 49 M bringt. Diese Rechnung würde sich selbstverständlich noch viel ungünstiger gestalten, wenn man nur die unteren Bürgerschulen berücksichtigte, in die die katholischen Kinder mit verhältnismäßig wenigen Ausnahmen aufzunehmen sein würden. Der Zuschuß wird sich inzwischen noch erheblich vergrößert haben; auch sind die aus dem Schulhausaufwands bestrittenen Kosten für Errichtung und Ausstattung neuer Schulen noch gar nicht berücksichtigt. Es würde also mindestens der Stadt eine Mehrbelastung von zunächst 30 M pro Kopf des Kindes, oder für 1230 Kinder eine solche von 37 000 M im ersten Jahre bei Uebernahme der Schule erwachsen. Dazu tritt noch folgender Umstand: Wenn die Stadt die katholische Schule ohne zwingenden Grund freiwillig übernehme, so würden sich die Angehörigen anderer Religionen oder Konfessionen, z. B. Juden und Dissidenten, darauf berufen und ebenfalls besondere Schulen für ihre Kinder verlangen können. Außerdem ist die Schwierigkeit der Beschaffung von Lehrkräften zu berücksichtigen.

Man darf bei der Beurteilung dieser Frage durchaus keine Sentimentalität walten lassen, sondern muß sie ganz nüchtern lediglich vom gesetzlichen, praktischen und finanziellen Standpunkte aus beurteilen. Persönlich schien mir, namentlich

auch als einem Mitgliede des Schulvorstandes der katholischen Schule, anfangs die Sache viel für sich zu haben; wenn man sich aber die Geschichte der Entstehung der katholischen Schule vergegenwärtigt und die damit verbundenen Unzuträglichkeiten in finanzieller Beziehung berücksichtigt, so kann man unmöglich dazu kommen, dem Gesuche beizupflichten. Wie auf der einen Seite die Stadt keine Verpflichtung hat, die Schule zu übernehmen, so hat sie auch nach Lage der Gesetzgebung und bei Lage der Sache überhaupt gar nicht das Recht dies zu tun und damit der Stadt auf die Dauer gar nicht zu übersehende finanzielle Lasten aufzubürden. Nach den bestehenden gesetzlichen Bestimmungen ist die Stadt nur verpflichtet, evangelisch-lutherische Gemeindeschulen zu unterhalten. Wenn aber auch wirklich die städtischen Behörden bereit sein würden, die Schule zu übernehmen, so würde die dazu erforderliche Genehmigung des Herzoglichen Staatsministeriums nach dem bisher von diesem eingenommenen Standpunkte doch schwerlich zu haben sein. Die Stadtverwaltung hat auch gar nicht das Recht, ihre Steuerzahler durch Uebernahme einer Schule zu belasten, zu deren Uebernahme sie nicht verpflichtet ist.

Die Schulkommission gibt aus allen diesen Gründen anheim, das Gesuch abzulehnen.

Vorsitzender: Zu diesem Gegenstande hat Herr Dr. Jasper folgenden Antrag eingereicht:

„Die Versammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, bei Herzoglichem Staatsministerium, Herzoglichem Konsistorium und der Landesversammlung den Erlaß gesetzlicher Bestimmungen zu beantragen, durch die der Religionsunterricht in den städtischen Schulen aufgehoben und diese als konfessionslose Schulen ausgestaltet werden.“

Der Antrag steht mit zur Besprechung.

Herr Jasper: Ich muß dem Herrn Referenten darin beipflichten, daß nach der gesetzlichen Lage eine rechtliche Verpflichtung für die Stadtgemeinde nicht besteht, die katholische Schule zu übernehmen. Dagegen bin ich hinsichtlich der sittlichen Verpflichtung der Stadt zu solcher Uebernahme anderer Meinung als die Kommission und glaube, daß nach dem vom Herrn Referenten uns vorgeführten Materiale eine derartige Verpflichtung wohl anzuerkennen ist. Wenn es zutrifft, daß die Stadt 37 000 M. jährlich dadurch erspart, daß die katholische Gemeinde ihre Schule aus eigenen Mitteln unterhält und von Staat und Stadt nur einen Zuschuß bekommt, so läuft das doch darauf hinaus, daß man den Mitgliedern der einen Kirchengemeinde weniger zuwendet als der anderen, und daß die Kinder derjenigen Gemeindegemeinden, die sich des evangelischen Bekenntnisses erfreuen, besser gestellt sein sollen, als diejenigen, welche ein anderes Bekenntnis haben, mag es

nun das katholische, das jüdische oder ein anderes sein. Es herrscht hier also eine Ungleichheit hinsichtlich der Benutzbarkeit der städtischen Einrichtungen. Nach der gesetzlichen Lage müssen die katholischen Kinder allerdings ohne weiteres in die städtischen Gemeindeschulen aufgenommen werden, aber was wird denn in diesen Schulen gelehrt? Wird da wirklich nur das gelehrt, was der Staat und die Stadt in ihrem Interesse verlangen können? Das kann also kein Grund sein, die Uebernahme abzulehnen. Wenn gesagt wird, die katholische Schule sei tätig im Interesse der katholischen Kirche, so möchte ich darauf fragen, ob es vielleicht mit unserer Gemeindeschule irgendwie anders bestellt ist? Trägt sie nicht auch einen konfessionellen Charakter und ist sie nicht ebenso beschränkt im Interesse der Kirche und eines bestimmten Personenkreises innerhalb unserer Staatsgemeinschaft? Wie kann man unter solchen Verhältnissen einem katholischen Einwohner zumuten, sein Kind in die evangelische Schule zu schicken? Von dem Religionsunterricht würde das Kind sicher dispensiert werden, aber damit ist die Schule noch nicht konfessionslos. Es wird in den Schulen auch evangelischer Turnunterricht (Feiterkeit), evangelischer Geographie- und Geschichtsunterricht erteilt. Es ist ausdrücklich darauf hingewiesen worden, daß bei dem Unterricht in der Erdkunde und der Naturkunde das Verhältnis zu Gott unbewußt so dargestellt werden soll, wie es der evangelischen Anschauungsweise entspricht, ja es soll sogar der konfessionelle Charakter der Schule dabei direkt zum Ausdruck gebracht werden. Wer den Unterricht auf den hiesigen Schulen mitgemacht hat, wird das aus eigener Erfahrung wissen. Der konfessionelle Charakter der Schule beschränkt sich also nicht auf den Religionsunterricht. Es liegt eine Unbilligkeit und eine Härte darin, die Mittel der Allgemeinheit nur für eine bestimmte Konfession aufzuwenden. Der Staat hat keine bestimmte Konfession, innerhalb unserer staatlichen Gemeinschaft sind die Bürger aller Glaubensrichtungen einander gleichgestellt und, worauf man im Schillerjahre besonderen Wert legen sollte, man soll Andersdenkende nicht in einen Gewissenszwang bringen, oder sie veranlassen, Einrichtungen auf eigene Kosten und mit eigenen Mitteln zu treffen, um ihre Kinder in dem eigenen Glauben erziehen zu können.

Ich stehe dem Gesuche des Kirchenvorstandes recht sympathisch gegenüber; ich sehe aber den Ausweg zwischen dem Zwiespalt und der bestehenden Sachlage und der Billigkeit nicht darin, daß man dem Wunsche der katholischen Gemeinde nachkommt und neben der evangelischen Schule noch eine besondere katholische städtische Schule einrichtet, weil dann mit demselben Rechte auch die Reformierten, die Juden, die Dissidenten, die Apostoliker u. d. d. verlangen können, eine besondere städtische Schule für sich eingerichtet zu sehen. Das würde allerdings die Stadt zu sehr belasten und würde über das hinausgehen, was die Stadt ihren Kindern zu gewähren hat, nämlich eine Ausbildung für das Leben hienieden und nicht auch für

eine angeblich bessere Welt später. Die Stadt und der Staat haben sich nur mit den Dingen dieser Welt abzugeben und die Kinder so auszurüsten, daß sie auf der Erde tüchtig vorwärtskommen und für ihren weltlichen Beruf etwas Tüchtiges lernen können. Dagegen haben Staat und Stadt keinen Anlaß, für Glaubensangelegenheiten Sorge zu tragen. Aus dieser Tatsache ergibt sich aber, daß man nicht weiter damit kommt, Konfessionsschulen selbst für die geringste Zahl von Anhängern eines Bekenntnisses einzuführen, sondern daß man die Gemeindeschule konfessionslos gestalten muß und nicht nur den Religionsunterricht aus der Schule beseitigt, sondern auch den Unterricht in den realen Fächern so gestaltet, daß sie einen konfessionellen Charakter nicht mehr trägt.

Ich bitte Sie deshalb, zwar zunächst dem Kommissionsantrage zuzustimmen, aber gleichzeitig auch meinen Antrag anzunehmen, damit wir Gemeindeschulen erhalten, in denen die Kinder jeglichen Glaubens das lernen können, was sie auf dieser Welt gebrauchen.

Vorsitzender: Herr Esborn hat folgenden Antrag in Form einer Entschließung eingebracht:

„Die Versammlung glaubt zwar den Antrag des Kirchenvorstandes der hiesigen katholischen Gemeinde auf Uebernahme der katholischen Schulen auf die Stadt zurzeit ablehnen zu müssen, weil die Stadt nach den geltenden Landesgesetzen nur zur Unterhaltung evangelisch-lutherischer Gemeindeschulen verpflichtet ist; die Versammlung hält jedoch, mit Rücksicht auf die gleichmäßige steuerliche Belastung der evangelischen und der katholischen Einwohner der Stadt, die Umwandlung der hiesigen katholischen Schule in eine Gemeindeschule an sich für eine Forderung der Gerechtigkeit.“

Auch dieser Antrag steht mit zur Besprechung.

Herr Hauswaldt: Das allgemeine Glaubensbekenntnis des Herrn Jasper, das sehr viel Japanisches an sich hat, da es von einem hiesigen Beruf spricht im Gegensatz zu dem späteren Berufe nach dem Tode, hat mich sehr interessiert. Ich stehe auf einem anderen Standpunkte als Herr Jasper, wenn ich auch anerkennen muß, daß die Forderung der hiesigen Katholiken, ihre Schule zu übernehmen, nicht einer gewissen Berechtigung entbehrt. Denken wir uns aber den umgekehrten Fall: wir versetzen uns in eine österreichische Stadt und würden dasselbe verlangen, was die hiesigen Katholiken von uns verlangen, was würden die österreichischen Katholiken wohl sagen? Würden sie 35 000 M. Zuschuß für eine evangelische Schule geben? Unsere Landesgesetze stehen der Uebernahme der katholischen Schule entgegen, und es hat daher keinen Zweck, etwas zu beschließen, was nicht zustande kommen kann. Wir müssen uns deshalb darauf beschränken, die in

den Verhältnissen liegenden Härten, die sich nun einmal historisch entwickelt haben, dadurch zu mildern, daß wir unseren katholischen Mitbürgern durch höhere Zuschüsse die Lasten zu erleichtern suchen.

Nun faßt Herr Dr. Jasper die Sache am anderen Ende an, indem er unsere sämtlichen Schulen in Simultanschulen verwandeln will. Ich bin der Ansicht, daß die Simultanschule da, wo sie hingehört, wo nämlich Konfessionschulen nicht neben einander existieren können, ohne Frage eine große Bedeutung hat; hier aber in unserm rein evangelischen Braunschweig Simultanschulen zu schaffen, würde ich wunderlich finden; das würden unsere katholischen Mitbürger übrigens auch gar nicht wollen.

Herr Esborn: Den Ausführungen des Herrn Referenten stimme ich in den meisten Punkten zu, nur in dem Punkte betreffs der moralischen Verpflichtung kann ich ihm nicht zustimmen. Die Katholiken unserer Stadt, die eine nicht unbeachtende Zahl ausmachen, tragen ebenso zu den städtischen Lasten bei wie wir. Ich erinnere nur daran, daß zu den bedeutenden Ueberschüssen der Gas- und Wasserwerke, die bekanntlich dem Schulhausbaufonds zufließen, die katholischen Mitbürger ebenfalls beitragen. Da wir aber aus landesgesetzlichen Gründen keine katholische Gemeindeschule errichten können, so habe ich den in der „Entschließung“ angegebenen Standpunkt eingenommen. Wir können durch Annahme der Resolution vielleicht etwas dazu beitragen, daß die Landesgesetzgebung geändert wird (Widerspruch), und wir müssen uns dadurch, daß wir jährlich 37 000 M sparen, umso mehr verpflichtet fühlen, irgend etwas in der Sache zu tun. Sie wollen auch berücksichtigen, welche hohe Kirchensteuer die Katholiken zu zahlen haben, um damit ihre Schule zu unterhalten. Ich bitte daher, meiner Entschließung zuzustimmen.

Herr Stadtrat von Frankenberg: Ich bitte, dem Antrage der Schulkommission unter Ablehnung der weitergehenden Anträge Jasper und Esborn stattzugeben. Ich bin mit Herrn Nolte einer Meinung, daß der Antrag auf den ersten Blick viel Bestechendes hat und eine gewisse Willigkeit dafür zu sprechen scheint. Wenn man aber die Akten sorgfältig durchsieht und zwar auch solche Akten, die dem Herrn Kommissionsreferenten nicht vorgelegen haben, so gelangt man zu dem Ergebnis, daß auch vom Standpunkte der Willigkeit aus die Forderung der katholischen Kirche auf Uebernahme ihrer Schule durch die Stadt zu weit geht.

Ich möchte mir erlauben, den Herren in die Erinnerung zurückzurufen, daß gegen Ende des letzten Jahrhunderts eine katholische Kirchensteuer eingeführt worden ist und zwar unter Hinweis auf die der katholischen Kirchengemeinde durch ihre Schule erwachsenden Lasten. Jetzt hat der Kirchenvorstand das Gesetz und nun wünscht er, unter Berufung auf Willigkeitsrücksichten, daß seine Schule auf die Stadt übernommen werde. Dabei wird aber an einen Wegfall der Kirchensteuer sicherlich nicht gedacht, sondern die Steuer soll zu anderen Zwecken weiter

erhoben werden, obwohl sie lediglich im Hinblick auf die Schullasten eingeführt worden ist.

Nun haben sich die Verhältnisse inzwischen keineswegs so verschoben, daß man sagen könnte, die Schullasten seien seit Einführung der Kirchensteuer ins Unerträgliche gewachsen; man darf im Gegenteil sagen, daß das Anwachsen der Schullasten ein verhältnismäßig sehr geringes gewesen ist. Damals leistete der Kirchenvorstand einen Zuschuß zur Schule von 11106 M, jetzt ist er etatsmäßig auf 12350 M gestiegen. Dagegen ist in der gleichen Zeit der Ertrag aus der katholischen Kirchensteuer um 43 % in die Höhe gegangen. In diesem Mehraufkommen von 4856 M stecken mehr als 2000 M für sonstige kirchliche Bedürfnisse. Es liegt mir fern, gegen diese Maßregel Stellung nehmen zu wollen, ich möchte vielmehr nur darauf hinweisen, daß die erhebliche Mehrbelastung keineswegs allein durch die Schule, sondern auch durch andere Sachen eingetreten ist. Dabei bitte ich zu berücksichtigen, wie sehr die Leistungen der Stadt inzwischen gewachsen sind. Vor dem Abkommen mit dem Kirchenvorstande im Jahre 1892 leistete die Stadt einen Zuschuß von 3400 M, nach dem Inkrafttreten des Abkommens im Jahre 1892/93 betrug er 9300 M, im Jahre 1899/1900, als die Kirchensteuer eingeführt wurde, 15500 M und jetzt nach nur sechs Jahren hat sich der Zuschuß mehr als verdoppelt und beträgt 30750 M. Dazu kommen noch die weiteren Leistungen der Stadt für die katholische Schule, nämlich die Kosten für die Schulärzte mit 750 M, für Lehrmittel mit 200 M, für Formulare etc., so daß man sagen kann, die Stadt leistet einen Gesamtzuschuß von rund 32000 M, während die katholische Kirche 12350 M und der Staat 7600 M zahlt. Demnach hat die katholische Kirchengemeinde noch nicht ein Viertel der Schullasten zu tragen. Man wird demgegenüber nicht sagen können, daß uns Billigkeitsrücksichten drängen, über das hinauszugehen, was die Schulkommission vorgeschlagen hat.

Man könnte auch fragen, ob nicht doch anzunehmen sei, daß die Entwicklung der katholischen Schule sich ohne jede Rücksicht auf die Finanzfrage bei Uebernahme auf die Stadt in Zukunft gedeihlicher gestalten würde, aber ich glaube, daß die Mitglieder des katholischen Kirchenvorstandes alle Ursache haben, mit der bisherigen Entwicklung der Verhältnisse und der Leitung der katholischen Schule zufrieden zu sein. Wir sind wenigstens noch niemals Klagen darüber zu Ohren gekommen, daß seitens der evangelischen Mitglieder des Vorstandes der katholischen Schule versucht worden wäre, die katholischen Interessen irgendwie an die Wand zu drücken, und ich glaube erklären zu dürfen, daß auch in Zukunft daran nicht gedacht wird. Wie sich aber das Bild verschieben wird, wenn dem Antrage auf Uebernahme der Schule stattgegeben würde und ob es uns dann möglich sein würde, die Interessen der katholischen Kirche so zu wahren, wie sie von Leuten, die paritätisch denken, gewahrt

werden müssen, das will ich dahingestellt sein lassen. Ein besserer Zustand als der gegenwärtige kann für die katholische Kirche und Schule jedenfalls nicht gedacht werden.

Herr Günther: Unsere katholischen Mitbürger werden sich beglückt fühlen können, wenn wir den Antrag Esdorn annehmen, denn damit ist ihnen viel gedient, indem die Sache auf die lange Bank geschoben wird und überhaupt gar nichts geschieht. Der jetzt hier herrschende Zustand ist der katholischen Gemeinde gegenüber eine Ungerechtigkeit und ihre Kinder werden als Schüler zweiter Klasse behandelt. Trotz des der katholischen Schule gewährten großen Zuschusses steht ihr Unterricht nicht auf der Höhe des Unterrichts der hiesigen Gemeindeschulen, und das liegt nur in dem Mangel an Mitteln. Es ist das allerdings nicht unsere Sache, aber unseren katholischen Mitbürgern kann nur geraten werden, ihre Kinder in unsere Gemeindeschulen zu schicken, dann werden sie mit einem Male alle Lasten los und die Stadt übernimmt die Verpflichtung, die Kinder unterrichten zu lassen. An diesem Standpunkte ändert bei mir auch die Tatsache nichts, daß dadurch die Ausgaben der Stadt gewaltig anwachsen werden. Ich stimme darin mit der Schulkommission überein, daß bei Lage unserer Gesetzgebung auf andere Weise sich nicht helfen läßt. Wir müssen es daher den Katholiken überlassen, den hier angedeuteten Weg zu beschreiten und ihren Kindern Religionsunterricht aus eigenen Mitteln erteilen zu lassen.

Herrn Jasper muß ich darin recht geben, daß wir dem Gesuche des Kirchenvorstandes schon deshalb nicht entsprechen können, weil wir sonst für die jüdische, die apostolische u. Gemeinde auch Schulen bauen müßten, was zu weit führen würde. Anders steht es aber mit dem von uns gestellten Antrage auf Einrichtung konfessionsloser Schulen. Es ist nur noch eine Frage der Zeit, daß überall Simultanschulen eingeführt werden und es wäre das richtigste und gerechteste, auch hier in dieser Weise vorzugehen. Dadurch würde aller Zwiespalt beseitigt werden. Hier merken wir das nicht so sehr, als da, wo die beiden Konfessionen sich ziemlich gleich stehen. Wenn vorhin über die Aeußerung des Herrn Jasper wegen des evangelischen Turnunterrichtes gelacht worden ist, so will ich bemerken, daß man im Rheinlande doch sogar katholischen Schwimmunterricht erteilen und zwei Badeanstalten einrichten wollte. Es würde das richtigste sein, Simultanschulen einzuführen; ich bitte daher, dem Antrage Jasper zuzustimmen.

Herr Nolte: Herrn Jasper gegenüber möchte ich bemerken, daß selbstverständlich die katholischen Schulkinder bei dem Besuche der evangelischen Gemeindeschulen von dem Religionsunterrichte dispensiert werden würden. Wenn Herr Jasper ferner meinte, es wäre eine arge Zumutung an die Katholiken, ihre Kinder in evangelische Schulen zu schicken, so will ich darauf erwidern, daß diese Zumutung nicht so arg sein kann, weil schon jetzt 171 katholische Kinder diese

Schulen freiwillig besuchen. Ich glaube kaum, daß soviele katholische Familien ihre Kinder freiwillig in die Gemeindeschulen geschickt haben würden, wenn die Zumutung so arg wäre. Herr Jasper hat die Sache auch wohl nur deshalb so schlimm hingestellt, um Propaganda für seinen Antrag zu machen; er glaubt aber wohl selbst nicht, daß er mit diesem Antrage Erfolg haben wird, ich enthalte mich deshalb auch jeder Äußerung dazu. Ebenso warne ich vor der Annahme der Entschließung des Herrn Esborn, wie ich überhaupt vor unklaren Beschlüssen warnen muß.

Ich weise nochmals auf die Geschichte der Entstehung der katholischen Schule hin und besonders darauf, daß sie ursprünglich gegründet worden ist zum Zwecke der Erteilung gemeinschaftlichen katholischen Religionsunterrichtes an die Kinder der hiesigen Katholiken. Damals hat die katholische Gemeinde auf dem Standpunkte gestanden, daß dieser Unterricht für ihre Zwecke genügen würde. Wenn die katholische Kirche hinterher Veranlassung genommen hat, die Schule zu einer Elementarschule auswachsen zu lassen, so ist das nicht im Interesse der Gemeinde, sondern der katholischen Kirche geschehen. Ferner möchte ich den Vorwurf zurückweisen, daß eine Forderung der Gerechtigkeit die Annahme des Besuches erheische. Von einer solchen Forderung kann hier keine Rede sein, weil die Stadt für das Bildungsbedürfnis der hiesigen katholischen Kinder dadurch sorgt, daß diesen Kindern die städtischen Gemeindeschulen ohne weiteres offenstehen. Die katholischen Mitbürger können ihre Kinder jeden Tag in die evangelischen Gemeindeschulen schicken, ebenso wie die katholische Gemeinde jeden Augenblick ihre Schule schließen kann.

Herr Jasper: Der Herr Berichterstatter hat sich die Stellung zu meinem Antrage allerdings sehr leicht gemacht, indem er sagte, ich glaubte wohl selbst nicht, daß der Antrag angenommen werden würde. Ich weiß nicht, ob das eine sachliche Auseinandersetzung genannt werden kann und ich verstehe die Entscheidung darüber in das Ermessen derjenigen, die darüber zu befinden haben. Die Herren von der Mehrheit würden sich doch ein sehr schlechtes Zeugnis ausstellen, wenn sie den Standpunkt einnehmen, daß derartige Anträge nicht zu diskutieren seien. Das würde bedeuten, daß sie wohl Worte für Gerechtigkeit und Billigkeit haben und sich auch dazu verstehen können, eine Resolution anzunehmen, daß man aber nicht an seinem Teile dazu beitragen will, die Unbilligkeit, die man an den bestehenden Gesetzen anerkennt, zu beseitigen. Ein anderes Mittel haben wir nicht, als daß wir uns an die maßgebenden Faktoren für die Landesgesetzgebung wenden und diese ersuchen, einzuführen, was im Interesse der Billigkeit und Gerechtigkeit liegt. Wenn es richtig ist, daß die gegenwärtige Sachlage einen Teil unserer Mitbürger benachteiligt — es handelt sich dabei auch um die Kinder der Dissidenten, Juden u., also derjenigen Einwohner, die nicht das Bekenntnis haben, was in

dieser Region gerade gelten soll — so weiß ich nicht, was ich dazu sagen soll, daß Sie nichts zur Beseitigung dieser Ungerechtigkeit tun wollen. Das erinnert an den Spruch: Cujus regio, ejus religio! Solche mittelalterlichen Zustände kann man doch unmöglich hier konservieren wollen.

Ich meine, man könnte wohl dazu übergehen, den Antrag sachlich zu diskutieren und nicht zu sagen, daß glaubt der Antragsteller wohl selbst nicht, daß man Billigkeitsrücksichten zugänglich sein will.

Herr Stadtrat von Frankenberg hat erwähnt, daß das Gesuch deshalb zu verwerfen sei, weil die Schullasten der katholischen Gemeinde sich nicht in dem Maße gesteigert hätten, wie andere Ausgaben dieser Gemeinde; es ist aber doch nicht Aufgabe der Versammlung, sich darum zu kümmern, wo das Steueraufkommen bleibt, sondern das können die katholischen Mitbürger mit sich selbst ausmachen und wir brauchen uns darum keine grauen Haare wachsen zu lassen. Die städtischen Behörden haben doch wohl nur die Aufgabe, möglichst gute Schulen für die Kinder aller unserer Mitbürger einzuführen, und wenn die Schule, die die katholischen Kinder zu besuchen gezwungen sind, weil sie Wert auf die Erhaltung ihres Mutterglaubens legen, an Mitteln nicht so ausgestattet ist, daß sie ihrer Aufgabe vollkommen gerecht werden kann, so leiden auch die Interessen der Stadt darunter.

Der Unterricht namentlich in der Naturkunde ist immer ein sehr eigenartiger, und dieser Unterricht wird in der katholischen Schule nicht besser sein als in der evangelischen, denn es soll hier manches gelehrt werden, von dem vielleicht in der vorhergegangenen katholischen oder evangelischen Religionsstunde das Gegenteil gesagt worden ist. Es erscheint mir im Interesse der Kinder notwendig zu sein, daß wir einen möglichst großen Einfluß auf unsere Schulen gewinnen und bei deren Ausgestaltung nicht von irgend welchen kirchlichen Einflüssen abhängig sind, damit die Kinder das lernen, was sie, um Herrn Hauswaldt entgegenzukommen, in diesem „irdischen Zammertal“ zu ihrem Fortkommen nötig haben.

Wenn sodann der Herr Berichterstatter anführt, daß schon deshalb keine sittliche Verpflichtung bestehe, die katholische Schule zu übernehmen, weil viele katholischen Kinder hier nicht dauernd wohnen und teilweise nicht einmal der deutschen Sprache mächtig seien, also Polen wären, so muß ich darauf erwidern, daß diese Kinder überwiegend deutsche Reichsangehörige sind und den hiesigen Kindern als vollständig gleichgestellt angesehen werden müssen. Da die Arbeitgeber diese Leute sonst gern nehmen, so soll man ihre Kinder auch so unterrichten und ausbilden, wie es in ihrem Interesse liegt, denn sie sind vollkommen gleichberechtigt und es ist eine Verletzung der Gerechtigkeit, wenn man sagt, es handelt sich nur um Polen, deshalb brauchen wir für die Kinder nichts zu tun. Ich bitte also dringend, meinen Antrag nicht ohne Diskussion zu begraben, sondern ihn anzunehmen.

Herr Stadtrat von Frankenberg: Es hat etwas Eigenartiges und Interessantes an sich, Herrn Dr. Jäpper hier als Vorkämpfer für die Interessen der katholischen Kirche und Schule zu sehen, aber ich glaube, daß angesichts seines Ideales, der religionslosen Schule, die Mitglieder des Vorstandes der katholischen Kirche doch sagen werden: Gott schütze mich vor meinen Freunden! (Heiterkeit.) Das Ideal ist denn doch außerordentlich weit von dem entfernt, was der katholische Kirchenvorstand anstrebt. Herr Jäpper nimmt sodann ferner an, daß die städtischen Behörden kein Interesse daran hätten, wie hoch die katholische Kirchensteuer sei. Wir haben daran aber ein sehr großes Interesse und besonders der Magistrat als Aufsichtsbehörde, und wir haben unsere Aufgabe darin erblickt, darüber zu wachen, daß die Kirchensteuer der Katholiken nicht ein gewisses erträgliches Maß übersteige, weil doch auch Staat und Stadt die Gemeindegensossen noch mit Steuern belasten, die in ihrer Gesamtheit nicht allzu drückend sein dürfen. Diese Auffassung hat der Magistrat auch bei jeder Gelegenheit vertreten. Wie sehr die katholische Schule eine Einrichtung der katholischen Kirche ist, geht auch aus der sehr hohen Ziffer der Schulgelderlasse hervor. Das Schulgeld ist dort zu 56 % erlassen worden. Ich gönne diese Vergünstigung denjenigen, die sie trifft, von Herzen; wenn aber der katholische Schulvorstand den Vätern der Kinder in dieser weitgehend-liberalen Weise entgegenkommt, so kann man sich nicht wundern, daß die Schullasten nicht ganz gering sind. Wahrscheinlich wird der Schulvorstand dieses tun, um die betr. Väter zu veranlassen, ihre Kinder in die katholische Schule und nicht in die städtische Gemeindeschule zu schicken.

Herr Rathe: Ich bin mit der festen Absicht hierher gekommen, den Wünschen der katholischen Mitbürger nach Möglichkeit zu entsprechen. Aus den Ausführungen des Herrn Referenten und des Herrn Stadtrat von Frankenberg habe ich erst ersehen, daß die vom Staate und von der Stadt geleisteten Zuschüsse etwa 35 M für das Kind betragen, während unsere evangelischen Schulkinder uns 49 M kosten. Ob das Mehr von 14 M wirklich für die katholischen Kinder aufgewendet werden würde, will ich dahingestellt sein lassen. Wenn von dem Vorstande der katholischen Schule 56 % Schulgelderlasse bewilligt werden, so muß die Not dort nicht so groß sein, und von unerschwinglichen Lasten kann man unter solchen Verhältnissen wirklich nicht reden. (Zustimmung.) Herrn Hauswaldt kann ich nicht beipflichten, wenn er von einem rein evangelischen Lande Braunschweig redet; denn in der Stadt Braunschweig sind 11 % oder 15 000 Einwohner katholisch, so daß man von einer rein evangelischen Bevölkerung nicht reden kann. Ich spreche mich für den Vorschlag der Kommission aus, möchte aber bitten, den stadtseitigen Zuschuß zur katholischen Schule, wenn irgend möglich, noch zu erhöhen.

Herr Stegmann: Ich sehe nicht ein, weshalb sich die Katholiken für das Eintreten meines Freundes Jäpper bedanken sollen; sie haben bei Annahme seines

Antrages doch, was sie wollen. Es würde dadurch also ein sehr friedliches Verhältnis geschaffen werden. Wenn der Herr Referent erklärt, der Antrag wäre undiskutabel, so verstehe ich das nicht. Herr Nolte scheint anzunehmen, daß die Forderung der konfessionslosen Schule eine spezifisch sozialdemokratische sei. Davon kann aber keine Rede sein, denn es handelt sich dabei um eine alte liberale Forderung. Freilich ist diese, wie es mit den meisten liberalen Forderungen gegangen ist, längst in die Rumpfkammer geworfen, weil es bei uns keinen Liberalismus mehr gibt. In Frankreich ist der konfessionslose Unterricht ebenfalls eingeführt worden, und die Bremer Lehrer haben, wie Ihnen aus den Zeitungen bekannt sein dürfte, einstimmig beschlossen, den Schulvorstand zu ersuchen, den Religionsunterricht aus den Bremer Bürgerschulen zu beseitigen. Ich möchte bitten, den Antrag Jäpper anzunehmen, denn es wird dadurch ein friedliches Zusammenleben zwischen Katholiken und Evangelischen erzielt werden.

Herr Blasius: Zunächst war mir die Sache auch sehr sympathisch. Nach genauer Einsicht der gesetzlichen Bestimmungen stimme ich aber dem Herrn Referenten bei, daß es unmöglich ist, das Gesuch zu befürworten. Nach den sehr interessanten Mitteilungen des Herrn Stadtrat von Frankenberg sind die Lasten, welche die katholische Gemeinde für die Schule übernommen hat, verhältnismäßig wenig gestiegen und haben nicht den ganzen Ertrag der Kirchensteuer erreicht, während nach dem Gesuche des Kirchenvorstandes zu St. Nicolai die katholische Kirchensteuer ausschließlich zum Unterhalt der Schule verwendet werden mußte. Ich möchte deshalb Herrn Stadtrat von Frankenberg bitten, diesen Widerspruch aufzuklären.

Herr Stadtrat von Frankenberg: Ich bin gern bereit, die genauen Zahlen mitzuteilen. Es haben betragen:

	die Kirchensteuer	der Zuschuß der Kirche zur Schulkasse
1899/1900	= 11 353 M (Etatssoll)	11 106 M
1900/1901	= 12 955 " (")	10 220 "
1901/1902	= 10 973 " (")	7 273 "
1902/1903	= 12 184 " (")	10 040 "
1903/1904	= 12 358 " (")	8 200 "
1904/1905	= 11 970 " (")	9 620 " (Etatssoll)
1905/1906	= 16 209 " (")	12 350 " (")

Bemerken möchte ich besonders, daß der Zuschuß zur Schulkasse seit 1899/1900 nur um 1244 M gestiegen ist, während die Kirchensteuer sich um 456 M vermehrt hat.

Die Besprechung wird hierauf geschlossen.

Persönlich bemerkt Herr Nolte: Ich möchte mich dagegen verwahren, daß mir Herr Dr. Jäpper Worte in den Mund legt, die ich nicht gesagt habe. Ich

habe nicht von preußischen Polen, sondern nur von Ausländern gesprochen. Meine Kenntnisse in der Geographie reichen immerhin so weit, daß ich mich nicht veranlaßt sehen kann, bei Herrn Jasper in den Geographieunterricht zu gehen. Ferner hat Herr Jasper gesagt, ich hätte wohl schöne Worte, aber wenn es sich darum handelte, eine Ungerechtigkeit zu beseitigen, so hätte ich nichts dafür übrig und ich verteidigte einen mittelalterlichen Standpunkt. Ich kann dem genannten Herrn nicht das Recht geben, über mich ein derartiges Urteil zu fällen.

Herr Jasper (zur persönlichen Bemerkung): Ich habe ausdrücklich bemerkt, daß Herr Nolte den Ausdruck Polen nicht gebraucht hätte, sondern fremdsprachliche Elemente. Wenn er hat sagen wollen fremdstaatliche Elemente, so habe ich nichts dagegen einzuwenden.

Bei der nun folgenden Abstimmung wird der Antrag der Schulkommission auf Ablehnung des Gesuches angenommen, der Antrag Jasper und die Resolution Esdorn aber abgelehnt.

III. Plattenbelag auf einem Fußwege der Landstraße.

Der Rechtsanwalt Dr. Bracke hat im Einverständnis mit den meisten Anliegern der Nordseite der Landstraße gebeten, den Fußweg dieser Straßenseite baldigst mit Platten belegen zu lassen. Unter Ueberreichung eines Kostenanschlages ersucht die städtische Bauverwaltung, dem Antrage zuzustimmen und bemerkt, daß durch die Ausführung von Plattenbelag auf dem nördlichen Fußwege der Landstraße in der Breite von 1,50 m ein Aufwand von 1050 M entstehen und der voraussichtliche Beitrag der Anlieger sich auf 6,85 M für 1 m Frontlänge stellen würde. Nach der Ansicht der städtischen Bauverwaltung würde es aber noch vorzuziehen sein, wenn der Belag in der ganzen Breite des Fußweges von 2,50 m ausgeführt werden könnte. In diesem Falle würde sich der Gesamtaufwand auf 1700 M und der Anliegerbeitrag auf 8,50 M stellen.

Der Magistrat ersucht, das erste Projekt der städtischen Bauverwaltung zur Ausführung zu bringen und den Plattenbelag in einer Breite von 1,50 m auszuführen.

Auf Empfehlung der Baukommission, für die Herr Wolters berichtet, wird dem Magistratsantrage zugestimmt, nachdem eine Anfrage des Herrn Hauswaldt sachgemäß beantwortet worden war.

IV. Heizungsanlage in der Schule an der Maschstraße.

Aus Anlaß von Klagen über die schwierige Erwärmung einiger Klassen der Schule an der Maschstraße wird vorgeschlagen, die Heizflächen in den Heizkammern

der der Abkühlung in besonders hohem Maße ausgesetzten Klassen in den beiderseitigen Querflügeln des Schulhauses zu vergrößern. Um den betreffenden Klassen bei größerer Kälte die nötige Wärme zuführen zu können, ist es erforderlich gewesen, die Heizessel auf einer verhältnismäßig hohen Temperatur zu halten und den Betrieb auch länger auszudehnen. Insgesamt kommen 6 Heizkammern für 16 Klassen in Betracht. Die Einfügung der nötigen neuen Rippenrohrheizkörper ist ohne Schwierigkeiten bei Aufwendung von 1500 M zu bewerkstelligen. In diesen Kosten ist auch die Ausgabe für eine erforderlich gewordene Reparatur der Heizkörper in der Heizkammer für einige weitere Schulklassen enthalten. Dem Antrage des Magistrates, der Ausführung dieser Arbeiten unter Verwilligung von 1500 M zuzustimmen,

entspricht die Versammlung auf Empfehlung der Schulkommission, für die Herr Brückmann berichtet.

V. Uebernahme von Straßenkosten der Maschstraße.

Die Maschstraße zwischen Geller- und Gartenstraße ist vor wenigen Monaten ausgebaut und ihre Fahrbahn mit Kleinpflaster versehen worden. Die Baukosten stellen sich auf 21963,74 M und der Anliegerbeitrag auf 128,576 M für jedes Meter Frontlänge. Eine von den Anliegern nach Auslegung des Projektes erhobene Vorstellung, ihnen die Kosten nur insoweit zur Last zu legen, wie sie entstehen würden, wenn die Straße nur chaussiert würde, ist von der vereinigten Versammlung als unbegründet zurückgewiesen worden. Jetzt sind die Anlieger erneut mit diesem Wunsche an den Magistrat herangetreten unter gleichzeitigem Hinweis darauf, daß den Kosten des Straßenbaues im engeren Sinne noch die Kosten der Niederlegung eines Wohnhauses mit 6000 M hinzugetreten seien und dadurch die Höhe der Gesamtkosten ungünstig beeinflusst worden sei. Diese Behauptungen sind zutreffend, und da außerdem Anträge gleicher Art bei dem Ausbau älterer Straßen schon wiederholt berücksichtigt worden sind, so erachtet der Magistrat, sich damit einverstanden zu erklären, daß unter Uebernahme des Differenzbetrages von 2395 M auf die Stadt der Anliegerbeitrag nur in Höhe von 114 M für 1 m Frontlänge erhoben werde.

Der Antrag wird nach dessen Befürwortung durch die Baukommission, für die Herr Kathe berichtet, angenommen.

VI. Anlage einer Düngergrube bei dem Schlachthaus.

Die früher auf dem Schlachthausgrundstücke vorhandene Düngergrube ist durch Errichtung des Kühlhauses in Fortfall gekommen. Da die inzwischen eingetretene Ausdehnung des Schlachthausbetriebes einen ordnungsmäßigen Ersatz für

diese Grube notwendig macht, so ersucht der Magistrat, zu genehmigen, daß unter Aufwendung von 2700 M eine neue Grube hergerichtet werde.

Auf Empfehlung der Baukommission, für die Herr Meyerhoff berichtet, wird dem Antrage von der Versammlung entprochen.

VII. Auswechslung eines Gashauptrohres an der Hildesheimerstraße 11.

Die Firmen Umme, Giesecke & Konegen sowie Unger & Sohn haben beantragt, Einrichtungen zu treffen, die ihnen 57 cbm Gas in der Stunde zuzuführen imstande sind. Hierzu reichen die Gasröhren in der Hildesheimer- und Roßstraße nicht aus, da sie nur 80 mm weit sind. Von der Direktion der Licht- und Wasserwerke wird daher empfohlen, das Gasrohr in der Hildesheimerstraße von der Cellerstraße ab bis zur Roßstraße und in dieser bis hinter der Fabrik der Firma Unger & Sohn gegen ein Gasrohr von 200 mm auszuwechseln und hierfür 4778 M zu bewilligen, welchem Antrage sich der Magistrat anschließt.

Die Versammlung stimmt der Vorlage auf Befürwortung der Finanzkommission, für die Herr Schmidt berichtet, zu.

VIII. Beschaffung einer Mehlmischmaschine für die Neustadtmühle.

In der Neustadtmühle geschieht das Mischen des hergestellten Mehles durch Handarbeit, die indessen eine Gleichmäßigkeit des Mehles nicht in genügendem Maße bewirken kann. Es wird deshalb die Anschaffung einer Mehlmischmaschine geplant, deren Kosten anschlagsmäßig 1600 M betragen. Der Magistrat gibt anheim, diese Kosten zu bewilligen,

was auf Empfehlung der Finanzkommission, für die Herr Schmidt berichtet, geschieht.

IX. Vorschriften über Beaufsichtigung der hiesigen Wohnungen.

Die von dem Magistrate eingeleitete und bis jetzt fortgesetzte Wohnungs-enquete hat ergeben, daß auch hier zahlreiche Wohnungen unterhalten werden, die entweder mit Mängeln baulicher Art behaftet, oder wegen ihrer Umgebung nicht einwandfrei, oder aber in den Schlafräumen derart überfüllt sind, daß die Gesundheit, unter Umständen auch die Sittlichkeit der Bewohner gefährdet erscheint. Es ist erforderlich, daß Mängel und Mißstände dieser Art tunlichst beseitigt werden. Da anerkannt werden muß, daß dazu die Hilfskräfte Herzoglicher Polizeidirektion als der zunächst berufenen Behörde nicht ausreichen, in vielen Fällen auch ein sachgemäßes Eingreifen durch eine entsprechende technische Ausbildung der mit der Ueberwachung zu betrauenden Personen bedingt wird, so hält es der Magistrat für erforderlich, eine dauernde Beaufsichtigung der Wohnungen durch technisch vorgebildete städtische Beamte zu bewirken.

Wenngleich es an einer besonderen gesetzlichen Vorschrift fehlt, die die Stadt zum Erlasse eines bezüglichen Statuts ermächtigt, so dürfte gleichwohl auf Grund der generellen Vorschrift im § 2 der Städteordnung die rechtliche Zulässigkeit einer statutarischen Regelung der Angelegenheit nicht zweifelhaft sein. Aber die zu regelnden Verhältnisse sind so mannigfaltiger Art, daß es schwer halten dürfte, sofort und ohne daß zuvor durch die Praxis Erfahrungen gesammelt werden, erschöpfende, aber auch nicht zu weit gehende Vorschriften zu erlassen. Daneben ist auch zu beachten, daß die bestehenden Gesetze eine genügende Handhabe bieten, um die beregten Mißstände zu beseitigen. Die letzteren sind im allgemeinen auf folgende Ursachen zurückzuführen:

- a. auf eine mangelhafte Unterhaltung der Wohngebäude,
- b. auf eine von Anfang an fehlerhafte Konstruktion (z. B. ungenügende Sicherung der Wohnungen in Kellergeschossen bzw. nicht unterkellerten Erdgeschossen gegen eindringende Grundfeuchtigkeit),
- c. auf das Vorhandensein gesundheits-schädlicher Anlagen (Abortgruben und dergleichen) in unmittelbarer Nähe der Wohnungen oder
- d. auf eine nicht sachgemäße Benutzung der Wohnungen (Ueberfüllung mit Menschen, Lagerung schädlicher Stoffe und dergleichen).

Neben der hierdurch bewirkten Gefährdung der Gesundheit der Bewohner, die zuweilen auch noch durch Mangel einer geeigneten Entwässerung bzw. das Fehlen guten Trinkwassers erhöht wird, kommen

- e. auch noch Gefahren in sittlicher Beziehung in Betracht, die durch die nicht genügende Trennung der Geschlechter bei Benutzung der Schlafräume hervorgerufen werden.

Was zunächst die baulichen Mängel der Wohngebäude betrifft, so ist zu beachten, daß nach § 20 der Bauordnung die Vorschriften dieses Gesetzes durchweg nur auf Neubauten Anwendung finden. Eine Ausnahme von dieser Regel bildet die Bestimmung im § 70 der Bauordnung, wonach das Äußere der Gebäude — auch der vor Erlaß des Gesetzes vorhanden gewesen — stets in einem angemessenen Zustande erhalten werden muß. Die Nichtbeachtung dieser Vorschrift ist erfahrungsgemäß bei der weitaus größten Mehrzahl der zahlreichen Anzeigen und Beschwerden über feuchte Wohnungen die Ursache des lästigen oder gar gefährlichen Uebels. In Fällen dieser Art Abhilfe zu schaffen ist das Stadtbauamt schon jetzt im Hinblick auf die Vorschriften in §§ 83^{II} Nr. 4 und 99^{II} der Bauordnung berufen und, falls etwa eine strafrechtliche Abhandlung einer Verletzung des § 70 deshalb ausgeschlossen sein sollte, weil der § 99 unter 1 zwar den „Bauherrn“, aber nicht den Hauseigentümer als verantwortlich aufgeführt hat, nach § 99^{II} wenigstens mit den nötigen Zwangsbefugnissen ausgerüstet.

Die Beseitigung aller auf sonstigen Ursachen beruhenden Mißstände der vorgedachten Art in gesundheitlicher und sittlicher Beziehung dagegen wird gegebenenfalls von Herzoglicher Polizeidirektion auf Grund der ihr von der Staatsgewalt verliehenen polizeilichen Befugnisse event. erzwungen werden können. Zwar fehlt es in dieser Beziehung, wenn man von einzelnen durch spezielle Gesetze (z. B. Nahrungsmittelgesetz, Gesetz über ansteckende Krankheiten, Gesetz zur Regelung des Schlafgängerwesens) geregelten Materien absieht, an ausdrücklichen Vorschriften, soweit nicht die öffentliche Sicherheit und Ordnung in Frage kommt (§ 6 des Gesetzes Nr. 25 vom 1. Juni 1900). Aber einerseits sind die Grenzen zwischen den hier in Frage kommenden öffentlichen und privaten Verhältnissen flüchtig, und andererseits darf angenommen werden, daß bei Aufdeckung von Mißständen der vorgedachten Art die Anwendung und Durchführung von Zwangsmaßnahmen, die äußerstenfalls auf das Verbot der weiteren Benutzung einer Wohnung hinauslaufen werden, nur in den seltensten Fällen erforderlich werden würde. Sollte sich indessen herausstellen, daß ein entsprechendes behördliches Vorgehen der gesetzlichen Unterlage entbehrt, so würde ohne Verzug ein Statut erlassen werden können.

Der Magistrat ist daher der Ansicht, daß es sich einstweilen empfiehlt, auf Grund einer Vereinbarung der Herzoglichen Polizeidirektion und der städtischen Behörden Vorschriften zu erlassen, die nur den Charakter einer Instruktion für die mit der Beaufsichtigung der Wohnungen zu betrauenden Personen haben, und legt einen Entwurf solcher Vorschriften zur Genehmigung mit dem Bemerken vor, daß die Herzogliche Polizeidirektion sich mit diesem Vorschlage einverstanden erklärt, auch die festzustellenden Grundsätze gebilligt hat. Die jetzigen Erhebungen über den Zustand der Wohnungen werden durch einen Beamten der Baupolizeiabteilung besorgt. Bei der großen Zahl der einer dauernden Aufsicht zu unterziehenden Wohnungen wird diese wenigstens durch zwei Beamte zu bewirken, mithin die Annahme einer weiteren Hilfskraft nicht zu umgehen sein.

Wegen Besetzung der somit neu zu schaffenden Dienststelle wird der Magistrat, falls die Einführung der Wohnungsaufsicht seitens der Versammlung gebilligt werden sollte, demnächst weitere Anträge stellen.

Die Vorlage ist von der Statutenkommission vorberaten worden und berichtet namens derselben Herr Weichsel: Wenn auch augenblicklich nicht die geeignete Zeit ist, um in der vom Magistrate vorgeschlagenen Weise vorzugehen, weil einerseits das Bürgerliche Gesetzbuch den Mieter vor ungesunden Wohnungen schützt und andererseits auch eine Überproduktion an Wohnungen vorhanden ist, so gibt es doch auch in Braunschweig noch Wohnungen genug, deren Beaufsichtigung notwendig erscheint. In der Innenstadt muß dabei allerdings mit der größten Vorsicht verfahren werden, damit nicht zu große Härten vorkommen. Die Statuten-

kommission begrüßt den Vorschlag des Magistrates mit Freuden, daß die Beamten erst einmal versuchsweise vorgehen sollen. —

Auf Wunsch wird zunächst in eine allgemeine Besprechung der Vorlage eingetreten.

Herr Stegmann: Ich freue mich, daß der Magistrat dem wiederholt von der Versammlung geäußerten Wunsche entsprochen und uns eine Vorlage unterbreitet hat. Leider sollen wir hiernach auf halbem Wege stehen bleiben und ein Wohnungsamt noch nicht erhalten. Ich möchte den Herrn Referenten um Auskunft bitten, ob diese Frage in der Baukommission nicht besprochen worden ist. Es ist sehr zu bedauern, daß man wieder einmal nur ein Provisorium und nichts Ganzes schaffen will. Es gibt nur einen Weg, etwas Ganzes zu schaffen, und das ist das Wohnungsamt. Ein solches Amt hat die Aufgabe zu erfüllen, eine permanente Statistik über das gesamte Wohnungsverwesen zu führen, Wohnungsinspektoren anzustellen und einen Wohnungsnachweis zu führen. Der Magistrat meint allerdings, er wolle vor der Schaffung eines Definitivums erst noch Material sammeln; nachdem aber verschiedene Städte schon Wohnungsämter haben und namentlich in Bayern ein gutes Material existiert, so gehe ich nicht ein, weshalb man dieses Material nicht benutzen und gleich etwas Ganzes schaffen will. Wenn diese Fragen in der Kommission noch nicht besprochen sein sollten, so möchte ich empfehlen, die Vorlage nochmals an die Kommission zurückzuverweisen und lieber noch etwas zu warten.

Herr Oberbürgermeister Ketemeyer: Es läßt sich allerdings darüber streiten, in welcher Weise die Sache am besten anzufassen ist. Selbstverständlich hat man im Magistrat und auch in der Kommission erwogen, ob es nicht richtiger wäre, gleich etwas Definitives zu schaffen, und es liegt auch der Gedanke nahe, die Sache nicht nur durch besoldete technische Beamte bearbeiten zu lassen, sondern gleich ein Wohnungsamt zu schaffen. Wir sind der Ansicht, ein Wohnungsamt müßte in der Weise gebildet werden, daß die Versammlung nicht nur Stadtverordnete, sondern auch sonstige hiesige Einwohner hineinwähle. Es ist nun aber eine Tatsache, daß unsere Einwohner durch alle möglichen Ehrenämter schon jetzt reichlich in Anspruch genommen werden. Außerdem sind wir im Zweifel darüber, wie weit man bei allen diesen Sachen gehen soll, also welche Befugnisse man einem Wohnungsamte einräumen soll.

Wenn Herr Stegmann meint, es lägen in anderen Städten schon genaue Erfahrungen vor, so gebe ich das zu, denn auch wir haben schon genug Material zusammengebracht, aber es fragt sich doch sehr, ob die Verhältnisse in anderen Städten den unsren gleichen. Wenn das nicht der Fall sein sollte, so hilft uns das Wohnungsamt auch nichts, weil wir sonst Vorschriften machen können, die zu weit oder nicht weit genug gehen. Um zu erkunden und festzustellen, was auf

diesem Gebiete zweckmäßig zu geschehen hat, wollen wir zunächst die hier vorgeschlagene provisorische Einrichtung treffen. Wenn sie sich dann nicht bewähren sollte, kann man immer noch ein Statut machen. Gegen ein Statut haben wir das Bedenken, daß es sich nicht so leicht abändern läßt, während unsere Einrichtung sich jederzeit ändern läßt. Ein Wohnungsamt ließe sich aber nur auf Grund eines Statuts einrichten. Wir wollen also durch die Erfahrung uns belehren lassen, ob die Sache später durch ein Statut zu regeln und ein Wohnungsamt ins Leben zu rufen ist.

Herr Rathe: Bei dem Lesen der Vorlage ging ein gewisses Gruseln durch meinen Körper und ich fragte mich: sind denn die sozialpolitischen Weltverbesserer schon wieder an der Arbeit? Sind denn die Verhältnisse hier wirklich so heillos, daß wir schon wieder in solcher Weise vorgehen müssen? Ich kenne die schlechtesten Stellen der Stadt sehr genau und ich bin schon in manchem erbärmlichen Hause gewesen, aber fühlen sich denn nicht die Bewohner glücklich darin, und haben muntere und gesunde Kinder? Wir haben in unserer Stadt alle erdenklichen hygienisch-wertvollen Einrichtungen geschaffen: wir haben kanalisiert, haben gutes Wasser geschaffen, unsere Straßen in den besten Zustand versetzt, aber die Leute sterben trotzdem nach wie vor.

Ich halte den Erlaß solcher Vorschriften nicht für nötig. Genügt eine Wohnung den Ansprüchen nicht, die man an sie zu stellen vermag, so stehen dem Mieter das bürgerliche Gesetzbuch und andere gesetzliche Bestimmungen zur Seite. Was wollen sie mit den Vorschriften überhaupt erzwingen? Wie soll der kleine Mann, der nicht mehr als 300 bis 400 M für seine Wohnung aufwenden kann, den Vorschriften bei 5 oder 6 Kindern nachkommen können? Sie belasten dadurch die Leute, die Sie entlasten wollen? Es ist eine notwendige Folge, daß dann die Gehälter und Löhne heraufgesetzt werden müssen. Wenn ich auch als richtig anerkennen will, was wegen der Ueberfüllung der Wohnungen gesagt worden ist, so muß ich mich aber doch gegen den Punkt a der Magistratsvorlage wenden, der von der mangelhaften Unterhaltung der Wohngebäude handelt. Die kleinen Grundbesitzer sind teilweise gar nicht in der Lage, ihre Wohnhäuser stets in einem ordnungsmäßigen Zustande zu erhalten und sie müßten zum Teil geradezu ihre Grundstücke im Stich lassen, wenn sie den Forderungen nachkommen wollten. Wenn z. B. ein Gärtner in einem kleinen Hause wohnt, das den statutarischen Vorschriften nicht entspricht, und man wollte ihn daraus vertreiben, obwohl er sich glücklich darin fühlt, so wäre das doch eine große Härte.

Unter b der Magistratsvorlage heißt es dann: „Die Mißstände sind auf eine von Anfang an fehlerhafte Konstruktion (z. B. ungenügende Sicherung der Wohnungen in Kellergeschossen bzw. nicht unterkellerten Erdgeschossen gegen eindringende Grundfeuchtigkeit) zurückzuführen.“ Solche Häuser, bei denen die

Abhilfe unerschwingliche Kosten verursachen oder ganz unmöglich sein würde, haben Sie aber mehr als 600 in hiesiger Stadt. — Ich kann mich also mit den Vorschriften nicht einverstanden erklären, weil eine zu starke Belastung der kleinen Grundbesitzer darin ausgesprochen ist.

Herr Weichsel: Die Statutentkommission steht auf dem Standpunkte, daß man recht vorsichtig vorgehen muß, aber die hier im Entwurfe vorliegende Instruktion ist wirklich das geringste, was man verlangen kann. Die Debatte über allgemeine Gesichtspunkte wird meiner Ansicht nach zu nichts führen.

Herr Blasius: Die Äußerungen des Herrn Rathe kann man nicht ganz unbeantwortet lassen, da er dem Magistrate den Vorwurf gemacht hat, daß er diese Vorlage überhaupt eingebracht hat. Herr Rathe wird sich erinnern, daß die Klagen über mangelhafte Wohnungen in unserer Stadt seit Jahrzehnten bestehen. Auch hat man die Klagen nicht nur von der sozialistischen Partei erhoben (Widerspruch), sondern man ist in der ganzen Versammlung der gleichen Ansicht gewesen. Zuerst wurden auf Veranlassung des Vereins für öffentliche Gesundheitspflege private Untersuchungen durch die Herren Dr. Henking, Dr. von Voß, Dr. Supprian u. a. angestellt, die sehr traurige Zustände ergaben. Sodann sind vom Magistrate Untersuchungen vorgenommen worden, deren Ergebnisse wohl auch nicht günstig gewesen sein werden, bekannt geworden sind sie mir nicht. Wir können deshalb die Vorlage nur mit außerordentlicher Freude begrüßen, zumal in ihr nur das Minimum dessen verlangt wird, was verlangt werden muß. Wir haben nicht nur für gutes Trinkwasser und gute Luft, sondern auch für gute Wohnungen zu sorgen. Wenn Herr Rathe im Namen des Grundbesitzervereins gesprochen haben sollte, so bedauere ich das außerordentlich: es wäre von dem Vereine eine schlechte Politik, in dieser Weise Front gegen die Wohnungsuntersuchungen zu machen.

Herr Stegmann: Wenn Herr Rathe behauptet, es wäre hier in den Wohnungsverhältnissen alles bestens bestellt, so hört wirklich alles auf; er scheint die Lächer nicht zu kennen, wie wir sie am Nidelnsulke, im Weinhardshofe und in der Kaiserstraße haben. Ich weiß dort genau Bescheid und kann versichern, daß der Geruch unerträglich ist und daß man sich selbst bei Tage Hals und Beine brechen kann. Wenn er dann ferner sagt, früher seien die Leute gestorben und jetzt stürben sie auch, so gibt es allerdings über solche rückständigen Ansichten keine Diskussion mehr. In vielen anderen Städten sind nicht so schlechte Arbeiterwohnviertel vorhanden, wie gerade hier in der Innenstadt, mit denen die Hamburger Cholera-baracken konkurrieren könnten. Es ist deshalb dringend notwendig, etwas zu schaffen, und ich bitte Sie, mindestens diese Vorlage anzunehmen.

Herr Günther: Ich glaube bestimmt, daß Herr Rathe mit seiner Ansicht einzeln dasteht und niemand ihm zustimmen wird. Er hat etwas ausgesprochen, das ungeheuerlich ist, indem er äußerte, wenn jemand in einer feuchten Wohnung

wohne und wolle nicht heraus, so solle man ihn darin lassen. Darüber sind wir aber doch heutzutage heraus: wir holen die Leute zum allgemeinen Wohle aus den Spelunken heraus. Der Grundbesitzerverein kann unmöglich soweit gehen, solche Forderungen zu seinem Schutze zu verlangen. Ich freue mich übrigens, daß Herr Professor Blasius so warm für die Sache eingetreten ist.

Den beiden Polizeibeamten, die mit den Wohnungsuntersuchungen betraut werden sollen, traue ich übrigens nicht recht, da sie nicht imstande sein werden, etwas Gründliches zu schaffen. Wir hätten deshalb weiter gehen sollen. Ich stehe auf dem Standpunkte, daß wir von vornherein etwas Gründliches schaffen und das in anderen Städten vorhandene Material unserer Einrichtung zugrunde legen. Warten wir deshalb lieber noch einige Zeit und schaffen wir dann etwas Ganzes. Ich möchte bitten, die Vorlage zurückzuweisen und den Magistrat zu ersuchen, uns andere gründlichere Vorschläge zu machen.

Herr Oberbürgermeister Ketemeyer: Ich glaube nicht, daß Herr Günther in der ganzen Vorlage eine Andeutung finden wird, nach der Polizeibeamte die Untersuchungen ausführen sollen. Es handelt sich dabei um städtische Beamte und zwar bestimmen die städtischen Behörden deren Zahl. Sollten also zwei Beamte nicht genügen, so stellen wir mehr ein. Die Sache mit dem Wohnungsamte hat doch ihre zwei Seiten. Ich erkenne gern an, daß es wünschenswert wäre, ein derartiges Amt zu haben, das Streitfälle zwischen Mietern und Vermietern entscheiden könnte. Wenn der Herr Vorredner aber meint, daß wir in der Lage wären, die Mitglieder des Wohnungsamtes, die ein Ehrenamt bekleiden, in alle möglichen Wohnungen schicken zu können, so würden wir damit wohl nicht weiter kommen. Der Beamte, der im Auftrage des Magistrates bisher in die Wohnungen hat gehen müssen, hat eine besondere Zulage gefordert, weil er seine Kleidung regelmäßig desinfizieren lassen muß. Herrn Günther würde es wahrscheinlich auch nicht passen, in solche Häuser zu gehen. Auf weitere Einrichtungen wird sich der Magistrat vorläufig wohl nicht einlassen können.

Herr Meyerhoff: Ich halte es für meine Pflicht und Schuldigkeit, hier mitzuteilen, daß die Grundbesitzervereine in ganz Deutschland der Wohnungsuntersuchung und Wohnungsbeaufsichtigung sympathisch gegenüberstehen. (Hört!) Es geschieht das aus dem Grunde, um Klarheit in der Sache zu schaffen. Schon im Jahre 1900 haben wir auf dem Verbandstage in Erfurt folgende Resolution angenommen:

- „1) Der Zentralverband billigt im Prinzip durchaus alle auf Herbeiführung einer dauernden Wohnungsbeaufsichtigung gerichteten Bestrebungen. Er hält es aber für nötig, daß die Art und Weise der Einrichtung dieser Beaufsichtigung sich immer den örtlichen Verhältnissen anpasse.

- 2) Der Zentralverband hält für nötig, daß neben den behördlichen Organen auch Personen aus den Kreisen der Hauswirte, Mieter und Ärzte mitzuwirken haben."

Im Jahre 1903 hat der Verbandstag in Dresden eine Resolution angenommen, nach der er in bezug auf die Frage der Wohnungsaufsicht bei dem auf dem Verbandstage in Erfurt gefaßten Beschlusse stehen bleibt.

Worin liegt denn das Nachteilige einer Wohnung? Herr Kathe hat darin recht, wenn die Wohnungen auch noch so niedrig und klein sind, so erzeugen sie die Krankheiten doch nicht. Ueber den wahren Grund will ich Ihnen folgende Aufklärung geben: In Berlin wohnen in 15765 Wohnungen über 25000 Schlafgänger. Das ist nicht etwa vom Grundbesitzervereine festgestellt worden, sondern bei der Bearbeitung des Entwurfes zum Wohnungsgesetze. Was wollen Sie also mit aller Ihrer Wohnungsuntersuchung, über die die Grundbesitzer sich nur freuen können, bei solchen Verhältnissen? Hätten wir eine gesetzliche Handhabe, das Schlafgängerwesen zu verbieten, so würden so viel Wohnungen mehr erforderlich sein, worüber sich der Grundbesitzer nur freuen könnte. Dagegen kann die Wohnungsuntersuchung eine sehr schwere Belastung für die Wohnungsinhaber werden. Für mich hat die Sache keine Gefahr, ich verspreche mir aber auch nichts davon, denn sie wird einfach im Sande verlaufen. Wie wollen Sie überhaupt die Lage verbessern, wollen Sie etwa die unzureichenden Wohnungen sperren? Gut, so sperren Sie aber auch die Zahlung der Hypothekzinsen; denn 500—600 Häuser können dann ihre Eigentümer nur schließen und den Haus Schlüssel dem Magistrat überreichen.

Die Weltverbesserer haben immer große Ideen gehabt, aber noch nie habe ich von ihnen eine Idee gehört, nach der sich die Zustände wirklich verbessern lassen. Herr Kathe hat den Ausdruck „Sozialisten“ angewendet, er hat dabei nur vergessen, das Wort „Katheder“ hinzuzufügen; denn er hat die Kathedersozialisten gemeint, welche die Situation gar nicht kennen, aber doch darüber urteilen. Ich wünsche sehr, daß die Wohnungsbeaufsichtigung in dem angegebenen Rahmen stattfindet und ich bitte nur, dafür zu sorgen, daß von diesen Herren mindestens fünf in die Wohnungen geschickt werden; ich glaube aber, die Herren würden von den Wohnungsinhabern nicht sehr freundlich empfangen werden. Gerade Ihre Anhänger und Parteigenossen, meine Herren von der Linken, bilden einen starken Kern der kleinen Besitzer. Wer ein größeres Haus hat, wird nicht geschädigt, er kann nur belästigt, nicht aber geschädigt werden. Gerade Ihre Parteianhänger werden am schwersten geschädigt und zwar nicht nur die kleinen Grundbesitzer, sondern auch die Mieter.

In Nürnberg sind bei Wohnungen, die 150 M Miete kosten, in 45 Wohnungen 45 Schlafgänger konstatiert worden; bei Wohnungen von 150—200 M in 218

Wohnungen 330 Schlafgänger, bei Wohnungen von 201—250 M in 350 Wohnungen 542 Schlafgänger zc. Bei den Wohnungen von 150 M treffen 5,28 M Miete auf den Mieter, während der große Rest auf die Einnahme vom Schlafgänger entfällt. In Hannover ist etwa dasselbe Resultat konstatiert worden. Es gibt sogar eine Masse Wohnungen, bei denen die Mieter durch die Einnahme von den Schlafgängern noch Geld an der Miete übrig haben. Wenn die Mieter zu ihrem Teile die 150 M Miete bezahlten und Wohnungen nähmen, die so viel kosten, daß der Ueberschuß durch Schlafgänger gedeckt würde, so hätten wir sofort bessere Wohnungsverhältnisse. Das betrifft aber immer die Leute aus dem Arbeiterstande. Wie wollen Sie diese Leute zwingen, ihre Wohnungen nicht mehr zu benutzen, oder aber ihre Schlafgänger abzuschaffen? Bedenken Sie, wie tief Sie dabei in die sozialen Verhältnisse eingreifen. Gegen die Zurückweisung der ganzen Vorlage an die Kommission habe ich auch nichts zu erinnern; es ist doch nur ein Schlag ins Wasser, weiter nichts.

Herr Oberbürgermeister Metemeyer: Nun ist also der Magistrat von Herrn Meyerhoff unter die Kathedersozialpolitiker verwiesen und damit gesagt worden, er erlasse seine Anweisungen vom grünen Tische aus. (Widerspruch des Herrn Meyerhoff.) Ich kann das nicht anerkennen. Wenn in der Stadt nicht tatsächlich an verschiedenen Stellen unhaltbare Zustände herrschten, so hätten wir die Vorlage sicher nicht eingebracht. Sodann hat Herr Meyerhoff fortwährend vom Schlafgängerwesen gesprochen, womit wir hier gar nichts zu tun haben. Auch die Beamten, welche die Wohnungsaufsicht ausüben sollen, haben nichts damit zu tun, weil der Staat diese Sache bereits durch Gesetz geregelt hat. Herr Meyerhoff fürchtet auch scharfe Verordnungen, aber milder, als wir sie hier gefaßt haben, kann eine derartige Vorschrift, wenn sie praktischen Wert haben soll, wirklich nicht gefaßt werden. Außerdem mache ich darauf aufmerksam, daß alles, was wir hier auf das Papier bringen wollen, schon Rechts ist, indem die Herzogliche Polizeidirektion für sich das Recht in Anspruch nimmt, in allen den aufgeführten Fällen eventuell unter Anwendung von Zwangsmitteln einzugreifen. Es ist auch nicht zu befürchten, daß uns 600 Hausbesitzer den Hausschlüssel überreichen werden, denn dazu hängt der Besitzer, wie schon Herr Rathe ausführte, zu sehr an seinem Eigentum. Unser Vorgehen wird aber den Vorteil haben, daß ein Hausbesitzer nicht mehr in gar zu unbedenklicher Weise vollständig ungeeignete Wohnungen an den Mann zu bringen sucht, da er fürchten muß, daß die Wohnungen von unseren Beamten inspiziert werden. Dem Stadtbauamte haben in ganz kurzer Zeit nicht weniger als 80 Beschwerden über mangelhafte Wohnungen vorgelegen, so daß doch etwas an den Wohnungen nicht in Ordnung sein muß. Wenn Herr Meyerhoff zuerst erklärt, er begrüße die Vorlage mit Freuden und nachher sagt, wir möchten sie nur fallen lassen, so verstehe ich das nicht. Jedenfalls hat diese allgemeine

Debatte keinen rechten Zweck mehr und es wäre besser, zur Besprechung der einzelnen Vorschriften überzugehen.

Herr Wesemeier: Herr Meyerhoff mag es sehr gut mit unserer Partei meinen; wir stellen aber das Parteiinteresse hier einmal hintenan und den Gesichtspunkt in den Vordergrund, der Gesundheit des Volkes zu dienen. Sie kennen die vorhandenen Wohnungen nicht so genau, wie wir: ich könnte Ihnen z. B. an der Hamburgerstraße und Gliesmaroderstraße Wohnungen zeigen, wo das Wasser an den Wänden herunterläuft und wo die Frau eines Bekannten die Schwindelsucht drin bekommen hat. In solchen Fällen müssen vernünftige Menschen gezwungen werden, gegen derartige Wohnungen aufzutreten. Es ist ein eigentümliches Ding, daß die Wohnungen hier trotz der geschilderten Verhältnisse immer noch verteuert werden und heute schon bis zu 25 % des Arbeitslohnes auf die Wohnungsmiete verwendet werden muß. Das kommt aber von den Bodenwucherern, die sich an den Stellen Grund und Boden kaufen, wo sie hinterher das Terrain zu Bauplätzen mit großem Nutzen wieder loschlagen können.

Also die Beschränkungen, welche den Hausbesitzern auferlegt werden sollen, sind nicht schuld daran.

Wenn sodann Herr Meyerhoff meint, die Stadt könne nicht eingreifen, so verweise ich nur auf Hamburg, wo die Stadtverwaltung infolge des Ausbruchs der Cholera gezwungen war einzugreifen. Welcher vernünftige Mensch wird aber nicht anerkennen, daß die Stadt damit ein edles Werk getan hat? Und solche Behöhlen wie in Hamburg haben wir hier auch eine ganze Menge. Herr Rathe meint dann, daß die Kinder in den kleinen Wohnungen ebenso gesund seien, wie in den großen. Woher kommt es dann aber, daß von 100 Kindern der ärmeren Volksklassen nach den ersten fünf Jahren nur noch 25 % am Leben sind, während bei den besitzenden Klassen noch 75 % leben? Man soll doch solche Dinge nicht auf den Kopf stellen. Gegenüber der Annahme des Herrn Meyerhoff, daß die Sache im Sande verlaufen werde, sind wir um so eher genötigt, schärfere Maßregeln zu ergreifen, ganz einerlei, ob dadurch unser Parteiinteresse geschädigt werden sollte oder nicht.

Herr Lübke: Es unterliegt keinem Zweifel, daß in Bezug auf das Wohnungswesen große Uebelstände bestehen; ich begrüße deshalb die Vorlage mit Freuden. Es scheint mir jedoch, als ob die Vorlage der gesetzlichen Unterlage ermangelte. Wenn wir den Besitzer eines kleinen Hauses, der in traurigen wirtschaftlichen Verhältnissen lebt, zwingen wollen, sein Haus zu verbessern, so weiß ich nicht, wie man das erreichen will, und wenn noch so viele Polizei ihm über den Hals geschickt wird. Ich würde mich freuen, wenn ich in dieser Beziehung vom Magistratsrath aus belehrt werden könnte. Auch Juristen haben mir gesagt, daß diese Sache recht zweifelhaft sei. Ebenso liegt es mit der Besserung der sittlichen Verhältnisse. Wenn die Geschlechter etwa vom 14. Jahre ab getrennt werden

folllen, wie kann man das durchsetzen und auch kontrollieren? Ich kann mir nicht denken, daß eine Arbeiterfamilie mit einem Jahreseinkommen von 900 M in der Lage ist, sich mehrere Schlafzimmer halten zu können, um ihre 7 Kinder nach den Geschlechtern zu trennen. Theoretisch ist die Sache sehr gut überlegt, aber in praktischer Beziehung scheint sie noch nicht ordentlich durchberaten zu sein, und ich möchte anheimgenben, hier und da die Bestimmungen möglichst noch zu mildern. Aus meiner früheren Praxis als Baupolizeibeamter erinnere ich mich eines Falles, daß es uns große Schwierigkeiten verursacht hat, in einem Hause eine Mädchenkammer unbenutzbar zu machen. Die Leute versprochen, die Kammer nicht mehr als Schlafraum zu benutzen und sie benutzten sie doch. Man muß bei diesen Sachen in das Familienleben eingreifen, und ich glaube nicht, daß sich die Durchführung der Maßnahmen voll verbürgen läßt.

Herr Oberbürgermeister Ketemeyer: Wir haben diese Frage selbstverständlich eingehend erwogen und haben uns an die Herzogliche Polizeidirektion mit der Anfrage gewandt, ob sie den Standpunkt auch jetzt noch vertrete, daß sie auf Grund des allgemeinen Gesetzes über die Organisation der Polizeiverwaltung in der Stadt Braunschweig hier nötigenfalls mit Zwangsmitteln eingreifen könnte und wollte. Diese Anfrage ist bejaht worden. Die Polizeiverwaltung ist die Wächterin der öffentlichen Ordnung, der Sanitätspolizei und der Sittlichkeit, und sie sagt, kraft des mir übertragenen Amtes übe ich diese Funktionen aus. Wir haben auch noch keinen Fall gehabt, wo diese Machtbefugnis der Polizeiverwaltung in Frage gestellt worden ist. In einem Falle ist einmal eine Entscheidung getroffen: Es war von der Polizei ein Theaterstück verboten, jedoch fehlte es an einer gesetzlichen Vorschrift, die der Polizei das Recht des Verbotes einräumte. Die gegen das Verbot angestrebte Klage ist indes vom Verwaltungsgerichte abgewiesen und damit, wenigstens implicite, das Recht der Herzoglichen Polizeidirektion anerkannt worden, in solchem Falle einzugreifen. Wenn sich später aber wirklich herausstellen sollte, daß die Vorschriften nicht genügen, so sind wir jeden Tag in der Lage, ein Statut herauszugeben, was überhaupt so wie so geschehen soll, wenn wir nur erst noch mehr Erfahrung gesammelt haben werden. Im übrigen stehe ich auf Grund der vom Stadtbauamte gesammelten Erfahrungen auf dem Standpunkte, daß es in den wenigsten Fällen zu Zwangsmaßnahmen kommen wird. Wenn man Beamte in die Wohnungen schickt, die nicht gleich den Beamten herauskehren, sondern die die Hauseigentümer mehr instruieren, so sind letztere immer so vernünftig gewesen, dem gegebenen Räte zu folgen.

Herr Günther: Herr Meyerhoff kann nicht bestreiten, daß er am Schlusse seiner Rede doch im Interesse des Grundbesitzervereins gesprochen hat. Früher sagte man auch, daß die kleinen Leute durch die Regelung des Schlafgängerwesens erheblich geschädigt werden würden, weil sie dann keine oder doch nicht soviel

Schlafgänger mehr halten dürften; es sind aber keine Klagen laut geworden und die Leute haben ihre Schlafräume so eingerichtet, wie es das Gesetz erfordert. Unsere Gefinnungsgeoffen wissen auch sehr wohl zu beurteilen, was verlangt werden muß. Hier wird doch wirklich das mindeſte verlangt, was man ſich denken kann, und ich meine, wir müßten gleich von vornherein mehr fordern. Ich habe auch nicht daran gedacht, daß die Deputation ſelbſt die Wohnräume unterſuchen ſoll, denn ſonſt würden wir aus den ſogenannten beſſeren Kreißen wohl wenig Mitglieder finden. Der Herr Oberbürgermeiſter hat auch ausgeführt, daß der betr. Beamte einen Zuſchuß verlangt hat, um ſich nach dem Beſuche der Wohnungen deſinfizieren zu können; Sie können hieran erkennen, welches Elend in den Wohnungen herrſcht. Wir verlangen daher zum allgemeinen Wohl eine Beſſerung der Zuſtände. Wenn Sie aber glauben, unſeren weitergehenden Forderungen auf Schaffung eines Wohnungsamtes zurzeit noch nicht zuſtimmen zu können, ſo genehmigen Sie wenigſtens die Magiſtratsvorlage.

Herr Meyerhoff: Ich habe ſelbſtverſtändlich den Magiſtrat mit den Kathederſozialpolitikern nicht gemeint, und der Herr Oberbürgermeiſter weiß auch ganz genau, wer die Führer ſind. Auch habe ich mir nicht widerſprochen, denn ich habe gegen die Gründung eines Wohnungsamtes nichts einzuwenden und ich verſpreche mir nur durch die hier beabſichtigte Maßnahme keinen Erfolg.

Herr Rathe: Ich bin nach wie vor ein Feind jeder Beaufſichtigung. Ein Volk, das ſolche Schule genießt, wie das deutſche, muß ſich ſelbſt beaufſichtigen können. Wenn wir die vom Magiſtrate vorgeschlagenen Maßnahmen ſchon früher gehabt hätten, würden wir bei dem Wohngebäude am neuen Waſſerwerke ſelbſt dagegen verſtoßen haben, da deſſen Wände vollſtändig feucht waren.

Ich möchte erſuchen, die Vorlage nochmals an den Magiſtrat zurückzuweiſen und ſie auch neben der Statutenkommiſſion der Baukommiſſion zur Prüfung zu überlaſſen. In der Vorlage ſind geradezu Unmöglichkeiten verlangt, denn bei einem gegen Weſten ſtehenden Giebel kann niemand die Feuchtigkeit hindern, wenn der freiſtehende Giebel, wie das Statut vorſchreibt, auch noch architektoniſch ausgeſtaltet werden ſoll. Die neuen Häuſer ſind dabei ebenſo ſchuldig wie die alten. Uebrigens geht es hier wie überall: wir alle ſchimpfen auf die PolizeiVorſchriften und wir alle rufen nach polizeilicher Beaufſichtigung.

Herr Weiſſel: In anderen Ländern beſteht die Wohnungsaufficht ſchon erheblich länger als in Deutſchland: in England ſeit etwa 50 Jahren, in Frankreich, Belgien, Nordamerika zc. ebenfalls ſchon lange. Ferner iſt in Preußen ein Geſezentwurf ausgearbeitet worden, der ähnliche Beſtimmungen enthält wie der unſere. Sämtliche größeren Städte haben bereits Polizeibeſtimmungen, die in dieſem Punkte erheblich weiter gehen, als der hier vorgelegte Entwurf. Deßhalb halte ich den vermittelnden Vorſchlag des Magiſtrates für höchſt akzeptabel. Ich

glaube auch, es wird keinen großen Zweck haben, weiter über Prinzipien zu reden und die Kopien vorher aus dem Buchen herauszuholen. Lassen Sie uns deshalb den Entwurf paragraphenweise durchgehen.

Nach kurzer Besprechung der §§ 1—3 durch die Herren Rathe und Brückmann bemerkt der Herr Vorsitzende, daß die Verweisung der Vorlage an die Statutenkommission allein ein Mißgriff gewesen sei und die Baukommission zu den Beratungen hätte zugezogen werden müssen. Jedenfalls erscheine es ihm unmöglich, heute mit dem Entwurf fertig zu werden und er bitte unter diesen Umständen die Versammlung um ihre Zustimmung, daß die Vorlage erneut von der Statutenkommission unter Zuziehung der Baukommission vorberaten werde.

Nachdem sich die Versammlung hiermit einverstanden erklärt hatte, wird die Beratung abgebrochen.

X. Plattenbelag auf den Fußwegen der Fasanenstraße.

Infolge Anregung aus der Versammlung ist die städtische Bauverwaltung beauftragt worden, ein Projekt über die Belegung der Fußwege des mittleren Teiles der Fasanenstraße mit Platten auszuarbeiten. Nach dem vorgelegten Projekte wird der Plattenbelag auf der Strecke zwischen der Kasernenstraße und dem Grundstücke 634 und 3394 insgesamt 3350 M kosten, wovon die Anlieger 3150 M zu tragen haben werden. Die Versammlung wird ersucht, die Herstellung dieses Plattenbelages gutzuheißen und das Projekt zu genehmigen, sowie den Anliegerbeitrag auf 7,80 M festzusetzen.

Namens der Baukommission empfiehlt Herr Wolters, der Vorlage zuzustimmen.

Herr Hauswaldt: Ich möchte mir die Anfrage erlauben, ob die Anlieger der Fasanenstraße dem Antrage zugestimmt haben, oder ob er nur aus der Anregung des früheren Stadtverordneten Müller hervorgegangen ist.

Herr Wolters: Nach der Vorlage ist der Antrag allein einer Anregung aus der Versammlung entsprungen. Es bedarf übrigens weder der Anregung aus der Versammlung noch eines Antrages der Anlieger, sondern der Magistrat kann ohne weiteres allein aus Verkehrsücksichten eine solche Vorlage einbringen.

Herr Bürgermeister Meyer: Es ist richtig, daß bis vor kurzem nur auf Antrag der Anlieger solche Anträge an die Versammlung gelangt sind, jedoch ist mit Zustimmung der Herren mit diesem Prinzip gebrochen worden. Der Magistrat wird deshalb in Zukunft immer dann mit solchen Vorlagen kommen, wenn ein Bedürfnis dazu im öffentlichen Interesse vorliegt. In dem vorliegenden Falle hat der Magistrat gemeint, daß die hier angeregte Belegung der Fußwege an der Fasanenstraße mit Platten auch notwendig sei. Wir sind der Ansicht, daß man nicht guttut, einen Teil einer ausgebauten Straße unausgebaut liegen zu lassen,

denn der Verkehr einer Straße umfaßt sie in ihrer ganzen Ausdehnung und nicht nur in einem ihrer Teile, es ist mit Recht, nicht nur von einem Stadtverordneten, sondern auch von verschiedenen dort wohnenden Mietern darauf hingewiesen worden, daß dort ein unleidlicher Zustand herrsche, dem abgeholfen werden müsse.

Herr Rathe: Von einzelnen Anliegern der Fasanenstraße ist zur Sprache gebracht worden, daß sie im Grunde genommen nicht verpflichtet wären, ihre Fußwege mit Platten zu belegen, weil diese Verpflichtung seinerzeit die Herzogliche Hofhaltung durch Vertrag übernommen habe. Ich möchte mir die Anfrage erlauben, ob das richtig ist?

Herr Bürgermeister Meyer: Diese Ansicht der Anlieger ist eine irrige. Ich will anerkennen, daß die betreffenden Anlieger früher eine berechnigte Hoffnung gehabt haben können, die Kosten würden von der Herzoglichen Hofstatt mit getragen werden, wie das auf der Kaiser-Wilhelmstraße der Fall gewesen ist. Eine rechtliche Verpflichtung dazu liegt aber nicht vor.

Herr Hauswaldt: Ich möchte bitten, die Vorlage abzulehnen, denn ich halte es für ein Unrecht, die Leute zur Zahlung zwingen zu wollen. Wenn ein Mieter lieber auf Platten geht, so mag er dort fortziehen und sich eine Straße mit Plattenbelag suchen. Ein öffentliches Interesse, hier Platten zu legen, liegt sicher nicht vor, sonst müßten wir schon beschließen, sämtliche Straßen mit Platten zu belegen. Ich halte es nicht für richtig, eine Straße gegen den Willen ihrer Anlieger mit Platten zu versehen, sobald sich ein guter Freund oder auch ein Feind findet, hier eine entsprechende Anregung zu geben. Soweit ich unterrichtet bin, sind die betreffenden Anlieger Gegner des Plattenbelages, und nur die Anlieger des weiter unten liegenden Teiles der Fasanenstraße haben ein Interesse daran. Wenn die Mieter der betreffenden Häuser solchen Fußwegbelag wünschen, so mögen sie sich nur zusammentun und den Hausbesitzern die Kosten überweisen, dann werden diese auch nichts dagegen haben. (Heiterkeit.) Der Grundsatz, daß jeder die Kosten des Plattenbelages vor seinem Hause trägt, hat nur dann eine Berechtigung, wenn der Plattenbelag allgemein durchgeführt wird. In der Vorstadt sehen übrigens die mit Platten belegten Fußwege durchaus nicht schön aus.

Ich möchte bitten, zu der alten Gepflogenheit zurückzukehren und nur den Straßen Plattenbelag zu geben, deren Anlieger darauf angetragen haben. Wenn wir neue Straßen bauen und wir legen den Baunternehmern, die viel Geld daran verdienen, auf, den Plattenbelag gleich mit ausführen zu lassen, so habe ich nichts dagegen, aber bei bestehenden Straßen halte ich das jetzt beliebte Vorgehen nicht für angebracht.

Herr Koch: Wenn Herr Bürgermeister Meyer sagt, die Mieter in der Fasanenstraße hätten den Plattenbelag gewünscht, so möchte ich dazu bemerken,

daß die Mieter manche Wünsche haben, die sich nicht erfüllen lassen. Man sollte gerade in der Fasanenstraße, wo sovieler Wohnungen leer stehen, Vorsicht üben und den Grundbesitzern entgegenkommen, nicht aber ihnen zwangsweise Platten vor die Häuser legen.

Herr Wolters: Die Ansicht des Herrn Hauswaldt ist auch in der Baukommission vielfach vertreten gewesen. Es mag dem Gefühl widerstreiten, wenn jemand gezwungen werden soll, vor seinem Hause Platten legen zu lassen, aber die Wurzel des Uebels liegt nicht in dem Beschlusse der Baukommission, sondern in den Vorschriften des Straßenbaustatuts und des neuen Ortsbaustatuts, die befolgt werden müssen. Wenn sich früher eine Praxis dahin ausgebildet hatte, nur solche Straßen mit Platten zu belegen, deren Anlieger es gewünscht haben, so widerspricht diese Praxis eben dem Sinne der beiden Statuten. Die Verhältnisse liegen ebenso, wie bei dem Ausbau einer Straße. Die Baukommission hat deshalb den rechtlichen Standpunkt anerkennen müssen, soviel auch gewisse Gefühlsregungen dagegen sprechen mögen. Wenn der allgemeine öffentliche Verkehr die Plattenlegung als wünschenswert betrachtet, so muß sie auch ausgeführt werden, und diese Frage hat die Baukommission in dem vorliegenden Falle bejahen müssen.

Die Magistratsvorlage wird darauf gutgeheißen.

XI. Abkommen wegen des Spohrplatzes etc.

Der Spohrplatz gehört in seinem äußeren Teile zum Gebiete des allgemeinen Pflasterfonds und untersteht in seiner inneren Fläche der Herzoglichen Kammer. Der innere Teil ist während der letzten Jahre zur Lagerung der für den Bau des vaterländischen Museums erforderlichen Materialien benutzt worden und dadurch dem öffentlichen Verkehr entzogen gewesen. Die hierüber von den Anliegern erhobenen Beschwerden haben dem Magistrate Veranlassung gegeben, bei Herzoglicher Kammer anzufragen, ob sie bereit sei, auf ihre hinsichtlich des Platzes in Anspruch genommenen Rechte zu verzichten und der Stadt die Unterhaltung auch des inneren Platzteiles zu überlassen. Nach längeren Verhandlungen hat sich die genannte Behörde bereit erklärt, die Abtretung des Platzes an die Stadt unter folgenden Bedingungen zu befürworten:

- 1) Der Platz, einschließlich der auf ihm stehenden Lindenbäume, geht im augenscheinlichen Zustande ohne Gewähr für Größe und Mängel an die Stadt über.
- 2) Nach der Abtretung an die Stadt gilt der Platz als öffentliches Straßenterrain und darf ohne Genehmigung der Herzoglichen Kammer nicht bebaut werden.

Diese Bedingungen erscheinen dem Magistrate zwar nicht übermäßig entgegenkommend und lassen vor allem die Gewährung einer Abfindung vermissen; sie sind

aber doch nicht so ungünstig, daß die Stadt ihretwegen auf den Erwerb des Platzes verzichten sollte. Die Herzogliche Kammer hat in den letzten Jahren sehr geringe Aufwendungen für die Instandsetzung des Platzes gemacht, und es ist anzunehmen, daß sie auch bei der Stadt in bescheidenen Grenzen bleiben werden, falls nicht dessen gelegentliche Umwandlung in einen Schmuckplatz erfolgen sollte. Die Versammlung wird deshalb ersucht, sich mit dem stadtseitigen Erwerbe der Fläche unter den vorstehenden Bedingungen einverstanden zu erklären.

Die Anlieger haben auch noch die Herstellung eines Fußweges an den Außenseiten des Platzes erbeten, welches Verlangen dem Magistrate gerechtfertigt erscheint. Da auch das vorhandene Fahrbahnpflaster von sehr minderwertiger Beschaffenheit ist, so würde die Neubefestigung der an den Außenseiten des Platzes befindlichen Straße das angemessenste sein. Dazu fehlt es aber zurzeit an Mitteln und da auch wegen der Konkurrenz in gleicher Lage befindlicher innenstädtischer Straßen nicht mit Sicherheit darauf zu rechnen ist, daß solche Mittel in absehbarer Zeit vorhanden sein werden, so empfiehlt es sich, eine provisorische Fußweganlage zu schaffen. Dieselbe würde, unter Verwendung von Klein- und Reihenpflaster in einer Breite von 1,20 m, rund 2500 Al kosten. Es wird ferner beantragt, diese Anlage zu genehmigen und die dazu erforderlichen 2500 Al zu verwilligen.

Herr Wolters: Die Baukommission stimmt der Vorlage zu. Das Entgegenkommen der Herzoglichen Kammer ist allerdings recht gering, aber unsere Rechte an dem Platz sind bestritten und man kann auch nicht hoffen, etwa ein günstigeres Resultat durch weitere Verhandlungen zu erreichen, vielmehr würden die unerquicklichen Verhältnisse, wie sie durch die Belegung des Platzes mit Materialien entstanden sind, dauernd wiederkehren können. Ferner ist die Baukommission der Ansicht, daß man einen definitiven Ausbau des Platzes vorläufig fallen lassen müsse, da der Unterhaltungsfonds des Etats schon ohnehin sehr stark belastet sei. Es wird daher empfohlen, die Vorlage im vollen Umfange anzunehmen.

Herr Hauswaldt: Meiner Ansicht nach hätte der Magistrat bei etwas schärferem Auftreten die Verwendung des Platzes als Lagerplatz seinerzeit sehr wohl verhindern können. Das uns hier vorgelegte Abkommen ist eigentlich gar kein Abkommen: wir sollen danach den Platz imstande erhalten, haben aber kein Recht darauf. Wenn nun z. B. unsere Nachkommen auf den Gedanken kommen sollten, dort eine Markthalle zu errichten, so würden sie dazu nicht in der Lage sein. Wir können uns unmöglich darauf festnageln, daß die Herzogliche Kammer die Genehmigung zur Verwendung des Platzes sich vorbehalten will.

Herr Bürgermeister Meyer: Das Entgegenkommen der Herzoglichen Kammer ist allerdings nicht so verlockend, um den Platz stadtseitig übernehmen zu können. Andererseits sind aber die Mißstände, die sich durch die Zwieherrschaft gezeigt

haben, so groß gewesen, daß wir wünschen müssen, den Platz überwiesen zu bekommen. Herr Hauswaldt meint, es wäre eigentlich gar kein Vertrag, den wir mit der Herzoglichen Kammer abschließen wollen. Nach dem in Aussicht genommenen Vertrage soll doch aber der Platz auf die Stadt übergehen und wir sollen die Verpflichtung übernehmen, den Platz imstande zu erhalten, also liegt doch ein Vertrag vor. Es wäre allerdings richtig gewesen, daß wir vom Staate eine Uebernahmeentschädigung erhielten, da jedoch der Staat sich zurzeit nicht in den besten finanziellen Verhältnissen befindet, so läßt sich darauf nicht hoffen. Es trifft auch nicht zu, daß der Magistrat nichts getan haben soll, um die Anlieger zu schützen. Ursprünglich war gegen die Lagerung der Materialien auf dem Plage allerdings keine Einsprache unsererseits erhoben worden, aber der Magistrat war dazu auch nicht berechtigt. Als sich die Sache aber zu lange hinauszog, haben wir wiederholt energische Vorstellungen dagegen erhoben, jedoch war der Staat stärker, und wir konnten nichts dagegen ausrichten. Jetzt aber liegt es im Interesse der Stadt, auf die angebotenen Bedingungen einzugehen und ich bitte, sie anzunehmen.

Vorsitzender: Ich möchte mir die Anfrage an den Magistrat erlauben, welches denkbare Interesse der Staat daran haben kann, den Spohrplatz ungebaut zu lassen?

Herr Oberbürgermeister Ketemeyer: Diese Bedingung hat der Staat immer gestellt, wenn er der Stadt Plätze überließ. Ich erinnere nur an die Hergabe des Fasanenhölzchens und der Wiesen zum Bürgerparke, die die Stadt zu einem sehr billigen Preise, aber mit der erwähnten Beschränkung überwiesen erhielt, damit aus dem Terrain nicht Bauplätze gemacht werden können.

Herr Fricke: Die Anwohner des Spohrplatzes werden sehr dankbar sein, wenn die Vorlage angenommen wird. Seit dem Jahre 1842 haben die Anwohner petitioniert, den Platz in einen menschenwürdigen Zustand zu bringen, und sie hoffen, daß jetzt endlich etwas in der Richtung geschehen wird. Ich bedauere nur das geringe Entgegenkommen der Herzoglichen Kammer gegenüber dem Magistrat. Der Spohrplatz ist von der Herzoglichen Kammer schon zu allen möglichen Geschichten benutzt worden, und einmal hatte sie, nach Beseitigung der dort aufgestellten Buden, die Unversfrorenheit, . . .

Vorsitzender: Ich muß Sie darauf aufmerksam machen, daß der Ausdruck „Unversfrorenheit“ gegenüber einer Behörde nicht angemessen ist.

Herr Fricke (fortfahrend): Dann nehme ich den Ausdruck zurück. Man hat also damals bei den Anwohnern gesammelt, um Dünger für die Bäume kaufen zu können. Jetzt sind auf dem Plage zwei Jahre lang Steine gelagert worden, jedenfalls ein durchaus unwürdiger Zustand. Im Landtage hat sogar ein Vertreter gesagt, für eine so untergeordnete Gegend wäre eine Instandhaltung des Platzes nicht nötig. Ich meine aber, eine Gegend, in deren Umgebung das Lessinghaus

und das Spohrhaus stehen, ist doch nicht gar so untergeordnet. Ich bitte dringend, der Vorlage zuzustimmen.

Herr Wolters: Ich möchte nur darauf hinweisen, daß eine absolute Baubeschränkung in dem Abkommen nicht ausgesprochen worden ist, sondern es soll dort nur ohne Genehmigung der Kammer nicht gebaut werden dürfen. Es ist also wohl anzunehmen, wenn die Stadt das Terrain nicht gerade zu Erwerbszwecken verwenden will, daß die Genehmigung der Kammer zu anderen Zwecken zu erwarten steht.

Die Magistratsvorlage gelangt sodann zur Annahme.

XII. Hundesteuer-Erlaßgesuche.

Die Gesuche der Wächter des Wach- und Schließinstituts Schmidt und Reitemier um Erlaß der Steuer für je einen Wachhund werden abgelehnt, weil es sich um ein Erwerbsinstitut handelt, für das eine Befreiung von der Steuer nicht zugänglich erscheint.

Das Gesuch des Adressenschreibers Kurt Röver um Erlaß der Steuer für einen Wachhund wird mit der Begründung genehmigt, daß der Bittsteller wegen körperlichen Leidens sich einen Hund halten muß und unter den ganz eigenartigen Verhältnissen der Erlaß der Steuer gerechtfertigt erscheint.

Auch dem Gesuche der vermögenslosen Frau Isabella Wegmann, deren alter Hund die Straße nicht mehr betritt, wird entsprochen und ihr die Steuer für den Hund erlassen.

Die Steuer für den Hund des Händlers Bape wird mit Rücksicht auf die Mittellosigkeit und Hilfslosigkeit der Bapeschen Eheleute auf die Hälfte herabgesetzt, und der Witwe Rosa Bauer die Steuer für ihren alten, von dem verstorbenen Manne überkommenen Hund, der die Straße nicht mehr betritt, mit Rücksicht darauf erlassen, daß die Frau mittellos ist und sich nicht entschließen kann, das alte Tier töten zu lassen. Für einen neu anzuschaffenden Hund würde Frau Bauer die Steuer zahlen müssen.

Herr Stadtrat von Frankenberg bemerkt dazu, daß der Magistrat in solchem Falle auch keine Hundemarke verabsorgen werde, damit darauf nicht ein neuer Hund gehalten werden könne.

Der Frau Fakhauer, die sich hier nur zeitweise aufhält und einen Hund auf der Reise gebraucht, wird die Steuer ihrem Antrage gemäß auf 10 M ermäßigt und der Frau Wandusch wird aus dem gleichen Grunde die Steuer für zwei Hunde auf die Hälfte ermäßigt.

Endlich bewilligt die Versammlung der Frau Thrumann für einen Hund, der im Geschäfte gebraucht wird, Steuererlaß.

XIII. Pensionsberechnung für städtische Beamte.

Das Reichsgesetz, betreffend die Pensionierung und Versorgung der Militärpersonen des Reichsheeres und der Kaiserlichen Marine vom 27. Juni 1871 bestimmt, daß den im Zivilstaatsdienst, sowie im Kommunaldienst angestellten Militär-anwärtern nach Maßgabe der Bestimmungen in den §§ 48 ff. des Reichsbeamten-gesetzes vom 31. März 1873 die Militärdienstzeit bei Ermittlung ihrer künftigen Zivilpension als pensionsfähige Dienstzeit in Anrechnung zu bringen ist, wenn und insoweit nach Landesrecht eine Anrechnung der Zeit stattfindet, welche im Zivildienste vor Erlangung einer festen mit Anspruch oder Aussicht auf Pension verbundenen Anstellung verbracht wurde. Im Absatz II ist dann gesagt, daß landesrechtliche Bestimmungen, welche hinsichtlich der Anrechnung der Militärdienstzeit günstiger sind, unberührt bleiben sollen. Durch diese reichsgesetzliche Bestimmung wird den nach § 77 zur Anstellung von Militäranwärtern verpflichteten Kommunen nicht die Verpflichtung auferlegt, den von ihnen angestellten Militär-anwärtern bei Ermittlung ihrer Zivilpension ihre Militärdienstzeit und die im städtischen Vorbereitungsdienste zugebrachte Zeit als pensionsfähige Dienstzeit anzu-rechnen, sondern es ist nur bestimmt, daß, wenn den reinen Zivilbeamten, d. h. den städtischen Beamten, die keine Militäranwärter sind, die im städtischen Dienste zugebrachte Vorbereitungszeit bei ihrer Pensionierung als pensionsfähige Dienstzeit in Anrechnung gebracht wird, dann und nur dann den bei der nämlichen Kommune angestellten Militäranwärtern ihre Militärdienstzeit in Anrechnung kommen soll bei der Ermittlung ihrer demnächst im Zivildienst erdienten Pension, und zwar soll die Zahl der anzurechnenden Militärdienstjahre nach den Bestimmungen des Reichsbeamten-gesetzes berechnet werden, d. h. die ganze nach vollendetem 18. Lebens-jahre zugebrachte Militärdienstzeit.

Diese reichsgesetzliche Bestimmung, die in das Selbstverwaltungsrecht der Kommunen in vordem nicht gekannter und seither einzig dastehender Weise tief eingreift, hat den Zweck, einen Anreiz zur Kapitulation zu schaffen durch die Aussicht auf Erlangung einer Anstellung im Zivildienste und eine sich hieran anschließende ausreichende Versorgung im Alter und zu Zeiten der dauernden Dienstunfähigkeit.

Um ein zur Kapitulation der besten Elemente des Heeres anreizendes Mittel zu schaffen, genügte nicht die Aussicht auf demnächstige Zivilanstellung; es bedurfte auch einer möglichsten Gleichstellung hinsichtlich der Pensionsberechnung der reinen Zivilbeamten und der Militäranwärter. Und diesen speziellen Zweck hat der § 107 des Militärpensionsgesetzes mit der Begründung: „wo nach geltendem Rechte eine Einrechnung der im Vorbereitungsdienste zugebrachten Zeit in die pensionsfähige Dienstzeit überhaupt nicht stattfindet, erfährt auch der Militäranwärter keine

Zurücksetzung, wenn ihm bei Ermittlung seiner Zivilpension die Militärdienstjahre nicht angerechnet werden. Dagegen wird der Militäranwärter in ungerechtfertigter Weise benachteiligt gegenüber den Zivilbeamten, welche nicht Soldaten waren oder nur ihrer aktiven Dienstpflicht genügt haben und von vornherein die Beamtenlaufbahn im Zivildienst ergreifen konnten, wenn diesen die hier zugebrachte Vorbereitungsdienstzeit in die pensionsfähige Dienstzeit eingerechnet wird, während die Militärdienstjahre außer Berücksichtigung gelassen werden“. Die Konsequenz dieser Bestimmung ist die, daß eine Bevorzugung der Militäranwärter gegenüber den Zivilbeamten dann gegeben ist, wenn diesen die Vorbereitungsdienstzeit nicht angerechnet wird, jenen aber die Militärdienstjahre als pensionsfähige Dienstzeit angerechnet werden. Zu diesem Resultate kommt aber die braunschweigische Landesgesetzgebung, allerdings nicht bis zum äußersten, den Militäranwärtern günstigsten Resultate. Denn nach dem Zivilstaatsdienstgesetze vom 4. April 1889 wird dem reinen Zivilbeamten die von ihm zurückgelegte Probendienstzeit, sei sie auch noch so lang ausgedehnt, niemals angerechnet bei Ermittlung seiner Pension, dagegen wird dem Militäranwärter bei Berechnung seiner Zivilpension diejenige Zeit in Anrechnung gebracht, während welcher er als mit Zivilversorgungsschein versehene Militärperson (Militäranwärter) nur vorläufig oder auf Probe im Zivildienste beschäftigt worden ist, und ferner die Zeit, welche der Beamte als Unteroffizier oder in höherer Stellung im aktiven Militärdienst gewesen ist. Obwohl also dem Zivilbeamten keine vor seiner Anstellung zugebrachte Dienstzeit angerechnet wird, erfolgt die Anrechnung der Unteroffizierdienstzeit und der Vorbereitungszeit bei der Pensionsberechnung des Militäranwärters.

Eine Heranziehung dieser landesgesetzlichen Regelung war hier um deswillen erforderlich, weil die §§ 80—94 und 127 der Städteordnung, sowie § 38 des städtischen Verwaltungsstatuts auf diese Bestimmungen verweisen und diese auch als für die städtischen Beamten und deren Pensionsverhältnisse maßgeblich hinstellen. —

Zu beachten ist bei dieser landesgesetzlichen Regelung, daß jede der angegebenen Bestimmungen eine anderweite vertragliche Regelung der Pensionsverhältnisse ausdrücklich zuläßt.

Diese etwaige anderweite vertragliche Regelung findet indessen ihre Begrenzung in dem, was das Reichsmilitärpensionsgesetz, § 107 Abs. 1, bestimmt. Es muß danach, da dem Zivilbeamten kein Teil seiner Vorbereitungsdienstzeit nach Landesrecht als pensionsfähige Dienstzeit angerechnet wird, für zulässig erachtet werden, bei der Anstellung eines Militäranwärters im städtischen Dienste die Anrechnung jedweder Militärdienstzeit und Vorbereitungsdienstzeit hinsichtlich der Pensionsberechnung auszuschließen. Dieser Weg ist auch von mehreren braunschweigischen Städten eingeschlagen worden.

Bei der bisher stadtseitig erfolgten Anstellung von Militäranwärtern ist, abgesehen von der zum 1. April erfolgten Anstellung des Bureauehilfen Meißel, eine Bestimmung hinsichtlich einer künftigen Pensionsberechnung regelmäßig nicht erfolgt, so daß für diese das Zivilstaatsdienstgesetz zur Anwendung zu kommen hat, mit der Wirkung, daß ihnen die gesamte Militärdienstzeit seit der Ernennung zum Unteroffizier, sowie die im städtischen Vorbereitungsdienste zugebrachte Zeit als pensionsfähige Dienstzeit angerechnet werden muß.

Wenn nun auch zurzeit der Stadt irgend welche besonderen Aufwendungen hierdurch nicht erwachsen, da noch keiner der erst seit 1. Januar 1900 angestellten Militäranwärter pensioniert worden ist, so entstehen doch in Zukunft erhebliche Belastungen durch die an diese später zu gewährenden Pensionen.

Diese Summen wachsen, je mehr Stellen durch eintretende Vakanz, als für die Militäranwärter vorbehalten, mit diesen zu besetzen sind, und, falls nicht gleich bei ihrer Anstellung eine anderweite Regelung hinsichtlich der künftigen Pensionsberechnung vorgenommen wird, ist jedwede Aenderung und Einschränkung nach dieser Richtung hin unmöglich.

Der Magistrat hält es daher für angebracht, eine generelle Aenderung in dieser Beziehung herbeizuführen, die abgesehen von einer Entlastung des künftigen Pensionsfonds auch die durch das bisherige Verfahren verursachte erhebliche Benachteiligung der reinen Zivilbeamten, die überdies schon durch das Eindringen der Militäranwärter in ihre Reihen hinsichtlich der Anstellung und in bezug auf das Aufsteigen in höhere besser dotierte Stellen erheblich zurückgesetzt sind, teilweise zu beseitigen. Der Magistrat kann es aber nicht für angebracht und gerecht erachten, wenn dem im städtischen Dienste angestellten Militäranwärter bei seiner Pensionierung nur die Zeit als pensionsfähige Dienstzeit in Anrechnung gebracht wird, während welcher er seine Dienste ausschließlich der Stadt geleistet hat, während hierbei eine wenn auch nur teilweise Berücksichtigung seiner Militärdienstzeit und der sich hieran anschließenden im städtischen Dienste zugebrachten Vorbereitungszeit nicht erfolgt.

Denn einmal kommt den Umständen gemäß der Militäranwärter erst spät, auf jeden Fall viel später zur Anstellung als der reine Zivilbeamte, erhält also, da eine Anrechnung seiner Militär- resp. Vorbereitungszeit für seine Gehaltshöhe ganz außer Betracht bleibt, weit später und ein weit geringeres Gehalt als die Nichtmilitäranwärter. Außerdem ist zu bedenken, daß, je besser die Aussichten einer Zivilversorgung für die Kapitulanten sich gestalten, je größer die Zahl solcher Personen wird, die in die Unteroffizierlaufbahn eintreten, daß damit also quantitativ und qualitativ der Unteroffizierstand gebessert wird. Hieran hat aber auch jede Kommune als ein Teil des gesamten Reichs- und Staatsorganismus im Interesse

eines schlagfertigen, tüchtigen und zur Sicherung eines gedeihlichen Friedens ausreichenden Heeres die größte Anteilnahme.

Aus diesen Gründen hält es der Magistrat für angebracht, den stadtseitig künftighin anzustellenden Militäranwärtern im Falle ihrer einstigen Pensionierung als pensionsfähige Dienstzeit diejenige Zeit anzurechnen, die sie nach vollendetem 25. Lebensjahre, sei es als Unteroffizier oder im städtischen Vorbereitungs- oder Probendienste, zugebracht haben. Die Versammlung wird ersucht, sich damit einverstanden zu erklären, daß in Zukunft bei der Anstellung eines Militäranwärters eine diese Anrechnung einer Militär- oder Probendienstzeit regelnde Vertragsbestimmung getroffen wird.

Namens der Statutenkommission empfiehlt Herr Weichsel, der Vorlage zuzustimmen. In den Städten Blankenburg, Holzminden, Seesen und Schöppenstedt werde die pensionsberechtigte Dienstzeit von dem Tage der Anstellung ab gerechnet, während Schöningen und Gandersheim die landesgesetzlichen Bestimmungen eingeführt haben und Wolfenbüttel die Einrichtung besitze, wie sie hier vorgeschlagen werde.

Die Magistratsvorlage wird hierauf genehmigt.

XIV. Erwerb von Flächen zu einer Verbindungsstraße an der Kastanienallee.

Die Schaffung der Vorflut für eine Reihe von Kanälen der südöstlichen Außenstadt, insbesondere für die Kanäle der Korfessstraße und der Straßenzüge Nr. 45, 43 und 34 des Ortsbauplans machen die Verlegung eines großen gemauerten Kanals, zu dessen Ausführung 27 000 M durch den Etat der Kanalbaukasse zur Verfügung gestellt sind, in dem Terrain der projektierten Straße Nr. 52 (Verbindungsstraße zwischen Kastanienallee und Marienstraße) erforderlich. Die Ausführung läßt den Erwerb zweier Flächen im Umfange von 4,08 a (Graben) und 7,88 a wünschenswert erscheinen, und der Magistrat ist dieserhalb mit den Besitzern, der Feldmarksgemeinde Altwiek und dem Kreiszimmermeister Göcke, in Verhandlung getreten. Beide sind bereit, die Flächen der Stadt zu überlassen und zwar erstere zum Einheitspreise von 5 M und letzterer zu 16 M pro qm. Den von der Feldmarksgemeinde geforderten Preis hält der Magistrat für angemessen, den von Herrn Göcke geforderten Preis aber für erheblich zu hoch, da in jener Gegend bedeutend niedrigere Preise gezahlt worden sind, so daß ein Einheitspreis von 12 M als ausreichend angesehen wird.

Die Versammlung wird ersucht, sich damit einverstanden zu erklären, daß die von der Altwiekgemeinde abzutretende Grabensfläche zu einem Einheitspreise von 5 M stadtseitig erworben und wegen Erwerbes der vom Göckeschen Grundstücke in die Straße fallenden 7,88 a das Zwangsenteignungsverfahren eingeleitet werde.

Herr Wolters: Die Baukommission ist mit beiden Anträgen einverstanden; sie hat nur bedauert, daß es nicht möglich gewesen ist, mit Herrn Göcke ein Uebereinkommen zu erzielen.

Herr Meyerhoff: Ich muß Herrn Göcke gewissermaßen in Schutz nehmen, indem ich es für einzig richtig halte, die Entscheidung hierüber einer höheren Instanz zu überlassen. Möglicherweise kann sogar ein Satz von 12 M noch zu hoch sein und Herr Göcke ist selbstverständlich bereit, das Terrain für einen noch niedrigeren Preis herzugeben, sofern es niedriger geschätzt wird. Ich bitte daher, nicht etwa anzunehmen, daß Herr Göcke sich bereichern wolle.

Die Versammlung stimmt darauf der Magistratsvorlage zu.

XV. Klage auf Erstattung von Stempelfkosten.

Zum Zwecke der Errichtung einer Bürgerschule sind von der Stadt verschiedene Grundstücke an der Hildesheimerstraße angekauft worden, und der instrumentierende Notar hat für die Kaufverträge an Stempelgebühren 201,50 M zuviel verwendet. Wegen Erstattung dieses Betrages hat sich der Magistrat an die Herzogliche Zoll- und Steuerdirektion gewandt und zur Begründung angeführt, daß ein Teil der Stempel um deswillen zu erstatten sei, weil der maßgebliche Vertrag mit einer milden Stiftung abgeschlossen sei und daher nach § 3, 1 f des Stempelsteuergesetzes vom 23. Mai 1903 eine Befreiung von der Stempelverwendung einzutreten habe. Die Herzogliche Zoll- und Steuerdirektion hat sich demzufolge bereit erklärt, die Hälfte des für diesen Vertrag verwandten Stempels mit 44,50 M zu erstatten. Die Erstattung der anderen Hälfte, sowie die ferner beantragte Erstattung eines Teiles des für den zweiten Vertrag verwandten Stempels hat die Direktion abgelehnt. Der Magistrat hält sich indessen für berechtigt, die zuviel verausgabten Stempelfkosten von insgesamt 157 M zurückzufordern und gibt, unter näherer Begründung seines Antrages, anheim, der Erhebung einer die Rückforderung des zuviel verwandten Stempels enthaltenden Klage vor dem Zivilgerichte zuzustimmen.

Herr Weichsel: Die Sache ist von prinzipieller Bedeutung insofern, als es sehr unangenehm sein würde, wenn der Magistrat in die Verträge in Zukunft immer hineinsetzen müßte, „für Schulzwecke“. Die Statutenkommission gibt anheim, der Erhebung der Klage zuzustimmen, damit die prinzipiell wichtige Frage ihre Klärung finde.

Dem Antrage stimmt die Versammlung zu.

XVI. Bauliche Aenderungen im Feuerlöschgebäude.

Der Kreisbranddirektor Schlunt hat beantragt, den vor dem Feuerlöschgebäude stehenden Posten der Feuerwehr in den kalten Winternächten und bei rauher

Witterung während der Nachtstunden in einem neben der Durchfahrt gelegenen geschlossenen Raume unterzubringen, mit letzterem von außen eine unmittelbare Verbindung zwecks eventueller Alarmierung der Wache herzustellen und die Durchfahrt selbst durch ein Gittertor abzuschließen. Der Magistrat hat sich den hierfür vorgebrachten Gründen nicht verschließen können und beantragt, zwecks Beaufsichtigung der Durchfahrt in der nördlichen Wand der in Aussicht genommenen Wachstube ein kleines Fenster und, behufs eventueller Feuermeldung, an der Außenwand einen nach der Wachstube führenden Glockenzug oder eine elektrische Klingelleitung nebst einem Hinweisschild anzubringen, sowie die Einfahrt des Feuerlöschgebäudes hofseitig durch ein Gittertor abzuschließen, das jeden Augenblick leicht geöffnet werden kann.

Die Versammlung wird ersucht, den baulichen Aenderungen die Zustimmung zu erteilen und zu genehmigen, daß die veranschlagten Kosten auf den Voranschlag des Feuerlöschwesens übernommen werden.

Wie Herr Rathe berichtet, gibt die Baukommission anheim, der Vorlage zuzustimmen. Persönlich wolle er bemerken, daß er es für recht zweckmäßig angesehen hätte, wenn die Wache straßenwärts hätte untergebracht werden können, jedoch seien seine Bedenken in der Kommission nach Möglichkeit zerstreut worden. Auch bedaure er, daß an dem Feuerwehrgebäude nicht ein Schild mit der Aufschrift „Sanitätswache“ angebracht worden sei, da ihm dieses im Interesse Unkundiger notwendig erscheine.

Herr Meyerhoff will darauf bemerken, daß an der Straßenlaterne die Hinweise auf die Sanitäts- und Feuerwache angebracht seien und dieses genügen dürfte.

Die Vorlage wird darauf genehmigt.

XVII. Antrag Weichsel: Anordnung von Vorgärten an der Howaldtstraße.

Der Antrag lautet:

„Die Versammlung wolle beschließen, den Magistrat um Anordnung von Vorgärten an der Südseite der Howaldtstraße auf dem Hildebrandschen Grundstücke zu ersuchen.“

Zur Begründung führt Herr Weichsel etwa folgendes aus: Eine Forderung der Billigkeit veranlaßt mich, den Antrag zu stellen. Früher hatte man geglaubt, die Howaldtstraße würde eine Hauptverkehrsstraße werden und hatte auf beiden Seiten 3 m breite Vorgärten angeordnet; später hat man sich gesagt, daß diese Straße nur eine geringe Bedeutung haben würde und hat die Vorgärten auf der Seite des Hildebrandschen Grundstücks wieder in Fortfall gebracht. Nun scheinen mir zweierlei Gründe für das Beibehalten der Vorgärten zu sprechen, nämlich

einmal, daß man an der Fortsetzung der Howaldtstraße Vorgärten angeordnet hat und außerdem, daß man die Anlieger der gegenüberliegenden Seite, die man zur Anlage von 3 m breiten Vorgärten veranlaßt hat, ganz erheblich schädigt, wenn man gestattet, daß auf der anderen Seite die Grundstücke direkt bis an die Straße bebaut werden dürfen. Welche Breite diese Vorgärten haben sollen, ist eine andere Sache; vielleicht lassen sie sich ohne Wertverminderung des Hildebrandschen Grundstücks auf 1 m festsetzen. Die Anlieger haben seinerzeit gegen die festgesetzte Baulinie keine Einsprache erhoben, weil ihnen gesagt sein soll, die Sache hätte noch gar keine Eile.

Der genügend unterstützte Antrag wird der Baukommission zur Vorberatung überwiesen, nachdem Herr Wolters empfohlen hatte, den Antrag bis dahin zurückzustellen, daß das Stadtbauamt mit seiner allgemeinen Vorlage wegen der Anordnung von Vorgärten fertig sei.

XVIII. Antrag Peplics: Neupflasterung eines Teiles der Kaiserstraße.

Den Antrag:

„Die Versammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, baldmöglichst eine Vorlage vorzubereiten, durch welche die Neupflasterung der Kaiserstraße auf der Strecke vom Nickelntulle bis zum Wollmarke angeordnet werde“,

begründet Herr Peplics folgendermaßen: Nach Durchführung der Kaiserstraße bis zur Wendenstraße ist der Verkehr dort ein außerordentlich lebhafter geworden, während das Pflaster der alten Straßenstrecke sich in einem schlechten Zustande befindet. Es handelt sich hier nicht nur um den Fußgängerverkehr, sondern auch um den Verkehr von Radfahrern und Fuhrwerken, so daß die ganze Straße instand gesetzt werden muß. Der Wunsch auf Besserung dieser Verhältnisse ist ein so allgemeiner, daß wir uns ihm nicht verschließen können.

Den genügend unterstützten Antrag erhält die Baukommission zur Vorberatung.

XIX. Antrag Meyerhoff: Einrichtung einer städtischen Sparkasse.

Zur Begründung des Antrages:

„Die Versammlung ersucht den Magistrat, der Einrichtung einer städtischen Sparkasse näherzutreten“,

führt Herr Meyerhoff aus: Es hat sich herausgestellt, daß die Städte, die unter einer Finanznot leiden, durch dieses Mittel ihre Finanzen sehr gebessert haben. Ich weise dabei nur auf unsere Nachbarstadt Peine hin, deren Sparkasse auch in den hiesigen Zeitungen regelmäßig die Einwohnerschaft auffordert, ihre

Gelder dort zu belegen. Die kleine Stadt Bockenem hat fast ihre gesamten Ausgaben nur durch die Einrichtung einer Sparkasse bestritten. (Heiterkeit.) Wenn das auch bei uns nicht eintreten kann, so wird doch für unsere Finanzen eine wesentliche Hilfe darin liegen, in die Sparkasse greifen und durch die Zinsdifferenz sich einen Vorteil verschaffen zu können. In Dresden hat die städtische Hypothekensbank so segensreich gewirkt, daß sich die Finanzwirtschaft dadurch wesentlich gebessert hat. Vielleicht können wir später auch hierauf noch zurückkommen.

Der genügend unterstützte Antrag wird der Finanzkommission zur Vorberatung überwiesen.

XX. Antrag Schmidt: Vervollständigung der Wählerlisten.

Der Antrag lautet:

„Die Versammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, die Listen für die Stadtverordnetenwahlen bis zum Wahltag tunlichst auf dem laufenden zu erhalten.“

Herr Schmidt (zur Begründung): Die Veranlassung ist bekannt. Die Wahl im Petri- und Wendentordistrikt ist mit aus dem Grunde angefochten worden, weil Wähler, die nicht mehr wahlberechtigt waren, aber noch in der Liste standen, gewählt haben. Es ist bei dem jetzigen Zustande nicht möglich, eine Wahl ordnungsmäßig durchzuführen, da solcher Umstand jeden Augenblick wieder eintreten kann. Ebenfogut wie jemand in die Liste nachgetragen wird, wenn er Bürger geworden ist, ebenfogut muß auch jemand gestrichen werden, wenn er nicht mehr wahlberechtigt ist. Ich möchte nicht, daß wir mit den jetzigen unrichtigen Listen nochmals in die Wahl eintreten und bitte deshalb, meinen Antrag als dringlich zu behandeln.

Herr Oberbürgermeister Ketemeyer: Es würde uns angenehm sein, wenn die Herren den Antrag heute noch beraten wollten.

Der Antrag wird darauf ohne weitere Besprechung angenommen.

XXI. Anfrage Brückmann: Einrichtung eines Spielplatzes im Westen der Stadt.

Die Anfrage:

„Hat der Magistrat bereits Schritte zur Einrichtung eines Spielplatzes im Westen der Stadt und mit welchem Ergebnisse unternommen?“

begründet Herr Brückmann wie folgt: In der Verlängerung der Luiseustraße war ein Spielplatz in Aussicht genommen worden, jedoch soll das Projekt nach einer mir gewordenen Mitteilung nicht zur Ausführung kommen, weil der Besitzer

des erforderlichen Terrains eine zu hohe Preisforderung stellt. Nachdem dieses Projekt zurückgestellt worden ist, wurde der Magistrat von dem Hohe- und Wilhelmitordistriktsvereine auf einen Platz aufmerksam gemacht, der viel größer ist, als der frühere Platz und dazu nur etwa die Hälfte kosten wird. Es handelt sich dabei um die Tongrube der Firma A. Runge & Co. an der Broikemerstraße. Dieser Platz umfaßt etwa sieben Morgen und sollen über dessen Erwerb bereits Verhandlungen schweben. Wenn wir auch bei der jetzigen Finanzlage der Stadt bei unseren Ausgaben vorsichtig sein müssen, so handelt es sich hier doch um eine unbedingte Notwendigkeit im Interesse des Westens der Stadt. Man kann mit Recht behaupten, daß der Westen namentlich auch in bezug auf Spielplätze recht stiefmütterlich von der Stadt behandelt wird, während alle anderen Stadtteile Spielplätze aufzuweisen haben. Es dürfte deshalb wünschenswert erscheinen, dieses Projekt zur Ausführung zu bringen.

Herr Bürgermeister Meyer: Der Magistrat steht grundsätzlich auf demselben Standpunkte wie der Vorredner, indem er es ebenfalls für wünschenswert hält, im Westen der Stadt einen Spielplatz zu schaffen. Wir haben deshalb die Anregung des Distriktsvereins mit Freuden begrüßt und sind auch bereits mit dem Eigentümer der Tongrube, Herrn Pape, in Verhandlung getreten und mit ihm schon annähernd einig geworden. Es handelt sich um ein Terrain, das infolge Aushebung des Tones eine große Grube bildet und das nach Hinzufügung angrenzender Flächen auf einen Umfang von zehn Morgen erweitert werden kann, so daß es sich zur Anlage eines Spielplatzes gut eignen würde. Da es sich um Grubenterrain handelt, so muß der geforderte Preis noch erheblich herabgesetzt werden, wenn wir das Terrain erwerben sollen. Die Fläche kann nach ihrer Aufschüttung niemals Baugrund werden, sondern kann höchstens zu Gartenanlagen Verwendung finden, so daß ihr Wert dadurch erheblich herabgemindert wird. Wir sind bis auf einen Einheitspreis von 2 M schon einig geworden, jedoch hält der Magistrat auch diesen Preis noch für zu hoch, weshalb er sich freuen würde, wenn es dem Distriktsvereine gelänge, den Eigentümer zur Forderung eines billigeren Preises zu bewegen. Wenn die Grube von der Stadt erworben werden sollte, würde sie zunächst zur Aufnahme der Abfuhrstoffe dienen.

Ein Antrag auf Besprechung der Anfrage wird abgelehnt.

XXII. Ausbau der Verbindungsstraße an der Korfesstraße 2c.

Unter Ueberreichung eines Entwurfes über den oberirdischen Ausbau der im Ortsbauplane vorgesehenen Verbindungsstraße zwischen Korfesstraße und Kastanienallee berichtet die städtische Bauverwaltung, daß die Grunderwerbskosten 17 500 M, die Straßenbaukosten 27 000 M und der voraussichtliche Beitrag der Anlieger

118,20 M für 1 m Frontlänge betragen. Die Versammlung wird vom Magistrat ersucht, das Projekt nebst Kostenanschlag und Verteilungsberechnung zu genehmigen, sowie sich damit einverstanden zu erklären, daß die projektierte Straße Nr. 45a zur Ortsstraße erklärt werde. Die Straße soll bei einer Breite von 14 m derartig ausgebaut werden, daß 8 m auf die Fahrbahn und je 3 m auf die beiderseitigen Fußwege entfallen.

Auf Empfehlung der Baukommission, für die Herr Lübke berichtet, wird der Vorlage zugestimmt,

nachdem Herr Esdorn den Magistrat ersucht hatte, die Stephanstraße endlich in einen würdigen Zustand zu versetzen.

XXIII. Aufnahme einer von der Straßeneisenbahn erhobenen Festsitzungsklage.

Die Straßeneisenbahn-Gesellschaft ist, wie schon aus den Verhandlungen in in der Sitzung vom 9. März d. Js. — Seite 601 des Berichtes — hervorgeht, gewillt, den im Jahre 1897 für die Straßenbahn genehmigten Fahrgeldtarif anstatt des jetzt in Geltung befindlichen 10 S-Tarifs wieder einzuführen. Gestützt auf den zugrunde liegenden Konzessionsvertrag hat der Magistrat diese Absicht unter Hinweis darauf, daß die Aenderung ohne Genehmigung des Magistrates und der Herzoglichen Polizeidirektion unzulässig sei, bekämpft, und, nachdem die Versammlung dieser Rechtsauffassung beigetreten ist, in Uebereinstimmung mit Herzoglicher Polizeidirektion und geleitet von der Ueberzeugung, daß die Wiedereinführung des älteren Fahrgeldtarifs für die Straßeneisenbahn-Gesellschaft keine wirtschaftliche Notwendigkeit und andererseits der 10 S-Tarif für die Einwohnerschaft der hiesigen Stadt der bei weitem angenehmere sei, die Zustimmung ausdrücklich versagt. Die Straßeneisenbahn-Gesellschaft will es indessen bei diesem Bescheide nicht bewenden lassen und hat, unter Festhaltung der Auffassung, daß sie einseitig zu der beabsichtigten Tarifänderung berechtigt sei, eine Festsitzungsklage erhoben.

Die Versammlung wird ersucht, der Aufnahme dieser Klage zuzustimmen, was auf Empfehlung der Statutenkommission, für die Herr Weichsel berichtet, geschieht.

XXIV. Antrag Schöttler u. Gen.: Zeitgemäße Umgestaltung der Städteordnung.

Der Antrag lautet:

„Die Versammlung ersucht den Magistrat, bei Herzoglichem Staatsministerium die baldige zeitgemäße Umgestaltung der §§ 32—40 der Städteordnung über das Verfahren bei Stadtverordnetenwahlen zu beantragen.“

Herr Schöttler (zur Begründung): Wie ich schon in der früheren gemeinschaftlichen Sitzung bemerkt habe, befinden wir uns in bezug auf die Anordnung der Stadtverordnetenwahlen zurzeit in einer Notlage. Diese Notlage ist aber so groß, daß wir mit der Aenderung nicht warten können, bis einmal eine neue Städteordnung herauskommt, sondern es muß in der Richtung bald etwas geschehen. Zwei Punkte sind es insbesondere, die bei dieser Neuregelung in Betracht kommen würden, nämlich einmal, daß wir nach den jetzigen Bestimmungen die Wahlbezirke nicht teilen dürfen und außerdem der Umstand, daß unsere heutige Wahlordnung die ganze Wahl gewissermaßen als von einer Versammlung ausgehend betrachtet. Es ist aber unbedingt notwendig, daß eine Teilung der Wahlbezirke ermöglicht wird und es kann auch ebensowenig heutzutage noch von einer Wahlversammlung die Rede sein. Verschiedene Einsprüche, die dann auch zur Klassierung der Wahl geführt haben, sind von dieser Fiktion ausgegangen. Das muß geändert und der Wahl der Charakter einer Wahlversammlung genommen werden.

Den Antrag erhält die Statutenkommission zur Vorberatung.

XXV. Erwerb von Straßenflächen etc. an der Humboldtstraße.

Die Bauunternehmer Weinhausen u. Utermart beantragen, zur Ermöglichung des weiteren Ausbaues der Humboldtstraße und der Einmündung der künftigen Kasernenstraße in die Straße am Fallersebertore von ihrem Grundstücke eine Teilfläche von 29,10 a für den Preis von 12 M pro qm an die Stadt abzutreten. Da die Versammlung sich schon früher dahin ausgesprochen hat, diesen Preis bewilligen zu wollen, die genannten Eigentümer aber damals nicht darauf eingehen wollten und daher das Zwangsenteignungsverfahren eingeleitet wurde, so wird die Versammlung ersucht, den Einheitspreis von 12 M, sowie den Gebäudewert mit 36 694,16 M, zusammen also 71 614,16 M, an die genannten Eigentümer zu zahlen.

Dem Antrage wird auf Befürwortung durch die Baukommission, für die Herr Friede berichtet, entsprochen.

XXVI. Antrag Sander: Plattenbelag auf der Osterstraße.

Zur Begründung des Antrages:

„Die Versammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, die beiderseitigen Fußwege der westlichen Hälfte der Osterstraße mit Platten zu belegem“,

führt Herr Sander aus, daß er den Antrag auf Wunsch der betreffenden Anlieger eingebracht habe und auch ein Bedürfnis zur Anbringung der Platten wohl nicht bestritten werden könne, zumal dort bekanntlich eine Schule liege.

Der genügend unterstützte Antrag wird der Baukommission zur Vorberatung überwiesen.

XXVII. Anfrage Wesemeier: Vervollständigung der Wählerlisten.

Herr Wesemeier: Geht der unter Nr. XX der Tagesordnung gefaßte Beschluß dahin, daß die Wählerlisten bis zur nächsten Stadtverordnetenwahl auf dem laufenden erhalten werden sollen? Wenn ja, mache ich darauf aufmerksam, daß einem solchen Beschlusse der § 31 der Städteordnung direkt entgegensteht.

Vorsitzender: Darüber können wir uns nach Annahme des Antrages Schmidt nicht mehr unterhalten, da es nunmehr Sache des Magistrates ist, sich hiermit zu befassen. Der Magistrat wird aber von dieser schätzenswerten Mitteilung sicher Kenntnis nehmen.

XXVIII. Erpachtung einer Fläche zum städtischen Lagerplatze.

Zwischen dem städtischen Lagerplatze am Westbahnhofe und der Zufahrtstraße zu letzterem liegt ein schmaler, der Landeseisenbahn-Gesellschaft gehöriger Streifen, der durch den nach dem Lagerplatze führenden Weg in zwei Teile geteilt wird, von dem die Stadt den nördlichen zur Erweiterung des Lagerplatzes in Pacht genommen hat. Die von der Versammlung bereits bewilligte Erweiterung des Lagerplatzes nach Süden hin läßt es wünschenswert erscheinen, die das Terrain der Landeseisenbahn durchschneidende Zufahrtstraße in gleicher Richtung zu verschieben. Die Landeseisenbahn ist mit dieser Verlegung des Weges einverstanden, macht sie jedoch davon abhängig, daß die südlich des neuen Weges gelegene, ihr gehörige Fläche von 66 qm wegen der Schwierigkeit einer selbstständigen Verpachtung stadtsseitig zu dem gleichen Preise wie die andere Parzelle erpachtet werde. Der Magistrat hält diese Bedingung nicht für unbillig und ersucht um das Einverständnis der Versammlung, daß die betreffenden 66 qm, unter Uebertragung des für die nördlicher gelegene Fläche vereinbarten Pachtzuges, zu einer Jahrespacht von 9,20 M von der Stadt in Pacht genommen werden.

Auf Empfehlung der Baukommission, für die Herr Meyerhoff berichtet, wird dem Antrage zugestimmt, und darauf die Sitzung geschlossen.

Dauer von 4 bis 8 $\frac{1}{2}$ Uhr.

1905/1906.Nr. 4.

Bericht

über die

Verhandlungen der Stadtverordneten

zu Braunschweig

in deren Sitzung vom 2. Juni 1905.

Tagesordnung:

I.	Vorschriften über Beaufsichtigung der hiesigen Wohnungen	Seite 92
II.	Erhöhung der Bezüge städtischer Arbeiter.	" 108
III.	Plattenbelag auf einem Teile der Gießmaroderstraße	" 116
IV.	Aufhebung der Straße „Ehlienteil“	" 116
V.	Beitrag für die deutsche Heilstätte in Davos	" 117
VI.	Rückzahlung von Kanalbaukosten für einen Teil der Gornsdorferstraße	" 117
VII.	Beschaffung von Ausrüstungsgegenständen für die Berufsfeuerwehr	" 117
VIII.	Hundesteuer-Erlaßgesuche	" 118
IX.	Herstellung von Mosaispflaster am Gaußberge	" 118
X.	Ueberrahme von Straßenkosten auf die Kammereikasse	" 118
XI.	Beleuchtungsanlage in einer Turnhalle und deren Vermietung	" 119
XII.	Errichtung eines Musikpavillons im Stadtpark	" 120
XIII.	Herstellung neuer Schachbänke zc. am Friedrich-Wilhelmsplatz zc.	" 124
XIV.	Gutachtliche Aeußerung über Aenderungen in den Wahllisten	" 124
XV.	Einsetzung einer Deputation zur Vorberatung von Angelegenheiten der vereinigten Versammlung.	" 131

Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister Ketemeyer, Bürgermeister Meyer, Stadtrat von Frankenberg und Regierungs-Professor Dr. jur. Hartwig.

Entschuldigt die Herren Meyerhoff, Schmidt, Weichsel und Wese-meier; außerdem fehlt Herr Ribbentrop.

Den Vorsitz führt Herr Wolff.

I. Vorschriften über Beauffichtigung der hiesigen Wohnungen.

Die in der letzten Sitzung abgebrochene Verhandlung — Seite 60—72 des Berichtes — wird wieder aufgenommen, nachdem die Vorlage nochmals von der vereinigten Statuten- und Baukommission durchberaten worden ist.

Namens dieser vereinigten Kommissionen berichtet über die Vorlage Herr Wolters, indem er zunächst einen Ueberblick über deren Entstehung gibt und sodann fortfährt: Es handelt sich nicht darum, durch die Vorlage zwingende Vorschriften zu schaffen, sondern wir wollen nur eine Instruktion für die Beamten herausgeben, welche die betreffenden Wohnungen zu untersuchen haben. Von dem Erlaß eines Statuts hat man vorerst abgesehen, weil noch nicht Erfahrungen genug vorliegen, an deren Hand man Bestimmungen zwingender Natur treffen könnte und weil man glaubt, mit den vorhandenen gesetzlichen Bestimmungen auskommen zu können. Erst wenn durch erfolgreiche Anfechtung der an der Hand der Instruktion getroffenen Verfügungen sich die Notwendigkeit zur Herausgabe eines Statuts erweisen sollte, würde man ein solches folgen lassen. Wenn man den Charakter der Vorlage festhält, daß sie nicht zwingendes Recht schaffen, sondern lediglich eine Instruktion für die untersuchenden Beamten sein will, so werden die in der letzten Sitzung dagegen vorgebrachten Einwände wegfallen, oder doch wesentlich abgeschwächt werden.

Diese Einwände waren zweierlei Natur: Man hat einmal unerhörte Eingriffe in die Privatrechte befürchtet, und ich erinnere dabei nur an den Haus Schlüssel des verlassenen Hauses, den der Magistrat in Empfang nehmen sollte. Aber der von Herrn Meyerhoff angeführte Grund, daß ein Hauseigentümer unter Umständen nicht berechtigt sein sollte, die von ihm selbst benutzte Wohnung weiter zu benutzen, ist doch ganz hinfällig. Man hat andererseits auch gemeint, die Vorschriften würden in manchen Punkten, z. B. im § 7, ganz wirkungslos sein und nur auf dem Papiere stehen, weil man dort nicht eingreifen könnte, denn wenn man auch genau anordnete, wo geschlafen werden sollte, so würde man auf die nächtliche Ordnung hinterher doch keinen Einfluß ausüben können. Ich möchte aber daran erinnern, daß die Leitung der Wohnungsbeauffichtigung und die Leitung der Bauaufsicht in denselben Händen ruhen wird, so daß bei der dauernden

Kontrolle der Wohnungen in Verbindung mit der Meldepflicht die etwaigen Schäden doch schließlich aufgedeckt und beseitigt werden können.

Um aber die den Vorschriften etwa anhaftenden Härten zu beseitigen und ihnen die Spitze abzubbrechen, haben sich die vereinigten Kommissionen bemüht, hier und da Milderungen in den Bestimmungen eintreten zu lassen, die einzeln noch zum Vortrage gelangen werden.

Herr Rathe: Ich habe den Verhandlungen der vereinigten Kommissionen beigewohnt und habe mich bemüht, diese Angelegenheit möglichst in die Wege zu leiten, jedoch ist mir das leider nicht in dem Maße gelungen, wie ich es im Interesse der Allgemeinheit wohl gewünscht hätte. Ich stehe auf dem Standpunkte vieler hervorragenden Leute, die eine Wohnungsbeaufsichtigung in der hier geplanten Weise nicht für nötig halten, wenn ich mich auch habe überzeugen müssen, daß in mancher Beziehung dadurch eine Besserung der Verhältnisse sich wird herbeiführen lassen. Mir persönlich kann die ganze Angelegenheit ziemlich gleichgültig sein, jedoch fürchte ich, daß dadurch zu sehr in die privaten Rechte des Hauseigentümers eingegriffen wird und ich meine auch, daß die bisherigen Vorschriften wohl genügt hätten.

Die geehrten Herren von der Linken haben diese Sache zuerst eingeleitet und sie werden sehen, inwieweit sie die Leute, die sie zu schützen vorgeben, schützen. Schon bei der noch nicht ganz durchgeführten Enquete sind 233 Anzeigen über mangelhafte Wohnungseinrichtungen eingelaufen, woraus ich schließe, daß meine Befürchtungen in vollem Maße eintreffen werden. Da ich wohl annehmen darf, daß wir für unsere Beschlüsse auch die volle Verantwortung übernehmen wollen, so habe ich mir erlaubt, zu den §§ 8 und 9 entsprechende Anträge zu stellen, um deren Annahme ich bitten möchte. Ich will dadurch vermeiden sehen, daß der die Baupolizeisachen bearbeitende städtische Baumeister der bestgeliebte Mann in Braunschweig ist und will erreichen, daß die Stadtverordneten selbst ihre Haut zu Markte tragen und der Bürgerschaft Rede und Antwort stehen.

Die vereinigten Kommissionen haben die einschlägigen Fragen wohl sehr weitgehend in ihren Einzelheiten geprüft, aber auch andere Leute haben sich schon vorher sehr eingehend damit befaßt. So beantwortet z. B. der Baumeister Hartwig in Dresden in einem Vortrage die Frage: „Ist die Wohnungsbeaufsichtigung in der Tat jetzt plötzlich so notwendig geworden?“ wie folgt:

„Allgemein ist sie es nicht, sie wird in vielen Einzelfällen wünschenswert sein können, aber sie wäre ganz entbehrlich, wenn und dafern

a. die Neigung zum besseren Wohnen sich ebenso gesteigert hätte, wie seit 30—40 Jahren die Löhne und Gehaltsbezüge gestiegen sind und Reinlichkeit und Luftwechsel-Herbeiführung von allen Insassen freiwillig in hinreichendem Maße betätigt würden, und

b. wenn man sich jetzt noch mit so einfachen Verhältnissen und Zuständen begnügen wollte, als man sie früher zu den soeben angegebenen Zeiten gehabt hat.

c. Auf jeden Fall ist die Einführung einer Wohnungsbeaufsichtigung nicht notwendig, etwa deswegen, weil man jetzt zu schlechte Wohnungen baute, und auch nicht deswegen, weil allenthalben die Hausbesitzer sich notwendigen Verbesserungen gegenüber ablehnend verhalten.

d. Sie erscheint aber wünschenswert, um Ordnung und Reinlichkeit da zu erzwingen, wo sie von den Wohnungsinassen nicht selbst geübt werden und wo der Wohnungsinhaber gegen die Forderungen einer pfleglichen Behandlung der Wohnräume verstößt.

e. Sie erscheint auch da nötig, wo eine zu dichte Belegung stattfindet, und der nach dem heutigen Stande der Gesundheitslehre und der praktischen Erfahrung erforderliche Luftraum und die erforderliche Bodenfläche dem einzelnen nicht zukommen.“

Wenn also unsere bestehenden Vorschriften genügend gehandhabt wären, so würde schon jetzt mancher mißliche Zustand beseitigt worden sein.

Herr Stegmann: Im Gegensatz zum Herrn Referenten hätte ich gewünscht, daß ein Statut, das ein zwingendes Recht darstellt, geschaffen wäre. Ich bedaure außerordentlich, daß die vereinigten Kommissionen den Ansichten der Grundbesitzer entgegenkommen wollen, wenn ich auch von Herrn Rathe verstehe, daß er am liebsten dem berücktigten Hausagrariar Hartwig folgte. Die Stadtverordneten-Versammlung kann sich aber nicht auf einen solchen Standpunkt stellen, sondern sie muß mindestens die Vorschriften, wie sie uns der Magistrat vorgeschlagen hat, annehmen, zumal auch Herr Meyerhoff in der vorigen Sitzung erklärt hat, diese Vorschriften würden nichts schaden. Wenn man bei Erlaß solcher Vorschriften den Gesichtspunkt gelten lassen will, niemand damit schädigen zu wollen, so wäre ein Fortschritt überhaupt nicht möglich. Herr Rathe und seine Freunde möchten wohl am liebsten mittelalterliche Zustände herbeiführen; das ist aber nicht der Zweck der Vorlage. Es mag auch sein, daß manche kleinen Grundbesitzer unter den Vorschriften zu leiden haben, jedoch ist das nicht zu vermeiden. Es geht hierbei wie bei der Einführung von Arbeiterschutzbestimmungen, die auch von vielen Arbeitern verkannt werden. Bei Erlaß solcher Vorschriften kann man nicht auf rückständige Elemente Rücksicht nehmen, diese müssen vielmehr zu besserer Einsicht erzogen werden. Die Verhältnisse zwingen zwar viele Arbeiter, auch die schlechten Löcher als Wohnungen zu mieten, aber wir müssen gerade deshalb für die Schaffung besserer Verhältnisse eintreten.

Wenn Sie nun die von den Kommissionen beabsichtigten vielen Abschwächungen der Vorlage noch vornehmen wollen, so läuft die Sache schließlich darauf hinaus, den Pelz zu waschen, ohne ihn naß zu machen, also nur Scheinvorschriften zu schaffen. Ich möchte deshalb dringend ersuchen, alle Abschwächungsversuche abzu-

lehnen und zum mindesten die Vorlage, der ich noch einige Vorschläge auf Verbesserung hinzufügen werde, anzunehmen.

Herr Wolters: Ich möchte nochmals darauf hinweisen, daß es sich um ein Provisorium handelt und erst noch Erfahrungen gesammelt werden sollen, ehe wir zu einem Definitivum schreiten. Es wird dem Stadtbauamte und der Herzoglichen Polizeidirektion keineswegs nachgerühmt, daß sie bei der Wohnungsbeaufsichtigung bisher zu milde gewesen seien, viel eher ist das Gegenteil behauptet worden. —

Der § 1 des Entwurfes soll nach dem Antrage der vereinigten Kommissionen lauten:

„Der Beaufsichtigung unterliegen alle Wohnungen, einerlei, ob dieselben von Hauseigentümern oder von Mietern oder von sonstigen Personen benutzt werden.“

Der § 1 wird in dieser Fassung und der § 2 unverändert nach der Magistratsvorlage angenommen.

Den Wortlaut des § 3 wünschen die vereinigten Kommissionen wie folgt festgesetzt zu sehen:

„Als ungeeignet zum Bewohnen sollen insbesondere gelten:

- a. Räume, die gegen das Eindringen von Feuchtigkeit insbesondere auch von Grundfeuchtigkeit nicht hinreichend geschützt sind, oder deren Fußböden nicht durch Holzdielung oder eine anderweitige zweckentsprechende Vorrichtung vom Erdboden getrennt sind, so daß insbesondere auch eine gründliche Reinigung der Räume ermöglicht wird;
- b. Wohn- und Schlafräume, die gegen unbefugtes Eindringen nicht genügend geschützt sind;
- c. Wohn- und Schlafräume, wenn eine genügende Licht- und Luftzuführung nicht stattfindet und außerdem nicht wenigstens ein unmittelbar ins Freie führendes, aufschließbares Fenster vorhanden ist;
- d. Räume, die mit Aborten in offener Verbindung stehen oder unmittelbar über Abort- oder Abfallgruben liegen.

Ob und inwieweit wegen anderer Bedenken Räume als zum Bewohnen ungeeignet zu erachten sind, ist von Fall zu Fall zu entscheiden.“

Zum Punkte a bemerkt Herr Brückmann, daß ihm eine Abdeckung der Fußböden mit Dielen nicht ausreichend erscheine, um die Feuchtigkeit von einer Wohnung fernzuhalten und daß er es für richtiger halte, die Fußböden nicht unterkellerten Räume durch einen Zement- oder Asphaltbelag gegen die Feuchtigkeit abzudichten.

Herr Wolters erwidert, daß dieses sich durch die Bestimmung unter a vollkommen erreichen lasse.

Zum Punkte b fragt Herr Hauswaldt an, welchen Vorzug dieser neue Wortlaut gegen den ursprünglichen Wortlaut der Vorlage:

„b. Wohn- und Schlafräume, die mit keiner verschließbaren Tür versehen sind“,

habe. Letzterer scheint ihm viel prägnanter zu sein.

Herr Wolters: Wenn die alte Fassung bestehen bleibt, so müßte der Schlafraum selbst durch eine Tür verschließbar sein; während die Kommissionen es für ausreichend erachten, daß das Schlafzimmer überhaupt gegen das Eindringen Unbefugter geschützt ist und sei es auch nur durch die verschließbare Tür eines während der Nacht nicht benutzten Nebenzimmers.

Herr Stegmann: Ich bin für die Beibehaltung der alten Fassung, weil man sonst auch eine Portiere als Abschluß des Schlafraumes ansehen könnte. (Widerspruch.)

Vorsitzender: Es ist von den Kommissionen erwogen worden, daß ein Teil der Wohnung, vielleicht Stube und Kammer, zusammen nach außen abschließbar sind, nicht aber die Kammer allein, so daß durch den Verschuß der Stube das Eindringen Unbefugter auch in den Schlafraum vermieden wird. Nach der ursprünglichen Fassung des Punktes b muß aber auch die Kammer allein verschließbar sein.

Herr Stegmann: Es ist doch der Fall denkbar, daß in der Kammer ein Logisgänger schläft und im Wohnzimmer die Familie, dann wird mit der neuen Fassung der beabsichtigte Zweck doch nicht erreicht. (Widerspruch.)

Vorsitzender: Die Kommissionen sind der Ansicht gewesen, daß als Schlafräume solche Räume anzusehen sind, in denen geschlafen wird.

Der Punkt b wird darauf in der von den Kommissionen vorgeschlagenen Fassung, unter Ablehnung des Antrages Stegmann, gutgeheißen.

Zum Punkt c bemerkt Herr Jäpper: Ich bitte, mindestens die alte Fassung beizubehalten, wenn wir nicht weitergehen wollen. Diese Fassung lautet:

„c. Wohn- und Schlafräume, die nicht wenigstens ein unmittelbar ins Freie führendes, aufschließbares Fenster haben, dessen Größe nicht weniger als den 15. Teil der Fußbodenfläche des einzelnen Raumes beträgt.“

Die Vorlage soll den Zweck haben, dem Wohnungsaufscher eine Instruktion darüber in die Hand zu geben, wie er vorgehen soll, um Luft und Licht in dem nötigen Umfange in die Wohnung zu schaffen. Wenn wir uns aber dabei auf allgemeine Grundsätze beschränken und keine bestimmten Vorschriften geben wollen, so schaffen wir mit der Vorlage nichts Neues und geben dem Wohnungsaufscher keine feste Grundlage in die Hand. Ich verstehe nicht, wie bei einem solchen Vorgehen Herr Rathe den Kommissionen noch vorwerfen kann, es geschehe zuviel. Wie

aus dem Berichte des Herrn Referenten hervorgeht, will man doch gerade Herrn Rathe und den von ihm vertretenen Interessenten nicht zu nahe treten.

Herr Probst: Ich glaube allerdings auch, daß der Passus präziser gefaßt werden könnte, wenn ich auch zugeben muß, daß die ursprüngliche Fassung nicht haltbar war. Hiernach müßte in einem Zimmer von $2 \times 2 \text{ m} = 4 \text{ qm}$ ein Fenster von etwa $\frac{1}{4} \text{ qm}$ vorhanden sein und der Besitzer müßte bei einer etwaigen Vergrößerung des Zimmers dieses räumen, wenn nicht auch gleichzeitig das Fenster vergrößert würde. Einen festeren Anhalt erhielte man, wenn gesagt würde, daß mindestens ein $\frac{1}{4} \text{ qm}$ großes aufschließbares Fenster in einem Raume vorhanden sein müßte. Die Größe der Fenster würde ich lieber von der Anzahl Personen abhängig machen, die sich in dem Zimmer aufhalten sollen.

Ich möchte beantragen, zu sagen:

„c. Wohn- und Schlafräume, die nicht wenigstens ein unmittelbar ins Freie führendes, aufschließbares Fenster haben, dessen Größe nicht weniger als $\frac{1}{4} \text{ qm}$ beträgt.“

Herr Rathe: Herrn Dr. Jasper, der eben von Interessenten sprach, die ich vertreten sollte, möchte ich erwidern, daß die Interessentengruppe, welche ich bei Bekämpfung dieser Vorlage vertrete, die Arbeiterschaft und die kleinen Hausbesitzer sind, denen Sie Scherereien machen wollen und die Ihnen kaum Dank wissen werden für die vielen Unbequemlichkeiten, die Sie ihnen bereiten. Eine größere Reinlichkeit — darin stimme ich Herrn Blasius zu — muß in den Wohnungen ausgeübt werden. Nach meinem Dafürhalten ist es aber ungehörig, hier von Hausagariern zu sprechen; was wir tun und lassen, geschieht zum besten der gesamten Bürgerschaft, und ich trete dagegen auf, wenn uns eine Beschränkung der von unseren Vorfahren ererbten Freiheiten auferlegt werden soll. Immerwährend werden hier Statute gegen unsere persönliche Freiheit geschaffen, was auf die Dauer unerträglich ist. Jedenfalls inkommodiert es mich, wenn ich mir gefallen lassen soll, daß ein Beamter jederzeit auf mein Grundstück kommen und nachsehen kann, ob alles in Ordnung ist. Leider kann ich als einzelner Stadtverordneter gegen die Mehrheit der Versammlung nichts ausrichten. Ich vertrete aber die Interessen der Arbeiter ebenso gut wie Sie, und Sie werden das noch öfter zu bemerken Gelegenheit haben.

Herr Wolters: Die Äußerung des Herrn Dr. Jasper, daß die Vorschriften nach ihrer Abschwächung durch die Kommissionen nichts anderes bedeuten würden, als das, was schon jetzt geltendes Recht sei, ist insofern nicht zutreffend, als sich die Bauordnung nur auf neue, nicht aber auch auf bestehende Wohnungen und Häuser bezieht.

Bezüglich des Antrages Probst möchte ich darauf hinweisen, daß die Annahme fester Zahlen außerordentlich gefährlich ist. Ein Fenster von $\frac{1}{4} \text{ qm}$ würde eine Öffnung sein, aus der zur Not ein Mann herauskriechen könnte, also eine nicht

für alle Zimmer ausreichende Oeffnung. Deshalb empfiehlt es sich mehr, um allen Wechselverhältnissen Rechnung zu tragen, einen Spannum freizugeben.

Herr Stegmann: Die alte Fassung gefiel mir doch besser, obwohl sie auch nur eine sehr minimale Forderung war. Ein Zimmer von 2×4 m hatte demnach eine Fensterfläche von nur 0,53 qm nötig, also etwa die Größe eines Kellerfensters, weniger kann man doch wirklich nicht verlangen. Die jetzigen Vorschläge der Kommissionen sind aber keine Verbesserungen, weil nach ihnen alles beim alten bleiben wird. Ich möchte also beantragen, die alte Fassung des Punktes c beizubehalten, aber statt „nicht weniger als den 15. Teil“, zu sagen, „nicht weniger als den 10. Teil“. Es wird dann wenigstens etwas Bestimmtes geschaffen und dasselbe erreicht, wie in Dresden, wo bei einem Zimmer von 4 m Länge, 2,5 m Breite und 3 m Höhe = 30 cbm eine Fensterfläche von 1 qm vorgeschrieben ist.

Herr Jasper: Der Herr Referent hat gemeint, daß die Vorlage insofern etwas Gutes biete, als sie die allgemeinen Grundsätze der Bauordnung auch auf die bestehenden Wohnungen ausdehne. Ich bezweifle, ob das in der von den vereinigten Kommissionen beliebten Form zulässig ist und halte das nur für möglich, wenn ein Statut mit zwingenden Vorschriften geschaffen wird. Hinsichtlich der neuen Gebäude, die unter die Bauordnung fallen, besteht der Grundsatz, daß genügend Luft und Licht in die Wohnungen eindringen muß; wenn wir uns nun in dieser Vorlage auf denselben Grundsatz beschränken, so ist eben alles beim alten geblieben. Mit Herrn Stegmann bin ich einverstanden, die Licht- und Luftzufuhr in der Weise zu erweitern, daß mindestens $\frac{1}{10}$ der Bodenfläche als Fensteröffnung dienen muß.

Herrn Rathe möchte ich erwidern, daß ich mich gefreut habe, in ihm einen so großen Freund der Freiheit zu entdecken; ich werde bei passender Gelegenheit darauf zurückkommen, wenn es sich darum handelt, andere Freiheiten, die uns am Herzen liegen, zu vertreten. Die Freiheit hat aber da ihre Schranken, wo sie anfängt, die Allgemeinheit zu gefährden und das tut sie hier. (Widerpruch.) Ein solcher Fall liegt vor, wenn z. B. die Agrarier den Boden übermäßig ausnützen und solche Wohnungen schaffen, die nicht menschenwürdig genannt werden können und in denen unser Volk, unsere Arbeiter, zugrunde gehen müssen, wo, wie in Hamburg, die Gefahr heraufbeschworen wird, daß Epidemien wie die Cholera infolge der schlechten Wohnungsverhältnisse einen ungeheuren Umfang annehmen können. Alles das wird auch Herr Rathe verhüten wollen und er sollte auch vom Standpunkte der Hausbesitzer aus darauf bedacht sein, gesunde Wohnungsverhältnisse zu schaffen, weil dann mehr Wohnungen nötig werden als bisher. Wenn er aber sagt, er vertrete hierbei das Interesse der Arbeiterschaft, so muß ich ihm dieses Recht absprechen. Ich bezweifle nämlich, daß es im wohlverstandenen Interesse der Arbeiterschaft liegt, sich dauernd in ungesunden

Wohnungen aufhalten zu müssen, weil sie physisch und sittlich degeneriert werden würde, wenn nicht dagegen eingeschritten wird. Daß die Verhältnisse in dieser Beziehung hier nicht günstig sind, haben die bei der Enquete gesammelten Erfahrungen, über die wir allerdings ein authentisches Material noch nicht bekommen haben, erwiesen. Es ist aus dieser Enquete schon soviel zutage getreten, daß es notwendig erscheint, einzuschreiten. Wenn aber wirklich ein Teil der Arbeiterschaft den Standpunkt des Herrn Rathe teilen sollte, so appelliere ich von der schlecht unterrichteten Arbeiterschaft an die besser zu unterrichtende Arbeiterschaft, die ihr Interesse einsieht und die weiß, daß sie bei zweckmäßig eingerichteten Wohnungen nicht sittlich und physisch verdirbt, und das Interesse dieser Klasse vertrete ich wohl mehr als Herr Rathe.

Herr Esdorn: Ich halte die neue Fassung dieses Punktes für eine Verbesserung und bitte daher, den Antrag Stegmann abzulehnen, denn nach diesem können wir aus einer gesunden Schlafkammer schließlich durch Abteilen ein kleines Loch machen.

Herr Lübke: Ohne hierbei auf allgemeine Fragen, wie die Freiheit des Menschengeschlechtes einzugehen, möchte ich zur Sache reden. Wir müssen bei dieser Frage auch die Heiligkeit des betreffenden Raumes ins Auge fassen. Es ist ein großer Unterschied, ob ein Zimmer in der unteren Etage eines Hauses liegt und dieses von großen Häusern umgeben ist, oder ob es im Dachgeschoß liegt und das freie Himmelslicht hineinfallen kann. Im letzteren Falle genügt eine Fenstergröße von $\frac{1}{25}$ bis $\frac{1}{30}$ der Zimmergröße, während man bei einem an einem engen Hofe gelegenen Zimmer, wenn dieser von fünfstöckigen Häusern umgeben ist, die ganze Frontlänge des Zimmers zu Fenstern ausbilden muß, sofern man das Zimmer in gleicher Weise beleuchten und lüften will, wie das Zimmer im Dachgeschoß. Es ist daher falsch, für die verschiedenen Verhältnisse ein positives festes Maß vorschreiben zu wollen, wie das Herr Probst beabsichtigt. Wenn man für ein geräumiges hohes Zimmer ein $\frac{1}{4}$ qm großes Fenster vorschreiben wollte, so wäre das ein Konfess, weil das Zimmer sich damit gar nicht lüften ließe. Ähnlich steht es mit der Vorschrift, bei einer Dachkammer $\frac{1}{10}$ der Bodenfläche des Raumes als Fenstergröße vorzuschreiben. Man sollte die Entscheidung hierüber in das Ermessen des Bauverständigen legen, weshalb ich bitte, den Antrag der vereinigten Kommissionen, unter Ablehnung der übrigen Anträge, anzunehmen.

Vorsitzender: Wenn einige Herren, wie es den Anschein gewinnt, die Ansicht haben sollten, die Kommissionen hätten die allgemeinere Fassung gewählt, weil ihnen die ursprüngliche Fassung der Vorschrift zu scharf gewesen wäre, so trifft das nicht zu. Die Kommissionen haben vielmehr gemeint, die Vorschriften seien teilweise nicht scharf genug, teilweise aber auch zu scharf.

Auch der Punkt c wird darauf in der Kommissionsfassung, unter Ablehnung der Anträge Probst und Stegmann, angenommen.

Gegen den Punkt d und den Schlußsatz des § 3 erhoben sich keine Bedenken, nachdem Herr Wolters auf die Anfrage des Herrn Hauswaldt bemerkt hatte, daß unter Aborten auch Wasserlosetts zu verstehen seien, weil diese unter Umständen ebenso wirken könnten wie andere Aborte.

Die §§ 4 und 5 gelangen nach der Magistratsvorlage zur Annahme.

Der § 6 lautet in der vom Magistrat vorgeschlagenen und von den Kommissionen gutgeheißenen Fassung:

„Als überfüllt sind Wohnungen zu erachten, deren Schlafräume nicht wenigstens 10 cbm Lustraum für jede zur Haushaltung gehörige über 10 Jahre alte Person enthalten; für Kinder unter 10 Jahren genügt ein Lustraum von 5 cbm.“

Herr Stegmann: Diese Vorschrift ist mir nicht weitgehend genug, da die meisten Hygieniker einen Lustraum von 20 cbm für die erwachsene Person verlangen, einzelne in ihren Forderungen sogar bis zu 40 cbm gehen. Wenn Sie bedenken, daß für Kasernen 15 cbm und für Gefängnisse 20—30 cbm — in Plönsensee sollen es 28—29 cbm sein — Lustraum gefordert werden, so können Sie doch für den freien Bürger nicht schlechtere Bestimmungen treffen wollen. Um ein Zimmer von 10 cbm Lustraum darzustellen, genügt bei einer in den alten Häusern üblichen Höhe von 2 m, eine Länge von 3 m und eine Breite von 1,67 m; es entsteht also ein wahrer Käfig, in dem nur ein Bett und noch ein Waschtisch stehen kann. Sie werden sich leicht vorstellen können, welche Luft des Morgens in einem solchen Käfig ist. In den neuen Häusern würde bei einer Zimmerhöhe von 3 m nur eine Breite von 1,11 m erforderlich sein, so daß der Käfig noch enger sein würde. Kinder sollen aber nur die Hälfte dieses Lustraumes beanspruchen dürfen. Das sind doch wirklich keine Fortschritte, denn die Gefängniszellen erscheinen hiergegen noch als humane Wohnungen. Ich habe gestern in der Wendenmashstraße einen Schlafraum ausgemessen und bei einer Zimmerhöhe von 3 m einen Lustraum von 42,3 cbm herausgerechnet. In dem Zimmer stehen zwei Betten, ein Kleiderschrank und eine Waschkommode. Es ist das ein schönes Schlafzimmer für zwei Personen, jedoch würden darin nach dieser Vorschrift vier Personen schlafen dürfen. Das ist schon deshalb undenkbar, weil in dem Raume vier Betten gar nicht stehen könnten; es müßten also je zwei Personen in einem Bette schlafen. Wenn wir etwas Neues schaffen wollen, so muß es auch etwas einigermaßen Menschliches sein, was wir aber hier schaffen wollen, bedeutet eine Verschlechterung gegen den jetzigen Zustand.

Ich beantrage daher, zu sagen, statt 10 cbm Lustraum für Erwachsene 15 cbm und statt 5 cbm für Kinder 8 cbm.

Herr Lübke: Ich möchte bitten, diesem Vorschlage nicht zu folgen; man würde sonst den weniger bemittelten Hausbesitzern und den arbeitenden Klassen überhaupt die Wohnungen sehr verteuern. Die Raumgrößen der Gefängnisse kann man zur Beurteilung dieser Frage nicht heranziehen. Im Gefängnis muß der Mensch Tag und Nacht sein und kann es nicht einmal auf Stunden verlassen, weshalb hier auf einen größeren Lustraum Bedacht genommen werden muß, und in den Militärgefängnissen sehen die Leute trotz der reichlichen Raumbemessung bleich aus, weil sie nicht in die frische Luft kommen. Aus diesem Grunde ist der Gesetzgeber von der gefunden Ansicht ausgegangen, den Gefängnissen und den Kasernen möglichst viele frische Luft zuzuführen. Hier liegen die Verhältnisse aber ganz anders. Der freie Mann hat auch die Möglichkeit, Fenster und Tür zu öffnen, um frische Luft in das Zimmer zu lassen, was dem Gefangenen nicht gestattet ist, auch braucht ersterer nicht den ganzen Tag im Zimmer zu bleiben. Ein Lustraum von 10 cbm ist in den meisten Städten als das Minimum bezeichnet, während man hier und da sogar auf 8 cbm heruntergegangen ist. Es kann sich auch gar nicht darum handeln, daß jeder Arbeiter nur einen solchen Schlafraum, wie er eben geschildert worden ist, haben soll, sondern wir haben auf die Rücksicht zu nehmen, welche sich größere Schlafräume nicht leisten können. Diese Gesichtspunkte müssen bei der Beurteilung der Vorschrift mitsprechen. Wir haben nicht etwa beabsichtigt, den Arbeiter in elende Kasernen hineinzusquetschen, sondern wir wollen ihm nur gestatten, wenn er eine bessere Wohnung nicht bezahlen kann, in der jetzigen Wohnung, wenn irgend zugänglich, zu bleiben.

Herr Bues: Wenn Herr Stegmann einen Lustraum von 15 cbm pro Kopf für unbedingt nötig hält, so möchte ich ihn fragen, wie er es einrichten will, daß die Arbeiterschaft überhaupt noch Wohnungen findet. An der Beckenwerperstraße, dem Nickelnulke, der Weberstraße zc. ist wohl kein Haus, das Zimmer hat, die höher sind als 2,50 m. Nimmt man nun an, ein Zimmer sei dort 4 m lang und 3,5 m breit, so umfaßt es einen Lustraum von 35 cbm. In diesem nicht ganz kleinen Zimmer dürfen nach der Theorie des Herrn Stegmann aber nur Mann und Frau schlafen, während die Kinder auf den Boden gebracht werden müssen. Die Theorie hinkt also gegenüber der Praxis, denn Arbeiter mit 4—5 Kindern müssen hiernach Wohnungen nehmen, die 400—500 M kosten. Wenn hier von Hausagariern die Rede gewesen ist, so möchte ich darauf hinweisen, daß von diesen Bestimmungen gerade die kleineren Hausbesitzer, die den ärmeren Volksklassen angehören, schlimm betroffen werden. Wenn Sie daher die von Herrn Stegmann beabsichtigte Verschärfung in die Vorschriften hineinbringen, so wird es den kleinen Leuten mit Kindern schwer werden, noch Wohnungen zu bekommen.

Herr Stegmann: Ich muß meinen Antrag trotzdem aufrecht halten. Was Herr Lübke angeführt hat, ist ja in gewisser Weise richtig, aber Sie müssen bedenken, daß die Insassen von Arbeiterwohnungen schon so wie so zusammengepfercht sind, da sich in den Schlafräumen meist noch Kleiderschränke zc. befinden, die den festgesetzten Luftraum noch wesentlich beeinträchtigen. Wenn dann ferner gesagt wird, Gefangene seien den ganzen Tag nicht in der Luft, während sich der freie Mann nach Belieben bewegen könne, so muß ich darauf erwidern, daß sehr viele Arbeiter in den alten engen Straßen ebenfalls den ganzen Tag sich in der schlechten Luft aufhalten müssen und demnach in dieser Beziehung kein Unterschied vorhanden ist. Außerdem ist zu berücksichtigen, daß die Soldaten doch auch 15 cbm Luft haben sollen, obwohl sie den ganzen Tag in der frischen Luft sind. Die Gründe treffen also nicht zu. Wenn Sie Abhilfe in dieser Sache schaffen wollen, so dürfen Sie auch vor etwaigen Härten nicht zurückschrecken, denn sonst ist die ganze Sache zwecklos. Was hier in der Vorlage gefordert wird, ist so gut wie gar keine Verbesserung, deshalb müßte wenigstens mein Antrag angenommen werden.

Herr Blasius: Ich stehe dem Antrage Stegmann sympathisch gegenüber; ich halte einen Luftraum von 10 cbm auf die erwachsene Person auch nicht für genügend. Wenn wir in unseren Kasernen 15 cbm Luftraum auf den Mann verlangen, so müssen wir sie auch für Privatwohnungen fordern. Vor allen Dingen ist aber auch der Luftraum für Kinder mit 5 cbm zu gering bemessen und ich würde hierfür mit Herrn Stegmann 8 cbm vorschlagen.

Vorsitzender: Ich verstehe nicht, wie man die Kasernen und die Privatwohnungen in Vergleich ziehen kann. Für die Soldaten hat der Staat die verschuldeten Pflicht und Schuldigkeit, gute Wohnungsverhältnisse zu schaffen; wir wollen doch aber die Privatleute nicht aus ihren Wohnungen herausdrängen, sofern es nicht die absolute Notwendigkeit gebietet. Wenn der Staat dem Soldaten solche Wohnungen zuweisen würde, wie sie bei Privatleuten noch vorhanden sind, so möchte ich den Spektakel hören, der dann entstehen würde.

Herr Jasper: In anderen Städten sind noch weitgehendere Vorschriften durch Statut erlassen. In Chemnitz werden z. B. 20 cbm für Erwachsene und 10 cbm für Kinder gefordert. Wenn gesagt wird, daß man derartige Vorschriften, so unverbindlich sie nach den Ausführungen des Herrn Referenten sein sollen, nicht einführen könne und den Verhältnissen Rechnung tragen müsse, so kommt man vor lauter „Rechnungstragen“ nicht vorwärts. Dann können wir aber auch nicht den Schein erwecken wollen, daß hier etwas geschehen soll, sondern wir müssen frei und offen bekennen, daß wir im alten Sumpfe stecken bleiben wollen. Die Ausführungen des Herrn Vorsitzenden und des Herrn Bues sollten jeden überzeugen, daß notwendigerweise etwas geschehen muß und keine Zeit vorhanden ist, um zu sagen, unsere Verhältnisse sind ganz gesund, wir wollen alles beim alten lassen.

Umgekehrt wird ein Schuh daraus. Wenn Herr Bues meint, die Hausbesitzer laufen Gefahr, ihre Wohnungen nicht mehr vermieten zu können, so trifft das in einem gewissen Umfange zu, aber ich halte die augenblickliche Lage, um in dieser Weise einzugreifen, für ganz günstig, und ich möchte den Vertretern der Hausbesitzer vorhalten, ob dadurch nicht überhaupt die Lage des Wohnungsmarktes günstig in ihrem Sinne beeinflusst werden würde, wenn solche billigen und ungesunden Wohnungen von dem Wohnungsmarkte verschwinden und dadurch die Nachfrage nach Wohnungen, die ja in großer Zahl vorhanden sein sollen, gesteigert würde, so daß sie doch auf ihre Rechnung kommen würden. Solange die gegenwärtige Gesellschaftsordnung besteht, ist dies natürlich nur Flickwerk und der Arbeiter wird dem Hausagrariar seinen Zins nach wie vor hintragen müssen, aber etwas kann der Antrag Stegmann doch nützen und deshalb sollten Sie zu dessen Durchführung auch mit beifällig sein.

Herr Blasius: Es ist gesagt worden, man könnte den Luftraum in den Kasernen nicht mit dem in Privaträumen vergleichen. Juristisch gesprochen ist das richtig, denn der Militärfiskus hat die Verpflichtung, diejenigen, welche er in seine Kasernen aufnimmt, in hygienischer Beziehung gut zu versorgen. Das haben wir auch gar nicht gemeint, sondern wir haben nur als Beispiel angeführt, daß bei den Kasernenbauten 15 cbm Luftraum auf den Mann verlangt werden. Ich könnte Ihnen noch ganz andere Zahlen nennen, die in hygienischer Beziehung verlangt werden und es würden Ihnen dabei die Haare zu Berge stehen, denn die Forderungen gehen auf 30—50 cbm pro Person. Deshalb halte ich die Forderung von 15 cbm für ein Minimum.

Herr Wolters: Es sind hier die Beispiele der Stadt Chemnitz und des Militärfiskus angeführt worden. Ob diese Vorlage uns zugegangen ist, sind in einer Anzahl von Städten Erkundigungen seitens des Magistrates eingezo- gen worden und die hierauf eingelaufenen Antworten bilden die Mittellinie der vom Magistrate in Vorschlag gebrachten Zahlen.

Herr Günther: Das Verlangen von unserer Seite ist kein allzugroßes. Ich glaube auch bestimmt, daß nur eine ganz geringe Zahl von alten Häusern vorhanden ist, die nicht einen Luftraum von 10 cbm pro Person aufzuweisen hätte. Wenn aber ein Arbeiter den ganzen Tag gearbeitet hat und hinterher in solchem Raume schlafen soll, so ist es nicht möglich, daß er darin die nötige Nachtruhe finden kann. Wenn man sagt, der Buchthäusler sei den ganzen Tag eingepfercht, während der Arbeiter sich im Freien bewegen könne, so ist das auch nicht richtig, denn der Buchthäusler kann sich auch im Freien bewegen, während der Arbeiter während des größten Teiles des Tages ebenfalls eingepfercht ist, und er in der Fabrik wohl keine gesunde frische Luft einatmet.

Es kann allerdings vorkommen, daß der kleine Hausbesitzer unter den neuen Bestimmungen zu leiden hat, aber wir können zu seiner Beruhigung sagen, daß wir das Mindestmaß angenommen haben. Daß nur eine „Instruktion“ und nicht ein Statut geschaffen werden soll, schwächt die Sache sehr ab, da bei einer Instruktion hinterher eventuell der Richter zu entscheiden hat. Der Hausbesitzer wird in vielen Fällen sagen, die Wohnungsaufsäher können mir nichts wollen, ich werde es zur richterlichen Entscheidung kommen lassen. Es ist deshalb nicht gut, dem betreffenden Beamten zuviel freien Spielraum zu lassen, weil er dadurch mitunter in eine recht mißliche Lage kommen kann; ich bitte daher, feste Sähe in die Vorschriften einzustellen und den Antrag Stegmann anzunehmen.

Herr Oberbürgermeister Ketemeyer: Ich gebe zu, es läßt sich darüber streiten, welche Zahl wir festsetzen sollen; es ist mir aber auffallend, daß in der Stadt Chemnitz ein größerer Lustraum vorgeschrieben sein soll als 10 cbm. Das ist nämlich nicht der Fall, denn im § 6 der für Chemnitz geltenden Vorschriften ist gesagt, daß eine Wohnung dann als überfüllt anzusehen ist, wenn sie nicht wenigstens für jede erwachsene Person 20 cbm und für jedes Kind wenigstens 10 cbm Lustraum enthält, während die zum Schlafen benutzten Räume jeder erwachsenen Person 10 cbm und jedem Kinde 5 cbm Lustraum bieten müssen. Man hat dort also einen Unterschied zwischen Wohn- und Schlafräumen gemacht.

Herr Esdorn: Es ist wohl niemand unter uns, der nicht gern 15 cbm Lustraum für die Schlafräume schaffen möchte, aber wir wissen andererseits auch, daß die kleinen Grundbesitzer durch solche Vorschrift schwer betroffen werden würden. Es könnte bei Annahme dieser Bestimmung leicht dahin kommen, daß der Hausschlüssel von manchem Grundstücksbesitzer nicht dem Magistrate, sondern Herrn Dr. Jasper und seinen Freunden überreicht werden würde. Wir dürfen deshalb im Interesse der kleinen Grundbesitzer den Antrag Stegmann nicht annehmen, und ich möchte vorschlagen, für Erwachsene einen Lustraum von 12 cbm und für Kinder die Hälfte vorzuschreiben.

Bei der nun folgenden Abstimmung wird nach Ablehnung der Anträge Stegmann und Esdorn die Magistratsvorlage angenommen.

Für den § 7 bringt Herr Wolters namens der vereinigten Kommissionen folgenden Wortlaut in Vorschlag:

„Die Schlafräume müssen derart beschaffen sein, daß die ledigen über 14 Jahre alten Personen nach Geschlechtern getrennt in besonderen Räumen oder Verschlägen schlafen können.“

Die Fassung wird gutgeheißen.

Zum § 8 haben die Kommissionen nichts zu bemerken.

Herr Rathe: Zu dem § 8 beantrage ich, den Eingang folgendermaßen zu fassen:

„Die oberste Leitung der Beaufsichtigung der Wohnungen und Wohnhäuser wird einer Deputation von vier Mitgliedern, bestehend aus einem Magistratsmitgliede, zwei Stadtverordneten und dem städtischen Baumeister, der die Baupolizeisachen zu bearbeiten hat, unterstellt.“

Den Zweck meines Antrages habe ich schon im Eingange der Beratungen angedeutet: Da wir jetzt dazu übergehen, in das Privateigentum des einzelnen einzugreifen, müssen wir dafür auch die volle Verantwortung mit übernehmen und dürfen nicht einer Baupolizei die Wohnungsbeaufsichtigung gewissermaßen in die Hand geben. Der betreffende Herr ist ohnedies schon recht stark beschäftigt, weshalb er nicht immer in der Lage sein wird, die vorkommenden Sachen so eingehend zu behandeln, wie das eine Deputation kann. Der Stadtbaumeister steht außerdem in gewissem Sinne nicht mehr unter dem Magistrate und den Stadtverordneten, sondern er ist mehr der Herzoglichen Kreisdirektion oder der Herzoglichen Polizeidirektion unterstellt. Es erscheint mir deshalb richtiger, dazu überzugehen, eine solche Deputation einzusetzen, in der die Sachen ähnlich wie im Stadtbauamt behandelt werden. Hierdurch würde man auch die Härten, die hier und da entstehen könnten, mildern.

Herr Oberbürgermeister Ketemeyer: Ich möchte nur der Auffassung entgegenreten, daß der betr. Stadtbaumeister nicht mehr ein reiner städtischer Beamter sein soll. Das ist mir vollständig neu. Der Stadtbaumeister soll also deshalb kein reiner städtischer Beamter mehr sein, weil die Beschwerden gegen das Stadtbauamt an die Herzogliche Kreisdirektion gehen? Das verstehe ich nicht. Dann könnte Herr Rathe auch zu der Auffassung gelangen, die Freiheit der Stadtverordneten-Versammlung würde dadurch beeinträchtigt, daß deren Beschlüsse angefochten werden können. Der betr. Stadtbaumeister steht nach wie vor unter dem Magistrate und unter keiner anderen Behörde.

Was die Einsetzung einer Deputation betrifft, so will ich bekennen, daß wir bisher mit den Deputationen die besten Erfahrungen gemacht haben. Ich nehme nicht Anstand, zu erklären, daß ich sehr gern mit Deputationen arbeite, aber eins muß dabei Voraussetzung sein, die Deputationen müssen, wenn sie segensreich wirken sollen, auch wirklich etwas zu sagen haben; eine Deputation, die nichts zu sagen hat, brauchen wir nicht, das können wir mehr oder weniger durch bezahlte Beamte machen lassen. Ich weiß deshalb wirklich nicht, was hier eine Deputation soll. Untersuchungen an Ort und Stelle kann sie nicht vornehmen, dazu sind die bezahlten Beamten da. Herr Rathe scheint sich die Sache so zurechtgelegt zu haben, daß die Deputation den Aufsichtsbeamten zügeln und sagen soll, so weit darfst du nicht gehen, oder daß die Hauseigentümer sich gegen den Beamten an die Deputation sollen wenden können. Wenn wir die Sache so machten, würde die Herzogliche Polizeidirektion doch die endgültige Entscheidung behalten. Unangenehm

würde es aber sein, wenn die Deputation einen Beschluß faßte und die Herzogliche Polizeidirektion entschiede in entgegengesetzter Weise. Wenn wir diese Sache demnächst durch ein Statut mit den entsprechenden Strafvorschriften regeln werden, so muß allerdings eine Deputation eingesetzt werden; einstweilen ist sie aber nicht am Platze.

Herr Wolters: Herr Rathe hat bei seinem Vorschlage vielleicht im Sinn, daß durch die Mitwirkung der Stadtverordneten ein leichteres Bekanntwerden und dadurch wieder eine umfassendere Kenntnis der vorkommenden Fälle ermöglicht würde. Nach dem § 10 der Vorschriften wird aber der von den Wohnungsauffsehern alljährlich zu erstattende Bericht zur Kenntnis der Versammlung gebracht werden, so daß dieser Grund hinfällig sein würde. Die Mitglieder einer Deputation, die diese Arbeiten erledigen soll, müßten übrigens ungemein viel Zeit haben.

Herr Rathe: Meine Auffassung, daß der betr. Stadtbaumeister nicht direkt unter dem Magistrate stehe, ist dadurch entstanden, daß ich seinerzeit eine Beschwerde über den Stadtbaumeister an den Magistrat richtete, aber niemals eine Antwort darauf erhalten habe. Bei der Gelegenheit bin ich darüber aufgeklärt worden, daß ich die Beschwerde an die Herzogliche Kreisdirektion hätte richten müssen. Nach Rücksprache mit dem damaligen Vorsitzenden der Versammlung, Herrn Geh. Justizrat Semler, hatte ich mich mit meiner Beschwerde an den Magistrat gewandt und ich hätte wohl erwarten können, daß ich wenigstens ein kurzes Antwortschreiben erhalten würde.

Im übrigen bin ich der Meinung, daß ich mit meinem Antrage gerade das abwende, was der Herr Oberbürgermeister sagte, denn bei Annahme der Magistratsvorlage wird die Entscheidung wieder in die Hände der Herzoglichen Polizeidirektion gelegt, während gerade die städtischen Behörden die Verantwortung für ihre Beschlüsse tragen sollen. Wir müssen von der Vorlage so überzeugt sein, daß wir gern daran mitarbeiten wollen, und ich für meine Person arbeite gern Tag und Nacht mit, wenn es notwendig ist. So schlimm, wie Herr Dr. Wolters das darstellt, ist es aber überhaupt nicht, wenn ich es auch für das beste halte, daß nur solche Mitglieder in die Deputation kämen, die von der Härte der Bestimmungen und ihrer Unvollkommenheit überzeugt sind. Meiner Ansicht nach bilden diese Vorschriften nur den Vorläufer eines Statuts, und wenn sich schon jetzt eine Deputation in die Angelegenheit hineinarbeitet, so wird sie bei der Ausarbeitung des Statuts demnächst der Stadt ausgezeichnete Dienste leisten können.

Der Antrag Rathe wird hierauf abgelehnt und der § 8 des Entwurfes angenommen.

Auf entsprechende Anfrage des Herrn Wolters erwidert Herr Oberbürgermeister Ketemeyer, daß es sich empfehle, nach Annahme der Vorschriften auch

gleich die Zahl der Wohnungsaufseher festzusetzen. Der Magistrat ersuche, mit zwei Wohnungsaufsehern anzufangen.

Zum § 9 beantragt Herr Rathe, einen Schlußsatz folgenden Inhalts anzunehmen:

„Die endgültigen Verfügungen über gänzlich außer Benutzung zu stellende Wohnungen und Wohnhäuser werden der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlußfassung vorgelegt.“

Dieser Antrag bedarf, wie Herr Rathe ausführt, keiner weiteren Begründung, denn es handelt sich nur darum, der Versammlung die letzte Entscheidung über eine so schwerwiegende Maßnahme zu überlassen.

Herr Oberbürgermeister Ketemeyer: Ich hatte eigentlich angenommen, Herr Rathe würde diesen Antrag nach Ablehnung seines ersten Antrages fallen lassen. Dieser Antrag bezweckt wieder, die Herzogliche Polizeidirektion auf's Trockene zu setzen, obwohl ihr die endgültige Entscheidung überlassen bleiben muß. Meint Herr Rathe vielleicht, daß der Magistrat auf die törichte Idee kommen könnte, ein Haus mit ganz schlechten Wohnungen abreißen zu lassen? Das würde ohne die Genehmigung der Versammlung schon deshalb nicht möglich sein, weil der Magistrat nur über Ausgaben bis zu 200 M. verfügen kann und ein solcher Hausabbruch höhere Kosten verursachen würde. Außerdem kann die Herzogliche Polizeidirektion solche Verfügungen auch nur dann treffen, wenn Gefahr im Verzuge ist.

Herr Rathe: Mit meinem Antrage wollte ich nur bezwecken, daß die endgültige Verfügung über die gänzlich außer Benutzung zu stellenden Wohnungen und Wohnhäuser nicht von einem einzelnen Beamten, sondern von der Stadtverordnetenversammlung getroffen werden soll. Von einem Abreißen von Gebäuden ist dabei gar keine Rede.

Herr Oberbürgermeister Ketemeyer: Dann hatte ich den Antrag nicht richtig aufgefaßt. Aber auch gegen diese Ansicht des Herrn Rathe möchte ich Stellung nehmen. Ich sollte meinen, daß die Beschäftigung einer Wohnung, die ein technischer Beamter und eventuell auch die höhere Instanz für ungeeignet zum Bewohnen hält, nicht noch einmal durch die Versammlung nötig ist. Wenn der Stadtbaumeister eine Wohnung für ungeeignet erklärt, dann dürfte das doch wohl genügen, und es ist nicht mehr nötig, jeden einzelnen Fall vor die Versammlung zu bringen. Wir haben vorhin gehört, daß in kurzer Zeit 233 Anzeigen vorgekommen sind, wie oft sollte nun wohl die Versammlung tagen, wenn ihr alle diese Fälle zur Entscheidung unterbreitet würden? Beschließt die Versammlung in dem einen oder anderen Falle, eine Wohnung sei brauchbar und

die Herzogliche Polizeidirektion erklärt sie für unbrauchbar, so wird das Ansehen der Versammlung dadurch nur heruntergedrückt werden.

Der § 9 wird sodann, unter Ablehnung des Antrages Rathe, angenommen.

Nachdem auch der § 10 der Vorlage angenommen war, werden die ganzen Vorschriften in der im einzelnen beschlossenen Form gutgeheißen.

Hierauf beantragt Herr Wolters namens der vereinigten Kommissionen, folgender Resolution zuzustimmen:

„Die Versammlung ersucht den Magistrat, zu veranlassen, daß sowohl die die Wohnungsaufsicht ausübenden Beamten, als auch, soweit eine Einwirkung angängig ist, die Herzogliche Polizeidirektion die beschlossenen Vorschriften mit möglichster Milde handhaben, besonders da, wo die Beseitigung baulicher Mängel in Frage kommt.“

Die Resolution wird angenommen.

Schließlich setzt die Versammlung die Zahl der Wohnungsaufseher zunächst auf zwei fest. Damit ist die Vorlage erledigt.

II. Erhöhung der Bezüge städtischer Arbeiter.

Die bei der Reinigung und Unterhaltung der außenstädtischen Wege beschäftigten Wärter und Arbeiter und die bei der Unterhaltung der Straßenkanäle beschäftigten Personen haben um Aufbesserung ihrer Bezüge gebeten. Wenn aber diese Personen aufgebeßert werden, so erscheint es dem Magistrate im Hinblick auf die Gleichartigkeit der Leistungen billig, auch die bei der innenstädtischen Straßenreinigung, resp. bei der Müllabfuhr beschäftigten Fahrer, Auflader und Kehler aufzubessern. Unter Ueberreichung einer Uebersicht der Lohnbezüge der betr. Personen, und zwar der jetzigen und der von den einzelnen Betriebsverwaltungen vorgeschlagenen künftigen Bezüge, ersucht der Magistrat, zu genehmigen, daß die höheren Bezüge vom 1. April d. Js. ab gewährt werden. Die dadurch erwachsende Mehrausgabe beziffert sich zur Zeit auf jährlich 12385,40 M.

Namens der Finanzkommission berichtet über die Vorlage Herr Südel: Die Finanzkommission hat die Vorlage eingehend beraten. Wenn auch hier und da Vorschläge auf deren Aenderung gemacht worden sind, so empfiehlt die Mehrheit doch Annahme der Magistratsvorlage ohne jegliche Aenderung. Der in der Sitzung vom 20. März d. Js. — Seite 662 des Berichtes — von Herrn Jasper gestellte Antrag findet hierdurch seine Erledigung. Im einzelnen findet sich zu der vom Magistrat vorgelegten Uebersicht der bisherigen und künftigen Lohnbezüge folgendes zu bemerken:

A. Unterhaltung der Straßenkanäle.

I. Vorarbeiter (zwei), bisher 4 M und 3,70 M; künftig von 3,70 M bis 4,20 M.

II. Kanalarbeiter (sechs), zur Reinigung der Kanäle, bisher 3,50 M; künftig von 3,50 M bis 3,70 M.

III. Kanalarbeiter, die nur Eisenteile zu reinigen haben, bisher 3,00 M; künftig von 2,80 M bis 3,20 M.

Hiergegen ist eingewendet worden, daß durch Herabsetzung des Mindestsatzes eine gewisse Schädigung der betr. Arbeiter eintreten würde. Die Sache liegt aber so, daß es sich um einen Anfangslohnsatz handelt, der auf die vorhandenen Arbeiter keinen Einfluß ausübt, da man deren Lohnsatz nicht herabsetzen will. Es ist auch noch zu berücksichtigen, daß solche Leute, die mit der Reinigung der Kanäle beschäftigt werden, diese Arbeit aber nicht mehr leisten können, unter die Gruppe III der Kanalarbeiter aufgenommen zu werden pflegen.

Herr Ohlendorf: Ich möchte ersuchen, den Anfangslohnsatz der bei der Unterhaltung der Straßenkanäle beschäftigten, unter III und IV aufgeführten Arbeiter auf 3 M festzusetzen. Die von Herrn Südel dagegen angeführten Gründe sind für mich nicht stichhaltig, da ich in der Herabsetzung des Mindestsatzes eine Verschlechterung für die neueinzustellenden Arbeiter erblicke. Für eine solche Arbeit muß mindestens ein Lohn von 3 M gezahlt werden.

Herr Südel: Gerade diese Arbeit (Abnehmen und Abputzen der Kanaldeckel etc.), ist eine so einfache, daß sie mit 2,80 M gut bezahlt ist und daß nicht allzufräftige Arbeiter dazu verwendet werden können.

Der Antrag Ohlendorf wird darauf abgelehnt.

IV. Arbeiter (Rohrverleger für Hausanschlüsse, Lagerplatzarbeiter etc.), bisher 3,00 M; künftig von 2,80 M bis 3,20 M.

Die Finanzkommission hat hiergegen nichts einzuwenden, während Herr Ohlendorf seinen bei III gestellten Antrag hier wiederholt.

Herr Jasper: Ich will nicht zu dem Antrage Ohlendorf, den ich schon in der Finanzkommission gestellt habe, sprechen, sondern ich möchte an den Magistrat eine Anfrage in folgender Sache richten: Durch eine Gerichtsverhandlung ist mir bekannt geworden, daß hin und wieder auch Kanalarbeiten von Privatunternehmern ausgeführt werden und zwar handelte es sich in dem speziellen Falle um die Rohrlegung vom Hagenmarktsbrunnen nach dem Graben bei der Burg Dankwarderode, bei welcher Gelegenheit ein Unfall passiert ist. Wenn nun städtische Arbeiter einem Privatunternehmer zur Verfügung gestellt werden, so möchte ich wissen, ob dieser gezwungen ist, die städtseitig festgesetzten Lohnsätze zu zahlen, oder ob die Entlohnung der Arbeiter nach seinem Belieben erfolgt.

Der bei jener Rohrlegung vorgekommene Unglücksfall gibt mir außerdem Veranlassung, zu fragen, wie es kommt, daß derartige Arbeiten durch Privatunternehmer und nicht durch die Stadt ausgeführt werden, und es würde sich fragen, ob bei solcher Vergabung von Arbeiten auch dafür gesorgt wird, daß der Unternehmer die nötige Sorgfalt anwendet, um jeder Unfallgefahr nach Kräften vorzubeugen. In dem vorliegenden Falle war der Unglücksfall dadurch herbeigeführt, daß das Erdreich nachgerutscht und der städtische Arbeiter dadurch verletzt ist. Wenn der Unglücksfall durch die Unachtsamkeit des Unternehmers hervorgerufen sein sollte, so kann das noch schlechte Folgen für die Stadtkasse haben, indem sie unter Umständen den Ruhelohn des Arbeiters zu zahlen hat.

Herr Oberbürgermeister Ketemeyer: Wenn Herr Dr. Jasper mir vorher gesagt hätte, daß er diesen Fall zur Sprache bringen wollte, so hätte ich nähere Erkundigungen darüber einziehen können. Der Arbeiter ist verunglückt bei der Herrichtung des Kanals, der das Wasser vom Brunnen auf dem Hagenmarke dem offenen Graben bei der Burg Dankwarderode zuführen soll. Dieser Kanal ist bekanntlich mit Genehmigung der städtischen Behörden auf Staatskosten ausgeführt worden. Im übrigen werden solche Arbeiten in der Regel unter den von der Stadtverordneten-Versammlung aufgestellten Bedingungen an Unternehmer verdingt, und ich verstehe nicht, daß Herr Dr. Jasper sagen kann, wir möchten solche Arbeiten durch unsere eigenen Arbeiter ausführen lassen. Wenn wir überall Regiebetrieb einführen wollten, würden die Arbeiten sehr verteuert werden. Daß aber ein städtischer Arbeiter dem Tiefbau-Unternehmer Nothdurft überwiesen sein soll, ist mir neu.

Herr Jasper: Ich habe aus der Gerichtsverhandlung entnommen, daß ein städtischer Arbeiter bei dieser von dem Unternehmer Nothdurft ausgeführten Arbeit verunglückt ist. Da aber die Beschäftigung des Arbeiters unmöglich ohne Ueberweisung durch die städtischen Behörden erfolgen konnte, so nahm ich an, daß er dem Unternehmer Nothdurft überwiesen worden wäre.

Herr Bürgermeister Meyer: Wir sind die Verhandlungen aus dem Stadtbauamte bekannt. Es handelt sich nicht um einen städtischen Arbeiter, der dem Bauunternehmer Nothdurft überwiesen worden ist, sondern der betr. städtische Arbeiter ist in den Kanal hineingeschickt worden, um die Rohrverlegung zu überwachen und ist dabei verunglückt.

Der Antrag Ohlendorf wird sodann abgelehnt.

B. Reinigung und Unterhaltung der außenstädtischen Wege.

1. Wegewärter (20), bisher 3 M; künftig im 1. bis 5. Jahre 78 M, im 6. bis 10. Jahre 83 M, vom 11. Jahre ab 88 M Monatslohn. Daneben wurde bisher für das Begehen der Bezirke am Sonntagmorgen die Hälfte des Tagelohnes

gezahlt, während in Zukunft monatlich durchschnittlich 7 M gezahlt werden sollen. Auch soll noch ein Beinkleid mehr als bisher geliefert werden. Ein Wegewärter erhält neben der Unfallrente 2,70 M Tagelohn.

Gegen diese Sätze hat sich in der Kommission kein Widerspruch erhoben.

Die Lohnsätze werden gutgeheißen.

II. Arbeiter (55), bisher 2,25 M bis 2,60 M; künftig 2,25 M bis 2,80 M je nach der Leistungsfähigkeit. Ferner sollen diese Arbeiter auch Kleidung und Stiefel im Jahreswerte von 32,20 M erhalten.

Herr Ohlendorf: Ich beantrage,

den Tagelohn der bei der Reinigung und Unterhaltung der außerstädtischen Straßen beschäftigten Arbeiter auf 2,50 M bis 3 M festzusetzen.

Die Stadt sollte doch keinen Lohnsatz von 2,25 M mehr zahlen, denn mit solchem Satze kann kein Arbeiter wirtschaften, selbst wenn er keine Familie zu ernähren hat.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich die Anfrage an den Magistrat richten, weshalb die für diese Arbeiter in Betracht kommende Organisationsleitung auf ihre Eingabe an den Magistrat trotz in höflichster Form erfolgter Erinnerung ohne Antwort geblieben ist. Ich verstehe ein solches Vorgehen des Magistrates nicht. Wenn wir hier Anträge auf Lohnerhöhung der Arbeiter stellen, so wird uns gesagt, unser Vorgehen sei nicht richtig, da die Arbeiter dem Magistrate selbst kommen möchten. Es ist nun nicht zu verlangen, daß die Arbeiter dem Magistrate einzeln kommen, sondern sie haben die Sache, wie das in anderen Betrieben auch geschieht, durch ihre Organisation einleiten lassen. Wenn diese nun vom Magistrate ohne Antwort gelassen wird, so müssen wir hier im Plenum wieder Anträge stellen. Wendet sich aber eine solche Organisation mit einem Gesuche an den Magistrat, so ist es auch dessen Pflicht, wenigstens eine Antwort darauf zu geben, mag sie nun ausfallen, wie sie will.

Herr Oberbürgermeister Kretzschmar: Im allgemeinen hat der Magistrat die Gewohnheit, auf derartige Eingaben zu antworten. In diesem Falle ist es aus folgenden Gründen nicht geschehen. Was zunächst die erste Eingabe eines Herrn Perle betrifft, so ist die städtische Bauverwaltung aufgefordert worden, sich darüber zu äußern, weshalb wir noch keine Antwort darauf erteilen konnten. Als die zweite Eingabe des Herrn Perle kam, in der um Antwort gebeten wurde, war diese Vorlage bereits an die Versammlung abgegangen, weshalb eine Antwort keinen Zweck mehr hatte. Es kam dann auch noch ein anderer Grund dazu. Der Herr Perle hatte das Gesuch in der Weise abgefaßt, daß er schrieb: „Die unterzeichneten Arbeiter ersuchen . . .“ und hatte diesem Gesuche einen Bogen mit den Unterschriften der Arbeiter beigelegt, die er seinerseits erst gesammelt hatte. Also die Arbeiter waren in ihrer Gesamtheit nicht zu Herrn Perle gekommen und hatten

ihn um Anfertigung des Gesuches gebeten, sondern er war zu ihnen gegangen. Ich schließe das aus folgendem Vorgange. Als ich auf der Wolfenbüttelerstraße den Wegewärter Ebeling frage, wohin er seine Bude haben wolle, erwiderte er mir: „Ich, meine Bude? Wie soll ich denn dazu kommen?“ „Sie haben doch aber ein solches Gesuch unterschrieben!“ „Ich soll ein Gesuch unterschrieben haben? Das ist mir gar nicht eingefallen.“ „Ihr Name steht doch aber auf der Liste!“ Darauf sagte er mir: „Es ist zu mir ein Mann gekommen, der sagte, ich möchte unterschreiben, worauf ich schließlich sagte, wenn alle unterschreiben, will ich es auch tun. Dann wollte er 25 ₤ von mir haben, ich habe ihm aber nur 10 ₤ gegeben, womit er auch zufrieden war.“ (Heiterkeit.)

Auf solche Eingaben antworten wir aber grundsätzlich nicht. In der Eingabe war auch gesagt worden, die Wegewärter wollten die Sonntagsarbeit bezahlt haben. Als ich den Wegewärter Ebeling fragte, wie er dazu komme, das zu unterschreiben, da er doch seine Sonntagsarbeit schon jetzt bezahlt erhalte, erwiderte er, daß er den Inhalt der Eingabe nicht gekannt und der Mann das wohl nicht besser gewußt habe. Wir haben die Stadtverordneten-Versammlung, der wir Rede und Antwort zu stehen haben, nicht aber einer solchen Organisation.

Herr Ohlendorf: Ich könnte dem Herrn Oberbürgermeister beweisen, daß die Sache anders liegt, als er hier vorgetragen hat. Die Mehrzahl der Wegewärter hat Herrn Perle veranlaßt, eine Eingabe auszuarbeiten; die Wärter haben in mehreren Sitzungen ihre wirtschaftliche Lage besprochen und haben ihn schließlich beauftragt, die Unterschriften zu der Eingabe zu sammeln, weil es an dem Abend zu spät gewesen ist, die Sache noch zu regeln. Herr Perle hat dann jemanden herumschicken müssen, der die Unterschriften einholte. Die Sache liegt also nicht anders, als ob jeder einzelne Wegewärter eine Eingabe gemacht hätte.

Wenn der Herr Oberbürgermeister aber einen einzelnen Wegewärter barsch ansieht und ihn ängstlich macht, so verdiene ich es dem Manne nicht, daß er sagt, er wisse nichts davon, denn der Mann hat Angst, daß er unter Umständen entlassen werde. Ich verdiene ihm auch nicht, wenn er eine Notlüge gebraucht und sagt, er gehöre der Organisation nicht an. Der Magistrat hätte sich aber nichts vergeben, wenn er an Herrn Perle eine Antwort gelangen ließ, und uns wäre dann die Gelegenheit genommen, hier im Plenum Anträge zu stellen. Wir werden immer mehr dazu kommen, daß von der Organisation aus an den Arbeitgeber herangetreten wird, weshalb der Magistrat als Arbeitgeber sich daran gewöhnen sollte.

Herr Oberbürgermeister Ketemeyer: Ich bestreite, daß der Wegewärter Ebeling mir die Unwahrheit gesagt hat, dazu kenne ich ihn schon zu lange; auch ist er von mir nicht angefahren. Ich habe den Mann in meinem Leben noch nicht angefahren und werde das auch in Zukunft nicht tun. Durch weitere Erkundigung bei der städtischen Bauverwaltung habe ich dann erfahren, daß die ganze Agitation

durch einige jüngere Wegewärter veranlaßt worden sei, nicht aber durch deren Gesamtheit oder Mehrheit. Ich kann das nicht kontrollieren, jedoch habe ich auch nicht behauptet, daß kein einziger Wegewärter den Herrn Perle beauftragt hätte, die Eingabe abzufassen. Auffallend ist mir hierbei nur, daß erst jemand bearbeitet werden muß, ein solches Schriftstück zu unterschreiben. Herr Perle arbeitet mir auch zu teuer, denn das ganze Schriftstück ist keine Mark wert, während die einzelnen Beträge, die jeder unserer Arbeiter dazu hat zahlen müssen, mit Bleistift auf dem eingereichten Schriftstück notiert und nur oberflächlich ausstrahlt sind. Hiernach ist das Schriftstück aber zu teuer.

Vorsitzender: Ich bitte, nunmehr auf die Geschäftslage der Versammlung Rücksicht zu nehmen, denn wohin soll es führen, wenn die Debatte hierüber noch weiter fortgesetzt wird. Daß die Sache es wert sein mag, noch weiter darüber zu sprechen, will ich nicht bestreiten, aber es ist nicht möglich, ohne jede Vorberatung solche Fragen hier anzuschneiden und fortzuführen. Ehe ich daher Herrn Ohlenborn das Wort erteile, frage ich die Versammlung, ob über diese Angelegenheit noch weiter beraten werden soll? — Die Frage ist verneint.

Herr Südel: Unter diesen Arbeitern befindet sich eine ganz erhebliche Anzahl von Invaliden. Herr Dr. Jasper hatte daher in der Kommission beantragt, die Gruppe II in zwei Lohnklassen zu teilen, von denen die eine einen Lohnsatz von 2,50 M bis 2,80 M und die andere nur einen Lohn von 2,25 M ab erhielt. Die Mehrheit der Finanzkommission war aber der Ansicht, daß durch diese Trennung eine Gruppe minderwertiger Arbeiter geschaffen würde, die vielleicht von den Beteiligten nicht gern gesehen würde, und sie war überzeugt, daß die städtische Verwaltung andere Leute so wie so nicht mit 2,25 M einstellen würde.

Unter Ablehnung des Antrages Ohlenborn wird darauf der Magistratsvorschlag angenommen.

B. Reinigung der innenstädtischen Straßen (einschl. Müllabfuhr und Unterhaltung des Marktplatz).

I. Fahrer (27) jezt im ersten Jahre 75 M, später 80 M; künftig im ersten Jahre 75 M, im 2. bis 5. Jahre 80 M, im 6. bis 10. Jahre 85 M, darauf 90 M Monatslohn. Der Wert der freien Bekleidung u. wird außerdem um 3,70 M jährlich gesteigert.

Hiergegen findet sich nichts zu erinnern.

II. Auflader (18), bisher im ersten Jahre 70 M, später 75 M; künftig im ersten Jahre 70 M, im 2. bis 5. Jahre 75 M, im 6. bis 10. Jahre 77,50 M und darauf 80 M Monatslohn. Der Wert der freien Bekleidung wird außerdem um 3,70 M jährlich erhöht.

Herr Fiedel: Diese Gruppe hat zu einer längeren Besprechung in der Finanzkommission Veranlassung gegeben, weil die Auflader nur eine Erhöhung ihres Einkommens um 10 M, die Fahrer aber um 15 M monatlich erfahren sollen. Dabei ist aber erörtert worden, daß ein sehr großer Unterschied zwischen den Fahrern und den Aufladern bestehe und dieser Unterschied in der Entlohnung zum Ausdruck kommen solle. Nicht nur daß die tägliche Arbeitszeit der Auflader erheblich geringer sei, als die der Fahrer, sondern auch die Verantwortung der letzteren sei bedeutender. Je länger ein Fahrer als solcher in städtischen Diensten stehe, desto zuverlässiger und wertvoller sei er für die Stadt, während unter die Auflader jeder Neuling leicht eingereiht werden könne.

Herr Ohlendorf: Ich beantrage, den Lohn der Auflader im 6. bis 10. Jahre auf 80 M und sodann auf 85 M festzusetzen. Daß die Fahrer mehr verdienen müssen, als die Auflader, soll anerkannt werden, aber darin liegt kein Grund, ihnen noch weniger zu geben, als ich beantragt habe. Wenn ein Arbeiter 6 bis 10 Jahre in dem städtischen Betriebe tätig gewesen ist und zwar in einem Betriebe, der jeden anstellt — einigen Stadtverordneten war es schon zu viel, die Abfuhrwagen über die Straße fahren zu sehen und diese Leute müssen täglich an den Wagen arbeiten — so muß er auch 80 bis 85 M monatlich verdienen können.

Herr Fiedel: Bei der Annahme dieses Antrages würde sofort eine Lohnerhöhung für andere Arbeitergruppen folgen müssen, so daß wir schließlich erheblich mehr als 12385 M aufzuwenden haben würden. Eine Zusammenstellung wie die vorliegende muß als ein Ganzes angenommen oder abgelehnt werden, denn bei jeder Aenderung bleibt immer wieder von neuem zu prüfen, ob die neuen Sätze nicht andere Teile der Vorlage ändern. Ich bitte deshalb, den Antrag Ohlendorf abzulehnen.

Herr Stegmann: Ich möchte um Annahme des Antrages Ohlendorf bitten. Es ist nicht einzusehen, warum der Lohn der Fahrer um 15 M monatlich steigen soll, während die Auflader nur eine Steigerung um 10 M erfahren sollen. Es entspricht einer Frage der Gerechtigkeit, die Steigerung der Löhne bei den Aufladern auch um 15 M, also auf 85 M vorzunehmen; sie bleiben dann immer noch um 5 M monatlich unter den Fahrern.

Herr Bürgermeister Meyer: Die Deputation hat sich seinerzeit bei der Vorberatung dieser Lohnsätze auf den Standpunkt gestellt, daß eine Entlohnung von 80 M monatlich für die Auflader als sehr reichlich anzusehen sei und daß die Differenz gegen die Fahrer im Höchstbetrage von 10 M nicht als unangemessen erachtet werden könne. Der Lohn der Fahrer ist mit Rücksicht auf die Größe der Verantwortung gegenüber dem ihm anvertrauten Pferdemale nicht einmal als übermäßig hoch zu bezeichnen und man kann jedenfalls aus der Entlohnung der Fahrer keinen Grund herleiten, die Arbeit der Auflader höher zu bewerten.

Auch der Umfang der Beschäftigung steht bei den Aufladern erheblich zurück gegen die Tätigkeit der Fahrer, denn die Ablader können in den Vormittagsstunden sofort nach Entleerung der gefüllten Wagen nach Hause gehen, während die Fahrer ihre Pferde erst wieder in den Stall bringen müssen. Letztere haben daher täglich etwa 2 bis 3 Stunden mehr Dienst als die Ablader und müssen schon deshalb besser entlohnt werden.

Herr Ohlendorf: Die Lohnerhöhung für die Ablader wird von uns nicht deshalb beantragt, weil die Fahrer mehr Lohn erhalten, sondern weil die Ablader unsere Meinung nach bedeutend mehr verdienen müssen, als ihnen hier geboten werden soll. Auch die Fahrer müßten einen noch höheren Lohn haben, weil ein Mann, der Pferde zu besorgen und dabei einen 13stündigen Dienst hat, mehr verdienen muß, als monatlich 90 M. Wir haben indessen davon abgesehen, auch für die Fahrer eine weitere Lohnerhöhung zu beantragen, weil nicht für alle Bediensteten auf einmal eine Erhöhung beantragt werden sollte.

Herr Födel: Tatsächlich beträgt die Arbeitszeit der Fahrer täglich $11\frac{1}{2}$ bis 12 Stunden und der Auflader 10 Stunden, so daß deren wirkliche Leistung um ein Sechstel geringer ist. Es würde eine Ungerechtigkeit gegen die Fahrer sein, wenn die Auflader mehr erhielten, als ihnen durch die Vorlage zugedacht worden ist.

Der Antrag Ohlendorf wird darauf abgelehnt.

III. Straßenkehrer (50), jetzt im ersten Jahre 65 M, später 75 M; künftig im ersten Jahre 65 M, im 2. bis 5. Jahre 75 M, im 6. bis 10. Jahre 77,⁵⁰ M und darauf 80 M monatlich. Die Borarbeiter und Kanalzieher erhalten monatlich 5 M mehr. Der Wert der freien Dienstkleidung zc. wird von 16 M auf 30,²⁰ M erhöht.

Nachdem auch diese Vorschläge des Magistrates angenommen worden sind, wird die ganze Magistratsvorlage genehmigt.

Herr Ohlendorf (persönlich): Es ist von Herrn Oberbürgermeister Ketemeyer gesagt worden, der Geschäftsführer Perle hätte sich ein für die Wegewärter eingereichtes Gesuch bezahlen lassen; ich behaupte, daß das eine Unwahrheit ist. Es fällt dem Herrn gar nicht ein, dafür auch nur einen Pfennig zu nehmen; er hat das nicht nötig und tut es auch nicht.

Herr Oberbürgermeister Ketemeyer: Unter diesen Umständen bedaure ich, das Wort nochmals nehmen zu müssen. Ich habe nur das mitgeteilt, was mir mitgeteilt worden ist und was durch die Eingabe seine Bestätigung gefunden hat. Ob Herr Perle selbst herumgegangen ist und die Unterschriften gesammelt hat, weiß ich nicht; es wäre ja auch möglich, daß er das Schriftstück verfaßt und dann einen Boten herumgeschickt hat, um die Unterschriften zu sammeln. Tatsache ist es, daß noch jetzt auf dem Schriftstücke zu lesen ist, welchen Beitrag jeder einzelne bezahlt hat. Für Herrn Ohlendorf liegt alle Veranlassung vor, genau festzustellen, wie

sich das in Wirklichkeit verhält. Es hat mir fern gelegen, Herrn Berle einen Vorwurf zu machen; ich habe gar nicht gewußt, daß er ein bezahlter Gewerkschaftsbeamter ist.

Herr Jasper: Ich bitte ums Wort wegen der Eingabe der Begewärter.

Vorsitzender: Wohin sollen wir kommen, wenn jetzt die eben geschlossene Besprechung der Angelegenheit wieder eröffnet werden soll? Es kann doch nicht als die Wiedereröffnung der Beratung angesehen werden, wenn ein Magistratsmitglied auf eine persönliche Bemerkung antwortet. Das ist nichts als ein geschickter Schachzug, die auf Beschluß der Versammlung geschlossene Beratung zu erzwingen.

Herr Jasper: Nach dem § 16 des Verwaltungsstatuts vom 24. März 1893 ist die Verhandlung wieder eröffnet, wenn nach deren Schluß ein Mitglied des Stadtmagistrates das Wort nimmt.

Vorsitzender: Hier handelt es sich nicht um eine solche Wiedereröffnung der Verhandlungen, weil vom Magistratsstische aus nur eine Antwort auf eine persönliche Bemerkung erteilt worden ist. Ich lehne deshalb die Wiedereröffnung der Verhandlungen ab.

III. Plattenbelag auf einem Teile der Gliesmaroderstraße.

Auf Antrag einiger Anlieger der Gliesmaroderstraße ersucht der Magistrat, zu genehmigen, daß an der Südseite dieser Straße auf der Strecke zwischen der Oststraße und der projektierten Straße Nr. 85 der Fußweg hergerichtet und in einer Breite von 1,80 Meter mit Platten belegt werde. Dem Vorschlage der städtischen Bauverwaltung, die dort mitten auf dem Fußwege stehenden fünf Bäume zu entfernen und dafür sieben neue Bäume anzupflanzen, kann der Magistrat seine Zustimmung nicht geben, ersucht vielmehr, die Bäume stehen zu lassen. Die Kosten dieser Fußwegherrichtung stellen sich auf 1100 M, wovon die Stadt 350 M und die Anlieger 750 M zu zahlen haben. Der Einheitsbeitrag ist zu 8,70 M für 1 Meter Frontlänge anzunehmen.

Auf Empfehlung der Baukommission, für die Herr Wolters berichtet, wird der Vorlage zugestimmt.

— Der Herr Vorsitzende bittet die Mitglieder der Versammlung, den Sitzungssaal nicht zu verlassen, da sonst die Versammlung nicht beschlußfähig sein werde. —

IV. Aufhebung der Straße „Dthilienteil“.

Nachdem der Allgemeine Konsumverein die sämtlichen im Dthilienteile gelegenen Grundstücke erworben hat, ersucht er um Aufhebung dieser Straße und um Ueberweisung des betreffenden Terrains. Bedenken gegen diesen Antrag hat der Magi-

strat, unter Hinweis auf den betreffenden Beschluß der Versammlung vom 22. Dezember 1904, nicht zu erheben und gibt anheim, sich damit einverstanden zu erklären, daß der Ortsbauplan durch Aufhebung jener Straßenstrecke geändert werde.

Namens der Baukommission berichtet über die Vorlage Herr Wolters: Im Stadtbauamte wurde angeregt, ob es sich vielleicht empfehle, den Wendenmühlengraben in diesem Teile zu kanalisieren und vom Rosenhagen bis zur Bruchtorpromenade eine städtische Straße zu projektieren. In der dann folgenden Sitzung der Baukommission wurde berichtet, daß diese Idee vom Magistrate wohl aufgenommen wäre und wir demnächst eine Vorlage über die Projektierung solcher Straße zu erwarten hätten. Aus diesem Grunde hat die Baukommission von einer endgültigen Erledigung der Vorlage für heute abgesehen und beschlossen, damit bis zum Eingange des Projektes zu warten.

Die Versammlung ist hiermit einverstanden.

V. Beitrag für die deutsche Heilstätte in Davos.

Auf Ersuchen des Vorstandes der deutschen Heilstätte in Davos gibt der Magistrat anheim, für den Ausbau der dortigen, für unbemittelte Kranke eingerichteten Heilstätte einen Beitrag von 300 M zu leisten,

was auf Empfehlung der Statutenkommission, für die Herr Schöttler berichtet, geschieht.

VI. Rückzahlung von Kanalbaukosten für einen Teil der Howaldtstraße.

Im Jahre 1888 ist auf Kosten des Malermeisters Brück dessen, Howaldtstraße Nr. ass. 5257 gelegenes, Grundstück durch einen nach der Hochstraße zu verlegten Kanal an das städtische Kanalnetz angeschlossen worden. Es war damals in Aussicht genommen, daß bei dem Ausbau der hier in Betracht kommenden östlichen Strecke der Howaldtstraße die Rückzahlung der 855,³¹ M betragenden Baukosten für den Fall empfohlen werden solle, daß der Kanal alsdann noch in brauchbarem Zustande und zur Entwässerung der Straße, resp. der anliegenden Grundstücke geeignet sein würde. Diese Voraussetzung ist erfüllt, weshalb der Magistrat ersucht, dem Rechtsnachfolger des verstorbenen Malermeisters Brück, dem Kaufmann Rädke, die oben erwähnten Kosten zurückzuzahlen.

Dem Antrage wird nach dessen Befürwortung durch die Finanzkommission, für die Herr Esdorn berichtet, entsprochen.

VII. Beschaffung von Ausrüstungsgegenständen für die Berufsfeuerwehr.

Durch die von der Versammlung genehmigte Vermehrung der Mannschaften der Berufsfeuerwehr ist auch eine Beschaffung von Ausrüstungsgegenständen für diese

neuen Mannschaften erforderlich geworden. Der für diesen Zweck bewilligte Betrag von 200 M für jeden neueingestellten Feuerwehrmann reicht deshalb nicht aus, weil auch neue Schränke, Bettstellen und Matratzen sowie wollene Decken zu beschaffen sind. Auf Antrag des Kreisbranddirektors Schlunk ersucht daher der Magistrat, die für diesen Zweck noch weiter erforderliche Summe von 4560,³⁰ M nachzuverwilligen,

was geschieht, nachdem Herr Esdorn den Antrag namens der Finanzkommission zur Annahme empfohlen hatte.

VIII. Hundesteuer-Erlaßgesuche.

Der Witwe Emma Meyer wird die Abgabe für ihren Hund erlassen, weil sie ihn wegen ihrer großen Schwerhörigkeit zu ihrem Schutze gebraucht und dabei mittellos ist.

Das Gesuch des Arbeiters Franz Wiltowsky um Erlaß der Abgabe für seinen fast blinden alten Hund wird dem Magistratsantrage gemäß dahin erledigt, daß einstweilen von der Erhebung der Abgabe abgesehen und die endgültige Entscheidung bis zum Oktober d. Js. ausgesetzt wird. Sollte der Hund inzwischen verenden, wird die Abgabe nachträglich erlassen.

IX. Herstellung von Mosaikpflaster am Gaußberge.

Auf Antrag der Anlieger gibt der Magistrat anheim, sich mit der besseren Befestigung des südlichen Fußweges der zwischen Schubert- und Bammelsburgerstraße gelegenen Wallstrecke einverstanden zu erklären, sowie das beigegebene Projekt nebst Kostenanschlag und Verteilungsberechnung zu genehmigen. Die Kosten werden sich auf 1000 M und der Anliegerbeitrag auf 11,⁵⁵ M belaufen. Hauptanlieger ist der Fiskus.

Dem Antrage wird auf Empfehlung der Baukommission, für die Herr Rathe berichtet, stattgegeben.

X. Uebernahme von Straßenkosten auf die Räumereikasse.

Auf Grund der endgültigen Kosten- und Verteilungsberechnung über den Ausbau der Hilbesheimerstraße zwischen Goslarische- und Roßstraße ist der Beitrag der Anlieger für die dem Rudolphsplatz gegenüber gelegenen Grundstücke zu 103,³⁵ M und für die übrigen Grundstücke zu 102,⁷²⁶ M für 1 m Frontlänge festgesetzt worden. Die Anlieger haben aber unter Hinweis darauf, daß die Neubefestigung der Straße nicht ihrer Grundstücke, sondern des Durchgangsverkehrs wegen erforderlich gewesen sei und daß die Stadt in anderen ähnlichen Fällen wiederholt die Tragung eines Teils der Kosten übernommen habe, um Ermäßigung resp. teilweisen Erlaß ihres Beitrages nachgesucht.

Der Magistrat kann unter Berücksichtigung der bisherigen Gepflogenheit dem Antrage eine gewisse Berechtigung nicht absprechen und ersucht, sich damit einverstanden zu erklären, daß der Straßenkostenbeitrag von den betr. Anliegern nur in Höhe von 88,¹⁰ M bzw. 86,⁹⁰ M erhoben werde.

Nachdem auch Herr Wolters namens der Baukommission den Antrag zur Annahme empfohlen hatte, stimmt ihm die Versammlung zu.

XI. Beleuchtungsanlage in einer Turnhalle und deren Vermietung.

Die freie Turnerschaft hat gebeten, ihr mit Rücksicht auf die große Zahl der Mitglieder neben der Turnhalle am Prinzenwege noch eine weitere Turnhalle der städtischen Bürgerschulen mietweise zu überlassen. Der Magistrat ist geneigt, der Vereinigung die Turnhalle an der Heinrichstraße zu vermieten, jedoch müßte sie zu diesem Zwecke erst mit einer Beleuchtungsanlage versehen werden, deren Kosten der Magistrat mit Rücksicht auf die Gemeinnützigkeit des Turnens mit 195,³⁵ M auf die Stadtkasse zu übernehmen bittet. Weiter wird die Versammlung ersucht, die Vermietung der Turnhalle zu einem Jahrespreise von 150 M nebst einer Entschädigung an den Schulpedellen in Höhe von 30 M jährlich zu genehmigen.

Namens der Schulkommission empfiehlt Herr Buchler Genehmigung der Vorlage.

Herr Jasper: Dem Turnvereine soll zuerst die Auswahl unter drei verschiedenen Schulturnhallen freigestellt worden sein und er sich darauf die Turnhalle der Schule an der Comeniusstraße erbeten haben. Nachträglich soll ihm dann eröffnet sein, daß es nicht tunlich wäre, diese Turnhalle herzugeben, weil deren Fußboden für den Zweck nicht geeignet sei. Wenn die Halle in der Schule an der Comeniusstraße genommen wäre, würden wir die Kosten der Beleuchtungsanlage erspart haben, weil die Halle solche Anlage besitzt. Ich möchte anfragen, weshalb diese Turnhalle nicht derartig eingerichtet ist, daß sie auch zum Turnen Erwachsener dienen kann. Es würde auch zu erwägen sein, ob die Stadt, welche die moralische Verpflichtung anzuerkennen scheint, Gelegenheit zum Turnen zu bieten, soweit sie es ohne Schädigung ihres Sedels vermag, nicht dazu übergehen muß, Turnhallen zu erbauen, die der Allgemeinheit zugänglich sind, oder aber die vorhandenen Schulturnhallen so einzurichten, daß auch Erwachsene darin turnen können. In den letzteren sollen nämlich die Gerätschaften für Erwachsene häufig nicht ausreichend sein.

Wenn nun neben der Miete, die ich für angemessen halte, noch eine Entschädigung für den Schulpedellen gefordert wird, die diesem vom Vereine direkt zu zahlen ist, so möchte ich empfehlen, auch diese Entschädigung stadtseitig einzuziehen und dem Pedellen zu zahlen, damit dieser nicht binnen kurzem dem Vereine eine höhere Entschädigung abverlangen kann, wie es schon vorgekommen sein soll.

Herr Oberbürgermeister Metemeyer: Was die letzte Anregung betrifft, so kann das geschehen, wenn der Verein es wünschen sollte. Natürlich muß er auch die Kosten für verbrauchtes Gas bezahlen. Hinsichtlich der ersteren Anfrage bemerke ich, daß Herr Schuldirektor Schaarschmidt erklärt hatte, es könnten die Turnhallen der Schulen an der Heinrich-Comenius- und Ottmerstraße zur Verfügung gestellt werden. Als sich der Verein dann für die Comeniusstraße entschied, hat sich die städt. Bauverwaltung dagegen ausgesprochen, weil dort der Fußboden mit Linoleumbelag versehen sei und dieser unter der Benutzung leiden würde. Deshalb hat der Magistrat dem Turnvereine geschrieben, wir zögen die Hergabe der Turnhalle an der Heinrichstraße vor und der Verein hat sich damit einverstanden erklärt. Im übrigen ist auch in der Turnhalle an der Comeniusstraße eine Beleuchtungsanlage nicht vorhanden.

Wenn Herr Dr. Jasper es für richtig hält, die Schulturnhallen so einzurichten, daß sie auch an Turnvereine überlassen werden können, so wird sich bei der nächsten Beratung der Vorlage über die Errichtung einer Schulturnhalle Gelegenheit bieten, das zu besprechen.

Die Magistratsvorlage wird darauf gutgeheißen.

XII. Errichtung eines Musikpavillons im Stadtparke.

Der Pächter des Stadtpark-Restaurants, Herr Jäger, hat um Aufstellung eines Musikpavillons im Stadtparke gebeten. Der Magistrat kann dem vorgetragenen Wunsche eine gewisse Berechtigung nicht aberkennen und hat ihm zu widerstreben um so weniger Veranlassung, als Herr Jäger sich bereit erklärt hat, die durch Erbauung des Pavillons erwachsenden Kosten zu verzinsen. Auch die Parkdeputation hat gegen solche Errichtung nichts zu erinnern, sie gibt jedoch, offenbar geleitet von dem Wunsche, die vorhandenen Parkanlagen möglichst intakt zu erhalten, anheim, den Pavillon nicht der Mitte des Wirtschaftsgebäudes gegenüber, sondern in der am südlichen Ende des vor dem Gebäude gelegenen Platzes befindlichen Nische zur Aufstellung zu bringen. Der Antragsteller hat jedoch unter Hinweis auf die Gestaltung des Konzertplatzes und auf die Vorliebe der meisten Konzertbesucher, der Musikkapelle möglichst nahe zu sitzen, dringend gebeten, den Pavillon an der ersteren Stelle zu errichten. Die gegen die Benutzung der Nische vorgebrachten Bedenken sind nicht von der Hand zu weisen, und da der Magistrat einen solchen Pavillon durchaus nicht als eine die Schönheit des Parkes beeinträchtigende Anlage ansehen kann, so ersucht er die Versammlung, sich damit einverstanden zu erklären, daß im Stadtparke ein Musikpavillon nach dem vorgelegten Projekte errichtet werde und die zur Durchführung des Projektes erforderlichen 5500 M zu verwilligen.

Namens der Baukommission berichtet über die Vorlage Herr Lübke: An dem Entwurfe hätte ich zu bemängeln, daß mir die äußere Erscheinung des Pavillons nicht ganz dem Plage und auch dem Umstande zu entsprechen scheint, daß er aus öffentlichen Mitteln erstehen soll. Der Entwurf kann in bezug auf Schnitzereien noch einfacher gestaltet werden, aber er macht im ganzen einen etwas handwerksmäßigen Eindruck; ich möchte deshalb bitten, daß er nach der ästhetischen Seite hin noch besser ausgestaltet wird. Auch einen Zementsockel halte ich nicht für richtig; wo der Magistrat als Bauherr auftritt, werden wir auch einen Sockel aus Bruchsteinen bewilligen können. Ich möchte also bitten, die Vorlage mit dem Hinzufügen anzunehmen, daß die städtische Bauverwaltung den Pavillon bei der Ausführung etwas eleganter gestalten möchte.

Herr Wolters: In dieser Weise hat die Baukommission wohl einen Beschluß nicht gefaßt. Ich hatte persönlich noch empfohlen, es möchte Veranlassung genommen werden, daß die Deputation, wie in ähnlichen Fällen, sich vorher mit der städtischen Bauverwaltung in Verbindung setze.

Herr Lübke: Dann habe ich den Beschluß falsch aufgefaßt. Es liegt mir fern, auf die Herren etwa persönlich einwirken zu wollen, um mein künstlerisches Empfinden durchzusetzen. Im übrigen haben wir beschlossen, das Projekt in dem angedeuteten Sinne zu genehmigen, und ich wüßte wirklich nicht, inwiefern ich von dem Beschlusse der Kommission soll abgewichen sein. In der Kommission hat meinen Ausführungen niemand widersprochen, weshalb ich annahm, sie seien zum Beschlusse erhoben.

Herr Rathe: Ich bin anderer Meinung als Herr Wolters. Wir haben in der Kommission die Genehmigung der Vorlage beschlossen und zwar unter Zugrundelegung des vom Herrn Referenten ausgesprochenen Wunsches auf künstlerischere Ausgestaltung des Pavillons.

Herr Hauswaldt: Ich möchte bitten, die Vorlage abzulehnen. Die Parkdeputation hat sie auch einstimmig abgelehnt und zugleich gebeten, die Sache nicht weiter zu verfolgen. Wir sind der Ansicht gewesen, daß der von Herrn Säger gewünschte Platz vom grünen Tische aus beurteilt wohl der richtige sein mag, aber in der Praxis ist er der unpraktischste Platz, den wir nehmen könnten.

Ein Musikpavillon, der nach allen Seiten offen ist, wird, wie uns versichert wurde, gar nicht mehr gebaut, da es unmöglich sein soll, in einem solchen Pavillon zu spielen. Ein Musikpavillon müsse eine Rückwand haben. Wenn das aber hier geschehen soll, so würde man, von der Kaiser-Wilhelmstraße kommend, immer auf die Rückwand des Pavillons sehen. Außerdem ist eine derartige Rückwand stets ein beliebter Aufenthalt für solche Leute, die sich seitwärts in die Büsche schlagen. Auch nach dem Wunsche des Promenadeninspektors Kreiß findet der Pavillon seinen richtigen Platz da, wo ihn die Parkdeputation hingestellt haben möchte. Dort

könnte der Pavillon im Grün versteckt liegen und würde noch nicht die Hälfte kosten gegenüber dem zauberhaften Dinge, das hier projektiert worden ist. Dabei sehe ich allerdings voraus, daß er nicht von der städtischen Bauverwaltung, sondern von einem billigeren Privatunternehmer hergestellt würde und zwar muschelartig und hoch genug, damit es gut aus ihm herausschallt. Für einen solchen Pavillon 5500 M. auszugeben, halte ich für viel zu viel, denn dafür kann man ein Haus für eine ganze Familie bauen. Ueber den Sockel will ich mich nicht weiter auslassen und nur dem Wunsche Ausdruck geben, daß er hoch genug wird, denn die Musik muß $1\frac{1}{2}$ Meter über dem Publikum sitzen, wenn sie wirksam sein soll. Das Innere des Pavillons muß amphitheatralisch ansteigen, so daß die Musiker vom Dirigenten sämtlich gesehen werden können.

Meiner Ansicht nach tun wir gut, die Vorlage heute noch einmal zurückzuweisen und den Magistrat zu ersuchen, nicht nur mit dem Wirt, sondern auch mit einem Musikverständigen, z. B. dem Stabstrompeter Harßing, die Sache zu besprechen. Wenn man den Pavillon nach allen Seiten offen herstellt, so wird bei eintretendem Regenwetter das Wasser von Westen her leicht hineinschlagen, sofern er an der von Herrn Jäger gewünschten Stelle seinen Platz findet. Man kann wohl Rolljalousien oder Segeltuch dagegen anwenden, aber für die Dauer macht sich das nicht und schließlich kommt es doch darauf hinaus, daß der Pavillon nach hinten verschalt wird, und dann ist das Ding nichts mehr wert. Unter den Eichen in Bad Harzburg steht der Musikpavillon auch an der schmalen Seite des Platzes, mithin läßt sich das hier auch machen. Der Pavillon muß sich für 2500 M. herstellen lassen, sonst ist er zu teuer.

Herr Bürgermeister Meyer: Ich war in der Parkdeputation auch der Ansicht, daß es im Interesse der Schönheit des Parks richtiger wäre, den Pavillon in die südliche Nische zu setzen. In der Parkdeputation sind für diesen Platz die Gründe bestimmend gewesen, daß der Pavillon mitten vor dem Wirtschaftsgebäude den Park beeinträchtigen würde, zumal auch noch ein dort stehender wertvoller Baum fallen müßte; auch das Festzelt würde beeinträchtigt und die den Pavillon umstehenden Kinder könnten die Anlagen beschädigen. Im Magistrat ist in diesem Punkte aber eine andere Auffassung herrschend geworden und zwar in der Hauptsache mit Rücksicht auf die Stellungnahme des Wirtes. Dieser hat erklärt, daß die von ihm vorgeschlagene Stelle die für die Aufstellung des Pavillons allein gegebene sei. Das hat der Magistrat anerkennen müssen. Der Wirt hat erklärt, daß von den Musikkapellen wiederholt an dem anderen Plage konzertiert worden sei, aber der Schall sei dort nicht so stark gewesen, um über den ganzen Platz zu hallen, sondern er sei nur etwa bis zur Hälfte des Platzes gedrungen. Ferner wäre es eine Angewohnheit des Publikums, sich möglichst nahe an die Musik heranzusetzen; wenn diese aber ihren Standpunkt an der Schmalseite des Platzes erhielte, so würde

es nur einem verhältnismäßig kleinen Teile des Publikums möglich sein, in der Nähe der Kapelle zu sitzen. Der Wirt muß doch aber am besten wissen, welcher Platz der günstigste ist. Da auch die ästhetischen Rücksichten die Aufstellung eines offenen Pavillons an der von Herrn Jäger gewünschten Stelle zulassen, so haben wir es für richtig gehalten, die heutige Vorlage einzubringen. Von dem Segeltuchbezüge kann der Pavillon zu allen Zeiten, wo er nicht gebraucht wird, befreit werden, so daß dieses kein Hindernis bildet.

Den Beschluß der Baukommission habe ich so aufgefaßt, daß das Projekt angenommen, aber eine leichtere Durcharbeitung desselben gewünscht wurde. Was die Kosten angeht, so mag die Summe von 5500 M wohl hoch erscheinen, jedoch war die Baukommission der Ansicht, daß sie bei einem massiven Sockel nicht unangemessen wäre. Hinsichtlich der Höhe des Pavillons ist mir von der Baukommission bestätigt worden, daß 90 cm reichlich hoch wären, weil sonst die Wirkung der Musik nicht mehr gut sei.

Herr Bues: In betreff des Kostenpunktes möchte ich Herrn Hauswaldt beistimmen, daß er zu hoch ist. Aber hinsichtlich der Rückwand kann man auch anderer Meinung sein, denn in Ems, Homburg zc. sind ebenfalls offene Pavillons und es spielen darin ganz vorzügliche Kapellen. Dort stehen die Pavillons in der Mitte des Platzes und der Schall geht nicht verloren. Bei schlechtem Wetter wird Segeltuch vorgespannt, wie das hier auch beabsichtigt wird.

Herr Lübke: Ich möchte noch einmal von der sachlichen Seite aus das Wort ergreifen. Soweit ich Pavillons kenne, wird man in erster Linie darauf bedacht sein, sie mit einer Rückwand darzustellen, aber wenn die Lage des Platzes wie hier solches nicht zuläßt, sofern man eine Schimpfierung des Platzes vermeiden will, so muß man die Konzession machen und von einer verstärkten Schallwirkung absehen. Man war auch der Meinung, daß nicht nur die Leute vor dem Restaurant die Musik hören wollen, sondern auch die große Zahl von Baugästen. (Heiterkeit.) In den großen Promenadenkonzerten von Ems, Karlsbad zc. sind die Pavillons nach allen Seiten offen, damit alle Kurgäste etwas hören können. Hier muß der Pavillon nach Westen zu auch gegen den Regen abgeschlossen werden, was durch Segelleinen leicht geschehen kann. Die Höhe des Fußbodens noch höher zu legen, würde ich für verfehlt halten; wenn die Musik 2 m hoch sitzt, muß man zu hoch hinaufsehen. Ich bitte nochmals um Annahme des Kommissionsantrages.

Herr Hauswaldt: Persönlich ist es mir gleichgültig, wohin der Pavillon kommt; ich möchte nur noch darauf hinweisen, daß eine fünfprozentige Verzinsung bei einem solchen Holzbau nicht ausreicht, wenn wir nicht bares Geld dabeilegen wollen. Deshalb muß eine zehnprozentige Verzinsung angenommen werden. Jedenfalls werden Sie keine Freude an diesem Pavillon erleben.

Die Vorlage wird darauf mit der Maßgabe angenommen, daß der Magistrat ersucht wird, auf eine elegantere, gefälligere Ausbildung der architektonischen Verhältnisse des Pavillons hinzuwirken.

XIII. Herrichtung neuer Schachtdeckel 11. am Friedrich-Wilhelmsplatze 11.

Zum sicheren Abschlusse der oberen Enden der die Stadt durchziehenden Okerkanäle ist es erwünscht, daß neben den bestehenden Schiebevorrichtungen zwei schon früher vorhanden gewesene Holzschieber wieder hergestellt werden. Zur Bedienung derselben ist es erforderlich, daß an Stelle der beiden festen Schachtdeckelungen abnehmbare Deckel angebracht werden, durch welche die Schächte zugänglich zu machen sind. Da diese Deckel in Fußwege der fiskalischen Wälle zu liegen kommen, so ist die Herzogliche Baudirektion ersucht worden, die Genehmigung zum Einbau der Deckel zu erteilen. Letztere hat sich auch unter den üblichen Bedingungen damit einverstanden erklärt, verpflichtet aber die Stadt, für etwaige Nachteile aufzukommen, die den Passanten durch die in der Oberfläche mit Asphalt abzudeckenden Schachtdeckel oder durch den Betrieb der Schächte erwachsen könnten. Der Magistrat ersucht um die Genehmigung zur Ausführung der Vorrichtungen und um die Ermächtigung zur Abgabe der von der Herzoglichen Baudirektion geforderten Erklärung.

Herr Wolters: Es ist von dem Herrn Vorsitzenden durch eine Notiz zu der Vorlage darauf hingewiesen worden, daß es sich nicht empfehle, die von der Herzoglichen Baudirektion geforderte Erklärung in dem angedeuteten Wortlaute abzugeben, sondern daß man sagen möchte, die Stadt übernehme die Haftpflicht nach Maßgabe der Gesetze für alle Nachteile, die den Passanten durch die in der Oberfläche mit Asphalt abzudeckenden Schachtdeckel oder durch den Betrieb der Schächte erwachsen könnten. Die von der Herzoglichen Baudirektion vorgeschlagene Fassung könnte nämlich auf den Gedanken führen, daß eine über das Gesetz hinausgehende vertragsmäßige Haftung für alle Schäden gemeint sei.

Die Baukommission stimmt dieser Anschauung zu und empfiehlt, die Vorlage mit diesem einschränkenden Zusage anzunehmen.

Die Versammlung beschließt demgemäß.

XIV. Gutachtliche Aeußerung über Aenderungen an den Wahllisten.

In der Sitzung vom 11. Mai d. J. — Seite 85 des Berichtes — hat die Versammlung auf einen Antrag aus ihrer Mitte beschlossen, an den Magistrat das Ersuchen zu richten, die Listen für die Stadtverordnetenwahlen bis zum Wahltagte tunlichst auf dem laufenden zu halten. Der Magistrat hat hierauf folgendes zu erwidern:

1. Auch wir erkennen an, daß manche Gründe dafür sprechen, in den Wahl-Listen auf die Veränderungen Bedacht zu nehmen, die seit der Zeit ihrer Auf-
stellung und Auslegung eingetreten sind. Wir müssen indes Bedenken tragen, hier-
bei über diejenigen Grenzen hinauszugehen, welche sich aus den gesetzlichen Vor-
schriften ergeben, und erlauben uns darauf hinzuweisen, daß nach § 31, Absatz 3
der Städteordnung für nicht regelmäßige Wahlen die Listen der letzten regelmäßigen
Wahl gelten. Die nachträgliche Berichtigung einer rechtsgültig aufgestellten und
abgeschlossenen Liste durch Nachtragung derjenigen Personen, welche inzwischen das
Bürgerrecht erworben und in dem betreffenden Wahlbezirke ihre Wohnung
genommen haben, halten wir nicht für statthaft. Auch der Herzogliche Verwaltungs-
gerichtshof hat sich in einem Urteil vom 29. März 1899 dahin ausgesprochen, daß
jemand, der erst nach beendeter Auslegung der Wahl-Listen das Bürgerrecht erwirbt,
in dieselben nicht mehr aufgenommen werden kann (vergl. Braunschw. Zeitschrift
für Rechtspflege Bd. 46, Beilageheft I S. 42 Nr. 3). Als Gegenstück zu diesem
Grundsatz ergibt sich die Schlussfolgerung, daß jemand, für den nach Auslegung
der Wahl-Listen der Verlust oder das Ruhen des Bürgerrechts eintritt, gleichwohl
nicht in der Liste gestrichen werden darf, obwohl es ihm, wenn dem Wahlvorstand
der Mangel bekannt wird, nach §§ 14—17 der Städteordnung verwehrt werden
muß, an der Wahl teilzunehmen.

2. Eine Besonderheit, die bei der bevorstehenden Wahl zweier Stadtverordneten
in der dritten Klasse des zweiten und dritten Wahlbezirks (Stein- und Fallerkleber-
sowie Wenden- und Petritordistrikt) an Stelle der für ungültig erklärten Wahlen
der bisherigen Stadtverordneten Ahmann und Riese zu beachten ist, tritt dadurch
ein, daß der Herzogliche Verwaltungsgerichtshof in dem am 19. April d. Js.
ergangenen Urteil in der Verwaltungsstreitsache des Lotteriehauptkollektors Robert
Hestner gegen uns folgendes ausgeführt hat:

„Im Zusammenhange mit der gesetzwidrigen Bildung zweier Wahlvorstände
steht als fernerer Mangel die Bildung zweier Wählerlisten für denselben Wahl-
bezirk. Eine dem Gesetze entsprechende Bildung des Wahlvorstandes und die
Auslegung einer dem Wahlbezirke angepaßten Wählerliste sind aber
unerläßliche Voraussetzungen für die Existenz eines gültigen Wahlaktes. Eine
gegen diese gesetzlichen Vorschriften verstößende Unregelmäßigkeit ist immer quanti-
tativ und qualitativ erheblich und hat ohne weiteres die Ungültigkeit der Wahl
zur Folge.“

Wir folgern hieraus, daß sowohl im zweiten wie im dritten Wahlbezirke die
Auslegung je einer einheitlichen, die Wahlberechtigten der dritten Klasse des
Wahlbezirks umfassenden Wahl-Liste nötig ist, wenn man nicht die vollzogene Wahl
einer abermaligen erfolgreichen Anfechtung aussetzen will.

Es fragt sich indes, ob es erforderlich und ob es überhaupt zulässig ist, die Wahllisten von Grund aus neu unter Berücksichtigung aller inzwischen eingetretenen Änderungen aufzustellen, oder ob man sich im wesentlichen darauf zu beschränken hat, die distriktweise getrennt vorhandenen Listen unter Beseitigung dieses vom Verwaltungsgerichtshofe gerügten Mangels zu je einer Liste zu vereinigen. So zweckmäßig und selbstverständlich es auf den ersten Blick scheint, die Listen nach dem gegenwärtigen Wählerbestande neu aufzustellen, verhehlen wir uns doch nicht, daß gegen das hierdurch zu gewinnende Ergebnis manche Einwendungen geltend gemacht werden können, denen eine gewisse Bedeutung nicht abzuspochen ist.

Die bei den diesjährigen Wahlen benutzten Listen sind, weil die rechtzeitige Anfertigung sonst erfahrungsmäßig stark gefährdet gewesen wäre, unter Zugrundelegung der Wohnungsverhältnisse aufgestellt, die im Oktober 1903 bestanden. Wer also damals z. B. im zweiten Wahlbezirke (Stein- und Fallerlebertordistrikt) wohnte, ist in der für diesen Bezirk maßgebenden Liste aufgeführt, auch wenn er in der Zwischenzeit in einen anderen Bezirk der Stadt verzogen sein sollte. Würde man nun den jetzigen Wohnungsbestand für die neu zu entwerfenden Listen des 2. und 3. Wahlbezirks den Ausschlag geben lassen, so ginge zahlreichen Bürgern, die seit Oktober 1903 aus einem jener beiden Bezirke in den 1. oder 4. Wahlbezirk (August- und Magni-, oder Wilhelmi- und Hohetor) verzogen sind, die Möglichkeit verloren, ihre Stimme bei der diesjährigen endgültigen Wahl der 3. Klasse mit in die Wagschale zu werfen, und dies unbillige Ergebnis wird nicht ausgeglichen, sondern noch verschlimmert dadurch, daß andere Bürger, die im Januar d. Js. schon im 1. oder 4. Bezirk gewählt haben, jetzt als im 2. oder 3. Bezirk neu Zugezogene in die Liste aufzunehmen und somit zur doppelten Ausübung ihres Wahlrechts zuzulassen sein würden.

Immerhin verkennen wir nicht, daß die hier aufgeworfene Frage höchst zweifelhaft ist, und es würde uns erwünscht sein, die Ansicht der geehrten Herren darüber zu erfahren, inwieweit den vorstehend dargelegten Bedenken gegen eine vollständige Neuaufstellung der Listen unter Berücksichtigung aller bis jetzt eingetretenen Veränderungen beigeppflichtet wird.

Sollte man sich betreffs der hier schon in den Listen geführten Wahlberechtigten dahin entscheiden müssen, daß für die Zugehörigkeit zu diesem oder zu jenem Wahlbezirke die im Oktober 1903 innegehabte Wohnung maßgebend bleibt, so ist daneben noch zu prüfen, ob nicht gleichwohl in bezug auf den Erwerb, den Verlust oder das Ruhen des Bürger- und Wahlrechts die sonstigen in der Zwischenzeit eingetretenen Änderungen in der Liste zu berücksichtigen sind, ob also z. B. jemand, der im April 1905 Bürger geworden ist und im Steintordistrikt wohnt, in die Wahlliste des 2. Wahlbezirks aufzunehmen ist, ob ein anderer, der seinen Wohnsitz in letzter Zeit von hier nach Gliersmarode verlegt hat, aus der Liste gestrichen

werden darf, und ob endlich in Ausführung des § 15 Nr. 6 der Städteordnung nur die Personen, welche im Rechnungsjahre 1904/5 (nicht 1903/4) die ihnen auferlegten direkten Gemeindesteuern nicht gezahlt haben, in der Liste fortzulassen sind.

Bevor wir die Auslegung der Wahllisten veranlassen, richten wir an die geehrten Herren das Ersuchen,

sich zu vorstehenden Fragen gutachtlich äußern zu wollen.

Vorsitzender: Da der Referent über diese Vorlage heute am Erscheinen verhindert ist, habe ich es übernommen, über die Angelegenheit kurz zu referieren:

Die Statutenkommission hat die Sache geprüft und ist der Meinung, daß die Bestimmung im § 31 Absatz 3 der Städteordnung: „Für nicht regelmäßige Wahlen gelten die Listen der letzten regelmäßigen Wahl“, dazu führen muß, grundsätzlich die bisherigen Wahllisten als maßgebend zu erachten. Man mag die Wahl für regelmäßig oder für nicht regelmäßig halten, so wird diese Bestimmung doch immer zu dem von mir hervorgehobenen Ergebnisse führen müssen. Wenn sogar für nicht regelmäßige Neuwahlen die Listen der letzten regelmäßigen Wahl maßgebend sein sollen, so müssen die alten Listen umsomehr gelten, wenn es sich um Wiederholungswahlen handelt. Nachdem sich der Verwaltungsgerichtshof dahin ausgesprochen hat, daß eine Aenderung der Listen absolut unzulässig sei und daß für jeden Wahlbezirk nur eine Liste aufzulegen dürfe, gibt die Statutenkommission anheim, sich gutachtlich dahin zu äußern, daß die alten Listen bei den bevorstehenden Stadtverordnetenwahlen benutzt werden müssen, aber eine Zusammenheftung je zweier Teillisten eines Bezirks zu einer Liste ungefährlich erscheine.

Herr Stadtrat von Frankenberg: Ich freue mich des Vorschlages der Statutenkommission, weil er sich deckt mit der im Magistrate herrschenden Ansicht und weil ich glaube, daß wir in dieser Weise am sichersten gehen. Die letzten Worte des Herrn Referenten fasse ich nicht so auf, daß die Versammlung Wert darauf legt, die jetzigen beiden Wahllisten eines Bezirks zusammengeheftet zu sehen, sondern daß sie es für ebenso zweckmäßig hält, wenn die Listen nochmals abgeschrieben und zu einer Liste vereinigt werden, um so den ganzen Wahlbezirk als Einheit zu kennzeichnen. Es wird auch das Wahlverfahren wesentlich erleichtern, wenn die Listen nicht für je zwei Distrikte vorliegen, sondern wenn nur eine zweckmäßig geordnete Liste über den ganzen Bezirk aufliegt. Da es sich hier um eine reine Formsache handelt, so glaube ich nicht, daß die Versammlung den Wunsch hat, den Magistrat in dieser Beziehung zu binden.

Vorsitzender: Maßgebend für die Stellungnahme der Statutenkommission war nur die Ansicht, daß kein Name in der Liste fehlen oder zugefügt werden darf.

Herr Jasper: Eine Zusammenheftung der beiden Listen halte ich, auch in Übereinstimmung mit der Äußerung des Vorsitzenden des Verwaltungsgerichts, für unbedenklich. Ich möchte aber noch einen anderen Punkt zur Sprache bringen,

der auch vom Magistrate schon angeregt worden ist. Wenn die Wahllisten zusammengeheftet sind, so ist noch die Frage zu regeln, welcher Wahlvorsteher tätig sein soll, ob die Wahl an einem Tage, oder ob sie bezirksweise vorgenommen werden soll. Ich würde empfehlen, wenn der Magistrat den ganzen Bezirk an einem Tage wählen lassen will, eine erhebliche Verlängerung der Wahlzeit eintreten zu lassen, denn in der Zeit von 11 bis 6 Uhr läßt sich das nicht machen. (Zustimmung.) Die Wahlvorsteher haben schon jetzt ihre liebe Last gehabt, dem Andrang der Wähler nachzukommen, und es wird die Aufgabe des demnächstigen Wahlvorstehers sein, die Wahlzeit so anzusetzen, daß alle Wähler zur Urne herantreten können. Es müßte deshalb vielleicht von morgens früh bis spät in die Nacht hinein gewählt werden, was uns das liebste sein würde, weil dann die Wähler unserer Partei ihre Arbeit nicht zu veräumen brauchen.

Bewahrung möchte ich aber gegen den Standpunkt des Magistrates einlegen, den er allerdings schon selbst in Frage stellt: Es heißt nämlich in dem Ansprechen, daß jemand nicht gestrichen werden dürfe, dessen Bürgerrecht ruhe oder verloren gegangen sei, daß es ihm aber verwehrt sei, an der Wahl teilzunehmen, wenn dem Wahlvorsteher diese Behinderungsgründe bekannt seien. Das ist nicht angängig. Die Liste ist allein maßgebend für die Wahl und der Zeitpunkt, an dem die Liste abgeschlossen ist, ist allein dafür entscheidend, ob er wahlberechtigt ist oder nicht, selbst wenn er in die Liste zu unrecht sollte aufgenommen sein. Es war z. B. ein Preuße in die Wahlliste einer Gemeinde aufgenommen, also jemand, der nicht wahlberechtigt war, er stand aber einmal in der Liste, und es macht keinen Unterschied, ob jemand hinterher Preuße geworden ist und aufgehört hat, Braunschweiger zu sein oder nicht, oder ob er aus dem Bezirke oder der Stadt verzogen ist oder nicht, er steht in der Liste und kann wählen, denn sein Wahlrecht erlischt dadurch nicht.

Herr Stadtrat von Frankenberg: Was den letzten Punkt betrifft, so bin ich nicht derselben Meinung. Der Magistrat hat seine Anfrage lediglich auf die Feststellung der Wahllisten beschränkt, während die übrigen von Herrn Dr. Jasper angeführten Sachen der Wahlvorsteher mit seinen beiden Gehilfen wird abzumachen haben, wenn auch Anregungen aus der Versammlung in dieser Beziehung erwünscht sein werden. Ich bin der Ansicht, daß derjenige, welcher einmal in der Wahlliste steht, nur solange, wie die Voraussetzungen zu seiner Aufnahme zutreffen, wahlberechtigt bleibt. Denjenigen aber, der z. B. seinen Wohnsitz nach außerhalb verlegt, kann ich nicht mehr als wahlberechtigt betrachten. Vom Reichsgerichte ist auch wiederholt nach dieser Richtung hin in Sachen der Reichstagswahlen entschieden worden. Es heißt hier z. B. in einem Erkenntniße:

„Aus dem in § 8, Abs. 2 ausgesprochenen Satze, daß zur Teilnahme an der Wahl nur diejenigen berechtigt sind, welche in die Listen aufge-

nommen sind, kann nicht gefolgert werden, daß die in die Listen Eingetragenen schon allein wegen dieser Eintragung zur Teilnahme an der Wahl berechtigt sind. Ob nach dem Reichswahlgesetze der Leiter des Wahllokales nicht befugt ist, eine in die Wählerliste eingetragene, materiell aber nicht wahlberechtigte Person von der Wahl zurückzuweisen, kann dahingestellt bleiben. Jedenfalls kann hieraus nicht abgeleitet werden, daß die dem angefochtenen Urteile zugrunde liegende Auffassung unhaltbare Konsequenzen für den Leiter des Wahllokales nach sich ziehen müsse. Ist der in die Wählerliste Eingetragene trotz des Mangels materieller Wahlberechtigung zur Wahl zuzulassen, so kann dem Leiter des Wahllokales, da er mit der Zulassung der Wahl einer ihm gesetzlich obliegenden Verpflichtung nachkommt, eine Teilnahme an der durch das unberechtigte Wählen verübten Straftat nicht zur Last gelegt werden.“

Eins ist hiernach wohl klar, wer hier wählt, während er seinen Wohnsitz anderswohin verlegt hat, macht sich strafbar, weil er ein unrichtiges Wahlergebnis herbeiführt, und es liegt gewiß Herrn Dr. Jasper nichts ferner, als solche strafbaren Handlungen anzuregen, denn dazu wird er sich in seiner Stellung als Rechtsanwalt am wenigsten berufen fühlen.

Auf einen anderen Punkt einzugehen bin ich aber gern bereit, und zwar betrifft er die Zeit des Wahlverfahrens. Wenn die Wahl nach Distrikten an demselben Tage durch zwei Wahlvorsteher unzulässig ist, so müssen wir allerdings darauf hinwirken, daß die Vollerziehung des Wahllokales in anderer Weise vorgenommen wird; ich werde deshalb dem Magistrate empfehlen und auch bei dem Wahlvorsteher anregen, daß an zwei auf einander folgenden Wochentagen gewählt wird und zwar nicht etwa in der Weise, daß an dem ersten Tage nur die und die Straßen und am anderen Tage die übrigen Straßen wählen, sondern daß jeder in dem Wahlbezirke wohnende Bürger an einem der beiden Tage wählen kann, dann wird sich der Strom teilen. (Widerspruch.) Ich glaube nach Rücksprache mit einigen Herren diesen Weg als den zweckmäßigsten bezeichnen zu sollen. (Widerspruch.) Jedenfalls ist es derjenige, auf den uns das Urteil des Verwaltungsgerichtes hinweist und dasjenige Verfahren, welches den wenigsten Anfechtungen ausgesetzt sein wird. Ob man mit der Wahl etwas früher anfängt und etwas später aufhört, mag der Entschließung der Wahlvorsteher überlassen bleiben. Vielleicht kann an den beiden Tagen von 10 bis 7 Uhr gewählt werden, was wohl jedem genügen wird.

Vorsitzender: Wenn die Versammlung dem Votum der Statutenkommission zustimmt, so ist damit alles erledigt, was die Versammlung zu beschließen hat. Auf die übrigen hier noch angeschnittenen Fragen einzugehen, haben wir keine Veran-

lassung, und es ist auch bedenklich, hier auf Fragen einzugehen, über die die Wahlvorsteher allein zu entscheiden haben.

Herr Koch: Ich muß auf Grund meiner langjährigen Erfahrungen als Wahlvorsteher der dritten Klasse große Bedenken gegen die Ausführungen des Herrn Stadtrat von Frankenberg hegen. Wenn man bislang nur in einem Distrikte von 11 bis 6 Uhr als Wahlvorsteher zu fungieren hatte, so war man abends schon abgespannt; wenn jetzt aber die beiden Distrikte zu einem Bezirke zusammengelegt werden sollen, so möchte ich nicht Wahlvorsteher sein oder es müßte wenigstens angeordnet werden, daß an einem Tage der eine, an dem folgenden Tage aber der andere Distrikt wählt.

Herr Jasper: Die von Herrn Stadtrat von Frankenberg angeführte Entscheidung des Reichsgerichtes bezieht sich, wie auch angegeben, nur auf Reichstagswahlen. Die Verhältnisse unseres braunschweigischen Wahlrechtes sind aber leider ganz andere und damit nicht zu vergleichen; es ist deshalb auch nicht einzusehen, daß die Argumente des Reichsgerichtes für unsere hiesigen Verhältnisse maßgebend sein sollen. Es würde für uns wichtiger sein, die Städteordnung darauf anzusehen, ob sie Anhaltspunkte für den einen oder anderen Standpunkt bietet, und da finde ich nichts, was meinem Standpunkte entgegensteht. Die Wahlliste muß hier stets hochgehalten und kann nicht durch irgend welche Vorgänge abgeändert werden. Insbesondere kann es wohl nicht von Einfluß auf die Wahlberechtigung sein, ob derjenige, der in dem Jahre der Listenaufstellung seine Gemeindesteuer hier bezahlt hat, aufhören soll, wahlberechtigt zu sein. In eine Prüfung darüber einzutreten, zwecks Aenderung der Liste, ist weder tunlich, noch wäre der Wahlvorsteher in der Lage, ihn von der Wahl zurückzuhalten. Es liegt mir fern, auf ungesetzliche Handlungen hinzuweisen, aber es verstößt niemand gegen das Gesetz, der, obwohl er seine letzten Steuern nicht bezahlt hat, das Wahlrecht dennoch ausübt. Ich halte eine derartige Handlung für vollkommen zulässig und eine Wahl aus diesem Grunde nicht für anfechtbar.

Herr Stadtrat von Frankenberg: Herr Koch übersieht, daß die Verhandlungen mit denjenigen Wahlberechtigten, die zum richtigen Termine an die Wahlurne kommen, die wenigste Zeit in Anspruch nehmen, während die meiste Zeit von denjenigen beansprucht wird, die nicht zur rechten Zeit zur Wahl erscheinen.

Herr Bepliez: Ich möchte vor einem nochmaligen Abschreiben der Listen warnen, da sie sonst wenn auch unbeabsichtigte Aenderungen erfahren könnten, indem leicht einmal Namen vergessen werden können. Wie oft findet man diesen oder jenen Wähler nicht in der Liste, und es kommt dann leicht die Ansicht auf, daß der Name absichtlich vergessen ist. Es wäre deshalb besser, die Listen würden nicht abgeschrieben, sondern an einander gehftet. Die Wahl an sich ist geheim,

aber für die Wähler öffentlich. Wie wird es nun aber mit der Oeffentlichkeit während der Nacht, wo der Wahlakt ruht? Der Wähler muß doch von Beginn bis zum Schluß der Wahl beobachten können, wie der Wahlakt vor sich geht? Es erscheint nach den Entscheidungen des Verwaltungsgerichtes überhaupt fraglich, ob die Mitglieder des Wahlbüreaus in Zukunft den Wahlstisch noch werden verlassen dürfen, um z. B. das Mittagessen einzunehmen.

Herr Stadtrat von Frankenberg: Ich kann diese Bedenken in jeder Beziehung beseitigen. Zunächst glaube ich für unsere Beamten die Gewähr übernehmen zu können, daß nach der Abschrift der Listen deren ordnungsmäßige Vergleichung erfolgt und deshalb Namen nicht übersehen werden können. Es läßt sich das auch schon dadurch vermeiden, daß auf jeder Seite eine bestimmte Anzahl von Namen steht, die sich leicht kontrollieren läßt.

Was die Oeffentlichkeit der Wahlhandlung betrifft, so werden ja öffentliche Gerichtsverhandlungen auch häufig vertagt, und ich glaube nicht, daß Wähler Wert darauf legen werden, auch während der Nacht im Wahllokale zu bleiben. Die Urnen werden ordnungsmäßig versiegelt, im Protokoll wird darüber ein Vermerk gemacht und am folgenden Tage nimmt das Wahlverfahren seinen Fortgang. Ebenso grundlos scheint mir die zuletzt ausgesprochene Befürchtung zu sein. Dem Wahlvorsteher wird man es nicht verwehren können, wenn er einmal für kürzere Zeit an der Wahlhandlung nicht selbst teilnimmt. Das muß verständigem Ermessen überlassen bleiben, und ich habe zu dem gesunden Menschenverstande der Herren vom Verwaltungsgerichte das Zutrauen, daß sie darin erhebliche Unregelmäßigkeiten bei der Wahl nicht erblicken können.

Der Antrag der Statutenkommission wird darauf angenommen.

XV. Einsetzung einer Deputation zur Vorberatung von Angelegenheiten der vereinigten Versammlung.

Der Magistrat hält für zweckmäßig, daß künftig die Angelegenheiten, über die die vereinigte Versammlung des Magistrates und der Stadtverordneten nach gesetzlichen oder statutarischen Vorschriften zu entscheiden hat, in der Regel und namentlich dann, wenn über Rechtsfragen Entscheidung zu treffen ist, zuvor einer kommissarischen Beratung unterzogen werden. Es dürfte sich empfehlen, hiermit eine Deputation zu betrauen, die aus zwei Mitgliedern des Magistrates und den sieben Mitgliedern der Statutenkommission besteht und die zusammenzutreten haben würde, so oft es der nach § 111 der Städteordnung den Vorsitz führende Vorsitzende des Magistrates für erforderlich erachtet. Die Versammlung wird ersucht, dieser Maßnahme zuzustimmen. Die Vorberatung der Steuerreklamationen wird aber nach wie vor zweckmäßigerweise durch die aus einem Magistratsmitgliede

und den Vorsitzenden der Einschätzungskommissionen bestehende Deputation zu geschehen haben.

Namens der Statutentkommission empfiehlt Herr Schöttler die Genehmigung des Antrages, damit die der vereinigten Versammlung zur Entscheidung vorliegenden Sachen in ähnlicher Weise vorberaten werden können, wie die der Stadtverordnetenversammlung zugehenden Vorlagen.

Die Versammlung erklärt sich hiermit einverstanden.

Darauf wird die Sitzung geschlossen.

Dauer von 4 bis 8¹/₄ Uhr.

Verichtigung.

In dem Berichte Nr. 2 über die Sitzung vom 27. April 1905 ist auf Seite 24 richtig zu stellen, daß Herr Esdorn nicht für, sondern gegen die Magistratsvorlage gestimmt hat. Demnach ist die Magistratsvorlage mit 22 : 9 Stimmen genehmigt worden.

1905/1906.

Nr. 5.

Bericht

über die

Verhandlungen der Stadtverordneten zu Braunschweig

in deren Sitzung am 15. Juni 1905.

Tagesordnung:

I.	Projekt für die Bürgerichule nördlich der Hildesheimerstraße	Seite 136
II.	Antrag Weichsel: Anordnung von Vorgärten an der Howaldtstraße	137
III.	Antrag P e p l i e s: Neupflasterung eines Teiles der Kaiserstraße	137
IV.	Antrag S a n d e r: Plattenbelag auf der Ekerstraße	138
V.	Statut über die Befoldung der städtischen Beamten	139
VI.	Aufhebung eines Interessentenweges	146
VII.	Mitteilung über Einnahmen und Ausgaben für die katholische Schule	146
VIII.	Klage auf Erstattung von Stempelfkosten	156
IX.	Beihilfe zu den Kosten des VIII. Deutschen Stenographentages (Habelsberger	156
X.	Ueberlassung eines Grundstücks an den Elisabethverein	160
XI.	Erwerb von Flächen zum Ausbau des Bültenweges	162
XII.	Verlegung eines neuen Gashauptrohrs	162
XIII.	Erwerb von Flächen zur Howaldtstraße	163
XIV.	Feststellung von besonderen Wegegeldbeiträgen	164
XV.	Erwerb einer Fläche zum Steinwege	164
XVI.	Errichtung von vier Wärrer- u. Schuppen	164
XVII.	Antrag K a l m s: Beleuchtung der Hauptstraßen mit elektrischem Licht	165
XVIII.	Antrag K a l m s: Errichtung eines Musikpavillons auf dem Löwenwalle	165

XIX.	Einfriedigung des Museumsgrundstücks.	Seite 166
XX.	Antrag Wesemeier: Verhinderung von Ueberschwemmungen	„ 170
XXI.	Antrag Fricke: Anbringung von Wasserständen auf den Straßen	„ 171
XXII.	Anfrage Wesemeier: Bepflanzung der Straßen	„ 172

Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister Ketemeyer, Bürgermeister Meyer, Stadträte von Frankenberg und Seele, sowie Regierungs-
Assessor Dr. jur. Hartwieg.

Entschuldigt die Herren Aßenhausen, Blasius, Hauswaldt, Probst, Ribbentrop, Schmidt, Stegmann und Weichsel; außerdem fehlt Herr Lübke. Später erscheint Herr Lord.

Der Vorsitzende, Herr Wolff, eröffnet die Sitzung und macht der Versammlung zunächst folgende Mittheilungen:

Es ist bisher Brauch in der Versammlung gewesen, daß Anträge hiesiger Einwohner, die gleichzeitig an die Versammlung und an den Magistrat gelangt sind, hier zurückgestellt wurden, bis der Magistrat eine Entscheidung in der betr. Sache getroffen hatte. Es liegt mir nun eine Reihe derartiger Sachen vor und ich will mich für heute damit begnügen, mitzutheilen, wie weit deren Verfolgung gebiehet ist, indem ich mir vorbehalte, darauf später noch einmal zurückzukommen.

1. Der Vorstand des Fallersleber- und Steintor-Bezirksvereins hat um Beschleunigung des Neubaus der Steintorbrücke gebeten. Vom Magistrate ist darauf ein Bescheid in der Richtung ergangen, daß die Brücke nach den magistrats-seits gemachten Beobachtungen und Aufzeichnungen dem Verkehrsbedürfnisse noch genüge und er mit Rücksicht hierauf keine Veranlassung habe, der Anregung Folge zu geben, umsoweniger, als sich auch die Holzkonstruktion der Brücke in einem tadellosen Zustande befinden solle. Ferner sei die Brücke fiskalisch, weshalb es sich mehr empfehle, eine derartige Eingabe an die Straßen- und Wasserbauinspektion Braunschweig II zu richten.

2. Der Vorstand der Malerinnung hat angesichts der neuen Bestimmungen über die Vergebung städtischer Arbeiten ausgeführt, das erste Beispiel hinsichtlich der Vergebung solcher Arbeiten, nämlich die Arbeiten beim Kinderheim, habe dahin geführt, daß der Mindestfordernde den Zuschlag erhalten habe. Das sei kein erfreuliches Resultat und widerstrebe den aufgestellten Grundsätzen. Der Magistrat hat der Innung darauf erwidert, daß er dem Berichte der städtischen Bauverwaltung durchaus beipflichten müsse, wonach das hier gehandhabte Verfahren vollständig korrekt erscheine. Es sei wohl der Mindestfordernde mit den Arbeiten

betrant, aber dessen Forderung halte sich mit zwei anderen Bewerbern etwa in gleicher Höhe und der betreffende Unternehmer habe nach eigener Angabe noch 25 % Verdienst an der Sache gehabt. Aus diesen Gründen sei es nicht angezeigt, von dem Verfahren abzuweichen.

3. Der Vorstand des Wilhelmi- und Hohetor-Bezirksvereins hat um die Schaffung eines Spielplatzes in dem Bezirke gebeten. Der Magistrat erwiderte darauf, daß er diesen Wunsch aufs lebhafteste teile, und er schon seit Jahren darauf aus gewesen sei, geeignetes Terrain zu erwerben; die eingeleiteten Verhandlungen seien jedoch stets an der Höhe des geforderten Preises gescheitert. Da er nun nach den in anderen Fällen gemachten Erfahrungen befürchten müsse, daß, wenn jetzt bekannt werde, die Stadt wolle vor den bezeichneten Toren Terrain erwerben, die Forderungen der betr. Besitzer in die Höhe geschraubt würden. Deshalb wäre es besser, wenn der Vorstand des Vereins bei der Auswahl eines Grundstücks und bei den Erwerbsverhandlungen dem Magistrat seine Mithilfe zuteil werden lassen wollte. Das praktischste würde sein, wenn der Vorstand oder eines seiner Mitglieder als Mittelsperson eintreten würde.

4. Herr Karl Schulze hat als Vorsitzender der Maurer Braunschweigs mit Rücksicht auf die hier herrschende Baukrisis die Inangriffnahme weiterer städtischer Arbeiten gefordert. Während in normalen Zeiten hier 800 Maurer beschäftigt würden, seien jetzt etwa nur 230 Maurer in Beschäftigung. Die Versammlung der Maurer habe am 28. Februar d. Js. folgende Resolution angenommen: „1. Alle genehmigten Kommunalbauten schleunigst in Angriff zu nehmen und 2. bei Vergabung aller Arbeiten mit den ausführenden Unternehmern zu vereinbaren, daß sie nur verheiratete, hier ansässige Arbeiter beschäftigen und den hier üblichen Lohn zu zahlen haben.“ Magistratsseits ist darauf etwa folgendes erwidert worden: Die Inangriffnahme und resp. Fortführung der von den städtischen Behörden beschlossenen Kommunalbauten wird nach Möglichkeit gefördert. Eine sofortige Aufnahme der Arbeiten ist aber nicht immer möglich, weil derartige Projekte Vorarbeiten erfordern und außerdem Fristen für Erhebung von Einsprüchen innezuhalten sind, deren Wahrung durch Gesetz oder Statut vorgegeschrieben ist. Bei Vergabung aller Arbeiten mit den ausführenden Unternehmern zu vereinbaren, daß sie nur verheiratete, hier ansässige Arbeiter beschäftigen und den hier üblichen Lohn zahlen, muß Bedenken getragen werden, weil die Vorschriften über die Ausführung städtischer Bauarbeiten von den städtischen Behörden vor noch nicht Jahresfrist vereinbart sind und diese Vorschriften die erwähnten Bedingungen nicht kennen, sie würden übrigens, soweit der Ausschluß von Nichtbraunschweigern in Betracht kommt, auch ohne große Bedeutung sein, weil nach dem Berichte der städtischen Bauverwaltung schon jetzt fast ausschließlich Ortsansässige bei den städtischen Bauten beschäftigt werden.

5. Besuch von Anliegern der verlängerten Wiesenstraße um Erschließung und Instandsetzung dieses Straßenteiles. Hierzu kann konstatiert werden, daß diese Instandsetzung im Etat für 1905/06 bereits vorgesehen ist. —

Nunmehr wird zur Erledigung der Tagesordnung geschritten.

I. Projekt für die Bürgerschule nördlich der Hildesheimerstraße.

Bei Vorlegung eines genauen Projektes nebst Kostenanschlag zur Errichtung einer 26klassigen unteren Bürgerschule nebst Zubehör auf den nördlich der Hildesheimerstraße gelegenen Grundstücken Nr. 166—169 ersucht der Magistrat, dieses Projekt mit der Maßgabe zu genehmigen, daß für den Schuldiener und den Heizer (eventuell auch für beide Schuldiener) ein selbstständiges Gebäude ausgeführt, die Schulküche in einem der beiden verfügbaren Räume des Kellergeschosses untergebracht und für die beiden Abortgebäude eine Entfernung von je 2 m von der Grenze angeordnet werde. Gleichzeitig wird anheimgegeben, die zu 472470 M veranschlagten Kosten zu verwilligen.

Nach dem beigefügten Kostenanschlage werden betragen die Kosten für das Schulhaus 319 600 M, die Turnhalle 30 300 M, die Aborte 20 650 M, das Schuldienerhaus 28 850 M, die Nebenanlagen 28 220 M, das Mobiliar 39 000 M, die Turngeräte 3 650 M, die Einrichtungsgegenstände für die Schulküche 2 200 M, zusammen 472 470 M.

Namens der vereinigten Schul- und Baukommission berichtet über die Vorlage Herr Frühling: Ich konstatiere zunächst, daß sich die Versammlung über dieses Projekt schon in der Sitzung vom 22. Dezember 1904 — Seite 426 des Berichtes — schlüssig gemacht hat, indem damals das Vorprojekt genehmigt wurde. In der Sitzung der vereinigten Kommissionen ist anerkannt worden, daß das definitive Projekt in der Hauptsache mit dem Vorprojekte übereinstimmt. Den gegen das Vorprojekt getroffenen Änderungen stimmen die Kommissionen zu. Es würde sich dann noch um den Kostenpunkt handeln. Ursprünglich wurden vom Magistrat für den Schulbau 456 000 M gefordert, während das jetzige Projekt 472 470 M vorsieht. In den Kommissionen war man der Meinung, daß die städtische Bauverwaltung sich in den Grenzen des ersten Kostenanschlages hätte halten müssen und deshalb hier eventuell eine Zurückweisung der Kostenüberschreitung in Frage kommen könne. Andererseits wurde aber erwogen, daß es dringend notwendig sei, so schnell wie möglich mit den Bauten zu beginnen, um nicht eine Kalamität hinsichtlich der Einschulung der Kinder hervorzurufen, und daß außerdem ein Teil der Mehrkosten voraussichtlich durch Ersparnisse sich werde wieder einbringen lassen. Die Kommissionen haben sich deshalb einstimmig dahin schlüssig gemacht, unter diesen Umständen die Genehmigung der Vorlage mit den vom Magistrat gewünschten Änderungen zu empfehlen. Nur in einer Beziehung haben sie gewünscht, eine

Änderung an dem Projekte vorzunehmen und zwar bezüglich der Dachkonstruktion des Hauptgebäudes. Diese Konstruktion wird dadurch etwas verändert, daß die Lehrsche in den Keller verlegt werden soll. Die Kommissionen empfehlen deshalb, der Magistratsvorlage den Zusatz hinzuzufügen, daß von der städtischen Bauverwaltung noch ein anderweites Projekt für die Dachkonstruktion aufzustellen sei und dessen Ausführung nach Gutheißung durch die Baukommission stattzufinden habe. Eine Verzögerung des Baues tritt dadurch nicht ein.

Die Magistratsvorlage wird sodann nach dem Antrage der vereinigten Kommissionen genehmigt.

II. Antrag Weichsel: Anordnung von Vorgärten an der Howaldtstraße.

Der in der Sitzung vom 11. Mai d. Js. — Seite 83 des Berichtes — gestellte und begründete Antrag lautet:

„Die Versammlung wolle beschließen, den Magistrat um Anordnung von Vorgärten an der Südseite der Howaldtstraße auf dem Hildebrandtschen Grundstücke zu ersuchen.“

Namens der Baukommission berichtet über den Antrag Herr Wolters: Diese Angelegenheit hat die Versammlung schon mehrfach beschäftigt. Vor ungefähr einem Jahr ist erst beschlossen worden, der Idee nicht stattzugeben und bei der allgemeinen Vorlage über die Anlegung von Vorgärten in der Außenstadt ist ebenfalls der Ansicht Ausdruck gegeben, daß die Howaldtstraße einen Vorgarten nicht erhalten möge. Auf diesem Standpunkte steht auch die Baukommission und empfiehlt deshalb Ablehnung des Antrages. Die Gründe sind dieselben, welche schon früher zur Ablehnung geführt haben: Die Howaldtstraße ist vermöge ihres starken Gefälles nicht geeignet, einen großen Fuhrwerksverkehr aufzunehmen und es ist für diesen Verkehr auch die demnächstige Verlängerung der Hochstraße nach der Helmstedterstraße zu bestimmt. Ferner spricht gegen die Anlegung von Vorgärten an dieser Stelle der Grund, daß dann das Hildebrandtsche Grundstück kaum noch bebauungsfähig bleiben würde. Endlich kann die für die Südseite der Howaldtstraße vorgesehene Baulinie bis zur Helmstedterstraße nur dann fortgesetzt werden, wenn ihr letzter Teil keine Vorgärten erhält.

Die Versammlung lehnt darauf den Antrag ab.

III. Antrag Peplics: Neupflasterung eines Teiles der Kaiserstraße.

Ueber den in der Sitzung vom 11. Mai d. Js. — Seite 84 des Berichtes — gestellten und begründeten Antrag:

„Die Versammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, baldmöglichst eine Vorlage vorzubereiten, durch welche die Neupflasterung

der Kaiserstraße auf der Strecke vom Nickelnkulle bis zum Wollmarke angeordnet werde“,

berichtet namens der Baukommission Herr Wolters: Die Baukommission hat bei der Beratung des Antrages denselben Standpunkt eingenommen, den sie wiederholt bei ähnlichen Anträgen beobachtet hat. Sie erkennt an, daß es technisch wünschenswert wäre, eine solche Neupflasterung vorzunehmen, jedoch würde durch eine so bedeutende Ausgabe unser Etat vollständig über den Haufen geworfen werden. Die finanziellen Bedenken haben deshalb die Baukommission dahin geführt, Ihnen die Ablehnung des Antrages zu empfehlen. Indessen war sie der Meinung, es möchte dem Magistrate zur Erwägung anheimgegeben werden, ob die Einstellung der Straßenstrecke sich vielleicht für den nächstjährigen Etat ermöglichen ließe. Von Herrn Lübke wurde auch die Anregung gegeben, ob es nicht angängig sei, das Tempo der Straßeninstandsetzungen mehr zu beschleunigen als bisher, jedoch hat die Baukommission dazu nicht Stellung genommen. Es ist bei der Gelegenheit auch darauf hingewiesen worden, daß schon vor mehreren Jahren zwischen dem Magistrate und der Finanzkommission die Idee Gegenstand einer längeren Beratung gewesen ist, ob man nicht eine bestimmte Summe für die Instandsetzung der Straßen auf eine Reihe von Jahren aussetzen wollte, jedoch ist man dieser Idee nicht gefolgt, sondern hat vorgezogen, zu empfehlen, die Summe von Jahr zu Jahr nach dem allgemeinen Bedürfnisse festzusetzen.

Der Antrag Peplies wird hierauf ebenfalls abgelehnt.

IV. Antrag Sander: Plattenbelag auf der Okerstraße.

Der in der Sitzung vom 11. Mai d. Js. gestellte und begründete Antrag — Seite 88 des Berichts — lautet:

„Die Versammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, die beiderseitigen Fußwege der westlichen Hälfte der Okerstraße mit Platten zu belegen.“

Herr Fricke (als Berichterstatter): Die Baukommission hat festgestellt, daß die östliche Hälfte der Okerstraße beiderseits mit Platten belegt ist, während auf der westlichen Hälfte die beiderseitigen Fußwege zwar nur grandiert, jedoch in einem besseren Zustande sind, als auf manchen anderen Straßen. Mit Rücksicht auf die Finanzlage der Stadt hat deshalb die Baukommission beschlossen, den Antrag zur Ablehnung zu empfehlen. Es würde sich um eine Frontlänge von 200 m handeln, die etwa 2000 M kosten dürfte.

Herr Sander: Nach der bisher bei der Belegung der Fußwege mit Platten beobachteten Gepflogenheit habe ich nicht annehmen können, daß der Antrag abgelehnt werden könnte. Es ist sonst immer gesagt worden, wenn die Mehrheit der Anlieger für die Belegung der Fußwege mit Platten sei, so genüge das, und in

diesem Falle hat sich doch die Mehrheit dafür erklärt, denn es handelt sich nur um drei Anlieger, von denen zwei für den Plattenbelag sind, während der dritte Anlieger, die Stadt, noch keine Erklärung abgegeben hat. (Heiterkeit.) Es ist ein eigen Ding, wenn die Versammlung solchen Anträgen zustimmt, sobald dabei nur Privatleute in Frage kommen, während sie einen entgegengesetzten Standpunkt einnimmt, wenn die Stadt selbst Anliegerin ist. Einen solchen Standpunkt wird man in der Bürgerschaft nicht begreifen können, wenn man ihn in dem vorliegenden Falle auch befürchtet hat. Die beiden Anlieger haben mir gleich gesagt, Sie werden mit dem Antrage kein Glück haben, weil die Stadt mit bezahlen muß und die ist zähe. (Heiterkeit.) Mit Rücksicht hierauf und da die Fußwege dort keineswegs in einem so vorzüglichen Zustande sind, wie der Herr Referent geschildert hat, möchte ich bitten, meinem Antrage zuzustimmen.

Herr Bürgermeister Meyer: Ich möchte Herrn Sander um Auskunft bitten, weshalb er die beiden Anlieger nicht an den Magistrat verwiesen hat, da es nicht unmöglich gewesen wäre, daß dann durch die einzuleitenden Vorverhandlungen eine Klärung geschaffen wäre, die zu einer Vorlage an die Versammlung geführt haben könnte.

Herr Sander: Die Anlieger haben befürchtet, daß sie dann erst recht abgewiesen würden.

Bei der nun folgenden Abstimmung wird zunächst der Antrag der Baukommission und sodann auch der Antrag Sander abgelehnt.

Herr Sander (zur Geschäftsordnung): In anderen Fällen geschieht es doch nicht, daß über den Antrag selbst noch einmal abgestimmt wird. Nach Ablehnung des Antrages der Baukommission war doch mein Antrag angenommen.

Vorsitzender: Ich habe über Ihren Antrag positiv abstimmen lassen, nachdem der Antrag der Baukommission abgelehnt worden war, denn durch die Ablehnung des Kommissionsantrages war Ihr Antrag noch nicht angenommen, wie das Votum der Versammlung auch gezeigt hat. Wenn die Versammlung übrigens mein Verhalten mißbilligt, so bitte ich, das zum Ausdruck zu bringen.

V. Statut über die Bezahlung der städtischen Beamten.

Mit dem Antrage der Versammlung vom 27. April d. J., betr. die Aenderung der Gehaltsbestimmungen für die städtischen Beamten — Seite 25—30 des Berichtes —, erklärt sich der Magistrat unter Befürwortung der folgenden Abweichungen einverstanden:

- 1) Nach den Ordnungen für die städtische Oberrealschule, die gehobenen Mädchenschulen und die Bürgerschulen ist das Aufsteigen des Beamten im Gehalte durch treue Pflichterfüllung bedingt, und ebenso können den nicht zu den Richtern gehörenden staatlichen Beamten nach den Vorschriften

des Gesetzes Nr. 3 vom 14. Januar 1901 die Alterszulagen bei unbefriedigender Dienstführung versagt werden. Wir halten für zweckmäßig, eine gleichartige Vorschrift auch für die städtischen Beamten zu erlassen.

- 2) Die Versammlung hat unserem Antrage gemäß beschlossen, daß den zur Anstellung gelangenden Militäranwärtern im Falle der Versetzung in den Ruhestand als pensionsfähige Dienstzeit künftig nur diejenige Zeit solle angerechnet werden, die sie nach vollendetem 25. Lebensjahre, sei es als Unteroffizier oder im städtischen Vorbereitungs- oder Probendienst, zugebracht haben.

Um diese Einschränkung der gesetzlichen Ansprüche nicht in jedem Einzelfalle durch Vertrag festlegen zu müssen, empfiehlt sich die Aufnahme einer entsprechenden Vorschrift in den gleichzeitig zur Vorlage kommenden Entwurf eines Statuts über die Besoldung der Beamten der Stadt Braunschweig.

- 3) Bei Versetzung der städtischen Beamten in den Ruhestand sind bisher (ebenso wie solches bei den Staatsbeamten üblich ist) angefangene Dienstjahre für voll gerechnet. Da es indessen an einer bezüglichen Vorschrift fehlt, so dürfte sich zur Vermeidung von Zweifeln ihr Erlass auf statutarischem Wege empfehlen.
- 4) Ähnlich verhält es sich mit der bislang schon regelmäßig erfolgten Anrechnung der Zeit, die ein in den Ruhestand tretender städtischer Beamter zuvor im Staatsdienst verbracht hat. Im § 136 des Zivilstaatsdienstgesetzes, dessen Vorschriften nach § 89 der Städteordnung zur „entsprechenden“ Anwendung kommen sollen, konnte selbstverständlich die im Braunschweigischen Staatsdienste zugebrachte Dienstzeit nicht erwähnt werden; da indessen nach der Vorschrift unter Nr. 1 daselbst die im Dienste des Reiches oder eines anderen Bundesstaates zugebrachte Dienstzeit zur Anrechnung kommt, so muß daselbst auch von den dem Braunschweigischen Staate geleisteten Diensten der städtischen Beamten gelten.

Um auch hierüber etwaige Zweifel auszuschließen, ist in den Entwurf eine entsprechende Vorschrift aufgenommen.

- 5) Zu dem Gehaltstarif:

a. Zu Nr. III.

Daß dem gegenwärtigen Direktor der städtischen Licht- und Wasserwerke vertragsmäßig zugebilligte Anfangsgehalt ist — ebenso wie dessen jetziges Gehalt — geringer, als das unter III des bisherigen Tarifs ausgesetzene Anfangsgehalt (6600 M.). Würde der neue Tarif ohne Vor-

behalten festgestellt werden, so würde damit der oben gedachte Vertrag hinfällig werden.

Wir sind der Ansicht, daß es sich empfiehlt, den Gehaltsatz dieses Beamten (wie solches auch bei verschiedenen anderen einzelnen Beamten absichtlich geschehen ist) nicht durch den Tarif festzulegen, sondern von Fall zu Fall vertragsmäßig zu vereinbaren, weil je nach Lage der Verhältnisse die Festsetzung entweder eines niedrigeren oder aber auch höheren Anfangsgehaltes und unter Umständen auch die Bewilligung eines höheren Endgehaltes ratsam erscheinen kann.

Die Nr. III des Tarifs ist danach abgeändert.

b. Zu Nr. IX und XIII.

In der uns mit dem Antrage vom 27. April d. Js. unterbreiteten Uebersicht der Gehälter ist gesagt:

unter IX: Ingenieure und Architekten mit einer nicht abgeschlossenen Hochschulbildung
und

unter XIII: Technische Hilfsbeamte ohne abgeschlossene Bau-
gewerk- oder Fachschulbildung.

Wir legen Wert darauf, daß in beiden Fällen gesagt werde: mit einer nicht abgeschlossenen Bildung, weil es aus dienstlichen Rücksichten wünschenswert erscheint, in die fraglichen Stellen nur solche Personen aufzunehmen, die wenigstens eine Zeitlang eine der erwähnten Schulen besucht haben. In der Regel wird diese Ausbildung, wenn sie praktischen Wert haben soll, mindestens ein Jahr gedauert haben müssen; doch erscheint uns die Festlegung der Zeitdauer weder zweckmäßig, noch auch erforderlich, da bei Ausschreibung dieser Stellen regelmäßig Gesuche in großer Zahl eingehen.

c. Zu Nr. XIII.

Wir sind damit einverstanden, daß die Möglichkeit geschaffen wird, einzelnen der unter XIII aufgeführten Beamten den unter XI ausgeworfenen Gehaltsatz zu bewilligen und haben eine dementsprechende Vorschrift in den Entwurf aufgenommen. Wir müssen aber dabei von vornherein betonen, daß diese Vergünstigung in erster Linie davon wird abhängig zu machen sein, daß die Leistungen des betreffenden Beamten nach dem pflichtmäßigen Ermessen der städtischen Bauverwaltung denen der Beamten in Gruppe XI gleichwertig sind, und daß dabei auch das Lebens- bzw. Dienstalter des Beamten berücksichtigt wird. Die Vergünstigung wird ferner regelmäßig nur einem Teile und höchstens der

Hälfte der unter XIII des Tarifs fallenden Beamten zuteil werden können, weil andernfalls die ganze Unterscheidung ohne praktischen Wert sein würde. Endlich aber legen wir auch Wert darauf, daß die höhere Be-
 foldung nur mit Zustimmung der Versammlung, der bezüglich die Vorschläge bei Vorlegung des Haushaltsplans zu unterbreiten sein würden, soll
 gewährt werden können.

Es wird anheimgegeben,

dem vorgelegten Statutentwurfs, dessen sonstige Bestimmungen einer näheren Begründung nicht bedürfen werden, zuzustimmen.

Namens der Statutenkommission berichtet über die Vorlage Herr Schöttler: Es handelt sich hier nur noch um eine Formalität, nämlich darum, dem früheren Beschlusse der Versammlung die Form eines Statuts zu geben. Die Statutenkommission hat gegen die Form, welche der Magistrat der Sache gegeben hat, im allgemeinen nichts einzuwenden, insbesondere ist sie auch mit den Bemerkungen ein-
 verstanden, die der Magistrat zu der Vorlage gemacht hat.

Nur inbezug auf einen Punkt wünscht die Statutenkommission eine Aenderung. Nach dem § 4 des Entwurfs soll nur das Statut Nr. 20 vom 4. Mai 1903 durch das neue Statut aufgehoben werden, während das Statut Nr. 16 erhalten bleiben würde. Da nun das Statut Nr. 20 eine Abänderung des Statuts Nr. 16 ist und von diesem nach Aufhebung des ersteren nur zwei Paragraphen erhalten bleiben würden, von denen der eine durch das neue Statut überflüssig werden würde, so hält es die Statutenkommission für zweckmäßiger, das Statut Nr. 16 ebenfalls aufzuheben und den einzigen übrigbleibenden Paragraphen mit in das neue Statut aufzunehmen.

Ich würde nun zu den einzelnen Paragraphen des Entwurfs selbst übergehen. Zu den §§ 1 und 2 findet sich kommissionsseitig nichts zu erinnern.

Herr Wiehle: Ich möchte bitten, den § 2 des Entwurfs zu streichen. Es hört sich ganz nett an, wenn hier steht: „Das Aufrücken in eine höhere Gehaltsklasse ist durch treue Pflichterfüllung bedingt“, aber ich meine, wenn ein städtischer Beamter nach einer Probefristzeit angestellt wird, so haben wir auch die Gewißheit, daß er sich für den ihm zugedachten Posten eignet. Wir gehen bei unserm Antrage von der Voraussetzung aus, daß jemand, der vom Magistrat zur Anstellung empfohlen wird, die treue Pflichterfüllung gewissermaßen schon in sich aufgenommen hat, so daß der § 2 des Entwurfs überflüssig erscheint. Wir können auch den Zweifel nicht unterdrücken, daß dieser Paragraph geeignet erscheint, dem Beamten das Aufrücken in höhere Gehaltsklassen zu verleiden, oder doch zu erschweren und daß derjenige, welcher recht liebenswürdig und freundlich mit seinen Vorgesetzten ist, eher aufrücken wird, als wer das nicht kann. Jedem ist es aber nicht gegeben, sich bei dem Vorgesetzten beliebt zu machen, weshalb eine solche Bestimmung der

treuen Pflichterfüllung nicht Vorschub leistet, sondern bei den Beamten Unfrieden hervorruft.

Herr Schöttler: Wenn Sie der Anregung des Herrn Vorredners Folge geben wollten, so würden die Ordnungen für die Oberrealschule, die gehobenen Mädchenschulen und die Bürgerschulen auch entsprechend geändert werden müssen, da kein Grund vorliegt, es hier anders zu machen. Was die Sache selbst anbetrifft, so lege ich kein übermäßiges Gewicht auf diese Vorschrift, da von ihr kaum einmal praktischer Gebrauch gemacht werden wird; ich betrachte die Vorschrift mehr als einen Avis au lecteur, d. h. es ist gut, daß sie hier steht, die Beamten können sich danach richten. Wenn die Vorschrift nicht gegeben wird, so wäre allerdings gegen pflichtvergeßene Beamte schwer anzukommen, es sei denn, daß das Disziplinarverfahren eingeleitet würde, was aber mit Schwierigkeiten verbunden ist. Die Befürchtung des Herrn Wiehle, daß die Vorschrift dazu führen könnte, die Liebedienerei der Beamten gegenüber dem Magistrate zu fördern, teile ich nicht; wir haben wirklich keine Ursache, das anzunehmen und brauchen nicht so ängstlich zu sein.

Herr Oberbürgermeister Ketemeyer: Die Bedenken des Herrn Wiehle könnten allenfalls für begründet erachtet werden, wenn die Vorschrift dahin lautete, daß die Bewilligung der Zulagen von der Zustimmung des Magistrates abhängig wäre. Das ist aber gar nicht der Fall, sondern jeder Beamte hat Anspruch auf die Alterszulage und sie kann nur versagt werden bei mangelnder Pflichterfüllung, jedoch muß die Versammlung zu solcher Versagung ihre Zustimmung geben. Wenn nun auch vielleicht der eine oder andere Beamte infolge mißverständlicher Auffassung seiner Stellung dem Magistrate gegenüber Liebedienerei üben würde, so glaube ich doch, daß dies der Versammlung gegenüber nicht versagen könnte.

Der Antrag Wiehle wird hierauf abgelehnt, während die §§ 1 und 2 des Statutentwurfs die Billigung der Versammlung finden.

Herr Schöttler: Hinter § 2 würde sodann der § 2 des Statuts Nr. 16 als § 3 einzuschalten sein, folgenden Wortlauts:

„Der Schlußsatz des § 36 des im § 1 gedachten Statuts wird durch folgende Bestimmung ersetzt:

Bei Versetzung eines Beamten auf eine den Abteilungen XVI bis einschließlich X der Gehaltsbestimmungen angehörende Amtsstelle wird denselben diejenige Zeit, welche er auf der bisherigen Amtsstelle zugebracht hat, bei seiner Einreihung in die Gehaltsstufen der neuen Amtsstelle eingerechnet. Im übrigen bestimmen die städtischen Behörden im Einzelfalle, ob und in welchem Umfange bei Versetzung eines Beamten auf eine andere Amtsstelle

diejenige Zeit, welche derselbe auf der seitherigen Amtsstelle zugebracht hat, für die Bewilligung der Zulage in der neuen Amtsstelle eingerechnet werden solle."

Herr Oberbürgermeister Ketemeyer: An diesem neuen § 3 des Entwurfs müßte eine kleine Aenderung insofern vorgenommen werden, als im Eingange zu sagen sein wird: „Der Schlußsatz des § 36 des Statuts Nr. 1 vom 24. März 1893 wird durch folgende Bestimmung ersetzt.“ Die genaue Fassung wird wohl dem Magistrate überlassen bleiben können.

Die Versammlung ist hiermit einverstanden.

Herr Schöttler: Der § 3 des Entwurfs wird also § 4 werden, während der § 4 als § 5 zu bezeichnen ist.

Der letztere Paragraph würde folgende Fassung zu erhalten haben:

„§ 5. Das Statut Nr. 16 vom 16. August 1900, die Normalgehälter der Beamten der Stadt Braunschweig betr., und das Statut Nr. 20 vom 4. Mai 1903, betreffend Abänderung des Statuts Nr. 16 vom 16. August 1900, die Normalgehälter der Beamten der Stadt Braunschweig betreffend, werden aufgehoben.“

Die §§ 4 und 5 werden darauf in der von der Statutenkommission beantragten Fassung gutgeheißen.

Zum § 6 (neu) hat die Statutenkommission nichts zu erinnern.

Herr Wiehle: Ich möchte beantragen, die nach den Vorschriften dieses Statuts den städtischen Beamten zukommenden Gehälter nicht erst vom 1. Juli, sondern schon vom 1. April 1905 ab zu zahlen. Die Sache hat sich so lange hinausgezogen, daß es der Billigkeit entspricht, die höheren Gehaltsätze schon vom 1. April ab zu zahlen.

Vorsitzender: Da die Vorlage vom 19. Mai d. Js. datiert, so konnte sie nicht schon vor dem 1. April erledigt werden.

Herr Esdorn: Ich kann mich dem Antrage Wiehle nur anschließen. Der Magistrat hat ja auch bei früherer Gelegenheit erklärt, es stünde nichts im Wege, die Gehälter vom 1. April ab nachzahlen zu lassen. Wir haben die Steuererhöhung vom 1. April d. Js. ab bewilligt und können daher auch die höheren Gehälter von diesem Zeitpunkte ab bezahlen.

Der § 6 wird mit der von Herrn Wiehle beantragten Aenderung und sodann auch der Schlußsatz des Entwurfs angenommen.

Herr Schöttler: Die dem Statute beigegebenen Gehaltsbestimmungen entsprechen den früheren Beschlüssen der Versammlung. Hierzu hat der Magistrat in seinem Begleitschreiben zwei erläuternde Bemerkungen gemacht. Die eine betrifft das Gehalt des Direktors der Licht- und Wasserwerke, welches in den Gehaltstarif aus den angegebenen Gründen nicht aufgenommen worden ist. Die Statuten-

kommission ist auch der Meinung, daß es Schwierigkeiten machen würde, einen für alle Verhältnisse zutreffenden Gehaltstarif für diese Stelle zu finden. Es wird sozusagen von der Lage des Marktes abhängen, was für einen Mann man für die Stelle gewinnen kann, und es ist deshalb am besten, mit diesem jedesmal einen besondern Vertrag zu schließen, wie das auch mit dem jetzigen Direktor geschehen ist. Wenn die Herren aber die Aufnahme von Gehaltsbestimmungen für die Stelle dennoch wünschen sollten, so würden wir in dem Statute wieder eine besondere Ausnahme schaffen müssen, um nicht sofort zu bewirken, daß unser früherer Beschluß, betreffend das Anfangsgehalt des Direktors der Licht- und Wasserwerke, beseitigt würde. —

Es erhebt sich hiergegen kein Widerspruch. —

Was die andere erläuternde Bemerkung des Magistrates anlangt, so wünscht derselbe die Bemerkung zu IX und XIII übereinstimmend folgendermaßen gefaßt zu sehen: „mit einer nicht abgeschlossenen Bildung.“ Ich hatte allerdings seinerzeit persönlich Bedenken gegen diese Fassung, wenn aber der Magistrat Wert darauf legt, so will ich gern meine Bedenken aufgeben.

Unter c bemerkt sodann noch der Magistrat in seinem Ansichreiben, daß er die Möglichkeit schaffen möchte, einzelnen der unter XIII aufgeführten Beamten die unter XI ausgeworfenen Gehaltsätze zu bewilligen, weshalb er eine entsprechende Vorschrift in den Entwurf aufgenommen habe. Die Versammlung war hiermit schon früher einverstanden und auch die Statutenkommission schließt sich der Ansicht des Magistrates an. Sie ist mit dem Magistrate weiter darin einverstanden, daß eine gewisse Beschränkung hierbei eintreten muß, weil sonst die ganze Klasse XIII in XI übergehen und jeder Unterschied wegfallen würde.

Die Versammlung erklärt sich auch hiermit einverstanden.

Herr Sander: Ich möchte den Wunsch äußern, daß auch den Beamten, die aus der Gruppe XIII in die Gruppe XI übernommen werden, das höhere Gehalt schon vom 1. April d. Js. ab gewährt wird.

Herr Schöttler: Das geht schon deshalb nicht, weil wir noch gar nicht wissen, welche Beamten dabei in Frage kommen. Herr Sander kann daher einen solchen Antrag erst stellen, wenn eine entsprechende Magistratevorlage zur Verhandlung steht.

Herr Sander: Ich habe keinen Antrag gestellt, sondern wollte nur eine Anregung geben. Die städt. Bauverwaltung wird ebenso wie der Magistrat wohl heute schon wissen, welche Beamten dabei in Frage kommen.

Herr Esdorn: Ich möchte den Wunsch des Herrn Sander dahin abändern, daß uns der Magistrat schon für die nächste Sitzung eine entsprechende Vorlage macht.

Herr Südel: Bei den früheren Verhandlungen ist es meiner Erinnerung nach als wünschenswert bezeichnet worden, den Registrator des Stadtarchivs in der Gruppe XV zu streichen und ihn so zu behandeln, wie den Direktor der Licht- und Wasserwerke und andere, die nicht mit in die Gehaltsordnung aufgenommen sind.

Vorsitzender: Von der Versammlung ist ein solcher Beschluß nicht gefaßt worden; es kann vielleicht in der Kommission darüber gesprochen sein.

Herr Oberbürgermeister Ketemeyer: Es handelt sich dabei um einen bestimmten Beamten, weshalb es mir bedenklich erscheint, sich darüber in öffentlicher Sitzung zu äußern.

Das Statut wird darauf mit den Gehaltsbestimmungen in der im einzelnen festgesetzten Fassung genehmigt.

VI. Aufhebung eines Interessentenweges.

Die Feldmarksgemeinde Neupetritor beabsichtigt, von dem am Ostrande des von Pawelschen Holzes entlang ziehenden Interessentenwege verschiedene Teilflächen nebst der zugehörigen Hälfte des Grenzgrabens an die Anlieger Klingelhöfer und Wolter zu veräußern und die Aufhebung der Wegestrecke herbeizuführen. Der Magistrat hat hiergegen nichts einzuwenden und ersucht, der Aufhebung der betr. Strecke des Interessentenweges zuzustimmen,

was auf Empfehlung der Baukommission, für welche Herr Rathe berichtet, geschieht.

VII. Mitteilung über Einnahmen und Ausgaben für die katholische Schule.

Der Kirchenvorstand der St. Nikolai-Gemeinde hat an die Versammlung eine Eingabe etwa folgenden Inhalts gerichtet: In den Verhandlungen der Stadtverordneten vom 11. Mai 1905 — Seite 41 ff. des Berichtes — sind von einigen Rednern nicht zutreffende Ausführungen gemacht worden, die wir zur Vermeidung falscher Auffassungen nachstehend richtig stellen wollen. Wir haben diese Richtigstellung auch der Presse zur Veröffentlichung übermittelt unter Berücksichtigung des Umstandes, daß durch deren Berichte die irrtümlichen Angaben in weitestem Bevölkerungskreise gedungen sind.

Es ist gesagt worden, daß der Stadt durch die Uebernahme der katholischen Schule zurzeit eine Mehrausgabe von 37 000 M jährlich erwüchse. Das ist nicht richtig, vielmehr würde sich eine solche von nur etwa 15 000 M ergeben. Für 1905/06 ist allerdings ein Kirchensteuerbetrag von 16 209 M ausgeschrieben, die zwischen beiden Beträgen liegende Differenz von 1209 M deckt aber noch nicht einmal völlig die Vergütung für die 30 wöchentlichen Unterrichtsstunden der Religionslehrer. Hieraus ergibt sich, daß die Angabe, ein Viertel der gesamten Kirchensteuer würde für andere Zwecke verwandt, unrichtig ist.

	Die Kirchensteuer hat betragen:		Für die Schule sind angewendet worden:	
	nach den Angaben in der Stadtverordneten- versammlung	in Wirklichkeit	nach den Angaben in der Stadtverordneten- versammlung	in Wirklichkeit
	M	M	M	M
1899/1900	11 153	10 635, ⁰⁷	11 106	12 571, ⁶²
1900/1901	12 950	11 337, ⁶⁷	10 220	13 511, ⁷⁴
1901/1902	10 973	9 735, ⁰⁸	7 273	10 340, ⁹¹
1902/1903	12 184	11 044, ⁸⁹	10 040	11 897, ⁵¹
1903/1904	12 358	11 303, ⁹⁰	8 200	12 321, ¹⁹
∑.	59 618	54 056, ⁶¹	46 839	60 642, ⁹⁷

Hieraus ergibt sich eine Mindereinnahme an Kirchensteuer für diese fünf Jahre von 5561,³⁹ M, dagegen eine Mehrausgabe für die Schule von 13 803,⁹⁷ M. Gegenüber der Kirchensteuer von 54 056,⁶¹ M ist also für die Schule eine wirkliche Mehrauswendung seitens der Gemeinde von 6 586,³⁶ M vorgekommen.

Wenn ferner erwähnt wurde, daß wir wohl unsere Schule abgeben, aber die Kirchensteuer beizubehalten wünschten, so erwidern wir darauf, daß die Bestrebungen nach Uebernahme der Schule durch die Stadt die Herabminderung der jetzigen hohen Kirchensteuer bezwecken.

Herr Nolte: Die Schulkommission hat diese Eingabe, die ihrem wesentlichen Inhalte nach auch in der Nr. 21 des Braunschweiger Wochenblattes vom 21. Mai 1905 veröffentlicht worden ist, eingehend durchberaten. Es handelt sich dabei um zwei Gruppen von Behauptungen. Zunächst wird behauptet,

die in meinem Referate vom 11. Mai d. Js. enthaltene Angabe, daß der Stadt durch die Uebernahme der katholischen Schule für das erste Jahr eine Mehrbelastung von 37 000 M erwachsen würde, sei unrichtig; tatsächlich würde nur eine Mehrbelastung von 15 000 M entstehen.

Die Schulkommission ist aber nach nochmaliger eingehender Beratung der Angelegenheit zu der Ueberzeugung gekommen, daß nicht die Behauptung ihres Referenten, sondern die gegenteilige Behauptung des Kirchenvorstandes unrichtig ist. Die betr. Stelle in meinem Referate lautet:

„Ferner würde die sich aus der Uebernahme der Schule ohne zwingende Notwendigkeit ergebende finanzielle Belastung der Stadt eine

sehr große sein. Es handelt sich zurzeit um 1230 Kinder, für die jetzt ein Zuschuß von je 25 M jährlich geleistet wird. Nach dem letzten Verwaltungsberichte mußte die Stadt im Jahre 1900/01 für die Bürgerschulen eine Summe von 782890 M zuschießen, was auf jeden Kopf der damals vorhandenen 15795 Kinder etwa 49 M bringt. Diese Rechnung würde sich selbstverständlich noch viel ungünstiger gestalten, wenn man nur die unteren Bürgerschulen berücksichtigte, in die die katholischen Kinder mit verhältnismäßig wenigen Ausnahmen aufzunehmen sein würden. Der Zuschuß wird sich inzwischen noch erheblich vergrößert haben; auch sind die aus dem Schulhausbaufonds bestrittenen Kosten für Errichtung und Ausstattung neuer Schulen noch gar nicht berücksichtigt. Es würde also mindestens der Stadt eine Mehrbelastung von zunächst 30 M pro Kopf des Kindes, oder für 1230 Kinder eine solche von 37000 M im ersten Jahre bei Uebernahme der Schule erwachsen."

Diese sich auf das Rechnungsjahr 1900/01 stützenden Angaben sind zutreffend.

Ich habe inzwischen an der Hand der Voranschläge und Schulberichte für die Jahre 1901/02, 1902/03 und 1903/04 bezw. der darin enthaltenen Angaben über die wirklichen Einnahmen und Ausgaben die betr. Rechnung auch auf diese Rechnungsjahre ausgedehnt und bin zu folgenden Resultaten gekommen:

Es haben an Kindern besucht:

	die unteren städt. Bürger- schulen	die mittleren Knaben- schulen	die mittleren Mädchen- schulen	jämmtliche städt. Bürger- schulen	An Zuschuß ist gezahlt worden: im ganzen M	für ein Kind M
1901/02	9419	4153	3013	16 585	805 715	48,50
1902/03	9765	4122	3036	16 923	829 760	49,00
1903/04	10 007	4132	3045	17 184	770 903	44,86

Während sich also der Zuschuß in den drei Jahren 1900/01 bis 1902/03 im wesentlichen gleich geblieben ist, ist er im letzten Jahre um etwa 4 M pro Kind gesunken. Daß die Lasten trotz der Zunahme der Kinder — seit 1900/01 bis 1903/04 um 1389 — nicht mehr gewachsen sind, erklärt sich daraus, daß nach den betr. Etats vom Staate höhere Zuschüsse gezahlt worden sind, als Ersatz von $\frac{3}{4}$ der infolge des Gesetzes vom 28. Juni 1902 eingetretenen Mehraufwendungen an Lehrergehältern. Es sind nämlich vom Staate gezahlt worden: 1903/04 = 92000 M, 1904/05 = 97000 M, 1905/06 = 99000 M, während die betr. Zuschüsse früher erheblich geringer waren.

Trotzdem wird die Verminderung der städtischen Zuschüsse nur eine vorübergehende sein, was daraus hervorgeht, daß an Zuschüssen gefordert sind: für 1903/04 = 782600 M., 1904/05 = 819800 M., 1905/06 = 864100 M. Aus der mitgeteilten geringen Schwankung kann man also nicht den Schluß ziehen, daß die Zuschüsse für den Kopf des Kindes sich dauernd vermindern werden; sie dürften sich vielmehr auf der Höhe von rund 50 M. halten, wenn sie nicht noch darüber hinausgehen werden.

Nun ist noch zu berücksichtigen, daß die die katholische Schule besuchenden Kinder bei etwaiger Uebernahme der Schule seitens der Stadt zum bei weitem größten Teile in die unteren Bürgerschulen aufgenommen werden müßten, daß aber, wenn man die von der Stadt zu leistenden Zuschüsse gesondert für jedes die mittleren und jedes die unteren Bürgerschulen besuchende Kind berechnen würde, für jedes Kind der mittleren Schule ein Zuschuß von rund 50 M. nicht zu zahlen sein würde, während der Zuschuß für jedes Kind der unteren Schulen sich erheblich höher stellen würde, und zwar aus folgenden Gründen: Nach dem Vorschlage von 1903/04 betrug die Gesamteinnahme an Schulgeld 174136 M.; davon entfielen auf die mittleren Bürgerschulen 155736 M. und auf die unteren Bürgerschulen 18400 M., also auf die mittleren Schulen rund $8\frac{1}{2}$ mal so viel als auf die unteren Schulen, obwohl letztere von 10007 Kindern und erstere nur von 7177 Kindern besucht wurden. Nach dem Exekutionsetat desselben Jahres hat die Gesamteinnahme an Schulgeld 172986 M. betragen. Dazu kommt noch, daß für die die unteren Schulen besuchenden Kinder alle Schulbücher und sonstigen Unterrichtsmittel frei geliefert werden, was nach dem Etat für 1903/04 einen weiteren Aufwand von 23000 M., in Wirklichkeit sogar von 25766,98 M. erfordert hat.

Wenn ich also gerechnet habe, daß jedes Kind der katholischen Schule der Stadt zunächst nur 55 M. jährlich kosten würde, so ist das sehr niedrig gegriffen; tatsächlich würde der zu verausgabende Betrag noch höher sein. Die Schulkommission hält deshalb die von mir gemachten Angaben für richtig.

Berücksichtigt man nun, daß die Stadt jetzt für jedes Kind der katholischen Schule einen Zuschuß von 25 M. jährlich zahlt, so ergibt sich, daß im Falle der Uebernahme der Schule durch die Stadt 30 M. für Kind und Jahr mehr gezahlt werden müßten als bisher, oder für 1230 Kinder 36900 M., rund 37000 M. Daß diese Summe nur niedrig gegriffen ist, habe ich schon angeführt. Wie die katholische Gemeinde es fertig bringen will, die Schule für ein Mehr von 15000 M. zu erhalten, ist uns in der Kommission nicht klar; man kann eine Erklärung dafür nur in folgenden Tatsachen suchen:

1. Die die katholische Schule besuchenden Kinder bezahlen ein Schulgeld von 12 M. gegen 5 M. im Vergleich mit den Kindern der städtischen unteren Bürgerschulen. In der katholischen Schule werden allerdings erhebliche Schulgelderlasse

gewährt, aber etwa 40 bis 50 % des Voranschlages sind doch eingegangen. Nach den Mitteilungen des Magistrates werden etwa 7 M für das Kind wirklich gezahlt, also viel mehr, als in den städtischen unteren Bürgerschulen, wo noch nicht einmal durchschnittlich 2 M gezahlt werden. Die Mehreinnahme für 1230 katholische Schulkinder beträgt also etwa 6150 M.

2. Die freien Lehrmittel kosten in den unteren städtischen Schulen für 10007 Kinder im ganzen 25766 M, also für jedes Kind rund mindestens 2,50 M, oder für 1230 Kinder 3075 M. Die katholische Schule wendet nach dem Etat für 1905/06 nur 1000 M auf, also erheblich weniger. Nach dem Exekutionsetat für 1903/04 hat sie nur 962,49 M verwandt.

3. Die Lehrkräfte der katholischen Schule stellen sich auch billiger, als die der städtischen Bürgerschulen, weil eine ganze Anzahl jüngerer Lehrer mit geringerem Einkommen beschäftigt werden und diese, bevor sie ein höheres Gehalt erhalten, nach auswärts gehen, um wieder durch jüngere Kräfte ersetzt zu werden. Ferner werden in der katholischen Schule die Religionsstunden nicht aus der Schulkasse bezahlt, was in den städtischen Schulen der Fall ist.

4. Auch die Schuldiener sind wohl nicht so gut gestellt, wie bei den städtischen Schulen, und auf die Unterhaltung der Schulen werden auch nicht so viele Mittel verwandt, wie bei unseren Schulen.

So viel ist aber sicher, daß, wenn die katholische Schule von der Stadt übernommen würde, die Schule nach den bei den jetzigen städtischen Schulen geltenden Grundätzen verwaltet werden müßte, und daß dann die Mehrausgabe für die Stadt so viel betragen würde, wie wir angenommen haben. Es trifft also nicht zu, daß die betreffende Zahl unrichtig sei.

Die Behauptung, daß auch die weiter in der Eingabe bezeichneten Zahlen unrichtig seien, bezieht sich auf Äußerungen des Herrn Stadtrat von Frankenberg. Dieser hat in der Kommissionsberatung erklärt, daß auch die von ihm angeführten Zahlen richtig seien. Allerdings habe er, um die betreffenden Zahlen auch für die letzten Jahre zu haben, die Zahlen der Voranschläge genommen, während die Eingabe die Zahlen der Exekutionsetats enthalte. Herr Stadtrat von Frankenberg hat ferner erklärt, daß die Rechnungsführung für die katholische Schule nicht so strenge von der für die katholische Kirche geschieden sei, als dies im Interesse der erforderlichen Klarheit wünschenswert erscheine, daß insbesondere manche Einnahmen, die an sich in die Schulkasse gehörten, nicht dort, sondern in der Kirchenkasse figurierten und umgekehrt. Eine Aenderung in dieser Beziehung sei durchaus wünschenswert.

Jedenfalls geht aber aus den betreffenden Zahlen auch der Eingabe hervor, daß die Ausgaben der St. Nikolai-Gemeinde für die Schule seit 1899/1900 nicht wesentlich verändert sind. Herr Stadtrat von Frankenberg wird wohl noch Ge-

legenheit nehmen, selbst einiges zu entgegnen, weshalb ich von weiteren Ausführungen absehen kann.

Die Schulkommission schlägt Ihnen einstimmig vor, über die Eingabe zur Tagesordnung überzugehen. Sie ist der Ansicht, daß es wohl angemessener gewesen wäre, wenn der Vorstand der St. Nikolai-Gemeinde seine nach den vorstehenden Darlegungen nicht zutreffenden Behauptungen nicht gleich in der Presse veröffentlicht, sondern erst abgewartet hätte, welche Erklärungen auf seine Eingabe erfolgt wären. Er mußte sich doch sagen, daß die betreffenden Referenten, auf deren Ausführungen sich der damalige Beschluß der Versammlung stützte, ein einwandfreies Material besaßen. Man könnte auch noch eine Berichtigung durch die Presse verlangen, aber die Schulkommission glaubt, darauf verzichten zu können.

Vorsitzender: Diese Resolution fällt allerdings außerhalb des Rahmens, der Veranlassung gegeben hat, die Eingabe auf die Tagesordnung zu bringen. Es handelt sich hier um folgenden Vorgang: Die Versammlung hatte einen Beschluß gefaßt, darauf kam eine Eingabe des Vorstandes der katholischen Gemeinde an die Versammlung, in der unrichtige Unterlagen der Beschlußfassung behauptet waren; ich hielt es für angemessen, die Eingabe der Schulkommission zur Kenntnismahme und Mitteilung an die Versammlung zugehen zu lassen. Bezüglich letzterer war abzuwarten, ob ein Mitglied der Versammlung Anträge an die Mitteilung knüpfen würde. Da die Kommission selbst einen Beschluß gefaßt hat, so bin ich in der Lage, die Verhandlung zu eröffnen.

Herr Stadtrat von Frankenberg: Ich muß auch meinerseits erklären, daß eine Veranlassung zu der Berichtigung oder zu der Behauptung, es wären von mir unrichtige Angaben gemacht, nicht vorliegt. Der Herr Berichterstatter hat schon erwähnt, daß mich bei meinen Darlegungen in statistischer Beziehung das Bestreben geleitet hat, einen Ueberblick bis auf den heutigen Tag darüber zu geben, wie sich die Statsaufstellung bei der katholischen Schule und Kirche gestaltet hat und wie insbesondere die Ausschreibung der Kirchensteuer erfolgt ist. Deshalb habe ich bis auf das Rechnungsjahr 1905/06 die Zahlen der Kirchensteuer gegeben, jedoch mußte ich selbstverständlich, um vergleichbare Zahlen zu erhalten, die etatsmäßigen Beträge nehmen, sonst würde sich zwischen den Jahren 1903/04 bis 1905/06 eine Verschiedenheit ergeben haben, die um 10 % differierte. Das ist die einfache Erklärung dafür, daß die beiderseitig gegebenen Zahlen nicht übereinstimmen können. Ich halte an der Richtigkeit meiner Zahlen fest.

Was die vom Kirchenvorstande zu St. Nikolai herausgerechneten Ausgaben betrifft, die der Schule gewidmet sind, so muß ich erklären, daß sich meine Angaben ohne weiteres ergeben, wenn man die Stats nachsieht, aus dem Zuschuß, den die Kirchenkasse an die Schulkasse hat leisten müssen. Der Kirchenvorstand rechnet aber neben diesem Zuschusse noch eine ganze Reihe von besonderen Aus-

gaben heraus, die für Schulzwecke gemacht worden sind. Das scheint an sich ganz zutreffend zu sein, aber die Berechnung ist unvollständig gewesen, denn der Kirchenvorstand mußte dann in Gegenrechnung diejenigen Einnahmen stellen, die der Kirchenkasse um der Schule willen zufließen. Und dabei handelte es sich um eine ganze Anzahl von Einnahmen, z. B. Mieten aus den Grundstücken etc. Dadurch ergibt sich aber ein ganz anderes Bild, als das, welches vom Kirchenvorstande den Herren vorzuführen versucht ist. Ich kann also nicht anerkennen, daß in dieser Beziehung die Zahlen richtig und vollständig sind.

Der Magistrat hat auch seit Jahren das Ziel, was die Schulkommission zu erstreben versucht hat, verfolgt: eine klare Finanzgebarung in bezug auf die Kosten der katholischen Schule zu erreichen, jedoch sind die sich seitens des Kirchenvorstandes von St. Nikolai entgegenstellenden Schwierigkeiten fast als unüberwindlich zu bezeichnen. Ich kann und will den Herren daraus keinen Vorwurf machen: das Verhältnis zwischen Kirche und Schule ist das einer Mutter und Tochter, und es erscheint daher begreiflich, wenn nicht alle Einnahmen und Ausgaben getrennt gehalten werden. Es werden z. B. die katholische Schule und deren Räume verschiedenen mit der Kirche in Zusammenhang stehenden katholischen Vereinen zur Verfügung gestellt, ohne daß die Vereine Miete an die Kasse der katholischen Schule zahlen; es ist sogar ausdrücklich von dem Kirchenvorstande beschlossen worden, von der Erhebung einer derartigen Miete abzusehen, weil er es für erwünscht hielt, die Vereine in ihren Bestrebungen zu fördern, während wir bei unseren Schulen genaue Abrechnung mit derartigen Vereinen halten. Ferner läßt sich nachweisen, daß eine ganze Reihe von Zuwendungen für die katholische Schule erfolgt sind, die so erheblich waren, daß die katholische Schulkasse zeitweise mit einem Ueberschusse arbeitete und der Kirchenvorstand bat, es möchte dieser Ueberschuß der Kirchenkasse zugeführt werden. Der Magistrat hat sich aber diesem Bestreben widersetzt und den Ueberschuß der katholischen Schule erhalten.

Eine derartige Vermischung der beiderseitigen Interessen ist bis auf den heutigen Tag fortgesetzt. Vom Kirchenvorstande ist z. B. auch der Wunsch ausgesprochen worden, man möchte die Aufwendungen für das Mobiliar möglichst gar nicht durch den Schulkassenetat laufen lassen, sondern im Kirchenkassenetat buchen, damit die Herren des Kirchenvorstandes bei der Vergebung einen bestimmenden Einfluß darauf erhalten. Es ist auch vorgekommen, daß eine neue Heizungsanlage für die katholische Schule beschafft worden ist, ohne daß im Schulkassen- oder Kirchenkassenetat ein entsprechender Betrag vorgesehen war, und erst nachträglich hat man versucht, die Summe in den Kirchenkassenetat hineinzubringen. Der Magistrat hat sich jedoch mit Erfolg dem Versuche widersetzt, indem er den Standpunkt vertrat, daß die Heizungsanlage noch nicht abgängig gewesen sei. Die Deckung der Ausgabe ist aber, wie ich annehmen muß, dem

Kirchenvorstände ohne weiteres gelungen, indem es ihm möglich gewesen sein muß, andere Mittel dafür flüssig zu machen, vielleicht aus solchen Zuwendungen, die ihm von auswärts in nicht geringer Höhe zufließen sollen. Das wird dem Kirchenvorstande auch in Zukunft gelingen. Hiernach entbehrt das Bild der Eingabe des Kirchenvorstandes der Vollständigkeit. Es wäre wirklich besser, auf eine schärfere Trennung der beiden Klassen hinzuwirken, und ich werde mich als Mitglied des Schulvorstandes bemühen, in dieser Richtung tätig zu sein.

Die Herren haben sich bei ihren Entschlüssen wohl auch nicht lediglich durch finanzielle Erwägungen leiten lassen. Ich möchte zum Beweise dessen eine Aeußerung verlesen, die ich in diesen Tagen in einer viel gelesenen Zeitung fand und die dem katholischen Staatslexikon entnommen war, das unter der Leitung des Professors von Hertling und des Dr. Julius Bachem steht. Hier heißt es über das Verhältnis der Kirche zu den Bildungsanstalten, von der Volksschule bis zur Universität:

„In erster Linie steht der Kirche ein Aufsichtsrecht über die Schule zu. Wenn also der erziehlche Unterricht in einer Schule konzentriert wird, dann muß auch der Lehrer, der in der Schule wirkt, von der Kirche autorisiert sein und er und seine ganze Schule muß unter Oberaufsicht und Leitung der Kirche stehen, sonst dürfen die Eltern als christliche Eltern ihre Kinder gar nicht in diese Schule geben Das also ist das normale Verhältnis, das zwischen Kirche und Schule stattfinden muß, wenn letztere als Erziehungsanstalt ihrer Idee in der christlichen Ordnung entsprechen soll. Und das gilt dem Prinzipie nach nicht bloß von der Volksschule, sondern es gilt von der Schule ganz allgemein, möge sie auf was immer für einer Stufenleiter im allgemeinen Schulsystem stehen“

Wenn diese Grundsätze von maßgebender Seite innerhalb der katholischen Kirche vertreten werden, so dürfen sich die Vertreter der katholischen Konfession nicht darüber wundern, wenn wir nicht nur aus finanziellen, sondern auch aus schwerwiegenden sachlichen Gründen Bedenken tragen, der Uebernahme der katholischen Schule durch die Stadt zuzustimmen.

Herr Jasper: Wir stehen hier vor einem recht eigenartigen Verfahren, das sich außerhalb des Rahmens unserer Geschäftsordnung bewegt. Was ist eigentlich geschehen? Wir haben in der vorletzten Sitzung einen Antrag des katholischen Kirchenvorstandes erledigt und dabei ein längeres Referat und einige Mitteilungen des Herrn Stadtrat von Frankenberg gehört. Die Mitteilungen dieser beiden Herren sind in der Presse angegriffen worden und diese Angriffe geben Anlaß, daß hier erneut die Sache verhandelt wird. (Widerspruch.) Freilich formell stützt sich der Herr Referent auf eine Eingabe, die seitens der katholischen Kirchengemeinde

an die Versammlung gelangt ist, jedoch enthält diese Eingabe tatsächlich dasselbe, was in der Presse gestanden hat. Auch die Eingabe des Kirchenvorstandes klingt in keinerlei Antrag aus und ist unserer Beschlusfassung nicht unterworfen, so daß auch die Schulkommission keinen Beschluß zu fassen hatte.

Nach der Städteordnung sind wir nur berufen, bei der Leitung und Verwaltung der städtischen Angelegenheiten mitzuwirken, uns über Anfragen des Magistrates in städtischen Angelegenheiten gutachtlich zu äußern und schließlich können aus unserer Mitte auch Anträge gestellt werden. Aber Mitteilungen entgegenzunehmen, längere Ausführungen und Polemiken mit anhören zu müssen, ohne dieses Zuhören in eine eigene Tätigkeit umzusetzen, dazu ist eine gesetzgebende Körperschaft, wozu ich auch eine Stadtverordnetenversammlung rechne, nicht da. Dazu ist doch wohl die Zeit der betreffenden Herren zu kostbar, selbst wenn die betreffenden Ausführungen z. B. für ein theologisches Stränzchen recht interessant sein dürften.

Den ersten Schritt, der unsere Geschäftsordnung ins Wanken zu bringen schien, hat der Magistrat schon vor längerer Zeit gemacht, als plötzlich, ohne daß ein Punkt der Tagesordnung dazu Anlaß gab, der Herr Oberbürgermeister eine Mitteilung über den Stand der Bahnhofsfraße machte. Auch da bot sich keine Möglichkeit der Erörterung, sondern wir hatten die Mitteilung ohne weiteres geduldig hinzunehmen und konnten jeder für sich damit machen, was wir wollten. Das möchte noch hingehen, denn Magistrat und Versammlung mögen sich immerhin gegenseitig Mitteilungen machen; es ist aber ein eigenartiges Vorgehen, wenn uns die Schulkommission hier mit längeren Erörterungen beheißt, die dahin ausklingen, daß der Referent in diesem Punkte die Wahrheit gesagt oder in einem andern Punkte sich geirrt hat, oder daß Herr Stadtrat von Frankenberg sich geirrt oder nicht geirrt hat.

In der Sache selbst wird es Ihnen allen so ergangen sein, daß Sie den Einzelheiten des Referates nicht haben folgen können, und wir müssen eventuell gewärtig sein, daß in der nächsten Nummer des katholischen Wochenblattes wieder ein Bericht steht, der sich zu einer Eingabe an die Versammlung verdichtet, die dann wiederum zu einer Erklärung seitens der beiden Herren führt. Das würde doch wohl zu weit führen. Ich müßte sonst auch bitten, die Presse allseitig zu benutzen und die Vorgänge aus der Stadtverordnetenversammlung dort in das richtige Licht zu stellen. Wohin das führen sollte, ist freilich eine andere Sache, jedoch wäre es konsequent. Aus diesen Gründen bitte ich, in Zukunft von solchen Erörterungen abzusehen.

Herr Nolte: Ich habe mich am Schlusse meines Referates nicht richtig ausgedrückt: es sollte nicht beschloffen werden, über das Gesuch zur Tages-

ordnung überzugehen, sondern die Schulkommission betrachtet das Gesuch als erledigt.

Sodann möchte ich mich namens der Schulkommission dagegen verwahren, daß sie mit ihren Ausführungen die Herren behelligt haben soll. Diesen Ausdruck zu gebrauchen, hat Herr Jasper für angemessen gehalten. Die betreffende Eingabe ist der Schulkommission von dem Herrn Vorsitzenden zur Mitteilung an die Versammlung zugeschrieben worden; die Kommission hat also nichts getan, als ihre Pflicht. Ich verstehe auch die Aeußerung des Herrn Jasper nicht, daß es sich dabei nicht um eine städtische Angelegenheit handeln soll. Herr Jasper ist bei seinen Erörterungen immer wieder davon ausgegangen, daß die Sache zunächst in die Presse gegangen sei. Das ist nicht richtig, sondern zuerst ist die Eingabe erlassen. Wenn jemand mit einem Antrage von der Versammlung abgewiesen wird und er behauptet, er sei aus unrichtigen Gründen abgewiesen worden, so liegt für die Versammlung doch wohl ein lebhaftes Interesse vor, darüber genau informiert zu werden, ob diese Behauptung richtig ist oder nicht und ob die frühere Beschlußfassung auf festem Grund und Boden steht. Deshalb hielt sich die Schulkommission für verpflichtet, darüber Bericht zu erstatten und sie dürfte die Versammlung damit nicht behelligt haben.

Vorsitzender: Es werden recht häufig Mitteilungen an die Versammlung erstattet und das hat den Zweck, wenn ein Antrag nicht damit verbunden ist, die sämtlichen Mitglieder davon in Kenntnis zu setzen und sie eventuell zu veranlassen, einen Antrag zu stellen. Das ist auch hier geschehen und wenn die Schulkommission nun selbst an die Mitteilung einen Antrag geknüpft hat, so kann man nicht sagen, daß sie einen unrichtigen Standpunkt eingenommen hat. Mein Verfahren ist ein der Geschäftsordnung entsprechendes, das schon in zahllosen Fällen geübt worden ist. Nachdem der Herr Berichterstatter seine ursprüngliche Erklärung, nach der ein formeller Beschluß gefaßt worden sei, zurückgenommen hat, ist die fragliche Angelegenheit für uns so lange erledigt, bis ein Mitglied der Versammlung einen entsprechenden Antrag stellt.

Herr Jasper (zur Geschäftsordnung): Den Ausführungen des Herrn Nolte gegenüber muß ich daran festhalten, daß hier eine Abweichung von der Geschäftsordnung obwaltet. Bisher ist es nur üblich gewesen, daß solche Mitteilungen von dem Vorsitzenden oder vom Magistrate ausgingen, während hier eine Vorberatung durch eine Kommission und eine Erörterung aus der Mitte der Versammlung stattgefunden hat. Sonst sind doch derartige Eintäufe von dem Vorsitzenden der Versammlung nur mitgeteilt und zur Einsicht ausgelegt worden, wie das namentlich auch mit verschiedenen Eingaben geschehen ist, die von uns nahestehenden Personen zur Vorlage gebracht waren.

Die Angelegenheit gilt damit als erledigt.

VIII. Klage auf Erstattung von Stempelpfeiten.

Bei der durch den Kontrollbeamten für das Landesstempelpfeisen erfolgten Nachprüfung der Stempelung städtischer Verträge ist an den Magistrat das Ersuchen gerichtet, in drei verschiedenen Fällen, in denen es sich um stillschweigende Verlängerung von Pacht- und Mietverträgen handelte, die Nachverwendung von Stempeln herbeizuführen. Der Magistrat hat gemäß § 26 des Stempelpfeisen-gesetzes vom 29. Mai 1903 Nr. 31 zwar die nachträgliche Stempelung, bei der Beträge von $21,25 \text{ M} + 5 \text{ M} + 5 \text{ M} = 31,25 \text{ M}$ in Frage kommen, veranlaßt, es ist von ihm aber gleichzeitig zur Wahrung seines Rechtsstandpunktes Beschwerde gegen die Anordnung des Kontrollbeamten an Herzogliche Zoll- und Steuerdirektion mit dem Antrage erhoben worden, die angefochtene Verfügung aufzuheben und festzustellen, daß die drei Verträge nicht stempelpflichtig seien, sowie zu veranlassen, daß ihm der verwendete Stempelbetrag erstattet werde. Die Herzogl. Zoll- und Steuerdirektion hat aber in einer Entscheidung vom 12. Mai d. Js. die Anordnung des Kontrollbeamten für zutreffend erklärt und die Anträge des Magistrates als unbegründet zurückgewiesen. Bei der grundsätzlichen Bedeutung der Frage hält es der Magistrat für geboten, die Entscheidung der Herzogl. Zoll- und Steuerdirektion nach § 26 des Gesetzes durch eine gegen sie zu richtende Klage beim zuständigen ordentlichen Gerichte anzufechten, und ersucht, unter eingehender Begründung seines Standpunktes, sich mit der Erhebung solcher Klage einverstanden zu erklären.

Auf Empfehlung des Herrn Sander wird dem Antrage zugestimmt.

IX. Beihilfe zu den Kosten des VIII. Deutschen Stenographentages Gabelsberger.

Der Hauptausschuß für den VIII. Deutschen Stenographentag Gabelsberger hat an den Magistrat die Bitte gerichtet, ihm zu den Kosten des in den Tagen vom 29. Juli bis 2. August d. Js. hier stattfindenden Stenographentages einen Zuschuß zu leisten, da namentlich die Kosten des den Teilnehmern zu überreichenden Festbuches und Festabzeichens so erheblich seien, daß sie aus dem geringen Festbeitrage nicht gedeckt werden könnten. Das Festbuch soll eine Geschichte und Beschreibung der Stadt Braunschweig enthalten und geeignet sein, die Aufmerksamkeit der Fremden, die in einer Zahl von 1000—1200 hier erwartet werden, auf die Stadt Braunschweig zu lenken; ebenso wird das Festabzeichen, enthaltend eine Darstellung des Burglöwen mit dem Gildehaufe und dem Andreasturme, eine dauernde Erinnerung an die Stadt Braunschweig bieten. Da die Stadtgemeinden, in denen die beiden letzten ordentlichen Stenographentage abgehalten worden sind (Dresden und Wien), ebenfalls erhebliche Zuschüsse (von 1500 M und 2000 Gulden) geleistet haben, so wird der Magistrat gebeten, dem hiesigen Stenographenvereine

Gabelsberger von 1863 (E. V.) als dem festgebenden Vereine einen Zuschuß nicht zu versagen, auch eine Beleuchtung des Altstadt-Rathhauses mit dem Brunnen und der St. Martinikirche für den Abend des 30. Juli anzuordnen und die sämtlichen Springbrunnen der Stadt an den Tagen des Bundesfestes in Tätigkeit treten zu lassen. — Der Magistrat gibt anheim, als Zuschuß zu diesen Kosten 600 M zu bewilligen. Die Entscheidung über die sonstigen Anträge behält er sich vor.

Ueber die Angelegenheit berichtet Herr Sander für seine Person, da die Statutenkommission nicht beschlußfähig gewesen ist: Ich möchte bitten, dem Antrage des Magistrates stattzugeben. Persönlich begrüße ich das Vorgehen des Magistrates, zu solchen Veranstaltungen eine Beihilfe zu gewähren, mit Freuden. Es berührt jeden Fremden sehr angenehm, wenn die Behörden einer Stadt sich an dem Kongresse, den er dort besucht, irgendwie beteiligen, sei es durch eine Willkommen- heißung, eine Beihilfe zu den Kosten etc. Dadurch empfiehlt sich eine Stadt außer- ordentlich. Man kommt in jedes Haus, wo man einmal gastlich aufgenommen ist, gern wieder hin, und aus diesem Grunde halte ich es für sehr gut und wünschens- wert, daß die Versammlung dem Antrage des Magistrates zustimmt.

Herr Wesemeier: Ich kann mich mit dem Antrage nicht einverstanden erklären. Es ist ganz schön, wenn der Stenographentag hier stattfindet, aber ich meine, wenn jeder beliebige Verein hier herkommen und an die Stadt das Ansinnen stellen will, ihm einen Zuschuß zu den entstehenden Kosten zu gewähren, so geht das zu weit. Bedenken wir doch, wie wir in letzter Zeit geknauert haben mit unsern Mitteln, selbst wenn es sich um nützliche städtische Zwecke handelt. Wenn der Verein ein besonderes Bedürfnis fühlt, ein Festbuch und ein Festabzeichen den Teilnehmern am Stenographentage zu überweisen, so mag er in die eigene Tasche greifen und sich nicht auf die städtische Beihilfe verlassen. Mit demselben Rechte könnten auch die anderen Gruppen von Stenographen kommen, die von Stolze und Schrey. Das geht denn doch zu weit, und der Stenographentag hat auch nicht eine solche Bedeutung für die Öffentlichkeit, wie ihm beizumessen versucht wird. Die anderen Stenographen betrachten sich als ebenso tüchtig, und es ist eine reine Geschmackssache, welche Stenographie man für die beste hält. Es könnte dahin kommen, daß die Vertreter der anderen Systeme mit demselben Ansuchen an uns herantreten und zwar mit derselben Berechtigung, wie die heutigen Wittsteller. Jedenfalls wird durch die Ablehnung des Besuches der Fremdenverkehr hier nicht beeinträchtigt werden.

Es muß immer wieder betont werden: wenn zur Hebung des Fremdenverkehrs etwas getan werden soll, so müssen vor allen Dingen die elenden Beschränkungen beseitigt werden, welche uns die Polizeibehörde auferlegt, daß man am Sonntag morgen in der Wirtschaft nicht einmal eine Tasse Bouillon bekommen kann. Aber an die Beseitigung solcher Schäden geht man nicht heran. Hier muß mal wieder

der Fremdenverkehr herhalten und dazu dienen, die Kosten eines Kongresses aus der Stadt herauszuholen.

Herr Esdorn: Ich begrüße es mit Freuden, wenn der Magistrat in der geplanten Weise vorgehen und derartigen internationalen Tagungen einen Zuschuß gewähren will, wenn mir auch der hier beantragte Zuschuß ein wenig hoch zu sein scheint. Zur Beschaffung eines Führers und eines Festabzeichens braucht die Stadt kein Geld herzugeben, zumal der hiesige Verkehrsverein einen sehr brauchbaren Führer besitzt, der für billiges Geld zu haben ist. Auch freue ich mich, daß der Magistrat sich bereit erklärt hat, die Tagung namens der Stadt zu begrüßen und ich verspreche mir davon einen wesentlichen Fortschritt, denn dies ist gerade der Punkt, über den in der Bürgerschaft viel geklagt worden ist.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich aber den Magistrat ersuchen, darauf hinzuwirken, daß die Herzogliche Polizeidirektion unseren Cafés und Restaurants in der Zeit des Kongresses gestattet, ihre Geschäfte länger geöffnet zu halten, denn es macht auf die Fremden doch einen gar zu traurigen Eindruck, wenn sie um 1 Uhr nachts gezwungen sind, die Cafés zu verlassen. Da ich glaube, daß ein Zuschuß von 300 M für diesen Zweck genügen wird, so stelle ich einen dementsprechenden Antrag.

Herr Kalms: Der Ansicht des Herrn Wesemeier, daß ein Verein, der solche Veranstaltung hier treffen will, in seine Tasche greifen und die Kosten tragen möchte, muß ich entgegentreten. Es wird sich kaum ein Verein finden, der einen Kongreß nach Braunschweig bringt, wenn er nicht eine stadtseitige Unterstützung dazu erhält. Ich habe mich bei solchen Sachen verschiedentlich beteiligt und dabei stets die Erfahrung gemacht, daß die entstehenden Kosten recht erheblich sind und ein Zuschuß von 600 M als recht gering angesehen werden muß. Wenn Sie berücksichtigen, daß 1200 Menschen auf mindestens 4 Tage nach Braunschweig kommen werden, so läßt sich annehmen, daß Braunschweig dadurch eine Einnahme von rund 60000 M haben wird, denn unter 40—50 M wird keiner dieser Fremden Braunschweig verlassen. Wir müssen aber fremdes Geld nach Braunschweig ziehen, sonst können wir nicht mehr bauen und können keine Handwerker beschäftigen; ohne fremdes Geld kann Handel und Gewerbe hier nicht blühen. Ich stimme daher für einen Zuschuß von 600 M.

Herr Fricke: Ich muß mich ebenfalls gegen die Ausführungen des Herrn Wesemeier aussprechen. Der Deutsche Stenographenbund ist eine Vereinigung tapferer Leute, die der Kultur gewissermaßen Vorshub leisten und die sich ihrer Sache mit Fleiß und Energie widmen. In Wien und Dresden haben sich an dem Kongresse nicht nur Leute aus allen Volksschichten, sondern selbst Fürstlichkeiten beteiligt, ein Beweis, daß es sich hier nicht etwa um einen Vergnügungsverein handelt, sondern um eine tatkräftig arbeitende Vereinigung. Solchen Kongreß zu

unterstützen bin ich aber gern bereit und bitte, die magistratsseits beantragten 600 M zu bewilligen. Dieser Betrag ist eigentlich noch zu gering, denn die Veranstalter des Kongresses geben mit vielen Kosten ein Festbuch heraus, das für die Stadt Braunschweig von wesentlichem Nutzen sein wird. Das Buch wird später in vielen fremden Städten von Hand zu Hand gehen und wird mit seinen schönen Abbildungen hiesiger Bauten etc. in manchem Leser den Wunsch wachrufen, auch einmal nach Braunschweig zu fahren, um sich die Sachen anzusehen.

Herr Sander: Wenn Herr Wesemeier sagt, der Verein möge in die eigene Tasche greifen und nicht den Magistrat anpumpen, sofern er ein Festbuch herausgeben wolle, so trifft das durchaus nicht zu. Der festgebende Verein hat eine Ausgabe von etwa 5000 M zu bestreiten und er ist nicht in der Lage, diese Summe aus dem Festbeiträge zu decken. Wenn nun aber so viele Fremde nach Braunschweig kommen und sich hier mehrere Tage aufhalten, um ehrlich an der Fortentwicklung der stenographischen Schrift zu arbeiten und nicht etwa, um sich Belustigungen hinzugeben, so kann der Magistrat gar nicht anders, als solche Besprechungen zu unterstützen. Gegenüber den Zuschüssen von Wien und Dresden halte ich den vom Magistrat beantragten Zuschuß nicht für zu hoch. Da sich dort die höchsten Behörden an den Bestrebungen des Deutschen Stenographenbundes Gabelsberger beteiligt und die Bedeutung des Kongresses anerkannt haben, so brauchen wir uns hier nicht um die 600 M anzustellen, sondern können sie gern bewilligen.

Herr Wesemeier: Wenn Wien vor 10 Jahren 2000 Gulden und Dresden vor 5 Jahren 1500 M gezahlt haben, so ist daraus nicht zu folgern, daß auch die übrigen Städte, in denen der Kongreß abgehalten worden ist, etwas gezahlt haben. Das wird aber verschwiegen. Herr Nalms meint, daß sich bei Ablehnung des Zuschusses kaum noch ein Verein finden würde, der hier einen Kongreß abhalten möchte. Es würde aber sehr wenig Idealismus zeigen, wenn ein Verein sich darauf verließ und nur dann einen Kongreß übernehme, sofern er einen städtischen Zuschuß erhielte. Die Kongresse haben ihre Zusammenkünfte ohne Rücksicht darauf, ob die Stadt etwas zu den Kosten beiträgt oder nicht. Was würden Sie wohl gesagt haben, wenn Ihnen die Maurer gekommen wären, die hier im Frühjahr in einer Stärke von etwa 400 Mann getagt haben, und einen Zuschuß zu den Kosten verlangt hätten? Wer will aber leugnen, daß dieser Kongreß auch ein gewaltiges Stück Kulturarbeit gefördert hat? Dann dürften Sie sich auch solchen Anträgen gegenüber nicht ablehnend verhalten. Die Arbeiter sind aber zu stolz dazu, um sich die Kosten derartiger Kongresse von der Stadt erheben zu lassen. Ich kann daher nicht zustimmen, daß einem privaten Verein ein Zuschuß zu solchem Zwecke gewährt wird. Bei dem Anthropologenkongresse und derartigen der Allgemeinheit nützenden Tagungen ist es etwas anderes.

Vorsitzender: Ich will berichtend bemerken, daß der Kongreß regelmäßig nur alle fünf Jahre zusammentritt.

Herr Meyerhoff: Ich begrüße es mit Freuden, daß der Magistrat einen Zuschuß von 600 M vorgeschlagen hat. Wir leiden gerade daran, daß hier nichts mehr los ist. Ohne darauf eingehen zu wollen, an welcher Behörde die Schuld liegt, will ich nur bemerken, daß ich das scharfe Vorgehen der Polizei gegen die hiesigen Wirtschaften bedaure, aber wir sind dagegen machtlos und die Wünsche müssen an anderer Stelle kundgegeben werden.

Anderere Städte verstehen es besser, darauf hinzuwirken, daß Kongresse dorthin einberufen werden. In Nürnberg findet im Jahre 1906 eine Ausstellung statt und schon jetzt werden alle möglichen Kongresse des nächsten Jahres nach Nürnberg geleitet und zwar bekommen sie alle Zuschüsse. Weshalb tut das Nürnberg, etwa wegen der schönen Augen der Kongreßteilnehmer? Sie sagen sich dort, wenn 100 000 Personen mehr kommen, so können wir dreist 100 000 M dafür opfern, denn die Personen bringen uns einen schönen Posten Geld ein.

In Leipzig fand in dem letzten Ausstellungsjahre eine ganze Reihe von Kongressen statt — ich selbst war auf zwei verschiedenen Kongressen dort zugegen — und jeder einzelne Kongreß war nach seiner Stärke von 600 M bis zu 1600 M dotiert. Leipzig hat es dadurch verstanden, den ganzen Zug an sich zu ziehen. Soweit gehen wir hier noch gar nicht. Herr Kalms hat recht: wir kommen heraus aus dem Verkehre und es sehnt sich schließlich keiner mehr nach Braunschweig hin, ja, es ist selbst den Eingewohnten fast unmöglich, noch einen Kongreß herzubekommen. Der Zirkusbau ist gefallen, an schönen Festlokalen fehlt es hier auch (Widerspruch), und ebenso hat es bislang an Entgegenkommen seitens der städtischen Behörden gefehlt. Deshalb bitte ich Sie dringend, bewilligen Sie die 600 M, denn es liegt ein großer Segen für uns darin. Denken Sie an die Wurst- und die Honigkuchenindustrie, die ebenfalls eine Menge Arbeiter beschäftigt; die Kongreßteilnehmer nehmen sich alle etwas aus diesen Geschäften mit.

Herr Esdorn: Nachdem ich gehört habe, daß der Magistrat selbst die Bewilligung von 600 M vorgeschlagen hat, ziehe ich meinen Antrag zurück.

Die Magistratsvorlage wird sodann angenommen.

X. Ueberlassung eines Grundstücks an den Elisabethverein.

Der vom Verein für das Wohl der arbeitenden Klassen ins Leben gerufenen Braunschweigischen Volksküche, die bisher das städtische Gebäude hintern Brüdern 32 gegen Zahlung eines Mietpreises von 500 M jährlich benutzte und stadtseitig eine Beihilfe von 500 M jährlich erhielt, muß das Gebäude entzogen werden, weil das Grundstück für Zwecke der Oberrealschule anderweit verwendet werden soll. Wenn gleich die Benutzung der Volksküche schon seit Jahren immer mehr zurückgegangen

ist, so war es doch der Wunsch des genannten Vereins, das gemeinnützige Unternehmen zu erhalten. Er hat daher bei seiner kürzlich erfolgten Auflösung beschlossen, das vorhandene Vermögen von 13000 M dem hiesigen Elisabethverein mit der Maßgabe zu überweisen, daß dieser die aufkommenden Zinsen fortan für die Volksküche verwendet und über das Kapital nur mit Zustimmung des Magistrates soll verfügen dürfen.

Der Verein ist bereit, demgemäß zu verfahren, gleichzeitig aber fortan mit der Volksküche eine Konvalaleszentenküche, die allseitig als dringendes Bedürfnis erachtet wird, zu unterhalten und in dieser regelmäßig eine allerdings beschränkte Zahl weiblicher Personen unentgeltlich im Kochen zu unterweisen. Im Hinblick auf diese gemeinnützigen Zwecke und in Berücksichtigung insbesondere des Umstandes, daß in der Volksküche im letzten Jahre doch noch über 50000 Essportionen verabfolgt sind, dürfte nach der Ansicht des Magistrates eine stadtseitige Förderung des Unternehmens angezeigt erscheinen. Der Magistrat empfiehlt, diese Förderung in der Weise zu bewirken, daß dem Elisabethverein das ehemalige Ständesamtsgebäude an der Petersilienstraße bis auf weiteres unentgeltlich überlassen und die darin erforderlichen baulichen Aenderungen und Ausbesserungsarbeiten auf Kosten der Stadt ausgeführt werden, während der bisherige Zuschuß von 500 M in Wegfall kommen würde. Die Kosten der baulichen Aenderungen etc. sind zu 2700 M ermittelt, während der Umzug der Volksküche etc. zu 300 M angenommen worden ist. Zur Deckung dieser 3000 M würden nach dem Vorschlage des Magistrates verwendet werden können: 916,94 M als Vorrat der Kasse für Wohlfahrts-Einrichtungen im Jahre 1904/05, 1500 M aus der Luise Otmerstiftung und der Rest könnte auf die laufende Rechnung der Kasse für Wohlfahrts-Einrichtungen genommen werden.

Der Magistrat ersucht, der Verwilligung dieser Beträge aus den genannten Kassen, der Ausführung der erwähnten Bauarbeiten und der unentgeltlichen Ueberlassung des Ständesamtsgebäudes an den Elisabethverein zuzustimmen.

Namens der vereinigten Finanz- und Baukommission berichtet über die Vorlage Herr Fiedel: Die Nützlichkeit der Einrichtung einer Volksküche dürfte kaum zu bestreiten sein. Leider ist es eine Tatsache, daß die Benutzung der Anstalt erheblich zurückgegangen ist, da früher bis zu 108000 Portionen Essen jährlich ausgegeben worden sind. Der Rückgang liegt aber nicht etwa daran, daß die Anstalt nicht durchaus sauber und allen Anforderungen gemäß geführt worden ist, sondern daß die Ernährungsverhältnisse des Volkes sich wesentlich gehoben haben und jetzt größere Ansprüche an ein Mittagessen gestellt werden, als die Volksküche für 15 S. zu leisten vermag. Den vorstehenden Angaben über den Geschäftsbetrieb der Volksküche ist aber noch hinzuzufügen, daß etwa 15000 Portionen Essen an die Kinder der Knabenhorte, deren Eltern mittags nicht nach Hause kommen,

für je 12 S , abgegeben worden sind. Es wird allseitig als wünschenswert anerkannt, diese Einrichtung fortbestehen zu lassen und es ist ferner anerkannt worden, daß die Ueberlassung der Volksküche an den Elisabethverein segensreich sein würde, weil dieser Verein eine ziemlich Anzahl zahlender Mitglieder besitzt und auch eine große Anzahl von tatsächlich arbeitenden Damen. Was die Einrichtung der Kisonbalezentenküche betrifft, so wird damit einem Bedürfnisse abgeholfen werden. Die vereinigten Kommissionen empfehlen daher die Annahme der Vorlage.

Die Versammlung beschließt diesem Antrage gemäß.

XI. Erwerb von Flächen zum Ausbau des Bültengeweges.

Nach dem von den städtischen Behörden angenommenen Projekte über den Ausbau eines Theiles des Bültengeweges ist der stadtseitige Erwerb folgender Flächen erforderlich: 42 qm vom Grundstücke der Ehefrau des Hofwagenfabrikanten Rathe, 25 qm vom Grundstücke der Ehefrau des Oberpostassistenten Beck, 41 qm von dem der Feldmarksgemeinde Hagen gehörenden Grundstücke, sowie 1,13 a von dem Grundstücke der Holzhandlung und Dampfscneidemühle C. Gerecke. Die drei erstgenannten Flächen hat der Magistrat mit dem üblichen Vorbehalt zum Einheitspreise von 12 M erworben und ersucht um Genehmigung dieses Erwerbes, während er weiter beantragt, wegen der Gereckeschen Fläche das Zwangsenteignungsverfahren einzuleiten, weil der dafür geforderte Einheitspreis von 25 M ihm viel zu hoch erscheint.

Den Anträgen wird auf Empfehlung der Baukommission, für die Herr Meyerhoff berichtet, entsprochen.

XII. Verlegung eines neuen Gashauptrohres.

Die Verwaltungsdeputation für die Licht- und Wasserwerke hat beschlossen, das Gaswerk an der Taubenstraße bis zu einer größten täglichen Leistungsfähigkeit von 45 000 cbm Gas auszubauen und eine neue Gashauptleitung vom Werke durch die Mitte der Stadt bis zum Wilhelmitorwall zu verlegen. Mit dieser Rohrleitung ist am Wilhelmitorwall zu beginnen und soll die Rohrauswechselung in der Sonnenstraße, an der Martinikirche, dem Altstadtmarkte, der Gördelingerstraße, der Neuenstraße und dem Sacke im Maßstabe von 1 : 1500 noch im Laufe dieses Sommers erfolgen. Dem Ersuchen des Magistrates, der Verlegung des Gasrohres zuzustimmen und die zu rund 32 000 M veranschlagten Kosten zu bewilligen,

stimmt die Versammlung auf Empfehlung der Finanzkommission, für die Herr Jüdel berichtet, zu.

XIII. Erwerb von Flächen zur Howaldtstraße.

Das von der Versammlung genehmigte Projekt über den Ausbau der Howaldtstraße zwischen der Hochstraße und der projektierten Straße Nr. 48 bedingt auch den Erwerb verschiedener Flächen in einem Umfange von insgesamt 1,80 a, deren Wert zu 12 M pro Quadratmeter veranschlagt worden war. Zwei Flächen zu 34 und 17 qm hat der Magistrat zu diesem Preise erworben, ebenso eine Teilfläche von 18 qm. Der Rest dieser Parzelle von 61 qm und eine 49 qm große Fläche sind gegen andere gleichgroße Flächen ausgetauscht worden. Die Versammlung wird ersucht, diesen Ankauf bezw. Austausch zu genehmigen und sich auch damit einverstanden zu erklären, daß die dort liegende, der Stadt gehörende Fläche von 3,80 a an die Bauunternehmer Dorn und Friederich zum Preise von 10 M pro Quadratmeter verkauft wird. Die Stadt hat für diese Fläche im Jahre 1890 einen Einheitspreis von 5 M bezahlt.

Außerdem hat der Magistrat auch die von dem Kühneichen, Howaldtschen und Hildebrandtschen Grundstücke zur Straße abzutretenden Flächen von zusammen 2,72 a angekauft und zwar die beiden ersteren Flächen im Umfange von 1,98 a zum Einheitspreise von 15 M und die letztere Fläche im Umfange von 74 qm zu 20 M pro Quadratmeter. Die im Absatz 1 erwähnten Anlieger sind mit der Gewährung dieser Preise einverstanden, ebenso auch die Interessenten Kühne und Howaldt mit der Zahlung von 20 M für die Hildebrandtsche Teilfläche. Auf den vom Kühneichen, Howaldtschen und Hildebrandtschen Grundstücke zu erwerbenden Teilflächen befinden sich noch Paulichkeiten geringeren Umfanges, deren Abbruch bei dem Ausbau der Straße nicht zu vermeiden und für die daher schon jetzt eine Entschädigung zu zahlen ist. Diese Entschädigung wurde bei Kühne auf 600 M, bei Howaldt auf 450 M und bei Hildebrand auf 500 M festgesetzt. Der auf der betreffenden Fläche mit stehende Teil des Howaldtschen Gießhauses soll wegen der sonst entstehenden großen Kosten nicht abgerissen werden. Der Magistrat empfiehlt, sich auch hiermit einverstanden zu erklären.

Endlich hat der Magistrat noch von dem Maurerparlier Heinrich Mangius eine Teilfläche von 0,5 qm und von dem Zigarrenfabrikanten Lauenroth zwei Teilflächen von zusammen 10 qm zum Einheitspreise von 35 M pro Quadratmeter erworben, wozu die Genehmigung gleichfalls erbeten wird.

Die Baukommission läßt durch Herrn Wolters die Genehmigung der gesamten Vorlage empfehlen.

Herr Sander: Für die stadtheilig zu erwerbenden Flächen sind Einheitspreise von 12–20 M zu zahlen, während die Firma Dorn und Friederich für die an sie veräußerte Grundfläche nur 10 M bezahlt. Ich möchte anfragen, ob dieses Terrain minderwertiger ist?

Herr Bürgermeister Meyer: Das an die Herren Dorn und Friederich verkaufte Terrain liegt nicht an der Howaldtstraße, sondern an der projektierten Straße Nr. 48, und der Magistrat war der Meinung, daß hier ein Preis von 10 M angemessen sei.

Die Magistratsvorlage wird darauf angenommen.

XIV. Feststellung von besonderen Wegegeldbeiträgen.

Unter Ueberreichung von zwei Verzeichnissen derjenigen hiesigen gewerblichen Betriebe, die für das Rechnungsjahr 1905/06 zu außerordentlichen Beiträgen zu den Kosten der Unterhaltung der außerstädtischen Straßen und der Interessentenwege heranzuziehen sind, ersucht der Magistrat, die einzelnen Ansätze zu genehmigen, unter dem Hinweise, daß die betreffende Einschätzungsdeputation die fraglichen Verzeichnisse festgestellt hat.

Auf Empfehlung des Herrn Rathe wird dem Antrage nach kurzer Besprechung, an der sich die Herren Jasper und Bürgermeister Meyer beteiligen, zugestimmt.

XV. Erwerb einer Fläche zum Steinwege.

Nach dem Ortsbauplane ist zur Verbreiterung des Steinwegs eine zu den Grundstücken Nr. ass. 1950 und 1951 gehörende 21 qm große Fläche erforderlich, die dem Magistrate von dem jetzigen Eigentümer Protz zum Preise von 7000 M käuflich überlassen worden ist. Dem Antrage des Magistrates, sich mit diesem Erwerbe einverstanden zu erklären,

stimmt die Versammlung auf Empfehlung der Baukommission, für die Herr Rathe berichtet, zu.

XVI. Errichtung von vier Wärfers- u. Schuppen.

Bei Bewilligung der durch den außerordentlichen Etat für 1904/05 für Errichtung von vier Wärferschuppen angeforderten 5000 M hat sich die Versammlung die Zustimmung zur Ausführung dieser Bauten ausdrücklich vorbehalten. Unter Ueberreichung eines Entwurfs für die zu errichtenden Wellblechschuppen ersucht der Magistrat um Genehmigung zur Ausführung.

Herr Wolters: Die Schuppen sollen ihren Platz finden am Amalienplatze (Südseite), am H. Exerzierplatze (Nordseite), am Schlachthause und am Leonhardsplatze (Westseite). Namens der Baukommission gebe ich die Genehmigung der Vorlage anheim.

Die Versammlung beschließt dem Antrage gemäß.

XVII. Antrag Kalm's: Beleuchtung der Hauptstraßen mit elektrischem Lichte.

Der Antrag lautet:

„Die Versammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, die Hauptstraßen und Hauptplätze der Stadt mit bedeutend besserer Beleuchtung und zwar mit elektrischem Lichte bis spätestens kommenden Herbst versehen zu lassen.“

Herr Kalm's (zur Begründung): Die Gründe für diesen Antrag braucht man kaum anzugeben, da sie sämtlichen Herren bekannt sein dürften. Wenn des Abends die Geschäfte geschlossen sind und am Sonntagabend überhaupt genügt unsere Straßenbeleuchtung schon lange nicht mehr den Ansprüchen, die an eine Großstadt zu stellen sind. Unsere Nachbarstädte Magdeburg, Hannover und selbst das kleinere Hildesheim schreiten uns gegenüber erheblich vor und haben ihre Hauptstraßen mit elektrischem Lichte versehen. Wollen wir mit anderen Städten konkurrieren und noch auf den Zuzug von Fremden rechnen, die hier dauernd ihren Wohnsitz nehmen, so müssen wir darauf sehen, ihnen den Aufenthalt so angenehm wie möglich zu machen, und da ist eins der ersten Nöthemittel eine gute Straßenbeleuchtung.

Der genügend unterstützte Antrag wird der Finanzkommission zur Vorberatung überwiesen.

XVIII. Antrag Kalm's: Errichtung eines Musikpavillons auf dem Löwenwalle.

Zur Begründung des Antrages:

„Die Versammlung wolle den Magistrat ersuchen, einen verdeckten Musikpavillon auf dem Löwenwalle für die regelmäßig stattfindenden Promenadenkonzerte des Verkehrsvereins errichten zu lassen“,

führt Herr Kalm's aus: In erster Linie würde hierbei allerdings die Herzogliche Baudirektion ein Wort mitzusprechen haben. Trotzdem möchte ich den Antrag aufrecht erhalten, da sich wohl auch seitens des Magistrates in der Sache etwas tun läßt. Die Promenadenkonzerte erfreuen sich hier solcher Beliebtheit, daß sie wohl auch in Zukunft regelmäßig stattfinden werden. Es wird jetzt jeden Sonntag durch den Verkehrsverein ein Podium für die Musiker aufgeschlagen, jedoch müßte in dieser Beziehung etwas Besseres geschaffen werden, damit die Musik einen geeigneteren Platz erhält. Wenn es sich auch kaum wird ermöglichen lassen, einen festen Pavillon in der Mitte des Platzes aufzustellen, weil der Platz darunter leiden würde, so läßt sich doch vielleicht ein transportables Podium herstellen, das die Musiker gegen Regen und Sonne schützt und ihnen einen höheren Platz verschafft, damit die Konzertbesucher auch etwas von der Musik hören.

Auch diesen Antrag erhält, genügend unterstützt, die Finanzkommission zur Vorberatung.

XIX. Einfriedigung des Museumsgrundstücks.

Die städt. Bauverwaltung legt dem Magistrat acht verschiedene Entwürfe zu einer Einfriedigung für das Grundstück des neuen Museums am Steintorwall mit der Bitte vor, eine dieser Einfriedigungen zu bestimmen. Die hauptsächlich in Betracht kommenden Entwürfe 1, 2 und 8 würden 1968,75 M, 2250 M und 1218,75 M kosten. Außerdem wird ersucht, zum besonderen Schutze einiger vor der östlichen und nördlichen Front des Museumsgebäudes hergerichteten Anpflanzungen (Koniferen, Azalien etc.) kleine ringförmige Drahtgitter zu beschaffen und hierfür 200 M zu bewilligen.

Der Magistrat ersucht, unter Hinweis auf den Beschluß der Versammlung vom 26. Januar 1905 — Seite 488 des Berichtes —, den Entwurf Nr. 1 gutzuheißen und dafür 1968,75 M zu bewilligen, auch zu genehmigen, daß 200 M für die Drahtgitter ausgegeben werden.

Namens der Baukommission berichtet hierüber Herr Frühling: Die Baukommission hat sich für den Vorschlag des Magistrates hinsichtlich der Grundstückseinfriedigung nicht erwärmen können. Wir sind der Meinung, daß eine Einfriedigung des Platzes, auch wenn sie nur 70 cm hoch werden soll, nicht erforderlich ist und auch nicht zur Verschönerung des Platzes beiträgt. Wir wünschen deshalb nicht, daß ein derartiger öffentlicher Platz eingefriedigt wird und halten solche Einfriedigung für ganz überflüssig. Soll aber durchaus eine Einfriedigung gemacht werden, so meinen wir, daß nur eine ganz niedrige Einfriedigung zum Schutze der Rasenkanten, wie sie Blatt 8 der Entwürfe zeigt, oder wie sie von der Straßenbauverwaltung auf dem kleinen Dreieck angewendet ist, würde in Frage kommen können. Dagegen möchten wir beantragen, den Magistrat zu ersuchen, den jetzigen Drahtzaun zu entfernen, die Rasenflächen dort ordnungsmäßig herstellen und zur Sicherung der Kanten ein hochkantiges Flacheisen anbringen zu lassen. Es kann dann abgewartet werden, wie sich dieses Schutz Eisen bewährt, und sollte sich im Laufe der Zeit wider Erwarten herausstellen, daß dort doch eine Einfriedigung absolut nötig ist, so kann sie später immer noch gemacht werden.

Die Baukommission bringt daher in Vorschlag, den Magistratsantrag abzulehnen und nur eine Sicherung der Rasenkanten durch Flacheisen zu genehmigen, dafür 400 M zu bewilligen und ferner die zum Schutze der Anpflanzungen weiter geforderten 200 M dem Magistrat zur Verfügung zu stellen.

Herr Bürgermeister Meyer: Aus den einleitenden Worten des Herrn Referenten habe ich den Eindruck gewonnen, als ob die Mitglieder der Baukommission bei ihrem Beschlusse von der falschen Voraussetzung ausgegangen wären, daß es sich hier um die Einfriedigung eines öffentlichen Platzes handelte. Das ist gar nicht der Fall, sondern es handelt sich um die Abgrenzung des Vorgartens

eines städtischen Grundstücks gegen die Straße. Der in Frage kommende Teil des Grundstücks ist kein öffentlicher Platz, sondern ein Teil eines Privatgrundstücks, das der Stadt gehört. Die Frage, was aus dem angrenzenden Platz werden soll, ist dagegen noch eine offene: es kann daraus ein Spielplatz gemacht werden, oder er wird dem Museumsgrundstücke zugelegt.

Bei der Wahl eines 70 cm hohen Gitters würde auch das Betreten der Anlagen durch Hunde vermieden werden, während es andererseits den Eindruck nicht stört, da eine solche Abgrenzung auf ein ordnungsliebendes Auge sogar einen sehr guten Eindruck machen muß. Bei einer 70 cm hohen Einfriedigung wird einmal das Betreten der Rasenante vermieden und andererseits auch, daß man im Dunkeln darüber stolpert. Ich möchte deshalb empfehlen, der Magistratsvorlage zuzustimmen. Sollten die Herren die vorgeschlagene Form der Einfriedigung nicht für richtig halten, so würde der Magistrat gern bereit sein, Ihnen entgegenzukommen. Mit dem Vorschlage des Herrn Referenten kann ich mich nicht einverstanden erklären, weil eine solche Einfriedigung gar keinen Schutz gegen die Hunde gewährt.

Herr Koch: Ich möchte ersuchen, die Einfriedigung so zu gestalten, wie am Rundteile des Monumentsplatzes. Das vom Magistrate vorgeschlagene 70 cm hohe Schutzgitter bietet auch keinen wirkamen Schutz gegen die Hunde, denn die größeren Hunde springen doch hinüber. Unsere öffentlichen Anlagen können wir erst dann wirksam gegen die Verwüstungen durch die Hunde schützen, wenn meinem früheren Antrage gemäß die Hunde in den öffentlichen Anlagen an die Leine genommen werden müssen. Hoffentlich kommt die Herzogliche Polizeidirektion bald mit einem entsprechenden Vorschlage. Wenn ein solches Gitter nicht mehrere Meter hoch angelegt wird, springen die Hunde doch hinüber.

Herr Brückmann: Ich möchte dringend bitten, dem Vorschlage des Magistrates zuzustimmen. Wir haben es hier nicht nur mit rücksichtslosen Hunden, sondern auch mit rücksichtslosen Menschen zu tun, denn ich habe in keiner anderen Stadt eine so rücksichtslose Behandlung der öffentlichen Anlagen gefunden wie hier. (Widerspruch.) Man könnte hier statt der Rasenanlagen auch Blumenbeete anbringen, die uns noch sehr fehlen.

Herr Frühling: Herrn Bürgermeister Meyer muß ich erwidern, daß er sich in unserer Empfindung irrt, wenn er glaubt, wir hätten angenommen, es handle sich um einen freien Platz. Unter „Platz“ habe ich auch einen Vorgarten verstanden wissen wollen. Wir sind der Meinung gewesen, daß das vom Magistrate vorgeschlagene Gitter immer den Eindruck der Einzäunung hervorruft und diesen Eindruck haben wir vermeiden wollen. Unserer Ansicht nach kann ein öffentliches Gebäude mit seinem Rasenvorplatz recht gut ohne Einzäunung an der Straße stehen. Was

den Schutz des Vorgartens gegen die Hunde betrifft, so meinten wir, daß auch ein 70 cm hohes Gitter keinen Schutz gegen die Hunde gewährt. Wir wollen durch die unsererseits vorgeschlagene Sicherung auch solchen Schutz nicht gewähren, sondern dem Magistrate nur entgegenkommen, damit der Drahtzaun entfernt wird. Am liebsten sehen wir gar keine Einfriedigung. Der Vorschlag des Herrn Koch deckt sich so ziemlich mit der Ansicht der Baukommission. Jedenfalls scheint mir aber unser Vermittlungsvorschlag der ratsamste zu sein. Stellen sich nach ein oder zwei Jahren Uebelstände heraus, so können wir das Grundstück immer noch einfriedigen. Ich empfehle deshalb nochmals den Vorschlag der Baukommission.

Herr Nolte: Aus den von Herrn Brückmann angeführten Gründen bin ich für die Vorlage des Magistrates, weil auch ich einen Schutz solcher öffentlichen Anlagen für nötig halte.

Neulich habe ich übrigens bemerkt, daß der Rest des alten Statets an der Südseite des Platzes noch steht. Ich weiß nicht, wie lange das noch stehen bleiben soll, aber es ist jedenfalls Tatsache, daß diese Rudera einen wenig erfreulichen Anblick gewähren, und ich möchte anheimgen, sie möglichst bald zu beseitigen.

Herr Rathe: Ich bin ein prinzipieller Gegner der Einzäunung öffentlicher Gebäude. Das neue Museum mit der Gewerbeschule und der demnächstigen Realschule sehe ich aber für öffentliche Gebäude im wahren Sinne des Wortes an. Wir können uns ruhig entschließen, mit unserer bisherigen Gepflogenheit zu brechen und brauchen nicht mehr alles einzufriedigen. Wenn man z. B. Kirchen einfriedigt, so schießt man doch wohl weit über das Ziel hinaus. Man ist im allgemeinen nicht geneigt, alles gutzuheißen, was der Militäriskus tut, aber die Nichteinfriedigung der neuen Garnisonkirche hat mir wohlgefallen. Ich habe mich auch längere Zeit dort aufgestellt, um zu beobachten, ob infolge der Nichteinfriedigung des Grundstücks von den Passanten vielleicht Blumen abgerissen würden, jedoch ist nichts derartiges geschehen und auch die Rasenflächen befinden sich in bester Ordnung.

Es tut mir leid, daß mein Antrag auf Verdoppelung der Hundesteuer seinerzeit nicht angenommen worden ist, denn mit der jetzigen Erhöhung schränken wir die Zahl der Hunde noch nicht erheblich ein. Wenn wir hier der Hunde wegen für ein Gitter 2000 M ausgeben sollen, so ist ja die ganze Erhöhung der Hundesteuer wieder dahin. Ich möchte daher bitten, den Antrag der Baukommission anzunehmen. Wenn es sich als notwendig herausstellen sollte, eine höhere Einfriedigung dort anzubringen, so können wir in einigen Jahren immer noch dazu schreiten.

Herr Göcke: Ich bitte um Annahme der Magistratevorlage. Es handelt sich hier nicht um eine öffentliche Anlage, sondern um ein der Stadt gehörendes Gebäude, dessen Grenzlinie genau festgestellt werden muß. Wenn wir hier nur eine ganz niedrige Einfriedigung anbringen wollen, dann hätten wir auf der Mitter-

straße auch alles offen lassen können, und ich hätte wohl sehen mögen, was daraus geworden wäre. Lassen Sie uns deshalb nicht solche Versuche mit Bandeisentranten machen, sondern das vom Magistrate vorgeschlagene Statet genehmigen.

Herr Bürgermeister Meyer: Nach meinem Dafürhalten ist der Vergleich des Herrn Rathe nicht zutreffend um deswillen, weil die Garnisonkirche in einer Umgebung von größeren Anpflanzungen gelegen ist, während es sich hier um einen Vorgarten an einer lebhafteren Straße handelt. Die beiderseitigen Verkehrsverhältnisse können sich deshalb nicht vergleichen lassen. Im Grunde genommen wollen wir dasselbe wie die Gegner der Einfriedigung, denn auch diese wünschen, daß der Vorgarten in Ordnung gehalten wird, und eine Differenz besteht nur darüber, was als ausreichend anzusehen ist, um die Ordnung aufrecht zu erhalten. Der Magistrat meint, es lasse sich das nur erreichen, wenn der Vorgarten durch ein Gitter gegen unbefugten Eingriff abgeschlossen würde, während ein Teil der Herren annimmt, daß das Publikum allein so zurückhaltend sei, um die Anlagen nicht zu beschädigen und sie auch durch die Hunde nicht leiden würden. Ich kann diesen Standpunkt allerdings nicht teilen.

Herr Sander: Ich möchte bitten, die Magistratsvorlage sowohl als auch den Antrag der Baukommission abzulehnen und die Einfriedigung so zu beschließen, wie sie auf Blatt 8 der Zeichnungen dargestellt ist. Es ist das die vor dem Herzoglichen Museum und der Technischen Hochschule verwendete Form. Dort sind Verwüstungen durch Menschen und Hunde bislang nicht vorgekommen; im Gegenteil, die Anlagen sehen stets sehr lecker aus. (Heiterkeit.)

Herr Frühling: Die Zeichnung auf Blatt 8 entspricht ungefähr der Einfassung am Löwenwalle.

Herr Bürgermeister Meyer: Die Einfriedigung am Herzoglichen Museum gleicht annähernd unserer Vorlage. Wenn die Herren dem Vorschlage des Herrn Sander zustimmen sollten, so bitte ich, dem Magistrate die Freiheit zu gewähren, statt der runden eckige Eisen nehmen zu dürfen, damit von den Jungen nicht darauf herumgeritten werden kann.

Herr Meyerhoff: Ich gehöre zu der Minorität in der Baukommission, die eine Einfriedigung nach dem Vorschlage des Magistrates wünschte. Es wird sich auch nicht vermeiden lassen, den Viertelfreis auf der Südseite des Platzes ebensogut zu markieren, wie auf der gegenüberliegenden Seite, wo mehrere neue Häuser entstanden sind. Wenn der Herr Referent meint, es sollten mit der Umzäunung der Nasenkannte erst einmal Erfahrungen gesammelt werden, so glaube ich, daß Sie innerhalb weniger Jahre eine wirkliche, wenn auch niedrige Einfriedigung des Vorgartens für nötig halten werden. Mit dem Monumentalplatz können Sie diesen Platz nicht vergleichen, denn auf ersterem befindet sich das Schutzgitter hinter der Baumreihe, während hier der Verkehr scharf an dem Vorgarten vorbeigeht. Der

Vorschlag der Baukommission bleibt ewig nur ein Nothbehelf; wenn Sie daher etwas Brauchbares schaffen wollen, so genehmigen Sie die Magistratsvorlage. Die Einfriedigung vor dem Herzoglichen Museum ist ganz anderer Art, als sie hier geschildert worden ist: es handelt sich dabei um ein Drahtgeflecht, das die kleinen Hunde verhindert, den Rasen zu betreten. Ich bitte, die „Stengel“ abzulehnen.

Herr Frühling: Zu dem Antrage Sander möchte ich bemerken, daß die Baukommission ursprünglich auch geneigt war, die Einfriedigung nach der Tafel 8 zu empfehlen. Wir haben aber von einem entsprechenden Antrage Abstand genommen, weil uns gesagt wurde, wenn wir den Magistratsantrag nicht annähmen, wäre es zweifelhaft, ob dann überhaupt etwas geschehen würde. Um nun nicht etwa durch unsere Ablehnung den Drahtzaun zu erhalten, haben wir uns auf die Sicherung durch Flacheisen geeinigt.

Bei der nun folgenden Abstimmung werden zunächst die 200 M zur Einfriedigung der Anpflanzungen bewilligt. Außerdem genehmigt die Versammlung, unter Ablehnung des weiteren Theiles der Magistratsvorlage, die Beschaffung einer niedrigen Einfriedigung des Vorgartens nach dem Muster des Blattes 8 mit der Maßgabe, daß dem Magistrate hinsichtlich der Art des Gestänges Spielraum gelassen werden soll. Zu diesem Zwecke werden weitere 1218,75 M bewilligt.

XX. Antrag Wesemeier: Verhinderung von Ueberschwemmungen

Der Antrag lautet:

„Die Versammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, geeignete Schritte zu unternehmen, daß Ueberschwemmungen der Oker an der verlängerten Uferstraße zwischen Landeseisenbahn und Schießstand der Schützengesellschaft durch Stauwasser, das aus der Oker in den Galggraben tritt, verhindert werden.“

Zur Begründung des Antrages führt Herr Wesemeier folgendes aus: Das in der vorigen Woche aus dem Harze kommende Hochwasser hat hier erfreulicherweise keine größere Ueberschwemmung verursacht, weil die Oker gerade leer war. Indirekt hat die Oker aber doch für eine Reihe kleiner Leute dadurch Unheil herbeigeführt, daß der in der Verlängerung der Uferstraße fließende Galggraben die angrenzenden Aecker überschwemmt und einen großen Teil der Ernte kleiner Leute vernichtet hat. Das Wasser tritt von Dölper aus in den Galggraben, ist also Rückstauwasser und kommt unter der Ueberführung bei den Schießständen durch. Meiner Ansicht nach kann man hier zum Schutze der Anlieger stadtseitig eingreifen und die geringen Kosten aufwenden, indem man entweder beim Einfluß des Galggrabens in die Oker oder bei der Unterführung des Grabens an den Schießständen einen Schieber anbringen läßt, damit das Rückstauwasser nicht in

den Graben gelangen kann. Bringt man den Schieber an der letzteren Stelle an, so würde das Rückstauwasser die jenseits der Schießstände liegenden Wiesen auch in Zukunft überschwemmen. Wenn das den Wiesen schaden sollte, so wäre es besser, die Vorrichtung am Ausgange des Grabens bei Delper anzubringen. Zum Ziehen und zum Niederlassen des Schiebers könnte vielleicht ein Bediensteter der Pumpstation oder der Feldhüter bestimmt werden. Sollte aber nicht die Stadt, sondern die Hagener Gemeinde hier einzugreifen haben, so wird der Magistrat diese wohl veranlassen, die entsprechenden Vorrichtungen zu treffen, selbst wenn die Stadt die Kosten tragen müßte.

Der Antrag findet genügende Unterstützung und wird der Baukommission zur Vorberatung überwiesen.

XXI. Antrag Frick: Anbringung von Wasserständen auf der Straße.

Der Antrag lautet:

„Die Versammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, in gewissen Abständen der Innen- und Außenstadt kurze Wasserrohre, eventuell mit Trinkbecher, an den Hydranten anbringen zu lassen, die es ermöglichen, an heißen Tagen den Durst zu löschen, und die auch zum Tränken der Pferde eventuell freigegeben werden.“

Herr Frick (zur Begründung): In den letzten heißen Tagen ist es mir mehrfach aufgefallen, daß die Pferde vor den Droschken und anderen Fuhrwerken unter der Hitze ungemein litten und daß die Kutscher in Privathäuser gingen, um sich Wasser für ihre Pferde zu erbitten. In Berlin und anderen Städten hat man diesem Notstande in einfacher Weise dadurch abgeholfen, daß an passenden Stellen der Straße kurze Wasserpfähle aufgestellt worden sind, aus denen die Kutscher Wasser für ihre Pferde entnehmen können. Auch hat man einen Trinkbecher mittels einer kurzen Kette an dem Pfahle befestigt, um die Möglichkeit zu geben, daß auch ein Mensch dort seinen Durst stillen kann. Ich möchte um Unterstützung des Antrages bitten.

Herr Oberbürgermeister Metemeyer (zur Geschäftsordnung): Dem Magistrat ist von außerhalb ein gleicher Antrag unterbreitet worden, dem Folge zu geben er schon beschlossen hat. Wir sind nur noch im Zweifel darüber, wie die Pfähle konstruiert werden müssen, und wir werden der Versammlung demnächst eine Vorlage darüber zugehen lassen.

Vorsitzender: Wünschen die Herren unter diesen Umständen sofortige Veratung des Antrages? (Zustimmung.)

Herr Oberbürgermeister Metemeyer: Das hatte ich mit meiner Erklärung nicht beabsichtigt. So gut die Sache an sich ist, so schwierig ist es, die richtige Konstruktion für die Pfähle zu finden. Bei der bisherigen Konstruktion mit einem

Hebel kann nämlich leicht Unfug getrieben werden. Ich bitte, einige tausend Mark zu bewilligen, um zunächst einige Probepfähle aufstellen zu können.

Herr Fricke: Ich beantrage, dem Magistrate zunächst bis zu 1000 M zu Versuchszwecken zur Verfügung zu stellen.

Herr Wesemeier: Die Anlage halte ich für sehr zweckmäßig; ich bitte aber auch die Spielplätze der Kinder damit zu versehen. (Rufe: Ist schon geschehen!)

Der Antrag Fricke wird darauf genehmigt.

XVII. Anfrage Wesemeier: Beprengung der Straßen.

Herr Wesemeier begründet seine Anfrage:

„Nach welchen Grundsätzen wird die Beprengung der Straßen während der heißen Tage vorgenommen?“

wie folgt: Es ist wohl niemand unter uns, der nicht schon unangenehm empfunden hat, wenn er an den Straßensegern vorbeigehen und dann die Staubwolken einschlucken muß, die infolge ungenügender Beprengung der Straßen entstehen. Im vorigen Jahre hat Herr Oberbürgermeister Ketemeyer selbst ausgeführt, daß unsere Straßenbeprengung ungenügend sei. Wenn es uns an Wasser nicht fehlt, so müssen wir besonders an den heißen Tagen mehr Wasser auf die Straße werfen. Sollte es aber an Wasser mangeln, so tun wir besser, Wasser aus der Oker zu nehmen und zwar trotz der Ansicht des Herrn Oberbürgermeisters, daß dieses Wasser schädlich sei. Das Wasser ist jedenfalls nicht so schädlich, wie die Staubwolken, die man andernfalls einschlucken muß. Ich habe das in den letzten Tagen auch in der Außenstadt unangenehm empfunden, wo die Straßenseger große Staubwolken aufwirbelten. Man macht um diese Leute herum deshalb einen großen Bogen. Alles was von schwindstüchtigen Leuten ausgespien wird, verflüchtigt sich an solchen trockenen Tagen zu Staub, den die gesunden Menschen wieder einatmen müssen und der durch die geöffneten Fenster auch in die Wohnungen eindringt. Außerdem haben wir auch Rücksicht auf die Straßenseger selbst zu nehmen, deren Beschäftigung wohl zu den ungesundesten gehört, die es gibt. Die Leute bekommen wohl eine Gießkanne und es ist ihnen auch vorgeschrieben, die Straßen vor der Reinigung zu beprengen, aber sie haben kein Wasser. Gingen sie an einen Hydranten, so würden sie von dem Direktor des Wasserwerks auf den Trab gebracht und aus den Häusern könnten sie kein Wasser holen, weil man ihnen das verweigern würde.

Herr Oberbürgermeister Ketemeyer: Die Klagen des Herrn Vorredners erkenne ich ohne weiteres als begründet an, denn auch ich bin der Ansicht, daß die Art und Weise der Beprengung in mancher Beziehung verbesserungsbedürftig ist. Nun ist aber in diesem Frühjahr die unangenehme Tatsache zu Tage getreten, daß unser Wasserwerk zeitweise so sehr in Anspruch genommen war, um

die Frage in Erwägung zu nehmen, ob die Straßensprengung nicht ein oder zwei Tage eingestellt werden müßte. Der Uebelstand rührte daher, daß der Konsum an Wasser ganz kolossal gewachsen war. Wir sind an einem Tage bis zu nahezu 17 000 cbm Wasserverbrauch gekommen, eine Menge, die sonst nur im Hochsommer erreicht worden ist.

Die Anschließung der von der Versammlung genehmigten 34 neuen Brunnen ist leider noch nicht ganz möglich gewesen, weil die dazu erforderlichen Eisenrohre nicht rechtzeitig angeliefert werden konnten und weil alle Gesuche um schnellere Lieferung der Rohre wirkungslos gewesen sind. Aus diesem Grunde konnten bis jetzt nur fünf Brunnen neu angeschlossen werden. Wenn im Laufe des Sommers die übrigen 29 Brunnen angeschlossen sein werden, kommen wir hoffentlich aus der Kalamität heraus. Der Magistrat hat es aber gleichwohl nicht für richtig erachtet, sich lediglich hierauf zu beschränken — denn es steht fest, daß die Zunahme des Wasserverbrauchs von Jahr zu Jahr unverhältnismäßig steigt, welche Tatsache der guten Qualität des Wassers zuzuschreiben ist — und der Magistrat hat geglaubt, man müßte sich das Wasserreservoir am Dowsensee tunlichst für Zwecke des Gebrauchswassers zu erhalten suchen, während die Straßen mit anderem als Okerwasser gesprengt werden könnten. Letzteres enthält nämlich so viele Algen, daß die Rohre der Sprengwagen sehr bald verstopft sein würden und dieses Wasser daher als ungeeignet zum Sprengen angesehen werden muß. Der Magistrat hat aus diesen Gründen in Aussicht genommen, an verschiedenen Stellen der Stadt Brunnen anlegen zu lassen und diesen Brunnen mittels einer mechanischen Vorrichtung das Wasser für die Sprengwagen zu entnehmen. Herr Direktor v. Feilitzsch hat auch schon einen entsprechenden Auftrag vom Magistrate erhalten und ist mit der Bearbeitung von Projekten bereits beschäftigt. Er meint, daß sich das Wasser aus solchen Brunnen ebenso leicht in die Sprengwagen schaffien lasse, wie aus den Hydranten. An verschiedenen Stellen der Stadt steht das Wasser gar nicht allzutief in der Erde und es läßt sich auf diese Weise der Kalamität gründlich abhelfen.

Die Anfrage ist damit erledigt,
und der Herr Vorsitzende schließt die Sitzung.

Dauer von 4 bis gegen 8 Uhr.

1905/1906.

Nr. 6.

Bericht

über die

Verhandlungen der Stadtverordneten zu Braunschweig

in deren Sitzung vom 24. August 1905.

Tagesordnung:

I. Antrag Kalmß: Beleuchtung der Hauptstraßen mit elektrischem Licht . .	Seite 177
II. Antrag Kalmß: Errichtung eines Musikpavillons auf dem Löwenwall . .	" 185
III. Antrag Wesemeier: Verhinderung von Ueberflutungen	" 185
IV. Aufhebung von Teilen der Tauben- und der Spargelstraße	" 189
V. Erweiterung der Stallgebäude des Schlachthauses	" 189
VI. Erwerb einer Fläche bei der Kastanienallee	" 190
VII. Kostenzuschuß für eine Brücke über den Aue-Deffanal	" 190
VIII. Ausbau eines Teiles der Goslarischenstraße	" 191
IX. Klageerhebung gegen die National-Alten-Bierbrauerei	" 191
X. Klempfaster-Verschönerung auf der Broikemerstraße	" 192
XI. Beleuchtungsanlage des Wirtschaftsgebäudes im Bürgerparke	" 192
XII. Bauliche Aenderungen im ehem. Standesamtsgebäude	" 192
XIII. Herstellung von Fußgängerbrücken im Bürgerparke	" 192
XIV. Kostenzuschuß für den Fußballklub „Eintracht“	" 194
XV. Aufnahme einer Klage	" 196
XVI. Dienstentlohnungen für die Stelle eines Brandmeisters	" 196
XVII. Bewilligung von Zählgeid zc. an die hiedrlichen Vollziehungsbeamten . .	" 197
XVIII. Antrag Wiehle u. Gen.: Aufhebung der Grenzperre für Rieh	" 198

XIX.	Antrag Stegmann: Entiendung von Gewerbegerichts-Beisitzern zur Verbandsversammlung	Seite 200
XX.	Antrag Günther: Errichtung einer Zentralbadeanstalt.	" 203
XXI.	Antrag Wejemeier: Einführung der stündigen Arbeitszeit in den Gasanstalten.	" 204
XXII.	Antrag Riefe: Zulassung der Pferdechlächter zur Schlachthaus-Kühlhalle	" 205
XXIII.	Anfrage Esdorn: Aenderung der Marktordnung	" 205
XXIV.	Anfrage Wejemeier. Vereinfachung der Steueranschriften	" 206
XXV.	Anfrage Wejemeier: Straßenreinigung mit Westrumit	" 207
XXVI.	Uebertragung von Mitteln auf das laufende Rechnungsjahr.	" 207

Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister Ketemeyer und Stadträte von Frankenberg, Seele, Wagner und Lange.

Entschuldigt die Herren Blasius, Brückmann, Buchler, Födel, Lübke, Nolte, Peplies, Probst, Sander, Schöttler und Wolters.

Der Vorsitzende, Herr Wolff, eröffnet die Versammlung und macht zunächst folgende Mitteilungen:

1. Die Direktion der Straßeneisenbahn-Gesellschaft hat der Stadtverwaltung von der Bruttoeinnahme des Elektrizitätswerkes für das Rechnungsjahr 1904/05 eine Abgabe von 44 043,38 M überwiesen. Diese Abgabe hat in den Vorjahren betragen: 1900/01 = 10 017,10 M, 1901/02 = 15 760,12 M, 1902/03 = 23 907,01 M und 1903/04 = 36 049,65 M.

2. Bei der Behandlung von Anträgen und Anfragen ist mangels einer gesetzlichen oder statutarischen Bestimmung bisher von der Versammlung so verfahren worden, daß deren Besprechung erst zugelassen worden ist, nachdem die Tagesordnung erledigt war. Es steht indessen nichts im Wege, einen solchen Antrag zc. auch schon vor Erledigung der Tagesordnung zu behandeln, sofern die Versammlung damit einverstanden ist. Da die Herren Wiehle und Genossen beantragt haben, ihren Antrag wegen Aufhebung der Grenzsperr (i. lfd. N. XVIII der Tagesordnung) schon vor Eintritt in die Tagesordnung zur Begründung und Verhandlung zu stellen, dieses Verfahren aber von der bisherigen Gepflogenheit der Versammlung abweichen würde, so frage ich, ob die Versammlung mit dieser Abweichung einverstanden ist? — Die Frage ist von der Mehrheit der Versammlung verneint worden, der Antrag kann daher erst nach der Erledigung der Tagesordnung zur Verhandlung gestellt werden.

Hierauf wird in die Tagesordnung eingetreten.

I. Antrag Kalm's: Beleuchtung der Hauptstraßen mit elektrischem Licht.

Der in der Sitzung vom 15. Juni d. Js. — Seite 165 des Berichtes — gestellte und begründete Antrag lautet:

„Die Versammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, die Hauptstraßen und Hauptplätze der Stadt mit bedeutend besserer Beleuchtung, und zwar mit elektrischem Licht, bis spätestens kommenden Herbst versehen zu lassen.“

Namens der Finanzkommission berichtet über den Antrag Herr Schmidt: Was zunächst die Beleuchtung der Hauptstraßen mit elektrischem Licht betrifft, so hat sich die Kommission dafür nicht entscheiden können, weil diese Beleuchtungsart einen ganz wesentlich höheren Kostenaufwand verursachen würde, als die Beleuchtung durch das selbstproduzierte Gas und wir uns durch die Heranziehung des elektrischen Lichtes zur Straßenbeleuchtung eine Konkurrenz schaffen würden, die einen Schnitt ins eigene Fleisch bedeuten würde. Wir können außerdem mit gutem Gaslicht, das tagtäglich immer noch mehr verbessert wird, eine bessere Beleuchtung schaffen, als mit elektrischem Lichte. Wer in seinem Hause einen Vergleich hat anstellen können, wird wissen, daß sich bei Verwendung von Glühstrümpfen mit Gas eine bessere und dabei erheblich billigere Beleuchtung herstellen läßt als mit elektrischem Lichte. Wenn die Gesellschaft in ihren Prospekten hervorhebt, daß das elektrische Licht nicht viel teurer sei, als Petroleumlicht, so hat man sich dabei doch wohl etwas reklamehaft ausgedrückt; man kann immerhin annehmen, daß das elektrische Licht das doppelte kostet, als das Gasglühlicht. Aus diesem Grunde kann die Finanzkommission nicht empfehlen, diesen Teil des Antrages anzunehmen.

Was nun den anderen Teil, die bessere Beleuchtung der Hauptstraßen, betrifft, so fragt es sich zunächst, was versteht man denn unter besserer Beleuchtung? Das Bedürfnis nach Licht ist ja heute mehr vorhanden, als je zuvor; ob dieses Bedürfnis aber nicht vielfach überschritten wird, ist eine zweite Frage. Es ist heutzutage geradezu Modefache geworden, mit künstlichem Lichte eine Helligkeit zu erreichen, die fast an das Tageslicht herankommt: jedoch scheint es mir zum mindesten zweifelhaft, ob solche Helligkeit nötig ist. Wir finden hier elektrische Lichtanlagen, die selbst in Nebenräumen eine Helligkeit von 10–15 Kerzen verbreiten, während eine Kerze dort vollständig genügen würde. Ein Bedürfnis, so viel Licht haben zu müssen, kann bejaht, aber mit demselben Rechte auch verneint werden. Ebenso liegt es bei der Beleuchtung der Straßen. Die Frage: Ist es nötig, daß wir während der ganzen Nacht in den Straßen der Stadt eine Helligkeit haben, die die jetzige Helligkeit noch überschreitet? ist von der Mehrheit der Finanzkommission dahin beantwortet worden, daß die jetzige Helligkeit genügt, wenn auch eine größere Helligkeit wünschenswert und nicht zum Schaden wäre.

Hierbei kommt auch wesentlich der Gesichtspunkt in Frage, was die Sache kosten würde. Wenn wir aber den Hauptstraßen und Hauptplätzen eine Helligkeit geben wollen, wie sie abends während der Geschäftszeit herrscht, so würden wir Kosten aufzuwenden haben, die bei der jetzigen Finanzlage der Stadt als unerschwinglich zu bezeichnen sind. Sobald die Stadt zu größeren Ausgaben als bisher veranlaßt wird, geschieht das immer auf Kosten der Steuerzahler; wir müssen daher bei allen Wünschen aus der Bürgerschaft, wenn deren Durchführung nicht absolut notwendig ist, mehr oder weniger stark den Hemmschuh anzulegen suchen. Infolge der Beleuchtung der Straßen durch die Geschäftsläden werden wir an eine Helligkeit gewöhnt, die nach dem Schluß der Läden in unseren Augen wohl zu einer Schattenbeleuchtung herabsinkt, die aber vollständig genügt, sobald wir uns nur erst daran gewöhnt haben. Wenn ich einmal in später Nachtstunde nach Hause gehe, so lege ich mir immer wieder die Frage vor, wozu es nötig ist, die Straßen der Stadt während der ganzen Nacht so stark zu beleuchten und zwar allein für die paar Bummler, die spät nach Hause gehen. Früher sind die Laternen um 11 Uhr etwas abgestellt worden, jedoch kostete diese Arbeit schließlich ebensoviel, als wenn wir die Laternen voll brennen lassen, weshalb wir von dem Abstellen abgesehen haben. Auch die Ueberwachung der Stadt würde meiner Ansicht nach besser sein, wenn die Beleuchtung nicht so hell wäre, weil man dann den Wächter nicht schon aus so weiter Entfernung würde sehen können. Andere meinen allerdings, es wäre gut, die Episkuben aus größerer Entfernung sehen zu können.

Der Wunsch, vielleicht einzelne Straßen und Plätze durch eine bessere Beleuchtung auszuzeichnen, ist auch in der Kommission rege geblieben, und man hat gemeint, namentlich den Friedrich-Wilhelmsplatz aus Rücksichten der Reklame besser als bisher zu beleuchten. Die Finanzkommission hat denn auch der Anregung zugestimmt, diesen Platz vor allen Dingen etwas besser zu beleuchten, da sich die jetzige Beleuchtung durch die Lufaslampe nicht bewährt hat. Diese Lampe besitzt ebensovienig wie das elektrische Licht eine genügende Durchdringungskraft, denn bei trübem Wetter dringt sie schlechter durch den Nebel, als andere Beleuchtungsarten. Selbst eine gute Petroleumlaterne besitzt eine bessere Durchdringungskraft als das elektrische Licht. (Widerspruch.)

Die Finanzkommission empfiehlt Ihnen aus allen diesen Gründen, den Antrag Kalms abzulehnen, jedoch an den Magistrat das Ersuchen zu richten, zunächst den Friedrich-Wilhelmsplatz besser zu beleuchten und eine dementsprechende Vorlage baldmöglichst einzubringen.

Vor einiger Zeit war einmal angeregt worden, die Beleuchtung der Stadt durch Anlegung von 44 Bogenlampen zu verbessern, die den Kosten von 400 Gaslaternen entsprechen, was einer Vermehrung der jetzigen Laternen um etwa ein Fünftel gleichkommen würde. Wenn man annimmt, daß die Unterhaltung einer

Laterne jährlich 70 M kostet, so würde hierdurch eine Mehrausgabe von 27000—28000 M entstehen. Wir haben uns aber gesagt, daß wir diese Summe zu dem angegebenen Zwecke augenblicklich nicht aufwenden können, zumal von den 44 Bogenlampen nur zwei auf den Friedrich-Wilhelmsplatz entfallen wären.

Herr Kalm's: Ich bin mit den Ausführungen des Herrn Referenten nicht einverstanden. Es mußte einen wunderbar anmuten, wenn man in dem Referate hörte, daß die Petroleumbeleuchtung und das elektrische Bogenlicht mit einander in Vergleich gestellt wurden; ein solcher Vergleich ist doch einfach unmöglich. Wenn der Herr Referent dagegen ausgeführt hat, daß die Glühstrümpfe mehr Leuchtkraft haben, als das Glühlicht, so muß ich ihm recht geben. Bei der Straßenbeleuchtung handelt es sich aber nicht um Glühlicht, sondern in erster Linie um Bogenlicht, und darüber sind wir uns doch wohl einig, daß Bogenlicht eine andere Leuchtkraft besitzt, als Gaslicht. Die Lukas-Gaslampe hat allerdings eine geringere Leuchtkraft, als eine gute Petroleumlampe, trotzdem von ihr sehr viel Gas verbraucht werden wird. Auf dem Alexanderplatz in Berlin, der mit Preßgasbeleuchtung versehen ist, kann man einen Vergleich zwischen dieser Beleuchtung und der von privater Seite unterhaltenen Beleuchtung durch Bogenlicht anstellen, der aber sehr zugunsten des Bogenlichtes ausfällt. Bei der Straßenbeleuchtung kommt noch hinzu, daß die Bogenlampen höher hängen, als die Gaslaternen und hierdurch breitere Straßen und namentlich Plätze besser beleuchtet werden.

Was nun die Bedürfnisfrage anlangt, so habe ich in einer Statistik über 50 Städte festgestellt, daß Braunschweig zu den 8 von den 50 Städten gehört, die noch keine öffentliche elektrische Beleuchtung haben. Ich weiß nicht, ob das nun gerade ein Renommee für unsere Stadt ist. Andere Städte haben doch auch das Bedürfnis gefühlt, etwas tun zu müssen, um ihre Stadt den Fremden gegenüber in ein gutes Licht zu setzen. Wenn demgegenüber der Herr Referent meint, daß unsere jetzige Beleuchtung genüge, so ist das Ansichtssache. Der eine braucht gar keine Straßenbeleuchtung, weil er abends nicht ausgeht, und der andere kann die Straßen nicht hell genug bekommen: die Beleuchtung soll doch aber auch nicht für uns allein sein, sondern sie soll mit dazu dienen, daß die Stadt auf die Fremden einen freundlichen Eindruck macht. Der Herr Referent hat ja auch schon anerkannt, daß nach dem Geschäftschluß nur eine Schattenbeleuchtung auf den Straßen vorhanden ist. Das wird sich erst im kommenden Winter recht bemerkbar machen, wenn der 8 Uhr Ladenschluß allgemein zur Durchführung gekommen ist.

Hinsichtlich der Finanzfrage, die allerdings eine Hauptrolle spielt, liegt die Sache doch so, daß wir bei Ablehnung meines Antrages in einem Jahre oder in mehreren Jahren bei Wiederholung des Antrages dieselbe Antwort bekommen und

hören werden, die Finanzen erlaubten nicht, eine solche Einrichtung zu treffen. Wenn wir nicht Anstalt machen, auch in dieser Beziehung mit in die Reihe der Großstädte einzutreten, so wird es uns gehen, wie in den 60er Jahren, wo Braunschweig auf einen durchgehenden Eisenbahnverkehr keinen Wert legte und wo es 25 Jahre nötig gehabt hat, um sich wieder aufzurütteln. Gerade durch solche Verhältnisse hat sich die Finanzlage der Stadt mit verschlechtert. Bleiben wir auch in diesem Punkte jetzt wieder zurück, so werden wir in 15 bis 20 Jahren einsehen, daß wir anderen Stadtgemeinden gegenüber hintenanhinken und dann müssen wir unter Aufwendung gewaltiger Summen das Versäumte nachholen, um Braunschweig mit einem Male in die Höhe zu heben. Nutzen wir die Fortschritte der Zeit nicht aus, so können wir nur eine große Mauer um Braunschweig ziehen und uns einschließen. Aus der Statistik entnehmen wir auch, daß nur einige Städte auf 1000 Einwohner berechnet weniger Laternen haben, als Braunschweig, während alle anderen Städte erheblich mehr Laternen besitzen. Bei diesem Vergleiche kommt Braunschweig noch schlechter weg, wenn man berücksichtigt, daß es außerordentlich weit gebaut ist.

Wenn Sie nun nicht geneigt sind, mit einem Male die Hauptstraßen und Hauptplätze mit elektrischem Lichte zu beleuchten, so empfehle ich, wenigstens erst einmal einen Straßenzug vom Bahnhofe ab für die elektrische Beleuchtung in Aussicht zu nehmen, damit die Stadt wenigstens nach außen hin etwas repräsentiert. Die Kosten würden sich etwa auf die Hälfte der früher veranschlagten Summe belaufen und vielleicht 12000 bis 13000 M betragen. Eine solche Summe kann man wohl ohne Bedenken den Ueberschüssen der Gas- und Wasserwerke entnehmen und zwar umsomehr, als zu diesen Ueberschüssen hauptsächlich die Einwohner beitragen, welche aus der Hebung des Verkehrs wieder Vorteile ziehen würden. Daß aber der Verkehr bei besserer Beleuchtung der Straßen wächst, ist wohl unbestritten, und der Verkehr muß nach Möglichkeit gehoben werden, wenn unsere Stadt nicht überall nachhinken will. Bei der besseren Beleuchtung der Straßen handelt es sich auch nicht darum, daß gerade die Ladeninhaber an diesen Straßen abends mehr verkaufen sollen, sondern sie soll allein im Interesse der Allgemeinheit eingeführt werden. Wenn hier z. B. das Hotelwesen blüht, so haben Lieferanten und Handwerker ebenfalls Vorteil davon. Man könnte auch den der Stadt überwiesenen Ueberschuß aus dem Elektrizitätswerke, der in den beiden letzten Jahren, wie wir eben gehört haben, allein 80000 M betragen hat, für solche Sachen verwenden, die im Interesse des Verkehrs liegen, also für bessere Straßenbeleuchtung, für eine Lesehalle und dergleichen mehr. Darum beschränken Sie die Verbesserung der Straßenbeleuchtung mit elektrischem Vogenlicht nicht auf den Friedrich-Wilhelmsplatz, sondern nehmen Sie wenigstens einen ganzen Straßenzug. Wenn die Versammlung den Antrag ablehnen sollte, wird man die Einwohnerschaft damit nicht

zum Schweigen bringen, sondern sie wird sich weiter bemühen, zur Hebung Braunschweigs beizutragen, damit unsere Stadt in der vorhin erwähnten Statistik nicht noch an die 50. Stelle kommt. Eine Stadt hat ebenjogut nötig Klame zu machen, wie ein Geschäft, wenn sie nicht zurückbleiben will; stellt man sich aber auf den Standpunkt der Finanzkommission, so darf auch ein Geschäft keine Klame machen. — Aus den hier vorgetragenen Gründen bitte ich Sie um Unterstützung meines Antrages.

Herr Esdorn: Ich gehöre zu der Minorität der Finanzkommission und bin für den Antrag Kalm's, aber nicht in der ursprünglichen, sondern in der eingeschränkten Form, nach der eine elektrische Beleuchtung des Friedrich-Wilhelmsplatzes, des Platzes vorm Theater, des Ruhfäutchenplatzes und des Platzes vor dem Rathause in Aussicht genommen werden soll. Braunschweig darf mit der elektrischen Straßenbeleuchtung nicht länger zurückbleiben. Wir haben dem Magistrate in der Finanzkommission übrigens nur empfehlen wollen, zu einer besseren Beleuchtung zu schreiten, wenn wir auch hofften, er werde dann elektrisches Licht nehmen. Die gewerbetreibenden Grundbesitzer dürfen erwarten, daß etwas in ihrem Interesse geschieht. Auch die Bürgerschaft als solche drängt nach elektrischer Straßenbeleuchtung und ich meine, wir müßten wenigstens mit einigen Plätzen den Anfang machen, wenn wir auch von ganzen Straßenzügen vorläufig noch absehen. Da die jährlichen Mehrkosten nur 7000—8000 M betragen können, so werden unsere Finanzen das wohl erlauben. Ich empfehle also, den Antrag der Finanzkommission dahin auszudehnen, daß der Magistrat ersucht wird, wenigstens die bezeichneten Plätze mit besserem Lichte zu versehen.

Herr Meyerhoff: Das Referat der Finanzkommission hat mich nicht befriedigt. Seitens der Deputation für das Gas- und Wasserwerk war schon vor zwei Jahren an den Magistrat der Antrag gerichtet, eine bessere Beleuchtung der Hauptstraßen in der Art einzurichten, daß die Laternen mit Doppelstrümpfen versehen würden, von denen der eine Strumpf nach 11 Uhr gelöscht werden sollte. Der Magistrat lehnte den Antrag aber ebenfalls wegen der Kosten ab. Von der Direktion der Licht- und Wasserwerke war berechnet worden, daß etwas über 3000 M Kosten entstehen würden, wenn der Straßenzug vom Bahnhofe bis zum Steinwege in solcher Weise beleuchtet werden sollte. Ich stehe auf dem Standpunkte, daß auch mit Gas eine bessere Beleuchtung zu erzielen ist, und ich möchte wohl wünschen, daß die Deputation für das Gas- und Wasserwerk ersucht würde, nochmals ein Projekt zur besseren Beleuchtung der Hauptstraßen und Hauptplätze mit Gas aufzustellen. Auch über die Verwendung von Preßgas zur Straßenbeleuchtung hat die Deputation schon berichtet, jedoch einigte man sich schließlich auf die Probelerne, die sich allerdings nicht bewährt hat. Wenn man nur einige Plätze der Stadt besser beleuchten will, so hat das keinen Zweck, weil dadurch nur Lichtoasen

entstehen; will man etwas Ordentliches schaffen, so müssen auch die verbindenden Straßenzüge besser beleuchtet werden.

Herr Bues: Bei dem Berichte des Herrn Schmidt habe ich mir die Frage vorgelegt, wie es möglich ist, heutzutage noch behaupten zu wollen, unsere Straßenbeleuchtung wäre zu hell. Dem Eisenbahnminister kann man doch wirklich nicht zum Vorwurf machen, er sei ein Verschwender, aber trotzdem hat er den hiesigen Bahnhof mit elektrischem Licht versehen lassen. Hiernach muß man aber zu der Ueberzeugung kommen, daß die Ausführungen des Herrn Referenten nicht zutreffend seien. Man sollte den Eingang vom Bahnhofe zur Stadt nicht so gestalten, daß der Fremde den Eindruck gewinnen muß, er komme in eine dunkle Kammer. Um 1 Uhr nachts könnte man ja eigentlich die ganzen Straßenlaternen auslöschen, weil dann der Straßenverkehr hier schon aufhört, aber so lange Eisenbahnzüge einlaufen, muß die Stadt auch beleuchtet sein. Wenn mit den 44 000 M. aus dem Elektrizitätswerke etwas für die bessere Beleuchtung der Stadt geschähe, so würde das die Finanzlage der Stadt nicht so sehr schädigen, zumal der dritte Teil der Summe schon genügen würde, um eine wesentliche Besserung zu schaffen. Elektrisches Licht macht immer einen besseren Eindruck, als die auf niedrigen Handelabern ruhenden Gaslaternen: man könnte daher einen Straßenzug recht wohl mit elektrischem Licht beleuchten.

Herr Hauswaldt: Es ist eine mißliche Sache, sich gegen den Antrag Ralms auszusprechen, denn in allen Restaurationen und auf allen Bierbänken wird er besprochen und freudig begrüßt und jedem Gegner wird der Vorwurf der Lichtscheue und des Dunkelmännertums gemacht. Mich kümmert das aber nicht. Ich bin dagegen, für diesen Zweck öffentliche Gelder, die aus den Steuern kommen, auszugeben und für mich ist allein die Bedürfnisfrage maßgebend. Ich lege mir die Frage vor, ob unsere Stadt wirklich ungenügend beleuchtet ist und zwar derart, daß der Fremde nach dem Verlassen des Bahnhofes denken müßte, er käme in „eine dunkle Kammer“? Nach meiner persönlichen Empfindung muß ich sagen, daß z. B. von den Städten, die ich in letzter Zeit besucht habe, darunter Lübeck, München, Kiel, keine so gut beleuchtet ist wie Braunschweig, wo jede kleine Straße eine gute Beleuchtung aufzuweisen hat. Hier sind z. B. die Stobenstraße, die Jedutenstraße, der Klint zc. mustergültig beleuchtet, während andererseits allerdings einzelne Straßen nicht besonders durch ihre Beleuchtung glänzen. Ein Bedürfnis zur besseren Beleuchtung unserer Straßen erkenne ich nicht an und ich kann auch nicht einsehen, daß wir den Straßenzug vom Bahnhofe bis zum Hagenmarke und Steinweg besonders gut beleuchten sollen, da hierdurch die Stadt durchaus keinen Vorteil haben und kein Fremder dadurch angezogen würde. Auch für die Gewerbetreibenden und die Gastwirte liegt darin kein Vor-

teil, denn die Beleuchtungsfrage hat mit der Rentabilität unserer Gastwirtschaften nichts zu tun: die Restaurationen blühen, wenn sie gut geführt werden, immer und sie florieren nicht, wenn sie schlecht geführt werden, mögen sie dann auch in das grellste Licht gesetzt werden.

Gegen die hier gebrauchten Redewendungen: Braunschweig muß mitgehen und darf nicht nachhinken, in 20 Jahren kostet die Anlage nochmal so viel und dergl. kann ich nichts machen. Meiner Ansicht nach würde es eine Verschwendung öffentlicher Gelder sein, wenn wir für derartige Sachen viel Geld ausgeben wollten. Der einzige für mich in Frage kommende Punkt, wo man eventuell ansetzen könnte, wäre noch der Friedrich-Wilhelmsplatz, aber auch hier halte ich eine Aenderung in den Beleuchtungsverhältnissen für überflüssig, da der Platz in seiner ganzen Anlage verpfuscht ist und durch eine bessere Beleuchtung nicht schöner gemacht werden kann. Um aber dem allgemeinen Wunsche entgegenzukommen, bin ich dafür, den Friedrich-Wilhelmsplatz besser zu beleuchten. Es handelt sich tatsächlich um nichts weiter, als der allgemeinen Modesache nachzugeben. Nehmen Sie darum den Antrag der Finanzkommission an. Wenn der Versuch gelingen sollte, können wir jeden Augenblick mit der Verbesserung der Straßenbeleuchtung weitergehen. Was soll es für einen Zweck haben, z. B. den Hagenmarkt noch besser zu beleuchten; der Platz ist ganz vorzüglich beleuchtet, denn man kann dort, ebenso wie auf den übrigen Straßen der Stadt, lesen, braucht also keine bessere Beleuchtung. Das Verlangen nach elektrischem Licht ist nichts als eine reine Modesache. Es blühen uns noch so viele notwendigere Ausgaben, daß wir hiervon absehen müssen. Wenn Herr Kalms beantragt hätte, mit Rücksicht auf die hohen Ueberschüsse aus den Gaswerken die Gaspreise herunterzusetzen, oder doch den Gewerbetreibenden Rabatt zu bewilligen, so würde ich dafür zu haben sein, nicht aber für diesen Antrag.

Herr Jasper: Ich habe in der Finanzkommission zu der Mehrheit gehört und bitte auch hier, den Antrag Kalms abzulehnen. Zum Worte habe ich mich gemeldet, weil die Begründung des Herrn Referenten meine Billigung durchaus nicht findet und ich anerkennen muß, daß die von Herrn Kalms vorgetragene Begründung viel für sich hat. Die Kommission hat auch auf dem Standpunkte gestanden, daß sie für eine bessere Beleuchtung alles aufwenden will, was möglich ist, und diesen Standpunkt teile ich noch heute. Gleichwohl bin ich für den Antrag der Finanzkommission eingetreten. Was zunächst die elektrische Beleuchtung der Straßen anbelangt, so ist die Stadt nicht in der glücklichen Lage, ein elektrisches Lichtwerk zu besitzen. Wenn wir dabei nicht auf ein privates Unternehmen angewiesen wären und wir nicht nur auf die Broden, die von des Reichen Tische fielen, warten müßten, sondern im vollen Umfange die Rentabilität eines solchen Unternehmens im Interesse der Stadt ausnützen könnten, so ließe sich dafür stadtseitig wohl etwas tun. Unter den vorliegenden Verhältnissen kann ich aber dem

Standpunkte des Herrn Hauswaldt nur beipflichten. Ich halte eine bessere Beleuchtung der Stadt auch für wünschenswert, aber nicht für notwendig, und der Antragsteller hat seinen Antrag auch weniger mit der Notwendigkeit begründet, als damit, daß etwas an der Beleuchtung gebessert werden solle; man will mit der besseren Beleuchtung Kellere nach außen hin machen und man will eine gute Stube schaffen, darin sich wohl sein läßt auf Kosten der vielen schlecht gelüfteten, ungesunden und kleinen Kammern, die hier vorhanden sind. Schein und Blendwerk nach außen will man machen — butten fix und innen nig —, während wir in unserer Stadt wichtigere Dinge zu tun haben, denn wir müssen für gesündere Wohnungen sorgen und müssen darauf bedacht sein, unseren heranwachsenden Geschlechtern geistige Nahrung in größerem Umfange als bisher zuzuführen.

Was die finanzielle Seite des Antrages betrifft, so wünscht Herr Kalms 44 elektrische Bogenlampen eingerichtet zu sehen, die etwa 30 000 M jährlich kosten würden, also etwa das zehnfache der jetzigen Kosten. Ich glaube nicht, daß wir ganz gleichgültig für eine an sich wünschenswerte, aber nicht notwendige Sache eine solche Mehraufwendung bewilligen können. Man hat dem Antrage nun noch dadurch auf die Beine geholfen, daß man sagt, man will zunächst einige Plätze oder einen bestimmten Straßenzug besser beleuchten. So wünschenswert ein solcher von Herrn Meyerhoff gestellter Antrag auch sein mag, so möchte ich ihn doch nicht mit dem Antrage Kalms verquickt wissen. Wir können nicht so zwischendurch beschließen, daß wir elektrische Beleuchtung oder Doppelbrenner einführen wollen, sondern es muß das der Initiative der einzelnen Antragsteller vorbehalten bleiben. Wenn mehr Licht in die Stadt gebracht werden soll, so werden wir immer dafür zu haben sein, aber für den Antrag Kalms können wir uns nicht erwärmen.

Herr Kalms: Wenn die elektrische Beleuchtung eines Straßenzuges durchgeführt werden würde, so käme das nicht einzelnen Einwohnern, sondern der Allgemeinheit zugute. Ich halte eine solche Maßnahme für notwendig, wenn wir mit anderen Städten mitgehen wollen. Wo Licht ist, da ist Leben! Die Ihnen vorgetragene Statistik beweist solche Notwendigkeit am besten. Ich möchte also bitten, zunächst wenigstens einen Straßenzug mit elektrischem Lichte zu versehen. Zugleich beantrage ich für den Hauptantrag und für den Antrag Esdorn namentliche Abstimmung.

Vorsitzender: Wir schreiten zur Abstimmung. Ich frage zunächst: Wer ist dem Antrage des Herrn Kalms gemäß für namentliche Abstimmung? — Der Antrag ist abgelehnt. — Herr Ribbentrop enthält sich der Abstimmung. —

Nach Ablehnung der sämtlichen aus der Mitte der Versammlung gestellten Anträge wird der Antrag der Finanzkommission angenommen.

II. Antrag Kalm: Errichtung eines Musikpavillons auf dem Löwenwalle.

Der in der Sitzung vom 15. Juni d. Js. — Seite 165 des Berichtes — gestellte und begründete Antrag lautet:

„Die Versammlung wolle den Magistrat ersuchen, einen verdeckten Musikpavillon auf dem Löwenwalle für die regelmäßig stattfindenden Promenadenkonzerte des Verkehrsvereins errichten zu lassen.“

Namens der Finanzkommission berichtet hierüber Herr Hauswaldt, daß der Antrag zurückgezogen sei, aber nicht etwa, weil sich in der Kommission keine Mehrheit dafür gefunden habe, sondern weil nach einer Mitteilung des Antragstellers der Verkehrsverein in nächster Zeit mit noch anderen Anträgen an die Versammlung herantreten werde und es besser sei, die Wünsche des der Unterstützung werten Verkehrsvereins gemeinsam zu behandeln.

III. Antrag Wesemeier: Verhinderung von Ueberschwemmungen.

Der ebenfalls in der Sitzung vom 15. Juni d. Js. — S. 170 des Berichtes — gestellte und begründete Antrag hat folgenden Wortlaut:

„Die Versammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, geeignete Schritte zu unternehmen, daß die Ueberschwemmungen der Oker an der verlängerten Uferstraße zwischen Landeseisenbahn und Schießstand der Schützengesellschaft durch Stauwasser, das aus der Oker in den Galgraben tritt, verhindert werden.“

Namens der Baukommission berichtet hierüber Herr Frühling: Der Antrag geht von der Annahme aus, daß die Ueberschwemmungen durch den mangelhaften Zustand der Schleuse entstanden, während von der zuständigen Stelle die Wichtigkeit dieser Annahme stark bezweifelt wird. Die Baukommission ist aber nicht in der Lage gewesen, sich selbst ein Urtheil darüber zu verschaffen, weil ihr dazu die Unterlagen fehlten. Es müßte deshalb erst einmal festgestellt werden, wie die Verhältnisse dort liegen und welches die Ursachen der Ueberschwemmungen sind. Außerdem würde es sich hier in erster Linie um eine Angelegenheit der Feldmarksgemeinde Hagen handeln, die nicht ohne weiteres übergangen werden kann. In der Baukommission war man deshalb der Meinung, daß der Antrag nicht vor die Versammlung gehörte, sondern daß die Beteiligten zuerst bei dem Vorstande der Feldmarksgemeinde Hagen und erst im Beschwerdewege bei dem Magistrate hätten vorstellig werden müssen. Aus diesem Grunde waren wir für die Ablehnung des Antrages.

Herr Wesemeier: Wie ich schon in der vorigen Sitzung sagte, war es mir zweifelhaft, wer eigentlich verpflichtet sei, die Mißstände abzustellen, jedoch habe ich nicht geglaubt, daß sich die Baukommission auf einen so unbegreiflichen Standpunkt

stellen würde. Wenn ich einem Verunglückten helfen kann, so tue ich das und lasse ihn nicht noch weiter in dem Sumpfe versinken. In der Kommission wurde der Standpunkt vertreten, daß die Versammlung nicht bei jeder Gelegenheit in Anspruch genommen werden dürfe und daß die Kommission sich kein Urteil darüber habe bilden können, ob die Ueberschwemmungen der fruchttragenden Acker tatsächlich durch das aus dem Galggraben zurücktretende Wasser erfolgen. Inzwischen ist nun nochmals eine Ueberschwemmung vorgekommen, bei der ich mich überzeugt habe, daß ein anderer Umstand die Ueberschwemmungen nicht hervorgerufen haben kann. Das Schütt ist eben undicht und läßt das Wasser durch. Die Baukommission hätte in der Zeit seit der letzten Sitzung die städtische Bauverwaltung beauftragen können, sich die Sache einmal anzusehen. Wenn es sich um Grundwasser handelte, stiege es doch wohl in der Nähe der Oker hoch und nicht hinten im Graben, der eine Ebene und nicht etwa abfallendes Land durchzieht. Ich bin gestern nochmals hinausgegangen und habe mir die Sache angesehen und habe bei der Gelegenheit auch von den Leuten gehört, welchen gewaltigen Schaden sie durch das übertretende Wasser haben. Vor zwei Jahren ist dort dieselbe Geschichte gewesen, aber der Vorstand der Häger Gemeinde hat sich nicht gemüht gesehen, in der Sache etwas zu tun. In diesem Jahre haben die Leute schon zweimal den Schaden gehabt und zwar haben einzelne Leute einen Schaden von 40—60 M auf einem einzigen Morgen Land gehabt, für den sie 80 M Pacht haben zahlen müssen. Unter solchen Umständen sollte doch von der Stadtgemeinde etwas mehr geschehen und das nicht der Häger Gemeinde überlassen werden.

Wenn in der Kommission gesagt wurde, es handle sich nur um einen Herrn, der die Sache treibe, so ist das nicht richtig, da ich den betreffenden Herrn bisher weder gekannt noch gesehen habe; meine Erfahrungen rühren vielmehr aus den vielen Spaziergängen her, die ich in jener Gegend mache und aus den Mitteilungen der Pächter. Da den armen Leuten alljährlich Tausende von Mark verloren gehen, so halte ich es für notwendig, daß die Stadtgemeinde an die Häger Gemeinde herantritt und sie ersucht, den Mißstand abzustellen. Wie ich erst jetzt erfahren habe, ist die Häger Gemeinde eine sehr reiche Gemeinde; umsoweniger ist es zu verstehen, daß deren Vorstand nicht Abhilfe schafft. Die Stadtgemeinde hat ein erhebliches Interesse daran, den kleinen Leuten ihr Eigentum zu schützen, weshalb ich bitte, meinem Antrage zuzustimmen.

Herr Rathe: Wir bekümmern uns hier um Verhältnisse, die im Grunde genommen allein die Feldmarksiinteressenschaft Hagen angehen. Die Eigentümer der betreffenden Ländereien sind Mitglieder der Interessenschaft, und wenn deren Vorstand so wenig seine Schuldigkeit tut, wie das Herr Wesemeier hier geschildert hat, so wäre es an der Zeit, daß ein anderer Vorstand gewählt würde. Aber so liegen die Verhältnisse gar nicht. Bis vor einigen Jahren war das Terrain noch

Ueberschwemmungsgebiet gewesen, und als man annahm, daß der Stichkanal hierher kommen würde, wurde dort stark spekuliert und das Terrain hoch aufgefahen, um es gut zu verwerten. Wir werden es niemals verhindern können, daß das Hochwasser der Oker zurücktritt und das Gebiet überschwemmt, und zwar wird es bald von der Stadtseite und bald von oben herunter kommen. Es ist tief zu bedauern, daß die Pächter der kleinen Terrainabschnitte solche Ueberschwemmungen erdulden müssen, aber diese Leute hätten sich an ihre Verpächter wenden und durch diese bei der Interessentschaft Abhilfe schaffen lassen müssen. Der Vorstand der Interessentschaft hat über die Sache schon verschiedentlich verhandelt, aber mit dem Wassergesetze ist es auch ein eigen Ding, denn das ist Sache der Landesbehörden und diese arbeiten nicht immer so schnell, wie es oft gewünscht wird. Jedenfalls ist die Genehmigung zur Erbauung besserer Schützen noch nicht erteilt worden.

Herr Jasper: Ueber die Sache selbst kann kaum gesprochen werden, da Kommission und Magistrat sich nicht damit befassen, sondern sie aus formellen Gründen abgeschoben haben. Ich lege schon vom Standpunkte des Juristen aus sehr viel Wert auf die Form, aber ich kann mich hier des Eindrucks nicht erwehren, als ob man die Form nur vorgekühlt hat, um die Sache los zu werden. Es scheint mir hier ein ähnlicher Streit über die Zuständigkeit zu bestehen, wie in dem durch die Blätter bekannt gewordenen Falle, wo ein armer kranker Mann von einer Gemeinde in die andere geschleppt wurde, weil man sich nicht verständigen konnte, wo er seinen Unterstützungswohnsitz hatte, bis er dann ohne ärztliche Hilfe glücklich in ein besseres Jenseits gewandert war. Genau so scheint man hier zum Schaden der Sache selbst vorgehen zu wollen. Wenn das richtig ist, was Herr Wesemeier vorgetragen hat, und ich glaube das, so ist die Stadt auch formell verpflichtet und berechtigt, einzuschreiten. Sobald eine Anzahl Bürger durch ein ungesetzliches oder doch nicht einwandfreies Verhalten irgend einer anderen Körperschaft benachteiligt wird und die Bürger wenden sich an die Stadtverwaltung, so ist es deren verfluchte Pflicht und Schuldigkeit, von ihrem Aufsichtsrechte im Interesse der ihrem Schutze unterstellten Bürger Gebrauch zu machen. Wenn man will, kann man auch formell ein Recht finden, in solchem Falle einzugreifen. Ich hätte es lieber gesehen, wenn Magistrat und Kommission die Pause seit der letzten Sitzung benutzt hätten, Licht in die Sache zu bringen und auf Mittel zu sinnen, die dem Uebelstande entgegengearbeitet hätten. Deshalb möchte ich bitten, dem Antrage der Kommission nicht zuzustimmen.

Herr Oberbürgermeister Metemeyer: Der Magistrat hatte keine Veranlassung, sich während der Ferien mit der Sache zu befassen, weil ihm die betreffenden Verhältnisse schon seit langer Zeit auf das genaueste bekannt sind. Wir sind aber leider nicht in der Lage, Abhilfe zu schaffen, weil es hierzu an jeder gesetzlichen

oder statutarischen Grundlage fehlt. Herr Dr. Jasper müßte als Jurist doch wissen, daß wir keine Vorschrift haben, die irgend eine Behörde ermächtigt, auf Kosten einer Feldmarksgemeinde die Ueberflutung bestimmter Aecker zu hindern. Das haben wir doch im Staatsleben auch häufig vor Augen, indem Deichgenossenschaften mit Staatshilfe gebildet werden. Wir können auch nicht einfach dekretieren, daß die Feldmarksgemeinde dies oder jenes tun soll. Die Erklärung, daß zunächst die Feldmarksgemeinde anzugehen sei, ist dadurch veranlaßt worden, daß Herr Wesemeier in der vorigen Sitzung und auch in der Kommission äußerte, die Ueberflutungen entstünden dadurch, daß die Schützen nicht dicht hielten. Da diese Schützen aber die Feldmarksgemeinde hergerichtet hatte, allerdings ohne dazu verpflichtet zu sein, so lag nichts näher, als daß die Verpächter sich an die Feldmarksgemeinde wendeten und um Abhilfe ersuchten. Es geht aber über die Befugnisse des Magistrates hinaus, zu dekretieren, daß die seit Jahrhunderten überfluteten Gebiete nicht mehr überflutet werden sollen.

Herr Wesemeier: Es ist gut gesagt, daß sich die Leute an die Feldmarksgemeinde wenden oder aber die Ackerstücke nicht pachten sollen; das ist derselbe Standpunkt, den Herr Blasius bei der Wohnungsfrage einnahm, indem er erklärte, es brauchte ja niemand in eine schlechte Wohnung zu ziehen. Wenn aber die kleinen Leute ein Stückchen Acker in der Nähe ihrer Wohnungen finden, so nehmen sie es gern und bebauen es nach Feierabend. Sie denken bei dem Abschluß des Pachtvertrages auch wenig an die ihrem Acker drohende Gefahr der Ueberflutung, und auf die Zusammensetzung des Vorstandes der Häger Gemeinde haben sie als Pächter natürlich gar keinen Einfluß. Wenn daraus aber der Magistrat entnimmt, daß er keine Verpflichtung habe, in der Sache etwas zu tun, so verstehe ich das nicht. Das ist der Standpunkt, einen Ertrinkenden einfach ertrinken zu lassen, statt ihn zu retten. Mir ist es eigentümlich vorgekommen, daß der Herr Oberbürgermeister sagte, wir haben keine Veranlassung einzugreifen, da wir die Zustände seit langen Jahren kennen. Aber seit Jahrhunderten liegen die Verhältnisse dort nicht so, denn es ist ein großer Unterschied, ob die Oker selbst über ihre Ufer geht, oder ob ihr Wasser in einen leicht abzusperrenden Graben läuft, der seine Umgebung unter Wasser setzt. Die Stadtverwaltung ist sehr wohl in der Lage, der Feldmarksgemeinde einen freundschaftlichen Wink zu geben; aber selbst das will man nicht tun. Wenn man sagt, die Wassergesetze seien sehr schwierig und es dauere oft lange, bis sich solche Frage mit der Aufsichtsbehörde regeln lasse, so weise ich nochmals darauf hin, daß vor zwei Jahren dieselbe Geschichte gespielt hat, ohne daß der Vorstand der Feldmarksgemeinde eingegriffen hätte. Wenn aber die Feldmarksgemeinde nicht ohne weiteres eingreifen darf, so hat die Stadtgemeinde umsomehr die Verpflichtung einzugreifen und das Eigentum und die Arbeit ihrer Bürger zu schützen. Da diese Verhältnisse noch nicht genügend geklärt

sind, so ersuche ich, meinen Antrag nochmals an die Kommission zurückzuverweisen, um die Sache noch weiter klarzustellen.

Herr Frühling: Durch die Reden der Herren Wesemeier und Jäsper hat die Sache den Anschein gewonnen, als wenn sie durch die unerschütterliche Trägheit der Baukommission vollständig verfahren wäre. Das ist aber eine Verdrehung der Tatsachen, wie sie nicht ärger sein kann. Wir haben Herrn Wesemeier in der Kommission klar gemacht, daß sich die Aenderung in dem von ihm beantragten Sinne nicht ausführen lasse und er hat sich davon anscheinend auch überzeugt, aber jetzt vertritt er wieder einen anderen Standpunkt. Wir haben die Gründe für unsere Stellungnahme klargelegt und ihm den Weg gewiesen, auf dem allein die Sache behandelt werden kann. Damit glauben wir aber unsere Pflicht und Schuldigkeit getan zu haben und aus dem Grunde möchte ich zurückweisen, daß hier ein Bild aufgerollt wird, das so sehr wenig den wirklichen Vorgängen entspricht.

Der Antrag der Baukommission auf Ablehnung des Antrages Wesemeier wird darauf angenommen.

IV. Aufhebung von Teilen der Tauben- und der Spargelstraße.

Der Braunschweigischen Landeseisenbahn-Gesellschaft ist zwecks Erweiterung des Nordbahnhofes das Recht der Zwangsenteignung verliehen worden. In das genehmigte Erweiterungsprojekt fallen zwei Wege, die bislang Interessentenschaftswege waren und die in Wirklichkeit schon aufgehoben worden sind. Es handelt sich dabei um den östlichen Teil der Taubenstraße sowie um ein 4,56 a großes Stück der diese kreuzenden Spargelstraße. An Stelle der aufgehobenen Taubenstraße hat die Landeseisenbahn-Gesellschaft ein nördlich davon gelegenes ziemlich gleich großes Grundstück der Feldmark Hagen an diese abgetreten. Dieser neue Teil der Taubenstraße soll Interessentenweg werden. Beide Flächen sind noch formell aufzuheben, und die Versammlung wird ersucht, sich mit dieser Aufhebung einverstanden zu erklären,

was auf Empfehlung der Baukommission, für die Herr Friede berichtet, geschieht.

V. Erweiterung der Stallgebäude des Schlachthauses.

Die Versammlung wird ersucht, der Erweiterung des an der Südseite des Schlachthausgrundstücks gelegenen Großviehstalles durch Ueberbauung des von diesem und der Rühlhalle eingeschlossenen Hofes, sowie der Auführung eines Anbaues an dem südlich gelegenen Schweinestalle zuzustimmen und die hierfür erforderlichen Mittel mit 5100 M für die Großviehstall-Erweiterung und 58000 M für den Schweinestallanbau, mit insgesamt 63100 M zu bewilligen. Gleichzeitig

ersucht der Magistrat, mit Rücksicht auf die Dringlichkeit der Bauausführung von der Einlieferung eines Vorprojectes und eines vorläufigen Kostenanschlages Abstand zu nehmen.

Da die Baukommission nach dem Berichte des Herrn Frühling gegen die Anlage in bautechnischer Beziehung nichts zu erinnern hat und auch die Preise ordnungsmäßig veranschlagt worden sind,

so wird der Vorlage zugestimmt.

VI. Erwerb einer Fläche bei der Kastanienallee.

Die Maurermeister Dorn und Friederich beabsichtigen, an den Ecken der Verbindungsstraße zwischen Korfesstraße und Kastanienallee und der projektierten Straße Nr. 541 zwei Doppel-Wohnhäuser zu errichten und haben sich bereit erklärt, von dem zu bebauenden Grundstück Nr. 86, Blatt II der Feldmark Altewief eine zur Anlage der Straße Nr. 541 demnächst erforderliche Fläche von 6,72 a schon jetzt an die Stadt zum Einheitspreise von vorläufig 10 Mk pro qm abzutreten. Die endgültige Festsetzung des Preises soll erst später nach dem sich ergebenden Durchschnittspreise des zur Straße Nr. 541 noch ferner zu erwerbenden Terrains erfolgen.

Dem Antrage, diesem Grunderwerbe zuzustimmen, entspricht die Versammlung auf Empfehlung der Baukommission, für die Herr Rieke berichtet.

Die bei dieser Gelegenheit gestellte Anfrage des Herrn Rieke, ob das Stückchen verlängerte Wiesenstraße nicht bald ausgebaut werden soll, beantwortet

Herr Oberbürgermeister Netemeyer dahin, daß die Verhandlungen wegen des Ausbaues der Straße schon im Gange seien.

VII. Kostenzuschuß für eine Brücke über den Aue-Oferkanal.

Nach einer von der Herzogl. Straßen- und Wasserbau-Inspektion Braunschweig I gemachten Mitteilung ist die in der Cellerstraße zwischen dem Nieselgute Steinhof und Hülperode gelegene Brücke über den Aue-Oferkanal derart baufällig, daß sie alsbald umgebaut oder erneuert werden muß. Die Brücke hat für die Gefällverhältnisse der Abzugsgräben des Nieselgutes insofern eine große Bedeutung, als von ihrer Durchlaßfähigkeit die Abflußgeschwindigkeit der Abwässer abhängig ist; der gegenwärtige Bau wirkt bei stärkerer Inanspruchnahme der Nieselfelder stauwerkartig, und es erscheint dem Magistrate erwünscht, gelegentlich des bevorstehenden Umbaues in dieser Beziehung eine Aenderung eintreten zu lassen. Diese Aenderung wird dadurch am wirksamsten herbeigeführt, daß die Brückensohle um 50 cm tiefer gelegt und damit zusammenhängend der jetzt dicht hinter der Brücke befindliche Wassersturz in gleicher Höhe vor die Brücke verlegt wird. Die hier-

durch erwachsenden Kosten sind zu 600 M veranschlagt worden. Da die Aufwendung dieser Summe ausschließlich im Interesse des Rieselgutes geschieht, so beantragt der Magistrat, sich damit einverstanden zu erklären, daß zu den Kosten der Erneuerung der Brücke zwecks Tieferlegung der Brückensohle dem Staate ein Zuschuß von 600 M gezahlt werde.

Die Baukommission hat nach dem Berichte des Herrn Frühling die Vorlage mit Freuden begrüßt, da die Sache für das Rieselgut von allergrößter Bedeutung ist, und gibt deren Genehmigung anheim.

Die Versammlung beschließt demgemäß.

VIII. Ausbau eines Teiles der Goslarischenstraße.

Unter Ueberreichung eines Kostenaufschlages und einer Verteilungsberechnung über den Ausbau der Goslarischenstraße zwischen Chemnitz- und Hildesheimerstraße ersucht die städtische Bauverwaltung diesen Ausbau zu genehmigen. Die Grunderwerbskosten sind zu 16200 M, die Baukosten zu 60000 M und der voraussichtliche Einheitsbeitrag der Anlieger zu 93,70 M resp. 174 M für 1 m Frontlänge ermittelt worden. Nach dem Projekte soll die Straßenstrecke in einer Breite von 14 m derartig ausgebaut werden, daß die Fahrbahn 8 m und die beiderseitigen Fußwege je 3 m breit werden. Die Fahrbahn soll Kleinpflaster erhalten, während die Fußwege mit einem Zementplattenbelage von 1,50 m Breite versehen werden sollen.

Dem Antrage des Magistrats, diesem Ausbau zuzustimmen, entspricht die Versammlung auf Empfehlung der Baukommission, für die Herr Rathe berichtet.

IX. Klageerhebung gegen die National-Aktien-Bierbrauerei.

Am 5. Juli d. J. hat ein Bierwagen der National-Aktien-Bierbrauerei, vorm. Fr. Jürgens, infolge Scheuwerdens der Pferde einen Straßenkandelaber zertrümmert, der mit Aufwendung von 67,62 M wieder hergestellt worden ist. Die Eigentümerin des Wagens weigert sich, die Kosten zu tragen, weil die Pferde durch einen Blitzstrahl scheu geworden seien, während durch Zeugen festgestellt worden ist, daß die Pferde durch einen herannahenden Straßenbahnwagen scheu geworden sind. Der Magistrat ersucht, sich damit einverstanden zu erklären, daß die genannte Brauerei auf Zahlung der gedachten 67,62 M verklagt werde,

welchem Antrage sich der Herr Vorsitzende namens der nicht beschlußfähig vertretenen Statutenkommission anschließt.

Die Versammlung beschließt dem Antrage gemäß.

X. Kleinpflaster-Herstellung auf der Broißemerstraße.

In dem zur Unterhaltung der außenstädtischen Straßen für das laufende Jahr bewilligten Betrage sind die Mittel vorgeesehen für die Herstellung von zusammen 12800 qm Kleinpflaster auf den Fahrbahnen von 16 verschiedenen Straßenstrecken. Unter diesen Strecken befinden sich mehrere, die der Neupflasterung in diesem Jahre noch nicht so sehr bedürfen. Die städtische Bauverwaltung bringt deshalb in Vorschlag, in erster Linie auf der stark belasteten und sehr abgenutzten Broißemerstraße zwischen dem Altstadtringe und der Landeseisenbahn Kleinpflaster herzustellen. Der Magistrat ist mit dem Vorschlage einverstanden und ersucht zu genehmigen, daß die Broißemerstraße auf der bezeichneten Strecke mit Kleinpflaster versehen werde und daß zur Bestreitung der Kosten die durch den laufenden Etat für die Pflasterung verschiedener Straßen zur Verfügung gestellten Kosten verwendet werden.

Auf Befürwortung der Baukommission, für die Herr Rathe berichtet, wird dem Antrage zugestimmt.

XI. Beleuchtungsanlage des Wirtschaftsgebäudes im Bürgerparke.

Ueber die bereits früher genehmigte und ausgeführte Aenderung der Beleuchtungsanlage des Wirtschaftsgebäudes im Bürgerparke ist erst jetzt die Rechnung im Betrage von 282,21 M aufgefunden worden. Dem Antrage, diesen Betrag nachträglich zu bewilligen,

stimmt die Versammlung auf Empfehlung der Finanzkommission, für die Herr Hauswaldt berichtet, zu.

XII. Bauliche Aenderungen im ehem. Standesamtsgebäude.

Bei Ausführung der Baulichkeiten im ehem. Standesamtsgebäude an der Petersilienstraße zu Zwecken der Einrichtung der Volkstüche daselbst ist festgestellt worden, daß ein Schornstein ordnungswidrig und feuergefährlich ist. Es war deshalb erforderlich dort sofort eine entsprechende Aenderung zu treffen, was inzwischen geschehen ist. Der Magistrat ersucht, die Ausführung dieser Arbeit unter Bewilligung der dafür verausgabten 450 M nachträglich zu genehmigen.

Herr Frühling empfiehlt namens der Baukommission die nachträgliche Genehmigung auszusprechen, da der Schaden vorher nicht erkennbar war und der Bau deshalb nicht aufgehalten werden konnte.

Die Versammlung beschließt nach dem Antrage.

XIII. Herstellung von Fußgängerbrücken im Bürgerparke.

Der verstorbene Kommerzienrat Haslicht hat den städtischen Behörden eine beträchtliche Summe zur Verschönerung und weiteren Ausbildung des Bürger-

parkes überweisen lassen. Da diese hochherzige Tat eine allgemeine Befriedigung in der Stadt hervorgerufen hat so glaubt der Magistrat im Sinne der Bürgerschaft zu handeln, wenn er aus Dankbarkeit dem Stifter im Parke eine dauernde Ehrung schafft. Zu diesem Zwecke wird beabsichtigt, die östliche Insel des im erweiterten Bürgerparke gelegenen Teiches durch zwei leichte Fußgängerbrücken zugänglich zu machen, auf dieser Insel einen mit einer Widmungstafel versehenen großen erraticen Block zu errichten und der Insel den Namen „Haslichtinsel“ zu geben. Der Block wird ein Geschenk des Herrn Arnold Rimpau sein. Die Versammlung wird ersucht, dem Projekte zuzustimmen und zu genehmigen, daß dessen Kosten mit 7700 Ml der Haslichtschenkung entnommen werden.

Herr Frühling: Die Baukommission empfiehlt Ihnen die Annahme der Vorlage.

Herr Hauswaldt: Ich werde aus zwei Gründen gegen die Vorlage stimmen, wie ich auch in der Parkdeputation dagegen aufgetreten bin, weil die Brücken damals 20000 Ml kosten sollten, während jetzt dafür auffallenderweise nur 7700 Ml gefordert werden.

Ich bin gegen die Vorlage, einmal, weil ich das Projekt mit den Brücken vom allgemeinen ästhetischen Standpunkte aus nicht schön finde, denn es wird japanisch aussehen, wenn man die beiden kleinen Brücken dort anbringt, während die Inseln in ihrem jetzigen Zustande schön sind. Ferner halte ich es nicht für richtig, in der Weise mit dem Haslichtschen Vermächtnisse zu verfahren. Herr Haslicht hatte der Stadt 60000 Ml geschenkt, wovon schon eine große Summe verbraucht worden ist, ohne daß davon nach außen hin irgend etwas sichtbar wäre. Es würde doch wohl praktischer sein, solche große Stiftungen zusammenzulassen. Wir werden noch viele andere Sachen nötig haben und sollten daher die Summe nicht einzeln verpulvern. Der Haslicht-Fonds hat schon immer ein trübes Dasein gefristet, und es sind dessen Zinsen im ordentlichen Etat mit verwirtschaftet worden. Die ersten 23000 Ml sind für das Fahren von Erde ausgegeben worden und zwar, wie ich meine, in unzulässiger Weise, da es richtiger gewesen wäre, den Fonds zusammenzulassen, ihn verzinslich zu belegen und nach erfolgter Ansammlung vielleicht ein großes Parkhaus oder dergleichen damit zu beschaffen, an dem eine Widmungstafel für den Stifter angebracht werden konnte.

Herr Oberbürgermeister Ketemeyer: Zur Sache selbst will ich mich nicht äußern, sondern nur der Angabe des Herrn Hauswaldt entgegentreten, daß die Stadt inkorrekt verfahren sei (Widerspruch des Herrn Hauswaldt); wenn aber der Magistrat inkorrekt soll verfahren sein, so muß ich das entschieden zurückweisen. Von den 60000 Ml mußten wir 5 % Erbschaftsteuer bezahlen, das macht 3000 Ml, so daß noch 57000 Ml verblieben. Davon sind auf Beschluß der städtischen Behörden 21000 Ml zur Erweiterung des Bürgerparkes verwandt worden. Ob dafür

gerade Erde gefahren ist, entzieht sich meiner Kenntnis, jedoch möchte ich es bezweifeln, da das ein teures Erdfahren gewesen wäre. Der Erblasser hat uns die Summe zur Erweiterung und Ausschmückung des Bürgerparks vermacht, und ich wüßte nicht, daß das Geld entgegen der letztwilligen Anordnung verwendet sein sollte. Ob es angemessener erscheint, mit dem Gelde so weiter zu wirtschaften, wie wir es getan haben, oder ob Herrn Hauswaldts Vorschlag vorzuziehen ist, möchte ich dem Befinden der Versammlung überlassen.

Herr Koch: Von den Nachkommen der Familie Haslicht ist beantragt worden, man möchte den Erblasser in irgend einer Weise ehren. Verschiedene Herren wollten diese Ehrung in der Grotte an der Wolfenbüttelerstraße in irgend einer Weise zum Ausdruck bringen, jedoch schien der Mehrheit der Partdeputation das nicht angemessen zu sein, indem sie ausführte, daß bei einer so erheblichen Zuwendung eine mehr hervortretende Ehrung am Platze sei. Die Insel liegt jetzt, mehr als einen Morgen groß, dort unbenutzt im Teiche und schon früher ist einmal geplant worden, sie durch Ueberbrückung dem Verkehre zugänglich zu machen, was aber an den Kosten gescheitert ist. Nachdem sich jetzt aber eine Gelegenheit bietet, sie zu erschließen und außerdem Herr Rimpau den Block mit Inschrift stiften will, sollten wir uns freuen und zugreifen. Etwas sollte und mußte zur Ehrung des edlen Gebers geschehen und wir haben geglaubt, daß der in der Magistratsvorlage liegende Vorschlag in jeder Beziehung geeignet wäre, den Mann zu ehren.

Herr Ribbentrop: Ich war mit dem Erblasser sehr gut bekannt und ich kann Ihnen die Versicherung geben, daß die ihm hier zugedachte Ehrung ganz in seinem Sinne sein würde.

Herr Frühling: Ich möchte noch besonders darauf hinweisen, daß die betreffende Firma den Bau der beiden Brücken zum Preise von 7700 M übernommen hat, also eine Ueberschreitung nicht stattfinden kann.

Herr Weichsel: Wird durch den Brückenbau die Benutzung des Teiches zum Eislauf nicht beeinträchtigt werden? Möglicherweise könnte das Schlittschuhlaufen darunter leiden?

Herr Koch: Wir haben uns die Sache darauf angesehen und gefunden, daß dem Eislauf dadurch kein Hindernis geschaffen wird.

Herr Frühling: Bei der Konstruktion der Brücken ist darauf Rücksicht genommen worden, daß frei unter denselben durchgelaufen werden kann.

Die Magistratsvorlage wird darauf angenommen.

XIV. Kostenzuschuß für den Fußballklub „Eintracht“.

Der aus etwa 100 Mitgliedern bestehende Braunschweiger Fußballklub „Eintracht“ hat behufs Anlegung eines eigenen Sportplatzes vor dem Steintore,

dem Zentralfriedhofe gegenüber, ein Gelände von fünf Morgen auf 20 Jahre gepachtet und läßt es mit einer 2 m hohen Einfriedigung umziehen und den Platz selbst planieren und besamen. Die Zwecke und Ziele des Klubs sind nicht nur Fußball zu spielen, sondern sämtliche Rasen- und Jugendspiele wie Cricket, Schlagball, Schleuderball, Tennis, Laufen und Springen, zu pflegen und zu fördern. Die Anlage- und Unterhaltungskosten des Platzes betragen 6000—7000 M Anlagekapital und 500 M jährliche Pacht. Der Klub bittet den Magistrat, ihn durch einen Zuschuß zur Anlage oder durch einen jährlichen Beitrag zu unterstützen.

Dem Magistrat scheint eine stadtseitige Förderung des Unternehmens zweckmäßig und zwar in der Weise, daß aus der Kasse für Wohlfahrts Einrichtungen ein einmaliger Zuschuß zu den Herstellungskosten von 1000 M und zu den Unterhaltungskosten ein jährlicher Zuschuß von 200 M bis auf weiteres gezahlt werde. Die Versammlung wird ersucht, diesem Antrage zuzustimmen.

Herr Hauswaldt: Die Finanzkommission steht auf dem Standpunkte, daß derartige Bestrebungen gefördert werden müssen und zwar umsomehr, als dieser Klub aus Mitgliedern besteht, die nicht so reichlich mit Mitteln versehen sind, als daß sie die Einrichtung aus eigener Kraft schaffen könnten. Sie gibt anheim, dem Magistratsantrage zuzustimmen.

Herr Ohlendorf: Ich möchte ersuchen, den Antrag abzulehnen. Von verschiedenen Seiten ist auch heute wieder auf die ungünstige finanzielle Lage hingewiesen worden, und trotzdem will man für solche Sachen Geld ausgeben. Wir haben z. B. im Wilhelmi- und Hohetorbezirke noch keinen Spielplatz für die Kinder, der jedenfalls nötiger ist, als diese Sache. Nachdem wir den Tennisspielern unseren schönsten Platz im Bürgerparke zur Verfügung gestellt haben, wollen wir jetzt auch noch diese Leute unterstützen, obwohl sie sich ihren Spielplatz recht gut aus eigenen Mitteln beschaffen können. (Widerspruch.)

Herr Kalms: Ich möchte um Annahme des Antrages bitten, da es sich hier wieder um ein Mittel handelt, Braunschweig nach außen hin bekannt zu machen. Zu diesen Spielen kommen am Sonntag eine ganze Menge Leute nach Braunschweig, so daß indirekt auch wieder der Stadt ein Nutzen aus der Anlage erwächst. Die Einrichtung ist auch nicht nur für eine gewisse Gesellschaftsklasse, sondern der Klub will den Platz jeder anderen Vereinigung für ein mäßiges Entgelt zur Verfügung stellen. Was die Anlegung von Kinder-Spielplätzen anlangt, so möchte ich erwähnen, daß man in anderen Städten die Schulhöfe zu solchen Spielplätzen freigegeben hat, weil die Beschaffung anderer Spielplätze zu teuer war.

Herr Oberbürgermeister Metemeyer: Die Schulplätze sind auch hier den Kindern zum Spielen freigegeben, also so weit wären wir hier auch schon. Was die Sache selbst betrifft, so möchte ich darauf hinweisen, daß für den Magistrat wesentlich der Umstand für die Einbringung der Vorlage mit bestimmend gewesen ist,

daß durch die Schaffung eines derartigen geschlossenen Platzes die freien Spielplätze entlastet werden. Die Fußballspiele auf den öffentlichen Plätzen sind einerseits für die Passanten nicht angenehm, andererseits ist aber auch den Spielern das Publikum auf dem Platz nicht angenehm, weil dieses die Spiele stört. Wir haben daher geglaubt, durch das geringe Opfer das Vorhaben des Spielklubs fördern zu sollen.

Herr Esdorn: Gerade weil wir der Tennisvereinigung das bewilligt haben, sind wir verpflichtet, auch dieser Vereinigung entgegenzukommen. Ich freue mich, daß magistratsseitig die Bewilligung der Summe beantragt worden ist, damit man nicht sagen kann, man habe den Vertretern der ersten Gesellschaftsklassen den Platz im Bürgerparke überlassen, während man für diese Leute nichts übrig habe. Es handelt sich hier um einen gesunden Sport, an dem sich Vertreter aller Gesellschaftsklassen beteiligen können und dem auch vorwiegend Vertreter der unteren Klassen obliegen.

Der Magistratsvorlage wird darauf zugestimmt.

XV. Aufnahme einer Klage.

Die getrennt lebende Ehefrau des früheren Kesselschmiedes Karl Puls ist seit Mai 1903 in Armenunterstützung genommen und bezieht zurzeit 7 M. monatliches Armengeld. Im Hinblick auf die gesetzliche Pflicht des Kesselschmiedes Puls, für den Unterhalt seiner Frau zu sorgen, ist er zur Leistung von Kostenzuschüssen aufgefordert worden. Da verschiedene Aufforderungen vergeblich blieben, ist Puls durch Beschluß der Herzoglichen Polizeidirektion für verpflichtet erklärt, der Armen-direktion als Ersatz 7 M. monatlich vom 1. Juli 1904 ab zu zahlen, auch ist durch die genannte Behörde ein entsprechender Teilbetrag der 16,05 M. monatlich betragenden Invalidenrente des p. Puls der Armendirektion fortlaufend zur Einziehung überwiesen worden. Hiergegen richtet sich eine beim Landgerichte anhängig gemachte Klage des Genannten, in der Aufhebung des Ueberweisungsbeschlusses und Verurteilung des Magistrates zur Rückzahlung der inzwischen erhobenen Rentenbeträge beantragt wird. Der Magistrat hält die Einwendungen des Klägers gegen das Vorgehen der Armendirektion für unbegründet und ersucht, der Aufnahme des Rechtsstreites zuzustimmen,

was auf Empfehlung des Herrn Vorsitzenden geschieht.

XVI. Dienst Einkommen für die Stelle eines Brandmeisters.

Der Kreisbranddirektor Schlunk bringt in Vorschlag, die Stelle eines Brandmeisters bei ihrer Wiederbesetzung mit einem akademisch gebildeten Manne zu besetzen und hierfür ein Gehalt von 3000 bis 4400 M. zu bewilligen. Nach der Ansicht des Magistrates genügt es dagegen, wenn für diese Stelle ein Gehalt von

2400 M, steigend durch Gewährung von sechs Zulagen zu je 200 M bis zu 3600 M gewährt wird. Auf den Gehaltsatz würde die Dienstwohnung zu 400 M anzurechnen und daneben für Dienstkleidung die Summe von 90 M zu gewähren sein. Die Versammlung wird ersucht, dieser Festsetzung zuzustimmen.

Herr Bues: Die in der Sitzung der Statutenkommission anwesenden Mitglieder glaubten den Vorschlag des Magistrates für den richtigen halten zu sollen und empfehlen Ihnen dessen Annahme.

Herr Lord: Ich stehe ebenfalls auf dem Standpunkte des Magistrates, möchte aber zur Sprache bringen, daß mir vorgestern ein Schreiben des Herrn Kreisbranddirektors Schlunz zugegangen ist, das sich an die Mitglieder der Versammlung richtet und sie unter bestimmten Voraussetzungen zu beeinflussen sucht. Ich halte dieses Vorgehen für ein ganz ungewöhnliches und möchte den Magistrat ersuchen, dem Beamten Anweisung zu geben, daß dieses Verfahren den Gepflogenheiten eines städtischen Beamten nicht entspreche.

Herr Oberbürgermeister Ketemeyer: Wir haben uns bereits mit derselben Frage befaßt, weil uns der Kreisbranddirektor von dem unternommenen Schritte Mitteilung gemacht hat. Es tut mir leid, daß der Beamte sich zu diesem Schritte hat hinreißen lassen, wenn auch, wie ich annehme, allein aus Interesse für die Sache. Gleichwohl hält der Magistrat das Vorgehen des Herrn Kreisbranddirektors nicht nur für ein ungewöhnliches, sondern auch für ein ungehöriges, und hat ihm das auch bereits eröffnet.

Die Versammlung stimmt darauf der Magistratevorlage zu.

XVII. Bewilligung von Zählgeld u. an die städtischen Vollziehungsbeamten.

Die bei der Stadtkasse beschäftigten Vollziehungsbeamten haben gebeten, ihnen zur Deckung etwaiger Kassenverluste sogenanntes Zählgeld, außerdem die Kosten für Beschaffung von Schreibutensilien und endlich als Ersatz für die Herabminderung ihrer Gebühren, sowie als Vergütung für die Besorgung von Dienstgeschäften, die ihnen neben der Einziehung von geschuldeten Geldbeträgen obliegen, eine Vergütung von je 150 M jährlich zu bewilligen.

Der Magistrat hält die beiden erstgedachten Anträge für begründet und erachtet die Bewilligung von je 60 M Zählgeld und 9 M Federngeld jährlich für angemessen. Zur Bewilligung eines Ersatzes für die Herabminderung der Gebühren u. kann er sich dagegen nicht verstehen, weil jeder Vollziehungsbeamte neben seinen durchaus nicht niedrig bemessenen Gebühren ein festes Gehalt von 1000—1400 M und 90 M für Dienstkleidung erhält und die etwa 140 Berichte über die Vermögensverhältnisse von Steuerreklamanten, die nach dem Berichte des Kammerers jeder Exekutor durchschnittlich im Laufe eines Jahres zu erstatten hat, als erhebliche Belastung der Beamten nicht wohl angesehen werden können. Es

wird daher anheimgegeben, zu genehmigen, daß vom 1. Juli d. J. ab den Antragstellern und ebenso dem bei der Bürgerchulklasse beschäftigten Exekutor Vogel jährlich je 60 M. Bählgeld und 9 M. Federngeld gezahlt werde.

Auf Befürwortung des Herrn Bues wird auch dieser Vorlage zugestimmt.

XVIII. Antrag Wiehle u. Gen.: Aufhebung der Grenzsperr für Vieh.

Der Antrag lautet:

„Die Versammlung wolle den Magistrat ersuchen, bei Herzoglicher Landesregierung zu beantragen, daß diese ihren Bevollmächtigten im Bundesrate sofort anweisen möge, im Bundesrate auf die unverzügliche Aufhebung der Grenzsperr für Vieh hinzuwirken.

Gleichzeitig wird beantragt, diesen Punkt als dringlich zu behandeln.“

Zur Begründung nimmt das Wort Herr Wiehle: In den letzten Monaten sind die Fleischpreise in Deutschland erheblich gestiegen. Die gesamte deutsche Presse, mit Ausnahme der agrarischen, hat sich für verpflichtet gehalten, die enormen Fleischpreise auf ihre Ursachen zu untersuchen, und allseits ist der Wunsch laut geworden, man möge die deutschen Grenzen öffnen und Vieh hereinlassen, um der Fleischnot Abhilfe zu schaffen. In den Regierungskreisen liegt die Sache so, daß der Reichskanzler Fürst von Bülow die Verantwortung auf den Landwirtschaftsminister von Podbielski geschoben und gesagt hat, der allein könne darüber verfügen. Letzterer hat sich die Landwirtschaftskammern zu einer Besprechung nach Berlin eingeladen und diese haben eine Fleischnot nicht anerkannt. Andererseits haben sich eine ganze Anzahl Handelskammern mit der Frage befaßt und sind dabei zu dem Ergebnisse gekommen, daß eine Fleischnot existiere. Auch eine Anzahl Kommunen haben sich mit der Frage schon eingehend beschäftigt und sind dazu geschritten, die Regierung zu ersuchen, die Grenzen zu öffnen, damit der vorhandenen Fleischnot gesteuert werde. Man kann jetzt mit Recht von einer Fleischnot reden und behauptet nichts Unrechtes, wenn man sagt, daß Fleisch heutzutage ein Genuß sei. Daß der Fleischkonsum zurückgegangen ist, hat die Schlachterinnung hier schon bewiesen. Zum Beweise dafür, daß auch Braunschweig daran partizipiert, kann man nur die Viehpreise des Vorjahres denen des laufenden Jahres gegenüberstellen, um zu zeigen, wie enorm die Preise jetzt gestiegen sind. Es haben betragen die Preise für 100 Pfund Lebendgewicht:

	1904:	1905:
Kälber . .	65—80 M.	70—90 M.
Rindvieh . .	60—65 M.	70—75 M.
Lamm . .	60—65 M.	75—86 M.
Schweine . .	55—60 M.	65—75 M.

Der durchschnittliche Großhandelspreis differiert etwa um dieselben Zahlen.

Die hiesigen Fleischpreise betrugen, nachdem im Sommer 1904 schon eine Steigerung eingetreten war, für 1 Pfund:

	1904:	1905:
Kalbfleisch	65—80 ₰	80—100 ₰
Rindfleisch	65—70 ₰	70—80 ₰
Lammfleisch	65—70 ₰	80—85 ₰
Schweinefleisch	65 ₰	80—90 ₰
Flom und Speck	55—60 ₰	80—85 ₰
Wurst	70—80 ₰	100 ₰.

Da der Etat für Fleisch jetzt bei den unbemittelten Leuten nicht höher ist, als früher, so muß eben weniger als früher gekauft und namentlich auch an Wurst gespart werden. Im zweiten Vierteljahre sind hier denn auch über 2000 Schweine weniger geschlachtet, als im gleichen Zeitraume des Vorjahres. Ohne Zweifel wird auch eine weitere Erhöhung der Fleischpreise bis ins unendliche stattfinden.

Diese Erhöhung ist auch keineswegs vorübergehender Natur, sondern wir wissen, daß am 1. Januar 1906 der neue Zolltarif in Kraft tritt und wir dann eine dauernde Erhöhung der Viehpreise erhalten werden. Die Folge davon ist, daß eine Unterernährung der breiten Massen des Volkes eintreten wird. In Nürnberg haben sich die städtischen Behörden auf den Standpunkt gestellt, daß es Pflicht der Stadtverwaltung sei, für eine angemessene Ernährung der Einwohnerschaft zu sorgen und einer Unterernährung vorzubeugen, weil diese sich früher oder später in einer Verringerung der körperlichen und geistigen Leistungsfähigkeit der arbeitenden Kreise und in einer Verringerung der Widerstandsfähigkeit gegen die Reime vieler Infektionskrankheiten, vor allem der Tuberkulose, zeigen würde. Wenn das Fleisch aber nicht in dem Maße genossen werden kann, wie es nötig ist, so muß eine Unterernährung eintreten, und an die Tore von Oberschlesien klopfen schon der Hungertyphus! Von seiten der Regierung und der landwirtschaftlichen Kreise weist man immer auf die Seuchengefahr hin, die bei Öffnung der Grenzen unter dem einheimischen Vieh eintreten könnte; solche Gefahr ist aber leicht zu beseitigen, wenn das Vieh an der Grenze geschlachtet und das Fleisch verschickt wird. Andererseits haben wir ohne Zweifel auch darauf Bedacht zu nehmen, daß im Lande selbst keine Seuchen entstehen. Durch die Unterernährung ist entschieden den Infektionskrankheiten Tor und Tür geöffnet, denn die Nahrung wird aus minderwertigen Stoffen bestehen und es kann ohne Zweifel die Widerstandsfähigkeit der kleinen Leute nicht lange aufrecht erhalten werden.

Wie geht es hierbei den Gastwirten? Wer nicht die sogenannten besseren Gesellschaftsklassen zu seinen Kunden zählt und soll einen Mittagstisch geben, ohne mit dem Preise in die Höhe zu gehen, der legt bares Geld dabei. Bekanntlich

wird in den Gastwirthschaften an dem Essen überhaupt nichts verdient, aber bei den heutigen Fleischpreisen muß der Wirt noch zuschießen, um das Essen liefern zu können. Da auch die Bierpreise nicht erhöht werden können, so ist der Gastwirthstand bei dieser Frage ganz erheblich beteiligt. Auch die Schlächter erleiden einen großen Schaden und wir haben schon aus verschiedenen Orten gehört, daß sie ihre Läden schließen mußten. Dazu kommen noch die Handwerker, die darauf angewiesen sind, in ihrem Haushalte mit einer bestimmten Summe auszukommen und denen das garnicht möglich ist.

Wenn nun zugegeben werden muß, daß eine Fleischnot vorhanden ist, so ist es auch die Pflicht der Stadtverwaltung, Mittel und Wege einzuschlagen, um der Fleischnot zu steuern. Ich ersuche um Annahme des Antrages.

Vorsitzender: Wird Widerspruch gegen die sofortige Beratung erhoben? — Das ist nicht der Fall; ich eröffne daher die Beratung. — Da sich niemand zum Worte meldet, schließe ich dieselbe. Wer will dem Antrage zustimmen? — Der Antrag ist angenommen.

XIX. Antrag Stegmann: Entsendung von Gewerbegerichtsbeisitzern zur Verbandsversammlung.

Der Antrag lautet:

„Die Versammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, der Entsendung von zwei Gewerbegerichtsbeisitzern — einem Arbeitgeber und einem Arbeitnehmer — auf städtische Kosten zu der am 18. und 19. September d. Js. in Würzburg tagenden Verbandsversammlung Deutscher Gewerbegerichte zustimmen zu wollen.“

Zur Begründung führt Herr Stegmann folgendes aus: Es ist wünschenswert, daß die Versammlung in Würzburg auch von hier aus besucht wird, da wir schon so lange ein Gewerbegericht haben. Im Gewerbegerichte selbst ist beschlossen worden, ein entsprechendes Ersuchen an den Magistrat zu richten, jedoch hat dieser leider abgelehnt, darauf einzugehen, weil von den hiesigen städtischen Behörden Vertreter grundsätzlich nur dann zu Verbandsversammlungen entsandt werden könnten, wenn ein dringendes Interesse die Absendung rechtfertige. Ein solches Interesse könne aber in dem vorliegenden Falle nicht anerkannt werden. Ich muß gestehen, daß mir diese Begründung eigentümlich vorkommt. Das Gewerbegericht ist eine Institution von nicht zu unterschätzender Bedeutung, deshalb sollte man keine Gelegenheit vorübergehen lassen, die Kenntnisse der Beisitzer zu vervollständigen. Die Tagesordnung der bevorstehenden Verbandsversammlung enthält außerdem auch eine ganze Anzahl Punkte, die sehr wichtig sind. (Redner verliest einen Teil der Tagesordnung.) Das sind Sachen, die nicht nur von belehrender, sondern auch von praktischer Bedeutung sind. Es ist auch der Einwand nicht

richtig, daß eine solche Entsendung nicht dem ganzen Gewerbegerichte zugute käme. Wenn alle Städte so denken wollten, wie unser Magistrat, so würde überhaupt keine gemeinschaftliche Aussprache möglich sein. Da die Verhandlungen nur zwei Tage dauern, so kann es sich außer dem Fahrgehalte nur um eine Ausgabe von 30—40 M pro Person handeln. Ich bitte dem Antrage die Dringlichkeit zuzugestehen.

Der sofortigen Beratung des Antrages wird zugestimmt.

Herr Weichsel: Ich kann mich dem Antrage nicht anschließen. Was kann es dem Gewerbegerichte nutzen, wenn von seinen 30 Beisitzern zwei Vertreter zu der Versammlung reisen, da diese beiden Beisitzer etwa nur in jeder zwölften Sitzung des Gewerbegerichtes an die Reihe kommen? Für viel wichtiger würde ich es halten, wenn der Vorsitzende des Gewerbegerichtes zu der Versammlung abgeordnet würde, da dieser im allgemeinen jeder Sitzung beizuwohnen hat.

Herr Stegmann: Das Braunschweiger Gewerbegericht hat sich dem Verbände angeschlossen. Was soll dieser Anschluß aber für einen Zweck haben, wenn von ihm keine Generalversammlung beschickt wird. Uebrigens hat das Gewerbegericht nur je neun Arbeitgeber und Arbeitnehmer, nicht aber zusammen 30 Mitglieder, auch findet kein großer Wechsel statt, da manche Beisitzer schon 8 bis 10 Jahre im Amte sind. Andere Städte sind in dieser Beziehung nicht so kleinlich, denn auf der Versammlung in Lübeck waren auf städtische Kosten 45, in Dresden 50 Städte durch Abgeordnete vertreten. Braunschweig darf als Großstadt doch nicht in allen Punkten zurückstehen. Man kann auch unmöglich der Ansicht sein, daß die ganzen Verhandlungen keinen Zweck hätten. Schließlich muß man dazu kommen, anzunehmen, daß die Beschickung nur deshalb nicht geschieht, damit die Arbeitnehmer-Beisitzer nicht zu der Versammlung kommen; das würde indeß ein sehr kleinlicher Standpunkt sein.

Herr Stadtrat Wagner: Ich war der Ansicht, daß es sich gerade in diesem Jahre empfehlen würde, wenn eine Vertretung der beiden Beisitzer-Kategorien des Gewerbegerichtes nach Würzburg geschickt werden könnte, während ich mich nicht mit der Ansicht befreunden kann, daß alle Versammlungen so wichtig seien, um jedesmal Vertreter entsenden zu müssen. Gerade diesmal weist die Tagesordnung besonders wichtige Gegenstände auf (die der Redner verliest), jedoch habe ich mich dem Magistrat gegenüber becheiden müssen, der meinte, die Beschickung würde in finanzieller Beziehung bedenklich sein. Dem Magistrat gehen nämlich Woche für Woche fortwährend Einladungen zu Tagungen zu, die an sich immer wichtige und für uns interessante Tagesordnungen bieten; wir müssen aber aus finanziellen Rücksichten davon absehen, diese Versammlungen zu beschicken. In dem vorliegenden Falle war der Magistrat der Meinung, daß die Tagesordnung nicht so wichtig wäre, um eine Ausnahme zu rechtfertigen.

Herr Rathe: Ich habe lange Jahre die Ehre gehabt, im Gewerbegerichte zu sitzen und ich möchte aus der dort gesammelten Erfahrung heraus den Antrag Stegmann warm empfehlen. Nach meinem Dafürhalten ist es für die Beisitzer von großem Vorteile, wenn sie von der allgemeinen Bewegung der Sache unterrichtet werden. Ein solcher Besuch würde für jeden Beisitzer von Vorteil sein, wenn die beiden Abgeordneten hinterher ihren Kollegen einen Vortrag über die verhandelten wesentlichsten Punkte hielten. Man könnte sich allerdings aus der einschlägigen Literatur belehren lassen, aber ein lebendiger Vortrag wirkt viel intensiver, als ein gedruckter Bericht. Ich möchte ersuchen, außer den beiden Beisitzern auch den Vorsitzenden des Gewerbegerichtes nach Würzburg zu entsenden.

Herr Rieke: Den Standpunkt des Herrn Weichsel kann ich auch nicht teilen. So gut wie alle Körperschaften zu den Verbandstagen Delegierte absenden, muß das auch hier geschehen. Die Abgeordneten haben hinterher natürlich ihren Kollegen über die gesammelten Erfahrungen Bericht zu erstatten. So gut aber der einfache Arbeiter eine Belehrung nötig hat, ist solche auch für einen Stadtrat notwendig; ich beantrage deshalb, daß trotz der entstehenden Kosten neben den beiden Beisitzern auch der zuständige Stadtrat nach Würzburg abgeordnet wird. Diese Ausgabe ist notwendiger, als die für den Fußballklub beschlossene Bewilligung. Die nach der Deutschen Städteausstellung seinerzeit entsandten 16 Abgeordneten werden sicher dort Erfahrungen gesammelt haben, jedoch muß ich bedauern, daß darüber niemand einen Vortrag gehalten hat. Ich habe seinerzeit genügend Propaganda für die Sache gemacht und meine Erfahrungen ausgetauscht. Es ist natürlich nicht nötig, jemanden nur für sich hinzuschicken, sondern es soll ein allgemeiner Nutzen daraus gezogen werden.

Herr Esdorn: Ich muß Herrn Rieke recht geben: ich hätte auch erwartet, daß uns über die Dresdener Städteausstellung ein Bericht erstattet wäre, denn man schickt zu solchen Sachen keine Vertreter zu dem Zwecke, daß sie sich allein belehren sollen. Den Antrag Stegmann kann ich nur befürworten und möchte ihn dahin erweitern, daß jedem Vertreter einschließlich Fahrgeld 150 M bewilligt werden.

Vorsitzender: Die Höhe der zu bewilligenden Summe können Sie doch aber dem Magistrate überlassen.

Herr Esdorn: Ich möchte aber bitten, zu beschließen, daß die zu entsendenden Vertreter beauftragt worden, über ihre Erfahrungen Bericht zu erstatten.

Beschlossen wird nunmehr, den Magistrat zu ersuchen, den Vorsitzenden und zwei Beisitzer des Gewerbegerichtes (einen Arbeitgeber und einen Arbeitnehmer) auf städtische Kosten nach Würzburg zu entsenden. Der Antrag Esdorn auf Verpflichtung der Vertreter zur Berichterstattung wird dagegen abgelehnt.

XX. Antrag Günther: Errichtung einer Zentralbadeanstalt.

Zur Begründung des Antrages:

„Die Versammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, daß er

- 1) die Errichtung einer Zentralbadeanstalt mit Brause- und Wannenbädern sowie einem Schwimmbassin,
- 2) die Einführung von Schwimmunterricht für Kinder der hiesigen Schulen genehmigen und der Versammlung darüber eine Vorlage machen möge,“

führt Herr Günther folgendes aus: Vor 40 Jahren hat der Verein für öffentliche Gesundheitspflege den Plan gefaßt, hier eine Volks-Zentralbadeanstalt zu errichten. Ende der 60er Jahre hatte sich jemand gefunden, der die erforderlichen Mittel hergeben wollte, sofern die Stadt einen Zuschuß leisten würde, jedoch wurde ein solcher Antrag abgelehnt, weil angeblich dazu die Mittel nicht vorhanden seien. Im Jahre 1886 nahm ich die Sache auf und stellte einen Antrag, der mit großer Mehrheit angenommen, aber vom Magistrat wegen Mangels an Mitteln wiederum abgelehnt wurde. Im Jahre 1892 wurde der Antrag wiederholt, der Erfolg war derselbe, nur mit dem Unterschiede, daß der Magistrat ersucht wurde, sich mit Herrn Haase wegen Herabsetzung der Badepreise in Verbindung zu setzen. Was für eine Folge dieser Beschluß gehabt hat, weiß ich nicht. Sie sehen hieraus, daß die Stadtverordneten ziemlich lange Zeit es für gut befunden haben, eine derartige Anstalt zu errichten und daß es zur Ausführung nur immer an Geld gefehlt hat. An anderen Orten hat man derartige Anstalten und Schwimmbassins längst gebaut; z. B. in Hannover ist eine große Zentralbadeanstalt errichtet, die vorzüglich ausgestattet sein soll. Selbst das kleine Goslar hat eine eigene Damenbadeanstalt.

Ich möchte mit meinem Antrage nochmals den Versuch machen, ob jetzt nicht eine größere Uebereinstimmung im Magistrat vorhanden ist als ehemals. Freilich wird er auch jetzt wieder damit kommen, daß keine Geldmittel vorhanden seien. Wir haben doch aber zu anderen Zwecken, z. B. zu Kirchen, wenn die Gelder auch nur darlehnsweise hergegeben sind, gewaltige Mittel aufgebracht und würden auch hierzu, wenn wir nur wollten, die Mittel schon haben. Nichts wäre aber notwendiger, als eine derartige Anstalt möglichst mitten in der Stadt mit Brause- und Wannenbädern, sowie einem Schwimmbassin zu haben. Es ist auch schon lange der Wunsch geäußert worden, eine Frauenbadeanstalt zu errichten und auch dieses Projekt ließe sich mit der Zentralbadeanstalt vereinigen. — Der zweite Teil meines

Antrages hängt nicht gerade mit dem ersten Teile unmittelbar zusammen, jedoch möchte ich ersuchen, auch diesem Teile zuzustimmen.

Der genügend unterstützte Antrag wird der Finanzkommission zur Vorberatung überwiesen.

XXI. Antrag Wesemeier: Einführung der achtstündigen Arbeitsschicht in den Gasanstalten.

Der Antrag lautet:

„Die Versammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, der Versammlung eine Vorlage zu unterbreiten, nach der zum 1. April 1906 für das Personal der Gasanstalten ohne Kürzung der Löhne die achtstündige Arbeitsschicht eingeführt wird, sowie die erforderlichen Mittel in den Etat einzustellen.“

Herr Wesemeier (zur Begründung): Hier besteht immer noch der zwölfstündige Arbeitstag für das Personal der Gasanstalten, und die Leute haben alle 14 Tage ununterbrochen 24 Stunden vor dem Ofen zu arbeiten, haben auch nur alle 14 Tage einen freien Sonntag. Wir haben diese Sache schon vor zwei Jahren und auch bei der diesjährigen Etatsberatung zur Sprache gebracht, ohne bisher Abhilfe geschaffen zu haben. Auf Grund der guten Erfahrungen, die in anderen Städten mit der Verkürzung der Arbeitszeit in den Gasanstalten gemacht worden sind, habe ich den heutigen Antrag eingebracht. Die Arbeit in einer Gasanstalt ist ganz besonders ungesund, und es spricht für die Einführung der achtstündigen Arbeitsschicht auch noch der Umstand mit, daß die Geschäftsleitungen derjenigen Städte, in denen der Achtstundentag in den Gasanstalten eingeführt worden ist, besonders hervorheben, daß dort die Krankenziffer ganz bedeutend zurückgegangen sei. Aber auch rein moralische Motive werden dort in den Vordergrund geschoben, indem angeführt wird, daß dadurch die Trunkenheit zurückgegangen sei und daß die Annahme, die Trunkenheit würde mit der Verkürzung der Arbeitszeit zunehmen, unberechtigt sei. Selbst in den Fabrikbetrieben besteht schon überall der zehnstündige Arbeitstag und unsere Gasanstalt hat noch immer die zwölfstündige Schicht beibehalten, trotzdem sie bei ihren hohen Erträgen sehr wohl imstande ist, den entstehenden Mehraufwand an Löhnen zu tragen. Wir können es nicht verantworten, daß, während überall die Arbeitszeit verkürzt wird, wir bei der zwölfstündigen Schicht stehen bleiben. Selbstverständlich darf der Lohn nicht reduziert werden. Ich komme schon jetzt mit dem Antrage, weil die Materie im nächstenjährigen Etat rechnerisch wiedergegeben sein muß. Wir dürfen uns hierbei nicht vom reinen Geldstandpunkte führen lassen, sondern müssen davon ausgehen, den

betr. Arbeitern eine bessere Existenz zu schaffen und sie aus den ungesunden Verhältnissen in gesunde Verhältnisse zu überführen.

Auch diesen, genügend unterstützten Antrag erhält die Finanzkommission zur Vorberatung.

XXII. Antrag Rieke: Zulassung der Pferdeschlächter zur Kühlhalle.

Der Antrag lautet:

„Die Versammlung wolle beschließen, den Magistrat um eine Vorlage zu ersuchen, die den hiesigen Pferdeschlächtern die Möglichkeit verschafft, das Fleisch ihrer geschlachteten Tiere in der Kühlhalle unterzubringen, oder einen besonderen Kühlraum einzurichten.“

Zur Begründung bemerkt Herr Rieke: Das Gesuch der Pferdeschlächter um Aufnahme ihrer Schlachtware in die Kühlhalle ist wiederholt abgelehnt worden mit dem Hinweise darauf, daß Braunschweig einen großen Wursteypport habe, der darunter leiden könne. Diese Einrede lasse ich nicht gelten. Da hier eine große Menge Pferde geschlachtet werden, so wird deren Fleisch hier auch verzehrt, und wenn die Kühlanlage aus gesundheitlichen Rücksichten geschaffen worden ist, so muß sie auch mit allen Gattungen Fleisch belegt werden dürfen. Das Pferdefleisch wird im allgemeinen von den ärmeren Volkschichten genossen, wir haben aber die Verpflichtung, dafür zu sorgen, daß auch diese Leute gesundes Fleisch erhalten. Da in anderen Städten das Pferdefleisch auch nicht von den Kühlhallen ausgeschlossen ist, so möchte ich bitten, dem Antrage zuzustimmen.

Der Antrag findet genügende Unterstützung und wird ebenfalls der Finanzkommission zur Vorberatung überwiesen.

XXIII. Anfrage Esdorn: Aenderung der Marktordnung.

Herr Esdorn ersucht den Magistrat um Auskunft, ob von der beabsichtigten Aenderung der Marktordnung der Markt auf dem Altstadtmarkte und an der Martinitirche berührt werde. Auf jeden Fall bitte er, die betreffende Vorlage vervielfältigen zu lassen und jedem Stadtverordneten ein Exemplar davon zur Verfügung zu stellen.

Herr Stadtrat von Frankenberg: Ich möchte darauf erwidern, daß in der Tat der Magistrat mit dem Gesundheitsausschusse auf dem Standpunkte steht, daß sich aus gesundheitlichen Interessen der Verkehr mit Fleisch und Butter auf den offenen Wochenmärkten nicht mehr empfehle und daß deshalb die Versammlung um eine gutachtliche Aeußerung hierüber gebeten werden solle, bevor der Magistrat sich mit der Herzoglichen Polizeidirektion dieserhalb in Verbindung setze. Da der Angelegenheit seitens der Einwohnerschaft eine große Aufmerksamkeit zugewendet

werden soll, so bedarf es wohl nur einer Anregung, um den Herrn Vorsitzenden zu bitten, die Vorlage vervielfältigen zu lassen.

Vorsitzender: Ich werde die Vorlage vervielfältigen lassen.

XXIV. Anfrage Wesemeier: Vereinfachung der Steueraussschreiben.

Zur Begründung der Anfrage:

„Gedenkt der Magistrat für die Zukunft eine Vereinfachung der Steueraussschreibung vorzunehmen?“

bemerkt Herr Wesemeier: Es ist in diesem Jahre unangenehm empfunden worden, daß die Steuerzettel sehr spät hintereinander ausgegeben wurden. Zuerst kam der Zettel für die Staatseinkommensteuer und sechs oder sieben Wochen später der Zettel für die Gemeindeeinkommensteuer. Dadurch sind viele Arbeiter um die Einreichung einer Beschwerde gekommen. Ich habe die Leute zu beruhigen gesucht, indem ich ihnen sagte, daß die Verspätung der letztbezeichneten Zettel durch die späte Festsetzung der Steuer verursacht worden sei. Es muß indessen die Frage entschieden werden, ob nicht eine Vereinigung der Steueraussschreibung erfolgen kann. Als gewöhnlicher Mensch bekommt man mindestens zwei Steuerzettel für die Staatseinkommensteuer und die Gemeindeeinkommensteuer; die Vereinigung dieser beiden Zettel dürfte sich aber leicht bewerkstelligen lassen, da beide Steuern an demselben Schalter zu entrichten sind und nur gleichmäßige Zahlungsfristen einzuführen wären. Der Braunschweigische Städtetag hat sich mit der Frage auch schon befaßt, jedoch nicht in einem für die Städte bindenden Sinne. Deshalb frage ich an, ob der Magistrat eine Vereinfachung der Steueraussschreiben in Aussicht genommen hat.

Außerdem möchte ich bitten, die verschiedenen Termine der Steuerzahlung den Zeitungen mitzuteilen, damit diese die Steuerzahler noch einmal daran erinnern.

Herr Stadtrat von Frankenberg: Der Magistrat hat sich schon vor mehreren Jahren an das Herzogliche Staatsministerium gewandt, um etwas ähnliches zu erreichen, wie die Anfrage des Herrn Wesemeier im Auge hat, und der Magistrat hofft auch, daß im Laufe der nächsten Zeit durch eine Gesetzesänderung die Grundlage zu einer Aenderung der Steueraussschreiben geschaffen wird. Zurzeit ist aber solche Aenderung nicht möglich, weil die Fristen zur Einzahlung der städtischen und der staatlichen Steuern nicht gleichmäßig bemessen sind; es muß eine entsprechende Gesetzesänderung vorangehen. Wir würden es mit Freuden begrüßen, wenn die Regierung sich zu einer vom Städtetage beantragten Gesetzesänderung entschließen könnte und wir dann in der Zusammenlegung der Steueraussschreiben so weit wie möglich gehen könnten.

XXV. Anfrage Wesemeier: Straßensprengung mit Westrumit.

Herr Wesemeier: Ich möchte den Magistrat fragen, welche Erfahrungen bei den Versuchen der Straßensprengung mit Westrumit gemacht worden sind? Die Straßensprengung ist ein wahres Leidensthind der Stadt. Zeitungsmeldungen zufolge sind von der städtischen Bauverwaltung Versuche mit der Westrumitsprengung angestellt worden, und es wäre interessant, zu erfahren, wie die Versuche ausgefallen sind. Ich hätte gewünscht, daß von den beabsichtigten Versuchen den Stadtverordneten Mitteilung gemacht wäre, dann hätte sich das jeder ansehen können. Jedenfalls ist es interessant, zu erfahren, wie teuer die Sache kommt und welche Wirkung sie gehabt hat.

Herr Oberbürgermeister Ketemeyer: Ich habe gehört, daß die städtische Bauverwaltung solche Versuche angestellt hat, jedoch ist darüber bislang eine Mitteilung an den Magistrat nicht gelangt; ich kann deshalb heute keine Auskunft darüber erteilen.

XXVI. Uebertragung von Mitteln auf das laufende Rechnungsjahr.

Die von der Versammlung im vorigen Rechnungsjahre genehmigte Herstellung von Geräteschuppen für die Wegewärter hat im abgelaufenen Jahre nicht vollständig ausgeführt werden können; es sind vielmehr von den bewilligten 5000 M nur 1297,88 verausgabt worden, während die übrigen 3702,12 M erst in diesem Jahre zur Ausgabe gelangen. Der Magistrat ersucht, der Uebertragung der letzteren Summe auf das Rechnungsjahr 1905/06 zuzustimmen,

was auf Empfehlung der Finanzkommission, für die Herr Hauswaldt berichtet, geschieht,

nachdem Herr Rathe noch gebeten hatte, auf dem Kleinen Exerzierplatze der spielenden Jugend Gelegenheit zum Trinken von Wasser zu schaffen.

Darauf wird die Sitzung geschlossen.

Dauer von 4¹/₂ bis 7¹/₂ Uhr.

1905/1906.Nr. 7.

Bericht

über die

Verhandlungen der Stadtverordneten zu Braunschweig

in deren Sitzung vom 28. September 1905.

Tagesordnung:

I. Antrag Meherhoff: Einrichtung einer städtischen Sparkasse	Seite 211
II. Antrag Günther: Errichtung einer Zentralbadeanstalt etc.	" 218
III. Einrichtungen für das Grundwasserwerk	" 231
IV. Prüfung der städtischen Haushaltsrechnungen für das Jahr 1902/03.	" 232
V. Statut, betreffend den Verkehr mit Milch.	" 232
VI. Aenderung der Marktordnung.	" 233
VII. Antrag Esdorn: Errichtung einer Markthalle im Weiden der Stadt.	" 245
VIII. Antrag Kalmß: Erweiterung der Befugnisse der Markthallendeputation	" 245
IX. Guchtlinie für einen Teil der Frankfurterstraße etc.	" 245

Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister Ketemeyer, Bürgermeister Meyer und Stadträte von Frankenberg, Seele, Wagner und Lange.

Entschuldigt die Herren Brückmann und Ribbentrop.

Der Vorsitzende, Herr Wolff, eröffnet die Sitzung und macht der Versammlung die Mitteilung, daß Herr Wiehle eine Anfrage an den Magistrat gerichtet habe, dahingehend ob der Magistrat zu dem Beschlusse der letzten Stadtverordnetenversammlung, betreffend die Fleischnot, Stellung genommen habe, und eventuell in welcher Weise. Als Antwort auf diese Anfrage wolle er ein an die Versammlung gerichtetes Schreiben des Magistrates vom 11. d. Mts. zur Verlesung bringen, welches laute:

„In Erwiderung des gefälligen Schreibens vom 24. August d. Js. erlauben wir uns, den geehrten Herren beifolgend eine Abschrift unseres heute an Herzogliches Staatsministerium gerichteten Besuches wegen der Beseitigung der Fleischnot, mit der Bitte zu übersenden, daraus ersehen zu wollen, in welcher Weise wir dem uns übermittelten Antrage entsprochen haben.“

Das Schreiben an Herzogliches Staatsministerium hat folgenden Wortlaut:

„Am 24. August d. Js. hat die Stadtverordnetenversammlung an uns das Ersuchen gerichtet, bei Herzoglicher Landesregierung zu beantragen, daß diese ihren Bevollmächtigten im Bundesrate sofort anweisen möge, im Bundesrate auf die unverzügliche Aufhebung der Grenzsperr für Vieh hinzuwirken. Wir teilen mit den Stadtverordneten die Ansicht, daß die Vieh- und Fleischpreise in der hiesigen Stadt und deren Umgebung ebenso wie in fast allen anderen Gebieten des Deutschen Reiches während der letzten beiden Jahre einen Stand erreicht haben, der für die Ernährung der Bevölkerung schwere Gefahren in sich schließt, und gestatten uns zum Beweise auf die anliegende, in unserem Auftrage angefertigte Preisstatistik hinzuweisen. Aus derselben geht hervor, daß in der Zeit von Januar 1904 bis August 1905 die Viehpreise (für 50 Kilogramm Schlachtgewicht erster Qualitäten) in folgender Weise gestiegen sind:

	Januar 1904:	August 1905:
Ochsen . . .	70—72 M	74—75 M
Bullen . . .	66—67 "	70—72 "
Kühe . . .	67—69 "	68—70 "
Kinder . . .	66—69 "	68—70 "
Schweine . .	49—51 "	69—70 "
Kälber . . .	85—90 "	83—85 "
Lamm . . .	70—73 "	80—83 "

Die Fleischpreise haben demgemäß gleichfalls eine Steigerung erfahren, die beim Schweinefleisch besonders stark hervortritt, die aber

auch bei dem anderen Vieh recht erheblich ist. Für 1 Kilogramm sind in Mark gezahlt:

Januar 1904: August 1905:

Rindfleisch . . .	1,22	1,32
Schweinefleisch .	1,24	1,53
Kalbfleisch . . .	1,32	1,49
Lammfleisch .	1,21	1,45

Angesichts dieser Zahlen halten wir es für geboten, an Herzogliches Staatsministerium die Bitte zu richten,

für die Beseitigung der Fleischsteuerung nach Möglichkeit durch Ermäßigung der Zollsätze und durch Zulassung ausländischen lebenden oder geschlachteten Viehs in größerem Umfange als bisher soweit Sorge tragen zu helfen, als dies unter Beachtung der gesundheitlichen Schutzmaßregeln irgend angängig erscheint.

Es liegt uns fern, zu verkennen, daß durch ungehinderte Einfuhr ausländischen Schlachtviehs und Fleisches die Einschleppung von Seuchen und Erkrankungen herbeigeführt werden kann, und wir tragen deshalb nach Anhörung des Gutachtens der Schlachthausdeputation Bedenken, die völlige Aufhebung der Grenzsperrre zu befürworten. Wir glauben aber, daß es dem Bundesrate je nach der wechselnden Lage der Verhältnisse in den Einfuhrländern möglich sein wird, geeignete Maßregeln zu treffen, durch welche die Höhe der jetzigen Vieh- und Fleischpreise auf ein erträgliches Maß zurückgeführt, und durch welche zugleich die Erkrankungs- und Seuchengefahr vermieden wird. Nicht nur die Fürsorge für das Wohl der hiesigen Bevölkerung, sondern auch die Rücksichtnahme auf die blühende Braunschweiger Wurst- und Fleischwaren-Industrie legt uns die Pflicht auf, dem Herzoglichen Staatsministerium unseren Antrag mit der Bitte um wohlwollende Erwägung und baldige Entschließung zu unterbreiten.“

Hierauf wird in die Tagesordnung eingetreten.

1. Antrag Meyerhoff: Einrichtung einer städtischen Sparkasse.

Der in der Sitzung vom 11. Mai d. Jz. — Seite 84 des Berichtes — gestellte und begründete Antrag lautet:

„Die Versammlung ersucht den Magistrat, der Einrichtung einer städtischen Sparkasse näherzutreten.“

Namens der Finanzkommission berichtet über den Antrag Herr Hauswaldt: Ein derartiger Antrag ist schon vor einer längeren Reihe von Jahren wiederholt

hier gestellt worden, nämlich in den Jahren 1885 und 1893 und später ist die Sache nochmals vom Bürgerverein angeregt worden. Die Frage, ob in der Stadt Braunschweig eine städtische Sparkasse eingerichtet werden soll, kann man von verschiedenen Gesichtspunkten aus betrachten, indem man einmal das Interesse der Sparer und sodann das Interesse der Stadt, der die Ueberschüsse zur Verwendung für gemeinnützige Zwecke zufließen würden, dabei berücksichtigt. Die Finanzkommission war nun bis auf ein Mitglied der Ansicht, daß eine solche Fürsorge im Interesse der Sparer nicht mehr geboten erschien, da durch die Sparkassen, die unser staatliches Institut in großer Menge und in bequemer Weise innerhalb der Stadt errichtet hat, genügende Gelegenheit geboten wird, größere oder kleinere Beträge verzinslich anzulegen. Auch der von der staatlichen Sparkasse gebotene Zinsfuß ist nach vernünftigen Grundsätzen festgelegt und dürfte befriedigen, wenn er auch nicht so hoch ist, um zum Sparen besonders anzuregen. Die Finanzkommission war daher bis auf ein Mitglied der Ansicht, daß sich im Interesse der Sparer die Einrichtung einer städtischen Sparkasse nicht mehr befürworten ließe.

Der andere Gesichtspunkt, ob es im Interesse der Stadt liege, eine städtische Sparkasse zu gründen, hängt eng mit der Frage zusammen, wie man sich die Rentabilität einer solchen Sparkasse denkt. Der Herr Antragsteller ist zu seinem Antrage durch die auf der deutschen Städteausstellung in Dresden gemachten Mitteilungen gekommen, wo in ungeheuer verlockender Weise die Vorteile einer städtischen Sparkasse für eine große Stadt geschildert worden sind. Die dort bei solider und zweckmäßiger Geschäftsführung für die Stadt Dresden ermittelte Summe des Ueberschusses ist allerdings ganz ungeheuer, aber wir dürfen uns mit dem berechneten glänzenden Resultate nicht die Augen trüben lassen, wenn wir dazu übergehen, die Verhältnisse auf unser Braunschweig zu übertragen. Die erhebliche Differenz liegt nicht nur in der Größe und der Qualität der Stadt Dresden, sondern besonders darin, daß die Stadt Dresden schon im Jahre 1870 beschlossen hat, eine Sparkasse ins Leben zu rufen. Was aber im Jahre 1870 praktisch und rentabel erschien und was jetzt über alle Kinderkrankheiten und Schwierigkeiten erhaben ist, das würde sich heute nicht immer in demselben Maße bewähren. Die Finanzkommission war bis auf das eine Mitglied der Ansicht, daß wahrscheinlich auch die Stadt Dresden, wenn sie nicht den klugen Schritt schon im Jahre 1870 getan hätte, heute diesen Schritt nicht mehr tun würde, und daß für uns eine Rentabilität aus solcher Einrichtung nicht herauszurechnen wäre. Es empfiehlt sich deshalb nicht, den hier in Hülle und Fülle vorhandenen Sparkassenstellen noch eine weitere Sparkasse hinzuzufügen, ja, es würde in den ersten 5, 6 oder 7 Jahren die Sparkasse eine Belastung der Stadt bedeuten. Da wir zu solcher Einrichtung bekanntlich auch die Genehmigung des Herzoglichen Staatsministeriums haben müssen, so meinte die Kommission ferner, daß uns diese Genehmigung versagt

werden würde. Diese Ansicht wird noch dadurch verstärkt, daß der Magistrat auf eine vor etwa zehn Jahren an das Herzogliche Staatsministerium gerichtete Anfrage wegen der Errichtung einer städtischen Sparkasse gar keine Antwort erhalten hat. Eigentlich sind die staatlichen Behörden auch gar nicht in der Lage, einem solchen Antrage zuzustimmen, wenn sie der Leihhaus-Sparkasse nicht eine empfindliche Konkurrenz schaffen und beide Sparkassen von vornherein zur Ohnmacht verurteilen wollen. Vielleicht wäre es möglich, die Leihhaus-Sparkassen stadtseitig zu übernehmen, sofern sie eingehen sollten, aber ihnen eine Konkurrenz einzurichten, halten wir für ausgeschlossen. Leider konnte ich keine genauen Zahlen darüber bekommen, wie sich Stadt und Land Braunschweig in die Spareinlagen teilen.

Die Finanzkommission läßt aus allen diesen Gründen empfehlen, über den Antrag Meyerhoff zur Tagesordnung überzugehen.

Herr Meyerhoff: Ich bin sehr betrübt über die Stellungnahme der Finanzkommission. Wenn gesagt wird, es sei 1870 eine glückliche Zeit für die Gründung von Sparkassen gewesen, so meine ich, daß Dresden mit seiner Sparkasse die Kinderkrankheiten wohl auch hat durchmachen müssen. Wenn daher die Einrichtung auch anfänglich mit Schwierigkeiten zu kämpfen haben wird, so kann mich das doch nicht erwärmen, für den Kommissionsantrag zu stimmen. Gerade die Konkurrenz soll das Geschäft heben. Wir haben hier ein sehr schönes Beispiel an der Konfirmanden-Sparkasse, die sehr segensreich gewirkt hat, obwohl sie später eingerichtet worden ist, als die Leihhaus-Sparkasse. Dieses ist auch eine Kasse, die alljährlich horrenden Summen herauszahlen muß, so daß ihr dieselbe Gefahr droht, wie einer städtischen Sparkasse. Die Konfirmanden-Sparkasse arbeitet aber trotzdem zur vollen Zufriedenheit der Einleger und der Verwaltung, und sie hat schon namhafte Darlehen gewährt.

Was nun den anderen von Herrn Hauswaldt gegen die Einrichtung angeführten Grund betrifft, ob nämlich das Herzogliche Staatsministerium die Genehmigung dazu erteilen würde, so wäre dies doch wenigstens eines Versuches wert. Wenn hier mitgeteilt wurde, daß auf eine frühere Anfrage des Magistrates vom Herzoglichen Staatsministerium eine Antwort nicht erfolgt sei, so ist es höchst bedauerlich, daß es nicht der Mühe für wert gehalten wird, einer Stadtverwaltung auf eine solche Frage zu antworten. Aber auch das kann mich nicht beirren, auf dem Wege fortzuschreiten und einen Versuch zu machen.

In der Kommissionsitzung ist auch dargelegt worden, daß man nicht in der Lage sei, diese sehr wichtige Frage auf ihre Sicherheit und Rentabilität zu prüfen. Das will ich zugestehen, aber ich meine, diese Sache wäre es doch wohl wert, die Frage von einigen Kapazitäten prüfen zu lassen. Wir haben große Aufwendungen gemacht, um hinsichtlich des Bahnhofsbauwerks unsere Wünsche einigermaßen berücksichtigt zu sehen und wir müssen auch in dieser Sache wenigstens einen Versuch

machen. Deshalb möchte ich bitten, wenigstens den Magistrat zu ersuchen, sich in der Frage noch einmal schlüssig zu machen und vom Herzoglichen Staatsministerium einen endgültigen Bescheid zu fordern. Die Städte Dresden und Magdeburg ziehen aus ihren Sparkassen ganz bedeutende Einkünfte, die sie für wohlthätige und gemeinnützige Zwecke verwenden und auch die Städte Peine und Vockenem werden wohl damit prosperieren.

Herr Oberbürgermeister Netemeyer: Es hat gewissermaßen wie ein Vorwurf geklungen, daß das Herzogliche Staatsministerium die betreffende Eingabe seinerzeit nicht beantwortet hat. Dieser Vorwurf ist indessen nicht begründet. Im allgemeinen ist es allerdings üblich, auf derartige Fragen auch zu antworten, aber die damalige Anfrage war wesentlich begründet mit der früheren mangelhaften Einrichtung der hiesigen Sparkassenstelle; der Staat hat seinerzeit seine Sparkasse reorganisiert und damit den Wünschen der Stadt Rechnung getragen, so daß eine Antwort nicht mehr zu ergehen brauchte. Möglich ist es auch, daß seinerzeit das betreffende Mitglied des Herzoglichen Staatsministeriums uns das nötige mündlich eröffnet und so die Anfrage erledigt hat.

Herr Esdorn: Wir leiden hier wirklich nicht an Geldüberfluß und es wäre ganz zweckmäßig, durch die Einrichtung solcher Sparkasse Geld zu bekommen. Aus diesem Grunde habe ich den Antrag mit Freuden begrüßt und ich war auch in der Finanzkommission der einzige, der dafür eintrat. Die Stadt Magdeburg hat z. B. im vorigen Jahre aus den Ueberschüssen ihrer Sparkasse 386 000 M. für öffentliche Zwecke auswenden können. Es muß zugegeben werden, daß die Materie schwierig zu behandeln ist. Die Hauptsache wird dabei sein, ob die Staatsregierung die Einrichtung zugeben wird. Wenn wir im voraus wissen, daß die Genehmigung nicht erteilt werden wird, so brauchen wir darüber gar nicht mehr zu verhandeln, da wir das aber nicht wissen können, so wäre die Sache doch wenigstens wert, geprüft und versucht zu werden. Ob die Verhältnisse seit dem Jahre 1870 wirklich andere und zwar schwierigere geworden sind, weiß ich nicht. Ebenso kann ich nicht wissen, ob die Stadt Dresden die Einrichtung auch heute noch treffen würde. Die uns über die bestehenden Sparkassen vorliegenden Berichte lauten sämtlich sehr günstig. Da aber der Antrag von großer Bedeutung ist, so sollte man ihn wenigstens prüfen und sich die Arbeit nicht verdrießen lassen. Wenn wir auch nur einen jährlichen Ueberschuß von 150 000 M. oder 100 000 M. erzielen könnten, so würden wir schon etwas gutes erreicht haben. Wir haben hier durchaus keinen Ueberschuß an Sparkassen, denn über die Herzoglichen Sparkassen werden doch bezüglich des geringen Zinsfußes ganz berechnete Klagen geführt. Eine solche Kasse muß mindestens 3 % Zinsen geben können, da die auswärtigen Kassen bei diesem Zinsfuße noch gute Geschäfte machen, aber die hiesigen Leihhauskassen zahlen 3 % nur, wenn die Einlage mindestens 6 Monate gestanden hat.

Gerade im Interesse der kleinen Mitbürger sollten wir doch wenigstens einen Versuch in der Richtung machen. Ich möchte deshalb empfehlen, den Antrag dem Magistrate zur wohlwollenden Erwägung zu überweisen.

Herr Födel: Der Konfirmanden-Sparverein kann doch unmöglich mit einer städtischen Sparkasse verglichen werden, da die Verhältnisse dort ganz andere sind. Bei dem Konfirmanden-Sparvereine wird das Geld zu einem bestimmten Zeitpunkt zurückgezahlt und man kann ziemlich genau berechnen, welche Summe jährlich zur Rückzahlung kommt, während das bei einer städtischen Sparkasse nicht der Fall ist. Man kann auch nicht die Verhältnisse aller Städte unter einander ganz gleichmäßig beurteilen. Mir ist nur bekannt, daß bei der Einrichtung der Dresdener und der Magdeburger Sparkasse dort andere Spargelegenheiten in sicherer Form kaum vorhanden waren und daß man unter solchen Verhältnissen Kapitalien ansammeln konnte, die die günstige Betreibung des Geschäftes ermöglichten. Bei uns ist dagegen seit langen Jahren in genügender Weise die Möglichkeit gegeben, Spareinlagen zu machen, so daß jeder Einwohner in seiner Nachbarschaft Gelegenheit hat, Einlagen in jeder Höhe zu machen. Daß in diesen Sparkassen sich nicht größere Kapitalien befinden, liegt darin, daß der Zinsfuß ein geringerer ist, als bei anderen derartigen Kassen. In Magdeburg betrug z. B. die durchschnittliche Einlage auf jedes Buch 546 M., woraus sich ergibt, daß bei dieser Kasse auch sehr hohe Einzelsummen angelegt werden müssen. Ferner liegen die Verhältnisse dort so, daß in einer ganzen Reihe von Jahren trotz der hohen angelegten Summen am Ende des Jahres sich nur ein Zuwachs von 10 — 12 % der Spareinlagen ergeben hat, weil auch hohe Beträge wieder zurückgefordert sind. Z. B. sind im Jahre 1903 in Magdeburg 24 Millionen angelegt, aber auch 22 Millionen wieder entnommen. Eine so hohe Wiederentnahme an Spareinlagen bedingt einen größeren Vorrat an Vermögen. Nun weiß ich nicht, ob Magdeburg ein so bedeutendes flüssiges Vermögen besitzt, um die eingezahlten hohen Summen zu einem guten Zinsfuße anlegen und trotzdem die zurückgeforderten Summen ohne Schwierigkeiten auszahlen zu können. Von uns wissen wir aber bestimmt, daß das nicht der Fall sein würde. Unsere städtische Kasse muß selbst unter den heutigen Verhältnissen schon sehr geschickt geleitet werden, um allen Anforderungen zu genügen, und am Ende des Vierteljahres ist meistens ein Ueberschuß nicht vorhanden. Von den Einlagen zur Sparkasse würde deshalb immer nur ein bestimmter kleiner Teil fest angelegt werden können. Wie sich daraus ein nutzbringendes Geschäft soll entwickeln können, ist mir nicht ganz erklärlich, namentlich aber unter den heutigen Verhältnissen, wo schon eine bedeutende Summe anderweit in Spareinlagen festgelegt worden ist und wo wir uns mit dem begnügen müßten, was noch nebenher angelegt werden soll, wenn wir nicht mit einem Zinsfuße rechnen wollen, der für uns unrentabel ist.

Die Finanzkommission ist allerdings nicht in der Lage, die Tragweite einer städtischen Sparkasse, insbesondere deren Nutzen und Gefahren zu beurteilen: das würde nur derjenige können, welcher zugleich Sachverständiger und Kenner der hiesigen Verhältnisse ist. Deshalb scheint mir die Frage schwer zu lösen zu sein. Ganz anders würde die Sache liegen, wenn hier noch keine Gelegenheit zum Sparen wäre, oder wenn die vorhandenen Kassen den an sie zu stellenden Anforderungen nicht entsprächen. In solchem Falle würde ich einem Versuche gern zustimmen. Da wir aber die Einrichtung nur treffen wollen, um der Stadt Einnahmen zuzuführen, so erscheint mir das Experiment doch zu gefährlich zu sein.

Herr Meyerhoff: Ich hatte die Konfirmanden-Sparkasse nur angeführt, um darauf hinzuweisen, daß trotz der vorhandenen Leihhaus-Sparkassen ein Sparbedürfnis sich noch weiter entwickelt habe. Die Leute konnten ihr Geld ebenfögut in diese Sparkassen bringen und hoben es bei der Konfirmation des Kindes ab, aber sie zogen die Konfirmanden-Sparkasse vor. Wenn in Magdeburg der Durchschnitt des Sparkassenbuches 546 M. betragen hat, so entfallen in Dresden auf den Sparer nur 80 M., so daß dort eine ganze Menge kleiner Einlagen vorhanden sein muß.

Der Herr Vorredner hat auch gesagt, es liege kein großer Segen in der Sparkasse, wenn nicht ein ganz immenses flüssiges Kapital vorhanden sei. In Dresden beträgt der Status 83 Millionen Mark; wenn diese Summe sich alljährlich auch nur um 10% erhöhen sollte, so halte ich das doch für ein ganz gutes Unternehmen, mit dem man zufrieden sein kann. Alle diese Sachen können mich nicht von der Ueberzeugung abbringen, daß die Kasse für uns noch segensreich werden würde. Ohne die Reform der Herzoglichen Sparkasse in Abrede stellen zu wollen, muß ich doch darauf hinweisen, daß die Dresdener Sparkasse noch viel weiter geht: sie erhebt nämlich in den betr. Revieren zugleich auch sämtliche städtischen Steuern, so daß den Bewohnern entfernterer Stadtteile die Möglichkeit geboten wird, in der Nähe die Steuern los zu werden und Einlagen zu machen.

Ohne dem Institute der Herzoglichen Sparkasse daraus einen Vorwurf machen zu wollen, muß ich doch hervorheben, daß sich dort eine recht schwerfällige Handhabung bemerkbar macht und daß sich bei der Abwicklung der Geschäfte durch geschulte städtische Beamte eine Vesserung zeigen würde. Außerdem gibt es eine Masse Menschen, die mehr Zutrauen zu der Stadt als zum Staate haben. (Widerspruch.) Die Menschen sind nun einmal so, daß sie ihre Ersparnisse lieber ihrer Vaterstadt anvertrauen, als dem Staate. Ich möchte also nochmals bitten, der Sache wenigstens einmal näherzutreten.

Herr Hauswaldt: Selbstverständlich könnten wir dem Wunsche des Herrn Meyerhoff leicht nachkommen, aber was würden wir damit erreichen? Wir stellten an den Magistrat eine Forderung, die er nicht erfüllen kann. Wenn jemand die

Frage gründlich prüfen will, so muß er sich die Sparkassen in Magdeburg, Dresden u. ansehen und muß außerdem unsere Verhältnisse genau kennen. Mit solchem einfachen Beschlusse kommt mir die Sache aber vor wie ein Begräbniß erster Klasse; eine einfache Ablehnung wäre mir persönlich angenehmer. Herr Meyerhoff scheint auch die Schwierigkeiten zu verkennen, die bei solcher Sparkasse obwalten und unterschätzt sie deshalb; er sieht nur die großen Ueberflüsse, die allerdings verlockend sind. Eine gewisse Schwerfälligkeit oder Langsamkeit beim Buchen der Einlagen ist übrigens notwendig, so daß eine wesentliche Vereinfachung der Geschäfte gegen die Leihhauskassen nicht eintreten kann. Gehen Sie nach jedem Bankgeschäfte und Sie werden finden, daß dort sich diese Geschäfte auch nicht schneller abwickeln: die Berechnung muß von einem zweiten Beamten immer nachgeprüft werden. Dresden hat allein 74 städtische Beamte, die nur in der Sparkasse beschäftigt sind (Widerspruch); wir müßten also, wenn wir die Sache ins Leben rufen wollten, mindestens mit einem oder zwei Duzend Beamten anfangen. Unsere Stadt besitzt auch schon eine derartige Sparkasse, in der man von 100 M an aufwärts belegen kann, und wie traurig wird diese Gelegenheit hier benutzt! Wir haben noch niemals 500000 M angeliehen, obwohl die Sache doch ganz sicher ist. Vor der Rückzahlung muß allerdings das Kapital gekündigt werden, aber ohne solche Kündigung geht es bei keiner Kasse. Wenn es manche Menschen geben soll, die lieber der Stadt als dem Staate ihr Geld anvertrauen, so mag das sein; es gibt eben ganz wunderliche Leute. Fragt man aber jemand, wer von beiden den größeren Kredit zu beanspruchen hat, so ist es doch wohl die Herzogliche Leihhauskasse, hinter der das Land Braunschweig steht.

Es handelt sich hier um ein Geschäft, gegründet auf den Kredit der Stadt Braunschweig. Wenn ein sehr geschickter Bankier mit dem Kredit der Stadt Braunschweig eine solche Sparkasse errichtete, so halte ich es für nicht unmöglich, sie mit einer gewissen Rentabilität weiter zu führen, aber wir als Stadtverordnete können nicht dazu raten, sofern wir die Schwierigkeit des Arrangements und das Erfordernis der Rentabilität dabei in Betracht ziehen. Weshalb sollten wohl Herr Fudel und ich, die wir von solchen Sachen doch etwas verstehen, abraten, wenn wir annähmen, die Stadt könnte dadurch auch nur 20000 M jährlich erwerben? Wir könnten dann in wenigen Jahren Herrn Günther sein Rad bauen und noch alle möglichen anderen feinen Einrichtungen hier treffen. (Heiterkeit.) Nach unserer Meinung ist die augenblickliche finanzielle Lage der Stadt nicht dazu angetan, ein derartiges Unternehmen ins Leben zu rufen. Würde z. B. wohl ein vernünftiger Geschäftsmann hier ein zweites Fahrradwerk bauen? Wir glauben das Risiko für ein solches Unternehmen zurzeit nicht tragen zu können.

Herr Esdorn: Da es fraglich ist, ob wir überhaupt ein Risiko laufen werden, so wäre es nötig, die Frage noch eingehend zu prüfen. Es ist mir übrigens neu,

daß man bei der Stadtkasse Geld belegen kann und ich glaube, auch in der Bürgerschaft ist diese Einrichtung wenig bekannt. Es ist dann von den hohen Verwaltungskosten die Rede gewesen. In Magdeburg hat man 107 000 M an Verwaltungskosten ausgegeben, während dort im vorigen Jahre 24 Millionen Mark neu belegt worden sind. Es läßt sich danach annehmen, daß hier doch wenigstens eine Million hinterlegt werden wird.

Wenn ferner gesagt wird, wir hätten hier genügende Gelegenheit, Geld zu belegen, so habe ich darauf zu erwidern, daß gerade deshalb Herr Meyerhoff den Antrag eingebracht hat, weil mit unseren Bürgern ein so großes Geschäft seitens der städtischen Sparkasse in Peine gemacht wird. Ein gewisses Risiko ist mit der Einrichtung allerdings verbunden, aber es muß trotzdem einmal ein Versuch gemacht werden, und der Beamtenapparat ist, wie sich vorher feststellen läßt, auch nicht so teuer, wie hier gesagt worden ist. Wenn wir nicht von vornherein 3% Zinsen geben können, so wird unsere Bürgerschaft wohl auch mit $2\frac{1}{2}\%$ oder $2\frac{3}{4}\%$ zufrieden sein.

Herr Stadtrat von Frankenberg: Ich möchte die Finanzkommission gegen den Vorwurf des Herrn Gdorn in Schutz nehmen, als ob sie den Antrag nicht genügend geprüft oder ihn allzu vorsichtig behandelt hätte. Der Antrag ist im Gegenteil sehr eingehend geprüft worden.

Ich habe Veranlassung genommen, mich im statistischen Jahrbuche deutscher Städte zu vergewissern, welche Erfahrungen in anderen Städten mit den Sparkassen gemacht worden sind, und es wird für Sie nicht ohne Interesse sein, zu hören, daß die Entwicklung der Sparkassen in den letzten Jahren eine durchaus ungünstige gewesen ist, indem sie entschieden durch die Vertuerung des Geldes, durch den Kursrückgang und die allgemeine ungünstige Lage zu leiden hatten. Die Einzahlungen sind von Jahr zu Jahr zurückgegangen und der Ueberschuß ist innerhalb fünf Jahren von 63 Millionen Mark auf $17\frac{3}{4}$ Millionen Mark herabgesunken. Der Beurteiler im Jahrbuche gelangt hiernach zu dem Ergebnisse, daß sich bald nicht mehr ein Ueberschuß, sondern ein Minderertrag herausstellen werde. Wenn man ferner sich vergegenwärtigt, daß der Beamtenapparat selbst bei mittleren Sparkassen 15–20 Personen umfaßt, so kommt man doch wohl zu dem Ergebnisse, daß der ablehnende Standpunkt der Finanzkommission seine Berechtigung hat.

Es wird darauf Uebergang zur Tagesordnung beschlossen.

II. Antrag Günther: Errichtung einer Zentralbadeanstalt etc.

Der in der Sitzung vom 24. August d. Js. — Seite 203 des Berichtes — gestellte und begründete Antrag lautet:

„Die Versammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, daß er

- 1) die Einrichtung einer Zentralbadeanstalt mit Brause- und Wannenbädern sowie einem Schwimmbassin,
- 2) die Einführung von Schwimmunterricht für Kinder der hiesigen Schulen genehmigen und der Versammlung darüber eine Vorlage machen möge.“

Namens der Finanzkommission berichtet über den Antrag Herr Schmidt: Die Finanzkommission hat sich mit dem Antrage eingehend beschäftigt und ist nach längerer Beratung zu einem Entschlusse gekommen, der nicht ganz den Anforderungen des Antrages entgegenkommt. Es ist schwer, als Referent gegen die öffentliche Meinung zu schwimmen, besonders wenn man überhaupt nicht schwimmen kann, denn die Folgen sind manchmal recht trübe. Es soll mich das aber nicht abhalten, den Standpunkt der Kommission hier in der Richtung zu vertreten, daß der erste Teil des Antrages Günther von uns aus verschiedenen Gründen rundweg abgelehnt werden muß. Von diesen Gründen führe ich nur folgende an: Das Bedürfnis nach einem großen Schwimmbade, welches von Vereinen und Aerzten als ohne weiteres bestehend hingestellt wird, ist in dem befürworteten Umfange nicht vorhanden. Selbst der deutsche Verein für öffentliche Gesundheitspflege sprach sich in seiner letzten Generalversammlung in Mannheim dahin aus, daß die Schaffung von Brausebädern eine Mindestforderung sei, während die Anlage von Schwimmbädern als erstrebenswert zu erachten sei. Demnach ist eine absolute Notwendigkeit, Schwimmbäder zu errichten, dort nicht anerkannt worden. Die Finanzkommission verkennet nicht, daß es wünschenswert wäre, auch hier bessere Badevorrichtungen zu besitzen, da die einzige Badeanstalt, welche hier während des ganzen Jahres Gelegenheit zu Schwimmbädern bietet, den an sie zu stellenden Anforderungen nicht entspricht. Es wäre deshalb an sich wohl wünschenswert, wenn die Stadt als solche eine Schwimmbadeanstalt beschaffen würde, da sich aus privaten Mitteln kaum eine solche Anstalt wird herrichten lassen, weil sich kein Kapitalist finden wird, der sein Geld auf Nimmerwiedersehen dazu hergibt. In anderen Städten mit Badeanstalten hat deren Herstellungspreis etwa 7—10 M pro Kopf der Bevölkerung betragen, so daß eine Anstalt in bescheidenem Maße für Braunschweig ungefähr eine Million Mark erfordern würde. Die Zinsen diese Kapitals würden aber schon eine Summe erreichen, die aus den Einnahmen für die Bäder nicht gedeckt werden könnte. In der stark besuchten Badeanstalt von Stuttgart entsprach die Anzahl der genommenen Bäder dem dreifachen der Einwohnerzahl, so daß man unter Zugrundelegung einer annähernd gleichen Zahl hier auf höchstens 400 000 Bäder jährlich zu rechnen hätte. Die Lust am Baden ist hier aber nicht so groß, wie in anderen Städten mit besseren Wasserverhältnissen. Wir würden daher wohl nur mit etwa 130 000 Bädern jährlich zu rechnen haben, in welchem Falle uns das Bad an Zinsen selbst 30 M kosten würde. Einen solchen Betrag dafür aufzubringen, ist aber

undentbar. Nun kommen noch die Betriebskosten hinzu, die auf jährlich 30 000 bis 40 000 M anzunehmen sind, da schon die Haase'sche Badeanstalt 5000 M jährlich allein für die Heizung erfordert. Es ist also nicht daran zu denken, das Bad rentabel zu machen. Nach der Finanzlage unserer Stadt kann man demnach unmöglich in dieser Weise vorgehen. Wenn die Stadt einmal glaubt, einige Millionen aus ihren Anleihen übrig zu haben, dann kommt es nicht darauf an, auf der abschüssigen Bahn weiter zu gehen und solche Anlage ins Leben zu rufen; vorläufig hat sich aber die Finanzkommission nicht bereit finden lassen können, diesen Weg zu beschreiten, weshalb sie die Ablehnung des ersten Theiles des Antrages empfiehlt und zwar in erster Linie aus finanziellen Gründen und in zweiter Linie aus dem Grunde, weil ein unbedingtes Bedürfnis für eine Schwimmanstalt nicht anerkannt werden kann.

Die neuen Wohnungen werden hier meistens schon so gebaut, daß jedes Haus oder gar jede Wohnung ein Brausebad oder eine Waschanstalt erhält. Andere Städte, wie namentlich Stuttgart, benutzen ja die Badegelegenheiten in großem Umfange, man hat dort sogar ein Hundebad angelegt. Hier wird die Badeanlage unrentabel sein, besonders wenn das Bad nicht für den begüterten Teil der Einwohnerschaft, sondern mehr als Volksbad eingerichtet werden soll. Mit einem Preise von 10 M für das Bad würden wir aber nicht einmal die Verzinsung des Anlagekapitals decken können.

Der zweite Teil des Antrages, die Einführung von Schwimmunterricht für Kinder der hiesigen Schulen, hat dagegen in der Finanzkommission großen Anklang gefunden. Wir haben uns gesagt: die mit dem Schwimmen verbundene Bewegung und Reinlichkeit sind Gesichtspunkte, die sich hören lassen können. Es wird deshalb empfohlen, diesem Teile des Antrages entgegenzukommen, jedoch in der Weise, daß nicht jedes Kind gezwungen und verpflichtet sein soll, an dem Schwimmunterrichte teilzunehmen, sondern daß nur solche Kinder zugelassen werden, die sich freiwillig melden. Vielleicht könnten auch die Turnstunden entsprechend gelegt und mit dem Schwimmunterrichte verbunden werden. Die Kosten für diese Einrichtung würden nicht unerschwinglich sein. Vielleicht würde es sich allerdings ereignen können, daß die jetzige Freibadeanstalt über kurz oder lang den Anforderungen nicht mehr genüge, und an anderer Stelle eine neue Badeanstalt errichtet werden müßte, jedoch dürfte das kein Grund sein, dem Antrage nicht zuzustimmen.

Herr Blasius: Ich bin schmerzlich überrascht, daß die Finanzkommission die Ablehnung des ersten Theiles des Antrages empfohlen hat. Seit anderthalb Jahrzehnten ist die Frage in gewissen Zwischenräumen hier immer wieder aufgerollt. Ich habe mir stets die größte Mühe gegeben, die Errichtung eines Schwimmbades zu erreichen und ich habe deshalb den Antrag des Herrn Günther mit großer Freude gelesen. Der Herr Referent hat aus der in Mannheim von dem Deutschen

Verein für öffentliche Gesundheitspflege gefaßten Resolution allerdings die einschlägigen Sätze vorgelesen; wenn man aber den angenommenen Antrag mit seiner Begründung aufmerksam durchsieht, so geht daraus hervor, daß die Volksbrausebäder nur eine Abschlagsszahlung sind, eine Mindestforderung. Dieser Forderung sind wir auch bisher hier schon nach Kräften nachgekommen, jedoch spricht sich der Antrag deutlich dahin aus, daß es sich dringend empfiehlt, der Schaffung von Schwimmbadeanstalten näherzutreten.

Eine Schwimmbadeanstalt ist für eine Stadt wie Braunschweig eine absolute Notwendigkeit, und wir müssen uns geradezu schämen, daß wir eine derartige Anstalt noch nicht haben. Es ist das eine Vernachlässigung des Badebedürfnisses des weiblichen Geschlechts, die geradezu haarsträubend ist. Die beiden hiesigen Privatbadeanstalten sind für unsere Verhältnisse viel zu klein. Wir haben den Frauen gegenüber dieselbe Verpflichtung wie gegenüber den Männern und trotzdem soll auch jetzt wieder nichts in der Sache geschehen. Welche gesundheitlichen Vorteile durch den Schwimmunterricht hervorgerufen werden, ist allgemein bekannt. Wo soll denn aber der Schwimmunterricht für die Schulkinder erteilt werden, da doch die beiden Badeanstalten nicht dazu ausreichen, sofern deren Badezeit nicht, wie bei einem Bade in den Pyrenäen, bis 2 Uhr nachts ausgedehnt wird. Bisher sind wir mit dem Bade immer auf bessere Zeiten vertröstet worden; nachdem wir aber mit den großen nicht wiederkehrenden Ausgaben für Rathaus, Gewerbemuseum u. fertigt sind, haben wir, abgesehen von den regelmäßig wiederkehrenden Ausgaben für unsere Schulen, zunächst keine größeren Ausgaben mehr zu erwarten. (Widerspruch.) Wir müssen deshalb jetzt Geld für ein Schwimmbad haben, zumal die Stadt moralisch verpflichtet ist, ein solches einzurichten. Die finanziellen Verhältnisse sind auch zu düster gemalt worden. Es wird immer von einer Million als Bausumme für das Bad gesprochen, aber eine solche Anstalt läßt sich auch billiger herrichten. Unsere Klärbassins im Bürgerparke stehen z. B. vollständig unbenutzt da: Ueberdachen Sie dieselben, machen Sie Ankleidezellen herum und legen Sie einige Dampfrohre hinein, so haben Sie ein Schwimmbad innerhalb bescheidenen Grenzen.

Es ist auch die Idee aufgetaucht, die Kaiserliche Badeanstalt stadtseitig anzukaufen und dort eine Erweiterung vorzunehmen. Wir brauchen dort durchaus keinen Palast hinzubauen, sondern es genügt ein bescheidenes Gebäude mit Badezellen und einem Schwimmkassin, auch brauchen keine medizinischen Räder gereicht zu werden, da diese der Privatthätigkeit überlassen bleiben können, aber wir haben die moralische Verpflichtung, ein Schwimmbad zu errichten.

Wenn ferner gesagt worden ist, es existiere ein Kampf über Brause- und Schwimmbäder, so trifft das nicht zu; ich habe gern für jedes Volksbrausebad gestimmt, aber mit dem Hintergedanken, daß wir nach Befriedigung dieses Bedürf-

nisses auch ein Schwimmbad haben müssen. Ich empfehle ebenfalls, den zweiten Teil des Antrages anzunehmen, aber es muß auch der Stadt möglich gemacht werden, ihn auszuführen, und das geht nur, wenn auch der erste Teil angenommen wird. Darum fordern Sie den Magistrat auf, eine Vorlage über ein nicht opulent aber rationell eingerichtetes Schwimmbad zu machen. Ich bin der Ueberzeugung, wir werden das Geld für die Anstalt schon haben.

Herr Günther: In der Posse „Kyril-Phryl“ besingt eine Frau die Stadtverordneten und meint, sie seien wasserheuen. Sie hat sich aber geirrt, denn sie kann nicht die Versammlung, sondern höchstens den Magistrat gemeint haben. Die Sache hat aber ihre ernste Seite, und es freut mich, daß Herr Blasius heute so eindringlich gesprochen hat. Schlechte Menschen wollten behaupten, der Verein für öffentliche Gesundheitspflege sei keinen Schuß Pulver wert, weil er in dieser Sache noch nichts getan habe. Ich muß ja auch sagen, der Verein hat sich in dieser Frage nicht sehr gerührt; er hat wohl Wünsche geäußert, aber als vor 20 Jahren die Errichtung einer Badeanstalt vom Magistrate abgelehnt wurde, hat er sich damit zufrieden gegeben. Wenn damals Herr Blasius für die Sache kräftiger eingetreten wäre, hätten wir doch vielleicht ein anderes Ergebnis zu erwarten gehabt.

Man sagt wohl auch, der Antrag sei von mir in einer überaus ungünstigen Zeit eingebracht worden, aber die Zeit scheint hier immer für ungünstig gehalten zu werden, da vor 20 Jahren derselbe Grund vorgebracht wurde. Gegenüber der Finanzkommission halte ich mit Herrn Blasius die Errichtung eines Schwimmbades für eine unbestreitbare Notwendigkeit, da der Gesundheitszustand unserer Bevölkerung die Errichtung dringend fordert. Es ist auch nicht richtig, daß die städtischen Flußbadeanstalten nur wenig benutzt werden, denn an warmen Sommertagen wimmelt es derartig im Wasser, daß auf eine Person kaum 1 qm Wasserfläche kommt. Für solche Tage reicht unsere Freibadeanstalt selbst dann nicht mehr aus, wenn noch ein Schwimmbad gebaut werden sollte, so daß wir an deren Erweiterung ebenfalls bald denken müssen. Jedenfalls werden die vorhandenen Badeanstalten fleißig benutzt, obwohl das Wasser dort oft sehr unreinlich ist und man auch mit einem wechselnden Wasserstande zu rechnen hat, Zustände, die für die Badeinteressenten nicht sehr einladend sind. Ferner heißt es, daß kein Mensch mehr zum Baden komme, falls es kalt werde. Das ist richtig: die große Masse badet nicht unter 15 Grad Wassermärme, aber gerade deshalb ist es notwendig, eine Badegelegenheit auch für die kältere Jahreszeit zu schaffen, damit die Badelust dann nicht erschläft. Hiernach scheint mir die Bedürfnisfrage erledigt und erwiesen zu sein, daß wir ein Schwimmbad haben müssen.

Vor der Anlegung des Stuttgarter Schwimmbades hat dessen Urheber, Herr Leo Setter, gesagt: Wenn wir uns nicht beeilen, werden wir in wenigen Monaten die einzige Stadt von der Größe Stuttgarts sein, die kein Schwimmbad besitzt.

Der Herr hat dabei nicht an Braunschweig gedacht; es sind seit jenem Aussprüche über 20 Jahre vergangen und wir haben immer noch kein Schwimmbad. In den Städten Köln a. Rh., Elberfeld, Hannover, Bremen, Dortmund, Minden, Magdeburg, Stuttgart, Pirmen, Hildesheim, Karlsruhe, Halberstadt u. sind inzwischen solche Bäder errichtet worden, aber wir stehen damit noch zurück.

Was die Höhe der aufzuwendenden Mittel anlangt, so läßt sich solche Anstalt auch mit geringeren Mitteln ins Leben rufen. Die Anstalt in Stuttgart ist z. B. anfangs nicht sehr groß gewesen und hat nur ungefähr 200 000 M. gekostet. Die später errichtete erheblich größere Anstalt hat 1 660 000 M. erfordert. Weiter haben gekostet die Badeanstalten in Halberstadt 305 000 M., in Hildesheim 346 500 M., in Karlsruhe 1 038 000 M. Was die Badefrequenz anlangt, so sind in Frankfurt a. M. 386 000, in Köln a. Rh. 678 000, in München 444 000, in Stuttgart 572 000 Bäder in einem Jahre genommen worden. In Stuttgart hat sich z. B. die Zahl der Bäder von 115 554 im Jahre 1889 auf 586 000 im Jahre 1903 erhöht.

In der Finanzkommission ist sodann auch die Rentabilität des Bades bestritten worden. Entweder muß sich aber der Verfasser des vor mir liegenden Buches über das Stuttgarter Bad irren, oder die Kommission befindet sich im Irrtum. Der Verfasser sagt nämlich, daß jedes rationell eingerichtete Schwimmbad gedeihen müsse und keine größere Anstalt in ihrer Frequenz heruntergehen werde. In Stuttgart kann sich das Bad, abgesehen von den dazu gestifteten Summen, ohne weitere Unterstützungen und Zuschüsse halten. Wenn die Stadt wirklich eine größere Summe für das Bad hergibt, so braucht sie doch für Unterhaltung und Betrieb weitere Zuschüsse nicht zu leisten. In dieser Beziehung würden wir also keine Gefahr laufen. In Stuttgart wird auch nicht für jedes Bad ein Preis von 10 S. genommen, sondern es werden wohl zu gewissen Zeiten an Arbeiter Bäder zu 10 S. abgegeben, aber die übrigen Bäder sind nach Verhältnis teurer. Das Abonnement kostet dort für das ganze Jahr 25 M., für das Sommerhalbjahr allein 20 M. und für das Winterhalbjahr 12 M., während Kinder die Hälfte bezahlen. Ein Einzelbad kostet 40 S. und für 10 Bäder werden 3 M. erhoben, von Kindern unter 15 Jahren die Hälfte. Es gibt dort auch noch eine ganze Masse anderer Bäder, z. B. Dampf-Kastenbäder, römische und russische Bäder, Duschen u., ja selbst ein Hundebad, und diese Einrichtungen bringen Geld ein.

Was die Platzfrage betrifft, so hat Herr Blasius von den Filtern im Bürgerparke gesprochen. Daran soll indessen nach einer Aeußerung des Herrn Oberbürgermeisters nicht zu denken sein, weil die Filter möglicherweise später für die städtische Wasserversorgung wieder gebraucht werden. Die Haase'sche Badeanstalt würde aber kaum ausreichen für ein derartiges Bad, da deren Terrain zu klein ist und auf die Nachbargrundstücke nicht übergegangen werden kann. Wenn etwas

derartiges geschaffen werden soll, so darf es auch auf ein paar hunderttausend Mark nicht ankommen. Die Sache nur halb zu machen, würde insofern schädlich sein, als wir dann keine große Frequenz erzielen könnten. Je besser eine derartige Anstalt eingerichtet ist, desto eher steht deren Rentieren in Aussicht. Die Platzfrage muß daher unsere größte Sorge sein. Es würden dabei in Frage kommen der Platz neben dem Restaurant Tanne, der sich noch durch Zukauf von Grundstücken an der Mönchstraße vergrößern läßt, sodann das Rotheische Grundstück an der Wendenstraße oder das gegenüberliegende Jürgenssche Grundstück u. An einem geeigneten Platze würde es also kaum fehlen, wir brauchen nur zu wollen.

Auch die Mittel lassen sich beschaffen. Es wird nicht lange mehr dauern, daß die Stadt an eine neue Anleihe denken muß, und dabei wird es nicht darauf ankommen, ob 500 000 M mehr genommen werden oder nicht. (Widerspruch.) Haben wir doch vor kurzem 1 Million Mark für Kirchenbauten hergeliehen, die wir auch zur Errichtung einer Badeanstalt hätten verwenden können.

Die Anzahl der vorhandenen Hausbäder ist hier noch so gering — vielleicht 1—2 % — daß diese gar nicht in Betracht kommen, denn nur die ganz neuen Häuser sind damit versehen. Außerdem können die Hausbäder ein Schwimmbad nicht ersetzen und schließlich haben wir auch für die große Masse der Bevölkerung zu sorgen, die Hausbäder nicht besitzt. Wenn man ferner sagt, es lasse sich durch Waschungen dasselbe erreichen, was man durch ein Schwimmbad erreichen will, so darf man auch mit demselben Rechte behaupten, daß man keine Kirchen zu bauen braucht, weil man zu Hause im stillen Kämmerlein sein Gebet ebenfalls verrichten kann. Trotzdem muß man aber sehen, daß außerordentlich prunkvolle Gebäude für kirchliche Zwecke errichtet werden.

Wer in dieser Beziehung besonders schlecht gestellt ist, das sind unsere Frauen: sie müssen sich hier mit Privatbadeanstalten begnügen, obwohl die Frauen noch mehr ein derartiges Bad nötig haben, als die Männer. Wenn die Ausführungen des Herrn Kollegen Blasius nicht helfen, dann wird schwerlich eine Hilfe möglich sein. Die Stadt hat seinerzeit für einen Zirkus 200 000 M hergeben wollen, jedoch ist aus dem Unternehmen nichts geworden; ich meine nun, daß eine Badeanstalt wie ich sie im Auge habe, tausendmal notwendiger ist, als ein Zirkus. Man hat bei der Gelegenheit auch den Fremdenverkehr wieder einmal ins Feld geschickt, aber gerade eine solche Badeanstalt ist für den Fremden von Wichtigkeit, damit er nicht andere Orte mit Badeanstalten aufsucht.

Wir sind es uns und unseren Nachkommen schuldig, daß wir eine gesunde Generation schaffen und damit komme ich zu dem zweiten Teile meines Antrages. Herr Blasius hat gemeint, was nützt es, wenn Schwimmunterricht erteilt werden soll und wir haben keine Gelegenheit, ihn erteilen zu lassen. Die Sache ist aber viel einfacher, als sich Herr Blasius das denkt. Es genügt schon ein ganz kleines

Bassin, über das drei Eisenstangen mit je 4 festen Haken gespannt werden. Die Schüler werden zunächst am Lande auf die einzelnen Schwimmbewegungen verwiesen und erst später, wenn diese Bewegungen exakt ausgeführt werden können, beginnen die Übungen im Wasser, wobei 12 Knaben gleichzeitig unterrichtet werden können. Durch die vorhergegangene Unterweisung der Schüler im Trockenen wird der eigentliche Schwimmunterricht im Wasser so abgekürzt, daß er nach 14 Tagen bis 3 Wochen beendet sein kann. Es genügt deshalb für diesen Zweck ein Platz, der zwischen der städtischen und der Freibadeanstalt geschaffen werden kann, und es wird nicht nötig sein, die Nächte zum Baden zu Hilfe zu nehmen. Während der Zeit des Schwimmunterrichtes könnte allerdings von einem Baden des Publikums auf der Freibadeanstalt nicht die Rede sein.

Die Kommission hat empfohlen, diesen Teil des Antrages anzunehmen; ich möchte indessen ersuchen, auch den ersten Teil gutzuheißen. Wenn diesem Teile aber nicht zugestimmt werden sollte, würde ich den Vermittlungsantrag stellen, den Magistrat zu beauftragen, bei derartigen Anstalten Erkundigungen über die Kosten und die Rentabilität einzuziehen. (Ruf: Liegt schon vor!) Das vorliegende Material ist nicht ziffernmäßig und reicht für den Zweck nicht aus. Es handelt sich hier also um den guten Willen, und wenn der vorliegt, werden Sie den Antrag auch annehmen.

Herr Frühling: Daß die Finanzkommission in der Finanzierung der Sache Bedenken gefunden hat, kann ich mir erklären, daß man aber auch die Bedürfnisfrage abgelehnt hat, muß mich aufs höchste wundern. Anscheinend können außer dem Referenten noch mehr Mitglieder der Kommission nicht schwimmen. Das Bedürfnis nach einem Schwimmbade kann doch unmöglich bezweifelt werden. Es hat mich gefreut, daß Herr Blasius ein kräftiges Wort für das Bedürfnis nach einem Schwimmbade gefunden hat, denn es ist doch ein beschämender Zustand, daß wir den Frauen nicht einmal eine Gelegenheit zum Baden bieten. Wenn hier geklagt wird, daß die Bäder nicht benutzt werden, so muß man berücksichtigen, daß gar keine Möglichkeit vorhanden ist, sie zu benutzen. Es ist das ein so betrüblicher Zustand, daß er unserer Stadt nicht würdig ist. Es handelt sich hier auch nicht um eine Luxusfrage, sondern es liegt ein dringendes Bedürfnis und sogar eine Verpflichtung den Bürgern gegenüber vor. Dem allgemeinen Wohlbefinden und der Gesundheit unserer Bevölkerung dient es, daß Männer und Frauen baden. Wir dürfen uns also der Notwendigkeit einer solchen Anstalt nicht verschließen. Es erscheint mir wunderbar, daß gerade die Herren, welche Braunschweig an der Spitze der Kultur und der Entwicklung marschieren sehen möchten, sich dieser Forderung verschließen. Ich muß deshalb widersprechen, daß das Bedürfnis hier soll in Zweifel gezogen werden.

Auch die Finanzierung scheint mir die Finanzkommission zu schwer beurteilt zu haben. Die Stadt muß allerdings Opfer bringen und kann nicht erst dann an die Errichtung einer solchen Anstalt denken, wenn deren Verzinsung absolut gesichert ist, sondern sie hat die Verpflichtung, auch zu den Unterhaltungskosten beizutragen. Ich möchte dringend empfehlen, den Antrag Günther anzunehmen, jedoch ohne den Zusatz, daß der Magistrat aufgefordert werden soll, der Versammlung ein Projekt vorzulegen, denn so weit scheint mir die Sache noch nicht zu sein, weil die Ansichten über die Art und Weise der Ausführung denn doch weit auseinander gehen. Wir dürfen die Anstalt nicht zu klein ausführen, sondern müssen gleich etwas ordentliches schaffen, sonst rentiert sie nicht. Vielleicht würde es sich empfehlen, eine Kommission oder Deputation zu beauftragen, Mittel und Wege zu ermitteln, die eine gute Ausführung sichern.

Herr Meyerhoff: Ich habe Gelegenheit genommen, das Karl Müller-Volksbad in München zu besichtigen und möchte darüber einige Mitteilungen machen. Ich siehe dem Antrage Günther sympathisch gegenüber, halte es aber für meine Pflicht und Schuldigkeit, Wasser in den hier verzapften Wein zu gießen. Das Karl Müller-Bad ist eine milde Stiftung und hat der Stadt keinen Pfennig gekostet; seine Herstellungskosten betrugen annähernd zwei Millionen Mark. Das Bad erfordert einen stadtseitigen Zuschuß von 32000 M jährlich, trotzdem es der Stadt doch keinen Pfennig gekostet hat. Außerdem besitzt es die frühere Hochbrunnenleitung und bezahlt für das Wasser nichts, da dieses natürlichen Druck bis oben besitzt. Die Anstalt hat an die Stadt jährlich 2000 M dafür zu bezahlen, daß sie aus der städtischen Leitung Wasser entnehmen darf, sobald ihre eigene Leitung einmal verstopft oder schadhaft sein sollte. Wenn das Bad auch den Namen „Volksbad“ führt, so kostet jedes Bad doch 35 S und zwar wird niemand in das Schwimmbassin hineingelassen, wenn er sich nicht vorher gründlich gereinigt hat. Wie hiermit der Begriff „Volksbad“ verquidt werden konnte, war mir schleierhaft. Herr Blasius stellt sich den Betrieb eines solchen Bades zu leicht vor. Wenn das Karl Müller-Bad nicht die Einrichtung von medizinischen und sonstigen teuren Bädern hätte, würde das Defizit jährlich etwa 60000 M betragen, denn an den gewöhnlichen Schwimmbädern ist nichts zu verdienen. Mir wurde gesagt, zu einem einzigen Bade würden allein 600 l Wasser gebraucht, einschließlich der Reinigung der Badewäsche. Bei 130000 Einwohnern beträgt die geringste Bausumme für ein solches Schwimmbad 750000 M. Was die Frequenz des Bades anlangt, so werden z. B. im Karl Müller-Bade jährlich rund 400000 Bäder abgegeben. Die Kundschaft desselben rekrutiert sich nur aus dessen näherer Umgebung, wie mir der Verwalter mitteilte, da München noch andere Bäder besitzt. Wenn wir unter denselben Umständen ein Bad errichten wollen, so brauchen wir dazu 75000 bis 100000 cbm Wasser. Wenn wir nun annehmen, daß 1 cbm städtisches Leitungswasser 12¹/₂ S

kostet, so betragen die Kosten des ungewärmten Wassers zu einem Bade schon 7,5 S. Okerwasser soll ja zu Bädern nicht genommen werden wegen der Bazillengefahr. Es müßte auch die Frage vorher gelöst werden, ob nicht ein besonderer Tiefbrunnen angelegt werden soll, der den Wasserbedarf des Bades deckt, wenn ich auch bezweifeln muß, daß ein Tiefbrunnen imstande sein soll, ein solches Wasserquantum zu beschaffen. Wie soll es unter solchen Umständen möglich sein, die Anstalt zu einem Volksbade zu machen? Herr Günther jagte vorhin, das Baden in der Oker gleiche am Sonnabendabend während des Sommers einer Maikäferschachtel; das mag wohl sein; wenn die Leute aber das Baden bezahlen müßten, so würden sie wohl nicht so viel davon Gebrauch machen. Ich stehe dem Antrage an sich sympathisch gegenüber, und ich würde mich freuen, wenn sich einige reiche Leute fänden und uns ein Schwimmbad verehrten. Sollte das aber geschehen, so müssen wir auch wissen, woher wir das Wasser nehmen können.

Herr Nolte: Ich würde nicht für den Antrag Günther in vollem Umfange stimmen können, andererseits aber auch nicht für den Antrag der Kommission. Daß ein Bedürfnis vorliegt, eine Badegelegenheit zu schaffen, darüber braucht man wohl nicht mehr zu sprechen. Deshalb haben die städtischen Behörden auch die Verpflichtung, für eine Vermehrung der Badegelegenheit zu sorgen. Man braucht im Sommer nur die Frequenz der Badeanstalten vor dem Augusttore zu sehen, um sofort zu erkennen, daß unsere Badegelegenheit ungenügend ist. Wenn diese Badeanstalten eine günstigere Lage zur Stadt hätten, so würden sie noch mehr überlaufen sein. Vor allen Dingen ist aber für unser weibliches Geschlecht nicht gesorgt, weshalb ich den Antrag des Herrn Frühling mit Freuden begrüßt habe. Ich möchte Sie dringend bitten, zum Ausdruck zu bringen, daß die Versammlung wünscht, die für die Volksgesundheit so außerordentlich wichtige Frage in dem Sinne zu lösen, daß wir dazu beitragen wollen, die hiesige Badegelegenheit zu vermehren. Die Prüfung der Wasserfrage und der finanziellen Frage würde dann Sache der einzusetzenden Deputation sein. Wenn wir uns über die finanzielle Wirkung eines solchen Bades informieren wollen, so brauchen wir uns nur in Hannover zu erkundigen, wo meines Wissens eine Anstalt für etwa 700 000 M. erbaut worden ist. Die städtischen Behörden sind dort nur mit schwerem Bedenken an die Errichtung des Bades gegangen, und es würde uns leicht sein, aus den dort gesammelten Erfahrungen die Schlüsse für eine hier zu errichtende Anstalt zu ziehen und daraus zu lernen. In bezug auf das Wasser ist Hannover auch nicht günstiger daran als wir: man nimmt dort das Wasser aus der Leine, während wir es aus der Oker nehmen können.

Herr Oberbürgermeister Ketemeyer: Herr Günther irrt sich, wenn er meint, daß der Magistrat, weil er einem früheren Antrage nicht Folge gegeben habe, wasserscheu sei. Eine gewisse Scheu besitzen wir allerdings, nämlich die, die Stadt

in unübersehbare Schulden zu stürzen. Herr Günther kennt wohl seinen Etat aber er weiß doch nicht so genau Bescheid mit unseren Vermögensverhältnissen, auch geht aus dem Etat nicht hervor, wie sich die Sache entwickelt hat. Wir haben jetzt 26 Millionen Mark Schulden, wozu noch die fliegenden Schulden von annähernd einer Million kommen. Berücksichtigt man auch noch das vorliegende Projekt für die städtische Realschule mit 353 000 M, so kann man sich einen Begriff machen von der augenblicklichen Schuldenlast der Stadt. Wenn aber die Schulden so wachsen und wenn andererseits die Steuern wie im Vorjahre wesentlich hinter der Ausschreibung zurückbleiben werden, so hat man allen Grund, in der Bewilligung von Ausgaben vorsichtig zu sein. Sollte indessen die Errichtung eines Schwimmbades als durchaus notwendig anerkannt werden, so können wir uns natürlich nicht ablehnend verhalten, nur weil wir unsere Schulden nicht vermehren wollten, sondern wir müssen der Errichtung wohl oder übel nähertreten und wenn wir noch eine besondere Anleihe aufnehmen müßten. Der Magistrat hat aber diesen Standpunkt bisher nicht eingenommen, sondern er meint, es müsse der Einwohnerschaft Gelegenheit gegeben werden, für die Reinlichkeit des Körpers zu sorgen, weshalb er auch die Summen für die Volksbrausebäder gern aufgewendet hat. Dagegen halten wir es trotz der trefflichen Ausführungen des Herrn Blasius nicht für dringend erforderlich, ein Schwimmbad in dem erörterten Sinne zu bauen, nämlich eine nett eingerichtete große Anstalt, in der auch während des Winters geschwommen werden kann. Es gibt eine ganze Menge Menschen, die auf dem Standpunkte stehen, daß eine derartige Einrichtung als ein dringendes, absolutes Erfordernis im Interesse der Gesundheit nicht angesehen werden kann, wenigstens läßt sich nach deren Ansicht darüber streiten.

Ich erkenne an, daß es traurig ist, daß wir bislang noch nicht in der Lage waren, für das weibliche Geschlecht eine Badegelegenheit wenigstens für den Sommer zu schaffen, jedoch hat sich der Magistrat bereits mit dieser Angelegenheit beschäftigt. Die größte Schwierigkeit bereitet uns hierbei die Platzfrage, wir hoffen indessen, auch diese noch lösen zu können, wenn nicht inzwischen durch milde Stiftungen ein elegantes Schwimmbad sollte zustande kommen.

Jedenfalls begrüßen wir es mit Freude, wenn die Herren es für nötig erachten sollten, die vorliegende Frage im Schoße einer Deputation weiter zu erörtern, und wir würden zu der Deputation gern ein oder mehrere Mitglieder abordnen. Besonders möchte ich noch empfehlen, die Deputation nicht zu klein zu nehmen, da Hygieniker und Finanzleute darin sitzen müssen, denn die Finanzfrage ist hier von unzer trennbar. Wir sind also mit dem Antrage Frühling vollständig einverstanden.

Herr Schöttler: Durch die Rede des Herrn Oberbürgermeisters ist die ganze Sache erst auf das richtige Gleis gekommen. Ich beabsichtigte, mich in

ähnlichem Sinne auszusprechen und freue mich, daß das überflüssig geworden ist. Auf eins möchte ich aber noch hinweisen. Es liegt auf der Hand, daß wir mit solchen Bewilligungen von Millionen recht sparsam sein müssen, und ich würde mich dazu auch nicht eher entschließen können, bis die Bahnhofsfraße gelöst sein wird. Diese Frage stellt sich mir bei der Beurteilung aller städtischen Finanzfragen als graues Gespenst entgegen. Man kann in der Sache vielleicht auch noch auf anderem Wege weiterkommen. Der Herr Oberbürgermeister hat mit Recht angeführt, daß die Möglichkeit des Schwimmens im Winter am Ende nicht gerade unumgänglich nötig sei und man auch auskommen könne, wenn sich eine ausreichende Schwimmgelegenheit im Sommer biete. Unsere Schwimmrichtungen sind aber auch für den Sommer nicht genügend, und zwar nicht nur für das weibliche Geschlecht, sondern im allgemeinen. Ich möchte deshalb für eine Dezentralisation unseres Badewesens eintreten. Eine große Anzahl Einwohner ist durch die Entfernung nach den Schwimmanstalten vom Baden vollständig ausgeschlossen, denn wer kann zwei bis drei Stunden täglich aufwenden, um ein Bad zu nehmen? Diese Zeitdauer kommt aber heraus, wenn man vom Bürgerparke sehr entfernt wohnt und nicht noch das Fahrgehalt für die Straßenbahn aufwenden kann oder will. In diesem Sinne könnten wir wohl einen Fortschritt erreichen, ohne gleich in die Millionen zu gehen, wenigstens wäre der Gedanke zu erwägen. Im übrigen habe auch ich den Antrag Frühling mit Freuden begrüßt.

Herr Kalms: Ich habe mich gefreut, daß der Antrag Günther gekommen ist; er würde sonst von hiesigen Korporationen eingereicht worden sein. Die Errichtung eines derartigen Bades trägt auch mit dazu bei, Fremde zu dauerndem Aufenthalte hierher zu ziehen. (Heiterkeit.) Ich habe Gelegenheit gehabt, die Korrespondenz mit solchen Fremden zu erlebigen und ich kann mitteilen, daß bei sieben Achtern derartiger Anfragen von Fremden auch Erkundigungen darüber eingezogen wurden, ob in Braunschweig ein Schwimmbad existiere.

Herr Fudel: Von Herrn Frühling ist gesagt worden, daß wir vom finanziellen Standpunkte aus den ersten Teil des Antrages abgelehnt hätten; wir haben indessen die Bedürfnisfrage auch eingehend besprochen. Dabei haben wir vollständig auf dem Standpunkte des Herrn Oberbürgermeisters gestanden und haben ausdrücklich hervorgehoben, wenn die Errichtung einer Zentralbadeanstalt als dringendes Bedürfnis anerkannt würde, dann müßte sie geschaffen werden unbekümmert um die entstehenden Kosten und zwar mit demselben Rechte wie die Kanalisation, die Trinkwasserleitung etc. In der Kommission wurde solche Anstalt aber als ein gewisser Luxus angesehen. Wie sich die Sache indessen heute entwickelt hat, glaube ich im Namen der Finanzkommission auszusprechen zu können, daß sie sich dem Antrage Frühling anschließt und ersucht, diesem zuzustimmen.

Herr Günther: Ich bin im Zweifel darüber, ob der Magistrat bei der etwaigen Annahme meines Antrages ihn nicht wieder ablehnen und sagen wird, die Mittel seien dazu nicht vorhanden. Aus diesem Grunde würde ich auch dem Antrage Frühling zustimmen. Ich glaube, Herr Meyerhoff hat bedeutend übertrieben bezüglich der hohen Wasserkosten. Wenn in Hannover die beiden Posten für Wasser und Kohlen in einem Jahre 8600 M betragen haben, in Bremen aber 11000 M, so kann die Ausgabe für das Wasser allein nicht so hoch sein. Ein Bedürfnis für ein Schwimmbad ist allerdings nur bei demjenigen vorhanden, der gern schwimmt, und deshalb gehen die Ansichten hierüber auseinander. Jedenfalls würde die Frequenz außerordentlich zunehmen, wenn die Gelegenheit zum Schwimmen geboten würde. In Barmen baut man jetzt schon ein zweites Schwimmbad, weil das erste nicht mehr ausreicht.

Herr Blasius: Der Antrag Frühling ist mir selbstverständlich sehr sympathisch, aber lieber wäre es mir, wenn wir den Antrag Günther annehmen würden. Der Antrag Frühling würde die Folge haben, daß der Magistrat Gelegenheit erhielte, zu beweisen, daß er nicht wasserscheu sei, was ich allerdings auch so schon annehme, namentlich nachdem er ein für das Baden sehr eingenommenes Mitglied erhalten hat, und daß er der Sache vielleicht sympathischer gegenübersteht, als er sich geäußert hat. Durch die Annahme des Antrages Günther würden wir zum Ausdruck bringen, daß die Versammlung ein absolutes Bedürfnis nach einem Schwimmbade anerkennt. Der eine hält ein solches Bad für kein Bedürfnis, der andere aber für ein unbedingtes Bedürfnis. Bei Anfragen von außerhalb habe ich auch regelmäßig die Frage vorgelegt bekommen, ob hier eine Zentralbadeanstalt vorhanden sei. Wenn Herr Schöttler meint, es reiche aus, im Sommer zu schwimmen, so muß ich dazu bemerken, daß es verschiedene Sommer gibt. In diesem Sommer konnten wir z. B. nur drei Monate draußen baden. Was will das sagen bei einer gymnastischen Uebung, wie sie das Schwimmen ist. Jeder gesunde Mensch wird gern spazieren gehen; wenn nun jetzt jemand sagte, es reichte aus, nur drei Monate im Jahre spazieren zu gehen, so würden wir das doch sicher nicht für richtig halten. Ich möchte also bitten, in erster Linie den Antrag Günther, und erst in zweiter Linie den Antrag Frühling anzunehmen.

Herr Lübke: Ueber die Bedürfnisfrage brauche ich mich wohl nicht mehr auszulassen. Man hat mit Recht angenommen, das Baden sei ein Gradmesser für den Kulturzustand der betreffenden Zeit, und tatsächlich haben gerade die Zeiten hoher Kultur für Waschungen und Bäder reichlich gesorgt, während in ärmlichen Zeiten das Gegenteil der Fall war. Ich halte die Errichtung einer großen Schwimmbadeanstalt für ebenso notwendig, wie die Errichtung von Volksschulen. Es ist geradezu erstaunlich, daß man sich in Braunschweig, das sich auf allen Gebieten des Sports auszeichnet, mit so dürftigen Badeanstalten begnügt. Es ist

hier bezug genommen auf die Bäder in Stuttgart, München etc., aber dort sind Badepaläste gebaut, wie man sie in der römischen Cäsarenzeit hatte, und das ist hier nicht nötig. In Berlin, Gelsenkirchen und anderen Städten hat man die Bäder auf Hintergrundstücken errichtet und dadurch an Grunderwerbskosten so bedeutend gespart, daß man eine große Anstalt für 600 000 bis 700 000 M. bekommen konnte. Unter solchen Verhältnissen fallen eine ganze Masse Bedenken bei denjenigen Herren weg, die allzu hohe Anlagekosten scheuen. Ich möchte auch bitten, die Deputation schon heute zu wählen.

Herr Meyerhoff: Ich möchte Herrn Günther gegenüber nur bemerken, daß ich nicht zu schwarz gemalt, sondern nur die Zahlen angegeben habe, die mir von offizieller Seite übermittelt worden sind.

Herr Schmidt: Nach den Äußerungen des Herrn Blasius könnte es den Anschein gewinnen, als ob ich aus dem Berichte des Vereins für öffentliche Gesundheitspflege etwas unterschlagen hätte; ich will deshalb den betr. Passus wörtlich vorlesen. (Geschieht.) Ich habe also richtig zitiert, aber der Verein hätte in seinen Beschlüssen vielleicht vorsichtiger sein sollen. Sodann möchte ich noch Herrn Günther gegenüber treten wegen seiner Äußerungen über die Kirchen und ihn bitten, diese Sache uns zu überlassen. Wenn wir für die geistlichen Fortschritte unserer Gemeinde sorgen, so haben wir daselbe Recht, wie diejenigen, welche für das leibliche und körperliche Wohl derselben sorgen wollen.

Bei der nun folgenden Abstimmung wird der Antrag Frühling in folgender Fassung einstimmig angenommen:

„Der Magistrat wird ersucht, wegen der Errichtung einer Zentralsbadeanstalt mit Brause- und Wannenbädern sowie einem Schwimmbassin sich mit der Einsetzung einer gemischten Deputation von sieben Mitgliedern, bestehend aus zwei Magistratsmitgliedern und fünf Stadtverordneten, mit dem Rechte der Zuwahl anderer Sachverständiger, einverstanden zu erklären.“

Außerdem wird der zweite Teil des Antrages Günther angenommen.

III. Einrichtungen für das Grundwasserwerk.

Die Direktion der städtischen Licht- und Wasserwerke gibt anheim, auf dem Grundwasserwerke folgende Einrichtungen zu veranlassen: Herrichtung eines 7 m langen und 5 m breiten Fachwerkshuppens zur Unterbringung von Geräten zu 1000 M., Herrichtung eines überdeckten Eisenschlamm-Lagerplatzes neben dem Schlammwasserbehälter zu 700 M. und Behängung der Westseite sowie eines kleinen Teiles der Süd- und Nordseite des Wohnhauses auf dem Wasserwerke mit schmiedeeisernen verzinkten Schuppenblechen zu 600 M. In Uebereinstimmung mit der Deputation für die Verwaltung der Licht- und Wasserwerke ersucht der Magistrat,

die Einrichtungen zu genehmigen und dafür die anschlagsmäßigen Kosten von 2300 M zu bewilligen,

was auf Empfehlung der Baukommission, für die Herr Rathe berichtet, geschieht.

IV. Prüfung der städt. Haushaltsrechnungen für das Jahr 1902/03.

Herr Esdorn: Ich habe die Rechnungen insoweit durchgeprüft, als ich verschiedene Stichproben gemacht habe, die zu Anständen keine Veranlassung gegeben haben; ich möchte deshalb namens der Finanzkommission anheimgeben, die Rechnungen als richtig anzuerkennen,

was seitens der Versammlung geschieht.

V. Statut, betreffend den Verkehr mit Milch.

In den mit Herzogl. Polizeidirektion gepflogenen Verhandlungen über den Entwurf des Statuts, „betreffend den Verkehr mit Milch und verschiedenen Milchprodukten in der Stadt Braunschweig“ hat sich der Magistrat mit folgenden von der genannten Behörde gewünschten Aenderungen gegenüber der von den städtischen Behörden beschlossenen Fassung einverstanden erklärt:

- 1) Im § 4 h sind hinter „Kindermilch“ die Worte: „die von auswärts bezogen wird“ zu streichen, da nicht einzusehen ist, warum an hiesige Milch nicht die gleichen Anforderungen gestellt werden sollen, wie an von auswärts bezogene.
- 2) Im § 6 soll der erste Absatz folgenden Zusatz erhalten: „dieselbe darf nicht mehr als 10 % zugesetztes Wasser enthalten.“
- 3) Der Schlußabsatz des § 7 soll lauten: „Als Eismilch (gefrorene Milch) darf nur solche Milch vertrieben werden, deren Gewinnung, Behandlung und Abgabeart an den Käufer vorher von Herzoglicher Polizeidirektion gebilligt worden ist.“
- 4) Im § 8 ist hinter „Verkaufsgefäßen“ einzufügen „oder deren Originalverpackung.“
- 5) Im § 9 f sind die Worte „Milchreis, das“ zu ersetzen durch „Eismilch (vgl. § 7 Abs. 3), die“.
- 6) Zu § 16, Abs. 2 wird empfohlen, hinter dem Worte „Schmutz“ das Wort „Stallgeruch“ einzufügen.
- 7) Dem § 21 ist zweckmäßig folgende Fassung zu geben: „Die durch die Vorschrift im letzten Satz des § 18 Abs. 2, 2 bedingten Aenderungen des Anstrichs der im Gebrauch befindlichen Milchwagen sind bis zum 31. Dezember 1906 auszuführen; im übrigen tritt dieses Statut drei Monate nach seiner Verkündung in Kraft.“

Außer diesen Aenderungen bringt der Magistrat noch folgende weitere Aenderungen in Vorschlag, denen die Herzogl. Polizeidirektion bereits zugestimmt hat:

- 1) Zu § 4, Absatz 2: Es empfiehlt sich, dem ersten Satze des Absatzes 2 folgenden Wortlaut zu geben: „Als Magermilch gilt jede Kuhmilch, welche von Natur oder durch Entfettung einen geringeren Fettgehalt als 2,7 % hat.“
- 2) Für den vorletzten Satz des § 16 wird folgende Fassung vorgeschlagen: „Kindermilch ist in Flaschen, welche luftdicht oder anderweit fest verschlossen sind, an die Konsumenten abzugeben; nicht luftdichte Verschlüsse sind obenein zu plombieren oder mit Papierstreifen zu verkleben.“

Die Versammlung wird ersucht, sich mit diesen Aenderungen einverstanden zu erklären.

Namens der Statutenkommission berichtet über die Vorlage Herr Blasius: Die Kommission empfiehlt Ihnen, sämtliche Anträge auf Aenderung des Statutentwurfes anzunehmen.

Bei der Beratung des § 1 des Entwurfs ist in der betr. Sitzung zur Sprache gekommen, daß die Proben nur von Sachverständigen entnommen werden möchten. Der Magistrat hat diesen Punkt in der Weise erledigt, daß er in dem Schreiben an die Herzogl. Polizeidirektion den Wunsch geäußert hat, die betr. Probenehmer möchten vor ihrer Verwendung einer sachverständigen Unterweisung theilhaftig werden, ohne aber eine entsprechende Bestimmung in das Statut aufzunehmen.

Den § 14, Abs. 5 beantragt die Statutenkommission folgendermaßen zu fassen:

„Die dem vorstehenden widersprechenden, jetzt benützten Gefäße dürfen bis zum Ablauf des sechsten Monats nach der Verkündigung dieses Statuts noch gebraucht werden.“

Da wir den Zeitpunkt der Veröffentlichung des Statuts noch nicht kennen, den Händlern aber gern einen größeren Zwischenraum bis zur Durchführung der Aenderung gewähren möchten, so empfehlen wir, keinen bestimmten Zeitpunkt, wie der Entwurf ihn vorsieht, in das Statut aufzunehmen.

Die sämtlichen Vorschläge zu Aenderungen werden darauf von der Versammlung gutgeheißen.

VI. Aenderung der Marktordnung.

Von verschiedenen Seiten ist darüber Klage geführt worden, daß bei dem Verkauf von Fleisch und Fleischwaren auf den offenen Wochenmärkten außerhalb der Markthalle die gesundheitlichen Interessen häufig nicht ausreichend berücksichtigt würden, weil durch die Witterungseinflüsse, durch Staub und andere schädliche Einwirkungen die Beschaffenheit des Fleisches beeinträchtigt und die Genußtauglichkeit gemindert werde. Es kommt hinzu, daß trotz sorgsamster behörd-

licher Ueberwachung die Möglichkeit nicht ausgeschlossen ist, in den Fleischverkaufsständen heimlich auch nicht untersuchtes, nachträglich den Beständen hinzugefügtes Fleisch mit zum Verkauf zu bringen.

Was die Gefährdung der Beschaffenheit des Fleisches durch Verunreinigungen und Witterungseinflüsse betrifft, so treffen die von dem Magistrate gemachten Beobachtungen auch auf den Handel mit Butter und Käse zu.

Mit Rücksicht hierauf hat der Gesundheitsausschuß sich dahin ausgesprochen, daß die Beseitigung der erwähnten Uebelstände wünschenswert sei und am wirksamsten durch die Verweisung des Marktverkehrs mit Fleisch, Fleischwaren, Butter und Käse von den offenen Wochenmärkten in die Markthalle erreicht werden könne. Auch die Schlachthausdeputation hat sich in demselben Sinne geäußert; der bei der Beratung gegenwärtige Stadtphysikus Sanitätärat Dr. Roth hat darauf hingewiesen, daß schon die Gefahr der leicht auszuführenden nachträglichen Einschmuggelung nicht untersuchten Fleisches in die Verkaufsstände genüge, um die zum Schutze der Einwohnerschaft gegen schwere Gesundheitschädigungen nötige Maßregel zu rechtfertigen. Der mit Wahrnehmung der Marktmeistergeschäfte betraute Markthallenverwalter Seelemeyer und sein Stellvertreter heben diesen Umstand ebenfalls hervor, machen aber daneben eine Reihe von tatsächlichen Mitteilungen über ihre eigenen Wahrnehmungen, aus denen sich ergibt, daß bei dem gegenwärtigen Zustande die betreffenden Waren häufig in gesundheitschädlicher und auch ekelerregender Weise verunreinigt werden. Aus demselben Grunde spricht sich der gutachtlich gehörte Vorstand der hiesigen Fleischerinnung für das Verbot des Feilhaltens von Fleisch und Fleischwaren auf den offenen Wochenmärkten außerhalb der Markthalle aus und glaubt nicht, daß lediglich durch eine Erhöhung der Gebühren auf den genannten Plätzen ausreichend Abhilfe erzielt werden könne, weil die auf den offenen Wochenmärkten ausstehenden Fleischer es der größeren Freiheit halber gleichwohl vorziehen würden, ihre Waren an der bisherigen Stelle abzusetzen.

Nach § 69 der Reichsgewerbeordnung kann die Ortspolizeibehörde im Einverständnis mit der Gemeindebehörde die Marktordnung nach dem örtlichen Bedürfnis festsetzen, namentlich auch für das Feilbieten von gleichartigen Gegenständen den Platz bestimmen.

Bevor sich der Magistrat an Herzogliche Polizeidirektion mit einem entsprechenden Antrage wendet, richtet er an die Versammlung, auf deren gutachtliche Äußerung bei der Bedeutung der Sache er erheblichen Wert legt, das Ersuchen,

„sich damit einverstanden zu erklären, daß der Verkauf von Fleisch, Fleischwaren, Butter und Käse vom 1. Januar 1906 ab von den hiesigen Wochenmärkten in die städtische Markthalle verwiesen wird.“

Herr Blasius (als Berichterstatter der Statutenkommission): Nach längerer Besprechung hat sich die Statutenkommission dem Magistratsantrage in der Weise angeschlossen, daß beantragt wird, zu sagen,

„sich damit einverstanden zu erklären, daß der Verkauf von Fleisch und Fleischwaren mit Ausnahme von Geflügel und unzerlegtem Wild vom 1. April 1907 ab von den hiesigen offenen Wochenmärkten in die städtische Markthalle verwiesen wird.“

Butter und Käse sollen hiernach also auch in Zukunft auf den offenen Wochenmärkten feilgehalten werden dürfen. Es steht über allem Zweifel, daß es hygienisch nicht zulässig ist, rohes, zerlegtes Fleisch allen Witterungsverhältnissen, wie Sonne, Kälte, Staub zc. auszusetzen, und daß sich solches zerlegtes Fleisch appetitlich nur dann hält, wenn es in einer geschützten Lage aufbewahrt wird. Ferner steht es fest, daß sich auf den offenen Märkten die allergrößten Unzuträglichkeiten gezeigt haben, soweit es sich um zerlegtes Fleisch handelt. Ich darf in dieser Beziehung nur andeuten, daß nach den angestellten Beobachtungen durch Hunde und andere Besucher des Marktes die größten Unappetitlichkeiten verursacht wurden. Ferner ist es von der Statutenkommission als besonders wichtig bezeichnet worden, daß bei der jetzigen Lage der Fleischbeschau die allerjährlteste Kontrolle über das von außen eingeführte Fleisch ausgeübt werde. Wir haben einstimmig anerkannt, daß eine Kontrolle, wie sie in gesundheitlicher Beziehung notwendig sei, nur in der Markthalle stattfinden könne, nicht aber auch auf offenen Märkten. Diese Gründe haben die Statutenkommission bewogen, die Vorlage des Magistrates mit den angedeuteten Einschränkungen zur Annahme zu empfehlen. Wir haben in der Vorlage alles gestrichen, was einigermaßen zulässig war, also Käse, Butter, frisches Geflügel und unzerlegtes Wild, deren Verkauf auch in Zukunft auf den offenen Märkten soll stattfinden dürfen. Eine Aenderung würde also nur insofern eintreten, als 8 oder 9 hiesige und auswärtige Schlächter in die Markthalle gehen müßten.

Unter solchen Verhältnissen sehe ich nicht ein, weshalb eine derartige Agitation gegen die Magistratsvorlage stattfinden konnte. Ich gebe zu, daß der Westen der Stadt durch die Markthalle am Hagenmarke benachteiligt ist, aber ich kann es nicht für eine weitere Benachteiligung von Bedeutung ansehen, wenn die paar Schlächter in die Markthalle gehen müssen. Man ist bislang bei der einen Markthalle stehen geblieben, und wir wissen nicht, wann eine zweite Halle errichtet werden wird, deshalb müssen wir bis dahin alle Mittel ergreifen, die vom sanitären Standpunkte aus geboten erscheinen, um gesunde und appetitliche Waren auf unseren Märkten zu erhalten. Ich kann also die in Versammlungen und Zeitungen geäußerten schweren Bedenken gegen die Magistratsvorlage nicht anerkennen. Wir müssen der hiesigen Bevölkerung eins der wichtigsten Nahrungsmittel in möglichst

gutem Zustande zukommen lassen, weshalb auch die dazu nötigen Mittel nicht gescheut werden dürfen. Nun ist gegen die Markthalle vorgebracht worden, es solle dort sehr staubig sein, aber staubig ist es überall, auch in diesem Saale. So schlimm, wie es gemacht wird, ist die Sache aber nicht; ich passiere die Markthalle sehr oft und habe einen derartigen Uebelstand nie gefunden. Was die dort herrschenden Gerüche betrifft, so ist es richtig: wenn ich in die Nähe der Käsestände komme, so riecht es, aber sonst ist eine ganz ausgezeichnete Luft in der Halle. Deshalb kann ich Ihnen namens der Statutenkommission nur empfehlen, die Magistratsvorlage in der abgeänderten Form anzunehmen.

Vorsitzender: Ich habe Ihnen den Inhalt zweier Eingaben zu diesem Gegenstande mitzuteilen:

1. Elf Fleischer aus der Umgegend von Braunschweig ersuchen die Versammlung um Ablehnung der Magistratsvorlage. Aus der Begründung des Gesuches möge folgendes hervorgehoben werden: Das frische Fleisch hält sich in frischer Luft viel besser, als in der von allerlei Gerüchen durchsetzten Luft der Markthalle. Auch in der Markthalle fehlt es nicht an Staub, ja bei dem Einführen von Erdfrüchten wird dort fortgesetzt neuer Staub entwickelt. Die Möglichkeit, in den Fleischverkaufsständen heimlich auch nicht untersuchtes Fleisch mit zum Verkauf zu bringen, ist in der Markthalle ebenfalls vorhanden, namentlich aber in den einzelnen Läden der Stadt. Auf dem Markte sind stets Aufsichtsbeamte zur Stelle, außerdem wacht jeder einzelne Verkäufer schon aus Gründen der Konkurrenz ängstlich über seinen Nachbar. Da jedes einzelne Fleischstück gestempelt sein muß, können auch die Kunden Kontrolle üben, was in den Fleischerläden nicht möglich ist. Eine Verunreinigung des Fleisches in ekelerregender Weise ist gerade auf dem offenen Wochenmarkte ausgeschlossen. Die Stände sind so hoch angebracht, daß sie vor Tieren und Kindern vollständig gesichert sind, was in der Markthalle und in den Verkaufsläden nicht immer zutrifft.

Der Vorstand der Fleischerinnung zu Braunschweig kann nicht als unparteiischer Sachverständiger anerkannt werden, denn die hiesigen Fleischer würden durch die Aufhebung des offenen Marktes eine unbequeme Konkurrenz los. Eine ganze Anzahl Mitglieder der hiesigen Fleischerinnung, unter ihnen der Obermeister selber, machen häufig an der Martinikirche Einkäufe, um die betreffenden Waren dann in ihren Läden weiter zu verkaufen. Einer Verweisung in die Markthalle würden wir nicht Folge leisten können, müßten vielmehr, falls uns der Markt an der Martinikirche verschlossen würde, unser Ausstehen in Braunschweig aufgeben, weil dann eine größere Anzahl Kunden ausbleiben und auch die Standplatzgebühr zu hoch sein würde; außerdem dürfte die Markthalle an den besten Markttagen nicht genügend Platz bieten. Die Folge dieses Fernbleibens würde eine weitere erhebliche Steigerung der Fleischpreise in der Stadt Braunschweig sein.

2. Der Vorstand des Hohe- und Wilhelmitor-Bezirksvereins schreibt: Die heute von Männern aller Bevölkerungsschichten der Altstadt wie der westlichen Außenstadt überaus zahlreich besuchte öffentliche Versammlung ersucht die Herren Stadtverordneten dringend, die Verweisung des offenen Marktes im Westen der Stadt oder eines Theiles desselben in die Markthalle am Hagenmarkte abzulehnen mit Rücksicht auf die ungemeine Schädigung, welche diesem Stadttheile hierdurch zugefügt würde. Die Bürgerschaft der Altstadt wie des Westens überhaupt erwartet, falls gegen die Feilhaltung der Waren im Freien neuerdings schwerwiegende Gründe aufgetreten sind, daß die städtischen Behörden die offenen Markstände an der Martinikirche oder auf dem Altstadtmarke nicht eher aufheben, bis für eine anderweite Unterbringung derselben im Westen der Stadt gesorgt ist. Sie beruft sich hierbei auf die seinerzeit vor der Erbauung der jetzigen Markthalle von Magistrat und Stadtverordneten abgegebene Erklärung, daß, falls die Aufhebung des offenen Marktes im Westen der Stadt nötig werde, eine Markthalle dabelbst zu errichten sei. Das Prinzip der Centralisation des Marktwesens ist damals und später von den städtischen Behörden ausdrücklich abgelehnt worden.

Herr Rieke: Als ich die Vorlage las, war ich zuerst geneigt, noch weiter zu gehen als der Magistrat. Dann aber sagte ich mir, das ist der Anfang, dem Hunde den Schwanz abzuhacken. Die in der Magistratsvorlage angeführten Gründe sind für mich nicht durchschlagend und stichhaltig, so lange die städtischen Behörden nicht ihrer Verpflichtung nachkommen und im Westen der Stadt ebenfalls eine Markthalle errichten. Jetzt aber die Schlächter auf Kosten des kaufenden Publikums in unsere unvorteilhafte Markthalle am Hagenmarkt zu zwingen, halte ich schon deshalb nicht für richtig, weil seinerzeit das Prinzip der Dezentralisation im Marktwesen angenommen und gesagt worden ist, wenn die Halle am Hagenmarke fertig sei, solle in jenem Theile der Stadt, etwa im Gewandhause, eine zweite Halle errichtet werden. So lange das nicht geschieht, bleibt auch die Markthalle am Hagenmarke eine verfehlte Spekulation. Die Fleischerstände in dieser Halle sind auch zu eng und müssen erweitert werden, denn wenn in den Gängen zwei Frauen mit Kiepen stehen, kann niemand mehr durchkommen. So traurige Verhältnisse habe ich noch in keiner fremden Markthalle getroffen und das muß mich umso mehr Wunder nehmen, als doch eine Anzahl fremder Hallen vor dem Bau unserer Halle besichtigt worden ist. Das hier zur Erhebung gelangende Standgeld ist auch zu hoch. Die Fleischer scheuen sich außerdem schon deshalb vor der Markthalle, weil ihnen der Keller zur Unterbringung des Fleisches wegen des dort herrschenden Käsegeruches, der sich leicht auf das Fleisch überträgt, nicht paßt und weil es an Räumen zur Unterbringung ihrer Kisten zc. fehlt. Die Einfuhr in die Halle ist auch so umständlich, daß darüber lebhaft geklagt wird. Wenn alle Wagen warten müssen, bis die ersten Wagen entladen sind, so ist das

nicht recht. Ich muß mich nur wundern, daß die Deputation in dieser Beziehung noch keine Abhilfe getroffen hat. Entweder müssen wir die Markthalle ordentlich einrichten, oder wir müssen sie anderweit, vielleicht zu einem Schwimmbade, verwenden und eine Zentralmarkthalle inmitten der Stadt errichten. Das Herzogliche Staatsministerium will ja kein Ministerialgebäude bauen, wir können daher vielleicht den Bauplatz am Ruhfäutchenplatze bekommen, oder wir nehmen den Backhof, der an seiner jetzigen Stelle gar nicht günstig liegt. Die hier angeführten Gründe, es sei nicht gut für das Fleisch, der Sonne und dem Staube ausgesetzt zu sein, lassen mich kalt. Das Fleisch an der Martinikirche sieht mindestens ebenso appetitlich aus, wie das in der Markthalle feilgebotene Fleisch. Ehe man zu solchem einschneidenden Schritte übergeht, soll man ihn reiflich überlegen, damit man ihn nicht zurückzumachen braucht. — Ich möchte also dringend ersuchen, die Magistratsvorlage abzulehnen und von dem Magistrate eine Vorlage zu erbitten, die dem Marktbefürfnisse mehr Rechnung trägt.

Herr Kalmß: Als ich diesen Punkt auf der Tagesordnung fand, war ich überrascht, weil ich mir sagte, daß ich als Mitglied der Markthallendeputation zu der Vorberatung der Sache auch hätte zugezogen werden müssen. Die beiden Sachen — Wochenmarkt und Markthalle — sind doch wohl so eng mit einander verbunden, daß man die Deputation unbedingt hätte zuziehen müssen. Diesen Vorwurf kann ich dem Magistrate nicht ersparen.

Der Antrag des Magistrates hat viel für sich und viel gegen sich. Der Gesundheitsausschuß verwirft die Feilhaltung von frischem Fleische auf offenem Markte vom gesundheitlichen Standpunkte aus, während andererseits sich die Leute im Westen der Stadt dagegen sträuben, ihren offenen Markt zu verlieren. Die Entscheidung hierüber wird ebenso schwer sein wie hinsichtlich der Errichtung eines Schwimmbades. Ich halte die heutige Vorlage überhaupt noch nicht für genügend vorbereitet, weil auch eine vollständige Neuregelung der Markthallenordnung damit verbunden sein muß. Deshalb möchte ich beantragen, den Gegenstand heute von der Tagesordnung abzuheben und der Markthallendeputation auch die Ordnung der Wochenmärkte mit zu übertragen. Die hier gerügten Mängel, Unreinlichkeit der Budenlaken auf dem offenen Markte u., würden längst beseitigt sein, wenn eine Deputation für die Wochenmärkte vorhanden gewesen wäre. Wir müssen also eine Marktdeputation haben und nicht nur eine Markthallendeputation. Ich möchte bei Berücksichtigung dieses Wunsches bitten, die Deputation noch um zwei Mitglieder zu verstärken. Unsere Wochenmärkte sind von so großer wirtschaftlicher Bedeutung, daß nicht ohne weiteres über diese Materie verhandelt werden kann. Es braucht wohl nicht besonders hervorgehoben zu werden, daß die gewerbetreibenden Grundbesitzer hierbei eine große Rolle spielen und daß die in der Gegend liegenden

Geschäfte so sehr geschädigt werden können, daß sie sich nicht wieder zu erholen vermögen. Die durch den Fortfall des Hagenmarktes schwer geschädigten Geschäfte in dessen Umgebung wissen hiervon ein Lied zu singen.

Vorsitzender: Sie können zwar beantragen, die Debatte abzubrechen, aber Sie können nicht eine Angelegenheit, die mit der Vorlage nichts zu tun hat, hiermit verquicken. Ich gebe Ihnen deshalb anheim, den Antrag wegen der Verstärkung der Markthallendeputation als selbständigen Antrag einzubringen.

Herr Stadtrat von Frankenberg: Ich möchte vorweg dem Vorwurfe des Herrn Kalm's gegenüber dem Magistrate die Spitze abbrechen. Herr Kalm's äußerte, es wäre Sache des Magistrates gewesen, über die Angelegenheit die Ansicht der Markthallendeputation zu hören und er vermißte, daß solche Anhörung erfolgt sei. Obgleich ich der Ansicht des Herrn Vorsitzenden bin, daß die von Herrn Kalm's gegebene Anregung über das Ziel hinauschießt, so erkenne ich doch an, daß man die Deputation hören mußte, wenn man diese Sache machen wollte. Das ist denn auch geschehen, nur war damals Herr Kalm's noch nicht Mitglied der Deputation, weil er noch gar nicht Stadtverordneter war. Die Deputation ist, wie mir die Herren Rathe und Koch bestätigen werden, darüber im März d. J. gehört worden und hat sich durchaus zustimmend geäußert. Bevor sich die Versammlung mit der Frage zu befassen hatte, hat sich auch noch eine andere Körperschaft damit beschäftigt, nämlich der Gesundheitsausschuß, der sich sehr warm dafür ausgesprochen hat, daß man, abgesehen von allen finanziellen Rücksichten, die Beseitigung des Fleischverkaufes auf den offenen Wochenmärkten anstreben müsse. Darauf hat der Magistrat diejenigen Beamten, welche die nächsten dazu waren, nämlich den Markthallenverwalter Seelmeier und dessen Stellvertreter, gutachtlich darüber gehört, ob sie bestätigen könnten, daß nach ihrer eigenen Wahrnehmung gesundheitliche Bedenken gegen die Beibehaltung der Fleischstände auf offenem Markte vorlägen. Dabei ist ein so ausgiebiges und so wenig erquickliches und appetitliches Material zu Tage gefördert worden, daß ich denjenigen Herren, die noch immer für die Beibehaltung des Fleischverkaufs auf dem Altstadtmarkte eintreten, nicht zurufen möchte: „Guten Appetit, meine Herren!“ sondern daß ich die Herren fragen möchte: „Vergeht Ihnen nicht der Appetit?“ (Weiterkeit.) Beide Marktmeister haben von dem Umherlaufen der Hunde vor den Buden und seitwärts davon in ausgiebiger Weise gesprochen und haben hiernach Wahrnehmungen gemacht, die es nicht als wünschenswert erscheinen lassen, daß man die Hunde in so nahe Berührung mit dem sonst so appetitlichen Fleische kommen läßt. Auf dem Fleische setzte sich auch eine dicke Staubkruste fest und im Sommer bei großer Hitze ist es förmlich weggeschmolzen. Ferner wurde uns berichtet, daß bei der Bauart der Buden sehr leicht ein Einschmuggeln von nicht untersuchtem Fleisch eintreten könnte und wir auf diese Weise alles, was wir im Laufe der letzten Jahre

in Stadt und Land durch Einführung der Fleischschau zu erreichen im Begriffe waren, zum Nachtheile des kaufenden Publikums leichtsinnig aufgeben würden.

Dieser letztere Gesichtspunkt war vom Gesundheitsausschusse und von der Schlachthausdeputation hervorgehoben, nicht aber von der hiesigen Fleischerinnung, die sich überhaupt sehr ruhig und zurückhaltend in dieser Sache benommen hat. Vor allen Dingen waren es die Herren Professor Dr. Blasius und Stadtphysikus Dr. Roth, welche sich in dem Sinne ausgesprochen haben. Letzterer meinte, wenn es weiter keinen Grund gebe, um das Weiterbestehen der Buden zu verbieten, so müßte es schon deshalb geschehen, um den Fleischschmuggel zu beseitigen.

Die Freibank im Schlachthause trägt ihren Stempel an der Stirn und segelt unter offener Flagge. Hier aber wird auf dem offenen Markte Fleisch verkauft, das für die Freibank zu schlecht sein würde und das trotzdem für vollwertiges Fleisch abgegeben wird. Eine derartige Verantwortung noch weiter zu tragen, bin ich außer Stande. Sie haben soeben bei der Verhandlung über ein zu errichtendes Schwimmbad gezeigt, daß Sie für die gesundheitlichen Verhältnisse unserer Einwohnerschaft gern eintreten wollen. So wünschenswert ein solches Bad auch sein mag, so ist es doch im Vergleich zu dieser Sache, die ich unser tägliches Brot nennen möchte, nur Kuchen. Lehnen Sie daher nicht, wenn Sie für den Kuchen eingetreten sind, das tägliche Brot ab.

Herr Esdorn: Ich muß Herrn Riefe recht geben, daß die Markthallen-deputation hätte Aenderungen treffen sollen, um den fremden Fleischern überhaupt empfehlen zu können, in die Markthalle zu gehen. Es läßt sich darüber wohl streiten, ob in der Luft an der Martinikirche mehr Bazillen sind als in der Markthalle, und ob der Käse- und Fischgeruch in der Markthalle dem Fleische zuträglich ist, als die wirklich frische Luft an der Martinikirche, will ich dahingestellt sein lassen. Die hier geschilderten Unzuträglichkeiten bezüglich der Hunde kann ich als zutreffend nicht anerkennen, da das Fleisch in den Buden ziemlich hoch hängt und man auf einem offenen Markte derartige Sachen schon kontrollieren kann. Solche Unzuträglichkeiten können übrigens auch anderwärts passieren. Sehen Sie sich doch die Käufer auf dem Markte an der Martinikirche einmal an und Sie werden finden, daß sie sich aus allen Gesellschaftsklassen zusammensetzen. Wenn dort solche Geschichten passierten, würden die Schlächter nicht ein solches Geschäft machen.

Auch die hohen Standgelder der Markthalle tragen mit dazu bei, daß die Schlächter aus der Markthalle fortbleiben und sich mehr dem offenen Markte zuwenden. Früher standen etwa 18 bis 20 Schlächter an der Martinikirche aus und jetzt sind es etwa 36. Einerseits ist also das Standgeld in der Markthalle zu hoch und andererseits können die Leute an der Martinikirche mehr verkaufen. Es kaufen dort nicht nur Arbeiterfrauen, sondern es wird dort aus den ersten Kreisen

unserer Bevölkerung gekauft. Ueber die gute Luft in der Markthalle läßt sich mindestens streiten, aber an der Martinikirche ist sie sicher ebenso gut. Was den hier herrschenden Staub betrifft, so haben die Schlächter erklärt, es möchte an jedem Markttage zweimal der Platz durch einen städtischen Sprengwagen auf ihre Kosten besprengt werden. Das könnte sehr leicht geschehen, und es wäre dem Uebelstande abgeholfen. Was das Schmelzen des Fleisches bei großer Hitze betrifft, so ist es in der Markthalle bei großer Hitze heißer, als an der Martinikirche.

Hinsichtlich der angeblichen Schmuggelei möchte ich wissen, wie überhaupt geschmuggelt werden soll. An anderen Stellen, vor allen Dingen in der Markthalle, soll viel besser geschmuggelt werden können, indem Fleischstücke unter den Grünwaren hineingebracht werden. Von einer weiteren Stelle, die Schmuggeleien zulassen soll, will ich hier nicht weiter sprechen.

Nun komme ich zu dem Gutachten der Schlachterinnung. Den Mitgliedern der Innung, ja deren eigenem Obermeister, ist das Fleisch an der Martinikirche gut genug, um es im Laden weiter zu verkaufen, aber für die Bürgerschaft soll es nichts taugen. Wenn die Fleischstände an der Martinikirche aufgehoben werden, so kommen eben die jetzt dort stehenden auswärtigen Schlächter nicht wieder und die hiesigen Schlächter können die Fleischpreise noch mehr erhöhen. Außerdem ist es auch absolut unmöglich, die auswärtigen Schlächter alle in der Markthalle unterzubringen. Notwendig ist es ferner, dafür zu sorgen, daß in dem Schlachthause der Engroßhandel aufhört. Wenn in der Luft an der Martinikirche tatsächlich so viele Bazillen sein sollen, wie von manchen Herren angenommen wird, so geben Sie uns für den Westen der Stadt die uns seit Jahren versprochene Markthalle. Bei den Verhandlungen in den Jahren 1891 und 1894 ist grundtätlich betont worden, daß es sich bei der jetzigen Halle nur um einen Ersatz für den Markt auf dem Hagenmarke handle, und daß bei vorliegendem Bedürfnisse auch der Westen eine Markthalle erhalten solle. Dieses Bedürfnis ist aber vorhanden, denn wir können den auf der Frankfurterstraße, dem Madamenwege zc. wohnenden Frauen nicht zumuten, den weiten Weg bis zum Hagenmarke zu machen. Bei der Aufhebung der offenen Fleischerstände würden die betreffenden Fleischer nicht mehr im Westen der Stadt ausspannen und ihre Bedürfnisse in der Gegend decken, so daß der Westen eine erhebliche Schädigung erfahren müßte. Sowohl Herr Oberbürgermeister Ketemeyer, als auch Herr Stadtrat Lange haben bei den früheren Verhandlungen anerkannt, daß auch der Westen demnächst eine Markthalle erhalten müßte. Jedenfalls würde sich das Gewandhaus hierzu vorzüglich eignen, jedoch weiß ich nicht, ob es zurzeit noch erhaltlich sein wird. Sollte das nicht gehen, würden sich vielleicht passende Grundstücke an der Breitenstraße finden. Wenn Sie dem Antrage der Kommission zustimmen, so müssen Sie notgedrungen auch

meinen Antrag annehmen, um das dem Westen der Stadt früher gemachte Versprechen einzulösen.

Herr Koch: Auf die Ausführungen des Herrn Stadtrat von Frankenberg will ich nicht näher eingehen, sonst würde ich die Verhältnisse auf dem Altstadtmarkte noch krasser schildern können. Die Marktpolizei hat müssen Körbe voll ungenießbaren Fleisches beanstanden und wegschaffen lassen. Herr Esborn kann sich darauf verlassen, daß die Sache so kraß ist, wie sie geschildert wurde. Da auf dem Altstadtmarkte Automobile, Straßenbahn, Räder und Fuhrwerke verkehren, so liegt es auf der Hand, daß sich dort gewaltige Staubmassen entwickeln. Butter und Käse waren an heißen Tagen geschmolzen, und es hätte müssen verboten werden, solche gesundheitschädlichen Sachen auf dem Markte feilzuhalten.

Auf die gegen die Markthallendeputation gerichteten Beschwerden möchte ich folgendes entgegnen: Wenn von einer staubigen Markthalle gesprochen worden ist, so kann ich darauf erwidern, daß ich noch nirgends eine solche Murrateffe gefunden habe, wie in unserer Halle. Nach der allmüttäglichen Reinigung ist die Halle so sauber wie eine gute Stube. Herr Rieke hat sodann über den engen Zwischenraum zwischen den Schlächterständen geklagt, wir haben in der Deputation den Antrag gestellt, die Stände wegzunehmen, aber der Magistrat hat den Antrag abgelehnt. Ebenso ist unser Antrag, einen Ventilator anzulegen, abgelehnt worden. Wenn uns empfohlen worden ist, die Markthalle in Hannover anzusehen, so kann ich darauf erwidern, daß hiesige Baubeamte in Hannover gewesen sind und sich die dortige Markthalle zum Muster genommen haben. Während man dort aber die Stände aus der Mitte bald beseitigt hat, ist uns dieses hier leider noch nicht gelungen. Die gegen die Deputation erhobenen Vorwürfe muß ich demnach zurückweisen.

Wenn man sagt, die auswärtigen Schlächter wehren sich mit Hand und Fuß gegen die Aufhebung des offenen Marktes, so liegt der Grund dafür auf der Hand: sie können sich auf dem offenen Markte freier bewegen und zahlen täglich 60 S. Standgeld, während sie in der Markthalle 6 M. bezahlen müßten. Der Kellerraum der Markthalle wird von den Schlächtern schon deshalb nicht benutzt, weil sie ihr frisches Fleisch nach der Rühlhalle des Schlachthauscs schaffen. Eine solche Freiheit, wie sie auf dem Markte herrscht, kann natürlich in der Markthalle nicht gestattet werden. Uebrigens ist es von der Kreuzstraße ebenso weit nach dem Altstadtmarkte, wie von der Heitbergstraße nach dem Hagenmarkte. Es muß uns auch daran liegen, die Einnahmen der Markthalle etwas zu heben, denn während in den ersten Jahren 60 000 bis 70 000 M. aufkamen, erheben wir jetzt kaum 30 000 M.

Herr Weichsel: Trotz der guten Wünsche des Herrn Magistratsreferenten ist mir der Appetit zu der Magistratsvorlage doch nicht gekommen. Die Sache ist in ein sehr harmloses Gewand gekleidet, aber es verbirgt sich dahinter eine

Frage von weitgehender Bedeutung. Man sollte recht vorsichtig sein, ehe man solche Beschlüsse faßt, doppelt vorsichtig aber, wo der betreffende Stadtteil schon besonders notleidend ist. Es hat dort nämlich eine erschreckende Entwertung der Grundstücke bereits stattgefunden und man muß alles vermeiden, was dazu dienen kann, die Entwertung möglicherweise noch zu erhöhen. Andererseits ist anzuerkennen, daß die Magistratsvorlage sich bemüht, die auf den offenen Märkten vorgefundenen Mißstände zu beseitigen. Was die Art der Feststellung der Mißstände anlangt, so kann ich den Markthallenverwalter nicht für eine geeignete Auskunftsperson ansehen. Herr Seelemeyer ist unzweifelhaft ein ganz vorzüglicher Beamter, aber er wird bei seiner Stellung immerhin leicht geneigt sein, die Einrichtungen des offenen Marktes etwas mißgünstig anzusehen. Jedenfalls darf man auf dessen Urteil nicht eine so einschneidende Maßregel treffen wollen, wie das in der Vorlage beabsichtigt ist. Wenn durch die Hunde tatsächlich solche Uebelstände hervorgerufen werden, wie sie hier geschildert worden sind, so wäre es doch leicht, denselben abzuhelpen. Ebenso liegt die Sache mit dem Staube an der Martinikirche. Wenn die Marktbefucher selbst gebeten haben, ihnen an den Markttagen einen Wasservagen auf ihre Kosten zu schicken, so läßt sich doch auch in diesem Punkte bald Abhilfe schaffen. Was endlich die Möglichkeit des Fleischschmuggels an der Martinikirche betrifft, so glaube ich, daß solcher Schmuggel in der Markthalle ebenso leicht möglich ist, wie auf dem Markte. Dieser Uebelstand ließe sich doch wohl auf anderem Wege beseitigen, als dadurch, daß man das Rind mit dem Bade ausschütten und den ganzen Fleischverkehr auf dem Altstadtmarte aufheben will. Ich möchte also wünschen, daß die Verhältnisse auf dem Altstadtmarte nach Möglichkeit verbessert werden, daß man im übrigen aber den offenen Markt dort bestehen läßt, bis für die Gegend eine Markthalle geschaffen ist.

Herr Sander: Herr Blasius hat seiner Verwunderung Ausdruck gegeben, daß gegen diese Vorlage sich solche Agitation in der Bürgerschaft entfaltet hätte. Das ist doch aber ganz erklärlich; denn wenn der Westen gegen eine so tief einschneidende Aenderung agitiert, so ist das nichts anderes als Selbsterhaltungstrieb, als reine Notwehr. Da Herr Blasius ferner meint, er sehe die Sache mit der Entziehung des Verkehrs nicht so schlimm an, so ist er darüber nicht genügend orientiert. Wenn er sich bemühen wollte, die Marktverhältnisse einmal näher in Augenschein zu nehmen, so würde er wahrnehmen, daß der Markt auf dem Altstadtmarte doch einen erheblichen Verkehr in den Stadtteil trägt. Wenn die Marktwagen morgens kommen, so sind sie mit Erntefrüchten zc. beladen und wenn sie mittags wieder fortfahren, sind sie mit eingekauften Sachen beladen. Diese Sachen kaufen die Landleute in der Nähe des Marktes. Ferner kommt der Markt den Ausspannwirtschaften zu gute, die durch dessen Aufhebung oder Verlegung bedeutenden Schaden erleiden würden.

Wenn Sie die Fleischstände an der Martinikirche aufheben, so ist das der Anfang vom Ende, und es wird nicht lange dauern, so wird der ganze Wochenmarkt aufgehoben. Gegenüber Herrn Stadtrat von Frankenberg, der meint, daß die Zustände auf dem Altstadtmarkt so schrecklicher Art sind, muß ich bemerken, daß mir der Markthallenverwalter Seelemeyer nicht die geeignete Person zu sein scheint, diese Frage zu beurteilen, weil er insofern befangen ist, als er ein gewisses Interesse daran hat, die Markthalle zu heben. Wenn die Zustände wirklich so wären, wie sie hier von dem Herrn Stadtrat geschildert worden sind, so wäre es unbegreiflich, daß die Bürgerfrauen noch hingingen und Fleisch auf dem Markte einkauften. Es hat wohl niemand ein schärferes Auge für gutes und schlechtes Fleisch, als die Frauen, und es kaufen dort Frauen aus allen Ständen. Ich habe auch schon Fleisch vom Markte bezogen und bin damit sehr zufrieden, auch habe ich auf dem Markte nichts gefunden, das mich hätte veranlassen können, einen gewissen Ekel in mir zu erregen.

Wenn Herr Koch mit einem Male ein wütender Hygieniker geworden ist, so muß mich das wundern, da er es früher nicht gewesen ist, als er seine Semmeln nachts auf die Straße gestellt hat unbekümmert darum, ob zwei- oder vierbeinige Individuen darüber weglaufen würden. Es ist das sogar dann noch geschehen, als die Polizei es schon verboten hatte.

Wie Herr Weichsel schon angeführt hat, ist der Westen ohnedies erheblich genug geschädigt worden; wir sind deshalb verpflichtet, diesen Stadtteil mit größerer Sorgfalt zu behandeln, als die anderen Stadtteile. Ich möchte ebenfalls bitten, die Vorlage abzulehnen. Wenn Sie aber glauben, daß die Hygienik hierbei eine so große Rolle spielt — meiner Meinung nach ist die Furcht vor Bazillen übertrieben — so bauen Sie dem Westen eine neue Markthalle.

Herr Bunge: Im großen und ganzen habe ich aus der Diskussion entnommen, daß es sich bei der Vorlage gar nicht darum handelt, die hervorgetretenen Mißstände zu beseitigen, sondern daß man nur bemüht ist, möglichst den ganzen Markthandel nach der Halle zu verlegen. Wenn die Mißstände von den Herren Stadtrat von Frankenberg und Koch zutreffend geschildert wären, so wäre es unverantwortlich, daß man so lange gewartet hat, ehe man Hand anlegte. Wir müssen im Westen einen offenen Markt behalten, oder wir müssen verlangen, daß uns eine Markthalle gebaut wird. Gegen die Verschleppung des Marktverkehrs nach dem Hagenmarkte würde sich die beteiligte Bürgerschaft mit Händen und Füßen wehren.

Herr Koch: Auf die Ausführungen des Herrn Sander will ich nicht eingehen und will dazu nur bemerken, daß in meinem Geschäfte Unreinlichkeiten nicht vorgekommen sind. Es ist auch davon die Rede gewesen, daß der Markt-

hallenverwalter voreingenommen sei und die Sache zu kraß geschildert hätte. Darauf kann ich erwidern, daß Herr Seelemeyer noch eine Einnahme vom Altstadtmarkte bezieht und seine Einnahme desto größer ist, je mehr Stände dort vergeben werden. Was die Einfuhr in die Markthalle betrifft, so habe ich schon früher beantragt, die Bedürfnisanstalt auf dem Hagenmarkte zu verlegen, um dadurch eine freiere Einfahrt zu erhalten, der Antrag ist aber abgelehnt worden.

Herr Esdorn: Von Herrn Koch haben wir gehört, was des Pudels Kern hierbei ist: man will die Einnahmen der Markthalle heben. Die hier geschilderten Uebelstände lassen sich bei gutem Willen leicht beseitigen, denn gegen die Staubeentwicklung kann man Wassersprengungen vornehmen und die dort umherlaufenden Hunde kann man durch den Hundefänger einfangen lassen. (Widerspruch.) Sind diese Unzuträglichkeiten dort überhaupt vorhanden, so werden Sie auch meinem Antrage auf Errichtung einer Markthalle zustimmen.

Herr Blasius: Ich will nur auf einzelne Sachen eingehen. Herr Sander hat gemeint, ich hätte den Altstadtmarkt schlecht behandelt, ich bin aber im Gegenteil der Ansicht, daß der Markt unter der Fortnahme der Fleischstände nicht wesentlich leiden wird. Die Kommission will nur das vom offenen Markte beseitigt wissen, was sie aus hygienischen Rücksichten für nötig hält. Ich bin von keinem Redner widerlegt worden, daß es nicht hygienisch besser wäre, das frische zerlegte Fleisch in die Markthalle zu verweisen.

Bei der nun folgenden Abstimmung wird sowohl der Antrag Nalms auf Zurückverweisung der Vorlage an die Statutenkommission, als auch der Antrag der Statutenkommission abgelehnt.

VII. Antrag Esdorn: Errichtung einer Markthalle im Westen der Stadt.

Der Antrag:

„Die Versammlung wolle beschließen, den Magistrat um eine baldige Vorlage zur Errichtung einer Markthalle im Westen der Stadt zu ersuchen,“

wird der Finanzkommission zur Vorberatung überwiesen.

VIII. Antrag Nalms: Erweiterung der Befugnisse der Markthallen-Deputation.

Den Antrag:

„Die Versammlung wolle den Magistrat ersuchen, sich damit einverstanden zu erklären, daß die Zuständigkeit der Markthallendeputation auf die anderen Märkte der Stadt mit ausgedehnt und deren Mitgliederzahl von 2 auf mindestens 4 erhöht werde,“

erhält die Statutenkommission zur Vorberatung.

IX. Fluchtlinie für einen Teil der Frankfurterstraße 2c.

Ein von der Maschinenfabrik und Mühlenbauanstalt G. Luther hieselbst gestellter Antrag auf käufliche Ueberlassung einer zur Frankfurterstraße gehörigen 42 qm großen Fläche hat der städt. Bauverwaltung Veranlassung gegeben, die Feststellung eines Ortsbauplanes für die Westseite der Frankfurterstraße zwischen der projektierten Straße № 437 und der Weststraße in Vorschlag zu bringen. Der Magistrat stimmt diesem Vorschlage zu und beantragt, sich damit einverstanden zu erklären, daß für die Westseite der Frankfurterstraße auf der bezeichneten Strecke die Fluchtlinie in der beantragten Weise festgesetzt werde.

Die Genehmigung dieses Ortsbauplanes würde zur Folge haben, daß die Stadt die schon erwähnten 42 qm veräußern kann und daß die Firma G. Luther eine 37 qm große Fläche an die Stadt zwecks Verbreiterung der Straße abtreten muß. Vorbehaltlich der Feststellung des betr. Ortsbauplanes hat der Magistrat mit der genannten Firma ein Abkommen dahin getroffen, daß die 37 qm große Parzelle gegen einen gleich großen Teil der anderen Fläche ausgetauscht und der überschießende Teil der letzteren in Größe von 5 qm der Firma gegen einen Einheitspreis von 20 M verkauft werde. Es wird ersucht, auch dieses Abkommen zu genehmigen.

Auf Empfehlung der Baukommission, für die Herr Frühling berichtet, wird der gesamten Magistratsvorlage von der Versammlung zugestimmt, und darauf die öffentliche Sitzung geschlossen.

Dauer von 4 bis 7³/₄ Uhr.

1905/1906.Nr. 8.

Bericht

über die

Verhandlungen der Stadtverordneten zu Braunschweig

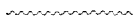
in deren Sitzung am 12. Oktober 1905.



Tagesordnung:

I. Antrag Wesemeier: Einführung der achtmündigen Arbeitsschicht in den Gasanstalten	Seite 248
II. Antrag Riefe: Schaffung eines Kühlraumes für Pferdefleisch	" 257
III. Zustandsetzung eines Teiles der Gildenstraße	" 262
IV. Wahl von Mitgliedern in die Deputation für Errichtung einer Zentralbadeanstalt	" 264
V. Plattenbelag auf der Marthastraße	" 264
VI. Aufschließung von Quellwasser im Süden der Stadt	" 266
VII. Hundesteuer-Erlassgesuche	" 270
VIII. Anlage von Rohrbrunnen zur Straßenbefeuchtung etc.	" 270
IX. Zustandsetzung eines Teiles der Ritterstraße	" 271
X. Aufhebung von Teilen eines Interessentenweges	" 271
XI. Unterstützung des Verkehrsvereins	" 272
XII. Unterstützung der Abend-Fortbildungsschule	" 281
XIII. Aufnahme einer Verbindungsstraße zwischen Damm und Bruchhornwall in den Ortsbauplan	" 281

XIV.	Nachverwilligung von Kosten für die Beleuchtungsanlage im Feuerlösch- gebäude	Seite 283
XV.	Ausbau eines Teiles der Frankfurterstraße	" 284
XVI.	Zuschuß für die Sterbefälle der städtischen Beamten	" 284
XVII.	Erwerb von Flächen zum Ausbau der Hochstraße	" 286
XVIII.	Nachverwilligung von Kosten für die Brückenanlage im Bürgerparke	" 287
XIX.	Baulichkeiten auf einem Grundstücke am Dovejee	" 287
XX.	Antrag Esdorn: Errichtung einer Markthalle im Westen der Stadt	" 288
XXI.	Geschäftsordnungs-Debatte	" 288
XXII.	Antrag Kalmß: Einrichtung von Fettviehmärkten	" 289
XXIII.	Antrag Meyerhoff: Feststellung der leerstehenden Wohnungen	" 290
XXIV.	Anfrage Esdorn: Stand der Bahnhofstraße	" 290
XXV.	Anfrage Jasper: Steuerung der Fleischnot	" 291
XXVI.	Anfrage Pepsies: Fertigstellung des freien Platzes an der Wammels- burgerstraße	" 292
XXVII.	Anfrage Wesemeier: Beschäftigung auswärtiger Steinseker	" 293



Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister Ketemeyer, Bürger-
meister Meyer und Stadträte Heymann, von Frankenberg, Wagner und
Lange.

Entschuldigt die Herren Stegmann und Wiehle.

Der Vorsitzende, Herr Wolff, eröffnet die Sitzung und macht zunächst die
Mitteilung, daß die kürzlich beschlossene Klageerhebung gegen die National-Aktien-
Bierbrauerei sich durch Zahlung des entstandenen Schadens seitens der Brauerei
erledigt habe.

Darauf wird in die Tagesordnung eingetreten.

1. Antrag Wesemeier: Einführung der achtkündigen Arbeitsnacht in den Gasanstalten.

Der in der Sitzung vom 24. August d. Js. — Seite 204 des Berichtes —
gestellte und begründete Antrag lautet:

„Die Versammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, der
Versammlung eine Vorlage zu unterbreiten, nach der zum 1. April 1906
für das Personal der Gasanstalten ohne Kürzung der Löhne die acht-
stündige Arbeitsnacht eingeführt wird, sowie die erforderlichen Mittel in
den Etat einzustellen.“

Namens der Finanzkommission berichtet über den Antrag Herr Hauswaldt:
Die Finanzkommission hat sich in ausgiebiger Weise mit der Frage befaßt. Sie
hat geglaubt, die Sache dadurch zu vereinfachen, daß sie zunächst die prinzipielle

Frage erledigte, ob es überhaupt wünschenswert wäre, die achtfündige Arbeitsschicht in unseren Gasanstalten einzuführen. Die Finanzkommission ist der Ansicht, daß es sich nicht empfiehlt, heute prinzipiell eine achtfündige Arbeitsschicht in unseren Gasanstalten einzuführen, weil dieses der erste Schritt sein würde, dem die übrigen städtischen Betriebe bald nachfolgen müßten. Nachdem die Frage prinzipiell abgelehnt worden war, hat sich die Finanzkommission mit den Verhältnissen der einzelnen Arbeiterkategorien auf den Gasanstalten eingehend beschäftigt und es sind aus dem Antrage Wesemeier heraus weitgehende, nach einer ganz anderen Richtung sich bewegende Erwägungen angestellt worden. Ich habe zunächst mit dem Direktor des Gaswerkes, Herrn von Feilitzsch, verhandelt, darauf hat sich die Deputation für die Gas- und Wasserwerke der Sache angenommen und schließlich ist der Antrag, den ich Ihnen heute unterbreiten werde, im Schoße der Finanzkommission zur Annahme gekommen. Dieser Antrag hat auch die Billigung der Deputation sowie des Direktors der Gas- und Wasserwerke gefunden und umfaßt alles, was nach Meinung der Finanzkommission bei Lage der Sache augenblicklich für die Arbeiter getan werden kann. Wenn man sich ein klares Bild über die Tätigkeit der Arbeiter machen will, so muß man sie in drei Kategorien teilen.

Zunächst handelt es sich um die Hofarbeiter. Diese Arbeiter haben eine Zwölfstundenschicht mit zehnstündiger Arbeitszeit. Die Ablöschschicht fasse ich nicht als Arbeitszeit auf, sondern nur als eine zusammenhängende Beschäftigung innerhalb 24 Stunden. Die Hofarbeiter haben an Pausen je $1\frac{1}{2}$ Stunde Frühstück und Vesper und 1 Stunde Mittag, so daß sie zehn Stunden arbeiten, aber zwölf Stunden dienstlich festgehalten werden. Seitens der Deputation und des Herrn Direktors von Feilitzsch ist die Zusage gegeben worden, zu untersuchen, ob man die zehnstündige Arbeitszeit nicht auf $9\frac{1}{2}$ Stunden herunterdrücken oder aber die zusammenhängende englische Arbeitszeit einführen könnte. Wie die Sache augenblicklich besonders beim alten Gaswerke an der Bahnhofstraße liegt, so ist diese Milderung zurzeit nicht zu erreichen, ohne alle bisherigen Einrichtungen auf den Kopf zu stellen. Wir müssen mit dieser Sache daher unter allen Umständen warten, bis die neuen Gasanlagen fertig sind und könnten erst dann prüfen, ob es möglich ist, die fortlaufende Arbeitszeit so zu legen, daß sich eine englische Arbeitszeit daraus zurechtschneiden läßt. Diese Arbeiter müssen also in bisheriger Weise weiterarbeiten. Die Deputation hat jedoch bei dieser Unterhaltung gemeint, den Hofarbeitern besonders bei den günstigen finanziellen Resultaten dieser Werke in der Weise entgegenkommen zu können, daß die älteren Arbeiter besser als bisher gestellt werden. Sie schlägt deshalb vor, die Löhne dieser Arbeiter, die jetzt 2,⁸⁰ M betragen, nach je 3 Jahren um 20 S , bis zu 5,⁴⁰ M aufzubessern. Weiter kann die Deputation nichts tun und auch die Finanzkommission ist der Ansicht, daß damit alles geschehen ist, was man vernünftigerweise im Interesse der Arbeiter und

der Stadtverwaltung tun kann. Da diese Erhöhung des Lohnes vom 1. November ab in Kraft treten soll, so würde sie auch den laufenden Etat in Mitleidenenschaft ziehen; ich darf deshalb wohl annehmen, daß mit der Lohnerhöhung auch die Etatsüberschreitung genehmigt wird, die sich ziffermäßig noch nicht hat feststellen lassen. (Zustimmung.)

Die zweite Kategorie sind die Ofenarbeiter, um die es sich in dem Wese-meierschen Antrage hauptsächlich gehandelt haben wird. Diese Arbeiter haben zurzeit zwölfstündige Schichten mit Ruhepausen, während deren sie aber das Gaswert nicht verlassen dürfen. Im Laufe der zwölfstündigen Schicht müssen die Leute ^{33,4} Stunden am Ofen arbeiten, das ist die unangenehmste Arbeit, die man sich denken kann, denn sie arbeiten in Temperaturen bis zu 40° C.; sodann folgen in derselben Schicht 2½ Stunden lang Nebenarbeiten (Schlackenziehen, Aschefahren, Durchstoßen etc.) Hierbei sind die Arbeiter wohl in demselben Raume tätig, wie in der ersten Arbeitsperiode, aber doch nicht direkt vor dem Ofen. Schließlich kommen noch ^{33,4} Stunden, wo sie in demselben Raume ausruhen und schlafen können. Bisher war es nicht gestattet, während dieser Schicht das Gaswert zu verlassen. Die Finanzkommission ist mit der Deputation der Ansicht, daß es wünschenswert wäre, den Leuten zu gestatten, während der Mittagszeit die Gasanstalt verlassen zu dürfen. Es ist ihnen auch schon jetzt gestattet, eine Stunde des Mittags fortzugehen, aber die weiter von der Gasanstalt wohnenden Arbeiter können in einer Stunde nicht nach Hause gehen, um ihr Mittagsmahl einzunehmen. Sie können allerdings aus den Ofenhäusern fortgehen und in einem anderen Gebäude der Anstalt essen, aber lieber würde es ihnen wohl sein, wenn sie zu Hause essen könnten. Bei der neu zu errichtenden Gasanstalt soll übrigens für lustige Speiseräume gesorgt werden. Man will auch versuchen, die eine Mittagsstunde auf 1½ Stunden auszudehnen, wenn auch vielleicht durch Kürzung der anderen Pausen. Diesen Arbeitern, die 3,60 M pro Schicht verdienen, glaubt die Deputation in der Weise entgegenkommen zu sollen, daß sie vorschlägt, sie nach je 3 Jahren um 20 S bis auf 4,20 M aufzubessern. Diesem Vorschlage schließt sich die Finanzkommission an. Außerdem soll für die Ofenarbeiter noch alle 14 Tage eine zu bezahlende freie Schicht eingeführt werden, so daß sie außer dem gesetzlich gewährleisteten freien Sonntage alle 14 Tage eine Schicht bezahlt erhalten, ohne dafür arbeiten zu müssen. Es soll das eine Entschädigung für die zu leistende schwere Arbeit sein.

Die dritte Gruppe bilden die Salzarbeiter, die bei der Ammoniakgewinnung tätig sind und als Arbeiter den schwersten Stand haben. Diese Arbeit wird nicht, wie bei den Ofenarbeitern, unterbrochen, sondern sie geht ohne größere Unterbrechung 12 Stunden vor sich. Nach der Meinung der Finanzkommission und auch der Deputation ist eine solche zwölfstündige Schicht zu lang. Diese

furchtbar schwere Arbeit dauert freilich im allgemeinen nur 10 bis höchstens 15 Tage hintereinander, worauf die Salzgewinnung zunächst beendet ist und die Arbeiter dann 10 bis 15 Tage als Hofarbeiter beschäftigt und auch gelohnt werden. Es handelt sich hier um 4 Arbeiter, denen man durch Einstellung von 2 weiteren Arbeitern die Möglichkeit schaffen will, mittags nach Hause zu gehen und dort zu essen. Eine große Unannehmlichkeit besteht auch darin, daß beim Schichtwechsel die eine Schicht 24 Stunden arbeiten muß. Es hat sich allerdings herausgestellt, daß diese Einrichtung auch auf anderen Werken und selbst auf solchen besteht, die die achtsündige Arbeitsschicht haben, jedoch waren wir mit der Deputation der Ansicht, daß eine 24stündige Schicht unter allen Umständen zu lang ist; es ist deshalb in Aussicht genommen, durch Ausbildung von 24 Mann Ersatz in der Weise zu schaffen, daß eine 24stündige Schicht nicht mehr erforderlich sein wird. Der Ersatz läßt sich aber nicht von heute auf morgen beschaffen, da die geeigneten Ersatzmänner erst gefunden und ausgebildet werden müssen, jedoch sollen die dazu erforderlichen Schritte sofort getan werden und es unterliegt keinem Zweifel, daß die Abhilfe zu beschaffen sein wird.

Das sind die Veränderungen, die nach Ansicht der Deputation und der Kommission augenblicklich durchführbar sind, und es muß uns vorbehalten bleiben, auf diesen Punkt noch einmal zurückzukommen, wenn die neue Gasanlage erst beendet sein wird und man in Erwägung nehmen kann, wie sich die einzelnen Schichten und Arbeiten kombinieren lassen. Das wird noch einige Jahre dauern, jedoch schadet es nichts, weil die Finanzkommission mit dem Antragsteller der Ansicht ist, daß es wünschenswert erscheint, abzuwarten, wie sich in anderen Städten die achtsündige Schicht bewährt hat. Im übrigen kann von der achtsündigen Schicht auf Gasanstalten mit alten Anlagen, die mit Menschenkraft betrieben werden, nicht die Rede sein, sondern nur auf Gasanstalten mit den neuesten Maschinen zum Einschieben der schweren Kästen. Der Unterschied liegt darin, daß bei unserem Handbetriebe fünf Arbeiter zum Beschieben der Retorten gebraucht werden, während bei den Gasanstalten mit den neuesten Einrichtungen nur ein Mann dazu nötig ist. Wenn wir nun heute dekretieren wollten, auf unserer alten Gasanstalt die achtsündige Arbeitsschicht einzuführen, so würde dort erst die neue Einrichtung getroffen werden müssen. Es scheint also im Interesse der jetzt dort beschäftigten Arbeiter zu liegen, die bisherige Schicht beizubehalten, so lange die alte Gasanstalt bestehen bleibt.

Die hier vorgeschlagenen Änderungen sind von der Deputation, der Kommission und dem Magistrate gebilligt worden, so daß die Erhöhung der Arbeitslöhne und die Verminderung der Arbeitszeit soweit möglich vom 1. November d. Js. ab eingeführt werden könnte, wenn die Versammlung damit einverstanden sein sollte.

Herr Wesemeier: Bei der Stellung meines Antrages ging ich von dem Gesichtspunkte aus, den Gasarbeitern insbesondere deshalb zu helfen, weil sie eine überaus gesundheitschädliche Arbeit zu verrichten haben, was auch von der Finanzkommission anerkannt worden ist. Andererseits stehe ich auf dem Standpunkte, daß die staatlichen und die städtischen Betriebe Musterbetriebe sein sollen, während selbst die Finanzkommission das Gegenteil zugestanden hat. Diese Verhältnisse müssen also gebessert werden. Ich bedaure, daß man in der Kommission nicht weiter gegangen ist und daß man sich von den Gründen hat leiten lassen müssen, die mich besonders unangenehm berührt haben, daß nämlich nach der Erklärung des Herrn Direktor von Feiligh fünf Sechstel der Arbeiter entlassen werden müssen, sobald der Achttundentag eingeführt wird. Leider sind wir nicht sachverständig genug, um beurteilen zu können, ob das auch zutrifft. Dieses Moment hat mich allein veranlaßt, von der weiteren Verfolgung meines Antrages Abstand zu nehmen.

Wenn der Herr Referent erklärt, er stehe auf dem Standpunkte, im Prinzip den Achttundentag nicht zu fordern, so will ich ihn an einige Daten erinnern. Die Hygieniker haben schon im Jahre 1894 beschlossen, als erstrebenswertes Ziel für die gesamten gewerblichen Arbeiter den Achttundentag zu befürworten und zwar in der Weise, daß von Stufe zu Stufe die Arbeitszeit auf diese Dauer reduziert werden müsse. Wir brauchen uns heutzutage auch nur umzusehen, um zu bemerken, daß sich eine ganze Anzahl von staatlichen und städtischen Behörden für die Einführung des Achttundentages erklärt hat. In Amerika besteht der Achttundentag für die staatlichen und städtischen Arbeiter schon seit 1894, in London ebenfalls schon lange, in Frankreich haben wir dasselbe Schauspiel und selbst in Deutschland ist in einer ganzen Reihe von Städten bei den Ofenarbeitern der Gasanstalten die achtfündige Schicht eingeführt. Von den Städten im Range Braunschweigs haben, soviel mir bekannt geworden ist, Bremen, Grefeld, Fürth, Königsberg i. Pr., Mainz, Offenbach, Chemnitz, Mannheim, Stuttgart und Cannstadt die Achttundenschicht eingeführt. In Offenbach ist man so weit gegangen, daß vom 1. April 1906 ab für die sämtlichen städtischen Arbeiter im Prinzip der Neunstundentag als Uebergang zum Achttundentag eingeführt wird. In Braunschweig haben wir auch schon einen erheblichen Betrieb, nämlich den Allgemeinen Konsumverein, der im Jahre 1895 den Zehnstundentag und jetzt den Achttundentag durchgeführt hat. Damit sind alle Teile befriedigt und auch die Leistungsfähigkeit der Arbeiter hat sich dadurch wesentlich gehoben. Der Betrieb vor dem Ofen der Gasanstalt ist aber in erheblichem Maße gesundheitschädlich. Nach dem Berichte des Gas- und Wasserwerkes für das Jahr 1904 hatte ich angenommen, daß 5,35 % der gezahlten Löhne als Krankengeld ausgegeben waren. Nun hat Herr von Feiligh aber eine andere Berechnung aufgemacht, aus der sich

niemand recht vernehmen kann. Hiernach sind 4,32 % der gezahlten Löhne als Krankengeld gezahlt worden. Das ist aber auch noch ein erheblich hoher Prozentsatz. Auf der einen Seite meint man, es komme daher, daß in diesem Jahre die 26wöchige Unterstützungspflicht für die Krankenkassen eingeführt worden sei, während nach dem Berichte des Herrn von Feilichsch durchschnittlich eine Krankheitsdauer von 14 Tagen zu verrechnen gewesen ist. Demnach kann die 26wöchige Unterstützungspflicht hierbei nicht in Frage kommen. In Mainz soll z. B. die achtstündige Schicht ganz besonders günstig auf den Gesundheitszustand der Arbeiter gewirkt haben; früher hatte man von 39 Arbeitern im Laufe eines halben Jahres 25 Kranke = 59 % der beschäftigten Arbeiter, während nach Einführung der achtstündigen Schicht der Prozentsatz auf 33½ herunter sank. Die Zahl der Krankheitstage selbst ist in einem halben Jahre von 710 auf 316 zurückgegangen. Das ist ein deutlicher Beweis dafür, wie die Verkürzung der Arbeitszeit auf die Gesundheit der Arbeiter einwirkt.

Da die Arbeiter während ihrer ganzen Arbeitszeit in der mit Gas vermischten Luft bleiben müssen — und sämtliche Räume sind dort mit Gasluft gefüllt — so soll nach der Erklärung des Herrn Oberbürgermeisters noch ein Speisesaal gebaut werden. Das zeigt zur Genüge, daß es auch in dieser Beziehung dringend wünschenswert ist, die Gesundheit der Arbeiter besser als bisher zu schützen. Am wirksamsten läßt sich ein solcher Schutz durchführen, wenn die Arbeitszeit verkürzt wird. Wenn die Mittagspause von 1 auf 1½ Stunden verlängert werden soll, damit die Arbeiter ihr Mittagessen zu Hause einnehmen können, so muß dabei vorausgesetzt werden, daß die Ofenarbeiter überhaupt instand gesetzt werden, nach Hause gehen zu können. Wenn die Leute erhitzt aus dem Betriebe kommen und durch die herbe Winterluft gehen sollen, so sind sie erst recht der Erkältungs- und Erkrankungsgefahr ausgesetzt. Deshalb nehme ich an, daß die Arbeitssteilung so vor sich gehen soll, daß die Ofenarbeiter Gelegenheit haben, sich vor dem Beginne der Mittagspause mindestens eine halbe Stunde abzukühlen. Immerhin muß man erst die Erfahrungen abwarten, welche in anderen Städten mit dem Achtstundentage in den Gasanstalten gemacht worden sind, um die Frage noch besser beurteilen zu können. Aus diesen Gründen habe ich mich unter Zurücknahme meines Antrages mit den Vorschlägen der Finanzkommission einverstanden erklärt. Von dem prinzipiellen Standpunkte der Verwerfung des Achtstundentages werden wir ebenso wie die genannten anderen städtischen Behörden mit der Zeit auch noch abkommen.

Herr Hauswaldt: Ich habe die genauen Zahlen des Krankengeldes nicht vorgetragen, weil ich glaubte, Herr Wesemeier wäre schon in der Kommission davon überzeugt worden, daß seine Zahlen auf Irrtum beruhten. Die Höhe des Krankengeldes für die Gasarbeiter, in Prozenten zu den Löhnen ausgedrückt, ist vom Jahre 1902 bis 1904 bedeutend gestiegen, das Krankengeld hat nämlich

betrugen 1902 = 1,98 ‰, 1903 = 2,17 ‰ und 1904 = 4,32 ‰ des gezahlten Lohnes. Wenn nun auch der letztere Satz als recht hoch zu bezeichnen ist, so hat sich doch herausgestellt, daß sich bei allen anderen Arbeiterkategorien, deren Krankengeldsätze uns bekannt gegeben waren, die Quote in demselben Jahre ebenfalls gegen das Vorjahr fast verdoppelt hat. Die Gründe hierfür liegen bei den Gasarbeitern also nicht in der ungesunden Arbeit, sondern nach der Ansicht des Herrn Direktors von Feilisch in den ungünstigen Witterungsverhältnissen des Jahres 1904, während die übrigen Herren der Deputation sie auf die erhöhte Zahl der Krankentage schieben. Der Verein von Betriebs- und Fabrikkrankenkassen für das Herzogtum Braunschweig hat auf 100 Kassenmitglieder 1903 = 48,17 und 1904 = 56,37 Kranke gehabt, während die durchschnittliche Dauer eines Krankheitsfalles 1903 = 14 Tage und 1904 = 14,9 Tage betragen hat. Deshalb haben auch die Beiträge der Kasse erhöht werden müssen. Ueberall da, wo die achttündige Arbeitszeit eingeführt worden ist, müssen übrigens die Arbeiter, falls sich die Arbeit in der Zeit nicht schaffen läßt, ohne Entgelt auch länger arbeiten. Wir konnten das als eine glückliche Lösung nicht erachten.

Herr Rathe: Ich stimme den Vorschlägen der Finanzkommission gern zu, bedauere jedoch sehr, daß die zuständige Deputation uns nicht schon längst, namentlich gelegentlich der Lohnerhöhungen für andere Arbeiterkategorien, mit solchen Vorschlägen gekommen ist. Die Versammlung würde derartigen Anträgen sicherlich gern zugestimmt haben.

Herr Riefe: Zur Sache selbst will ich nichts sagen, aber wundern muß man sich, daß in unserem Gasbetriebe noch Einrichtungen sind, die ich vor beinahe 40 Jahren schon in Seesen angetroffen habe, wo ich die Gasfabrik in Gang gebracht habe. Bei den hiesigen Einrichtungen kommt man in Gefahr, sich nicht nur den Bart, sondern noch andere Körperteile zu verbrennen. Ich kann in dieser Sache wohl als Sachverständiger gelten und möchte behaupten, der Umstand, daß nach beinahe 40 Jahren noch solche Einrichtungen, selbst bei dem neuen Gaswerke an der Taubenstraße bestehen, beweist, daß die frühere Leitung nichts getan hat und die jetzige Leitung noch zu jung ist. Herr Direktor von Feilisch mag wohl ein guter Wassertechniker sein, aber auf Gas ist er nicht geeicht. Er hat allerdings verschiedene Gasfabriken besucht, wenn er auch einmal in Dessau gewesen wäre, würde er wohl anderer Ueberzeugung sein. (Herr Oberbürgermeister Ketemeyer: Ist dort gewesen!) Herr Hauswaldt führte auch an, es könnte vorkommen, daß die Arbeiter einmal über die Zeit arbeiten müßten, ohne eine besondere Entschädigung dafür zu erhalten. Das ist ganz selbstverständlich und muß im Notfalle geschehen. Wir ist es in Seesen passiert, daß eines Abends nach Schluß der Arbeit der ganze Ort dunkel war, worauf ich infolge Aufforderung des Bürgermeisters mich daran machte, den Fehler aufzufinden, was mir auch gelang, und Seesen war wieder hell.

Herr Oberbürgermeister Ketemeyer: Ich möchte Herrn Riefe bitten, in Zukunft derartige Vorwürfe nicht zu erheben, denn wenn ein Vorwurf unbegründet ist, so ist es der, daß die frühere Verwaltung nichts getan hätte. Herr Riefe hat unsern früheren Betriebsleiter, Herrn Baurat Mitgau, lange genug gekannt, um zu wissen, daß er ein sehr rühriger Leiter gewesen ist. Wenn Herr Riefe weiter sagt, die jetzige Verwaltung sei noch zu jung und verstehe deshalb nichts, so kann ich sie dagegen nicht schützen. Ich möchte Herrn Riefe aber entgegenhalten, daß er das Projekt für die Gasanstalt an der Taubenstraße selbst mit genehmigt und nichts dagegen eingewandt hat.

Herr Schöttler: Ich muß die Deputation gegen den Vorwurf des Herrn Rathe in Schutz nehmen. Es ist unrichtig, daß die Deputation sich nicht aus eigenem Antriebe mit der Frage einer Lohnerhöhung und einer Besserstellung der Gasarbeiter beschäftigt und erst der Antrag Wesemeier die Anregung dazu gegeben habe. Wir haben uns vielmehr schon seit längerer Zeit sehr eingehend mit der Frage befaßt, jedoch brechen wir die Sache nicht übers Knie, sondern überlegen sie sehr sorgfältig, damit wir keine Dummheiten machen. Wenn seitens der Arbeiterschaft der Deputation Wünsche unterbreitet sind, so sind sie immer in höchst wohlwollender Weise erwogen und man ist den Arbeitern wenn irgend möglich auch entgegengekommen.

Herr Fiedel: Den Worten des Herrn Schöttler möchte ich vom technischen Standpunkte aus noch etwas hinzufügen. Ich bin seit längeren Jahren Mitglied der Deputation, und wenn ich auch keinen Anspruch darauf mache, Sachverständiger in gastechnischer Beziehung zu sein, so will ich doch hervorheben, weshalb bei der Erbauung des neuen Gaswerks an der Taubenstraße die Beschickung der Ofen auf mechanischem Wege nicht eingerichtet worden ist. Wenn man Herrn Riefe hört, so sollte man glauben, daß die mechanische Beschickung schon seit 40 Jahren bekannt wäre. Als das Gaswerk an der Taubenstraße gebaut wurde, war diese Einrichtung ganz neu, und man hatte damit teilweise recht schlechte Erfahrungen gemacht; es konnte uns deshalb noch kein Verfahren zur Anwendung empfohlen werden. Infolgedessen ist die Einführung damals unterblieben, denn wir hatten keine Veranlassung, eine Einrichtung zu treffen, die sich noch nicht bewährt hatte. Wir gehen nun seit langer Zeit damit um, die Anstalt an der Taubenstraße zu erweitern, jedoch besteht auf diesem Gebiete eine solche Gährung, daß immer neue Erscheinungen auftauchen. Es liegt z. B. eine neue Retorte vor, die jedoch in Dessau, wo Herr von Feilitzsch jetzt zum zweiten Male gewesen ist, noch Mängel gezeigt hat, und nun soll die Deputation entscheiden, ob die neue ungeprüfte oder die alte bewährte Retorte gewählt werden soll. Wir sind uns deshalb schlüssig geworden, die Erweiterung der Gasanstalt noch etwas zurückzustellen, bis wir etwas Gutes und Erprobtes in das Werk einbauen können. Es ist auch, wie

schon erwähnt, die Frage geprüft worden, ob es nicht wünschenswert sei, die mechanische Beschickung auf dem alten Gaswerke möglichst bald einzurichten, und nur die Rücksicht auf die alten Arbeiter hat uns veranlaßt, das noch nicht zu tun. (Hört, hört!) Auf der Gasanstalt sind Arbeiter, die 15 Jahre und länger dort beschäftigt sind; wir hatten daher Bedenken, diese Leute beschäftigungslos zu machen, zumal durch die Einrichtung keine bedeutende Ersparnis für die Stadt zu erwarten war.

Herr Wesemeier: Ich habe ausdrücklich angegeben, daß ich zu meinen Ausführungen die von Herrn von Feiligh mitgeteilten Zahlen benutzt habe und habe ausdrücklich beweisen wollen, daß die 26wöchige Krankenunterstützung keinen Einfluß auf die Höhe des gezahlten Krankengeldes gehabt haben könne, weil niemand so lange krank gewesen sei. Es ist auch nicht richtig, daß in allen Städten, wo die Achtstundenschicht eingeführt worden ist, zwei Arbeitsstunden ohne Entgelt geleistet werden müssen, sondern in vielen Städten, z. B. in Stuttgart, ist mit der Achtstundenschicht ein Stundenlohn von 50 \mathfrak{M} eingeführt worden. Wenn Not an Mann geht, müssen die Arbeiter selbstverständlich auch über ihre Arbeitszeit hinaus fassen. Die Rücksicht auf die alten Arbeiter erkenne ich unumwunden an und ich habe mich dadurch auch leiten lassen, von meinem ursprünglichen Antrage zurückzugehen. Diese Rücksicht hätte man aber auch sonst walten lassen sollen, und es ist nicht richtig, daß die Deputation sich aus eigener Veranlassung mit einer Aufbesserung der Arbeiter beschäftigt hat. Vor drei Jahren sind die Beschwerden der Arbeiter hier bekannt gegeben und Herr Hauswaldt hat noch vor zwei Jahren erklärt, daß das nicht ginge; die Deputation hat also wohl jedesmal zwei Jahre gebraucht, um zu einem Beschlusse zu kommen. Ich bin ebenfalls der Meinung, daß der Antrag der Finanzkommission angenommen werden kann.

Herr Meyerhoff: In bezug auf die Äußerungen des Herrn Riese über Herrn von Feiligh möchte ich bemerken, daß wir in der Deputation — der ich allerdings erst zwei Jahre angehöre — den Eindruck gewonnen haben, in Herrn von Feiligh einen tüchtigen Mann an der rechten Stelle gefunden zu haben, der allen Neuerungen auf dem Gebiete der Gasgewinnung gefolgt ist und der Deputation Aufklärung darüber gegeben hat. Wie Herr Jüdel schon bemerkte, hat uns die Frage der Retorten bewogen, den Umbau der Gasanstalt noch einige Zeit hinauszuschieben, und jetzt ist schon wieder etwas Neues im Werke, daß nämlich jede Stadt ihre Gaswerke zentralisieren soll. Es wird deshalb auch für uns in Frage kommen, ob wir nicht das Gaswerk an der Bahnhofstraße ganz eingehen lassen und ein neues Zentralgaswerk bauen wollen. In Nürnberg ist man z. B. schon dazu übergegangen. Solche Fragen lassen sich natürlich nicht von heute zu morgen entscheiden. Jedenfalls hat Herr von Feiligh sich alle Mühe gegeben, seinen Posten nach jeder Richtung hin vollständig auszufüllen. Wenn uns aus den

Arbeiterkreisen Klagen vorgebracht worden sind, haben wir sie stets wohlwollend geprüft und meistens auch die Wünsche der Leute erfüllt.

Herr Füdel: Gegenüber der Äußerung des Herrn Wesemeier möchte ich besonders konstatieren, daß die Frage der Einführung einer achtsündigen Schicht von uns eingehend geprüft worden ist, daß indessen die Arbeiterschaft des Gaswerkes uns erklärt hat, sie hätte mit der Eingabe nichts zu tun und wäre mit dem jetzigen Zustande ganz zufrieden.

Die sämtlichen Vorschläge der Finanzkommission werden darauf von der Versammlung angenommen.

II. Antrag Nieke: Schaffung eines Kühlraumes für Pferdefleisch.

Der in der Sitzung vom 24. August d. J. — Seite 205 des Berichtes — gestellte und begründete Antrag lautet:

„Die Versammlung wolle beschließen, den Magistrat um eine Vorlage zu ersuchen, die den hiesigen Pferdeschlächtern die Möglichkeit verschafft, das Fleisch ihrer geschlachteten Tiere in der Kühlhalle unterzubringen, oder einen besonderen Kühlraum einzurichten.“

Namens der Finanzkommission berichtet hierüber Herr Esdorn: Wir haben in Braunschweig seit der Eröffnung des Schlachthauses im Jahre 1879 fast immer mit derselben Anzahl geschlachteter Pferde zu rechnen gehabt. Damals waren es 200 Stück, 1902 waren es 258 und im letzten Jahre 234 Stück, während bis zum 1. Oktober d. Js. 175 Stück geschlachtet worden sind, so daß wir wieder auf die gleiche Zahl wie im Vorjahre kommen werden. Nach der Erklärung des Herrn Direktors Koch würden die übrigen Schlächter nicht zugeben, daß das Pferdefleisch in derselben Kühlhalle mit dem anderen Fleisch zusammen untergebracht wird, weil das Pferdefleisch Ammoniakgeruch an sich hätte. Nichts nimmt bekanntlich den Geruch anderer Sachen so leicht an, wie frisches Fleisch, weshalb den übrigen Schlächtern ihre Stellungnahme nicht zu verdenken ist. Wenn wir nun versuchen wollten, die Frage in der Weise zu lösen, daß wir unsere Kühlhalle erweiterten und unsere vorhandenen maschinellen Einrichtungen für den Anbau mit verwendeten, so würde auch in diesem Falle der Ammoniakgeruch des Pferdefleisches dem anderen Fleische mitgeteilt werden, weil die Luft wieder zu der Haupthalle zurückgeführt werden muß; auch würde die Anlage so teuer werden, daß wir der Ausgabe kaum zustimmen könnten. Wenn wir ferner in Betracht ziehen, daß von den 240 geschlachteten Pferden bis zu 40 % nach außerhalb gehen, so müssen wir zugeben, daß im Verhältnis zu anderen Städten der Konsum an Pferdefleisch hier außerordentlich gering ist. Nur in Bremen existiert eine besondere Kühlhalle für Pferdefleisch, jedoch wird dort gegen hier das zehnfache Quantum an Pferden

geschlachtet, während andere Städte, auch wenn sie mit vier- bis zehnfachen Schlachtungen zu rechnen haben, keine besondere Kühlhalle für Pferdefleisch besitzen.

Immerhin ist aber von der Finanzkommission anerkannt worden, daß eine Kühlung auch des Pferdefleisches notwendig erscheint, umso mehr, als es sich hauptsächlich um notgeschlachtete Tiere handelt. Einer der hiesigen drei Roßschlächter hat sich denn auch in seinem Hause schon einen Raum abgeteilt, um dort das Fleisch mit Eis zu kühlen, was sich gut bewährt haben soll. Die Deputation hat geglaubt, den Roßschlächtern dadurch entgegenkommen zu sollen, daß sie ihnen das Eis zum Kühlen billiger liefert. Wir empfehlen deshalb der Versammlung, den Antrag Rieke abzulehnen, aber dem Magistrate anheimzugeben, den Roßschlächtern durch billigere Eislieferung oder in sonst geeignet erscheinender Weise nach Möglichkeit entgegenzukommen.

Herr Blasius: Ich möchte bitten, den Antrag der Finanzkommission anzunehmen; wenn es mir auch leid tut, daß die Kommission nicht weiter gegangen ist und den Antrag Rieke nicht noch energischer empfohlen hat. Ich halte es für wichtig, darauf hinzuweisen, daß das Pferdefleisch in bezug auf seinen Nährwert ein Volksnahrungsmittel ersten Ranges sein könnte. Es wurde uns mitgeteilt, daß nach den Beobachtungen im afrikanischen Kriege der längere Genuß von Pferdefleisch Verdauungsstörungen im Gefolge gehabt habe. Meine alten Kriegskameraden werden mir bezeugen, als wir drei bis vier Monate im Kriege 1870/71 nichts weiter als Rindfleisch bekamen, war uns das auch über; man will eben Abwechslung haben. Wenn unsere Krieger in Afrika monatelang nichts weiter als Pferdefleisch bekommen haben, so kann der Genuß allerdings zu Verdauungsstörungen führen.

Aus Anlaß der Besprechung in der Schlachthausdeputation habe ich mich eingehender mit diesem Gegenstande befaßt und kann Ihnen einige Zahlen über den Nährwert der verschiedenen Fleischarten, und zwar bemessen nach der Stickstoffsubstanz bezw. dem Eiweißgehalt, mitteilen. Es enthalten nämlich an Stickstoffsubstanz: Pferdefleisch 21,71 %, Ochsenfleisch 16,75 %, Kuhfleisch 19,86 %, Kalbfleisch (fett) 18,88 %, Kalbfleisch (mager) 19,86 %, Hammelfleisch (sehr fett) 16,62 %, Hammelfleisch (halbfett) 17,11 %, Schweinefleisch (fett) 14,54 %, Schweinefleisch (mager) 20,25 %. An Nährwert kommt dem Pferdefleisch also nur das magere Schweinefleisch nahe. Wir werden auch wohl alle, bewußt oder unbewußt, schon einmal Pferdefleisch gegessen haben. Ueber den Geschmack des Fleisches kann ich keine näheren Mitteilungen machen; daß es aber dem Menschen gut bekommen wird, kann man schon aus der Nahrung der Pferde schließen. Es gibt wohl kein unappetitlicheres Tier als das Schwein, das frißt eben alles und doch ist der Geschmack des Schweinefleisches ganz außerordentlich verschieden, je nachdem das Tier gemästet worden ist. Ebenso ist es mit den Kälbern. Man kann a priori

nicht annehmen, daß ein Tier wie das Pferd, das so reinliche Nahrung zu sich nimmt, etwas Schädliches oder Nichtgut schmeckendes in seinem Fleische haben kann.

Es war mir interessant, mich über den Genuß des Pferdefleisches in früheren Zeiten zu orientieren und ich habe bei der Gelegenheit ermittelt, daß unsere Vorfahren zur Zeit des Tacitus sich vielfach von Pferdefleisch nährten und ihren Göttern Pferde opferten. Eine Bulle Papst Gregors III. untersagte den Genuß des Pferdefleisches, um den damit verbundenen heidnischen Götzendienst aufzuheben. Von der Zeit an bis zum Anfange des 19. Jahrhunderts ist sodann Pferdefleisch nicht mehr gegessen worden. Im Jahre 1825 hat eine französische Kommission das Pferdefleisch für ein gutes Nahrungsmittel erklärt und nachdem 1856 ein berühmter französischer Gelehrter, Geoffroy St. Hilaire, für die Bewertung des Pferdefleisches als Nahrungsmittel warm eingetreten war, wurde es auch in Deutschland wieder zu dem genießbaren Fleisch gezählt. Es ist tatsächlich nichts als ein Vorurteil, daß wir das Pferdefleisch hier so herabsetzen und es wäre meiner Ansicht nach wünschenswert, daß bei der jetzigen Fleischteuerung und Fleischnot, die nach allgemeiner Ansicht besteht, alles geschieht, um den Genuß des Pferdefleisches mehr als bisher zu ermöglichen. Dazu gehört aber, daß wir auch das Kühlen dieses Fleisches den Pferdeschlachtern möglich machen.

Ich habe übrigens noch niemals gefunden, daß dem Pferdefleische Ammoniakgeruch anhaftet, weshalb ich nicht verstehe, daß man in unsere Kühlhalle nicht auch Pferdeschinken soll bringen dürfen. Wenn man das nun aber einmal nicht tun will, so würde man doch vielleicht eine kleine Nebenkühlhalle für Pferdefleisch herrichten können und man hätte dadurch dem Pferdefleisch wenigstens die Möglichkeit verschafft, allgemeiner genossen zu werden. Es liegt keine Veranlassung vor, das Fleisch so von oben herunter zu behandeln, denn es ist Fleisch von Tieren, die reinlich ernährt werden. Ich möchte deshalb bitten, dem Magistrate zur Erwägung zu verstellen, möglichst durch Errichtung einer besonderen einfachen Kühlhalle den Pferdeschlachtern die Möglichkeit zu geben, ihr Fleisch zu konservieren.

Herr Esborn: Die Ausführungen des Herrn Vorredners waren sehr interessant, und es sollte mich freuen, wenn die warme Empfehlung des Pferdefleisches mit dazu beitragen würde, die Fleischteuerung zu heben. Widersprechen muß ich aber insofern, als das Pferdefleisch keinen besonderen Geruch haben soll. Der Geruch ist bestimmt vorhanden, wie uns das der Herr Antragsteller in der Kommission auch drastisch nachgewiesen hat, ob es nun gerade ein Ammoniakgeruch ist, will ich dahingestellt sein lassen. Wenn mir der Schlachthausdirektor Koch erklärt, die übrigen Schlächter wollten ihr Fleisch in der Kühlhalle nicht mit Pferdefleisch zusammenhängen, so muß das richtig sein, und wir konnten in der Finanzkommission daraufhin keinen anderen Standpunkt einnehmen, als das geschehen ist. Selbst für ein Nebenkühlhaus müßten etwa 50 000 M für die drei

hiesigen Rostschlachter angewendet werden. Einen solchen Anbau erklärt Herr Direktor Koch schon deshalb für unmöglich, weil dieselbe Luft wieder in das große Kühlhaus zurückkommen und den Geruch des Pferdefleisches dahin übertragen würde. Die Finanzkommission kann daher über ihren Antrag nicht hinausgehen.

Herr Stadtrat von Frankenberg: Es wird mir nicht ganz leicht, gegen die Ausführungen des Herrn Blasius anzukämpfen, der mit einem reichen Schatze von gesundheitlichen und geschichtlichen Kenntnissen für das Pferdefleisch auf die Wahlstatt gezogen ist. Allerdings weiß ich nicht genau, ob seine Befürwortung des Pferdefleisches mehr theoretischer als platonischer Natur gewesen ist, und ob er auch in der Praxis dafür eintritt. Seine eigenen Worte, daß er über den Geschmack des Fleisches keine eigenen Angaben machen könne, lassen wohl auf das erstere schließen. Ich wäre auch der Letzte, der damit rechten möchte.

Es besteht in Braunschweig ein besonders fest eingewurzeltes Vorurteil gegen den Genuß von Pferdefleisch. Als das Schlachthaus im Jahre 1879 eröffnet war, sind dort im ersten Jahre 200 Pferde geschlachtet und in der langen Zwischenzeit hat sich die Zahl nur ganz wenig gehoben. Im Jahre 1902 waren es 258 Stück, 1903 = 241 Stück, 1904 = 234 Stück und bis zum 1. Oktober d. J. sind von den drei Schlachtern 175 Stück geschlachtet worden, so daß auf das Jahr 1905 etwa 240 Stück kommen werden. Dagegen hat sich im gesamten Deutschen Reiche der Konsum von Pferdefleisch ganz bedeutend gehoben, indem die 50 000 Schlachtungen des Jahres 1901 auf 63 000 im Jahre 1902 gestiegen sind. Meiner Ansicht nach hat aber nicht das Fehlen einer Kühlhalle hier den mäßigen Konsum an Pferdefleisch gezeitigt, sondern allein das Vorurteil der Bevölkerung, und das würden wir auch mit der Einrichtung einer Kühlhalle nicht überwinden. Im übrigen sind Deputation und Magistrat bereit, den Pferdeschlachtern gewisse Erleichterungen zu verschaffen, jedoch bitten wir, darüber hinaus nicht zu gehen.

Herr Rieke: Als das Kühlhaus gebaut wurde, habe ich schon einen entsprechenden Antrag gestellt und Herr Blasius war auch ein reger Befürworter desselben. Mein Antrag wurde aber abgewiesen, weil die hiesigen Schlachter einen bedeutenden Wurstexport haben und sich durch die Zulassung von Pferdefleisch zu den Kühlräumen geschädigt glaubten. Ob das Pferdefleisch Ammoniakgeruch an sich hat, wage ich nicht zu entscheiden. So viel steht aber fest, wenn man als Maurer an den Wänden eines Pferdestalles zu tun hat, so dauert es nicht lange, daß einem das Wasser aus Mund und Nase läuft und man es in dem Raume nicht aushalten kann, während das in einem anderen Viehstalle nicht der Fall ist. Ich folgere daraus, daß in dem Pferdestalle ein ammoniakartiger Geruch herrscht. Der Herr Direktor Koch hat mir erklärt, daß bei der Erbauung eines eigenen Kühlhauses auch neue Maschinen beschafft werden müßten, um es von dem großen Kühlhause vollständig zu isolieren. Hierfür würden insgesamt 50 000 M. auf-

zuwenden sein, deren Verzinsung und Amortisation aber von den drei hiesigen Roßschlachtern nicht aufgebracht werden könnte. Ob das richtig ist, kann ich nicht kontrollieren. Da genügender Platz vorhanden ist, so könnte man vielleicht auf dem einen Flügel des Kühlhauses einen Anbau errichten, der ausreichte, um den drei Schlachtern einen Platz für ihr Fleisch anzuweisen. Man hat doch auch für die Schlachter vom Lande Platz geschaffen.

Wer einmal im Sommer vor dem Laden eines Pferdeschlachters vorbeigeht, der hat im allgemeinen schon genug und wird gar nicht hineingehen. Obwohl ich mich auch nicht auf den Geschmack des Pferdefleisches verstehe, so muß ich doch Herrn Blasius beipflichten, daß das Pferd das reinlichste Tier ist. Wenn man aber vom Menschen sagt: Sage mir, was du ißt, so will ich dir sagen, wer du bist, so läßt sich das auch vom Tiere behaupten. Ein gut Teil von den hier geschlachteten Pferden geht nach Hannover, wo man anscheinend nicht so sehr gegen den Pferdefleischgenuß eingenommen ist wie hier. Unter der Regierung des Königs Ernst August war der schönste Schlachterladen der Stadt Hannover der des Pferdeschlachters Busch, der auch für die Hofküche Lieferungen zu machen hatte. Aus dieser Zeit stammt es wohl, daß von hier Pferdefleisch nach Hannover verschickt wird. Wenn hier der Konsum an Pferdefleisch nicht gestiegen ist, so liegt das daran, daß hier das Vorurteil dagegen zu groß ist. Immerhin gibt es noch eine ganze Masse Menschen, die sich den Genuß anderen Fleisches nicht erlauben kann und daher Pferdefleisch konsumiert. Das ist der allerärmste und unbemittelteste Teil der Bevölkerung. Da das aber geschieht, so haben wir darauf Rücksicht zu nehmen und dafür zu sorgen, daß auch diesem Teile der Einwohnerschaft das Fleisch in einem guten und nicht gesundheitschädlichen Zustande verabreicht wird. Es ist ein Glück, daß wir hier noch nicht so weit sind wie in Sachsen, wo in verschiedenen Städten wie Halle a. S., Chemnitz, Grimmitzschau zc. den ärmsten der Bevölkerung Hundefleisch verkauft wird. Das ist die Nahrung der armen Grimmitzschauer Weber! Soweit sind wir glücklicherweise noch nicht herunter. Immerhin schafft der Magistrat hier schon Abhilfe, wenn den Pferdeschlachtern das Eis zur Hälfte des bisherigen Preises geliefert wird und sie sich dann zu Hause eine eigene Kühlanlage einrichten. Vorzuziehen wäre es aber auf jeden Fall, wenn im Schlachthause entsprechende Einrichtungen getroffen werden könnten, weil die Roßschlachter in ihren engen Räumlichkeiten nicht den erforderlichen Platz dafür besitzen. Ich möchte daher den Magistrat ersuchen, den Leuten nach Möglichkeit entgegenzukommen und ihnen in erster Linie Eis zum halben Preise zu liefern und außerdem in Erwägung zu nehmen, ob ihnen nicht im Schlachthause ein entsprechender Kühlraum überwiesen werden kann.

Herr Wolters: Ich will durchaus keine Propaganda für den Pferdefleischgenuß machen, möchte jedoch folgendes anführen: Nach den hier gehörten Meinungs-

äußerungen gewinnt es den Anschein, als ob es recht schwierig sei, einen geeigneten abgeordneten Kühlraum im Schlachthause selbst zu schaffen, weil die gekühlte Luft aus diesem Raume wieder in die große Kühlhalle zurückgeleitet werden müßte. Das ist aber durchaus nicht nötig, weil die Räume durch indirekte Luft gekühlt werden können. Die Kühlkörper hängen nämlich nicht direkt in den betreffenden Räumen, sondern die Luft wird hineingedrückt und durch Exhaustoren wieder herausgebracht. Es ist also nicht nötig, die Kohlensäure durch eine besondere Leitung hineinzubringen und eine direkte Kühlung einzurichten, so daß die Luft nicht mit dem anderen Raume in Verbindung kommt. Da es also technisch ausführbar ist, einen Kühlraum für Pferdefleisch zu schaffen ohne Schädigung der anderen Fleischsorten, so erscheint mir diese Einrichtung praktischer zu sein als die Abgabe von billigem Eis an die Pferdeschlächter.

Herr Blasius: Ich muß dabei bleiben, daß das Pferdefleisch nicht nach Ammoniak riecht. Selbstverständlich hat es wie jedes andere Fleisch seinen spezifischen Geruch, denn Herren mit guter Nase werden z. B. auch Rindfleisch von Hammelfleisch durch den Geruch unterscheiden können.

Herr Rathe: Es tut mir leid, daß der Antrag Riefe nicht im vollen Umfange angenommen werden kann. Schon seit längerer Zeit ist mir bekannt, daß die übrigen Schlächter gebeten haben, das Pferdefleisch aus der Kühlhalle fortzulassen; ich hätte deshalb gern gesehen, wenn die Errichtung eines eigenen Kühlhauses für Pferdefleisch beantragt worden wäre. In früherer Zeit hat man wohl mehr Pferdefleisch gegessen, weil damals die Pferde nicht teurer waren als das Rindvieh; wenn aber ein gutes junges Pferd mit 1000 bis 1200 M bezahlt werden muß, so wird es wohl niemand einfallen, ein solches Tier zu schlachten. Der Widerwille gegen das Pferdefleisch kommt im allgemeinen daher, daß niemand das Fleisch von einem alten abgebrauchten und abgelebten Droschkengauler essen mag, während die Leute das Fleisch von einem jungen Tiere, das vielleicht ein Bein gebrochen hat, gern kaufen und essen.

Herr Schöttler: Die Ausführungen des Herrn Wolters kann ich nur bestätigen und ich möchte zugleich dem Magistrate anheimgeben, die Deputation für die Einrichtung und Erweiterung der Kühlhalle, die seit sehr langer Zeit nicht in Tätigkeit getreten ist, aufzufordern, sich mit dieser Sache näher zu befassen.

Der Antrag der Finanzkommission wird sodann angenommen.

III. Instandsetzung eines Teiles der Gildenstraße.

Die städt. Bauverwaltung legt dem Magistrate einen Entwurf zur Instandsetzung der Gildenstraße zwischen der Sonnenstraße und dem Gieseler mit dem Berichte vor, daß durch die Instandsetzung der Straße in der bisher üblichen

Weise mit Pflasterung der Fahrbahn und Herstellung von Plattenbelag auf den Fußwegen ein Gesamtaufwand von 60 400 M erforderlich würde, wovon 49 400 M seitens der Stadt und 11 000 M seitens der Anlieger zu tragen sind. Wenn die Fahrbahn mit Stampfasphalt auf Betonunterlage und die Fußwege mit Plattenbelag befestigt werden sollen, so wird ebenfalls ein Aufwand von 60 400 M erforderlich werden. Sollen aber die Fahrbahn mit Stampfasphalt, die Fußwege aber mit Gußasphalt auf Betonunterlage befestigt werden, so würde unter Anrechnung des Wertes der verfügbar werdenden Platten nur ein Gesamtaufwand von 55 000 M entstehen. Die städt. Bauverwaltung empfiehlt mit Rücksicht auf den nicht unerheblichen Winderaufwand die Instandsetzung der Straße in der letztgedachten Art zur Ausführung zu bringen.

Dem gegenüber ersucht der Magistrat, die Instandsetzung der Straßenstrecke durch Pflasterung der Fahrbahn und Herstellung von Plattenbelag auf den Fußwegen zu genehmigen. Die Fahrbahn mit Stampfasphalt zu befestigen, kann der Magistrat wegen des verhältnismäßig starken Lastverkehrs der Gildenstraße nicht empfehlen und ebenso wenig kann er sich für die Verwendung von Gußasphalt bei den Fußwegen aussprechen, einmal weil der Plattenbelag die unzweifelhaft solidere und wegen der verschwindend geringen Reparaturkosten auf die Dauer vielleicht auch die billigere Befestigungsart ist, sodann aber auch, weil die bei Asphalt nicht zu umgehenden häufigen Reparaturarbeiten in der Innenstadt zu verkehrstörend wirken.

Namens der Baukommission berichtet über die Vorlage Herr Meyerhoff: Mit Rücksicht darauf, daß vor einigen Jahren von der Versammlung beschlossen war, der Asphaltierung von Straßenzügen in der Weise näher zu treten, daß bei sich bietender Gelegenheit einmal der Versuch gemacht würde, einen größeren Straßenzug zu asphaltieren, wollte ich den Magistrat bitten, den Versuch mit der Gildenstraße zu machen. Der Versuch würde sich hier schon deshalb empfohlen haben, weil die Anwohner dann vor dem unliebbaren Geräusch der Wagen geschützt wären und weil man auch einmal hätte ausprobieren können, wie sich der Asphalt auf solchen Straßen bewährt, die keine Straßenbahngleise haben. Die Mehrheit der Baukommission war indessen anderer Ansicht und empfiehlt mit dem Magistrate die Pflasterung der Straße. Sie konnte sich vorläufig nicht dazu verstehen, teils weil noch die sicheren Unterlagen über die Haltbarkeit und die Kosten der Asphaltierung fehlten, teils weil bei der Legung von Hausanschlüssen zur Gas- und Wasserleitung das Asphaltpflaster wieder aufgebrochen werden müßte und dann nicht wieder ordnungsmäßig hergestellt werden könnte. Diese Unannehmlichkeit tritt aber bei der Steinpflasterung auch ein und zwar soll nach Aussage eines städtischen Baubeamten eine Reparatur beim Stampfasphalt leichter herzustellen

sein, als beim Steinpflaster. Aus diesen Gründen habe ich Ihnen die Magistratsvorlage zur Annahme zu empfehlen.

Die Vorlage wird darauf genehmigt.

IV. Wahl von Mitgliedern in die Deputation für Errichtung einer Zentralbadeanstalt.

Nach einer Mitteilung des Magistrates hat dieser beschlossen, in die nach dem Beschlusse der vorigen Sitzung einzusetzende Deputation für Errichtung einer Zentralbadeanstalt — Seite 231 des Berichtes — die Herren Oberbürgermeister Ketemeyer und Stadtrat Lange abzuordnen. Die Versammlung wird ersucht, zur Wahl von fünf Mitgliedern aus der Versammlung zu schreiten, was nunmehr geschieht.

Es werden gewählt, durch Zuruf die Herren Günther und Wolters und durch Stimmzettel die Herren Frühling mit 24, Jüdel mit 21 und Hauswaldt mit 18 von 32 abgegebenen Stimmen. Außerdem erhielten Stimmen die Herren Blasius 14, Rathe, Vord, Meyerhoff und Weichsel je 3 und Brückmann, Bunge, Esborn, Göcke, Lübke, Ohlendorf und Schmidt je 1 Stimme.

V. Plattenbelag auf der Marthastrafe.

Auf Anregung eines Anliegers der Marthastrafe gibt der Magistrat anheim, zu genehmigen, daß der westliche Fußweg dieser Strafe mit Platten belegt werde. Der Plattenbelag würde bei einer Breite von 1,80 m 1100 M kosten, wovon 1070 M seitens der Anlieger zu übernehmen sind, so daß der voraussichtliche Einheitsbeitrag 8,05 M für 1 m Frontlänge betragen würde. Von der Herrichtung des Plattenbelages auf dem östlichen Fußwege soll einstweilen noch Abstand genommen werden.

Herr Meyerhoff gibt die Genehmigung der Vorlage namens der Baukommission anheim.

Herr Sander: Ich möchte fragen, ob sämtliche westlichen Anlieger der Marthastrafe der Belegung der Fußwege mit Platten zugestimmt haben.

Herr Probst: Die Marthastrafe teilt sich eigentlich in zwei Teile, nördlich und südlich von der Körnerstraße. Der nördliche Teil ist auf beiden Seiten mit Platten belegt, während vom südlichen Teile die östliche Seite nach der Magistratsvorlage keine Platten erhalten soll. Da indessen die Bebauung des südlichen Teiles der Strafe auf beiden Seiten gleich ist, so liegt kein Grund vor, die östliche Seite ohne Plattenbelag zu lassen; ich beantrage deshalb, beide Seiten mit Platten zu belegen.

Herr Meyerhoff: Die Gesuchsteller sind nur Anlieger der westlichen Straßenseite, so daß keine Ursache vorliegt, der anderen Seite den Plattenbelag

aufzudrängen. Auf der westlichen Seite befinden sich acht Anlieger, von denen sechs dem Antrage zugestimmt haben. Von den Anliegern der Ostseite liegt ein Antrag überhaupt nicht vor.

Herr Bürgermeister Meyer: Wenn der von Herrn Probst geäußerte Wunsch auch von den Anliegern der östlichen Straßenseite geteilt werden sollte, so würden sie sich beim Magistrat nur zu melden haben und der Magistrat würde der Versammlung gern mit einer Vorlage kommen.

Herr Probst: Soviel ich weiß, ist man von dem Grundsatz, daß die Belegung von Fußwegen mit Platten nur auf Wunsch der Anlieger erfolgen soll, seit einiger Zeit abgegangen und wartet nicht mehr auf die Verlautbarung derartiger Wünsche. Herr Hauswaldt bezeichnete solche Instandsetzung der Fußwege vor einiger Zeit sogar als Strafe für die Anlieger, jedoch hat sich der Magistrat dieser Ansicht nicht angeschlossen. Im Interesse der Allgemeinheit möchte ich dafür sein, daß die östliche Seite der Marthastrasse auch ohne Anregung der Anlieger Plattenbelag erhält.

Herr Oberbürgermeister Ketemeyer: In Abwesenheit des Herrn Kollegen Meyer habe ich diese Sache seinerzeit bearbeitet. Wir haben uns dabei im Magistrat auf den Standpunkt gestellt, daß die Marthastrasse zu wenig durchgehenden Verkehr hat, um eine Belegung der östlichen Seite mit Platten für nötig zu halten. Sollte die Versammlung anderer Ansicht sein, so bitte ich das zum Ausdruck zu bringen.

Herr Sander: Wenn nicht sämtliche Anlieger der westlichen Straßenseite den Antrag auf Instandsetzung der Fußwege gestellt haben, so hätte müssen die Baukommission den Antrag konsequenterweise zur Ablehnung empfehlen. Bei der Ablehnung meines derzeitigen Antrages bezüglich der Osterstraße wurde gesagt: Mit Rücksicht auf die Finanzlage der Stadt hat die Baukommission beschlossen, den Antrag zur Ablehnung zu empfehlen. Die Fußwege der Osterstraße waren nicht besser als die Fußwege der Marthastrasse; wenn dort aber auf den Magistrat Rücksicht genommen wurde, so mußte man hier mit demselben Rechte auf die betr. Anlieger Rücksicht nehmen, denn die Finanzlage der Hausbesitzer ist ebenso zu berücksichtigen, wie die Finanzlage der Stadt. Das geschieht hier aber nicht. Wenn von 8 Anliegern nur 6 die Belegung wünschen, so liegt hier dasselbe Verhältnis vor, wie in der Osterstraße. Dort haben die beiden in Frage kommenden Anlieger den Antrag gestellt und trotzdem ist er abgelehnt worden. Wenn Sie den Antrag der Baukommission annehmen, so messen Sie nicht mit gleichem Maße.

Herr Bürgermeister Meyer: Der Magistrat hat schon früher einmal die Erklärung abgegeben, daß er zum Ausbau von Fußwegen schreiten würde, wenn ein öffentliches Interesse vorliege, oder die Mehrheit der Anlieger einen entsprechenden Antrag stelle. Unter einer solchen Mehrheit ist aber nicht nur eine

Mehrheit an Personen, sondern auch die größere Länge der Straßenstrecke zu verstehen. Bei der Osterstraße war der auf die Stadt entfallende Kostenanteil sehr hoch im Vergleiche zu dem Antteile der beiden Anlieger, so daß die Stadt ein sehr gewichtiges Wort mitzureden hatte. Dagegen haben in der Marthastrasse $\frac{1}{2}$ der betr. Anlieger die bessere Ausgestaltung des westlichen Fußweges beantragt, so daß bei einer so erdrückenden Mehrheit kein Grund vorliegt, dem Wunsche nicht zu entsprechen.

Herr Fricke: Mit der Osterstraße liegt die Sache denn doch etwas anders, als Herr Sander vorgetragen hat. Die ganze Osterstraße ist auf beiden Seiten mit Platten belegt und nur die beiden Enden der Straße sind mit Ausnahme eines Privathauses noch im Rückstande. Die Kosten der Instandsetzung wären der Stadt zur Last gefallen und diese hatte gar keinen Antrag gestellt, wollte also auch die Kosten nicht tragen. Deshalb hatte die Baukommission die Ablehnung des Antrages empfohlen, zumal der Weg dort noch sehr gut war.

Herr Sander: Ich bin anderer Ansicht, als Herr Bürgermeister Meyer. Nicht die Frontlänge der Grundstücke kommt hierbei in Frage, sondern die Anzahl der Anlieger. Wenn Herr Fricke meint, die ganze Osterstraße sei mit Platten belegt, so muß ich ihm erwidern, daß er die Straße nicht so genau zu kennen scheint. Auf dem einen Ende nach der Neustadtmühle zu ist die Straße allerdings mit Platten belegt, aber auf der Hälfte, wo die Stadt in Frage kommt, fehlen die Platten noch. In Bürgerkreisen versteht man nicht, daß der Plattenbelag genehmigt wird, sobald ihn die Anlieger bezahlen müssen, während im anderen Falle keine Mittel dazu vorhanden sind.

Herr Meyerhoff: Wenn Herr Probst der Baukommission den Vorwurf macht, daß wir nicht beantragt haben, auch die andere Straßenseite mit Platten zu belegen, so muß ich ihm erwidern, daß ich auch in Zukunft als Referent nicht anders handeln würde, weil ich den Anliegern einer Straße den Plattenbelag nicht aufdrängen mag.

Die Magistratsvorlage wird darauf genehmigt, der Antrag Probst aber abgelehnt.

VI. Anschließung von Quellwasser im Süden der Stadt.

In der Sitzung vom 6. Oktober 1904 — Seite 263 des Berichtes — ist von der Versammlung genehmigt worden, daß von der aus der Anleihe für das neue Wasserwerk verfügbar gebliebenen Summe von 123 521,71 M der Kaufpreis für das Wasserturmgrundstück mit 44 424 M in die Kämmereikasse abgeführt und der Rest zu 79 097,71 M in der Kasse des städtischen Wasserwerkes zu dem Zwecke verfügbar gehalten werden sollte, damit von dieser Summe die Kosten der beschlossenen Erweiterung der Wasserversorgung in östlicher und westlicher Richtung und

daneben die zu 10 000 M veranschlagten Kosten für Probebohrungen im Süden der Stadt bestritten werden sollten. Die Ausführung dieser Arbeiten wurde der Quellwasserdeputation übertragen.

Während die Arbeiten zur Erweiterung der Wasserfassung noch nicht beendet sind, wurden die im Süden der Stadt zwischen dem Kennel und den Dörfern Melverode und Rüningen einerseits und zwischen der Wolfenbütteler- und Frankfurterstraße andererseits unternommenen Probebohrungen zum Abschluß gebracht. Im Einvernehmen mit der Deputation ist der Magistrat der Ansicht, daß es sich empfiehlt, durch einen Probebetrieb die Ergiebigkeit des durch die Probebohrungen erschlossenen Geländes festzustellen, damit eventuell im Bedarfsfalle der Stadt auch von Süden her Wasser zugeführt werden kann. Die Kosten eines solchen auf die Dauer von 60 Tagen auszudehnenden Probebetriebes sind zu 27 500 M veranschlagt. Da die vorgedachten 79 097,⁷¹ M nach Abzug der Kosten der Probebohrungen zu 6869,⁹⁹ M und eines Teiles der Kosten für Erweiterung der Wasserfassung des neuen Werkes voraussichtlich nicht genügen werden, so dürfte es sich empfehlen, die 27 500 M für den Probebetrieb dem Reservefonds des Wasserwerkes zur Last zu legen. Die Ausführung dieser Arbeiten würde ebenfalls der Quellwasserdeputation zu übertragen sein.

Die Versammlung wird ersucht, dieser Maßnahme unter Verwilligung der zu 27 500 M veranschlagten Kosten zuzustimmen.

Aus dem Berichte des Direktors des Wasserwerkes, Herrn von Feilisch, möge folgendes hervorgehoben werden: Das untersuchte Gelände hat eine Ausdehnung von 1,5 qkm und wird begrenzt im Norden durch die Klärteiche und den anschließenden Ökerteich, im Osten durch die Wolfenbüttelerstraße, im Süden durch eine Linie, die gegeben wird durch die beiden Punkte Melverode und Turmsberg, und im Westen durch die verlängerte Frankfurterstraße.

Nachdem die Vorverhandlungen mit den beteiligten Grundstücksbesitzern und den Gemeindevorständen in Melverode und Rüningen wegen Benutzung der Gemeindewege abgeschlossen waren, wurden am 1. Februar 1905 die Bohrarbeiten aufgenommen. Im ganzen sind 22 Bohrlöcher mit einer gesamten Tiefe von 485,⁰⁶ m niedergebracht. Die aufgedeckten Grundwasserspiegel haben gelehrt, daß im Ökertale innerhalb der untersuchten Grenzen nur ein Wasserstockwerk vorhanden ist und die Spiegelstände in gegenseitige Beziehung gebracht werden können. Außer den sichtbaren Flußwasserspiegeln sind 25 Grundwasserspiegel kotiert und laufend beobachtet worden. Die Mächtigkeit der wasserführenden Geschiebe erreicht eine Größe von 28 bis 32 m, also ein ungewöhnlich hohes und vorteilhaftes Maß. Die kleinsten Mächtigkeiten sind längs der Wolfenbüttelerstraße vorhanden.

Die Güte des im Versuchsfelde fließenden Grundwassers ist für hiesige Verhältnisse durchaus zufriedenstellend, d. h. es ist eisenhaltig, wenn auch nicht hoch-

gradig. Der Chlorgehalt ist geringer, die organischen Stoffe und die Härte etwas höher, als bei unserm jetzigen Leitungswasser. Ammoniak, salpetrige Säure und Salpetersäure waren nicht nachzuweisen. In einigen Bohrlöchern wurden Spuren von Del angetroffen und das gepumpte Wasser hatte einen schwachen petroleumähnlichen Geruch. Es ist aber mit Sicherheit anzunehmen, daß diese Erscheinung räumlich begrenzt ist und zu Bedenken keinen Anlaß geben kann. Immerhin ist es ratsam, mit der Fassungsanlage nicht zu nahe an die zweifelhaften Stellen heranzugehen. Die im Wasser vorhandenen Eisensalze werden sich voraussichtlich sehr leicht abcheiden lassen, da alle in der Talwiese angelegten Entwässerungsgräben dauernd rotbraun gefärbtes Wasser nach der Ober führen. Da die das Grundwasser überlagernden feinen moorigen und lehmigen homogenen Sande Bakterienfreiheit garantieren, wurden bakteriologische Untersuchungen des Wassers aus Sparsamkeitsrücksichten unterlassen.

Das Gutachten wird dahin zusammengefaßt: Das untersuchte Feld ist auf der westlichen Hälfte vielversprechend und auf alle Fälle wert, durch einen Versuchsbrunnen bewirtschaftet zu werden. Die hierfür zu erbauende Fassungsanlage erhält ihren Platz in dem hochwasserfreien Dreieck östlich von der Eisenbahnlinie. Die durch einen 60tägigen Dauerbetrieb zu hebende Wassermenge ist auf 4000 cbm täglich festgesetzt und werden für die Erschließung dieser Wassermenge zehn Brunnen voraussichtlich ausreichend sein. Die Brunnen werden zweckmäßig so gelegt, daß sie den ölhaltigen Bohrlöchern möglichst nahe sind, um etwaige Beeinflussungen von dieser Seite schon bei dem Pumpversuche ermitteln zu können. Ferner muß die Fassung der Bedingung genügen, daß sie beim günstigen Ausfalle des Versuchs für den späteren Dauerbetrieb benutzbar ist.

Namens der Finanzkommission berichtet über die Vorlage Herr Wolters: Die Kommission stimmt der Vorlage in allen Punkten bei. Wenn dies der Vorlage auch etwas vorgreift, so will ich doch einiges über die Bauidee mitteilen, wie sie sich gestalten wird, wenn die Bohrungen von Erfolg sein werden. Ursprünglich wollte man das alte Flußwasserwerk im Eisenbahnpark mit der Leitung nach den Klärteichen und vielleicht auch mit einem Teile der Kessel und Maschinen benutzen und dieses gewissermaßen als eine Zentrale einrichten. Die Bohrungen im Süden der Stadt haben aber dargetan, daß es nötig ist, auf dem Gelände ein eigenes neues Wasserwerk zu errichten, welches das Grundwasser aufpumpt. Bei der Entfernung, in der sich der alte Wasserturm von dem Gelände befindet — etwa $2\frac{1}{2}$ km — ist es unmöglich, das Wasser heranzulangen. Auf dem Gelände muß auf jeden Fall eine Pumpanlage geschaffen werden. Ebenso reicht ein Leitungsröhr von 600 mm Durchmesser nicht aus, um das Wasser dem alten Turme zuzuführen, weil die Verschlemmung bald so stark sein würde, daß kein

Wasser mehr durchflöße. Auch die Enteisungsanlage muß auf das neue Terrain gelegt werden.

Im übrigen handelt es sich zurzeit noch nicht um die Bauidee, sondern nur um die Bewilligung von Mitteln für einen Probebetrieb.

Herr Sander: Sind wir denn bei dem neuen Wasserwerke am Dovesee schon an der Grenze der Leistungsfähigkeit angelangt, so daß wir mit dem Bau eines neuen Wasserwerkes vorgehen müssen? Bisher hat die Beantwortung solcher Anfragen durch den Magistrat doch immer sehr zuversichtlich gelaute. Mit den Bohrversuchen bin ich einverstanden, aber mit dem Bau eines neuen Wasserwerkes brauchen wir uns wohl noch nicht zu befassen.

Herr Wolters: Die ganze Vorlage hat nur den Zweck, uns Sicherheit zu verschaffen. Bei den Erfahrungen des vorigen Jahres ist es der Versammlung in der Sitzung vom 6. Oktober 1904 als wünschenswert erschienen, festzustellen, ob wir von der anderen Seite der Stadt noch Wasser bekommen können. Was die Leistungsfähigkeit unseres Wasserwerkes am Dovesee betrifft, so ist es seinerzeit für eine durchschnittliche Tagesleistung von 12000 bis 13000 cbm und eine Maximalleistung von 16000 cbm gebaut worden, hat diese Leistung aber schon wesentlich überschritten, indem es bereits 17000 cbm erreicht hat. Der eine Teil der seinerzeit beschlossenen Brunnen ist an das Werk schon angeschlossen, während 16 weitere Brunnen noch in diesen Tagen angeschlossen werden. Eine Leistungsfähigkeit der gesamten Anlage des Werkes läßt sich mit Sicherheit nicht feststellen, weil stets ein Teil der Rohrbrunnen gereinigt wird. In einem Zeitraum von vier Jahren sind nämlich sämtliche Rohrbrunnen zu reinigen, weil sich zu viel Eisen auflagert. Es handelt sich hier auch nicht darum, die äußerste Leistungsfähigkeit des Werkes am Dovesee festzustellen, sondern wir wollen uns vergewissern, ob wir im Süden der Stadt einen sicheren Ersatz haben, sofern das jetzige Werk nicht ausreicht. Die Finanzkommission meint, man möchte den Zeitpunkt solcher Sicherung nicht zu weit hinausschieben, sondern schon jetzt mit den Pumpversuchen beginnen.

Herr Kalms: Die Bohrungen sind in der Nähe des Terrains vorgenommen, auf dem der neue Bahnhof in Aussicht genommen sein soll. Ehe man 27000 M bewilligt, müßte man doch wohl wissen, wohin der neue Bahnhof geplant worden ist.

Herr Wolters: Die Frage kann ich kurz dahin beantworten, daß der Punkt etwa 2½ km vom jetzigen Bahnhofsgebäude entfernt ist, während der neue Bahnhof 1800 m davon entfernt projektiert worden ist, so daß 700 m dazwischen liegen.

Herr Meyerhoff: Die Frage des Herrn Kalms war insofern begründet, als die neuen Brunnen allerdings nicht durch das Bahnhofsgebäude, wohl aber durch die Gleise alteriert werden könnten. Es wäre daher erwünscht, daß kein Rohrbrunnen unter ein Eisenbahngleis zu liegen kommt.

Herr Oberbürgermeister Metemeyer: Es kann jetzt niemand sagen, wohin die Gleise kommen werden. Im übrigen legen wir die Brunnen gern an die Eisenbahngleise an, wie das bei der Gifhorner Linie auch geschehen ist. Nach dem vorliegenden Projekte wird die neue Brunnenanlage durch die Bahnhofsgleise nicht gestört werden.

Der Magistratsvorlage wird sodann zugestimmt.

VII. Hundesteuer-Erlassgesuche.

Auf Empfehlung der Statutenkommission, für die Herr Bues berichtet, wird dem Schlosser Schult die Steuer für einen im März beschafften Hund auf 7,50 M ermäßigt, während das Gesuch der Witwe Papemeyer um Erlass der Hundesteuer abgelehnt wird.

VIII. Anlage von Rohrbrunnen zur Straßenbesprengung etc.

Dem Magistrate erscheint es zweckmäßig, durch Anlegung und Beanspruchung von zwei Brunnen festzustellen, ob zwecks Entlastung des Wasserwerkes zur Besprengung der Straßen und zum Begießen der Laubbäume Wasser gewonnen werden kann. Er gibt daher anheim, zu dem Zwecke die Summe von 1800 M zu bewilligen. Es handelt sich um die versuchsweise Anlegung von zwei Rohrbrunnen mit Wasserstrahlpumpe. Der Rohrbrunnen wird ein aushebbares Saugrohr und einen gußeisernen Oberteil als Saugraum erhalten, durch den das Wasserleitungsrohr abgeschlossen ist. Im senkrechten Teile dieser Rohrleitung ist eine durch Saugwirkung arbeitende Wasserhebevorrichtung angeordnet, die das Grundwasser aus dem Saugrohre anhebt und unter Mischung mit dem Leitungswasser dem Ausflußrohre zuführt. Die Vorrichtung wird durch einfaches Oeffnen des Ventils in der Druckwasserleitung zur Wirksamkeit gebracht. Bei 3 m Saughöhe und 2,5 m Druckhöhe werden zur Füllung eines Sprengwagens von 1500 l Inhalt etwa 600 l Betriebswasser der Leitung und 900 l Brunnenwasser in etwa vier Minuten gefördert werden. Die Kosten betragen für jeden 10 m tiefen Brunnen 900 M. Bei größerer Tiefe erhöht sich der Preis um 20 M für das fallende Meter.

Nach dem Berichte des Herrn Südel empfiehlt die Finanzkommission, den Versuch zu machen.

Herr Rathe: Bei dem vielen Grundwasser in unserer Stadt sollte man doch nicht so ängstlich sein und nur zwei Brunnen anlegen wollen, sondern sollte gleich eine größere Zahl in Aussicht nehmen, damit man zur Straßenbesprengung nur solches Wasser zu nehmen brauchte. An tiefliegenden Stellen der Stadt und an der Kaiser-Wilhelmstraße, der Kastanienallee etc. wird man überall Wasser finden. Die Sprengwagen könnte man vielfach ersparen, wenn man an die mit den Brunnen verbundenen Hydranten Schläuche schraubte und in dieser Weise die Straßen besprengte.

Herr Südel: Es handelt sich hier zunächst um einen Versuch, der nicht ausschließt, daß später der Vorschlag des Herrn Rathe berücksichtigt werden kann.

Herr Wesemeier: Ich habe vor einiger Zeit an den Magistrat die Anfrage gerichtet, ob er nicht Auskunft geben könnte über die von der städtischen Bauverwaltung mit Westrumit gemachten Erfahrungen. Vielleicht kann solche Auskunft heute erteilt werden.

Herr Oberbürgermeister Metemeyer: Der Bericht von der städtischen Bauverwaltung ist noch nicht eingegangen, wahrscheinlich, weil die Versuche noch nicht abgeschlossen sind. Bei der Beratung des Etats werde ich wohl entsprechende Mitteilungen machen können.

Herr Rieke: Wenn wir bezüglich des zur Straßenbesprengung erforderlichen Wassers in Verlegenheit kommen, so können wir auch die in den niedriger gelegenen Teilen der Stadt befindlichen Brunnen, die ein reichliches und gutes Wasser führen, benutzen, da deren Besitzer froh sein werden, wenn sie den Ueberfluß an Wasser los werden. Es kann sich nur darum handeln, mit den betreffenden Brunnenbesitzern dieserhalb in Verhandlungen einzutreten.

Herr Oberbürgermeister Metemeyer: Es handelt sich nicht darum, wo wir Wasser finden, sondern um den Versuch, wie das Wasser am billigsten in die Sprengwagen gehoben werden kann. Der Magistrat ist genau darüber informiert, daß an zahlreichen Stellen 2 bis 3 m unter der Erdoberfläche Wasser zu haben ist.

Die Magistratsvorlage gelangt darauf zur Annahme.

IX. Instandsetzung eines Teiles der Ritterstraße.

Unter Vorlage eines Entwurfs über die Instandsetzung der Ritterstraße vom Alnt bis zur Straße am Magnitore ersucht die städtische Bauverwaltung, diese Instandsetzung zu beschließen und dafür 8350 M zu bewilligen. Hiervon würden die Anlieger 2500 M zu decken haben. Der Magistrat ersucht, dem Antrage zuzustimmen,

was nach Befürwortung durch die Baukommission, für die Herr Rieke berichtet, geschieht.

X. Aufhebung von Teilen eines Interessentenweges.

Die Feldmarksgemeinde Neupetritor hat beschlossen, von dem Interessentenwege Nr. 208 käuflich zu übertragen: an die Braunschweigische Landes-Eisenbahn-Gesellschaft eine Teilfläche von 78 qm und an die Braunschweigische Mühlenbauanstalt Amme, Giesecke & Konegen eine Teilfläche von 27 qm. Der Magistrat hat hiergegen nichts zu erinnern und ersucht, der Aufhebung des Interessentenweges Nr. 208 auf den bezeichneten Strecken zuzustimmen. Die sich nördlich anschließende Rest-

strecke des betr. Weges zu 2,60 a Inhalt ist bereits früher mit Zustimmung der städtischen Behörden von Herzogl. Staatsministerium aufgehoben worden.

Auf Empfehlung der Baukommission, für die Herr Friede berichtet, wird der Vorlage zugestimmt.

XI. Unterstützung des Verkehrsvereins.

Der Verein zur Hebung Braunschweigs und seines Fremdenverkehrs hat den Magistrat gebeten, ihm zur Förderung seiner Bestrebungen seitens der Stadt eine jährliche Beihilfe von 3000 M zu gewähren. Da der Magistrat der Ansicht ist, daß der vom Vereine verfolgte Zweck, den Verkehr nach Braunschweig zu vergrößern und den Aufenthalt hieselbst angenehm zu gestalten, danach angetan ist, die Wohlfahrt Braunschweigs und seiner Einwohner zu heben, sowie daß der Verein während seines sechsjährigen Bestehens sich in anerkennenswerter Weise und nicht ohne Erfolg auf dem von ihm betretenen Wege betätigt hat, so steht der Magistrat dem gestellten Antrage grundsätzlich sympathisch gegenüber. Außer Verhältnis indessen zu den für die Stadt aus der Tätigkeit des Vereins zu erhoffenden Vorteilen scheint dem Magistrate die Höhe des erbetenen Betrages zu stehen, und es dürfte seiner Ansicht nach bei Berücksichtigung aller in Betracht kommenden Verhältnisse eine Unterstützung von 1000 M angemessen und auch für den Verein ausreichend sein. Die Versammlung wird daher ersucht, sich damit einverstanden zu erklären, daß dem Vereine eine Unterstützung von 1000 M für das laufende Finanzjahr und für die Folgezeit mit der Beschränkung „bis auf weiteres“ in Aussicht gestellt wird.

Namens der Statutenkommission berichtet hierüber Herr Weichsel: Die Mehrheit der Statutenkommission war dafür, dem Vereine eine jährliche Beihilfe von 1500 M zu bewilligen und zwar unter den vom Magistrate mitgeteilten Bedingungen. Nach der von dem Vereine vorgelegten Statistik geben andere Städte ihren Verkehrsvereinen Beiträge in erheblicher Höhe, so daß auch hier etwas geschehen muß. Die Städte, welche keinen Beitrag zahlen, sind allerdings in der Statistik fortgelassen, so daß bei deren Hinzunahme der Durchschnitt weit unter 1500 M bleiben würde. Eine solche Unterstützung muß auch einigermaßen im Verhältnis stehen zu den Unterstützungsbeträgen, welche stadtheitig an andere Vereine und Institute gezahlt werden, an deren Fortbestehen die Stadt ein Interesse hat. Solche Unterstützungen werden hier aber nur in Höhe von 300 bis 600 M gezahlt, so daß auch hiermit verglichen der Betrag von 1500 M reichlich bemessen ist. Die Tätigkeit des Vereins besteht darin, daß er in Zeitschriften annonziert und daß er Auswärtige, die geneigt sind, hierher zu ziehen, mit Information versieht, auch verteilt er einen Führer durch Braunschweig gratis.

Herr Vord: Ich bin kein Gegner des Verkehrsvereins und ich gebe zu, daß er segensreich wirken kann; trotzdem bin ich aber der Meinung, daß man es bei dem Vorschlage des Magistrates lassen und erst sehen soll, in welcher Weise sich die Tätigkeit des Vereins entwickeln wird. Die Erfahrungen in neuester Zeit lassen Zweifel darüber aufkommen, ob der Verein immer im Interesse unseres Gemeinwesens wirken wird. Ich erinnere nur an die uferlosen Pläne, die in einem Aufsatze der Braunschweigischen Anzeigen auf Kosten des Vereins veröffentlicht worden sind und an das ganz unnütze und in technischer Beziehung unausführbare Bahnhofprojekt, das uns mit den Mitteln des Vereins unterbreitet worden ist.

Herr Rieke: Wenn wir den hanseatischen Geschichtsverein und andere wissenschaftliche Vereine seit Jahren unterstützt haben, so war ich stets dabei, weil ich es in der Ordnung finde, wissenschaftliche Werke auszutauschen u. dergl. m. Gegen die hier beantragte Unterstützung muß ich mich aber wenden und zwar aus folgenden Gründen: Städte wie Dessau mit 53 000 Einwohnern, Jena mit 26 000 Einwohnern u. haben längst dem Bedürfnis Rechnung getragen, eine Volkshalle zu gründen, während wir hier noch lange vor der Unmöglichkeit stehen, das zu erreichen. Unterstützen wir den Verkehrsverein mit 1500 M — der Appetit kommt beim Essen — so werden dessen Vorstandsmitglieder, die in einflußreichen Stellen sitzen, es bald durchsetzen, daß der Zuschuß noch weiter erhöht wird. Was soll aber dafür geleistet werden? Ich bin kein Fachmann und verstehe nicht mehr von der Sache, als jeder Schuster und einfache Arbeiter, aber wenn man das durch den Verkehrsverein vermittelte Projekt ansieht, so kann man kein Wort darüber verlieren, sondern muß sich nur wundern: das Projekt sieht sehr hübsch bunt aus, aber dann auch nicht mehr ansehn, sonst wird man übel! Ein derartiges Vorgehen fördert den Bahnhofsbau nicht, sondern gereicht ihm höchstens zum Schaden, da das bisher Erreichte dadurch kaput gemacht wird. Wie unsere Verkehrsverhältnisse hier einmal liegen, so erühne ich mich nicht, dem Magistrate deswegen Vorwürfe zu machen, weil ich weiß, daß er unschuldig daran ist und daß die Schuld an früheren Instanzen liegt, die längst abgetan sind. Ein solches Hineinpfuschen in die Sache ist ein Fehler, weil die Bevölkerung dadurch nur verwirrt gemacht wird, denn ein derartiges Projekt verblüfft im ersten Augenblicke und nimmt der Bevölkerung die ruhige Ueberlegung.

So lange wir hier noch unter einem solchen Vereinsgesetze leben und die Frauen von jeder öffentlichen Veranstaltung ausgeschlossen sind, kann man den Fremdenverkehr nicht heben. Durch die elektrische Beleuchtung einer Straße vom Bahnhofe bis zum Steinwege, durch die Errichtung eines Musikpavillons und durch Veranstaltung einer Umfahrt mit Wagen auf rosendurchflochtenen Rädern locken Sie keinen Fremden hierher, so lange unsere Winkel dabei dunkel bleiben. Die Ansichts-Postkarten des Vereins machen einen sehr schönen Eindruck, aber

richtiger wäre es wohl, einen Fremden darauf zu malen hinter den ein Schußmann tritt mit den Worten: Junge, es ist 1211 Uhr, Du mußt zu Bette gehen, in Braunschweig ist nichts mehr los!

Daß der Fremdenverkehr sich durch den Verein heben sollte, muß ich bestreiten. Man bestrebt sich allerdings, durch Herausgabe eines Führers den Fremden aufzuklären, was ich wohl leiden mag; da aber der Verein aus seinen Reihen nur 900 M jährlich aufzubringen vermag, so verstehe ich nicht, wie man sich darauf versteifen kann, von der Stadt 3000 M zu verlangen. Wir haben das größte Interesse daran, sobald als möglich einen anderen Bahnhof zu erhalten, denn für außergewöhnliche Verhältnisse ist er viel zu klein. Wenn z. B. abends die Züge mit Harzausflüglern zurückkommen, entsteht eine furchtbare Drängerei. Das hätte müssen schon seit 15 Jahren beseitigt sein. Ein einziger Maurerverbandstag, der von 350 Delegierten besucht wird, bringt der Einwohnerschaft, soweit sie vom Fremdenverkehr existiert, namentlich dem sogenannten Mittelstande, mehr ein, als solche vorhin erwähnten Veranstaltungen. Von einem sozialdemokratischen Parteitage hätte die Stadt mehr gehabt, als von der ganzen Mittelstandsretterei und allen den Dingen, die uns der Verkehrsverein präsentiert hat. Werden für die Volksbildung Mittel verlangt, so bin ich dafür, nicht aber für diese Sachen.

Herr Blasius: Der Herr Vorredner hat das braunschweigische Vereinsgesetz mit in die Diskussion gezogen, jedoch verstehe ich wirklich nicht, welchen Zusammenhang das mit dem Verkehrsvereine haben soll. Wenn der Verein darauf Einfluß ausüben könnte, so wäre er sicher der erste, der es täte. Das sind Sachen, die uns hierbei wirklich nichts angehen. Ich habe sehr bedauert, daß der Verkehrsverein das Eisenbahnprojekt von Bütow in die Öffentlichkeit gebracht hat, ein Projekt, das ich auch als uferlos bezeichnen möchte. Darum können wir aber unmöglich dem Verkehrsvereine die Unterstützung vorenthalten. Die Mehrheit der Kommission war der Ansicht, daß im Hinblick auf andere Städte, die ihren Verkehrsvereinen Zuschüsse von 3000 bis 5000 M geben, ein Zuschuß von 1000 M zu gering sei und schlägt daher 1500 M vor. Ich bin kein Freund von Vereinen, die eigennützige Zwecke verfolgen, aber der Verkehrsverein wirkt nicht für seine Interessen, sondern für das Allgemeinwohl, und bei solcher Tendenz des Vereins soll man mit den Zuschüssen nicht zu karg sein.

Herr Bürgermeister Meyer: Im Gegensatz zu Herrn Niese steht der Magistrat auf dem Standpunkte, daß die Tätigkeit des Vereins für die Stadt von Nutzen gewesen ist. Ziffermäßig nachweisen läßt sich das natürlich nicht, aber die Erfahrung hat gezeigt, daß Klamme immer von Vorteil gewesen ist. Die Klammetätigkeit des Verkehrsvereins wird deshalb für unsere Stadt auch Nutzen gebracht haben. Zweifelhaft kann man aber sein über die Höhe des zuzubilligenden

Zuschusses und in diesem Punkte steht der Magistrat im Gegensatz zu dem Beschlusse der Statutenkommission. Wir können bei der Beurteilung dieser Sache nicht eigentlich aus unserer Haut heraus und müssen die allgemeine wirtschaftliche Lage der Stadt dabei in Betracht ziehen ebenso wie die Verhältnisse des Vereins selbst, auch haben wir zu berücksichtigen, was andere Vereine bekommen, die der Stadt ebenfalls von der gemeinnützigen Seite aus dienen. Unter Berücksichtigung aller dieser Verhältnisse haben wir uns gesagt, daß eine Zuwendung von 1000 M reichlich sei; ich bitte deshalb um Annahme der Magistratsvorlage. Meines Wissens hatte die Statutenkommission auch beschlossen, der Versammlung die Bewilligung von nur 1000 M vorzuschlagen für den Fall, daß der Magistrat eine höhere Summe nicht bewilligen wollte.

Vorsitzender: Ich bitte, den Beschluß der Statutenkommission, weil selbstverständlich, auch so aufzufassen.

Herr Kathe: Schon vor 30 Jahren sind wir zu einem Verkehrsverein zusammengetreten und es hat nur an der Lässigkeit der Braunschweiger Einwohnerschaft gelegen, daß der Verein nicht besser floriert hat. Im Interesse der Stadt würde es gelegen haben, wenn die Einwohnerschaft sich mehr gerührt hätte und die Stadtverwaltung dem Vereine beigeprungen wäre. Wir stehen jetzt hier vor der Tatsache, daß wir mehr als tausend Wohnungen leer stehen haben, daß der Verkehr zurückgegangen ist und wir bezüglich der Erwerbsfähigkeit unserer Arbeiter, Handwerker und Kaufleute zu klagen haben. Das wäre nicht der Fall gewesen, wenn rechtzeitig eine rührige und tüchtige Reklame für die Stadt gemacht worden wäre. Ich würde es für besser halten, nicht 1000 oder 1500 M sondern 3000 M zu bewilligen. Wir haben eine ziemlich wohlhabende Umgebung bei unserer Stadt. Früher kamen Hunderte von Kindern der Landbevölkerung hier zur Schule, die sich jetzt mehr und mehr nach Helmstedt, Wolfenbüttel, Halberstadt u. wenden. Diese Schüler sind später unsere treuesten Kunden geworden und haben Verkehr in die Stadt gebracht. Herr Riese ist doch sonst ein alter praktischer Mann und es ist unbegreiflich, daß er den Nutzen des Verkehrsvereins nicht einsieht. Wenn Leute hierher verziehen wollen, so brauchen sie nur an den Verkehrsverein zu schreiben, um genaueste Auskunft über die hiesigen Steuer- und sonstigen Verhältnisse zu erhalten. Der Verein hat aber große Unkosten, die er durch die Beiträge der Mitglieder nicht decken kann. Ich bitte also, dem Vereine mindestens 1500 M zu bewilligen und bemerke, daß dieser Zuschuß für die Stadt sehr werbend sein kann. Wenn z. B. eine neue Industrie sich hier niederlassen will, so wird der Verein meistens zuerst um Rat gefragt und dieser verweist die Fragesteller dann an die sachverständige Stelle.

Herr Hauswaldt: Es ist noch nicht lange her, als die allgemeine Meinung dahin ging, daß für jedes Geschäft, jeden Stand und jede öffentliche Stelle die

Keflame unanftändig fei; ich kann mich noch der Zeit erinnern, wo in einer Reihe von Gefchäften eine Annonce oder Keflame für unanftändig gehalten wurde. Aus der Zeit find wir heraus, denn wer heute für fein Gefchäft keine Keflame macht, bleibt zurück. Diefe Keflame braucht nicht unanftändig zu fein, aber veräumt darf fie nicht werden. Heutzutage wird es auch für ein Gefchäft nicht mehr für unfein gehalten, Keflame zu machen. Ebenfo geht es mit den Städten. Jahrelang ift es mir ein unbehagliches Gefühl gewesen, für unfere Stadt Keflame machen zu follen; ich fehe aber ein, ich bin rückftändig gewesen und ich halte es für notwendig, daß Keflame gemacht wird, wenn wir nicht zurückbleiben wollen. Ich erinnere daran, daß Städte wie Hildesheim, Lübeck &c. mit Erfolg Keflame machen. Wenn wir einfehen, daß die befte Erfindung, das befte Fabrikat nicht ohne Keflame eingeführt werden kann, fo müffen wir auch dazu übergehen, für unfere Stadt Keflame zu machen. Das ift allerdings eine fehr harte und unangenehme Arbeit, denn man muß die Stadt fortwährend anpreifen. Deshalb fehe ich es als eine ungeheure Annehmlichkeit für den Magiftrat an, daß der Verein ihm die Keflame abgenommen hat.

Wenn der Verein mit dem Bahnprojekte mal beizugeschossen hat — nun, wer fchießt nicht mal beizu — fo darf man ihm das nicht allzu hoch anrechnen, fondern man muß fagen, der Verein hat es fich zur Aufgabe gemacht, dem Magiftrate eine unangenehme Arbeit abzunehmen. Daß die Keflame in anftändiger Weife gemacht und das Geld nicht etwa für törichte Sachen ausgegeben wird, dafür müffen wir forgen. Unter folchen Verhältniffen müffen wir dem Vereine auch das nötige Geld zur Verfügung ftellen. Ich bin mit der Bewilligung von 1500 M einverftanden, mache aber zur Bedingung, daß der Verein uns nachweist, wozu er das Geld verwendet hat. Wenn der Bericht darüber günftig ausfällt, foll es mir im nächften Jahre nicht auf 3000 M ankommen. Ich möchte bitten, dem Befchluffe über die Geldbewilligung hinzuzufügen, wir fetzen voraus, daß der Verein den ftädtifchen Behörden über die Verwendung der ftädtifchen Gelder Mitteilung machte. Wir find unseren Mitbürgern den Nachweis fchuldig, daß die ftädtifchen Gelder nicht für Bütowfche Projekte angelegt werden.

Herr Sander: Ich ftehe auf demfelben Standpunkte, denn auch mir wäre es lieber, 3000 M zu bewilligen, als 1500 M. Was Keflame ausmacht, hat Hildesheim deutlich gezeigt; es hat uns in bezug auf den Verkehr nicht nur eingeholt, fondern überflügelt, und das dankt es zum größten Teil feinem Verkehrsvereine. Vor einigen Jahren haben wir zur Hebung des Verkehrs etwa 200 000 M für ein Zirkusprojekt bewilligt, das glücklicherweise ins Waſſer gefallen ift; wo wir jetzt aber mit unſerer Stadt ſo im Rückſtande find, ſollten wir nicht um einen kleinen Zuſchuß ſo geizen, ſondern dem Verkehrsvereine einen jährlichen Zuſchuß

von 1500 M unter dem von Herrn Hauswaldt angeführten Gesichtspunkte bewilligen.

Herr Jasper: Durch den Zusatzantrag des Herrn Hauswaldt ist das wieder in die Vorlage hineingekommen, was der Magistrat ursprünglich beabsichtigt hatte, denn die Vorlage hat eine kleine Vorgeschichte. Sie ist eigentlich in der Finanzkommission gelegentlich der Beratung über den Musfikpavillon auf dem Löwenwalle entstanden. Umsomehr befremdet es mich, daß diese Vorlage jetzt an eine andere Kommission verwiesen worden ist. Ich hatte den Eindruck, daß man vielleicht gemeint hatte, in der Finanzkommission nicht die nötige Bewilligungslust für derartige große Projekte zu finden, wie sie hier geplant werden. Durch den von Herrn Hauswaldt beantragten Zusatz ist wenigstens Fürsorge getroffen, daß das Geld nicht ganz und gar zum Fenster hinausgeworfen wird. Ich bitte aber trotzdem, bei der gegenwärtigen finanziellen Lage der Stadt von einer derartigen Verwendung städtischer Mittel abzusehen; denn es heißt das nichts anderes, als Geld verschwenden.

Es ist hier hervorgehoben worden, daß Reklame für jedes Geschäft und jedes Ding nützlich sei. Das mag im geschäftlichen Leben auch zutreffen, jedoch ist dabei Voraussetzung, wenn die Reklame sich auf die Dauer bewähren soll, daß man für etwas Gutes Reklame machen kann, und das kann ich leider von unserer Vaterstadt nicht sagen. (Widerspruch.) Es sind sehr viele Punkte in der städtischen Verwaltung und in der Stadt im allgemeinen vorhanden, die es nicht als wünschenswert oder gar notwendig erscheinen lassen, in die allerbreiteste Öffentlichkeit zu treten und aller Welt zu sagen: Kommt nach Braunschweig, hier könnt Ihr Geld verdienen oder könnt Euch ausruhen! Das trifft hier durchaus nicht zu. In erster Linie ist das der unseligen Kleinstaaterei zu danken, in der wir noch befangen sind, und außerdem dem Umstande, daß wir es hier mit Behörden zu tun haben, die von einer modernen Auffassung ihrer Geschäfte nicht allzusehr angekränkt sind. Ich erinnere dabei nur an die Herzogliche Polizeidirektion. Wir haben darüber schon öfter geredet und haben Klagelieder angestimmt darüber, welche rückständige Stellung diese Behörde gegenüber dem gesellschaftlichen und geschäftlichen Leben unserer Stadt einnimmt. Kann man nun wohl einen Fremden einladen, unter dieser gegenwärtigen Polizeidirektion hierher zu kommen? (Heiterkeit.) Auch das Vereinsgesetz läßt, wie Herr Riese schon hervorgehoben hat, sehr zu wünschen übrig, wenn auch Herr Blasius in Abrede gestellt hat, daß das Vereinsgesetz mit dem Fremdenverkehre etwas zu tun habe. (Widerspruch des Herrn Blasius.) Er scheint auf dem Standpunkte zu stehen, daß die bürgerlichen Kongresse, wenn sie auch noch so politische Tendenz sind, durch die Polizeiverordnung nicht berührt werden; dabei scheint er aber zu übersehen, daß auch noch andere Kongresse tagen und es z. B. auch einen sozialdemokratischen Parteitag gibt. Obwohl schon ver-

schiedene Anregungen dazu gegeben sind, ist es doch bislang unmöglich gewesen, diesen Parteitag hier abzuhalten, weil es ausgeschlossen ist, daß Frauen auch nur eine öffentliche Verhandlung besuchen. Ich persönlich lege übrigens keinen allzu-großen Wert darauf, daß hier viele Kongresse tagen, und ich führe die Tatsachen nur in Erwiderung und in dem Sinne des Verkehrsvereins an, der sich in erster Linie durch seine Reklame abmüht und auch einige Erfolge in der Richtung auf-weisen will, daß Kongresse hierhergekommen sind. Kongresse sind immer nur vorübergehende Erscheinungen und können die Wohlfahrt einer Stadt dauernd nicht so heben, wie das wünschenswert erscheint.

Man wende das Geld, das man sonst doch so sehr gern in der Tasche behalten will, für bessere und nützlichere Zwecke an: man Sorge z. B. für die Besserung der Wohnungsverhältnisse, für die Errichtung einer Vesehalle und einer Zentralbade-anstalt, ferner Sorge man dafür, daß die Stadtverwaltung mehr Einfluß auf die Gestaltung der polizeilichen Verhältnisse erlangt, daß wir ein freieitlicheres Vereinsgesetz erhalten zc. Dann wird sich ein besseres Leben in Braunschweig entwickeln und dann kommt der Zuzug von außen ganz von selbst, auch wird sich der Wohlstand der Stadt dadurch wesentlich heben. Wir gehen aber einen ganz falschen Weg, wenn wir in der hier beantragten Weise Tausende aus dem Fenster werfen. Es gewinnt für uns den Anschein, als täten wir damit etwas besonderes und es soll das unser Gewissen beruhigen, während wir das wahrhaft Nützliche nicht tun. Ich bitte den Antrag der Kommission abzulehnen.

Vorsitzender: Der Herr Vorredner hat erklärt, daß ich die Vorlage möglicherweise deswegen der Statutenkommission überwiesen habe, weil ich für sie in der Finanzkommission keinen günstigen Boden vorausgesetzt habe. Ich kann mir nicht denken, daß Herr Jasper die Schwere dieses Vorwurfs erwogen hat. Meine Handlungen in dieser Hinsicht entspringen nicht Opportunitätsrücksichten, sondern dem Gefühl, was in dem einen oder anderen Falle das richtigere ist. Wenn die geehrten Herren die Ueberzeugung haben, daß ich hier aus Opportunitäts-rücksichten handle, so beseitigen Sie mich so schnell wie möglich von diesem Platze, denn ich würde nicht wert sein, darauf zu sitzen.

Herr Bues: Die Herren Mieke und Jasper sprechen Braunschweig so viele schlechte Seiten zu, daß jedem abgeraten werden müsse, hierher zu kommen. Wenn wir dabei aber einfach stehen bleiben, so wird es nicht anders werden. Braun-schweig ist eine liebenswürdige, nette Stadt und wenn von einer rückständigen Polizeibehörde die Rede gewesen ist, so kann ich konstatieren, daß das in letzter Zeit besser geworden ist. Wenn wir noch etwas nachschieben — und dazu ist der Verkehrsverein auch da — so wird die Sache schon gehen. Ich habe Beweise dafür, daß in letzter Zeit wieder verschiedene Familien, namentlich pensionierte höhere Militärs, zugezogen sind, denen der Verkehrsverein mit seinem Räte zur

Seite gestanden hat. Hierdurch wird der dem Verein bewilligte Zuschuß in Form von Steuern wieder aufgebracht.

Herr Rathe: Ich bin gewohnt, die Herren von jener Seite sehr ernst zu nehmen. Es hat mich daher tief bewegt, daß Herr Jasper nach der ungeheuren Mühe, die sich die gesamte Bürgerschaft mit der Verwaltung in bezug auf die Hebung und Besserung der Stadt gegeben hat, in dieser herabwürdigenden Weise von der Stadt Braunschweig gesprochen hat, und es ist tief bedauerlich, wenn dergleichen durch die Zeitungen geht und uns den Zugang von außen vorenthält. Wir sind hier mit Ausnahme einzelner nicht auf Rosen gebettet, aber wir müssen im Interesse der werktätigen Bürgerschaft wünschen, daß solche Erörterungen nicht in die Öffentlichkeit getragen werden. Es werden sich immer Leute finden, die nicht zufrieden sind, aber ich sollte meinen, für Unterhaltung und für Vergnügungen sei hier wirklich genug gesorgt und an Lust dazu fehle es auch nicht. Unsere städtischen Verhältnisse sind im großen und ganzen doch wohl so, wie sie nicht besser in Preußen zu finden sind.

Herr Esborn: Was den Musikpavillon betrifft, so irrt sich Herr Jasper insofern, als die Mehrheit der Finanzkommission für die Anlage eines größeren Pavillons war; auch bezweifle ich keinen Augenblick, daß die Finanzkommission ebenfalls für die Bewilligung von 1500 M eingetreten wäre, wenn sie die Vorlage zur Vorberatung gehabt hätte. Mit solchen Sachen werden immer das Vereinsgesetz und die Klagen über die Polizeidirektion in Verbindung gebracht, trotzdem sie gar nichts damit zu tun haben. Darüber sind wir uns einig, daß diese Einrichtungen uns auch nicht gefallen, aber wir können sie nur nicht ändern; oder glauben Sie vielleicht durch Gelbbewilligung ein anderes Vereinsgesetz oder eine andere Polizeidirektion zu bekommen? Das ist doch wohl nicht möglich. Wenn Herr Dr. Jasper sich beklagt, daß der sozialdemokratische Parteitag hier nicht abgehalten werden könnte, weil Frauen an den Versammlungen nicht teilnehmen dürfen, so empfehle ich ihm, sich dieserhalb einmal mit seinem Parteivorstande in Verbindung zu setzen und einen Parteitag ohne Rosa Luxemburg usw. hier abzuhalten, da ohnehin von manchem seiner Genossen selbst das weibliche Element auf den Parteitagen nicht gern gesehen sein soll.

Wenn das Bahnhofprojekt uns etwas überrascht hat, so ist der Verkehrsverein doch nicht schuld daran; ich glaube wenigstens nicht, daß er viel Geld dafür ausgegeben hat und denke mir, daß der Ingenieur Büttow die Kosten selbst getragen hat. Herr Büttow arbeitet seit Jahren an Bahnhofprojekten herum und hat das Projekt nur durch den Verkehrsverein an die Öffentlichkeit gebracht, was man dem Vereine unmöglich so hoch anrechnen kann.

Herr Blasius: Herr Jasper hat mir über das Vereinsgesetz Worte in den Mund gelegt, die ich nicht gesagt habe. Ich verstehe nicht, wie man mich so total

mißverstehen kann, obwohl ich doch sehr deutlich zu sprechen pflege und auch unmittelbar bei Herrn Jasper meinen Platz habe. Ich habe gesagt, daß ich mich gewundert hätte, wie Herr Riese das Vereinsgesetz mit der Bewilligung für den Verkehrsverein hätte verquicken können; wir könnten doch an dem Gesetze nichts ändern. Im übrigen habe ich über das Vereinsgesetz vielleicht eine ähnliche Ansicht wie Herr Jasper.

Herr Riese: Anlagen wie das städtische Museum haben eine werbende Kraft, denn solche Sachen ziehen uns Fremde her, die wissenschaftlich tätig sind. Auch für den ins Wasser gefallenen Zirkusbau wäre ich zu haben gewesen, wenn der Verkehrsverein nur dafür hätte sorgen können, daß ein ständiger Zirkus hierherkam. Dann würden die begüterten Bürger und Bauern aus der Umgebung mit der Eisenbahn hierhergekommen sein und der Stadt etwas eingebracht haben. Von einem ständigen Zirkus hätten wir Handel und Verkehr in der Stadt gehabt. Der große Verkehr der Eisenbahn kann aber nicht mehr hierhergebracht werden, denn die Zeiten sind vorüber. Es werden auch Anstrengungen gemacht, die Eisenbahn von Gelle hierherzukriegen und gibt sich dabei Herr Oberbürgermeister Retschmeyer große Mühe, aber was hilft das, wenn hier in den Hauptbahnhof keine Eisenbahn mehr einlaufen kann? Selbst mit dem kleinen Hildesheim können wir in bezug auf Fremdenverkehr nicht mehr konkurrieren und das kommt nur daher, daß selbst die kleinsten Rassis bessere Verkehrsverbindungen haben als wir.

Jeder spricht hier nach seiner Ueberzeugung und wenn Herr Rathe meint, ich sei alt geworden, so ist das anderen Leuten ebenso ergangen wie mir. Sobald ich einmal einsehe, daß durch die Tätigkeit des Verkehrsvereins die vielen leerstehenden Wohnungen bezogen sein werden und dem allgemeinen Rückstande hier abgeholfen sein wird, so bin ich auch für eine Unterstützung des Vereins zu haben. Aber bei der nächsten Volkszählung werden wir ja sehen, daß wir nicht vorwärts, sondern rückwärts gegangen sind. Die Großindustriellen haben Arbeiter aus Polen und Galizien hergeschafft, um die Löhne zu drücken und nachher haben wir die Leute auf dem Armenetat. Ob sich übrigens Aktien-Ahlwardt hier ebenso anständig betrüge wie Rosa Luxemburg, wäre erst noch die Frage.

Ein Schlußantrag wird angenommen.

Bei der nun folgenden Abstimmung genehmigte die Versammlung den Antrag der Statutenkommission mit dem Zusatzantrage Hauswaldt.

Herr Jasper (persönlich): Der Herr Vorsitzende hat meine Worte so aufgefaßt, als ob ich ihm einen Vorwurf hätte machen wollen, daß er die Verteilung der Vorlagen unter die verschiedenen Kommissionen in unzulässiger Weise vorgenommen habe. Es hat mir aber fern gelegen, ihm den Vorwurf der Parteilichkeit zu machen, und ich glaube auch, gesagt zu haben, daß es nur den Eindruck auf mich gemacht habe; ich wollte es aber dahingestellt sein lassen.

Vorsitzender: Das ist aber ein Vorwurf, der für den Vorsitzenden auch nicht angenehm ist. Derartige in der Hitze des Gefechtes vorkommende Dinge amüsieren mich natürlich nur, denn wie kann man mir solche Vorwürfe machen? Ich freue mich auch, daß Herr Jasper mir einen Vorwurf nicht hat machen wollen.

XII. Unterstützung der Abend-Fortbildungsschule.

Unter den verschiedenen Veranstaltungen, die hier zur Fortbildung weiblicher Personen getroffen sind, verdient die seit dem Jahre 1889 bestehende Abend-Fortbildungsschule des Braunschweiger Frauenvereins nach dem Dafürhalten des Magistrates Förderung und Unterstützung mit städtischen Mitteln. Der Schülerinnenbestand ist im letzten Winter von 100 bis 150 der Vorjahre auf 169 gestiegen und die Ausgaben des Vereins haben sich durch die gesteigerte Inanspruchnahme so erhöht, daß der Magistrat es für gerechtfertigt hält, dem Gesuche des Vorstandes um Gewährung einer Beihilfe zu entsprechen. Der Schule sind schon jetzt stadtseitig die Räume der Schule am Südklinte einschließlich Beleuchtung und Heizung ohne Vergütung zur Verfügung gestellt worden. Da die Kosten der Schule sich alljährlich auf 1900 bis 2000 M belaufen haben, von denen durch das Schulgeld von 1,50 M vierteljährlich 600 M gedeckt sind, während der Rest der Frauenverein aufzubringen hat, so gibt der Magistrat anheim, dem Braunschweiger Frauenvereine für seine Abend-Fortbildungsschule einen Zuschuß von 200 M für das Jahr 1905/06 zu bewilligen und sich damit einverstanden zu erklären, daß bis auf weiteres alljährlich in den Voranschlag der Kasse für Wohlfahrtseinrichtungen ein widerruflicher Zuschuß in gleicher Höhe eingestellt werde.

Auf Empfehlung der Statutenkommission, für die Herr Sander berichtet, wird der Vorlage zugestimmt, nachdem Herr Meyerhoff noch geäußert hatte, daß er den Zuschuß sehr niedrig finde.

XIII. Aufnahme einer Verbindungsstraße zwischen Damm und Bruchtorwall in den Ortsbauplan.

Die das Gebiet der Innenstadt von Norden nach Süden durchziehende Hauptverkehrsader Wendenstraße—Bohlweg—Stobenstraße genügt in dem letztgenannten Straßenzuge den durch den Verkehr gestellten Anforderungen nur in unvollkommenem Maße, und es ist mit Sicherheit vorauszusehen, daß bei normaler Weiterentwicklung der Stadt und vor allem nach Inbetriebnahme des projektierten Personenbahnhofes der Staatseisenbahn in nicht allzu ferner Zukunft der Zeitpunkt eintreten wird, wo der Verkehr nicht nur eine Erweiterung seiner Bahn im Zuge der Stobenstraße, sondern auch seine direkte Fortführung in der angegebenen nördlichen Richtung bis zum Wallse fordern wird. Diesem Bedürfnisse ließe sich Rechnung tragen durch Verbreiterung der Stobenstraße und Anlage einer auch zur

Aufnahme des Lastverkehrs geeigneten Straße von der südlichen Ausmündung der Stobenstraße an über den Megidienmarkt, westlich an der Megidienhalle vorbei zum Siegesplatze. Aber abgesehen von den vermutlich kaum erschwinglichen Kosten steht der Durchführung dieses Projektes die Höhendifferenz zwischen der Stobenstraße und dem oberen Teile des Megidienmarktes in Verbindung mit der durch die Megidienhalle bedingten Unzulässigkeit einer starken Abtragung des diese umgebenden Geländes entgegen. Diese Erwägung zwingt deshalb, die Lösung der Frage in anderer Richtung zu suchen.

Das Studium des Ortsbauplanes drängt denn auch förmlich dahin, die Entlastung der Stobenstraße und die Schaffung einer direkten Verbindung nach dem südlich gelegenen Walle in der Weise herbeizuführen, daß westlich neben dem Damm Nr. 20 gelegenen Jürgensschen Grundstücke einsetzend im Zuge des auf jener Strecke zum weitaus größten Teile schon kanalisiertes Wendenmühlengraben eine neue den Rosenhagen schneidende und zwischen Lessingplatz und dem dem Dr. med. Aronheim gehörigen Grundstücke in die Wallpromenade einmündende Straße angelegt wird.

Selbstverständlich soll diese Straße, deren Durchführung von der städtischen Bauverwaltung, je nachdem ihr eine Breite von 10 oder 14 m gegeben wird, auf 600 000 oder 800 000 M geschätzt ist, nicht sofort ausgeführt werden; jedoch empfiehlt es sich, um einer weiteren Bebauung des in Betracht kommenden Terrains vorzubeugen, sie schon jetzt in den Ortsbauplan aufzunehmen. In Würdigung des der Straße vermutlich zufallenden starken Verkehrs hat sich der Magistrat mit dem Stadtbauamte dahin entschieden, der Straße eine Breite von 14 m zu geben und richtet an die Versammlung das Ersuchen, der Aufnahme dieser Straße in den Ortsbauplan zuzustimmen.

Namens der Baukommission berichtet über die Vorlage Herr Wolters: Schon bei der ersten Beratung der Vorlage hatte die Baukommission den Magistrat gebeten, das Straßenprojekt dahin abzuändern, daß die Straße 16 m breit in Aussicht genommen werden sollte. Sie war der Meinung, daß eine Breite von 14 m nicht ausreichte, zumal voraussichtlich auch Straßenbahngleise bis zum Bahnhofe über die Straße gelegt werden würden. Daraufhin hat der Magistrat denn auch die Vorlage dahin erweitert, daß er selbst vorschlägt, der Straße eine Breite von 16 m zu geben. Nunmehr steht die Baukommission in allen Punkten auf dem Boden der Magistratsvorlage.

Was die finanzielle Seite der Vorlage betrifft, so bezweckt letztere zunächst nichts anderes, als die Festlegung einer Strecke im Ortsbauplan, um zu verhüten, daß die für die Anlage der Straße erforderlichen Gebietsteile vorher mit einem Gebäude besetzt werden. Die 350 m lange Strecke würde bei einer Breite von 16 m etwa 870 000 M Kosten verursachen, also nur 70 000 M mehr, als bei einer

Breite von 14 m. Daraus ist schon ersichtlich, daß die Aenderung des Bauplanes vollständig richtig war. Dabei möchte ich bemerken, daß die Zahlen von der städtischen Bauverwaltung mit Reserve ausgerechnet und die zu zahlenden Entschädigungen reichlich bemessen sind. Die städtische Bauverwaltung hat mit Rücksicht auf die scharfen Augen der Finanzpolitiker in der Baukommission mit den Zahlen sehr vorsichtig operiert. Die Frage, ob die Möglichkeit eines Zuschusses in Aussicht steht, hat die Baukommission mit großer Delikatesse behandelt. Auf den Anlieger würden bei dieser Straße rund 1300 M Bruttokosten für 1 m Frontlänge entfallen. Es sind in der Baukommission keine Bedenken vorhanden, die Vorlage auch in finanzieller Beziehung zu empfehlen, da die Durchführbarkeit des Projektes vollständig gesichert erscheint. Demnach empfiehlt die Kommission, der Vorlage zuzustimmen und den Straßenzug in den Ortsbauplan aufzunehmen. Von dem Obhilfeiteile muß vertragsmäßig die freierwerdende Strecke dem Allgemeinen Konsumverein überwiesen werden.

Der Kommissionsantrag wird darauf angenommen.

XIV. Nachverwilligung von Kosten für die Beleuchtungsanlage im Feuerlöschgebäude.

Durch die Ausführung der elektrischen Beleuchtungsanlage im Feuerlöschgebäude sind insgesamt 2939,10 M Kosten entstanden, während der Voranschlag nur 2700 M vorsah. Die Mehrausgabe von 239,10 M erklärt sich dadurch, daß die Firma angenommen hat, es seien die Beleuchtungskörper für die Dienstwohnungen des Branddirektors und des Brandmeisters für den veranschlagten Betrag nicht mitzuliefern, sondern würden besonders bezahlt werden. Da diese Annahme auf einem Irrtum beruhte, so ist die Stadt zu einer Nachzahlung an die Firma nicht verpflichtet. Es muß aber anerkannt werden, daß die Beleuchtungskörper in größerer Anzahl und von besserer Beschaffenheit geliefert worden sind, als dies die Erfüllung der vertragsmäßigen Verpflichtungen verlangt haben würde. Deshalb erscheint es dem Magistrat nicht unbillig, wenigstens diese Mehrausgaben von 159,60 M zu vergüten. Ferner hat sich während der Anlagearbeiten ergeben, daß im Interesse des Betriebes die Anbringung von vier Bogenlampenkuppelungen und eines automatischen Schalters erforderlich waren, was einen Kostenaufwand von 79,50 M verursachte. Da diese Ausgaben im Voranschlag nicht vorgesehen, trotzdem aber notwendig waren, so wird die Versammlung ersucht, die zur Bestreitung dieser sämtlichen Ausgaben noch erforderlichen 239,10 M nachzuverwilligen,

was auf Empfehlung der Baukommission, für die Herr Frühling berichtet, geschieht.

XV. Ausbau eines Theiles der Frankfurterstraße.

Die städtische Bauverwaltung überreicht zwei verschiedene Pläne nebst Kostenschätzungen über den Ausbau der Frankfurterstraße zwischen Helenen- und Weststraße mit dem Anheimgen, Entscheidung darüber herbeizuführen, in welcher Weise der Ausbau vorgenommen werden soll. Bei einem Ausbau nach der Anordnung I, die sich mehr dem vorhandenen Zustande anschließt, würde ein Aufwand von 10300 M erforderlich werden, während der Ausbau nach Anordnung II einen Aufwand von 17500 M erfordert. Die letztere Anordnung macht einen vollständigen Umbau der ganzen Straße sowie auch eine Verlegung der Straßenbahn erforderlich, dürfte aber die geeignetere Lösung darstellen, sofern der Fuhrverkehr als ausschlaggebend betrachtet wird, während für den Fußgängerverkehr die Anordnung I vorzuziehen sein würde. Der Magistrat gibt anheim, den Ausbau nach Anordnung II gutzuheißen und die Kosten von 17500 M zu verwilligen,

was geschieht, nachdem Herr Fricke den Antrag namens der Baukommission zur Annahme empfohlen hatte.

XVI. Zuschuß für die Sterbekasse der städtischen Beamten.

Der Vorstand der Sterbekasse für die städtischen Beamten zu Braunschweig hat um eine außerordentliche, auf mehrere Jahre sich erstreckende Unterstützung gebeten mit der Begründung, daß die Kasse in dem Falle, daß mehrere Mitglieder in rascher Folge versterben, ohne eine solche Unterstützung nicht in der Lage sein würde, ihren Verpflichtungen voll nachzukommen. Bei dem Sterbefalle eines Mitgliedes werden den Hinterbliebenen soviel mal 3 M gezahlt, als Mitglieder vorhanden sind, mithin bei dem jetzigen Bestande von 164 Mitgliedern 492 M, und es wird diese Summe durch Einzahlung von 3 M seitens eines jeden Mitgliedes wieder aufgebracht. Erfahrungsgemäß aber zahlen insbesondere die mit einem geringeren Gehalte besoldeten Beamten die 3 M lieber am ersten des kommenden Monats. Da die Kasse kein Vermögen, sondern nur einen sogenannten Grundstock besitzt, der am Schlusse des letzten Rechnungsjahres 856,48 M betragen hat, so kann die Kasse bei rasch aufeinander folgenden Sterbefällen den Hinterbliebenen das ihnen satzungsgemäß zustehende Sterbegeld nicht sofort auszahlen. Ferner ist auch hauptsächlich im Interesse der geringer besoldeten Beamten eine Herabsetzung der Beiträge sehr wünschenswert, die jedoch nur durch eine Vergrößerung des Grundstocks ermöglicht werden kann. Der Magistrat kann sich diesen Ausführungen nicht verschließen und richtet an die Versammlung das Ersuchen, sich damit einverstanden zu erklären, daß der Sterbekasse bis auf weiteres ein Zuschuß von jährlich 100 M gezahlt werde.

Herr Weichsel: Die Statutentkommission glaubt, den Antrag aufs allerwärmste befürworten zu müssen, damit bei Todesfällen unter den Beamten

die augenblickliche Not gemildert werden kann. Der erbetene Beitrag von 100 M ist als außerordentlich gering zu bezeichnen.

Herr Hauswaldt: Ich muß die Einrichtung einer solchen Sterbekasse auf Gegenseitigkeit für recht veraltet halten und würde es für praktischer erachten, die sämtlichen städtischen Beamten bei einer großen Versicherungsgesellschaft zu versichern.

Herr Oberbürgermeister Ketemeyer: Eine solche Anregung müßte von der Vereinigung der Beamten wohl selbst ausgehen. Die von Herrn Hauswaldt angeschnittene Frage hätte müssen geprüft werden, als der Antrag an die Versammlung gelangte, zuzustimmen, daß die neu eintretenden städtischen Beamten verpflichtet würden, der Sterbekasse beizutreten.

Herr Stadtrat von Frankenberg: Ich möchte hinzufügen, daß die beteiligten Beamten das Selbstverwaltungsrecht besonders hochschätzen, und das gilt nicht nur von den hiesigen städtischen Beamten, sondern auch von den städtischen Beamten des gesamten Herzogtums, für die ebenfalls eine Sterbekasse besteht. Wir haben beobachtet, daß die Beamten selbst dann eine selbständige derartige Kasse vorziehen, wenn sie damit nicht so vorteilhaft arbeiten, wie beim Anschluß an eine große Kasse.

Herr Rathe: Ich bin sehr für die Zahlung der 100 M, jedoch möchte ich darauf hinweisen, daß solche Umlageverfahren vor hundert Jahren einmal Mode gewesen sein mögen, jetzt aber nicht mehr. Meiner Ansicht nach liegt der Stadtverwaltung die Pflicht ob, dafür zu sorgen, daß ihre Beamten in anderer Weise versichert werden, wie es Herr Hauswaldt schon angedeutet hat, und ich würde mich freuen, wenn uns der Magistrat mit einer solchen Vorlage käme. Wenn die Beamten älter werden, ist ein solches Umlageverfahren recht unbequem und sicherer ist außerdem der Anschluß an eine größere Sterbekasse. Bei der Braunschweigischen Sterbekasse haben wir den Beweis, daß immer weniger Mitglieder hinzutreten und schließlich das Vermögen verteilt werden muß.

Herr Hauswaldt: Ich will gar keine Magistratsvorlage haben, sondern ich möchte nur das Umlageverfahren beseitigt wissen, weil ein Beamter dabei niemals weiß, wie oft eine Umlage im Jahre kommt, während er beim Anschluß der Kasse an eine größere Gemeinschaft mit einem bestimmten Beitrage im Jahre rechnen kann. Die Organisation der Kasse kann trotzdem bestehen bleiben.

Herr Weichsel: Der Vorschlag des Herrn Rathe geht zu weit, da wir keine Veranlassung haben, eine so weitgehende Bevormundung der Beamten vorzunehmen. Die Herren haben die Sache schon eine Reihe von Jahren erprobt, die Kasse hat bislang segensreich gewirkt und wir können sie lassen, wie sie ist.

Die Magistratsvorlage wird darauf angenommen.

XVII. Erwerb von Flächen zum Ausbau der Hochstraße.

Nachdem der Ausbau der Hochstraße beschlossen worden ist, erscheint es erforderlich, daß die zu dessen Ausführung nötigen Privatflächen stadtseitig erworben werden, nämlich:

- 1) von den Grundstücken der Witwe des Kaufmanns Bruno Bues zwei Flächen zu 116 qm,
- 2) vom Grundstücke des Malermeisters Karl Ohlendorf eine Fläche zu 22 qm,
- 3) vom Grundstücke des Fräulein Gimbeck zwei Flächen zu 194 qm, während dem Grundstücke 2 qm anzuschneiden sind,
- 4) vom Grundstücke des Schuhmachers Camona 75 qm,
- 5) vom Grundstücke der Geschwister Brandes 12 qm,
- 6) vom Grundstücke des Rentners Rabe 1 qm,
- 7) vom Grundstücke der Witwe Hartig 2 qm,
- 8) vom gemeinschaftlichen Gange daselbst 1 qm,
- 9) vom Grundstücke des Landschaftsgärtners Picard 3 qm,
- 10) von den Grundstücken des Oberst z. D. Fritz Brauns 77 qm, während ihnen 1,5 qm zuzulegen sind, und
- 11) vom Grundstücke der Witwe Gittermann 92 qm.

Der Magistrat hat mit den betr. Grundstückseigentümern folgende Preise vertraglich vereinbart: Für die unter *Nr.* 10 bezeichneten Flächen zu 75,5 qm einen Einheitspreis von 31 *M.*; für die unter *Nr.* 3 erwähnte Restfläche von 192 qm einen Einheitspreis von 15 *M.*. Daneben soll für Wertminderung der Gimbeck'schen Restgrundstücke eine Entschädigung von 1000 *M.* gewährt werden. Für die Fläche unter 11 (Gittermann) einen Einheitspreis von 31 *M.* unter Zubilligung einer Nebenentschädigung von 2000 *M.* für Wertminderung des Restgrundstücks; für die Fläche unter 1 (Bues) einen Einheitspreis von 15 *M.* und eine Entschädigung von 650 *M.* für das in den Besitz der Stadt mit übergehende Stallgebäude; für die Flächen unter 6, 7 und 9 (Rabe, Hartig und Picard) einen Einheitspreis von 20 *M.* und für die unter 2, 4 und 5 erwähnten Flächen (Ohlendorf, Camona und Brandes) einen solchen von 15 *M.*, während für die abgetretene Wegefläche von 1 qm (*Nr.* 8) eine Vergütung nicht zu zahlen ist.

Etwa erforderlich werdende Aenderungen an den Grundstückseinfriedigungen und Gartenanlagen, sowie an den Wasser-, Gas- und Kanalanlagen sollen auf Kosten der Stadt ausgeführt werden.

Der Magistrat ist der Ansicht, daß die im gegenseitigen Einverständnisse der Anlieger bewilligten Preise einschl. der Nebenentschädigungen angemessen sind und ersucht, den notariellen Vertrag zu genehmigen.

Auch dieser Vorlage wird auf Empfehlung der Baukommission, für die Herr Rathe berichtet, zugestimmt.

XVIII. Nachverwilligung von Kosten für die Brückenanlage im Bürgerparke.

Im Interesse einer solideren und wirkungsvolleren Ausführung der von der Versammlung am 24. August d. Jz. — Seite 192 des Berichtes — genehmigten beiden Brücken erscheinen verschiedene Aenderungen an dem ursprünglichen Projekte erforderlich, die eine Mehrausgabe von 1650 M erfordern. Der Magistrat ersucht, diesen Betrag zur Verfügung zu stellen. Bei den Aenderungen handelt es sich in der Hauptsache um die anderweite Ausbildung des Geländers, um die Anbringung von Zwischenstücken in der oberen und unteren Gurtur in Stärke der Knotenbleche, um die Herstellung der Vertikalstäbe aus einem Winkelisen, Verstärkung des Asphaltüberzuges, sowie um die um 1000 M zu geringe Veranschlagung der Herrichtung des Widerlags- und Pfeilermauerwerks.

Herr Frühling befürwortet die Vorlage im Namen der Baukommission und die Versammlung beschließt deren Genehmigung.

XIX. Baulichkeiten auf einem Grundstücke am Dovesee.

Das Wohnhaus und die Nebengebäude auf dem vormals von Boffeichen Grundstücke am Dovesee sind notwendigerweise instand zu setzen. Es handelt sich dabei im wesentlichen um die Ausbesserung der im Erdgeschosse gelegenen beiden Wohnräume, die Trockenlegung der Umfangswände, die Errichtung eines unterstellten kleinen Anbaues behufs Schaffung einer Küche und eines Kellerraumes, sowie um die Instandsetzung der beiden Nebengebäude. Die städt. Bauverwaltung fordert hierfür insgesamt 3350 M an, während der Magistrat eine Summe von 3000 M für ausreichend hält und ersucht, diese Summe zu bewilligen.

Namens der Baukommission berichtet hierüber Herr Lübke: In der Baukommission ist zunächst die Frage erörtert worden, ob es sich überhaupt lohne, für das Gebäude noch 3000 M auszugeben, jedoch sind wir der Ueberzeugung gewesen, daß es sich empfehle, das Gebäude zu erhalten. Vom technischen Standpunkte aus ist es uns aufgefallen, daß die Wände nur 25 cm stark werden sollen, weil sich dabei auf der Wetterseite im Winter leicht Eis bildet, jedoch haben wir müssen anerkennen, daß bei einer Verstärkung der Wände die geforderte Bausumme nicht ausreichen wird. Die Kommission empfiehlt daher, die angeforderten 3000 M zu bewilligen, jedoch mit dem Anheimgeben, nochmals zu prüfen, ob die Küche nicht anders zu legen ist.

Herr Wesemeier: Mit 3000 M wird an dem Gebäude nicht viel zu machen sein, denn alles daran ist verfault, Fußboden so gut wie Decke, und der Schwamm sitzt obendrein noch in dem Hause. Jedenfalls werden ganz neue Wände gezogen

werden müssen. Da indessen der landwirtschaftliche Betrieb des Grundstücks erhalten bleiben muß, so möchte ich anregen, den Garten durch Fortnahme der vielen Bäume ertragsreicher zu gestalten und zu versuchen, einen sechshaften Pächter hinein zu bekommen.

Herr Bürgermeister Meyer: Dem Anscheine nach ist Herr Wesemeier nicht recht orientiert über die Verhältnisse. Es handelt sich um zwei Gebäudekomplexe. Der eine besteht aus einem alten Wohnhause, das einen Anbau haben soll, und dieses Haus ist in seinen Fundamenten und seinem Mauerwerk nicht schlecht; es ist massiv gebaut und wenn der Fußboden faul geworden ist, so liegt der Grund darin, daß die Unterkellerung gefehlt hat. Der Schwamm ist jedenfalls nicht darin. Für den angeforderten Betrag sollen eben alle die Mängel abgestellt werden. Auch bezüglich des anderen Gebäudeteiles ist Herr Wesemeier im Irrtum, denn die Untersuchung ist dahin ausgelaufen, daß es wünschenswert erscheint, ihn noch zu erhalten. Das eine Häuschen ist eine Scheune und das andere soll als Lagerhaus dienen.

Herr Lübbe: So schlimm wie Herr Wesemeier meint, scheint die Sache denn doch nicht zu sein, denn die Bauverwaltung hat sich das Haus mit technischen Augen angesehen und hat daraufhin den Kostenanschlag aufgestellt. Sollten hinterher einige hundert Mark mehr erforderlich sein, so werden sie nachgefordert werden.

Herr Wesemeier: Ich habe mich geirrt, da ich geglaubt habe, es handle sich um das im Garten stehende Gebäude.

Die Magistratsvorlage wird hierauf gutgeheißen.

XX. Antrag Esdorn: Errichtung einer Markthalle im Westen der Stadt.

Herr Fubel: Der in der letzten Sitzung von Herrn Esdorn gestellte Antrag auf baldige Errichtung einer Markthalle im Westen der Stadt erscheint der Finanzkommission nach Ablehnung der betreffenden Magistratsvorlage — Seite 233 des Berichtes — nicht mehr so dringend zu sein, daß der Antrag schon jetzt zu beraten sein würde. Die Finanzkommission beantragt daher mit Zustimmung des Antragstellers, den Antrag noch für einige Zeit zurückzustellen, was geschieht.

XXI. Geschäftsordnungs-Debatte.

Herr Hauswaldt: Ich möchte zur Erwägung verstellen, ob wir jetzt mit Rücksicht auf die vorgerückte Zeit nicht schließen wollen.

Vorsitzender: Lassen Sie uns mit den vorliegenden Sachen zu Ende kommen und einmal eine Ausnahme machen. Eine solche Tagesordnung ist nichts als ein Versuch, das vorliegende Material zu erledigen. Es gelingt zuweilen,

zuweisen auch nicht, weil die Redelust der Herren zu verschieden ist. Man kann es einer Sache niemals vorher ansehen, ob sie lange oder kurze Debatten hervorruft. Zu oft Versammlungen abzuhalten, ist manchen Herren auch nicht recht.

Herr Hauswaldt: Es handelt sich heute nicht um eine Ausnahme, sondern um die Regel. In anderen Städten ist es üblich, alle Monate zwei Sitzungen abzuhalten, worauf sich jeder leicht einrichten kann. Eine solche lange Sitzung ist mehr, als ein Mensch leisten kann.

Vorsitzender: Alle 14 Tage sitzen wir schon jetzt im Durchschnitt. Da nur noch einige schon in der vorigen Sitzung eingebrachte Anträge und Anfragen zu behandeln sind, so werde ich die Verhandlung fortsetzen, sofern nicht der Wunsch auf Schluß allgemein geäußert werden sollte.

XXII. Antrag Kalm's: Einrichtung von Fettviehmärkten.

Der Antrag lautet:

„Die Versammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, eine Vorlage vorzubereiten, wodurch die Einfuhr von lebendem Schlachtvieh in der Stadt Braunschweig erleichtert wird und sich regelrechter gestaltet als jetzt, und zwar durch Einrichtung regelmäßiger wöchentlich abzuhaltender Fettviehmärkte, wie solche in fast jeder größeren Stadt bestehen.“

Herr Kalm's (zur Begründung): Dieser Antrag ist mit dem Antrage auf Bekämpfung der Fleischnot in eine gewisse Verbindung zu bringen. Es wäre wohl gut, die außerdeutschen Grenzen aufzumachen, aber vor allen Dingen müssen wir unsere eigenen Grenzen aufmachen. Der Magistrat und die Schlachthausdeputation haben sich schon öfter mit der Einrichtung von Fettviehmärkten beschäftigt, sind aber noch nicht zu einem Resultate gekommen. In Magdeburg und Hannover bestehen wöchentlich zwei solcher Märkte. Daß dadurch der Antrieß des Viehes ein viel regelrechterer wird und auch die Preise sich günstiger gestalten, werden die Herren aus den in meinem Besitze befindlichen Zentralvereins habe sagen lassen, ich mir von Mitgliedern des landwirtschaftlichen unserer Umgebung so ersichert, daß sie fast gar kein Vieh hierher senden können; es ist deshalb die Einrichtung eines Fettviehmarktes wenn auch nur für einen Tag der Woche durchaus nötig. Außer dem hat ein solcher Markt noch eine große wirtschaftliche Bedeutung. Ich habe mich in Hannover und Magdeburg selbst davon überzeugt, was für eine große Menge Menschen aus der Umgebung der betreffenden Stadt auf dem Markte zusammenkam. Daß das aber für eine Stadt ebenfalls von großer Bedeutung ist, werden die Herren wohl einsehen. Der Direktor des Schlachthauses in Magdeburg schreibt mir, daß der dortige Markt für die Stadt eine nicht zu unterschätzende

Bedeutung habe und alle Einrichtungen sich bewährt hätten. Ich bitte um Unterstützung meines Antrages.

Der Antrag wird der Statutenkommission zur Vorberatung überwiesen.

XXIII. Antrag Meyerhoff: Feststellung der leerstehenden Wohnungen.

Der Antrag lautet:

„Die Versammlung ersucht den Magistrat, alljährlich die Zahl der leerstehenden Wohnungen festzustellen unter Berücksichtigung der Größe und des Mietwertes derselben, und das Ergebnis der Feststellung bekannt zu geben.“

Zur Begründung führt Herr Meyerhoff folgendes aus: Diese Einrichtung hat sich schon in mehreren Städten bewährt und zwar auch in der Hinsicht, daß nicht ein Mangel an Wohnungen, sondern ein Ueberfluß daran festgestellt wurde. Viele Einwohner sind sich über diese Verhältnisse nämlich gar nicht klar. In dem vom Grundbesitzervereine herausgegebenen Wohnungsanzeiger werden z. B. nur 39 Wohnungen im Preise von 150 bis 300 M als unvermietet gemeldet, während allein in der einseitig bebauten Ludwigsstraße über 40 Wohnungen in diesem Preise freistehen. Von Wohnungsmangel kann daher hier wirklich nicht gesprochen werden. Das Bauunternehmertum würde wohl in solchem Maße keinen Unfug angerichtet haben, wenn es vorher gewußt hätte, daß über das Bedürfnis hinaus gebaut würde und die Wohnungen in zehn Jahren nicht vermietet werden könnten. In diesem Jahre läßt sich die Statistik durch die Hausbogen leider nicht mehr ermöglichen, jedoch ist es auch nicht schlimm, die Mittel für eine besondere Enquete aufzuwenden. Wir haben im Grundbesitzervereine schon einen entsprechenden Versuch gemacht, jedoch haben wir nicht so viele Mittel dafür zur Verfügung, auch pariert uns die Bevölkerung nicht so gut, wie einer Behörde. In Dresden sind noch ganz andere Maßregeln ergriffen, um dem Baue überflüssiger Wohnungen Einhalt zu tun.

Den genügend unterstützten Antrag erhält die Baukommission zur Vorberatung.

XXIV. Anfrage Esdorn: Stand der Bahnhofsfrage.

Herr Esdorn: Die Bürgerschaft möchte gern darüber unterrichtet sein, wie weit die Sache mit dem Bahnhofsprojekte gediehen ist. Man bemüht sich selbst heute noch, neue Projekte zu schaffen, obwohl die Bürgerschaft annimmt, daß wir aus der Zeit der Projektensmachei heraus seien; es wäre deshalb sehr erwünscht, wenn wir über den augenblicklichen Stand der Bahnhofsfrage eine authentische Erklärung vom Magistratsstische erhalten könnten.

Herr Oberbürgermeister Ketemeyer: Seit der von mir abgegebenen letzten Erklärung hat nur eine Sitzung mit Vertretern der Königlichen Eisenbahn-Direktion in Magdeburg stattgefunden, in der technische Fragen behandelt worden sind. Auf diese Fragen näher einzugehen hat wohl keinen Zweck. Weiter ist in der Sache nichts geschehen. Daß das Büttowsche Projekt unausführbar ist, wurde hier vorhin schon erwähnt.

XXV. Anfragen Jasper: Steuerung der Fleischnot.

Die Anfragen lauten:

- „1) Welche Antwort hat Herzogliches Staatsministerium dem Stadtmagistrate auf sein Schreiben erteilt, in dem er zur Steuerung der gegenwärtigen Fleischnot die Oeffnung der Grenzen befürwortete?
- 2) Was gedenkt der Magistrat selbst zur Vinderung der von ihm anerkannten Fleischnot zu tun?“

Herr Jasper (zur Begründung): Durch die Mitteilung des Herrn Vorsitzenden in der vorigen Sitzung ist festgestellt worden, daß der Magistrat sich unserm in der Sitzung vom 24. August d. Js. gefaßten Beschlusse — Seite 198 des Berichtes — erfreulicherweise angeschlossen hat. Bei dieser Sache ist mir aufgefallen, daß der Beschluß des Magistrates schon einige Wochen vor dessen Bekanntgabe in der Versammlung in einem hiesigen Blatte zu lesen war, während sonst beim Magistrate die Gepflogenheit besteht, derartige Mitteilungen an die Presse allgemein zu versenden. Ich glaube, es ist auch einmal ein entsprechender Beschluß von der Versammlung gefaßt worden, doch weiß ich nicht, inwieweit der Magistrat ihm beigetreten ist. Heute sind nun wieder einige Wochen vergangen, seitdem der Magistrat sich an das Ministerium gewandt hat, die Marktlage ist inzwischen keine bessere geworden, die Preise sind eher gestiegen als gesunken; es wird deshalb von allgemeinem Interesse sein, zu erfahren, wie sich das Ministerium zu dem Antrage gestellt hat.

Da bisher nichts darüber verlautet ist, daß das Ministerium irgend welchen Einfluß im Bundesrate oder in anderer Weise geltend gemacht hat, um im Interesse der städtischen Bevölkerung der Fleischnot entgegenzuwirken und da sicherlich die Steigerung der Fleischpreise noch weiter anhalten wird, namentlich wenn erst die neuen Zollverträge ihre Wirkung ausüben, so richte ich an den Magistrat die zweite Frage, ob er dem dauernden Mißstande nicht aus eigener Initiative entgegenwirken will, sei es, daß er Fettviehmärkte einrichtet oder daß er in ähnlicher Weise vorgeht wie andere Städte, die Seefische kommen lassen und zum Einkaufspreise an die Bevölkerung abgeben, oder daß er zur eigenen Produktion fetter Schweine auf den Rieselfeldern übergeht.

Herr Stadtrat von Frankenberg: Die Antwort des Herzoglichen Staatsministeriums auf unsern Antrag ist eingegangen und ich trage keine Bedenken, sie hier bekannt zu geben. Sie lautet leider ablehnend und hat folgenden Wortlaut:

„Dem Stadtmagistrate erwidern wir auf die Eingabe vom 11. September nach Anhörung der Handelskammer und des Vorstandes des landwirtschaftlichen Zentralvereins, daß wir zwar eine zum Teil erhebliche Steigerung der Vieh- und Fleischpreise im Gebiete des Herzogtums anerkennen, aber nicht die Ueberzeugung gewonnen haben, daß diese Steigerung hierlandes ihren Grund in einem Mangel an Schlachtvieh finde, der durch die vorgeschlagenen Maßnahmen, insbesondere eine umfangreichere Zulassung ausländischen lebenden oder geschlachteten Viehes gehoben werden könnte. Wir sind hiernach nicht in der Lage, uns für eine Aenderung der zum Schutze der deutschen Viehzucht an den Grenzen des Reiches getroffenen Vorkehrungen auszusprechen und lehnen deshalb ab, dem gestellten Antrage Folge zu geben. Hartweg.“

Der Magistrat wird gern bereit sein, über den Antrag Kalms mit den geehrten Herren zu verhandeln, und nach meiner persönlichen Meinung erblicke ich darin ein Mittel, um darauf hinzuwirken, daß die Fleischpreise auf einen erträglichen Satz wieder herabsinken.

XXVI. Anfrage Pöplies: Fertigstellung des freien Platzes an der Bammelsburgerstraße.

Zur Begründung der Anfrage:

„Liegen bestimmte Gründe vor, den freien Platz vor dem Wendentore, den Kreuzungspunkt der Bammelsburger-, Pestalozzi- und Wendemaschstraße, unfertig liegen zu lassen?“

führt Herr Pöplies folgendes aus: Auf dem bezeichneten Platze befindet sich ein dreieckiger Plazenplatz mit Bordsteinen eingefast und an einer Seite befestigt, während die anderen Seiten nicht befestigt sind. Es bildet sich dort stets ein furchtbarer Schmutz, welchem Zustande abgeholfen werden müßte. Der Platz befindet sich nun schon mehrere Jahre in diesem Zustande und man hatte immer gehofft, daß eine Aenderung eintreten würde, ohne bis jetzt aber etwas davon bemerkt zu haben. Da in der dortigen Gegend der dringende Wunsch besteht, daß recht bald eine Besserung des Zustandes eintreten möchte, so habe ich mir erlaubt, die Anfrage zu stellen.

Herr Bürgermeister Meyer: Es ist zuzugeben, daß die Verhältnisse dort traurig sind und es wäre zu wünschen, daß die städtische Bauverwaltung in die Lage versetzt würde, die Fertigstellung des Fußweges vorzunehmen. Auf den Antrag eines Anliegers ist seinerzeit zur Ausführung der Arbeit geschritten, nach-

dem er erklärt hatte, die Kosten tragen zu wollen. Als aber der eingezahlte Vor-
schuß verbraucht war, weigerte sich der Anlieger, einen weiteren Voranschuß zu leisten,
worauf die Arbeit eingestellt werden mußte. Wenn der Herr noch 100 M. einge-
zahlt hätte, wäre der Uebelstand nicht hervorgetreten. Sollte in der Sache seitens
des Anliegers nicht recht bald etwas geschehen, würde stadtseitig im öffentlichen
Interesse einzuschreiten sein.

XXVII. Anfrage Wesemeier: Beschäftigung auswärtiger Steinseher.

Die Anfrage lautet:

„In Nr. 41 der „Deutschen Arbeitgeber-Zeitung“ vom 8. Oktober
d. J. befindet sich ein Bericht über eine „Vorstandssitzung des Arbeit-
geber-Verbandes für das Baugewerbe zu Braunschweig“, offenbar einge-
sandt von einem Vorstandsmitgliede dieser Organisation. In dem Bericht
heißt es wörtlich: „Schließlich wurde noch in Erinnerung gebracht, daß
der hiesige Stadtmagistrat Steinseherarbeiten an hiesige Unternehmer
nicht mehr vergibt, weil diese ihren Leuten freiwillig Lohnzugeständnisse
gemacht haben.“

Veruht diese Behauptung auf Wahrheit?“

Herr Wesemeier (zur Begründung): Wenn der Bericht den Tatsachen ent-
spricht, was ich vorläufig nicht annehmen kann, so hat sich der Magistrat in einen
Streit zwischen Arbeitgebern und deren Gesellen gemischt. Diese Zeitung wird von
den Vorstandsmitgliedern der Gewerkschaften gelesen und hat deren Bericht in
Nr. 41 nicht wenig Aufsehen in der Arbeiterschaft erregt. Es würde das aller-
dings ein ungeheuerlicher Zustand sein, und wenn ich auch nicht annehme, daß der
Bericht zutrifft, so halte ich doch eine Klarstellung für unbedingt nötig. Als die
Steinseher in die Lohnbewegung eintraten, ist es vorgekommen, daß die hiesigen
Steinsehermeister, die den Lohn bewilligt hatten, keine Arbeit bekamen, wogegen
eine Wolfenbütteler Firma den Steinweg zu pflastern erhielt. Diese Firma war
gezwungen, ihren hier arbeitenden Leuten den hier üblichen Lohn ebenfalls zu
zahlen. Damals wurde von den hiesigen Steinsehern böse Klage geführt, daß
ihnen die Arbeit entzogen sei, weil sie einen Stundenlohn von 55 S. bewilligt
hätten. Der Lohnsatz ist durchaus nicht zu hoch, wenn man berücksichtigt, daß die
Leute sehr oft wegen schlechter Witterungsverhältnisse feiern müssen und infolge
dessen nur ein Jahreseinkommen von 700 bis 800 M. haben. Ich halte es nicht
für möglich, daß der Magistrat eine Stellung einnehmen kann, wie sie ihm in dem
Berichte untergeschoben wird.

Herr Oberbürgermeister Ketemeyer: Ich kann darauf nur erklären, daß
sich der Magistrat mit dieser Sache weder in der einen noch in der anderen

Richtung befaßt hat, weshalb ich die gestellte Frage mit einem einfachen Nein beantworten kann. In der Deputation sind allerdings Verhandlungen mit den Steinsehermeistern gewesen, aber auch hier ist nicht zum Ausdruck gebracht worden, daß den hiesigen Meistern Arbeit nicht gegeben werden solle, weil sie ihren Arbeitern Lohnerhöhungen gegeben hätten.

Damit ist die Tagesordnung erledigt und es findet Schluß der Sitzung statt.

Dauer von 4 bis 8³/₄ Uhr.

1905/1906.Nr. 9.

Bericht

über die

Verhandlungen der Stadtverordneten zu Braunschweig

in deren Sitzung am 2. November 1905.



Tagesordnung:

I.	Antrag Schöttler u. Gen.: Zeitgemäße Umgestaltung der Städteordnung	Seite 296
II.	Einsprachen gegen die Anordnung von Vorgärten an den Wällen	" 297
III.	Antrag Kalm s.: Erweiterung der Befugnisse der Markthallendeputation	" 306
IV.	Urkundenbuch der Stadt Braunschweig	" 307
V.	Umgestaltung des die Schillereiche umgebenden Platzes	" 309
VI.	Antrag Kalm s.: Einrichtung von Fettviehmärkten	" 310
VII.	Änderungen des Entwurfs eines Ortsbauplans	" 314
VIII.	Bericht über die Tätigkeit der Schulärzte im Schuljahre 1904/05	" 321
IX.	Aufstandsetzung des ehemaligen Standesamtsgebäudes	" 324
X.	Rechnungsabschlüsse der Räumereifasse und Nebentassen für 1904/05	" 324
XI.	Erwerb von Grundflächen zum Gaswerke etc. an der Taubenstraße	" 326
XII.	Gesuch wegen Einschränkung oder Aufhebung der Sonntagsarbeit im Handelsgewerbe	" 330
XIII.	Erwerb von Grundflächen zur Waterloostraße etc.	" 333
XIV.	Aufnahme einer Entschädigungsklage	" 333
XV.	Rückzahlung von Kanalbaukosten	" 334

XVI.	Hundesteuer-Erlaßgesuch	Seite 334
XVII.	Beseitigung von Abwässern auf einem Grundstücke der Wolfenbüttelerstraße	„ 335
XVIII.	Antrag Bunge: Anlegung einer Schweinezucht auf dem Nieselgute	„ 337
XIX.	Antrag Pepsieß: Aenderung der Städteordnung	„ 337
XX.	Antrag Bunge: Aenderung der Städteordnung	„ 337
XXI.	Antrag Jasper: Aenderung der Städteordnung	„ 338
XXII.	Antrag Stegmann: Aenderung der Städteordnung	„ 338
XXIII.	Mitteilung des Vorsitzenden	„ 339

Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister Ketemeyer, Bürgermeister Meyer und Stadträte Ramdohr, von Frankenberg, Seele, Wagner und Lange.

Entschuldigt die Herren Lorb, Kolte und Sander.

Die Versammlung wird von dem stellvertretenden Vorsitzenden, Herrn Hauswaldt, eröffnet.

I. Antrag Schöttler u. Gen.: Zeitgemäße Umgestaltung der Städteordnung.

Wie der Herr Vorsitzende mitteilt, ist dieser in der Sitzung vom 11. Mai d. Js. — S. 87 des Berichtes — gestellte und begründete Antrag noch nicht genügend vorberaten.

Herr Jasper (zur Geschäftsordnung): Ich bitte, hier eine Ausnahme von der Regel zu machen und trotzdem heute in eine Beratung des Antrages einzutreten, weil wir dazu eine Reihe von Abänderungsanträgen stellen wollen, die über den Antrag Schöttler noch hinausgehen, die wir aber in der Statutenkommission nicht vertreten können, weil dort zurzeit ein Parteifreund nicht Mitglied ist, wir also Anträge in der Kommission nicht stellen können. Es würde sich dann empfehlen, unsere Anträge derselben Kommission mit zur Erledigung zu überweisen.

Vorsitzender: Das von Herrn Dr. Jasper gewünschte Vorgehen, über einen Gegenstand hier zu verhandeln, der einer Kommission zur Vorberatung überwiesen worden ist, von dieser aber noch nicht vorberaten wurde, wäre neu und wohl nicht als zweckmäßig anzusehen. Es läßt sich aber dasselbe erreichen, wenn der Herr Vorredner seine Anträge einreicht und am Schlusse der Tagung das Wort zur Begründung nimmt, worauf sie der Statutenkommission mit überwiesen würden.

Herr Weichsel: Wenn noch weitere Anträge zu der gleichen Sache zu erwarten sind, so erscheint es wünschenswert, daß sie der Statutenkommission überwiesen werden, jedoch wäre es widersinnig, über den Antrag Schöttler hier zu verhandeln, bevor dessen Vorberatung durch die Statutenkommission erfolgt ist.

Uebrigens ist der Antrag Schöttler so weitgehend gefaßt, daß sich dabei auch noch andere Wünsche berücksichtigen lassen.

Herr Jasper: Da wir mit den Anträgen dasselbe bezwecken, was der Herr Vorsitzende angedeutet hat, so bin ich mit dessen Vorschläge einverstanden.

II. Einsprachen gegen die Anordnung von Vorgärten an den Wällen.

Gegen die von den städtischen Behörden beschlossene Anordnung von Vorgärten an den Wällen sind 20 Einwendungen erhoben worden, die zumeist damit begründet sind, daß durch die beabsichtigte Maßnahme die Bebauungsfähigkeit des jeweilig in Betracht kommenden Grundstücks stark beeinträchtigt und damit eine erhebliche Vermögensschädigung herbeigeführt würde. Einzelne Einsprachen entbehren jeglicher Begründung. Bei der Beurteilung der Einwendungen hat der Magistrat die Gesichtspunkte maßgeblich sein lassen, durch die auch die Versammlung sich bei der angegriffenen Beschlußfassung hat leiten lassen, d. h. er hat angenommen, daß die Schaffung oder Beibehaltung von Vorgärten an den Wällen zur Herbeiführung einer günstigen Entwicklung der Stadt aus Gründen des Verkehrs, der Hygiene und der Aesthetik notwendig sei. Wenn gleichwohl einige der Einwendungen der Versammlung zur Berücksichtigung empfohlen werden, so hat das seinen Grund darin, daß der Magistrat sich für verpflichtet hält, die den öffentlichen Anordnungen vielfach entgegenstehenden privaten Interessen der Anlieger nicht über die durch die angeführten maßgeblichen Gesichtspunkte gezogenen Grenzen hinaus zu schädigen. Im einzelnen wird zu den Einsprachen folgendes bemerkt:

1. Der Justizrat Gerhard und der Dr. med. Diesing haben, ebenio wie Fräulein Steinmeyer, gebeten, die Vorgärten auf dem Bruchtorwalle zwischen Leopoldstraße und Siegesplatz fallen zu lassen. Da die von den beiden ersteren Anliegern vorgebrachten Gründe dem Magistrate durchschlagend erscheinen, auch die Vorgärten auf der Strecke Friedrich-Wilhelmsplatz—Leopoldstraße bereits fallen gelassen sind, so wird magistratsseitig anheimgegeben, der Einsprache stattzugeben.

2. Die Eingaben des Kaufmanns Störig, des Dr. med. Bauermeister, des Tapezierers Diederich und des Hauptkollektors Brand erucht der Magistrat insoweit zu berücksichtigen, als die Vorgärtenbreite für die Westseite des Sandweges auf 2 m (statt 3 m) festgesetzt wird.

3. Der Einsprache des Restaurateurs Kalms bittet der Magistrat nicht stattzugeben, da dessen Grundstück auch bei Anordnung von Vorgärten noch eine verhältnismäßig große Grundfläche besitzt.

4. Ebenso wird anheimgegeben, die Einsprache des Herrn Hauptkollektors Bahldiek zu verwerfen.

5. Dasselbe beantragt der Magistrat hinsichtlich der Einrede des Registrators Grüne, insoweit sie sich auf den an dem Wendentorwalle in Aussicht genommenen

Vorgarten bezieht; ihre Berücksichtigung wird aber empfohlen gegenüber dem nach der Straße „am Wendentore“ projektierten Vorgarten. Damit würde auch der Einsprache des Rentners Paul Rechnung getragen werden.

6. Die Einreden des Dr. Schucht, am neuen Petritore 8, sowie des Ingenieurs Hasenbalg, des Sanitätsrats Dr. von Holwede, des Sanitätsrats Dr. Fleischer, des Kaufmanns Meyer, der Frau Sophie Meine, des Professors Hugo Schulke und der Frau Hermine Kiehne, sämtlich wohnhaft am Wilhelmitornwall, ersucht der Magistrat zu verwerfen.

7. Sehr einschneidend wirkt dagegen die Anordnung von Vorgärten auf das der Witwe des Justizrats Peters gehörige Grundstück, Museumstraße 8. Es wird deshalb beantragt, die für die Südseite der Museumstraße beschlossenen Vorgärten gänzlich fallen zu lassen, womit eine teilweise Berücksichtigung des Störigischen Gesuches (s. Ifd. Nr. 2) verbunden sein würde.

Die Versammlung wird ersucht, diesen Ausführungen entsprechend zu beschließen. Namens der Baukommission berichtet über die Vorlage Herr Wolters:

Zu 1: Die Baukommission stimmt dafür, die Vorgärten vor dem Gerhardschen und dem Diesingschen Grundstücke fallen zu lassen, da sie die angeführten Gründe als berechtigt anerkennen muß.

Die Versammlung beschließt demgemäß.

Bezüglich des Steinmeyerischen Grundstücks liegt nach der Ansicht der Baukommission eigentlich kein Grund vor, das Gesuch zu berücksichtigen, weil das Grundstück auch bei der Anlegung eines Vorgartens noch groß genug für eine ordnungsmäßige Bebauung bleibt. Da es aber bedenklich erscheinen muß, für das einzelne Grundstück an der Strecke einen Vorgarten anzuordnen, so empfiehlt die Baukommission, ihn ebenfalls fallen zu lassen.

Die Versammlung ist auch hiermit einverstanden.

Was sodann das daneben liegende Grundstück des Dr. med. Kronheim anlangt, so beantragt die Baukommission weiter, auch hier den Vorgarten und zwar schon mit Rücksicht auf die dort durchzulegende Straße fallen zu lassen.

Herr Schmidt: Ich habe gegen diesen Antrag nichts einzuwenden, muß mich aber wundern, daß wir nach so kurzer Zeit schon zu solchen Beschlüssen gedrängt werden. Als seinerzeit die betreffende Vorlage hier verhandelt wurde, haben wir gegen deren Durchpeitschung protestiert, und heute kommen Sie schon mit solchen Anträgen.

Herr Bürgermeister Meyer: Diese Sache geht doch nicht von der Versammlung aus, sondern sie beruht auf dem guten Rechte der Interessenten, gegen die Beschlüsse der Versammlung Einsprache zu erheben. Die Einsprachen werden sodann vom Magistrat geprüft und sind bei der Prüfung hinsichtlich der unter 1 der Vorlage aufgeführten Anlieger als begründet anerkannt worden. Bei der hier in

Frage stehenden Strecke wird übrigens das vom Magistrate aufgestellte Prinzip nicht durchbrochen, da die Teilstrecke Leopoldstraße—Friedrich-Wilhelmsplatz nach dem Beschlusse der Versammlung auch keine Vorgärten erhalten hat.

Die Versammlung beschließt, den Vorgarten vor dem Aronheimschen Grundstücke ebenfalls fallen zu lassen.

Zu 2: Herr Wolters: In Uebereinstimmung mit dem Magistrate glaubt die Baukommission, den Anträgen der Anlieger Bauermeister, Diederich und Brand nicht vollkommen gerecht werden zu können, zumal an der Westseite des Sandweges noch mehrere große Grundstücke liegen, deren Eigentümer (die Herzogliche Hofhaltung und die katholische Gemeinde) Einsprache nicht erhoben haben, oder die erst neu bebaut worden sind. Die Baukommission ist auch nicht der Meinung, daß die Grundstücke bei Anordnung von Vorgärten nicht genügend bebaut werden könnten. Da aber in gewisser Weise die Einwendungen von Diederich und Brand zutreffen, so empfiehlt die Baukommission im Einvernehmen mit dem Magistrate, daß an der Westseite des Sandweges nur 2 m breite Vorgärten angeordnet werden.

Herr Bues: An dieser Stelle bieten die Vorgärten tatsächlich ein Hindernis und eine schwere Benachteiligung für die Anlieger. Auf der Hinterseite grenzen die Grundstücke an das Schulgrundstück, von dem ein etwaiger Neubau 2 m entfernt bleiben muß; wenn nun auch noch vorn 3 m nicht bebaut werden dürfen, so können die Eigentümer einen Neubau nicht aufführen. Es läßt sich wohl annehmen, daß unter normalen Verhältnissen eine Neubebauung der Grundstücke in absehbarer Zeit nicht stattfinden wird, jedoch können die Häuser durch Feuer zerstört werden, und dann sind die Grundstücke vollständig wertlos.

Herr Kalms: Da die Westseite des Sandweges zu zwei Dritteln mit neuen Häusern besetzt ist, die keine Vorgärten haben, so würde es sehr schlecht aussehen, wenn nun mit einem Male ein Teil der Straßenseite Vorgärten erhielte. Nach 50 Jahren würden die Mitglieder dieser Versammlung sich über einen solchen Beschluß wundern müssen. Die neuen Häuser werden selbst in 100 Jahren noch nicht abgerissen werden, so daß die Vorgärten für diese keinen Zweck hätten. Ich möchte daher bitten, die Vorgärten schon aus praktischen Gründen fallen zu lassen.

Herr Probst: Es ist sehr schwierig, sich ein Bild davon zu machen, was hier richtig ist; ich möchte daher zunächst einmal fragen, wie tief eigentlich die betreffenden Grundstücke sind.

Herr Wolters: Das bezüglich der Bautiefe ungünstigste Diederichsche Grundstück ist 18,7 m tief. Wir haben zur Vergleichung andere Grundstücke herangezogen und gefunden, daß viele andere Bauten diese Tiefe nicht besitzen, so daß uns die Vergünstigung der Ermäßigung der Vorgärten auf 2 m weitgehend genug erschien. Auf das Eckgrundstück des Herrn Brand treffen die Einwendungen des Herrn Kalms um so weniger zu, als dasselbe viel tiefer und dabei die Mög-

lichkeit vorhanden ist, es von drei Seiten zu beleuchten. Die Baukommission hat diese Sachen sehr wohl erwogen.

Herr Rathe: Ich gehörte zu der Minorität der Baukommission. Nachdem man an dieser Straßenseite jahrzehntelang neue Häuser ohne Vorgärten hat auf-
führen lassen, will man mit einem Male Vorgärten anordnen. Es scheint dieses eine Sache der Zukunft sein zu sollen, aber es können doch mit einem Male Ver-
hältnisse eintreten, die zu Neubauten zwingen und dann sitzen wir fest, weil die
neuen Häuser nach der Ehrenbrechtstraße zu so wenig Tiefe besitzen, daß sie bei
Anordnung von Vorgärten nur unter Ankauf der Häuser an der Friesenstraße
neu bebaut werden können. Ich weiß aus dem Stadtbauamte, mit welchen
Schwierigkeiten es ermöglicht wurde, dort ein Haus hinzustellen. Nachdem an dem
Sandwege sieben neue Häuser gebaut sind und dazwischen noch das Herzogliche
Fouragemagazin und die katholische Kirche stehen, hat es meiner Ansicht nach keinen
Zweck, jetzt hier Vorgärten anzuordnen. Dazu kommt noch der Umstand, daß bei
der Neubebauung der Grundstücke Herzoglicher Hofhaltung uns meines Wissens
niemals ein Bauplan vorgelegen hat. Wenn man hier hätte Vorgärten anordnen
wollen, so hätte das vor 30 Jahren geschehen müssen, nicht aber jetzt, wo der
größte Teil der Straße neu bebaut worden ist. Aus diesem Grunde habe ich in
der Kommission gegen die Vorgärten gesprochen. Wenn man die Vorgärten an
der Bruchtorpromenade aufgehoben hat, so war das nicht berechtigter als hier.

Herr Bürgermeister Meyer: Herr Rathe hat hier allgemeine Gesichtspunkte
entwickelt, die in der Beratung am 20. März d. Js. hätten maßgebend sein können,
als es sich darum drehte, die Vorgärten für den Sandweg anzuordnen. Damals
hat aber Herr Rathe nichts gesagt. Heute handelt es sich nicht darum, neue Ge-
sichtspunkte in dieser Sache zu entwickeln, sondern zu erwägen, ob die vorgebrachten
Einsprachen begründet sind. Der Sandweg ist auch nicht zu zwei Dritteln,
sondern nur zur Hälfte neu bebaut. Es wäre zu bedauern, wenn die Vorgärten
jetzt wieder aufgehoben werden sollten, denn die Grundstücke können auch mit den-
selben gut bebaut werden. Die Anlieger des Theaterwalles haben sich freiwillig
dazu verstanden, Vorgärten zu halten, obwohl deren Grundstücke eine noch ge-
ringere Tiefe haben. Daraus ersieht man, daß es für die Anlieger ganz rentabel
erschien, sich in dieser Beziehung zu beschränken; ich kann deshalb nicht anerkennen,
daß man aus den Einsprüchen herleiten könnte, die Vorgärten aufheben zu müssen.
Wenn Sie jetzt die gesamten Vorgärten fallen lassen, so werden die Grundstücke
innerhalb der nächsten 50 Jahre in der bisherigen Weise weiter bebaut werden
und die Vorgärten bleiben auch in der schönen mittleren Partie der Straße aus-
geschlossen. Wir haben alle Veranlassung, wenigstens 2 m breite Vorgärten zu
beschließen, weil sonst der Charakter, den wir dem Walle geben wollen, hier
wegfällt.

Die Hofhaltung muß sich natürlich auch nach unseren Baulinien richten. Wenn Herr Rathe meint, sie schiene nicht verpflichtet zu sein, sich daran zu halten, da er im Stadtbauamt noch niemals ein Bauprojekt der Hofhaltung gesehen habe, so bemerke ich, daß Hochbauten des Staates allerdings nicht der Genehmigung des Stadtbauamtes unterliegen, daß indessen etwa angeordnete Vorgärten respektiert werden müssen.

Herr Meyerhoff: Ich gehöre auch zur Minorität, weil ich bestreiten muß, daß die Grundstücke wieder rentabel werden können, wenn ihnen 2 m vorn abgeschnitten werden. Am Theaterwall liegt die Sache insofern anders, als den Anliegern erlaubt wurde ohne Höfe zu bauen und sie auch scharf auf die Grenze nach der Mauerstraße zu bauen konnten. Dem Hauptkollektur Brand wird aber wahrscheinlich nie gestattet werden, so nahe an das Schulgrundstück zu bauen. In dieser Erschwerung des Baues liegt für den Eigentümer ein großer Nachteil, da er für sein Grundstück niemals einen solchen Preis erzielen wird wie vorher. Aus diesen Gründen kann ich die Vorgärten hier recht gut entbehren. Außerdem handelt es sich dabei um denjenigen Teil des Walles, der von allem schweren Fuhrwerke befahren wird und eher einen Straßencharakter, als einen Promenadencharakter angenommen hat. Da gegenüber Vorgärten liegen, so ist der landschaftliche Charakter hier genügend gewahrt.

Herr Bues: Die Grundstücke von Diederich und Brand können bei der Anordnung von Vorgärten absolut nicht mehr bebaut werden, denn wenn das ganze Grundstück 18 m tief ist und es kommen vorn 3 m davon, dann bleiben 15 m übrig, wovon bei geschlossener Bauweise noch weitere 4 m heruntergehen. So tief in die Eigentumsverhältnisse hiesiger Einwohner einzugreifen, halte ich nicht für angezeigt, weshalb ich nochmals bitte, die Vorgärten abzulehnen.

Herr Frühling: Die Beweggründe der Mehrheit der Baukommission schließen sich im wesentlichen an die von Herrn Schmidt geäußerte Meinung an, daß wir die Frage der Vorgärten nicht wieder von vorn aufrollen und den früheren Beschluß einfach umstoßen können. Es liegen uns die Einsprachen dreier Anlieger vor, von denen Herr Dr. Bauermeister nicht in Frage kommen kann, weil dessen Grundstück so groß ist, daß es überhaupt nirgends Vorgärten geben könnte, wenn dieses Grundstück solche nicht haben soll. Die Bebauung der beiden anderen Grundstücke ist allerdings schwer, aber bei vielen anderen Grundstücken ist sie ebenfalls schwer, und die Baukommission ist der Meinung gewesen, daß eine Bebauung nicht ausgeschlossen sei, sondern sich ausführen lasse und daß nicht eine schwerere Belastung des Grundstücks eintrete, als an anderer Stelle. Wenn wir aber für die beiden Grundstücke die Vorgärten aufheben, so müssen wir sie auf der ganzen Strecke fallen lassen und dazu hat sich die Baukommission nicht entschließen können. Schon mit Rücksicht auf die beiden großen Flächen der katholischen Gemeinde und

der Hofhaltung würden wir es nicht für gerechtfertigt halten, den früheren Beschluß umzustößen, sondern traten dafür ein, Vorgärten von 2 m Ausdehnung festzulegen.

Herr Kalmß: Es wird immer davon gesprochen, daß nur drei Anlieger Einsprache erhoben hätten; es können aber auch gar nicht mehr Einsprache erheben, weil die Eigentümer der neuen Häuser wohl nicht daran denken werden, jetzt Einsprache zu erheben, wenn ihre Häuser noch mindestens 100 Jahre stehen werden. Wenn Sie konsequent sein wollten, durften Sie die Vorgärten an dem Bruchtorwalle auch nicht fallen lassen, gleichgültig, wie viele Grundstücke hier und dort liegen.

Herr Lübbe: Ich bedaure, daß der ganze Disput, den wir in der Baukommission hatten, hier noch einmal wiederholt werden muß. Wenn aber die Minorität der Kommission das Bedürfnis fühlt, ihre Meinung hier einzeln zu vertreten, so muß die Majorität auch einzeln das Wort nehmen. Ich als Sachverständiger habe nicht die geringsten Bedenken, daß die in Frage kommenden Grundstücke rentabel, gut und zweckmäßig wieder bebaut werden können. Außerdem ist es gegenüber dem Parke am Plage, hier Vorgärten einzurichten: man will doch nicht auf der einen Seite Reihenhäuser und auf der anderen Seite einen Park haben. Das würde ein unharmonisches Bild geben. Was hier von den Anliegern gegen die Vorgärten angeführt wird, kann jeder anführen. Wenn mein Grundstück an der Promenade einmal neu bebaut wird, so muß ich ein Achtel davon liegen lassen, wogegen ich mich durchaus nicht sträube. Entweder machen wir ganze Arbeit, oder wir lassen die Finger davon. Wenn die Versammlung beschlossen hat, hier Vorgärten anzulegen, so muß sich der einzelne fügen. Wenn die Durchführung unseres Beschlusses in diesem oder jenem Falle nicht möglich ist, so wird jeder vernünftige Mensch der Ansicht sein, daß wir unsern Beschluß einschränken und den betr. Anliegern eine Erleichterung gewähren. Hier liegt aber keinerlei Grund vor, die beschlossenen Vorgärten wieder aufzuheben.

Herr Wolters: Hinsichtlich der tatsächlichen Größe der drei Grundstücke möchte ich folgendes bemerken: Das Grundstück des Herrn Dr. Bauernmeister hat eine Tiefe von durchschnittlich 25 m und dazu einen inneren Hof von etwa 10 m. Das Grundstück des Herrn Diederich ist 18,7 m und das des Herrn Brand 21,5 m tief; auch diese beiden Grundstücke haben Höfe von 9 m und 5 m. Aus diesen Zahlen geht hervor, daß bei einer Verringerung der Bautiefe um 2 m selbst die Innenhöfe noch gehalten werden können. Auf die Äußerung des Herrn Kalmß, daß nicht mehr als drei Anlieger eine Einsprache hätten erheben können, möchte ich bemerken, daß jeder Anlieger, gleichviel ob er ein bebautes oder ein unbebautes Grundstück besitzt, das Recht hat, eine Einsprache zu erheben.

Herr Meyerhoff: Wenn auch die Majorität einen anderen Beschluß gefaßt hat, so halte ich es als Mitglied der Minorität doch für mein Recht, auch meine

Meinung in der Versammlung auszusprechen. Für das Grundstück der katholischen Gemeinde ist doch wohl keine Gefahr vorhanden, daß sie eine demnächst etwa zu errichtende neue Kirche an die Straßenfront stellen wird, sie wird vielmehr die Kirche wieder mitten auf das Grundstück stellen.

Herr Frühling: Ich möchte auf die unrichtige Ansicht des Herrn Kalms zurückkommen, daß die Besitzer der neubebauten Grundstücke keine Veranlassung gehabt hätten, Einsprache zu erheben. Gerade diese Anlieger hätten das größte Interesse daran gehabt, Einsprache zu erheben, weil ihre Grundstücke durch die Vorgärten viel mehr entwertet werden, als die Grundstücke mit alten Häusern. Wenn Herr Meyerhoff meint, daß eine neue katholische Kirche bestimmt nicht an die Straßenfront gebaut würde, so scheint mir das nicht so sicher zu sein.

Herr Rathe: Es war mir sehr angenehm, daß hier den Anliegern die Anordnung vor Vorgärten von ihren Häusern öffentlich zur Kenntnis gebracht wird, damit sie in Zukunft nicht vor einer unangenehmen Ueberraschung stehen und hiervon keine Kenntnis erhalten haben wollen.

Bei der nun folgenden Abstimmung wird der Antrag von Magistrat und Baukommission, die Vorgärten an der Westseite des Sandweges auf 2 m festzusetzen, angenommen, so daß die Einsprache der drei Anlieger damit zurückgewiesen worden ist. Die Einsprache des Kaufmanns Störig soll bei Punkt 7 der Vorlage mit verhandelt werden.

Zu 3: Herr Wolters: Die Einwände des Herrn Kalms sind einmal grundrechtlich und sodann bautechnischer Natur. Da beide Einwände von der Baukommission als zutreffend nicht anerkannt werden können, indem ihnen ein Irrtum des Herrn Kalms zugrunde liegt, so gibt die Baukommission (unter eingehender Begründung) anheim, die Einsprache zu verwerfen. Daß das Kalms'sche Grundstück durch die Anordnung eines Vorgartens geschmälert wird, ist richtig, trifft aber bei jedem Grundstück zu; jedenfalls wird hier das schwächere Recht getroffen, als bei manchem anderen Anlieger. Bei der Anordnung eines 3 m breiten Vorgartens wird das Grundstück durchaus nicht wertlos, sondern es kann im Anschluß an den Garten sehr wohl nutzbar gemacht werden.

Die Einsprache wird von der Versammlung zurückgewiesen.

Zu 4 u. 5: Herr Wolters: Die Baukommission empfiehlt Ihnen, die Einsprache des Hauptkollektors Vahlbief zurückzuweisen, die Einsprache des Registrators Grüne aber in der Weise zu behandeln, daß sie bezüglich des nach dem Wendentorwalle zu gelegenen Vorgartens zurückgewiesen, aber wegen des Vorgartens nach dem Wendentore zu gutgeheißen werde. Es ist allerdings hart für Herrn Grüne, daß der Vorgarten nach dem Wendentorwalle hin aufrecht erhalten werden soll, aber es erschien der Baukommission unmöglich, den Vorgarten um des einen Grundstücks willen fallen zu lassen. Dagegen erschien es der Kommission sehr

gerechtfertigt, den Vorgarten nach dem Wendentore zu aufzuheben. Bei dem Rentner Paul liegt die Sache ebenso. Das Paulsche Grundstück ist nicht so klein, daß man nicht Vorgärten hätte anordnen können, aber mit Rücksicht auf die mißlichen Verhältnisse des Grüneschen Grundstücks war es gerechtfertigt, den Vorgarten fallen zu lassen.

Herr Bürgermeister Meyer: Das ist doch wohl ein Irrtum. Der Magistrat hat allerdings beantragt, die Einsprache nur insoweit als begründet anzuerkennen, als sie sich auf die Anordnung von Vorgärten an der Straße „Am Wendentore“ bezieht. Dagegen hat die Baukommission, in Abweichung von dem Magistrat beschlossen, die Einsprache des Herrn Grüne auch „am Wendentormalle“ anzuerkennen. Der Magistratsantrag bezieht sich übrigens nicht auch auf den Vorgarten des dort stehenden staatlichen Grundstücks. Von dieser Seite ist eine Einsprache überhaupt nicht erhoben worden, weshalb das Polizeigrundstück von dieser Einsprache unberührt bleibt.

Herr Frühling: Das wollte ich auch bestätigen. Das Grünesche Grundstück ist von der Vorgartenfrage sehr schwer betroffen, weshalb von der Baukommission beschlossen war, der Einsprache des Herrn Grüne voll Rechnung zu tragen.

Herr Brückmann: Es wird Ihnen wohl ebenso gehen wie mir; man kann sich die Verhältnisse ohne Plan nicht recht vorstellen und weiß daher nicht, wie man sich dazu stellen soll. Ich möchte beantragen, die Sache heute noch zurückzustellen und uns darüber erst einen Lageplan vorzulegen.

Herr Bürgermeister Meyer: Die Lagepläne liegen der Versammlung vor und können hier eingesehen werden.

Herr Brückmann: Die Vorgärten sollen dem Stadtbilde einen freundlichen Charakter geben. Da aber am Wendentore schon jetzt sehr schöne Anlagen sind, so erscheinen mir hier die Vorgärten nicht so nötig zu sein. Wenn es sich deshalb hier um eine zweifelhafte Frage handelt, die so und so entschieden werden kann, so würde ich an dieser Stelle nicht so sehr auf Vorgärten bestehen.

Herr Esdorn: Da am Wendentormalle allgemein Vorgärten angelegt werden sollen, so würde es doch einen schlechten Eindruck machen, wenn man ein einzelnes Grundstück davon ausnehmen wollte. Ich möchte ersuchen, der Magistratsvorlage zu folgen und auch diese Einsprache zurückzuweisen. —

Bei der nach einer kleinen Pause stattfindenden Abstimmung wird beschlossen, die Einsprache des Herrn Bahldiek zu verwerfen, dagegen der Einsprache des Herrn Grüne hinsichtlich der Straße „am Wendentore“ stattzugeben, so daß also hier der Vorgarten wegfallen würde. Nach dem Wendentormalle zu würde der Vorgarten demnach bestehen bleiben. Nach einer weiteren kurzen Besprechung, an der sich die Herren Lübke, Wolters, Meherhoff und der Herr Vorsitzende beteiligen, wird auch der Einsprache des Herrn Paul stattgegeben.

Zu 6: Herr Wolters: Es genügt ein Blick auf den Ortsbauplan, um zu sehen, daß die gegen die Anordnung von Vorgärten hier vorgebrachten Einsprachen nicht stichhaltig sind, weil die betreffenden Grundstücke genügende Bautiefen, teilweise bis zu 50 m besitzen. Die Baukommission empfiehlt daher, die Einsprachen nach dem Antrage des Magistrats zu verwerfen.

Herr Probst: Die Grundstücke an der Ostseite des Wilhelmitorwalles sind aber nicht so tief, ich möchte daher vorschlagen, für die Ostseite Vorgärten nur in Breite von 2 m anzuordnen, den betreffenden Einsprachen also teilweise stattzugeben.

Herr Brückmann: Dieser Ansicht bin ich auch, denn ich glaube, daß die an der Ostseite liegenden Grundstücke höchstens eine Tiefe von 12–14 m besitzen. Ohne Lageplan läßt sich auch hier schlecht ein Beschluß fassen.

Herr Wolters: Das Grundstück mit der geringsten Bautiefe ist 22 m tief. Sämtliche Einsprachen werden darauf verworfen.

Zu 7: Herr Wolters: Die Baukommission schließt sich in bezug auf die Einsprache des Herrn Störig (Nr. 2 der Magistratsvorlage) dem Vorschlage des Magistrats an, also die Einsprache zu verwerfen und den Vorgarten aufrecht zu halten. Das Grundstück der Frau Justizrat Peters liegt zum größeren Teile an der Museumstraße und zum kleineren Teile nach Störig zu an der abgechrägten Ecke. Die Baukommission empfiehlt, unter Anerkennung der von Frau Peters vorgetragenen Gründe, die Vorgärten für die ganze Museumstraße fallen zu lassen, aber an der abgechrägten Ecke nach dem Sandwege zu und ebenso für das Störigische Grundstück beizubehalten.

Herr Jasper: Mir ist die Sache insofern nicht klar, als die Baukommission beantragt, der Einsprache von Frau Peters stattzugeben, aber trotzdem die Vorgärten teilweise beizubehalten.

Herr Wolters: Für die Museumstraße erkennt die Baukommission die Berechtigung der Einsprache an, wogegen sie wünscht, daß bezüglich der abgechrägten Ecke dem Magistratsantrage nicht Folge gegeben, sondern die Beibehaltung des Vorgartens beschlossen wird. Die Gründe dafür sind wohl klar: Die Museumstraße hat eine so große Breite der Fahrbahn und des Fußwegs, daß hier eine Anordnung von Vorgärten nicht direkt erforderlich wird, zumal diese Straße nicht zu den eigentlichen Wallpromenaden gehört, sondern außerhalb derselben liegt. Außerdem sind die meisten Häuser schon bis dicht an die Straßenfront gebaut, so daß hier die Anordnung von Vorgärten keinen besonderen Zweck haben würde. Nur an der schrägen Fläche hat man geglaubt, den Vorgarten beibehalten zu sollen.

Herr Esdorn: Worhin wurde gesagt, nicht einmal die Hälfte der Anlieger habe Beschwerde erhoben und deshalb wurde die Einsprache verworfen, hier aber, wo nur ein Anlieger eine Einsprache erhoben hat, soll ihr stattgegeben werden. Da

scheint mir doch Herr Schmidt recht zu haben, daß die Sache zu sehr durchgepeitscht worden ist. Wenn nur ein Anlieger gegen die Anordnung von Vorgärten vorstellig geworden ist, so dürfte eine Aenderung des früheren Beschlusses nicht so triftig sein.

Herr Ralms: Von Vorgärten kann man an der Stelle nicht gut sprechen, sondern höchstens von Vorplätzen, weil wegen der nördlichen Lage des Terrains dort nichts wächst. Die Frau Peters hat dort mit dem Grundstücke eine schwierige Lage, weshalb ich bitten möchte, dem Magistratsantrage im vollen Umfange stattzugeben.

Herr Rathe: Wenn wir konsequent bleiben wollen, so müssen wir die Vorgärten an der Museumstraße auch beibehalten, da sie einmal beschlossen sind. Die Grundstücke sind dort genau so gut oder so schlecht zu bebauen wie die am Sandwege.

Herr Bürgermeister Meher: Eine gewisse Berechtigung kann man dieser Einsprache nicht absprechen. Die Sache liegt hier schon deshalb anders, als am Sandwege, weil die Museumstraße noch einmal so breit ist, als der benachbarte Wall. Eine Verbreiterung der Museumstraße kann nicht in Betracht kommen, ebenso kommen für die nächste Generation keine Schönheitsrücksichten in Frage, weil die Straße bis auf zwei Häuser schon bis an die Straßenfront bebaut ist. Wenn die beiden letzten Grundstücke noch neu bebaut werden, so ist die Straße einheitlich bebaut und es ist wirklich kein Unglück, wenn die Festlegung der Vorgärten um hundert Jahre hinausgeschoben wird.

Herr Koch: Vor längeren Jahren haben sich die Anlieger der Museumstraße mit der Promenadenverwaltung in Verbindung gesetzt, um Vorgärten von der Promenade zu bekommen, jedoch ist die Sache gescheitert, weil einige Anlieger nicht wollten. Wenn die Anlieger sich jetzt noch einigten und sich noch einmal mit der Promenadenverwaltung dieserhalb in Verbindung setzten, so wären sie nicht geschädigt und wir hätten, was wir wollten.

Es wird nunmehr zur Abstimmung geschritten. Dabei werden die Einsprachen von Störig und Peters verworfen. Demnach wird die Anordnung von Vorgärten auf beiden Strecken aufrecht erhalten.

III. Antrag Ralms: Erweiterung der Befugnisse der Markthallendeputation.

Der in der Sitzung vom 28. September d. Js. — Seite 245 des Berichtes — gestellte und begründete Antrag lautet:

„Die Versammlung wolle den Magistrat ersuchen, sich damit einverstanden zu erklären, daß die Zuständigkeit der Markthallendeputation auf die anderen Märkte der Stadt mit ausgedehnt und deren Mitgliederzahl von 2 auf mindestens 4 erhöht werde.“

Wie Herr Schöttler berichtet, ist die Statutenkommission zu der Erkenntnis gekommen, mit Rücksicht auf die hier kürzlich stattgehabten Verhandlungen die Annahme des Antrages zu empfehlen. Die Folge eines solchen Beschlusses würde sein, den Magistrat zu ersuchen, uns hierüber eine Vorlage zu machen. In der Kommission war Einstimmigkeit darüber vorhanden, daß es zweckmäßig wäre, die Befugnis der Deputation auf alle städtischen Märkte auszudehnen, sie entsprechend zu verstärken, nämlich auf 5 Mitglieder und darunter 4 Stadtverordnete, und sie als Deputation für das Marktwesen zu bezeichnen. Die Kommission beantragt also, den Antrag Kalms dem Magistrat zur Berücksichtigung zu überweisen.

Herr Kalms: Ich möchte die Deputation verstärkt wissen, weil ich der Ansicht bin, daß unser Marktwesen unter allen Umständen gehoben werden muß. Man hat schon wollen die Fleischstände vom Altstadtmarke wegnehmen, um die Markthalle zu heben, jedoch ist die betr. Magistratsvorlage abgelehnt worden. Zur Hebung des Verkehrs der Markthalle sind so gründliche und eingehende Beratungen zu pflegen, daß die Deputation mindestens fünf Mitglieder haben muß. Da die Deputation außerdem nicht nur für die Markthalle, sondern für das ganze Marktwesen eingesetzt werden soll, damit sie nicht allein für den Osten, sondern auch für den Westen Interesse hat, also die ganze Stadt vertritt, so muß ihre Mitgliederzahl auch schon aus diesem Grunde erhöht werden. Der Verkehr in der Markthalle ist zurzeit ein sehr trauriger, wovon die Geschäftsleute am Hagenmarke, an der Fallersleberstraße, der Wendensstraße u. ein Lied singen können, wir müssen daher auf eine Hebung des Verkehrs Bedacht nehmen.

Der Antrag der Statutenkommission wird sodann genehmigt.

IV. Urkundenbuch der Stadt Braunschweig.

Der Abschluß des III. Bandes des Urkundenbuches der Stadt Braunschweig in Verbindung mit den Verhandlungen über die Auflösung des mit der Firma C. A. Schweisshke & Sohn in Berlin abgeschlossenen Verlagsvertrages hat dem Magistrat Veranlassung gegeben, zu erwägen, ob das Urkundenbuch auf der in Band II und III desselben eingenommenen breiten Grundlage fortzuführen sei. Band I enthält eine Auswahl der für die Verfassung und Verwaltung der Stadt wichtigsten Statuten und Rechtsbriefe aus der Zeit von 1227 bis 1671, während in Band II und III sämtliche vorhandenen Urkunden in chronologischer Folge und zwar in Band II vom Jahre 1031 bis 1320, in Band III aus den Jahren 1320 bis 1340 Aufnahme gefunden haben. Diese Bearbeitung umfaßt nicht nur einzelne Urkunden, sondern auch die in reicher Zahl vorhandenen Stadt-, Regende-, Gerichts- und Gedenkbücher. Wenn mit der Aufnahme des vorhandenen Materials in gleichem Umfange fortgefahren wird, so würde das Urkundenbuch ins Unge-

messene anschwellen. Um das zu vermeiden, erscheint es dem Magistrate angezeigt, eine schon von Prof. Hänselmann in Aussicht genommene und jetzt von der Archivdeputation empfohlene Beschränkung dergestalt eintreten zu lassen, daß von den in den Stadtbüchern enthaltenen Rechtsgeschäften nur die nach Form und Inhalt bedeutendsten zum Abdruck gelangen, alle übrigen aber nur durch kurze Inhaltsangabe Berücksichtigung finden. Weitere Beschränkungen, etwa durch Aufstellung nur eines Inhaltsverzeichnisses für mehrere Bände oder in anderer Weise eintreten zu lassen, hält der Magistrat für bedenklich, weil dadurch der Wert des Werkes für die wissenschaftliche Ausnutzung ungemein herabgesetzt werden würde.

Mit Rücksicht hierauf wird die Versammlung ersucht, sich damit einverstanden zu erklären, daß das Urkundenbuch in der obenbezeichneten Weise fortgeführt werde. Welche Spanne Zeit der IV. Band umfassen wird und wann er in Druck gegeben werden kann, ist noch nicht zu übersehen.

Namens der Statutenkommission berichtet hierüber Herr Weichsel: Es unterliegt keinem Zweifel, daß das Urkundenbuch in der bisherigen Weise nicht fortgeführt werden kann, weil sich das Material derartig häuft, daß es unmöglich ist, die Sachen alle aufzunehmen. Man würde eine entsetzliche Menge von dicken Bänden zusammenbringen, die neben großen Kosten eine bedeutende Zeitverschwendung verursachen würden. Es gibt zwei Möglichkeiten, um über die Sache wegzukommen, nämlich einmal, daß man sie ruhen läßt, oder aber daß man die Urkunden nur auszugsweise bringt. Hierbei wird sowohl der ideelle Wert des Werkes, als auch die Finanzfrage in Betracht zu ziehen sein. Die Herausgabe des Werkes ist nicht sehr billig geworden, da jeder Band der Stadt ungefähr 6000 M gekostet hat. Die Statutenkommission ist der Ansicht, daß man das Werk in beschränkter Weise fortführen und den Antrag des Magistrates annehmen solle. Wie unser Etat durch die Herausgabe des Buches belastet werden wird, läßt sich noch nicht sagen, weil man nicht weiß, wann die Arbeit fertig wird. Der Stadtarchivar hat auch schon angedeutet, daß er in absehbarer Zeit eine Hilfskraft haben müsse, weil das Urkundenbuch einen wesentlichen Teil seiner Arbeitszeit in Anspruch nehme.

Herr Bürgermeister Meyer: Ich darf wohl annehmen, daß niemand unter Ihnen ist, der wünschte, daß das vor Jahrzehnten begonnene Werk jetzt unterbrochen werden sollte; es kann sich deshalb nur darum handeln, wie viele Mittel für das Buch zur Verfügung gestellt werden sollen. Wenn auch der einzelne Band etwa 6000 M gekostet hat, so wird sich die Sache doch noch insofern billiger gestalten, als nach dem Vertrage mit dem Verleger die Stadt nur 100 Exemplare frei erhält, während die übrigen 200 Exemplare mit der Maßgabe zum Verkauf gestellt werden, daß die Hälfte des Erlöses an die Stadt zurückerstattet wird. Bei dem Bande II hat ein Verkauf in dem Umfange stattgefunden, daß wir 1222,60 M

erhalten haben, so daß sich die Ausgabe um diesen Betrag ermäßigt. Wie teuer uns das Buch zu stehen kommen wird, läßt sich heute schwer sagen, weil noch nicht festzustellen ist, wie viele Bände noch folgen werden. Nach der Schätzung des Stadtarchivars läßt sich annehmen, daß noch 6 bis 10 Bände folgen werden, sofern bestimmte größere Abtengruppen, z. B. über den Schmalkaldischen Krieg, den 30jährigen Krieg, den Zwist mit den Herzögen etc., fortgelassen und als selbstständige Werke herausgegeben werden. Zu den eigentlichen Druckkosten kommen auch noch die Aufwendungen der Stadt für den Archivar und dessen erforderlich werdenden Hilfsarbeiter, indem von dem Gehalte des Archivars mindestens zwei Dritteile zu Lasten des Urkundenbuches zu rechnen sind. Wegen der Einstellung eines Hilfsarbeiters wird noch eine besondere Vorlage kommen. Der Magistrat wird in den Etat eine bestimmte Summe, vielleicht 1000 bis 2000 M. einstellen und je nach deren Bewilligung wird es möglich sein, alljährlich eine gewisse Anzahl von Druckbogen erscheinen zu lassen.

Der Magistratsvorlage wird hierauf zugestimmt.

V. Umgestaltung des die Schillerreihe umgebenden Platzes.

Einer Anregung des Festausschusses der Schillerfeier folgend hat der Magistrat ein Projekt über die Umgestaltung des die Schillerreihe umgebenden kleinen dreieckigen Platzes zu einem Schmuckplatze ausarbeiten lassen. Nach diesem Projekte, dessen Durchführung zu 700 M. veranschlagt ist, soll die Gasse selbst von einem einen monumentalen Charakter tragenden Eisengitter umfriedigt, die sie umgebende und an der Außenseite mit einem etwa 45 cm hohen Schutzgitter einzufassende Fläche aber mit Rasen besamt und einzelnen Sträuchern bepflanzt werden. Da der Festausschuß für die von ihm gewünschte Anlage einen Zuschuß von 500 M. in Aussicht gestellt hat, würde die Stadt dafür nur 200 M. aufzuwenden haben. Der Magistrat ersucht, die geplante Umgestaltung des Platzes gutzuheißen und die zu ihrer Ausführung von der Stadt zu tragenden 200 M. zu verwilligen.

Nach dem Berichte des Herrn Lübke ist die Baukommission der Ansicht, daß es sich empfehlen würde, den die Gasse umgebenden Platz nur mit Rasen zu besamen und die Sträucher fortzulassen. Im übrigen wird kommissionsseitig die Genehmigung der Magistratsvorlage empfohlen.

Herr Fricke: Ich möchte bitten, den Kommissionsvorschlag anzunehmen, umsomehr als der jetzige Zustand nicht bestehen bleiben kann und die Aenderung der Stadt fast nichts kostet. Der kleine Platz würde der Stadt dann zur Zierde gereichen.

Herr Koch: Ich möchte auf einen Uebelstand hinsichtlich der Bäume des Aegidienmarktes hinweisen. Diese Bäume sind so spät im Jahre gepflanzt worden, daß sie gleich wieder ausgegangen sind. Wenn die Bäume im Herbst gepflanzt

worden wären, wie sich das gehörte, hätten wir die doppelte Geldausgabe vermieden.

Herr Kalms: Ich muß Herrn Koch rechtgeben. Da die Pflanzung der Bäume aber von sachverständigen Herren angeordnet und überwacht wird, so möchte ich fragen, ob nicht Witterungseinflüsse an dem Eingehen der Bäume schuld sind.

Herr Bürgermeister Meyer: Soweit ich orientiert bin, hat man die Bäume nicht eher pflanzen können, weil der Legidienmarkt und die Auguststraße erst neu befestigt werden mußten. Ich werde mich bemühen, die städt. Bauverwaltung dahin zu bekommen, daß die von ihr gepflanzten Bäume nicht wieder ausgehen. (Heiterkeit.)

Herr Blasius: Sofern die Baukommission zur Bedingung gemacht haben sollte, daß die drei kleinen Bäume nicht mit auf den Rasenplatz gestellt werden, so möchte ich mich dagegen aussprechen. Wenn auf dem Platze nur die einzelne Eiche stände, würde es sehr kahl aussehen, während eine kleine Gruppe von Bäumen sich sehr lieblich ausnehmen müßte. Die einige Meter von der Eiche anzubringenden Sträucher schaden dem Baume in keiner Weise. Ich möchte deshalb bitten, die Fortlassung der von der städt. Bauverwaltung projektierten Sträucher wenigstens nicht zur Bedingung zu machen.

Herr Frühling: Es ist in der Baukommission allerdings die Meinung vertreten gewesen, daß die Bepflanzung jenes kleinen Rasenstückes mit mehreren kleinen Bäumen nichts weniger als schön wäre, weil die Eiche durch die anderen Bäume verlieren würde. Aufgefallen ist uns auch, daß hier die Tendenz, Rasenplätze übermäßig mit Bäumen oder Sträuchern zu bepflanzen, vorherrschend ist. Eine solche Bepflanzung erfordert den nötigen Raum. Aus diesem Grunde haben wir gemeint, das vorbringen zu sollen, um darauf hinzuwirken, daß die Bepflanzung des Platzes beschränkt wird.

Herr Lübke: Die Baukommission hat beschlossen, die Genehmigung der Magistratsvorlage zu empfehlen, dabei aber dem Wunsche Ausdruck zu geben, daß die Sträucher nicht gepflanzt werden möchten.

Herr Kalms: Ich möchte den Wunsch aussprechen, daß bei derartigen Sachen das Gutachten eines Fachvereins, hier z. B. der Gartenbauktion, eingeholt würde, damit die Einrichtung unter sachverständiger Leitung geschaffen wird.

Der Antrag der Baukommission wird sodann angenommen.

VI. Antrag Kalms: Einrichtung von Zettviehmärkten.

Der in der Sitzung vom 12. Oktober d. Js. — Seite 289 des Berichtes — gestellte Antrag lautet:

„Die Versammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, eine Vorlage vorzubereiten, wodurch die Einfuhr von lebendem Schlachtvieh in der Stadt Braunschweig erleichtert wird und sich regelrechter gestaltet als jetzt, und zwar durch Einrichtung regelmäßiger wöchentlich abzuhaltender Fettviehmärkte, wie solche in fast jeder größeren Stadt bestehen.“

Namens der Statutenkommission berichtet über den Antrag Herr Blasius: Die Statutenkommission hat sich im großen und ganzen auf den Standpunkt des Antragstellers gestellt und würde es für sehr wünschenswert halten, wenn durch die Einrichtung größerer Fettviehmärkte auch eine größere Anzahl Menschen hierhergezogen und dadurch der Verkehr gehoben würde. Es handelt sich bei der Erwägung dieser Sache aber um Fragen, die in der Kommission oder im Plenum der Versammlung nicht im Detail erörtert werden können, so z. B. muß zunächst festgestellt werden, wohin man die Märkte bringen will, ob in die Nähe des Schlachthauses oder der Eisenbahn, ferner müßte eine Reihe von Gebäuden dazu errichtet werden u. dgl. m. Die Kommission hat auch die Frage besprochen, ob ein solcher Markt für eine Stadt wie Braunschweig wirklich Erfolg haben würde, da die hiesigen Schlachter gewohnt wären, auf den Viehkauf zu fahren und sie von dieser Gewohnheit vielleicht nicht ablassen würden. Andererseits meinte man, das Vieh würde dem Markte von weither zugetrieben werden, so daß der Markt gut besetzt werden würde. Das sind Fragen, die erst reiflich erwogen werden müssen, die wir hier aber nicht erwägen können, sondern dem Magistrate zur Klärung überlassen müssen. Wir empfehlen daher, den Antrag dem Magistrate zur Erwägung zu überweisen.

Herr Kalms: Eigentlich hätte der Antrag mit dem Antrage über die Fleischnot verbunden werden müssen, da er inhaltlich dazu gehörte. Ich möchte bitten, den Antrag dem Magistrate nicht nur zur wohlwollenden Erwägung zu überweisen, sondern ihn zu bitten, so schnell wie möglich eine bezügliche Vorlage darüber einzubringen. Es handelt sich hier um eine Nothache. Ich habe über die Sache mit verschiedenen Schlächtern und Viehhändlern gesprochen und überall Zustimmung zu dem Antrage gefunden. Selbst die Viehhändler, die durch den Fortfall des Zwischenhandels getroffen werden könnten, begrüßen die Einrichtung eines solchen Fettviehmarktes oder eines Viehhofes mit Freuden. Der Vorstand der Fleischerinnung hat mir mitgeteilt, daß er an den Magistrat ein Gesuch um schnelligste Einführung des Marktes gerichtet hätte. Ich habe mich auf dem Schlachthausgrundstücke nach einem geeigneten Platze für den Viehmarkt umgesehen und habe bei der Gelegenheit erfahren, daß man, wie auch aus den damaligen Verhandlungen hervorgeht, schon Ende der 70er Jahre einen Platz dafür in Aussicht genommen hat. Die auf dem Platze zurzeit befindliche Baumschule ließe sich auch

wohl anderweitig unterbringen. Wir sind bei den heutigen Fleischpreisen geradezu verpflichtet, einen Viehhof mit wöchentlich zweimal abzuhaltenden Märkten einzurichten, damit unsere Schlächter nicht gezwungen sind, ihr Vieh in Magdeburg und Hannover zu kaufen.

Wenn dem Kommissionsantrage gemäß beschlossen werden sollte, so ist das, wie neulich hier ein Herr einmal äußerte, nichts als ein langsameß Begräbniß meines Antrages. (Heiterkeit.) Wir sind aber verpflichtet, alles zu tun, was zur Erleichterung des Antriebes von Vieh und damit zur Milderung der Fleischnot geschehen kann, deshalb bitte ich um Annahme meines Antrages unter Verwerfung des Kommissionsantrages. Man fragt sich vergebens, weshalb diese Märkte nicht schon seit 20 Jahren in Braunschweig eingeführt worden sind.

Herr Stadtrat von Frankenberg: Ich kann die Auffassung der Statutenkommission, daß die Angelegenheit in hohem Grade wert ist, erwogen zu werden, nur als gerechtfertigt anerkennen. Andererseits verstehe ich auch Herrn Kalms, wenn er die Besorgniß hegt, es möchten durch langwierige Erwägungen die Hoffnungen, die er in seinen Antrag setzt, vereitelt werden, jedoch kann ich ihn hierüber beruhigen, da der Antrag von der Schlachthausdeputation als ein Punkt bezeichnet worden ist, den man mit aller Kraft unterstützen mußte und da es auch der Auffassung des Magistrates entspricht, daß bei der gegenwärtigen Sachlage und den noch fortdauernden teuren Fleischpreisen kein Mittel unversucht gelassen werden darf, um hier in etwas Abhilfe zu schaffen. Aber nicht so schnell wie der Gedanke dem Haupte des Herrn Kalms entsprang, steht auch der Fetteviehmarkt, wie die Minerva aus dem Haupte des Zeus, fertig da. (Heiterkeit.) Es ist vorher noch mit der Herzoglichen Polizeidirektion und auch mit dem landwirtschaftlichen Zentralverein in Erwägungen über die Einrichtung des Marktes einzutreten, da zu prüfen ist, inwieweit der Durchführung des Gedankens Schwierigkeiten entgegenstehen. Was die Platzfrage anlangt, so ist das Gebiet unmittelbar am Schlachthause verpachtet; es muß deshalb geprüft werden, ob hier oder vielleicht auf dem Schützenplatze die Märkte abgehalten werden sollen.

Auf dem Schlachthofe hat sich ein Uebelstand geltend gemacht insofern, als eine Reihe von auswärtigen Schlachtern dort schlachten und ihre Fleischwaren an hiesige Schlächter verkaufen. Dazu haben wir aber das Schlachthaus nicht errichtet, weshalb es uns eine große Freude sein würde, wenn wir diesem Mißstande entgegenzutreten könnten. Ich möchte also bitten, sich an dem Vorschlage der Statutenkommission genügen zu lassen, da Sie überzeugt sein dürfen, daß hiermit daselbe erreicht werden wird, als wenn Sie den Antrag Kalms annehmen.

Herr Wolff: Herrn Kalms begegnet hier etwas, das bei Antragstellern häufig beobachtet werden kann: die Anträge gehen mit den Herren durch. Was sollen wir wohl mit solchem Antrage, dessen Grundlagen wir nicht

erwägen können, mehr tun, als die Statutenkommission vorgeschlagen hat? Wir vermögen nicht zu übersehen, welche finanziellen Opfer dabei zu bringen und wie die einzelnen Verhältnisse sonst zu ordnen sind, und auch die Autorität des Herrn Kalm's schafft dafür keine Grundlage! Wir können nicht anders, als wir müssen den Antrag dem Magistrate zur Erwägung überweisen. Wie Herr Kalm's zu der Idee kommt, daß ein solcher Antrag dann für begraben gilt, ist nicht zu verstehen. Zuweilen hat wohl jemand die Meinung hier vertreten, daß ein Antrag, wenn er mit knapper Majorität angenommen wurde, verschwinden würde; wenn aber ein Antrag, der vom Magistrate, von der Statutenkommission und der Versammlung freudigst begrüßt worden ist, dazu führt, daß er dem Magistrate zur Erwägung überwiesen wird, so kann der Antragsteller auch überzeugt sein, daß etwas geschieht. Die Versammlung kann also nicht mehr tun, als die Kommission vorgeschlagen hat.

Herr Bues: Nachdem der Vertreter des Magistrates sich wohlwollend über den Antrag der Kommission geäußert hat, fallen die Bedenken, welche man gegen diesen Antrag etwa hegen konnte, weg. Tatsache ist es, daß Fettviehmärkte in allen umliegenden größeren Städten abgehalten werden, obwohl dort nicht annähernd soviel Tiere, namentlich Schweine, geschlachtet werden wie hier. Da trotzdem hier ein Fettviehmarkt immer noch nicht eingeführt worden ist, so erscheint es begreiflich, wenn Herr Kalm's meint, daß sein Antrag unter den Tisch fallen könnte. Nach der Erklärung vom Magistratsstische können wir darüber aber beruhigt sein und wollen nur wünschen, daß die Sache nicht zu lange hinausgeschoben wird.

Herr Bunge: Es ist mit Freuden zu begrüßen, daß die Kommission den Antrag nicht zurückgewiesen hat. Die Ausführungen vom Magistratsstische haben mich allerdings davon überzeugt, daß man eine derartige Sache nicht in den Backofen schieben und von heute auf morgen fertigstellen kann, jedoch könnte es trotzdem nichts schaden, wenn der Antrag Kalm's von der Versammlung angenommen würde. Ich möchte mir erlauben, noch einen Zusatzantrag dazu zu stellen, der auch der wohlwollenden Erwägung des Magistrates überwiesen werden könnte und der darauf hinausläuft, den Fettviehmärkten eine neue Lebenskraft zu geben, indem der Magistrat ersucht würde, auf dem städtischen Rieselgute eine Schweinezucht verbunden mit Schweinemast zu betreiben.

Vorsitzender: Da es sich hier um ganz etwas Neues handelt, das mit der zur Verhandlung stehenden Materie in keinem ursächlichen Zusammenhange steht, so möchte ich bitten, den Antrag als einen selbständigen zu behandeln.

Herr Kalm's: Nach den Ausführungen der verschiedenen Herren sehe ich von der weiteren Verfolgung meines Antrages ab und schließe mich dem Kommissionsantrage an. Zur Ergänzung dieses Antrages möchte ich noch die Bitte

äußern, dahin zu wirken, daß die Fettviehmärkte in unmittelbarer Nähe des Schlachthauses abgehalten werden.

Der Antrag der Statutenkommission wird hierauf angenommen.

— Herr Wolff übernimmt den Vorsitz. —

VII. Aenderungen des Entwurfs eines Ortsbaustatuts.

Der von den städtischen Behörden beschlossene Entwurf eines Ortsbaustatuts hat dem Herzoglichen Staatsministerium zu verschiedenen Bemerkungen Anlaß gegeben, wozu sich der Magistrat in folgender Weise äußert:

1. Wir halten für unbedenklich, daß im § 1 Ziffer 1 vor „bekannt gemacht wird“ eingeschaltet werde:

„unter Bezugnahme auf die Genehmigung Herzoglichen Staatsministeriums“;

2. ebenso, daß der Eingang im § 1 Ziffer 2 folgende Fassung erhält:

„Außerhalb des Baugrundes dürfen . . . Wohngebäude . . . nur dann errichtet werden, wenn sie für die Sicherheit“ usw.

3. Die Vorschrift im § 1 unter Ziffer 3 gehört zu Ziffer 2. Die Ziffer 3 muß daher gestrichen werden.

4. Es muß anerkannt werden, daß durch das Zurücktreten einzelner Teile von Gebäuden hinter die Baulinie (besonders in der Innenstadt) so geringfügige Flächen unbebaut bleiben, daß ihre Unterhaltung als Vorgärten gar nicht möglich ist; in vielen Fällen wird überdies auch der Rücksprung gewählt, um dem Keller- geschoße genügend Licht und Luft zuzuführen. Daneben ist zu beachten, daß eine angemessene Einfriedigung besonders der vorerwähnten Lichtschachte aus Verkehrsrücksichten und ebenso ihre Klein- und Instandhaltung geboten erscheint.

Es dürfte sich hiernach für die Vorschrift im § 2 I 5 folgende Fassung empfehlen:

„Die freibleibende Fläche zwischen dem zurückgesetzten Gebäude und der Baulinie ist nach Wahl des Eigentümers entweder nach näherer Bestimmung des Stadtbauamts einzufriedigen und imstande zu halten oder aber dem öffentlichen Gebrauche . . .“ usw.

5. Wir halten für unbedenklich, daß gegen Ende des § 27 Z. 2 gesagt werde:

„daß diese mit dem (statt einem etwa vorhandenen) Hauptgebäude in eine . . .“

6. Wir sind damit einverstanden,

a) daß der Eingang des § 28, Absatz 4 die Fassung erhalte:

„Ein in Gemäßheit der vorstehenden Bestimmungen (Absatz 1 und Absatz 3) gefaßter Beschluß tritt“ usw.,

und daß

b) vor den Worten „bekannt gemacht wird“ eingeschoben werde:

„unter Bezugnahme auf die Genehmigung Herzoglichen Staatsministeriums.“

7. Es empfiehlt sich, im letzten Absätze des § 29 hinter „aufgeführten“ die Worte einzuschalten:

„und die denselben nach § 55 Ziffer 2 hinzugefügten“.

8. Die Vorschrift im letzten Absätze des § 30 II kann dazu führen, daß an Straßen, die eine Breite von 9 m oder weniger haben, höhere Gebäude errichtet werden, als an Straßen, deren Breite mehr als 9 m beträgt. Ihre Streichung dürfte um so unbedenklicher erscheinen, als in der Außenstadt Baustraßen von weniger als 9 m Breite nicht vorhanden sind, und überdies der Eigentümer die größere Gebäudehöhe durch das Zurückrücken des Gebäudes hinter die Baulinie unschwer erzielen kann.

9a. Der § 32 Abs. 2 des Entwurfs will die Vorschrift im § 25 f. des Gesetzes dadurch ergänzen, daß er bei Gebäuden, deren Straßenfronten in den einzelnen Teilen eine verschiedene Zahl von Stockwerken haben, diejenige Höhe für zulässig erklärt, welche gefunden wird, wenn die gesamte Frontfläche (einschließlich der von Türmen und Aufbauten aller Art) durch die Frontlänge des Gebäudes geteilt wird.

Die Vorschrift kann nur dahin verstanden werden, daß unter Umständen einzelne Gebäudeteile sollen höher gebaut werden dürfen, als nach den allgemeinen Vorschriften zulässig ist, da andernfalls die Vorschrift überflüssig sein würde; mithin soll entweder die absolute Höhe (nach dem Gesetze 20 m) oder die relative Höhe (nach dem Gesetze Straßenbreite + 4,5 m) überschritten werden dürfen.

Da nun aber das Statut nach § 33 des Gesetzes die Vorschriften des letzteren über die Höhe der Gebäude zwar verschärfen, nicht aber mildern kann, so würde die obengedachte Vorschrift im § 32 Abs. 2 des Entwurfs nur dann zulässig sein, wenn das Gesetz selbst in Fällen der vorliegenden Art ein Ueberschreiten der absoluten oder relativen Höchsthöhe zuließe.

Ob dies der Fall ist, hängt von Auslegung der Worte im § 25 f. der Bauordnung ab:

„ist die Höhe der höher zu bauenden Teile in Rechnung zu ziehen.“

Der Ausdruck „in Rechnung ziehen“ und ebenso der am Schlusse des § 25 f. gebrauchte „wird . . . in Anrechnung gebracht“ läßt sowohl die Deutung zu, daß

auch die Höhe der höher gebauten Teile sich innerhalb des absoluten bezw. relativen Höchstmaßes halten soll, als auch die, daß Durchschnittsberechnung statthaft und danach für einzelne Gebäudeteile eine größere Höhe als die absoluten bezw. relativen Höchstmaße bedingen, zulässig sein sollte. Gegen diese letztere Auslegung spricht aber der Umstand, daß eine völlig unbeschränkte Höhe vom Gesetzgeber schwerlich hat für zulässig erklärt werden sollen, sowie der fernere Umstand, daß im § 25 unter b und c (betreffend Höhe der Gebäude an Straßen, deren Breite verschieden ist oder welche Gefälle haben) die Durchschnittsberechnung ausdrücklich angeordnet ist; es würde nicht erklärlich sein, weshalb der Gesetzgeber, wenn er auch in dem hier in Rede stehenden Falle das Durchschnitts-Höchstmaß zulassen wollte, dies nicht ausdrücklich gesagt hätte.

Abgesehen von diesen formellen Bedenken spricht aber gegen § 32 Abs. 2 des Entwurfs auch die sachliche Erwägung, daß bei langgestreckten Gebäuden durch Zulassung der höheren Gebäudeteile dem gegenüber liegenden Gebäude Licht und Luft in empfindlichster Weise entzogen werden kann, und wir müssen daher die nachträgliche Streichung des Abs. 2 umsomehr empfehlen, als Gebäude, die in den einzelnen Teilen an der Straße verschieden hoch sind, im allgemeinen selten sind, und daß, wenn diese Bauweise aus architektonischen Gründen (bei Villen) gewählt wird, die Höchstmaße regelmäßig nicht erreicht werden.

Die gleichfalls im § 32 Abs. 2 enthaltene, das Gesetz verschärfende Bestimmung, daß Türme und Ausbauten aller Art stets, d. h. also auch dann, wenn sie nur zu dekorativen Zwecken dienen, in Rechnung gezogen werden sollen, kann gleichfalls gestrichen werden, weil sie, wenn keine Durchschnittsberechnung Platz greifen darf, zu Härten führt, und die gesetzliche Beschränkung in den meisten Fällen genügen dürfte.

b. Die Vorschrift im § 32 Abs. 3 ist eine Ergänzung der Vorschrift im Abs. 2; kommt daher Abs. 2 in Wegfall, so muß auch Abs. 3 gestrichen werden, zumal die hier gegebenen Vorschriften nur dann anwendbar erscheinen, wenn — was nach dem oben Gesagten zweifelhaft erscheint — Durchschnittsberechnung zulässig sein sollte.

c. Nicht dasselbe gilt indessen von der Vorschrift im § 32 Abs. 4 über Mansardendächer und solche Dächer, die steiler als in einem Winkel von 45 Grad ansteigen. Nach dem Gesetze (B.-D. § 25 f.) wird bei ihnen ebenso wie bei den an der Straße stehenden Giebeln die Hälfte der Höhe in Anrechnung gebracht. Das hat bislang schon insofern zu Unzuträglichkeiten geführt, als in einem Winkel von etwa 85 Grad ansteigende Mansardendächer um deswillen zugelassen werden mußten, weil nur die Hälfte ihrer Höhe zu berücksichtigen war, obwohl sie dem gegenüberliegenden Grundstücke ebensoviel Licht und Luft nahmen, wie solches durch eine senkrechte Wand von gleicher Höhe bewirkt worden wäre. Im Hinblick auf

die gemachten Erfahrungen dürfte es sich empfehlen, zu unterscheiden zwischen solchen Mansardendächern und sonstigen Dächern, die in einem Winkel bis zu 60 Grad und solchen, die in einem Winkel von mehr als 60 Grad ansteigen und die ersteren nach Maßgabe des Gesetzes zu behandeln, d. h. also die Hälfte ihrer Höhe dann in Anrechnung zu bringen, wenn sie steiler als in einem Winkel von 45 Grad ansteigen, dagegen die volle Höhe dann in Rechnung zu ziehen, wenn ihr Neigungswinkel mehr als 60 Grad beträgt.

Die Entscheidung der Frage, was dabei unter dem auch im Gesetze gebrauchten Ausdruck „in Anrechnung bringen“ zu verstehen sei, wird der Praxis und eventuell der Entscheidung des Herzoglichen Verwaltungsgerichtshofes zu überlassen sein.

Hiernach bringen wir folgende neue Fassung des § 32 in Vorschlag:

„§ 32.

(Zu § 25 f.)

Bei allen Mansarden- und sonstigen Dächern, welche steiler als in einem Winkel von 45 Grad ansteigen, wird die Hälfte ihrer Höhe in Anrechnung gebracht; beträgt aber ihr Neigungswinkel mehr als 60 Grad, so kommt ihre ganze Höhe in Anrechnung.“

An dieser Stelle gestatten wir uns, darauf hinzuweisen, daß infolge eines Verfehls vor dem jetzigen § 29 des Entwurfs der Hinweis

„Zu § 25 der Bauordnung“

fehlt und nachträglich einzuschalten sein wird.

10. Wir sind damit einverstanden, daß im § 34 Abs. 2 des Entwurfs nach „bezeichneten“ die Worte:

„und den denselben nach § 55 Ziffer 2 hinzugefügten“

eingeschaltet werden.

11. Wir sind damit einverstanden, daß im § 35 a des Entwurfs der zweite Satz folgende Fassung erhält:

„Uebrigens muß in der unmittelbaren Umgebung der Gebäude ein so gestalteter und so geräumiger Teil jener Grundfläche liegen, daß im Falle des Ausbruchs eines Schadenfeuers . . .“

12. Der Eingang des § 38 a ist von Herzoglichem Staatsministerium beanstandet; überdies aber hat auch nachträglich der Wortlaut der Vorschrift unter b zu Zweifeln Anlaß gegeben. Wir schlagen daher folgende Fassung vor:

„§ 38 a

Fortsetzung.

I. Nach Maßgabe der nachstehenden Vorschriften müssen unmittelbares Himmelslicht erhalten:

a. die Wohn-, Schlaf- und Arbeitsräume sowie die Küchen;

- b. solche Räume, die zwar nach dem Bauplane eine andere Zweckbestimmung haben, als die unter a aufgeführten, die aber bei ihrer Lage, Größe und sonstigen Beschaffenheit ohne jede bauliche Aenderung auch als Wohn-, Schlaf-, Arbeitsräume oder Küchen benutzt werden können."

13. Wir sind damit einverstanden, daß der Eingang des Absatz III des § 53 folgende Fassung erhalte:

"Wenn nach Erlass dieses Statuts ein Jahr verflossen ist, soll in allen an kanalisierten Straßen . . ."

14. Wir sind damit einverstanden, daß im § 55 Ziffer 2 Absatz 2 und in Ziffer 3 vor den Worten „bekannt gemacht wird“ eingeschaltet werde:

„unter Bezugnahme auf die Genehmigung Herzoglichen Staatsministeriums.“

15. Wir sind ferner damit einverstanden, daß im § 56 Ziffer 2 vor den Worten „an den Ballpromenaden“ eingeschaltet werde:

„Vorgärten besitzen bezw.“

Undurchbrochene Einfriedigungen auch für Vorhöfe vorzuschreiben, erscheint uns nicht erforderlich und überdies auch nicht ratsam.

16. Wir sind damit einverstanden, daß im § 63 Ziffer 3 in der zweiten Zeile hinter den Worten „wenn sie nicht“ eingeschaltet werde:

„nach der Entscheidung des Stadtbauamts.“

17. Wir empfehlen, dem § 69 die Ueberschrift zu geben:

„Feuersichere Konstruktion einzelner Bauteile“,

und demselben als zweiten Absatz folgende Vorschrift anzuhängen:

„Galerien und bedeckte Gänge, die in der Höhe an Gebäuden oder über Höfe usw. hinwegführen und den alleinigen Zugang zu den Räumen eines Gebäudes bilden, sind im Unterbau von Steinen oder Eisen zu konstruieren und müssen mit feuersicheren Fußböden versehen sein.“

18. Wir empfehlen, im § 70 Ziffer 5 Zeile 2 hinter „brennbaren Stoffen“ die Worte einzuschalten:

„oder Gegenständen“.

19. (zu § 72) a. Nachdem die Verhandlungen mit der Straßeneisenbahngesellschaft wegen Verzichtes auf die ihr für Prüfung elektrischer Anlagen zustehenden Gebühren gescheitert sind und im Hinblick darauf, daß der Stadt nicht wohl zugemutet werden kann, die künftig von ihr durch besondere Beamte zu bewirkende Ueberwachung der elektrischen Anlagen unentgeltlich auszuführen, sehen wir uns außerstande, Vorschläge behufs Beseitigung der Erhebung der doppelten Gebühren zu machen.

Es erscheint uns aber nicht ausgeschlossen, daß die Straßeneisenbahngesellschaft später freiwillig auf die Gebühren verzichtet, weil deren Höhe, wenn auch die

Stadt Gebühren erhebt, vielleicht den einen oder den anderen Grundbesitzer abhalten wird, sein Grundstück an das Kabelnetz der Gesellschaft anzuschließen.

b. Soweit der Betrieb von Aufzügen (Fahrstühlen) durch das Gesetz Nr. 36 vom 26. Mai 1904 geregelt wird, können selbstverständlich die Bestimmungen des Entwurfs nicht zur Anwendung kommen. Es empfiehlt sich daher, dem § 72 folgenden Zusatz zu geben:

„Auf solche Aufzüge (Fahrstühle), deren Einrichtung und Betrieb durch das Gesetz: Die Einrichtung und den Betrieb von Aufzügen (Fahrstühlen) betreffend vom 26. Mai 1904 Nr. 36 geregelt wird, finden die vorstehenden Bestimmungen keine Anwendung.“

20. Wir empfehlen, dem ersten Absätze der Ziffer 1 des § 87 folgende Fassung zu geben:

„1. Anträge auf baupolizeiliche Genehmigung von Bauten sind entweder schriftlich beim Stadtbauamte einzureichen oder im Geschäftszimmer desselben zu Protokoll zu geben: die das Bauprojekt veranschaulichenden Bauvorlagen sind dabei in doppelter Ausfertigung einzureichen.“

21. Es läßt sich nicht leugnen, daß der Hinweis auf bestimmte Paragraphen von Gesetzen und Ausführungsvorschriften insofern nicht unbedenklich ist, als bei einer Aenderung dieser auch eine Aenderung des Statuts wird erfolgen müssen. Andererseits ist aber zu beachten, daß eine Umarbeitung der Bauordnung ohne weiteres auch eine Umarbeitung des Statuts zur Folge haben wird und daß, wenn die Ziffern der Ausführungsvorschriften (vor der Umarbeitung der Bauordnung) wider Erwarten geändert werden sollten, die dann etwa vorrätigen Exemplare des Ortsbaustatuts ohne Bedenken mit entsprechenden Fußnoten würden versehen werden können. Jedenfalls aber läßt sich nicht leugnen, daß jedem, der das Statut benutzen will, der Hinweis auf die einzelnen gesetzlichen und sonstigen Vorschriften eine ganz erhebliche Erleichterung gewährt, und wir müssen daher für ratsam erachten, die betreffenden Hinweise unverändert beizubehalten.

Was endlich die neue Paragraphierung des Entwurfs betrifft, so sind wir zu dieser von der Versammlung bereits ermächtigt. Wir dürfen wohl als selbstverständlich annehmen, daß, soweit sich aus der neuen Reihenfolge der Paragraphen eine Aenderung der im Entwurfe enthaltenen Verweisungen ergibt, wir auch zu dieser und ebenso zu der Anfertigung des unentbehrlichen dem Entwurfe anzuhängenden alphabetischen Inhaltsverzeichnis ermächtigt sein sollen.

Den im Vorstehenden empfohlenen Aenderungen und Ergänzungen des Entwurfs bitten wir gefälligst zuzustimmen.

Die Vorlage ist von der vereinigten Statuten- und Baukommission vorberaten worden und berichtet namens derselben Herr Wolters: Die Punkte 1—4 der Magistratsvorlage werden zur Annahme empfohlen. Zur Schärfung des Ausdrucks

im § 2. I. 5. des Statuts (Ist. Nr. 4 der Magistratsvorlage) empfehlen die Kommissionen weiter, hinter dem Worte „Gebäude“ einzuschalten „oder Gebäudeteile“.

Zum Punkt 5 findet sich kommissionsseitig nichts zu bemerken.

Zu 6: Die Kommissionen bringen in Vorschlag, dem § 28 des Entwurfs hinter Absatz 5 folgenden Zusatz zu geben:

„Auch kann ungeachtet der Anordnung offener Bauweise im Einzelfalle die Bebauung eines Grundstücks bis an dessen Grenze erfolgen, soweit die Innehaltung des Abstandes zu einer wesentlichen Wertminderung des Grundstücks führen würde.“

Zu dieser Erweiterung der Vorschriften ist nachträglich vom Magistrate eine Einschränkung angeregt worden durch Aufnahme folgenden Zusatzes:

„Diese letztgedachte Vergünstigung kann indessen nur in Ansehung solcher Grundstücke beantragt werden, die zur Zeit der Veröffentlichung des Beschlusses, durch den die offene Bauweise angeordnet wird, innerhalb der in Gemäßheit des Absatzes 1 festgelegten Tiefe entweder auf einer oder auf beiden Seiten bis an die Grundstücksgrenze oder in einem Abstände von weniger als 1 m von derselben bebaut sind.“

Die Vergünstigung soll also nicht auch auf unbebaute Grundstücke ausgedehnt werden. Dieser Zusatz ist von den beiden Kommissionen noch nicht vorberaten worden. Man kann darüber verschiedener Ansicht sein.

Herr Oberbürgermeister Metemeyer: Wir sind auf diesen Zusatz erst gekommen bei der Durchberatung der Straßen, für die offene oder geschlossene Bauweisen vorgeschrieben werden sollen, nachdem das Statut publiziert sein wird. Der Herr Vorsitzende der Baukommission hat seinerzeit erklärt, er hielte eine baldige Entscheidung in dieser Sache für äußerst dringlich und der Magistrat möchte sich darüber bei Zeiten schlüssig machen. Dabei stießen wir in der Beratung der Frage der offenen Bauweise auf erhebliche Zweifel, indem wir uns sagten, wenn, wie z. B. auf der Wolfenbüttelerstraße, eine Gruppe von Gebäuden geschlossen an einander grenzen, so werden deren Besitzer bei der Anordnung offener Bauweise ohne Frage in empfindlichster Weise beeinträchtigt. Es handelt sich dabei um Grundstücke mit verhältnismäßig kleinen Fronten, die ganz wesentlich im Werte vermindert werden würden, sobald sie bei Neubebauung auf jeder Seite $2\frac{1}{2}$ m Baufläche verlieren sollen. Diese Wertminderung würde nicht erst dann eintreten, wenn es sich um die Neubebauung des Grundstücks drehte, sondern wir fürchten, daß sie sofort eintreten und sogar auf die Beleihung der Grundstücke Einfluß ausüben kann, falls bekannt würde, daß eine Bebauung in der bisherigen Weise nicht wieder möglich sein wird.

Unser Antrag bringt aber eine Beschränkung insofern, als das Privilegium nur bei bebauten Grundstücken Platz greifen soll. Bei unbebauten Grundstücken

trifft das Bedenken der Wertminderung in dem Umfange nicht zu, wenn eine gewisse Beschränkung auch einem unbebauten Grundstücke mit schmaler Front erwächst. Das ist aber mal das Los eines jeden Mannes, daß er etwas von seinem Interesse opfern muß, weil die Interessen der Gesamtheit vorgehen. Hinterher sind mir allerdings Bedenken laut geworden wegen der unbebauten Grundstücke; wir werden daher abwarten, was die Herren beschließen, und dann dazu Stellung nehmen.

Herr Wolters: Es ist vielleicht zur Erwägung zu verstellen, ob man für unbebaute Grundstücke nicht eine andere Grenze festsetzt.

Herr Frühling: Ich möchte die Annahme des Magistratsantrages sehr empfehlen. Wenn einmal die offene Bauweise angeordnet wird und ein schmales unbebautes Grundstück kann geschlossen bebaut werden, so wirkt das nachteilig auf die Nachbargrundstücke; wenn dagegen das Grundstück schon bebaut ist, kann das Nachbargrundstück nicht geschädigt werden.

Herr Bürgermeister Meyer: Ich glaube, es ist auch Wert darauf zu legen, daß der Zustand für die weitere Entwicklung des Grundstücks als maßgebend angesehen wird, der besteht, sobald ein bezüglichlicher Beschluß gefaßt wird. Wenn der magistratsseitig beantragte Zusatz nicht angenommen wird, so wird die Beschlusfassung über offene Bauweisen dadurch illusorisch gemacht, indem es dann möglich erscheint, einen Platz nachträglich als Bauplatz zu verkaufen, wenn der Käufer nachweisen kann, er habe durch die offene Bauweise eine besondere Benachteiligung und bitte, zuzulassen, daß der Platz bis an die Grenze bebaut werde.

Nachdem der Herr Vorsitzende und der Herr Referent geäußert hatten, daß sie keine Bedenken mehr gegen den Zusatzantrag des Magistrates hätten, wird der Antrag der Kommissionen und des Magistrates gutgeheißen.

Herr Wolters: Zu den Punkten 7—21 haben die vereinigten Kommissionen Bedenken nicht geltend zu machen und ersuchen um deren Genehmigung. Der Magistrat wird gebeten, das Inhaltsverzeichnis recht ausführlich zu machen.

Die Versammlung stimmt den sämtlichen Vorschlägen der vereinigten Kommissionen zu und ermächtigt gleichzeitig den Magistrat, Wortänderungen, die den Inhalt des Statuts nicht ändern, selbständig vorzunehmen.

VIII. Bericht über die Tätigkeit der Schulärzte im Schuljahre 1904/05.

Nachdem auf Beschluß der städtischen Behörden die Ueberwachung des Gesundheitszustandes der Zöglinge der unteren Bürgerschulen eingeführt, zu dem Zwecke auch vom Schulvorstande der städtischen Bürgerschulen eine Dienstordnung für die Schulärzte vom 30. Oktober 1903 erlassen ist, haben diese im April 1904 ihre Tätigkeit aufgenommen und nunmehr über solche Tätigkeit Bericht erstattet. Zu den Einzelberichten hat sich der Stadtarzt, Sanitätsrat Dr. von Holwede, in

einem eingehenden Berichte vom 23. Juli d. Js. geäußert. Eine Vervielfältigung der betr. Berichte ist nach der Ansicht des Magistrates nicht angängig, die Berichte werden daher der Versammlung zur Kenntnissnahme vorgelegt. Der Schulvorstand hat zu verschiedenen seitens der Schulärzte gestellten Anträgen und gegebenen Anregungen Stellung genommen. Vom Magistrate wird schließlich darauf hingewiesen, daß die Einzelberichte künftig in einheitlicher Form so abgefaßt werden sollen, daß ihre Vervielfältigung erfolgen kann.

Wie Herr Blasius namens der Schulkommission berichtet, zeigen die sämtlichen Berichte, daß die Schulärzte mit Lust und Liebe ihr Amt ausgeübt haben. Die Veröffentlichung einer Zusammenstellung der Berichte ist nicht möglich gewesen, weil die Berichte nicht nach einem Schema angefertigt worden sind und eine sehr verschiedene Ausdehnung besitzen.

Die Einrichtung der Schulärzte hat sich insofern bewährt, als in keinem einzigen Falle von dem Vater oder der Mutter eines Kindes von der Befugnis Gebrauch gemacht worden ist, das Kind der schulärztlichen Aufsicht zu entziehen. Von besonderem Interesse ist es auch, daß in allen Schulen sich ein sehr gutes Verhältnis zwischen den Schulleitern und den Ärzten herausgebildet hat; es geht aus allen Berichten hervor, daß Differenzen, die früher von den Gegnern der Einrichtung befürchtet wurden, in keinem Falle eingetreten sind, sondern daß ein sehr gutes kameradschaftliches Verhältnis zwischen den Schulärzten und den Schulleitern bestanden hat.

Was die Art der festgestellten Krankheiten anbelangt, so sind sie wesentlich parasitärer Natur, die in den meisten Fällen sehr rasch und gründlich beseitigt wurden. Der Sinn für Reinlichkeit hat bei den Besuchern der Schule durch die Einrichtung der Schulärzte überhaupt ganz außerordentlich zugenommen. Es ist das darauf zurückzuführen, daß die Kinder sich dem Schularzte präsentieren mußten und hierdurch sowie durch die Badeeinrichtung ein sehr günstiger vorbildlicher Einfluß auch auf das häusliche Leben der Kinder ausgeübt wurde. Von der Vorbringung einiger Wünsche, die noch in der Kommission zum Ausdruck kamen und die zu einem Antrage verdichtet hier vorgebracht werden sollten, ist Abstand genommen worden, weil sich der Vertreter des Magistrates zu diesen Wünschen in sehr entgegenkommender Weise äußerte. Wir möchten vorläufig die Einrichtung noch einer weiteren Ausbildung überlassen, um erst noch weitere Erfahrungen zu sammeln, auch empfiehlt es sich, einen vollständigen Bericht, wie er im nächsten Jahre in Aussicht steht, abzuwarten, ehe seitens der Versammlung weitere Anträge gestellt werden. Schon jetzt läßt sich sagen, daß die Resultate der schulärztlichen Tätigkeit sehr günstige gewesen sind und wir uns freuen können, daß unsere Stadt dem Beispiele anderer Städte in diesem Punkte gefolgt ist.

Herr Günther: Das ist alles recht schön, aber ein erschöpfender Bericht ist das nicht; wir haben wenigstens etwas mehr von diesen Berichten erwartet. In einem Jahre muß man mehr leisten und angeben können, wie die Sache ausgefallen ist. In dem Jahresberichte der Stadt Breslau ist diese Angelegenheit ganz ausführlich behandelt worden und der hiesige Magistrat hätte wohl dafür sorgen können, daß ein ausführlicheres Material geliefert wurde. Hinsichtlich der Reinlichkeit der Kinder ist schon längst durch die Einrichtung der Brausebäder viel gebessert worden, dazu allein brauchten wir die Schulärzte nicht. In dem Breslauer Berichte von 60 Druckseiten finden sich ausführliche Angaben über alle dort vorgekommenen Krankheiten mit Ausnahme der Zahnkrankheiten aus 28 Schulbezirken der Stadt. Haben hier die Schulärzte denn gar keine Vorschriften gehabt, nach denen gearbeitet werden muß, in welcher Weise die Kinder zu untersuchen sind u. dergl.? Dann ist allerdings ein Tadel am Plage. Ich möchte bitten, die Berichte, wenn möglich, noch jetzt zusammenzustellen und uns zugänglich zu machen.

Herr Oberbürgermeister Metemeyer: Herr Günther irrt sich, wenn er meint, daß die Berichte der Schulärzte so äußerst dürftig ausgefallen seien, denn alles, was Herr Günther vermißt, liegt schriftlich vor. Die Berichte sind nur nicht einheitlich abgefaßt und ist deren Verarbeitung deshalb äußerst schwierig. Es würde andererseits aber auch zu weit gehen, wenn man den Schulärzten sagen wollte, die Berichte genügten nicht und müßten neu aufgestellt werden. Das Material steht jedem Mitgliede der Versammlung täglich frei zur Verfügung und kann von ihm beliebig bearbeitet werden; dagegen ist die Abfassung eines einheitlichen Berichtes auf Grund des vorliegenden Materials in diesem Falle kaum möglich, man müßte denn die sämtlichen Berichte an einander heften und vielfältigen lassen. Wenn die Versammlung das wünscht, wird es gemacht, ob es aber zweckmäßig ist, stelle ich dahin. In Zukunft sollen die Berichte einheitlich abgefaßt werden. Die Schulärzte haben voll und ganz ihre Schuldigkeit getan.

Herr Blasius: Ich habe davon Abstand genommen, die einzelnen Berichte zu verlesen, weil ich meine, daß das Verlesen solcher Zahlenreihen keinen Zweck hat. Wenn die Herren aber wünschen, bin ich gern bereit, die Verlesung vorzunehmen. Im nächsten Jahre werden die Berichte nach einer bestimmten Form angefertigt und wir werden einen Generalbericht bekommen, woraus ich Ihnen dann ein genaueres Bild über die Tätigkeit der Schulärzte geben kann. Ich freue mich, daß Herrn Günther die Magistratsakten zur Verfügung gestellt worden sind, damit er sich von der Richtigkeit meiner Ausführungen überzeugen kann.

Herr Günther: Ich habe niemandem weiter einen Vorwurf gemacht, als demjenigen, der den Schulärzten keine Richtschnur zu einer einheitlichen Bearbeitung der Materie gegeben hat. Jedenfalls hat die Versammlung etwas anderes erwartet. Wenn ich jetzt auch die Berichte in den Magistratsakten durchsehe, so haben doch

die übrigen Mitglieder der Versammlung nichts davon, oder soll ich die Berichte den übrigen Herren mitteilen, oder sie auf meine Kosten drucken lassen? Jedenfalls dürfen wir erwarten, daß die Sache in Zukunft besser gemacht wird.

Die Sache ist damit erledigt.

IX. Instandsetzung des ehemaligen Standesamtsgebäudes.

Die zum Umbau des ehemaligen Standesamtsgebäudes an der Petersilienstraße zwecks Einrichtung einer Volkstüche bewilligten Mittel von 3150 M reichen nicht aus, die städtische Bauverwaltung hat vielmehr um Nachbewilligung von 1050 M gebeten. Diese Mehrkosten entstehen im wesentlichen durch die Instandsetzung des Daches und der Rinnen sowie des Hausflures, ferner durch die Beschaffung verschiedener neuen Materialien, die Neuaufmauerung einer Scheidewand, die Instandsetzung eines Eßraumes, eines Durchganges, der Schornsteine zc. Der Magistrat gibt anheim, diese 1050 M nachzubewilligen,

und die Baukommission befürwortet den Antrag zur Annahme. Persönlich möchte Herr Rathe zu dieser Befürwortung bemerken, daß die Volkstüche erfreulicherweise nunmehr eine feste Unterkunft gefunden habe und deren Einrichtung allen billigen Anforderungen genüge. Da indessen die Eßräume vermutlich nicht ausreichen würden, so werde die Versammlung wohl noch einen weiteren Ausbau zu gewärtigen haben. Die Repräsentationsräume schienen ihm aber mehr als elegant für ihren Zweck zu sein.

Die Vorlage wird darauf genehmigt.

X. Rechnungsabschlüsse der Kämmereikasse und Nebenkassen für 1904/05.

Der Magistrat übersendet die Rechnungsabschlüsse der Kämmereikasse und der mit ihr durch Zu- oder Ueberschüsse in Verbindung stehenden Nebenkassen, sowie der in selbständiger Verwaltung befindlichen Kassen für das Rechnungsjahr 1904/05 zur Prüfung. Die Abweichungen des Ist der Abschlüsse vom Soll der Voranschläge sind erläutert worden, auch sind die Nachverwilligungen und Kreditüberschreitungen besonders hervorgehoben. Die Versammlung wird ersucht, die Ueberschreitungen, insoweit sie nicht schon genehmigt sind, nachträglich genehm zu halten und danach die Exekutionsetats der sämtlichen Kassen vorbehaltlich der Rechnungsablage für gerechtfertigt zu erklären.

Herr Südel: Wir haben die Rechnungsabschlüsse in der Finanzkommission eingehend besprochen. Der Abschluß des ordentlichen Etats der Kämmereikasse ergibt einen Ueberschuß von 17 264,40 M; der ungefähr dem Betrage entspricht, der bei der Beratung des laufenden Haushaltsplanes von der Mehrheit der Finanzkommission in Aussicht gestellt worden war. Wenn man aber daraus den Schluß

ziehen wollte, daß die von der Finanzkommission empfohlene Erhöhung der Steuer nicht berechtigt gewesen sei, so möchte ich darauf hinweisen, daß diesem geringen Mehrbetrage gegenüber in den vorigen Haushaltsplan ein solcher von 150 000 M hat aufgenommen werden können, so daß der geringe Mehrbetrag keineswegs die Meinung der Finanzkommission hätte ändern können.

Ohne auf die Einzelheiten der Abschlüsse einzugehen, möchte ich nur auf einige besonders bemerkenswerte Punkte hinweisen: Der Abschluß der Kasse des Rieselgutes hat uns mit seinem Ueberschusse von 18 134,18 M angenehm überrascht, während die Einnahmen aus der Markthalle gegen den Voranschlag um 7647 M zurückgeblieben sind.

Die Gemeinde-Einkommensteuer ist um 48 514,65 M hinter dem Voranschlage zurückgeblieben; das erste Mal, daß ein solcher Fall eingetreten ist. Ich möchte daraus aber nicht den Schluß ziehen, als ob der Voranschlag zu günstig berechnet worden sei. Nach dem, was hierbei ins Auge gefaßt werden konnte, war die veranschlagte Summe voll berechtigt, und es ist ein recht betrübendes Zeichen für die Steuerkraft unserer Stadt, daß die veranschlagte Summe nicht hat erreicht werden können. Wir befinden uns jetzt glücklicherweise in einer aufsteigenden Linie und dürfen hoffen, daß ein ähnlicher Vorfall nicht wieder zu erwarten steht. Auch die Mindereinnahme aus dem Elektrizitätswerke im Betrage von 17 633,93 M ist überraschend, aber auch hier ist nicht der zu günstige Voranschlag schuld, sondern der bedauerliche Umstand, daß die Hoffnungen und Erwartungen der Verwaltung des Elektrizitätswerkes in dem Jahre nicht in Erfüllung gegangen sind. Die Gemeinde-Grundsteuer hat eine Mehreinnahme von 12 722,76 M gebracht, weil damals die Baulust noch eine nicht unerhebliche war.

Da irgend welche Bedenken gegen die Rechnungsabschlüsse nicht vorliegen, so beantragt die Finanzkommission, dem Antrage des Magistrates zu entsprechen.

Herr Rathe: Nach der Mitteilung des Herrn Referenten ist aus dem Rieselgute ein Ueberschuß von 18 134,18 M erwachsen, der sich hauptsächlich daher schreibt, daß mehr Ländereien als in früheren Jahren verpachtet worden sind und die Viehhaltung auf dem Rieselgute vollständig aufgegeben worden ist. Daraus kann man entnehmen, daß die Aufgabe der Viehhaltung von Nutzen für die Stadt gewesen ist.

Herr Fiedel: Das günstige Ergebnis aus dem Rieselgute darf nicht zu dem Schlusse führen, daß wir alljährlich ein gleich gutes Ergebnis haben werden. Einmal hat ein größerer Posten (8552,60 M) für verkauftes Vieh eingestellt werden können und andererseits ist durch den Wegfall der Viehhaltung in den Ausgaben gespart worden (9399,37 M).

Herr Wesemeier: Es hat sich hiernach schon herausgestellt, woher die Mehreinnahme kommt. Daß an der früheren Mehrausgabe nicht die Viehzucht schuld

gewesen ist, steht für mich fest. Vor 1½ Jahren wurde von den Landwirten noch besonders darauf hingewiesen, daß die Viehzucht erweitert werden mußte, weil sie höhere Erträge abwürfe.

Herr Wolters: Es ist erfreulich, von Herrn Rathe eine Anerkennung über das Kieselgut zu hören, aber ich muß doch darauf hinweisen, daß bei der Vergleichung des vorjährigen und des vorvorjährigen Etats die Ausschcheidung der Pumpstation im vorigen Jahre zu berücksichtigen ist.

Herr Oberbürgermeister Ketemeyer: Das trifft nicht zu, weil wir im vorigen Jahre die Pumpstation noch nicht ausgeschieden hatten. Die Differenz zwischen dem Soll und dem Ist der Kasse des Kieselgutes ergibt sich aus der beigegebenen Uebersicht. Wir haben aus der Viehnutzung eine größere Einnahme bekommen, weil das Vieh verkauft worden ist. Dem gegenüber steht eine Ersparung an Kosten für die Viehhaltung, die uns auch in Zukunft zugute kommen wird. Sodann kommen auch die Einnahmen aus der Feldwirtschaft in Betracht, die infolge der abnorm guten Kartoffelernte des Jahres 1904 höher als gewöhnlich ausgefallen sind. Auch bei den Ausgaben sind einige Ersparnisse eingetreten, welche allein bei der Pumpstation gegen 5000 M betragen. So günstig wird das Resultat übrigens nicht wieder ausfallen. Nachdem wir die Pumpstation aus dem Etat des Kieselgutes abgezweigt haben, werden wir hoffentlich immer einen Ueberschuß herauswirtschaften, sofern wir die Zinsen und die Amortisationen des Anlagekapitals unberücksichtigt lassen; wenn wir diese Ausgaben aber einstellen, ist es anders.

Der Magistratsvorlage wird hierauf zugestimmt.

XI. Erwerb von Grundflächen zum Gaswerke zc. an der Taubenstraße.

Die Deputation zur Verwaltung der Licht- und Wasserwerke hält eine Erweiterung und einen Umbau des Gaswerkes an der Taubenstraße für erforderlich. Ein zu dem Zwecke entworfenes Vorprojekt wird noch näher bearbeitet, doch ist noch nicht zu übersehen, wann die Inangriffnahme der Arbeiten wird erfolgen können. Daß die Bauten unvermeidlich und zu dem Zwecke aus Betriebsrücksichten der stadtseitige Erwerb einiger das jetzige Grundstück des Gaswerkes im Westen berührenden Grundflächen für dringend wünschenswert und finanziell vorteilhaft zu erachten ist, unterliegt keinem Zweifel. Ferner ist in Aussicht genommen, das westliche größere Gebäude des angrenzenden städtischen Wirtschaftshofes, in dem zwei Stallungen, eine Dienstwohnung und sonstige Wirtschaftsräume vorhanden sind, und ebenso den im Norden dieses Gebäudes liegenden Hofteil mit mehreren kleinen Bauwerken dem Gaswerksgrundstücke zuzulegen und insbesondere das vorgedachte größere Gebäude für den Betrieb der Gasanstalt zu verwenden, auch soll die auf dem Hofe der Gasanstalt errichtete Desinfektionsanstalt beseitigt werden.

Wenn diese Grenzveränderung erfolgt, so muß für die damit dem Wirtschaftshofe entzogenen Räume zuvor Ersatz beschafft, auch eine neue Desinfektionsanstalt erbaut werden. Da für diese Zwecke der noch verfügbare Teil des Wirtschaftshofes nicht ausreicht, so empfiehlt es sich nach der Ansicht des Magistrates auch auf dessen Erweiterung rechtzeitig bedacht zu nehmen. Es ist deshalb für angezeigt erachtet worden, schon jetzt die nach Vorstehendem für beide genannte Betriebe aus wirtschaftlichen Gründen unentbehrlichen benachbarten Grundflächen der Stadt zu sichern, und der Magistrat hat zu dem Zwecke folgende Flächen angekauft:

a) die beiden den Eheleuten Saue gehörigen Grundstücke von insgesamt 37,35 a zum Einheitspreise von 6 M pro qm;

b) vom Grundstücke des Kaufmanns Dieß eine 3,50 a haltende Fläche zum Preise von 7000 M;

c) von den Eheleuten Bode deren Grundstück zu 36,13 a ganz und von dem Grundstücke Hagen № 21 die westliche Teilstrecke von etwa 16,84 a, mithin zusammen 52,97 a zum Preise von 6,50 M pro qm mit der Verpflichtung, das auf dem Grundstücke № 22 stehende Geschirrhäuschen auf die östliche Hälfte des Grundstücks № 21 zu versetzen und diese Restfläche demnächst nach Westen zu einzufriedigen.

Die den Eheleuten Bode und Saue bewilligten Kaufpreise dürfen ohne weiteres als annehmbar zu erachten sein. Die dem Kaufmann Dieß zugebilligte Vergütung ist hoch; es muß jedoch berücksichtigt werden, daß die diesem abgekaufte Fläche Zubehör eines am ausgebauten Teile des Mittelweges gelegenen bereits bebauten Grundstücks ist, und daß nach Ansicht der Deputation die Zinsen des für die Fläche aufzuwendenden Kaufpreises erheblich geringer sind, als das Mehr an Betriebskosten, das erwachsen würde, wenn die Fläche nicht angekauft würde. Unter diesen Umständen wird magistratsseits anheimgegeben, die drei vorgedachten Kaufverträge zu genehmigen.

Namens der Finanzkommission berichtet über die Vorlage Herr Födel: Die Finanzkommission empfiehlt, die Magistratsanträge zu genehmigen. In der Beratung sind Stimmen laut geworden, die zweifelhaft waren, ob es wünschenswert sei, eine Erweiterung des Gaswerkes in dieser Gegend der Stadt vorzunehmen, ob das Gaswerk hier nicht zu nahe an die bewohnten Teile der Stadt herankomme und ob dessen Verlegung weiter hinaus nicht in Erwägung zu ziehen sei. Darüber hier zu verhandeln scheint mir aber nicht angebracht zu sein, weil die geplanten Grundstückserwerbungen sehr günstig für die Stadt sind und weil abgesehen davon, ob den Bedenken Rechnung getragen werden soll, diese Erwerbungen doch zu empfehlen sein würden. Es liegt dort eine große Menge Land, was der Stadt gehört, und solches verfügbare Land kann nicht genug im Besitze einer Stadt sein.

Diese Bedenken könnten also keinen Anlaß geben, gegen die abgeschlossenen Kaufverträge zu stimmen.

Herr Rathe: Ueber die Erweiterung des Gaswerkes schwirren alle möglichen Gerüchte in der Stadt herum, man spricht davon, daß für diesen Zweck 300 000 M bis 400 000 M aufgewendet werden sollen. (Zustimmung.) Bei derartigen Gerüchten kommt mir der Gedanke, ob es nicht besser für den Teil der nördlichen Außenstadt wäre, wenn das ganze Gaswerk weiter hinausgerückt würde und man davon absähe, an der Stelle noch so große Summen aufzuwenden, sondern vorzöge, ein großes Zentralgaswerk an anderer Stelle anzulegen. Das wäre allerdings ein sogenanntes Millionenprojekt, aber das Gaswerk ist doch auch diejenige städtische Anstalt, die uns Riesenüberschüsse bringt. Da diese Ueberschüsse zum großen Teile aus den Taschen der Bürger genommen werden, so wäre es wohl richtig, ein derartiges werbendes Etablissement nach Möglichkeit weiter hinauszuschieben und dadurch die Belästigung eines Teiles der Einwohnerschaft zu erleichtern. Schon die Nähe des Nordbahnhofes sollte uns veranlassen, die Gasanstalt zu verlegen und auch der fernere Umstand, daß die Leute, welche in der Gegend kurze Zeit gewohnt haben, schnell wieder fortziehen, wenn sie dort nicht durchaus wohnen müssen. Da unser Gesundheitsausschuß stets für die Gesundheit der Einwohnerschaft und namentlich auch gegen ungesunde Wohnungen zc. eintritt, so sollte er auch mit dafür sorgen, daß das Werk aus gesundheitlichen Rücksichten von der Taubenstraße verschwindet. Jedenfalls ist es wert, zu erwägen, ob das Werk dort nicht beseitigt werden kann. Dem Ankaufe der Länderei stimme ich zu, weil es zweckmäßig erscheint, wenn eine Stadt sich größere Landkomplexe zu sichern sucht.

Herr Riese: Den Anlauf der Länderei kann ich nur gutheißen und ich möchte wünschen, daß wir uns ebensoviel Gelände reserviert hätten, wie die Städte Hannover und Magdeburg. Für die Erweiterung des Gaswerkes an der Stelle kann ich mich nicht erklären, da die ganze Gegend von der Hamburgerstraße bis zum Wültenwege dadurch belästigt wird. Für richtiger würde ich es halten, dort eine elektrische Lichtanlage herzustellen. Ich vermag nicht einzusehen, daß uns dabei die allgemeine Elektrizitäts-Gesellschaft im Wege stände. Wir würden die elektrische Energie dann erheblich billiger haben und es fielen auch die doppelten Kosten für die Untersuchung der Anlagen fort, während andererseits die gesundheitlichen Verhältnisse der Gegend gebessert würden.

Herr Oberbürgermeister Metemeyer: Die Frage der Erweiterung des Gaswerkes kann man wohl verschieben, bis das Projekt dafür vorliegt. Als wir das Gaswerk an dieser Stelle erbauten, lag es so, wie die Herren es heute wünschen, also ziemlich isoliert. Ich bin der festen Ueberzeugung, wenn wir ein neues Gaswerk nach dem Wunsche der Herren Rathe und Riese weiter hinauslegten, so würde es nicht lange dauern und es wären auch dort wieder Wohngebäude errichtet.

Gegen solche Hinauslegung sprechen auch noch andere Gründe. Wir müssen mit dem Gaswerke immer Anschluß an die Eisenbahn zu erlangen suchen wegen der Zufuhr der Kohlen und auch an gebahntem Wege muß das Werk liegen wegen der Abfuhr von Koks; wir können das Werk also nicht ins Feld legen, etwa an den Dovejee. Auch die Rücksicht auf die Arbeiter, die täglich zum Werke gehen müssen, gebietet uns, das Werk in die Nähe der bewohnten Stadtteile zu legen.

Wenn Herr Riese meint, daß jetzt die Nachbarschaft durch den Betrieb des Werkes belästigt wird, so folgt daraus, selbst wenn man das anerkennen muß, noch nicht, daß wir das Werk an eine andere Stelle verlegen müssen, sondern es genügt, das Werk so umzubauen, daß die Belästigungen aufhören. Herr Direktor von Feilich hat sich auch schon dahin ausgesprochen, daß an dem Werke wesentliche Verbesserungen eintreten müßten, damit die Belästigungen der Umgebung aufhörten oder doch gemildert würden. Wenn das aber durchzuführen ist, so kann man die Lage der Anstalt für durchaus geeignet halten. Ich möchte also bitten, diese Bedenken fallen zu lassen. Ich übrigen freue ich mich, daß die Herren nicht gegen den Erwerb des Geländes sind; wenn wir damit gewartet hätten, bis das Projekt vorlag, konnte uns der Erwerb die größten Schwierigkeiten machen.

Herr Schöttler: Der Gedanke einer Verlegung des Werkes ist in der Deputation auch erwogen worden. Mit Rücksicht auf die Fabrikation würde es zweifellos sehr angenehm sein, ein funkelnagelneues Werk zu bauen und zwar so groß, daß das Werk auf der Bahnhofstraße auch überflüssig werden würde. Das ist aber ein sehr weitgehendes, ein, wie schon gesagt wurde, Millionenprojekt. Ob die Stadt sich dabei besser stehen würde, wenn infolge der kolossalen Verlegungskosten die Gaspreise bedeutend erhöht werden müßten, oder, was dasselbe sagen will, die Ueberschüsse wegfielen, möchte ich dahingestellt sein lassen. Aber heute über diese Sache zu sprechen, würde doch wohl verfrüht sein. Erst muß das in Arbeit befindliche Projekt fertig sein, damit man sieht, wie sich die Sache macht. Wenn dann der Wunsch auftauchen sollte, als Gegenstück ein Projekt über eine Zentralgasanstalt zu erhalten, so ließe sich das auch ausarbeiten. Sollte das letztere zur Ausföhrung kommen, müßten wir uns darauf gefaßt machen, daß unsere Straßen gründlich umgewöhlt würden, weil das Rohrnetz große Veränderungen erfahren müßte. Zu dem Vorschlage des Herrn Riese auf Errichtung eines städtischen Elektrizitätswerkes vermag ich nichts zu sagen. Wenn die Bevölkerung reich genug wäre, um sich elektrisches Licht in größerem Umfange anlegen zu lassen, so würde die Straßeneisenbahn-Gesellschaft recht vergnügt sein und es würden die Einnahmen aus dem Elektrizitätswerke nicht zurückgegangen sein. Es ist unmöglich, das Gaslicht in größerem Umfange durch elektrisches Licht zu ersetzen, weil dessen Kosten viel zu hoch sind.

Die Versammlung erklärt sich hierauf mit der Magistratsvorlage einverstanden.

XII. Gesuch wegen Einschränkung oder Aufhebung der Sonntagsarbeit im Handelsgewerbe.

Die Ortsgruppe Braunschweig des Deutsch-nationalen Handlungsgehilfen-Verbandes, Sitz Hamburg, richtet an die Versammlung die Bitte, auf Grund des § 105, b, 2 der Reichsgewerbeordnung durch Ortsstatut die Sonntagsarbeit im Handelsgewerbe auf die Zeit vor 1 Uhr mittags zu beschränken und die Sonntagsarbeit im Großhandel ganz zu untersagen. Der Antrag ist eingehend begründet worden.

Namens der Statutenkommission berichtet hierüber Herr Weichsel: Der Hauptinhalt der 12 Seiten starken Begründung des Gesuches besteht darin, daß gesagt worden ist, es sei bei der Beratung der Gewerbeordnungs-Novelle von beachtenswerter Seite, nämlich von dem damaligen Minister Freiherrn von Verlepsch und dem Abgeordneten Freiherrn von Stumm, ausgesprochen worden, daß in sehr vielen Orten, in allen größeren Städten die Ortsstatute, wenn auch nicht gerade die Sonntagsarbeit ganz, so doch erheblich unterdrücken werden. Der Verband strebt an, eine völlige Sonntagsruhe im Handelsgewerbe herbeizuführen, da er jedoch bei Lage der Sache damit zurzeit noch nicht durchkommt, so hat er sich auf die Forderung des Antrages beschränkt.

Was die formelle Behandlung des Antrages anbelangt, so ist die Versammlung befugt, einen derartigen Antrag entgegenzunehmen und zu behandeln. Nach § 105 b der Gewerbeordnung steht den Gemeindebehörden das Recht zu, die Sonntagsarbeit über 5 Stunden hinaus zu beschränken. Die Statutenkommission hat die Eingabe beraten und dabei den Standpunkt eingenommen, daß allerdings sehr beachtenswerte Gründe dafür sprechen, die Sonntagsarbeit in der Weise zu beschränken, daß die Detailgeschäfte von 1 Uhr mittags an geschlossen gehalten werden. Auf der anderen Seite ist aber nicht zu verkennen, daß es sich dabei um eine sehr einschneidende Maßnahme handelt, zu der man nicht eher Stellung nehmen kann, bis man auch die Handelskammer und die sonst beteiligten Interessentengruppen gehört hat. Noch weniger spruchreif dürfte der weitere Antrag sein, die Sonntagsarbeit ganz zu untersagen, da man die Bedeutung dieses Antrages gar nicht zu übersehen vermag. Die Statutenkommission empfiehlt daher, das Gesuch dem Magistrate zur weiteren Veranlassung zu übergeben, damit dieser mit den beteiligten Faktoren in Verhandlung treten kann. Neben den Gemeindebehörden ist auch die Polizeibehörde befugt, derartige Einschränkungen eintreten zu lassen.

Herr Ackenhausen: In der vergangenen Woche hat sich der kaufmännische Verein „Union“ schon mit der hier vorliegenden Frage befaßt und sämtliche Detaillisten Braunschweigs dazu eingeladen. Die Versammlung ist zu dem Entschlusse gekommen, daß sie an der jetzt bestehenden Sonntagsruhe nicht rütteln möchte und hat den Antrag abgelehnt. Schon an den ersten Festtagen dürfen wir

nur 2 Stunden, nämlich von 8—9 und von 11—12 Uhr das Geschäft offen halten und es läßt sich schwer beschreiben, welche Arbeitslast in dieser kurzen Zeit zu bewältigen ist. Dabei kommt weder der Käufer noch der Verkäufer zu seinem Rechte; ich möchte deshalb bitten, den Antrag abzulehnen.

Herr Ohlendorf: Ich möchte den Magistrat bitten, die Sache nicht einfach bei Seite zu legen, sondern den Wunsch der Organisation recht ernst zu nehmen. Die von Herrn Adenhausen vorgebrachten Gegengründe sind durchaus nicht stichhaltig. Ich verstehe auch nicht, weshalb es unmöglich sein soll, die Sonntagsarbeit in den Großbetrieben ganz einzustellen, eher wäre es schon nötig, sie in den Detailgeschäften beizubehalten. Aber auch für die Detailgeschäfte trifft die von Herrn Adenhausen geschilderte Ueberbürdung in den wenigen Stunden nicht zu. Andere Betriebe haben doch auch Sonntags geschlossen und zwar ohne irgendwelche Schädigung der betreffenden Geschäfte. Ich will nur darauf hinweisen, daß hier und in anderen Städten die Konsumvereine fast ausschließlich Sonntagsruhe halten und die Mitglieder dieser Vereine rekrutieren sich aus denselben Ständen, wie die Käufer, die Herr Adenhausen im Auge hat. Wenn die Käufer wissen, sie können Sonntags keine Waren bekommen, so richten sie sich bald darauf ein. Dieselben Argumente wurden früher gegen den 8 Uhr-Ladenschluß angeführt und heute, wo er durchgeführt wird, sieht jeder, daß es geht. Ich möchte den Magistrat ersuchen, den Antrag in wohlwollende Erwägung zu ziehen und bemerke, daß wir schon dafür sorgen werden, den Antrag zu erneuern, sofern er vergessen werden sollte.

Herr Esdorn: Bezüglich des 8 Uhr-Ladenschlusses kann ich die Äußerung des Herrn Ohlendorf bestätigen, jedoch muß ich bemerken, daß ich auch gegenteilige Stimmen gehört habe. Den uns vorliegenden Antrag halte ich im gegenwärtigen Augenblicke für zu weitgehend. Man soll sich erst einmal an den 8 Uhr-Ladenschluß gewöhnen und erst dann kann man mit der weiteren Ausdehnung der Sonntagsruhe folgen. Im kaufmännischen Vereine „Union“ haben die anwesenden Vertreter der Detailisten-Vereine und der Innungen einstimmig den Antrag abgelehnt und den Standpunkt vertreten, daß an der Sonntagsruhe zunächst nichts geändert werden möchte. Damit haben wir zu rechnen. Was die Sache mit dem ersten Festtage betrifft, so habe ich von einem Kollegen des Herrn Adenhausen gehört, daß man wünscht, die beiden Stunden auch noch fortfallen zu sehen, damit die Leute wenigstens einen ganzen freien Tag haben; die Meinungen darüber sind eben sehr verschieden.

In einem Punkte möchte ich Herrn Ohlendorf recht geben: Im Großhandelsbetriebe wäre es möglich, am Sonntage ganz zu schließen, aber wir müssen die zuständigen Faktoren darüber auch erst hören. Vielleicht wäre es zweckmäßig, die Mitglieder des Kaufmannsgerichts, Prinzipale und Gehilfen, als zwei wesentliche Faktoren, darüber zu hören, jedoch dürfen wir auch den dritten Faktor nicht ver-

geffen, das sind die Käufer. Hierbei ist zu berücksichtigen, daß jetzt am Sonntage viele Käufer vom Lande hereinkommen, die dann wegfallen würden. Aus allen diesen Gründen stimme ich der Resolution zu.

Herr Weichsel: Ich möchte ein Mißverständnis berichtigen. Weder ich noch die Kommission haben den Standpunkt eingenommen, daß es unmöglich sei, die Sonntagsarbeit im Handelsgewerbe einzuschränken, ich habe nur betont, daß die Sache noch nicht spruchreif sei, und daß es keinen Zweck habe, sich darüber weitläufig zu unterhalten, weil erst die betreffenden Faktoren darüber gehört werden müßten.

Herr Meyerhoff: Mir ist auch eine Zuschrift aus Handels- und Handwerkerkreisen zugegangen. Daraus geht im großen und ganzen hervor, daß in einzelnen Branchen eine Einigung wohl möglich sein dürfte und der Sonntagsverkauf aufgehoben werden könnte; es gibt aber eine ganze Masse kleiner Handelsbetriebe, die solche Beschränkung schwer empfinden würden. Jedenfalls halte ich es für verfrüht, eine obligatorische Ausdehnung der Sonntagsruhe in einer Zeit zu befürworten, wo wir eben erst den 8 Uhr-Ladenschluß erhalten haben; ich möchte daher bitten, vorläufig von solcher Beschränkung abzusehen. Es ist ein großer Unterschied, ob man den Handlungsbeflissenen die Zeitdauer ihrer Tätigkeit abtürzen will, oder ob man den Gewerbetreibenden zwingen will, seine Tätigkeit einzuschränken. Im übrigen stimme ich dem Vorschlage der Statutenkommission zu.

Herr Rathe: Es ist immer von den Verkäufern gesprochen, wir müssen aber auch der Käufer gedenken. Wenn wir so weiter fortschreiten wollen, so müssen wir am Sonnabendnachmittag 2 Uhr unsere Arbeiter entlassen, damit sie imstande sind, sich ihren Bedarf einzukaufen, denn diese Leute wollen auch eine gute Ware haben und wollen sie sich in Ruhe aussuchen können. Ich kenne eine ganze Anzahl Geschäfte, die mit den Arbeitern als Käufer zu tun haben, denn die Arbeiter gehen nicht alle nach den Konsumvereinen, sondern sie glauben manche Artikel billiger und besser in anderen Geschäften zu kaufen. Die Leute, welche Sonntags von den umliegenden Gütern hier zur Kirche kommen und dabei ihre Einkäufe zu besorgen pflegen, fallen bei der Einführung vollständiger Sonntagsruhe natürlich für die hiesige Kaufmannschaft fort. Die Arbeit hat noch keinem geschadet, deshalb ist es durchaus kein Unglück, wenn die Handlungsgehilfen am Sonntage einige Stunden zu arbeiten haben, zumal sie in der Woche schon abends 8 Uhr frei sind. Die Stadt sieht infolge des 8 Uhr-Ladenschlusses abends wie tot aus, und es ist angenehm, wenigstens am Sonntage etwas Verkehr zu haben, damit die Leute von auswärts ihre Einkäufe hier besorgen können.

Herr Akenhausen: Wenn Herr Ohlendorf hier auf die Konsumvereine bezug nimmt, so muß ich darauf erwidern, daß deren Mitglieder von selbst kommen, gleichviel welche Zeit ihnen festgesetzt wird, aber bei dem Kaufmanne liegt die

Sache anders. Zu dem Konsumvereine werden die Mitglieder hingetrieben und müssen kaufen, was auch geschieht, während andere Geschäfte warten müssen, bis die Kunden kommen. Ich möchte wiederholt bitten, das Gesuch abzulehnen.

Herr Ohlendorf: Der Vergleich des Herrn Akenhausen hinkt: Die Mitglieder der Konsumvereine kaufen in derselben Weise, wie die Kunden des Herrn Akenhausen. Wenn der Verein am Sonntag sein Verkaufslokal offen hält, so kommen sie auch Sonntags, wenn er aber geschlossen hat, so richten sie sich darauf ein, daß sie am Sonnabend ihren Bedarf für den Sonntag mit decken. Hätten die Kaufleute am Sonntage ihre Geschäfte geschlossen, so würde es dort ebenso gehen, wie im Konsumvereine.

Der Antrag der Statutenkommission wird darauf angenommen.

XIII. Erwerb von Grundflächen zur Waterloostraße 11.

Von dem mit Nr. 145 bezeichneten Grundstücke sind zwei Flächen von 5,54 a und 0,79 a zum Ausbau der Waterloo- und der projektierten Straße Nr. 97 erforderlich. Das gesamte Grundstück steht zu drei Vierteln im Eigentume der Erben des jüngst verstorbenen Rentners Theodor Bues und zu einem Viertel im Eigentume des Kaufmanns Richard Freise in Newyork, zurzeit hier. Letzterer hat, unter Hinweis darauf, daß er bald nach Amerika zurückwolle, der Stadt sein ideelles Viertel zum Kauf angeboten, worauf der Magistrat mit ihm übereingekommen ist, das Grundeigentum zum Einheitspreise von 13 M pro qm zu erwerben. Dem Ersuchen des Magistrates um Genehmigung des hierüber abgeschlossenen Vertrages, entspricht die Versammlung auf Empfehlung der Baukommission, für die Herr Meyerhoff berichtet.

XIV. Aufnahme einer Entschädigungsfrage.

Der Schlachtermeister Rickz hat am 8. August d. Js. morgens zwischen 6 und 7 Uhr beim Betreten der Vorkühllhalle des Schlachthauses bemerkt, daß ein ihm gehöriges am Abend des vorhergehenden Tages dort untergebrachtes ausgechlachtetes Schwein abhanden gekommen war. Er versucht jetzt, gegen den Magistrat klagend, die Schlachthausverwaltung für diesen Verlust, dessen Wert er auf 85 M berechnet, verantwortlich zu machen. Mit der Schlachthausdeputation ist der Magistrat der Meinung, daß eine Verpflichtung für die Stadtgemeinde, den entstandenen Schaden zu ersetzen, nicht bestehe. Es ist richtig, wenn in der Klage ausgeführt wird, es liege zwischen den die Kühlhausanlagen benutzenden Personen und der Schlachthausverwaltung ein Verwahrungsvertrag vor, bei dem es die letztere in dem vorliegenden Falle an der nötigen Sorgfalt habe fehlen lassen. Der Magistrat erblickt in dem Rechtsverhältnis zwischen den beteiligten Gewerbetreibenden und der Ver-

waltung ein Mietverhältnis, das nur durch die gleichzeitig erfolgende Lieferung der nötigen kalten Luft gewisse Eigentümlichkeiten habe. Es wird deshalb ersucht, der Aufnahme des Prozesses, in dem Abweisung der Klage beantragt werden wird, zuzustimmen.

Die Statutenkommission bittet nach dem Berichte des Herrn Weichsel, dem Antrage des Magistrates Folge zu geben. Selbst wenn die Ansicht des Magistrates, daß es sich um keinen Verwahrungsvertrag handle, sondern um einen Mietvertrag, zweifelhaft erscheine, würde die Kommission doch um Genehmigung zur Aufnahme des Prozesses bitten, weil es für die Stadtgemeinde von der allergrößten Bedeutung sei, das hier vorliegende Rechtsverhältnis festzustellen. Sollte das Gericht zu der Ueberzeugung kommen, daß die Beamten des Schlachthauses für die Sicherheit des in der Kühlhalle aufbewahrten Fleisches zu sorgen haben, würden andere Anordnungen zu treffen sein.

Die Versammlung stimmt der Aufnahme der Klage zu.

XV. Rückzahlung von Kanalbaukosten.

Der Restaurateur Robert Becke hat gebeten, den von ihm im Jahre 1900 verauslagten Rest an Kanalbaukosten im Betrage von 656,88 M zurückzuerstatten, da die Voraussetzungen hierzu jetzt zutrafen. Der Magistrat stimmt dem Antrage zu und ersucht um Genehmigung der Rückzahlung,

welchem Antrage zu entsprechen Herr Schmidt namens der Finanzkommission anheimgibt.

Herr Günther: Es herrschen Zweifel darüber in der Bürgerschaft, ob die von hiesigen Grundstücksbesitzern zur Einzahlung gelangenden Kanalbaukosten und Straßenbaukosten stadtseitig verzinst werden.

Herr Bürgermeister Meyer: Die Kosten, um deren Rückzahlung es sich hier handelt, sind auf Antrag und im Interesse des Gesuchstellers seinerzeit aufgewendet worden, weil die Stadt damals keine Veranlassung hatte, den Kanal auf ihre Kosten legen zu lassen. Unter diesen Verhältnissen lag natürlich keine Veranlassung vor, das vorgeschossene Kapital zu verzinsen. In gleicher Weise geht die Stadt auch in anderen Fällen vor.

Die Vorlage wird genehmigt.

XVI. Hundesteuer-Erlassgesuch.

Die Pensionärvorsteherin Frä. W. Freystedt hat eine schottische Schäferhündin gehalten und versteuert. Als ein zweiter in dem Haushalte gehaltener Hund (Boxer) die Hände bekam und getötet werden mußte, verschenkte Frä. Freystedt ihre Hündin, deren neuer Eigentümer sie nochmals versteuerte. Die städtischen Behörden werden nun gebeten, die zuerst für die Hündin gezahlte Steuer zurück-

zuvergüten und auch für den getöteten Voger die Hälfte der Steuer zu erlassen. Der Magistrat hält den ersteren Antrag für empfehlenswert, den letzteren aber für bedenklich.

Herr Weichsel: Die Statutenkommission ist der Ansicht, daß man sich zwar rechtlich auf den Standpunkt stellen könne, keines der beiden Gesuche für gerechtfertigt anzusehen, sie glaubt aber, Hr. Frehstedt in der Weise entgegenkommen zu sollen, daß sie anheimgibt, in den Erlaß der Steuer für die Kollihündin zu willigen, weil der Stadtgemeinde nichts daran liegen könne, die Steuer doppelt zu erhalten. Dagegen ist die Ermäßigung der Steuer für den getöteten Voger durch nichts begründet, weshalb beantragt wird, diesen Teil des Gesuches abzulehnen.

Die Versammlung beschließt demgemäß.

XVII. Beseitigung von Abwässern auf einem Grundstücke der Wolfenbüttelerstraße.

Der Bäckermeister Wilhelm Junker beabsichtigt, an der Wolfenbüttelerstraße auf dem vormaligen Schmidtschen Grundstücke ein Kurhaus mit Gartenrestaurant anzulegen und hat zu dem Zwecke beantragt, daß ihm gestattet würde, die Abwässer auf seinem Grundstücke in einer wasserdichten Grube zu sammeln, zu klären und sie danach mittels einer auf der Wolfenbüttelerstraße herzustellenden eisernen Druckrohrleitung in den städtischen Straßenkanal vor Wolters Brauerei zu pumpen. Die städtische Bauverwaltung hält dieses Verfahren für zweckmäßig und unbedenklich und ersucht, folgende besondere Bedingungen zu stellen:

1. Die Anlage bedarf der Genehmigung der Kanalbauabteilung, die auch die auf der Wolfenbüttelerstraße herzustellende Druckrohrleitung auf Kosten des Antragstellers verlegen läßt und die Kontrolle darüber ausübt. Die Leitung bleibt Eigentum des Grundstücksbesizers.

2. Für die Beseitigung des in den Straßenkanal gepumpten Wassers ist die übliche Kanalsteuer zu entrichten.

3. Die Reinigung der Druckrohrleitung geschieht auf Anfordern seitens der Stadt auf Kosten des Grundstückseigentümers.

4. Sobald nach Herstellung eines Vorflutkanals die Entwässerung des Grundstücks in gewöhnlicher Weise möglich ist, wird die Druckrohrleitung auf Kosten des Eigentümers von der Stadt wieder beseitigt, und es ist auf dessen Kosten eine Hausanschlußleitung herzustellen.

Der Magistrat ersucht, sich mit dem Anschluß des Grundstücks an den Kanal unter diesen Bedingungen und unter dem Vorbehalt einverstanden zu erklären, daß von dem Antragsteller vorher für die betriebsfähige Unterhaltung der Anlage, insbesondere der Klär- und Pumpeinrichtung innerhalb des Grundstücks sowie der

Druckrohrleitung in der Straße und wegen der der Stadt aus der Reinigung des Druckrohrs erwachsenden Kosten eine Sicherheit im Werte von 10000 M gestellt werde.

Herr Frühling: Es handelt sich hier nicht darum, die Anlage des Gasthauses zu erleichtern oder zu erschweren, sondern nur darum, ob die geplante Entwässerungsanlage für zulässig erachtet werden kann. Die Baukommission hat sich auf den Standpunkt gestellt, daß den zu stellenden Bedingungen genügt ist und dem Antrage des Magistrates entsprochen werden kann. In der Kommission tauchte nur das Bedenken auf, es sei bei den etwas komplizierten Anlagen nicht ausgeschlossen, daß bei nicht ordnungsmäßig ausgeführtem Betriebe durch die Anlage in hygienischer Beziehung Nachteile entstehen könnten. Es wird deshalb vorgeschlagen, die Genehmigung der Anlage noch an die Bedingung zu knüpfen, daß die Stadt sich die Beaufsichtigung der ganzen Anlage vorbehält.

Herr Bürgermeister Meyer: Ohne unsere Zustimmung kann der Eigentümer das Grundstück überhaupt nicht bebauen, weil ihm eine hinreichende Entwässerungsanlage fehlt. Es liegen deshalb keine Bedenken gegen die Aufnahme der beantragten Bedingung in den Vertrag vor. Uebrigens haben wir schon ähnliche Verhältnisse bei dem Schwesternhause vom Roten Kreuz und bei dem Grundstücke der Straßenbahn-Gesellschaft an der Eisenbüttelestraße zu regeln gehabt.

Herr Bues: Die Wolfenbüttelerstraße liegt bei der Ueberführung der Helmstedter Bahn ganz bedeutend tiefer, als der Kanalansatz in der Wolfenbüttelerstraße; es würde daher unmöglich sein, die Abwässer in den Kanal zu bringen. Wird dann auch die Sicherheit geboten, daß der Nachfolger des jetzigen Besitzers die Vorschriften ebenfalls befolgen muß? Es ist damit zu rechnen, daß in kurzer Zeit dort ein Wechsel des Besitzers eintritt, weshalb man auch hierauf Bedacht nehmen muß. Vielleicht läßt sich die Sache durch ein Pumpwerk, ähnlich wie bei der Straßenbahnverwaltung machen.

Herr Bürgermeister Meyer: Das soll ja gerade geschehen. Die lokalen Verhältnisse liegen in der Gegend so, daß eine weitere Bebauung des Terrains jenseits der Eisenbahn ausgeschlossen erscheint, sofern solche Entwässerungsanlagen nicht zugelassen werden sollten.

Herr Frühling: Die Schwierigkeiten sind zweifellos vorhanden, aber es ist auch anzuerkennen, daß man ihnen durch eine solche Anlage begegnen kann. Wir haben uns in der Kommission nicht darauf eingelassen, über die Art der Anlage zu beraten, weil es nicht unsere Sache ist, uns über die verschiedenen Möglichkeiten zu äußern, sondern wir haben uns damit begnügt, die Ausführung der Anlage der Kanalbauverwaltung zu überweisen und darauf zu sehen, daß der Betrieb ordnungsmäßig aufrecht erhalten wird.

Herr Wolters: Ich möchte anregen, ob es nicht möglich ist, die Wohlfahrt des Kanalan Anschlusses auch den anderen Anliegern der Wolfenbüttelerstraße südlich der Eisenbahnbrücke unter gleichen Bedingungen zu gewähren.

Herr Esdorn: Ich weiß aus den betreffenden Verhandlungen, daß die Anlieger sich vor etwa zwei Jahren bemüht haben, etwas Derartiges zu erreichen, jedoch ist die Sache an dem Kostenpunkte gescheitert. Wenn man sich heute nochmals an die Anlieger wendete, wäre vielleicht etwas zu erreichen.

Der Magistratsvorlage wird hierauf zugestimmt.

XVIII. Antrag Bunge: Anlegung einer Schweinezucht auf dem Rieselgute.

Der Antrag lautet:

„Die Versammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, auf dem städtischen Rieselgute eine Schweinezucht verbunden mit Schweinemast zu betreiben.“

Den schon bei Punkt VI der Tagesordnung — Seite 312 des Berichtes — begründeten Antrag erhält die Finanzkommission zur Vorberatung.

XIX. Antrag Pepsies: Aenderung der Städteordnung.

Zur Begründung des Antrages:

„Ich beantrage, auf statutarischem Wege gemäß § 28 Absatz 2 der Städteordnung die Zahl der Stadtverordneten auf 45 festzusetzen.“

führt Herr Pepsies aus: Wenn wir eine Aenderung der Städteordnung vornehmen wollen, so müssen wir dabei auch auf die Zahl der Stadtverordneten Bedacht nehmen. Schon jetzt ist die Zahl 36 zu klein und das ungünstige Verhältnis wird sich mit dem Wachsen der Verwaltungsgeschäfte noch mehr fühlbar machen. Es werden immer neue Kommissionen und Deputationen eingesetzt, wodurch die einzelnen Stadtverordneten außerordentlich stark zur Arbeit herangezogen werden. Mit der Zeit wird aber die Arbeitslast der Stadtverordneten immer noch größer werden, so daß an eine Entlastung gedacht werden muß. Gelegentlich der Beratung des Antrages Schöttler läßt sich auch dieser Antrag mit verhandeln. Vielleicht kann man die Sache so machen, daß als Mindestzahl für unsere Stadt 36 Stadtverordnete angenommen werden und diese Zahl auf Beschluß der städtischen Behörden erhöht werden kann.

Der Antrag wird der Statutenkommission zur Vorberatung überwiesen.

XX. Antrag Bunge: Aenderung der Städteordnung.

Der Antrag lautet:

„Ich beantrage, § 31 Abs. 3 der Städteordnung durch folgende Bestimmung zu ersetzen:

Für Ersatz- und Nachwahlen, die später als drei Monate nach den regelmäßigen Wahlen stattfinden, sind neue Listen anzufertigen und auszulegen nach den Grundsätzen der Absätze 1 und 2 dieses Paragraphen.“

Herr Bunge (zur Begründung): Wir haben in diesem Jahre so recht sehen können, wohin es führt, wenn mehrere Nachwahlen stattfinden und die Wähler stehen seit 1903 in den Listen. In der Zwischenzeit sind manche Wähler so oft verzogen, daß sie gar nicht mehr wissen, wo sie im Jahre 1903 gewohnt haben. (Heiterkeit.) Die Wahlvorsteher werden das bestätigen können.

Auch diesen Antrag erhält die Statutenkommission zur Vorberatung.

XXI. Antrag Jasper: Aenderung der Städteordnung.

Der Antrag lautet:

„Ich beantrage, die §§ 14, 29 und 30 der Städteordnung aufzuheben und statt dessen zu sagen:

§ 29. Jeder Wahlberechtigte kann zum Stadtverordneten gewählt werden.

§ 30. Berechtigt an den Stadtverordnetenwahlen teilzunehmen ist jeder volljährige Gemeindegasse (welcher Staatsangehöriger eines deutschen Bundesstaates oder des Deutschen Reiches ist). Von der Berechtigung zum Wählen sind ausgeschlossen Gemeindegassen, welche 1. sich nicht im Besitze der bürgerlichen Ehrenrechte befinden, 2. für ihre Person oder ihr Vermögen unter Kuratel stehen, 3. über deren Vermögen ein Konkursverfahren schwebt.“

Herr Jasper (zur Begründung): Aus den gleichen Erwägungen halte ich es für zweckmäßig, wenn einmal das Wahlrecht geändert wird, keine Flickarbeit zu machen, sondern gründlich zu Wege zu gehen und ähnlich wie bei den Reichstagswahlen zu verfahren.

Der Antrag wird ebenfalls der Statutenkommission zur Vorberatung überwiesen.

XXII. Antrag Stegmann: Aenderung der Städteordnung.

Der Antrag lautet:

„Im Absatz 3 des § 34 soll es hinter „abzugeben“ heißen:

Die Wahl geschieht durch Stimmzettel, welche nur den Namen des Kandidaten enthalten dürfen. Die Stimmzettel sind von dem Wähler in einem mit amtlichem Stempel versehenen Umschlage, der sonst keine Kennzeichen haben darf, abzugeben und vom Wahlvorsteher oder einem der Wahlgehilfen in eine Wahlurne niederzulegen.

Es ist entweder durch Bereitstellung eines oder mehrerer Nebenräume, die nur durch das Wahllokal betretbar und unmittelbar mit ihm verbunden sind, oder durch Vorrichtungen (Verschlag) im Wahllokal selbst Vorseege dafür zu treffen, daß der Wähler seinen Stimmzettel unbeobachtet in den Umschlag zu legen vermag. Ungültige Stimmzettel sind dem Protokolle beizufügen."

Herr Stegmann: Ich halte es für notwendig, daß auch für eine Sicherung des Wahlgeheimnisses eingetreten wird. Viele Wähler sind besorgt, daß sie durch Abgabe ihrer Stimmzettel Nachteile zu gewärtigen haben könnten. Aus diesem Grunde ist schon in früheren Jahren dahin gestrebt worden, daß die verschiedenen Parteien ihr Papier zu den Wahlzetteln gemeinsam bezogen. Manche Wähler nehmen auch, um ihre Wahl nicht bekanntzugeben, den Wahlzettel eines Gegners und streichen dessen Namen durch. Durch meinen Antrag bezwecke ich, das Verfahren bei den Reichstagswahlen auf die kommunalen Wahlen zu übertragen.

Den Antrag erhält gleichfalls die Statutenkommission zur Vorberatung.

XXIII. Mitteilung des Vorsitzenden.

Vorsitzender: Ich habe von dem Ingenieur Otto Bülow eine Zuschrift folgenden Inhalts bekommen:

"In der Annahme, daß in der Stadtverordneten-Versammlung ein Abwesender nicht nur angegriffen wird, sondern auch sich verteidigen darf, ersuche ich um Bekanntgabe folgender Klarstellung in der nächsten Sitzung. Wegen Stellungnahme des Verkehrsvereins zur Eisenbahnfrage wurde ich am 6. September um ein Referat über die Gleimischen Projekte, zumal Projekt D ersucht. Aus der Prüfung der Vor- und Nachteile derselben entstand die Idee zu meinem Vermittlungsvorschlage, dessen Veröffentlichung auf dem großen Stadtplan vom Verkehrsvereine beschlossen und auch vom Magistrat genehmigt wurde, nachdem das erste Exemplar dem Oberbürgermeister vorgelegt war. Als Vorschlag im Verkehrsverein war die Hauptidee des Bahnhofes nur skizzenhaft angedeutet, um gleichzeitig die Nebenidee der Straßen, elektrischen Bahnen, Parkanlagen usw. zum Ausdruck bringen zu können. Da meine Arbeit unentgeltlich gegeben wurde, entstanden Kosten nur durch die Vervielfältigung ca. 100 A., deren Deckung nötigenfalls diejenigen Vorstandsmitglieder mit mir zusammen übernehmen wollten, welche die Veröffentlichung beschlossen. Der Aufsatz „Verkehrswünsche" in den Braunschweigischen Anzeigen ist unentgeltlich verfaßt und gedruckt.

Auf die Kritik meiner Arbeit näher einzugehen, halte ich nicht für nötig, da die Kritik weder sachlich noch sachverständig war."

Indem ich dieses Schreiben mitteile, halte ich mich für verpflichtet, energisch Protest zu erheben gegen die Behauptung, daß hier eine unsachliche oder unsachverständige Kritik geübt worden sei. Meinem Gefühle nach hätte es im Interesse des Herrn Bütow gelegen, entweder das Schreiben ganz zu unterlassen oder aber wenigstens den letzten Satz daraus fortzulassen. (Zustimmung.)

Hierauf wird die Sitzung geschlossen.

Dauer von 4 bis gegen 8^{3/4} Uhr.

1905/1906.Nr. 10.

B e r i c h t

über die

Verhandlungen der Stadtverordneten zu Braunschweig

in deren Sitzung am 23. November 1905.

Tagesordnung:

I.	Wahl eines Abgeordneten für den Deutschen Städtetag	Seite 342
II.	Anträge verschiedener Stadtverordneten auf Aenderung der Städteordnung	" 343
III.	Wahl eines Mitgliedes der Statutenkommission	" 358
IV.	Bauprojekt für die städtische Realschule	" 358
V.	Gesuch um Schaffung eines Spielplatzes im Hohe- und Wilhelmitorbezirke	" 359
VI.	Antrag Bunge: Anlegung einer Schweinezucht auf dem Kieselgute	" 364
VII.	Antrag Meyerhoff: Feststellung u. der leerstehenden Wohnungen	" 372
VIII.	Aufbarmachung des sog. Fettwinkels auf dem Kieselgute	" 372
IX.	Ausbau der Diesterwegstraße und deren Erklärung zur Ortsstraße	" 373
X.	Anfrage Kalm's: Bessere Beleuchtung des Friedrich-Wilhelmsplatzes	" 374
XI.	Anfrage Peples: Kürzung des Einkommens der Büreaugehilfen bei Erkrankungen	" 374
XII.	Anfrage Altmann: Stand des Nertalbahnprojektes	" 375
XIII.	Antrag Esdorn und Gen.: Feuerungszulage für städtische Bedienstete	" 377

Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister Ketemeyer, Bürgermeister Meyer und Stadträte Ramdohr, von Frankenberg und Wagner.

Entschuldigt die Herren Günther, Fiedel, Ribbentrop und Sander.

Der Vorsitzende, Herr Wolff, begrüßt nach Eröffnung der Versammlung zunächst Herrn Aßmann als in die Versammlung wiedergewähltes Mitglied und stellt darauf den neuen Protokollführer, Herrn Magistratssekretär Brandes, der Versammlung vor.

Auch gibt der Herr Vorsitzende eine Einladung des Braunschweiger Männer-Turnvereins zu dem anlässlich der Feier des 45jährigen Stiftungsfestes am 25. und 26. November stattfindenden Schauturnen und zu der Feier selbst bekannt.

Sodann wird in die Tagesordnung eingetreten.

I. Wahl eines Abgeordneten für den Deutschen Städtetag.

Herr Oberbürgermeister Ketemeyer: Es ist uns die Nachricht zugegangen, daß am Montag, den 27. d. Mts., in Berlin der Deutsche Städtetag konstituiert werden soll. Auf dem Städtetage in Dresden ist bekanntlich gelegentlich der Städte-Ausstellung von den Vertretern der Städte der Beschluß gefaßt worden, einen Deutschen Städtetag zu begründen; daraufhin sind denn vorläufige Satzungen entworfen und es wird nun beabsichtigt, am Montag die formelle Konstituierung des Städtetages im Abgeordnetenhaus zu Berlin vorzunehmen. Es ist weiter von dem Ausschusse, an dessen Spitze der Oberbürgermeister Kirschner in Berlin steht, eine Tagesordnung entworfen worden, die unter 1 die Konstituierung des Städtetages, unter 2 eine Beratung über die Fleischversorgung der deutschen Städte und die Schädigung ihrer Bevölkerung durch die gegenwärtige Fleischsteuerung, unter 3 die Wahl des Vorstandes etc. vorsieht.

Der Magistrat hat es für angemessen erachtet, einerseits mit Rücksicht auf die Bedeutung des Städtetages selbst, dann aber speziell auch mit Rücksicht auf den Punkt 2 der Tagesordnung einen Vertreter des Magistrates in meiner Person nach Berlin zu entsenden; er hält es aber gleichzeitig für angebracht, von diesem Vorgange der Versammlung Kenntnis zu geben, damit sie sich darüber schlüssig mache, ob sie es ebenfalls für angezeigt halte, aus ihrer Mitte einen Vertreter zu entsenden. Wir werden hierzu bestimmt durch den Umstand, daß die Städte von 100 000 bis 150 000 Einwohnern zwei Stimmen auf dem Städtetage abgeben können, sofern sie zwei Vertreter schicken.

Vorsitzende: Ich denke, wir geben der Anregung Folge und wählen einen Vertreter. (Zustimmung.) Dann bitte ich Vorschläge zu machen. (Auf: Der Vorsitzende!)

Ich habe leider keine Zeit und bin außerdem auch zurzeit auf Krankenkost gesetzt.

(Rufe: Wolters, Blasius, Hauswalbt!) Dann bitte ich die Wahl durch Stimmzettel vorzunehmen. (Geschlecht.) —

Gewählt wird Herr Wolters mit 20 von 28 abgegebenen gültigen Stimmen, der die Wahl annimmt.

II. Anträge verschiedener Stadtverordneten auf Aenderung der Städteordnung.

Es liegen hierzu folgende Anträge vor:

a. Antrag Schöttler u. Gen., begründet in der Sitzung vom 11. Mai d. Js.
— Seite 87 des Berichtes —, der lautet:

„Die Versammlung ersucht den Magistrat, bei Herzoglichem Staatsministerium die baldige zeitgemäße Umgestaltung der §§ 32—40 der Städteordnung über das Verfahren bei Stadtverordnetenwahlen zu beantragen.“

b. Antrag Peplics, begründet in der Sitzung vom 2. d. Mts. — Seite 337 des Berichtes —, lautend:

„Ich beantrage, auf statutarischem Wege gemäß § 28 Abs. 2 der Städteordnung die Zahl der Stadtverordneten auf 45 festzusetzen.“

c. Antrag Bunge, begründet in derselben Sitzung — Seite 337 des Berichtes —, lautend:

„Ich beantrage, § 31 Abs. 3 der Städteordnung durch folgende Bestimmung zu ersetzen:

Für Ersatz- und Nachwahlen, die später als drei Monate nach den regelmäßigen Wahlen stattfinden, sind neue Listen anzufertigen und auszulegen nach den Grundsätzen der Absätze 1 und 2 dieses Paragraphen.“

d. Antrag Jasper, begründet in derselben Sitzung — Seite 338 des Berichtes —.

Der Antrag lautet:

„Ich beantrage, die §§ 14, 29 und 30 der Städteordnung aufzuheben und statt dessen zu sagen:

§ 29. Jeder Wahlberechtigte kann zum Stadtverordneten gewählt werden.

§ 30. Berechtigt an den Stadtverordnetenwahlen teilzunehmen ist jeder volljährige Gemeindegenosse (welcher Staatsangehöriger eines deutschen Bundesstaates oder des Deutschen Reiches ist). Von der Berechtigung zum Wählen sind ausgeschlossen Gemeindegossen, welche

- 1) sich nicht im Besitze der bürgerlichen Ehrenrechte befinden,
- 2) für ihre Person oder ihr Vermögen unter Kuratel stehen,
- 3) über deren Vermögen ein Konkursverfahren schwebt."

e. Antrag Stegmann, begründet in derselben Sitzung — Seite 338 des Berichtes —, lautend:

„Im Absatz 3 des § 34 soll es hinter „abzugeben“ heißen:

Die Wahl geschieht durch Stimmzettel, welche nur den Namen des Kandidaten enthalten dürfen. Die Stimmzettel sind von dem Wähler in einem mit amtlichem Stempel versehenen Umschlage, der sonst keine Kennzeichen haben darf, abzugeben und vom Wahlvorsteher oder einem der Wahlgehilfen in eine Wahlurne niederzulegen. Es ist entweder durch Vereitstellung eines oder mehrerer Nebenräume, die nur durch das Wahllokal betretbar und unmittelbar mit ihm verbunden sind, oder durch Vorrichtungen (Verschlag) im Wahllokal selbst Vorseege dafür zu treffen, daß der Wähler seinen Stimmzettel unbeeobachtet in den Umschlag zu legen vermag. Ungültige Stimmzettel sind dem Protokolle beizufügen."

Namens der Statutenkommission berichtet hierüber Herr Weichsel: Ich werde mir erlauben, die Anträge in derselben Reihenfolge zu behandeln, wie das in der Statutenkommission geschehen ist, also den Antrag Jäpper (siehe d) als den weitgehendsten zuerst zu nehmen.

Es ist keine Frage, daß dieser Antrag auf das weitgehendste in das städtische Wahlrecht eingreift. Nach den jetzigen Bestimmungen in den §§ 14 und 15 der Städteordnung ist an die Wahlberechtigung und die Wählbarkeit der Gemeindegengenossen die Voraussetzung geknüpft, daß Bürgerrecht zu besitzen. Dazu gehört aber wiederum, die braunschweigische Staatsangehörigkeit zu besitzen, das 25. Lebensjahr zurückgelegt zu haben, mindestens ein Jahr lang in der Stadt den Wohnsitz gehabt zu haben, im Besitze der bürgerlichen Ehrenrechte sich zu befinden, weder für seine Person noch für sein Vermögen unter Kuratel zu stehen, zur Zahlung von direkter Gemeindesteuer verpflichtet zu sein und diese Steuer auch im letzten Jahre vor dem Erwerbe des Bürgerrechtes bezahlt zu haben.

Der Antrag beabsichtigt, das Wahlrecht und die Anforderungen daran in ganz erheblicher Weise zu vereinfachen. Er will, daß die Voraussetzung hinsichtlich des Besitzes des Bürgerrechtes in Fortfall kommt, daß man die braunschweigische Staatsangehörigkeit nicht zu besitzen braucht, sondern daß es genügt, wenn man Reichsangehöriger ist und daß man auch nur 21 statt 25 Jahre alt zu sein braucht, um wahlberechtigt und wählbar zu sein. Ferner soll man auch nicht nötig haben, ein Jahr lang den Wohnsitz in der Stadt gehabt zu haben und endlich erscheint

es dem Antragsteller nicht erforderlich, daß der Einwohner zur Zahlung direkter Gemeindesteuer verpflichtet sein muß.

Es besteht wohl auch bei dem Antragsteller kein Zweifel darüber, daß der Antrag für die Mehrheit der Stadtverordneten unannehmbar ist. Hinzukommt noch, daß nach dem Antrage auch das Dreiklassenwahlsystem fortfallen und das einfache direkte Wahlrecht genügen soll. Der Antragsteller wird sich nicht darüber im Zweifel sein, daß die Versammlung diese Anträge niemals akzeptieren wird. Das kann uns aber nicht hindern, die Sache eingehend zu prüfen und zu erwägen, ob sich eine Aenderung der Städteordnung etwa auch in diesem Punkte empfiehlt. Die Statutenkommission steht auf dem Standpunkte, daß sich keiner der von Herrn Jasper beantragten Punkte zur Befürwortung empfiehlt. Insbesondere meint sie, daß wir keine Veranlassung haben, dem Teile der hiesigen Bevölkerung, der fluktuierend sich hier saison-, monats- oder wochenweise zufällig bei Aufstellung der Wählerlisten aufhält, dasselbe Recht zu geben, wie dem ansässigen Teile der Einwohnerschaft, weil wir annehmen müssen, daß der erstere Teil nicht genügend eingeweiht sein kann, um in dieser Sache ein selbständiges Urteil zu haben und daß er auch die Aufstellung der Wahllisten in erheblicher Weise erschweren würde.

Was den weiteren Punkt des Antrages betrifft, wonach das Dreiklassenwahlsystem fortfallen soll, so kann auch diesen Punkt die Kommission nicht zur Annahme empfehlen. Es ist hierbei zu berücksichtigen, daß es sich bei uns um einen Kreis von Geschäften handelt, der in der Hauptsache auf Finanzfragen hinausläuft; es wird sich deshalb empfehlen, daß man an diesem Teile der Geschäfte auch die Bürger in dem Maße teilnehmen läßt, wie sie zu dem Vermögen der Stadtgemeinde beizutragen haben. Das ist ein vernünftiger, einwandfreier Grundsatz, der seit Olims Zeiten uns beherrscht hat und von dem abzugehen wir keine Veranlassung haben, ganz abgesehen davon, daß der Beschluß auch nicht die Billigung der Regierung finden würde. Die Statutenkommission gibt Ihnen aus allen diesen Gründen anheim, die Anträge Jasper abzulehnen.

Herr Jasper: Ich bitte im Gegensatz zu dem Referenten meinem Antrage, wenn auch vielleicht nur in diesem oder jenem Stücke, etwas näherzutreten und sich nicht kurzweg auf einen ablehnenden Standpunkt zu stellen und zu sagen: die Versammlung wird diesem Antrage niemals zustimmen. Ich prophezeie ungern, aber ich meine, es geht wohl zu weit, wenn man für alle künftigen Stadtverordneten heute prophezeien will, sie würden niemals für eine Beseitigung des Klassenwahlsystems eintreten. Dem Herrn Referenten pflichte ich darin bei, daß ich mit ihm wenig Hoffnung habe, es werde sich bei der gegenwärtigen Zusammensetzung der geehrten Versammlung eine Mehrheit für meine Anträge finden; das hält mich aber nicht ab, meiner Ueberzeugung und meiner Pflicht gemäß zu beantragen, was im Interesse der großen Mehrheit unserer Vaterstadt mir notwendig erscheint, und

ich hoffe, daß dieses und jenes Mitglied der Versammlung bei näherer Beschäftigung mit den einzelnen Theilen der Anträge doch noch zu einer Erkenntnis kommt, an die er früher selbst nicht geglaubt hat. Das wesentliche der Anträge ist nicht die Beseitigung der §§ 14 und 15 der Städteordnung, sondern für mich ist die Hauptsache die Beseitigung des § 30, also der Fortfall des Klassenwahlrechtes, des Klassenunrechtes! Der Referent sagt: es versteht sich von selbst und es ist ganz vernünftig, daß ein jeder so viel Macht hat, wie er Steuern zahlt, das ist seit Solons Zeiten so gewesen (Widerspruch) und wird stets so bleiben! Ich glaube die geschichtlichen Kenntnisse meines verehrten Doppeltkollegen etwas auffrischen zu dürfen, wenn ich ihm gegenüberhalte, daß selbst in verschiedenen Städten unseres deutschen Vaterlandes noch vor ganz kurzer Zeit das allgemeine gleiche Wahlrecht gegolten hat und in einer Anzahl Gemeinden auch heute noch gilt. Die Angaben sind also nicht so stichhaltig, um darauf Häuser bauen zu können. Bis zum Jahre 1894 hat z. B. in ganz Elsaß-Lothringen das allgemeine Wahlrecht für die Gemeinden gegolten und ich habe nicht gehört, daß die Gemeinden darüber in die Brüche gegangen sind. Ein gleiches Wahlrecht hat in den hessischen Landen noch bis vor kurzem bestanden, ohne daß die Gemeinden dadurch zu Grunde gegangen wären. Es ist deshalb wohl diskutierbar, ob der vom Referenten als selbstverständlich hingestellte Grundsatz aufrecht erhalten bleiben muß, wenn man das Interesse der Stadt wirksam wahrnehmen will. Ich für meinen Teil muß bestreiten, daß der Grundsatz richtig ist. Wenn der Herr Referent konsequent sein wollte, dürfte er nicht einmal für das Klassenwahlrecht sein, sondern er müßte jedem so viel Stimmen geben, wie er Steuern zahlt. Dann wäre die Geldsackpolitik erst folgerichtig und konsequent durchgeführt! Das wird der Referent aber selbst nicht wollen, sondern er will das eigenartige Verhältnis aufrecht halten, daß ein Zehntel der Einwohnerschaft ebensoviel Mitbestimmungsrecht haben soll, wie sieben oder acht Zehntel der übrigen Gemeindegossen, nur weil sie mehr Steuern zahlen; als ob sie hierdurch mehr für die Gemeinde tun, als die übrigen Einwohner. Jeder ist verpflichtet, nach seiner Kraft Steuern zu zahlen; er tut also nicht mehr, als ihm durch das Gesetz auferlegt worden ist. Außerdem ist auch noch gar nicht gesagt, daß jemand in Folge der höheren Steuerzahlung ein besseres Verständnis für die städtischen Angelegenheiten besitzt. Es wird dem Herrn Referenten bekannt sein, daß gerade der plutokratische Charakter der älteren Stadtverfassungen mit zum Ruine der betreffenden Städte beigetragen hat. Es ist eine ungerechtfertigte Bevorzugung weniger, durch irgend welche Zufälligkeiten bemittelterer Einwohner unserer Stadt, daß ihnen mehr Rechte beigelegt werden, als den übrigen Einwohnern. Rein geringerer für Sie als Bismarck hat einst erklärt, daß das Dreiklassenwahlrecht das elendeste aller Wahlsysteme sei! Gleichwohl wollen Sie es aufrecht erhalten, und das in dem Jahre, wo die russische Revolution und deren Vorgänger

in anderen Nachbarländern Ihnen eine etwas bußfertigeren Stimmung geben sollte! (Große Unruhe. Lachen. Rufe: Lächerlich!)

Die Herren finden das sehr lächerlich (Rufe: Sehr richtig!); ich glaube aber nicht, daß Sie, wenn Sie jetzt in Petersburg oder Moskau wären, über die selbstverständlichen Forderungen der allgemeinen Gleichberechtigung lachen würden, und mit der Zeit wird Ihnen das Lachen schon noch vergehen. (Unruhe. Lachen.) Ich bitte, in erster Linie dem Teile meines Antrages zuzustimmen, der darauf abzielt, das Klassenunrecht, das elendeste aller Wahlsysteme, zu beseitigen.

Daneben ist vom Herrn Referenten erwähnt worden, welche Änderungen mein Antrag noch bezweckt. Das zweite wesentliche Moment liegt darin, daß nicht nur jeder Bürger über die Geschicke der Stadt mitbestimmen soll, sondern jeder Einwohner. Wir haben diese Dinge schon bei verschiedenen Anlässen gestreift, namentlich, als es sich darum handelte, die Bürgerrechtsgelder herabzusetzen oder ganz fallen zu lassen. Ich möchte erneut anführen, daß in einer Zeit, wo die Freizügigkeit gilt und wo die Rechte der Reichsangehörigen gleich sein sollen, hier an dem alten Topfe des Mittelalters festgehalten werden soll. Für diejenigen, welche hieran festhalten wollen und die sonst den Umsturz herbeigeführt zu sehen glauben, möchte ich in Erinnerung bringen, daß hauptsächlich die süddeutschen Bundesstaaten ein Wahlrecht in der Weise eingeführt haben, daß die Nichtbürger neben den Bürgern eine Anzahl Vertreter in die Gemeindeversammlung zu wählen haben. Wenn der Herr Referent sagt: wer Steuern zahlt, muß auch mitstimmen können, so sitzt dieser Grundsatz bei ihm doch so wenig fest, daß er den Einwohnern, die schon lange hier wohnen und Steuern zahlen trotz dieser Steuerzahlung kein Mitbestimmungsrecht geben will, weil sie das Bürgerrecht nicht erworben haben, vielleicht um die Weitläufigkeit des Erwerbes der braunschweigischen Staatsangehörigkeit nicht durchzumachen. Da verläßt mit einem Male die finanzielle Würdigung des Mitbestimmungsrechtes den Referenten, und es kommt nun nicht mehr auf die Steuerzahlung an, sondern der Einwohner soll auch Bürger sein. Das ist nicht folgerichtig: entweder wir nehmen von den übrigen Einwohnern keine Steuern, oder sie müssen auch mitwählen dürfen.

Ich bitte also, auch diese Bestimmung zu beseitigen und bitte, allen Einwohnern das Bürgerrecht zu verleihen. Ob eine gewisse Wohnsitzdauer, welches Lebensalter u. erforderlich sind, sind Geringfügigkeiten, über die sich verhandeln läßt, wenn ich auch der Meinung bin, daß jeder, der sich hier aufhält, mitwählen muß, aber die steuerzahlenden Einwohner von der Wahl auszuschließen, geht im 20. Jahrhundert nicht mehr an.

Herr Schöttler: Der Herr Referent hat den springenden Punkt gegen den Antrag Jasper schon hervorgehoben, so daß eigentlich darüber nicht mehr viel zu sagen wäre. Ich habe mir die Sache dadurch klar zu machen gesucht, daß ich mir

einige Zahlen zusammengestellt habe, und ich glaube, es möchte nicht ganz unnütz sein, wenn ich sie Ihnen vortrage.

Man mag über das Reichstagswahlrecht denken, wie man will, es hat ohne Frage zwei starke Stützen: einmal ist der Reichstag ein gesetzgebender Körper — und daran ist jeder Reichsangehöriger in gleicher Weise beteiligt — und zweitens, soweit der Reichstag an der Finanzverwaltung des Reiches mitzuarbeiten hat, ist zu beachten, daß sich die Finanzen des Reiches auf die indirekten Steuern gründen. Diese beiden Stützen des direkten Wahlrechtes fehlen bei einer Gemeindevertretung vollkommen, denn hier ist die Sache umgekehrt. Unsere gesetzgebende Kraft ist ziemlich schwach: die paar Statuten, die wir das ganze Jahr über fertig zu bringen haben, so wichtig sie für uns auch sind, wollen im Vergleich zu unserer übrigen Tätigkeit wenig sagen, und zwar umsoweniger, als sie noch der Genehmigung der Regierung bedürfen. Dagegen ist unsere Tätigkeit bezüglich der Finanzverwaltung bedeutend größer.

Wir haben hier 31 000 Steuerzahler, deren Einkommen unter 2000 M beträgt, nimmt man hierzu die Steuern der Konsumvereine, so zahlen diese 31 000 Personen rund 350 000 M Steuern. Dagegen bringen die 7000 Personen mit einem Einkommen über 2000 M an Steuern 1 900 000 M auf, oder aber: 82 % der gesamten Steuerzahler bezahlen 16 % an Steuern, und die übrigen 18 % Steuerzahler bezahlen 84 %. Sie sehen hieraus schon: wenn wir den betreffenden Antrag des Herrn Jasper annehmen, so würden wir die Steuerzahler Braunschweigs in zwei Teile teilen, nämlich in einen Teil, der Steuern bezahlt und in den anderen Teil, der sie ausgibt, und das nenne ich nicht Gerechtigkeit, sondern Ungerechtigkeit!

Sehen wir uns auch die übrigen Steuern an, z. B. die Biersteuer. Wer die bezahlt, darüber sind sich die Gelehrten noch lange nicht einig. Wir wollen sie aber als eine indirekte Steuer mit 110 000 M der großen Klasse der 31 000 Steuerzahler zuschlagen, worauf diese 350 000 M + 110 000 M = 460 000 M, rund eine halbe Million an Steuern aufbringt. Dann müssen wir aber die Grund- und Gewerbesteuer mit 500 000 M + 200 000 M der kleinen Klasse der 7000 Steuerzahler zuschreiben, so daß diese 1 900 000 M + 700 000 M = 2 600 000 M oder rund 2½ Millionen aufbringen. Auf der einen Seite stehen dann 7000 Personen und bezahlen 2½ Millionen Mark Steuern, auf der anderen Seite 31 000 Personen und bezahlen ½ Million Mark, das ist ein Verhältnis von 5 : 1. Wenn wir nun konsequente Klassenpolitik treiben wollten, so müßten wir sagen: zu den 31 000 Einwohnern, die unter 2000 M Einkommen haben, gehören nicht nur die Steuerzahler, sondern auch die Nichtsteuerzahler. Wie groß die Zahl der letzteren ist, weiß ich nicht, aber unser städtischer Armenetat wirft 530 000 M zugunsten der Nichtsteuerzahler aus. Diese Summe muß ich bei konsequenter Klassenpolitik der großen

Klasse der Steuerzahler sozusagen schlecht schreiben, und es käme dann darauf hinaus, daß diese Einwohner der Stadt gar nichts zahlten und demnach alles, was sämtlichen Einwohnern gleichmäßig zugute kommt, umsonst haben. Mein Geschmack ist diese Deduktion nicht, aber ich wollte damit zeigen, wohin es führt, wenn man konsequent die Klassengegensätze hervorhebt, dann kommt man da nicht herum. Dieses Verhältnis genügt aber dem Herrn Antragsteller nicht; er hat uns schon öfters vorgetragen, wir besteuerten die Kleinen zu viel und die Großen zu wenig, indem ihm unser Steigerungsverhältnis von 1 : 6 nicht ausreichend erschien. Darüber läßt sich allerdings streiten. Es gibt anderwärts stärkere Steigerungsverhältnisse, es hat Hamburg z. B. das Verhältnis 1 : 12. Der höchste Hamburger Satz beträgt aber nur 7,8 %, während unser höchster Steuersatz 6,3 % beträgt. Da aber die Hamburger Einwohner keine besondere Staatssteuer bezahlen, so steht dem Hamburger Höchstsatz von 7,8 % bei uns unter Hinzurechnung von 2½ % Staatssteuern ein Höchstsatz von 8,8 % gegenüber. Während also die sehr reichen Einwohner Hamburgs 7,8 % bezahlen, müssen unsere reichsten Einwohner 8,8 % bezahlen, trotzdem sie gegenüber jenen verhältnismäßig pauvre zu nennen sind. Wir haben hier 19 beneidenswerte Leute, die über 100 000 M Einkommen haben und die 198 000 M Steuern bezahlen. Dagegen besitzen wir 13 000 Einwohner mit einem Einkommen unter 900 M und die bezahlen zusammen 120 000 M Steuern. Wenn Sie diese beiden Zahlen mit einander vergleichen, so finden Sie, daß einer unserer höchsten Steuerzahler durchschnittlich so viel Steuern bezahlt, wie 1100 unserer ärmsten Steuerzahler. (Ruf: Das ist ganz selbstverständlich!) Was würde die Nutzenanwendung hieraus sein? Wenn wir dem Antragsteller folgen wollten, so würden wir bei 42 000 Wählern unserer Stadt auf die eine Seite 35 000 und auf die andere Seite 7000 Wähler, also den sechsten Teil, zu stellen haben, so daß auf die eine Seite 30 und auf die andere Seite 6 Stadtverordnete entfielen, obwohl die 7000 Wähler die Gemeindesteuern der Hauptsache nach aufzubringen haben. Wenn sich aber der Klassengegensatz so scharf geltend machte, wie es der Antragsteller und seine Freunde wünschen, so kämen wir schließlich dahin, daß die eigentlichen Steuerzahler, von denen die Stadt lebt, hier überhaupt nicht vertreten wären, da es nicht möglich sein würde, von ihnen Vertreter in die Versammlung zu bringen. Würde aber die Großmut unserer Gegner ihnen das Proportionalwahlrecht zugestehen, so würden die Einwohner, von denen die Stadt lebt, den sechsten Teil der Stadtverordneten als Vertreter erhalten.

Ich habe diese Ausführungen nicht gemacht, um die hohen Steuerzahler als pflichtgetreue Leute zu loben, das liegt mir fern; ich wollte vielmehr nur zeigen, daß unser jetziges Steuersystem grundsätzlich richtig und gerecht ist. Im Reiche, das auf indirekte Steuern angewiesen ist, liegen die Verhältnisse ganz anders. Wenn

man aber mit unseren Verhältnissen nicht zufrieden ist, so kann man doch nicht so weit gehen, daß diejenigen, die so gut wie gar nichts für die Stadt leisten, die Verfügung über das haben sollen, was die anderen zu den Einnahmen der Stadt beitragen. Wenn die ersteren ihrer Kraft gemäß an die Stadt zahlen, so bleibt dabei höchstens zu bedauern, daß ihre Kraft nicht ausreicht, mehr zu leisten. Jedenfalls ist es eine undenkbare Sache, daß die eine Gruppe das Zahlen und die andere das Ausgeben besorgen soll.

Es ist leicht möglich, daß unser Wahlrecht einmal geändert wird, und ich bin auch mit dem Dreiklassenwahlrecht nicht verheiratet; wenn aber Herr Dr. Jasper anführt, Bismarck hätte einmal gesagt, es wäre das elendeste aller Wahlsysteme, dann muß ich darauf hinweisen, daß er damit nicht unser Wahlsystem gemeint hat, sondern dasjenige, welches für den preussischen und auch den braunschweigischen Landtag gilt, und das ganz andere Konsequenzen hat als unseres, unter dem die Abgeordneten direkt gewählt werden. Ich meine, Herr Jasper und seine Freunde müßten den Unterschied zwischen den beiden Wahlsystemen kennen, denn wenn der nicht bestände, wüßte ich nicht, wie sie hier sitzen könnten. (Zuruf: Das ist Ihnen wohl nicht recht?) Es ist mir vollständig recht, daß Sie hier sind, so lange Sie auf Grund unseres Wahlgesetzes gewählt werden, freilich, daß Sie gewählt wurden, ist mir nicht recht. (Heiterkeit.) Es ist sehr wohl möglich, daß das Wahlrecht einmal geändert wird und man die Sache noch besser machen kann als jetzt; ich will deshalb auch für das Dreiklassenwahlrecht keine Lanze brechen: die allergrößte Ungerechtigkeit, die es geben könnte, wäre aber die Einführung des allgemeinen gleichen Wahlrechtes für die Stadtverordnetenwahlen, wie es Herr Jasper wünscht. Das hieße nicht Gerechtigkeit, sondern Macht, und die Gewalt der Masse würde die Gerechtigkeit bald unter die Füße trampeln. Bis jetzt sind wir aber noch lange nicht so weit und brauchen uns deshalb nicht allzusehr aufzuregen.

Herr Stegmann: Der Herr Referent hat erklärt, das allgemeine Wahlrecht würde für die Stadtverordnetenwahlen nie eingeführt werden und der Herr Vordner glaubt alles mögliche vorbringen zu können, um zu beweisen, daß die Einführung dieses Wahlrechtes ein Unrecht sein würde. Dem gegenüber bin ich der Ansicht, daß kein stichhaltiger Grund gegen die Einführung des allgemeinen Wahlrechtes vorgebracht werden kann. Ich halte es für verkehrt, daß das jetzige Wahlrecht an die verschiedenen Vorbedingungen, vor allen Dingen an die Höhe des Geldbeutels geknüpft ist. Was hat das Bürgerrecht heute noch für eine Bedeutung? Die Zeiten sind doch längst vorüber, daß man sagen kann, es hätte einen praktischen Wert. Schon im Mittelalter mußten Bürger niederen Ranges zugelassen und die Erlangung des Bürgerrechtes erleichtert werden. Daß aber heute das Bürgerrecht keinen Sinn und keine Berechtigung mehr hat, wissen

Sie genau. Jetzt halten Sie doch nur noch daran fest, um die Vertretung der arbeitenden Klassen möglichst fern zu halten, denn wenn Sie nicht die Befürchtung hätten, daß die Vertreter der Arbeiterschaft in das Stadtparlament einzögen, so würden Sie nicht so dagegen sein.

Der Herr Referent sagt auch, die fluktuierende Bevölkerung solle hier nicht mit reden, sie hätte nicht ein so großes Interesse daran und es fehlte ihr auch das nötige Verständnis dafür. Es ist ja richtig, daß die arbeitende Bevölkerung fluktuieren muß, aber das ist doch nicht ihr Wille und es ist wirklich traurig genug, daß sie sich so oft in anderen Orten Arbeit suchen muß. Unsere moderne Wirtschaftsentwicklung hat die Verhältnisse geschaffen, daß ein festhaftes Bürgertum nicht mehr in dem Maße vorhanden ist wie früher, als das Handwerk noch blühte. Wer das Fluktuieren der Bevölkerung hindern will, muß eben die Fabriken, die Eisenbahnen, die Dampfschiffe zc. beseitigen. So lange die heutige kapitalistische Entwicklung weiter geht, lassen sich diese Verhältnisse nicht ändern, und deshalb ist es auch unrecht, daß Sie denjenigen das Wahlrecht verweigern, die mit zu den Steuern beitragen, aber hier noch nicht lange genug festhaft sind. Jeder zuziehende und hier Arbeit leistende Mann muß verpflichtet und berechtigt sein, mit zu wählen; wenn das nicht geschieht, so halte ich es für eine große Ungerechtigkeit und zwar um so größer, als Sie von diesen Leuten doch auch Steuern erheben. Auch der ärmste Mann muß seine Steuern bezahlen. Die Tatsache, daß wir hier sitzen, beweist Ihnen, daß die fluktuierende Bevölkerung ein Interesse daran hat, und dadurch ist es überhaupt erst gekommen, daß im Bürgertum ein Interesse für die Stadtverordnetenwahlen besteht. Früher konnte von einer allgemeinen Beteiligung bei diesen Wahlen keine Rede sein. Sie meinen mit der fluktuierenden Bevölkerung natürlich die Arbeiter, aber sind nicht andere Elemente ebenso fluktuierend? Sehen Sie sich einmal die Beamten und die Gewerbetreibenden an, fluktuieren sie nicht ebenso? Die Staats- und Privatbeamten verlassen alle Augenblicke eine Stadt, weil sie versetzt werden, oder sich eine andere Stelle suchen! Es wurde auch gesagt, es solle bei der arbeitenden Bevölkerung kein Interesse für die städtischen Einrichtungen sein, was dadurch bewiesen würde, daß sie nicht einmal 6 Mk für das Bürgerrecht bezahlen. Das ist aber gerade ein Grund für das Gegenteil. Wenn sich Einwohner scheuen, den Betrag zu zahlen, so geschieht das nur, weil sie ihn nicht zahlen können. Außerdem sind dazu auch noch Vorbedingungen zu erfüllen, z. B. die Erlangung der braunschweigischen Staatsangehörigkeit, wobei der Magistrat nichts tut, um die Erlangung der notwendigen Papiere zu erleichtern.

Herr Schöttler hat auch darauf hingewiesen, daß der Einwohner, der mehr Steuern zahle, auch mehr Rechte haben müsse. Das ist aber nicht richtig. Die Verhältnisse liegen so, daß die arbeitende Bevölkerung im einzelnen nicht so viel an Steuern leistet als die besitzenden Klassen, daß sie aber in ihrer großen Masse

doch eine kolossale Summe aufbringt. Dazu kommen dann noch die indirekten Steuern, die die arbeitende Bevölkerung zum größten Teil aufzubringen hat. Es soll also nach den Ausführungen des Herrn Schöttler als eine Strafe für die Armut und für die ungünstigen Verhältnisse angesehen werden, daß die Leute nicht wählen dürfen. Jeder zahlt seine Steuern nach den ihm aufgelegten Pflichten. Sie müssen auch bedenken, daß die Steuern des kleinen Mannes fast immer ein viel größeres Opfer bedeuten, als die höheren Steuern der besitzenden Kreise. Die vorgebrachten Gründe sind also nicht stichhaltig. Auch der Grund ist nicht richtig, daß die Minderjährigen nicht mit wählen sollen, weil sie noch nicht die gehörige Einsicht haben; sie müssen Soldat spielen und Steuern bezahlen, aber sie sollen auch den Mund halten. Es finden sich in den bürgerlichen Kreisen viele ältere Leute, die so unverständlich sind, daß sie mit den jungen Arbeitern nicht konkurrieren können, also ist das auch kein Grund. Die jungen Arbeiter bilden sich oft derartig weiter, daß sie intelligenter sind, als viele Leute des Bürgertums. Das Volk verlangt mit Recht ein Mitbestimmungsrecht in den kommunalen Angelegenheiten. Wenn wir einmal dabei sind, die Städteordnung zu vervollkommen, so machen wir doch nicht halbe, sondern lieber gleich ganze Arbeit.

Die Versammlung beschließt hierauf in drei Einzelabstimmungen über die Anträge Jasper zur Tagesordnung überzugehen.

Herr Weichsel: Ich gehe zum Antrage Neplies (b) über. Der Herr Antragsteller hat erklärt, daß er auf die Zahl 45 keinen Wert lege, sondern auch damit einverstanden sei, wenn irgend eine andere angemessene Erhöhung der Zahl 36 beschlossen werde. An sich steht dem Antrage nichts entgegen, da wir gemäß § 28 der Städteordnung die Anzahl der Stadtverordneten erhöhen können. Dagegen würde die Durchführung des Antrages nicht leicht sein, weil eine Erhöhung der jetzt festgesetzten Zahl von 36 Stadtverordneten insofern auf erhebliche Schwierigkeiten stoßen würde, als damit eine ganze Reihe anderer Einrichtungen über den Haufen geworfen werden müßten. Insbesondere ist bei solcher Aenderung eine Einhaltung der bisherigen historisch begründeten Wahlbezirke und der Bestimmungen der Städteordnung über das regelmäßige Ausscheiden und die Dauer der Wahlperioden der Stadtverordneten nicht möglich.

Die Statutenkommission war der Ansicht, daß ohne Abänderung einiger Paragraphen der Städteordnung es nicht möglich sei, die Zahl der Stadtverordneten anders festzusetzen, als auf ein mehrfaches der bisherigen Zahl, also auf 72, 108 uzw. Köpfe. Aus diesen Gründen und in Berücksichtigung dessen, daß dieser Antrag in engem Zusammenhange mit der schwebenden Angelegenheit, betreffend die Vermehrung der Magistratsmitglieder steht, empfiehlt die Kommission, den Antrag dem Magistrate zur Berücksichtigung zu überweisen. Die Vermehrung der Magistratsmitglieder ist in der Weise gedacht worden, daß die Leiter des städtischen

Schul- und Bauwesens Magistratsmitglieder werden sollten. Auf den Antrag, wie er gestellt ist, einzugehen, ist nicht möglich, denn wenn man einen Punkt aus der Städteordnung herausgreifen und ändern will, muß die ganze Sache geändert werden.

Herr Peplics: Bei der Stellung des Antrages befand ich mich insofern im Irrtum, als ich annahm, daß einer Vermehrung der Stadtverordneten eine Aenderung der Städteordnung vorausgehen müßte. Dadurch verliert aber der Antrag nicht an Bedeutung, indem darin die Erhöhung der Zahl der Stadtverordneten auf 45 gefordert wird. Da hiernach auch die Durchführung meines Antrages weniger schwierig ist, so habe ich keinerlei Ursache, von meinem Antrage abzustehen. Der Antrag der Statutenkommission ist gleichbedeutend mit einer Ablehnung meines Antrages. Mit einer Erhöhung der Zahl auf 45 bin ich nicht verwaschen, sondern ich bin auch damit einverstanden, daß eine höhere Zahl genommen wird, da ich nur die Zahl 36 für zu niedrig halte. Historisch begründet ist übrigens die jetzige Bezirkeinteilung nicht, da es noch nicht lange her ist, als sie festgesetzt wurde; es ließe sich also auch jetzt eine Aenderung vornehmen. Es handelt sich hier nicht um einen prinzipiellen Standpunkt, sondern um eine reine Zweckmäßigkeitsfrage. Daß die Zahl 36 zu knapp ist im Verhältnis zur Größe der Stadt werden Sie auch finden, wenn Sie sich in anderen gleich großen Städten nach der Zahl der Stadtverordneten umhören. Ich möchte noch weiter darauf hinweisen, daß es schon jetzt einzelnen Stadtverordneten schwer wird, die ihnen hier zufallenden Arbeiten zu erledigen und daß diese Verhältnisse noch ungünstiger werden müssen, je mehr sich die Verwaltungsgeschäfte häufen. Auch jetzt sind wir im Verhältnis zum Magistrate eigentlich sehr knapp bemessen. (Widerspruch.) Wenn in einer Sitzung eine gewisse Anzahl von Stadtverordneten fehlt, während der Magistrat vollzählig zur Stelle ist, macht sich das ungünstige Verhältnis noch mehr bemerkbar. (Heiterkeit.) Heute liegt die Sache allerdings zufällig anders. Bei wichtigen Angelegenheiten können die 9 Mitglieder des Magistrates jedenfalls eher vollzählig hier sein, als die 36 Mitglieder der Versammlung. Es wird auch nicht lange dauern, daß die Zahl der Magistratsmitglieder vermehrt werden muß, und dann wird der Einfluß der Versammlung noch geringer sein als jetzt. Weshalb soll die Vermehrung der Versammlung aber nicht schon jetzt vorgenommen werden? Wenn wir meinen Antrag jetzt annehmen, so ist er doch nicht sofort ausgeführt, sondern es würde vorläufig nur die Richtschnur gegeben sein, wie die Versammlung vorzugehen wünscht. Die Aenderung des Statuts müßte immer noch der Vermehrung vorausgehen. Ich ersuche daher um Annahme meines Antrages.

Vorsitzender: Ich bin schon wieder einmal in der Lage, der Anschauung entgegentreten zu müssen, als wenn ein derartiger Beschluß der Statutenkommission nichts als ein anständiges Begräbniß bedeutet. Zurzeit schwebt ein Antrag der

Versammlung auf Vermehrung der Mitglieder des Magistrates, jedoch sind uns vom Magistrat Gründe angeführt, die es untunlich erscheinen lassen, sofort auf den Antrag einzugehen und die zu einer weiteren Erwägung der Frage berechtigen. Der innige Zusammenhang der von Herrn Pepsies angeschnittenen Frage mit der Vermehrung des Magistrates hat die Statutenkommission veranlaßt, auch diese Sache dem Magistrate zur Erwägung zu überweisen, obgleich sie durchaus für eine Vermehrung der Stadtverordneten ist. Der Antrag hat also keineswegs begraben werden sollen.

Herr Hauswaldt: Ich möchte dafür sein, den Antrag einfach abzulehnen; denn ich habe noch niemals einen Antrag gesehen, der so mangelhaft begründet ist, wie dieser. Wenn man nicht mit 36 Stadtverordneten zufrieden ist, kann man allerdings eine andere Zahl nehmen, aber mir ist noch nicht klar geworden, daß wir zu wenig Stadtverordnete sind. Es ist jetzt schon immer mit großen Schwierigkeiten verbunden, eine passende Persönlichkeit für die Versammlung zu finden, weshalb sollen wir also die Zahl noch weiter erhöhen? Das Verhältnis des Magistrates zur Versammlung ist gesetzlich festgelegt worden; wenn daher die Zahl der Magistratsmitglieder erhöht wird, müssen auch wir eine Erhöhung in der Zahl erfahren. Aber ohne die Erhöhung der Zahl der Magistratsmitglieder sehe ich keinen auch noch so geringen Vorteil in einer Erhöhung der Zahl der Stadtverordneten, weder für die Wähler, noch für die Stadt, noch für die Versammlung. Es gibt Städte, die mehr Stadtverordnete haben als wir, aber auch solche, die weniger haben. Ich möchte dringend bitten, diese Sache nicht mit dem anderen Zwecken dienenden Antrage zu verquicken, in den Magistrat die beiden Dezernenten für die Schulen und die Bauangelegenheiten hineinzubringen. Wenn dieser andere Antrag kommt, muß auch eine Vermehrung der Stadtverordneten stattfinden.

Herr Jasper: Ich bin auch der Meinung, daß ein inniger Zusammenhang zwischen den beiden Sachen nicht besteht. Es ist gesetzlich zulässig, eine Vermehrung der Stadtverordneten eintreten zu lassen ohne eine Vermehrung des Magistrates. Das Verhältnis 9:36 ist gesetzlich nicht vorgeschrieben, sondern bedeutet nur die Mindestzahl. Es fragt sich, ob es nicht im Interesse der Allgemeinheit wünschenswert ist, eine größere Anzahl von Bürgern an der Verwaltung der Stadt teilnehmen zu lassen. Wir müssen berücksichtigen, daß seit dem Erlaß der Städteordnung (1892) unsere Stadt an Bürgern sehr zugenommen hat und dieses Mehr an Bürgern berechtigt ist, hier mit vertreten zu sein. Der vom Herrn Referenten geltend gemachte Grund, daß die jetzigen Wahlbezirke historisch begrenzt seien, ist nicht stichhaltig, da wir diese Bezirke erst vor einigen Jahren geändert haben.

Ich möchte auch noch bemerken, daß die preussische Städteordnung eine viel größere Zahl von Stadtverordneten an dem Gemeindeleben teilnehmen läßt, als hier vorgesehen ist. Für die östlichen Provinzen schreibt sie z. B. vor, daß in

Gemeinden von 90 000 bis 120 000 Einwohnern 60 Stadtverordnete vorhanden sein müssen, während bei größeren Gemeinden auf 50 000 weitere Einwohner noch 6 Stadtverordnete entfallen. Nach dieser preussischen Städteordnung würden wir also 66 Stadtverordnete hier zu wählen haben. Das würde ein Verhältnis sein, wie es der wachsenden Bevölkerungszahl entspricht. Die Magistratsgeschäfte sollen also nicht erleichtert werden, sondern die Allgemeinheit soll in der Versammlung mehr vertreten sein. Heute möchte ich daher nur den Willensausdruck der Versammlung haben, daß ohne Rücksicht auf die an sich wünschenswerte Vermehrung des Magistrates der steigenden Bevölkerungsziffer entsprechend eine Vermehrung der Stadtverordneten eintritt. Der Grund, daß es hier an geeigneten Männern fehle, ist nicht stichhaltig; das könnte höchstens für gewisse Bezirksvereine zutreffen.

Herr Hauswaldt: Ich fasse die Beschlußfassung dahin auf, daß derjenige, welcher dem Antrage der Statutenkommission zustimmt, auch ohne weiteres einer Erhöhung der Zahl der Stadtverordneten an und für sich zustimmt. (Widerspruch.)

Vorsitzender: Nein, wir wollen damit nur zum Ausdruck bringen, der Magistrat möge bei der demnächstigen Beratung der Vermehrung seiner eigenen Mitglieder auch diese Frage in Erwägung ziehen.

Der Antrag der Statutenkommission wird darauf — nach Ablehnung des Antrages Pepplies — angenommen.

Herr Weichsel: Ich wende mich nunmehr dem Antrage Schöttler (a) in Verbindung mit dem Antrage Stegmann (e) zu. Die Statutenkommission ist der Ansicht, daß die betreffenden Bestimmungen der Städteordnung in den §§ 32—40 in der Tat dringend einer Reform bedürfen, namentlich auch mit Rücksicht auf die Entscheidungen des Verwaltungsgerichtshofes, die bei der Anfechtung der letzten Wahl erlassen sind. Es besteht kein Zweifel, daß nach diesen Entscheidungen es augenblicklich schwierig, fast möchte ich sagen unmöglich ist, bei den hiesigen Verhältnissen eine Wahl einwandfrei durchzuführen, so daß alle Anfechtungsgründe wegfallen. Die in den Entscheidungen des Verwaltungsgerichtes angegebenen und für uns maßgebenden Gründe sind derartig schwerwiegend, daß sich bei jeder Wahl ein Anfechtungsgrund wird finden lassen und wir immer wieder vor der Unannehmlichkeit stehen werden, eine Wahl ein oder mehrere Male aufheben zu müssen. Das ist eine Unannehmlichkeit ersten Ranges, denn es liegt nicht nur eine arge Belästigung der Bürger darin, sondern es werden auch viele Geldmittel dadurch vergeudet. Deshalb ist es erwünscht, daß dieses Verfahren neu geregelt wird. Auf welche Weise das zu geschehen hat, darüber kann man verschiedener Meinung sein. Von der Statutenkommission sind verschiedene Wege erwogen worden, aber sie ist schließlich zu der Ansicht gekommen, daß die Städteordnung nicht nur in diesem einzelnen Punkte reformbedürftig ist, sondern daß das ganze Wahlverfahren neu reformiert und redigiert werden muß, und aus diesem Grunde hat die Kommission

davon Abstand genommen, einzelne Punkte besonders hervorzuheben. Es würde das sonst auch so aussehen, als ob die Kommission in der Lage gewesen wäre, den ganzen Abschnitt der Städteordnung durcharbeiten und den nicht beanstandeten Teil für einwandfrei zu halten. Die Statutenkommission ist also nicht in der Lage, Ihnen einzelne Vorschläge auf Abänderung des Gesetzes zu machen, sondern sie empfiehlt in Gemäßheit des allgemein gehaltenen Antrages Schöttler und Genossen, diesem Antrage stattzugeben und beim Magistrat zu beantragen, daß von dem Herzoglichen Staatsministerium die §§ 32 bis 40 der Städteordnung baldmöglichst geändert werden.

Im engen Zusammenhange hiermit steht der Antrag Stegmann, der einen derartigen einzelnen Punkt herausheben will. Er will die Bestimmungen des sogenannten Klostetgesetzes bei den Stadtverordnetenwahlen einführen. Wir haben bei Gelegenheit der Beratung des Statuts über die Kaufmannsgerichte diese Frage schon besprochen, und ich persönlich bin der Ansicht, daß nichts entgegensteht, die Wahlen so stattfinden zu lassen, wie Herr Stegmann hier vorschlägt, wenn ich auch die Herstellung eines besonderen Verschlages nicht für nötig halten würde; es hat jedoch keinen Zweck, die einzelnen Wünsche hier festzulegen, sondern es muß dem Magistrat überlassen bleiben, seinerseits Vorschläge über die schnelle Abänderung der Bestimmungen zu machen. Aus diesem Grunde gibt Ihnen die Statutenkommission anheim, den Antrag Stegmann dem Magistrat zur Erwägung zu überweisen und dem Antrage Schöttler zuzustimmen.

Herr Stegmann: Ich möchte bitten, meinen Antrag unverändert anzunehmen. Es ist ganz etwas anderes, ob der Antrag dem Magistrat zur Erwägung, oder als Willenskundgebung der Versammlung überwiesen wird. Im ersteren Falle ist es möglich, daß der Magistrat den Antrag in den Papierkorb wirft. Die Statutenkommission war ja einstimmig der Ansicht, daß es sich empfehle, Wahlkuberts einzuführen, aber keine Wahlzelle herzurichten. Meiner Ansicht nach wäre es aber auch richtig, ein sogenanntes Klostet einzuführen. Wenn die Wahlkuberts im Wahllokale den Wählern übergeben und die Stimmzettel dort eingesteckt werden müssen, so kann doch eine Beeinflussung stattfinden. Bei der letzten Nachwahl hat sich z. B. herausgestellt, daß einige herangeschleppte Leute bis in das Wahllokal begleitet wurden. Das grenzt aber an Wahlbeeinflussung. Einem solchen Verfahren kann nur dadurch begegnet werden, daß die Stimmzettel in einem verschlossenen Raume in ein Kubert gesteckt werden. —

Der Antrag Stegmann wird hierauf abgelehnt, wogegen die beiden Kommissionsanträge angenommen werden.

Herr Weichsel: Schließlich komme ich zum Antrage Bunge (c). Die Statutenkommission verkennt keineswegs, daß das Ziel dieses Antrages durchaus wünschenswert ist, d. h. daß die Listen, die bei den Wahlen und Nachwahlen maßgebend sein sollen, so jung wie möglich sind. Auf der anderen Seite ist aber nicht zu verkennen, daß die Einhaltung des Termins zur Aufstellung der Listen ganz

erhebliche technische Schwierigkeiten bietet. Es muß doch eine gewisse Frist gelassen werden, um die Einwendungen gegen die Listen zu prüfen und zu erledigen. Ferner bietet die Aufstellung der Listen bei dem ständigen Wechsel der Bevölkerung eine ganz besondere Arbeitslast dar und es fragt sich, ob man die kolossale Arbeit der Neuaufstellung opfern will gegenüber den daraus entspringenden Vorteilen.

Die Statutenkommission hat sich über den Antrag nicht schlüssig gemacht, weil sie sich sagte, sie könne die Schwere der mit der Aufstellung der Listen verbundenen Arbeit nicht prüfen; sie hält sich aber aus diesen Gründen nicht für geeignet, ohne weiteres Stellung zu dem Antrage zu nehmen und sie schlägt deshalb vor, den Antrag dem Magistrate zur Erwägung zu überweisen.

Herr Stegmann: Aus den Gründen, die ich vorhin anführte, bitte ich den Antrag anzunehmen. Wenn jedesmal neue Wahllisten aufgestellt werden sollten, so wäre das allerdings eine ungeheure Arbeitslast, aber ich nehme an, daß die Arbeit ganz leicht auszuführen ist, wenn die Listen nur jedesmal neu durchgesehen und die aus dem Bezirke verzogenen gestrichen, die neuen Bürger aber neu eingefügt werden. Darin sehe ich keine besonderen Schwierigkeiten.

Herr Stadtrat von Frankenberg: Ich bitte um Annahme des Kommissionsantrages. Herr Stegmann unterschätzt die Schwierigkeiten, die sich ergeben, wenn die Listen auf dem laufenden erhalten werden sollen. Das Meldbeamte ist eine polizeiliche Einrichtung, und in der dritten Wählerklasse findet ein fortwährendes Verziehen der Wähler statt, so daß eine solche Durchsicht sehr schwierig sein würde. Außerdem möchte ich noch auf einen anderen Gesichtspunkt hinweisen. Der Herr Berichterstatter hat auch Zweckmäßigkeitsgründe gegen den Antrag geltend gemacht. Ich möchte darauf hinweisen, daß der Antrag nicht einmal ganz folgerichtig ist. Wenn man bei einer Wahl, die in verschiedenen Wahlbezirken stattfindet, in dem einen Bezirke seine Stimme in die Wagschale geworfen hat und es tritt später eine Ersatzwahl ein, so würde man doppelt wahlberechtigt sein, wenn man durch einen Umzug das Recht erlangen sollte, in einem anderen Bezirke noch einmal zu wählen. Das Wahlverfahren muß ein folgerichtiges und gerechtes sein, deshalb können wir eine Aenderung an unseren Bestimmungen in der beantragten Weise nicht eintreten lassen. Die Frage, wie weit man zurückgreifen darf und ob vielleicht die letzten Hausbogen benutzt werden sollen, ist technischer Natur und wird zweckmäßig im Magistrate erst einmal sorgfältig erwogen werden müssen.

Herr Jasper: Mit dem Vorschlage der Kommission ist weder dem Magistrate, noch uns, noch dem Antragsteller genügt. Daß die Städteordnung reformbedürftig ist, wird jeder wissen, dazu bedarf es keines Beschlusses. Wenn die Vorschläge Zweck haben sollen, so muß ihnen eine Richtlinie gegeben werden und das geschieht nicht dadurch, daß wir dem Magistrate sagen, er möchte die Sache prüfen. Wenn der Magistrat keinen direkten Beschluß hat, weiß er nicht, wonach er sich richten

soß. Wenn Herr Stadtrat von Frankenberg meint, daß der Antrag nicht folgerichtig sei, so will ich darauf erwidern, daß allerdings derjenige, der zwischen zwei Wahlen umzieht, in dem Bezirke zu wählen hat, in dem er während der Wahl gerade wohnt. Das ist aber nicht eine Unfolgerichtigkeit des Antrages, sondern ein Mangel am ganzen Systeme. Genau so wie derjenige, der von außen zuzieht und wahlberechtigt wird, an der Wahl teilnehmen soß, genau so kann auch der aus einem anderen Bezirke Zuziehende sein Wahlrecht in dem neuen Bezirke ausüben.

Herr Stadtrat von Frankenberg: Es handelt sich nicht darum, daß jemand sein Wahlrecht ausüben soß, sondern wo und wann er es ausüben soß, und daß er es nicht doppelt ausüben darf, dadurch, daß er in einen neuen Bezirk gezogen ist. Daß der Magistrat die Aenderungsbedürftigkeit der Städteordnung bereits eingesehen hat, geht schon daraus hervor, daß seitens des Braunschweigischen Städtetages, in dem der hiesige Magistrat doch auch vertreten ist, seit vier Jahren Verhandlungen eingeleitet worden sind, die auf eine Aenderung der Städteordnung abzielen, und es steht zu hoffen, daß das Herzogliche Staatsministerium dem Antrage auch Folge geben wird. Dabei würde aber auch diese Frage ihre Erledigung finden.

Unter Ablehnung des Antrages Bunge wird darauf der Antrag der Kommission angenommen.

Damit ist die Angelegenheit erledigt.

III. Wahl eines Mitgliedes der Statutenkommission.

Vorsitzender: Die Statutenkommission ist durch ein Mitglied zu ergänzen. Früher war Herr Ahmann deren Mitglied, jedoch mußte er seinerzeit wegen Ungültigkeit seiner Wahl als Stadtverordneter ausscheiden. Jetzt ist Herr Ahmann wieder Mitglied der Versammlung, ich schlage ihn deshalb zum Mitgliede der Statutenkommission vor. (Zustimmung.) Da Widerspruch nicht erfolgt, gilt Herr Ahmann als gewählt.

IV. Bauprojekt für die städtische Realschule.

Unter Ueberreichung eines endgültigen Entwurfs nebst Kostenanschlag zur Errichtung einer Realschule auf dem Grundstücke der Gewerbeschule am Steintorwall führt die städtische Bauverwaltung erläuternd folgendes aus: Maßgebend für die gewählte Grundrißbildung waren die nachstehenden Forderungen des Bauprogrammes: Es wurden verlangt: 12 Klassen und 2 Reserveklassen, 1 Turnhalle (zugleich Aula), 1 Raum zur Unterbringung von Geräten etc., 1 Zeichensaal, 1 Modellzimmer, 1 Singaal, 1 Lehrzimmer für Physik und Chemie, 1 Arbeitszimmer für den Lehrer, 3 Sammlungsräume für Geräte, 1 Zimmer für die Bibliothek, 1 Zimmer für den Direktor, 1 Lehrerzimmer, 1 Zimmer für den

Pedellen und die erforderlichen Aborte. Der vorgesehene Spielplatz würde eine Größe von etwa 1500 qm erhalten. Da sich das Gebäude der Gewerbeschule unmittelbar anschließt und eine Erweiterung der letzteren darstellt, so war die Formengebung hierdurch mehr oder weniger vorgeschrieben. Die Kosten waren zuerst auf 320 000 M. angenommen worden; es ist aber bei genauerer Ueberschlagung nicht möglich gewesen, mit dieser Summe auszukommen, die Bausumme mußte vielmehr auf 355 175 M. erhöht werden.

Der Magistrat ersucht, die Ausführung des Projektes zu genehmigen und dessen Kosten zu verwilligen.

Namens der Baukommission berichtet hierüber Herr Lübke: Der Vorentwurf ist auf Veranlassung der Baukommission etwas umgeändert worden, um zu ermöglichen, daß annähernd mit der zuerst veranschlagten und auch von der Versammlung bewilligten Summe von 320 000 M. auszukommen werden konnte. Wenn es nun auch nicht möglich gewesen ist, diese Absicht ganz zu erreichen, so hat doch eine Herabminderung der Bausumme auf 327 000 M. erfolgen können, so daß gegen den Anschlag 28 175 M. erspart werden konnten. Das Mehr von 7000 M. gegen den Voranschlag ließ sich infolge der erheblich schwierigeren Konstruktion des Gebäudes und anderer Sachen nicht vermeiden. Die Baukommission beantragt, das Projekt unter Bewilligung von 327 000 M. zu genehmigen, was seitens der Versammlung ohne weitere Besprechung geschieht.

V. Gesuch um Schaffung eines Spielplatzes im Hohe- und Wilhelmitorbezirke.

Der Vorstand des Wilhelmi- und Hohetorbezirksvereins hat, nachdem er auf seine Eingabe vom 11. Oktober 1904 von dem Magistrate die in dem Berichte Nr. 5 vom 15. Juni d. Js. — Seite 135 — mitgeteilte Antwort erhalten hat, nochmals eine Eingabe an die Versammlung gerichtet, in der es heißt: Nach dem ablehnenden Bescheide, welcher dem Unterzeichneten seitens des Herrn Oberbürgermeisters auf das vor Jahresfrist eingereichte Gesuch des Hohe- und Wilhelmitorbezirksvereins, betreffend Anlage eines Spielplatzes, zuteil geworden ist, ist der Vorstand genötigt, das Gesuch in dringendster Form an die Versammlung zu wiederholen. Nachdem sodann die gute Einwirkung solcher Spielplätze auf die Gesundheit und das Wohlbefinden der Kinder hervorgehoben ist, fährt die Eingabe fort: Kein Stadtbezirk weist eine solch zahlreiche Arbeiterbevölkerung auf, wie der unsrige. Daß aber gerade den Kindern der Arbeiter am ehesten Erholung und Kräftigung in freier Luft zu gönnen ist, bedarf wohl keiner Ausführung. Immer wieder hören wir in den Bezirksvereins-Versammlungen die Klagen über die ewige Hinausschiebung des Spielplatzprojektes, immer wieder müssen wir hören, daß der Bezirk, der vor allen anderen eines Spielplatzes benötigte, hinter allen anderen

Bezirken hierin zurückstehen mußte. Möchten endlich die städtischen Behörden sorgen, daß solche berechtigten Klagen verstummen. Die Versammlung wird schließlich gebeten, den Magistrat zu ersuchen, baldigst für Beschaffung eines geeigneten Spielplatzes für den Hohe- und Wilhelmitorbezirk Sorge zu tragen. Sollte eine schnellere Regelung nicht möglich sein, so wird gebeten, durch Oeffnung der betreffenden Schulhöfe wenigstens bis dahin dem dringendsten Bedürfnisse abzuhelfen.

Herr Schmidt (namens der Finanzkommission): Nach der sehr entgegenkommenden Antwort des Magistrates sollte man meinen, die Sache wäre für den Bezirksverein vorläufig erledigt gewesen, da sich die Beschaffung eines geeigneten Spielplatzes noch nicht hat ermöglichen lassen. Mir ist auch nicht recht gegenwärtig, worauf sich der Eingang des Besuches bezieht, da das Gesuch nicht als abgelehnt anzusehen ist, wenn der Magistrat seine Bereitwilligkeit zur Beschaffung eines Platzes erklärt. Mit Rücksicht darauf, daß die Sache beim Magistrat schwebt, hat sich die Finanzkommission nicht bewogen gefunden, näher auf das Gesuch einzugehen und empfiehlt, zur Tagesordnung überzugehen. An und für sich steht die Kommission der Sache durchaus sympathisch gegenüber.

Herr Brückmann: Bei der Beschlußfassung über diese Angelegenheit in der Finanzkommission ist man von einer verkehrten Voraussetzung ausgegangen, und das ist dadurch gekommen, daß vom Herrn Referenten die zeitlichen Verhältnisse nicht richtig getrennt worden sind. Das erste Gesuch des Bezirksvereins wurde der damaligen Gepflogenheit gemäß dem Magistrat zur Erledigung überwiesen. Die Verhandlungen über die Eingabe beim Magistrat haben sodann längere Zeit gedauert, und als nun vor kurzem der Vorsitzende des Bezirksvereins bei dem Herrn Oberbürgermeister sich nach dem Schicksale der Eingabe erkundigt hat, wurde ihm formell geantwortet: wir bedauern sehr, wir haben kein Geld. Darauf hat der Bezirksverein das vorliegende Gesuch an die Versammlung gerichtet und darin seine frühere Bitte wiederholt. Unter diesen Verhältnissen dürfte es wohl die Gerechtigkeit erfordern, das Gesuch ebenso zu behandeln, wie andere Anträge. Dem Bezirksvereine würde natürlich nicht damit gedient sein, über seine Eingabe zur Tagesordnung überzugehen, sondern er will wissen, wie wir darüber denken. Ich möchte ersuchen, schon um deshalb in eine Besprechung der Eingabe zu treten, als sie sich von der früheren Eingabe auch dadurch unterscheidet, daß darin der Wunsch ausgesprochen wird, die Schulhöfe der Jugend zum Spielen zu öffnen. Bezüglich dieses Punktes hat der Herr Oberbürgermeister die Erklärung abgegeben, der Wunsch wäre insoweit zu erfüllen, als die Schulhöfe geöffnet werden könnten, wenn in der betreffenden Schule keine Knaben- oder Mädchenhorte beständen. Ich kann aber nicht einsehen, weshalb auf diesen Schulhöfen nicht gespielt werden soll, sondern ich meine, daß dort gerade gespielt werden kann, weil eine Beaufsichtigung der Kinder vorhanden ist. Scheinbar ist angenommen worden, daß nur die Schul-

höfe der unteren Bürgerschulen geöffnet werden sollen, jedoch ist das ein Irrtum, denn auch die Kinder der übrigen Schulen müssen Gelegenheit haben, auf gefahrfreien Plätzen zu spielen. Wenn aber absolut die Freigabe der Höfe von Schulen mit Horten verweigert werden sollte, so könnten doch wenigstens die übrigen Schulhöfe freigegeben werden. Es muß aber durch die Zeitungen oder in den Schulen bekanntgegeben werden, welche Schulhöfe zum Spielen benutzt werden können, damit die Kinder wissen, wohin sie sich wenden können. Schließlich möchte ich die Herren bitten, die Grundstücksfrage heute ganz aus der Debatte auszuschalten, um Preistreibereien zu vermeiden.

Herr Oberbürgermeister Kietemeyer: Die Eingabe des Distriktsvereins ist in der Sitzung der Finanzkommission nicht so klar verlesen wie heute; ich entnehme derselben daher erst jetzt, daß er nicht auf einen schriftlichen Bescheid des Magistrates hat hinweisen wollen, sondern daß auf eine mündliche Verhandlung, die ich vor einiger Zeit mit Herrn Löschig geführt habe, Bezug genommen wurde. Dabei hat es sich aber nicht um die Frage gedreht, ob ein Spielplatz in dem Bezirke eingerichtet werden sollte oder nicht, sondern es handelte sich um ein ganz spezielles Grundstück, das stadtseitig gekauft werden sollte, und dabei war ich in der Lage, Herrn Löschig vorzurechnen, daß uns dieses Grundstück mindestens 80000 Mk kosten würde und obendrein nicht einmal sofort in Benutzung genommen werden könnte. Da habe ich allerdings erklärt, die Stadt wäre augenblicklich nicht in der Lage, für einen derartigen Zweck einen so hohen Betrag aufzuwenden. Trotzdem stehen wir aber nach wie vor auf dem Standpunkte, daß die Schaffung eines Spielplatzes im Hohe- und Wilhelmitorbezirke dringend wünschenswert ist. Die Sache ist jetzt insofern in ein anderes Fahrwasser gebracht worden, als die Finanzkommission anerkannt hat, daß ein derartig großer Platz, wie ihn z. B. die Leiter der Sportspiele fordern, von der Stadt nicht beschafft werden kann, aber auch nicht beschafft zu werden braucht, sondern daß es sich nur um kleinere Spielplätze in Größe von 2 bis 3 Morgen handeln soll. Wenn hier zum Ausdruck kommt, daß die Versammlung auf demselben Standpunkte steht, so wird der Magistrat bald ein oder zwei derartige Plätze beschaffen können.

Die Freigabe der Schulhöfe als Spielplätze ist im Schulvorstande schon einmal besprochen worden, und man hat meiner Erinnerung nach auch der Freigabe zugestimmt, soweit nicht Horte in den Schulen untergebracht worden sind. Ich will die Sache noch einmal im Schulvorstande zur Sprache bringen und hoffe, daß er alle Schulhöfe freigeben wird.

Herr Ohlendorf: Die eben gehörten Ausführungen begründen meinen Antrag:

„Die Versammlung ersucht den Magistrat, umgehend je einen Spielplatz für den Hohe- und den Wilhelmitorbezirk zu schaffen“,

aufs beste, da der Magistrat nicht dagegen sein will, sofern die Versammlung solchen Wunsch äußert. Herr Schmidt war vorhin verwundert über die Eingabe des Bezirksvereins. Wenn man aber jahraus jahrein auf die Erfüllung eines berechtigten Wunsches warten muß, so finde ich es begreiflich, daß schließlich in den Kreisen der Bevölkerung eine gewisse Mißstimmung vorhanden ist, und daß diese auch zum Ausdruck kommt. Wenn die städtischen Behörden es für recht und billig finden, für Sportplätze Geld zu bewilligen, dagegen solche notwendigen Sachen auf die lange Bank zu schieben, so ist eine gewisse Mißstimmung in Bürgerkreisen begreiflich. Auf den engen Straßen im Hohe- und Wilhelmitorbezirke können die Kinder ohne Gefährdung durch die vielen dort verkehrenden Fuhrwerke nicht spielen; es muß deshalb für die Schaffung von Spielplätzen etwas geschehen. Betreffs der Schulhöfe stimme ich Herrn Brückmann bei, daß weder die Bürger noch deren Kinder wissen, welche Schulhöfe zur Verfügung stehen, und daß infolgedessen im allgemeinen die Meinung vorhanden ist, daß gar keine zur Verfügung ständen.

Herr Frühling: Dem Antrage des Referenten, über die Eingabe zur Tagesordnung überzugehen, kann ich mich nicht anschließen. Da sich der Herr Referent über die Sache selbst wohlwollend geäußert hat, so ist der Antrag wohl durch formelle Gründe hervorgerufen worden. Ich stehe mit dem Vorredner auf dem Standpunkte, daß es wünschenswert wäre, in dem Bezirke einen Spielplatz anzulegen. Nach der Erklärung des Herrn Oberbürgermeisters sind wir der Sache jetzt auch wesentlich näher gerückt. Es sind nicht große Sportplätze, sondern nur kleinere Spielplätze von 1 bis 2 Morgen erforderlich. Ich möchte deshalb bitten, sich über die Eingabe wohlwollend zu äußern und sie dem Magistrate zur Erwägung zu überweisen.

Herr Wolters: Für die Herren, welche nicht in der Finanzkommission waren, möchte ich noch einiges äußern. Die Finanzkommission steht sachlich auf dem Standpunkte, Spielplätze zu schaffen, aber formelle Bedenken haben sie abgehalten, jetzt eine bestimmte Stellung dazu einzunehmen, weil bislang die praktische Handhabung hier die gewesen ist, daß bei Anträgen, die gleichzeitig an den Magistrat und an die Versammlung gerichtet wurden, die Versammlung eine abwartende Stellung einnahm. Wir wollten uns also erst eine Vorlage vom Magistrate bringen lassen.

Herr Blasius: Mit dem Antrage der Finanzkommission kann ich mich auch nicht befreunden. Er mag formell und logisch richtig sein, aber er klingt recht unfreundlich den Wünschen des Bezirksvereins gegenüber. Der westliche Stadtbezirk ist in dieser Sache außerordentlich stiefmütterlich behandelt worden. Wo liegen unsere Spielplätze? Auf dem H. Gierzierplatze, dem Leonhardplatze, dem Amalienplatze, im Bürgerparke etc., aber in der westlichen Gegend ist nichts. Hier haben die Kinder nur die Straßen zum Spielen und die sind für die Kinder sehr

gefährliche Spielplätze. Wir hätten daher wohl Veranlassung, unsere volle Sympathie damit auszusprechen, daß erstens die sämtlichen Schulhöfe möglichst bald für die Spiele der Kinder geöffnet würden, und daß zweitens in dem westlichen Bezirke bald ein öffentlicher Spielplatz eingerichtet würde, daß also das Gesuch des Bezirksvereins dem Magistrat zur wohlwollenden Erwägung überwiesen würde.

Herr Bunge: Die Spielplatzfrage hat uns schon verschiedentlich beschäftigt und es wäre wohl an der Zeit, daß wir nach dem Vorschlage des Herrn Oberbürgermeisters im Westen der Stadt Spielplätze einrichteten. Wie Herr Ohlendorf schon erwähnte, sind die Straßen dieses Bezirks sehr eng und zum Spielen nicht geeignet, aber es tritt noch der weitere Umstand dazu, daß man z. B. auf der Kreuzstraße und der Goslarischenstraße vor Schlamm nicht über die Straße wegkommen kann, und auch dieser Umstand zwingt, Spielplätze einzurichten. Das hat mit den großen Sportplätzen nichts zu tun. Es wäre vielleicht wünschenswert, wenn wir systematisch in der ganzen Stadt derartige kleinere Spielplätze anlegten. Ich möchte deshalb bitten, dem Antrag Ohlendorf anzunehmen.

Herr Esdorn: Nachdem sich die Versammlung auf allen Seiten im Prinzipie der Schaffung von Spielplätzen wohlwollend gegenübergestellt hat, ist es nicht mehr erforderlich, auf die Notwendigkeit solcher Plätze einzugehen. Ich möchte mich aber dagegen aussprechen, heute den Antrag Ohlendorf auf sofortige Schaffung von zwei Spielplätzen anzunehmen, wenn nicht der Antrag dahin abgeändert wird, daß gesagt wird, einen oder mehrere Spielplätze zu schaffen. Es könnte sein, daß der Magistrat einen größeren oder zwei kleinere geeignete Plätze fände, und dann wäre er gebunden.

Herr Wiehle: Wir sind damit einverstanden, daß gesagt wird:

„Die Versammlung ersucht den Magistrat, umgehend einen oder mehrere Spielplätze für den Hohe- und Wilhelmitorbezirk zu schaffen.“

Herr Hauswaldt: Wir sind in der Finanzkommission selbstverständlich der Idee, Spielplätze zu schaffen, in jeder Weise sympathisch gegenübergetreten, ja, wir haben sogar vertraulich schon über die Höhe der dafür aufzuwendenden Summe uns mit dem Magistrat ins Benehmen gesetzt, und wir haben nur gemeint, aus formellen Gründen den Antrag nicht annehmen zu können, weil nach der bisherigen Gepflogenheit der Versammlung das nicht geschehen ist, sofern ein Antrag noch beim Magistrat in Bearbeitung war.

Herr Schmidt: Ich sehe noch nicht ein, was der zu fassende Beschluß eigentlich bedeuten soll. Der Magistrat gibt die Erklärung ab, daß er einen Spielplatz schaffen will und wir sollen beschließen, einen Spielplatz anzulegen?

Herr Brückmann: Man scheint immer noch formelle Bedenken zu haben. Die Sache liegt doch aber so: Die erste Eingabe des Bezirksvereins war seit mehr als einem Jahre schwebend geblieben und der Magistrat war nicht darauf ein-

gegangen, bis schließlich dem Vorsitzenden des Vereins gesagt war, es sei kein Geld dafür vorhanden. Nachdem also in dieser ganzen Zeit nichts geschehen ist, wendet sich der Verein an die Versammlung, so daß die formellen Erfordernisse vollständig erfüllt worden sind.

Bei der nun folgenden Abstimmung wird der Antrag Ohlendorf-Wiehle angenommen, wodurch die übrigen Anträge hinfällig werden.

VI. Antrag Bunge: Anlegung einer Schweinezucht auf dem Nieselgute.

Ueber den in der Sitzung vom 2. d. Mts. gestellten und begründeten Antrag
— Seite 337 des Berichtes —:

„Die Versammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, auf dem städtischen Nieselgute eine Schweinezucht verbunden mit Schweinemast zu betreiben.“

berichtet namens der Finanzkommission Herr Wolters: Derselbe Antrag hat bereits der Nieseldeputation vorgelegen, und es hat insbesondere deren Mitglied, der Amtmann Haars, ein ausführliches Gutachten darüber erstattet. Die Erwägungen der Deputation sind im allgemeinen dieselben, wie sie die Finanzkommission angestellt hat und sie lauten dahin, über den Antrag zur Tagesordnung überzugehen. Die Deputation meinte zunächst aus dem allgemeinen Gesichtspunkte heraus den Antrag ablehnen zu sollen, daß die Verwaltungsgrundsätze des Nieselguts, die in den letzten ein bis zwei Jahren maßgebend gewesen sind, auch maßgebend bleiben müßten, also mit einer möglichen Einschränkung der dort beschäftigten Personenzahl und des Viehbestandes das Nieselgut zu betreiben. Wir haben die Milchwirtschaft abgegeben, die Hammelherde abgeschafft, mehr Land verpachtet usw., und es ist Ihnen durch den Exekutionsetat bekannt geworden, welch' guten Früchte diese geänderte Wirtschaft bereits herbeigeführt hat. Die Deputationsmitglieder waren aber der Meinung, es möchte dieses Prinzip beibehalten und nicht wieder auf eine Vermehrung des Personals und des Viehbestandes Bedacht genommen werden. Aber auch abgesehen von diesen allgemeinen Gesichtspunkten sind die Deputation und die Finanzkommission der Meinung gewesen, daß gerade dieser Antrag aus speziell landwirtschaftlichen Interessen nicht richtig wäre und zwar zunächst deswegen nicht, weil auch erhebliche bauliche Veränderungen auf dem Nieselgute vorgenommen werden müßten, und weil ferner die Aufzucht und Mastung von Schweinen nicht allein nicht rentabel, sondern unter Umständen mit einem sehr großen Risiko verbunden sein würde. Die augenblicklichen baulichen Verhältnisse des Nieselgutes sind nicht geeignet, dort eine Schweinezucht und Schweinemastung zu betreiben, es würden vielmehr Ställe umzubauen und andere Bauten auszuführen sein, die erhebliche Kosten verursachen würden. Die Kosten hierfür sind zu 2000 M veranschlagt. Dazu tritt noch der Umstand, daß die Ställe auch mit Heizung ver-

sehen werden müßten und hierfür eine weitere Summe aufzuwenden wäre. Die Heizung ist aber notwendig, weil die Schweinezucht in einem heizbaren Raume betrieben werden muß, der 12 bis 15 Grad Wärme aufzuweisen hat, wenn der Aufwuchs nicht mit allzu großen Verlusten verbunden sein soll. Es würde nun wohl gerechtfertigt sein, für solchen Zweck eine sehr große Summe auszugeben, wenn eine Rentabilität mit der Einrichtung verbunden sein würde. Das ist aber nach dem Gutachten des Herrn Amtmann Haars nicht zu erwarten. Die Schweinezucht ist nur da als vorteilhaft anzusehen, wo Futter und Arbeit im Kostenpunkte nicht mit zu rechnen sind, sonst ist sie eher mit Verlusten verknüpft. Unser städtisches Pflegehaus hat bekanntlich eine Schweinemästung eingeführt, jedoch treffen dort auch die Voraussetzungen zu, indem 400 Personen zu unterhalten sind, bei denen Abfälle in größerem Umfange vorkommen.

Der Herr Antragsteller hat auch darauf hingewiesen, daß in anderen Städten, z. B. in Berlin, eine solche Zucht und Mästung auf dem Rieseltute betrieben würde. Wenn diese Zucht wirklich rentabel sein sollte, so treffen dort eben die von Herrn Amtmann Haars erwähnten Voraussetzungen zu, die hier aber fehlen; andernfalls würde die Stadt Berlin ein größeres Risiko übernommen haben. Bei Einrichtung einer Schweinezucht auf unserm Rieseltute müßten 6 Personen neu eingestellt werden, auch würde es an Abfällen zur Fütterung der Schweine fehlen, namentlich an Abfällen aus der Milchwirtschaft, wie sie im Pflegehause vorhanden sind. Die Versammlung hat kürzlich erst beschlossen, das Milchvieh auf dem Rieseltute abzuschaffen. Soll nun aus diesem Grunde dort wieder eine Milchwirtschaft eingeführt werden, so würde dieses mit großen Kosten verbunden sein. Nach der Rentabilitätsberechnung des Herrn Amtmann Haars würde folgendes zu erwägen sein: Nach der Ausführung der vorhin erwähnten baulichen Aenderungen würden auf dem Rieseltute etwa 100 Schweine unterzubringen sein. Man müßte Magereschweine kaufen und nach $1\frac{1}{2}$ — $3\frac{1}{4}$ Jahren würden sie bis zu 3—4 Zentnern gebracht werden können. Es wäre möglich, dabei mit einem kleinen Gewinn herauskommen, wenn die heutigen Verkaufspreise auch nach $1\frac{1}{2}$ Jahre noch vorhanden sein würden. Herr Haars sagt aber, es wechselt nichts so rasch wie die Schweinepreise. Unter diesen Umständen hat die Finanzkommission angenommen, daß es durchaus falsch wäre, auf das Risiko einzugehen, da man einen Verlust in bestimmte Aussicht nehmen müßte. Das Risiko wird aber noch vermehrt dadurch, daß mit der Aufzucht von Schweinen sehr leicht ein erheblicher Ausfall, man nimmt an bis zu 20 %, verbunden sein würde. Wenn z. B. eine Seuche ausbräche, würde unser schöner Etat mit einem Schlage einen gewaltigen Stoß erleiden. Es läßt sich also die Schweineaufzucht und Mästung sowohl aus allgemeinen Verwaltungsgrundsätzen, als auch in diesem besonderen Falle aus speziell landwirtschaftlichen Gesichtspunkten nicht empfehlen. Die Sachverständigen in der Deputation, nament-

lich die Herren Ohlmer und Saul, und auch andere Personen, die fachverständig und unbefangen sind, haben dieselbe Meinung. Das Kieselgut ist eben nicht geeignet zur Schweinemästung und Schweinezucht.

Der Herr Antragsteller meint, es herrscht gegenwärtig eine große Fleischnot und es wäre notwendig, derselben nach Kräften zu steuern. Die Finanzkommission ist aber der Ansicht, daß es nicht richtig sein würde, darauf einzugehen, weil man ein so bedeutendes Risiko nicht eingehen könne; ebenso sei es nicht richtig, die einmal als richtig anerkannten Verwaltungsgrundsätze mit einem Male über den Haufen zu werfen und den ganzen Betrieb des Kieselgutes mit einem Male zu ändern. Sollten wir aber auch wirklich später mit 75 oder 100 verkaufsfähigen Schweinen hervortreten, so würde das nichts ausmachen gegenüber der vorhandenen Fleischnot, denn diese Fleischnot ist nicht lokalen Charakters, sondern sie erstreckt sich über das ganze Herzogtum und über die Grenzen Deutschlands hinaus. Dadurch hat sich aber ein feststehender Preis gebildet, den wir mit unseren 100 Schweinen in keiner Weise ändern können. Der eigentlichen Idee des Antrages würde also nicht genügt werden. Daher meinen die Deputation und die Kommission, daß die dem Antrage zugrunde liegende Idee wohl aner kennenswerth ist, daß aber das vorgeschlagene Mittel nicht allein sehr gefährlich für die Stadt, sondern auch durchaus untauglich sein würde. Es wird deshalb Uebergang zur Tagesordnung beantragt.

Herr Bunge: Trotzdem die Deputation und die Finanzkommission meinen Antrag begraben haben, möchte ich Ihnen doch noch einmal vor Augen führen, inwieweit Sie dem Antrage zustimmen können. Wenn der Herr Referent sagt, wir hätten bei der Einrichtung zu viele Unkosten, so trifft das nicht zu. Es müssen allerdings gewisse bauliche Veränderungen auf dem Kieselgute vorgenommen werden, jedoch laufen hier so viele Leute arbeitslos umher, daß sich schon genügende Arbeitskräfte finden werden. Im übrigen habe ich nicht gesagt, daß man in Berlin solche Einrichtung schon getroffen hätte, sondern daß der Beschluß gefaßt wäre, in dieser Weise vorzugehen. Bei der jetzigen Fleischnot und Fleischnöthigung haben alle Kommunen das Bestreben, nach Kräften für eine Linderung dieses Mißstandes zu sorgen, und auch der Reichskanzler hat kürzlich erklärt, die Kommunen möchten die Lebensmittelversorgung der Städte selbst in die Hand nehmen. Ich erachte es deshalb für wünschenswert, daß auch wir nach unseren Kräften an diese Aufgabe herantreten, und wenn unsere Erfolge noch so minimal sein sollten, so haben wir wenigstens unserer Pflicht genügt. Ich bitte um Annahme meines Antrages.

Herr Rathe: Nach den Ausführungen des Herrn Bunge erscheint die Einrichtung einer rationellen Schweinezucht außerordentlich leicht. Als der hier zur Verhandlung stehende Antrag eingebracht wurde, habe ich über die Sache von

einer Anzahl mir bekannter Landwirte Informationen eingeholt, aus denen ich etwas mitteilen möchte. Wir haben ganz in der Nähe von Braunschweig eine ganz bedeutende Schweinezucht, deren Inhaber mir schreibt, daß bei einer Einnahme von 50 *M* für 100 Pfund Lebendgewicht erst der Verdienst anginge, und daß eine in der Nähe liegende Domäne trotz aller Vorsicht durch die Schweinepest einen Schaden von 30 000 *M* gehabt habe. Er schildert mir ferner, wie diffizil die Schweinezucht sei und daß sie durchaus unrentabel sei, sofern man nicht kleine Kartoffeln und sonstige Abfälle von anderen Unternehmungen, namentlich von einer Molkerei oder einer Stärkefabrik hätte. Aus den angeführten und noch mehr aus den vom Herrn Referenten vorgetragenen Gründen möchte ich Sie bitten, von jedem Versuche in dieser Beziehung abzustehen. Die mir vorliegenden Briefe stehen Ihnen zur Verfügung. Sie können daraus ersehen, daß einige Herren zugeben, die Schweinezucht sei noch das lukrativere Geschäft, während man die Schweinemast mehr und mehr dem kleinen Manne überlassen müsse, da dieser die Abfälle in der Wirtschaft besser verwerten könne. Nachdem wir auf dem Nieselgute unser übriges Vieh abgeschafft und dadurch in gewissem Sinne einen Ueberschuß erzielt haben, lassen Sie uns von der Durchführung des Antrages im eigensten Interesse absehen. Eine Fleischnot ist tatsächlich vorhanden, ob daran aber die Spekulation die Schuld mit trägt, weiß ich nicht; jedenfalls werden wir im nächsten Jahre viel billigere Schweinepreise haben, als jetzt. Ich bitte, über den Antrag zur Tagesordnung überzugehen.

Herr Esdorn: Ich erkenne die gute Absicht des Antragstellers nicht, aber was können wir mit der geringen Stückzahl von Schweinen erzielen? Wenn wir erreichen könnten, daß durch die Einrichtung einer Schweinemast auf dem Nieselgute die Fleischteuerung in unserer Stadt beseitigt würde, so würde ich sofort für den Antrag eintreten. Aber was sollen dabei 80—100 Schweine jährlich ausmachen? Wir müssen hier mit ganz anderen Zahlen rechnen und wir können der geringen Zahlen wegen unmöglich unser Nieselgut als Probierstation zur Erzielung billiger Fleischpreise benutzen. Niemand würde froher sein, als die Landwirte im Herzogtume, wenn wir eine Schweinemast einführen, weil wir dabei auf Selbstkostenpreise kommen würden, mit denen die Landwirtschaft recht gut konkurrieren könnte; es würde durch die Einrichtung also das Gegenteil von dem erreicht werden, was der Antragsteller beabsichtigt.

Herr Stegmann: Wenn auch nur wenige Mitglieder der Versammlung sachverständig in dieser Sache sind, so ist der Antrag doch wert, besprochen zu werden. Herr Rathe hat sich mit seinen Anfragen an die falsche Adresse gewandt, denn daß die Vertreter der Landwirtschaft ein lebhaftes Interesse daran haben, möglichst schwarz zu malen, ist selbstverständlich. Die Herren wollen sich die Konkurrenz nach Kräften vom Halse halten. Daß von einem Mitgliede der

Deputation erstattete Gutachten ist wert, zur Kenntniß genommen zu werden, jedoch stehen ihm zahlreiche Gutachten anderer Autoritäten, die eine solche Schweinemast für gut halten, entgegen. Da sogar der Deutsche Städtetag in Berlin diesen Gegenstand in einem besonderen Punkte seiner Tagesordnung behandelt, so sollte man ihm doch auch hier mehr Bedeutung beimessen. Der Herr Referent hat auch auf die Seuchengefahren hingewiesen, hat dabei aber vergessen, zu erwähnen, daß man sich dagegen durch Versicherung des Viehbestandes sichern kann. (Lachen.) Wenn man auf dem Kieselgute jährlich 70—100 Schweine züchten und fettmachen kann, so wäre das für den Anfang doch wohl mitzunehmen. Sofern die sämtlichen deutschen Großstädte die Schweinezucht in gleicher Weise einführten, würde die Anzahl der gemästeten Schweine in die Hunderttausende gehen, und das würde schon etwas ausmachen.

Die jetzige Preisteuerung drückt ganz besonders schwer auf die ärmeren Leute, aber trotzdem tut die Regierung nichts zu ihrer Abstellung: die zahlreichen Schlächterinnungen, die Stadtverwaltungen haben alle nichts erreichen können. Es ist auch nicht richtig, daß die Schweinepreise im nächsten Jahre billiger werden, denn da am 1. März k. Jz. der neue Zolltarif in Kraft treten wird, so wird dadurch die Grenzsperrre noch weiter verschärft werden. Der preussische Landwirtschaftsminister hat schon im Sommer prophezeit, daß die Preise in einigen Wochen heruntergehen würden, und trotzdem sind sie seitdem noch gestiegen. Deshalb müßte der Antrag wohlwollender behandelt und nicht kurzer Hand darüber weggegangen werden.

Herr Nieke: Die Begründung des Herrn Rathe kommt mir so vor, als wenn jemand den Teufel bei seiner Großmutter verklagte. (Heiterkeit.) Bei den Landwirten aus der Umgebung Braunschweigs konnte Herr Rathe eine andere Antwort nicht erwarten. Nach den Ausführungen des Herrn Referenten wundert es mich, daß es überhaupt noch Schweinefleisch gibt und daß noch Schweine gezüchtet werden, während es nach den Äußerungen der Minister in Preußen und in Braunschweig noch Schweine in schwerer Masse geben muß. Man sieht, die Herren kennen so viel und so wenig davon, daß sie nichts und alles begründen können.

Wenn hier immer von 70—100 Schweinen geredet wird, so weiß ich nicht, weshalb auf dem Kieselgute nicht 600 oder 700 Schweine fettgemacht werden sollen. Sollten die Herren Antmann Haars und Saul wirklich einmal Schweinezucht betrieben haben, so werden sie sich mit so einem bißchen Kröppelfram nicht begnügt, sondern sie in größerem Umfange betrieben haben. Auf anderen Gütern war doch die Schweinezucht erispriechlich, trotzdem die Fleischpreise geringer waren als heute. Was sodann hinsichtlich der Verwertung von Abfällen bei der Schweinemast angeführt worden ist, so will ich darauf hinweisen, daß vor einigen Jahren eine

Unmasse von Zentnern Kartoffeln eingestampft werden mußten und wahrscheinlich verdorben sind. Das Land des Rieselguts ist so ertragsreich, daß dort alle Früchte gebaut werden können, und man sollte dort nicht einmal Schweine züchten können? Sie brauchen dort nur Hafer zu bauen und ihn zu schroten, dann kriegen Sie damit die kleinen Schweine leicht groß, die wachsen besser, als die kleinen Jungen. (Heiterkeit) Ich bin hierin kein großer Sachverständiger, aber so viel habe ich davon auf dem Lande doch gelernt, daß ich mir ein Bild davon machen kann. Uns fehlt es immer an Grund und Boden, den sich andere Städte genügend gesichert haben, so daß sie bei der Anlage von Spielplätzen den Spekulantem nicht in die Hände zu fallen und so hohe Preise wie wir zu zahlen brauchen. Hier liegt es gerade umgekehrt, aber man will keine Neuerungen, es muß hier alles beim alten bleiben und der städtische Apparat darf ja nicht mehr vergrößert werden. Das klingt aus allen Neben klar und deutlich heraus; es heißt eben, wir halten das nicht für angezeigt, nun mögt Ihr reden, was Ihr wollt. Die Erfahrung wird aber wohl manchen Beteiligten noch zu einer anderen Ueberzeugung bringen, als er sie heute besitzt. Alle anderen Kommunen behandeln mit großem Ernste die Frage der besseren Fleischerzeugung, aber hier wagt man sich nicht heran. Wenn man die ungeheueren Summen liest, die allein von Amerika nach England an Fleisch überführt werden, so muß man sich wundern, daß man hier vor der Schweinezüchterei eine so große Angst hat. Man will hier eben mit neuen Sachen nicht vorgehen, sondern das Altgewohnte beibehalten. Wir haben bislang kein Defizit beim Rieselgute gemacht, nun wollen wir in derselben Weise weitergehen, damit auch in Zukunft nichts geschehen kann. Es können allerdings einmal einige Tiere kaputgehen, nun dann werden die sämtlichen Tiere versichert. Ein Risiko hat man dabei immer, aber das hat man schon, wenn man die Treppe hinuntergeht. Ich möchte bitten, den Antrag zu berücksichtigen und erst einmal andere Sachverständige zu hören, die auf dem laufenden sind.

Herr Oberbürgermeister Ketemeyer: Ich möchte Herrn Riese bitten, uns solche Sachverständigen zu schaffen. Herr Rathe hat sich an Herren gewandt, die Sachverstand besitzen, die jedoch verworfen werden, weil sie interessiert sein sollen; wir haben in unserer Deputation sachverständige Herren, die kein Interesse mehr besitzen, weil sie die Landwirtschaft nicht mehr betreiben, und die verwirft Herr Riese ebenfalls, weil sie eben nicht mehr praktisch tätig sind. Herr Riese sagt, er selber wäre kein Sachverständiger; wenn ich das aber nicht bin, dann scheue ich mich auch, mit meiner Meinung so hervorzutreten.

Ferner meint Herr Riese, der Antrag sollte abgelehnt werden, weil hier alles beim alten bleiben soll. Das ist aber nicht der Fall. Das Rieselgut haben wir nicht zur Schweinezucht angelegt, sondern zur Reinigung unserer Abwässer. Daneben wollen wir aber aus dem Gute herauswirtschaften, was zur Entlastung der Steuer-

zahler möglich ist. Wir können aber nicht sagen, wir machen ein weiteres Experiment, weil die Herabdrückung der Fleischpreise wünschenswert ist, denn wenn das Experiment unglücklich ausfällt, geschieht es zu Lasten der Steuerzahler. Herr Riefe scheint die Verhältnisse beim Rieselgute überhaupt nicht zu kennen: das Rieselgut hält nur 1900 Morgen, davon entfällt $\frac{1}{3}$ auf Wege und Gräben, die helfen uns für die Schweinezucht gar nichts, selbst nicht einmal die Weiden sind zur Unterbringung der Schweineherden geeignet. $\frac{1}{3}$ des Gutes ist also nicht zu benutzen und von dem Reste haben wir jetzt mehr als die Hälfte, nämlich 147 ha verpachtet und zwar durchschnittlich zu 60 M den Morgen, teilweise sogar zu 75 und 80 M, während im vorigen Jahre bis zu 100 M bezahlt worden sind. Glaubt nun Herr Riefe wirklich, daß es möglich sein wird, aus der Schweinezucht so viel herauszuwirtschaften, daß wir auch nur annähernd so viel herausbekommen werden, wie bei der Verpachtung? Damit fällt aber die Möglichkeit weg, dieses zweite Drittel zu verwenden und es bleibt nur ein knappes Drittel übrig, von dem wir unmöglich eine so große Schweineherde unterhalten können, wie Herr Riefe meint, zumal die Erfahrung gelehrt hat, daß für die Schweinezucht die auf dem Rieselgute gewachsenen Früchte nicht sehr geeignet sind. Will uns Herr Riefe zwingen, trotzdem solche Versuche zu machen, so muß ich mich dagegen erklären. Wenn wir hier nur mit 500 Morgen operieren können, so sind wir nicht in der Lage, ein größeres Contingent Schweine auf den Markt zu werfen. Wenn wir annehmen, es können auf dem Rieselgute gleichzeitig 100 Schweine gehalten werden und es findet einmal im Jahre ein Wechsel statt, so möchte ich fragen, was 200 Schweine besagen wollen, da hier im Jahre 76 000 Stück geschlachtet worden sind! Es ist also bei uns nicht das Bestreben, alles beim alten zu lassen, sondern so schnell wie möglich vorwärts zu kommen. Auf diese Abwege müssen Sie uns aber nicht bringen wollen, wenn die Sachverständigen selbst vor einem Versuche warnen.

Der Deputation ist auch die Frage vorgelegt worden, ob die Rieselgutwirtschaft die auf dem selbst bewirtschafteten Acker gewonnenen Früchte mit Erfolg absetzen kann, und diese Frage ist bejaht worden. Wenn das aber zutrifft, dann tun wir am besten, uns auf keine Experimente einzulassen, sondern die Felder, welche wir nicht verpachten können, selbst zu bebauen und die geernteten Früchte möglichst gut zu verkaufen, denn dabei steht sich die Stadt am besten. Wenn nun auch gesagt worden ist, das Rieselgut werfe einen Ueberschuß ab, so möchte ich, schon um uns gegen die beteiligten Gemeinden zu wehren, ausdrücklich konstatieren, daß von einem wirklichen Ueberschuß selbstverständlich niemals die Rede sein kann, wenn auch der Etat jetzt ein erfreulicheres Bild insofern gibt, als wir anscheinend einen Ueberschuß herauswirtschaften; wenn wir jedoch die Zinsen des Einlagekapitals von 2 700 000 M anrechnen, so arbeiten wir natürlich stets mit einem großen Defizit.

Herr Rathe: Herr Kieke hatte die Freundlichkeit, mir zuzurufen, ich hätte mich bei des Teufels Großmutter nach dem Teufel erkundigt. Ich bilde mir ein, ebenso praktisch zu sein wie Herr Kieke, denn ich bin aus demselben Holz geschnitten wie er und ich möchte Herrn Kieke nur empfehlen, bei allen unseren Landwirten und namentlich auch auf den großen Gütern herumzufragen, wie es dort mit der Schweinezucht steht. Wenn dabei wirklich etwas herauszuholen wäre, so würde er bei der wirklichen Nothlage vieler Landwirte hier und da konstatieren können, daß Schweinezucht betrieben würde, so aber werden überall nur so viel Schweine gehalten, wie für den eigenen Hausbedarf notwendig sind. Die Sache geht so weit, daß manche Landwirte die letzten Schweine verkaufen und sich das Fleisch aus der Stadt holen, weil sie sich dabei besser stehen, als wenn sie die Schweine selbst schlachten. Ich habe mich nicht nur bei aktiven, sondern auch bei solchen Landwirten erkundigt, die sich bereits von ihrem Geschäfte zurückgezogen haben und die kein direktes Interesse mehr daran besitzen, aber jeder theilte mir mit, daß keine Rentabilität dabei wäre. Selbst wenn die Stadt von einer Seuchengefahr verschont bleiben sollte — und die Schweinezucht ist am empfindlichsten in der ganzen Viehhaltung — so ist doch auf keinen Fall ein Gewinn daraus zu ziehen. Wenn nun auch gesagt werden kann, wir brauchen keinen Gewinn dabei zu erzielen, so wollen wir doch aber auch keinen Schaden dadurch erleiden.

Herr Wolters: Es ist angeführt worden, man könnte sich gegen die Seuchengefahr durch Versicherung der Tiere schützen. Von einer solchen Versicherung ist aber bei großen Viehbeständen schon überall Abstand genommen worden, weil die Versicherungsprämien so außerordentlich teuer sind, daß man lieber von der Versicherung ganz absteht. Die städtischen Pferde sind meines Wissens auch nicht versichert worden. Dasselbe ist da der Fall, wo Schweine im großen Maßstabe gehalten werden. Es ist auch nicht richtig von Herrn Kieke, daß Aufzucht und Mästung von Schweinen ohne große Gefahr verbunden ist. Ich bin in beiden Beziehungen wenig Sachverständiger, weder in der Aufzucht von kleinen Schweinen noch von kleinen Jungen (Heiterkeit), aber die Landwirtschaft stimmt darin überein, daß mit der Aufzucht kleiner Schweine eine große Gefahr verbunden ist. Ich habe mich danach an verschiedenen Stellen erkundigt und darf ein unbefangenes Urtheil der betreffenden Herren voraussetzen. Die Schweinezucht ist nur da am Plage, wo besondere Arbeits- und besondere Futterkosten nicht entstehen. Es ist die Arbeit des kleinen Mannes, und der Großbesitz treibt im allgemeinen keine Schweinezucht. Nur wo Molkerei und Spiritusfabrikation betrieben werden, da trifft man zur Verwertung der Abfälle auch Schweinezucht in größerem Maße an.

Ferner möchte ich auf die Aeußerung des Herrn Kieke zurückkommen, es solle hier alles beim alten bleiben. Ich möchte, Sie hätten Gelegenheit gehabt, den Deputationsitzungen in den beiden letzten Jahren beizuwohnen, wie dort die

Meinungen aufeinandergeplatzt sind, dann würden Sie wohl eine andere Meinung darüber haben. Jetzt wird schon wieder ein Stück Land von 28 Morgen zur Bewirtschaftung herangezogen und so geht das immer weiter, aber von Stillstand ist keine Rede. Wir bemühen uns das Kieselgut so günstig wie möglich zu gestalten und ich schiebe diese Tätigkeit hauptsächlich auf das Konto des Herrn Oberbürgermeisters. —

Der Antrag der Finanzkommission wird hierauf von der Versammlung angenommen.

VII. Antrag Meyerhoff: Feststellung zc. der leerstehenden Wohnungen.

Der in der Sitzung vom 12. Oktober d. Js. — Seite 290 des Berichtes — gestellte und begründete Antrag lautet:

„Die Versammlung ersucht den Magistrat, alljährlich die Zahl der leerstehenden Wohnungen festzustellen unter Berücksichtigung der Größe und des Mietwertes derselben und das Ergebnis der Feststellung bekanntzugeben.“

Herr Rieke: Die Baukommission hat den Antrag beraten und ist dabei allgemein zu der Ueberzeugung gekommen, daß sie ihm zustimmen und empfehlen kann, den Antrag dem Magistrat zur Berücksichtigung zu überweisen. Eine solche allgemeine Wohnungstatistik soll auch dazu führen, daß das Bauen von Wohnhäusern sich mehr als bisher dem Bedürfnis anschließt und daß Fremden, die hierher ziehen wollen, Klarheit darüber gegeben wird, was sie hier für eine Wohnung an Miete aufzuwenden haben würden. Außerdem will man das Bauunternehmertum dadurch moralisch zwingen, nur solche Wohnungen herzustellen, die der Bedarf erheischt. Ein Uebermaß an Wohnungen schädigt nicht nur die Hausbesitzer, sondern auch die Gesamtheit, indem der Steuersäckel dadurch eine gewaltige Einbuße erleidet. Man ist sich in der Baukommission darüber nicht vollständig klar geworden, ob das Ergebnis der Statistik alljährlich, oder in kürzeren Zwischenräumen bekannt gegeben werden möchte und man will das dem Magistrat anheimstellen.

Nach kurzer Empfehlung des Antrages durch Herrn Meyerhoff stimmt die Versammlung dem Antrage der Baukommission zu.

VIII. Ruhbarmachung des sogen. Fetz winkels auf dem Kieselgute.

Nachdem der zum Kieselgute Steinhof gehörige ca. 28 Morgen haltende sogenannte Fetzwinkel durch eine hochwasserfreie Brücke zugänglich gemacht ist, hält es die Kieselgut-Deputation für angezeigt, auf eine Ruhbarmachung des zurzeit völlig wüst liegenden Geländes Bedacht zu nehmen. Mit Rücksicht auf die tiefe Lage

kann dabei nur eine solche Nutzung in Frage kommen, die durch die Überflutungen nicht beeinträchtigt wird.

Die Deputation hat nun seit längerer Zeit mehrere minder wertvolle Ackerstücke und Abzugsgräben mit Weiden bepflanzt und damit günstige Erfolge erzielt, nicht nur insofern, als nach Weidenstücken lebhaft Nachfrage vorhanden ist und gute Preise für die Ware erzielt werden, sondern auch insofern, als die Weidenkulturen ohne Bedenken im Bedarfsfalle zu jeder Zeit gerodet werden können. Mit Rücksicht hierauf hält die Deputation für angezeigt, auch im Fethwinkel derartige Weidenkulturen einzurichten und um sie ertragsreicher zu machen, dem betr. Gelände Rieselwasser zuzuführen. Da der Untergrund aus durchlässigem reinem Sand besteht, so erscheint eine Drainierung nicht erforderlich, jedoch muß die Fläche und insbesondere der kleine Fethwinkel zuvor planiert und mit einem Graben und Damme umzogen, auch eine Vorrichtung behufs Zuleitung des Rieselwassers beschafft werden. Der Magistrat empfiehlt, zunächst den kleinen Fethwinkel in dieser Weise nutzbar zu machen und zu dem Zwecke 2000 M zu bewilligen,

was auf Empfehlung der Finanzkommission, für die Herr Wolters berichtet, geschieht.

IX. Ausbau der Diesterwegstraße und deren Erklärung zur Ortsstraße.

Unter Vorlegung eines Entwurfs zum Ausbau der Diesterwegstraße zwischen Hildesheimer- und Hermannstraße berichtet die städtische Bauverwaltung, daß die Grunderwerbskosten 10 000 M, die Straßenbaukosten 18 000 M und der voraussichtliche Beitrag der Anlieger rund 115 M für 1 m Frontlänge betragen wird. Der Magistrat ersucht, sich damit einverstanden zu erklären, daß die Diesterwegstraße zur Ortsstraße erklärt und auf der Strecke zwischen Hildesheimer- und Hermannstraße entsprechend dem beigelegten Projekte ausgebaut werde.

Der Ausbau der Straße ist mit Rücksicht darauf, daß sich hier infolge der dort errichteten Bürgerschule ein äußerst lebhafter Fußgängerverkehr entwickeln, der Fuhrverkehr hingegen nur unbedeutend bleiben wird, derartig geplant, daß von der 14 m breiten Straße je 3,40 m auf die beiderseitigen Fußwege und 7,20 m auf die Fahrbahn entfallen. Als Befestigungsmaterial ist für die Fahrbahn Kleinpflaster auf einer Unterbettung aus Chauffierung in Aussicht genommen, während die erhöht liegenden Fußwege mit einem Zementplattenbelage von 2,10 m Breite und daneben mit einer Chauffierung aus zerkleinerten Ziegelbrocken und Grand befestigt werden sollen. Auch soll auf den Fußwegen je eine Reihe Laubbäume angepflanzt werden.

Auf Empfehlung der Baukommission, für die Herr Rathe berichtet, wird der Vorlage zugestimmt.

X. Anfrage Kalm's: Bessere Beleuchtung des Friedrich-Wilhelmsplatzes.

Die Anfrage lautet:

„Wann gedenkt der Magistrat die Vorlage betreffs besserer Beleuchtung des Friedrich-Wilhelmsplatzes, wie solche am 24. August d. Js. beschlossen ist, bei der Versammlung einzubringen? Ist in Aussicht genommen, daß der Friedrich-Wilhelmsplatz noch in diesem Winter bis Weihnachten die bessere Beleuchtung erhält?“

Wird die bessere Beleuchtung des Platzes aus elektrischem Licht bestehen?“

Nach kurzer Begründung der Anfrage durch Herrn Kalm's erwidert

Herr Oberbürgermeister Metemeyer: Die Frage, wann eine entsprechende Vorlage eingebracht werden wird, kann ich heute nicht beantworten, weil die Verhandlungen mit der Deputation noch nicht zum Abschluß gebracht sind. Sobald das geschehen ist, werden wir eine Vorlage einbringen. Die weitere Frage, ob elektrisches Licht dabei verwendet werden soll, kann ich erst recht nicht beantworten, weil sich darum gerade die Verhandlungen mit der Deputation drehen.

XI. Anfrage Peplic's: Kürzung des Einkommens der Bureaugehilfen bei Erkrankungen.

Zur Begründung der Anfrage:

„Ist es wahr, daß den erkrankten, nicht fest angestellten Bureaugehilfen für die Dauer der Erkrankung Abzüge vom Gehalte gemacht werden?“

führt Herr Peplic's folgendes aus: Wenn die Frage zu bejahen ist, so finde ich in der Maßnahme eine Härte insofern, als es sich um Personen handelt, die der Krankenversicherung nicht unterliegen. Ich habe die Sache in Form einer Anfrage zur Sprache gebracht, um dadurch eine Abstellung des Verfahrens zu erwirken; denn ich glaube, daß die Versammlung das Vorgehen nicht billigen wird, weil es sich dabei um Personen handelt, die noch in einem niedrigen Gehalte stehen.

Herr Oberbürgermeister Metemeyer: Ich muß die Frage mit Ja beantworten und habe folgende Gründe für das bisher beobachtete Verfahren anzuführen. Es sind nur einige wenige Beamte vorhanden, die noch nicht fest angestellt sind. Bei diesen Beamten kann von einer eigentlichen Gehaltszahlung nicht die Rede sein, weil sie nur eine Vergütung für geleistete Arbeit erhalten; mithin können sie auch ihr Einkommen bei längeren Erkrankungen nicht weiter beziehen. Unter diesen Umständen schien es uns angezeigt zu sein, die betreffenden Personen dahin zu bringen, daß sie sich gegen Krankheit versichern. Das hat die Mehrzahl denn auch getan, und wir haben uns bereit erklärt, die üblichen Beiträge zu leisten,

genau so, als ob die Beamten der Versicherungspflicht unterliegen. Nun entsteht aber, wenn ein Teil der Gehilfen davon Gebrauch macht, ein anderer Teil aber nicht, die Ungleichheit, daß wir für den letzteren Teil sorgen sollen, während der erstere Teil für sich selbst gesorgt hat. Das ging unmöglich, weshalb wir gesagt haben, wir wollen die betreffenden Gehilfen zwingen, sich gegen Krankheit zu versichern, indem wir ihnen sagen: wenn Ihr erkrankt, bringen wir von dem, was wir Euch zahlen müssen, das in Abzug, was Ihr von der Krankenkasse erhalten haben würdet, sofern Ihr Euch dort versichert hättet. Der Gesichtspunkt ist doch wohl durchaus gerechtfertigt, und ich wundere mich nur, daß Herr Replies, der doch den Segen der Krankenversicherung als Geschäftsführer der Schneider-Krankenkasse erkannt haben muß, gegen ein derartiges Verfahren opponiert. Ich habe gemeint, es wäre richtig, die Leute dahin zu bringen, sich diesen Segen zunutze zu machen.

Im übrigen sind Verhandlungen darüber im Gange, ob es nicht angezeigt erscheint, für sämtliche nicht angestellte städtische Beamte die Versicherungspflicht durch Statut einzuführen. Darüber würde der Versammlung eventuell noch eine Vorlage zugehen. —

Ein von Herrn Replies gestellter Antrag auf Besprechung der Anfrage findet nicht genügende Unterstützung, die Angelegenheit gilt daher als erledigt.

XII. Anfrage Aßmann: Stand des Oertal-Bahnprojectes.

Zur Begründung der Anfrage:

„Ist der Magistrat in der Lage, über das Schicksal des in letzter Zeit oft genannten Oertal-Bahnprojectes als Abkürzung der Bahnverbindung nach dem Norden Mitteilung zu machen?“

führt Herr Aßmann folgendes aus: Es ist allgemein bekannt, daß in Braunschweig der lebhafteste Wunsch besteht, nach Norden zu eine kürzere Bahnverbindung zu bekommen, und es ist mit Freuden begrüßt worden, daß sich Herr Oberbürgermeister Ketemeyer mit der Sache beschäftigt hat und als Vorsitzender einer Kommission fungiert, die ein Projekt bearbeitete oder doch dessen Durchführbarkeit vorbereitete. Nun sind in den letzten Tagen durch die Zeitungen Nachrichten gegangen, wonach das Projekt der kürzesten Linie nach Celle über Leiferde scheitern dürfte. Die in Celle kürzlich zusammengekommenen Interessenten für beide Verbindungen (über Leiferde und über Gifhorn) haben sich nach den Berichten einstimmig dahin geeinigt, daß die Verbindung über Gifhorn den Vorzug verdiene. Von dem Vertreter des Regierungspräsidenten der Provinz Hannover ist in der Versammlung mitgeteilt worden, daß die Interessen des Staates oder der Provinz dadurch besser gewahrt würden und die preussische Regierung die alsbaldige Durchführung des Projectes nur dann in die Hand nehmen würde, wenn der Anschluß an die Staatsbahn in Gifhorn mündete und nicht in Leiferde. Dem weiteren Ver-

nehmen nach soll die braunschweigische Regierung die Durchführung des Projektes über Leiferde unterstützen. Bei dem dringenden Wunsche auf schnelle Schaffung einer zweckmäßigen Bahnverbindung nach dem Norden würde es von Interesse sein, wenn uns der Magistrat über den Stand der Angelegenheit Mitteilung machen und uns die Versicherung geben könnte, die Sache weiter verfolgen zu wollen. Wenn es ermöglicht werden könnte, die Stadt Braunschweig mit einer neuen Bahnverbindung zu beglücken, so würde die Stadt dem Magistrate nur Dank wissen.

Herr Oberbürgermeister Ketemeyer: Ich habe mich mit Zustimmung des Magistrates bereit erklärt, an einer Verhandlung in Lehrte teilzunehmen, in der die Bahnprojekte näher erörtert wurden, und ich habe mich schließlich auch bereit erklärt, den Vorsitz in einem dort gewählten Ausschusse zu übernehmen. Dieser Ausschuss ist hier zusammengetreten und hat sich mit der Frage befaßt. Der Magistrat hat sich von Anfang an auf den Standpunkt gestellt, daß die projektierte Bahn nach Celle für uns Bedeutung hat und von uns, sofern die Versammlung zustimmt, unterstützt werden könnte unter der Voraussetzung, daß die Bahn tunlichst eine direkte Linie von Celle nach Braunschweig bilden würde, um die Verbindung nach Hamburg möglichst abzukürzen. Daraus ergibt sich, daß es in unserem Interesse liegen würde, wenn der Schnittpunkt der Lehrte-Stendaler Linie bei Leiferde läge. Das zu erreichen haben wir versucht. Bei den geführten Verhandlungen sind die Gegensätze sehr scharf auseinander gestoßen: der eine wollte eine Linie nach rechts, der andere nach links haben, und wir standen in der Mitte und wurden hin und her gezogen. Schließlich haben wir erfahren, der preussische Minister der öffentlichen Arbeiten stehe auf dem Standpunkte, wenn sich die Beteiligten nicht einigten, ließe er den ganzen Bahnbau fallen. Das wäre aber im Interesse der Sache nicht wünschenswert gewesen, denn so wichtig es auch sein würde, den Schnittpunkt der neuen Bahn in Leiferde zu erlangen, so würde doch auch bei der Linie über Gifhorn eine gewisse Abkürzung nach dem Norden geschaffen werden.

Wir haben weiter in dem Ausschusse erwogen, daß, so lange die Verhandlungen wegen der Strecke Celle—Lehrter Bahn resp. Gifhorn nicht zu Ende geführt sind, von hier aus eine Agitation nichts helfen kann. Wir könnten überhaupt nur die Linie Leiferde—Celle unterstützen und eine solche Unterstützung würde von dieser Stelle aus, wenn auf die Wünsche der Beteiligten im weiteren Sinne Rücksicht genommen werden soll, umsoweniger notwendig gewesen sein, als der Bremer Lloyd für diese Linie eingetreten sein soll, um dadurch eine Ermäßigung der Frachtsätze für seine Güter zu erzielen. Eine Bahn von hier über Leiferde nach Celle zu bauen, falls der preussische Staat die andere Linie wählen sollte, hielt der Ausschuss für vollständig ausgeschlossen, weil dazu die Genehmigung kaum zu erlangen sein

würde, indem sie eine Konkurrenz gegenüber der anderen Linie bildete. Schließlich haben wir uns auf den Standpunkt gestellt, daß bei der Wahl der Linie nach Gifhorn wir doch anstreben müßten, eine Nebenbahn bis Leiferde zu bekommen, um wenigstens den Verkehr der im Norden und Nordosten der Stadt gelegenen Dörfer hierher zu führen. Wie die Sache jetzt liegt, ist schwer etwas zu tun; man könnte vielleicht den Ausschuß noch einmal zusammenberufen und hören, wie er darüber denkt. Dem Vernehmen nach soll der preussische Eisenbahnminister entschieden für die Linie Gelle—Gifhorn eintreten.

XIII. Antrag Gsdorn u. Gen.: Teuerungszulage für städtische Bedienstete.

Der Antrag lautet:

„Die Versammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, eine Summe von 5000—6000 M zur Verfügung zu stellen, die unter alle im städtischen Dienste beschäftigten verheirateten Personen, deren Gehalt oder Lohn unter 1500 M jährlich beträgt, gleichmäßig verteilt werden kann, um als Entgelt für die jetzt bestehende Teuerung vieler Lebensmittel zu dienen.“

Herr Gsdorn (zur Begründung): Wir haben anerkannt, daß eine Fleischteuerung besteht, und es ist Ihnen bekannt, daß in anderen Gemeinden die Not gelindert ist durch den Großeinkauf von Fischen und Fleisch und deren Weiterabgabe zum Selbstkostenpreise. Mit Recht haben sich aber die Gewerbetreibenden an den betreffenden Plätzen gegen ein solches Verfahren gewehrt. Neuerdings haben nun die Behörden in einigen preussischen Städten beschlossen, ihren Beamten und Arbeitern Teuerungszulagen zu gewähren. So z. B. hat Wilmersdorf den Beamten und Arbeitern eine Teuerungszulage von 50 % eines Monatseinkommens bewilligt. Mit Rücksicht auf unsere schlechte Finanzlage habe ich mich in meinem Antrage auf die Kreise beschränkt, die es am nötigsten haben und ich hoffe, daß bei einer Bewilligung von 6000 M auf jeden Kopf wenigstens 20 M entfallen werden. Nicht nur die Fleischpreise sind teurer geworden, sondern auch die Brotpreise, ja überhaupt die Preise fast aller notwendigen Lebensmittel. Ich bitte um Unterstützung des Antrages.

Der genügend unterstützte Antrag wird der Finanzkommission zur Vorberatung überwiesen und darauf die Sitzung geschlossen.

Dauer von 4 bis 7¹/₂ Uhr.

1905/1906.Nr. 11.

B e r i c h t

über die

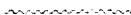
Verhandlungen der Stadtverordneten zu Braunschweig

in deren Sitzung am 22. Dezember 1905.



Tagesordnung:

I.	Erwerb von Grundflächen zum Gaswerk an der Taubenstraße.	Seite 380
II.	Antrag Esdorn und Gen.: Feuerungszulage für städtische Bedienstete.	" 380
III.	Angelegenheiten der Berufsfeuerwehr und Einsetzung einer Deputation für das Feuerlöschwesen	" 382
IV.	Antrag Hßmann u. Gen.: Lohnbewegung der Gasarbeiter	" 384
V.	Herrichtung eines Klassenraumes für die Oberrealschule	" 391
VI.	Plattenbelag auf einem Teile der Bertramstraße	" 392
VII.	Verkauf eines städtischen Grundstücks an der Moonstraße	" 392
VIII.	Erhebung einer Klage	" 393
IX.	Rechnungsabchlüsse der Licht- und Wasserwerke für 1904/05.	" 393
X.	Schuldentilgung bei der Neustadtmühle	" 400
XI.	Bepflanzung der Hochstraße mit Bäumen	" 401
XII.	Antrag Kalmß: Angabe des Anlagekapitals von Grundstücken zc. im Haushaltsplane	" 401
XIII.	Anfrage Jasper: Lohnbewegung der Gasarbeiter.	" 402



Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister Ketemeyer, Bürgermeister Meyer und Stadträte von Frankenbergh, Seele, Wagner und Lange.

Entschuldigt die Herren Asmann, Buchler, Jüdel, Koch, Lord, Ohlendorf und Rieke.

Der Vorsitzende, Herr Wolff, eröffnet die Sitzung und gibt zunächst bekannt, daß der Steueraufscher a. D. Becker an die Versammlung eine Eingabe, betreffend die Beschreibung der Erfindung einer verbesserten Zäumung ohne Gebiß bei den Pferden, zur geneigten wohlwollenden Beurteilung gerichtet habe. Da er indessen als Vorsitzender nicht in der Lage sei, diese Eingabe ohne weiteres für die Versammlung verwerten zu können, so wolle er sie herumreichen in der Erwartung, daß einzelne Herren vielleicht Interesse dafür haben könnten. (Heiterkeit.)

Hierauf wird in die Tagesordnung eingetreten.

I. Erwerb von Grundflächen zum Gaswerk an der Taubenstraße.

Herr Oberbürgermeister Ketemeyer: In der Sitzung vom 2. November d. Js. — Seite 326 des Berichtes — haben wir den Kauf von drei Grundstücken zur Erweiterung des Gaswerkes an der Taubenstraße genehmigt. Darunter befindet sich eine Fläche des Dießschen Grundstücks, die zu 3,50 a vermessen war. Nachdem sich jetzt ergeben hat, daß die wirkliche Grenze des angrenzenden Saueschen Grundstücks um etwa 39 cm weiter nach Westen liegt, als ursprünglich angenommen war, so rückt auch der nordwestliche Grenzpunkt des von der Stadt gekauften Dießschen Grundstücks um 39 cm weiter nach Westen. Wenn man nun von dem neuen Grenzpunkte ab eine gerade Linie nach Süden zu zieht, um von dem Dießschen Grundstücke 3,50 a abzutrennen, so ergibt sich, daß diese Grenzlinie schief wird. Das ist aber um deswillen nicht angängig, weil wir das Grundstück rechtwinklig zur Straße haben wollen; es bleibt daher nichts anderes übrig, als die Versammlung zu ersuchen, sich damit einverstanden zu erklären, daß wir von dem Dießschen Grundstücke etwa 11 qm zu demselben Einheitspreise von 20 M mehr kaufen, als ursprünglich vereinbart worden war.

Die Versammlung erklärt sich hiermit einverstanden.

II. Antrag Esdorn und Gen.: Teuerungszulage für städtische Bedienstete.

Der in der Sitzung vom 23. November d. Js. — Seite 377 des Berichtes — gestellte und begründete Antrag lautet:

„Die Versammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, eine Summe von 5000—6000 M zur Verfügung zu stellen, die unter alle im städtischen Dienste beschäftigten verheirateten Personen, deren Gehalt oder Lohn unter 1500 M jährlich beträgt, gleichmäßig verteilt

werden kann, um als Entgelt für die jetzt bestehende Teuerung vieler Lebensmittel zu dienen."

Namens der Finanzkommission berichtet über den Antrag Herr Hauswaldt: Die Kommission war einstimmig der Ansicht, daß die Tendenz des Antrages zu billigen sei, da es wünschenswert erscheine, daß alle städtischen Bediensteten mit einem geringeren Einkommen eine einmalige Teuerungszulage erhielten. Es ist auch von der Kommission versucht worden festzustellen, nach welchen Grundsätzen die Verteilung etwa stattfinden könne, aber es ist uns nicht möglich gewesen, einen Weg zu finden, der alle Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten ausschlösse. Die Antragsteller wollen die Zulagen nur auf Verheiratete ausgedehnt wissen, während die Kommission auch noch in Erwägung genommen hat, ob es nicht möglich sei, vielleicht an der Hand der Steuerzettel festzustellen, ob jemand mehr oder minder bedürftig sei. Ich habe in der Kommission auch die Ansicht vertreten, den Zuschuß nach der Zahl der Köpfe in jeder Familie zu verteilen, jedoch hat das zu einem Resultate ebenfalls nicht geführt.

Die Finanzkommission meint deshalb, nur beantragen zu können, den Antrag dem Magistrate zur wohlwollenden Berücksichtigung zu empfehlen. Es müßte dann dem Magistrate überlassen bleiben, sich mit den einzelnen Verwaltungszweigen und Deputationen in Verbindung zu setzen, um eine möglichst gerechte Verteilung der Zulage vornehmen zu können. Wenn die Verteilung auch nicht sofort vorgenommen werden kann, so wäre es doch erwünscht, sie recht bald zu bewirken. Wir hatten gedacht, daß auf eine Durchschnittsfamilie vielleicht 15—20 M entfallen würden.

Herr Jasper: Ohne dem Antrage an sich widersprechen zu wollen, will ich doch bemerken, daß er mir nicht weit genug geht und in zweierlei Weise ausbaubedürftig erscheint. Einmal ist es nicht richtig, nur diejenigen zu berücksichtigen, welche ein Einkommen unter 1500 M beziehen, weil die Grenze derjenigen, die unter der anerkannten Teuerung zu leiden haben, erheblich höher und zwar etwa bei einem Einkommen von 2000 M liegt. Ferner scheint mir der Antrag in seiner gegenwärtigen Form auch insofern unzureichend zu sein, als er nur eine einmalige Unterstützung vorsieht, die, wenn man berücksichtigt, welchen Uebeln der Antrag steuern soll, vollkommen unzureichend genannt werden muß, weil die Zuwendung etwa 12—15 M auf den Kopf bringt, ein Betrag, der nicht ausreicht, um die meiner Ansicht nach dauernde Teuerung auszugleichen. Deshalb müßte, wie in anderen Städten, eine laufende Teuerungszulage so lange gewährt werden, wie das Vorhandensein der Teuerung von der zuständigen Instanz anerkannt wird.

Ich sehe davon ab, heute Anträge in dieser Richtung zu stellen, da der Magistrat Gelegenheit hat, sich mit der Frage zu befassen und er uns in Kürze mit einer bestimmten Vorlage kommen muß, um die Mittel anzufordern, die er

zur Erfüllung des Antrages in der einen oder anderen Weise gebraucht. Dann wird es auch Zeit sein, etwaige Anträge formuliert einzubringen. Ich bitte, meinen Antrag mit prüfen zu wollen.

Der Antrag der Finanzkommission gelangt darauf zur Annahme.

III. Angelegenheiten der Berufsfeuerwehr und Einsetzung einer Deputation für das Feuerlöschwesen.

Den Anträgen des Magistrates vom 24. Dezember 1904, betreffend die anderweite Feststellung der Zahl der Mannschaften der Berufsfeuerwehr und die Regelung ihrer Lohn- und Dienstverhältnisse, hatte die Versammlung in der Sitzung vom 16. Februar d. Js. — S. 514 des Berichtes — mit der Maßgabe zugestimmt, daß, abgesehen von der Feststellung der Zahl der Mannschaften,

- 1) die Oberfeuerwehrmänner ohne Ablegung einer Prüfung auf Vorschlag des Kreisbranddirektors durch den Magistrat ernannt werden sollen, und
- 2) die Entlassung eines Feuerwehrmannes nach dreijähriger Dienstzeit nur mit Zustimmung des Magistrates solle erfolgen können.

Gegen dieses von dem bisherigen abweichende Verfahren hatte der Magistrat Bedenken nicht geltend zu machen; jedoch war er genötigt, dazu die Genehmigung der Herzoglichen Polizeidirektion einzuholen, weil das gesamte Feuerlöschwesen dieser Behörde und dem Magistrate gemeinschaftlich unterstellt ist. Da Herzogliche Polizeidirektion das Recht in Anspruch nahm, bei den vorgedachten Maßnahmen in jedem einzelnen Falle mitzuwirken, hierdurch aber unliebsame Verzögerungen und bei mangelnder Uebereinstimmung sehr leicht arge Unzuträglichkeiten entstehen können, so mußte der Magistrat Bedenken tragen, der Einführung des Verfahrens zuzustimmen; er hat vielmehr zunächst abgewartet, wie sich die Verhältnisse im Verlaufe des verflossenen Sommerhalbjahres gestalten würden. In der Zeit vom 1. April bis 30. September d. Js. sind aber Beförderungen zu Oberfeuerwehrleuten überall nicht vorgekommen und Entlassungen nur in vier Fällen erfolgt, nämlich bei Feuerwehrleuten, die nach dem 24. April 1904 eingetreten waren und die sämtlich auf ihren Wunsch entlassen worden sind. Der am 1. Mai 1905 als Oberfeuerwehrmann eingetretene Volontär Schrollner ist am 30. September 1905 freiwillig wieder ausgeschieden.

Daraus ergibt sich, daß ein irgendwie erheblicher Wechsel des Personals nicht stattgefunden hat. Daneben hat der Kreisbranddirektor Schlunk gebeten, von diesen Maßnahmen aus Rücksicht auf die Aufrechterhaltung der Disziplin Abstand zu nehmen, vielmehr nur anzuordnen, daß von ihm halbjährlich ein Bericht über den Personalbestand der Berufsfeuerwehr eingereicht werde, aus dem die Beförderungen, Entlassungen und jeweiligen Lohnsätze der Mannschaften zu ersehen seien. Der

Magistrat kann auch dem von der Versammlung empfohlenen Verfahren eine besondere Bedeutung nicht beilegen, weil eine Beförderung zum Oberfeuerwehrmann von dem Magistrate ohne Empfehlung des Kreisbranddirektors oder gar entgegen seinem Gutachten nicht wohl verfügt werden kann, während die Mitwirkung des Magistrates im entgegengesetzten Falle überflüssig sein dürfte, auch zu der Entlassung eines Feuerwehrmannes in allen den Fällen, wo sie der Mann fordert, die Mitwirkung des Magistrates nicht erforderlich sein möchte, so daß nur die Entlassung gegen den Willen der betr. Feuerwehrmänner in Frage kommen könne. Dabei ist aber zu beachten, daß jedem Feuerwehrmanne, der sich durch die Entlassung für beeinträchtigt erachtet, jetzt schon das Recht der Beschwerde zusteht, und daß angenommen werden darf, es würde bei der Verwerfung der Beschwerde auch dem Antrage des Kreisbranddirektors, die Entlassung auszusprechen, Folge gegeben sein. Es erscheint daher auch in den Fällen, in denen die Strafentlassung nach Lage der Umstände gerechtfertigt ist, die Mitwirkung des Magistrates in jedem einzelnen Falle kaum erforderlich, und es bleiben somit nur die Fälle übrig, in denen die Entlassung zu Unrecht erfolgt. Ein solcher Fall ist aber bislang nicht vorgekommen. Der Magistrat kann daher nicht anerkennen, daß genügender Anlaß zur Aenderung der jetzt bestehenden Ordnung vorliegt und muß überdies zugestehen, daß aus Rücksicht auf die Disziplin die Beibehaltung des jetzigen Verfahrens umso mehr angezeigt erscheint, als Herzogliche Polizeidirektion das Recht in Anspruch nimmt, in jedem einzelnen Falle mitzuwirken. Hiernach ist der Magistrat nicht in der Lage, den vorgedachten Anträgen zuzustimmen.

Dagegen erscheint es ihm im Hinblick auf den Umfang, den das Feuerlöschwesen jetzt angenommen hat, zweckdienlich, dessen unmittelbare Leitung, soweit sie dem Magistrate zusteht, und ebenso die Vorprüfung der wichtigeren damit zusammenhängenden Angelegenheiten einer gemischten Deputation zu übertragen, die aus einem Magistratsmitgliede und zwei von der Versammlung gewählten Bürgern zu bestehen haben würde. Es wird deshalb anheimgegeben, diejem Vorschlage zuzustimmen und eventuell die erforderliche Wahl vorzunehmen.

Herr Schöttler berichtet hierüber namens der Statutenkommission: Was den ersten Teil der Vorlage betrifft, so haben wir ihn nur zur Kenntnis zu nehmen. Den letzten Teil der Vorlage — Einsetzung einer gemischten Deputation — empfiehlt die Kommission zur Annahme. Sie ist mit dem Magistrate der Ansicht, daß eine solche Deputation bei dem heutigen Umfange und der jetzigen Bedeutung des Feuerlöschwesens wohl günstig wirken könne, da sich die Einsetzung von Deputationen auch in anderen Arbeitszweigen der Verwaltung bewährt habe. Auch die Zusammensetzung der Deputation ist für angemessen erachtet worden.

Herr Rathe: Es ist unter allen Umständen mit Freuden zu begrüßen, daß uns eine derartige Vorlage zugegangen ist, und wir freuen uns, daß wir jetzt auch

bei dem Feuerlöschwesen ein Wort mitzureden haben. Ich bitte deshalb, dem Antrage auf Einsetzung einer Deputation zuzustimmen.

Der Antrag wird darauf angenommen.

Herr Schöttler: Nach dem eben erfolgten Beschlusse hat die Versammlung zwei Bürger in die Deputation zu wählen. Die Statutenkommission ist der Ansicht gewesen, daß möglichst Stadtverordnete in eine solche Deputation gewählt werden möchten, weil man andere Bürger nur heranziehen solle, wenn es in der Versammlung an geeigneten Kräften fehlt. Es wird kommissionsseitig für wünschenswert gehalten, solche Mitglieder der Versammlung zu wählen, die der Feuerwehr bislang schon ein größeres Interesse entgegengebracht haben, oder die einige Pferdekennntnis besitzen, weil die Pferde bei der Feuerwehr zurzeit eine ziemlich große Rolle spielen. Mit Rücksicht darauf schlägt Ihnen die Statutenkommission die Wahl der Herren Bues und Wolters vor.

Herr Jasper: Ich schlage Herrn Stegmann zur Wahl vor.

Gewählt werden darauf durch Stimmzettel die Herren Wolters mit 23 und Bues mit 22 Stimmen, während Herr Stegmann 7 Stimmen erhält und 6 Stimmen zerplittern.

IV. Antrag Hßmann u. Gen.: Lohnbewegung der Gasarbeiter.

Vorsitzender: Die Herren Hßmann, Bunge, Günther, Jasper, Ohlendorf, Bepfies, Riefe, Stegmann, Wesemeier und Wiehle haben an die Versammlung ein Schreiben folgenden Inhalts gerichtet:

„Seit einigen Wochen stehen die städtischen Gasarbeiter in einer Lohnbewegung und haben zur Besserung ihres Arbeitsverhältnisses Bittschriften an den Magistrat und den Direktor von Feilich eingereicht. Eine Abhilfe ist ihnen auf diese Bitte hin bisher nicht gewährt, vielmehr hat Direktor von Feilich lediglich Ermittlungen anstellen lassen nach den Urhebern dieser Bewegung und hat mehreren Arbeitern gekündigt, bezw. die Kündigung angedroht. Herr Oberbürgermeister Ketemeyer hat auf Anfrage es abgelehnt, dem Direktor von Feilich Weisungen zu erteilen und den Gasarbeitern entgegenzukommen. Unter diesen Umständen ist die Erregung unter den städtischen Gasarbeitern aufs höchste gestiegen, und droht in Kürze ein plötzlicher Streik auszubrechen, wenn nicht den städtischen Gasarbeitern sofort eine sachliche Untersuchung und eine Abhilfe ihrer Beschwerden zugesagt wird. Da ein derartiger Streik für die Allgemeinheit der Bürgerschaft besonders in der gegenwärtigen flotten Geschäftszeit von großem Nachteil sein würde, halten es die unterzeichneten Stadtverordneten für dringend notwendig, die Lohnbewegung der Gasarbeiter und das Verhalten der städtischen Behörden ihnen gegenüber in öffentlicher Stadtverordneten-Versammlung zu erörtern, um dadurch den Streik und dessen nachteilige Folgen zu verhindern.“

Die unterzeichneten Stadtverordneten beantragen daher nach § 55 der Städteordnung, sofort eine außerordentliche Versammlung der Stadtverordneten einzuberufen mit der Tagesordnung: „Die Lohnbewegung der städtischen Gasarbeiter und das Verhalten der städtischen Behörden“.

Dieser Antrag hat sich heute zu folgendem wirklichen Antrage des Herrn Wiehle verdichtet:

„Es wird beantragt,

der Magistrat möge den Leiter der Gaswerke anweisen,

- 1) die Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung vom 12. Oktober 1905, soweit sie die Zustimmung des Magistrates fanden, in vollem Umfange vom 1. November 1905 ab durchzuführen,
- 2) in eine sachliche Verhandlung über die Beschwerden der Gasarbeiter mit der von den Gasarbeitern gewählten Kommission einzutreten, statt den „Angebern“ unter den Gasarbeitern nachzuforschen,
- 3) die Kündigungen, welche aus Anlaß der gegenwärtigen Lohnbewegung vorgenommen sind, zurückzunehmen und die gekündigten Arbeiter weiter zu beschäftigen.“

Außerdem ist bekanntlich jedem Mitgliede der Versammlung eine vom 9. Dezember 1905 datierte gedruckte Eingabe folgenden Inhalts zugegangen:

„An die geehrte Stadtverordnetenversammlung!

Indem wir Sie um Entschuldigung bitten, daß wir Sie nochmals in unserer Angelegenheit bemühen, bringen wir Ihnen zur gefl. Kenntnissnahme, daß während der letzten Wochen wiederholte Betriebsversammlungen sämtlicher Gasarbeiter stattgefunden haben, deren Zweck und Verhandlungsgegenstand Neuregulierung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse war. In der ersten dieser Betriebsbesprechung am 18. Nov. hat man uns, die ergebenst unterzeichnete Kommission gewählt, und beauftragt, unserem Betriebschef Herrn Direktor A. von Feiligisch unsere Wünsche, die nachstehend nochmals niedergelegt sind, zu unterbreiten. Herr von Feiligisch jedoch erklärte: uns eine Zusage nicht machen zu können, bevor nicht der Stadtmagistrat sich hierzu erklärt habe. Wir haben nun auch dem wohlhlöbl. Magistrat unsere Wünsche schriftlich zugehen lassen ohne bisher eine Antwort erhalten zu haben.

Wir nehmen nunmehr Gelegenheit, einer geehrten Stadtverordnetenversammlung die Wünsche zur Besserstellung unserer Lebenslage vorzulegen:

In Erwägung:

daß die Kosten der Lebenshaltung für die Arbeiter in letzter Zeit ganz bedeutend gestiegen sind, und die unangenehme, besonders schwere Arbeit in den Gasanstalten, welche die Gesundheit vorzeitig untergräbt, eine ausreichende Ernährung erforderlich macht und eine kürzere Arbeitszeit bedingt; bitten wir Sie, uns nachstehende dringende Wünsche zu gewähren:

1. Der Anfangslohn beträgt pro Tag 3,80 M, steigt sodann am Ende des zweiten Jahres auf 4,00 M, am Ende des vierten Jahres auf 4,20 M und mit Beginn des sechsten Jahres bis auf 4,40 M pro Tag.
2. Auf die jetzt bestehenden Löhne soll eine allgemeine Zulage von 20 % pro Tag gewährt werden.
3. Die bisher im Stundenlohn besonders niedrig entlohnnten Hof- und Kohlenarbeiter erhalten einen Anfangslohn von 32 % pro Stunde, welcher jährlich um je einen Pfennig bis auf 35 % pro Stunde steigt; im übrigen soll die Verteilung des Abladens der Kohlen in Akford gleichmäßig an alle geschehen.
4. Diese gesamte verbesserte Entlohnung soll auch den alljährlich während des Winterhalbjahres wiederholt im Betrieb Beschäftigten gewährt werden.
5. Die 24-Stundenschicht ist unter allen Umständen zu beseitigen.
6. Alle vierzehn Tage die Gewährung einer ganzen Freischicht.
7. Alle über zwei Jahre im Betriebe Beschäftigten erhalten im Sommer einen viertägigen Urlaub, alle über fünf Jahre bereits Beschäftigten einen achttägigen Urlaub gewährt und bezahlt.
8. Diese Abmachungen sollen nur solange Gültigkeit haben, als die jetzige Arbeitszeit besteht; sämtliche Arbeiter betrachten jedoch die Beseitigung der jetzigen Arbeitszeit als ihre wichtigste Aufgabe und bitten wiederholt dringend um die Einführung der Achtstundenschicht, wie dieselbe schon seit längerer Zeit in den bedeutendsten Städten im Reiche in den Betrieben der Gaswerke eingeführt ist; der Tagelohn müßte natürlich auch dann auf der oben angeführten Höhe von 3,80 M bis 4,40 M zc. belassen bleiben, und zwar eben mit Rücksicht auf die Schwere und Gesundheitschädlichkeit unserer Berufstätigkeit,

ganz abgesehen davon, daß man in einer Reihe anderer Städte so nebenher den städtischen Arbeitern Teuerungszulage gewährt hat.

Indem wir uns der Hoffnung hingeben, daß Sie diesen bescheidenen Wünschen Ihr Entgegenkommen nicht versagen werden, bitten wir Sie dringend, in die Beratung und Beschlußfassung unserer Eingabe eintreten zu wollen und zeichnen

Mit vorzüglicher Hochachtung

Die Kommission.

Im Auftrage:

A. Hahn, Fr. Schmidt, A. Fetzrich, F. Anderweit,
A. Ruhe, A. Krüger, W. Grube, F. Hansmann, W. Gimecke,
F. v. Spitzack."

Hierauf treten wir in die Verhandlung über diesen Gegenstand ein, und erhält das Wort zur Begründung

Herr Wiehle: Am 12. Oktober d. Jz. ist der Antrag Wesemeier beraten worden und es steht auf Seite 251 des Berichtes im letzten Absätze folgendes:

„Die hier vorgeschlagenen Aenderungen sind von der Deputation, der Kommission und dem Magistrate gebilligt worden, so daß die Erhöhung der Arbeitslöhne und die Verminderung der Arbeitszeit soweit möglich vom 1. November d. Jz. ab eingeführt werden könnte, wenn die Versammlung damit einverstanden sein sollte“.

Die Versammlung war damit einverstanden gewesen, der Magistrat hat die Vorschläge gebilligt, aber ausgeführt sind sie leider nicht. Daher kommt die Bewegung der Gasarbeiter, die man allerdings in der Öffentlichkeit nicht als solche bezeichnen kann, denn sie haben bis zum 25. November gewartet, ehe sie Schritte unternahmen. Lohnaufbesserungen in dem beschlossenen Umfange haben bisher nicht stattgefunden, wenn auch einzelne Arbeiter kleine Aufbesserungen erfahren haben; die 14tägige Freischicht ist überhaupt nicht gewährt worden, sondern nur eine monatliche Freischicht. Die 24stündige Arbeitsschicht an den Sonntagen ist ebenfalls noch nicht abgeschafft worden und man hat den Versuch gemacht, dafür eine 18stündige Schicht einzulegen. Am letzten Sonntage haben die Arbeiter aber die 24stündige Schicht selbst wieder verlangt, weil sie in der 18stündigen Schicht daselbe leisten sollten, wie in der 24stündigen Schicht. Aus dieser Ursache haben sich die Gasarbeiter mit einem Gesuche an den Magistrat gewandt. Vorher, nämlich am 25. November, sind sie bei dem Direktor von Heilighs vorstellig geworden und haben sich bis zum 30. November eine Antwort erbeten. Am

27. November hat sich sodann Herr von Feiligh bewogen gefühlt, die Arbeiter zusammenzurufen und hat sie gefragt, ob sie mit der Eingabe alle einverstanden seien. Nachdem sich die gesamten Arbeiter damit einverstanden erklärt hatten, hat er sich eines Mittels bedient, das des Chefs einer derartigen städtischen Einrichtung nicht würdig ist, indem er angefangen hat zu drohen und einigen Gasarbeitern zu sagen: „Na, Ihr habt Euch da etwas Schönes eingebrockt, daran werdet Ihr lange zu essen haben. Statt der Eingabe hättet Ihr lieber einen Wisch aus Eurem Notizbuche reißen und Eure Wünsche mit Bleistift darauf schreiben sollen, das wäre mir lieber gewesen.“

Ich erinnere daran, wie sich seinerzeit der Herr Oberbürgermeister über die Eingabe der Wegewärter aufgehalten hat, und hier scheint der Herr Direktor von Feiligh eine formgerechte Eingabe nicht haben zu wollen, sondern ihr einen Wisch aus dem Notizbuche vorzuziehen. Daß solches Vorgehen böses Blut bei den Arbeitern machen würde, ist wohl selbstverständlich. Man sollte als städtischer Beamter, der mit städtischem Gelde bezahlt wird, städtischen Arbeitern gegenüber, die, wie auch seinerzeit Herr Hauswaldt anerkannt hat, schwere Arbeit zu verrichten haben, einen anderen Ton anschlagen.

Die Arbeiter haben darauf die Äußerung des Herrn von Feiligh der Leitung des Hilfsarbeiterverbandes mitgeteilt und die Leitung beauftragt, sich wegen jener Äußerung beschwerdeführend an den Magistrat zu wenden. Das ist geschehen. Statt aber Abhilfe zu schaffen, hat man nach den Urhebern jener Mitteilung an die Verbandsleitung gesucht und hat geglaubt, sie in den Arbeitern Grube und Hansmann gefunden zu haben. Beiden wurde das Dienstverhältnis gekündigt, obwohl sie erklärten, beweisen zu können, daß sie es nicht getan hätten. Darauf wurde ihnen gesagt, sie sollten den Urheber der Mitteilung nennen, was natürlich nicht geschehen ist. Auch der Geschäftsführer des Hilfsarbeiterverbandes, Herr Lippmann, wurde aufgefordert, nach dem Gaswerke an der Bahnhofstraße zu kommen und unter der versammelten Arbeiterschaft diejenigen herauszufinden, welche ihm die betreffende Mitteilung gemacht hätten. Ist das wohl eine Art und Weise von dem Chef einer städtischen Einrichtung, von jemand zu verlangen, daß er zum Verräter und Denunzianten werde? Dieses Ansinnen hat Herr Lippmann natürlich mit Entrüstung zurückgewiesen und hat im Gegenteil den Arbeitern zugerufen, sie sollten einig sein; wenn sich aber freiwillig jemand melden wolle, so möge er es tun. Darauf ist einer der Arbeiter freiwilligorgetreten und hat sich gemeldet, worauf ihm am anderen Tage der Dienst gekündigt worden ist. Einige Tage darauf ist auch noch der Arbeiter Spizack gekündigt worden, weil man glaubte, daß er Herrn Lippmann auch eine Mitteilung gemacht habe.

Daß solche Vorgänge böses Blut gemacht haben, ist wohl selbstverständlich, und daß wir am Sonnabendabend noch Gas gehabt haben, ist nur dem besonnenen

Eingreifen des Hilfsarbeiterverbandes und unserer Vermittlung zuzuschreiben. Wenn der Herr Oberbürgermeister erklärt hat, die Gasarbeiter möchten nur streiken, es seien genug Ersatzmannschaften vorhanden, so scheint mir das im Gegensatz zu den Verhandlungen in der Sitzung vom 12. Oktober zu stehen, wo gesagt worden ist, daß sich Ersatz nicht von heute auf morgen beschaffen lasse, weil die geeigneten Ersatzmänner erst gefunden und ausgebildet werden müßten. Was richtig ist, will ich dahingestellt sein lassen, jedenfalls würde es nicht schön ausgesehen haben, wenn die Stadt im Dunkeln geblieben wäre, und es würde dieser Fall Herrn Oberbürgermeister Metemeyer wohl zu einer anderen Äußerung veranlaßt haben. Die Erbitterung der Gasarbeiter ist auch noch dadurch gestiegen, daß der Arbeiter Spizack mit nur achttägiger, statt der sonst üblichen vierzehntägigen Kündigungsfrist entlassen worden ist.

Auf die Forderungen der Gasarbeiter will ich hier nicht näher eingehen, sondern nur auf die Behandlung, die Herr von Feilitzsch den Gasarbeitern gegenüber beliebt hat. Wenn die Versammlung den Arbeitern etwas bewilligt und hält ihr Wort nachher nicht, so ist die Bewegung der Arbeiter berechtigt. Man kann verlangen, daß die Stadt als Arbeitgeber sich mindestens so verhält, wie jeder Privatunternehmer, daß sie nämlich die Arbeiter anhört und in eine sachliche Prüfung ihrer Wünsche eintritt. Herr von Feilitzsch hat dem gegenüber sich bemüht, die Urheber der Klagen herauszuwerfen und die anderen Arbeiter einzuschüchtern. Die Gasarbeiter wünschen nur, daß die von der Versammlung bewilligten Mindestlöhne auch wirklich gezahlt werden möchten, und man kann es ihnen nicht übel nehmen, wenn sie sich deswegen mit einer Eingabe an die Versammlung gewandt haben. —

Der Antrag findet genügende Unterstützung.

Herr Jasper: Ich bitte, den Antrag als dringend zu behandeln und darüber sofort zu verhandeln.

Herr Hauswaldt (zur Geschäftsordnung): Ich muß gegen die sofortige Verhandlung protestieren, weil mir jede Unterlage dazu fehlt. Wenn das alles richtig wäre, was Herr Wiehle vorgetragen hat, so wäre das sehr zu verwundern; deshalb ist eine Nachprüfung der Sachen dringend notwendig.

Herr Jasper (zur Geschäftsordnung): Die Sache ist sehr brenzlich für die Stadt. Da die Arbeiter noch auf demselben Standpunkte stehen, den sie in voriger Woche eingenommen haben und der durch unser Eingreifen bis heute an Schärfe eingebüßt hat, so können wir doch nicht dafür einstehen, was in den bevorstehenden Festtagen geschehen kann und wird, wenn nicht heute vom Herrn Oberbürgermeister eine ausreichende Erklärung gegeben wird. Das mögen dann diejenigen verantworten, welche einen Beschluß auf Vertagung der Verhandlung

stellen. Wenn alles vermieden werden soll, was Gefahr bringen kann, dann muß heute die Sache verhandelt werden.

Herr Hauswaldt (zur Geschäftsordnung): In den Worten des Herrn Vorredners liegt eine gewisse Drohung. Deshalb bitte ich Herrn Jasper dringend, nicht solche Drohungen auszusprechen; er macht es mir dadurch ungeheuer schwer, ihm zu folgen, wenn ich sonst auch wollte. Auf Drohungen reagiere ich nämlich niemals, sondern tue dann das Gegenteil. Herr Jasper weiß, daß ich als Referent über den in der Sitzung vom 12. Oktober verhandelten Gegenstand mir die nicht kleine Mühe gegeben habe, die ganzen Klagen der Gasarbeiter, die wir zum großen Teile als berechtigt anerkannt haben, zu prüfen. Wir haben in Gegenwart des Herrn Dr. Jasper innerhalb der Finanzkommission festgestellt, wie wir den Klagen der Arbeiter, soweit wir sie für richtig hielten, unter den gegebenen Verhältnissen begegnen könnten und wir sind mit unseren Vorschlägen an die Versammlung gegangen, die sie gebilligt hat. Wenn den Beschlüssen der Versammlung, obwohl ihnen der Magistrat ebenfalls zugestimmt hat, nicht Folge gegeben ist, so muß die Sache von neuem behandelt werden. Ich muß entschieden dagegen protestieren, daß Herr Jasper die Sache so darstellt, als wenn ich es an gutem Willen hätte fehlen lassen, denn ich höre heute zum ersten Male über die Sache sprechen. Das Schriftstück der Gasarbeiter hatte ich noch nicht gelesen, weil es kurz vor Weihnachten ankam und man dann anderweit sehr beschäftigt ist. Unter solchen Umständen bin ich nicht imstande, heute schon einen Beschluß darüber zu fassen. Wenn alles wahr wäre, was hier über die städtische Verwaltung gesagt worden ist, so wäre es allerdings unheimlich, wie im städtischen Dienste gearbeitet würde. (Herr Oberbürgermeister Reitemeyer: Sehr wahr!) Es wäre geradezu unerhört, wenn der Leiter des Gaswerkes den Beschlüssen der städtischen Behörden nicht nachkäme. Also nicht aus Mangel an gutem Willen spreche ich mich gegen die sofortige Beratung aus, sondern aus Mangel an den erforderlichen Unterlagen. Den guten Willen, alle etwaigen Mängel abzustellen, besitze ich.

Herr Jasper (zur Geschäftsordnung): Es liegt mir fern, den guten Willen des Herrn Hauswaldt zu bezweifeln, oder hier Drohungen auszusprechen. Ich bin nicht Herr der Gasarbeiter und kann sie in ihren Entschlüssen nicht beeinflussen. Aus den Ausführungen des Herrn Wiehle und den sonstigen mir gewordenen Mitteilungen habe ich die Folgerung gezogen, daß es im städtischen Interesse liegt, die Angelegenheit möglichst bald zu regeln, damit nicht die seit einiger Zeit schon drohende Gefahr eines Streiks möglicherweise noch zu den Festtagen Wirklichkeit wird. Es ist mir auch unbegreiflich, daß Herr Hauswaldt nicht in der Lage sein will, heute darüber Beschluß zu fassen, daß der frühere Beschluß der Versammlung aufrecht erhalten und daß anständig mit den Arbeitern verhandelt werden soll. Wir werden die etwa noch erforderliche Aufklärung leicht gewinnen, wenn der

Herr Oberbürgermeister das Wort ergreifen und uns eine Darstellung darüber geben würde, wie sich die Vorgänge nach der Auffassung des Magistrates abgespielt haben und weshalb die Beschlüsse der Versammlung nicht durchgeführt sind oder nicht durchgeführt werden konnten. Es würde auch zweckmäßig gewesen sein, Herrn von Feilisch zu den heutigen Verhandlungen zuzuziehen.

Herr Blasius (zur Geschäftsordnung): Ich höre hier zum ersten Male von der Sache, und es kann uns keiner zumuten, daß wir über eine solche Angelegenheit, bei der in der Begründung des Antrages schwere Vorwürfe gegen einen städtischen Beamten und gegen das Oberhaupt der Stadt erhoben worden sind, hier sofort in öffentlicher Sitzung verhandeln. Derartige Sachen müssen erst eingehend untersucht werden, ehe sich darüber öffentlich verhandeln läßt. Da Herr Wiehle nicht Jurist ist, so läßt sich sein Antrag erklären, aber Herr Dr. Jasper als Jurist muß doch für die Aufrechterhaltung des ersten Rechtsgrundsatzes: *audiatur et altera pars* wohl oder übel eintreten. Der Antrag kann wohl einer Kommission überwiesen werden, aber dessen sofortige Beratung ohne vorherige Anhörung der schwer beschuldigten Beamten ist unmöglich.

Herr Oberbürgermeister Netemeyer (zur Geschäftsordnung): Ich möchte der Auffassung des Herrn Blasius entgegentreten, daß über die gegen Herrn von Feilisch und gegen mich erhobenen Beschuldigungen nicht in öffentlicher Sitzung verhandelt werden soll. Im Gegenteil, ich bitte dringend darum, daß die Sache in öffentlicher Sitzung verhandelt wird. (Beifall.) Ich werde nachweisen, daß die Ausführungen des Herrn Wiehle wohl in einigen nebenjächlichen Punkten zutreffen, in sehr wesentlichen Punkten aber durchaus unzutreffend sind.

Herr Blasius (zur Geschäftsordnung): Ich habe vorhin nur ausdrücken wollen, daß wir über die Sache nicht heute schon in öffentlicher Sitzung verhandeln können. Es ist selbstverständlich, daß der Herr Oberbürgermeister derartige Vorwürfe nicht auf sich sitzen lassen wird.

Nachdem die sofortige Beratung des Antrages von der Versammlung abgelehnt war, wird er der Finanzkommission zur Vorberatung überwiesen.

V. Herrichtung eines Klassenraumes für die Oberrealschule.

Da das neue Gebäude für die einzurichtende Realschule erst frühestens Michaelis 1907 in Benutzung genommen werden können, die C-Klassen der Oberrealschule aber alljährlich eine Vermehrung erfahren, so ist für diese Schule noch ein weiterer Klassenraum zu beschaffen. Die straßenwärts gelegenen Räume der ehemaligen Volkstüche Hintern Brüdern sind infolge des Straßenlärmes und der mangelhaften Lichtverhältnisse für den Schulbetrieb aber so wenig geeignet, daß empfohlen wird, im hofwärts gelegenen Erdgeschoße des ehemals Engelhardtischen Hauses Hintern Brüdern den erforderlichen Klassenraum herzurichten und

dort einstweilen die Oberprima B, später aber die Untertertia C unterzubringen. Die Versammlung wird ersucht, sich hiermit einverstanden zu erklären und dafür 1200 M zu bewilligen, von welcher Summe 200 M noch aus einer früheren Bewilligung vorhanden sind.

Auf Empfehlung der Schulkommission, für die Herr Kolte berichtet, wird der Vorlage zugestimmt.

VI. Plattenbelag auf einem Teile der Bertramstraße.

Die wenig gute Beschaffenheit der Fußwege des nördlichen Teiles der Bertramstraße hat wiederholt zu Klagen, namentlich der Anlieger, Veranlassung gegeben und die städtische Bauverwaltung angeregt, dem Magistrat den Ausbau der Straßenstrecke zu empfehlen. Diesem Vorschlage steht jedoch das Bedenken entgegen, daß bei Festhaltung der durch den Ortsbauplan vorgesehenen Breite von 11 m nicht weniger als 6 Wohnhäuser abgebrochen bzw. erworben werden müßten und daß dadurch die Kosten des Ausbaues zu hoch werden würden. Da außerdem die Verkehrsverhältnisse der Straße weniger eine Verbreiterung der Fahrbahn als die Schaffung ordnungsmäßiger Fußwege erfordern, so dürfte dem Bedürfnisse vollauf Genüge geschehen sein, wenn man sich zurzeit auf eine bessere Befestigung der Fußwege mit Platten beschränkt. Aus dieser Erwägung legt der Magistrat ein Projekt nebst Kostenanschlag und Verteilungsberechnung mit dem Ersuchen vor, sich mit dessen Ausführung einverstanden zu erklären. Die Kosten werden zu 2700 M veranschlagt, wovon die Stadt 700 M zu übernehmen haben würde, während die Anlieger für 1 m Frontlänge 6 M 70 S zahlen müßten.

Die Vorlage wird auf Befürwortung der Baukommission, für die Herr Friede berichtet, angenommen.

VII. Verkauf eines städtischen Grundstücks an der Moonstraße.

Nachdem die ursprüngliche Absicht, auf dem südlich der Schule an der Heinrichstraße gelegenen, von der Waterloo- und Moonstraße begrenzten städtischen Terrain Pfarrhäuser für die Pauligemeinde zu bauen, wegen des hohen Grundpreises fallen gelassen ist, hat der Magistrat sich angelegen sein lassen, das Terrain angemessen auszunutzen oder zu verkaufen. Das Grundstück hat eine Größe von 22,40 a und ist mit Straßenbaukosten in Höhe von rund 25 000 M belastet. Eine im Juni d. Jz. erfolgte Verkaufsstellung im Wege öffentlichen Meistgebots ergab ein Höchstgebot von nur 65 500 M, ein Preis der, da der Verkauf frei von Straßenbaukosten erfolgt war, dem Magistrat nicht genügte und Veranlassung gab, von dem Verlaufe einstweilen abzusehen. In neuerer Zeit hat sich der Hoftheater-Intendant, Freiherr von Wangenheim, um den Platz beworben und sich bereit erklärt, dafür, frei von Straßenbaukosten, 80 000 M zu zahlen. Der Magi-

strat hält auch diesen Preis nicht für übermäßig hoch, aber doch für angemessen und ersucht, dem Verkaufe zuzustimmen.

Herr Wolters: Die Baukommission hat dem Antrage zugestimmt. Es ist nicht abzusehen, daß ein solches Grundstück für städtische Zwecke nötig sein würde und auch das Schulgrundstück würde damit nicht vereinigt werden können. Sollte sich aber wirklich einmal die Notwendigkeit herausstellen, in der dortigen Gegend ein städtisches Gebäude zu errichten, so ist die Baukommission mit dem Magistrate der Meinung, daß sich dort ein anderes billigeres Grundstück werde beschaffen lassen.

Die Vorlage wird darauf genehmigt.

VIII. Erhebung einer Klage.

Der Bäckermeister Heinrich Meier, Bäckerklint 10, schuldet dem Kieselgute Steinhof die Summe von 73 M 51 S. Eine Klage ergab, daß von ihm nichts zu erzielen war. Nachdem die Ehefrau des Schuldners die Bürgschaft für die Schuld ihres Ehemannes übernommen hatte, verpflichtete sie sich, die Schuld nebst Kosten bis Ende August d. Js. zu bezahlen. Sie hat jedoch nur teilweise Zahlung geleistet und schuldet noch 39 M 25 S. Trotz mehrfacher Mahnungen ist der Betrag von ihr nicht zu erlangen gewesen, weshalb der Magistrat um die Genehmigung ersucht, daß die Ehefrau Meier wegen des Betrages verklagt werde.

Auf Empfehlung des Herrn Vorsitzenden wird dem Antrage zugestimmt.

IX. Rechnungsabschlüsse der Licht- und Wasserwerke für 1904/05.

Unter Ueberreichung des Berichtes über die Verwaltung der städtischen Gaswerke, des städtischen Wasserwerkes und der Neustadtmühle für die Zeit vom 1. April 1904 bis 31. März 1905 zur Kenntnisaufnahme und Nachprüfung bemerkt der Magistrat, daß die Prüfung der Bücher durch den Bücherrevisor Heyne erfolgt sei und zu Erinnerungen keinen Anlaß gegeben habe. Gegen den Bericht sind auch seitens der Verwaltungsdeputation und seitens des Magistrates Bedenken nicht geltend zu machen. Es haben betragen der Gewinn der Gaswerke 305 177,27 M., der Gewinn des Wasserwerkes 120 364,41 M., und der Gewinn der Neustadtmühle 6873,18 M. Die beiden ersteren Beträge fließen bestimmungsgemäß in den Schulhausbaufonds, während der Reingewinn der Neustadtmühle in die Kammereikasse fließt.

Mit Rücksicht auf die beim Gaswerke an der Taubenstraße geplanten Umbauten und Erweiterungen hat die Deputation beantragt, von dem Gewinne der Gaswerke 100 000 M. zurückzustellen, weil für den fraglichen Zweck im Jahre 1906/07 rund 350 000 M. verfügbar sein müßten. Projekt und Kostenanschlag liegen hierzu noch nicht vor. Obwohl der Magistrat anerkennen muß, daß zu dem

Zwecke erhebliche Mittel aufzuwenden sind und daß es sich nicht empfiehlt, behufs Beschaffung dieser Mittel zur Aufnahme einer Anleihe zu schreiten, so spricht er sich doch gegen diesen Vorschlag aus und zwar lediglich aus Rücksicht auf die Buch- und Rechnungsführung. Unter eingehender Begründung seines Standpunktes empfiehlt der Magistrat, die endgültige Entschließung darüber, wie die zu dem Erweiterungsbau des Gaswerkes nötigen Mittel beschafft werden sollen, wenigstens so lange auszusetzen, bis über das Projekt und den Kostenanschlag Beschluß gefaßt sein wird und die Abschlüsse, wie sie vorliegen, zu genehmigen, auch der Entlastung der Direktion der Licht- und Wasserwerke zuzustimmen.

Herr Hauswaldt (als Berichterstatter der Finanzkommission): Namens der Finanzkommission habe ich festzustellen, daß die großen Gewinne, wie sie hier bilanzmäßig erscheinen, nur mit Vorsicht aufgenommen werden dürfen, denn bei genauerer Prüfung der Ueberschüsse des Gaswerkes kommt man zu der Ueberzeugung, daß die Gewinne allerdings gemacht sind, daß aber ein einigermaßen solider Geschäftsmann sie in der vollen Höhe nicht verbrauchen oder ausschütten würde. Wenn man sich die Gewinn- und Verlustrechnung der Gaswerke auf Seite 20/21 des gedruckt vorliegenden und jedem Mitgliede der Versammlung zugegangenen Berichtes ansieht, so muß man sich sagen, daß bei dem großen Umfange der Werte zweifelhafter Natur, besonders wenn wir uns vergegenwärtigen, daß wir in die Lage kommen können, in ganz kurzer Zeit das Gaswerk umreißen zu müssen, eine Amortisation der Anleihen in Höhe von 23354 M 25 S bei weitem zu gering ist, um mit einigermaßen dauernden Verhältnissen rechnen zu können. Der solide Kaufmann würde einen derartigen Gewinn, wie er hier vorgelesen ist, nicht als solchen betrachten, sondern er müßte mit viel größeren Abschreibungen rechnen. Wenn ich ein Gebäude mit Maschinen habe, so muß ich in meiner Bilanz so viel abschreiben, daß die Maschinen, wenn sie abgerissen werden müssen, als altes Eisen zu Buche stehen. Von einem Gewinne zu 305177 M 27 S kann also eigentlich nicht die Rede sein. Aus dieser Empfindung heraus hat die Deputation ihren oben in der Magistratsvorlage erwähnten Antrag gestellt, während der Magistrat eine Beschluffassung hierüber noch ausgesetzt wissen will, indem er aus Rücksicht auf die Buch- und Rechnungsführung wünscht, daß der volle Ueberschuß der Schulhausbaukasse zufließen möge und ihm beim Beginne des Baues wieder entnommen werden könne. (Huf: Wenn er noch da ist!) Ich zweifle keinen Augenblick, daß dann die Summe noch da sein wird, da die Versammlung selbst über die Verwendung des Schulhausbaufonds zu beschließen hat.

Wir waren in der Finanzkommission der Meinung — nachdem wir voll und ganz anerkannt hatten, daß es auf Eins herauskomme, wie wir es auch machen würden — daß es einfacher und richtiger sei, uns dem Vorschlage der Deputation anzuschließen und den Magistrat zu ersuchen, von seinen Bedenken gegen

den Vorschlag zurückzutreten und die 100000 M in den Reservefonds der Gaswerke fließen zu lassen. Wenn man den auf Seite 22 des Berichtes vermerkten Ansammlungen zum Erneuerungsfonds im Betrage von 201201,55 M noch 100000 M zurechnet, so kann man annehmen, daß der Neubau des Gaswerkes insoweit aus den eigenen Erträgen bestritten werden kann, als die Aktiva zerstört werden, um an deren Stelle den Neuwert zu setzen. Ich würde mich keinen Augenblick bedenken, die Neubeschaffung von Grundstücken aus Anleihen zu bestreiten, aber ich könnte mich nicht dazu verstehen, es bei Umbauten ebenso zu machen. Namens der Finanzkommission schlage ich also vor, den Abschluß der Gaswerke zu genehmigen, gleichzeitig aber dem Ersuchen des Magistrates nicht zu entsprechen, sondern die 100000 M in der Reserve des Gaswerkes zu behalten.

Herr Rathe: Ich kann mich den Ausmalungen des Herrn Hauswaldt, grau in grau, nicht anschließen, da es unser Steuerfädel sehr schwer empfinden würde, wenn wir in der Weise abschließen wollten. Es ist gar nicht so schlimm, wenn die beiden Gasanstalten und das Münzstraßengebäude einschließlich des Wertes der Gasmesser mit 1309869,61 M zu Buche stehen. Wenn wir dem gegenüber den Erneuerungs- und Reservefonds mit 292344,03 M davon absetzen, so bleibt nur noch eine Schuldenlast von rund einer Million Mark für die genannten Liegenschaften. Das ist aber nach meinem Dafürhalten, selbst wenn das Gaswerk schon teilweise sollte abgebraucht sein, nicht zu viel. Es wäre ja besser, wenn, wie früher in den fetten Jahren bei den Zuckersabriken, die Gebäude mit Null zu Buche ständen, aber das geht hierbei doch nicht. Man kann also als Geschäftsmann nur zu dem Schlusse kommen, daß ein wirklicher Wert vorhanden ist und nicht zu viel abgeschrieben wird. Dagegen möchte ich bitten, den Magistrat zu ersuchen, in Zukunft von dem Gewinn der Gaswerke einen Teil, vielleicht 20 %, zur besseren Beleuchtung der Stadt zu verwenden. Hierdurch würde man den Wünschen der gesamten Bürgerschaft entgegenkommen.

Herr Bues: Es ist erfreulich, daß das Gaswerk in diesem Jahre wieder besser gearbeitet hat als im Vorjahre, und zwar um so erfreulicher, als die Deputation im vorigen Jahre in Aussicht stellte, daß in diesem Jahre ein Fehlbetrag vorkommen könnte. Die Schwarzjeherei der Deputation ist also glücklicherweise nicht eingetreten. Das Ergebnis würde aber noch erfreulicher sein, wenn es eine Verbilligung des Gases, das in den letzten Jahren gegen früher bedeutend leichter geworden ist, um mindestens 1 %, im Gefolge haben würde. Es würde dann auch der große Gewinn, der durch den Vorschlag des Herrn Hauswaldt etwas wegaddiert werden soll, damit er nicht so in die Augen fällt, vermindert werden. Von der Stellung eines entsprechenden Antrages will ich für heute absehen.

Herr Schöttler: Bei der Frage der 100000 M handelt es sich nicht etwa um eine Einnahme- oder Ausgabebewilligung, sondern nur um eine buchmäßige

Behandlung der Sache. Die Summe muß demnächst im Interesse des Gaswerkes aufgewendet werden, denn dessen Erweiterung ist von der Versammlung im Prinzipie schon gebilligt worden. Was die bessere Beleuchtung der Stadt und die Herabsetzung des Gaspreises anlangt, so darf ich, ohne heute schon etwas Bestimmtes darüber sagen zu können, doch die Vermutung aussprechen, daß Ihnen in der nächsten Zeit Anträge vorgelegt werden, die Ihren Wünschen nach beiden Richtungen hin entgegenkommen. (Beifall.)

Herr Kalms: Ich möchte meiner Freude über die Mitteilung des Herrn Schöttler Ausdruck geben, mich aber gleichzeitig den Ausführungen des Herrn Rathe anschließen. Die Verbilligung des Gases um nur 1 S hat keinen Zweck, weil es jetzt soviel leichter ist, daß man 15 bis 20 % mehr verbraucht als bei dem früheren Preise von 17 S . Verschiedene Gaskonsumenten haben das so genau ausprobiert, daß ein Beweis für diese Behauptung erbracht werden kann. Sodann möchte ich bitten, für die bessere Beleuchtung der Stadt eine Summe zurückzustellen. Wenn die Stadt eine bessere Beleuchtung erhält, namentlich an ihrem Eingange beim Bahnhofe, so werden die Geschäfte und die Gewerbetreibenden davon Vorteil haben. Herr Hauswaldt erklärte früher einmal, daß er dafür sei, den Gaskonsumenten entgegenzukommen, sobald einmal ein größerer Ueberschuß vom Gaswerke vorhanden sei, welcher Fall ja jetzt vorliegt.

Herr Hauswaldt: Ich möchte mich gegen zwei Sachen wenden. Einmal meinte Herr Rathe, die Summe von 1309869,81 M wäre als Aktivum nicht viel. Ich will nicht bestreiten, daß das viel oder wenig ist, aber ich will doch darauf hinweisen, daß wir auf die bezeichneten Werte noch 1346778,22 M schulden. Wenn wir aber unter solchen Verhältnissen das neue Gaswerk bauen und dabei auf die Idee kommen würden, eine Anleihe dafür aufzunehmen, so würden wir sehr bald auf eine schiefe Ebene kommen und kein Mensch könnte das mit einer gesunden Finanzwirtschaft in Einklang bringen. Der Gewinn von 305177,27 M ist allerdings buchmäßig ausgerechnet, jedoch würde ich persönlich die Bilanz nicht unterschreiben. Die Abschreibung ist eben zu gering und die Deputation hat das richtige Gefühl gehabt, daß wir die 100000 M von diesem Gewinne zurückstellen müssen, wie es jeder Kaufmann tun würde. Wenn das geschieht, können wir die neuen Verbesserungen aus den vorhandenen Mitteln beschaffen, und wir haben dann nicht nötig, eine neue große Anleihe aufzunehmen. Was sich aber ohne die Anlegung eines Pumpes machen läßt, muß geschehen, weil doch schon genug gepumpt werden muß.

Herr Meyerhoff: Die Abschreibung der 100000 M ist dringend notwendig. Wer das Gaswerk an der Bahnhofstraße kennt, der weiß, daß uns hier nach der Vollendung des Umbaus an der Taubenstraße eine weitere riesige Ausgabe für

eine neue Einrichtung erwächst, da wir dann mit dem alten Werke an der Bahnhofstraße nicht mehr arbeiten können.

Herr Oberbürgermeister Ketemeyer: Wir sind im Prinzip mit dem Antrage der Finanzkommission einverstanden und wir wollten mit unserm Vorschlage nur verhüten, daß die 100 000 M in der Kasse des Gaswerkes verbleiben. Ob die Summe in den Schulhausbaufonds fließt, oder in den Reservefonds des Gaswerkes ist dem Magistrat gleich.

Der Abschluß der Gaswerke wird darauf mit der Maßgabe genehmigt, daß von dem Ueberschusse eine Summe von 100 000 M dem Reservefonds des Gaswerkes überwiesen werde.

Herr Hauswaldt: Wir gehen nunmehr über zu dem Berichte über die Verwaltung des Wasserwerkes. Auf Seite 31 des Berichtes findet sich das Privat-Einrichtungs-Geschäft. Dieses Geschäft hat bei einem Umfange von 172 706,48 M einen Gewinn von 30 495,65 M oder von 17,66 % ergeben. Wir kennen die unangenehme Situation, in der wir uns bei diesem Geschäft befinden und müssen es wohl oder übel bestehen lassen. Auf der anderen Seite ist anzuerkennen, daß das Privat-Einrichtungsgeschäft die hiesigen Installateure schwer drückt und wir können als einziges Abhilfsmittel nur darauf dringen, daß wir das Geschäft zwingen, mit möglichst hohen Gewinnquoten zu rechnen, um so die Konkurrenz den Installateuren möglichst erträglich zu machen. In den letzten drei Jahren ist aber zufälligerweise der Gewinn von 26,11 % auf 17,66 % heruntergegangen. Als Referent möchte ich die Deputation ersuchen, ihr Augenmerk darauf zu richten, daß das Privat-Einrichtungsgeschäft mit einem möglichst hohen Gewinne, vielleicht bis zu 30 % betrieben werde. Wir werden dann mehr verdienen und die Konkurrenz mit den Installateuren wird für diese nicht so drückend sein.

Die vorliegende Bilanz ist ziemlich schwierig zu begreifen, weil sich die baren Gelder in allen möglichen Unterklassen befinden; ich möchte deshalb an die Deputation die Bitte richten, mit Rücksicht auf die größere Uebersichtlichkeit und Deutlichkeit bei der Bilanz des Wasser- und auch des Gaswerkes auf der linken Seite nur den Kassenvorrat bei der Stadthauptkasse zu führen, dann fallen die kleinen Konten von selber weg. Das kleine Kassenkonto von 10 000 M ist dadurch entstanden, daß wir im Jahre 1898 beschlossen haben, diesen Betrag von dem Gewinne zurückzustellen; es ist daher der Betrag von 10 000 M von dem Gewinne gekürzt und auf der linken Seite als Einnahme gebucht.

Unsere ganzen Wasseranlagen (einschl. Wassermesser-Konto) stehen noch mit 277 674,03 M zu Buche und auf diesen Anlagen lastet eine Schuld von 290 286,35 M. Hier sind die wirklichen Amortisationen ganz außerordentlich gering; denn die wirkliche Tilgung der Anleihen beträgt nur 29 894,52 M,

d. i. etwas mehr als ein Prozent des Anlagekapitals. Wohin sollen wir damit kommen? Das hierher gehörende alte Flußwasserwerk muß z. B. stärker als bisher amortisiert werden. Einen Antrag will die Kommission nicht stellen, jedoch bin ich beauftragt, der Deputation anheimzugeben, in eine stärkere Amortisation und zwar auf Kosten des Gewinnes einzutreten.

Herr Schmidt: Bezüglich der Amortisation stehe ich auf dem Standpunkte des Herrn Hauswaldt. Die hier beliebte Amortisation beim Gaswerke mit 1 % und beim Wasserwerke mit 1,8 % ist viel zu niedrig und ich begreife nicht, wie Herr Rathe als Geschäftsmann das noch zu hoch finden kann: 7—8 % wären nötig. Wir haben hierbei nicht die Vorsicht walten lassen, die ein guter Geschäftsmann walten lassen muß. Man weiß gar nicht, wie lange das alte Flußwasserwerk, das sicher noch mit über einer Million zu Buche steht, noch bestehen kann, denn wenn auf der Seite der Stadt kein Wasser gefunden wird, ist es plötzlich wertlos.

In bezug auf das Privat-Einrichtungs-Geschäft bin ich anderer Meinung als der Herr Referent. Wenn wir die Preise noch höher ansetzen und der Gewinn infolgedessen noch mehr steigt, so werden wir das Gegenteil von dem erreichen, was wir wollen. Unsere Einwohner beauftragen die Direktion der Gaswerke mit den betreffenden Arbeiten im Vertrauen darauf, daß die Sachen gut ausgeführt werden, und sie fragen nicht vorher nach dem Preise. Als Dank dafür soll ihnen also hinterher die Stadt das Fell über die Ohren ziehen? Das würde unmoralisch sein, und ich kann mich mit solchem Vorgehen nicht einverstanden erklären. Wenn die Einwohnerschaft bei uns arbeiten lassen will, so können wir nicht hinterher Forderungen stellen, daß den Leuten die Haare zu Berge stehen. Wenn wir das wollten, müßten wir eher das ganze Geschäft eingehen lassen. Wir haben uns jedoch früher schon lange darüber unterhalten, daß das auch nicht geht, weil wir einen Stamm Arbeiter behalten müssen. Außerdem hat die Einwohnerschaft zu den städtischen Bediensteten das Vertrauen, sie unbedenklich in ihre Wohn- und Vorratsräume zu lassen, während ein solches Vertrauen fremde Arbeiter nicht genießen. Wir können deshalb das Geschäft nicht ohne weiteres von der Hand weisen, namentlich aber nicht mit solchem Mittel, wie Herr Hauswaldt vorschlägt. Der Gewinn ist auch durchaus nicht so hoch, wie er auf den ersten Blick erscheint, denn was wollen 30 000 M bei einem solchen Umsatze heißen. Der Gewinn ist mit dem eines Privatmannes gar nicht zu vergleichen, weil bei dem städtischen Gewinne Beamtengehälter, Miete, Zinsen zc. ganz außer acht gelassen sind. Bei Berechnung der Zinsen müßte man ein Betriebskapital von rund 100 000 M zugrunde legen. Deshalb können wir noch die Hälfte des Gewinnes für diese Ausgaben abrechnen, so daß kaum ein Gewinn von 10 % verbleibt. Die Stadt arbeitet eben teurer und kauft teurer ein, als ein Privatunternehmer.

Herr Esdorn: Es ist kaum möglich, die Ansicht des Herrn Referenten besser zu begründen, als es Herr Schmidt eben getan hat (Zustimmung), wenn er dabei auch zu einem anderen Schlusse gekommen ist. Meiner Ansicht nach ist der Verdienst zu minimal, und wir können die Preise sehr wohl hinaufsetzen. Noch besser wäre es aber, die Zahl der Arbeiter vielleicht auf 20 zu reduzieren, da wir dann unseren Gewerbetreibenden nicht eine so bedeutende Konkurrenz machen können. Ich möchte der Deputation die Anregung gegeben haben, mit einem größeren Nutzen zu arbeiten und die Zahl der Arbeiter zu vermindern.

Herr Meyerhoff: Ich kann dieser Ansicht nur zustimmen. Gerade darin liegt ja die schwere Konkurrenz des Gaswerkes, daß bei Berechnung des Gewinnes Miete, Zinsen zc. nicht in Anrechnung gebracht werden, während der Privathandwerker Miete, Zinsen, Steuern zc. aufbringen muß. In der Deputation ist diese Angelegenheit wiederholt zur Sprache gekommen, aber es ist nicht möglich, ohne einen geschulten Arbeiterstamm auszukommen. Desto mehr müßte die Stadt bemüht sein, höhere Preise für die Arbeiten zu nehmen. In dem neuen Ortsbaustatut ist eine Bestimmung vorgesehen, daß die Gas- und Wasserleitung einer Untersuchung zu unterziehen ist, sodaß das Publikum gegen vermeintlich schlechte Arbeit der Privathandwerker genügend geschützt ist. Sobald das Statut genehmigt worden ist, werden wir den Wünschen des Herrn Hauswaldt gerecht werden müssen.

Herr Rathe: Wenn wir von vornherein nach diesem Systeme verfahren wären, dann müßte das Gaswerk schon längst ohne einen Pfennig zu Buche stehen. (Widerspruch.) Wenn hier gesagt wird, die Abschreibung beträgt 1,7 %, so ist dabei zu berücksichtigen, daß die gesamten Erneuerungen und Ergänzungen mit verbucht werden und zwar selbst Ergänzungen, die fast bis zur vollständigen Erneuerung gehen. Die Stadt betreibt ein Unternehmen und verdiente dabei im letzten Jahre rund 305 000 M., die möglicherweise noch nicht einmal versteuert werden. (Widerspruch des Herrn Oberbürgermeisters.) Ich halte den jetzigen Standpunkt für den richtigen und kann mich zu größeren Abschreibungen nicht verstehen.

Herr Schmidt: Die Herren, welche meine Äußerungen zu ihren Gunsten auslegen, scheinen mit der Materie nicht vollständig vertraut zu sein. Die Stadt arbeitet nicht ganz billig und jeder Privatmann würde wesentlich billiger arbeiten können; die Stadt ist auch kein Kaufmann und wird im Leben kein Kaufmann werden. Darin liegt der Grund, daß sie mit ihren Einkäufen nicht so auf der Höhe steht, wie ein Privatmann, und deshalb brauchen wir die Preise nicht noch höher zu stellen als bisher.

Herr Meyerhoff: Ich möchte uns dagegen verwahren, daß die Stadt nicht kaufmännisch handeln soll. Im Gegenteil, sie ist auf diesem Gebiete Kaufmann

durch und durch, denn sie kauft z. B. ganze Ladungen Eisenbohre 2c., wogegen kein Installateur ankommen kann. Da ist Herr Schmidt auf dem Holzwege.

Der Abschluß des Wasserwerkes wird darauf ebenfalls genehmigt.

Herr Hauswaldt: Der Abschluß der Neustadtmühle gibt zu Erinnerungen keinen Anlaß.

Auch dieser Abschluß wird genehmigt.

X. Schuldentilgung bei der Neustadtmühle.

Im Jahre 1885 haben die städtischen Behörden beschlossen, a. die auf der Neustadtmühle ruhende, aus deren Ankauf herrührende Schuld (zu ursprünglich 185 000 M) im Jahre 1885 bis auf den Betrag von 100 000 M abzutragen und von da an mit 2000 M zu tilgen, sowie b. von den danach verbleibenden Betriebsüberschüssen jährlich 5000 M zur Bildung eines Reserve- und Erneuerungsfonds zurückzustellen, den Rest aber an das Ordinarium der Stadtkasse abzuführen. Der unter a angeführte Beschluß ist im Jahre 1889 von den städtischen Behörden aufgehoben, während dem Beschlusse unter b gemäß bisher verfahren ist. Dabei ist im Laufe der Jahre übersehen worden, daß der betreffende Fonds die von den städtischen Behörden im Jahre 1885 als genügend erachtete Höhe von 50 000 M nicht unbeträchtlich überschritten hat. Der Magistrat ist der Ansicht, daß jetzt eine anderweite Regelung der Verhältnisse am Plage ist. Die Deputation zur Verwaltung der Licht- und Wasserwerke hält einen Reserve- und Erneuerungsfonds in Höhe von 26 000 M unter der Voraussetzung für genügend, daß bei Inanspruchnahme des Fonds stets sogleich auf seine Wiederergänzung Bedacht genommen wird, und sie empfiehlt daneben eine tunlichst beschleunigte Abtragung der vorgedachten Restschuld von 94 000 M.

Hiernach wird vom Magistrate folgendes Verfahren empfohlen: Von dem derzeitigen Bestande des Fonds zu insgesamt 80 372,87 M wird die Summe von 54 000 M an die Kämmereikasse auf die Schuld von 94 000 M abgetragen; von den vorhandenen Wertpapieren werden die 6000 M Kreiskommunal-Obligationen und 20 000 M Leihhaus-Obligationen als Erneuerungsfonds beibehalten, die Zinsen davon erhält auch weiter die Neustadtmühle; der Rest zu 372,87 M wird zur Vereinfachung der Rechnung dem Ordinarium der Kämmerei zugeführt. Endlich wird im laufenden und in den folgenden Rechnungsjahren der Reingewinn der Neustadtmühle in der Weise verwandt, daß davon zunächst der etwa dann geschwächte Reservefonds auf den Betrag von 26 000 M ergänzt wird, ein danach etwa verbleibender Ueberschuß bis zum Betrage von 5000 M jährlich zur Tilgung der Restschuld von 40 000 M an die Kämmereikasse abgetragen und der etwaige Rest beim Ordinarium der Kämmereikasse vereinnahmt wird.

Der Magistrat ersucht, diesem Verfahren zuzustimmen, was auf Empfehlung der Finanzkommission, für die Herr Hauswaldt berichtet, geschieht.

XI. Bepflanzung der Hochstraße mit Bäumen.

Auf Antrag einiger Anlieger der Hochstraße ersucht der Magistrat zu genehmigen, daß die Hochstraße auf der Strecke Giersbergstraße—Hornwaldtstraße beiderseits, auf der Strecke Giersbergstraße—Husarenstraße auf der Ostseite mit Bäumen bepflanzt werde und daß die aus dieser Bepflanzung erwachsenden Kosten für die angrenzenden städtischen Grundstücke in Höhe der sich aus dem Verhältnis der Frontlänge ergebenden Quoten stadtsseitig übernommen werden, während die übrigen Kosten die Antragsteller tragen wollen.

Namens der Baukommission empfiehlt Herr Frühling die Annahme der Vorlage.

Herr Kalms: Dem Vernehmen nach sollen die Bäume erst im Frühjahr angepflanzt werden, obwohl die Sachverständigen der Ansicht sind, daß sich das Pflanzen im Herbst mehr empfehle.

Herr Bürgermeister Meyer: Die Frage ist wiederholt verhandelt worden und die Sachverständigen waren der Ansicht, daß manche Bäume besser im Frühling, manche aber besser im Herbst zu pflanzen seien.

Herr Nolte: Mit den im Frühjahr gepflanzten Bäumen auf dem Regidienmarke haben wir jedenfalls einen schlechten Erfolg gehabt.

Herr Bürgermeister Meyer: Es ist schwer, eine Garantie dafür zu übernehmen, daß die jungen Bäume angehen. Bäume, die im Herbst gepflanzt worden sind, werden auch manchmal nicht angehen.

Herr Kalms: Einige Herren aus dem Vorstande der Gartenbauktion erklärten, daß das Pflanzen der Bäume im Herbst bei allen Sorten am besten sei.

Herr Ribbentrop: Das stimmt nicht, denn die Forstverwaltung läßt vielfach Bäume im Frühjahr anpflanzen. Die Bäume auf dem Regidienmarke sind wohl angegangen, aber sie haben leider die Eigenschaft, im Winter das Laub zu verlieren. (Heiterkeit.)

Die Magistratsvorlage wird darauf genehmigt.

XII. Antrag Kalms: Angabe des Anlagekapitals von Gebäuden und Grundstücken im Haushaltsplane.

Der Antrag lautet:

„Die Versammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, daß er bei Aufstellung des Haushaltsplans in den einzelnen Positionen das Anlagekapital der Gebäude und Grundflächen zc. mit verzeichnet.“

Herr Kalm s (zur Begründung): Kürzlich hat der Herr Oberbürgermeister selbst erklärt, daß das Anlagekapital bei der Feststellung der Rentabilität der städtischen Unternehmungen mit berücksichtigt werden müßte. Deshalb wäre es gut, wenn im Etat das Anlagekapital des Grundeigentums mit vermerkt würde. Wenn auch alle fünf Jahre ein Verwaltungsbericht herausgegeben wird, der diese Beträge enthält, so wäre es doch gut, wenn auch die Bürgerschaft durch den Etat Kenntnis davon erhielte.

Den Antrag erhält die Finanzkommission zur Vorberatung.

XIII. Anfrage Jasper: Lohnbewegung der Gasarbeiter.

Die Anfrage lautet:

„Ist es richtig,

- 1) daß die Beschlüsse der Stadtverordneten-Versammlung vom 12. Oktober 1905, betreffend die Arbeitsverhältnisse der städtischen Gasarbeiter, vom Magistrat gebilligt und gleichwohl bisher nicht durchgeführt sind, eventuell weshalb sind sie nicht gebilligt und nicht durchgeführt?
- 2) daß der Direktor von Feilitzsch es abgelehnt hat, in eine sachliche Verhandlung mit der Lohnkommission der Gasarbeiter einzutreten, und daß er erklärt habe, die Gasarbeiter würden die Folgen ihrer Beschwerde zu tragen haben, sie hätten ihm statt einer formellen Writtschrift lieber ein Notizbuchblatt, das ihre Wünsche enthielt, geben sollen?
- 3) daß der Direktor von Feilitzsch verschiedenen Arbeitern aus Anlaß der zu 2 erwähnten Vorgänge gekündigt hat?
- 4) daß der Oberbürgermeister Ketemeyer dem Bevollmächtigten der Gasarbeiter, Herrn Lippmann, erklärt hat, die Gasarbeiter möchten ruhig streiken, Ersatz sei genug vorhanden, er habe keine Veranlassung, dem Direktor von Feilitzsch dieserhalb Weisungen zu erteilen? Billigt der Magistrat die Haltung des Oberbürgermeisters und des Direktors von Feilitzsch? Ist dem Magistrat bekannt, welche Erregung zurzeit unter den Gasarbeitern besteht, weil sie die zu 2—4 erwähnten Vorgänge für wahr halten? Was gedenkt der Magistrat zu tun, um einem Streik und dessen schädlichen Folgen vorzubeugen?“

Herr Jasper (zur Begründung): Es wird Ihnen erinnerlich sein, daß in der Geschäftsordnungsdebatte, die sich an den Punkt IV der heutigen Tagesordnung knüpfte, der Herr Oberbürgermeister behauptet hat, die Angaben meines Freundes Wiehle in der Begründung des Antrages Ahmann und Genossen seien nur zum Teil richtig, zum Teil aber unrichtig. Ich habe mir deshalb erlaubt, die Wiehleschen Behauptungen, nachdem die Versammlung die sofortige Beratung des Antrages

abgelehnt hat, in der Frageform an den Magistrat zu richten. Ich habe diese Frage schon heute gestellt und bitte, auch schon heute darauf zu antworten, weil es meiner Ansicht nach wünschenswert ist, daß eine derartige Behauptung gegen Behauptung nicht ohne weiteres in die Welt hinausgeht und unwidersprochen bleibt, und weil die Gefahr möglichst vermieden werden muß, daß durch einen Streik der Gasarbeiter für die Bürgerschaft, die Stadt und unter Umständen auch für die Streikenden selbst eine größere Schädigung eintritt. Ich habe mich nicht darauf beschränkt, die einzelnen Tatsachen nach ihrer Richtigkeit zu untersuchen, sondern ich habe die weitere Frage daran geknüpft, welche Stellung der Magistrat — dem ja auch nicht beamtete Herren angehören — in seiner Gesamtheit zu den Vorgängen, soweit sie wahr sind und soweit dem Magistrat bekannt ist, was sich in den letzten Wochen auf den Gaswerken zugetragen hat, einnimmt. Da ein Streik meiner Auffassung nach nahe bevorsteht, so bitte ich, meine Frage noch heute zu beantworten.

Herr Oberbürgermeister Ketemeyer: Ich stehe auf dem Standpunkte, daß eine parlamentarische Körperschaft sich entschieden dagegen verwahren muß, von einer Minderheit majorisiert zu werden, und wenn das der Minderheit durch die Geschäftsordnung ermöglicht wird, so muß diese geändert werden. Wenn ich die gestellten Fragen jetzt beantworte, so läuft das auf dasselbe hinaus, als wenn die Versammlung vorhin die sofortige Beratung des Antrages Abmann nicht abgelehnt hätte. Die Herren sind nämlich nach der Geschäftsordnung in der Lage, im Anschluß an meine Antwort die Besprechung der Anfrage zu beantragen und es entsteht dann das, was die Versammlung nicht gewollt hat, daß nämlich heute bestimmte Behauptungen aufgestellt werden, deren sofortige Widerlegung schwer ist, weil der angegriffene Beamte nicht zugegen ist. Aus diesem Grunde will ich die Beantwortung der Anfrage von der Entscheidung der Versammlung abhängig machen. Wird von der Versammlung die sofortige Beantwortung gewünscht, so bin ich bereit zu antworten.

Die Versammlung erklärt sich darauf gegen die sofortige Beantwortung der Anfrage.

Sodann wird die Versammlung geschlossen.

Dauer von 4^{3/4} bis 6^{1/2} Uhr.

1905/1906.Nr. 12.

B e r i c h t

über die

Verhandlungen der Stadtverordneten zu Braunschweig

in deren Sitzung am 18. Januar 1906.



Tagesordnung:

I. Erweiterungsbauten am städtischen Pflege- und Krankenhause	Seite 406
II. Antrag Kalm's: Angabe des Anlagekapitals von Grundstücken zc. im Stadthaushaltspläne	" 411
III. Antrag Wiehle: Lohnbewegung der Gasarbeiter	" 411
IV. Einsprachen gegen die Anlegung einer Verbindungsstraße zwischen Damm und Bruchtorwall	" 411
V. Instandsetzung des Platzes an der Paulikirche	" 413
VI. Verwendung der Umsatzsteuer	" 419
VII. Vermietung einer Turnhalle und Herrichtung einer Beleuchtungsanlage	" 428
VIII. Aenderung des Befoldungsstatuts der städtischen Beamten	" 429
IX. Entlassung und Wahl eines Schätzers bei der Pferde-Aushebungskommission	" 433
X. Festlegung der offenen Bauweise an verschiedenen außerstädtischen Straßen	" 433
XI. Aufstellung von zwei Gaslaternen	" 438
XII. Projekte über die bessere Beleuchtung des Friedrich-Wilhelmsplatzes	" 438
XIII. Ausbau zc. der projektierten Straße Nr. 58	" 443

XIV. Vereinbarung mit einem Anlieger der projektierten Straße Nr. 52 . . .	Seite 444
XV. Anfrage Stegmann: Fortführung der Arbeiten an dem Schulbau der Hilbesheimerstraße	„ 444
XVI. Hundesteuer-Erlaßgesuch	„ 445

Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister Ketemeyer, Bürgermeister Meyer und Stadträte von Frankenberg, Wagner und Lange.

Entschuldigt die Herren Göcke, Fiedel, Kieke und Wolff.

Der stellvertretende Vorsitzende, Herr Hauswaldt, eröffnet und leitet die Versammlung.

I. Erweiterungsbauten am städtischen Pflege- und Krankenhaus.

Im Laufe der Zeit ist immer dringender die Notwendigkeit hervorgetreten, das städtische Krankenhaus dadurch zu ergänzen, daß für verschiedene Gruppen von Kranken, deren Zustand die Unterbringung in besonders eingerichteten Räumen erforderlich macht, ein eigenes Nebengebäude geschaffen wird, in dem auf ihre Wartung und Pflege mehr als bisher Rücksicht genommen werden kann. In erster Reihe kommen hierbei die Geisteskranken in Betracht, von denen manche nur vorübergehend hier in Anstaltspflege sich befinden, bis nach der nötigen Beobachtung und der Beschaffung der entsprechenden Bescheinigungen die Ueberführung nach Königsutter erfolgt; bei harmloseren Formen des Irnsinns hat dagegen die hiesige Anstaltsbehandlung dauernd einzutreten, ebenso wie sie sich nicht der Pflicht entziehen kann, bei kurzzeitigen Störungen des Geisteszustandes infolge von Epilepsie, Alkoholismus und dergl. den darunter Leidenden Obdach und Pflege zu bieten. Die Zahl der insgesamt innerhalb eines Jahres im hiesigen städtischen Krankenhaus untergebrachten Geisteskranken hat im Durchschnitt der Jahre 1900—1902 nicht weniger als 105 betragen.

Neben diesen Patienten, die von ärztlicher Seite als „unruhige Kranke“ bezeichnet zu werden pflegen, ruft eine zweite noch größere Gruppe bei Unterbringung im Hauptgebäude des Krankenhauses durch die Eigentümlichkeiten und Begleiterscheinungen ihres Zustandes erhebliche Unzuträglichkeiten hervor, die im Interesse dieser und der übrigen Kranken eine abgesonderte Verpflegung geboten erscheinen lassen. Es sind dies die sog. „unreinen Kranken“, zu denen man alle mit stark riechenden Geschwüren und Absonderungen (Krebs, Knochenfraß, Lungenbrand usw.) oder mit ekelserregenden äußeren Krankheiten Behafteten sowie die hochgradig Gehirn- und Rückenmarksleidenden rechnet, die ihre natürlichen Bedürfnisse nicht halten können oder nicht anmelden. Daß für die unglücklichen

Opfer dieser Krankheiten möglichst ausgiebig gesorgt werden muß, bedarf keiner Darlegung. Da die übrigen hiesigen Krankenanstalten in derartigen Fällen mit Rücksicht auf die zu befürchtenden Schwierigkeiten meistens von der Aufnahme absehen, macht es den städtischen Behörden zur Pflicht, dem Antrage der Ärzte des städtischen Krankenhauses entsprechend ein besonderes Gebäude für solche Kranken herrichten zu lassen.

Es erleichtert die Behandlung und Verwaltung, und es erscheint auch aus Rücksichten auf den Kostenpunkt die von selbst sich darbietende Lösung, wenn auf dem verfügbaren, im rechten Winkel zwischen dem städtischen Krankenhause und dem neuen Kinderheime an der Oker gelegenen Gartengrundstücke des Pflegehauses der betreffende Bau ausgeführt wird.

Der Magistrat hat demgemäß ein Vorprojekt nebst Kostenüberschlag aufstellen lassen, bei dem gleichzeitig die von den Krankenhausärzten lebhaft befürwortete Erbauung eines Sektions- und Leichenhauses, sowie einer Desinfektionsanstalt berücksichtigt ist. Zurzeit erfolgt die Unterbringung der Leichen und deren Sektion in Kellerräumen des städtischen Krankenhauses, die dafür unzulänglich sind. Die bisherigen Desinfektionseinrichtungen des Krankenhauses sind abgängig und bedürfen eines zeitgemäßen Ersatzes, der indes nach seiner ganzen Anlage auf die innerhalb unserer städtischen Kranken- und Pflegeanstalten hervortretenden Desinfektionsfälle beschränkt werden soll, während die demnächst voraussichtlich umzubauende Desinfektionsanstalt an der Taubenstraße darüber hinaus tätig zu werden bestimmt ist.

Das Vorprojekt für die erwähnten Bauten, das nach eingehenden Verhandlungen und nach Befichtigung einer Anzahl von neuzeitlich eingerichteten ähnlichen Anstalten durch die Krankenhausärzte und den Stadtbaumeister Osterloh entworfen ist, sieht einen zweigeschossigen Krankenpavillon vor, dessen Erdgeschoß für die Frauenabteilungen, dessen Obergeschoß für die Männer bestimmt ist und in dem für 18 Geisteskranke und für 33 unreine Patienten die nötigen Räumlichkeiten geschaffen werden sollen. Die Entfernung vom Hauptgebäude des städtischen Krankenhauses beträgt 20 m, vom Kinderheim 25 m, so daß eine Benachteiligung dieser Anstalten durch den Neubau als ausgeschlossen betrachtet werden kann, zumal da auf ausreichende Einfriedigung Bedacht genommen ist. Das Sektions-, Leichen- und Desinfektionshaus ist 25 m südlich von dem geplanten Krankenpavillon, mit etwa 65—70 m Abstand von der Sidonienstraße vorgesehen. Die Lieferung des nötigen Dampfes für die beabsichtigten Anlagen macht eine Erweiterung des Kesselhauses auf dem Pflegehausthofe erforderlich; der bisher benutzte Dampfkessel soll in Zukunft neben den neu herzustellenden beiden Kesseln, für die ein zweiter Dampfschornstein aufzuführen ist, als Aushilfskessel dienen.

Die Gesamtkosten der neuen Baulichkeiten nebst deren innerer Einrichtung sind in dem Kostenüberschlage auf 218 000 M geschätzt worden. Dabei ist aber darauf hinzuweisen, daß der Krankenpavillon auch Wohnung für einen Assistenzarzt und in dem teilweise auszubauenden Dachgeschoße Wohn- und Schlafräume für 3 Wärter und 8 Wärterinnen vorieht, sowie, daß die vorgeschlagene Kesselhaus-erweiterung infolge der im städtischen Krankenhause geplanten Warmwasserzuführung ohnehin alsbald notwendig werden würde.

Mit bezug darauf, daß im diesjährigen Haushaltsplane als erster Betrag für die fraglichen Bauten schon 80 000 M ausgeworfen sind, ersucht der Magistrat, das Vorprojekt neben Kostenüberschlag zu genehmigen und sich damit einverstanden zu erklären, daß der städtischen Bauverwaltung zur Annahme eines Technikers bei der Ausarbeitung der Baupläne und Kostenanschläge zu Lasten des Baues ein Betrag von 1500 M zur Verfügung gestellt werde.

Namens der Baukommission berichtet über die Vorlage Herr Frühling: In der Kommission ist zunächst die Frage eingehend erörtert worden, ob die Notwendigkeit zu einem solchen Bau vorliege und diese Frage ist ganz allgemein bejaht und damit der Magistratsvorlage im Prinzip zugestimmt worden. Was den Bauplatz betrifft, so erscheint dieser der Kommission sehr geeignet zu sein, auch hat sie sich mit der Errichtung eines zweistöckigen Gebäudes einverstanden erklärt, einmal des Kostenpunktes wegen und außerdem, weil dadurch mehr Raum für die Bewegungsfreiheit der Kranken übrig bleibe. Hinsichtlich der geplanten Zentralheizung ist sich die Kommission noch nicht klar darüber, ob nicht eine Einzelheizung zweckmäßiger sein möchte. Die Zentralheizung würde insofern den Vorzug verdienen, als wegen der Staubbildung vermieden werden muß, in den Räumen mit Kohlen und Asche zu hantieren. Wenn die Finanzkommission auch ersucht, das Vorprojekt im allgemeinen zu billigen, so wünscht sie doch, noch Erhebungen darüber angestellt zu sehen, ob nicht der Einzelheizung der Vorzug zu geben wäre. Bei der Verwendung von Gas zur Heizung würden sich vielleicht noch Ersparnisse machen lassen. Da sich zurzeit mangels spezieller Kostenanschläge noch nicht übersehen läßt, welche Anlage sich am vorteilhaftesten stellen würde, so wird die Frage noch untersucht und der Versammlung mit dem definitiven Projekte eine entsprechende Vorlage gemacht werden. Auch die Preisanläge sind als angemessen zu bezeichnen. Wir empfehlen die Magistratsvorlage mit der Maßgabe zur Annahme, daß die Anschlagsumme auf 221 000 M erhöht wird.

Herr Stadtrat von Frankenberg: Die Baukommission hat die ursprüngliche Vorlage in dankenswerter Weise in einigen Punkten ergänzt und entsprechende Änderungsvorschläge gemacht. Der Magistrat hat diesen Vorschlägen zugestimmt, und ist damit einverstanden, daß die ursprüngliche Anschlagsumme von 218 000 M

auf 221 000 M erhöht wird. Wenn die Versammlung der Vorlage zustimmen sollte, so werden wir damit unser städtisches Krankenhaus und die gesamten Krankenanstalten der Stadt in einer Weise verbessern, daß sie für absehbare Zeit dem Bedürfnisse entsprechen und es ermöglicht wird, eine Arbeitsteilung zwischen den verschiedenen Krankenanstalten der Stadt zur Durchführung zu bringen, die von den beteiligten Organen für sehr wünschenswert gehalten wird.

Herr Schmidt: Der Herr Referent hat sich auf die Bedürfnisfrage nicht eingelassen und hat sich ohne weiteres mit Detailfragen beschäftigt, sodaß wir wohl die Bedürfnisfrage als vorliegend annehmen können. Wir wissen auch aus Erfahrung, daß das städtische Krankenhaus nicht mehr ausreicht, da wir das Rote Kreuz-Krankenhaus schon mit Kranken haben belegen und dafür einen Zuschuß leisten müssen, ohne daß wir in dessen Verwaltung hineinzureden haben. Ich möchte mir die Anfrage erlauben, ob wir durch den hier geplanten Erweiterungsbau für absehbare Zeit mit dem Bau eines neuen größeren Krankenhauses versorgt werden, oder ob es sich um ein Provisorium handelt, daß uns nur über die erste Not hinweghelfen soll. Wenn mit der Aufwendung der 221 000 M das Bedürfnis nur für kurze Zeit befriedigt sein sollte, so würde es sich doch empfehlen, die Frage zu prüfen, ob nicht der Bau eines neuen Krankenhauses, oder der Erwerb des Rote-Kreuzhauses vorzuziehen wäre.

Herr Frühling: Im Anfange meines Referates hatte ich darauf hingewiesen, daß wir die Bedürfnisfrage sehr ernst geprüft haben. Es handelt sich hier nicht um ein neues Krankenhaus, das bei dem Bau eines großen Krankenhauses überflüssig werden könnte, sondern um einen Bau zur Pflege von Spezialkranken, die nicht in den Rahmen eines großen allgemeinen Krankenhauses passen und für die man auch bei einem neuen großen Krankenhause getrennte Räume aufführen müßte. Es greift das der Frage der Erweiterung des Krankenhauses in keiner Weise vor. Nach den Angaben der Ärzte ist auch anzunehmen, daß der Ergänzungsbau für längere Zeit ausreichen wird.

Herr Koch: Wer das städtische Krankenhaus schon einmal besucht und gesehen hat, wo die Geisteskranken untergebracht sind, muß erstaunt darüber sein, das nicht schon etwas passiert ist. Die Geisteskranken liegen nämlich in unmittelbarer Nähe der übrigen Schwerkranken, und es ist nur der Aufmerksamkeit der Aufsichtsorgane zu danken, daß alles ohne Mißbelligkeiten abgegangen ist. Die Bedürfnisfrage ist hiernach zu bejahen.

Herr Brückmann: Ich möchte zur Erwägungustellen, ob es praktisch ist, das Krankenhaus an seiner jetzigen Stelle zu vergrößern. Es liegt von der Innenstadt nur durch die Oster getrennt, auch befinden sich in unmittelbarer Nähe das Kinderheim, eine Schule und verschiedene Fabriken, sodaß jeder Hygieniker den Platz nicht als praktisch anerkennen wird. Auch für die Insassen selbst dürfte

es besser sein, den Bau weiter hinauszulegen, um ihnen gute frische Luft zuzuführen. In anderen Städten hat man das Barackenstystem gewählt und damit gute Resultate erzielt. Da es sich nicht empfiehlt, Anlagen herzurichten, die weder im Interesse der Kranken, noch im Interesse der Stadt liegen, so gebe ich anheim, die Vorlage an den Magistrat zurückzuweisen und ihn zu ersuchen, zunächst Erhebungen darüber anzustellen, wie hoch sich die Errichtung eines neuen großen Krankenhauses stellen wird, und der Versammlung darüber eine neue Vorlage zu machen.

Herr Stadtrat von Frankenberg: Ich kann namens des Magistrats die Erklärung abgeben, daß bei der hier geplanten Erweiterung des Krankenhauses keineswegs an eine vorläufige Maßnahme gedacht wird, sondern daß wir die Hoffnung hegen, hierdurch für eine längere Reihe von Jahren in der Fürsorge für diese städtische Anstalt einen gewissen Abschluß herbeizuführen. Die nützliche Tätigkeit des Krankenhauses vom Roten Kreuz kann neben dem städtischen Krankenhaus ruhig weiter bestehen. Was die Anregung des Herrn Brückmann betrifft, so möchte ich ernstlich warnen, den weitausschauenden Vorschlag anzunehmen und dahin zu streben, daß ein neues Krankenhaus gebaut wird. Dabei würde nämlich nicht wie hier eine viertel Million, sondern der fünffache Betrag dieser Summe aufzuwenden sein. Bei unserem Vorschlage läßt sich außerdem eine wirtschaftliche Vereinigung der hiesigen Armenanstalten einschließlich Siechenhaus und Kinderheim mit der Krankenpflege ermöglichen, sodaß dadurch einzelnen Personen eine ausreichende Beschäftigung gewährt werden kann und es auch möglich ist, die Verwaltungskosten auf ein erträgliches Maß herunterzudrücken. Wollte man das Grundstück an der Pflegehausstraße preisgeben und an anderer Stelle ein Millionenprojekt ausführen, so würde das nicht wirtschaftlich sein und auch nicht im Interesse der Armen liegen, weil es dann der kranken Mutter nicht so leicht gemacht wird, mit ihren im Kinderheim untergebrachten Kindern, oder mit einem anderen Angehörigen im Siechenhause zusammenzukommen. Das von uns vorgeschlagene Projekt ist auch nicht nur von dem leitenden Arzte, Herrn Sanitätsrat Dr. von Holwede, sondern auch von dem Physikus Herrn Dr. Robert Müller in Verbindung mit den leitenden Ärzten der übrigen Krankenanstalten und dem Leiter der Heil- und Pflegeanstalt in Königs-Lutter empfohlen worden. Der jetzige Zustand kann dagegen also unbedenklich eingetauscht werden.

Herr Frühling: Das zur Bebauung in Aussicht genommene Grundstück liegt nach der Oker zu und daher nach allen Seiten hin frei, so daß von schlechter Luft zc. nicht die Rede sein kann. Auch dieser Punkt ist in der Kommission ausführlich besprochen worden. Es gibt kaum einen Platz, wo das Gebäude geschützter und dabei für die Außenwelt unbemerkbarer stehen kann.

Die Magistratsvorlage wird darauf nach dem Antrage der Baukommission angenommen.

II. Antrag K a l m s: Angabe des Anlagekapitals von Grundstücken zc. im Stadthaushaltsplane.

Ueber den in der letzten Sitzung gestellten und begründeten Antrag, lautend:

„Die Versammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, daß er bei Aufstellung des Haushaltsstats in den einzelnen Positionen das Anlagekapital der Gebäude und Grundflächen zc. mit verzeichnet,“

berichtet namens der Finanzkommission Herr Hauswaldt: Die Finanzkommission ist der Ansicht, daß in den Rahmen des städtischen Stats eine derartige genaue Darstellung des Vermögens der Stadt nicht gehört. Da außerdem der Magistrat sich bereit erklärt hat, bei dem nächsten Verwaltungsberichte nach Möglichkeit die betreffenden Zahlen zu geben, so beantragt die Kommission, über den Antrag zur Tagesordnung überzugehen.

Herr K a l m s: Ich habe nicht geglaubt, daß der Antrag auf solche Schwierigkeiten stoßen würde, weshalb ich mich dem Antrage der Finanzkommission gern füge. Wenn man neu in die Versammlung kommt, so will man sich doch auch über die Anlagekosten des städtischen Eigentums orientieren, um sich persönlich von der Rentabilität der städtischen Unternehmungen zc. überzeugen zu können. Wenn sich mein Wunsch bei den älteren Gebäuden zc. nicht durchführen lassen sollte, so möchte ich bitten, wenigstens das Anlagekapital der neueren Grundstücke mit in den Stat aufzunehmen.

Der Antrag der Finanzkommission wird sodann genehmigt.

III. Antrag Wiehle: Lohnbewegung der Gasarbeiter.

Der in der Sitzung vom 22. v. Mts. — Seite 385 des Berichtes — gestellte und begründete Antrag kann nach der Mitteilung des Herrn Vorsitzenden noch nicht erledigt werden, weil er in der Finanzkommission noch nicht vorberaten ist. Die Vorberatung hat nicht stattgefunden, weil der Antragsteller zu der Kommissions-sitzung nicht erschienen war, die Kommission ihn aber gern dabei haben wollte und weil der Referent, Herr Südel, zu der heutigen Sitzung nicht erscheinen konnte. Es hatte sich allerdings Herr Jasper bereit erklärt, für Herrn Wiehle einzutreten und ich wollte für Herrn Südel einspringen; nachdem aber festgestellt worden war, daß die Sache keine brennende Eile mehr habe, hielten wir es für besser, daß die Sache von den beiden Herren selbst vertreten würde.

IV. Einsprachen gegen die Anlegung einer Verbindungsstraße zwischen Damm und Bruchtorwall.

Gegen die von den städtischen Behörden beschlossene Aufnahme einer Verbindungsstraße zwischen Damm und Bruchtorwall haben Einsprachen erhoben: der

Hoftapezier Karl Marg, der Bäckermeister Schilling, der Drechslmeister Oppermann, der Vorstand der apostolischen Gemeinde, der Schankwirt Zabel und die Herzogliche Baudirektion für die Grundstücke Leisingplatz 1 und 2. Sämtliche Einsprachen sind auf die Behauptung gestützt, daß durch das Anschneiden der betr. Grundstücke eine erhebliche Schädigung dieser selbst oder der auf ihnen ausgeübten Betriebe herbeigeführt werde, und es wird dann weiter darauf hingewiesen, daß wegen dieser Benachteiligung eine angemessene Entschädigung oder die Abnahme des ganzen Grundstücks gefordert werden müsse. Daß die bezeichneten Grundstücke durch das Straßenbauprojekt mehr oder weniger geschädigt werden, ist ebensowenig zu bestreiten, wie die Pflicht der Stadt, diesen durch sie veranlaßten Schaden zu ersetzen. Die Geltendmachung der Schadenersatzansprüche und die Festsetzung der Entschädigung gehört aber nicht in das noch schwebende Verfahren wegen Aufnahme der Straße in den Ortsbauplan, sondern bleibt allgemein den Verhandlungen über die Durchführung des Projektes vorbehalten. Gleichwohl haben die Einsprachen für die städtischen Behörden ein hohes Interesse insofern, als aus ihnen der Umfang der für die einzelnen Grundstücke zu erwartenden Schädigung deutlicher als vorher zu erkennen ist und hierin ausreichende Veranlassung liegt, erneut in Erwägungen darüber einzutreten, ob die durch Ausführung des Projektes eintretenden Nachteile oder deren Ausgleichung durch stadtseitige Aufwendungen nicht außer Verhältnis stehen zu den durch die Straße gewonnenen Vorteilen.

Hinsichtlich der ersten fünf Einsprachen ist diese Frage unbedenklich zu verneinen, hinsichtlich der letzten Einsprache kann die Beantwortung indessen zweifelhaft erscheinen. Das Grundstück des Lehrerseminars und der Garnisonsschule wird von der projektierten Straße durchschnitten, und es ist selbstverständlich, daß durch diese Verlegung nicht nur der Schulbetrieb, sondern auch die Möglichkeit der Erweiterung der Schulbauten in hohem Maße ungünstig beeinflusst wird, so sehr, daß für die Folge eine Verlegung des Seminars eventuell sogar aus der Stadt Braunschweig hinaus, nicht ausgeschlossen erscheint. Da dieser Möglichkeit vorzubeugen die Stadt das größte Interesse hat, so scheint es dem Magistrate angezeigt, schon jetzt sich grundsätzlich darüber schlüssig zu machen, ob eintretendenfalls die Stadt sich bereit erklären soll, die Kosten der Schaffung eines neuen Seminars in Braunschweig zu übernehmen.

Die Versammlung wird daher ersucht, der Verwerfung der sämtlichen Einsprachen zuzustimmen und den Magistrat zu ermächtigen, hinsichtlich des Seminargrundstücks Herzoglichem Staatsministerium gegenüber eine Erklärung im Sinne der vorstehenden Ausführungen abzugeben.

Auf Empfehlung der Finanzkommission, für die Herr Wolters berichtet, wird der Vorlage in allen Punkten zugestimmt.

V. Instandsetzung des Platzes an der Paulikirche.

Im Jahre 1900 haben die städtischen Behörden beschlossen, den an der Nordseite der Kaiser-Wilhelmstraße gelegenen freien Platz in einer Größe von 53 a 13 qm der St. Pauli-Gemeinde zum Preise von 53 130 M zu überlassen. Der Kaufpreis ist aus dem in demselben Jahre von der Kämmererkasse der Gemeinde-Kirchenkasse gewährten Darlehn von 140 000 M bestritten und beim Extraordinarium der Kämmererkasse 1899/1900 einnahmlich verrechnet, die Auflassung des Platzes selbst aber bislang noch nicht erfolgt. Die Verzögerung ist dadurch veranlaßt, daß die städtischen Behörden hinterher eine Aenderung des Ortsbauplans für die Umgebung der Kirche beschlossen, wodurch der Platz eine Größe von rund 69 a erhalten hat, ohne daß bis jetzt mit dem Kirchensassenkollegium wegen der dem Kirchenbauplatze zugelegten Fläche eine Vereinbarung getroffen ist.

Die städtische Bauverwaltung hat nun, nachdem ihr Antrag vom 15. Oktober 1903, den Platz unter Aufwendung von 27 500 M auf Kosten der Stadt instand zu setzen, vom Magistrate nicht genehmigt, vielmehr an das zuständige Kirchensassenkollegium abgegeben war, und nachdem auch diese Behörde erklärt hatte, sie sei zur Aufwendung so erheblicher Mittel für den betreffenden Zweck außerstande, im Berichte vom 8. August 1905 darauf hingewiesen, daß sich bei Lage der Umstände ein Eintreten der Stadt und, um dieses zu erreichen, eine anderweite Regelung der Eigentumsverhältnisse des Platzes empfehlen dürfte.

Es würden nämlich, wenn auch für die dem Bauplatze neuerdings zugelegte Fläche ein Kaufpreis von 10 M pro qm vereinbart werden und eine einfachere Ausgestaltung des Platzes in Gemäßheit des vorgelegten Projektes unter Aufwendung von 17 500 M beliebt werden sollte, der Kirche an Kosten zur Last fallen:

- | | |
|--|------------------------|
| 1) Der Kaufpreis zu | 69 000,— M, |
| 2) Straßenkosten: | |
| a. für die Straße westlich der Paulikirche | 19 176,— M, |
| b. für die Straße östlich der Paulikirche | 24 685,50 M, |
| c. für die Roonstraße | 14 886,40 M, |
| d. für die Kaiser-Wilhelmstraße etwa | 23 000,— M, |
| 3) für Instandsetzung des Platzes | 17 500,— M, |
| | <hr/> |
| | zusammen 168 247,90 M. |

Abgesehen von der Höhe der Kosten sei zu erwägen, daß die Stadt ein Interesse daran haben müsse, über den Teil des Platzes, der für den Kirchenbau nicht erforderlich sei, das Verfügungerecht zu behalten und daß es sich somit empfehle, der Kirche nur eine etwa 32 a große Fläche zu überweisen und diese dann mit einem höheren Preise, etwa 25—30 M pro qm bezahlen zu lassen.

Der Magistrat muß anerkennen, daß der Gesamtaufwand von annähernd 170 000 M lediglich zur Beschaffung eines Bauplatzes unverhältnismäßig hoch ist, daß ferner die Kirche nicht gezwungen werden kann, den Platz so instand zu setzen und zu unterhalten, daß er der dortigen Gegend zur Zierde gereicht und daß endlich besonders in dem Falle, daß das jetzt zwischen der politischen Gemeinde und dem Stadtkirchenverbande bestehende Rechtsverhältnis gelöst werden sollte, für die Allgemeinheit allerdings Unzuträglichkeiten entstehen können, wenn der Stadtverwaltung jedes Verfügungsrecht in Ansehung des Platzes entzogen sein sollte. Es wird daher für angezeigt erachtet, mit der St. Paulikirche ein Abkommen zu treffen, durch das deren zu starke finanzielle Belastung verhütet und andererseits der Stadt an dem Platz insoweit das Eigentumsrecht erhalten wird, als die Kirche desselben für ihre Zwecke nicht bedarf. Bei der hinlänglich bekannten gänzlichen Mittellosgkeit der Paulikirche einerseits und der erheblichen Schuldenlast der Gemeine-Kirchenkasse andererseits erschien es dabei geboten, von einer wesentlichen Erhöhung des Einheitspreises für den Erwerb der der Kirche zu überlassenden Fläche Abstand zu nehmen, andererseits aber der Kirche nicht nur die Kosten der ersten Anlage der in erster Linie für sie erforderlichen Wege auf dem ganzen Platze, sondern auch die Kosten der Unterhaltung dieser Wege in der Weise zur Last zu legen, daß sie für deren stadtseitige dauernde Unterhaltung der politischen Gemeinde ein Abfindungskapital zahlt, bezw. daß die Gemeine-Kirchenkasse für die unvermögende Paulikirche diese Leistungen übernimmt. Da ferner die der Kirche zu überlassende Fläche, die zu etwa 25 a 50 qm vermessen ist, durch die Moosstraße begrenzt wird, so sind für diese die anteilmäßigen Straßenkosten von der Kirche zu zahlen, während derjenige Teilbetrag der Kosten der Instandsetzung des Platzes, der durch die Wegeanlagen nicht verursacht wird, der Stadt zur Last fallen müßte, die außerdem selbstverständlich gehalten sein würde, die auf ihrem Platzeile herzurichtenden Wegeanlagen zugunsten der Kirche offen zu halten.

Auf Empfehlung der städtischen Bauverwaltung hat das Gemeine-Kirchen-kassenkollegium zugestimmt, daß die sämtlichen Fußwege mit Mosaik befestigt werden; die Gesamtkosten erhöhen sich hierdurch von 17500 M auf 21000 M und es würde die Kirche von diesen Kosten den Betrag von 16500 M zu übernehmen haben.

Mit dem Kirchenvorstande zu St. Pauli und dem Gemeine-Kirchen-kassenkollegium ist nun folgendes Abkommen vereinbart worden:

- 1) Der Kirchengemeinde St. Pauli wird entgegen dem früheren Abkommen nicht der ganze Platz an der Nordseite der Kaiser-Wilhelmstraße, sondern nur eine näher bezeichnete Teilfläche zu etwa 25 a 50 qm aufgelassen.
- 2) Der ganze Platz wird stadtseitig nach Maßgabe des obengedachten Projekts unter Befestigung der Fußwege mittels Mosaikpflasters instand gesetzt,

zu welchem Zwecke der städtischen Bauverwaltung sofort 21 000 M zur Verfügung gestellt werden. Auch übernimmt die Stadt die Unterhaltung des ganzen Platzes, einschließlich der darauf anzulegenden Wege.

3) Die Kirche zahlt an die Stadtgemeinde:

- | | |
|---|----------|
| a. für Ueberlassung der unter 1 gedachten Teilfläche zu etwa 25 a 50 qm einen Einheitspreis von 15 M pro qm = . | 38 250 M |
| b. die Kosten der Herrichtung der Wege auf dem ganzen Platz zu | 16 500 " |
| c. für Uebernahme der Verpflichtung der Stadt zur dauernden Unterhaltung der Wege | 7 400 " |
| d. die anteilmäßigen noch festzustellenden Kosten der Anlegung der Moosstraße zu etwa | 6 000 " |

Auf die Gesamtsumme von 68 150 M werden die im Mai 1900 gezahlten 53 130 M angerechnet.

4) Die Stadt verpflichtet sich, die auf dem Platz herzurichtenden Wege als Zugangs- und Zufahrtswege zur Kirche dauernd offen zu halten.

Indem der Magistrat bemerkt, daß von dem seitens der Gemeinde-Kirchenkasse an die Stadt zu zahlenden Betrage von 15 020 M die Summe von 7400 M dem Kämmereivermögen einzuverleiben sein wird, weil der Kämmererkasse die Kosten der Unterhaltung zur Last fallen, der Rest aber beim Extraordinarium zu vereinnahmen ist, gibt er anheim:

daß obige Abkommen zu genehmigen.

Namens der Finanzkommission beantragt Herr Hauswaldt, der Vorlage zuzustimmen: Wenn die politische Gemeinde bei diesem Abkommen auch weniger Geld erhalte, als bei der Ueberweisung des ganzen Platzes an die Kirchengemeinde, so behalte sie dafür aber auch das Verfügungsrecht über den Platz, was unter Umständen sehr wertvoll für eine Gemeinde sein könne. Man wisse aus Erfahrung, daß z. B. die Kirchengemeinde zu St. Magni der politischen Gemeinde die Anlegung einer Bedürfnisanstalt auf dem freien Platz vor der Kirche verweigert habe. Außerdem erscheine es auch vorteilhafter, wenn die politische Gemeinde das Recht auf die Ausgestaltung des Platzes an der Kirche besitze.

Herr Rathe: Nachdem man angefangen hat, die Stadt durch gärtnerische Anlagen mehr und mehr zu verschönen, sind wir mit Recht von der Sektion für Gartenbau darauf aufmerksam gemacht, daß die Stadt die Hand dazu bieten möchte, öffentliche Preisausschreiben für die Ausschmückung von Straßen und Plätzen zu erlassen, um in dieser Beziehung mehr Anregung zu erhalten. Im vorigen Jahre haben wir unser Interesse an der Verschönerung der Stadt schon dadurch bewiesen, daß wir uns bereit erklärt haben, eine Summe zu Preisen für

die Ausschmückung von Balkons und Vorgärten zu bewilligen; ich glaube daher, daß Sie auch unserm Antrage zustimmen werden, der lautet:

„Die Versammlung ersucht den Magistrat, für die gärtnerischen Anlagen an der Paulikirche ein Preisausschreiben zur Anfertigung einzelner Projekte veranlassen zu wollen und dafür vier Preise auszusetzen im Betrage von 120 M, 90 M, 60 M und 40 M. Die preisgekrönten Projekte müssen Eigentum der Stadt bleiben.“

Herr Oberbürgermeister Ketemeyer: Ich glaube kaum, daß der Magistrat Einwendungen gegen den Antrag erheben wird, jedoch möchte ich zunächst wissen, ob die Antragsteller auch die Anlegung der Wege zum Gegenstande der Ausschreibung gemacht wissen wollen. (Zustimmung.) Das würde ich für unpraktisch halten, weil das nicht Sache des Gartenkünstlers, sondern des Kirchenvorstandes sein würde; denn dieser und die städtische Bauverwaltung müssen wissen, welche Wege für die Kirche erforderlich sind. Ich würde es deshalb für angemessen halten, dem Antrage nur insoweit zuzustimmen, als er die Anlage der Beete, nicht aber auch der Wege betrifft. Die Pflasterung der Wege wird ziemlich viel Zeit und Arbeit erfordern, und diese Sache können wir nicht noch weiter hinausschieben, wenn wir die alte Bauplanke endlich beseitigen wollen, was doch wohl im allgemeinen Interesse liegen dürfte. Die für die gärtnerischen Anlagen herzurichtenden Flächen könnten dann zum Gegenstande des Preisausschreibens gemacht werden.

Herr Rathe: Es ist allerdings wünschenswert, daß die Wege zu der Kirche recht bald angelegt werden, jedoch wird ein richtiger Gartenkünstler oder ein Architekt die Wege ebenso gut entwerfen können, wie die städtische Bauverwaltung. Es kann sich dabei allerdings um eine Verzögerung von 4 bis 5 Wochen handeln, jedoch würde sich das auch noch ertragen lassen, zumal man dadurch mehr erreichen würde, als wenn man nur die paar Beete zum Gegenstande des Preisausschreibens machte.

Herr Lord: Ich bin gegen das Preisausschreiben. Wir besitzen in dem Promenadeninspektor Kreiß einen sehr tüchtigen Gartentechniker, der die verhältnismäßig kleinen Anlagen zu aller Zufriedenheit herstellen wird. Wenn die Antragsteller daher mit ihrem Antrage bezwecken wollen, Herrn Kreiß zu veranlassen, sich zu bewerben, so würde ich nichts dagegen haben. Im anderen Falle würde der Antrag ein Mißtrauensvotum sein gegen die Person, welche berufen ist, die Anlagen herzustellen.

Herr Frühling: Im allgemeinen bin ich nicht gegen die Ausschreibung. Wenn aber die Wege schon festliegen, so lohnt es sich wirklich nicht, wegen der paar kleinen Flächen eine Konkurrenz auszuschreiben.

Herr Ahmann: In dem Antrage liegt meinem Gefühle nach ein gewisses Mißtrauensvotum gegen den Promenadeninspektor Kreiß, weshalb ich den Herrn

Antragsteller fragen möchte, ob Herr Kreiß in seiner Achtung so weit gesunken sei, daß dieser Antrag eingebracht werden mußte. Mit diesen kleinen Flächen läßt sich tatsächlich nicht so viel machen, um ein Preisauschreiben zu rechtfertigen. Anders würde die Sache liegen, wenn es sich um die Schaffung eines neuen Parks handelte. Da Herr Kreiß die bisherigen Anlagen meines Wissens stets zur allgemeinen Zufriedenheit hergerichtet hat, so verstehe ich nicht, weshalb wegen dieser winzigen Flächen eine Konkurrenz ausgeschrieben werden soll.

Herr Oberbürgermeister Kietemeyer: Verschiedene Herren gehen von der falschen Voraussetzung aus, daß bei jeder derartigen kleinen Anlage der Promenadeninspektor Kreiß stadtseitig zugezogen wird. Der Herr ist aber staatlicher Beamter, mit dem die Stadt weiter nichts zu tun hat, als daß sie ihm mit Zustimmung seiner vorgesetzten Behörde vertragsmäßig die Instandsetzung des Bürgerparks übertragen hat. Wenn hier kein anderer Beschluß gefaßt werden sollte, so würde mit der Instandsetzung des Platzes an der Paulikirche die städtische Bauverwaltung betraut werden.

Der Auffassung des Herrn Rathe, daß die Sache nicht wesentlich verzögert werden würde, auch wenn die Anlage der Wege zum Gegenstande eines Konkurrenz-ausschreibens gemacht werden würde, muß ich entgegentreten. Selbst wenn auch nur 4 bis 6 Wochen darüber hingehen sollten, so muß doch hinterher auch noch mit den verschiedenen maßgebenden Stellen über die Ausführung selbst verhandelt werden. Wir haben aber den dringenden Wunsch, mit der Beseitigung der Planke und der Planierung der Kirchenumgebung recht bald zu beginnen und die Wege schleunigst anzulegen, damit sie bei der Eröffnung der Kirche fertig sind. Zu dem Konfirmandensaale haben wir schon einen provisorischen Weg anlegen müssen, um den Kindern die Möglichkeit zu schaffen, trockenen Fußes in den Saal zu kommen.

Herr Rathe: Ein Mißtrauensvotum gegen irgend wen habe ich nicht aussprechen wollen. Wenn wir uns auf diesen Standpunkt stellen wollten, so müßten wir auch ewig in der Versammlung sitzen, während es doch im Interesse der Stadt liegt, daß immer wieder frisches Blut hineinkommt. (Sehr richtig.) Wir haben die Verpflichtung, die Jugend anzuspornen, etwas Tüchtiges zu leisten und müssen ihr Gelegenheit geben, ihr Können zu zeigen. Deshalb habe ich die Anregung der Sektion für Gartenbau mit Freuden begrüßt und ich empfehle Ihnen wiederholt die Annahme des Antrages.

Herr Kalms: Die irrige Annahme des Herrn Ashmann, daß die verschiedenen gärtnerischen Anlagen in der Stadt von Herrn Promenadeninspektor Kreiß geschaffen seien, ist schon widerlegt worden. Gerade weil uns diese Anlagen nicht überall gefallen, haben wir die Anregung geben wollen, sie in geschmackvollerer Weise herzurichten.

Herr Kolte: Wenn der Antrag Rathe abgelehnt werden sollte, möchte ich anheimgeben, daß die Versammlung den Wunsch aussprache, zu der Ausschmückung des Platzes an der Paulikirche Herrn Promenadeninspektor Kreiß zuzuziehen.

Herr Probst: Ich möchte empfehlen, die Wege aus dem Preisausschreiben wegzulassen. Die Bauplanke steht zum großen Leidwesen der Einwohnerschaft schon so lange, daß wir auf deren baldige Beseitigung ernstlich Bedacht nehmen müssen und mit der Anlegung der Wege nicht noch weiter warten können. Ich bitte also, den Antrag dahin anzunehmen, daß die Wege aus der Konkurrenz ausgeschaltet werden. Die ganze Sache dreht sich um eine Ausgabe von 310 M., die wir für den Zweck wohl aufwenden können.

Herr Meyerhoff: Ich stehe auf dem Boden des Antrages, um den jungen Gartenkünstlern Gelegenheit zu geben, ihre Kenntnisse an den Mann zu bringen, wenn ich andererseits auch zugeben muß, daß derartige Konkurrenzarbeiten wohl prämiert, aber selten ausgeführt werden. Die Fertigstellung der Kirche kann dadurch nicht hinausgeschoben werden, weil die Tischlerarbeiten erst in diesen Tagen ausgeschrieben worden sind und deren Fertigstellung so viele Zeit in Anspruch nehmen wird, daß das Konkurrenzausschreiben in der Zwischenzeit bequem erledigt werden kann. Die beiden Eckplätze gegenüber der Hoonstraße und auch der Zugang von der Kaiser-Wilhelmstraße aus lassen sich gärtnerisch recht gut ausgestalten; ich bitte daher um Annahme des Antrages.

Herr Altmann: Ich kann mit Herrn Kalms nicht über Kunstfragen streiten, weil ich kein Kunstkenner bin; ob er für sich solche Kenntnis in Anspruch nimmt, weiß ich nicht. Die Kunstkenner sind außerdem niemals einer Meinung, sondern haben stets verschiedene Ansichten. Es läßt sich also schwer darüber streiten, ob unsere öffentlichen Plätze sämtlich schön angelegt sind. Herrn Rathe möchte ich erwidern, daß keiner mehr als ich wünschte, es möchten häufiger als bisher jüngere Kräfte zu den städtischen Arbeiten herangezogen werden, da manche Arbeit besser ausfallen würde, wenn sich nicht immer die alten Kräfte herandrängten.

Herr Lübbe: Eine allzu lange Verzögerung des Kirchenbaues wäre durch die Ausschreibung einer Konkurrenz wohl nicht zu befürchten, da es sich vielleicht nur um drei Wochen handeln kann. Die jungen Gartenkünstler würden dadurch aber Gelegenheit erhalten, ihr Können zu zeigen und eine künstlerischere Ausgestaltung der Gegend vorzuschlagen. Warnen möchte ich davor, die Wege vor der Ausschreibung der Konkurrenz festzulegen. Das hätte keinen Zweck. Sobald die Wege festliegen, kann die Anlagen jeder instand setzen. Der Kernpunkt der Ausschreibung kann nur darin bestehen, die ganze Wegeführung mit den Gartenanlagen noch gefälliger zu machen. Ich halte das jetzige Projekt noch für verbesserungsfähig, weshalb soll also ein Mann, der sich mit solchen Sachen berufsmäßig beschäftigt, nicht noch eine bessere Idee hineinbringen können? Wenn die Wege aber erst festgelegt

sind, hat ein Ausschreiben keinen Zweck mehr. Deshalb bitte ich, dem Antrage Rathe ohne jede Beschränkung Rechnung zu tragen.

Nach einer kurzen Bemerkung des Herrn Meyerhoff zur Geschäftsordnung wird zur Abstimmung geschritten.

Hierbei wird die Magistratsvorlage angenommen, der Antrag Rathe aber (einschließlich der Wege) mit 16 : 15 Stimmen und der Antrag Probst mit 22 : 9 Stimmen abgelehnt. Auch der Antrag Kolte auf Zuziehung des Promenadeninspektors Kreiß wird abgelehnt.

VI. Verwendung der Umsatzsteuer.

Als die städtischen Behörden nach dem Inkrafttreten des Landesgesetzes *№ 23* vom 28. März 1904 sich über die vom 1. Juli 1904 ab durchgeführte Erhebung einer Umsatzsteuer von den hiesigen Warenhäusern, Abzahlungs-, Zweig- und ähnlichen Geschäften verständigten, blieb eine Vereinbarung über die Verwendung der Erträgnisse dieser Abgabe vorbehalten, weil es zweckmäßig erschien, zunächst einen Ueberblick über die Höhe der erzielten Einnahmen zu gewinnen und Anträge seitens der Vertretung des Handwerks und des Kleinhandels abzuwarten, zu deren Förderung nach der allgemein gehaltenen Anordnung des Gesetzes die Steuer bestimmt ist.

Inzwischen sind der Stadthauptkasse für die Zeit vom 1. Juli 1904 bis 31. März 1905 von 12 Firmen 49 670 *ℳ* zugeflossen, von denen der Vorschrift gemäß ein Drittel mit 16 556 *ℳ* 67 *ℒ* an die Staatskasse abgeführt ist, während 33 113 *ℳ* 33 *ℒ* der Stadt verblieben sind. Fünf andere Firmen sind für denselben Rechnungsabschnitt mit 11 511 *ℳ* 83 *ℒ* von Herzoglicher Kreisdirection herangezogen, haben aber rechtzeitig deren Entscheidung angegriffen. Nimmt man an, daß die Einlegung des Rechtsmittels wie in den zuerst erwähnten Fällen keine Abänderung der Veranlagung zur Folge hat, so ist für 1904/05 auf einen Gesamtertrag von 61 181 *ℳ* 83 *ℒ* zu rechnen, wovon die Stadt nach Abführung des Staatsdrittels den Rest mit 40 787 *ℳ* 89 *ℒ* endgültig vereinnahmen kann. Die Veranlagung für das Rechnungsjahr 1905/06 hat vor kurzem bei 14 Firmen, wenn auch noch nicht rechtskräftig, stattgefunden und verspricht vorläufig eine Gesamteinnahme von 50 279 *ℳ* 50 *ℒ*; zwei Dritteile davon behält die Stadt mit 33 519 *ℳ* 67 *ℒ*. In bezug auf zwei fernere große Warenhäuser ist die Entscheidung Herzoglicher Kreisdirection über unseren Antrag, jedes von ihnen mit 30 000 *ℳ* für 1905/06 zu veranlagern, einstweilen ausgesetzt, weil betreffs der Höhe der Steuer eine Nachprüfung beabsichtigt wird.

Es ergibt sich hieraus, daß die Stadt nicht nur für das verflossene Rechnungsjahr 1904/05, sondern auch aller Wahrscheinlichkeit nach für 1905/06 und für die absehbare Zukunft über recht namhafte Einkünfte aus der Umsatzsteuer verfügen

kann. Es wird daher der Zeitpunkt für gekommen gehalten, um wenigstens über einen Teil dieser Erträgnisse Bestimmung zu treffen, während der Magistrat glaubt, daß es sich bei der immerhin nicht wegzuleugnenden Möglichkeit des Fortfalls oder des erheblichen Rückgangs der Umsatzsteuer-Einnahmen empfehlen wird, deren Hauptbetrag bis auf weiteres zinsbar anzulegen und sich erst später über dessen Verwendung schlüssig zu machen.

Unter den Aufgaben, von denen man sich eine Hebung der Verhältnisse im Kleinhandel und Handwerk versprechen dürfte, steht die Fürsorge für die geistige und sittliche Erziehung der in diesen Berufsgruppen heranwachsenden jungen Leute (Lehrlinge ufm.) obenan. Der Magistrat begrüßt es deshalb mit Freude, daß sowohl die Handels- als auch die Handwerkskammer ihre vollste Aufmerksamkeit hierauf richten, und ist der Meinung, daß die verfügbaren Mittel es gestatten, jeder von beiden Körperschaften einen entsprechenden Betrag zur Unterstützung ihrer Bemühungen auf diesem Gebiete zu bewilligen.

Die Handwerkskammer plant die Errichtung eines eigenen Lehrlingsheims, um für die Lehrlinge, die nicht bei ihrem Meister wohnen und keinen Familienanschluß haben, eine Stätte zu schaffen, an der sie neben einem angenehmen Aufenthalt Gelegenheit finden, ihre freien Abende und besonders die Sonntagnachmittage mit Lesen, Unterhaltungsspielen, Musik, Anhören belehrender Vorträge und dergleichen zu verbringen, ähnlich wie es im kaufmännischen Lehrlingsheim schon seit einer Reihe von Jahren geschehen ist. Die Kosten für die Schaffung des Lehrlingsheims sind von der Handwerkskammer auf 6000 M veranschlagt (davon einmalig 3200 M, fortlaufend jährlich 2800 M). Der Magistrat empfiehlt, das Inslebentreten der gemeinnützigen Einrichtung dadurch zu ermöglichen, daß dem Vorstande der Handwerkskammer, seinem Antrage gemäß, diese 6000 M in Aussicht gestellt werden. Der Betrag von 3200 M für einmalige Aufwendungen würde bei der Eröffnung des Lehrlingsheims, der Zuschuß für die laufenden Ausgaben nach jedem von da ab verfließenden Vierteljahre gewährt werden können. Da es sich um einen Versuch handelt, so ist es ratsam, die Entscheidung betreffs der Weiterzahlung eines laufenden Zuschusses über das erste Jahr hinaus späteren Verhandlungen vorzubehalten.

Die Handelskammer hat mitgeteilt, daß sie zur Schaffung von besonderen Räumen für den kaufmännischen Fortbildungsunterricht sich habe verstehen müssen, weil die bisher erfolgte Benutzung von Schulgebäuden vor Beginn des allgemeinen öffentlichen Unterrichts mit Schwierigkeiten verbunden sei. Nachdem Herzogliches Staatsministerium der kaufmännischen Fortbildungsschule sechs Schulräume im früheren Amtsgerichtshause an der Auguststraße überwiesen hat, ist wegen der Dringlichkeit der Sache bereits das Nötige wegen der Einrichtung dieser Räume zu Unterrichtszwecken seitens der Handelskammer veranlaßt

worden. Die einmaligen Kosten hierfür sind auf 12 000 M veranschlagt. Es wird anheim gegeben, die Hälfte dieses Betrages mit 6000 M dem Vorstande der Handelskammer für den betreffenden Zweck zur Verfügung zu stellen.

Was die übrigen der Stadt verbleibenden Erträgnisse der Umsatzsteuer anlangt, so scheint es dem Magistrate bedenklich, darüber schon jetzt endgültig Bestimmung zu treffen, da es bei der Eigenart der Voraussetzungen für die Erhebung dieser Sonderabgabe nicht ausgeschlossen ist, daß die beteiligten Firmen oder doch einige von ihnen durch Aenderung ihrer Betriebsweise der ferneren Heranziehung aus dem Wege gehen werden. So wünschenswert es daher sein würde, auch für die jugendlichen gewerblichen Arbeiter, Lehrlinge usw. alsbald den von der Versammlung bereits früher empfohlenen und von der Handwerkskammer warm befürworteten Fortbildungsschulzwang einzuführen, und soviel Nutzen für die Kreise des Kleinhandels und des Handwerks von mancher anderen durch ihre Vertretungen erstrebten Maßregel zu erhoffen ist, glaubt der Magistrat doch mit einem Eingehen auf die betreffenden Vorschläge warten zu sollen, bis die Höhe der anzusammelnden Einkünfte aus der Umsatzsteuer die entgegenstehenden, dem Kostenpunkte entspringenden Bedenken überwinden hilft.

Die Versammlung wird ersucht, sich damit einverstanden zu erklären,

1. daß der Handwerks- und der Handelskammer der Betrag von je 6000 M aus den Erträgnissen der Umsatzsteuer zu den angegebenen Zwecken zur Verfügung gestellt werde,

2. daß die übrigen der Stadt verbleibenden Einnahmen aus der Umsatzsteuer für das Jahr 1904/05 und für die Folge verzinsbar in mündelsicheren Wertpapieren oder mit jedesmal einzuholender Zustimmung der Versammlung in Hypotheken angelegt und mit den eingehenden Zinsen in besonderer Rechnung zur Förderung des Kleinhandels und des Handwerks bis zu weiterer Vereinbarung über die Verwendung einstweilen angesammelt werden.

Namens der Finanzkommission berichtet über die Vorlage Herr Esdorn: In der Kommission sind zuerst Bedenken gegen den Punkt 1 der Magistratsanträge laut geworden, weil Handelskammer und Handwerkskammer staatliche Institute seien, die sich bei etwaigem Geldbedarf an den Staat zu wenden hätten. Wir müssen aber zugeben, daß die Fortbildungsschule der Handelskammer und das Lehrlingsheim der Handwerkskammer in erster Linie den Bürgern der Stadt zugute kommen. Wir können dem Antrage auch umsomehr zustimmen, als beide Kammern sich mit weit größeren Anforderungen an den Staat gewendet haben. Den Antrag 1 habe ich Ihnen daher zur Annahme zu empfehlen.

Betrifft des Punktes 2 waren nicht alle Mitglieder der Kommission für eine Aufstapelung des Restbetrages, jedoch muß anerkannt werden, daß zurzeit noch eine ausreichende Uebersicht über die aufkommenden Summen und deren zweckmäßigste

Verwendung fehlt. Die Finanzkommission hält es daher in ihrer Mehrheit für richtig, auch auf den zweiten Antrag des Magistrates einzugehen. Vielleicht wird sich schon im nächsten Jahre weiter über die Verwendung der aufgetommenen Gelder sprechen lassen.

Herr Fricke: Ich begrüße die Vorlage des Magistrates mit Freuden und ich stimme auch namentlich dafür, daß die 12 000 M. zu gleichen Teilen unter Handelskammer und Handwerkskammer geteilt werden. Für die Handwerkskammer ist es auch zur Pflicht geworden, ein Lehrlingsheim zu schaffen, um die Lehrlinge, denen das Elternhaus fehlt, in ihrer freien Zeit gut unterzubringen. Hinsichtlich des Antrages 2 möchte ich aber nicht dafür stimmen, das überschüssige Geld hypothekarisch festzulegen, sondern ich wäre mehr dafür, es in mündelsicheren Papieren anzulegen. Die Einrichtung einer Innungs-Fortbildungsschule ist nach mehr als vierjährigen Verhandlungen jetzt so brennend geworden, daß an ihre Verwirklichung bald gedacht werden muß. Legen wir das Geld aber hypothekarisch fest, so ist es schwer, es wieder zu kriegen. (Widerspruch.) Ich möchte deshalb dafür sein, es in Wertpapieren anzulegen, damit wir es jederzeit zur Verfügung haben.

Herr Brückmann: Ich kann der Vorlage im ganzen nicht zustimmen, da sie dem Sinne des Gesetzgebers nicht entspricht. Der § 6 des Gesetzes sagt, daß der Ertrag der Steuer zur Förderung des Kleinhandels und des Handwerks zu verwenden sei. Wenn hierdurch auch nicht genau bestimmt worden ist, in welcher Weise diese Verwendung stattfinden soll, so wird doch in der Begründung des Gesetzes gesagt, daß sie gleichmäßig zu verwenden ist, und daß also Kleinhandel und Handwerk je die Hälfte des Ertrages zu erhalten haben. Ueber die Verwendungsweise sagt die Begründung ziemlich deutlich, daß die Erträge für die regelmäßigen jährlichen Aufwendungen gebraucht und für bestimmte größere Zwecke zurückgelegt werden sollen. Damit hat aber der Gesetzgeber sagen wollen, daß die Zurücklegung erst dann eintreten könne, wenn keine regelmäßigen jährlichen Aufwendungen zu machen sind. Das kann man beim Handwerk noch nicht sagen, während für den Handel ein bestimmtes dringendes Bedürfnis schon jetzt vorliegt. In solchem Falle hat der Gesetzgeber gewollt, daß derartige Sachen unterstützt werden sollen und eine verzinssliche Belegung des Ertrages erst stattfinden darf, wenn die laufenden Ansprüche der beiden Faktoren erledigt sind, was zurzeit noch nicht der Fall ist. Es kann daher leicht kommen, daß ein späterer Landtag uns sagen wird, wir hätten das Gesetz nicht richtig ausgelegt. Wenn die Verantwortung der juristischen Frage auch der Magistrat in erster Linie zu verfechten hat, so tragen wir doch die Verantwortung mit für den Verbrauch des Geldes. Deshalb möchte ich beantragen, daß, dem Gesetze entsprechend, der Ertrag nach dem vorliegenden Bedürfnisse unter Handel und Handwerk verteilt wird.

Herr Stadtrat von Frankenberg: Herrn Fricke möchte ich zunächst erwidern, daß seine Bedenken gegen Punkt 2 der Vorlage hinsichtlich der Anlegung eines Teiles des Ertrages in Hypotheken nicht begründet sind. Zunächst ist dabei vorgeesehen, daß zu jeder Anlegung von Kapital in Hypotheken die Zustimmung der Versammlung einzuholen ist. Außerdem bitte ich nicht außer acht zu lassen, daß die Stadtgemeinde ein geschlossenes Rechtssubjekt ist, das nicht nötig hat, eine Hypothek zu kündigen, wenn zu Zwecken des Handwerks eine größere Summe gebraucht wird, sondern das im Wege der Schiebung diese Hypothek auf einen anderen Titel übertragen und von diesem das für das Handwerk nötige Geld nehmen kann.

In derselben Weise möchte ich mich gegen die Bedenken des Herrn Brückmann wenden, der gemeint hat, daß die von uns vorgeschlagene Art und Weise der Verwendung des Geldes nicht dem Geiste des Gesetzes entspräche. Es ist an und für sich schon, wie mir Juristen und Nichtjuristen zugeben werden, eine höchst zweifelhafte Sache, mit dem angeblich für eine bestimmte Meinung sprechenden Geiste eines Gesetzes zu arbeiten, wenn der Wortlaut klar und deutlich in einer entgegenstehender Fassung vorliegt. Der § 6 des Gesetzes sagt wörtlich:

„Der Ertrag der Steuer ist zur Förderung des Kleinhandels und des Handwerks zu verwenden.“

Damit ist aber nicht gesagt, daß er auch sofort zu verausgaben ist. Unter Verwendung kann man auch sehr wohl eine zinsbare Belegung des Ertrages und die Verwendung der Zinsen verstehen. Der Magistrat glaubt deshalb im Geiste des Gesetzes zu handeln.

Ferner heißt es im § 6 des Gesetzes: „Zwei Drittel von dem Ertrage der Steuer werden der Gemeinde, in welcher die Steuer zur Erhebung gelangt ist, zur Erfüllung des obigen Zweckes überlassen; ein Drittel von dem Ertrage ist auszusondern und an die Staatskasse abzuführen, um nach Bestimmung des Herzöglichen Staatsministeriums dem Interesse des gesamten Handwerks und Kleinhandels des Herzogtums zu dienen.“ Die Versammlung hat also hiernach das Recht, in Uebereinstimmung mit dem Magistrat zum Besten des Kleinhandels Bestimmungen zu treffen, ohne befürchten zu müssen, daß die Staatsbehörde irgend welche Hindernisse bereiten könnte. In der Begründung des Gesetzes ist auch mit ausdrücklichen Worten darauf hingewiesen worden, daß eine derartige Aufstapelung des Ertrages keineswegs mit dem Geiste des Gesetzes in Widerspruch stehe. Gerade nach der Begründung kommt es nicht darauf an, den einzelnen zu entlasten, sondern es sollen die beteiligten Gewerbetreibenden zu verständiger Selbsthilfe angeregt werden. Das will aber die Vorlage, denn sie beabsichtigt, zur Ausbildung der Jugend die 6000 M. zu bewilligen. Außerdem will sie die nötige Selbsthilfe schaffen, indem sie die Gelder für bestimmte größere Zwecke zurücklegt und als einen solchen den weiteren Ausbau des obligatorischen Fortbildungsunterrichtes benennt.

Wenn Herr Brückmann nun meint, es dürfte solange aus der Umsatzsteuer nichts zurückgelegt werden, wie noch Bedürfnisse vorliegen, die aus dieser Steuer gedeckt werden können, so bin ich der Ansicht, daß dieser Zeitpunkt niemals eintreten wird und wir unmöglich darauf warten können, sondern daß wir als gute Haushalter die dringendsten Bedürfnisse jetzt befriedigen, für die übrigen aber Rat schaffen, indem wir die Gelder zunächst aufammeln. Dabei möchte ich gleich mitteilen, daß ich mit Ermächtigung des Magistrates bemüht bin, die Vorbereitungen für die Einrichtung des obligatorischen Fortbildungsunterrichtes der jugendlichen gewerblichen Arbeiter und Lehrlinge zu treffen und daß ich dieserhalb mit dem Gesellenausschuße binnen kurzem verhandeln werde, nachdem ich mich bereits vor einigen Wochen mit dem Vorstande der Handwerkskammer in Verbindung gesetzt hatte.

Herr Meyerhoff: Wenn ich auch die obligatorische Fortbildungsschule für sehr gut halte, so will ich doch darauf hinweisen, daß in anderen Städten, wie in Köln, Bremen, Hannover etc., mit dieser Schule Lehrwerkstätten verbunden sind, welche Einrichtung ich für sehr empfehlenswert halte. Ich möchte deshalb bitten, diesen Punkt mit im Auge zu behalten. Die Lehrlinge können in der Werkstatt, selbst wenn der Meister sich alle Mühe gibt, oft das nicht lernen, was heutzutage von ihnen gefordert wird. Der eine Meister arbeitet mit vielen, der andere mit wenigen Lehrlingen, der eine hat viele, der andere wenige Aufträge, bei denen der Lehrling etwas lernen kann. Die Einrichtung der Lehrwerkstätten ist im Interesse des Handwerks gegenwärtiger, als die obligatorische Fortbildungsschule. (Widerspruch.) Manche Lehrlinge lernen heutzutage in den Werkstätten so wenig, daß sie als Gesellen kaum ihr Leben zu fristen vermögen. Im Landtage habe ich seinerzeit den Antrag auf Verwendung des Ertrages der Umsatzsteuer eingebracht und der Antrag ist auch angenommen worden. Unlängst sind die Braunschweiger noch in München über die hier beschlossene Verwendungsart des Ertrages beglückwünscht worden. Der Landtag hat garnicht beabsichtigt, den Ertrag der Steuer zwischen Handel und Gewerbe zu halbieren, sondern es ist nur die Rede davon gewesen, ihn zur Hebung beider zu verwenden. Da ich keine Gefahr in der Anlegung des Geldes in Hypotheken sehe und auch nicht befürchte, daß uns der Magistrat damit durch die Wicken geht (Heiterkeit), so bitte ich um Annahme der Magistratsvorlage.

Herr Günther: Ich will von dem Geiste des Gesetzes hier nicht reden, der mit der Schaffung des Gesetzes überhaupt nicht viel zu tun hat. Das Handwerk wird von den durch das Gesetz geschaffenen Mitteln überhaupt nicht viel spüren. (Widerspruch.) Ich möchte nur auf die Einseitigkeit hinweisen, die hier vorliegt. Ein Teil der Kaufmannschaft, vertreten durch die Handelskammer, will ein Heim für die Kaufmannslehrlinge schaffen. (Widerspruch.) Als Grund dafür wird angeführt, daß die Einrichtung hauptsächlich für solche Lehrlinge geschaffen werden

müßte, die nicht bei dem Lehrherrn wohnten und auch sonst keinen Familienanschluß hätten. Dieser Fall liegt aber beim Handwerke im gleichen Maße vor. Was sodann die Einrichtung einer Fortbildungsschule betrifft, so können wir lange warten, bis sie aus diesen Erträgen hergestellt werden kann. Die Stadt hat die Verpflichtung, die Schule zu schaffen, weshalb wir alles zusammenfassen müssen, um deren Herrichtung zu beschleunigen.

Herr Schöttler: Ich habe aus der Vorlage mit Bedauern ersehen, daß der Fortbildungsschulzwang zunächst noch nicht eingeführt werden kann. Es ist mir klar, daß der Magistrat Bedenken trägt, auf die Steuer, deren Ertrag sich auf längere Zeit hinaus nicht übersehen läßt, die Einführung des Fortbildungsschulzwanges zu stützen; ich erachte daher den Antrag des Magistrates, für den Zweck gewisse Mittel anzusammeln, für ganz zweckmäßig. Ich möchte nur wissen, ob der Magistrat sich die Sache so gedacht hat, daß er zunächst nur so viel Kapital ansammeln will, wie für die Einführung des Fortbildungsschulzwanges notwendig ist, oder ob er so lange damit warten will, bis er sicher ist, daß die Steuer dauernd so viel aufbringt, um davon die Kosten des Fortbildungsschulzwanges bestreiten zu können?

Herr Stadtrat von Frankenberg: Da die Erträgnisse der Umsatzsteuer für das laufende Jahr und auch für die Zukunft ungewiß sind, so ist selbstverständlich der Magistrat nicht in der Lage zu bestimmen, wann derjenige Moment gekommen sein wird, in dem mit der Einführung des Fortbildungsschulzwanges vorgegangen werden kann. Es soll sich dabei aber nicht allein um die Mittel zur Einführung dieses Schulzwanges handeln, sondern der Magistrat will sich die Frage dadurch schmackhafter machen, daß er erst einmal einen ansehnlichen Grundstock in der Hand hat, der nicht zu gering ist, um in den ersten Jahren die Sache, wenn ein Mißerfolg eintreten sollte, über Wasser halten zu können.

Ferner möchte ich einen Ausdruck des Herrn Esdorn berichtigen, der davon sprach, daß die Handelskammer und die Handwerkskammer staatliche Institute seien. Das ist nicht ganz richtig. Es sind selbständige Körperschaften, die durch Beiträge der beteiligten Gewerbetreibenden erhalten werden und die vom Staate und von der Stadt einen Zuschuß erhalten, aber es wäre unrichtig zu sagen, daß es sich um staatliche Körperschaften handelt.

Was die Äußerung des Herrn Günther betrifft, der der Vorlage den Geist abgesprochen hat, so tut es mir leid, daß es Herrn Günther nicht vollständig gelungen ist, in den Geist unserer Vorlage einzudringen, indem er die kaufmännischen Lehrlinge mit den Handwerkslehrlingen verwechselte. Für die kaufmännischen Lehrlinge hat die Handelskammer schon gesorgt, und im edlen Wettstreit hiermit hat die Handwerkskammer erklärt, es sei bedauerlich, daß nicht auch für das Handwerk in gleicher Weise gesorgt werden könne.

Herr Rathe: Es wird wohl jeden wohlthuend berührt haben, daß die Mittel aus der Warenhaussteuer in der Weise verwendet werden. Ich hätte die Vorlage gern noch weitergehend gehabt, um uns im nächsten Jahre bei der zu erwartenden Vorlage wegen Verwendung der Ueberschüsse entgegenzukommen. Deshalb möchte ich dem Magistrat anheimgeben zu erwägen, ob es nicht zweckmäßig wäre, wenn wir, dem Vorgehen anderer Städte folgend, eine gemeinnützige, unparteiische Rechtsauskunftsstelle errichteten. Das würde ebenfalls zur Hebung des Kleinhandels und des Handwerks dienen; denn das Kleingewerbe leidet häufig darunter, daß es übel beraten ist. Ich gebe zu, daß es besser sein mag, zuerst der Jugend zu helfen und es den Alten zu überlassen, sich selbst zu helfen, aber es darf dabei nicht außer acht gelassen werden, daß auch diese oft hilfsbedürftig sind.

Herr Brückmann: Aus den Mitteilungen des Magistrates habe ich entnommen, daß beabsichtigt wird, eine gleichmäßige Teilung des Ertrages aus der Warenhaussteuer zwischen Handel und Handwerk vorzunehmen. Es ist doch aber ein Unterschied darin zu machen, ob Ausgaben erst in Zukunft vorliegen werden, oder ob solche schon jetzt stattgefunden haben. Das kaufmännische Lehrlingsheim existiert bereits 12 bis 14 Jahre und die schon sehr lange bestehende kaufmännische Fortbildungsschule ist inzwischen auch als eine obligatorische Schule anerkannt worden. Es wird aber nicht recht sein, den Handel nur aus Rücksicht auf das Handwerk ebenso zu bedenken, da es sich bei dem Handwerk nur um Ausgaben handelt, die in der Zukunft liegen, während der Handel schon viele Jahre in den Ausgaben steckt. Da ferner die ganzen Erträge aus dem Handel fließen, so muß dieser bei der Verteilung auch besser behandelt werden, als das Handwerk. Ich möchte daher den Magistrat ersuchen, den Handel mit Rücksicht auf seine schon gehalten Ausgaben mit einer größeren Quote zu bedenken, als das Handwerk.

Herr Esdorn: Herr Günther äußerte Bedenken, daß wir die Fortbildungsschule aus den Ueberschüssen nicht würden erhalten können. Wenn Sie berücksichtigen wollen, daß wir für das Jahr 1906/07 mit einer Nettoeinnahme für die Stadt von 60000 M rechnen dürfen, so ist das doch eine ganz nette Summe, mit der sich etwas anfangen läßt. Im übrigen muß ich Herrn Brückmann beipflichten, daß das kaufmännische Lehrlingsheim schon viel gekostet hat und es nicht mehr als recht und billig sein dürfte, den Steuerertrag in der von ihm angedeuteten Weise zu verteilen. Trotzdem möchte ich Sie aber bitten, heute beiden Teilen, Handel und Handwerk, für eine gute Sache, nämlich für die sittliche und geistige Ausbildung der Lehrlinge, eine gleiche Summe zur Verfügung zu stellen.

Herr Stadtrat von Frankenberg: Die geehrte Versammlung wird in Erinnerung haben, daß wir alljährlich seit einer Reihe von Jahren der Handelskammer aus der Wohlfahrtskasse 1500 M für die kaufmännische Fortbildungsschule haben zukommen lassen, und wir werden diese Summe auch in Zukunft unabhängig hier-

von der Handelskammer zufließen lassen. Ich darf wohl annehmen, daß die Versammlung den Magistrat, wenn er mit einer weiteren Vorlage kommen wird, nicht im Stiche läßt. (Zustimmung.)

Herr Weichsel: Ich kann der ungeteilten Freude über die Vorlage nicht beistimmen, und ich muß bekennen, daß mich bei der vorgeschlagenen Verwendung der Mittel ein leises Gefühl der Unbehaglichkeit erfüllt. Wir müssen mit dem Faktum rechnen, daß die Mittel nach dem Gesetze aufgebracht worden sind, aber bei dem ganz außergewöhnlichem Charakter der Sondersteuer müssen wir mit ganz besonderer Vorsicht und Gewissenhaftigkeit an deren Verteilung herangehen, und ich kann offen sagen, daß mir die Verwendung der Mittel zu Lehrlingsheimen nicht sonderlich sympathisch ist. Nicht daß ich die Bedeutung derselben unterschätzen wollte — es sind außerordentlich nützliche Institute und es ist sicher, daß nach dem Wortlaute des Gesetzes den städtischen Behörden der allerweiteste Spielraum bei der Verwendung der Mittel eingeräumt worden ist — aber die Absicht des Gesetzes geht doch wohl dahin, daß die Verwendung zu unmittelbaren Bedürfnissen der Gewerbetreibenden geschehen soll. Wenn wir die Gelder für Lehrlingsheime hergeben, so mögen sich die Vorteile daraus wohl in 20 bis 30 Jahren bemerkbar machen, aber zu einer unmittelbaren Förderung des Kleinhandels und des Handwerks dient die Maßnahme nicht. Wenn man daher keine bessere augenblickliche Verwendung für die Gelder hat, so sollte man sie lieber in vollem Umfange zu Zwecken des Fortbildungsunterrichts, zu Lehrlingswerkstätten und dergl. aufspeichern. Ich werde daher gegen den betreffenden Teil der Vorlage stimmen.

Herr Meyerhoff: Ich möchte bitten, die Frage hier ganz auszuscheiden, ob Handwerk oder Handel mehr haben soll, denn im Landtage ist auch keine Rede davon gewesen, daß die Gelder zwischen beiden gleichmäßig verteilt werden sollen. Auch mit dem Herrn Vorredner kann ich mich nicht einverstanden erklären. Der Wunsch, erst einmal ein Lehrlingsheim zu schaffen, ist aus der Handwerkskammer hervorgegangen, und ich bitte deshalb, der Vorlage zuzustimmen, damit der Anfang mit der Verwendung des Geldes gemacht worden ist. Wenn die Förderung des Kleinhandels und des Handwerks auch erst in 20 bis 30 Jahren bemerkbar sein sollte, so ist es doch überhaupt eine Förderung. Unterschätzen Sie die Bedeutung der Lehrlingsheime nicht: man bestrebt sich von allen Seiten, die jungen Leute in die Arme zu schließen und es wäre gut, in den Lehrlingsheimen ein Gegengewicht zu erhalten.

Herr Nolte: Die Ausführungen des Herrn Weichsel habe ich eigentlich nicht recht verstanden. Ich bin Laie in der Sache und ich kann vom technischen Standpunkte aus darüber nicht urteilen; da aber entsprechende Anträge von der Handelskammer und der Handwerkskammer vorliegen, die doch etwas davon verstehen müssen, ob Lehrlingsheime gut oder nicht gut sind, da ferner die Lehrlingsheime die Erziehung

der Lehrlinge fördern sollen und da im allgemeinen jeder Mensch durch Erziehung gehoben wird, so bin auch ich davon überzeugt, daß diese Heime ein gutes Mittel zur Hebung des Handels- und des Gewerbestandes sind.

Herr Stadtrat von Frankenberg: Der Herr Vorredner hat mit richtigem Empfinden den springenden Punkt herausgehoben. Wir haben von Herrn Meyerhoff, der zu den Vätern des Gesetzes gehört, vernommen, daß ihm solche Gedanken, wie sie hier vorgeschlagen werden, vorgeschwebt haben. Wenn das aber auch nicht der Fall wäre, so geht es ganz deutlich aus der Begründung der Regierungsvorlage hervor, in der gesagt wird, daß der Ausbau des Lehrlingswesens gefördert werden soll. Man könnte allerdings auch von oben anfangen, mit Meisterkursen beginnen und nach unten hin ausbauen, jedoch würde mir das vorkommen, als wenn man den Bau eines Hauses mit dem Dach anfinge, dieses an den Mond hänge und dann weiter nach unten die Wände und Grundmauern herrichtete. Gehen wir aber dazu über, den obligatorischen Fortbildungsunterricht zu schaffen und daran Gesellen- und Meisterkurse zu reihen, so fördern wir die Verhältnisse im Kleinhandel und im Gewerbe.

Herr Fricke: Die Ausführungen des Herrn Weichsel verstehe ich nicht. Es ist wohl allgemein bekannt, daß die Hebung des Handwerks ganz wesentlich darin beruht, den Lehrlingen eine bessere Ausbildung im Fache zu geben. Dazu gehört aber Geld. Die Innungen sind schon so belastet durch Versicherungsprämien etc., daß sie allein nichts weiter unternehmen können. Aus diesem Grunde begrüßt die Handwerkskammer das Vorgehen des Magistrats mit Freuden. Ich kann nicht begreifen, daß man dieses Vorgehen im Keime ersticken will, zumal schon in fast allen größeren Städten Lehrlingsheime existieren. Wir müssen noch Fachschulen, werden. Ich möchte daher dringend bitten, den Vorschlag des Magistrats zu genehmigen.

Herr Sander: Ich möchte ersuchen, auch dem zweiten Teile der Vorlage die Zustimmung nicht zu versagen. Wenn Herr Weichsel meint, es würde durch die Errichtung von Lehrlingsheimen nichts zur Förderung des Handwerks beigetragen, so muß ich der Anschauung lebhaft widersprechen. Die Handwerkskammer hat sich wissen, wo sie der Schuh drückt.

Die Vorlage wird darauf in getrennter Abstimmung über Punkt 1 und 2 genehmigt.

VII. Vermietung einer Turnhalle und Herrichtung einer Beleuchtungsanlage.

Die „Freie Turnerschaft“ hat gebeten, ihr neben den Turnhallen am Prinzenwege und an der Heinrichstraße noch die Turnhalle an der Pestalozzistraße oder

an der Maschstraße mietweise zu überlassen. Beide Turnhallen sind ohne die notwendigen Beleuchtungsanlagen. Der Magistrat hat sich für die Turnhalle an der Maschstraße entschieden und ersucht die Versammlung, die Mittel für die Herstellung einer Beleuchtungsanlage in dieser Halle mit 230 M zu bewilligen. Zugleich wird ersucht, zu der Vermietung der Turnhalle an den genannten Verein gegen einen Mietpreis von jährlich 150 M nebst einer Entschädigung an den Schulpedellen in Höhe von jährlich 30 M die Zustimmung zu geben.

Auf Empfehlung der Finanzkommission, für die Herr Lord berichtet, wird der Vorlage zugestimmt.

VIII. Aenderung des Besoldungsstatuts der städtischen Beamten.

Der von den städtischen Behörden beschlossene Entwurf eines Statuts über die Besoldung der Beamten der Stadt Braunschweig ist vom Herzoglichen Staatsministerium mit Reskript vom 21. Dezember 1905 genehmigt worden. Der Magistrat war jedoch nicht in der Lage, sofort die Drucklegung und Veröffentlichung des Entwurfs zu veranlassen, sondern sieht sich genötigt, der Versammlung noch folgendes zu unterbreiten.

1. Die Genehmigung des Entwurfs ist mit der Maßgabe erfolgt, daß im § 4 unter I und II vor den Worten „Militäranwärter“ bzw. „Militäranwärters“ das Wort „ehemaligen“ eingeschoben werden soll. Gegen diesen Zusatz dürfte nichts einzuwenden sein.

2. Wenn ferner Herzogliches Staatsministerium darauf hinweist, daß beabsichtigt werde, eine Aenderung des Gesetzes über die Beamten-Witwen- und Waisen-Versorgungsanstalt und insbesondere eine Herabsetzung der sich nach den jetzt geltenden Vorschriften ergebenden Leistungen des Staates in bezug auf die Versorgung der Hinterbliebenen der Gemeindebeamten herbeizuführen, so glaubt sich der Magistrat des Einverständnisses der Versammlung in der Richtung versichert halten zu können, daß, wenn durch das zu erlassende Gesetz den Gemeinden entsprechende Lasten sollten auferlegt werden, dadurch die Bewilligung angemessener Beamtengehälter seitens der Stadtverwaltung nicht wohl gehindert werden kann.

3. Inzwischen haben die Stadtdiener, welche nach dem Entwurfe (Abteilung XVIII) zusammen mit den Aufsehern das bisherige Gehalt von 1300—1800 M weiter beziehen sollten, in einer Eingabe um Gehaltsaufbesserung nachgesucht. Der Magistrat hält dieses Gesuch insofern für begründet, als der Dienst der Stadtdiener viel anstrengender und aufreibender ist, als derjenige der Aufseher und schlägt daher nachträglich eine Aufbesserung ihrer Bezüge in der Weise vor, daß ihr Höchstgehalt auf 2000 M erhöht und ein etwas schnelleres Aufrücken durch Normierung der Alterszulagen auf 2×200 und 2×150 M erzielt wird.

Den letzten Nummern der Gehaltstabelle würde hiernach folgende anderweite Fassung zu geben sein:

Abt.	Amtsstellen	Anfangs- gehalt <i>M</i>	Alters- zulagen <i>M</i>	Höchst- gehalt <i>M</i>	Bemerkungen.
XVIII	Stadtdiener	1300	2×200 2×150	2000	zu XVIII. Freie Wohnung und Heizung — eventl. auch Wasser und Beleuchtung — wird mit 200 <i>M</i> auf das Gehalt in Anrechnung gebracht, kann jedoch unter besonderen Umständen neben dem Gehalte als ein alsdann nicht pensionsfähiger Dienstbezug gewährt werden. Für Dienstkleidung wird eine nicht pensionsfähige Entschädigung von 90 <i>M</i> gewährt.
XIX	Aufseher	1300	3×150 u. 1×50	1800	zu XIX. Wegen freier Wohnung und Dienstkleidung gilt die Bemerkung zu XVIII. Diejenigen Aufseher, die mit Einkassierungsgeheimnissen betraut sind, erhalten 100 <i>M</i> Entschädigung für Kassenverluste, die bei Bemessung der Pension unberücksichtigt bleibt.
XX	Schuldiener	1100	4×100	1500	zu XX. Freie Wohnung nebst Heizung, Beleuchtung und Wasser wird mit 200 auf das Gehalt in Anrechnung gebracht.
XXI	Vollziehungs- beamte	1000	4×100	1400	zu XXI. Daneben nicht pensionsfähige Entschädigungen von 90 <i>M</i> für Dienstkleidung und 60 <i>M</i> für Kassenverluste. Die Vollziehungsbeamten erhalten neben ihrem Gehalte die festgesetzten Gebühren, welche letzteren bei Bemessung der Pension mit 1000 <i>M</i> in Anrechnung kommen.

4. In den vorstehenden Bemerkungen ist einerseits darauf hingewiesen, daß neben der Dienstwohnung regelmäßig auch der Bezug von Heizung, Licht und Wasser zugestanden wird, andererseits aber ausdrücklich hervorgehoben, daß die Vergütungen für Dienstkleidung und Rassenverluste wie bisher so auch künftig nicht pensionsfähig sein sollen. Um in dieser Beziehung etwaige Zweifel auszuschließen, wird es sich empfehlen, daß nachträglich auch bei den Bemerkungen zu den Abteilungen VII, X 1, 2 und 6 und XII 1 die Fassung gewählt wird:

„Daneben eine nicht pensionsfähige Entschädigung von 120 M für Rassenverluste.“

5. Ein im Laufe des verflossenen Sommers aus dem städtischen Dienste ausgeschiedener Beamter hat in der Annahme, der vorliegende Entwurf sei bereits genehmigt, die Auszahlung der Differenz zwischen dem ihm seinerzeit gewährten und demjenigen Gehaltsfusse gefordert, den der Entwurf vorsieht und zwar für die Zeit vom 1. April 1905 bis zum Tage des Ausscheidens aus dem städtischen Dienste. Es liegt nach der Ansicht des Magistrates überall kein Grund vor, derartige Forderungen zu bewilligen, und um etwaigen Weiterungen, die sich aus ihrer Geltendmachung ergeben könnten, vorzubeugen, dürfte sich folgende Zusatzbestimmung zu § 6 empfehlen:

„Auf Personen, welche zur Zeit des Erlasses dieses Statutes bereits aus dem städtischen Dienste ausgeschieden waren, finden die Vorschriften desselben keine Anwendung.“

Hiernach wird anheimgegeben, den vorerwähnten Aenderungen und Ergänzungen des Entwurfs zuzustimmen.

Namens der Statutenkommission berichtet über die Vorlage Herr Schöttler: Zu 1 der Vorlage findet sich nichts zu erinnern.

Zu 2. Zu der Beamten=Witwen= und Waisen=Versorgungsanstalt haben früher die Staatsbeamten und die städtischen Beamten Beiträge geleistet, während später diese Leistung aufgehört hat und der Staat das Witwengeld ohne weiteres zahlt. Nun ist es ganz klar, daß, wenn die Stadt die Zahl der Beamten vermehrt oder deren Bezüge verbessert, dem Staate nicht ohne weiteres die Verpflichtung erwachsen kann, die höheren Zuschüsse zu leisten, sondern daß eine Einigung zwischen Staat und Stadt wird erfolgen müssen. Ueber die Verteilung der Leistungen schweben Verhandlungen und es steht in Aussicht, daß die Sache demnächst gesetzlich geregelt wird. Der Magistrat will von uns weiter nichts, als daß wir erklären sollen, auch etwaige neue, infolge des zu erwartenden Gesetzes eintretende Lasten übernehmen zu wollen und die Kommission glaubt nicht, daß wir dadurch gehindert werden, unseren Beamten schon jetzt die Gehälter zu bewilligen, welche wir für sie in Aussicht genommen haben.

Zu 3. Die Statutenkommission muß auch zugestehen, daß der Dienst der Stadtdiener aufreibender ist, als der der Aufseher, denn erstere haben eigentlich keinen bestimmten Feierabend, sie müssen so lange in Bewegung bleiben, bis die sämtlichen Geschäfte erledigt sind. Mit Rücksicht darauf, daß die Versammlung selbst durch ihre Kommissionsberatungen und die Länge ihrer Verhandlungen wesentlich mit dazu beiträgt, daß diese Beamten sehr lange in Anspruch genommen werden, wird sie auch dem Antrage gern zustimmen. Hierdurch würde dann eine Teilung der Klasse XVIII eintreten.

Herr Jasper: Ich will dem Antrage nicht widersprechen, aber ich halte die vom Magistrate gegebene Begründung für irrig. Meiner Ansicht nach ist die Arbeitsleistung der Aufseher mindestens ebensoviele, wie die der Stadtdiener. Von der Stellung eines Antrages will ich absehen, weil ich bei der gegenwärtigen Haltung des Magistrates auf dessen Annahme nicht rechnen kann; ich halte es aber nur für eine Frage der Zeit, den anderen hier in Frage kommenden Kategorien städtischer Beamten die gleiche Gehaltserhöhung zukommen zu lassen. Wenn auf den späten Feierabend der Stadtdiener hingewiesen wird, so möchte ich demgegenüber auf die Arbeitszeit der Aufseher hinweisen, die bei weitem früher beginnt, als die der Herren Stadtdiener.

Zu 4 und 5. Herr Schöttler: Beide Anträge werden zur Annahme empfohlen.

Herr Esdorn: Ich möchte den Wunsch aussprechen, den Beamten nach Genehmigung des Statuts die Gehaltserhöhungen möglichst am 1. Februar auszusahlen.

Herr Oberbürgermeister Ketemeyer: Dem Wunsche kann nicht entsprochen werden. So lange das Statut nicht genehmigt worden ist, darf der Magistrat keine Zahlung leisten. Wir müssen jetzt erst noch einmal an das Herzogliche Staatsministerium berichten und können erst dann zahlen, wenn dessen Genehmigung eingegangen sein wird. Im übrigen hat die Versammlung schon früher beschlossen, die Aufbesserungen vom 1. April 1905 ab nachzuzahlen, so daß den Beamten aus der späteren Zahlung kein Verlust erwachsen kann.

Die Magistratsvorlage wird in allen Punkten gutgeheißen.

Herr Friede: Ich möchte mir die Anfrage erlauben, ob die Bautechniker Tappe, Wuß und Lüttge, die ihre Prüfung vor der Handwerkskammer abgelegt haben, in dieselbe Gehaltsklasse kommen können, wie diejenigen Beamten, welche ihre Prüfung an der Schule bestanden haben.

Herr Oberbürgermeister Ketemeyer: Wir werden mit diesen Beamten nach dem Statut verfahren. Danach haben sie den Anspruch nicht, weil sie eine Bau-gewerkschule nicht absolviert haben. Man kann nicht ohne weiteres sagen, daß, wenn hinterher vor der Prüfungsbehörde der Innung eine Prüfung abgelegt wird, damit dasselbe zu erreichen ist, als wenn, wie das Statut vorschreibt, eine Bau-

gewerkschule absolviert worden ist. Nach der genehmigten Bestimmung des Statuts kann indessen ein gewisser Teil der Beamten, der solche Schule nicht absolviert hat, dennoch in die betreffende Gehaltsklasse aufgenommen werden, jedoch kann ich im Augenblick keine Auskunft darüber geben, ob die drei Beamten darunter sein werden.

Herr Frühling: Es kommt häufiger der Fall vor, daß der einzelne Beamte gar nicht in der Lage gewesen ist, ein Examen abzulegen, wie es heute gefordert wird, weil damals die betreffenden Sachen noch gar nicht in den Schulen gelehrt wurden. Deshalb möchte ich bitten, auf solche Herren besondere Rücksicht zu nehmen, sofern sie dieselben Arbeiten verrichten können, wie diejenigen, welche ein Examen an der Schule abgelegt haben.

IX. Entlassung und Wahl eines Schätzers bei der Pferde-Aushebungskommission.

Der zum Schätzer bei der Pferde-Aushebungskommission gewählte Amtsrat Mylius hat gebeten, eine anderweite Wahl vorzunehmen, da er noch Pächter der Herzoglichen Domäne Bevern sei und das Amt deshalb nicht annehmen könne. Der Magistrat gibt anheim, über das Gesuch eine Entscheidung zu treffen und eventuell die Wahl eines andern Schätzers vorzunehmen.

Wie Herr Bues berichtet, befürwortet die Statutenkommission die Entlassung des Amtsrats Mylius und die Wahl des Rentners Eduard Bäsede.

Die Versammlung schließt sich dem Antrage an und wählt Herrn Bäsede zum Schätzer.

X. Festlegung der offenen Bauweise an verschiedenen außerstädtischen Straßen.

Nach dem Entwurfe des neuen Ortsbaustatuts kann von den städtischen Behörden mit Genehmigung des Herzoglichen Staatsministeriums für bestimmte Straßen, Straßenteile, Plätze und Teile von Plätzen, oder auch für einzelne Seiten von Straßen und Plätzen die offene oder die geschlossene Bauweise vorgeschrieben werden. Ob und inwieweit die Stadt von dieser Befugnis Gebrauch machen soll, wird von mancherlei Erwägungen namentlich auf hygienischem, finanziellem oder schönheitlichem Gebiete abhängig gemacht werden müssen. So viel läßt sich jedoch ohne tiefergehende Erörterung sagen, daß, wenn nicht bestehende Verhältnisse vollständig erschüttert werden sollen, bei einer entsprechenden Beschlußfassung in der Regel für die Innenstadt nur die geschlossene, für die Außenstadt einschließlich der Wallpromenaden nur die offene Bauweise in Betracht kommen kann. Soweit die erstere in Frage steht, dürfte nach der Ansicht des Magistrates ein Bedürfnis zur Fassung besonderer Beschlüsse nicht vorliegen. Anders liegt die Sache für die Außenstadt. In ihr ist, anscheinend in mißverständlicher Auslegung der Bauordnung, fast durchweg in Abständen gebaut; es ist aber anzunehmen, daß namentlich die zu erwartende Steigerung der Grundwerte mit der Zeit dazu führen wird,

auch hier mehr und mehr geschlossen zu bauen. Diese Wandlung ist im Interesse nicht nur vieler Einwohner, sondern auch der Stadt selbst zu wünschen, weil die offene Bauweise unzweifelhaft dazu beiträgt, einerseits die Kosten des Grunderwerbs sowie der Gebäude-Ausführung und -Erhaltung zu erhöhen, andererseits die Aufwendungen für die Anlage und Unterhaltung der Straßen, Kanäle, Gas- und Wasserrohre, der Beleuchtung u. zu steigern. Wenn hiernach gewichtige Gründe gegen die allgemeine Anordnung der offenen Bauweise sprechen, so ist doch auch nicht zu verkennen, daß deren völliges Verschwinden aufs höchste zu bedauern wäre, weil sie wesentlich dazu beiträgt, die Einführung von Licht und Luft in das Stadtgebiet zu erleichtern. Von dieser Erwägung ausgehend hält es der Magistrat mit dem Stadtbauamte für richtig, für einen Teil der außenstädtischen Straßen die offene Bauweise vorzuschreiben. Die hierzu am meisten geeigneten Straßen hat der Magistrat in einem Verzeichnisse zusammengestellt, das er mit dem Ersuchen vorlegt, sich damit einverstanden zu erklären, daß in den darin angeführten Straßen bis zu einer Grundstückstiefe von 15 m Gebäude nur in Abständen errichtet werden dürfen.

Herr Frühling: Die Baukommission steht mit dem Magistrat auf dem Standpunkte, daß es sich empfiehlt, keine Vorschrift in bezug auf die geschlossene Bauweise zu erlassen, während andererseits auch nicht empfohlen werden kann, wegen der offenen Bauweise eine Gesamtanordnung zu treffen, sondern daß man der Entwicklung ruhig zusehen soll. Es bleibt nun zu erwägen, inwieweit eine Auswahl unter den außenstädtischen Straßen hinsichtlich der obligatorischen Anordnung der offenen Bauweise zu treffen ist. Der Magistrat will sich dabei nach Möglichkeit an die Verhältnisse anschließen, wie sie sich hier entwickelt haben, so daß die Straßen, welche schon jetzt die offene Bauweise haben, sie auch beibehalten sollen. Die Baukommission tritt auch dafür ein, nur dort die offene Bauweise vorzuschreiben, wo die Verhältnisse es verlangen, im übrigen aber der Entwicklung freien Raum zu lassen. Darin liegt allerdings eine gewisse Gefahr für manchen Anlieger, weil in den Straßen, die nicht obligatorisch die offene Bauweise vorgeschrieben erhalten, bei dem Abbruch der alten Häuser geschlossen gebaut werden wird. Dadurch kann einem Anlieger, der offen gebaut hat und seitliches Licht besitzt, dieses Licht durch einen Nachbar, der geschlossen baut, fast ganz genommen werden. Deshalb ist die Baukommission der Meinung gewesen, daß es sich dabei um eine sehr schwerwiegende Frage handelt und es kaum möglich sein wird, hier im einzelnen festzusetzen, inwieweit die offene und inwieweit die geschlossene Bauweise festzulegen sein möchte. Nach der Ansicht der Kommission ist es vielmehr erforderlich, vor der Fassung eines definitiven Beschlusses die Vorschläge des Magistrates öffentlich auszulegen, damit die Anlieger die wichtige Frage in ihrem eigenen Interesse untersuchen und eventuell Einsprache erheben können, so daß hier und da noch eine

Änderung von der Versammlung beschlossen werden kann. Es handelt sich nun weiter darum, ob die Herren wünschen, daß ich die einzelnen Straßen jetzt vorlese. (Ruf: Nein!) Das ist auch wohl nicht nötig, weil der Magistrat die Auswahl derartig getroffen hat, daß sie den bestehenden Verhältnissen im allgemeinen Rechnung trägt und er sich darauf beschränkt hat, so wenig Straßen als möglich dem Zwange der offenen Bauweise zu unterwerfen. Der im Saale ausgehängte Plan zeigt die betreffenden Straßen. Die Baukommission empfiehlt also, der Magistratsvorlage unter dem Vorbehalt zuzustimmen, daß das Verzeichnis der betreffenden Straßen öffentlich bekannt gegeben und zusammen mit dem Plane öffentlich ausgelegt werde.

Herr Bürgermeister Meyer: Die Vorlage muß nicht als ein ganzes angesehen werden, das zu genehmigen oder abzulehnen ist, sondern die Versammlung kann beschließen, die eine oder andere Straße aus dem Verzeichnisse zu streichen oder ihm eine weitere Straße hinzuzufügen. Nun hat der Magistrat den Wunsch, dem Antrage der Baukommission gemäß zu beschließen, weil dann hinsichtlich der Straßen, gegen die Einsprachen nicht erhoben werden, die weitere Bearbeitung begonnen werden kann und von dem Augenblicke ab dort nicht mehr geschlossen gebaut werden darf. Soweit Einwendungen gegen einzelne Straßen erhoben werden, wird dann der Versammlung wieder eine Vorlage unterbreitet werden. Es kann übrigens auch der Anlieger einer außerstädtischen Straße, für die die offene Bauweise nicht vorgeschrieben ist, vorstellig werden, daß die betreffende Straße mit in das Verzeichnis möchte aufgenommen werden.

Herr Blasius: Ich kann mich mit dem Antrage des Magistrats und der Baukommission im Prinzipie einverstanden erklären, obwohl es sich hier um einen ungeheuer wichtigen Eingriff in die Rechte jedes Grundbesitzers handelt. Wenn der Herr Referent eine gewisse Sympathie für Reihenhäuser äußerte, so stehe ich dem gegenüber mehr auf dem Standpunkte, daß man einzelne Häuser bauen soll, wo es nur möglich ist. Was die Behandlung der Vorlage betrifft, so sollen wir durch Beschluß die Straßen mit offener Bauweise heute festsetzen und es den Anliegern überlassen, dagegen eventuell Einsprache zu erheben. Die Herren wissen doch aber, wie es mit derartigen Einsprachen zu gehen pflegt: die Mehrzahl davon wird abgelehnt, und ich habe es nur selten erlebt, daß eine Einsprache einmal berücksichtigt wäre. Deshalb möchte ich mir den Vorschlag erlauben, heute über den Antrag noch nicht zu beschließen, sondern den Magistrat zu ersuchen, die Vorlage zunächst allgemein zu veröffentlichen und abzuwarten, welche Wünsche auf Änderung die Anlieger äußern, um sodann nach Bekanntgabe dieser Wünsche einen Beschluß zu fassen.

Herr Lübke: Ich habe die Vorlage in verschiedenen Sitzungen im Stadtbauamte mit beraten. Leider konnte ich gestern an der entscheidenden Sitzung der

Baukommission nicht teilnehmen, sonst hätte ich dort schon einen Antrag im Sinne des Herrn Blasius eingebracht. Mir selbst ist eigentlich erst vorgestern ein gewichtiges Bedenken gegen die jetzige Vorlage gekommen, daß nämlich in den Stadtteilen, wo teils offene, teils geschlossene Bauweise gestattet sein soll, die Möglichkeit vorhanden ist, daß drei bis vier Häuser villenartig hergestellt werden, während der nächste Nachbar einen Mietskasten mit kahlem Giebel oder hoher Brandmauer daneben setzt. Die Folge davon wird sein, daß das Aussehen unserer Stadt durch das Nebeneinander von Villen und kahlen Brandmauern in wenigen Jahren fürchterlich werden wird. Um das zu vermeiden, möchte ich anregen, noch einen Zusatz anzunehmen, daß dort, wo der eine Nachbar offen gebaut hat, auch der nächste Nachbar gezwungen sein soll, an der gemeinsamen Grenze wieder offen zu bauen und umgekehrt. Durch einen solchen Zusatz würden wir verhüten, daß ganze Stadtteile ein wüßtes Bild erhielten. Im Interesse des ganzen wäre es aber richtig, heute einen Beschluß noch nicht zu fassen, sondern uns und auch der Bürgerschaft eine gewisse Bedenkzeit zu setzen.

Herr Frühling: Mit den Vorrednern stimme ich insofern überein, als auch ich der Meinung bin, daß es sich hier um eine sehr wichtige Sache handelt. Die Auffassung des Herrn Blasius, daß ich für Reihenhäuser eingetreten sei, widerspricht der Auffassung des Herrn Bürgermeisters Meyer, der angenommen hatte, ich befürwortete hauptsächlich die offene Bauweise. (Heiterkeit.) Ich habe weder die eine noch die andere Bauweise bevorzugen, sondern nur zum Ausdruck bringen wollen, daß es für die Bauenden eine ungeheuer schwierige Sache ist, an einer Straße zu bauen, für die die offene Bauweise nicht vorgeschrieben ist.

Die Baukommission ist auch der Meinung gewesen, daß den Bürgern Zeit gegeben werden müßte, sich über die Absicht der städtischen Behörden zu äußern, weshalb wir vorgeschlagen haben, das Verzeichnis und den Lageplan öffentlich auszulegen. Wir haben nur gebeten, schon heute einen Beschluß zu fassen, weil es sich um verhältnismäßig wenige Straßen mit offener Bauweise handelt und man eher auf eine Erweiterung, als auf eine Verminderung der Straßenzahl eingehen würde. Wenn jetzt aber eine offene Diskussion unter den Anliegern hervorgerufen werden soll, so werden wir damit nicht recht vorwärts kommen, deshalb müssen wir erst einmal beschließen, was wir beabsichtigen. Die Namen der betreffenden Straßen hier vorzulegen hat auch keinen Zweck, da es sehr wohl möglich ist, daß man sich bei einem Teile einer Straße, z. B. der Adolfsstraße für die offene und bei dem anderen Teile für die geschlossene Bauweise erklären kann. Um erst einmal eine Grundlage zu schaffen, empfiehlt es sich, dem Antrage der Baukommission zuzustimmen.

Herr Bürgermeister Meyer: Daß die Sache schwierig ist, muß anerkannt werden, denn das Stadtbauamt hat sich in etwa 10 und der Magistrat in 3 bis 4 Sitzungen damit beschäftigt. Andererseits kann ich aber die Bedenken der Herren

nicht als zutreffend anerkennen, insbesondere auch die von Herrn Lübke vorgetragenen Bedenken nicht. Der Wunsch des Herrn Lübke würde sich nur durch eine Aenderung des Ortsbaustatuts ermöglichen lassen und daran werden wir doch wohl nicht denken, ich möchte deshalb bitten, auf die geäußerten Wünsche nicht einzugehen. Die Anlieger werden auch nicht mehr und kräftiger auf die Sache hingewiesen, wenn die Beschlußfassung heute ausgesetzt wird. Die Beschlüsse, die eine Aenderung des Ortsbauplanes betreffen, sind nicht weniger wichtig, als der hier zu fassende Beschluß, und gleichwohl beschließt die Versammlung, ohne die Interessenten gehört zu haben. Die Anlieger haben hinterher Zeit genug, ihre etwaigen Einsprachen geltend zu machen und diese Einsprachen werden der Versammlung dann unterbreitet werden. Weshalb sollen wir hier von dem stets geübten Verfahren abweichen? Vorberaten ist die Sache gründlich und die Gründlichkeit wird nicht dadurch erhöht, daß die Vorlage den Interessenten vor der Beschlußfassung bekannt gegeben wird. Wenn die Straßen vorher bekannt gegeben werden, kommen von den Anliegern aller Straßen so viele Einwendungen, daß man nicht mehr durchfinden kann. Das Ortsbaustatut hat auch Bestimmung getroffen, daß trotz der Festlegung der offenen Bauweise für bestimmte Straßen einzelne Gruppen geschlossen bebaut werden können.

Herr Rathe: Als wir vor mehreren Jahren anfangen, das Ortsbaustatut zu beraten, war ich der Ansicht, daß wir so schnell wie möglich die Straßen festlegen müßten, in denen offen gebaut werden soll, weil ich die vielen Unzuträglichkeiten bemerkte, die durch den Mangel der Vorschrift entstanden. Um so erfreuter war ich, daß das Ortsbaustatut nun endlich genehmigt war und wir diese Vorlage erhielten. Noch lieber hätte ich allerdings gesehen, wenn wir die Vorlage schon vor Jahr und Tag bekommen und wir sie gründlich hätten prüfen können. Wie die Verhältnisse heute liegen, bitte ich um Annahme des Kommissionsantrages.

Herr Sander: Ich bin kein prinzipieller Gegner der Vorlage, kann mich aber bei deren Wichtigkeit nicht entschließen, schon heute dafür zu stimmen. Da uns die Vorlage nicht gedruckt zugegangen ist, möchte ich ersuchen, von einer Beschlußfassung heute abzusehen und die Vorlage zunächst vervielfältigen und veröffentlicht zu lassen.

Herr Bürgermeister Meyer: Nach den Ausführungen des Herrn Sander würde es genügen, die Beschlußfassung heute auszusetzen und zunächst die Vorlage zu vervielfältigen. Da es sich hier um öffentliche und nicht um Privatinteressen handelt, so bitte ich, den Antrag Blasius nicht anzunehmen. Wenn wir die Aenderungen des Ortsbauplanes jedesmal vor der Beschlußfassung bekannt geben würden, erhielten wir so viele Einsprachen, daß wir nicht vom Flecke kämen.

Herr Esdorn: Ich schließe mich den Ausführungen des Herrn Sander an und bitte, heute von einer Beschlußfassung abzusehen.

Herr Meyerhoff: Ich habe mich nur schwer entschließen können, der Vorlage zuzustimmen, aber ich weiß nichts Besseres an deren Stelle zu setzen. Wenn wir heute keinen Beschluß fassen, so werden Einreden massenhaft einlaufen. Bei 100 Straßen können wir wenigstens auf 90 Einreden rechnen. Wenn wir heute von einer Beschlußfassung absehen, so ist auch Gefahr im Verzuge. Wie mir heute mittag bekannt geworden ist, liegt nämlich schon der Fall vor, daß ein Haus abgerissen worden ist, das den nötigen Grenzabstand von 4 m gehabt hat und das nun an der Grundstücksgrenze wieder aufgebaut werden soll, wodurch der Nachbar im Dunkeln sitzt. Treffen wir heute die festen Bestimmungen nicht, so sind wir auch nicht in der Lage, sachgemäß zu prüfen, ob die offene Bauweise zuträglich ist oder nicht. Die Einreden können auch nach der Beschlußfassung noch wohlwollend geprüft werden. Als Vorsitzender des Grundbesitzervereins habe ich nicht den einzelnen Grundbesitzer, sondern die große Menge der Grundbesitzer zu schützen.

Herr Blasius: Ich habe nur das beantragt, was auch Herr Bürgermeister Meyer empfohlen hat und wünsche nur, daß außerdem auch die Namen der betreffenden Straßen und Plätze publiziert werden. Man kann damit nicht die Abänderung des Ortsbauplanes an einer Stelle vergleichen, da es sich hier um mehr als hundert Straßen handelt, deren Interessen in Frage stehen.

Herr Rathe: Der Antrag der Baukommission ist so genau erwogen und besprochen, daß ich nur dringend um dessen Annahme bitten kann. Die Sache hat Eile und darf nicht bis in alle Ewigkeit verzögert werden.

Herr Frühling: Die Sache hat allerdings Eile und darf nicht auf die lange Bank geschoben werden. Die Straßen, für die jetzt die offene Bauweise vorgeschrieben werden soll, besitzen diese Bauweise schon, so daß kein Unglück mit der Vorschrift angerichtet werden kann. Wir wollen nur verhindern, daß an diesen Straßen in der Zwischenzeit geschlossen gebaut werden kann.

Bei der nun folgenden Abstimmung beschließt die Versammlung mit 15:14 Stimmen die Beschlußfassung für heute auszussetzen, um zunächst eine Vervielfältigung des Straßenverzeichnisses vornehmen zu lassen.

XI. Aufstellung von zwei Gaslaternen.

Die Versammlung wird ersucht, zu genehmigen, daß an der Ostseite der Andreaskirche und an der verlängerten Karlstraße je eine Gaslaterne angebracht wird.

Auf Empfehlung der Finanzkommission, für die Herr Schmidt berichtet, stimmt die Versammlung dem Antrage zu.

XII. Projekte über die bessere Beleuchtung des Friedrich-Wilhelmsplatzes.

In der Sitzung vom 24. August 1905 — Seite 177 des Berichtes — wurde der Magistrat um eine bessere Beleuchtung der Stadt, zunächst des Friedrich-Wilhelms-

platzes, ersucht, woraufhin verschiedene Projekte ausgearbeitet worden sind, deren Kosten aus folgender Zusammenstellung zu ersehen sind:

	Lichtstärke	Anlagekosten rund M	Betriebskosten gegen die jetzige Anlage M
I. Projekt für eine elektrische Beleuchtung mittels Hochmast- Bogenlampen für 15 Amp.	4800	1000	4144
II. Projekt für eine elektrische Beleuchtung mittels Hochmast- Bogenlampen für 15 Amp., zusammenwirkend mit der jetzigen (durch Brenner verstärkten) Gasbeleuchtung derart, daß die elektrische Beleuchtung um 1½ Uhr nachts verlißt, die Gasbeleuchtung weiter wirkt	4400 bis 1½ Uhr nachts	2200	2427
III. Projekt für eine Gasbeleuchtung durch Hochmast-Gaslampen mit teilweiser Benutzung der jetzigen Gasbeleuchtung .	3700	2500	2446
IV. Projekt für eine Beleuchtung durch die jetzt vorhandene, durch Vermehrung der Brenner und Hinzufügung neuer Laternen wesentlich verstärkte Gasbeleuchtung	3420	1776	2535

Die Betriebskosten der jetzigen Anlage betragen für 18 Brenner 1210 M und deren Lichtstärke beläuft sich auf 1080 Kerzen.

Da mit Gewißheit anzunehmen ist, daß nach der verstärkten Beleuchtung des Friedrich-Wilhelmsplatzes bald das Verlangen nach einer solchen der ganzen Stadt, insbesondere der übrigen Plätze folgen wird, so bringt der Magistrat das letzte Projekt in Vorschlag. Dieses Projekt wird in der Anlage billiger, im Betriebe nicht teurer, bei Fortfall der vier Laternen am Maste der Lucaslampe, oder wenn von 1½ Uhr nachts ab die Hälfte der Brenner gelöscht wird, sogar wesentlich billiger (nämlich 2100 M) als die anderen Projekte; dabei entspricht es den finanziellen Interessen der Stadt, da es das Interesse der Gasanstalt fördert, und auch die dreifache Lichtstärke der jetzigen Beleuchtung bietet. Die Versammlung wird ersucht, diesem Projekt zuzustimmen.

Namens der Finanzkommission berichtet über die Vorlage Herr Lord: Es ist ohne weiteres anzuerkennen, daß die vom Magistrate für das Projekt IV gegebenen Begründungspunkte im allgemeinen zutreffend sind. Es ist auch möglich, ich will aber nicht hoffen wahrscheinlich, daß der Staat, welcher zu den Kosten der Stadtbeleuchtung im Verhältnis von 350:1000 beiträgt, für eine derartige splendide Beleuchtung des Platzes einen Beitrag nicht wird leisten wollen. Trotzdem schlägt Ihnen die Mehrheit der Finanzkommission vor, nicht das Projekt IV, sondern das Projekt I zu genehmigen, jedoch mit der Einschränkung, daß die Dauer der elektrischen Beleuchtung nur bis nachts 1½ Uhr währen soll und dann die bisherige Beleuchtung eintritt. Die Betriebskosten würden bei einer Lichtstärke von 4800 Kerzen 3385 M betragen und würden demnach um 850 M teurer sein, als bei dem vom Magistrate vorgeschlagenen Projekt IV.

Was die Gründe der Mehrheit anlangt, so heißt es nicht den Tatsachen Zwang auferlegen, wenn ich behaupte, daß damals, als die Versammlung die Zustimmung zur besseren Beleuchtung des Friedrich-Wilhelmsplatzes aussprach, sie nicht eine bessere Beleuchtung im Sinne des Magistratsantrages wünschte, sondern daß sie eine moderne reklamehafte Beleuchtung erstrebte. Diese Beleuchtung liegt auch in der Tat im Interesse der Stadt. Es geht einer Stadt genau so wie dem einzelnen Bürger. Jahrzehntelang haben sich unsere Geschäftsleute dagegen gestraubt, durch Reklame ihre Verhältnisse zu verbessern, jahrzehntelang haben sie sich gegen die Benutzung moderner Einrichtungen ablehnend verhalten und jetzt sind Hunderte von ihnen genötigt gewesen, zu der elektrischen Beleuchtung überzugehen, um hinter der Mehrheit nicht zurückzubleiben. So geht es dem Stadtwesen auch: wir sind von rechts und links hinsichtlich der Beleuchtungsart der Stadt überflügelt worden. In der Finanzkommission wurde auch der Einwurf gemacht, daß durch die Einführung der elektrischen Straßenbeleuchtung kein einziger Fremder mehr hierherkommen würde. Das ist zuzugeben, aber wir wollen auch mit unserm Antrage nur bezwecken, daß die Fremden nicht auswärts erzählen sollen, Braunschweig sei in Fragen der Beleuchtung wesentlich zurückgeblieben hinter den benachbarten Städten, ja fast des ganzen Landes. Es handelt sich deshalb darum, ein nobile officium der Stadt zu erfüllen in Rücksicht auf Größe, Bedeutung und Umfang gegenüber den anderen Städten.

Das mir zugegangene Material war anfänglich sehr dürftig, es bestand nur aus der Vorlage. Deshalb war es mir sehr interessant, zehn Minuten vor Beginn des Referats noch einen Altenstoß zu erhalten, aus dem die Stellung der Deputation der Lichtwerke hervorgeht. Sie hat die Anfrage erhalten, welchem Projekte sie zustimmen wolle, und alle fünf Mitglieder haben sich für die elektrische Beleuchtung des Platzes erklärt, davon waren zwei für die elektrische Beleuchtung während der ganzen Nacht, zwei für das von mir vorgeschlagene Projekt, und ein

Mitglied, nämlich der Dezerent des Magistrates, stimmte für die elektrische Beleuchtung während der ganzen Nacht, mindestens jedoch für die Beleuchtung nach Projekt II. Diese Stellungnahme der Deputation hat mich recht sicher gemacht, daß ich mit meinem Antrage nicht auf ganz falschem Wege bin, zumal ich auch in der Finanzkommission eine Mehrheit für den Antrag gefunden habe.

Was die Finanzfrage betrifft, so ist es wahr, die Verhältnisse der Stadt sind mißlich, und niemand dürfte berufener sein, die Natur der gegenwärtigen Zustände zu beurteilen, als die Finanzkommission. Wenn wir aber bedenken, daß unsere Lichtwerke eine steigende Tendenz zeigen und wir dort mit fortwährend steigenden Abschüssen zu tun haben, wir auch aus den Ueberschüssen des elektrischen Lichtwerkes eine Einnahme erzielen, und der Ahtuhr-Ladenschluß fast gar keinen Einfluß auf den Gasverbrauch ausgeübt hat, indem jetzt schon wieder mehr Gas verbraucht worden ist, als in der gleichen Zeit des Vorjahres, so läßt sich daraus schließen, daß die Intradan aus dem Lichtwerke wieder steigen werden. Einen Teil dieser Intradan für moderne Beleuchtung aufzuwenden erscheint gerechtfertigt. Das elektrische ist das Licht der Gegenwart und für absehbare Zeit auch der Zukunft, deshalb müssen wir mit der elektrischen Beleuchtung des Friedrich-Wilhelmsplatzes anfangen. Ich empfehle, dem Beschlusse der Finanzkommission zuzustimmen.

Herr Stadtrat Lange: Als Referent des Magistrates befinde ich mich hier in einer eigenen Lage. Ich bin Mitglied der Deputation und soll die Magistratsvorlage verteidigen, obwohl, wie der Herr Berichterstatter schon mittheilte, die ganze Deputation sich dagegen erklärt hat. Die Deputation hat die Aufgabe, dafür zu sorgen und dahin zu streben, daß die Beleuchtung der Stadt eine möglichst gute wird. Nachdem nun der Antrag von der Versammlung eingegangen war auf bessere Beleuchtung des Friedrich-Wilhelmsplatzes resp. der ganzen Stadt, war es Aufgabe der Deputation, eine möglichst gute, ja möglichst die beste Beleuchtung zu empfehlen. Da nun zweifellos die elektrische Beleuchtung die beste, aber auch die teuerste Straßenbeleuchtung ist, so hat die Deputation dieser zugestimmt. Der Magistrat dagegen hat auch noch andere Gesichtspunkte zu berücksichtigen und zwar in erster Linie die finanzielle Frage und er hat sich gesagt: wenn die Sache am Friedrich-Wilhelmsplatze anfängt, so wird zweifellos bald die ganze Stadt nach besserer Beleuchtung schreien. Da es ihm aber sehr zweifelhaft erscheint, ob er ein derartiges Vorgehen würde verantworten können und es ihm lieber ist, eine Beleuchtung zu nehmen, die er aus seinen eigenen Mitteln bestreiten kann, so ist er auf die reine Gasbeleuchtung gekommen. Dabei würden wir uns allerdings im Interesse der Stadt am besten stehen. Wenn der Magistrat erklärt, es werde bei dem Projekte IV eine dreimal bessere Beleuchtung erzielt, als sie jetzt vorhanden ist, so hat er geglaubt, damit den Wünschen der Versammlung in jeder Beziehung am besten entsprechen zu können. Sofern die Herren aber eine Reklame-Beleuchtung

haben wollen, dann nehmen Sie die elektrische Beleuchtung; jedoch hat der Magistrat es nicht als seine Aufgabe erblickt, von dieser Forderung auszugehen. Aus diesen Gründen heraus ist der Magistrat zu dem Entschlusse gekommen, das Projekt IV zur Annahme zu empfehlen, und dieses Projekt erfordert gegenüber der jetzigen Beleuchtung an Betriebsmehrkosten 2100 M., während das Projekt I an Mehrkosten 3385 M. beansprucht, sofern um 1½ Uhr nachts die Beleuchtung nach beiden Projekten entsprechend eingeschränkt wird.

Herr Kalms: Es hat sich wohl niemand mehr gefreut über die Tendenz der Vorlage als ich, und ich möchte auch meiner Freude Ausdruck geben über den Vortrag des Herrn Lord. Wenn wir den in der Finanzkommission vertretenen Standpunkt teilten, daß die elektrische Beleuchtung des Plazes Luxus sei, so müßten wir uns allerdings auf den Standpunkt des Magistrates stellen, aber sehen Sie sich doch in anderen Städten um, weshalb gehen die mit? Keine einzige ist zurückgeblieben, alle haben aus Rücksichten der Reklame elektrische Straßenbeleuchtung angelegt. Ich habe Gelegenheit genug gehabt, von Herrschaften, die Braunschweig als dauernden Aufenthalt wählen wollten, zu hören, daß ihnen der Mangel elektrischer Straßenbeleuchtung aufgefallen sei. Es heißt immer: in Hannover ist was los; da ist aber nicht mehr los als hier, wir haben hier gute Theater, Konzerte, Varietés zc. genau so wie in Hannover, aber man zieht dieses vor, weil man dort auch abends in den Straßen mehr spazieren gehen kann (Peiterkeit), während es in Braunschweig kein Vergnügen ist, sich nach 8 Uhr auf der Straße aufzuhalten. Wenn man aber bei dem elektrischen Lichte von einem Luxus redet, so möchte ich wissen, weshalb nicht auch hier im Rathause die Gasbeleuchtung eingeführt worden ist, da man hier das Sparamkeitssystem zuerst hätte anwenden müssen.

Es erscheint durchaus nötig, dahin zu wirken, daß unsere Gewerbetreibenden weiter kommen und daß deren Einkommen nicht, wie die Steuereinschätzungen leider befunden, zurückgehen. Auch der Staat hat ein Interesse daran, daß die Einwohnerschaft ordentlich verdient, weil sie dann höhere Steuern bezahlen kann; der Staat kann also recht gut auch einen Zuschuß zu der besseren Beleuchtung geben. Die Lichtstärke des Gases wird wohl regelmäßig ausgerechnet, aber ein Lichteffect kann nur von elektrischen Vogenlampen erzielt werden. Ich möchte bitten, den Antrag der Finanzkommission anzunehmen.

Herr Esdorn: Seit Jahren ertönt in der Bürgerschaft der Ruf nicht nur nach mehr Licht, sondern auch nach elektrischem Licht zur Straßenbeleuchtung. Gerade der Friedrich-Wilhelmsplatz ließ sich, wie wir alle wahrgenommen haben, sehr schlecht mit Gas beleuchten, und es wird sich nur mit elektrischen Vogenlampen eine Besserung erzielen lassen. Deshalb ersuche ich ebenfalls um Annahme des Kommissionsantrages.

Herr Schöttler: Der Herr Referent hat die Sache sehr richtig charakterisiert. Es handelt sich nicht darum, auf dem Friedrich-Wilhelmsplatz besser sehen zu wollen, denn man kann da vollauf genug sehen, sondern die Minderung soll des Lichteffectes wegen getroffen werden. Unter diesen Verhältnissen darf aber nur das Projekt I genommen werden, da das Geld für das Projekt IV zum Fenster hinausgeworfen sein würde. Dieses Projekt ist mir zu teuer, weil es keinen Zweck hat. Es wurde auch behauptet, daß die allgemeine Beleuchtung unserer Straßen schlecht wäre und zwar viel schlechter als in anderen Städten. Dem muß ich widersprechen. Als Mitglied der Deputation habe ich in fremden Städten seit Jahren auf deren Beleuchtung geachtet, und ich muß sagen, daß die allgemeine Beleuchtung bei uns durchweg ebenso gut ist, wie anderwärts. Der Unterschied liegt nur darin, daß wir die Lichteffecte anderer Städte nicht haben. In anderen Städten finden Sie zwei oder drei Straßen, die überflüssig viel Licht haben, während alle anderen Straßen dagegen erheblich abfallen. Bei uns ist aber die Straßenbeleuchtung eine gleichmäßigere, und auch in unserer Außenstadt finden Sie durch die Bank eine anständige Beleuchtung. Mangelhaft wird sie erst da, wo die Gasleitung noch fehlt und die Delbeleuchtung an die Reihe kommt. Wenn Sie nun ferner berücksichtigen, was für eine ungeheuer ausgedehnte Außenstadt wir gegenüber anderen Städten haben, so können Sie von einer schlechten Beleuchtung wirklich nicht reden. Wir besitzen nur keinen Punkt in der Stadt, an dem ein großer Lichteffect erzielt wird.

Nach einer kurzen Bemerkung des Herrn Lord wird sodann der Antrag der Finanzkommission angenommen.

XIII. Ausbau u. der projektierten Straße Nr. 58.

Die zunehmende Bebauung des östlich des Hagenringes zwischen der Kaiser-Wilhelmstraße und der Heinrichstraße liegenden Geländes läßt den wiederholt geäußerten Wunsch der Bewohner jenes Stadttheiles auf Ausbau der projektierten Straße Nr. 58 (Verbindungsstraße zwischen Wiesen- und Moonstraße) gerechtfertigt erscheinen. Der Magistrat hat deshalb mit dem Eigentümer des zur Straße erforderlichen Terrains, dem Bauunternehmer Heinrich Wulke, einen Vertrag abgeschlossen, durch den das Areal unter Zugrundelegung eines Einheitspreises von 17,85 M. zu insgesamt 29595 M. 30 S. an die Stadt verkauft und Herr Wulke gegen die stadtseitige Zusage, den Ausbau der Straße nicht später als am 15. April d. Js. zu beginnen, verpflichtet wird, die auf 17510 M. veranschlagten Straßenbaukosten von Beginn des Straßenbaues an auf ein halbes Jahr unverzinslich vorzuleihen. Dem Ersuchen des Magistrates, den Vertrag nebst dem Projekte zu genehmigen und auch zuzustimmen, daß die projektierte Straße Nr. 58 zur Ortsstraße erklärt werde,

entspricht die Versammlung, nachdem Herr Rathe die Vorlage namens der Baukommission zur Annahme empfohlen hatte.

XIV. Vereinbarung mit einem Anlieger der projektierten Straße Nr. 52.

Wegen des in die projektierte Straße Nr. 52 (Verbindungsstraße zwischen Kastanienallee und Marienstraße) fallenden Teiles des an der Kastanienallee gelegenen Grundstücks des Kreiszimmermeisters Göcke ist bekanntlich das Enteignungsverfahren eingeleitet worden. Das im Laufe desselben von den Sachverständigen der Herzoglichen Landesökonomie-Kommission erstattete Gutachten erstreckt sich lediglich auf die Werthschätzung des Grund und Bodens, während die Werte der Einfriedigungen und der gepflasterten Zufahrt von ihnen bislang nicht geschätzt worden sind, weil beide Sachen bei Beginn der Tätigkeit der Sachverständigen schon stadtfseitig entfernt waren. Der Magistrat hat deshalb geglaubt, durch freie Vereinbarung mit dem Expropriaten diese Werte feststellen zu sollen und hat mit Herrn Göcke eine Entschädigung von zusammen 508,66 M vereinbart. Dem Antrage auf Genehmigung dieses Abkommens

stimmt die Versammlung auf Befürwortung der Baukommission, für die Herr Meyerhoff berichtet, zu.

XV. Anfrage Stegmann: Fortführung der Arbeiten an dem Schulbau der Hildesheimerstraße.

Die Anfrage lautet:

„Aus welchen Gründen ruht die Arbeit am Schulhausneubau an der Hildesheimerstraße fast gänzlich? Ist es nicht möglich, die Arbeiten in vollem Umfange aufzunehmen, damit die Arbeitslosigkeit etwas verringert wird und der Bau nicht allzusehr unter den Einflüssen der feuchten Witterung leidet?“

Herr Stegmann (zur Begründung): Seit fünf bis sechs Wochen ruht die Arbeit an der Schule fast gänzlich und nur vier oder fünf Mann arbeiten daran. Es ist das um so verwunderlicher, als die Krisis und die Arbeitslosigkeit schon im vergangenen Sommer herrschten, die Arbeiter also mit vieler Not zu kämpfen hatten. Außerdem ist jetzt die Witterung so günstig, daß ich nicht begreifen kann, weshalb die Arbeit nicht beschleunigt wird. Der Magistrat hat bei früherer Gelegenheit auch wiederholt erklärt, daß alles mögliche getan werden solle, um die Arbeit an der Schule zu beschleunigen und die Arbeiter dort zu beschäftigen. Ferner ist es mir unbegreiflich, warum nicht der Bau des Bedellenhauses in Angriff genommen ist, da zehn bis zwölf Mann daran beschäftigt werden könnten. Für den Bau selbst ist es auch nicht gut, daß die Arbeit daran im Winter ruht, denn wenn die

Mauern auch abgedeckt sind, so werden sie bei den fortgesetzten Niederschlägen doch geschädigt und können nicht so leicht wieder getrocknet werden.

Herr Oberbürgermeister Ketemeyer: Dem Magistrate ist nichts darüber bekannt, daß die Arbeit auf dem Baue ruht. Als ich vor etwa drei Wochen dort war, wurde fleißig gearbeitet, so daß die Arbeit unmöglich schon fünf bis sechs Wochen ruhen kann. Wenn die Herren derartige Fragen an den Magistrat stellen wollen, dann bitte ich wiederholt, dem Magistrate vorher Mitteilung davon zu machen, damit er sich informieren kann. Ich kann die vorliegende Frage heute nicht beantworten und muß die Beantwortung bis zur nächsten Sitzung verschieben.

XVI. Hundesteuer-Erlaßgesuch.

Der Schießbudenbesitzer Fritz Chambo hat um Erlaß der Steuer für seinen Hund gebeten, da er dessen notwendig bedürfe und er nur einige Monate im Jahre sich hier aufhalte. Der Magistrat erklärt sich außerstande, das Gesuch zu befürworten.

Auf Empfehlung der Statutentkommission, für die Herr Bues berichtet, wird das Gesuch abgelehnt,

und darauf die Sitzung geschlossen.

Dauer von 4 bis 8 Uhr.

1905/1906.Nr. 13.

B e r i c h t

über die

Verhandlungen der Stadtverordneten zu Braunschweig

in deren Sitzung am 15. Februar 1906.



Tagesordnung:

I.	Festlegung der offenen Bauweise an verschiedenen außenstädt. Straßen . . .	Seite 448
II.	Anderweite Beleuchtung des Friedrich-Wilhelmsplatzes	" 452
III.	Antrag Wiehle: Lohnbewegung der Gasarbeiter	" 453
IV.	Erweiterung der städtischen Bürgerschulen	" 483
V.	Anschaffung zweier Rechenmaschinen	" 484
VI.	Feuerungszulage für städtische Bedienstete	" 484
VII.	Errichtung einer zweiten Haushaltungsschule	" 485
VIII.	Kanalisierung einer Strecke des Münzgrabens	" 485
IX.	Entfernung von Bäumen an der Husarenstraße	" 486
X.	Erwerb einer Grundfläche zur verlängerten Wabestraße	" 487
XI.	Unterstützung des Schweesternhauses vom Roten Kreuz	" 487



Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister Ketemeyer, Bürgermeister Meyer und Stadträte von Frankenberg, Seele, Wagner und Lange.

Entschuldigt die Herren Buchler und Schöttler.

Der Vorsitzende, Herr Wolff, eröffnet die Sitzung und gibt zunächst bekannt, daß eine Eingabe verschiedener Arbeiter und hiesiger Bürger eingegangen sei, die um Schaffung von Arbeitsgelegenheit bitte. Da der Eingabe praktischer Erfolg nicht gegeben werden könne, so werde sie zu den Akten genommen.

Hierauf wird in die Tagesordnung eingetreten.

I. Festlegung der offenen Bauweise an verschiedenen außerstädtischen Straßen.

Namens der Baukommission berichtet über die Vorlage Herr Frühling: Indem ich auf die Verhandlungen in der vorigen Sitzung — Seite 433—438 des Berichtes — bezugnehme, möchte ich nur noch hervorheben, daß bei Annahme der Magistratsvorlage die Angelegenheit keineswegs als abgeschlossen zu betrachten ist. Es soll durch die Vorlage anderen Straßen nicht etwa die Möglichkeit genommen werden, in Abänderung ihres gegenwärtigen Zustandes, die Einführung der offenen oder der geschlossenen Bauweise zu beantragen, sondern die Interessenten sollen, sofern sie sich im ganzen oder in der Hauptsache einigen, auch nach Annahme der Vorlage das Recht behalten, entsprechende Wünsche zu äußern, die dann der Versammlung zur Beschlußfassung vorgelegt werden. Die Baukommission empfiehlt Ihnen, mit der Festlegung der Straßen nicht erst zu warten, bis solche Wünsche hervortreten und auch nicht zu verlangen, daß über jede einzelne in dem vom Magistrate vorgelegten Verzeichnisse enthaltene Straße eine Beratung stattfindet, weil das zu lange Zeit erfordern würde. Wenn das verlangt werden sollte, so müßte das Verzeichnis nicht nur straßenweise, sondern sogar grundstücksweise durchgegangen werden, und es müßten nicht nur die Wünsche der Stadtverwaltung, sondern auch der einzelnen Anlieger gehört werden. Notwendig ist es aber, wenn wir den Charakter der Hauptstraßen erhalten wollen, die Vorlage anzunehmen. Eine Härte liegt in der Durchführung der Vorlage nicht, weil überall die offene Bauweise schon vorhanden ist und es sich nur darum handelt, den bestehenden Zustand festzulegen. Die Baukommission hat die inzwischen jedem Mitgliede der Versammlung zugegangene Vorlage nochmals beraten und hat auf Grund dieser Beratung Ihnen dasselbe zu empfehlen, was schon in der vorigen Sitzung empfohlen worden ist, nämlich den Antrag des Magistrates unter dem Vorbehalte anzunehmen, daß das Verzeichnis der Straßen mit offener Bauweise öffentlich bekanntgegeben und zusammen mit dem Plane öffentlich ausgelegt werde. Es

würde also dasselbe Verfahren einzuschlagen sein, was bei der Festlegung der Ortsstraßen beobachtet wird.

Auch der Architekten- und Ingenieur-Verein hat sich mit dieser Sache eingehend beschäftigt, und ist dort die Wichtigkeit der Frage sowie das hohe Interesse, welches die Oeffentlichkeit daran nimmt, gewürdigt worden. Der Verein hat direkt Stellung zu der Sache genommen und hat sich auch mit einem Antrage an den Magistrat gewandt, in dem er ersucht, die Vorlage erst einmal durchzuführen, damit die Straßen nicht fortwährend in Gefahr schweben, eine Durcheinanderwürfelung der offenen und der geschlossenen Bauweise sich gefallen lassen zu müssen. Der Antrag stellt sich allerdings prinzipiell auf den Standpunkt, daß es nicht zulässig sei, solche Vorschriften nur für einzelne Straßen zu geben und die Bauweise bei den übrigen in das Belieben der Anlieger zu stellen, sondern es sei richtig, bestimmte Vorschriften für alle Straßen zu geben. Der Verein hat sich auch erboten, an einem derartigen Plane mitzuarbeiten. Hiermit haben wir uns indessen heute noch nicht zu befassen. Durch die Annahme der Vorlage wird also die Sache nicht zur Ruhe kommen, sondern sie wird aus dem Kreise der Interessenten heraus und durch die Bearbeitung der Frage von künstlerischem Interesse aus weiter gefördert werden, während die Willkür in der Bauweise an den betreffenden Straßen fortfallen wird. Sollen die in Frage kommenden Straßen einzeln verlesen werden? (Nein.)

Herr Koch: Nachdem der Herr Referent auseinandergesetzt hat, daß die Anlieger von Straßen oder Straßenteilen immer noch ihre Wünsche auf Festlegung der offenen oder der geschlossenen Bauweise vorbringen können, habe ich nicht nötig, der Versammlung ein Gesuch von Anliegern der Salzdhumerstraße zwischen Campe- und Leisewigstraße auf Festlegung der offenen Bauweise zu unterbreiten. Ich kann es den Anliegern nachfühlen, daß sie diesen Wunsch hegen, da ein sehr unschönes Straßenbild entstehen würde, sofern dort die offene Bauweise nicht durchgeführt werden sollte.

Herr Sander: Ich vermiße in dem Verzeichnisse die Gellerstraße, während für deren Seitenstraßen: Masch- und Pflegehausstraße die offene Bauweise vorgeschrieben ist. Die Gellerstraße hat sich von der Stadt aus nach und nach verjüngt, indem an ihr immer mehr Häuser gebaut werden. Es ist dort schon ein Haus errichtet, dessen hoher Giebel auf die Grenze gesetzt ist und dem Nachbar das Licht genommen hat, so daß ich beantragen möchte, die Gellerstraße sofort noch in das Verzeichnis aufzunehmen.

Herr Bürgermeister Meyer: Wir haben uns bei Aufstellung des Verzeichnisses der Straßen mit offener Bauweise auf diejenigen Straßen beschränkt, die wir im Gegensatz zu den Geschäftsstraßen als Wohnstraßen bezeichnet haben. Die Geschäftsstraßen haben wir daraus fortgelassen in der Annahme, daß deren

Anlieger die geschlossene Bauweise vorziehen würden. Wir haben fast alle größeren Radialstraßen als Geschäftsstraßen angesehen und nur bei der Wolfenbüttelerstraße eine Ausnahme gemacht. Auch bei dieser Straße haben wir lange geschwankt, uns jedoch schließlich für die offene Bauweise entschieden, weil die Nähe des Bürgerparks der Straße ein anderes Gepräge gibt und man deshalb von einer reinen Geschäftsstraße nicht gut sprechen kann. Es steht nichts im Wege, wenn die Herren heute noch mit derartigen Wünschen hervortreten und wenn auch die Anlieger später ihre Wünsche äußern, die dann geprüft werden können; jedoch möchte ich warnen, sich heute schon ohne jede Vorberatung für weitere Straßen schlüssig zu machen. Herrn Koch möchte ich empfehlen, die Anlieger der Salzdhumerstraße zu veranlassen, sich direkt an den Magistrat zu wenden.

Herr Frühling: Ich kann nur hinzufügen, daß sich die Baukommission den Anschauungen des Magistrates angeschlossen hat. Wir haben unterlassen, auf eine Diskussion über weitere Straßen einzugehen, weil die Sache dann ganz uferlos geworden wäre. Erst mußte einmal der Anfang gemacht werden. Bei anderen Straßen liegen wieder andere Interessen vor, so daß jede Straße einzeln geprüft werden muß. Da sich die Sache nicht mit einem Male erledigen läßt, so haben wir die Aufnahme weiterer Straßen in das Verzeichnis zurückgestellt und wollen warten, bis die Interessenten mit entsprechenden Wünschen hervortreten. Ich möchte Herrn Sander bitten, nicht hier, sondern beim Magistrate einen Antrag einzubringen.

Herr Hauswaldt: Ich möchte zur Erwägung verstellen, ob es sich nicht empfiehlt, für den Friedrich-Wilhelmsplatz die jetzige Bauweise — teils offen, teils geschlossen — beizubehalten.

Herr Blasius: Mit der Anregung des Herrn Sander hinsichtlich der Gellerstraße würde ich mich einverstanden erklären, eventuell bis zum „Weißen Roß“. Wenn der Herr Referent meint, wir möchten uns heute nicht auf die Besprechung einzelner Straßen einlassen, so hat das wohl etwas für sich hinsichtlich derjenigen Straßen, die in dem Verzeichnisse nicht enthalten sind. Es finden sich in dem Verzeichnisse aber auch Straßen aufgeführt, bei denen man im Zweifel sein kann, ob dafür die offene Bauweise unbedingt angebracht erscheint. So ist z. B. auch die Straße „Hinter der Mäsch“ in das Verzeichnis aufgenommen. Wer die Straße kennt, muß es wirklich für ganz überflüssig halten, dort die offene Bauweise vorzuschreiben. Auf der einen Seite ist die geschlossene Bauweise schon durchgeführt, während außerdem Häuser vorhanden sind, denen man diese Beschränkung nicht aufzuerlegen brauchte. Ich möchte deshalb anregen, ob die Straße nicht aus dem Verzeichnisse fortgelassen werden kann.

Herr Bürgermeister Meyer: Einige Straßen sind ihrem jetzigen Charakter nach von Hause aus nicht so für die offene Bauweise geeignet, wie andere. Wir

haben es aber für richtig gehalten, in solcher Gegend der Stadt, wo sich nicht der ganze Komplex für die offene Bauweise eignete, doch einige Straßen aus der Nachbarschaft dafür zu nehmen. Weil nun vor dem Petritore sehr wenig Straßen mit offener Bauweise vorhanden waren, so haben wir dort einige Straßen ausgewählt, um die ganze Gegend zu heben. Ich möchte bitten, die Straße jetzt nicht zu streichen, sondern zu warten, ob die Anlieger solchen Wunsch äußern.

Herr Frühling: Ich will Herrn Hauswaldt erwidern, daß die Frage wegen des Friedrich-Wilhelmsplatzes in der Kommission auch erörtert worden ist, und wir uns auf den Standpunkt gestellt haben, die Frage vorläufig zurückzustellen. Bezüglich der Straße „Hinter der Mäsch“ kann ich mich den Ausführungen des Herrn Bürgermeisters Meyer anschließen, da die von ihm angeführten Gründe auch für uns maßgebend gewesen sind. Man kann über die einzelnen Straßen verschiedener Meinung sein und man kann darüber erst dann urteilen, wenn man von Haus zu Haus geht. Lassen wir die Straße vorläufig lieber im Verzeichnisse stehen.

Herr Lübbe: Die Straße „Hinter der Mäsch“ ist nicht so wichtig, daß man darüber lange zu reden brauchte, jedoch möchte ich, da die Frage einmal angeschnitten ist, folgendes mitteilen: Es ist sehr wahrscheinlich, daß sich bei der Zuteilung ein geschlossenes Bauviertel mit vielen kleinen Wohnungen entwickeln wird, und da schien es uns nicht unwichtig zu sein, daß von der Promenade aus ein gewisser Uebergang nach dem geschlossenen Wohnviertel geschaffen würde. Wir dachten uns deshalb, zu der Straße „Am Rosental“ eine kleine Ergänzung durch die Straße „Hinter der Mäsch“ vorzunehmen, und der Gedanke war nicht falsch. Ich möchte deshalb Herrn Blasius bitten, seinen Widerspruch fallen zu lassen.

Herr Sander: Ich ziehe meinen Antrag auf sofortige Beratung zurück und werde wegen der Cellerstraße später einen Antrag einbringen. Den Ausführungen des Herrn Bürgermeisters Meyer kann ich mich aber nicht anschließen. Wenn der Herr Bürgermeister meint, die Cellerstraße hätte mehr den Charakter einer Geschäftsstraße, als die Wolfenbüttelerstraße, so halte ich das nicht für richtig. Ferner sagte Herr Bürgermeister Meyer, es seien Straßen herausgenommen, um das betreffende Tor in seiner äußeren Erscheinung zu heben; das ist aber auch der Grund, weshalb ich für die Aufnahme der Cellerstraße plädiere. Ich möchte, daß auch das Petritor etwas gehoben wird, zumal die neuen Häuser an der Straße schon alle mit offener Bauweise errichtet worden sind. Betreffs der Straße „Hinter der Mäsch“ stehe ich auf dem Standpunkte des Herrn Blasius, da ich die offene Bauweise dort für einen Fehler halte. Wie Herr Lübbe schon ausgeführt hat, wird sich dort ein Viertel mit kleinen Wohnungen entwickeln, weshalb man die offene Bauweise für die Straße nicht vorschreiben sollte. Auch Licht und Luft ist schon durch den freien Platz der Oker gegenüber genug vorhanden.

Herr Lübbe: Wenn Herr Sander meint, die Gellerstraße sei für die offene Bauweise geeignet, so muß ich dem widersprechen. Wenn man die Verhältnisse in 15—20 Jahren bedenkt, so läßt sich annehmen, daß der Verkehr der dortigen Gegend sich naturnotwendig in die Gellerstraße drängt, und es wird dann niemand wünschen, dort die offene Bauweise zu haben, sondern der Grund und Boden wird in der Straße so teuer werden, daß dort sich nur Geschäfte entwickeln können. Die Hauptverkehrsadern einer Stadt bilden auch stets die natürliche Lage für die Geschäfte. Die Männer, welche sich in hervorragender Weise mit dem Städtebau beschäftigt haben, haben das Prinzip aufgestellt, daß solche Radialstraßen für Geschäftsstraßen prädestiniert wären. Es handelt sich dabei in unserer Stadt um die Gließmaroderstraße, die Frankfurterstraße, die Hamburgerstraße und auch um die Gellerstraße.

Dagegen wird die Straße „Hinter der Masch“ in absehbarer Zeit keinen Verkehr erhalten, und solche Straßen eignen sich am besten zu Wohnstraßen. Wir sagten uns deshalb, daß die Straße vorzüglich für kleinere Wohnhäuser mit offener Bauweise geeignet sei. Dieser Gesichtspunkt ist doch wohl richtiger, als wenn man sagt, die Straße sei nur untergeordneter Natur, weshalb man die geschlossene Bauweise vorschreiben solle. Genau entgegengesetzt liegen die Verhältnisse bei der Gellerstraße, als einer Hauptstraße, und es wäre falsch, dort eine Villenstraße statt einer Geschäftsstraße zu schaffen. Ich bitte, solche Entscheidungen nicht zwischen Tür und Angel zu treffen, denn dazu gehören neben langen Beratungen auch Sachverständige. Vielleicht in zwei bis drei Jahren können wir die weitere Arbeit erledigen, aber heute läßt sich in der Sache nichts mehr tun.

Der Antrag der Baukommission wird hierauf angenommen.

II. Aenderweite Beleuchtung des Friedrich-Wilhelmsplatzes.

In der letzten Sitzung — Seite 438 des Berichtes — ist beschlossen worden, die Magistratsvorlage, betreffend die Vermehrung der Gasbeleuchtung auf dem Friedrich-Wilhelmsplatz abzulehnen und den Magistrat zu ersuchen, Hochmast-Vogellampen, die um 1 $\frac{1}{2}$ Uhr nachts außer Betrieb gesetzt werden sollen, aufzustellen. Die Betriebsmehrkosten der Anlage würden sich auf 3385 M., diejenigen der verbesserten Gasbeleuchtung dagegen, wenn ein Teil der Gaslampen ebenfalls um 1 $\frac{1}{2}$ Uhr ausgelöscht wird, auf 2058 M., mithin auf ungefähr 1300 M. jährlich weniger belaufen. Der Magistrat bemerkt hierzu, daß er keine Bedenken tragen würde, dem Antrage der Versammlung zu entsprechen, wenn er die Ueberzeugung hätte, daß die elektrische Beleuchtung aus Verkehrsrücksichten erforderlich, oder auch nur dringend wünschenswert sei. Da er diese Ueberzeugung bisher nicht hat gewinnen können, vermag er auch die Bedenken nicht fallen zu lassen, die er bereits früher gegen die Einführung einer elektrischen Straßenbeleuchtung geltend

gemacht hat. Sie werden auch nicht beseitigt durch den bei der Beratung der Vorlage geltend gemachten Gesichtspunkt, daß die Stadt Anlaß habe, die elektrische Beleuchtung des Friedrich-Wilhelmsplatzes als Reklame zu benutzen. Ohne die Bedeutung einer angemessenen Reklame zu verkennen, muß der Magistrat doch bezweifeln, daß die Beleuchtung des Platzes ein geeignetes Reklamemittel sein würde. Durch die elektrische Beleuchtung der den Altstadtmarkt und den Burgplatz umgebenden, in historischer und architektonischer Beziehung bedeutsamen Bauwerke würden wohl höchst reizvolle Bilder geschaffen werden, aber der Friedrich-Wilhelmsplatz würde auch bei der intensivsten elektrischen Beleuchtung dem Fremden kein besonderes Interesse bieten, und daher seine Beleuchtung kein geeignetes Reklamemittel sein.

Uebrigens kann der Magistrat auch nicht anerkennen, daß eine glänzende Straßenbeleuchtung irgendwie geeignet ist, Fremde anzuziehen, sondern es bilden seiner Ansicht nach neben billigen Preisen für Wohnung und Lebensmittel niedrige Steuern die beste und nachhaltigste Reklame für jede Stadt. Da aber die Steuern, zumal wenn die Staatssteuern die in Aussicht genommene erhebliche Steigerung erfahren, hier durchaus nicht mehr niedrig sind, so hat die Stadtverwaltung dringende Veranlassung, nichterforderliche Ausgaben tunlichst einzuschränken. Der Magistrat bedauert hiernach, der elektrischen Beleuchtung des Friedrich-Wilhelmsplatzes nicht zustimmen zu können.

Die Finanzkommission hat nach dem Berichte des Herrn Fiedel den Ausführungen des Magistrates nichts hinzuzufügen.

Die Vorlage gilt damit als erledigt.

III. Antrag Wiehle: Lohnbewegung der Gasarbeiter.

Der in der Sitzung vom 22. Dezember v. J. gestellte und begründete Antrag — Seite 385 des Berichtes — lautet:

„Es wird beantragt,

der Magistrat möge den Leiter der Gaswerke anweisen,

- 1) die Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung vom 12. Oktober 1905, soweit sie die Zustimmung des Magistrates fanden, in vollem Umfange vom 1. November 1905 ab durchzuführen,
- 2) in eine sachliche Verhandlung über die Beschwerden der Gasarbeiter mit der von den Gasarbeitern gewählten Kommission einzutreten, statt den „Angebern“ unter den Gasarbeitern nachzuforschen,
- 3) die Kündigungen, welche aus Anlaß der gegenwärtigen Lohnbewegung vorgenommen sind, zurückzunehmen und die gekündigten Arbeiter weiter zu beschäftigen.“

Namens der Finanzkommission berichtet über den Antrag Herr Fiedel: Die Erledigung des Antrages hat sich unliebsam verzögert; ich gestatte mir deshalb, Ihnen die geschichtliche Entwicklung der Angelegenheit noch einmal kurz in das Gedächtnis zurückzurufen! Am 12. Oktober 1905 wurden Ihnen bei Gelegenheit der Beratung des Antrages Wesemeier auf Einführung der achtstündigen Arbeitsschicht in den Gasanstalten durch den Referenten der Finanzkommission verschiedene Vorschläge zur Aufbesserung der Lohn- und übrigen Arbeitsverhältnisse der Arbeiter der beiden Gaswerke gemacht. Diese von Ihnen auch angenommenen Vorschläge der Finanzkommission beruhten auf eingehenden Vorberatungen der Deputation der Licht- und Wasserwerke vom 2. Oktober. Die Verbesserungen bezogen sich auf eine stufenweise Erhöhung der Lohnverhältnisse, auf eine Beseitigung der 24stündigen Sonntagschicht und auf einige nebensächliche Sachen. Durch die Erkrankung des derzeitigen Vorsitzenden der Deputation der Licht- und Wasserwerke hat sich die weitere Entwicklung der Angelegenheit etwas verzögert. Aus den Verhandlungen dieser Versammlung war nun den Gasarbeitern bekannt geworden, daß eine Beschlusfassung der Versammlung stattgefunden hatte, jedoch genügten die hier gefaßten Beschlüsse der Arbeiterschaft nicht. Infolgedessen richteten sie am 25. November eine Eingabe an die Direktion der Licht- und Wasserwerke und auch an die Stadtverordnetenversammlung, in der weitergehende Anträge gestellt worden sind. Diese Schreiben sind noch nicht beantwortet worden und zwar mit Rücksicht darauf, daß die Eingaben nicht persönlich geleistet worden sind, sondern im Auftrage und außerdem, weil der Beschluß der Versammlung über die Erhöhung der Löhne erst vom 12. Oktober datierte, eine so schnelle Aenderung der dort beschlossenen Sache aber nicht anzunehmen war. Es hat sich infolge des Nichteingehens auf die Eingaben eine gewisse Erregung der Gasarbeiter kundgegeben, die schließlich zur Anberaumung einer Sitzung der Versammlung auf den 22. Dezember 1905 führte, in der Herr Wiehle einen bestimmten Antrag stellte.

Dieser an sich sachliche Antrag hat in der Begründungsrede des Herrn Wiehle eine solche Verschärfung erfahren und es sind bei der Gelegenheit so manche Behauptungen aufgestellt, die ich glaube vollständig widerlegen zu können, daß die Mehrheit der Finanzkommission gewünscht hat, ich möchte als Referent den Antrag an der Hand dieser Rede besprechen.

Herr Wiehle sagte: „Am 12. Oktober d. Js. ist der Antrag Wesemeier beraten worden und es steht auf Seite 251 des Berichtes im letzten Absätze folgendes:

„Die hier vorgeschlagenen Aenderungen sind von der Deputation, der Kommission und dem Magistrate gebilligt worden, so daß die Erhöhung der Arbeitslöhne und die Verminderung der Arbeitszeit soweit möglich vom 1. November d. Js. ab eingeführt werden könnte, wenn die Versammlung damit einverstanden sein sollte.“

Die Versammlung war damit einverstanden gewesen, der Magistrat hat die Vorschläge gebilligt, aber ausgeführt sind sie leider nicht."

Diese Worte beruhen, ich darf wohl mindestens sagen, auf einer durchaus falschen Information. Die Tatsachen sind folgende: Wie ich schon erwähnte, ist durch die Erkrankung des Vorsitzenden der Deputation die Sache etwas verzögert, nichtsdestoweniger waren die Vorbereitungen zur Zulassung der höheren Löhne nach Maßgabe der von der Versammlung gefaßten Beschlüsse so getroffen, daß die höheren Löhne mit der Lohnperiode vom 9. November bewilligt werden konnten. Die Auszahlung der erhöhten Löhne erfolgte am 24. November und zwar an alle Arbeiter des Gaswerkes zugleich mit der Nachzahlung der Fehlbeträge aus der Lohnperiode vom 1.—9. November. Am 24. November ist also ausgeführt worden, was die Versammlung am 12. Oktober betreffs der Lohnerhöhung der Gasarbeiter beschlossen hat. Es soll nicht verschwiegen werden, daß dabei allerdings ein Irrtum vorgekommen ist infolge einer falschen Auslegung der von der Deputation gegebenen Anweisung. Es ist nämlich eine Tatsache, daß derzeit 4 ältere Arbeiter des Gaswerkes die ihnen nach Beschluß der Versammlung zustehende Lohnerhöhung damals nicht erhalten haben und zwar haben zwei dieser Arbeiter statt 3,40 M nur 3,20 M erhalten und die anderen nur 3 M statt 3,20 M. Vor wenigen Tagen hat sich dann noch ein fünfter Arbeiter gemeldet, dem nicht der volle Lohn ausbezahlt worden ist, was daran lag, daß dieser Arbeiter wohl seit 1893 beim Gaswerke tätig war, das Jahr des Diensteintritts aber in den Lohnlisten nicht richtig angegeben war. Den ersteren 4 Arbeitern hatte der Betriebsleiter geglaubt, nicht den vollen Lohn auszahlen zu sollen, weil zwei davon wegen ihres hohen Alters von 63 und 68 Jahren und die beiden anderen wegen ihrer sehr geringen Leistungsfähigkeit nicht dem Durchschnittsmaß entsprächen. Er war deshalb der Meinung, daß diese 4 Arbeiter nicht die ganze Lohnerhöhung bekommen konnten. Sobald aber der Deputation von dem Vorgange Kenntnis gegeben war, hat sie Herrn Direktor von Feilighs darauf hingewiesen, daß der Beschluß der Versammlung und auch der Deputation dahin ginge, daß die Arbeiter ohne Rücksicht auf ihre Leistungen, sobald sie die betreffende Anzahl von Jahren im Dienste der Stadt stünden, auch die ihnen nach der Zahl der Jahre zugebilligte Lohnerhöhung erhalten sollten. Der fehlende Betrag ist daher auch sofort nachgezahlt worden, so daß sie alle am 26. Dezember die volle Lohnzahlung erhalten haben. Die übrigen mehr als 80 Arbeiter haben aber die hohen Lohnsätze schon am 24. November erhalten.

Herr Wiehle sagte nun weiter: „Daher kommt die Bewegung der Gasarbeiter, die man allerdings in der Öffentlichkeit nicht als solche bezeichnen kann, denn sie haben bis zum 25. November gewartet, ehe sie Schritte unternahmen. Lohnaufbesserungen in dem beschlossenen Umfange haben bisher nicht stattgefunden, wenn auch einzelne Arbeiter kleine Aufbesserungen erfahren haben.“

Das ist tatsächlich unrichtig. Die weitaus größte Mehrzahl hat die bewilligten Lohnerhöhungen erhalten. Um aber auch da gerecht zu sein, will ich hervorheben, daß eine falsche Auffassung insofern möglich gewesen ist, als eine Anzahl von Arbeitern, die bereits 5 Jahre im Dienste der Gasanstalt stehen, eine Erhöhung ihres 3,80 M. betragenden Lohnes noch nicht erhalten konnte, weil die Erhöhung erst nach Vollendung des sechsten Dienstjahres eintreten kann. Diese Arbeiter haben eine Mehreinnahme nicht gehabt, sie wird aber im nächsten Jahre eintreten, sobald sie 6 Jahre im Dienste sein werden. (Hört, Hört!)

In der Rede heißt es weiter: „Die 14tägige Freischicht ist überhaupt nicht gewährt worden, sondern nur eine monatliche Freischicht.“

Hier ist dem damaligen Referenten ein Irrtum untergelaufen. Es hat nämlich niemand von uns darauf geachtet, daß die 14tägige Freischicht wohl von der Versammlung angenommen worden ist, daß sie aber den Beschlüssen der Deputation entgegenstand und auch vom Magistrate nicht angenommen ist.

Weiter heißt es dann: „Die 24stündige Arbeitsschicht an den Sonntagen ist ebenfalls noch nicht abgeschafft worden und man hat den Versuch gemacht, dafür eine 18stündige Schicht einzulegen. Am letzten Sonntage haben die Arbeiter aber die 24stündige Schicht selbst wieder verlangt, weil sie in der 18stündigen Schicht dasselbe leisten sollten, wie in der 24stündigen Schicht.“

Auch hier liegt ein erheblicher Irrtum vor. Es ist wahr, daß der Versuch gemacht worden ist, eine 12stündige Arbeitsschicht einzuführen, jedoch hat das Betriebschwierigkeiten verursacht, die nicht zu überwinden waren; insgedessen hat sich die Betriebsleitung darauf beschränkt, eine 18stündige Schicht einzulegen. In dieser 18stündigen Schicht ist aber nicht dasselbe zu leisten wie in der 24stündigen Schicht, denn es sind hier 45 Retorten zu bedienen, während in der 18stündigen Schicht nur 36 Retorten bedient werden müssen. Von einer gleichen Leistung in der 18stündigen und der 24stündigen Schicht kann also keine Rede sein.

Herr Wiehle fährt fort: „Aus dieser Ursache haben sich die Gasarbeiter mit einem Gesuche an den Magistrat gewandt. Vorher, nämlich am 25. November, sind sie bei dem Direktor von Zeilisch vorstellig geworden und haben sich bis zum 30. November eine Antwort erbeten. Am 27. November hat sich sodann Herr von Zeilisch bewogen gefühlt, die Arbeiter zusammenzurufen und hat sie gefragt, ob sie mit der Eingabe alle einverstanden seien. Nachdem sich die gesamten Arbeiter damit einverstanden erklärt hatten, hat er sich eines Mittels bedient, das des Chefs einer derartigen städtischen Einrichtung nicht würdig ist, indem er angefangen hat zu drohen und einigen Gasarbeitern zu sagen: „Na, Ihr habt Euch da etwas Schönes eingebrockt, daran werdet Ihr lange zu essen haben. Statt der Eingabe hättet Ihr lieber einen Wisch aus Eurem Notizbuche reißen und Eure Wünsche mit Bleistift darauf schreiben sollen, das wäre mir lieber gewesen.“

Was den ersten Teil dieser Ausführungen betrifft, so kann man wohl nicht sagen, daß eine Verzögerung bei der Erledigung der Eingabe vorgekommen ist. Wenn ein Betriebsleiter am 25. November eine Eingabe erhält und am 27. November mit den Arbeitern darüber sprechen will, so ist die Zwischenzeit — wie aus den Worten „bewogen gefunden“ herauszulesen ist — doch wohl nicht als zu lange zu bezeichnen. Was den letzten Teil der Ausführungen anbelangt, so ist auch schon von anderer Seite anerkannt worden, daß eine gewisse Enttäuschung wohl am Platze gewesen wäre, wenn der Vorgang sich so zugetragen hätte, wie er hier geschildert ist, aber die Sache hat sich ganz anders abgespielt. Es ist nämlich von den Arbeitern anerkannt worden, daß Herr Direktor von Feilitsch ihnen weder gedroht, noch sie in irgend welcher Weise angeschrien habe.

(Ruf: Wann denn?) Das werde ich nachher mitteilen aus einem von der Arbeiterkommission unterschriebenen Protokolle. Es entspricht ferner nicht den Tatsachen, daß Herr von Feilitsch vor versammelter Arbeiterschaft etwas gesagt hat, sondern er hat es nur zu zwei Mitgliedern der Kommission gesagt. (Ruf: Ist auch nicht behauptet worden!) In dieser Privatunterhaltung hat sich Herr von Feilitsch folgendermaßen geäußert: „Na, Sie haben da etwas Schönes gemacht und Sie werden die Folgen davon zu tragen haben. Eine jede andere Eingabe wäre mir lieber gewesen. (Ruf: Na also!) Hätten Sie doch ein Blatt aus Ihrem Notizbuch gerissen und Ihre Wünsche mit Bleistift darauf geschrieben, das wäre mir lieber gewesen als dieser Wisch.“

Mit dem „Wisch“ ist die Eingabe bezeichnet worden, die keine Unterschrift getragen hat. Die Anrede „Ihr“ und „Euch“ hat Herr Direktor von Feilitsch nicht gebraucht. Es wäre vielleicht besser gewesen, wenn er den Ausdruck „Wisch“ überhaupt nicht gebraucht hätte. Wenn wir aber erregt sind und befinden uns in einer privaten Unterhaltung mit wenigen Leuten, so ist es doch wohl leicht möglich, daß auch uns ein solcher Ausdruck einmal entglühen kann. Jedenfalls ist die Ausdrucksweise, welche sich Herr Wiehle gestattet hat, als er davon sprach daß die Handlungsweise des Chefs einer derartigen städtischen Einrichtung nicht würdig sei, ganz erheblich zu weitgehend. (Ruf: Vollständig richtig.)

Herr Wiehle hat weiter geäußert:

„Die Arbeiter haben darauf die Äußerung des Herrn von Feilitsch der Leitung des Hilfsarbeiterverbandes mitgeteilt und die Leitung beauftragt, sich wegen jener Äußerung beschwerdeführend an den Magistrat zu wenden. Das ist geschehen. Statt aber Abhilfe zu schaffen, hat man nach den Urhebern jener Mitteilung an die Verbandsleitung gesucht und hat geglaubt, sie in den Arbeitern Grube und Hausmann gefunden zu haben. Beiden wurde das Dienstverhältnis gekündigt, obwohl sie erklärten, beweisen zu können, daß sie es nicht getan hätten. Darauf wurde ihnen gesagt, sie sollten den Urheber der Mitteilung nennen, was natürlich

nicht geschehen ist. Auch der Geschäftsführer des Hilfsarbeiterverbandes, Herr Lippmann, wurde aufgefordert, nach dem Gaswerke an der Bahnhofstraße zu kommen und unter der versammelten Arbeiterschaft diejenigen herauszufinden, welche ihm die betreffende Mitteilung gemacht hätten. Ist das wohl eine Art und Weise von dem Chef einer städtischen Einrichtung, von jemand zu verlangen, daß er zum Verräter und Denunzianten werde? Dieses Ansinnen hat Herr Lippmann natürlich mit Entrüstung zurückgewiesen und hat im Gegenteil den Arbeitern zugerufen, sie sollten einig sein; wenn sich aber freiwillig jemand melden wolle, so möge er es tun. Darauf ist einer der Arbeiter freiwillig vorgetreten und hat sich gemeldet, worauf ihm am anderen Tage der Dienst gekündigt worden ist. Einige Tage darauf ist auch noch der Arbeiter Spizack gekündigt worden, weil man glaubte, daß er Herrn Lippmann auch eine Mitteilung gemacht habe.

Daß solche Vorgänge böses Blut gemacht haben, ist wohl selbstverständlich, und daß wir am Sonntabendabend noch Gas gehabt haben, ist nur dem besonnenen Eingreifen des Hilfsarbeiterverbandes und unserer Vermittlung zuzuschreiben. Wenn der Herr Oberbürgermeister erklärt hat, die Gasarbeiter möchten nur streiken, es seien genug Ersatzmannschaften vorhanden, so scheint mir das im Gegensatz zu den Verhandlungen in der Sitzung vom 12. Oktober zu stehen, wo gesagt worden ist, daß sich Ersatz nicht von heute auf morgen beschaffen lasse, weil die geeigneten Ersatzmänner erst gefunden und ausgebildet werden müßten. Was richtig ist, will ich dahingestellt sein lassen, jedenfalls würde es nicht schön ausgesehen haben, wenn die Stadt im Dunkeln geblieben wäre, und es würde dieser Fall Herrn Oberbürgermeister Hetemeyer wohl zu einer anderen Äußerung veranlaßt haben. Die Erbitterung der Gasarbeiter ist auch noch dadurch gestiegen, daß der Arbeiter Spizack mit nur achttägiger, statt der sonst üblichen vierzehntägigen Kündigungsfrist entlassen worden ist.“

Der tatsächliche Vorgang war folgender: Die Beschwerdebefchrift ist beim Magistrate eingegangen, welcher sie Herrn von Feilitzsch zur Äußerung übermittelte. Dieser hat die Arbeiter beim Schichtwechsel zusammengerufen und hat sie gefragt: „Wer hat die vollständig falsche Mitteilung gemacht? Habe ich etwa zu Ihnen gesagt, was mir hier untergeschoben wird? Ich habe nur in der Privatunterhaltung davon gesprochen. Ich muß denjenigen auffordern, der die Mitteilung weitergegeben hat, sich zu melden.“ Darauf hat sich niemand gemeldet, Herr von Feilitzsch hat sich deshalb an die beiden Arbeiter mit denen er die Privatunterhaltung gehabt hat, gewandt und sie aufgefordert, nun ihrerseits dafür zu sorgen, daß der betreffende Arbeiter, der die nach seiner Meinung wesentlich falsche Erklärung weitergegeben hat, sich nennen möge, da er sonst gezwungen sein würde, diesen beiden Arbeitern den Dienst zu kündigen. (Hört, Hört!) Wer sich in die Lage eines solchen Betriebsleiters hineinsetzt, der wird sich sagen, daß er zu seinem Vorgehen berechtigt

war. Es handelte sich um eine Zeit der Erregung in der Arbeiterschaft, wo ein gewisses Mißverständnis zwischen dem Betriebsleiter und der Arbeiterschaft besteht und wo aus solchen falsch wiedergegebenen Äußerungen leicht Mißdeutungen entstehen, die zur Aufreizung der Arbeiterschaft dienen können. Herr von Feilitzsch mußte wissen, wer die falsche Mitteilung gemacht hatte, denn es handelte sich um eine entstellte, voraussichtlich sogar um eine wissentlich entstellte Mitteilung die gemacht war, um Erregung unter der Arbeiterschaft hervorzurufen. Darauf hat nicht Herr von Feilitzsch, sondern die Arbeiterschaft selbst Herrn Pippmann erjucht, nach dem Werke herauszukommen und denjenigen unter der Arbeiterschaft herauszufinden, der ihm diese Mitteilung gemacht habe. Herr Pippmann ist draußen erschienen und hat erklärt, er könne den betreffenden Mann nicht herausfinden. Darauf ist ein Arbeiter herausgetreten, der erst ganz kurze Zeit auf dem Werke beschäftigt war, und hat gesagt, er hätte es getan. Es ist sofort erkennbar gewesen, daß dieser Mann gar nichts mit der Sache zu tun gehabt hat. Durch eine Mitteilung aus der Arbeiterschaft ist sodann bekannt geworden, daß der Arbeiter von Epiback derjenige gewesen ist, der die falsche Mitteilung gemacht hat. Dieser hat das anerkannt und ihm ist sodann der Dienst gekündigt worden. Mit Rücksicht auf seine Familie ist er aber nicht sofort entlassen, sondern erst nach acht Tagen. Das ist der tatsächliche Vorgang gegenüber der Darstellung des Herrn Wiehle.

Schließlich hat Herr Wiehle noch geäußert: „Auf die Forderungen der Gasarbeiter will ich hier nicht näher eingehen, sondern nur auf die Behandlung, die Herr von Feilitzsch den Gasarbeitern gegenüber beliebt hat. Wenn die Versammlung den Arbeitern etwas bewilligt und hält ihr Wort nachher nicht, so ist die Bewegung der Arbeiter berechtigt. Man kann verlangen, daß die Stadt als Arbeitgeber sich mindestens so verhält, wie jeder Privatunternehmer, daß sie nämlich die Arbeiter anhört und in eine sachliche Prüfung ihrer Wünsche eintritt. Herr von Feilitzsch hat dem gegenüber sich bemüht, die Urheber der Klagen herauszuwerfen und die anderen Arbeiter einzuschüchtern.“

Die Bewilligungen der Versammlung vom 12. Oktober sind, wie ich schon ausgeführt habe, im großen und ganzen mit ganz geringen Ausnahmen, die auf einer irrtümlichen Auffassung beruhten, auch zur Zahlung angewiesen worden, und zwar mit Anrechnung vom 1. November ab sind die höheren Löhne am 24. November in der Hand der Arbeiter gewesen, während Herr Wiehle seine Rede am 22. Dezember gehalten hat.

Eine Einschüchterung der Arbeiter ist aber in keiner Weise geschehen. Daß der eine Mann entlassen ist, ist wohl erklärlich. Ich möchte besonders darauf hinweisen, daß tatsächlich seitens der Deputation alles aufgeboten worden ist, um die Arbeiterschaft zufrieden zu stellen. Es hat auch eine Zusammenkunft zwischen der Deputation und der Kommission der Arbeiter — allerdings nach der Versammlung —

stattgefunden, in der alles dasjenige, was die Arbeiter gewünscht haben, nochmals verhandelt worden ist. Dabei ist den Arbeitern in sachlichen Ausführungen mitgeteilt, daß Deputation und Magistrat in Uebereinstimmung mit der Mehrheit der Stadtverordnetenversammlung nicht in der Lage seien, zurzeit die weitergehenden Forderungen der Arbeiterschaft zu bewilligen, wobei auch angedeutet wurde, daß durch bessere Betriebsseinrichtungen beim bevorstehenden Neubau der Gasanstalt alles mögliche getan werden solle, um den Arbeitern weiter entgegenzukommen.

Vorhin ist ein Zwischenruf erfolgt, wo sich denn die Arbeiterschaft zu irgend welcher Erklärung veranlaßt gefühlt habe. Ich darf Ihnen zur Beantwortung des Zwischenrufes ein Protokoll verlesen, das am 12. Februar 1906 in der Sitzung der Betriebsleitung der städtischen Lichtwerke aufgenommen ist. Vorausschicken möchte ich, daß auch in der Sitzung zwischen der Kommission der Arbeiter und der Deputation die Kommission auf Wunsch des Herrn von Feilichs gefragt wurde, ob sie irgend welche Beschwerden gegen Herrn von Feilichs hätte, und es ist ihnen die Versicherung gegeben, daß ihnen aus irgend welcher Äußerung darüber keinerlei Nachteile erwachsen sollten, sondern es sollte die Antwort nur dazu beitragen, das bisherige gute Verhältnis zwischen beiden Teilen wieder herzustellen. Zwei oder drei der Arbeiter haben darauf erklärt, daß sie durchaus nichts gegen die Behandlungsweise des Herrn von Feilichs oder des Betriebsleiters einzuwenden hätten.

Dieses Protokoll vom 12. Februar 1906 lautet folgendermaßen:

„Gegenwärtig Direktor von Feilichs, Betriebsleiter Beuthner und Mörs, die Gasarbeiterskommission, bestehend aus den Herren Hahn, Anderweit, Hausmann, Grube, Krüger.

Herr Direktor von Feilichs eröffnet die Sitzung und teilt mit daß der Zweck der heutigen Zusammenkunft der sei, den in der Sitzung der Stadtverordneten vom 22. Dezember 1905 unter IV behandelten Antrag „Lohnbewegung der Gasarbeiter“ in einzelnen Punkten richtig zu stellen. Hierauf wurde der Antrag verlesen.

1. Es ist zunächst behauptet worden, daß die durch Stadtverordneten-Beschluß vom 12. Oktober 1905 festgesetzten Lohnsätze vom 1. November ab von der Direktion nicht gezahlt seien und daher die Bewegung der Gasarbeiter komme. Diese Lohnsätze sind neben den gültigen Bestimmungen der Verwaltungsdeputation durch Anschlag am 24. Dezember der Gasarbeiterschaft bekannt gegeben mit dem Hinweis, daß jeder Arbeiter verpflichtet sei, seine Bezüge hiernach zu kontrollieren und etwaige Einwendungen sofort bei den Betriebsleitern zu machen. Es ist keine einzige Einwendung gemacht, ein Beweis, daß alle Löhne im beschlossenen Umfange bezahlt sind.

2. Die 14tägige Freischicht war von der Verwaltungsdeputation nicht bewilligt worden.

3. Die Behauptung, daß in der 18 stündigen Sonntagschicht dasselbe geleistet werden muß, wie in einer 24 stündigen ist unrichtig, da in 24 Stunden 45 Retorten, in 18 Stunden aber nur 36 Retorten pro Ofen bedient werden müssen.

4. Es ist unrichtig, daß Direktor von Feilisch am 27. November den versammelten Gasarbeitern gedroht und zu einigen Leuten die angeführten Worte gebraucht hat. Am 26. November abends gegen 1/28 Uhr hat Direktor von Feilisch die Kommissionsmitglieder Krüger, Grube und Hausmann vom Werke an der Bahnhofstraße gefragt, ob sie von einem ihm ohne Unterschrift zugegangenen Gesuche der Gasarbeiter etwas wüßten. Als Direktor von Feilisch von Grube und Hausmann erfuhr, daß das Schreiben vom Gewerkschaftsführer Lippmann aufgesetzt und abgesandt sei, hat Direktor von Feilisch zu Grube etwa folgendes gesagt: „Na, Sie haben da etwas Schönes gemacht, Sie werden die Folgen hiervon nun auch zu tragen haben,“ und weiter „Eine jede andere Eingabe wäre mir lieber gewesen, hätten Sie doch ein Blatt aus Ihrem Notizbuche gerissen und Ihren Wunsch mit Bleistift darauf geschrieben, das wäre mir lieber gewesen, wie dieser Wisch.“ Die Anrede „Ihr“ und „Euch“ hat Direktor von Feilisch nicht gebraucht.

5. Der Ofenarbeiter Spizack und der Hofarbeiter Feuer haben am 27. November abends dem Gewerkschaftsführer Lippmann von Vorgängen Mitteilung gemacht, dahingehend, Direktor von Feilisch hätte die oben angeführten Worte vor versammelter Arbeiterschaft gebraucht. Herr Lippmann hat darauf ohne Wissen und Willen der Arbeiter die auf unwahrer Grundlage aufgebaute Beschwerde an den Magistrat abgesandt. Als die Arbeiter von diesem Schreiben erfuhren, sprachen sie ihr Bedauern über das Vorkommnis aus, an dem sie schuldlos wären. Direktor von Feilisch forschte nun nach dem Ueberbringer der unwahren Nachricht an Lippmann und wandte sich naturgemäß an die Arbeiter Grube und Hausmann, denen Aussperrung angedroht wurde, wenn sie die Schuldigen nicht schafften. Die Kommission des Werkes an der Bahnhofstraße hat daraufhin Herrn Lippmann gebeten, die Ueberbringer der fraglichen Nachricht aus der versammelten Mannschaft herauszufinden. Direktor von Feilisch hat Herrn Lippmann nicht bestellt.

6. Spizack wurde später durch Zeugenaussagen als Schuldiger erkannt, er hat dann selbst seine Schuld eingestanden. Direktor von Feilisch hat mit Spizack eine acht tägige Kündigung vereinbart.

7. Direktor von Feilisch hat durchaus sachlich mit der Arbeiterschaft verhandelt; er hat erklärt, daß er weitere Lohnerhöhungen über die in der Sitzung der Stadtverordneten vom 12. Oktober 1905 festgelegten Sätze nicht bewilligen könne, darüber hätte seine vorgesetzte Behörde zu entscheiden. Im weiteren Verlauf der Verhandlungen hat sogar Direktor von Feilisch den bezüglichen Bericht der

Stadiverordnetenſigung vom 12. Oktober 1905 den Kommiſſionsmitgliedern zum Durchleſen gegeben.

Vorgeleſen, genehmigt, unterſchrieben.

(Folgen die obigen acht Namen.)“

So hat ſich die Sache tatſächlich zugetragen. In der Finanzkommiſſion iſt die Angelegenheit eingehend und in recht ſcharfer Weiſe beſprochen worden, und wir haben unſer großes Bedauern darüber ausſprechen müſſen, daß Herr Wiehle in dieſer mindestens doch auf ſehr ungenauen Informationen beruhenden Rede vom 22. Dezember 1905 einen Angestellten der Stadt angegriffen hat, der durch ſeine ganze Tätigkeit während der Zeit ſeines Hierſeins die volle Anerkennung derjenigen herausgefordert hat, die mit ihm in geſchäftliche Berührung getreten ſind. Wir können nur unſer Bedauern darüber ausſprechen, daß das geſchehen iſt. Die Finanzkommiſſion beantragt, über den Antrag Wiehle zur Tagesordnung überzugehen. (Lebhafte Zuſtimmung.)

Herr Wiehle: Wir bedauern ebenfalls, daß es dazu gekommen iſt, aber es war daran nichts zu ändern. Ich werde im Verlaufe meiner Ausführungen den Nachweis führen, daß tatſächlich eine Gefahr für die Stadt beſtand, und daß die Gaſtarbeiter nicht ein Mal, ſondern mehrere Male haben ſtreiken wollen. (Ruſe: Na, na!) Vorweg will ich bemerken, daß der Herr Berichtſtatter ſich heute in anderer Weiſe ausgelaffen hat, als in der Sitzung der Finanzkommiſſion und daß das hier entrollte Bild ganz anders ausſieht.

Was nun die einzelnen Punkte des Berichtes anlangt, ſo habe ich dazu folgendes zu bemerken: Hinſichtlich meiner Äußerung, es ſeien die Beſchlüſſe der Deputation nicht ausgeführt worden und nur einige Arbeiter hätten die erhöhten Lohnſätze erhalten, hat mir Herr Fiedel recht gegeben. (Unruhe.) Die Arbeiter ſind der Meinung geweſen und ſind heute noch der Meinung, daß die Beſchlüſſe nicht ausgeführt worden ſind. Das beweist die Tatſache, daß die Arbeiter am 25. November ſich darüber klar waren, daß ſie eigentlich nichts erhalten hätten, obwohl am 24. November die erſten Lohnzahlungen nach den neuen Beſtimmungen erfolgt waren. Sie waren eben in demſelben Glauben wie ich, daß der Antrag Hauswaldt anders ausgelegt werden könnte und daß ſie alle drei Jahre eine Lohnaufbeſſerung erhalten ſollten. Die Arbeiter ſelbſt — ich bin perſönlich in einer von ihren Verſammlungen geweſen — waren der Meinung, daß, wenn ſie biſher nach fünf Jahren 3,60 M Lohn erhielten, ſie nunmehr 3,80 M erhalten würden. Nun bekamen ſie aber am 24. November keine Lohnerhöhung, weshalb ſie ſich am 25. November mit einer Eingabe an den Magiſtrat wandten. Die Leute waren eben der Meinung, daß der Beſchluß der Deputation dahin gegangen war, daß ſie die 20 S Lohnzulage gleich erhalten ſollten, ſofern ſie mindestens drei Jahre in ſtädtiſchen Dienſten ſtanden. Ueber den Wortlaut kann man auch verſchiedener Anſicht ſein.

Auch bezüglich der 14 stündigen Freischicht liegt ein Irrtum vor, aber nicht auf meiner Seite oder auf seiten der Leute, sondern der Irrtum ist Herrn Hauswaldt passiert. Das konnten wir aber damals nicht wissen, denn es stand im Protokoll, daß den Arbeitern eine 14tägige und nicht eine monatliche Freischicht gewährt werden sollte. Die Arbeiter haben diese 14tägige Freischicht nicht erhalten, sondern nur eine monatliche. In der Erregung über diese Sachen haben uns die Arbeiter allerdings mitgeteilt, daß sie eventuell streiken würden; wir haben ihnen aber davon abgeraten und haben sie an die Leitung ihrer Organisation gewiesen. Wir haben ihnen erklärt: Wir haben damit nichts zu tun, Ihr habt Euch an die Leitung Eurer Organisation zu wenden, die als die Vertreterin Eurer Interessen die Sache in die Hand nehmen kann. Das haben sie getan und sich an die Arbeiterorganisation gewandt, die dann durch Herrn Lippmann eine Eingabe an den Magistrat hat ausarbeiten lassen.

Ähnlich liegt es mit der Beschwerde über den „Wisch.“ Ich bin persönlich der Meinung, daß der Ausdruck ungehörig ist, mag er gefallen sein wie er wolle, möge er so lauten wie er im Protokolle steht, daß ein Wisch aus dem Notizbuch herausgerissen werden solle, oder daß die Eingabe ein Wisch genannt wird, nach meinem Dafürhalten kommt es auf eins heraus. Ob ich einem Arbeiter sage, ein Blatt aus deinem Notizbuch ist ein Wisch, oder die Eingabe deines Vertreters ist ein Wisch, möchte wohl gleich sein. Die Techniker haben z. B. hier am Orte einen Techniker-verein; wenn dieser Verein sich mit einer Eingabe an den Magistrat wendet wegen irgend welcher Gehaltsregelungen oder dergleichen, und der Dezerent des Magistrates würde dann sagen, das hättet Ihr selber tun sollen, das braucht der Verein nicht zu tun, diese Eingabe des Vereins ist ein Wisch, so würden sich die Techniker genau so geärgert haben wie die Gasarbeiter. (Ruf: Die Eingabe war nicht unterschrieben!) Es kommt also auf eins heraus, ob das Blatt aus dem Notizbuch oder die Eingabe des Vertreters ein Wisch genannt worden ist.

Was sodann die Nachforschung nach dem Arbeiter anlangt, der die Mitteilung weiter verbreitet haben soll, so steht es fest, daß nach dem Manne gesucht worden ist; wenn nun gesagt wird, die Arbeiter hätten den Herrn Lippmann nach dem Gaswerke geholt, so möchte ich wissen, auf wessen Betreiben das geschehen ist, sind sie vielleicht ganz freiwillig hingegangen und haben ihn geholt? Nein, es ist ihnen gesagt worden, wir verlangen von Euch den Urheber der Mitteilungen, und erst darauf haben sie Herrn Lippmann geholt. Daß die Sache vorbereitet war, geht schon daraus hervor, daß der Portier verständigt war und Herrn Lippmann ungehindert einließ, daß die Arbeiter zur Stelle waren und der Gasmeister ebenfalls. Herr Lippmann wollte dann Herrn Direktor von Zeilisch sprechen, aber der Gasmeister erwiderte ihm, daß er beauftragt sei, die Sache zu führen. Später ist dann noch der Ingenieur Beuthner dazwischen gekommen, so daß die Sache nicht

ganz so harmlos vor sich gegangen ist, wie es hier hingestellt wird. Nachdem man wußte, daß der Gasmeister und der Betriebsleiter Beuthner bei der Besprechung mit den Arbeitern zugegen gewesen waren, konnte man sehr wohl annehmen, daß eine Beauftragung des Herrn von Feilighs vorliege. Die Schuldigen haben sich ja später selbst gemeldet. Wir halten es in einer derartigen Angelegenheit nicht für richtig, so vorzugehen, selbst wenn die Worte in einer Unterhaltung mit den beiden Arbeitern so harmlos, wie das Protokoll es hinstellen sucht, gefallen sein sollten; jedenfalls haben wir alle Ursache, ruhiges Blut zu bewahren. Wenn nun noch behauptet wird, daß es sich hier um eine falsche Mitteilung handeln soll, so können wir das wohl dahingestellt sein lassen, denn der Unterschied war doch so groß nicht.

Sodann möchte ich noch zu einer anderen Sache das Wort nehmen. Am 24. Dezember war in der Gasanstalt angeschlagen, die Leute, welche die Mitteilung der Organisation gemacht hätten, sollten sich freiwillig melden. Hierdurch ist aber die Erregung unter den Gasarbeitern eine so große geworden, daß sie ernstlich an einen Streik dachten. Herr Lippmann hat uns erklärt, ich stehe für nichts ein, die Arbeiter wollen streiken. Wir haben ihnen darauf gesagt: Wir übernehmen keine Verantwortung, Eurer Sache ist mehr gedient, wenn Ihr nicht streikt und die Angelegenheit ihren ruhigen Verlauf nimmt; die Differenzen werden sich durch Einberufung einer Versammlung der Stadtverordneten erledigen lassen. Herr Lippmann ist sodann bei dem Herrn Oberbürgermeister gewesen und hat ihm eine ähnliche Erklärung gegeben, doch soll dieser Herrn Lippmann erwidert haben, die Arbeiter könnten ruhig streiken, es würde schon für Ersatz gesorgt werden.

Das sind die wirklichen Tatsachen. Wenn sie nun auch dem Wortlaute nach in einigen Punkten von dem Referat abweichen mögen, so entsprechen sie doch im großen und ganzen der Wirklichkeit. Weil sie aber der Wirklichkeit entsprechen, ist jene harte Beurteilung der Sache, wie wir sie vom Herrn Referenten gehört haben, durchaus nicht am Platze gewesen. Ich gebe gern zu, daß Herr von Feilighs sich durch die Verhandlungen getroffen fühlt; hätte er aber eine andere Behandlung der Frage beliebt — und ich bin der festen Ueberzeugung, daß man sie auch anders beurteilen kann —, so würde zweifellos unter den Gasarbeitern die große Erregung nicht gewesen sein, die nur der beurteilen kann, der mit den Leuten zu tun gehabt hat.

Herr Frühling: Nach dem Berichte des Herrn Referenten sind wohl außer mir die meisten Mitglieder der Versammlung über den Verlauf der Sache erstaunt gewesen. Es ist uns hier seinerzeit eine angebliche Beschwerde von Arbeitern vorgelegt und die Begründung des daran geknüpften Antrages ist in einer Form vorgebracht, die wohl das stärkste war, was ich bisher hier gehört habe. In der Begründung sind zwei städtischen Beamten, dem Oberbürgermeister und dem Direktor

von Feiligkeit überaus schwere Vorwürfe gemacht worden und die Mitglieder der Versammlung wurden ernstlich ermahnt, sich endlich einmal ein Herz zu fassen und über die Interessen der Arbeiter nachzudenken und sich um deren fortwährende schlechte Behandlung zu kümmern. Es ist uns gedroht, daß auch hier russische Verhältnisse eintreten könnten, daß ein Streik der Gasarbeiter ausbrechen und das Weihnachtsfest im Dunkeln verlaufen würde, wenn die Versammlung sich nicht aufrütteln ließe. Es hat uns mit Verwunderung, aber auch mit Besorgnis erfüllt, daß etwas an der Sache wahr sein könnte, und wie hat sich die Sache entwickelt? Alles beruhte, wie der Herr Referent schon ausführte, auf einer unrichtigen Grundlage und auf wesentlich falscher Darstellung, ja auf einem Lügengewebe! (Zustimmung und Unruhe.) Eine wesentlich falsche Darstellung ist eben ein Lügengewebe. (Ruf: Wer hat gelogen?) Ein Lügengewebe, das derjenige gesponnen hat, der dem betreffenden Herrn die Auskunft gegeben hat, nicht der betreffende Herr selbst.

Hierüber noch weiter mich zu äußern, liegt kein Grund vor, nachdem die Sache so klar gelegt ist, daß sie auch durch weitere Reden nicht mehr verdunkelt werden kann. Man kommt nicht davon, die Darstellung des Herrn Referenten als richtig anzuerkennen, auch wenn man nebensächliches hervorzieht und länger bespricht, die Hauptsache bleibt so, wie wir sie besprochen haben.

Nach dem Verlauf der Sache war es für mich eine Freude — ich glaube, ich spreche im Namen der großen Mehrheit der Versammlung —, daß die Sache so verlaufen ist und zwar erstens mit Rücksicht auf die Arbeiter. Wenn letztere sich hätten verführen lassen und hätten einen großen Streik angefangen, so wäre ein großes Unglück über sie hereingebrochen, und das wäre tief zu bedauern gewesen.

Sodann auch mit Rücksicht auf die städtischen Beamten, die absolut tadellos aus der Sache hervorgegangen sind. Man kann an den Worten hin und her deuteln, aber es ist nichts an den Beamten hängen geblieben. Aber auch im Interesse der Versammlung. Der Öffentlichkeit und jedem unparteiisch denkenden Bürger ist hier gezeigt worden, daß die Mitglieder der Versammlung keiner Ermahnung bedürfen, um auch die Interessen der Arbeiter wahrzunehmen. Es ist durch die Versammlung stets das ernstliche Bestreben gegangen, den Arbeitern zu helfen, wo wirkliche Klagen und Beschwerden vorgelegen haben. Wir können der Finanzkommission nur den besten Dank dafür aussprechen, daß sie die Sache so klar und sorgfältig dargestellt hat, und ich wollte nicht verfehlen, darüber meiner Freude Ausdruck zu geben. Schließlich möchte ich noch wünschen, daß auch in weiteren Kreisen, namentlich in Arbeiterkreisen die Erkenntnis platzgreifen möchte, daß es für die Versammlung keiner Mahnung bedarf, um die wirklichen Interessen der Arbeiter wahrzunehmen, und daß die Arbeiter, wenn sie sich an die Versammlung wenden mit ihren Wünschen, dort Schutz und Wahrnehmung ihrer Interessen finden und sie keines Vertreters und Vermittlers dazu bedürfen. (Lebhafte Zustimmung.)

Herr Oberbürgermeister Ketemeyer: Von den Äußerungen des Herrn Wiehle möchte ich nur auf eine zurückkommen. Er sagte, die Erregung unter den Gasarbeitern wäre wesentlich dadurch hervorgerufen, daß sie die Beschlüsse über die Festsetzung der Löhne anders aufgefaßt hätten, als sie in Wirklichkeit gemeint seien. Das ließe sich ja hören. Aber es ist doch im höchsten Grade auffallend, daß die Arbeiter in ihrer Eingabe an uns vom 29. November und in der Eingabe, die Herr Lippmann am 25. November an die Direktion der Licht- und Wasserwerke wegen Aufbesserung der Löhne gerichtet haben, mit keinem Worte erwähnten, daß die Beschlüsse der Versammlung nicht ausgeführt worden seien. Woher kam dann aber die Erregung? Nur weil die Arbeiter den Wunsch hatten, mehr Lohn zu bekommen, darum soll solche Erregung hervorgerufen sein? Eine Erregung wäre doch nur am Platze gewesen, wenn die Beschlüsse nicht ausgeführt wären. Weshalb wird das aber in den Eingaben nicht erwähnt?

Diese Angaben haben uns nun veranlaßt, nicht etwa nach den Urhebern der falschen Nachricht zu recherchieren, dazu fühlten wir uns nicht berufen, sondern festzustellen, was die Gasarbeiter im letzten halben Jahre verdient haben.

Dabei sind gleichzeitig die Beträge angegeben, die an Krankengeld gezahlt worden sind, wobei ich für Herrn Wesemeier besonders bemerken möchte, daß die gesamten Arbeitslöhne 41 231 M betragen haben und daneben an Krankengeld 713,62 M gezahlt sind, das macht 1,74 % der gezahlten Löhne. Wenn man diese beiden Beträge zusammenrechnet und die Summe verdoppelt, so daß man ungefähr das Verdienst für das ganze Jahr bekommt, so ergeben sich folgende Gesamtbezüge:

Es haben verdient:

über 800 M = 3 Arbeiter,	über 1300 M = 14 Arbeiter,
" 900 M = 5 Arbeiter,	" 1400 M = 10 Arbeiter,
" 1000 M = 7 Arbeiter,	" 1500 M = 1 Arbeiter,
" 1100 M = 8 Arbeiter,	" 1800 M = 4 Vorarbeiter.
" 1200 M = 14 Arbeiter,	

Ich glaube, man kann nicht sagen, daß diese Löhne niedrig sind, sie sind mindestens doch wohl angemessen, und deshalb konnte darüber, daß nicht sofort nach der Eingabe an den Magistrat eine Erhöhung der Löhne eintrat, eine Erregung kaum als gerechtfertigt angesehen werden. Die Sache mit den Löhnen interessiert uns aber heute weniger, denn die sind festgestellt und es ist auch über deren Höhe noch nicht gesprochen.

Ich habe persönlich den Vorzug gehabt, in die Debatte gezogen zu werden wegen einer Unterhaltung mit einem Herrn Lippmann. Gestatten Sie, daß ich mir darüber einige Worte erlaube.

Es war am Abend vor der Ankunft seiner Majestät des Kaisers, ich hatte sehr viel im Moment zu tun, zumal auch noch eine Sitzung der Schmidtschen Stiftung

anberaumt war, als mir eine Visitenkarte gebracht wurde auf der stand: „Robert Lippmann, Sekretär des Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter- und Arbeiterinnen-Verbandes, Verwaltungsstelle Braunschweig.“ Ich ließ dem Herrn sagen, daß ich viel zu tun hätte, ob die Besprechung nicht verschoben werden könne.

Es wurde mir darauf erwidert, daß die Sache sehr dringlich wäre, worauf ich den Herrn eintreten ließ. Als Herr Lippmann in mein Zimmer trat, fragte er zunächst: Sind Sie Herr Metemeyer? (Heiterkeit.) Die Frage konnte ich ihm offen bejahen. (Heiterkeit.) Er fragte mich dann weiter, ob ich wüßte, daß zwei Arbeiter des Gaswerkes entlassen wären, worauf ich erwiderte, daß ich das erfahren hätte. Er sagte sodann: Wollen Sie vermitteln? Ich antwortete: Ich bin sehr beschäftigt und kann mich darauf eben nicht einlassen. Er erwiderte: Ich halte diesen Moment gerade für sehr geeignet, eine Vermittlung Ihrerseits eintreten zu lassen. (Unruhe.) Was das bedeuten sollte, war mir klar. Darauf habe ich ihm erklärt, daß mir eine Vermittlerrolle überhaupt nicht zutäme, entweder seien die beiden Arbeiter zu Unrecht entlassen, dann hätte ich nichts mehr zu vermitteln, sondern ich würde veranlassen, daß der Magistrat eine Entscheidung darüber abgebe, ob die Arbeiter sofort wieder eingestellt werden sollten, und ich zweifelte keinen Augenblick, daß die Wiedereinstellung vom Magistrat auch verfügt werden würde. Wären die Arbeiter aber zu Recht entlassen, so müßte ich erst recht jede Vermittlung ablehnen, weil eine Vermittlung meinerseits selbstverständlich die Autorität des Betriebsleiters schwächen würde. Darauf erwiderte Herr Lippmann: Wenn Sie jede Vermittlung ablehnen, so stehe ich für die Arbeiter nicht ein. (Unruhe.) Ich muß ganz offen gestehen, diese Äußerung berührte mich etwas sonderbar. Dieser Herr Lippmann hat den Vorzug noch sehr jugendlich zu sein, und wenn ein derartiger Herr erklärt: Ich, Herr Lippmann, kann für Ihre Arbeiter nicht einstehen, nämlich für 66 Familienväter, die einen solchen Lohn verdienen, und wenn er indirekt erklärt, sie werden streiken, so fehlt mir für derartige Bemerkungen jedes Verständnis. Ich habe dann allerdings erklärt: Wenn die Arbeiter streiken wollen, so kann ich sie nicht daran hindern, aber ich mache darauf aufmerksam, daß ich der Ueberzeugung bin, wir werden dafür sofort Ersatz haben.

Nun ist mir das in der Sitzung vom 22. Dezember v. J. von Herrn Wiehle und auch von Herrn Dr. Jasper in der Form einer Anfrage zum Vorwurf gemacht worden. Ich frage deshalb die beiden Herren, was hätte ich sollen anders antworten? Um Ihnen das klar zu machen, Herr Dr. Jasper, will ich ein Beispiel anführen: Gesezt den Fall, Sie entlassen einen Ihrer Schreiber und es kommt darauf eine Ihnen fremde Person zu Ihnen und sagt, entweder Sie nehmen den jungen Mann wieder an, oder Ihre sämtlichen Schreiber werden streiken. Würden Sie dann einen Diener machen und sagen, ich nehme ihn wieder an, oder würden Sie sagen: Da ist die Tür?

Uebrigens waren derartige Gerüchte tatsächlich vorher an uns gelangt und zwar speziell wegen der Entlassung der beiden Arbeiter, und wir hatten unsere Vorkehrungen getroffen und uns erkundigt, ob es wohl möglich wäre, eventuell andere Hilfskräfte heranzuziehen. Wir waren deshalb nicht ängstlich. (Auf: Ein bißchen doch wohl?) Nein, das waren wir nicht.

Gestatten Sie mir einige Worte über den Streik. Ich will den Arbeitern das Recht zu streiken nicht nehmen. Wenn man nicht das Recht auf Arbeit anerkennt, kann man auch nicht die Pflicht zur Arbeit anerkennen. Das Böse beim Streik ist, daß er regelmäßig nicht allein vorgenommen wird, sondern daß ein gesetzwidriger Vertragsbruch damit verbunden ist, und daß auch in vielen Fällen ein Terrorismus gegen Arbeitswillige ausgeübt wird, und das ist das Bedenkliche bei einem Streik. Ich mache dabei allerdings einen Unterschied insofern, als ich meine, daß der Streik für städtische Arbeiter überhaupt nicht am Plage ist. Der Streik ist nur ein Mittel, um das auszudrücken, was nach der Ansicht des Arbeiters gerechtfertigt ist. Gibt es aber wohl in der ganzen Stadt einen Arbeiter, der in der Lage wäre, seine Wünsche so energisch und intensiv durch geschulte Redner vor der breiten Öffentlichkeit zur Geltung zu bringen, wie unsere Arbeiter das können? Das möchte ich sehr bezweifeln. Wenn deshalb unsere Arbeiter den Streik gebrauchen wollten, um zu einem Rechte zu kommen, das die städtischen Behörden ihnen nicht eingeräumt haben, so würde ich das nicht für recht finden. Außerdem hielte ich es auch für eine große Torheit unserer Arbeiter, streiken zu wollen, sie brauchen ja nur zu uns zu kommen und ihre Wünsche vorzutragen. (Auf: Dann werden sie rausgeschmissen.) Was aber die städtischen Behörden beschließen, müssen auch die städtischen Arbeiter als zu Recht bestehend anerkennen. Würden sie die Arbeit niederlegen, so verlieren sie nicht nur ihre Stellen, sondern auch den Anspruch auf Ruhe-lohn, denn glauben Sie nicht, daß der Magistrat einen Arbeiter je wieder einstellen wird, der gestreikt hat, das liegt uns fern! (Zustimmung.)

Ferner hat Herr Dr. Jasper am Schluß der Sitzung vom 22. Dezember noch die Anfrage an den Magistrat gerichtet, wie er sich zu dem Verhalten seines Vorsitzenden Herrn Lippmann gegenüber gestellt hätte. Wir haben im Magistrat sehr viel zu tun und haben uns mit meinem Verhalten gegenüber Herrn Lippmann noch nicht befaßt. (Heiterkeit.) Ich selber, offen gestanden, habe mich durchaus schuldlos gefühlt und habe deshalb noch keine Veranlassung gehabt, eine Disziplinaruntersuchung gegen mich selbst zu beantragen (Heiterkeit), und von meinen Herren Kollegen hat es auch keiner getan, obwohl sich dazu schon eine gute Gelegenheit geboten hätte, da ich wegen des Landtages einer Sitzung des Magistrats nicht habe bewohnen können. Eins möchte ich dabei aber Herrn Dr. Jasper sagen: Wenn je der Fall vorkommen sollte — ich habe ihn allerdings bis jetzt noch nicht erlebt —, daß der Magistrat Veranlassung hätte, über eins

seiner Mitglieder zu Gericht zu sitzen und ihm Vorhaltungen über sein Verhalten zu machen, so ist das eine so delikate und interne Angelegenheit, daß ich auf dem Standpunkt stehe, daß das hier in öffentlicher Sitzung nicht erörtert zu werden braucht. Ein Beamter aber, der eine derartige Mißbilligung des Magistrates abschütteln würde wie der Pudel das kalte Wasser, gehört nicht in den Magistrat. Das muß intern verhandelt werden und auch intern bleiben. So gern ich also auch sonst bereit bin, die Anfragen des Herrn Dr. Jasper zu beantworten, so muß ich ihn doch bitten, über derartige interne Sachen Fragen nicht zu stellen — wir geben keine Antwort darauf! (Lebhafte Zustimmung.)

Herr Jasper: Herr Frühling hat ausgeführt, daß alles Drehen und Deuteln nichts helfe, sondern es bleibe im wesentlichen bestehen, daß Herr Wiehle in der Sitzung vom 22. Dezember unrichtige Behauptungen aufgestellt hätte, die sich auf ein Lügengewebe gründen. Ich pflichte Herrn Frühling vollkommen darin bei, daß alles Drehen und Deuteln vergeblich ist, indem sich das wesentliche der Ausführungen des Herrn Wiehle auch nach der heute gehörten Darlegung — die einige Monate Zeit in Anspruch genommen hat — als vollkommen wahr erwies. (Lebhafter Widerspruch und große Unruhe. Glocke des Vorsitzenden.) Wenn Herr Fiedel und mit ihm die Mehrheit der Finanzkommission hier mit allen möglichen Listeleien das als unwahr darstellt, so hat doch folgendes zugegeben werden müssen: Die Beschlüsse der Versammlung vom 12. Oktober sind nicht in vollem Umfange ausgeführt, nämlich infolge Irrtums des Herrn Hauswaldt nicht bezüglich der 14-tägigen Feierschicht. Herr Fiedel wird also nicht behaupten wollen, daß Herr Wiehle in bezug hierauf die Unwahrheit gesagt hat. Auch die Löhne sind nicht in dem Umfange gezahlt worden, wie es der Beschluß vom 12. Oktober gewollt hat. Nach dem Protokolle vom 12. Oktober hat Herr Hauswaldt referiert, daß sich den Deputationsvorschlägen, die Löhne nach je 3 Jahren um 20 Pfennige aufzubessern, die Finanzkommission anschlüsse, und es ist auch unwidersprochen erklärt worden, daß die Mehrheit dem Beschlusse ebenfalls zugestimmt hätte. Diese Aeußerung des Herrn Hauswaldt bedeutet doch nichts anderes, als daß derjenige, der drei Jahre lang seinen Lohnsatz bezogen hat, eine Aufbesserung von 20 Pfennigen bekommen soll. Das ist der Sinn, den ich dem Referat des Herrn Hauswaldt beilege, sofern Worte überhaupt noch Sinn haben. Inzwischen ist das als Irrtum des Herrn Hauswaldt aufgeklärt und damit wurde es begründet, daß der Beschluß nicht durchgeführt worden ist. Herr Fiedel hat auch zugegeben, daß eine große Reihe von Leuten, die fünf Jahre bei der Gasanstalt beschäftigt waren, bei dieser Neuregelung keine Lohnerhöhung bekommen haben. Dieser eine wesentliche Punkt ist also vollkommen so richtig, wie er von Herrn Wiehle vorgetragen wurde, auch wenn ich auf die anderen 5 Arbeiter, von denen schon die Rede war, hierbei keinen Wert lege.

Das wesentliche bei der Stellung des Antrages Wiehle war aber für uns weniger das sachliche Vorgehen, als die formelle Art und Weise der Behandlung, die Herr von Feilitzsch gegenüber den Arbeitern eingeschlagen hat. In dieser Beziehung war das Geständnis des Herrn Fiedel heute sehr bemerkenswert, daß die Arbeiter, obwohl sie am 24. November die angebliche Lohnerhöhung im vollen Umfange erhalten hätten, am 25. November eine Eingabe bei dem Magistrat machten und ihnen auf diese Eingabe bis zu dem Tage, wo Herr Wiehle gesprochen hat, keine Antwort zuteil geworden ist. Das ist eine Form der Behandlung, wie sie in einem städtischen Betriebe wohl kaum am Platze ist. Man würde selbst im Privatbetriebe erwarten müssen, daß es binnen Monatsfrist möglich sein werde, den Arbeitern in der einen oder anderen Weise eine Antwort zuteil werden zu lassen. Hier ist aber eine Antwort überhaupt nicht gegeben. Die Erregung unter den Arbeitern hat sich stetig gesteigert, und zwar umsomehr, als der Beamte ein Verfahren einschlug, das angetan war, böses Blut unter der Arbeiterschaft zu erwecken. Das war die Nachforschung nach denjenigen Arbeitern, die die betreffende Mitteilung an die bestimmungsmäßig berufene Vertretung der Arbeiterschaft hat gelangen lassen. (Widerspruch.) Es ist das die Äußerung, die Herr von Feilitzsch zu der beauftragten Kommission der Arbeiter selbst getan hat. Was Herr von Feilitzsch nach anfänglichem Leugnen in dem Protokolle vom 12. d. Mts. zugibt, ist nichts wesentlich anderes, als was mein Freund Wiehle hier am 22. Dezember gesagt hat. (Lebhafter Widerspruch.) Wenn man einen Unterschied herauslesen will, so fällt er jedenfalls nicht zu gunsten des Herrn von Feilitzsch ins Gewicht. Es ist meiner Ansicht nach viel milder, wenn gesagt wird: „Ich bin mit einem Wisch aus dem Notizbuche zufrieden,“ als wenn Herr von Feilitzsch sagt, wie er selbst zugibt: „Die Eingabe, die Eure berufene Vertretung der Organisation gemacht hat, ist ein Wisch, auf den für mich nichts ankommt, Ihr habt Euch schön etwas eingebrockt.“

Diese Erklärung hat er der beauftragten Kommission gegenüber abgegeben, also Mitgliedern gegenüber, die die Vertretung der Arbeiterschaft darstellen. Es würde deshalb Freund Wiehle die vollkommene Wahrheit gesprochen haben, wenn er nicht gesagt hätte, Herr von Feilitzsch hätte es der Arbeiterschaft gegenüber erklärt, sondern wenn seine Worte dahin gingen, er hätte es der berufenen Vertretung der Arbeiterschaft gegenüber erklärt. Herr Wiehle hat also garnicht behauptet, was Herr Fiedel nach berühmten Mustern dementiert.

Es soll dann weiter mein Freund Wiehle noch insofern Unrichtigkeiten geäußert haben, als gesagt wird, der Vorgang, der sich zwischen Herrn Lippmann und den Arbeitern abgespielt habe, sei unrichtig wiedergegeben. Nach den Äußerungen die zwischendurch von den Beteiligten eingebracht worden sind, werden die Ausführungen im wesentlichen vollkommen aufrecht erhalten. Ich kann daher das

Urteil, das Herr Frühling zusammenfassend über diesen Vorgang gegeben hat, nicht unterschreiben, und ich möchte Herrn Frühling auch entgegenhalten, soweit er mich persönlich in die Debatte gezogen hat, daß ich keinerlei Drohungen ausgesprochen (Widerpruch), sondern nur gesagt habe, was zutraf, und daß ich nach dem amtlichen Protokolle die russische Revolution bei dieser Gelegenheit überhaupt nicht erwähnt habe. Diese bei dem Wahlrechtsantrage von mir in die Debatte gezogene Angelegenheit scheint Herrn Frühling so in die Glieder gefahren zu sein, daß er es für notwendig hält, sie hier mit in die Verhandlung zu bringen. (Heiterkeit.)

Das wesentliche bleibt bestehen, daß Herr von Feilitzsch keine sachliche Abhilfe, keine sachlichen Verhandlungen den Arbeitern zugesagt, sondern statt dessen zwei Arbeitern die Kündigung angedroht und einen Arbeiter wirklich gekündigt hat. Wenn ich recht unterrichtet bin, soll auch zwischendurch noch so manches auf dem Werke vorgekommen sein, was einer Maßregelung ähnlich sieht, jedoch habe ich diese Sachen noch nicht so genügend geprüft, um das schon jetzt fest behaupten zu können. Aber die Tatsache, daß von zwei Leuten bei Strafe der Kündigung und Brotlosmachung Denunziationsdienste verlangt sind und ein Arbeiter gekündigt ist, genügt mir, um die Haltung des Beamten zu kennzeichnen. Ich bin anderer Meinung als Herr Jüdel, der von seinem Herrenstandpunkte es für gerechtfertigt hält, daß eine derartige Entlassung vorgenommen sei, und ich möchte die Versammlung bitten, auch zu der Frage Stellung zu nehmen, ob ein derartiges System weiter gehandhabt werden soll oder nicht.

Der Herr Oberbürgermeister ist dann auch so freundlich gewesen, auf das einzugehen, was ich in der Sitzung vom 22. Dezember gefragt habe. Damals schien der Herr Oberbürgermeister, trotz der formellen Beteuerung, daß er persönlich gern bereit sei, sofort eine Antwort zu geben, doch nicht geneigt zu sein, zu antworten. Es wäre eine sofortige Antwort vielleicht besser gewesen, um die Ruhe in der Arbeiterschaft damals noch in größerem Umfange herzustellen und manches Ungemach zu verhüten, als kurz vor der heutigen Sitzung ein Protokoll unter amtlichem Druck zustande zu bringen und hier vorzulegen, nachdem inzwischen schon recht viel Wasser die Flüsse heruntergelaufen ist, und das Erinnerungsvermögen der Beteiligten nicht mehr so scharf sein dürfte, als damals. Der Herr Oberbürgermeister hat erklärt, daß der Vorgang mit dem Geschäftsführer der organisierten Fabrikarbeiter, Herrn Zippmann, sich im wesentlichen so abgespielt habe, wie ihn mein Freund Wiehle damals geschildert hat, und er hat auch ausgeführt, daß er als Vorsitzender des Magistrates sich nicht berufen fühle, eine Vermittlerrolle zwischen dem Leiter eines städtischen Betriebes und dessen Arbeitern zu spielen. Ich bin hinsichtlich der Pflichten eines Oberbürgermeisters anderer Meinung. Wenn Differenzen in einem städtischen Betriebe vorkommen, die, wie es damals der Fall war, auszuarten drohen

in eine gemeinsame Gefahr für die Stadt, so war es die Pflicht des Oberbürgermeisters einzugreifen. Der Herr Oberbürgermeister hat ja auch selbst die Umstände geschildert, unter denen ein Streik der Gasarbeiter auszubrechen drohte. Ich bezweifle, daß es dem Herrn Oberbürgermeister und den übrigen geehrten Herren angenehm gewesen wäre, wenn die Stadt bei ihren damaligen Festen im Dunkel gelegen hätte. Die Gefahr war also vorhanden und sie wäre damals besonders schädigend gewesen, da doch die Tage vor Weihnachten die besten Geschäftstage des ganzen Jahres sind und eine ganze Reihe von Bürgern hätte dabei Haare lassen müssen, weil es in einem städtischen Betriebe formell nicht so zugeht, wie es hätte sein müssen. Bei einer derartigen Sachlage, die vom Herrn Oberbürgermeister auch nicht bestritten wird, wäre es weniger am Plage gewesen, an die Ausarbeitung der Rede zum Einzuge seiner Majestät des Kaisers zu denken (Unruhe), als daran, die Gefahr abzuwenden, die der Stadt drohte, und es wäre zweckmäßiger gewesen, hier einzugreifen und nicht den schroffen Herrenstandpunkt einzunehmen, wie es geschehen ist.

Der Herr Oberbürgermeister hat in seinen weiteren Ausführungen das Streikrecht in gewissem Umfange anerkannt. Soweit er es bei den städtischen Arbeitern ausgeschlossen hat, kann ich seine Argumentationen nicht billigen. Da von der anderen Seite der Versammlung auch nicht anerkannt wird, daß hinsichtlich der Lohnzahlung ein anderer Maßstab bei den städtischen Arbeitern im Vergleich mit den Arbeitern der Privatindustrie angelegt werden muß, sondern da im Gegenteil bei Anträgen auf Lohnerhöhungen für die städtischen Arbeiter stets gesagt wird, wir könnten die Löhne schon mit Rücksicht auf die Privatindustrie nicht erhöhen, da ähnliche Lohnverhältnisse wie in dieser aufrecht erhalten werden müßten und auch die Konjunkturen des Arbeitsmarktes genau so im städtischen Interesse ausgenutzt werden müßten, wie es ein Privatindustrieller tue, so müssen auch bei Befolgung dieses Grundsatzes als notwendige Ergänzung dazu die städtischen Arbeiter das Recht haben zu streiken.

Der Herr Oberbürgermeister hat es auch für passend gefunden, einen Vergleich heranzuziehen, wie ich mich verhalten würde, wenn mir in meinem Privatleben derartiges passierte. Abgesehen davon, daß es ein Unterschied ist zwischen einem privaten und einem städtischen Betriebe, kann ich nur sagen, daß ich mit einem berufenen Vertreter der von mir beschäftigten jungen Leute in sachliche Verhandlungen eintreten würde. Daß solches tatsächlich schon der Fall gewesen ist, und ich in dem Sinne stets dafür eingetreten bin, können Kollegen von mir bestätigen. Wir haben in der Anwaltschaft schon solche Vorgänge gehabt.

Auch die andere Frage, die der Herr Oberbürgermeister für unberechtigt hält, wie sich nämlich der Magistrat als Behörde zu dem Auftreten des Herrn Oberbürgermeisters stellt, muß ich aufrecht erhalten. Ich gebe allerdings gern zu, daß

es ein außergewöhnlicher Fall war, aber ich hatte angenommen, daß der Herr Oberbürgermeister an jenem bewegten Tage im Drange der Geschäfte einen zu weitgehenden Standpunkt eingenommen hätte. Da er aber heute diesen Standpunkt aufrecht erhält, so möchte ich wissen, wie sich die Gesamtheit des Magistrates zu dem Herrenstandpunkt des Herrn Oberbürgermeisters stellt, den er eben noch verteidigt hat. Nach der Städteordnung haben wir kein absolutes monarchisches Regiment in der Stadt, sondern eine kollegiale Behörde (Heiterkeit), die in ihrer Gesamtheit verantwortlich ist, und die auch die Meinung anderer Mitglieder hören muß. Ich bedaure, daß das Einvernehmen unter den Herren so gering ist, daß ein derartiges Vorgehen nicht zum Gegenstande einer Besprechung gemacht worden ist. Es war nahe daran, daß der Streik unter den Gasarbeitern ausbrach, und Sie haben ihn nicht verhindert, sondern haben zu Ihrem Teile dazu beigetragen, Del ins Feuer zu gießen und die Stimmung noch erregter zu machen als sie schon war.

Herr Wesemeier: Ich erkenne die Tätigkeit der Deputation gern an; wenn aber heute hier erklärt werden soll, daß alles nicht wahr sei, was Herr Wiehle damals gesagt hat, so brauche ich nur darauf hinzuweisen, daß es in der Gasverwaltung möglich gewesen ist, den alten Arbeitern, die ihre Arbeitskräfte im Dienste der Stadt gelassen haben, die von der Versammlung bewilligte Zulage nicht geben zu wollen, weil sie nicht mehr vollwertig seien, und daß es erst des Eingreifens der Deputation bedurfte, um ihnen den Lohn zu zahlen, der ihnen zukam. Das ist wirklich bezeichnend. Wenn sich ferner verschiedene Irrtümer erst nach der Sitzung vom 22. Dezember aufgeklärt haben, so ergibt sich daraus doch auch, daß mein Freund Wiehle, abgesehen von einzelnen geringen Nebensächlichkeiten, die Wahrheit gesagt hat. Es ist eine Notwendigkeit, daß die Vertreter der Arbeiter — und daran müssen sich die Arbeitgeber gewöhnen, mögen sie städtische Beamte oder Privatpersonen sein — als solche angesehen und anerkannt werden, denn es wirkt gewaltig aufhebend bei den Arbeitern, wenn ihre berufenen Vertreter, d. h. die Vorsitzenden der Verbände, nicht die Beachtung erfahren, die ihnen zukommt. Es sind das die erwählten Vertreter, mit denen man zu verhandeln hat, als wären es die Arbeiter selbst. Und wenn einer Eingabe solcher Leute gegenüber gesagt wird: Mit solchem Wisch kommt Ihr mir? so wirkt das erbitternd, wie es sich auch in den Kreisen der Arbeiter kundgegeben hat. Zu mir sind in dieser Zeit mehrfach Gasarbeiter gekommen, die mir bestätigt haben, daß in einer 18stündigen Sonntagsarbeitschicht von ihnen dasselbe verlangt wird, als in einer 24stündigen Schicht. Es ist mir das von verschiedenen Seiten zu verschiedenen Zeiten gesagt worden. Daß die Erregung der Arbeiter ganz gewaltig war und daß sie durch die unberechtigte Behandlung seitens der Leitung veranlaßt ist, steht fest.

Mit Herrn Frühling läßt sich über den Streik nicht streiten; er scheint es schon als russische Verhältnisse zu betrachten, wenn die Arbeiter überhaupt an einen Streik denken. Die Arbeiter brauchen sich nicht verführen zu lassen, im Gegenteil, die Vertreter der Arbeiter sind gewöhnlich die Bremser bei den Lohnbewegungen. (Widerpruch.) Sie kennen die Verhältnisse gar nicht, deshalb vertreten Sie den Standpunkt, daß die Führer die Lohnbewegung schüren. Ich habe vor einiger Zeit erst bei dem Streik der Straßenbahner erklärt, daß Herr Ribbentrop die Unwahrheit gesagt hat, als er behauptete, die Arbeiter seien von Berlin aus geschürt zu streiken, das Gegenteil davon ist wahr. Diese Meinung findet man aber bei den Arbeitgebern in großer Masse vertreten, obwohl gerade das Gegenteil richtig ist, daß nämlich die Arbeiterführer in den allermeisten Fällen diejenigen sind, die bremsen und die von den Arbeitern etwas auf die Tasche bekommen, weil sie eben bremsen.

Die vom Herrn Oberbürgermeister vorgetragenen Löhne sind doch wirklich nicht zu hoch für die Gasarbeiter, und diese Meinung wurde auch einhellig in der Deputation vertreten. Ueber 1400 M. bekommt danach ja nur ein Arbeiter. Die Arbeit ist so ungesund, daß die Löhne nicht als zu hoch angesehen werden können.

Für die heutige Versammlung ist ja eine lebhafte Agitation betrieben worden, um die Tribünen zu füllen, indem gesagt wurde, es sollte eine Abschachtung der Sozialdemokratie vorgenommen werden; wir können uns über diese Art der Abschachtung nur freuen, denn wir können mit dem Ergebnis der Verhandlung ganz zufrieden sein. Das Eingreifen der Deputation wird hoffentlich für die Folge verhüten, daß sich auf dem Gaswerke Zustände herausbilden, die dem Werke nicht zum Segen dienen. Ich kann mich auch nicht zu der Meinung des Herrn Oberbürgermeisters bekennen, daß Streiks bei städtischen Betrieben ausgeschlossen werden müßten. Uebrigens ist der hier als „jugendlich“ bezeichnete Herr Lippmann sicher 30 Jahre alt. Ob man das als jugendliches Alter bezeichnen kann, darüber gehen die Meinungen doch wohl auseinander. Auch den städtischen Arbeitern muß das Recht zustehen, wenn ihre Forderungen abgeschlagen werden sollten, zu dem letzten Mittel, zum Streik, zu greifen. Bei Privatunternehmern liegt die Sache doch so, daß die Streitigkeiten nach dem Streik geschlichtet werden und kein Privatunternehmer weigert sich, die Streikenden nach dem Streik wieder einzustellen. Eine städtische Verwaltung kann es aber nicht anders halten wie ein Privatunternehmer. (Widerpruch.) Also, alles was mein Freund Wiehle gesagt hat, ist mit Ausnahme einiger Nebensächlichkeiten zutreffend gewesen. (Widerpruch.)

Herr Ohlendorf: Aus den Ausführungen des Herrn Fiedel haben Sie entnehmen können, daß die Bewegung der Gasarbeiter berechtigt war. Wenn die vier ältesten Arbeiter, welche ihre Gesundheit im städtischen Dienste gelassen haben, von dem Betriebsleiter bei der Lohnerhöhung einfach überschlagen werden und wenn die

von der Versammlung beschlossene Vergünstigung einer 14tägigen Freischicht ebenfalls nicht in Erfüllung geht, so ist es erklärlich, daß die Arbeiterschaft im Gasbetriebe erregt wird und darüber berät, wie dem abzuhelpen ist. Herr Südel hat sich verpflichtet gefühlt, auf Grund einseitiger Informationen Herrn von Feiligh gegen die berechtigten Angriffe in Schutz zu nehmen. Diese Informationen sind von Herrn von Feiligh selbst eingeholt, so daß man sie nicht ernstlich in Betracht ziehen kann. Es ist von Herrn Südel auch ein Protokoll verlesen worden, das von der Kommission der Gasarbeiter mit unterschrieben ist. Es wird Ihnen schwer werden, sich in die Lage eines solchen Arbeiters hineinzudenken; nach Lage der Verhältnisse haben doch aber die Arbeiter, falls sie sich weigern, ein derartiges Protokoll zu unterschreiben, von Herrn von Feiligh nichts anderes zu erwarten, als daß sie in acht Tagen an die Luft gesetzt werden. Deshalb tut ein solcher Arbeiter recht, wenn er seinen Namen unter das Protokoll setzt; aber Sie können wohl ermessen, welchen Wert das überhaupt hat. Wenn ich recht verstanden habe, haben auch nicht alle Arbeiter, trotz ihrer Furcht vor Herrn von Feiligh erklärt, daß sie nichts gegen ihn hätten, sondern nur zwei oder drei derselben. Es muß also doch jemand unter den Arbeitern gewesen sein, der etwas gegen Herrn von Feiligh hat.

Die Stellung des Herrn Oberbürgermeisters gegenüber den Arbeiterorganisationen ist recht traurig und beweist eine große Unkenntnis des Wesens der Arbeiterbewegung. Wenn ein offizieller Vertreter der Arbeiterschaft kommt, wie Herr Lippmann, dann können nicht Gründe, daß er vielleicht zu jung ist — ich glaube übrigens er ist schon Mitte der 30 —, maßgebend für seine Behandlung sein. Andere Leute werden doch auch schon in Betracht gezogen, selbst wenn sie noch jünger sind, also braucht ein Arbeitervertreter auch nicht älter zu sein. Wenn er als offizieller Vertreter der Arbeiterorganisation kommt, so ist er anständigerweise anzuerkennen und mit ihm zu verhandeln. Was hat denn Lippmann bei Ihnen gewollt? Er hat den Streik verhindern wollen, das wissen Sie sehr gut, wenn Sie auch vorhin durch gezwungenes Lachen zeigen wollten, daß Sie es nicht glaubten. (Widerspruch.) Ich weiß, daß innerhalb der Arbeiterschaft des Gaswerkes der ernste Wille vorhanden war, Schritte in der Richtung zu tun. Daß das aber der Leitung der Organisation nicht leicht wird, ist klar und deshalb hat Herr Lippmann den Versuch unternommen, den Streik zu verhindern. Als er dieserhalb mit uns Rücksprache nahm, haben wir ihm den von ihm eingeschlagenen Weg zwecks Verhütung des Streiks vorgeschlagen. Durch eine gute Organisation der Arbeiter werden Streiks verhütet, denn durch die gegenseitige Aussprache lassen sich Mißverständnisse leichter beseitigen, worauf die Wünsche sich besser erfüllen lassen. Wenn aber die Arbeiter eine solche Behandlung erfahren, wie sie sie von Herrn von Feiligh zu erragen hatten, und wenn durch einseitige Information

die Deputation zu dem Eindruck gekommen ist, daß Herr von Feilich recht gehabt hat, so läßt sich ein gutes Einvernehmen zwischen der Betriebsleitung und den Arbeitern nicht leicht erzielen. Herr von Feilich hat wohl selbst nicht geglaubt, daß er im Rechte war, denn nach den Arbeitern gegenüber getanen Äußerungen hat er sich ziemlich belastet und gar nicht so frei gefühlt, wie es hier dargestellt worden ist. Er weiß, daß er Äußerungen getan hat, die er nicht hätte tun dürfen, denn er hat sich Arbeitern gegenüber wiederholt dahin ausgesprochen, er wisse, daß er zu weit gegangen sei, aber er werde sich schon herausreißen. Deshalb ist es nicht angebracht, Herrn von Feilich einseitig zu loben, wie das Herr Fiedel getan hat. Wir unsererseits glauben schon, was die Arbeiter sagen, da wir wissen, daß das wahr ist.

Auch unser Magistrat muß sich mehr als bisher den Verhältnissen anpassen. Sie können es nicht mehr ändern, daß in den Kreisen der Arbeiter der Organisationsgedanke in der letzten Zeit bedeutend gewachsen ist und daß die Verhältnisse dahin kommen werden, unorganisierte Arbeiter überhaupt nicht mehr zu treffen. Deshalb dürfen Sie sich nicht mehr gegen die Verhandlungen mit der Organisation stemmen. Der Standpunkt des Herrn von Feilich, daß kein städtischer Arbeiter einer Organisation angehören darf und daß der Arbeiter nur mit ihm verhandeln soll, ist veraltet. Vernünftige Arbeitgeber verhandeln gern mit der Organisation und dasselbe muß auch der Magistrat tun.

Herr Fiedel: Zunächst möchte ich Herrn Ohlendorf folgendes erwidern: Es ist mir neu und kann unmöglich richtig sein, daß Arbeiter, die eine Kommission eines ganzen Wertes bilden, nicht den Mut hätten, ihre Meinung zu vertreten. Ich habe immer die Ueberzeugung gehabt — und ich achte die Arbeiter recht hoch — daß sie eine Sache nicht unterschreiben werden, wenn sie dagegen Widerspruch zu erheben haben, namentlich aber, wenn sie als eine Kommission der Arbeiterschaft fungieren. Ich habe mich deshalb gewundert, daß Herr Ohlendorf erklärt hat, sie hätten das Protokoll nur infolge Druckes von oben, also aus Angst unterschrieben. Ich habe es noch nie einem Arbeiter nachgetragen, wenn er nicht meiner Meinung war. (Ruf: Aber Herr von Feilich!) Das bezweifle ich auch sehr. Meiner Ueberzeugung nach haben die Arbeiter das Protokoll nur unterschrieben, weil sie wußten, daß es richtig war.

Es war uns sehr interessant, von Herrn Wesemeier zu hören, daß die Führer der Gewerkschaften oder der Organisationen die Bremser seien in bezug auf Streiks, und daß sie gern bereit seien, etwaige Streiks zu verhindern. Ich werde mir das sehr hinter die Ohren schreiben und werde bei nächster Gelegenheit den Versuch machen, ob das zutrifft. (Herr Wesemeier: Damit werden Sie die besten Erfahrungen machen.)

Sodann möchte ich darauf hinweisen, daß Herr Jasper an meinem Referate zu kritisieren hatte. Ich habe mich bemüht und bin mir auch bewußt, daß ich das Referat genau auf Grund der vorliegenden Akten erstattet habe und daß ich nach keiner Seite hin Schärfen habe hervortreten lassen oder etwas bemäntelt habe. Alles, was die Herren in der Finanzkommission angeführt haben, oder was für die Arbeiter sprach, habe ich Ihnen aktenmäßig mitgeteilt; ich habe nichts verschwiegen, auch nicht die Tatsache, daß Herr von Feilisch sich veranlaßt gefühlt hat, einige ältere Arbeiter nicht auf die höchsten Lohnsätze zu bringen, sondern ich habe alles gesagt, was den Tatsachen entsprochen hat. Wenn nun von Herrn Wiehle am 22. Dezember gesagt worden ist, es hätten nur einige Arbeiter Zulage erhalten, so möchte ich Herrn Jasper darauf hinweisen, daß von 45 Arbeitern des Werkes an der Taubenstraße nur 15 am 24. November keine Zulage erhalten haben und von 54 Arbeitern an der Bahnhofstraße nur 11 nicht, und zwar aus den schon angeführten Gründen, weil sie tatsächlich noch nicht in den Jahren waren, daß sie nach der neuen Lohnordnung, wie wir sie ausgelegt haben, eine Aufbesserung erhalten konnten.

Wenn es ferner als unrichtig bezeichnet worden ist, daß die Worte des Herrn von Feilisch vor versammelter Arbeiterschaft und nicht in der Privatunterhaltung gefallen sind, so will ich dazu bemerken, daß es in der Beschwerdeschrift vom 29. November heißt: „Als am gestrigen Abend der Herr Direktor von Feilisch der zusammenberufenen Arbeiterschaft unsere Eingabe vorlesen hatte . . .“. Ich glaube also, es entspricht durchaus den Tatsachen, daß die Kommission resp. Herr Lippmann davon unterrichtet waren, daß vor versammelter Arbeiterschaft darüber gesprochen war. (Auf: Aber Wiehle nicht!) Ebenso liegt die Sache mit dem Arbeiter von Spigack. Herr Direktor von Feilisch mußte nach der Beschwerdeschrift annehmen, daß die falsche Mitteilung dem Herrn Lippmann von dem Arbeiter von Spigack gemacht worden war. Darauf erfolgte dessen Entlassung im Wege der Kündigung und zwar, wie ich anerkennen muß, mit vollem Rechte. Dieser Ueberzeugung bin ich aber nicht etwa von meinem „Herrenstandpunkte“ aus, sondern einfach vom menschlichen Standpunkte aus. Wenn ein von mir Angestellter eine meinerseits getane Äußerung einem andern falsch hinterbringt und zwar um ihn gegen mich aufzuheben, so wäre mir doch wohl viel zugemutet, wenn ich den Angestellten weiter beschäftigen sollte.

Die Ausführungen des Herrn Oberbürgermeisters über die Einkommensbezüge der Gasarbeiter kann ich nach den mir vorliegenden Gehaltslisten für 1905, die auch der Verußsgeuossenschaft zugegangen sind, dahin ergänzen, daß der Durchschnittssatz des Tagelohnes auf dem einen Werke 3,76 M und auf dem anderen 3,42¹/₂ M betragen hat. Das war also das Einkommen der Gasarbeiter vor der Lohnerhöhung.

Herr Oberbürgermeister Metemeyer: Wenn Herr Ohlendorf sagt, der Magistrat müßte es in den Kauf nehmen, daß die Verhandlungen mit den städtischen Arbeitern durch das Gewerkschaftskartell (Rufe: Organisation!) oder durch den Verbandssekretär erfolgten, so muß ich mich dagegen wenden. Herr Ohlendorf hat erklärt, der Verbandssekretär wäre der offizielle Vertreter der Arbeiter; „offiziell“ heißt aber „amtlich.“ Mir ist nichts davon bekannt, daß Herr Lippmann hier in Braunschweig der amtliche Vertreter der städtischen Gasarbeiter wäre, wenn auch auf seiner Visitenkarte gestanden hat, daß er der Verbandssekretär der Arbeiterschaft Braunschweigs wäre. Organisationen von Arbeitern sind private Einrichtungen, die man nicht als „amtliche“ bezeichnen kann. Im übrigen habe ich Herrn Lippmann keinen Vorwurf aus seiner Jugend gemacht, sondern ich habe nur gesagt, er genüsse den Vorzug, noch recht jugendlich zu sein. Wenn mir aber ein Herr, der eben 30 oder auch 35 Jahre alt ist, erklärt: „Ich kann für Ihre Arbeiter nicht einstehen,“ so kommt mir das doch sonderbar vor. Dazu halte ich unsere Arbeiter denn doch für viel zu vernünftig, daß sie deshalb streifen sollten, weil Herr Lippmann nicht dafür aufkommen kann. Wir stehen auf dem Standpunkte, verpflichtet zu sein, unsere Arbeiter gerecht zu behandeln, aber uns nicht ins Bockshorn jagen zu lassen, wenn jemand kommt und sagt, er könne für die Arbeiter nicht einstehen. (Zustimmung.)

Herr Rathe: Ich beanpruche gleiches Recht für alle, soweit jemand dem Staate und der Stadt gegenüber seine Schuldigkeit tut. Wenn ich von Wortklaubereien absehe, so muß ich sagen, daß mit den städtischen Gasarbeitern vor Weihnachten ein recht frivoles Spiel getrieben worden ist. (Zuruf: Von wem?) Am 12. Oktober haben wir beschlossen, den Gasarbeitern eine Lohnerhöhung zu bewilligen, vom 6. November ab ist diese Erhöhung für die Arbeiter zum größten Teil berechnet und am 24. November ausgezahlt worden. Wie aber jemand tags darauf kommen und sich über seinen Lohn beschweren und mit Streik drohen kann, ist mir unerklärlich. Wenn wirklich eine Unrichtigkeit vorgekommen sein sollte, so mußten sich die betreffenden Gasarbeiter an ihren Betriebsleiter oder an den Magistrat wenden und um Richtigstellung der Lohnsätze bitten, sie durften aber nicht in der Weise vorgehen. Unter den Arbeitern selbst herrscht bekanntlich eine eiserne Disziplin und jeder fliegt, der sich dagegen auflehnt; aber wie es bei Ihnen gehalten wird, so ist es auch bei anderen Leuten Mode. Es wird auch nicht bedacht, daß die Stadt bei ihrer Finanzlage nicht jede gewünschte Lohnerhöhung ohne weiteres bewilligen kann. Alle billigen Forderungen der Arbeiter sind dagegen in der Versammlung noch niemals auf großen Widerstand gestoßen; während das hier beliebte Vorgehen nur gegenseitige Rücksichtslosigkeiten hervorruft. Das wäre besser vermieden worden. Unter denjenigen Leuten, die ursprünglich keine Lohnzulage erhalten hatten, finden sich solche im Alter von 68 Jahren. Sie würden wohl

keine 68jährigen Leute in Ihren Betrieb einstellen und ihnen noch eine Lohnerhöhung geben. Der Lohn muß sich nach der Leistung richten, anders kann es nun einmal in der Welt nicht gehen. Nach meiner Ansicht ist es sehr unangebracht gewesen, hier ein so frivoles Spiel zu treiben, ja es ist mehr als frivol gewesen, so vorzugehen, denn es war durchaus nicht nötig, es war einfach ein Unfug! (Zustimmung und Unruhe.)

Herr Frühling: Ich will diese Diskussion nicht noch weiter führen, da sie vollständig vergeblich ist, wenn ein Teil der Versammlung dasjenige weiß sieht, was der andere Teil schwarz sieht. Auf einige Punkte möchte ich aber noch zurückkommen. Es ist hier verschiedentlich behauptet worden, daß auf unserer Seite überall die größte Furcht geherrscht hätte, wir hätten uns gefürchtet, daß ein Streik der Gasarbeiter ausbrechen könnte, und mir besonders wären die russischen Zustände dermaßen in die Knochen gefahren, daß ich mich von der Furcht garnicht mehr losringen könnte. Der Verlauf der ganzen Sache zeigt aber gerade das gegenteilige Bild, denn wir haben uns weder durch den ersten Ansturm, noch durch die ausgesprochenen Drohungen einschüchtern lassen, sondern wir haben abgewartet, bis alles ordnungsmäßig untersucht war. Und das ist sehr gut gewesen und wir haben alle Veranlassung, diesen Standpunkt auch später beizubehalten, denn er ist sehr segensreich für alle Teile gewesen. Es ist dann auch noch gesagt worden, ich hätte über den Streik gesprochen und gesagt, das wären russische Zustände. Auch das ist unrichtig. Ich habe im Gegenteil gesagt, ich hätte mich gefreut, daß der Streik nicht ausgebrochen wäre. Wenn ich nun weiter gesagt habe, daß man die Arbeiter hat zum Streik verführen wollen — was hier bestritten wird —, so muß ich bemerken, daß ich eine zu hohe Meinung von den Arbeitern habe, als daß ich glauben kann, sie würden einen Streik vom Zaune brechen. Nach dem, was wir hier gehört haben, lag zu einem Streik überhaupt gar kein Grund vor. Ich kann mir einen Streik wohl als gerechtfertigt denken, wenn Verhältnisse in einem Betriebe herrschen, mit denen die Arbeiter mit Recht unzufrieden sind, und die sich nicht anders beseitigen lassen, als durch einen Streik; so lange es aber noch einen Weg gibt, auf dem man diese Beseitigung auch ohne Streik erreichen kann, soll man letzteren vermeiden. Liegen die Verhältnisse aber so wie hier, daß überhaupt keine Veranlassung zum Streik vorhanden ist, so würde ein solcher Streik frivol sein, er würde das Glück der Arbeiter, ihre Lebenshaltung und ihre Stellung schädigen. Deshalb freut es mich auch, daß er nicht zustande gekommen ist. Meiner Meinung nach will der wirkliche Arbeiter, der seine eigene Haut dabei zu Markte tragen muß, in solchem Falle garnicht streiken, sondern er geht dazu nur über, wenn er dazu gedrängt und aufgehetzt wird. Weil ich aber die Anschauungen des Arbeiters achte und der Ueberzeugung bin, daß er eine bessere Einsicht von seinen Verhältnissen hat, als vielfach angenommen wird, so glaube ich, daß die Gasarbeiter

nicht selbst auf den Streik hingedrängt haben, sondern daß sie von irgend welcher dritten Seite geschürt und aufgehetzt sind.

Herr Ohlendorf: Der Herr Vorredner deutete an, als wenn der Streik von außenstehenden Personen angezettelt worden sei; das ist aber nicht der Fall und erweist sich als eine Verdächtigung gegen Personen, die hier nicht anwesend sind und sich nicht verteidigen können. Die Sache liegt anders, und es wäre ein leichtes, sich nach den wirklichen Verhältnissen zu erkundigen, jedoch in anderer Form, als Herr von Feilitzsch das beliebt hat. Man möge nur in ihre Versammlungen gehen und sie dort befragen, dann würde man eine andere Antwort erhalten, die Leute würden dort anders reden, als wenn sie von Herrn von Feilitzsch zu Protokoll genommen werden. Herr Frühling hat wiederholt gesagt: Angst hatten wir nicht. Das mag sein, aber eine Tatsache ist es, daß die Stadt mit einem Streik zu rechnen hatte und auch damit gerechnet hat. Deshalb haben wir alles aufgeboten, den Streik zu verhindern, weil wir wußten, daß er anders verlaufen würde, als Sie hier annehmen. Ihre Einrichtungen wären nicht von Erfolg gewesen, und deshalb freuen wir uns heute noch, daß der Streik verhindert ist durch uns und durch das Eingreifen der Organisationsleitung. Sie hätten ihn sicher nicht verhütet, und er wäre auch nicht zu ungunsten der Arbeiter verlaufen. Die Vorbereitungen des Herrn von Feilitzsch sind uns und der Organisation bekannt gewesen.

Sie haben von dem Wesen der Arbeiterorganisation sehr wenig Ahnung und täuschen sich daher ungemein; Sie sollten daher versuchen, mehr in das Wesen derselben einzudringen, dann wäre für Sie und auch für Herrn von Feilitzsch die Zeit gekommen, daß Sie die Organisation als verhandlungsfähig anerkennen würden, dann wäre es nicht notwendig, solche Debatte wie die heutige zu pflegen, und das gewünschte Einvernehmen zwischen Herrn von Feilitzsch und seinen Arbeitern wäre vorhanden. So lange aber die Organisation nicht anerkannt wird, ist daran nicht zu denken. Die Arbeiter werden sich weiter organisieren, mögen Sie wollen oder nicht.

Herr Jasper: Herr Rathe hat hier von „frivol“ und „Unfug“ gesprochen, ohne aber zum Ausdruck zu bringen, wen er damit meint. Soweit Mitgliedern der Versammlung gegenüber etwa ein derartiger Ausdruck gebraucht sein sollte, möchte ich ihn, da das von anderer Seite nicht geschehen ist, als ungehörig zurückweisen. Sollte sich der Ausdruck aber auf Außenstehende beziehen sollen, so hat mein Freund Ohlendorf schon das nötige gesagt. Sachlich möchte ich Herrn Rathe erwidern, daß der von Herrn von Feilitzsch eingeschlagene Weg den Arbeitern gegenüber nicht der richtige gewesen ist, denn Herr Rathe scheint übersehen zu haben, daß am 25. November die Eingabe der Arbeiter gekommen ist und daß bis zum 22. Dezember, als die Maßregelungen stattgefunden haben, eine Antwort darauf nicht erfolgt war. Das ist aber kein sachlich richtiges Verfahren.

Herr Ribbentrop: Als die Beschwerden hier vorgebracht wurden, sagte ich mir, sie verlaufen ebenso wie die früheren: Sie werden von den Herren angenommen, nicht geprüft und dann, obwohl aus den früheren Erfahrungen ein gewisser Argwohn da sein mußte, bei irgend einer Gelegenheit mit vielem Vergnügen vorgetragen. (Widerspruch.) Für die Richtigkeit dieser Behauptung erinnere ich an die verschiedenen Vorkommnisse, welche sich hier abgespielt haben, z. B. an die Beschwerden bezüglich des städtischen Fuhrparks, der Gasarbeiter aus dem Jahre 1893, der Feuerwehr, bei welcher Gelegenheit ein hochverdienter Beamter in unerhörter Weise angegriffen wurde, der Steinseger, der Nachtwächter etc. Das wiederholt sich immer wieder. Seitdem die Herren in größerer Zahl hier sitzen, ist für uns ein unangenehmes Moment eingetreten: die Verhandlungen ziehen sich lange hin und es werden geradezu Attentate auf unsere Zeit gemacht. Das passierte nicht, als nur zwei Herren von jener Seite hier waren; niemals ist von ihnen eine solche Anschuldigung gefallen oder entfernt daran gedacht, daß die städtischen Behörden sollten ein Schriftstück aus den Akten entfernt oder nicht mitgesandt haben und dergleichen. Dieses Schüren zum Streit ist geradezu epidemisch geworden und geht von einer Zentralstelle, von Berlin, aus. (Lachen.) Sie brauchen die Sachen nur einmal zu verfolgen und werden das bestätigt finden. Heute wird verfügt, die städtischen Arbeiter sollen streiken, morgen, die Straßenbahner sollen streiken und momentan ist es ganz evident klar, daß die Parole ausgegeben worden ist, die Gasarbeiter sollen streiken, wie man das in Hannover, Hanau und nun auch hier sehen kann. (Lachen.) Die Herren mögen sich dagegen wehren, soviel sie wollen, sie kommen nicht darum weg. (Zurufe.)

Um auf die Sache selbst zu kommen, so wäre doch der einfachste Weg gewesen, die Beschwerde aus der Welt zu schaffen, daß die Arbeiter zu Herrn von Feilichsch oder zum Herrn Oberbürgermeister, oder zu Herrn Stadtrat Lange gingen und sagten, sie hätten 20 Pfennig Lohn zu wenig bekommen. Wenn von jener Seite gemeint wird, der betreffende Arbeiter wäre hinauszugeschoben, so kann davon keine Rede sein, denn da der Herr Oberbürgermeister zu dem Herrn Lippmann nicht gesagt hat: „Du aber raus!“ so wird er auch einem städtischen Arbeiter nicht sagen, daß er ihm nicht Rede und Antwort stehe. (Zustimmung.) Es ist nun auch gerügt worden, daß die „ergebnisste Eingabe“ als ein Wisch bezeichnet worden ist. Daß Herr von Feilichsch gesagt hat, ein Blatt aus dem Notizbuche wäre mir lieber gewesen, als ein derartiger Wisch, hat mir sehr gefallen. (Große Heiterkeit.) Es liegt darin, daß die Arbeiter darauf hingewiesen werden, zu Herrn von Feilichsch zu kommen, wenn sie etwas wollen, und der „Wisch“ soll zum Ausdruck bringen, daß das Schriftstück nicht von den städtischen Arbeitern aufgesetzt worden ist, sondern von einem sozialdemokratischen Hecker! (Zustimmung und Widerspruch.)

Von Herrn Wiehle fiel auch der Ausspruch, es sei nicht mehr zu ändern gewesen, daß der Streit in Szene gesetzt werden mußte. Daß aber die Herren tatsächlich abhängig sind von der Parteileitung, dafür habe ich einen schlagenden Beweis. Als zu jener Zeit der Redakteur des Braunschweiger Volksfreundes wegen Beleidigung meiner Person zu vier Wochen Gefängnis verurteilt war, kam er eines Tages im hohen Gute zu mir und sagte, er möchte gern, daß die Gefängnisstrafe in eine Geldstrafe umgewandelt würde und bat mich, ihm dabei behilflich zu sein, da er doch dazu kommandiert wäre, gegen mich Artikel zu schreiben, er persönlich wäre ganz unschuldig in der Sache. (Große Unruhe! Zuruf: Welcher Redakteur?)

Vorsitzender! Ich bitte um Ruhe. Sie sind vorhin auch genügend zu Worte gekommen.

Herr Ribbentrop (fortfahrend): Es waren sieben Ehrenmänner von der Straßenbahn nach Kiel gefahren, um dort, wo die Verwaltung an der Nase herumgeführt wurde, helfend einzugreifen. Ueber diese sieben Männer hat im Volksfreund ein Zeitungsartikel gestanden, worauf dieselben einen Strafantrag gegen Herrn Wesemeier als den verantwortlichen Redakteur eingereicht haben. Im Sühnetermin soll darauf Herr Wesemeier erklärt haben, es wäre einmal Streif gewesen und er hätte nicht anders schreiben können, die Leute sind darauf auf den Vergleich eingegangen. (Herr Wesemeier: Das ist Schwindel, Sie sind angeschwindelt!) Ich möchte doch darauf hinweisen, welches feines Gefühl bei den Herren herrscht, wenn Herr von Feilitzsch von einem Wisch gesprochen haben soll. Das ist doch an sich noch keine Beleidigung, aber die Äußerungen, die hier von den Herren auf meine Worte fallen, sind geradezu unqualifizierbar; das haben die Herren wahrscheinlich von dem Parteitage in Jena mitgebracht. (Große Unruhe.)

Vorsitzender: Ich würde eine Sie persönlich beleidigende Äußerung nicht hingehen lassen, es ist aber nicht gesagt worden, daß Sie geschwindelt hätten.

Herr Ribbentrop (fortfahrend): Ich stehe auf dem Standpunkte, daß ein ehrenwerter städtischer Arbeiter nicht auch Sozialdemokrat sein kann und sein darf. Ein sozialdemokratischer Arbeiter will nicht das Wohl der Gemeinde und der Körperschaft, der er angehört, fördern, sondern er will das Gegenteil. (Widerspruch)

Das ist klar und deutlich von den Führern der Sozialdemokratie ausgesprochen worden, und wenn ich auf die Motive zurückkomme, die Streiks in Szene gesetzt haben, so sind es die Worte, welche Wurm in Erfurt gesagt hat, wo es unter andern hieß: Wir müssen die Kluft zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern vergrößern. (Ruf: Das besorgen Sie schon!) Nebel hat bei anderer Gelegenheit gesagt: Wir müssen heben und Anträge stellen, die unerfüllbar sind! (Herr Ackmann: Das sind wohl Meinungen aus Königsutter! Große Unruhe und Zurufe: Wo hat er das gesagt?)

Wir müssen deshalb in allen diesen Sachen zusammenstehen und zusammenhalten und das Vorkommnis, das wir hier gehabt haben, wird auch der Anlaß sein, daß wir uns in der Folge nicht von einer Minorität in unangenehmer Weise hinhalten und terrorisieren lassen! (Zustimmung und Widerspruch.)

Vorsitzender: Meine Herren! Wir sind nicht in der Lage, die grundsätzlichen Parteigegensätze hier zum Austrag zu bringen. Bisher haben wir das Prinzip verfolgt, die kommunalen Angelegenheiten mit tunlichster Ruhe zu erledigen; wenn wir dabei wohl auch mal ein bißchen Komödie gespielt haben. Wir wollen und können doch hier nicht ein kleines Parlament bilden. Wenn wir nicht in der bisherigen Weise fortfahren, und nicht mit tunlichster gegenseitiger Höflichkeit uns behandeln, dann kommen wir in die Brüche und insbesondere heute nicht mehr zur Erledigung unserer Tagesordnung.

Herr Wesemeier: Ich hätte mich nicht zum Worte gemeldet, wenn nicht der Herr Kollege Ribbentrop meine Person in die Debatte gezogen hätte. Ich erkläre hierdurch, daß das nicht wahr ist, was Herr Ribbentrop über mich gesagt hat, daß ich nämlich gesagt haben soll, ich hätte nicht anders können als so schreiben, wie es im Volksfreund geschehen ist. Ich erkläre das für eine grobe Beschwindelung des Herrn Ribbentrop. (Unruhe.) Ich weiß auch nicht, welcher Redakteur bei Herrn Ribbentrop gewesen sein soll, der solche Worte in dessen Wohnung gesagt haben könnte. So lange ich das nicht weiß, muß ich sehr große Zweifel in die Wahrheit auch dieser Äußerung setzen. Ich kann mir nicht denken, daß ein sozialdemokratischer Redakteur oder ein Gewerkschaftsführer gesagt haben kann, er hätte müssen so handeln, oder er sei kommandiert so zu schreiben. Das ist jedenfalls vollständig falsch wiedergegeben.

Vorsitzender: Sie sind nicht berechtigt, das zu sagen. Wenn Herr Ribbentrop das bestimmt erklärt, dürfen Sie nicht in der Weise sich äußern.

Der Uebergang zur Tagesordnung wird darauf beschlossen.

IV. Erweiterung der städtischen Bürgerschulen.

Nach dem Berichte des Direktors der städtischen Bürgerschulen, Professors Schaarschmidt, kann für das Schuljahr 1906/07 von der Errichtung neuer Schulklassen Abstand genommen werden; es sind indessen in den drei noch in der Entwicklung begriffenen Schulen an der Comeniusstraße und am Schulwege im ganzen vier neue Klassen als Fortsetzungen vorhandener Klassen erforderlich. Für diese vier neuen Klassen wird die Bewilligung von drei neuen Hilfslehrern mit einer Jahresremuneration von höchstens je 1300 M erbeten, während außerdem noch 1100 M für die besonders zu deckenden 22 Unterrichtsstunden und 1000 M an sachlichen Ausgaben erforderlich werden. Der Magistrat gibt anheim, diese Anträge zu genehmigen, was auf Empfehlung der Schulkommission, für die Herr Koch berichtet, geschieht.

V. Anschaffung zweier Rechenmaschinen.

Die städtische Bauverwaltung hat gebeten, neben der schon vorhandenen Rechenmaschine Brunsviga noch eine zweite Rechenmaschine „Millionär“ zum Preise von 1050 M oder zwei deutsche Maschinen zum Gesamtpreise von 1000 M zu beschaffen. Vom Magistrat wird ersucht, behufs Beschaffung zweier Brunsviga-Rechenmaschinen die Summe von 950 M zu verwilligen,

welchem Antrage die Versammlung auf Empfehlung der Finanzkommission, für die Herr Hauswaldt berichtet, zustimmt.

VI. Teuerungszulage für städtische Bedienstete.

In der Sitzung vom 22. Dezember 1905 — Seite 380 des Berichts — ist dem Magistrat anheimgegeben, eine Summe von 5000 bis 6000 M unter alle im städtischen Dienste beschäftigten verheirateten Personen, deren Einkommen unter 1500 M beträgt, gleichmäßig zu verteilen. Die Gesamtzahl der in diese Kategorie fallenden Personen beträgt 638, während es sich um 761 Personen handelt, sofern die Einkommensgrenze bis zu 2000 M gesteigert würde. Bei Verwilligung von 6000 M würde mithin auf jeden Beteiligten die Summe von 9,40 M bezw. 7,88 M entfallen.

Der Magistrat erkennt an, daß durch die zurzeit herrschenden hohen Fleischpreise der Haushalt der gedachten Personen in unliebsamer Weise belastet wird, aber er muß doch bezweifeln, daß diesem Uebelstande durch die in Vorschlag gebrachte Maßregel in irgendwie nachhaltiger Weise abgeholfen würde. Das könnte nur durch eine wesentlich höhere Zuwendung, die sich überdies in angemessenen Zeitabschnitten wiederholen müßte, erreicht werden. Gleichwohl würde der Magistrat geneigt sein, dem Antrage der Versammlung zu entsprechen, wenn der Maßregel nicht sonstige schwerwiegende Bedenken entgegenstünden.

Zunächst kommt in Betracht, daß durch die hohen Fleischpreise keineswegs nur diejenigen Personen belastet werden, deren Einkommen weniger als 1500 M oder 2000 M beträgt, denn der höher besoldete Beamte wird durch die Fleischteuerung verhältnismäßig ebenso belastet wie der Arbeiter. Es würde deshalb gar nicht ausbleiben können, daß eine besondere Unterstützung dieser, Unzufriedenheit in denjenigen Kreisen hervorrufen würde, denen eine solche Zuwendung versagt bliebe. Wollte man aber den Kreis der zu berücksichtigenden Personen noch weiter ausdehnen und etwa ein Gehalt von 3000 M als Höchstgrenze festsetzen, so würde dadurch eine sehr bedenkliche Belastung der einzelnen Klassen veranlaßt werden. Dazu kommt, daß bei Beschränkung der Zuwendung auf den Kreis derjenigen Personen, deren Verdienst weniger als 1500 bezw. 2000 M beträgt, eine gerechte Verteilung der Summe die größten Schwierigkeiten bietet, was der Magistrat im

einzelnen näher begründet. Beispielsweise wird auch angeführt, daß die auf dem Steinhofe beschäftigten hier in Frage kommenden 32 Personen, denen ihr Lohn zum Teil in Naturalien gewährt wird, aus der Fleischsteuerung sogar Vorteil ziehen, indem sie jetzt zwei Schweine mästen, davon eins für ihren Hausbedarf schlachten und durch den Verkauf des zweiten einen sehr annehmbaren Nutzen erzielt haben. Wenn sich die Verhältnisse eines Beamten aber zeitweilig so gestalten haben, daß seine Familie in Not gerät, so wird eventuell eine Unterstützung am Plage sein und auch gewährt werden können, aber derartige Unterstützungen zeitweilig ganzen Gruppen der im Dienste der Stadt stehenden Personen zuzuwenden, erscheint dem Magistrate im hohen Grade bedenklich. Aus diesen Gründen bedauert er, dem Antrage der Versammlung nicht entsprechen zu können.

Nach dem Berichte des Herrn Jüdel schließt sich die Finanzkommission den Ausführungen der Vorlage an, womit dieselbe als erledigt angesehen wird.

VII. Errichtung einer zweiten Haushaltungsschule.

Auf Anregung des Schulvorstandes der städtischen Bürgerschulen gibt der Magistrat anheim, zu genehmigen, daß

- a. im Kellergechoße der Schule an der Leonhardstraße eine Haushaltungsschule eingerichtet und zur Deckung der Kosten die Summe von 5000 M. dem Schulhausbaufonds zur Last gelegt werde;
- b. die Haushaltungsschule im Schulgebäude an der Pestalozzistraße auch in den Vormittagsstunden betrieben werde.

Bei Zustimmung zu diesen Anträgen wird der Magistrat die erforderlichen Betriebskosten in den nächstjährigen Voranschlag aufnehmen.

Namens der Schulkommission berichtet hierüber Herr Brückmann: Die Schulkommission empfiehlt die Annahme der Vorlage in vollem Umfange. Wer Gelegenheit gehabt hat, die Einrichtung der bestehenden Haushaltungsschule anzusehen, wird gefunden haben, daß sie ein vorzügliches Mittel ist, die Schülerinnen zur Ordnung und Sparsamkeit zu erziehen. Die Kommission spricht nur noch den Wunsch aus, möglichst schon in den nächsten Etat Mittel einzustellen, um auch die Schulen an der Bürgerstraße, der Leopoldstraße und der Sophienstraße mit solcher segensreichen Einrichtung versehen zu lassen.

Die Magistratsvorlage wird sodann angenommen.

Herr Hauswaldt übernimmt den Vorsitz.

VIII. Kanalisierung einer Strecke des Münzgrabens.

Der Allgemeine Konsumverein und der Kaufmann Arnold Nimpau haben beantragt, den zwischen ihren Grundstücken gelegenen Teil des Münzgrabens auf ihre Kosten zu kanalisieren und ihnen das gewonnene Terrain zu überweisen.

Da diese Kanalisierung technisch ausführbar und auch wünschenswert erscheint, so wird die Versammlung vom Magistrat ersucht, der Kanalisation der etwa 4,5 Meter langen Strecke des Münzgrabens auf Kosten der beider Anlieger zuzustimmen, was auf Befürwortung der Baukommission, für die Herr Meyerhoff berichtet, geschieht.

IX. Entfernung von Bäumen an der Husarenstraße.

Die Anlieger der „neuen“ Husarenstraße haben gebeten, die ihre Vorgärten und Wohnungen schädigenden Ulmenbäume beseitigen oder entsprechend zurückschneiden zu lassen. Begründet wird die Einsprache damit, daß die Parterreräume der Häuser, vorzüglich an der Nordseite der Straße selbst im Hochsommer so kalt seien, daß es oft nicht möglich sei, in erhöhtem Zustande sich länger darin aufzuhalten. Die städt. Bauverwaltung erkennt diese Ausführungen größtenteils als gerechtfertigt an und ist der Ansicht, daß eine gründliche Abhilfe nur durch die Entfernung der Ulmen und durch Einstellung von schwachwüchsigen Bäumen in größeren Abständen zu erwarten sei. Sollte die Entfernung der sämtlichen Ulmen aber nicht beliebt werden, so wird anheimgegeben, die Genehmigung wenigstens zur Fortnahme je eines Baumes um den andern zu erteilen. Auch der Magistrat hält die Vorstellung der Anlieger für begründet und ersucht, den letzteren Vorschlag der städt. Bauverwaltung zu genehmigen.

Herr Lübke: Die Baukommission hat sich einstimmig für den Vorschlag des Magistrates ausgesprochen, da sie ihn für die zweckmäßigste Maßnahme hält. Bei vollständiger Beseitigung der Ulmen würde es mehrere Jahre dauern, bis die neuen Bäume so weit herangewachsen sind, um Schatten zu spenden.

Herr Koch: Ich hätte lieber gesehen, es würden sämtliche Ulmen fortgenommen und durch andere Baumarten ersetzt. Von Jahr zu Jahr muß das Trottoir aufgerissen und neu gelegt werden, weil es sich durch die Wurzeln der Bäume hochzieht. Die Parterrewohnungen an der Husarenstraße will niemand nehmen, weil sie zu dunkel und zu kalt sind. Besser wäre es, die Ulmen sämtlich fortzunehmen und vielleicht durch Rotdorn zu ersetzen, denn mit der hier vorgeschlagenen Maßnahme würde den Anliegern nicht viel gedient sein.

Herr Blasius: Ich möchte mich dafür aussprechen, die Bäume zur Hälfte wegzunehmen. Die Husarenstraße ist für solche starkwüchsigen Bäume zu eng und die Wohnungen werden zu stark beschattet. Dabei möchte ich den Wunsch äußern, die Ulmen nicht einfach abhacken zu lassen, sondern sie mit den Wurzeln aus dem Erdboden zu heben und sie im Bürgerpark oder an sonst geeigneter Stelle wieder einzupflanzen.

Herr Bürgermeister Meyer: Die Anpflanzung der Bäume an der Husarenstraße ist tatsächlich verfehlt, denn man hätte die Bäume nicht so dicht anpflanzen

müssen, wie es geschehen ist. Wenn nun auch der Wunsch des Herrn Koch nicht als ungerechtfertigt anzusehen ist, da im Interesse der Anlieger die gänzliche Beseitigung der Ulmen liegen würde, so haben wir doch aber auch noch andere Wünsche zu berücksichtigen, nämlich die Wünsche der Bevölkerung, solche Straßen, die nach außen führen, möglichst schattig zu gestalten. (Zustimmung.) Der Magistrat wird sich deshalb nicht dazu verstehen können, eine vollständig umschattete Straße herzustellen, sondern er tritt dafür ein, schwachwüchsige Bäume anzupflanzen.

Die Versammlung stimmt dem Magistratsantrage zu.

X. Erwerb einer Grundfläche zur verlängerten Wabestraße.

Der Maurermeister Gröpler hat gebeten, die von seinen an der Ecke der Bodestraße und der verlängerten Wabestraße gelegenen Grundstücken A^{ss}. 7546 und 7535 zur Straße abzutretende Fläche von 2,06 Ar zu einem erst beim Ausbau der verlängerten Wabestraße endgültig festzusetzenden Preise schon jetzt abzunehmen und den vorläufig nach einem Einheitspreise von 12 M für 1 qm zu berechnenden Wert der Fläche auf die für die vorbezeichneten Grundstücke zu stellende Straßenkostensicherheit in Anrechnung zu bringen. Da der Magistrat gegen die Erfüllung des Gröplerschen Wunsches Bedenken nicht hat, so hat er mit Herrn Gröpler einen entsprechenden Vertrag abgeschlossen, und ersucht um dessen Genehmigung.

Nach dem Berichte des Herrn Fricke ist die Baukommission mit dem Vorschlage einverstanden und ersucht um dessen Genehmigung.

Die Versammlung beschließt demgemäß.

XI. Unterstützung des Schwesternhauses vom Roten Kreuz.

Die finanzielle Lage des Schwesternhauses vom Roten Kreuz hat sich so ungünstig gestaltet, daß es, falls ihm nicht Hilfe gewährt wird, zur weiteren Unterhaltung seines Krankenhauses nicht in der Lage sein wird. Dieses ungünstige Resultat ist wesentlich dadurch hervorgerufen, daß die Kosten, welche durch Verpflegung der Kranken der III. Klasse erwachsen, auch nicht annähernd durch die dafür erhobenen Verpflegungssätze (2 M bezw. 2,20 M) gedeckt werden, ja daß sie, auch wenn man die Aufwendungen für Zinsen und Amortisationen unberücksichtigt läßt, nicht einmal genügenden Ersatz für die baren Auslagen bieten.

Der Vorstand des Schwesternhauses erachtet die weitere Unterhaltung des Krankenhauses in Verbindung mit dem Schwesternhause im Interesse der angemessenen Ausbildung der Schwestern und um die Tüchtigkeit der ausgebildeten Schwestern nicht verkümmern zu lassen, für dringend geboten und er hat, von der Ansicht ausgehend, daß ganz abgesehen von der hohen Bedeutung der Gesamt-

anstalt für den Fall einer Mobilmachung die dauernde Unterhaltung einer größeren Zahl gut ausgebildeter und in steter Übung bleibender Schwestern für die Einwohnerschaft von Stadt und Land nicht nur dringend wünschenswert, sondern geradezu unentbehrlich sei, sowohl an Herzogl. Staatsministerium als auch an den Magistrat das dringende Ersuchen gerichtet, durch finanzielle Unterstützung den Fortbestand des von ihm ins Leben gerufenen Unternehmens zu sichern.

Von der hiesigen Stadt ist diese Unterstützung in der Weise erbeten, daß

a. stadtseitig außer den bereits zur I. Hypothek vorgeliehenen und mit 4 % jährlich verzinsten 140 000 M ein zweites Hypothekdarlehn von 160 000 M gewährt und für das Gesamtdarlehn fortan ein Zinsfuß von 3 1/2 % zugestanden werde.

b. der bislang dem Schwesternhause neben den auf Liquidation erstatteten Verpflegungskosten für Uebernahme der Verpflichtung, ständig 25 Betten zugunsten der Stadt zur Verfügung zu halten, gewährte feste Zuschuß von jährlich 3000 M auf 9000 M erhöht werden möge.

Wenn dem Schwesternhause das zweite Darlehn gewährt werden sollte und wenn ihm, worauf der Vorstand rechnet, von Freunden der Anstalt weitere 50 000 M unverzinslich vorgeliehen werden sollten, so würden damit die lästigen Schulden abgestoßen werden können; und ebenso hofft der Vorstand, den Betrieb des Krankenhauses aufrecht erhalten zu können, wenn die vorgedachten laufenden Zuschüsse gezahlt werden. Das Schwesternhaus hat sich dabei bereit erklärt, die Zahl der für die Stadt bereit zu haltenden Betten auf 50 zu erhöhen und überdies einer vom Magistrat zu bestimmenden Person Sitz und Stimme in seinem Vorstand einzuräumen.

Daß eine mit dem Grundstücke des Schwesternhauses für 300 000 M Darlehn bestellte Hypothek nicht mündelsicher sein würde, unterliegt keinem Zweifel. Da es sich indessen im vorliegenden Falle nicht sowohl um die sichere Ausleihung verfügbarer Kapitalien, sondern lediglich darum handelt, zu welchem Opfer die Stadt sich behufs Erhaltung des in Rede stehenden Krankenhauses würde verstehen können, mithin festzustellen ist, welchen Wert das Grundstück in dem Falle, daß im Notfalle keine stadtseitige Uebernahme erfolgen müßte, für die Stadt haben würde, so ist die städtische Bauverwaltung zu einer gutachtlichen Äußerung hierüber veranlaßt worden.

Dieselbe hat den Wert des Grundstücks (ohne die innere Einrichtung im Werte von etwa 113 000 M) zu 315 000 M geschätzt, gleichzeitig jedoch in ihrem in Uebereinstimmung mit den Ärzten des städtischen Krankenhauses Sanitätsrat Dr. von Holwede und Dr. med. Rob. Müller erstatteten Gutachten vom 5. Januar 1906 Bedenken gegen das Gebäude als Krankenhaus für den von der städtischen Bauverwaltung als selbstverständlich erachteten Fall geäußert, daß die Stadt, falls künftig das städtische Krankenhaus nicht mehr genügen sollte, zur Schaffung

einer großen Krankenhausanlage schreiten sollte. Als Grundstock für eine solche erscheine das Gebäude nach seiner Lage und Raumeinteilung nicht geeignet und zeige auch abgesehen hiervon bei im allgemeinen guter baulicher Beschaffenheit einige Mängel wie z. B. ungenügende Sicherung der westlichen Außenwand gegen Eindringen von Feuchtigkeit, geringe Breite der Korridore, zu geringe Ausdehnung der Badezimmer und dergleichen mehr. Wegen der Einzelheiten wird auf den Inhalt des Gutachtens Bezug genommen.

Auf Grund einer mit verschiedenen Mitgliedern des Vorstandes bezw. Freunden des Schwesternhauses vom Roten Kreuz, mit dem Stadibaumeister Osterloh und den beiden Ärzten des städtischen Krankenhauses gepflogenen eingehenden mündlichen Verhandlung ist der Magistrat indessen zu der Ueberzeugung gelangt, daß die letztgedachten Mängel zwar tatsächlich vorhanden, aber keineswegs von der Bedeutung sind, daß dieserhalb die Benützung des Gebäudes als Krankenhaus bedenklich erscheinen könnte, daß dagegen das erstgedachte Hauptbedenken der städtischen Bauverwaltung unbegründet ist. Ob die Stadt künftig sich dazu verstehen wird oder gar verstehen muß, eine große Krankenhausanlage zu schaffen, dürfte in hohem Grade zweifelhaft sein und jedenfalls erscheint diese Eventualität im Hinblick darauf, daß zurzeit hier außer dem Krankenhaus des Schwesternhauses noch das Herzogl. Krankenhaus, das städtische Krankenhaus und das Krankenhaus des Marienstifts unterhalten werden, in so weite Ferne gerückt, daß dadurch die Erledigung der hier zur Erörterung stehenden Frage kaum beeinflusst werden kann. Im übrigen aber vermag der Magistrat auch die Richtigkeit der von der städtischen Bauverwaltung geäußerten Ansicht aus dem Grunde nicht anzuerkennen, weil ihm einerseits die Lage des Grundstücks durchaus nicht ungeeignet erscheint und andererseits nicht einzusehen ist, weshalb nicht das in Rede stehende Gebäude, selbst wenn es als Grundstock ungeeignet sein sollte, zusammen mit mehreren in seiner unmittelbaren Umgebung zu errichtenden und allen Anforderungen genügenden Gebäuden angemessen sollte ausgenutzt werden können.

Zurzeit jedenfalls liegt die Sache so, daß das Schwesternhaus-Krankenhaus mit seinen 70 Betten, deren Zahl durch anderweite Unterbringung der im Erdgeschoße wohnenden Schwestern unschwer auf 120 erhöht werden könnte, eine durchaus annehmbare Ergänzung der übrigen Krankenhäuser bildet, ja daß es bei seiner isolierten Lage im Falle des Auftretens einer Epidemie zur Unterbringung solcher Personen, die an ansteckenden Krankheiten leiden, ganz besonders geeignet sein würde. Um diesen Zweck noch vollkommener zu erreichen, würde es sich allerdings empfehlen, auf dem Grundstücke selbst oder in seiner unmittelbaren Umgebung ein besonderes Gebäude (Pavillon) zu errichten und dem Schwesternhause im Falle der Belegung mit Kranken die Bewirtschaftung zu übertragen.

Tatsächlich wird also schon jetzt die Stadt in bezug auf die Unterbringung von Kranken durch die in Rede stehende Anstalt entlastet und es wird durch ihren Fortbestand der Zeitpunkt, in dem weitere städtische Krankenhausbauten erforderlich werden, hinausgeschoben. Es kommt hinzu, daß weite Kreise der Bevölkerung in Stadt und Land den Fortbestand des Schwesternhauses dringend wünschen und daß in maßgebenden Kreisen die Ansicht vertreten wird, daß aus dem schon angegebenen Grunde mit dem Schwesternhause wenn irgend tunlich ein Krankenhaus verbunden sein muß.

Bei dieser Lage der Sache hält der Magistrat für zulässig und angezeigt, daß die Stadt dem Schwesternhause die erbetene Hilfe gewährt, wobei er der Hoffnung Ausdruck gibt, daß auch der Staat den erbetenen Kostenzuschuß bewilligen werde.

Das Risiko, das die Stadt bei diesem Vorgehen übernehmen würde, kann für bedenklich nicht erachtet werden. Denn was zunächst das Hypothekdarlehn von 300 000 M. betrifft, so würde das Grundstück für die Stadt, falls sie es etwa später zu übernehmen genötigt sein sollte, diesen Wert immer haben, vorausgesetzt, daß die Gebäude und das Inventar in gutem Zustande erhalten werden. Die Kosten eines Krankenhauses stellen sich erfahrungsgemäß in neuerer Zeit auf rund 4500 M. für das Krankenbett, und der sich darach ergebende Wert der Anstalt mit ihren 70 Betten würde daher dem von der städtischen Bauverwaltung im Wege der Schätzung gefundenen Werte gleichkommen. Würde man aber zur Unterbringung der Schwestern für etwa 80 000 M. ein besonderes Gebäude neben dem Krankenhause errichten und damit die Aufstellung von weiteren 50 Betten im Erdgeschoße ermöglichen, so würde einem Kostenaufwande von 380 000 M. ein Wert von $120 \times 4500 = 540\,000$ M. gegenüberstehen. Es würde unrichtig sein, diese Erwägung mit dem Hinweise darauf zu bemängeln, daß nach Ausführung der beim städtischen Krankenhause geplanten Neubauten (für sogenannte unreine Kranke und Deliranten) einstweilen kein Bedarf nach einem weiteren Krankenhause vorhanden sei. Denn einmal ist die Unterhaltung reichlich bemessener Krankenzimmer, die auch im Notfalle genügen, eine Vorsichtsmaßregel, für deren Betätigung die Stadt unbedenklich Opfer bringen kann, und andererseits handelt es sich hier nicht um die Frage, ob die Stadt ein neues Krankenhaus beschaffen soll, sondern lediglich darum, ob eine segensreich wirkende Anstalt erhalten werden soll.

Aus diesem Grunde hat sich der Magistrat entschlossen, der Versammlung die Darlehnung des Kapitals von 160 000 M. zu empfehlen. Seine Beschaffung würde in der Weise geschehen können, daß das der Gemeinde Kirchencasse seinerzeit mit 110 000 M. gewährte und inzwischen bis auf den Betrag von 138 575 M. 75 S. getilgte Darlehn, das der Stadt mit $3\frac{1}{2}\%$ verzinst wird, zurückgezogen wird — die Gemeinde Kirchencasse kann sich dieses Kapital anderweit beschaffen — und daß der Rest zu 21 424,25 M. aus den verfügbaren zurzeit nicht belegten Beständen des

Kämmereivermögens entnommen wird. Die fehlende Bündelsicherheit würde dieser Maßnahme nicht entgegenstehen; denn wie die Stadt mit Genehmigung der Aufsichtsbehörde einen Teil ihres Kämmereivermögens zum Ankauf auch solcher Grundstücke verwenden kann, die in absehbarer Zeit einen dem landesüblichen Zinsfuße entsprechenden Ertrag nicht abwerfen, so wird sie auch das in Rede stehende Darlehn gegen Verpfändung des mehrgedachten Grundstücks aufwenden können. In finanzieller Beziehung aber macht es keinen Unterschied, ob die 160 000 M. aus dem Kämmereivermögen oder aus dem durch Anleihen beschafften Vorratsvermögen entnommen werden. Dagegen wird für zweckmäßig gehalten, daß eine Amortisation dieses Darlehns mit $\frac{1}{2}$ % und den erparten Zinsen ausbedungen und der Zinsfuß des bereits gewährten Darlehns von 140 000 M. (4 %) unverändert bleibt. Allerdings wird das Schwesternhaus durch diese Zugabebedingungen, deren Erfüllung der Anstalt rund 1500 M. Mehrkosten verursacht, so belastet, daß ihm die Ausbringung der Mittel schwer wird. Nur bei größtmöglicher Sparsamkeit wird es ihm möglich sein, die Ausgaben durch die Einnahmen zu decken. Da indessen die vorgedachten 140 000 M. jetzt 4 % Zinsen einbringen und zu diesem Zinsfuße jederzeit anderweit würden untergebracht werden können und da andererseits die Amortisation des zweiten Darlehns geboten erscheint, so zieht der Magistrat vor, lieber den erbetenen Zuschuß zu erhöhen, als daß die sonst bei der Verwaltung des städtischen Vermögens befolgten Grundsätze außer Anwendung bleiben. Hinsichtlich des geforderten laufenden Zuschusses erscheint dem Magistrat das der Stadt zugemutete Opfer für die der Einwohnerschaft gebotenen Leistungen und Annehmlichkeiten nicht zu hoch.

Die Anerkennung insbesondere, welche bislang die Tätigkeit der Schwestern vom Roten Kreuz bei Hauspflegen allseitig gefunden hat, lassen die Annahme gerechtfertigt erscheinen, daß, wenn hier ein Schwesternhaus nicht bestände, die Einwohnerschaft zur Aufwendung der in Frage kommenden Summe gern bereit sein würde, sofern dadurch das Pflegepersonal sich beschaffen ließe. Daneben aber kommt in Betracht, daß um eine Wiederholung der Notlage des Schwesternhauses tunlichst zu vermeiden, eine etwas reichlichere Bemessung des Zuschusses durchaus am Platze ist.

Hiernach ist der Magistrat bereit, diesen bis auf weiteres mit jährlich 10 500 M. zu gewähren und zwar neben den 1200 M., die seinerzeit dem Vaterländischen Frauenvereine für Unterhaltung von Krankenpflegerinnen bewilligt, indessen mit Zustimmung dieses Vereins schon seit mehreren Jahren direkt an das Schwesternhaus gezahlt worden sind.

Der Versammlung wird hiernach anheimgegeben, zu genehmigen, daß

1. daß der Gemeinde Kirchencasse gewährte Darlehn von noch 138 575,75 M. zurückgezogen werde;

2. die vorgedachte Summe nebst 21 424,25 M aus den verfügbaren Mitteln des Kämmerereivermögens, mithin zusammen 160 000 M dem Schwesternhause vom Roten Kreuz mit 6monatiger Kündigung gegen weitere Verpfändung seines an der Hamburgerstraße Nr. ass. 7078 gelegenen Grundstücks zum 1. April 1906 mit der Maßgabe vorgeliehen werden, daß das Kapital jährlich mit $3\frac{1}{2}\%$ verzinst und in Höhe von $\frac{1}{2}\%$ und den ersparten Zinsen amortisiert werde; auch die 160 000 M unmittelbar hinter den für die Stadt auf dem Grundstücke ruhenden 140 000 M eingetragen werden;

3. dem Schwesternhause vom Roten Kreuz vom 1. April 1906 an außer den vorgedachten 1200 M bis auf weiteres ein jährlicher Zuschuß von 10 500 M gezahlt werde;

4. daß die vorgedachten stadtseitigen Leistungen davon abhängig gemacht werden, daß

a. einer vom Magistrate zu bestimmenden Person Sitz und Stimme im Vorstande des Schwesternhauses eingeräumt werde;

b. der Stadt das Recht der Kontrolle darüber eingeräumt werde, daß die zu verpfändenden Gebäude dauernd in gutem baulichen Zustande und das Inventar entsprechend den an ein Krankenhaus zu stellenden Anforderungen in angemessenem Stande erhalten werde;

c. das Schwesternhaus sich verpflichtet, ein auf seinem Grundstücke oder in dessen unmittelbarer Nachbarschaft stadtseitig zu erbauendes Gebäude für Infektionsfranke gegen Erstattung der sonst üblichen Verpflegungskosten zu bewirtschaften.

Herr Wolters: Die Finanzkommission hat bei der Durchberatung der Vorlage folgende Erwägungen angestellt: Zunächst sind die beiden Vorfragen erörtert worden, nämlich erstens, hat die Stadt ein wesentliches Interesse daran und erkennt sie überhaupt an, daß das Wirken der Schwestern vom Roten Kreuz der Stadt zum Segen gewesen ist und hat sie ein Interesse daran, dieses Institut der Stadt zu bewahren? Erkennt ferner die Finanzkommission den vom Vorstande des Roten Kreuzes und vom Magistrate aufgestellten Grundsatz als richtig an und liegt ihr daran, das Wesen des Roten Kreuzes aufrecht zu erhalten?

Beide Fragen hat die Finanzkommission bejaht. Es hieße Eulen nach Athen tragen, wenn man die erfreulich- segensreiche Wirkung des Schwesternhauses für das Land und insbesondere auch für die Stadt Braunschweig hervorheben wollte, denn jeder hat schon mehr oder weniger den Segen des Instituts erfahren. Auch den vom Vorstande aufgestellten Grundsatz der Angliederung des Schwesternhauses an das städtische Krankenhaus hat die Finanzkommission sich zu eigen gemacht und hat erwogen, ob es denkbar sein könnte, die Lebensinteressen des Roten Kreuzes zu wahren, wenn man es dem städtischen Krankenhause angliedert. Die Finanzkommission sagt sich aber, daß, soweit die ordnungsmäßige Beaufsichtigung und die

praktische Ausbildung der Schwestern in Frage kommt, nur in der bisherigen Weise ein ähnliches gedeihliches Wirken erzielt werden kann.

Betrachtet man die beiden Vorfagen, so ist die Sachlage die, daß die Stadt helfend eingreifen muß, wenn sie den Fortbestand des Schwesternhauses wünscht, der sonst stark gefährdet ist. Auch von anderer Seite will man dem Hause helfen, indem Freunde der Anstalt ihr ein unverzinsliches Darlehn von 50 000 M., was einem Geschenke ähnlich sieht, zur Verfügung stellen wollen. Neben der Stadt würde aber auch der Staat berufen sein, der Anstalt beizuspringen, weil er im Kriegsfall darauf zurückgreifen kann. Das Reich wäre natürlich in erster Linie verpflichtet, zu helfen; soweit das nicht geschieht, kommt der Staat in Frage. Deshalb beabsichtigt dieser auch einen Zuschuß von 6000 M. zu leisten.

In der Finanzkommission ist auch die Meinung aufgetaucht, ob die Hergabe einer Hypothek das richtige wäre, oder ob dasselbe erreicht werden könnte, wenn die alte Hypothek bestehen bliebe und nur der Zuschuß erhöht würde. Für die Anstalt ist es aber nötig, dauernde Verhältnisse zu schaffen. Das Darlehn ist nicht unkündbar gedacht, vielmehr wurde die Möglichkeit geschaffen, daß eine Kündigung mit sechsmonatiger Frist eintreten kann; jedoch wird davon nur in Notfällen Gebrauch gemacht werden. Mit der Durchführung der Magistratsvorlage wird nach der Ansicht der Finanzkommission die Notlage der Anstalt beseitigt werden, sofern auch der Staat den in Aussicht gestellten Zuschuß leisten wird.

Es ist dann noch der Fall ins Auge zu fassen, daß Umstände eintreten können, welche eine Uebernahme der Anstalt seitens der Stadt erfordern, und dabei fragt es sich, ob das Opfer und das Risiko, das die Stadt eingehen will, in einem richtigen Verhältnisse zu dem Werte des Grundstückes steht, ob also dessen Erwerb nach Lage, Baubeschaffenheit und Preis als gut und glücklich zu betrachten ist, und es sich nicht etwa um eine überflüssige Anlage handelt, deren Erwerb noch weit hinausgeschoben werden könnte. Die Finanzkommission ist der Meinung, daß dem Grundstück wohl gewisse Mängel anhaften und dessen Lage nicht absolut tadellos ist, aber es ist auch schon von der städtischen Bauverwaltung darauf hingewiesen, daß die gerügten Uebelstände (Eindeinwurf bei Wind, Fliegenplage etc.) durch Anpflanzungen und Beseitigung der in der Nachbarschaft lagernden Abfallstoffe aufgehoben oder doch gemildert werden können. Andererseits ist aber die Lage des Grundstücks als vorzüglich zu betrachten, namentlich wenn es sich einmal um die Unterbringung von Infektionskranken handeln sollte. Während bisher die benachbarte Einwohnerschaft hinsichtlich der Unterbringung solcher Kranken im städtischen Krankenhause nicht ohne Sorge gewesen ist, gibt die Lage dieses Grundstücks zu solchen Befürchtungen keinerlei Anlaß. Was die Baubeschaffenheit des Gebäudes betrifft, so sind die vorliegenden kleinen Mängel nicht ausschlaggebend, weil sie leicht beseitigt werden können. Auch die Finanzkommission ist der Meinung, daß in

baulicher Beziehung der etwaigen Uebernahme des Grundstücks Bedenken nicht im Wege stehen.

Hinsichtlich des Erwerbspreises liegen ebenfalls Bedenken nicht vor, da nach der Schätzung von Sachverständigen der die städtischen Hypotheken deckende Wert vorhanden ist und ein etwaiger Erwerb des Grundstückes als annehmbar betrachtet werden kann.

Schließlich möchte ich noch auf die Bedürfnisfrage als solche eingehen. Der Zeitpunkt, wann etwa Vergrößerungsbauten am städtischen Krankenhaus nötig werden, ist heute mit Sicherheit noch nicht anzugeben, aber als sehr wichtig ist hierbei zu berücksichtigen, daß der Staat erklärt hat, es wäre an eine Erweiterung des Herzoglichen Krankenhauses, die einen Zuschuß von jährlich 150 000 M. erfordern würde, nicht zu denken. Hierbei sind auch die Bestimmungen des Reichs-Seuchengesetzes ins Auge zu fassen, nach denen die Stadt gezwungen werden kann, bei dem Eintritt von Epidemien genügende Unterkunft zur Unterbringung von Kranken zu schaffen. Die Finanzkommission ist auch der Meinung des Magistrates, daß, falls die Stadt dazu schreiten sollte, auf dem dortigen oder einem benachbarten Terrain ein Gebäude für Infektionskranke zu errichten, dessen Bewirtschaftung durch das Schwesterhaus gefordert werden muß.

Die hier aufgestellte Rentabilitätsrechnung ist aber nur dann richtig, wenn sich mit Sicherheit annehmen läßt, daß seitens des Staates der Zuschuß von jährlich 6000 M. erfolgt. Die Finanzkommission schließt sich deshalb der Magistratsvorlage in allen Punkten an, jedoch nur unter der Bedingung, daß der Staat sich verpflichtet, einen jährlichen Zuschuß von 6000 M. zu leisten.

Unter den vom Magistrat aufgestellten Bedingungen ist übrigens nicht erwähnt worden, daß sich das Rote Kreuz erboten hat, bei der Annahme der Magistratsvorlage die Zahl der für die Stadt zur Verfügung zu haltenden Betten von 25 auf 50 zu erhöhen. Obwohl in der Finanzkommission nicht besonders darauf hingewiesen worden ist, möchte ich persönlich doch empfehlen, diese Verpflichtung mit in die Bedingungen aufzunehmen.

Herr Aßmann: Wir hatten schon öfter Gelegenheit, über eine Unterstützung des Schwesterhauses vom Roten Kreuz zu beraten, und ich habe dabei jedesmal den Standpunkt vertreten, daß ich es nicht für opportun halten kann, wenn ein solches Institut durch einen Verein oder eine Wohltätigkeitsanstalt unterhalten wird. Wenn nun dagegen eingewendet worden ist, daß es richtiger sei, ein solches Institut den Wohltätigkeitsanstalten zur Verwaltung zu überlassen, weil man dann den bemittelten Einwohnern Gelegenheit gebe, ihren Wohltätigkeitssinn zu betätigen, so scheint es mir doch, als ob die Wohltätigkeit hier schon erheblich nachgelassen hätte, denn sonst hätte die jetzige Kalamität des Schwesterhauses nicht eintreten können. Man hat das Für und Wider der Uebernahme des Schwesterhauses seitens der

Stadt beleuchtet und dabei haben die Gegner der Uebernahme betont, daß dann die Schwestern nicht mehr in der bisherigen Weise ausgebildet und sie auch der öffentlichen Krankenpflege nicht mehr zugänglich gemacht werden könnten. Ich kann mir aber nicht denken, daß sich beides nicht bei einem solchen Institut unter städtischer Regie durchführen ließe. Ich halte es für die nobelste Pflicht einer Gemeinde, dafür Sorge zu tragen, daß die unbemittelten Kranken, welche zu Hause nicht versorgt werden können, in einem städtischen Krankenhause untergebracht und von solcher Schwester versorgt werden. Wenn mir von Fachleuten bewiesen würde, daß das nicht ginge, würde ich mich bekehren lassen, aber so glaube ich, daß der Widerspruch mehr auf Rederei hinausläuft. Man will das Institut nicht in eine Gemeindeanstalt umwandeln, weil die Verwaltung eine andere und vornehmlich eine teure sein soll. Wir haben aber gesehen, daß die Berechnungen des Instituts nicht auf festen Füßen standen, indem die Einnahmen hinter dem Aufschlage zurückblieben und daß die Kalamität des Institutes von Jahr zu Jahr gewachsen ist. Bei der Uebernahme durch die Gemeinde würde das Institut auf so schwankenden Füßen nicht stehen, wie das zurzeit der Fall ist. Wenn jetzt der Zuschuß bewilligt wird und alles in bisheriger Weise weitergeht, so setzen wir uns der Gefahr aus, daß trotz aller Rechenkünste und trotz eines privaten Zuschusses von 50 000 M sowie eines Staatszuschusses von jährlich 6000 M die Verhältnisse dieselben bleiben und daß die freiwilligen Beiträge mehr und mehr ausbleiben werden. Um nicht die ewige Bettelei zu haben, wird man dann versuchen zu sparen; ich bin aber der Meinung, daß es nicht richtig ist, in solchem Institute alles zu ökonomisch zu verwalten. Auch wird ein Krankenhaus nicht seine volle Pflicht erfüllen können, wenn es immer wieder kommen und betteln muß.

Von allen diesen Gesichtspunkten aus wäre es dringend notwendig, wenn wir uns mit der Frage der Uebernahme des Schwesternhauses in städtische Verwaltung befaßten. Meiner Meinung nach können dadurch keine Schwierigkeiten entstehen. In den verschiedenen Gutachten ist wohl über die Zweckmäßigkeit der Lage des Schwesternhauses gestritten worden, auch hat der Magistrat erklärt, daß ein dringendes Bedürfnis zur stadtseitigen Uebernahme des Institutes nicht vorhanden wäre: wenn das aber richtig wäre, so würde das Schwesternhaus vollständig überflüssig sein, was wir aber alle nicht glauben. Die Lage des städtischen Krankenhauses ist eine derartige, daß epidemische Kranke dort nicht untergebracht werden können, während die Lage des Schwesternhauses dazu geeignet wäre. Deshalb wäre fast die Notwendigkeit vorhanden, in der Gegend ein Krankenhaus zu errichten, damit, wenn das Unglück einer Epidemie über die Stadt hereindrähe, ein solches Krankenhaus zur Verfügung stände und wir nicht erst anfangen müßten zu bauen.

Es würde deshalb richtiger sein, die Sache erst einmal nach dieser Richtung hin zu prüfen und deshalb, unter Ablehnung der Vorlage, den Magistrat zu

ersuchen, eine neue Vorlage zu machen, in der die Uebernahme des Schwesternhauses vom Roten Kreuz auf die Stadt vorgeschlagen wird. Es wird wohl bestritten werden, daß ein Bedürfnis hierzu vorliegt und man wird auch gegen meinen Vorschlag anführen, daß bei der Uebernahme des Instituts durch die Stadt der städtische Zuschuß noch höher werden wird als hier in Aussicht genommen ist. Das glaube ich selber, aber das darf uns nicht hindern, dem Vorschlage zuzustimmen, wenn wir erwägen, welche Vorteile für die Gemeinde und für die Gesamtheit herauspringen werden, sobald wir das Institut in eigene Regie nehmen.

Im Jahre 1904 ist vom statistischen Amte in Dortmund hinsichtlich der Städte über 50000 Einwohner eine Statistik über die Zahl der vorhandenen Krankenhäuser, der in diesen befindlichen Betten, der durchschnittlichen täglichen Belegungszahl derselben und über die Zahl der auf 100000 Einwohner entfallenden Betten aufgenommen worden, jedoch findet sich hinter Braunschweig nur die Einwohnerzahl angegeben, sonst nichts; es müssen also die gestellten Fragen von hier aus nicht beantwortet sein. In der „Kommunalen Praxis“ finden sich 73 Städte mit den statistischen Angaben aufgezählt.

Ob wir rationeller verfahren, wenn wir der Anstalt, statt sie zu übernehmen, ein neues Hypothekkapital geben, möchte ich bezweifeln. Wenn die Gebäude gut erhalten werden, läßt sich dagegen wohl nicht viel einwenden, aber wenn sich die Verwaltung in Verlegenheiten befindet und auch an der Unterhaltung der Gebäude sparen will, so wird die Sache bedenklich. Die Berechnung, daß jedes Krankentbett einen Herstellungswert von 4500 M besitzt, ist auch nur eine Annahme, bei der man sich irren kann. Der Magistrat ist auch so vorsichtig gewesen, eine Amortisation des Hypothekkapitals vorzuschreiben; das mag zahlenmäßig schön aussehen, aber der Effekt bleibt derselbe, weil die Stadt einen höheren Zuschuß gibt, damit das Schwesternhaus die Amortisationsquoten bezahlen kann. Alles in allem muß ich sagen, daß ich kein Freund der Vorlage bin.

Die uns hier angebotene Garantie wegen der Aufnahme eines Magistratsmitgliedes in den Vorstand des Schwesternhauses genügt mir schon deshalb nicht, weil ich nicht weiß, wie viel Mitglieder der Vorstand zählt und weil ich glaube, daß das Magistratsmitglied doch keinen direkten Einfluß auf die Geschäftsführung ausüben kann. Besteres wird weiter nichts können, als dem Magistratsmitgliede demnächst zu berichten, daß das Schwesternhaus doch stadtseitig übernommen werden muß. Machen wir deshalb schon heute ganze Arbeit und übernehmen das Krankenhaus schon jetzt. Wenn wir mit dem Krankenhaus doch vor die Stadt gehen müssen, so werden uns gewisse Unannehmlichkeiten auch dort passieren, denn wo viel Spargelboden ist, da ist auch viel Sand, aber diese Widerwärtigkeit läßt sich mildern. Mir wäre es lieber gewesen, wenn die ganze Vorlage nicht gekommen wäre, da sie aber einmal da ist, müssen wir mit ihr rechnen und können das Krankenhaus nicht zu-

grunde gehen lassen. Ich erkläre mich zugleich im Namen meiner politischen Freunde gegen die Vorlage.

Herr Oberbürgermeister Ketemeyer: Die Rede des Herrn Asmann klingt so, als ob die Stadt in die Lage versetzt wäre, durchaus ein neues Krankenhaus schaffen zu müssen. Dazu liegt aber gar kein Grund vor. Wie weit die jetzt vorhandenen Krankenhäuser im Laufe der Jahre reichen werden, steht dahin und diese Frage kann heute niemand beantworten. Es handelt sich hier nicht darum, ob und wie wir ein Krankenhaus beschaffen sollen, sondern ob wir eine vorhandene Einrichtung erhalten wollen.

Herr Asmann kann nicht einsehen, daß die Stadt nicht ihrerseits die Schwestern ausbilden und halten soll. Den Nachweis, daß das nicht möglich ist, kann der Magistrat allerdings nicht erbringen, aber die Erfahrung hat gelehrt, daß es tatsächlich für eine Stadtgemeinde im äußersten Grade schwierig ist, da an den verschiedensten Stellen gemachte Versuche sämtlich fehlgeschlagen sind. Ich wüßte auch nicht eine Stadt, die sich selber solche Schwestern ausbildete, und darin liegt gerade der Segen der Einrichtung des roten Kreuzes, daß sich das Schwesternhaus freiwillig gebildet hat. Wenn nun von Herrn Asmann gesagt wird, die Stadt kann das ebenjogut machen, so ist es allerdings richtig, bei solcher Voraussetzung die Vorlage abzulehnen.

Will denn aber überhaupt das Schwesternhaus sein Grundstück verkaufen mit der Folge, seine Selbstständigkeit aufzugeben? Das ist mir nicht bekannt, sondern es ist uns nur gesagt worden, wir können nicht weiter existieren, weil wir neben dem Schwesternhause auch ein Krankenhaus unterhalten müssen, das zur Ausbildung der Schwestern aber nötig ist. Wir haben die Frage zu beantworten, ob der Stadt an der Erhaltung des Instituts in seiner gegenwärtigen Verfassung so viel liegt, daß sie Opfer bringen will oder nicht. Auch hinsichtlich der Amortisation ist es nicht richtig, was Herr Asmann ausgeführt hat. Wozu amortisieren wir denn unsere eigenen Schulden? Wenn wir hier eine Amortisation verlangen und das Schwesternhaus kann sie nicht allein tragen, so müssen wir eben unsern Zuschuß erhöhen.

Der Herr Referent hat sodann empfohlen, die Bedingungen dahin zu ergänzen, daß das Schwesternhaus gehalten sein soll, statt 25 Betten für die Stadt 50 Betten bereit zu halten; dagegen ist nichts zu erinnern. Etwas anders liegt die Sache mit dem Zuschuß des Staates. Es war mir früher zu Ohren gekommen, daß der Staat geneigt sei, einen Zuschuß zu leisten. Nachdem aber die Finanzkommission beschlossen hatte, diese Zuschußleistung zur Bedingung zu machen, habe ich an zuständiger Stelle Erkundigungen darüber eingezogen und erfahren, daß eine positive Verpflichtung vom Staate heute nicht übernommen werden könne. Wir sind vom Herzoglichen Staatsministerium aufgefordert worden, uns gutachtlich über den

Antrag des Roten Kreuzes auf Bewilligung eines jährlichen Zuschusses von 6000 M zu äußern und da bin ich auf die Idee gekommen, zu sagen, daß der Staat, wenn er die 6000 M heute noch nicht zugestehen will, wenigstens in Aussicht stellen möchte, daß er am Schlusse des Jahres ein etwaiges Defizit deckte. Wir werden das Gesuch also befürworten, nur möchte ich darauf hinweisen: wenn Sie heute diese Bedingung stellen und es erfolgt auf unseren bezüglichen Bericht zurzeit vielleicht eine ablehnende Antwort des Staates, so fällt damit die ganze Unterstützungsfraße. Ich sehe aber auch keinen Nachteil darin, wenn gesagt wird, die Stadt übernimmt die erbetene Verpflichtung und gibt gleichzeitig dem Wunsche Ausdruck, daß der Staat dem Institute ebenfalls zur Hilfe kommen möchte. Deshalb gebe ich anheim, die von der Finanzkommission beantragte Bedingung fallen zu lassen.

Herr Kolte: Wenn Herr Asmann sagt, es wäre wunderbar, weshalb es nicht möglich sein sollte, daß bei Uebernahme des Schwesternhauses durch die Stadt diese nicht ebenfogut Schwestern ausbilden könnte, wie das Schwesternhaus selbst, so habe ich lange genug im Roten Kreuz gearbeitet, um diese Frage beantworten zu können. Wenn die Herren sich an gewisse Vorgänge erinnern, die sich vor einigen Jahren im Reichstage abspielten, so werden Sie sich die Frage eigentlich selbst beantworten können. Es wird Ihnen noch bekannt sein, daß in Breslau ein großer Skandal im städtischen Krankenhause passiert war und darüber eine Broschüre erschien, die ungeheueres Aufsehen erregt hat. Es wurde damals erklärt, daß die Schilderung in der Broschüre teilweise übertrieben wäre, aber es wurde auch festgestellt, daß es unmöglich sei, Schwestern in Gemeinschaft mit Krankenpflegern auszubilden. Das würde aber in einem städtischen Krankenhause nicht zu umgehen sein; insbesondere läßt es sich bei Operationen an Männern nicht vermeiden, daß unerträgliche Situationen entstehen, wenn junge Mädchen und Krankenwärter dabei sind. Ich erinnere ferner daran, daß im Krankenhause Hamburg-Eppendorf Schwestern ausgebildet sind, was auch zu Unzuträglichkeiten geführt hat; jetzt ist in Hamburg ein großes Schwesternhaus gebaut, um dem Zustande ein Ende zu machen.

Es ist auch wiederholt davon die Rede gewesen, das hiesige Schwesternhaus wäre nicht stark besucht; ich habe mir deshalb die Zahlen der Belegung verschafft. In den Zeiten, wo der Gesundheitszustand im allgemeinen gut ist, war natürlich auch die Belegung des Krankenhauses nur schwach, aber trotzdem sind in den Jahren 1903 = 16324, 1904 = 16738 und 1905 = 18143 Verpflegungstage zu verzeichnen gewesen, sodaß eine ständige Steigerung vorgekommen ist. Nach der letzteren Zahl entfallen auf den Tag 49 $\frac{2}{3}$ Kranke. Wenn also das Rote Kreuz gezwungen wäre, sein Krankenhaus zu schließen, müßten Stadt und Staat für die Unterbringung von täglich 50 Kranken aufkommen.

Herr Stadtrat von Frankenberg: Als ich von Herrn Asmann hörte, wie warm er für die Ausbildung von Schwestern im städtischen Krankenhause eintrat,

dachte ich mir: Frau, Freund, ist alle Theorie und grün des Lebens gold'ner Baum! Wer beobachtet hat, wie nützlich sich die Schwesternpflege bewährt hat, der sollte meinen, daß es äußerst vorteilhaft und günstig für unsere Stadt ist, ein derartiges selbständiges Schwesternhaus zu besitzen. Weshalb haben wir seit einer längeren Reihe von Jahren mit dem Roten Kreuz ein Abkommen auf Stellung von Pflegerinnen für das städtische Krankenhaus und später auch für das Kinderheim getroffen? Weil wir mit einer gewissen Bewunderung anerkennen müssen, wie gut dort die Schwestern ausgebildet werden. Das ist aber das stille Zugeständnis, daß das Schwesternhaus die Ausbildung der Schwestern besser versteht, als es die städtische Verwaltung aus sich heraus machen würde. Darin kann also keine Änderung eintreten, wenn wir die Verhältnisse nicht verschlechtern wollen. Von den 70 Schwestern ist übrigens nahezu die Hälfte in Privatkliniken und außerhalb der Stadt tätig.

Ich betrachte die Vorlage auch nicht als einen Schritt, das Schwestern-Krankenhaus eingehen zu lassen, sondern als die beste und sicherste Maßregel, um es auf eigenen Füßen seinen eigenen segensreichen Weg weiter gehen zu lassen. Die Anregung der Finanzkommission, daß man die Sache von dem Zuschusse des Staates abhängig machen soll, wird auch dadurch schon in den Hintergrund treten, daß der Zuschuß nur bis auf weiteres gewährt werden soll und die Versammlung also später noch zu der Frage Stellung nehmen kann, ob der Zuschuß dauernd weitergewährt werden soll.

Wenn Herr Kmann auch bedauerte, daß die Stadt Braunschweig sich an der Krankenhausstatistik nicht beteiligt hatte, so will ich dazu bemerken, daß es wohl wenig Krankenanstalten geben mag, die wie unsere mit einem außerordentlich großen Zuzuge von außerhalb zu rechnen haben. Was hat aber in solchem Falle die Einwohnerzahl der Stadt mit der Belegziffer der Krankenhäuser zu tun? Eine solche Statistik wird immer nur ein Scheineresultat geben. Ich möchte bitten die Vorlage anzunehmen.

Herr Kmann: Ich möchte Herrn Oberbürgermeister gegenüber richtigstellen, daß ich die Tilgung von Schulden nicht als eine verkehrte Maßregel erachte, sondern daß ich dieser Amortisation keinen allzu hohen Wert beilegte, weil sie von dem erhöhten Zuschusse des Magistrates gedeckt werden wird. Gegenüber den beiden Herren Vorrednern, die es für unmöglich erklärt haben, daß in irgend einem städtischen Institute weibliche Personen zur Krankenpflege verwendet werden können, muß ich bemerken, daß ich mir das nicht gut denken kann; denn sogar heute in dem Schwesternhause die Frauen ausschließlich bei Operationen und in der Krankenpflege tätig sind, verstehe ich nicht, weshalb es nicht auch in einem städtischen Krankenhause möglich sein sollte, daß Abteilungen eingerichtet werden, in denen nur Frauen bedienen. Auf diesem Gebiete scheint man noch keine Erfahrungen gemacht zu haben. (Widerspruch.) Wenn das in einem Orte nicht geglückt ist, läßt es sich

vielleicht in einem anderen Orte mit Erfolg durchführen. Will man alles nach büreaufkräftigem Stile machen, so wird es wohl nicht gehen, ebenso wie ich es für ein Unding halte, wenn Männer und Frauen die Krankenpflege gemeinschaftlich übernehmen sollten.

Herr Südel: Herr Almann scheint das Moment zu übersehen, daß es sich bei dem Roten Kreuz um eine freiwillige Vereinigung handelt und daß die Schwestern in größerer Zahl vor der Ausbildung und Beschäftigung in einem städtischen Institute zurückschrecken würden. Es ist auch von außerordentlicher Bedeutung, daß der Schwesternschaft eine Oberin in fast selbständiger Stellung gegenübersteht. Bei der Uebernahme des Hauses durch die Stadt würden die Schwestern nach Zahl und Qualität ganz wesentlich zurückgehen, weil ihnen dann der innere Beruf fehlen würde. Den Ausführungen des Herrn Oberbürgermeisters über den Zusatzantrag der Finanzkommission kann ich mich nicht ganz anschließen. Nach meiner festen Ueberzeugung wird das Schwesternhaus ohne den staatsseitigen Zuschuß nicht existenzfähig sein, weshalb der Staat auch helfend eingreifen muß. Deshalb kann ich nicht dafür sein, die Bedingung fallen zu lassen.

Herr Blasius: Ich möchte bitten, die Vorlage ohne den Zusatz der Finanzkommission anzunehmen, weil sonst die ganze Vorlage daran scheitern kann und das sehr bedauerlich wäre. Das Angebot auf Stellung von 50 Betten brauchen wir auch nicht als Bedingung anzunehmen. Ich bedauere aber, daß die Vorlage dem Gesundheitsausschusse nicht vorgelegt worden ist; es hätten dort die ganzen Bedenken besprochen werden können. Die Vorwürfe, die dem Roten Kreuz als Hospitalgebäude gemacht worden sind, kann ich nicht alle unterschreiben. Herr Almann hat in einer sehr sachgemäßen Weise gegen die Vorlage gesprochen, aber in einem Punkte irrt er, daß man nämlich in städtischen oder staatlichen Krankenhäusern Schwestern ziehen könnte, denn das ist nach den bis jetzt gemachten Erfahrungen ausgeschlossen. Wir müssen dazu ein Schwesternhaus mit einer Oberin haben. Die Schwestern haben wir aber nötig für den Kriegsfall und für die Krankenpflege, und wir können dem Institute nur im höchsten Grade dankbar sein, daß es uns tüchtige Krankenpflegerinnen gibt. Im städtischen Betriebe ist es noch niemals gelungen, Schwestern zu ziehen. Ich habe auch bedauert, daß Herr Almann seine Ausführungen mit den Worten schloß, daß er sich zugleich im Namen seiner politischen Freunde gegen die Vorlage ausspreche. Ich verstehe es wohl, daß bei der Besprechung von Lohnverhältnissen oder von Streiks gewisse politische Parteien vorhanden sind, aber um ein Krankenhaus zu unterstützen, kann man doch nicht vom Parteistandpunkte aus handeln. Das habe ich sehr bedauert, denn in solchen Sachen müßte doch jeder seine eigene Meinung haben und dürfte nicht nach Parteigrundsätzen verfahren werden.

Herr Wolters: Zu den vielen Gründen, die gegen die Auffassung des Herrn Alßmann vorgebracht worden sind, möchte ich noch einen hinzufügen. Weshalb soll die Stadt unnötigerweise das größere Risiko und die größere Verantwortung für das Schwesternhaus übernehmen, zumal dann auch nicht mehr die Möglichkeit offen bleibt, der Mildtätigkeit Gelegenheit zu geben, sich zu betätigen? Wie würde z. B. auch der Armenetat wachsen, wenn man nicht mehr die die Armenkasse entlastenden Legate annehmen wollte? Weshalb sollen die großen Armenlasten allein zwangsweise aufgebracht werden?

Persönlich möchte ich empfehlen, die Bedingung der Finanzkommission fallen zu lassen, ebenso bin ich bereit, wenn Wert darauf gelegt wird, den persönlich geäußerten Wunsch auf Verpflichtung des Schwesternhauses zur Bereithaltung von 50 Betten zurückzustellen.

Herr Frühling: Ich wollte dasselbe beantragen, was Herr Blasius schon vorgeschlagen hat, da ich das auch für gerechtfertigt halte. Herr Alßmann kann trotz seines Standpunktes für die Magistratsvorlage stimmen, indem er sie als ersten Schritt zu der Verstaatlichung des Schwesternhauses betrachten kann. Es würde mich freuen, wenn er sich entschließen wollte, das zu tun. Die Sache verdient wirklich die Unterstützung durch die städtischen Behörden.

Herr Lord: Wegen der einschränkenden Klausel stehe ich auf dem Standpunkte des Herrn Büdel. Als in der Finanzkommission die Frage auftauchte, was zu geschehen hätte, wenn der Staat die Unterstützung nicht oder nur zum Teil geben würde, konnte vom Magistrate eine Antwort nicht gegeben werden. Wir würden aber in dem Augenblicke, wo der Staat sich weigerte, einen Zuschuß zu leisten, vor der Alternative stehen, entweder das Schwesternhaus fallen zu lassen, oder den Zuschuß selber aufzubringen; ich weiß aber nicht, ob Sie bereit sind, sich zu einem so großen Opfer zu verstehen. Sie haben auch gehört, daß bei Nichtgenehmigung der Vorlage es zweifelhaft ist, ob die in Aussicht gestellte Stiftung von 50000 M gezahlt wird. Ferner ist es nicht richtig, daß der Herr Oberbürgermeister gesagt haben soll, der Staat würde die etwaige Fehlsomme des nächsten Jahres decken; er hat vielmehr nur der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß der Staat das tun werde. Wir wollen mit der von der Finanzkommission vorgeschlagenen Klausel eine Art Zwang auf den Staat ausüben, der an dem Schwesternhause genau dasselbe Interesse hat wie die Stadt; ich bitte deshalb die Klausel beizubehalten.

Nach einer kurzen Geschäftsordnungsdebatte wird zur Abstimmung geschritten. Hierbei genehmigt die Versammlung die Magistratsvorlage im vollen Umfange mit den Zusatzanträgen der Finanzkommission und des Herrn Wolters auf Genehmigung der Vorlage unter der Bedingung, daß der Staat seinerseits

jährlich 6000 M zuschießt und daß der Stadt statt 25 Betten deren 50 zur Verfügung gestellt werden.

Herr Wolters (zur Geschäftsordnung): Die Folge der Abstimmung würde also sein, daß der Punkt 3 der Magistratsanträge fortfiele, sofern der Staat den Zuschuß nicht leisten würde.

Herr Oberbürgermeister Hetemeyer (zur Geschäftsordnung): Um diese Bedenken zu zerstreuen, will ich schon jetzt bemerken, daß der Magistrat, wenn die Unterstützung nicht gewährt werden sollte, auch nicht das Hypothekendarlehn gewähren und folgerichtig auch nicht das jetzt der Gemeinde Kirchentafel geliehene Kapital zurückfordern würde.

Darauf schließt der Vorsitzende, Herr Wolff, die Sitzung.

Dauer von 1 bis 3½ Uhr.

1905/1906.Nr. 14.

Bericht

über die

Verhandlungen der Stadtverordneten zu Braunschweig

in deren Sitzung am 22. Februar 1906.

Tagesordnung:

I.	Ueberwachung der Starkstromanlagen.	Seite 504
II.	Verpachtung von Ländereien am Dovejsee.	" 509
III.	Verpachtung der Fischerei in den Umflutgräben der Oster.	" 510
IV.	Erweiterung des Baugrundes nördlich der Kreuzstraße.	" 511
V.	Erwerb von Grundflächen an der verlängerten Helmstedterstraße.	" 511
VI.	Anfrage Stegmann: Fortführung der Arbeiten an dem Schulbau der Hildesheimerstraße.	" 515
VII.	Anfrage Koch: Einfriedigung des Platzes am städtischen Museum.	" 516
VIII.	Anfrage Kalmus: Verlegung der Müllabfuhr auf die Vormittage.	" 516
IX.	Anfragen Sander: Verhältnis der Stadt zu dem Konfurie von Rindleben.	" 517
X.	Antrag Kalmus: Instandsetzung der Karlsruferstraße.	" 518
XI.	Antrag Wiehe: Beleuchtung des Platzes an der Frankfurter- und Juliusstraße.	" 518
XII.	Antrag Friede: Anbringung neuer Straßenlaternen.	" 518
XIII.	Antrag Bues: Anbringung weiterer Straßenlaternen.	" 519
XIV.	Antrag Esdorn: Anbringung einer Straßenlaterne.	" 519

XV.	Anfrage J a s p e r: Vorbeugung von Verkehrsstörungen durch die Polizei	Seite 519
XVI.	Kosten für die Aus schmückung von Straßen u.	" 524
XVII.	Vergleich im Kindelebenischen Konturs.	" 525
XVIII.	Mittel zur Erweiterung des Bürgerparkes	" 527
XIX.	Anfrage F r i c k e: Eröffnung des städtischen Museums	" 528
XX.	Anfrage W e i c h s e l: Neuordnung des Droßktemwesens	" 528

Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister Ketemeyer, Bürgermeister Meyer und Stadträte von Franken berg, Seele, Wagner und Lange.

Entschuldigt die Herren Aßmann, Brückmann und Ohlendorf.

Den Vorsitz führt Herr Wolff.

I. Ueberwachung der Starkstromanlagen.

Nach § 61 des Ortsbaustatuts vom 8. Dezember 1905 hat das Stadtbauamt alle zur Erzeugung, Fortleitung oder Aufspeicherung elektrischen Stromes dienenden Starkstromanlagen durch eigene Beamte oder durch zugezogenen Sachverständige überwachen zu lassen. Die genannte Behörde hat sich dahin ausgelassen, daß es ihr grundrißlich richtig erscheine, die auf Grund jener Vorschrift vorzunehmende Ueberwachungstätigkeit durch einen städtischen Beamten ausüben zu lassen, daß sie aber zurzeit davon absehe, die Annahme eines solchen in Vorschlag zu bringen, weil bei der Neuheit der Materie der Umfang der zu erledigenden Arbeiten noch nicht zu übersehen sei; sie halte es deshalb für angezeigt, zunächst anderweit Sachverständige zuzuziehen und zwar empfehle sie als solche an erster Stelle die Elektro-Ingenieure des hiesigen Dampfkeßel-Ueberwachungsvereins, die vor den meisten der zum Sachverständigen qualifizierten Personen um deswillen den Vorzug verdienen, weil sie nach ihrem Dienstvertrage keinerlei Nebenbeschäftigungen übernehmen dürften, die sie mit ihren Dienstpflichten in Widerspruch bringen könnten. Der Magistrat pflichtet dieser Auffassung des Stadtbauamtes zu und richtet an die Versammlung das Ersuchen, sich damit einverstanden zu erklären, daß mit dem genannten Vereine, dessen Ingenieure von der Herzoglichen Kreisdirektion Braunschweig auf getreue Wahrnehmung aller Untersuchungen eidlich verpflichtet werden, ein entsprechendes Abkommen getroffen wird.

Als Vergütung für die Tätigkeit der Sachverständigen sind vier Fünftel der stadtseitig von den Interessenten nach § 82 des Ortsbaustatuts zu erhebenden Gebühr in Aussicht genommen. Der Magistrat hält diese Honorierung für angemessen und beantragt, auch hierzu die Genehmigung zu erteilen.

Herr Wolters: Die Baukommission steht ganz auf dem Boden der Magistratsvorlage, und möchte nur anheimgeben, zu erwägen, ob nicht neben dem Dampfkessel-Überwachungsvereine noch andere geeignete Sachverständige zugezogen werden könnten. Der genannte Verein bietet der Stadt insofern sehr große Garantien, als ihm der behördliche Charakter insoweit beigelegt worden ist, daß alle Besitzer von Dampfkesseln verpflichtet sind, ihre Kessel von dem Vereine überwachen zu lassen.

Herr Schmidt: Ich möchte nicht dafür sein, auch Privatpersonen die Überwachung zu übertragen, da die Ingenieure des Dampfkessel-Überwachungsvereines amtliche Eigenschaft besitzen und daher den Vorzug verdienen. Es möchte sich empfehlen, ihnen diese amtliche Eigenschaft auch für die Überwachung der elektrischen Anlagen beizulegen. Die Ingenieure des Vereins sind zuerst von Herrn Professor Peukert angelernt worden, jedoch wird dieser Herr jetzt nur noch in ganz schwierigen Fällen zugezogen. Ich empfehle also, nur dem Vereine die Überwachung zu übertragen.

Herr Frühling: Ich möchte mich dagegen aussprechen, denn ich würde es hart finden, wenn die hier ansässigen zwei oder drei Privatingenieure mit einem Male ihre auf solche Untersuchungen gegründete Existenz verlieren sollten. Die Beamtenqualität hat aber in diesem Falle jeder Ingenieur, der mit den Untersuchungen betraut wird. Der Dampfkessel-Überwachungsverein ist auch keine öffentliche Behörde (Widerspruch des Herrn Schmidt); es ist eine Gesellschaft, die sich gebildet hat und der ein amtlicher Charakter nur insofern beigelegt worden ist, als sie für den Staat die Untersuchung der Dampfkessel vornimmt. Privatpersonen würden aber in demselben Maße amtliche Eigenschaft erhalten, wenn ihnen der Magistrat die Funktionen übertragen würde. Auch mit Rücksicht auf die Entwicklung der ganzen Technik empfiehlt es sich nicht, diese Sache ausschließlich einem Vereine zu übertragen, der seine Haupttätigkeit nur der Revision von Dampfkesseln widmet. Es ist ja erklärlich, daß die Herren die Elektrizität mit als Nebenbeschäftigung aufnehmen, aber es bleibt doch zweifelhaft, ob sie sich dauernd auf der Höhe halten werden, wie es der Fortschritt auf dem Gebiete der Elektrizität erfordert. Ein Nachteil liegt nicht darin, wenn noch andere Sachverständige zugelassen werden, sofern sie sich verpflichten, die Sache in derselben Weise zu behandeln, wie die Ingenieure des Dampfkessel-Überwachungsvereins. Dazu würden aber die Herren zweifellos bereit sein. Ich bitte also dringend, den Antrag der Baukommission anzunehmen und den Magistrat in der Wahl der Sachverständigen nicht zu beschränken.

Herr Bürgermeister Meyer: Beamtenqualität hat der Dampfkessel-Überwachungsverein nicht; er hat nur insofern durch das Gesetz oder dessen Ausführungsbestimmungen in gewisser Weise eine amtliche Eigenschaft erhalten, als sämt-

liche Dampffesselbesitzer gezwungen sind, die Untersuchungen ihrer Dampffessel durch den Verein vornehmen zu lassen. Praktische Bedeutung wird die hier vorgetragene Meinungsverschiedenheit der Herren Schmidt und Frühling nur in geringem Umfange haben, denn das Stadtbauamt steht auf dem Standpunkte, daß die Zahl der Untersuchungen nicht so zahlreich sein wird, sobald erst die Uebergangszeit überwunden sein wird. Wenn man davon ausgeht, daß ein zu diesem Zwecke eingestellter Beamter nur zur Hälfte, höchstens zu drei Vierteln mit den Ueberwachungsarbeiten beschäftigt sein würde, so ist es ersichtlich, daß für den einzelnen nicht viel abfallen kann.

Neben dem Dampffessel-Ueberwachungsvereine hatten sich ursprünglich mehrere Privatingenieure um die Arbeit beworben und wir hatten auch im Stadtbauamte vor, diese Herren mit in Vorschlag zu bringen; wir sind jedoch davon zurückgekommen, weil die Herren in ihrer Privatpraxis auch Installationen ausführten und dadurch ihre Objektivität in Zweifel gezogen werden konnte. Aus diesem Grunde haben wir dem Dampffessel-Ueberwachungsvereine den Vorzug gegeben. Einer der Herren hat uns allerdings hinterher erklärt, daß er Installationen nicht ausführe und sich in der Hauptsache nur mit deren Prüfung befasse, so daß ihm bei der Annahme der Magistratsvorlage das Brot in der hiesigen Stadt entzogen würde. In der Baukommission habe ich für meine Person auch schon erklärt, daß ich nichts darin finden würde, wenn die Versammlung den Magistrat ermächtigen wollte, neben dem Vereine auch andere Personen, die uns eine hinreichende Objektivität bieten, zuzulassen. Soviel ist ja sicher, daß die Herren, welche heute schon derartige Untersuchungen vorgenommen haben, bei ihrer Ausschließung schwere Einbuße erleiden werden. Einige Herren haben auch die Bitte vorgetragen, sie stadtseitig als Beamte zu übernehmen, jedoch geht das zurzeit nicht.

Herr Wolters: Ich möchte einige sachliche Aufklärungen über den Dampffessel-Ueberwachungsverein auf Grund der Sitzungen desselben geben. In der Baukommission war man sich über diesen Punkt zuerst auch nicht einig, aber wir haben uns schließlich dahin geeinigt, daß man diese Herren, welche mit der Praxis noch mehr in Fühlung bleiben als der Verein, nicht ausschließen dürfe. Dem gegenüber genießt der Verein den Vorzug, daß er keine Erwerbsgesellschaft ist und daß seine Ueberschüsse zur Sammlung eines Fonds behufs Unterstützung seiner Beamten dienen. Ferner ist nach den Sitzungen dem Leiter des Vereins und seinen Elektro-Ingenieuren verboten, irgend welche Nebenbeschäftigungen auszuführen. Was die materielle Tüchtigkeit der Beamten zur Ausführung elektrischer Untersuchungen anbetrifft, so übernimmt der Verein nach seinen Sitzungen schon seit langer Zeit die Ueberwachung elektrischer Anlagen, so daß also bei seinen Ingenieuren genügende Erfahrungen vorhanden sind, um auch elektrische Anlagen prüfen und überwachen zu können. Es erscheint deshalb gerechtfertigt, wenn man dem

Dampfkessel-Ueberwachungsvereine den größeren Vorzug gibt, obwohl große Billigkeitsgründe dafür sprechen, die anderen Herren nicht auszuschließen. Einer der Herren hat sich schon dadurch ein großes Verdienst erworben, daß er der Stadt und dem Staate durch Ausführung von Untersuchungen Dienste erweisen konnte. Auch eine engere Fühlung mit der Praxis ist bei den Herren vorhanden. Aus diesen Gründen hat sich die Baukommission zu ihrem Vorschlage geeinigt.

Herr Bues: In Wirklichkeit liegt die Sache noch anders. Ich glaube, es handelt sich nur darum, wer die vier Fünftel der Untersuchungsgebühr einstreichen soll. (Heiterkeit.) Das Lichtwerk ist von der Prüfung befreit, also muß der Ingenieur des Lichtwerkes die Befähigung haben, die Anlagen begutachten zu können, sonst würde man das Lichtwerk mit einbezogen haben. Wenn ich nun eine neue elektrische Lichtanlage durch einen Installateur herrichten lasse, so läßt das Lichtwerk sie revidieren und 14 Tage darauf schickt die Polizei noch einmal einen Revisor zur Nachprüfung. Es handelt sich also tatsächlich um die Gebühren und nicht um die Prüfung, sonst müßte der Ingenieur des Lichtwerkes schon eine genügende Bescheinigung über die stattgehabte Prüfung ausfertigen dürfen, was aber nicht gestattet ist. Im übrigen meine ich, daß man nicht ohne weiteres die Privatingenieure, welche die Revisionen bisher ausgeführt haben, bei Seite schieben soll.

Herr Südel: Herr Bues hat übersehen, daß es sich nicht nur um Untersuchungen der ersten Anlage, sondern um dauernde Untersuchungen handelt. Mir scheint übrigens diese Sache nicht von der Bedeutung zu sein, wie Herr Schmidt annimmt, daß nämlich alle Anlagen den Ingenieuren des Dampfkessel-Ueberwachungsvereins zur Untersuchung überwiesen werden sollen. Es möchte wohl genügen, wenn dem Vereine die Anlagen derjenigen Etablissements überwiesen würden, bei denen er schon die Dampfkessel-Revisionen hat, damit die wiederkehrenden Revisionen möglichst bei Gelegenheit der Dampfkesselrevisionen ausgeführt werden können und dadurch öftere Betriebsstörungen vermieden werden. Andererseits hat der Verein ja auch ein Interesse daran, die Revisionen der Lichtanlagen mit zu erhalten, weil er seine Einrichtungen darauf zugeschnitten hat; ich bin deshalb für den Vorschlag der Baukommission, bitte aber dem Wunsche Ausdruck zu geben, daß die Ueberwachung der Lichtanlagen solcher Etablissements, die mit Dampfkesseln versehen sind, dem Vereine überwiesen werden möchte.

Herr Ribbentrop: Ich halte den Vorschlag der Baukommission für durchaus sachgemäß. Soll kein städtischer Elektrotechniker angestellt werden, so ist der Dampfkessel-Ueberwachungsverein in erster Linie prädestiniert, die Untersuchungen vorzunehmen. Dabei fällt ein Moment ganz gewaltig in die Waage: Bekommt die Untersuchungen der Verein allein, so bleiben sie einheitliche, was sie zurzeit

nicht sind; denn hier wird nach dieser und dort nach jener Art installiert, weil die Vorschriften verschieden ausgelegt werden. Ich bitte um Annahme des Kommissionsvorschlages.

Herr Bues: Herrn Südel möchte ich erwidern, daß ich mich nicht geirrt habe. Sobald an eine bestehende Lichtanlage noch einige Glühlampen angeschlossen werden, so bedarf diese Ergänzung einer Nachprüfung durch das Lichtwerk und 14 Tage darauf folgt der Vorschrift gemäß eine zweite Prüfung. Meiner Meinung nach können wir hierbei dem Magistrate freie Hand lassen und ihn nicht zwingen wollen, die Ueberwachung bestimmten Personen zu übertragen, weil dadurch ein Monopol geschaffen würde, was nicht angenehm sein kann.

Herr Rathe: Im allgemeinen herrscht im Publikum eine ziemliche Erregung über die hohen Kosten, welche die Prüfung der elektrischen Anlagen erfordert. Zuerst müssen die Einwohner an das Lichtwerk eine ziemlich hohe Gebühr zahlen und hinterher kommt die Polizei und fordert für die ihrerseits veranlaßte Nachprüfung nochmals eine Gebühr. Im vorigen Jahre habe ich das am eigenen Leibe empfunden, als bei mir sechs Vogenlampen und vier Kernlampen eingeschaltet wurden. Zu der Revision mußte ich einen Arbeiter stellen, der den Herren zur Hand ging und hinterher hatte ich für eine Arbeit von etwa zehn Minuten 15 M zu zahlen. Ich begrüße es deshalb mit Freuden, daß jetzt der Dampfkeffel-Ueberwachungsverein mit der Revision betraut werden soll, damit die ungeheuerlichen Gebühren des Lichtwerkes und der Stadt fortfallen. (Widerspruch.)

Herr Bürgermeister Meyer: Zur Aufklärung habe ich folgendes vorzutragen. Es ist davon auszugehen, daß im ganzen zwei Untersuchungen notwendig sind, die wir nicht aus der Welt schaffen können. Die eine Revision findet nach Fertigstellung der Anlagen durch das Lichtwerk statt, und dazu ist das Werk berechtigt und verpflichtet, auch darf es eine entsprechende Gebühr dafür erheben. Die zweite Besichtigung soll jetzt durch das Stadtbauamt erfolgen, und es ist in dem neuen Ortsbaustatut die Höhe der hierfür zu erhebenden Gebühr festgelegt worden. Wenn den Herren diese Gebühren nicht passen, so bedaure ich, daß Sie bei der Beratung des Ortsbaustatuts nicht für die Einstellung geringerer Sätze eingetreten sind. Jetzt können aber nicht, abweichend vom Statut, andere Sätze erhoben werden. Von diesen Gebühren erhält der Verein vier Fünftel und die Stadt für die generelle Verwaltung dieser Sache den Rest, was nicht unbillig sein dürfte.

Herr Meyerhoff: Der Herr Referent hat ein wesentliches Moment nicht mitgeteilt. In der Baukommission war ausdrücklich gesagt worden, es möchte mit der Revision ein Privatbeamter, der selber Installationen machte, nicht beauftragt werden, um nicht in Konflikt mit dem Auftraggeber zu kommen. Wenn die

Privatbeamten aber neben dem Vereine mit den Revisionen betraut werden sollen, so kann das nur geschehen, wenn sie nicht selbst Installationsarbeiten ausführen.

Herr Rathe: Ich bin der festen Ueberzeugung gewesen, daß eine Untersuchung gespart werden sollte, sonst würde ich das bei der Beratung des Ortsbaustatuts erwähnt haben. (Widerspruch.) Wenn eine Sache einmal von einem Sachverständigen untersucht worden ist, so möchte ich wissen, was die zweite Untersuchung nach einigen Tagen für einen Zweck haben soll, da bei dieser unmöglich etwas herauskommen kann. Das sieht allerdings so aus, als ob der Einwohnerschaft nur das Geld aus der Tasche geholt werden soll.

Vorsitzender: Diese Sache haben wir aber lang und breit bei der Beratung des Ortsbaustatuts besprochen, so daß wir unmöglich darüber schon wieder verhandeln können.

Die Magistratsvorlage wird darauf genehmigt und dabei dem Wunsche Ausdruck gegeben, daß der Magistrat neben dem Dampfkeffel-Ueberwachungsvereine auch andere geeignete Sachverständige zu den Revisionen zuziehen möchte.

II. Verpachtung von Ländereien am Domesee.

Von dem städtischen Anwesen am Domesee sind zurzeit verpachtet 18 Morgen 96 Ruten (der sogen. Bullenteich) an den Abbauer August Walke in Rühme zum Preise von 350 M jährlich und die Ackerpläne 469 und 470 zu 1 Morgen 97 Ruten und 2 Morgen und 8 Ruten an den Gärtner Hüfner hieselbst zum Preise von 120 M jährlich. Der übrige Komplex, insbesondere auch die Gebäulichkeiten und der See stehen nach Lösung der älteren Pachtverträge augenblicklich der Stadt zur freien Verfügung. Der Magistrat schlägt vor, den größeren Teil mit dem am Wege gelegenen Hause andertweit zu verpachten und nur die westlich hiervon gelegene Restfläche zu behalten, um die darin befindliche künstliche Vertiefung mit der Zeit zufüllen zu lassen und das Land dadurch zu Kulturzwecken wieder geeignet zu machen. Von den auf die erlassene Bekanntmachung eingegangenen Bewerbungen schlägt der Magistrat vor, das Angebot des Kunstgärtners Peters anzunehmen, weil dieser durch seine Vorbildung als Gärtner die größte Gewähr für Einführung und Innehaltung eines ordnungsmäßigen Betriebes und damit zur Hebung der sehr zurückgekommenen Ländereien und Gärten bietet.

Es wird daher anheimgegeben, dem Kunstgärtner Peters die betreffenden Ländereien und Gebäulichkeiten zum Preise von 625 M jährlich für die Zeit vom 1. April 1906 bis 31. März 1911 unter den näheren Bedingungen zu verpachten.

Auf Empfehlung der Finanzkommission, für die Herr Schmidt berichtet, wird der Vorlage zugestimmt.

III. Verpachtung der Fischerei in den Umflutgräben der Oker.

Am 27. November v. Js. hatte der Magistrat die Versammlung ersucht, sich damit einverstanden zu erklären, daß der mit dem Fischhändler Stanke abgeschlossene und am 31. März d. Js. ablaufende Vertrag wegen der Fischerei in der Oker unterhalb der Eisenbütteler Mühle bis zu den beiden Wehren am Petri- und Wendentore mit der Abänderung auf sechs weitere Jahre verlängert werde, daß das Pachtgeld von 420 M auf 320 M heruntergesetzt werde, da Herr Stanke erklärte, einen höheren Pachtpreis nicht zahlen zu können. Die Vorlage wurde seinerzeit in der Finanzkommission bemängelt, weil die beabsichtigte Verpachtung nicht vorher öffentlich bekannt gegeben und somit einem größeren Kreise von Interessenten die Möglichkeit, sich darum zu bewerben, abgeschnitten wäre. Der Magistrat hat infolgedessen damals die Vorlage, wie er jetzt bedauert, zurückgezogen und die Verpachtung öffentlich ausgeschrieben. Darauf ist nur ein Pachtgebot und zwar von dem Arbeiter Wilhelm Kühn in Höhe von 200 M abgegeben worden. Bei nochmaliger Verhandlung mit Herrn Stanke hat sich dieser, allerdings unter Ermäßigung des Pachtgebots auf 270 M, zur Verlängerung des Pachtverhältnisses bereit erklärt. Herr Kühn hat dagegen die Anfrage, um wieviel er sein Pachtgebot erhöhen wolle, bislang nicht beantwortet. Unter diesen Umständen wiederholt der Magistrat das frühere Ersuchen mit der Abweichung, der Verpachtung unter Festsetzung einer Jahrespacht von 270 M zuzustimmen.

Herr Esborn: In der Finanzkommission war man seinerzeit der Meinung, daß es richtiger sei, die Pachtung öffentlich auszuschreiben, selbst auf die Gefahr hin, geringere Angebote zu bekommen, wie es bedauerlicherweise ja hier eingetroffen sei. Die Finanzkommission ersucht, der Magistratsvorlage unter den gegebenen Verhältnissen zuzustimmen.

Herr Bürgermeister Meyer: Gestern ist noch ein Angebot in Höhe von 300 M von dem Wirte im Heinrichshafen, Herrn Kaselitz, eingegangen. Der Magistrat glaubt aber gleichwohl, an seinem ursprünglichen Antrage festhalten zu sollen, zumal Herr Kaselitz das Angebot nicht aus freien Stücken gemacht hat, sondern erst von einem Mitgliede der Versammlung in gewisser Weise dazu veranlaßt worden ist. Für Herrn Stanke spricht noch der Umstand, daß er der alte Pächter ist und sich als solcher ausgezeichnet bewährt hat, wir also keinen hinreichenden Grund besitzen, ihn aus seinem Pachtverhältnis herauszudrängen. Auf die an Herrn Stanke gerichtete Frage, ob er die von Herrn Kaselitz mehr gebotenen 30 M nicht nachbieten wolle, hat er eine verneinende Antwort gegeben und erklärt, daß er das nicht könne, da er sehr aufpassen müßte, um sein Pachtangebot herauszuholen.

Herr Esdorn: Ich habe Herrn Raselitz selbst darauf aufmerksam gemacht, daß er zum Herrn Bürgermeister Meyer gehen und noch ein Pachtangebot abgeben möchte. Wenn ich auf dies Angebot Wert gelegt hätte, würde ich es schon vorhin erwähnt haben; ich bitte Herrn Stange den Zuschlag zu erteilen.

Die Magistratsvorlage wird angenommen.

IV. Erweiterung des Baugrundes nördlich der Kreuzstraße.

Auf Antrag der Firma Röver & Neubert empfiehlt der Magistrat, den Baugrund an der Nordseite der Kreuzstraße bis zu dem die natürliche Grenze der tiefen Grundstücke bildenden Graben Nr. 124 zu erweitern, damit den Anliegern eine volle Ausnutzung ihre Grundstücke ermöglicht werde.

Die Versammlung beschließt auf Empfehlung der Baukommission, für die Herr Riecke berichtet, dem Antrage gemäß.

V. Erwerb von Grundflächen an der verlängerten Helmstedterstraße.

Die östlich des Eisenbahn-Überganges gelegene Strecke der Helmstedterstraße steht zurzeit noch im Eigentum des Staates, wogegen die jenseits des Streitberges längs der Straße sich erstreckende Lindenallee Eigentum der Stadt ist. An der Außenseite der in den Jahren 1721 und 1722 zurzeit der Regierung des Herzogs August Wilhelm auf Kosten des Waisenhauses gepflanzten Lindenbäume haben sich bis in die jüngste Zeit etwa 3 m breite Schutzstreifen befunden, die früher ebenso wie die Lindenbäume selbst wohl ausschließlich im Besitze des Großen Herzoglichen Waisenhauses gestanden haben werden. Den nördlichen, am Zentralfriedhofe belegenen Streifen hat die Stadt mit den Bäumen selbst im Jahre 1885 erworben, von dem südlichen ist der westlich des Grundstücks Mass. 5101 gelegene Teil noch heute im Besitze des Waisenhauses, der sich östlich daran schließende aber bis zur Feldmarksgrenze im Besitze der Anlieger.

Von diesen Anliegern ist jetzt der Architekt Zinkeisen mit dem Antrage an den Magistrat herantretend, ihm die 498 qm haltenden Flächen zu dem angeblichen Selbstkostenpreise von 6,50 M für 1 qm, also zu 3237 M, stadtheftig abzukaufen. Herr Zinkeisen hat dieser Forderung gleichzeitig durch die Drohung Nachdruck zu geben beliebt, daß er andernfalls sowohl zur Ermöglichung der Aufstellung einer ordnungsmäßigen Grenzeinfriedigung, als auch im Interesse einer besseren wirtschaftlichen Ausnutzung seines Geländes die Beseitigung der an seiner Grenze stehenden Bäume verlangen müsse.

Da der Erwerb der angebotenen Flächen nur dann Zweck hat, wenn auch der Ankauf der übrigen Teile des südlichen Schutzstreifens mit einem Inhalt von insgesamt 1061 qm in Aussicht genommen wird, so spitzt sich, wenn angenommen wird, daß diese 1061 qm auch einen Einheitspreis von 6,50 M erfordern werden, die

gegenwärtige Verhandlung auf die Frage zu, ob die Erhaltung der südlichen Baumreihe der Stadt die Summe von 10133,50 M wert ist. Mit Rücksicht darauf, daß die Helmstedterstraße auf der in Betracht kommenden Strecke einer Verbreiterung in absehbarer Zeit nicht bedarf, auch zur Erleichterung einer etwa künftig notwendig werdenden Verbreiterung 3 m breite Vorgärten angeordnet sind, so muß der Magistrat angesichts des hohen Alters der Bäume und der gegenwärtigen Finanzlage der Stadt diese Frage verneinen. Bei dem hohen Interesse, das die Stadtverordneten den städtischen Baumpflanzungen bisher entgegengebracht haben, würde es dem Magistrat angenehm sein, vor Erteilung eines Bescheides die Ansicht der Versammlung kennen zu lernen. Die Versammlung wird deshalb ersucht, sich darüber zu äußern, ob die Auffassung des Magistrats von ihr geteilt wird. Schließlich bemerkt der Magistrat noch, daß die vor dem Zinkeisen'schen Gelände stehenden Bäume zum Teil tatsächlich nach Süden hin etwas über die Grundstücksgrenze hinausgewachsen sind und daß insoweit die Zinkeisen'sche Drohung praktische Bedeutung erlangen kann.

Wie Herr Wolters berichtet, steht die Baukommission ganz auf dem Boden der Magistratsvorlage. Wenn Herr Zinkeisen sich darauf beruft, daß er sein Grundstück nicht ordnungsmäßig einfriedigen könne, so teilt die Baukommission diese Meinung nicht, sondern sie hält es für sehr wohl möglich, das Grundstück mit Benutzung der Bäume ordnungsmäßig einzufriedigen. Etwas anders liegt die Sache mit der Eigentumsbeschränkung. Nach der Bestimmung des Bürgerlichen Gesetzbuches ist der Eigentümer eines Grundstücks ohne weiteres berechtigt, die sein Grundstück berührenden Wurzeln der Bäume eines Nachbargrundstücks zu beseitigen; ebenso kann er überhängende Zweige dieser Bäume nach einer bestimmten Frist entfernen. Beides ist freilich nur dann gestattet, wenn die wirtschaftliche Ausnutzung des Grundstücks in Frage steht. Nach der Meinung der Baukommission ist aber die Frage offen zu lassen, ob eine wirtschaftliche Beeinträchtigung des Nachbargrundstücks in dem vorliegenden Falle anzuerkennen ist. Der Umstand indessen, daß eine Anzahl Baumstämme tatsächlich in das Nachbargrundstück hineinragt, läßt es möglich erscheinen, daß dem Herrn Zinkeisen ein gewisses formelles Recht zur Seite steht. Man ist deshalb vor die Frage gestellt, daß bei stadtseitiger Ablehnung des Angebotes Herr Zinkeisen von seinem Rechte Gebrauch machen und die Bäume beseitigen kann. Trotzdem würde es die Kommission selbst auf diese Gefahr hin nicht für gerechtfertigt halten, hierfür mehr als 10000 M auszugeben. Dabei glaubt die Baukommission die Erwartung aussprechen zu sollen, daß Herr Zinkeisen bei Ablehnung seines Antrages nicht dazu schreiten würde, die Bäume zu beseitigen. Die Einfriedigung des Grundstücks ist auch unter Beibehaltung der Bäume möglich und dessen wirtschaftliche Beeinträchtigung sehr zweifelhaft, während ein ordnungsmäßiges Bebauen des Grundstücks schon wegen der 3 m breiten Vorgärten nicht

verhindert wird. Deshalb stehen Herrn Zinkeisen keine Momente zu Gebote, auf Grund deren er ein moralisch gerechtfertigtes Vorgehen gegen die Stadt unternehmen könnte. Die Baukommission ersucht daher, einerseits das Vorgehen des Magistrats gutzuheißen, andererseits aber die Erwartung auszusprechen, daß man bei dieser Sachlage wohl annehmen dürfe, daß die ehrwürdigen, fast zwei Jahrhunderte alten Bäume, die der ganzen Gegend das Gepräge verleihen, erhalten bleiben, und daß Herr Zinkeisen nicht etwa auf Grund eines formellen Rechtes dazu schreiten wird, sie zu beseitigen: das höchste Recht würde sonst das höchste Unrecht sein! (Zustimmung.)

Herr Blasius: Es ist eine schlimme Sache, wenn man in solchem Falle nur die Erwartung aussprechen will, daß die Bäume nicht beseitigt werden möchten; man müßte doch eine bestimmte Sicherheit haben und den Magistrat bitten, mit Herrn Zinkeisen darüber in Verbindung zu treten, daß die Bäume erhalten bleiben. Wir haben hier wohl sehr schöne Wallpromenaden, aber gute Verbindungswege der Stadt mit den nächstliegenden Hölzern und Ortschaften fehlen uns. Eigentlich haben wir hier nur zwei wirklich schöne Alleen, das sind die Alleen an der Wolfenbütteler- und der Helmstedterstraße. Wenn von diesem Schmucke uns etwas verloren gehen sollte, so wäre das ein so ungeheurer Verlust, daß ich für dessen Umgehung gern 10 000 M. verwilligen will. (Widerspruch.) Was nützen die Bestrebungen des Fremdenverkehrsvereins, wenn wir uns nicht die Schönheiten der Stadt zu erhalten suchen. Die Erwartung allein nützt nichts, wenn erst die Wurzeln abgefaßt sind, fallen die Linden hinterher.

Herr Rathe: Das einzige, was man noch anführen könnte, wäre, daß ein Architekt, der mit der Entwicklung der Stadt Braunschweig groß geworden ist, jedenfalls unter allen Umständen vermeiden wird, eine derartige Verunzierung am Eingange der Stadt vorzunehmen und die Bäume, an denen die gesamte Einwohnerschaft mit großer Liebe hängt, ohne weiteres zu beseitigen. Das wäre barbarisch, ja beinahe ein Vandalismus! Man kann ein solches Vorgehen, durch das der Eingang zur letzten Ruhestätte verunziert werden würde, nicht jemand zutrauen, der sich hier in der Stadt wohl befunden und emporgeschwungen hat. Ich möchte dem Wunsche Ausdruck gegeben haben, daß die Drohung nicht zur Ausführung kommt.

Vorsitzender: Ich möchte den Magistrat fragen, ob das Terrain nicht dem öffentlichen Wegerechte unterliegt?

Herr Bürgermeister Meyer: Es ist einigermaßen zweifelhaft, wie es gekommen ist, daß das Terrain hat in Privatbesitz übergehen können. Man weiß nur, daß der Streifen in seinem ganzen Umfange im Besitze des Waisenhauses gewesen ist. Gelegentlich der Ueberweisung eines größeren Teiles Rautheimer Länderei an die hiesige Stadt, wobei die Versammlung bekanntlich mitgewirkt, ist die Gemeinde Rautheim mit Ansprüchen auf Eigentumsrechte hinsichtlich des Streifens

hervorgetreten. Wie das Waisenhaus dazu gekommen sein mag, Gegenansprüche nicht zu erheben, ist mir nicht klar. Hautheim hat es dann durchgesetzt, seine Privateigentumsrechte geltend zu machen. Erst in jüngster Zeit hat die Gemeinde Hautheim die betr. Flächen wieder an die Anlieger verkauft, wodurch dann auch Herr Zinkeisen den Streifen erhalten hat. Eine Wegegerechtigkeit läßt sich nicht nachweisen, weil dort ursprünglich wohl nicht ein Weg, sondern ein Graben vorhanden war, der sich mit der Zeit zugelegt hat, so daß von einem Wege nicht gesprochen werden kann. Herr Zinkeisen steht auf dem Standpunkte, daß er, ohne im Besitz des Streifens zu sein, nicht auf sein Terrain hätte kommen können.

Herr Ribbentrop: Es wird keine 25 Jahre mehr dauern, daß die Lindenallee schon große Lücken zeigen wird, denn einzelne Bäume haben jetzt schon umgelegt werden müssen, aber nach 50 Jahren werden nur noch wenige alte Bäume stehen. Schön ist das Bild ebenso wie auf der Wolfenbüttlerstraße dann nicht mehr. Die Bäume sind teilweise abgängig, teilweise aber von Pilzen so durchwuchert, daß sie bald abbrechen werden.

Herr Schöttler: Für die Bewilligung einer so großen Summe bin ich auch nicht zu haben, jedoch möchte ich den Magistrat bitten, zu erwägen, ob nicht eine Vereinbarung auf anderer Grundlage möglich wäre. Ein gewisses Recht besitzen die Anlieger immerhin, und wenn sie für ihren wirklichen Schaden eine billige Entschädigung erhielten, so könnte die nicht allzu bedeutend sein, wäre aber nicht ungerechtfertigt. Ich habe allerdings keine Ahnung, ob dieser Gesichtspunkt nicht schon erwogen ist.

Vorsitzender: Die Bäume stehen doch im Norden des Zinkeisenschen Grundstücks, können also eine große Beschattung des Grundstücks nicht herbeiführen.

Herr Bürgermeister Meyer: Eine wirtschaftliche Schädigung des benachbarten Grundstücks kann nur in sehr beschränktem Umfange anerkannt werden, weil die angrenzende Zinkeisensche Länderei als Spielplatz benutzt wird, der an den Fußballklub „Eintracht“ verpachtet ist. Da das Land mit Früchten nicht besetzt wird, so kann irgend welche nachweisbare Schädigung nicht eintreten.

Herr Kathe: Es handelt sich um 54 alte und 9 junge Linden, die zum größten Teile vollständig gesund sind und — wie die Heinrichslande gezeigt hat — bei guter Pflege noch recht lange erhalten werden können; sie können auch den Häusern nichts schaden, weil diese sehr weit zurückgebaut sind. Nur bei der Einfriedigung der Grundstücke und der Anlegung von Vorgärten können die Bäume hinderlich sein. Es wäre unerhört, wenn wir Herrn Zinkeisen für die Länderei entschädigen wollten, da es sich um ein recht zweifelhaftes Recht handelt, indem die Behörden anscheinend nur aus Versehen den Streifen mit an die Gemeinde Hautheim abgetreten haben.

Die Resolution der Baukommission wird darauf angenommen.

VI. Anfrage Stegmann: Fortführung der Arbeiten an dem Schulbau der Hildesheimerstraße.

Die in der Sitzung vom 18. Januar — Seite 444 des Berichtes — gestellte und begründete Anfrage lautet:

„Aus welchen Gründen ruht die Arbeit am Schulhausneubau an der Hildesheimerstraße fast gänzlich? Ist es nicht möglich, die Arbeiten in vollem Umfange aufzunehmen, damit die Arbeitslosigkeit etwas verringert wird und der Bau nicht allzusehr unter den Einflüssen der feuchten Witterung leidet?“

Herr Oberbürgermeister Ketemeyer: Ueber diese Anfrage haben wir einen Bericht der städtischen Bauverwaltung eingefordert, welcher lautet:

„Die Maurerarbeiten beim Neubau der Bürgerschule an der Diefterwegstraße, die Mitte Juli v. Js. in Angriff genommen sind, haben bis zum 23. Dezember nahezu ununterbrochen fortgeführt werden können. Eine etwa achttägige Pause ist im Laufe des Monats Oktober durch einen Streik der Arbeiter eingetreten. Der Stand der Arbeiten am 23. Dezember war folgender:

1. Hauptgebäude bis zum Dachgeschoße im Rohbau nahezu fertiggestellt;
2. Turnhalle und Abortgebäude bis zum Ansatze der Dachbinder bezw. bis zur Balkenlage im Maurerwerk aufgeführt;
3. Schuldiennerhaus bis zur Mitte des Erdgeschosses hochgeführt.

Um die Mauern gegen die Einwirkungen des Wetters zu schützen, ist deren Abdeckung mit Dachpappe vorgenommen. Die obersten Betondecken im Hauptgebäude sind zum Schutze gegen Frost mit einer 10 cm hohen Sandschüttung versehen. Behufs Abführung des Tagewassers, das sich auf den Betondecken sammelt, diesen jedoch keinen Schaden zufügen kann, sind in der Mitte der einzelnen Felder kleine Oeffnungen angebracht. Das herabfließende Wasser wird in kleinen Holzzinnen aufgefangen und seitwärts abgeführt. Wie eine kürzlich vorgenommene genaue Untersuchung ergeben hat, sind diese Schutzmaßregeln als vollkommen ausreichend zu bezeichnen.

In der Festwoche haben die Arbeiten geruht, dann folgte in den ersten Tagen des Monats Januar eine kurze Frostperiode, während welcher es nicht möglich war, die Arbeiten fortzuführen. Die Wiederaufnahme der letzteren ist am 8. Januar erfolgt. Da im Laufe dieses Winters nur noch wenige Maurerarbeiten ausgeführt werden können, so ist auch nur eine verhältnismäßig kleine Zahl von Maurern zu beschäftigen. Augenblicklich — der Bericht datiert vom 25. Januar — haben die Arbeiten infolge des Eintritts von Frostwetter wieder eingestellt werden müssen. Mit der Aufstellung des Dachstuhl für das Schulhaus soll, sofern es die Witterungsverhältnisse irgend gestatten, in den nächsten Tagen begonnen werden. Diese

Arbeiten konnten nicht früher in Angriff genommen werden, weil die obersten Betondecken erst nach gehöriger Erhärtung und Abbindung des Zements belastet werden können.“

Ich habe dem Berichte meinerseits nichts hinzuzufügen.

Ein Antrag des Herrn Stegmann auf Besprechung der Anfrage findet keine genügende Unterstützung.

VII. Anfrage Koch: Einfriedigung des Platzes am städt. Museum.

Zur Begründung der Anfrage, weshalb die Umfriedigung des Platzes am städtischen Museum noch nicht hergestellt worden ist, führt Herr Koch folgendes aus: Schon vor längerer Zeit hat die Versammlung Mittel bewilligt zur Umfriedigung des erwähnten Platzes, jedoch ist bis jetzt in der Sache nichts geschehen. Die Rasenfläche am Museum war schon früher besät, jedoch ist infolge der fehlenden Einfriedigung alles wieder zertreten. Die ganze Anlage sieht recht herrenlos aus, und es wäre wohl an der Zeit, in der Sache etwas zu tun.

Herr Bürgermeister Meyer: Es ist ein Irrtum, wenn Herr Koch meint, die Versammlung hätte vor einer Reihe von Monaten die Mittel zu einer Einfriedigung bewilligt. Der Magistrat hatte ursprünglich ein architektonisch ausgebildetes Gitter als Einfriedigung für das Museumsgrundstück ins Auge gefaßt, jedoch ist die Vorlage von der Versammlung abgelehnt worden. Da der Magistrat nach wie vor auf dem Standpunkte stand, das Grundstück einfriedigen zu lassen, so scheute er sich nicht, mit einer zweiten Vorlage an die Versammlung heranzutreten, nach der mit geringeren Mitteln eine noch angemessene Einfriedigung gesetzt werden sollte. Aber auch diese Vorlage fand nicht die Zustimmung der Versammlung, sondern es wurde dem Wunsche des Magistrates nur insofern Rechnung getragen, als ihm eine noch geringere Summe zur Verfügung gestellt wurde, mit der eine ganz niedrige Einfriedigung hergestellt werden sollte. Diese Art der Einfriedigung genügte aber dem Magistrate nicht, weshalb er beschlossen hat, die Sache auf sich beruhen zu lassen. Dieser Beschluß dürfte um so weniger verwunderlich erscheinen, als in der Versammlung zum Ausdruck gebracht wurde, daß in anderen Städten solche Grundstücke ohne Einfriedigung gelassen würden. Wir wollen deshalb einmal versuchen, ob das auch hier angängig ist. Sollte sich im Laufe der Zeit unsere Auffassung rechtfertigen, daß eine Einfriedigung besser wäre, so sprechen wir uns hierüber noch einmal.

VIII. Anfrage Kalms: Verlegung der Müllabfuhr auf die Vormittage.

Herr Kalms: Wenn man auch sonst über die Reinigung der Straßen und die Müllabfuhr nichts sagen kann — sie ist im Vergleich zu vielen anderen Städten geradezu mustergültig zu nennen —, so leidet doch unsere Außenstadt

darunter, daß der Müll dort erst nachmittags abgefahren wird. Ich möchte deshalb anfragen, ob es nicht möglich ist, das Müllabfuhrwesen hier etwas besser zu gestalten und zwar derartig einzurichten, daß die Abfuhr in der ganzen Stadt vormittags stattzufinden hat. Vielleicht läßt sich bei der Aufstellung des neuen Stats die Beschaffung von weiterem Pferdmaterial mit berücksichtigen, oder die für die städtische Bauverwaltung auszuführenden Fuhren werden auf den Nachmittag verlegt. Im Fallerleber- und Steintordistrikte gibt es einige Straßen außerhalb der Stadt, auf denen der Müll noch 4 oder 5 Uhr nachmittags steht, und das sieht nicht schön aus. Um 12 Uhr mittags müßte die Abfuhr überall beendet sein.

Herr Bürgermeister Meyer: Es ist anzuerkennen, daß die Verhältnisse, wie sie jetzt liegen und wonach wir gezwungen sind, einen Teil des Kehrichts erst nachmittags abzufahren, nicht angenehm sind; jedoch läßt sich dem Wunsche des Herrn Kalms nicht gerecht werden, es sei denn, daß wir der städtischen Bauverwaltung einen erheblich größeren Betrag für die Abfuhr zur Verfügung stellen als bisher. Der gegenwärtige Umfang des Pferdebestandes läßt die Verlegung der gesamten Abfuhr auf den Vormittag unmöglich zu. Während des ganzen Jahres sind durchschnittlich je 11—13 Pferde zur Bespannung der Straßenreinigungs- und der Sprengwagen erforderlich, dazu kommen im Sommer noch ebenso viele Pferde für die Sprengwagen. Dieselben Pferde, welche nachts Verwendung gefunden haben, können aber nicht vormittags schon wieder benutzt werden, so daß im Sommer 47 Pferde zur Verfügung stehen müssen. Wir besitzen 60 Pferde, davon stehen 10 bei der Feuerwehr, so daß nur noch 3 Pferde übrig bleiben, die das natürlich nicht leisten können. Nach der jetzigen Einrichtung werden die Straßen der Innenstadt und die verkehrsreicheren Straßen der Außenstadt vormittags, die übrigen Straßen der Außenstadt aber nachmittags von den Abfuhrwagen befahren. Wenn wir aber sämtliche Straßen vormittags wollten befahren lassen, so müßte der Pferdebestand von 60 auf 80 erhöht werden. Das würde nicht nur große Kosten verursachen, sondern es hätte auch noch den Nachteil, daß wir nachmittags keine Verwendung für die Pferde haben würden. Ich möchte deshalb bitten, daß Herr Kalms seine Wünsche zunächst noch etwas zurückdrängt.

IX. Anfragen Sander Verhältnis der Stadt zu dem Konfurse von Rindleben.

Die Anfragen:

„Ist die Fertigstellung der bei dem Erzgießer Rindleben bestellten Figuren zur Ausschmückung der Fallerlebertorbrücke gesichert? Sind Abschlagszahlungen auf die bestellten und fertigen Arbeiten von der

Stadt geleistet? Hat sich die Stadt das Eigentumsrecht an den unfertigen Figuren gesichert?"
werden durch Punkt XVII. der Tagesordnung erledigt, fallen also fort.

X. Antrag Kalm s: Instandsetzung der Karlstraße.

Der Antrag lautet:

„Die Versammlung wolle beschließen, den Magistrat um baldmöglichste Instandsetzung der Karlstraße zu ersuchen.“

Herr Kalm s (zur Begründung): Die städtische Bauverwaltung soll die Absicht gehabt haben, einen Teil der Karlstraße instand zu setzen. Die Straße befindet sich in einem sehr schlechten Zustande, und ich habe z. B. gesehen, daß das Regenwasser nicht einmal ordentlich abläuft, sondern 5 bis 6 Tage stehen bleibt, weil die Rinnen schlecht imstande sind.

Den genügend unterstützten Antrag erhält die Baukommission zur Vorberatung.

XI. Antrag Wiehle: Beleuchtung des Platzes an der Frankfurter- und Juliusstraße.

Zur Begründung des Antrages:

„Der Magistrat wird ersucht, den Platz an der Mündung der Juliusstraße in die Frankfurterstraße besser zu beleuchten,“

führt Herr Wiehle aus, daß es bei der mangelhaften Beleuchtung des Platzes wünschenswert erscheine, an der rechten Seite der neuen Häuser wenigstens noch eine Laterne aufzustellen.

Der genügend unterstützte Antrag wird der Finanzkommission zur Vorberatung überwiesen.

XII. Antrag Fricke: Anbringung neuer Straßenlaternen.

Der Antrag geht dahin,

1. eine Petroleumlaterne am Fuße der über die Gleise der Landeseisenbahn führenden eisernen Brücke aufzustellen;
2. eine Gaslaterne an der Mauer des Spohrplatzes, die den Garten des vaterländischen Museums abschließt, anzubringen.

Herr Fricke (zur Begründung): Die über die Landeseisenbahn nach der Taubenstraße führende Brücke ist nur auf der einen Seite beleuchtet, während die andere Seite in Dunkel gehüllt ist; ich bitte daher, hier noch eine Laterne anzubringen, damit die Passanten abends zu Hause finden können. Auch auf dem Spohrplatz tut eine Laterne not. Wenn die malerische Planke, die den Platz seit

einem halben Jahrhundert ziert, nun einmal beibehalten werden muß, damit die dort aufgestellten Flügel und Schaufeln nicht gestohlen werden, so muß auch, sofern die Verwaltung des vaterländischen Museums so korrekt vorgehen will, wie sie in ihrem Schreiben zusagt, für die Beleuchtung des Spohrplatzes gesorgt werden.

Auch diesen Antrag erhält nach genügender Unterstützung die Finanzkommission zur Vorberatung.

XIII. Antrag Bues: Anbringung weiterer Straßenlaternen.

Herr Bues: Ich möchte beantragen, den Magistrat zu ersuchen,

1. eine Laterne am Eingange der Mönchstraße von der Auguststraße aus und
2. eine Laterne in dem oberen Teile der Elmstraße in der Nähe der Grabbeschen Kunstgärtnerei

anzubringen. Der betreffende Teil der Mönchstraße liegt abends vollständig im Dunkel, was für die Anlieger um so unangenehmer ist, als die Straße infolgedessen als Bedürfnisanstalt benutzt wird. In dem oberen Teile der Elmstraße befindet sich nur eine Laterne, sodaß ein Teil der Straße abends auch im Dunkel liegt. Da die Firma Büßing beabsichtigen soll, dort noch ein größeres Fabrikgebäude hinzustellen, so wäre es um so wünschenswerter, in der Gegend noch eine Laterne anzubringen.

Der Antrag findet genügende Unterstützung und wird der Finanzkommission zur Vorberatung überwiesen.

XIV. Antrag Esdorn: Anbringung einer Straßenlaterne.

Herr Esdorn: Nach dem Umbau des Eschhauses am Kl. Markstall kann die dort angebrachte Straßenlaterne nicht mehr zur Beleuchtung des Markstalls in Betracht kommen, sodaß dieser abends direkt dunkel ist. Ich möchte deshalb beantragen, den Magistrat zu ersuchen, die Straße „am Markstall“ mit wenigstens noch einer weiteren Laterne zu versehen.

Nach genügender Unterstützung wird der Antrag ebenfalls der Finanzkommission zur Vorberatung überwiesen.

XV. Anfrage Jasper: Vorbeugung von Verkehrsstörungen durch die Polizei.

Die Anfrage lautet:

„Ist dem Magistrate bekannt, welche Verkehrsstörungen, Beunruhigung und Gefährdung des Publikums durch die Maßnahmen Herzoglicher Polizeidirektion und deren Beamten am Sonntag, den 21. Januar 1906 verursacht worden sind?“

Was gedenkt der Magistrat zu tun, um künftig ähnlichen Vorkommnissen vorzubeugen?"

Herr Jasper (zur Begründung): Es wird Ihnen allen in Erinnerung sein, daß am 21. Januar in unserer Stadt drei Volksversammlungen stattgefunden haben, die von der sozialdemokratischen Organisation unseres Ortes mit der Tagesordnung: „Der Kampf um das allgemeine Wahlrecht und der Jahrestag der russischen Revolution“ einberufen waren. Die Versammlungen bezweckten, einerseits die Erinnerung an die Vorgänge im Nachbarlande Rußland in den interessierten Kreisen der Stadt wachzurufen und gleichzeitig bei einem Vergleiche zwischen den Zuständen in Rußland gegenüber den heimischen Zuständen die Frage aufzuwerfen, ob die Machtbefugnis des Braunschweiger Volkes in seiner großen Mehrheit auf die eigenen Landesangelegenheiten größer sei, als die der Russen.

Die Versammlungen waren vorher angemeldet und sollten um 11 Uhr beginnen, also sobald die polizeilichen Vorschriften, die hier noch geltendes Recht sind, den Beginn zuließen. Durch eine Bekanntmachung, die am Tage zuvor an allen Anschlagssäulen prangte, wies der Herr Polizeipräsident auf den Besuch der Versammlungen hin. Die Bekanntmachung lautete:

„Der Volksfreund hat die Ankündigung der zu Sonntag, den 21. d. Mts., vormittags 11 Uhr, nach dem Hofsäger, der Hohetorschenke und dem Gewerkschaftshause mit der Tagesordnung:

Der Kampf um das allgemeine Wahlrecht und der Jahrestag der russischen Revolution

berufenen Volksversammlungen mit einem maßlosen „Her mit dem allgemeinen Wahlrecht“ überschriebenen Hekartikel begleitet.

Angesichts dieser sozialdemokratischen revolutionären Kundgebungen warne ich auf das dringendste vor jedem Widerstande gegen die polizeilichen Anordnungen, insbesondere auch vor jeder Demonstration und jeder Ansammlung auf den Straßen mit dem Hinweise darauf, daß Zuwiderhandlungen mit unnachlässiglicher Strenge begegnet werden wird.

Braunschweig, den 19. Januar 1906.

Der Polizei-Präsident.

Prockel."

Die Versammlungen haben dann auch stattgefunden und sind, dank dieser polizeilichen Mitwirkung, außerordentlich zahlreich besucht gewesen, sie haben auch, wie selbst die bürgerlichen Blätter, ja selbst das amtliche Organ zugegeben haben, einen durchaus ruhigen Verlauf genommen, wie wir es bei unseren Versammlungen von jeher gewohnt gewesen sind. (Widerspruch.) Unruhe und Aufregung brachten

aber andere Leute in die Stadt hinein und zwar waren es meiner Auffassung nach die Beamten der Herzoglichen Polizeidirektion. Ich zitiere hier ein bürgerliches Blatt, das bei den Herren der Mehrheit als einwandfrei gelten wird, und zum Teil werden Sie, ebenso wie ich, die Vorgänge wohl mit eigenen Augen gesehen haben. Die Braunschweigische Landeszeitung schreibt in ihrer Nummer 35, nachdem sie den ruhigen Verlauf der drei Versammlungen geschildert hat, wie folgt:

„Vor den Lokalen waren starke Aufgebote von Sicherheitsmannschaften aufgestellt, die dafür Sorge trugen, daß die Massen sich in voller Ruhe zerstreuten. Am Eingang der Straße „Am Augusttore“ zum Augustplatz hatte die Polizei mit einem dichten Kordon den Zugang zu dem Platz abgesperrt, um zu verhindern, daß die Massen direkt in die Stadt hinein und nach dem Bohlweg strömen möchten. Die Menge wandte sich infolgedessen nach dem Löwenwall und strömte dann die schmale Monumentstraße hinab. Die Polizei schritt sofort dagegen ein und drängte die Massen zurück, die nun einen anderen Weg einschlugen.“

In ähnlicher Weise schildern die übrigen hiesigen bürgerlichen Blätter die Szene am Augusttore. Ich habe persönlich den Vorgang am Augusttore beobachtet und habe mir auch von vielen Augenzeugen mitteilen lassen, welche persönlichen Eindrücke und Erlebnisse sie gehabt haben. Daraufhin muß ich den Bericht des bürgerlichen Blattes noch dahin ergänzen, daß die Polizeimannschaft die Teilnehmer an der Versammlung im Hofsäger, als sie zu ihren Wohnstätten in die Stadt zurückkehren wollten, auf dem ganzen Wege die schöne, den Herren so sehr ans Herz gewachsene Lindenallee der Wolfenbüttlerstraße entlang begleitete und möglichst dafür sorgte, daß niemand zur Seite ging u. dergl. m. Es kam hierbei keinerlei Unruhe, die man anscheinend sehr befürchtet hatte, vor, als plötzlich in der Nähe von Dannes Hotel, dort wo sich die Haltestelle der Straßenbahn nach Wolfenbüttel befindet, die Polizeimannschaft Front machte und verlangte, daß die in großen Haufen nachströmende Menge wieder zurückgehen und entweder den Löwenwall entlang oder nach dem Bahnhofe zu sich bewegen sollte. Man hatte also die Teilung nicht vorgenommen an der naturgemäßen Stelle gegenüber der Okerbrücke am Augusttore, sondern man hatte die ruhig ihres Weges gehenden Männer in eine Sackgasse gelockt, so daß es der größten Ruhe und Besonnenheit von seiten des Publikums bedurfte, um diesem herausfordernden Vorgehen der Beamten gegenüber nicht Kopf und Besonnenheit zu verlieren. Wenn Hunderte und Tausende in einer Richtung gehen und plötzlich Halt machen und umkehren sollen, so ist es zu verwundern, wenn ein schwerer Zusammenstoß vermieden wird. In sehr ungeschickter Weise — zum mindesten wenn Ruhe und Ordnung gewahrt werden soll — ist an dieser Stelle durch den Polizeikordon vorgegangen. Ich habe dort über

70 Beamte gezählt, die plötzlich die ganze Breite der Straße absperrten und die Leute zwangen, 20 bis 30 m ihres Weges zurückzugehen.

Wie im einzelnen bei der Absperrung verfahren ist, spottet jeder Beschreibung. Ich habe selbst beobachtet, wie Leute, die aus der Stadt hinausgehen wollten, daran verhindert wurden, an dieser Stelle hinauszukommen. Es war z. B. mir, der ich am Augusttore war und nach der Wolfenbüttlerstraße wollte, vollkommen unmöglich nach Hause zu gehen, weil es den Beamten der Polizei beliebte, in dieser eigenartigen Weise die Absperrung vorzunehmen. Ein alter Mann, der ebenfalls vor das Tor wollte und nicht zu den Versammlungsbesuchern gehörte, wurde vor die Brust gefaßt, so daß er ganz perplex da stand und nicht wußte, wie ihm geschah. Ähnlich ist es Herrn Ohlenborn passiert, der auch von einem Beamten ohne Grund angefahren wurde. Ich habe dem Polizeiinspektor Bussenius, der an dieser Stelle die Wachmannschaften leitete, Vorhalt gemacht und ihn gebeten, den Kordon wegzuziehen, weil er sonst die Erregung, die er angeblich verhindern wollte, nur schüren würde; ich habe erklärt, die Versammlungsbesucher würden ganz ruhig nach Hause gehen, wie es von jeher bei uns der Fall gewesen wäre, und wir würden schon für Ruhe und Ordnung sorgen. Herr Bussenius erwiderte mir darauf, daß er die Weisung habe, so vorzugehen und er nicht dulden könnte, daß die Versammlungsbesucher den üblichen direkten geraden Weg nach ihren Heimstätten gehen sollten.

In ähnlicher Weise hat sich der Vorgang an der Monumentsstraße abgespielt, der auch in dem Berichte erwähnt worden ist. Als die Leute diese Straße hinuntergehen wollten, war auch diese abgesperrt, und es sollen dort etwas nachdrückliche Anhaltungen und Warnungen vorgekommen sein, so daß ein unbeteiligter bürgerlicher Herr, nach den mir von zuverlässigen Leuten gemachten Mitteilungen, der ein Anwohner der Monumentsstraße ist, nämlich Herr von Voigtländer, erklärt haben soll, daß das Vorgehen der Polizei an dieser Stelle einer Provokation gleichkäme. Für die Richtigkeit dieser Mitteilung kann ich mich nicht verbürgen, aber einen solchen Eindruck haben viele Leute von dem Vorkommnis gehabt. Dieses Vorgehen der Polizei, das sich übrigens nicht nur auf diese einzelnen Punkte beschränkte, sondern es waren überall große Polizeiwachmannschaften aufgeboten, die Ruhe und Ordnung herstellen sollten, hat gerade die Ruhe und Ordnung in der Stadt gefährdet. Ich habe meinerseits am Gewerkschaftshause, wo ich das Referat übernommen hatte, hinterher beobachtet, daß die Kinder um die Polizeimannschaften herumliefen, vielleicht weil sie aufmerksam gemacht waren, daß etwas besonderes vor sich gehen sollte. Es soll sogar in den Schulen gewarnt und gesagt sein, die Kinder möchten an dem Tage zu Hause bleiben, weil Revolution kommen würde. Aus allen diesen Sachen geht hervor, daß allein die Polizei und deren Beamte Erregung in die Stadt gebracht und Verkehrsstörungen verursacht haben.

Bei dieser Sachlage scheint es mir geboten, zu fragen, ob die städtischen Straßen und deren Verkehr lediglich dem polizeilichen Ermessen anheimgestellt sind, ob derartige allgemeine Anordnungen, wie sie der Polizeipräsident erlassen hat, mit Zustimmung des Magistrates getroffen sind, oder welche Stellung er dazu einnimmt? Hierbei kann ich die Ansicht nicht unterdrücken, daß wir doch wohl kaum noch politische Kinder sind, die durchaus an einem Gängelbände von der Polizei geleitet und behütet werden müssen, damit ihnen nicht irgend welches Unheil geschieht, dem der Polizeipräsident hier als Hüter der gesamten Ordnung zu wehren hat.

Was die Versammlungen wollten und was sie getan haben, war durchaus gesetzlich zulässig und andererseits auch ebenso notwendig, denn die Forderung, die in den Versammlungen aufgestellt wurde, daß im braunschweigischen Landtage endlich auch die große Mehrheit des Braunschweiger Volkes ein Mitbestimmungsrecht gewinnen soll an den eigenen Angelegenheiten des Landes, ist nichts als eine gerechte Forderung und wird auch hier als solche anerkannt werden, zumal unter uns einige Landtagsabgeordnete sind, die selbst schon sehr oft über die eigenartige Zusammenfassung der Landesversammlung und deren sonderbare Stellung gegenüber den Wünschen und Interessen der Stadt zu klagen gehabt haben. Jedenfalls ist das eine Frage, die erörtert werden kann und auch werden muß, die nicht wieder von der Tagesordnung verschwinden wird und in die keine Polizeidirektion einzureden hat.

Herr Oberbürgermeister Ketemeyer: Wenn der Magistrat diese vielseitige Anfrage so beantworten würde, daß Herr Dr. Jasper sich für befriedigt erklärte, so würde uns jedenfalls von seiten der zuständigen Staatsbehörden der Vorwurf gemacht werden, daß wir uns in Angelegenheiten mischten, die uns nichts angehen. Beantworten wir die Anfrage aber so, daß Herr Dr. Jasper nicht befriedigt ist, dann ist mit Sicherheit anzunehmen, daß er mit seinen Freunden eine Besprechung der Anfrage beantragen wird. Hierdurch kann indessen eine weitläufige Debatte entstehen, die wir mit Rücksicht auf die noch unerledigten Punkte der Tagesordnung zu vermeiden suchen wollen. Unter diesen Umständen verzichtet der Magistrat auf die Beantwortung der Anfrage.

Herr Jasper: Ich beantrage Besprechung der Anfrage.

Vorsitzender: Eine solche Besprechung ist in dem vorliegenden Falle nicht zulässig, da sie nur stattfinden kann, wenn auf eine Anfrage eine sachliche Antwort erfolgt, nicht aber wenn die Beantwortung motiviert abgelehnt worden ist. Es bleibt Ihnen unbenommen, Ihre Wünsche durch Einbringung eines Antrages zu erreichen zu suchen.

XVI. Kosten für Ausschmückung von Straßen etc.

Aus Anlaß des Besuches, den Seine Majestät der Kaiser am 16. und 17. Dezember v. J. der Stadt Braunschweig abgestattet hat, erachtete der Magistrat die Ausschmückung einiger Straßen, Plätze und Gebäude für geboten, war aber bei der Kürze der Zeit nicht in der Lage, die Versammlung vor Ausführung der Arbeiten um Verwilligung der dadurch erwachsenden Kosten zu ersuchen. Nachdem diese Kosten inzwischen zu 2588,98 M. ermittelt worden sind, wird anheimgegeben, den Betrag nachträglich zu verwilligen.

Nach dem Berichte des Herrn Fiedel beantragt die Finanzkommission, diese verhältnismäßig geringe Summe nachträglich zu verwilligen.

Herr Wesemeier: Wir sind der Meinung, daß die Bewilligung der Mittel abgelehnt werden muß. (Unruhe.) Die städtischen Mittel sind nicht dazu da, für solche Neußerlichkeiten verbraucht zu werden, die lediglich einen dekorativen Zweck haben und nach kurzer Zeit vollständig wertlos sind. Wir sind aber auch der Meinung, daß die städtischen Mittel nicht verbraucht werden dürfen zu irgend welchen dynastischen Zwecken. Besonders die großen Städte haben darüber schon viel zu klagen gehabt, daß sie von den Regierungen und Fürsten an ihrem Selbstverwaltungsrechte gepackt sind und mit aller Energie versucht worden ist, ihnen dieses Recht zu schmälern, ein Grund mehr, daß die Städte sich hüten sollten, Mittel für dynastische Zwecke herzugeben.

Wenn es sich in dem vorliegenden Falle auch um eine vollendete Tatsache handelt, so sind wir der Meinung, daß eine Ablehnung schon um deswillen nicht schaden kann, weil dann der Magistrat für die Folge nicht so mir nichts dir nichts Gelder ausgeben, sondern erst die Versammlung fragen wird. Wir wünschen also die Ablehnung der Forderung, weil das Geld ausschließlich zu dekorativen Zwecken verbraucht worden ist. Bei uns herrscht ständig die Klage, daß keine Mittel selbst zu notwendigen Aufwendungen vorhanden sind, und es wird fortwährend geknappst, wenn es sich darum handelt, für die Arbeiter etwas aufzuwenden, darum hätte man bei dieser Gelegenheit vor allen Dingen sparen sollen.

Herr Oberbürgermeister Metemeyer: Ich möchte hierzu nur folgendes bemerken: Wir könnten vielleicht zur näheren Begründung der Forderung darauf hinweisen, daß das ausgegebene Geld wirklich recht gut angewandt war, indem es zum großen Teile, besonders soweit es sich um die Beschaffung von Girlanden handelt, ärmeren Leuten zuteil geworden ist, jedoch verzichte ich darauf. Wir stehen auf dem Standpunkte: wenn Seine Majestät der Kaiser in unsere Stadt kommt, so haben wir die heilige Verpflichtung, den hohen Herrn hier in würdiger Weise zu begrüßen. Wenn die Sache, was ich nicht hoffe, noch einmal so rasch kommen

sollte, so werden wir uns auch durch die Worte des Herrn Wesemeier nicht abhalten lassen, in gleicher Weise wieder vorzugehen. (Lebhafte Zustimmung.)

Herr Nolte: Ich möchte bei dieser Gelegenheit zum Ausdruck bringen, daß der größte Teil der Stadtverordneten vollständig auf dem Standpunkte des Magistrates steht. (Zustimmung.)

Herr Jasper: Für die große Mehrheit der Stadtverordneten mag Herr Nolte gesprochen haben, nicht aber für die große Mehrheit der hiesigen Bevölkerung.

Vorsitzender: Jedenfalls aber für die große Mehrheit des deutschen Volkes. Ich sollte meinen, die Herren hätten wenigstens bei dieser Gelegenheit ihre Reden unterdrücken sollen. (Zustimmung.)

Die Magistratsvorlage wird sodann genehmigt.

XVII. Vergleich im Rindlebenschen Konkurs.

Die Verwaltung des Rindlebenschen Konkurses hat im Einvernehmen mit dem Gläubigerausschusse folgendes vorgetragen:

Der zwischen der städtischen Bauverwaltung und Herrn Rindleben geschlossene Vertrag vom 18. Januar 1905 verpflichtete den jetzigen Gemeinschuldner, gegen einen Gesamtpreis von 10 000 M vier Soldatenstandbilder für die Fallerslebentorbrücke in Kupfer zu treiben und sie auf der Brücke fertig aufzustellen. Als Abschlagszahlungen sind bisher 6500 M geleistet worden; dafür sind zwei Figuren fertiggestellt, die dritte so weit, daß die einzelnen Teile zusammengesetzt werden können, mit der vierten ist noch nicht begonnen. Am 30. Dezember ist zwischen der städtischen Bauverwaltung und Herrn Rindleben ein Vertrag geschlossen, nach dem letzterer die für die gezahlte Summe beschafften Materialien und Figuren für die Stadt in Verwahrung nahm. Am 8. Januar 1906 sah sich Herr Rindleben genötigt, den Konkurs anzumelden. Einer Aufforderung des Magistrates, den Vertrag zu erfüllen, konnte der Konkursverwalter mangels der erforderlichen Mittel nicht entsprechen. Die Lage des Konkurses ist äußerst traurig: Der Vormund über die drei minderjährigen geisteschwachen Howaldtschen Töchter macht als Vermieter an den eingebrachten Sachen ein Absonderungsrecht in Höhe der rückständigen und bis zum 1. Juli 1906 laufenden Miete von 1900 M geltend, ferner sind rund 800 M rückständige Löhne bevorrechtigte Forderungen und schließlich kommen nicht bevorrechtigte Gläubiger mit etwa 24 000 M in Betracht. Diesen Passiven stehen an Masse ein im Jahre 1903 für ungefähr 3000 M beschaffter Lauffran sowie die sonstigen Geräte und einige fertige Bronzen und Modelle gegenüber.

Nach der Ansicht der Konkursverwaltung steht der Stadt an den Figuren und Materialien ein Absonderungsrecht nicht zu, da der am 30. Dezember 1905

abgeschlossene Verwahrungsvertrag der Insechtung unterliege. Auch die Zession an Eggeling ist angefochten worden. Demgemäß gehören die Figuren und Materialien dem Konkurse. Zur Anbahnung eines Vergleiches hat die Konkursverwaltung dem Magistrat die Figuren für 3000 M zum Kauf angeboten, und nachdem der Magistrat erklärt hatte, höchstens den Kupferwert der Figuren mit 1500 M zahlen zu können, ist von der Konkursverwaltung das Mittel vorgeschlagen, nämlich 2250 M zu zahlen. Letztere ist also bereit, gegen Zahlung dieses Betrages das Eigentum an den Figuren und Materialien der Stadt zu übertragen, ihr zur Fertigstellung der Arbeiten die Werkstatt des Gemeinschuldners sowie dessen Werkzeuge und Geräte bis zum 20. Juni 1906 mietsfrei zur Verfügung zu stellen und die Figuren nebst den Materialien für die Stadt bis zu jenem Tage zu verwahren. Auch wird gebeten, Herrn Rindleben bei der Fertigstellung der Figuren als Werkführer zu beschäftigen.

Der Magistrat ersucht, diesen Vergleichsvorschlägen zuzustimmen.

Herr Weichsel: Die Statutenkommission steht auf dem Standpunkte, daß ein Vergleich wünschenswert ist. Magistrat und Kommission erkennen an, daß die Eigentumsübertragung vom 30. Dezember 1905 vielleicht anfechtbar sein mag, aber ich persönlich stehe auf dem Standpunkte, daß trotzdem das Eigentumsrecht der Stadt wohl zu halten ist. In dieser Hinsicht sind die letztergangenen Entscheidungen des Reichsgerichts für den Standpunkt der Stadt außerordentlich günstig, und man wird hiernach die Bestimmungen des Vertrages dahin auslegen können, daß die Figuren nebst dem Materiale mit ihrer Fertigstellung Eigentum der Stadt geworden sind. In dem Vertrage mußte das besonders betont werden, weil durch die Verarbeitung der Materialien eine neue Sache entstanden ist. Der Vertrag der städtischen Bauverwaltung mit Herrn Rindleben ist meines Erachtens mit aller erdenklichen Voricht aufgestellt worden und man wird dahin kommen müssen, daß hiernach sowohl das Eigentum an den Materialien, als auch an den fertiggestellten Figuren der Stadt zusteht. Einen anderen Haken hat die Sache aber mit dem Pfandrecht der Vermieter. Mit der Einbringung der Materialien in das Grundstück wurden sie Eigentum von Rindleben und damit entstand das Vermieter-Pfandrecht der Howaldtschen Erben. Ebenso ist es mit den fertiggestellten Figuren. Wir werden deshalb nicht umhin können, wenn wir die Figuren haben wollen, zunächst die Howaldtschen Erben zu befriedigen.

Vom Magistrat sowohl, als auch vom Konkursverwalter ist nun ein Vergleich angestrebt worden, der im vorstehenden dargelegt wurde. Die Stadt hat den Kupferwert der Figuren abschätzen lassen und dieser ist auf 1650 M geschätzt worden. Der Konkurs kann nämlich die Figuren als solche nicht verwerten wegen des Urheberrechts, das der Stadt zusteht, sondern er könnte höchstens die Figuren

einschmelzen lassen und die Masse zum Guß anderer Figuren wieder verwerten. Die Statutenkommission steht auf dem Standpunkte, daß sie den Vermittlungsvorschlag des Konkursverwalters zur Annahme empfiehlt, einmal weil die Forderung der Howaldtschen Erben sichergestellt werden muß, um die fertigen Figuren zu bekommen und andererseits, weil dann die Rindleben'sche Werkstatt zur Fertigstellung der übrigen Figuren zur Verfügung steht und auch die Arbeiter ihren rückständigen Lohn erhalten können. Gerade die Rücksicht auf die Arbeiter hat die Statutenkommission veranlaßt, die Zustimmung zu dem Vergleichsvorschlage zu empfehlen.

Die Versammlung stimmt darauf dem Vergleichsvorschlage zu.

XVIII. Mittel zur Erweiterung des Bürgerparkes.

Herr Bürgermeister Meyer: Durch den Etat des laufenden Jahres sind bekanntlich 30 000 M für die Erweiterung des Bürgerparks zur Verfügung gestellt worden. Die Parkdeputation hat nun mitgeteilt, daß diese Mittel nahezu erschöpft sind und daß selbst der alte Stamm der Arbeiter im Monat März nicht mehr würde beschäftigt werden können, wenn nicht neue Mittel flüssig gemacht würden. Da uns das nicht angenehm ist, so kommen wir mit der Bitte, uns noch einige tausend Mark zur Verfügung zu stellen. Der etwaige Vorwurf, daß wir die Verteilung der Mittel nicht ordnungsmäßig vorgenommen haben, würde gerechtfertigt sein, jedoch kann ich zur Entschuldigung anführen, daß im Laufe des vergangenen Sommers von privater Seite und auch aus der Versammlung der Wunsch geäußert wurde, an der Südseite des Parkes einen Spielplatz so schnellig herzurichten, daß er noch im vergangenen Sommer in Benutzung genommen werden könnte. Der Magistrat hat deshalb mit Hochdruck darauf hingearbeitet, den Platz noch fertigzustellen, und es sind infolgedessen längere Monate hindurch mehr Arbeiter eingestellt worden, als es sonst geschehen ist. Leider ist es nicht ganz gelungen, das Ziel zu erreichen, und wir werden vielleicht noch vor die Frage gestellt werden, im Laufe des Sommers, je nach der Benutzung des Spielplatzes, anderweit Mittel zur endgültigen Erledigung der Arbeiten zu erbitten. Zurzeit handelt es sich darum, daß wir die Arbeiter, die wir sonst Jahr aus Jahr ein beschäftigt haben, auch während des März nicht gern brach liegen lassen wollen; wir ersuchen Sie deshalb, zu Lasten des Dispositionsfonds der städtischen Behörden 5000 M zu bewilligen.

Die sofortige Beratung des Antrages wird gutgeheißen.

Herr Hauswaldt: Daß wir mit dem Gelde so schnell fertig geworden sind, liegt auch an dem milden Winter, der uns in die Lage versetzt hat, fortwährend arbeiten zu können.

Herr Bürgermeister Meyer: Wenn einmal Entschuldigungen vorgebracht werden sollen, so habe ich auch noch eine: Wie wir durch Herrn Promenadeninspektor Kreiß erfahren haben, sind ganz umfangreiche Uferarbeiten nötig geworden, zu denen 700 cbm Steine haben verwendet werden müssen, und auch hierdurch sind die Mittel in besonders starker Weise in Anspruch genommen worden.

Der Magistratsantrag wird darauf angenommen.

XIX. Anfrage Fricke: Eröffnung des städtischen Museums.

Herr Fricke: Es ist verschiedentlich an mich die Frage gerichtet worden, ob das neue städtische Museum noch nicht bald eröffnet werden würde. Da schon mehrere höhere Herrschaften eine Besichtigung des Museums vorgenommen haben, so schließe ich daraus, daß der Zeitpunkt der Eröffnung nicht mehr fern sein kann. Ich möchte deshalb fragen, ob es möglich ist, den Zeitpunkt der Eröffnung des neuen Museums zu bestimmen?

Herr Bürgermeister Meyer: Ursprünglich war von der Deputation in Aussicht genommen, dem Magistrat die Eröffnung des Museums zum 1. April d. Js. zu empfehlen. Die Arbeiten sind aber scheinbar nicht so gefördert, daß dieser Zeitpunkt mit Sicherheit könnte innegehalten werden. Sollte sich die Eröffnung zum 1. April nicht ermöglichen lassen, so wird sie jedenfalls im Laufe des Frühjahrs stattfinden.

XX. Anfrage Weichsel: Neuordnung des Droschkenwesens.

Die Anfrage lautet:

„Ist der Magistrat bereit, Schritte zur Neuordnung des Droschkenwesens in hiesiger Stadt zu tun?“

Herr Weichsel: Ich brauche die Anfrage wohl nicht weiter zu begründen? Man darf dreist sagen, daß das Droschkenwesen hier nicht gerade auf glänzender Höhe steht. Wenn ich auch weiß, daß der Magistrat in dieser Sache nicht die zuständige Stelle ist, so läßt sich doch vielleicht durch Verhandlungen mit der Herzoglichen Polizeidirektion eine zeitgemäße Umgestaltung in die Wege leiten. Einmal bedarf der Tarif dringend der Umgestaltung, denn dessen Begrenzung durch die Umflutgräben kann nicht mehr aufrecht erhalten werden; auch der Halteplatz am Bahnhofe muß eine andere Regelung erfahren, damit die ständigen Klagen über das Fehlen der Droschken am Bahnhofe während der Nacht verstummen. Die übrigen Halteplätze sind ebenfalls einer Prüfung zu unterwerfen, denn ich meine, daß z. B. kein Bedarf vorliegt, den Halteplatz auf dem Kohlmarke beizubehalten. Vielleicht läßt sich auch die Einführung von Taxametern in Erwägung ziehen.

Herr Stadtrat von Frankenberg: Der Magistrat ist in dieser Sache allerdings nicht unmittelbar zuständig, da nach § 37 der Reichsgewerbeordnung das Fuhrwesen der Polizeibehörde untersteht. Selbstverständlich wird aber der Magistrat gern erbötig sein, mit der Herzoglichen Polizeidirektion dieserhalb in Verbindung zu treten. Ich möchte jedoch bitten, in dieser Sache einen anderen Weg zu beschreiten und in einem selbständigen Antrage den Magistrat zu ersuchen, die erforderlich erscheinenden Schritte in Erwägung zu nehmen. Bei der Erörterung des Antrages könnten dann die Wünsche der einzelnen Herren vorgebracht werden, und ich glaube, daß der Magistrat der Versammlung nur dankbar sein wird, wenn sie ihm behilflich ist, die Unterlagen für die Verhandlungen mit der Herzoglichen Polizeidirektion zu beschaffen.

Die Versammlung wird hierauf geschlossen.

Dauer von 4 bis gegen 6¹/₂ Uhr.

1905 | 1906. — Nr. 2.

Bericht

über die

Verhandlungen der vereinigten Versammlung

des

Stadtmagistrates und der Stadtverordneten

zu Braunschweig

in deren Sitzung am 22. Februar 1906.



Tagesordnung:

Beiswerden über die Anferlegung von Straßenfofen Seite 8.



Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister Ketemeyer, Bürgermeister Meyer und Stadträte von Frankenberg, Seele, Wagner und Lange.

Entschuldigt die Herren Nßmann, Brückmann, Günther, Südel, Koch und Ohlendorf.

Den Vorsitz führt Herr Oberbürgermeister Ketemeyer.

Beschwerden über die Auferlegung von Straßenkosten.

Herr Bürgermeister Meyer (als Referent): In der Sitzung vom 22. Dezember 1905 hat die Versammlung der Stadtverordneten beschlossen, daß die Fußwege des nördlichen Teiles der Bertramstraße besser befestigt werden sollen. (Seite 392 des Berichtes.) Dagegen haben zwei Anlieger Einsprachen erhoben. Zunächst handelt es sich dabei um die Einsprache der Witwe Jahns als der Besitzerin des östlichen Eckgrundstückes der Bertram- und Helmstedterstraße. Frau Jahns führt zur Begründung ihrer Einsprache aus, sie wäre nicht in der Lage, die auf sie entfallenden Kosten zu tragen und außerdem hätten sich die Verhältnisse ihres Grundstückes durch den Ortsbauplan sehr ungünstig gestaltet. Es ist richtig, daß nach dem Ortsbauplane ein verhältnismäßig breiter Streifen des wenig tiefen Grundstückes demnächst zur Straße gelegt werden muß und daß das Restgrundstück dadurch so schmal werden wird, um einen selbständigen Bau darauf gar nicht, oder doch nur unter erschwerenden Verhältnissen ausführen zu können. Diese Verhältnisse drücken schwer auf den Verkaufspreis des Grundstückes, und es ist verständlich, wenn Frau Jahns sich scheut, irgend welche Aufwendungen dafür zu machen. Es liegt jedoch keine Veranlassung vor, dieses als hinreichenden Grund gegen die beschlossene Fußwegbefestigung anzusehen, weshalb ich anheimegebe, diese Einsprache zu verwerfen,

was seitens der Versammlung geschieht.

Herr Bürgermeister Meyer: Etwas anders liegt die Sache bei dem anderen Beschwerdeführer, dem Schneidermeister Jürgens, dessen Grundstück unter A. ass. 3444 auf der Westseite der Straße liegt. Herr Jürgens hat aus dem ausgelegten Projekte gesehen, daß vor seinem Grundstück der Fußweg nicht so breit befestigt werden soll, als auf der gegenüberliegenden Seite und auch auf einem Teile derselben Straßenseite, und schließt daraus, daß man ihn zu den Befestigungskosten nicht so hoch heranziehen könne, wie die übrigen Anlieger, sondern, da sein Grundstück nur einen geringeren Vorteil von der Fußwegverbesserung habe, es auch nur zu den Kosten herangezogen werden könne, die in seinem Bereiche erwachsen. Dieser Standpunkt hat etwas für sich und bedarf der Prüfung auch von der rechtlichen Seite aus. Es ist grundsätzlich festgelegt worden, daß auf die Verhältnisse der Fußwegbefestigung die Bestimmungen für den Ausbau der Straßen Anwendung zu finden haben. Hiernach gilt aber das gesamte Unternehmen eines Straßenausbaues als ein einheitliches Ganze und es dürfen die Kosten nicht derartig unter die Anlieger verteilt werden, daß auszurechnen ist, welchen Betrag die Befestigung vor dem einzelnen Grundstück erfordert hat, sondern es sind die Gesamtkosten auf die Anlieger der Straße nach der Frontlänge ihrer Grundstücke zu verteilen. Diese Bestimmung ist auch hier anzuwenden. Es hätte nichts im

Wege gestanden, die Fußwege nach gesonderten Projekten ausbauen zu lassen, wenn die Verhältnisse dies erforderten. In dem vorliegenden Falle kann der Fußweg vor dem Jürgensschen und einigen benachbarten Grundstücken nicht in voller Breite befestigt werden, weil die betreffenden Gebäude zu weit in die Straßenfluchtlinie hineinragen; trotzdem sind aber die Eigentümer der betreffenden Grundstücke nach dem Kostenanschlage einheitlich zu den Gesamtkosten mit herangezogen worden.

Magistrat und Kommission sind übereinstimmend der Ansicht, daß die Auffassung des Herrn Jürgens nicht die richtige ist, sondern daß auch hier die grundsätzliche Bestimmung des Statuts, einen solchen Ausbau als einheitliches Unternehmen anzusehen, Anwendung finden muß.

Es entsteht nun noch die Frage, ob nicht aus Billigkeitsgründen das Projekt bezw. die Verteilungsberechnung geändert und für jede Straßenseite ein besonderes Projekt aufgestellt werden könnte, denn so weit würde man schwerlich gehen, daß etwa nur für das Jürgenssche Grundstück oder diejenigen Grundstücke, für die ein schmalerer Fußweg in Aussicht genommen ist, ein besonderes Projekt aufgestellt würde, sondern man würde doch höchstens für jede Straßenseite ein Projekt aufstellen. Bei der Aufstellung von nach Straßenseiten getrennten Projekten würde indessen der Unterschiedsbetrag so gering sein, daß aus Billigkeitsrücksichten eine solche Trennung nicht in Frage kommen kann, denn während Jürgens nach dem vorliegenden Projekte 223 M. an Straßenkosten zu tragen hat, würden auf ihn bei Trennung der Projekte nach Straßenseiten etwa 160 M., bei der Berechnung der Kosten vor seinem Grundstück allein aber etwa 126 M. entfallen. Die Differenz ist also nicht so groß, daß sie von ihm nicht getragen werden könnte. Man hat hierbei auch zu berücksichtigen, daß die durch die Fußwegbefestigung zu erzielende größere Bewegungsfreiheit des Verkehrs das Jürgenssche Grundstück genau so mit umfaßt, ob der Fußweg vor demselben dieselbe Breite hat, wie vor den übrigen Grundstücken, oder ob er etwas schmaler ist.

Es wird deshalb die Ablehnung auch dieser Einsprache anheimgegeben.

Herr Hauswaldt: Ich bin darüber anderer Meinung. Das Prinzip, den unglücklichen Anlieger dafür bezahlen zu lassen, daß die Allgemeinheit vor seinem Grundstück trockenen Fußes spazieren gehen kann, weil der Wert des Grundstücks um die vor demselben angebrachte Befestigung wachsen soll, ist durchaus nicht richtig. Will man aber diesen Standpunkt so weit ausdehnen, daß man sagt, wenn vor dem Hause eines Anliegers gar nichts oder nur ein schmaler Streifen befestigt ist, so muß er trotzdem so viel bezahlen, wie die übrigen Anlieger, vor deren Grundstücken eine breite Fußwegbefestigung angebracht ist, so führt das zu Ungeheuerlichkeiten. Nach der Ansicht des Magistrats und der Kommission muß ein Grundstück auch schon dann wertvoller werden, wenn eine Straße um die Ecke

herum befestigt wird. Wo soll das enden? Man kann doch nicht mehr verlangen, als daß ein Anlieger das bezahlt, was der Fußwegbelag vor seinem Grundstücke gekostet hat. Dabei sprechen Billigkeitsgründe keine Rolle, sondern es handelt sich nur darum, daß wir rechtlich nicht mehr verlangen können.

Ich möchte beantragen, der Beschwerde insoweit Folge zu geben, als für jede Straßenseite ein besonderes Projekt aufgestellt wird.

Herr Bürgermeister Meyer: Nach dem von der Versammlung selbst beschlossenen Statut ist das Unternehmen als ein einheitliches zu betrachten, unabhängig davon, ob das einzelne Grundstück nach dem Ausbau der Fußwege einen Vorteil bekommt, oder ob es schon früher durch seine besonders günstige Lage so bevorzugt war, daß ein Vorteil nicht zu erkennen ist. Die rechtliche Seite des Magistratsantrages ist also unantastbar. Es würde demnach nur in Frage kommen, ob aus Billigkeitsgründen das wohlerrungene Projekt wieder umgestoßen werden soll. Der Vergleich des Herrn Hauswaldt mit „um die Ecke herum“ paßt hier nicht, denn der Beschwerdeführer hat Nachbarn, die in gleicher Lage sind. Ich würde Billigkeitsrücksichten walten lassen, wenn die ganze westliche Straßenseite einen schmaleren Fußweg haben sollte, jedoch trifft das nicht zu, da ein gutes Drittel die breitere Befestigung erhält. Dann müßte die westliche Straßenseite noch einmal geteilt werden. Der gesamte Fußgängerverkehr, der sich durch diesen Teil der Vertramstraße zu bewegen hat, wird am Jürgensschen Grundstücke nicht Halt machen und auf die andere Seite hinübergehen, nur weil hier der Fußsteig etwas schmaler ist, sondern er wird auf derselben Seite bleiben, so daß dem Jürgensschen Grundstücke ein gleicher Vorteil zuteil werden wird, wie allen übrigen Grundstücken. Daß das Grundstück keinen Vorteil davon hätte, wird Herr Hauswaldt nicht nachweisen können. Auch bei dem Ausbau einer ganzen Straße sind die Kosten vor den einzelnen Grundstücken nicht gleiche, sondern hier und da ist der Untergrund ungünstiger als an anderen Stellen, aber trotzdem wird von allen Anliegern ein nach der Frontlänge der Grundstücke berechneter gleicher Einheitsbeitrag erhoben.

Vorsitzender: Von Herrn Hauswaldt ist verschiedentlich auf den Billigkeitsstandpunkt hingewiesen worden. Wenn nun auch bei der Abstimmung die Motive des einzelnen Mitgliedes der Versammlung nicht zum Ausdruck kommen, so halte ich es doch für bedenklich, wenn wir uns hier von Billigkeitsgründen leiten lassen. Die gemeinschaftliche Versammlung ist nur berufen, die Rechtsfrage zu erörtern, während sich jemand, der glaubt, es sprächen für ihn Billigkeitsgründe, an die städtischen Behörden zu wenden hat. Wenn die Sache beim Verwaltungsgerichte sollte angefochten werden, so gelten dort auch nur rechtliche aber keine Billigkeitsgründe. Natürlich kann hier keiner gezwungen werden, bei seiner Abstimmung solche Gründe nicht walten zu lassen.

Herr Rathe: Wir haben das Statut, nach dem jeder Anlieger einen gleichmäßigen Einheitsbeitrag zu zahlen hat und müssen uns danach richten; wenn dann ein Anlieger glaubt benachteiligt zu sein, so steht ihm das Recht der Einsprache zur Seite. Die Straße, die den Vorzug genießt, ausgebaut zu werden, hat einen großen Vorteil. Gegen den Ausbau des Büldenweges, der 33 Jahre unausgebaut gelegen hat, hat kein Anlieger opponiert, sondern jeder freute sich, daß er eine gut ausgebauten Straße erhalten sollte. Wegen der Kosten sollte man nicht so engherzig vorgehen, wie Herr Hauswaldt vorgeschlagen hat; ich bitte daher um Annahme des Magistratsantrages.

Herr Lübke: Für die Bemessung der Straßekosten kann man verschiedene Grundsätze aufstellen. Zunächst hat die Ansicht des Herrn Hauswaldt, daß jeder Anlieger das vor seinem Hause liegende Trottoir zu bezahlen habe, sehr viele Anhänger. Man kann aber auch sagen, ein Grundstück ist nach seiner ganzen Frontlänge anteilig zu den Gesamtkosten heranzuziehen, oder es wird nach Maßgabe seiner Grundfläche mit Kosten bedacht. Wenn z. B. ein Grundstück nur 6 m Straßenfront und ein großes Hinterland besitzt, so hat es bei Ausnutzung dieses Hinterlandes einen größeren Nutzen von der Straßenbefestigung, als ein Grundstück ohne solches Hinterland. Welchen dieser Grundsätze man festlegen will, muß durch statutarische Bestimmungen geregelt werden. Für uns ist durch Statut bestimmt, daß die Kosten nach Maßgabe der Straßenlänge zu tragen sind, und das ist ein bestehendes öffentliches Recht, das wir nicht ohne weiteres ändern dürfen und das auch sachlich begründet ist, denn der Anlieger benützt nicht nur das Straßenpflaster vor seinem eigenen Grundstück, sondern auch das der Nachbarn, um zu seinem Grundstück zu kommen. Der Anlieger hat von der Fußwegbefestigung vor den benachbarten Grundstücken unter Umständen sogar einen größeren Vorteil als von der Befestigung vor dem eigenen Grundstück. Wenn wir Billigkeitsrücksichten obwalten lassen und der Anregung des Herrn Hauswaldt folgten, so würden wir uns auf einen höchst schwankenden Rechtsboden begeben. Da wir ein Statut besitzen, das bisher anstandslos in der Praxis gehandhabt worden ist, so haben wir keine Veranlassung, davon abzuweichen; ich möchte daher bitten, dem Vorschlage des Herrn Hauswaldt nicht zu folgen.

Herr Weichsel: Der Standpunkt des Herrn Hauswaldt ist rechtlich unhaltbar, und es ist auch nicht billig, wenn jeder die Kosten tragen soll, die gerade vor seinem Grundstück entstehen, denn das könnte andererseits auch zu großen Härten führen. Es entspricht vielmehr der Billigkeit, daß die entstehenden Gesamtkosten auf die Allgemeinheit verteilt werden. Dabei muß allerdings vorausgesetzt werden, daß der Beschwerdeführer bei einer etwaigen Neubebauung seines Grundstücks ohne nochmalige Zahlung ein Trottoir in derselben Breite erhält, wie die Mehrzahl der Anlieger. (Zustimmung.)

Herr Hauswaldt: Den Vorteil kann ich allerdings nicht nachweisen, den ein Grundstück durch die Befestigung des Fußweges haben soll, weil ich eben keinen Vorteil erblicke. Es ist mir auch gesagt worden, ich möchte wegen der Kosten nicht zu engherzig sein. Das ist sehr schön gedacht, aber ich meine, wer viel hat, bezahlt solche Kosten leicht, anderen wieder fällt es schwer, namentlich wenn es sich um langgestreckte Grundstücke handelt. In dem vorliegenden Falle entspricht es nicht nur der Billigkeit, sondern auch der Gerechtigkeit, daß das Straßenprojekt in zwei Teile zerlegt wird. Wenn der Herr Jürgens nun bei einem Neubau mit seinem Hause zurückgeht, wer bezahlt dann die neue Fußwegbefestigung? (Rufe: Die Stadt!) Wie soll aber die Stadt dazu kommen? Es soll mir doch nicht weiß gemacht werden, daß der Anlieger von dem Plattenbelage vor den Grundstücken der übrigen Anlieger derselben Straße stets Vorteil hat? Welchen Vorteil soll z. B. der Eigentümer des Grundstückes Nr. 1 am Altemwiefringe davon haben, daß vor dem Grundstück Nr. 76 Platten gelegt sind? (Heiterkeit.) Eine richtige Verteilung ist das nicht.

Nachdem ein Schlußantrag angenommen worden ist, wird die Beschwerde des Schneidermeisters Jürgens verworfen
und darauf die öffentliche Sitzung geschlossen.

Dauer von 8 bis gegen 8^{1/2} Uhr.

1905/1906.Nr. 15.

B e r i c h t

über die

Verhandlungen der Stadtverordneten zu Braunschweig

in deren Sitzung am 22. März 1906.



Tagesordnung:

I.	Vertrag mit der Gewerkschaft Kalijalzbergwerk Assie	Seite 533
II.	Instandsetzung der Wendenmaischtwete	" 534
III.	Antrag Kalms: Instandsetzung der Karlstraße	" 535
IV.	Anträge Wiehle, Fricke, Bues, Esdorn: Anbringung neuer Straßenlaternen	" 535
V.	Benutzung einer Straßenfläche zur Aufstellung einer Kaffeehalle.	" 536
VI.	Prüfung der Stadthaushaltsrechnungen für 1903/04	" 538
VII.	Verpachtung der Fischerei in der Oker unterhalb des Petri- und Wenden- torwehres	" 538
VIII.	Feststellung der Markt- und Ladenpreise von Naturalien zc.	" 538
IX.	Zuschuß für das Genesungsheim	" 541
X.	Zuschuß für die Idiotenanstalt Neu-Grferode	" 542
XI.	Zuschuß für die Gartenbauausstellung	" 543
XII.	Vertrag wegen des Urkundenbuches der Stadt Braunschweig	" 544
XIII.	Erwerb eines Grundstücks an der Goslarischenstraße	" 544

XIV.	Erwerb von Grundflächen zum Ausbau der Goslarerstraße.	Seite 545
XV.	Tauschverkehr zwischen dem Herzoglichen, dem vaterländischen und dem städtischen Museum	" 546
XVI.	Hundesteuer-Erlaßgesuche	" 552
XVII.	Verlegung der Friedhofsexpedition etc.	" 553
XVIII.	Antrag Esdorn: Errichtung einer Bedürfnisanstalt am Altstadtmarkt	" 553
XIX.	Gedenkfeier am Herzog Wilhelm-Denkmal.	" 554

Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister Netemeyer, Bürgermeister Meyer und Stadträte von Frankenberg, Seele, Wagner und Lange.
Entschuldigt die Herren Blasius, Lübke und Schmidt.

Der Vorsitzende, Herr Wolff, eröffnet die Sitzung und gibt zunächst folgende Eingänge bekannt:

1. Aus dem Geheimen Zivilkabinett Sr. Majestät des Deutschen Kaisers und Königs von Preußen ist an Magistrat und Versammlung ein Dankschreiben für die anlässlich der silbernen Hochzeit des Kaiserpaars überreichte Glückwunschadresse eingegangen, das zur Einsichtnahme ausgelegt wird. Nach dem Schreiben ist die Adresse auf Befehl Ihrer Majestäten dem Hohenzollernmuseum zur dauernden Aufbewahrung überwiesen worden.

2. Der Stadtverordnete Wiehle hat dem Magistrate und der Versammlung am 17. d. Mts. angezeigt, daß er wegen Fortzugs nach Frankfurt a. O. sein Mandat als Stadtverordneter niederlege.

3. Der Magistrat schreibt unterm 22. Februar etwa wie folgt: Die Versammlung hat am 2. November 1905 beschlossen, einen aus ihrer Mitte gestellten Antrag wegen Einrichtung regelmäßiger wöchentlicher Fettvielmärkte in hiesiger Stadt dem Magistrate zur Erwägung zu überweisen. Auf Vorschlag der Schlachthausdeputation hat der Magistrat mit dem Vorstande des landwirtschaftlichen Zentralvereins des Herzogtums Braunschweig Verhandlungen zwecks gutachtlicher Äußerung darüber, ob und wie die Einrichtung der Fettvielmärkte in hiesiger Stadt möglich ist, gepflogen. Das erbetene Gutachten ist jedoch entsprechend der Äußerung der einzelnen Mitglieder des Zentralausschusses des Vereins in durchaus ablehnendem Sinne ergangen. Auch die Herzogliche Polizeidirektion empfiehlt, bei dem ablehnenden Verhalten eines Teiles der Interessenten einstweilen von einem derartigen Versuche Abstand zu nehmen. Unter diesen Umständen hat der Magistrat sich dahin entschieden, der Einrichtung von regelmäßigen Fettvielmärkten in der Stadt Braunschweig vorläufig noch nicht näher zu treten.

Hierauf wird in die Tagesordnung eingetreten.

I. Vertrag mit der Gewerkschaft Kalisalzbergwerk Assfe.

Die Gewerkschaft Kalisalzbergwerk Assfe zu Wittmar hat um die Erlaubnis nachgesucht, das zur Verdünnung der Abwässer ihrer Chlorkaliumfabrik erforderliche Verdünnungswasser dem bislang in die Schunter abgeleiteten Kondenswasser der Maschinen des städtischen Wasserwerkes entnehmen und zu dem Zwecke eine kleine Pumpanlage auf ihre Kosten an geeigneter Stelle einbauen und mit den Mitteln des Wasserwerkes betreiben zu dürfen, eventuell aber im Falle, daß die Menge des benötigten Kondenswassers nicht ausreichen sollte, einen Wasserzuschuß aus dem städtischen Wasserwerke zu erhalten. Da der Magistrat es im Einverständnis mit der Direktion der Licht- und Wasserwerke für unbedenklich hält, auf diese Anträge einzugehen unter der Voraussetzung, daß der Stadtgemeinde dadurch weder Kosten noch eine Verpflichtung zur Uebernahme irgend welcher Garantien für die Zukunft erwachsen, so ersucht er, der Abschließung eines entsprechenden Vertrages zuzustimmen.

Ramens der Baukommission berichtet hierüber Herr Frühling: Bei der Prüfung des uns vorgelegten Vertrages haben wir darauf besonders Gewicht gelegt, daß für uns aus dem Vertrage keinerlei Verpflichtungen oder Verbindlichkeiten entspringen möchten. Diese Forderung ist im § 6 des Vertrages erfüllt. Ferner haben wir geprüft, ob die vereinbarte Entschädigung für die Wassernutzung im Vertrage von 3000 M. angemessen erscheint. Zur Beantwortung dieser Frage haben wir uns zunächst darüber informiert, ob mit den 3000 M. die der Stadt erwachsenden Kosten gedeckt werden, und haben gefunden, daß die Summe hierzu nicht nur ausreichend ist, sondern daß sogar noch ein kleiner Verdienst übrig bleibt. Die Baukommission empfiehlt daher, der Vorlage zuzustimmen.

Herr Hauswaldt: Ich bin mit der Vorlage im allgemeinen einverstanden und möchte nur wünschen, daß im § 2 des Vertragsentwurfes, wo es heißt: „Dabei wird bemerkt, daß für die Abgabe des reinen Wassers der Bedarf des Kaliwerkes nicht ausschließlich entscheidend sein soll, vielmehr in erster Linie festzustellen ist, ob die Abgabe im Hinblick auf das Wasserwerk selbst, bezw. den Wasserbedarf der Stadt Braunschweig unbedenklich erscheint“, das Wort „ausschließlich“ gestrichen wird. Ich will damit absolut feststellen, daß der Bedarf des Kaliwerkes für die Abgabe des Wassers niemals entscheidend sein soll, sondern daß wir das Wasser nur abgeben, wenn wir es über haben.

Herr Oberbürgermeister Metemeyer: Gegen den Antrag an sich dürfte nicht viel einzuwenden sein, nur widerspricht dann der Wortlaut des Vertrages dem Sinne desselben insofern, als selbstverständlich das Kaliwerk reines Wasser immer nur dann verlangen wird, wenn es dieses nötig hat. So lange genügende Mengen Kondenswasser vorhanden sind, wird das Werk niemals reines Wasser verlangen.

Wenn in dem Vertrage ausdrücklich gesagt worden ist, daß für die Abgabe reinen Wassers in erster Linie maßgebend sein soll, ob die Abgabe im Hinblick auf das Wasserwerk selbst, bezw. den Wasserbedarf der Stadt Braunschweig unbedenklich erscheint, so können uns daraus Unzuträglichkeiten nicht erwachsen. Sollte aber die Versammlung anderer Ansicht sein, so habe ich gegen den Antrag des Herrn Hauswaldt nichts einzuwenden.

Herr Frühling: Mir scheint die Streichung des Wortes „ausschließlich“ nicht richtig zu sein, weil der Bedarf des Kaliwerkes für die Lieferung reinen Wassers mit entscheidend sein soll. Wir wollen doch kein reines Wasser liefern, wenn das Kaliwerk solches nicht gebraucht.

Herr Hauswaldt: Ich kann diese Meinung nicht teilen. Bei dem jetzigen Wortlaute des Vertrages kann eine Differenz mit dem Kaliwerke entstehen, wenn die Kondenswässer nicht ausreichen und das Werk reines Wasser haben will, die Stadt aber solches nicht abgeben kann oder will. Nicht der Bedarf des Werkes soll hierbei entscheidend sein, sondern die Lage des Wasserwerkes.

Herr Wolters: Meiner Meinung nach wird der von Herrn Hauswaldt erstrebte Zweck schon durch den Nachsatz erreicht. Sollten die Herren aber dennoch Zweifel haben, so möchte ich zur Erwägung vorstellen, statt „ausschließlich“ zu sagen „vorwiegend“.

Vorsitzender: Ich glaube, es braucht nichts geändert zu werden. Wenn die Fassung des Vertrages auch nicht ganz glücklich erscheint, so ist sie doch vollständig unbedenklich.

Unter Ablehnung des Antrages Hauswaldt wird darauf die Magistratsvorlage angenommen.

II. Instandsetzung der Wendenmaschtwete.

Eine größere Anzahl Anwohner der Hamburger-, Wendenmasch-, Lampe-, Pestalozzi-, Bammelsburger- und Reichenbergstraße sowie des Wendenringes haben gebeten, für ordnungsmäßige Instandsetzung und Unterhaltung der Wendenmaschtwete sorgen zu wollen. Trotz wiederholter an den Vorstand der Feldmarktsinteressenschaft Hagen gerichteter gleichartiger Ersuchen sei in der Sache so gut wie nichts geschehen.

Nach dem Berichte des Herrn Rathe empfiehlt die Baukommission, über die Eingabe zur Tagesordnung überzugehen und deren Unterzeichner an den Magistrat zu verweisen, da dieser als Aufsichtsbehörde der Häger Gemeinde allein berechtigt ist, dieser Gemeinde gegenüber weitere Anordnungen und Verfügungen in der Sache zu treffen.

Herr Wesemeier: Die Zustände in der Twete sind schon seit Jahren geradezu skandalös. Bisher war ich der Meinung, daß es ein Interessentenweg der Fabriken

sei, jedoch erfahre ich jetzt, daß er der Feldmarksgemeinde Hagen gehört. Ich habe schon einmal die Polizei auf den unwürdigen Zustand des Weges aufmerksam gemacht, der für die vielen ihn passierenden Schulkinder geradezu lebensgefährlich ist; es erfolgte darauf auch eine Ausbesserung des Weges, aber in welcher Weise? Wenn die Mitglieder der Versammlung den Weg einmal in Augenschein nehmen wollten, so würden sie über die dort herrschenden Zustände staunen. Es ist bedauerlich, daß die reiche Häger Gemeinde so wenig für den Weg tut. Man hat dort zur Abgrenzung des Fußweges vom Fahrwege wohl verschiedene Pfähle aufgestellt, jedoch bilden diese im Dunkeln eine Gefahr für die Passanten. Verschiedentlich sind in der Twete abends schon Frauen von jungen Bengels angehalten worden, sodaß sich die Frauen abends nicht mehr durch die Twete zu gehen trauen. Den Magistrat möchte ich daher bitten, wenn die Anwohner mit einer entsprechenden Bitte an ihn herantreten, energisch dafür einzutreten, daß die Häger Gemeinde ihre Pflicht tut.

Dem Kommissionsantrage wird sodann zugestimmt.

III. Antrag K a l m s: Instandsetzung der Karlstraße.

Ueber den in der letzten Sitzung gestellten und begründeten Antrag — Seite 518 des Berichtes —, den Magistrat um baldmöglichste Instandsetzung der Karlstraße zu ersuchen, berichtet namens der Baukommission Herr Fricke: Die Baukommission hat gefunden, daß sich die Straße wirklich in einem nicht gerade schönen Zustande befindet. Sie ist verschiedentlich ausgebessert worden, jedoch nützt das nichts mehr, sondern sie muß neu gepflastert werden. Da die Straße nach dem jetzt befolgten Prinzip nicht chauffiert sondern mit Kleinpflaster belegt werden würde, aber nach dem Etatentwurfe für das nächste Finanzjahr noch nicht an der Reihe ist, so beantragt die Baukommission, folgender Resolution zuzustimmen:

„Die Versammlung erkennt an, daß die Karlstraße der Erneuerung des Pflasters bedürftig ist und gibt anheim, den Magistrat zu ersuchen, in Erwägung zu nehmen, ob nicht an Stelle einiger im Etat vorgesehenen Straßen es sich empfiehlt, die Karlstraße ganz oder teilweise neu zu befestigen.“

Die Kommission war auch der Meinung, daß die kurze Strecke der Bindestraße gleich mit instand gesetzt werden könnte.

Die Versammlung stimmt der Resolution zu.

IV. Anträge Wiehle, Fricke, Bues, Esdorn: Anbringung neuer Straßenlaternen.

Herr Fübeler beantragt namens der Finanzkommission, die in der letzten Sitzung gestellten und begründeten Anträge — Seiten 518 und 519 des Berichtes —

dem Magistrate zur Prüfung zu überweisen, da derartige Anträge erst in der Deputation vorberaten und sodann vom Magistrate der Versammlung vorgelegt werden müßten.

Die Versammlung beschließt demgemäß.

V. Benutzung einer Straßenfläche zur Aufstellung einer Kaffeehalle.

Die Frauengruppe des Bezirksvereins gegen den Mißbrauch geistiger Getränke beabsichtigt, in der hiesigen Stadt eine Halle zu errichten, in der gegen einen billigen Preis warme und kalte Getränke (Kaffee, Kakao, Bouillon, Milch, Selterswasser u. dergl.) abgegeben werden sollen. Der Ausschank alkoholhaltiger Getränke ist ausgeschlossen, ebenso soll verboten werden, daß mitgebrachte alkoholhaltige Getränke in der Halle genossen werden. Als Platz für die Halle ist die Stelle südlich von der Einfahrt auf das Bahnhofsgelände an der Frankfurterstraße ausgewählt worden. Man beabsichtigt, dort einen einfachen Holzbau aufzustellen, der außer der Küche und dem Vorratsraume einen Aufenthaltsraum für die Gäste enthält. Die städtischen Behörden werden gebeten, die Erlaubnis zur Errichtung der Halle auf dem bezeichneten städtischen Terrain zu erteilen und einen Mietpreis nicht zu erheben. Magistratsseitig wird anheimgegeben, widerruflich der Erteilung der Erlaubnis zur Benutzung des betreffenden Straßengebietes für die Aufstellung einer solchen Kaffeehalle zuzustimmen.

Herr Wolters (namens der Baukommission): Es handelt sich hier um das Gesuch einer Dame, bei dem allein schon die zarte Rücksicht der Galanterie maßgebend gewesen ist, einen Korb nicht zu erteilen. (Heiterkeit.) Da es sich außerdem um eine ganz harmlose Sache handelt, mit der Gefahren nicht verbunden sind, auch dabei ein Stoff in Frage kommt, der von vornherein nicht nur der Rücksicht, sondern auch des Wohlwollens der Männer sicher sein kann, nämlich die Verabreichung von Getränken, allerdings nicht im landläufigen Sinne, so ist die Kommission zu einem zustimmenden Ergebnisse gekommen. (Heiterkeit.) Die Halle soll eine Tiefe von $4\frac{1}{2}$ m, eine Länge von $7\frac{1}{2}$ m und eine Höhe von 3 bis 4 m erhalten. Die Baukommission empfiehlt, dem Antrage zuzustimmen jedoch mit dem Vorbehalte, daß die Halle den Vorschriften des Ortsbaustatuts in jeder Beziehung entspricht.

Herr Kalms: Ich möchte fragen, ob der Verein für die Ueberlassung des Platzes ein Pachtgeld zu zahlen hat. (Nein!) Wenn das Eigentum der Stadt zu solchem Zwecke unentgeltlich hergegeben werden soll, so würden sich eine ganze Menge Einwohner finden, die derartige Hallen errichten. Auch ich selbst wäre gern bereit, solche Kaffee- und Kakaohallen einzurichten, wenn die Stadt die Plätze unentgeltlich zur Verfügung stellen wollte, denn damit läßt sich noch ein ganz gutes

Geschäft machen. Ich hatte erwartet, daß unter allen Umständen eine Pacht für den Platz erhoben würde.

Herr Stadtrat von Frankenberg: Die Hoffnung des Herrn Ralms, daß die Sache Geld einbringen soll, kann ich allerdings nicht erfüllen. Da es sich hier nicht um ein gewerbliches, sondern um ein gemeinnütziges Unternehmen handelt, so werden die Herren der Ansicht des Magistrates zustimmen, daß wir keine Ursache haben, bei dieser Gelegenheit allzu ängstlich auf das Wohl unseres Stadtfäckels zu sehen. Was die Ausführungen des Herrn Berichterstatters betrifft, so zweifle ich nicht, daß der Verein bereit sein wird, die haupolizeilichen Vorschriften des Ortsbaustatuts in Verbindung mit der Bauordnung zu erfüllen.

Herr Wesemeier: Ich bin auch der Meinung, daß es ein Unterschied ist, ob ein Restaurateur eine solche Halle errichtet, um dabei zu verdienen, oder ob eine gemeinnützige Gesellschaft nur im Interesse der Allgemeinheit zur Errichtung einer Kaffeehalle schreitet. Im letzteren Falle können wir ruhig von dem Standpunkte ausgehen, keine Miete für den betreffenden Platz zu verlangen.

Herr Jasper: Ich möchte fragen, ob das Recht der unentgeltlichen Benutzung des Platzes nur widerruflich gewährt werden soll, da ich der Stadt dieses Recht vorbehalten möchte. Es wäre ja möglich, daß die Vereinigung ein Gebäude auf einen städtischen Platz stellte, das den Anforderungen in ästhetischer Beziehung nicht genüge und dessen Abbruch daher verlangt werden müßte.

Herr Wolters: Städtisches Terrain darf gar nicht mit Gebäuden besetzt werden, ohne daß der Widerruf vorbehalten bleibt.

Herr Meyerhoff: Um allen Zweifeln in dieser Beziehung zu begegnen, möchte ich anregen, eine kleine Rekognitionsgebühr zu erheben.

Herr Wolters: Es ist im Ortsbaustatut vorgeschrieben, in welchem Falle die Baugenehmigung auf Widerruf erteilt werden muß, was vollständig genügt.

Herr Jasper: Ist es mit in die Bedingungen aufgenommen, wer die Kosten des Abbruchs zu tragen hat, damit hierüber keine Weiterungen entstehen?

Herr Wolters: Auch das ist nicht nötig, weil es in allen Fällen, wo die widerrufliche Genehmigung erteilt wird, selbstverständlich ist.

Herr Stadtrat von Frankenberg: Es würde nicht ganz überflüssig und auch zweckmäßig sein, wenn man dem Vereine mitteilte, daß er die Kosten des etwaigen Abbruchs des Bauwerkes zu tragen habe.

Die Vorlage wird darauf angenommen mit dem Wunsche der Versammlung, der Magistrat möchte dem Vereine eröffnen, daß die Genehmigung des Baues nur auf Widerruf erfolge und eventuell die Beseitigung des Bauwerkes durch den Verein zu geschehen habe, auch die haupolizeilichen Vorschriften zu befolgen seien.

VI. Prüfung der Stadthaushaltsrechnungen für 1903/04.

Herr Jasper: Ich habe zwecks Prüfung der über die Verwaltung des städtischen Haushalts geführten Rechnungen für das Jahr 1903/04 eine Anzahl Stichproben gemacht und dabei Unrichtigkeiten nicht gefunden, so daß ich anheimgeben kann, die Rechnungen als richtig anzuerkennen, was seitens der Versammlung geschieht.

VII. Verpachtung der Fischerei in der Oker unterhalb des Petri- und Wendentorwehres.

Der Direktor der Zuckerfabrik Sichtal, Herr Schneider, hat gebeten, der von ihm vertretenen Fabrik die Fischerei der Oker unterhalb des Petri- und Wendentorwehres bis zum Münzberge für die Zeit vom 1. April 1906 bis 31. März 1912 zu einem Jahrespreise von 300 M weiter zu verpachten. Der bisherige Pachtpreis hat 400 M betragen. Der Magistrat gibt anheim, dem Antrage zuzustimmen und von einer öffentlichen Ausschreibung der Verpachtung abzusehen,

was geschieht, nachdem Herr Esdorn die Vorlage namens der Finanzkommission zur Annahme befürwortet hatte.

VIII. Feststellung der Markt- und Ladenpreise von Naturalien u.

Durch eine Verfügung des Herzoglichen Staatsministeriums vom 3. November 1893 ist der Magistrat angewiesen, bei der Aufzeichnung und Feststellung der Markt- und Ladenpreise von Naturalien u. dergl. mitzuwirken. Die Ermittlung und Aufzeichnung der betreffenden höchsten und niedrigsten Preise erfolgt durch den Marktmeister auf dem Markte und auf der Getreidebörse. Die endgültige Feststellung der Preise hat für größere Märkte durch Marktkommissionen zu erfolgen, die durch den Vorstand der Gemeinde zu bilden sind. Diese Kommissionen sind den örtlichen Verhältnissen entsprechend in der Weise zusammenzusetzen, daß den Interessen der Konsumenten und Produzenten möglichst gleichmäßig Rechnung getragen wird. Der Marktkommission liegt es ob, die auf die einzelnen Markttage bezüglichen Eintragungen der Marktbeamten zu prüfen und nach gewissenhaftem Ermessen zu berichtigen. Betreffs der Ladenpreise ist ein ähnliches Verfahren vorgeschrieben, doch findet die Preisaufzeichnung nur einmal im Monat statt.

Der Magistrat hat solche Marktkommission wohl gebildet, jedoch deren Einberufung nur einmal im Monate vorgenommen und die monatlichen Feststellungen der Herzoglichen Polizeidirektion in Abschrift mitgeteilt. Um dem Wunsche des hiesigen Proviantamtes nach baldiger Benachrichtigung über die insbesondere im Getreidehandel geltenden Preise entgegenzukommen, hat der Magistrat indessen allwöchentlich zweimal Bescheinigungen darüber ausgestellt, wie sich nach den Ermitt-

lungen des Marktmeisters an den üblichen beiden Markttagen jeder Woche die Getreidepreise gestaltet hatten, indem er sich die Entscheidung der Marktkommission vorbehielt.

Inzwischen hat nun das Herzogliche Staatsministerium erklärt, es könne kein Zweifel darüber obwalten, daß an jedem einzelnen Markttag eine endgültige Feststellung der Naturalien-Marktpreise zu geschehen habe. Das bisher hier geübte Verfahren entspreche daher nicht den Bestimmungen, und der Magistrat sei verpflichtet, dem Proviantamte über jeden einzelnen Markttag endgültige amtliche Preisbescheinigungen zukommen zu lassen. Der Magistrat ist im Zweifel darüber, wie es ihm in Zukunft möglich sein soll, dieser Anweisung entsprechend die Preisfeststellung erfolgen zu lassen. Die Mitglieder der Marktkommission haben sich dahin ausgesprochen, daß sie mit Rücksicht auf ihre sonstige Inanspruchnahme außerstande sein würden, sich allwöchentlich zweimal zu den Kommissionsitzungen einzufinden. Selbst wenn man aber versuchen wollte, einen Zwang gegen sie auszuüben, so würde dieser Versuch wohl daran scheitern, daß die Kommissionsmitglieder ihr Ehrenamt nicht auf Grund des § 27 der Stadtordnung ausüben, sondern daß es sich um eine vom Staate der Stadt übertragene Aufgabe handelt. Kann man also billigerweise von den Mitgliedern der Marktkommission ein so häufiges Erscheinen nicht verlangen, so trägt der Magistrat auf der anderen Seite Bedenken, die Marktkommission ganz wegfällen zu lassen, weil sie immerhin eine gewisse Ueberwachung der Feststellungen ausübt und durch ihre Sachkunde der Stadt wertvoll ist.

Es würde dem Magistrate erwünscht sein, zu erfahren, ob die Versammlung vielleicht imstande ist, einen Ausweg aus den dargelegten Schwierigkeiten anzugeben; die Versammlung wird daher ersucht, sich über die vorstehende Angelegenheit und über die zweckmäßigste Art der Feststellung der Markt- und Ladenpreise für Naturalien zc. in hiesiger Stadt gutachtlich zu äußern.

Herr Bues: Die Statutentkommission hat die Vorlage geprüft und ist sich schlüssig geworden, der Versammlung die Annahme folgender Resolution zu empfehlen:

„Die Versammlung stimmt dem Magistrate darin bei,

- 1) daß ein gesetzlicher Zwang zur Ausübung der fraglichen Kommissions-tätigkeit zurzeit nicht statthaft ist,
- 2) daß ohne solchen Zwang die Tätigkeit der Kommission nicht durchführbar ist.“

Herr Brückmann: Meiner Ansicht nach ist die Versammlung kaum imstande, eine solche gutachtliche Äußerung abzugeben, während mir die Handelskammer die dazu berufene Stelle zu sein scheint; ich wundere mich deshalb, daß diese Behörde dabei nicht in Anspruch genommen worden ist.

Vorsitzender: Darüber, wer diese Sache am besten zu beurteilen hat, haben wir nicht zu befinden; wir müssen uns äußern.

Herr Fadel: Diese Feststellung der Preise ist außerordentlich schwierig schon wegen der Verschiedenheit der Waren und Preise, sodaß ein genaues Ergebnis überhaupt nicht zu erwarten ist. Die einzige Möglichkeit, ein brauchbares Resultat zu erhalten, geht dahin, daß der Magistrat sich mit der hier bestehenden Vereinigung für Getreide- und Produktenhandel und mit dem Handelsvereine in Verbindung setze und die ihm von dort aus mitgetheilten Preise einem Kommissionsmitgliede zur Prüfung überweise.

Herr Stadtrat von Frankenberg: Der sehr schätzenswerten Anregung des Herrn Vorredners hat der Magistrat bislang schon entsprochen, indem der Marktmeister sich in der Getreidebörse und bei Detailhändlern einfindet und die dort gezahlten Preise notiert. Es fehlt dem Magistrate eben an der Möglichkeit, die Kommission zweimal wöchentlich im Rathause zu versammeln, weil er der Meinung ist, daß solche Behelligung der Kommission nicht zugemutet werden kann.

Herr Jasper: Daß die Feststellung der Marktpreise schwierig sein kann, gebe ich zu, und ich glaube auch, daß die bisherige Art der Feststellung zu einem guten Resultate nicht geführt hat, wenn sonst die mir aus den Kreisen der Getreidehändler mitgetheilten Klagen auf Wahrheit beruhen, daß die Feststellungen des Marktmeisters sehr oberflächlicher Art gewesen sind und häufig nur auf einem Verkaufe beruhten. Es wäre deshalb jetzt die beste Gelegenheit, in Erwägung darüber einzutreten, wie fortan ein möglichst sicheres Resultat hinsichtlich der Marktpreise erzielt werden kann, denn ich glaube nicht, daß das von der Statutenkommission vorgeschlagene Gutachten den Magistrat dem Ziele näher bringen wird. In dem Gutachten ist z. B. gar nichts darüber gesagt worden, wie sich der Magistrat dem Gesetze zweckmäßig anpassen soll. Ich möchte deshalb befürworten, daß die Sache heute ausgesetzt wird.

Vorsitzender: Wir wollen nur aussprechen, daß die jetzigen Gesetze nicht die genügende Handhabe bieten, unsere Mitbürger zu zwingen, der Kommission beizutreten und daß ohne solchen Zwang sich niemand dazu bereit finden wird.

Herr Ahmann: Jeder wird es für richtig finden, daß die Marktpreise gut und sicher festgesetzt werden, und wir sind der Ueberzeugung, daß es bei dem bisherigen Verfahren vielfach hapert. Wir haben die Frage in der Kommission eingehend erörtert und uns darüber unterhalten, wie die Sachlage gebessert werden kann. Die Regierung hat das Verlangen an die Stadtverwaltung gestellt, die Markt- und Ladenpreise wöchentlich zweimal festzustellen, damit das Proviantamt danach seine Einkäufe machen kann. Letzteres will auch die Stadt dafür verantwortlich machen können, wenn ihm unzutreffende Mitteilungen gemacht worden sind. Wenn die Stadt sich zu solcher Feststellung und Berichterstattung

verpflichten soll, so haben wir zu prüfen, ob es möglich ist, das durchzuführen. Wir besitzen, wie schon angeführt, keinen gesetzlichen Zwang, die Feststellungen so vorzunehmen, daß die Stadt die Verantwortung dafür übernehmen kann. Ebenso wie aber heutzutage sich die Geschäftsleute recht und schlecht durcharbeiten müssen, um den an sie zu stellenden Anforderungen gerecht zu werden, mag auch der Staat zusehen, daß er sich mit den gesetzlichen Bestimmungen abfindet. Wenn der Staat sich dabei an der Gemeinde schadlos halten will, so dürfte das zu weit gehen. Wäre es irgend möglich, der Forderung des Staates zu entsprechen, so würde ich gern zustimmen, aber dem, was hier vom Staate verlangt wird, können wir unmöglich entsprechen. Sofern die Stadt große Aufwendungen dieserhalb machen und die Kommission zweimal wöchentlich einberufen soll, so würde das eine Last für die Stadt sein, die sie im Interesse des Staates unmöglich übernehmen kann. Der Staat würde selbst das viel eher machen können als die Stadt. Wenn aber die Kommissionsmitglieder für ihre Mühewaltung bezahlt würden und natürlich der Staat die Kosten trüge, so würden sich schon Kräfte genug für die Kommission finden.

Herr Büdel: Ich möchte nur noch feststellen, daß meiner Ansicht nach die Versammlung ihre Zustimmung nicht dazu geben würde, daß unseren Mitgliedern ein Zwang auferlegt würde, einer derartigen Kommission beitreten zu müssen.

Vorsitzender: Dann tun wir also doch gut, uns auf die Negative zu beschränken. Wer ist für die Annahme der von der Statutenkommission vorgeschlagenen Resolution? Die Resolution ist angenommen.

IX. Zuschuß für das Genesungsheim.

Der Verband Braunschweiger Orts-, Betriebs- und Innungs-Krankenkassen hat bekanntlich ein Genesungsheim für Kassenmitglieder im Lechelnholze eingerichtet. Die Kosten des Erwerbes und der Einrichtung des Heims sind dadurch aufgebracht worden, daß die Landesversicherungsanstalt 88 000 M zu mäßigem Zinsfuße gegen Hypothek vorgeliehen hat, daß von privater Seite 35 000 M hergegeben und etwa 18 000 M aus den Vermögensbeständen der beteiligten Krankenkassen überwiesen wurden. Die laufenden Unterhaltungskosten sollen in der Weise beschafft werden, daß für jeden in das Heim aufgenommenen Rekonvaleszenten ein bestimmter Verpflegungssatz — zurzeit 2,50 M täglich — erhoben wird, daß außerdem von den Kassenmitgliedern geringe freiwillige Beiträge — 5 M monatlich — geleistet und die etwa noch fehlenden Mittel auf die einzelnen Kassen umgelegt werden.

Auf Anregung des Verbandes ersucht der Magistrat um die Ermächtigung, vom Jahre 1906/07 ab aus der Kasse für Wohlfahrts-Einrichtungen zu Beginn jedes Jahres 500 M an den Verband zu zahlen. Zur Begründung des Antrages wird darauf hingewiesen, daß nicht nur Hunderte von städtischen Bediensteten

gegebenenfalls Anspruch auf unentgeltliche Verpflegung im Genesungsheim haben, sondern daß die Stadt auch berechtigt sein soll, anderen Personen auf stadtseitige Kosten Aufnahme in das Heim zu verschaffen, soweit dort Platz vorhanden ist. In diesem Falle würde nur der für Kassenmitglieder geltende Satz zu zahlen sein, während im allgemeinen für Nichtkassenmitglieder höhere Sätze berechnet werden.

Der Vorlage wird auf Empfehlung des Herrn Wolters, der für die Finanzkommission berichtet, zugestimmt.

X. Zuschuß für die Idiotenanstalt Neu-Grerode.

Der Vorstand der Idiotenanstalt Neu-Grerode hat gebeten, aus städtischen Mitteln einen Zuschuß zu den Kosten der Anlage und Unterhaltung eines Gehölzes in der Nähe des Anstaltsgebäudes zu bewilligen. Mit Rücksicht darauf, daß gegenwärtig 86 Pfleglinge aus der Stadt Braunschweig — ein Fünftel der Gesamtzahl — dort untergebracht sind und daß das Fehlen eines schattenspendenden Wäldchens bei solchen Anstalten sich besonders empfindlich fühlbar macht, ist der Magistrat der Meinung, daß das Streben des Vorstandes nach Schaffung einer solchen Anlage Förderung und Unterstützung verdient. Diese Auffassung wird in weiten Kreisen des Herzogtums geteilt, wie der gute Erfolg der eingeleiteten Sammlung erkennen läßt. Einseitigen wird die Aufforstung von etwa 8 bis 10 Morgen beabsichtigt und die Kosten dafür werden sich auf etwa 15 000 M belaufen.

Die Versammlung wird ersucht, sich damit einverstanden zu erklären, daß dem Vorstände der Idiotenanstalt Neu-Grerode für die Anlage und Unterhaltung eines Anstaltsgehölzes aus der Kasse für Wohlfahrtseinrichtungen einmalig der Betrag von 1500 M und vom 1. April 1906 ab fortlaufend, aber widerruflich der Betrag von jährlich 100 M zur Verfügung gestellt werde.

Herr Jasper: Die Finanzkommission steht dem Gedanken sehr sympathisch gegenüber und billigt auch die Gründe des Magistrates, daß eine besondere Verpflegung der Stadt um deswillen bestehe, weil etwa ein Fünftel der Pfleglinge aus der Stadt Braunschweig stammen, weshalb die Kommission befürwortet, der Bewilligung eines einmaligen Zuschusses zuzustimmen. Dem ferneren Antrage des Magistrates auf Bewilligung eines laufenden Zuschusses von jährlich 100 M kann sie dagegen nicht beitreten, einmal weil die Kosten der Neuanlage des Holzes schon nahezu gedeckt sind und weil außerdem diese Gewährung über den Antrag der Anstalt selbst hinausgehen würde. Wenn indessen sich wieder einmal eine Gelegenheit bieten sollte, der Anstalt durch einen Zuschuß für besondere Zwecke zu Hilfe zu kommen, so kann es der Entscheidung der Versammlung vorbehalten bleiben, noch einmal helfend einzugreifen.

Herr Esdorn: Mit Rücksicht darauf, daß der laufende Zuschuß von jährlich 100 M voraussichtlich abgelehnt werden wird, möchte ich beantragen, den einmaligen Zuschuß auf 2500 M zu erhöhen, damit wir wenigstens eine Summe bewilligen, die im Verhältnis zu den Bewilligungen anderer Städte des Herzogtums steht. Wenn z. B. Wolfenbüttel für den Zweck 500 M hergibt, so müssen wir wenigstens 2500 M bewilligen, zumal unsere Kasse für Wohlfahrtseinrichtungen durch die Erhöhung der Hundesteuer sich in günstigen Verhältnissen befindet.

Herr Stadtrat von Frankenberg: Was den Antrag des Herrn Esdorn betrifft, so stelle ich ihn der Entscheidung der Versammlung anheim. Auf die Genehmigung des Antrages, der Ibiotenanstalt noch einen laufenden Zuschuß zu bewilligen, wird der Magistrat kein großes Gewicht legen, weil aus der Erklärung der Finanzkommission zu entnehmen ist, daß die Versammlung geneigt sein wird, etwaigen späteren Anträgen auf Bewilligung weiterer Zuschüsse wohlwollend gegenüberzutreten. (Zustimmung.) Es liegt auch in dem von der Anstalt beabsichtigten Unternehmen so viel, das Sympathie erwecken kann, daß uns die Herren bei etwaigen weiteren Forderungen nicht im Stich lassen werden.

Herr Hauswaldt: Es ist ja sehr schön, mit öffentlichen Geldern wohlthätig zu sein, aber ich möchte doch bitten, es bei der einmaligen Bewilligung von 1500 M zu belassen. Die Anstalt wollte zur Anlegung des Holzes 15000 bis 16000 M haben, eine Summe, die heute schon zusammen oder doch gesichert ist; weshalb sollen wir nun aber, weil einer unserer Kollegen ein besonders gutes Herz hat, 1000 M mehr geben, als der Magistrat vorschlägt? Ich bin gern bereit, wenn später noch einmal ein Antrag auf Geldebewilligung für die Anstalt an uns herantreten sollte, dafür einzutreten.

Nach Ablehnung des Magistratsantrages auf Bewilligung eines laufenden Zuschusses von jährlich 100 M und des Antrages Esdorn auf Bewilligung eines einmaligen Zuschusses von 2500 M wird dem ersten Magistratsantrage gemäß ein einmaliger Zuschuß von 1500 M bewilligt.

XI. Zuschuß für die Gartenbauausstellung.

Die Sektion für Gartenbau des landwirtschaftlichen Zentralvereins des Herzogtums Braunschweig und die Ortsgruppe Braunschweig des Verbandes der Handelsgärtner Deutschlands beabsichtigen in den Tagen vom 12. bis 14. Oktober d. Js. hier eine Gartenbauausstellung zu veranstalten und ersuchen, zur Schaffung von Preisen einen Geldbeitrag zu bewilligen. Der Magistrat beantragt, zu Lasten der Kasse für Wohlfahrtseinrichtungen zwecks Beschaffung solcher Preise einen Zuschuß in Höhe von 300 M zu gewähren,

was geschieht, nachdem Herr Esdorn die Genehmigung namens der Finanzkommission empfohlen hatte.

XII. Vertrag wegen des Urkundenbuches der Stadt Braunschweig.

Nachdem die Vorarbeiten für den IV. Band des Urkundenbuches der Stadt Braunschweig durch den Stadtarchivar Dr. Mack soweit gefördert sind, daß mit der Drucklegung begonnen werden kann, ist mit der Firma E. Appelhaus & Co. ein Vertrag abgeschlossen worden, der dem mit der Firma E. A. Schweichke & Sohn getroffenen früheren Abkommen ähnelt und eigentlich nur insofern zu Bemerkungen Anlaß gibt, als darin an dem von der letztgenannten Firma als zu niedrig bemängelten Herstellungspreise von 60 M für den Bogen Text und 75 M für den Bogen Register festgehalten ist. Mit dem Bemerken, daß zur Deckung der aus der Drucklegung im Jahre 1906/07 erwachsenden Kosten durch den nächstjährigen Etat 1800 M angefordert sind, ersucht der Magistrat, dem Vertrage zuzustimmen. Die Auflage des Buches soll 300 Exemplare betragen, auch soll der Ladenpreis des Werkes sich auf 40 M pro Bogen stellen. Bis zu 100 Exemplaren sind dem Magistrat kostenlos zu liefern.

Die Statutenkommission gibt nach dem Berichte des Herrn Weichsel anheim, den Vertrag zu genehmigen und bemerkt auf entsprechende Anfrage, daß der für den ganzen Band aufzuwendende Betrag nicht angegeben werden könne.

Herr Bürgermeister Meyer: Ueber den Preis der ganzen Auflage des Bandes IV kann ich insofern einige Mitteilungen machen, als sich annehmen läßt, daß er etwa 100 Bogen stark werden wird und demnach 6000 bis 7000 M Kosten entstehen werden.

Herr Lord: Um Irrtümern vorzubeugen, will ich bemerken, daß durch den neuen Vertrag nicht etwa ein Wechsel in der Person des Druckers eintreten wird, da beide Firmen identisch sind.

Die Magistratsvorlage wird darauf genehmigt.

XIII. Erwerb eines Grundstücks an der Goslarischenstraße.

Zum Ausbau der Goslarischenstraße sind von dem Grundstücke der Erben des Stadtgerichtsdieners Hinz 1,53 a erforderlich. Im Laufe der Verhandlungen über den stadtfeinigen Erwerb des Terrains ist dem Magistrat das ganze Grundstück zum Preise von 10 M für 1 qm angeboten worden. Da das zu 15,94 a vermessene Grundstück bis auf einen verschwindend kleinen Teil (1,92 a) durch projektierte Straßen- und Anlagen absorbiert wird und deshalb über kurz oder lang von der Stadt doch erworben werden muß, so ist der Magistrat auf die ihm angemessenen Offerte eingegangen.

Dem Ersuchen des Magistrates, dem Ankauf des Grundstücks zuzustimmen, entspricht die Versammlung auf Befürwortung der Baukommission, für die Herr Wolters berichtet.

XIV. Erwerb von Grundflächen zum Ausbau der Goslarischenstraße.

Das bereits genehmigte Projekt über den Ausbau der Goslarischenstraße auf der Strecke zwischen Chemnitz- und Hildesheimerstraße sieht den stadtseitigen Erwerb zwölf verschiedener Flächen im Gesamtumfange von 5,50 a vor, von denen der Magistrat 5,49 a zum Einheitspreise von 12 M pro qm angekauft hat, während die dem Gärtner Aug. Bode gehörende 1 qm große Fläche gegen eine gleich große Fläche entbehrlich werdenden Straßenterrains eingetauscht werden soll. Eine dem Gärtner Wrede außerdem zuzubilligende Entschädigung für Wertminderung des Restgrundstücks ist auf den Betrag von 650 M festgesetzt worden.

Die freierwerbenden Flächen ehemaligen Straßenterrains zu dem gleichen Einheitspreise zu verkaufen, ist dem Magistrate nicht gelungen. Gleichwohl hat er sich nicht entschließen können, von dem Verkaufe abzugehen, sondern hat sich dahin entschieden, die betreffenden sechs Flächen im Gesamtumfange von 74 qm zum Einheitspreise von 6 M fortzugeben.

Die Versammlung wird ersucht, diese An- und Verkäufe sowie den vorgenommenen Flächenaustausch zu genehmigen, was geschieht.

Eine im Eigentume der in Liquidation befindlichen Firma Lindemann Nachf. stehende 1,87 a große Fläche freihändig zu erwerben, ist dem Magistrate trotz Unterstützung des Liquidators nicht möglich gewesen, weil die Zustimmung eines auswärtigen Gesellschafters nicht hat erlangt werden können. Es wird daher ferner gebeten, sich damit einverstanden zu erklären, daß wegen dieser Fläche das Enteignungsverfahren eingeleitet werde.

Bezüglich der der Petrikirche und dem Herzoglichen Waisenhaus gehörigen drei 1,31 a großen Flächen hat sich der Magistrat ebenfalls auf den Einheitspreis von 12 M verständigt, weshalb weiter beantragt wird, auch diese Flächen zu dem Preise zu erwerben.

Namens der Baukommission empfiehlt Herr Wolters, der Vorlage in allen Punkten zuzustimmen.

Herr Sander: Ich möchte anregen, daß den Anliegern für die stadtseitig erworbenen Flächen der bei der Expropriation der Lindemannschen Grundfläche etwa festgesetzte höhere Einheitspreis ebenfalls bewilligt werden möchte, wie das bei anderen Gelegenheiten auch geschehen ist. Die Anlieger würden sonst zu sehr geschädigt werden und würden auch eine Ungerechtigkeit darin erblicken, wenn für die eine Fläche ein höherer Preis gezahlt werden sollte.

Vorsitzender: Da der Ankauf der betr. Flächen zum Einheitspreise von 12 M von der Versammlung schon genehmigt worden ist, so kann darauf nicht mehr zurückgegriffen werden.

Herr Sander: Dann möchte ich bitten, das in die wohlwollende Erwägung des Magistrates zu stellen, weil die betr. Anlieger den höheren Preis doch mit zu tragen haben würden.

Herr Bürgermeister Meyer: Ich würde es für sehr bedenklich halten, auf den Antrag einzugehen. Nachdem es der Stadt durch Vertrag möglich geworden ist, die betreffenden Parzellen zu einem Einheitspreise von 12 M. anzukaufen, kann sie nicht einseitig von dem Vertrage abweichen und einen höheren Preis zahlen, weil hierdurch die Interessen dritter Anlieger erheblich geschädigt werden würden und diese der Stadt daraus mit Recht einen Vorwurf machen könnten.

Vorsitzender: Die Klausel lautet auch sonst so, daß entweder der höhere oder der niedrigere in der Enteignung zu zahlende Preis gezahlt werden soll, worauf sich aber mancher Verkäufer nicht einlassen will.

Nachdem Herr Sander seinen Antrag zurückgezogen hatte, wird die Magistratsvorlage in getrennter Abstimmung über die einzelnen Punkte angenommen.

Nach Erledigung des Punktes XIV der Tagesordnung nimmt der Herr Vorsitzende das Wort zur Abgabe folgender Erklärung: Auf die Anregung eines verehrten Kollegen muß ich anerkennen, wenn eine getrennte Abstimmung über die einzelnen Punkte einer Vorlage beliebt wird und etwa bei dem Schlüsselpunkte sich ein gewisser Zusammenhang mit einem vorhergehenden Punkte ergibt, daß auf diesen Punkt zurückgegriffen werden darf. Ich muß daher mein Verhalten Herrn Sander gegenüber als unrichtig bezeichnen. Sollte ein entsprechender Antrag nicht gestellt werden, so nehme ich an, daß eine nochmalige Abstimmung über den ersten Punkt der Vorlage nicht gewünscht wird.

XV. Tauschverkehr zwischen dem Herzoglichen, dem vaterländischen und dem städtischen Museum.

Das städtische und das Herzogliche Museum haben sich zum Schaden ihrer Sammlungen auf verschiedenen Gebieten bislang Konkurrenz gemacht. Die Leiter der Institute haben deshalb eine Abgrenzung der Sammelgebiete in Anregung gebracht und gleichzeitig vorgeschlagen, auf der danach gewonnenen Grundlage einen Austausch von Kunstgegenständen unter Vorbehalt des Eigentums und jederzeitigen Widerrufs derartig vorzunehmen, daß das schon jetzt in einer bestimmten Abteilung am besten ausgestattete Museum zur weiteren Vervollständigung seiner Schätze die in der gleichen Abteilung des anderen Museums befindlichen Gegenstände sei es ganz oder zum Teil überwiesen erhält, und daß dasselbe für diese Gruppe künftig wenn nicht allein, so doch mit einer gewissen Vorherrschaft sammelt. Dieser Gedanke ist gesund und wert, in die Tat umgesetzt zu werden. Seine Durchführung hat zur Folge, daß die in Frage kommenden einzelnen Abteilungen der Museen eine größere Vollständigkeit aufweisen werden und dadurch dem Be-

sucher und Kunstliebhaber eine unter Umständen weit wertvollere Uebersicht über die Entwicklung und Blüte einer bestimmten Kunst gewähren können, als das bei der bisherigen Zerrissenheit möglich war. Für die städtische Anstalt hat ein entsprechendes Vorgehen allerdings die vielleicht noch größere Bedeutung, daß sie sich bei der vorhandenen Prävalenz des Herzoglichen Museums auf kunsthistorischem Gebiete mehr und mehr zu einer kunstgewerblichen Sammlung entwickeln wird, was indessen besonders im Hinblick auf die städtische Gewerbeschule und den gewerblichen Teil der Einwohner als ein Nachteil nicht wohl wird angesehen werden können.

Daß bei dem Austausch das Eigentumsrecht an den Sachen vorbehalten bleiben soll, ist bezüglich des städtischen Museums um deswillen notwendig, weil nicht ausgeschlossen erscheint, daß auch solche Gegenstände zum Tausch gelangen, die durch Schenkung in den Besitz der Stadt gekommen sind und deshalb nicht wohl veräußert werden dürfen. Ebenso dürfte nichts dagegen einzuwenden sein, daß zur weiteren Sicherung der vorhandenen Rechte der Widerruf gegenseitig vorbehalten wird. Um nicht den Austausch unnötig zu erschweren, ist weiter in Aussicht genommen, hinsichtlich der überwiesenen Gegenstände beiderseits nur die Haftung für diejenige Sorgfalt zu fordern resp. zu übernehmen, welche die betreffende Anstalt in eigenen Angelegenheiten anzuwenden pflegt.

Nachdem seitens des Herzoglichen Museums mit Höchsten Orts erteilter Genehmigung die grundsätzliche Zustimmung Herzoglichen Staatsministeriums zu einem entsprechenden Abkommen erteilt und für das städtische Museum dessen Abschluß durch die Museumsdeputation empfohlen worden ist, wird die Versammlung ersucht, sich damit einverstanden zu erklären, daß auf der bezüglichen Grundlage ein Tauschverkehr zwischen dem städtischen und dem Herzoglichen Museum eröffnet werde.

Im Falle der Zustimmung wird gleichzeitig ersucht, den Magistrat vorbehaltlich endgültiger Genehmigung des Abkommens durch Herzogliches Staatsministerium zu ermächtigen, den Austausch der in zwei Verzeichnissen aufgeführten und eventuell noch weiterer Gegenstände vorzunehmen.

Namens der Statutenkommission berichtet über die Vorlage Herr Weichsel: Die Kommission hat zunächst beschlossen, die Versammlung zu ersuchen, auch das vaterländische Museum in das Tauschverhältnis einzuschließen. Sodann ist in der Kommission besprochen worden, ob es nicht richtiger sein würde, etwas Endgültiges zu schaffen, weil durch den gegenseitigen Austausch sonst unübersichtliche Eigentumsverhältnisse entstehen würden. Das Herzogliche Staatsministerium wird aber voraussichtlich zu einem endgültigen Austausch der Sachen seine Genehmigung nicht erteilen, und es wird auch unbedenklich sein, dem Vorschlage des Magistrats zuzustimmen und die Sachen auf Widerruf auszutauschen. Was die Frage anlangt, ob

der Austausch für die Stadt von Vorteil sein würde oder nicht, so läßt sich diese Frage hier nicht endgültig beantworten, weil sich die Werte namentlich von Liehaberstücken leicht ändern. Wir müssen uns in dieser Hinsicht damit begnügen lassen, daß der Direktor des städtischen Museums und dessen Deputation den Austausch für günstig und vorteilhaft für die Stadt halten und müssen eine Nachprüfung dieser Ansicht vollständig unterlassen. Da außerdem die Eigentumsrechte der Stadt durch den Tausch nicht tangiert werden, so gibt die Statutenkommission anheim, der Vorlage zuzustimmen und weiter zu genehmigen, daß auch mit dem vaterländischen Museum ein Tauschverkehr auf derselben Basis in Vorschlag gebracht werde.

Herr Hauswaldt: Der ganzen Tauschidee liegt ein gesunder Gedanke zu Grunde. Es ist für denjenigen, der solche Sachen studieren will, sehr unangenehm, wenn er dabei auf verschiedene Stellen verwiesen werden muß und es liegt ein großer Vorteil darin, die Sachen an einer Stelle gesammelt zu finden. Nun bestand der Wunsch, die Sache so zu ordnen, daß dem Herzoglichen Museum unsere Porzellanschätze überwiesen werden möchten, um die dortige Sammlung damit zu kompletieren, während unserm Museum die Stobwasserschen Arbeiten, die Elfenbein- und die Schlosserarbeiten überwiesen werden sollten. Die Sache liegt aber in der Wirklichkeit so, daß sich die Museumsdirektoren gegenseitig nichts gönnen — und man kann sich im Interesse des einzelnen Museums ja auch keinen besseren Zustand wünschen —, ich habe deshalb auch schon in der Sitzung der Deputation bemerken müssen, daß die Tauschidee, wie sie eigentlich durchgeführt werden müßte, nicht durchgeführt werden wird, weil von unserm Museum einige Sachen nicht herausgegeben werden, die dessen Leiter zu sehr ans Herz gewachsen sind und umgekehrt will auch der Direktor des Herzoglichen Museums einige Sachen nicht herausgeben, die nach der Idee unserm Museum übergeben werden müßten. Es wird also der ganz vernunftgemäße Gedanke nicht in seiner ganzen Reinheit durchgeführt werden.

Die einzige Frage, die uns besonders interessieren muß, ist die, daß unter allen Umständen das Eigentumsrecht der ausgetauschten Gegenstände festgestellt werden muß, während man die Frage, ob die Sache für uns vorteilhaft ist, nicht endgültig beantworten kann. Ich bin z. B. der Ansicht, daß wir viel mehr Werte an das Herzogliche Museum abgeben, als wir empfangen, doch läßt mich das kalt; ich möchte nur bitten, daß alle die Maßnahmen getroffen werden, die in neuerer Zeit bei solchem Austausch immer getroffen zu werden pflegen, wenn es sich um einen Austausch nicht auf 50 oder 100 Jahre, sondern so zu sagen auf ewige Zeiten handelt, um das Eigentumsrecht an den Gegenstand für alle Zeiten nachweisen zu können. Ich erinnere nur daran, wie wir unsere schöne Gemäldesammlung vor mehreren Jahren verloren haben. Deshalb möchte ich vorschlagen, dem Tausch nur zuzustimmen, wenn die einzelnen Objekte unter allen Umständen durch deren

Photographien genau gekennzeichnet und diese Photographien den Kontrakten angeheftet werden, so daß durch periodisch wiederkehrende Prüfungen festgestellt werden kann, ob noch alles vorhanden ist, damit auf diese Weise das Eigentumsrecht der Stadt erhalten bleibt. Wir laufen ja außerdem noch Gefahr, daß die Schätze an dem neuen Orte durch irgend welche Unglücksfälle zu Grunde gehen können und müssen uns deshalb wenigstens in dem Punkte des Eigentumsrechtes sichern. Wir müssen uns in dieser Beziehung umso mehr vorsehen, als wir wertvollere Sachen fortgeben wie wir bekommen, sonst ist in 50 oder 100 Jahren das Eigentumsrecht an den Sachen vollständig verwischt. Die kleinen Etiketten fallen leicht ab, es kommt ein neuer Direktor, die Sachen werden umgestellt und schließlich weiß kein Mensch mehr, wo die Sachen geblieben sind. Auf solche Weise sind schon unschätzbare Sachen spurlos verschwunden.

Herr Bürgermeister Meyer: Es ist mir sehr interessant gewesen, von Herrn Hauswaldt zu hören, daß er die Schätze des städtischen Museums für so ungeheuer selten und wertvoll hält. Der Magistrat hat schon immer auf diesem Standpunkte gestanden, jedoch erinnere ich mich, aus der Versammlung einmal ein anderes Urteil gehört zu haben.

Im übrigen hat der Magistrat schon das Mögliche getan, um die Identität der dem Herzoglichen Museum zu übergebenden einzelnen Stücke festzuhalten, indem eine genaue Beschreibung der Stücke stattgefunden hat. Ob neben dieser Beschreibung noch eine photographische Aufnahme der Stücke erforderlich ist, will ich dahin gestellt sein lassen. Aber ich erkenne an, daß die photographische Aufnahme in den letzten Jahren ungeheure Fortschritte gemacht hat, und vielleicht werden die Leiter der Museen die Aufnahme sogar selbst machen können. Der Magistrat wird die Anregung also in Erwägung nehmen. Herr Hauswaldt meinte sodann noch, wenn auch die Leiter der Museen den Grundgedanken haben möchten, sich gegenseitig die Sammlungen vollständig zu überweisen, so hätten sie aus einer gewissen Engherzigkeit doch davon abgesehen. Diesen Ausführungen möchte ich nicht unbedingt zustimmen. Der Sachverhalt ist folgender: Wir wollen die vorhandenen größeren Bestände auf Grund der neuen Gesichtspunkte ordnen; wenn nun in beiden Museen wertvolle Bestände vorhanden sind, so sollen diese nicht von dem einen zum andern Museum überwiesen werden. Was z. B. die Sammlung an Fürstenberger Porzellan betrifft, so wird sich das Herzogliche Museum bedanken, unsere Bestände zu nehmen, da dessen Sammlung schon ziemlich vollständig ist. Dazu kommt, daß die Restbestände unserer Abteilung für Porzellan so groß sind, daß sie schon in sich ein gewisses, abgeschlossenes Ganze bilden; denn wenn man danach auch nicht vollständig den Entwicklungsang der Industrie wird studieren können, so ist sie doch so umfangreich, daß sie zu mancherlei Zwecken ausreicht, z. B. als Modelle in der Gewerbeschule u.

Besonders möchte ich aber konstatieren, daß es für die weitere Behandlung der Sache nicht gut ist, die Werte, die zum Austausch gelangen sollen, in gleicher Höhe zu nehmen; es muß auch möglich sein, einmal ein Stück herauszugeben, ohne eine Gegenleistung zu bekommen. (Zustimmung.) Zuerst waren die Schlosserarbeiten in das Tauschverhältnis gar nicht einbezogen, und der Gedanke, diese Arbeiten nach dem städtischen Museum überwiesen zu bekommen, ist erst aufgetaucht, als die städtische Deputation sich die Sache ansah und es dabei auffiel, daß es sich um bedeutende Kunstarbeiten handelte, die besser im städtischen als im Herzoglichen Museum aufbewahrt würden. Bis jetzt ist diesem Wunsche aber noch nicht Folge gegeben, jedoch steht zu hoffen, daß das Herzogliche Museum die Zweckmäßigkeit desselben anerkennt.

Daß bei dem Austausch der Widerruf vorbehalten wird, ist selbstverständlich, zumal ich es nicht für ausgeschlossen halte, daß der Widerruf bei dem einen oder andern Gegenstande schon in absehbarer Zeit erfolgen könnte. Ich setze den Fall, wir bekommen in irgend einer Abteilung, die wir abgetreten haben, eine so umfangreiche Schenkung, daß die Sammlung mit unseren ausgetauschten Exemplaren ein gewisses abgeschlossenes Bild des betreffenden Kunstzweiges darstellte, so wäre es doch mindestens zweifelhaft, ob wir die ganze Sammlung dem Herzoglichen Museum abgeben und ob wir nicht vorzögen, die letzterem überwiesenen Sachen wieder zurückzunehmen. Ich möchte deshalb bitten, sich grundsätzlich mit der Sache einverstanden zu erklären; wenn Sie es indessen für notwendig halten, auch noch photographische Aufnahmen von den auszutauschenden Gegenständen zu machen, so wird der Magistrat einem entsprechenden Antrage wohl zustimmen.

Herr Jüdel: Es erscheint mir wünschenswert, daß die zwischen dem Herzoglichen Staatsministerium und dem Magistrate getroffenen Vereinbarungen von den Leitern der beiden Institute auch befolgt werden, damit sie sich auf dem betreffenden Gebiete keine Konkurrenz mehr machen, wie das bisher mehrfach vorgekommen ist.

Herr Wolters: Ich stimme dem Antrage zu, möchte aber um Aufklärung darüber bitten, ob Bestimmungen getroffen sind, wie bei diesem Leihgeschäfte die Gefahr der Verschlechterung und des Untergangs der ausgetauschten Sachen geregelt werden soll. Es handelt sich doch teilweise um große Wertobjekte, die durch höhere Gewalt oder durch eigenes Verschulden verschlechtert werden oder verloren gehen können, weshalb klare Rechtsverhältnisse darüber geschaffen werden müssen, wie die Schadenersatzpflicht in solchem Falle geregelt werden soll.

Herr Bürgermeister Meyer: Von dem Herzoglichen Staatsministerium ist die Sache in der Weise behandelt worden, daß der Magistrat aufgefordert worden ist, zuzustimmen, daß beiderseits die Sorgfalt angewendet werden möchte, die die

betreffenden Institute bei den eigenen Sachen anzuwenden pflegen. Damit glaubt der Magistrat genügend geschützt zu sein.

Herr Rathe: Ich bin im Grunde genommen gegen den Austausch, weil doch in der Regel einer dabei den kürzeren zieht. Wenn unsere Sachen auch im Eigentum der Stadt bleiben sollen und ein entsprechender Vermerk bei den Gegenständen gemacht werden soll, so kann sich doch, wie schon Herr Hauswaldt ausführte, der Ursprung im Laufe vieler Jahre leicht verwischen. Ich bin ferner aus dem Grunde dagegen, weil viele Schenker, die ihre Sammlungen, welche sie während einer langen Reihe von Jahren mit großer Mühe und großen Opfern zusammengebracht haben, dem städtischen Museum überweisen, nicht den Wunsch haben, einen Teil davon dem Herzoglichen Museum überweisen zu sehen. Ich weiß auch nicht, was uns zu solchem Tausche treibt. Wir haben jetzt ein neues städtisches Museum gebaut und können doch unsere Sachen selbst aufbewahren. Unsere Sammlungen bilden außerdem zum großen Teile schon in sich selbst ein abgeschlossenes Ganze, so daß wir solchen Austausch garnicht nötig haben. Die Leiter der verschiedenen Museen mögen höchstens beim Einkauf von Sachen sich einigen, um sich nicht gegenseitig Konkurrenz zu machen, aber jetzt anzufangen, vorhandene Sachen auszutauschen, halte ich nicht für richtig.

Herr Frühling: Ich bin dafür, daß unbedingt eine photographische Aufnahme der auszutauschenden Gegenstände erfolge, weil dieses die einzige Möglichkeit ist, die Gegenstände so genau zu bezeichnen, daß sie auch in fernen Jahren sicher wiedererkannt werden. Eine Beschreibung der Sachen ist immer sehr schwierig und nicht so zuverlässig, wie deren photographische Aufnahme.

Herr Weichsel: Ich glaube nicht, daß Herr Rathe mit seiner Anschauung Beifall finden wird, da der Idee des Austausches zuzustimmen sein wird. Die Frage bezweckt nicht etwa, ein Definitivum zu schaffen, sondern nur die Museumsverwaltung zu ermächtigen, den Austausch von Gegenständen in der erwähnten Weise vorzunehmen. Ich möchte sogar wünschen, daß die etwas verwickelten Eigentumsverhältnisse der Sachen nicht bis auf unabsehbare Zeit verbleiben, sondern daß bei Erreichung eines gewissen Maßes die Sachen in das Eigentum des anderen Instituts übergehen. Vorläufig kann man aber in der Sache nichts weiter tun, als was die Magistratsvorlage wünscht. Wenn Herr Hauswaldt zur Bedingung des Austausches macht, daß die Sachen photographiert werden sollen, so steht dem an sich nichts entgegen, jedoch möchte ich empfehlen, die gegenseitig zu gebenden Sicherungen der Museumsverwaltung selbst zu überlassen, da diese schon für ausreichende Sicherung der Eigentumsverhältnisse sorgen wird. Wenn außerdem ein schriftlicher Vertrag darüber gemacht werden sollte, so würde derselbe stempelspflichtig sein, weshalb es sich empfehlen dürfte, daß der Staat

diese Kosten übernehme, damit der Stadt nicht noch erhebliche Ausgaben daraus erwachsen.

Vorsitzender: Da es sich nur um einen Leihvertrag handelt, so ist der Stempel ziemlich unbedeutend.

Herr Hauswaldt: In dieser Sache weiterzugehen, als einen einfachen Leihvertrag abzuschließen, verbietet sich schon dadurch, daß die Schätze des Herzoglichen Museums Eigentum der Herzoglichen Familie sind und sich hier nur zur Aufbewahrung befinden. Deshalb können die Gegenstände des Herzoglichen Museums unserm städtischen Museum nicht zu Eigentum übergeben werden. Ferner bitte ich dringend, an der Bedingung der Photographie festzuhalten. Es wird im Herzoglichen Museum nicht etwa ein Schrank geschaffen, an dem geschrieben steht: Eigentum der Stadt Braunschweig, sondern die von dem städtischen Museum überwiesenen Gegenstände werden in die Sammlung des Herzoglichen Museums eingereiht, werden also vollständig vereinzelt, weshalb wir uns nicht damit befriedigt erklären können, wenn ein kleiner Zettel daran geheftet wird, mit der Aufschrift: Eigentum der Stadt Braunschweig. Wenn die Versammlung aber glauben sollte, daß unser kunstliebendes Publikum an diesem Austausch Anstoß nehmen und infolge dessen dem städtischen Museum weniger Zuwendungen machen könnte, so würde ich gegen den ganzen Austausch sein; ich bin jedoch der Ansicht, daß das kunstliebende Publikum nicht auf diesem Standpunkte steht. Wenn jemand eine Familiensammlung dem städtischen Museum überweisen will, so braucht er nur zum Ausdruck zu bringen, daß sie demselben zur dauernden Aufbewahrung überwiesen werden soll, worauf diese Vorschrift befolgt wird. Wenn nun davon einzelne Stücke durch Tausch zeitweise in das Herzogliche Museum kommen, so wird das dem Betreffenden auch ganz egal sein.

Vorsitzender: Wenn jemand dem städtischen Museum eine Schenkung macht, so ist die Stadt selbstverständlich an die etwa dabei gestellte Bedingung der dauernden Aufbewahrung im städtischen Museum gebunden. —

Bei der nun folgenden Abstimmung erklärt sich die Versammlung mit dem Tauschverkehr zwischen dem städtischen Museum einerseits und dem Herzoglichen und dem vaterländischen Museum andererseits auf gleicher Grundlage im Prinzip einverstanden. Auch wird der Antrag der Kommission in Verbindung mit dem Antrage Hauswaldt auf photographische Vervielfältigung der auszutauschenden Gegenstände angenommen.

XVI. Hundesteuer-Erlaßgesuche.

Die Gesuche des Arbeiters Wilhelm Brümann und des Orgelspielers August Strube um Erlaß der Steuer für einen Ziehhund werden genehmigt, während das Gesuch der Witwe Käseberg um Erlaß der Steuer für einen Wachhund abgelehnt wird.

XVII. Verlegung der Friedhofsexpeditio n.

Nach § 7 der Friedhofs- und Begräbnisordnung vom 28. Mai 1900 besorgt die Verwaltung der Hauptkasse des Zentralfriedhofs ein städtischer Hilfsbeamter, der zugleich die Meldungen zu Begräbnissen und zur Aufnahme von Leichen in die Leichenhalle entgegennimmt. Seitens der zuständigen Behörden ist es bei dem augenblicklichen Wechsel in der Besetzung der Stelle für zweckdienlich erachtet worden, die Ausschreibung der Gebühren und deren Erhebung künftig zu trennen. Die Gebühren fließen in die Gemeine Kirchenkasse, an die außerdem die von der Stadthauptkasse erhobenen Kirchensteuern in abgerundeten Beträgen abgeführt werden. Behufs Sicherung der zeitweilig nicht unerheblichen Kassenbestände werden diese möglichst beim Herzoglichen Leihhause belegt. Eine Vereinfachung dieses Geschäftsbetriebes dürfte umsomehr wünschenswert erscheinen, als die Anmeldung des Begräbnisses der auf den alten Einfriedhöfen bzw. der auswärts zu bestattenden Personen bestimmungsgemäß nicht bei der Friedhofsexpeditio, sondern bei dem Stadtkirchenbuchamte zu geschehen hat.

Der Magistrat hat daher mit den zuständigen Organen der Verwaltung des Zentralfriedhofes und der Gemeine Kirchenkasse vereinbart, daß vom 1. April 1906 ab die sämtlichen Anmeldungen zu Begräbnissen bei dem Stadtkirchenbuchamte entgegengenommen werden, die Begräbnisgebühren auf Grund der von diesem auszufertigenden Anweisungen bei der Stadthauptkasse eingezahlt und von dieser nicht nur diese Gebühren, sondern auch die Kirchensteuern ohne Sonderung von den sonstigen Geldbeständen aufbewahrt und nach Bedarf in abgerundeten Beträgen an die Gemeine Kirchenkasse verabsolgt werden.

Zur Leistung von Vorschüssen für kirchliche Zwecke soll die Stadthauptkasse weder verpflichtet noch ermächtigt sein. Der Vorteil, welcher der Stadt daraus erwächst, daß sie zeitweilig die Bestände der kirchlichen Kassen als Betriebskapital nutzt, dürfte im Hinblick auf die ihren Beamten durch die fraglichen Geldgeschäfte erwachsende Arbeit und Verantwortlichkeit nicht ungerechtfertigt erscheinen.

Dem Ersuchen des Magistrates, sich mit der Aufbewahrung der vorgedachten kirchlichen Gelder in der Stadthauptkasse einverstanden zu erklären,

entspricht die Versammlung auf Empfehlung der Finanzkommission, für die Herr Hauswaldt berichtet.

XVIII. Antrag Esdorn: Errichtung einer Bedürfnisanstalt am Altstadtmarte.

Der Antrag lautet:

„Die Versammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, in nächster Nähe des Altstadtmartes eine Bedürfnisanstalt für das weibliche Geschlecht zu errichten.“

Zur Begründung führt Herr Esborn etwa folgendes aus: Wenn man berücksichtigt, daß die Marktfrauen an den Markttagen von früh ab bis 1 Uhr mittags auf dem Altstadtmarkte ihre Waren feilbieten, so wird man verstehen, daß sie während dieser langen Zeit auch einmal ein Bedürfnis zu verrichten haben. Der Weg bis zu der Anstalt am Kohlmarke ist zu weit, sie werden daher entweder die Nachbarschaft belästigen, oder befriedigen ihr Bedürfnis gleich auf dem Markte selbst. Es ist deshalb notwendig, daß in der Richtung meines Antrages etwas geschieht. Auf die von vielen Seiten gewünschte Verlegung der Bedürfnisanstalt von der Martinikirche weg habe ich meinen Antrag nicht ausgedehnt.

Den genügend unterstützten Antrag enthält die Baukommission zur Vorberatung.

XIX. Gedenkfeier am Herzog Wilhelm-Denkmal.

Herr Oberbürgermeister Ketemeyer: Sie haben wohl schon davon erfahren, daß beabsichtigt wird, aus Anlaß der Wiederkehr des Tages, an dem vor hundert Jahren der Herzog Wilhelm geboren wurde, eine Feier zu veranstalten, und zwar soll am 25. April seitens des Staates eine größere Feier in der Regidienhalle veranstaltet werden. Gleichzeitig ist nun von verschiedenen Seiten angeregt worden, es möchte auch stadtseitig am Abend des 24. April eine entsprechende Feier in Aussicht genommen werden. Der Stadtmagistrat war der Ansicht, daß diese Feier am Platze sei und hat daher mit verschiedenen Herren, als den Vertretern hiesiger Vereine und Korporationen, über die Frage verhandelt, nämlich mit den Vertretern des Bürgervereins, der Handwerkskammer als Vertreterin der Innungen, des Gauverbandes der Turnvereine und der Gesangsvereine. In der dieserhalb auf den 16. d. Mts. einberufenen Sitzung war man der Ansicht, daß es sich empfehlen würde, eine zwar einfache aber würdige Feier am Abend des 24. April am Herzog Wilhelm-Denkmal zu veranstalten. Man hat sich die Feier etwa in der Weise gedacht, daß eine Illumination des Rathauses und möglichst auch der angrenzenden Gebäude, namentlich des Behördenhauses erfolge, daß dann zunächst die Glocken des Domes geläutet würden, darauf ein Musikstück der Kapellen der hiesigen beiden Regimenter folge, sodann die hiesigen Gesangsvereine ein oder zwei Lieder vortrügen, darauf eine kurze Ansprache erfolgte und im Anschluß hieran Kränze am Denkmal niedergelegt wurden, worauf die Feier vielleicht mit dem Niederländischen Dankgebete geschlossen werden könnte.

Aus dieser Veranstaltung werden, wenn sie beliebt werden sollte, Kosten entstehen, die zu rund 2000 M. veranschlagt worden sind. Es wird nämlich beabsichtigt, rings um das Denkmal Masten aufzustellen, die mit Fahnen, Wimpeln und Schildern sowie mit Girlanden geschmückt werden sollen, auch würden Flambeaus — für die ich zu meinem Bedauern augenblicklich keinen passenden deutschen Aus-

druck kenne — aufgestellt und die Fenster des Rathhauses mittels Kerzen beleuchtet werden. Die Kosten hierfür werden einschließlich der Musik etwa 2000 M betragen. Selbstverständlich lassen sich diese Kosten vorher nicht genau abwägen, ich glaube aber, wenn die städtischen Behörden die Veranstaltung einer derartigen Feier für angemessen erachten — und ich gebe der Hoffnung Ausdruck, daß auch seitens der Versammlung das geschehen wird —, daß wir nicht nötig haben, die Kosten genau auf 100 M vorher zu veranschlagen. Ich möchte anheimgeben, daß die Versammlung sich mit der Veranstaltung der Feier und der Aufwendung der Kosten einverstanden erklärt.

Es bedarf wohl noch der Begründung, weshalb wir die Angelegenheit schon heute hier vorbringen, obwohl der Kostenanschlag mir erst heute zugegangen ist. Die Herren werden anerkennen, daß es einen traurigen Eindruck machen würde, wenn die Herren Stadtverordneten etwa beschließen sollten, die Feier nicht zu veranstalten, nachdem die in Betracht kommenden Vereine sich sämtlich schlüssig gemacht haben, an der Feier teilzunehmen und die Vorbereitungen dazu getroffen sind. Aus diesem Grunde hat es der Magistrat für erforderlich erachtet, den Antrag der Versammlung schon heute zu unterbreiten. Ich möchte bitten, dem Antrage zuzustimmen.

Vorsitzender: Ich frage die Versammlung zunächst, ob schon heute in die Verhandlung über den Antrag eingetreten werden soll? (Zustimmung.) Dann stelle ich den Antrag selbst zur Beratung.

Herr Jasper: Ich möchte bitten, den Antrag abzulehnen; denn ich sehe keinen Grund ein, weshalb wir den letzten Träger eines bestimmten Fürstenhauses besonders ehren müssen, da mir nicht bekannt ist, welche besonderen Verdienste er gerade für unsere Stadt sich erworben haben soll. Auch seitens des Herrn Oberbürgermeisters ist keinerlei Grund dafür angegeben, daß ein besonderer Anlaß vorliegt, den Tag festlich zu begehen. Ich kann es verstehen, wenn man vom monarchischen Standpunkte aus den Monarchen, der gegenwärtig am Regimente ist, bei irgend welcher besonderen Gelegenheit begrüßt, obwohl ich diesen Standpunkt nicht teile, daß man aber irgend welche Jahrestage herausgreift und die Stadt in Unkosten stürzt, um diese Tage zu feiern, ohne daß der zu Feiernde einen besondern Anlaß dazu gegeben hat, das geht mir zu weit. Wenn man auf dieser abschüssigen Bahn weiter geht, so könnten wir alle Herzöge des Landes der Reihe nach durchgehen und ihre 100., 150. und 200. Geburts- und Todestage, sowie die Tage ihrer Verheiratung und vielleicht auch der Geburt der ersten Prinzen festlich begehen und infolge dessen so häufig eine Feier veranstalten, daß wir in einem fortwährenden Festrausche dahin lebten. Die Stadt hat aber wichtigere Aufgaben zu vollziehen, als das Geld der Steuerzahler in solcher Weise zu verwenden.

Herr Hauswaldt: Ich darf wohl im Namen der Mehrheit der Versammlung erklären, daß wir es für eine Ehrenpflicht der Stadt halten, diesen Tag in würdiger Weise zu begehen, und daß wir dem Magistrate dankbar sind, die Sache in so ansprechender, wenn auch sehr bescheidener Weise in die richtigen Bahnen gelenkt zu haben. Wir dürfen dem Magistrate wohl auch die Versicherung geben, daß wir mit einer etwaigen Ueberschreitung der angeforderten recht bescheidenen Summe einverstanden sein würden. (Zustimmung.) Derartige Ausgaben lassen sich vorher nicht so genau abschätzen.

Herr Oberbürgermeister Ketemeyer: Ich bitte um Entschuldigung, daß ich nicht auseinandergelegt habe, weshalb wir die Feier veranstalten wollen. Wenn der Herr Dr. Jasper eine nähere Begründung des Magistratsantrages in der Richtung wünscht, daß ich auseinanderlegen soll, welches die Verdienste des hochseligen Herzogs Wilhelm um Land und Stadt Braunschweig gewesen sind, so kann ich darauf nur erwidern, daß ich angenommen habe, die Verdienste, die sich dieser Fürst um Stadt und Land Braunschweig erworben hat, seien allgemein bekannt. (Zustimmung.) Wem sie aber nicht bekannt sind, dem kann ich sie heute auch nicht auseinanderlegen und muß darauf verzichten. Im übrigen stehe ich auf dem Standpunkte, daß wir die Feier veranstalten, weil wir damit den Wünschen der großen Mehrheit der Einwohnerschaft gerecht werden. Wenn auch Herr Günther mit dem Kopfe schüttelt, so bleibt es doch unsere Ansicht. (Herr Günther: Testament!) Die Mehrheit der Einwohnerschaft würde uns einen Vorwurf daraus machen, wenn wir uns bei dieser Gelegenheit passiv verhielten.

Herr Jasper: Ich bedaure, daß ich auch nach diesen Ausführungen irgend welche Verdienste des verstorbenen Herzogs um unsere Stadt nicht anerkennen kann. Herr Günther hat schon darauf hingewiesen, welche Mißstimmung unmittelbar nach dem Tode des Herzogs die Eröffnung des Testaments bei unserer städtischen Bevölkerung hervorgerufen hat. Mich frappiert die ganze Feier umsomehr, als es doch sonst nicht Sache der Herren von der Mehrheit der Versammlung ist, die welfischen Traditionen zu pflegen, und man umgekehrt nicht gern daran erinnert wird, in welche eigenartige Lage die gegenwärtig monarchisch gesinnten Elemente der Bevölkerung dadurch veretzt werden, daß sie zwiespältig ihre Gefühle nach Preußen und auch nach den Welfen hinübertragen müssen.

Der Antrag des Magistrates wird sodann genehmigt und die Sitzung geschlossen.

Dauer von 4 bis 6¼ Uhr.

1905/1906.

Nr. 16.

B e r i c h t

über die

**Verhandlungen der Stadtverordneten
zu Braunschweig**

in deren Sitzung am 29. März 1906.

Tagesordnung:

I. Stadthaushaltsplan zc. für 1906/07	Seite 558
II. Gemeindefkirchensteuer für 1906/07	„ 601

Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister Ketemeyer, Bürgermeister Meyer und Stadträte von Frankenberg, Wagner und Lange.

Entschuldigt die Herren Adenhausen, Brückmann, Schmidt und Stegmann.

Der Vorsitzende, Herr Wolff, eröffnet die Sitzung und gibt zunächst eine Einladung des Dürerbundes bekannt, durch welche die Mitglieder der Versammlung mit ihren Damen zu einer Vorbefichtigung der Ausstellung für Wohnungskultur auf den 4. April, nachm. 4 Uhr, nach dem Jüdel'schen Hause am Kohlmarkt eingeladen werden.

Hierauf wird in die Tagesordnung eingetreten.

I. Stadthaushaltsplan zc. für 1906/07.

Herr Födel als Berichterstatter der Finanzkommission: Der uns vorliegende Haushaltsplan für das Finanzjahr 1906/07 liefert den Beweis dafür, wie recht wir im vergangenen Jahre getan haben, daß wir uns bei Festlegung des laufenden Haushaltsplanes die Gemeinde-Einkommensteuer in der jetzigen Höhe haben genehmigen lassen. Die Voraussetzung unsererseits, daß der Ueberschuß aus dem Jahre 1904/05 ein weit geringerer als der Ueberschuß aus dem Jahre vorher sein würde, hat sich voll bestätigt. Wie die Herren im Kapitel XIV sehen können, betrug er 17 264 M gegenüber 153 551 M aus dem vorhergehenden Jahre.

Bei Betrachtung des Haushaltsplanes haben Sie gesehen, daß derselbe trotz aller Sparsamkeit und trotz der erhöhten Steuern mit einem Fehlbetrage von 49 000 M abschließt, einem Fehlbetrage, der in dieser geringen Höhe nur dadurch hat gehalten werden können, daß verschiedene, an sich wünschenswerte Straßebauten der Innenstadt noch zurückgestellt wurden. Wenn der Magistrat in seinem dem Haushaltsplane beigegebenen Ueberblicke die Ansicht äußert, daß wir wohl genötigt sein würden, bei den fortschreitenden unumgänglichen Erhöhungen der Ausgaben daran zu denken, neue Steuerquellen in Aussicht zu nehmen, da an eine weitere Erhöhung der direkten Einkommensteuer mit Rücksicht auf die in Aussicht genommene Erhöhung der Staatseinkommensteuer wohl kaum herangetreten werden könnte, so glaube ich doch der Hoffnung Ausdruck geben zu können, daß die in der Entwicklung begriffenen wirtschaftlichen Verhältnisse der Stadt einen derartigen Einfluß auf unsere Einkommensteuer ausüben werden, daß es, wenigstens in nächster Zeit, nicht nötig sein wird, weitere Steuerquellen zu erschließen. Dazu ist es allerdings unumgänglich nötig, daß wir uns, soweit es sich um regelmäßig wiederkehrende Ausgaben handelt, der größten Sparsamkeit befleißigen, während wir andererseits, wo es sich um werbende Ausgaben handelt, nicht gar zu ängstlich zu sein brauchen. Auf diesem Wege wird es uns hoffentlich gelingen, daß sich unsere gute Stadt Braunschweig, die in ihrer Entwicklung nach Ausweis der Statistik bekanntlich gegenüber anderen deutschen Städten erheblich zurückgeblieben ist, weiter entwickelt und nachholt, was sie bisher versäumt hat. Hierbei sind die Verkehrsverhältnisse der Stadt gewiß nicht von unerheblicher Bedeutung, so daß wir bemüht bleiben müssen, auch diese immer günstiger zu gestalten.

Das wären die allgemeinen Bemerkungen, die ich der Staatsberatung vorausschicken hätte; ich weiß nicht, ob eine allgemeine Besprechung gewünscht wird.

— Ein solcher Wunsch wird nicht geäußert. —

Ich habe bereits in der Finanzkommission darüber Mitteilung machen können, daß der Etat in diesem Jahre vereinfacht worden ist, worüber auch das Begleitschreiben des Magistrates nähere Auskunft erteilt. Zu gleicher Zeit kann ich

darauf hinweisen, daß für das nächste Jahr eine weitere Vereinfachung in Aussicht steht insofern, als der Landtag die Aenderung des betreffenden Gesetzes bereits genehmigt hat und das Herzogliche Staatsministerium keine Einwendungen dagegen erheben wird, wenn in Zukunft die Kreis kommunalkasse mit in die Kammereikasse aufgenommen werden wird, wodurch ganz erhebliche Vereinfachungen eintreten werden.

In dem Begleitschreiben des Magistrates sind übrigens so genaue Auskünfte über die Veränderungen des Haushaltsplanes gegeben, daß für den Berichterstatter faum noch irgend etwas besonderes zu erwähnen übrig bleibt. Ich gehe nunmehr zur Besprechung der einzelnen Teile des Haushaltsplanes über.

I. Voranschlag der Kammereikasse.

Kapitel I. Kammereivermögen.

Gegen die gesamte Einnahme und Ausgabe dieses Kapitels findet sich seitens der Finanzkommission nichts besonderes zu bemerken.

Bei D der Einnahmen von unbebauten Grundstücken findet sich auf Seite 4 unter 1 die Pacht für die städtischen Badeanstalten aufgeführt. Das dürfte nicht richtig sein und daher die Position D besser „Von bebauten und unbebauten Grundstücken“ überschrieben werden.

Herr Koch: Unter I. 5 a der Ausgaben findet sich ein Betrag von 400 M für die Herrichtung einer Scheidewand in dem südlich vom Hauptrestaurationszimmer des Stadtparkgebäudes gelegenen Raume ausgeworfen. Im nördlichen Teile des Gebäudes, wo die Lage der Zimmer eine gleiche ist, würde derselbe Grund zur Herrichtung einer Scheidewand mit Rücksicht auf den Abort für Damen vorliegen. Ich habe aber noch niemals gehört, daß die Gäste das betreffende Zimmer ungern benutzen und halte die Ausgabe der 400 M für unnötig. An den Wochentagen wird das Zimmer überhaupt sehr wenig oder gar nicht benutzt und für den Sonntag allein solche Ausgabe zu machen, erscheint mir nicht zweckmäßig zu sein. Die Parkdeputation hat diesen Punkt eingehend besprochen und hat einstimmig abgelehnt, hier eine Wand zu ziehen. Zu den Aborten kann man auch direkt von der Veranda hinkommen, ohne das betreffende Zimmer zu betreten. Durch die Ziehung der Wand würden wir auch nur ein Zimmer erhalten, das ungefähr 10 Personen faßt.

Herr Hauswaldt: Ich wundere mich, daß diese Ausgabe in den Etat hat eingestellt werden können, obwohl die Deputation sich einstimmig gegen die Errichtung der Scheidewand ausgesprochen hat.

Herr Bürgermeister Meyer: Es handelt sich hier um ein Durchgangszimmer, das durch die projektierte Scheidewand abgeschlossen und dadurch für den Wirt nutzbar gemacht werden soll. In dem jetzigen Zustande ist das Zimmer fast gar nicht zu gebrauchen, weshalb der Wirt gebeten hat, die Absicherung vorzunehmen. Es ist mir erinnerlich, daß die Deputation aus finanziellen Gründen von der Durchführung des nicht als absolut notwendig zu bezeichnenden Projektes abgesehen wissen wollte, während der Magistrat nicht so schwarz wie die Deputation in die Zukunft sah und meinte, daß die Wand gezogen werden könnte, wenn der Wirt ein so großes Interesse daran hätte, zumal man ihm nachempfinden müßte, daß das Zimmer infolge des Durchganges zurzeit wenig ausgenutzt werden könne.

Herr Rieke: Wenn wir sparen wollen, so dürfen wir es nicht am verkehrten Ende anfangen. Wer das Zimmer gesehen hat, der weiß, daß es unter den jetzigen Verhältnissen nicht zu gebrauchen ist, weil der fortwährende Durchgang außerordentlich störend ist. Nach der Errichtung der Wand läßt es sich dagegen für kleinere Gesellschaften sehr gut verwerten.

Außerdem möchte ich darauf aufmerksam machen, daß die Kellertreppen so abschüssig und ausgetreten sind, daß man leicht ins Rutschen kommt. Wenn diese Treppen von reinem Sandstein hergestellt worden sind, so ist das kein Lob für die städtische Bauverwaltung, da sie wissen mußte, daß der Stein sich dazu nicht eignet. Endlich möchte ich fragen, wie lange wohl der neue Musikpavillon in seinem jetzigen Zustande stehen soll, ohne daß der Fußboden fault? Es müssen dort notwendig Jalousien gezogen werden, damit die Feuchtigkeit nicht einzudringen vermag. Zweckmäßig würde es auch sein, einen Betonfußboden zu legen, damit er nicht verwittern kann.

Herr Rathe: Für das Stadtparketablisement findet sich im Etat eine Einnahme von 3275 M und eine Ausgabe von 3185 M, so daß wir kein großes Geschäft dabei machen.

Einen Hauptposten der Ausgabe spielt hier das Rathaus. Es heißt in dem Berichte des Magistrates, die kleinen Becken auf dem Sockel der Heizkörper säßen voller Kesselfein und es müßten haltbarere Wasserverdunster aus Kupferblech hergestellt werden. Die jetzigen Becken sehen allerdings aus wie die Mäuse, wenn sie den Grind haben. (Heiterkeit.) Aus meiner Erfahrung möchte ich Ihnen empfehlen, nicht wieder solche unglücklichen Dinger machen zu lassen, sondern die Becken auf die Heizung zu setzen, damit die Feuchtigkeit in das Zimmer tritt und der Aufenthalt darin für die Beamten angenehmer und vor allen Dingen gesunder ist. Sobald sich die Becken oben auf den Heizkörpern befinden, verdunstet das Wasser in angenehmer Weise und die Luft wird dadurch erheblich verbessert.

Herr Koch: Ich möchte nochmals bitten, die 400 M zu streichen, weil man dann wirklich am rechten Ende sparen würde. In dem Zimmer können nach

Ziehung den Wand höchstens 10 bis 15 Personen sitzen, so daß es sich um so weniger lohnt, deshalb eine Mauer zu ziehen, als die Inassen des Zimmers unter dem Durchgang, den auch die Kellner auf ihren Gängen zum Büfett benutzen, nicht wesentlich zu leiden haben. Sollte aber einmal eine Gesellschaft ganz für sich in dem Zimmer sein wollen, so kann das Zimmer geschlossen und der Weg zu dem Aborte über die Veranda genommen werden.

Herr K a l m s: Zur Erzielung einer besseren Uebersicht möchte ich anregen, die Unkosten für eine und dieselbe Sache, z. B. für den Ratskeller, an einer Stelle des Etats aufzuführen.

Herr H a u s w a l d t: Ich möchte darauf zurückkommen, wie es möglich ist, daß ein Ausgabeposten in den Etat gelangt, auch wenn die Deputation einschließlich des Magistratsmitgliedes sich für die Streichung des Postens ausgesprochen hat. Wenn die Beschlüsse der Deputation einfach bei Seite geschoben werden, so kommt man sich als Deputationsmitglied ziemlich überflüssig vor. Ich bitte um Streichung der 400 M.

Herr Bürgermeister M e y e r: Die Verwunderung des Herrn Hauswaldt ist mir nicht recht verständlich. Zu den Aufgaben einer Deputation gehört es doch nicht, dem Magistrate nur solche Vorschläge zu unterbreiten, die von diesem genehmigt werden müssen, sondern deren Tätigkeit besteht darin, dem Magistrate bestimmte Vorschläge zu machen, die dieser nach seinem Befinden annehmen, ablehnen oder auch ergänzen kann. Wir haben uns in der Deputation seinerzeit generell auf den Standpunkt gestellt, alle nicht absolut notwendigen Ausgaben zu streichen und auf diese Weise sind dem Magistrate auch die an sich wünschenswerten Aufwendungen nicht empfohlen worden. Ich mache in dieser Beziehung auf den Ausgabeposten von 2300 M für die Anlage von Klosetts mit Wasserspülung aufmerksam, der nach der Ansicht der Deputation auch nicht durchaus notwendig war, den wir aber doch einstellen mußten, weil nach dem neuen Ortsbaustatut in diesem Jahre alle Grundstücke an den Kanal angeschlossen werden müssen, mit Ausnahme solcher, die größere Komplexe bilden, von denen man annehmen kann, daß die Abfälle noch eine angemessene Verwertung innerhalb des Grundstücks finden können. Auf diesen Standpunkt konnte sich der Magistrat hinsichtlich des Stadtparkgrundstücks sehr wohl stellen und dadurch den Anschluß an den Straßenkanal umgehen, aber der Magistrat wollte der Einwohnerschaft mit einem guten Beispiele vorangehen und stellte daher den Ausgabeposten in den Etat ein.

Auch Herr Rathe hat nicht recht, wenn er meint, daß die Einnahme und Ausgabe für das Stadtparketablissement ungefähr gleich hoch sei.

Was den Musikpavillon anlangt, so möchte ich Herrn Riese erwidern, daß Saloufien seinerzeit nicht bewilligt worden sind, obwohl in Aussicht genommen

war, solche anzulegen. Wenn in dem Pavillon ein Holzfußboden liegt, so muß er allerdings abgedeckt werden.

Herr Nolte: Ich muß auch bitten, die 400 M zu bewilligen. Im Herbst des letzten Jahres habe ich in dem betreffenden Zimmer mit einer kleinen Gesellschaft ein Mittagessen eingenommen und habe mich davon überzeugt, daß von 3 Uhr nachmittags ab der Aufenthalt in dem Zimmer infolge des vielen Durchlaufens ganz unleidlich war. Es würde auch nicht richtig sein, sich auf den Standpunkt des Herrn Hauswaldt zu stellen und zu sagen, weil die Deputation die Einrichtung nicht wünscht, bewilligen wir sie auch nicht. Wenn ein Bedürfnis dazu vorliegt, dann müssen wir die Aenderung wohl oder übel bewilligen. Außerdem will ich darauf hinweisen, daß es sich hier in gewisser Weise um eine werbende Ausgabe handelt, indem sich die Restauration besser verwerten läßt, wenn sie allen Anforderungen eines Wirtes entspricht, als wenn ihr Mängel anhaften.

Herr Rieke: Die Wand braucht auch keine 400 M zu kosten, da sich eine halbsteinerne Backsteinwand billiger herstellen läßt.

Herr Lübke: Der Musikpavillon muß einen Holzfußboden haben, weil er sonst keine richtige Resonanz für die Musik abgeben kann. Nun war seinerzeit von der städtischen Bauverwaltung beabsichtigt, an dem Pavillon Jalousien anzubringen und diese Anregung war von der Baukommission auch befürwortet worden, jedoch fand die Stadtdeputation solche Jalousien so scheußlich, daß sie fortgelassen werden mußten, und war, wenn ich mich recht erinnere, gerade Herr Hauswaldt der Angreifer in der Affäre. Ich glaube deshalb, daß der Magistrat sofort Jalousien anbringen wird, wenn wir ihm den Wunsch nahelegen.

Der Antrag Koch-Hauswaldt auf Streichung der 400 M wird darauf abgelehnt.

Herr Meyerhoff: Die Anregung des Herrn Rathe bezüglich der Becken möchte ich zur Berücksichtigung empfehlen. Ich habe schon mit Bewunderung die in die Heizungsanlagen eingezwängten Becken gesehen und ich fürchte, daß solche von Kupferblech angefertigte Becken schlecht aussehen werden. Es gibt wunder-schöne emaillierte gußeiserne Schalen, die man in Verbindung mit dem Heizkörper, aber oberhalb desselben befestigt. Deshalb möchte ich den Magistrat bitten, diese Sache in den Kreis seiner Erörterungen zu ziehen.

Herr Südel: Wenn Herr Kalms eine genaue Trennung der Unterhaltungskosten des Rathauses in der Weise zu haben wünscht, daß z. B. die Unterhaltungskosten des Ratskellers zu erkennen sind, so erkennt er den Zweck des Haushaltsplanes, der die einzelnen Beträge der Anschläge und Rechnungen nicht enthalten kann.

Herr Kalms: Ich bin auf meinen Vorschlag nur dadurch gekommen, daß sonst alles im Haushaltsplane spezialisiert ist. So sind z. B. die an den

Promenadeninspektor Kreiß zu zahlenden Entschädigungen auch im einzelnen in den Etat aufgenommen. Deshalb könnte man auch die Reparaturkosten für den Rathauskeller mit einstellen.

Herr Oberbürgermeister Ketemeyer: Der Einwand des Herrn Kalms würde berechtigt sein, wenn wir nicht wegen des Rathskellers einen Vertrag abgeschlossen hätten, kraft dessen sich dessen Unterhaltung von anderen Gebäudeunterhaltungen dadurch unterscheidet, daß die kleineren, unbedeutenderen Reparaturen von dem Wirte bezahlt werden, also nicht in den Etat kommen. Zu Lasten der Stadt selbst ist nur ein Betrag von 1000 M. ausgeworfen worden, dessen Zweckbestimmung vorher nicht angegeben werden kann, weshalb dieser Betrag in eins ausgeworfen wurde.

Herr Kalms: Ich möchte fragen, ob es nicht möglich wäre, die Ausgaben an den Promenadeninspektor Kreiß in eine Summe zusammenzuziehen?

Herr Oberbürgermeister Ketemeyer: Die Sache hat sich so entwickelt, daß wir gesagt haben, Herr Kreiß bekommt das hier ausgeworfene Fixum von 300 M. für die Leitung der Arbeiten im Stadt- und im Bürgerparke und im übrigen 4 1/2 % von den für die Erweiterung des Parks aufgewendeten Summen.

Herr Fiedel: Seite 11 findet sich unter G. a. 3 die Position: Zinsen für die auf den Kredit der Stadt aufgenommenen Darlehen von 500 000 M. zu 3 1/2 % = 17 500 M. Nach der Mitteilung des Herrn Oberbürgermeisters ist dieser Kapitalbetrag schon erreicht worden. Die Finanzkommission ist der Ansicht, daß es wünschenswert sein müßte sowohl für die Stadt als auch für unsere Mitbürger, wenn die aufzunehmende Summe auf eine Million Mark erhöht würde; sie stellt daher den Antrag,

die Versammlung möchte beschließen, den Magistrat zu ermächtigen, Schritte zu tun, die aufzunehmende Darlehenssumme auf eine Million Mark zu erhöhen.

Hierdurch wird es ermöglicht, mit der Aufnahme einer Anleihe so lange zu warten bis die Wertpapiere besser stehen.

Herr Kalms: Für Erhebung der Stätteelder von den Wochenmärkten auf dem Kohlmarke, dem Altstadtmarke und dem Kadeklinte erhält der Markthallenverwalter 600 M. Da die Markthallenaufseher auch Arbeit davon haben, so scheint es mir angebracht zu sein, für jeden Aufseher eine Extraeinnahme von 100 M. zu bewilligen.

Herr Stadtrat von Frankenberg: Ich fasse die Worte des Herrn Kalms nur als eine Anregung auf. Die Sache ist in der Markthallendeputation bereits besprochen und diese wird im Laufe der nächsten Zeit dem Magistrat bestimmte Vorschläge in dieser Richtung unterbreiten und zwar in bezug auf die Vergütung

des Marktmeisters sowohl, als auch der Unterbeamten. Bis dahin können wir diese Besprechung wohl aussetzen.

Vorsitzender: Ich halte es für richtig, daß die Mitglieder der Deputationen sich aller Sonderanträge über Sachen enthalten, die noch in den Deputationen verhandelt werden.

Der Antrag der Finanzkommission wird hierauf angenommen.

Auf eine Anfrage des Herrn Buchler, wann und wie das auf Seite 15 unter Nr. 14 aufgeführte Darlehn des Kreisfonds aus den Anleihen bei der Landesversicherungsanstalt Braunschweig von 2418 000 M getilgt werde, erwidert

Herr Südel, daß es vom Jahre 1911 ab mit jährlich 60 000 M getilgt werden solle.

Zu Kap. II (für kirchliche Zwecke) findet sich nichts zu bemerken. Das Kapitel wird in Zukunft fortfallen.

Kap. III (Unterrichtswesen) wird bis zur Durchberatung der einzelnen Voranschläge zurückgestellt.

Kap. IV (Kunst und Wissenschaft). Die Finanzkommission hat nichts zu bemerken.

Herr Kalms: Ich möchte den Magistrat um Auskunft bitten, ob uns jezt mitgeteilt werden kann, wann das neue städtische Museum voraussichtlich eröffnet werden wird. Ferner sollen die Besuchszeiten dem Vernehmen nach nur bis 2 Uhr währen; ich möchte jedoch bitten, sie etwas zu verlängern, damit auch diejenigen das Museum besuchen können, welche morgens keine Zeit haben.

Herr Bürgermeister Meyer: Wie ich der Versammlung schon in der Sitzung vom 22. Februar d. Js. — Seite 528 des Berichtes — mitgeteilt habe, ist die Einrichtung des Museums noch nicht so weit beendet, um mit Sicherheit übersehen zu können, wann die Sammlungen dem Publikum geöffnet werden können; ich hoffe aber, daß es anfangs Mai geschehen wird.

Was die Besuchszeiten anlangt, so sind dazu nach Ausweis des Begleitschreibens für die Sonntage die Zeiten von 11 bis 2 Uhr und für zwei Wochentage die Zeiten von 10 bis 2 Uhr in Aussicht genommen. Wenn sich später ergeben sollte, daß der Wunsch des Publikums dahin geht, eine längere Besichtigungsdauer zu erhalten, so würde sich der Wunsch bald erfüllen lassen. Eine andere Frage würde es sein, ob man in diesem Falle nicht die Besuchszeit morgens etwas kürzen und dafür nachmittags weiter ausdehnen kann, um die Kosten nicht allzu erheblich zu überschreiten. Die von Herrn Kalms angeführten Gründe für die Ausdehnung der Besuchszeit des Museums am Nachmittage kann ich übrigens nicht voll anerkennen. Wenn auch manche Leute zum Besuche des Museums vormittags keine Zeit haben mögen, so werden sie doch des Sonntags mal hingehen können und ein einmaliger Besuch in jeder Woche dürfte wohl hinreichen.

Herr Rathe: In früheren Jahren habe ich das Herzogliche Museum viel besucht und gefunden, daß dessen Besuchszahl abgesehen von den Sonntagen nicht bedeutend war. Im Jahre 1893/94 zahlten wir für Kunst und Wissenschaft 17442,82 M., während sich der Voranschlag für 1906/7 auf 41600 M., also auf mehr 24157,38 M. beläuft. Dazu kommen noch die Zinsen für das Museumsgebäude und das Archiv mit rund 32000 M. Wenn uns nun immerfort gesagt wird, wir hätten uns der größten Sparsamkeit zu befleißigen, so werden Sie mit mir einig sein, daß wir bei diesen Sachen nicht allzu opulent vorgehen dürfen, zumal wir hier noch das Herzogliche und das vaterländische Museum haben. Deshalb wäre es zweckmäßig, von vornherein zu wissen, wie stark der Besuch des Museums ist, um danach die Zahl der Aufsichtsbeamten bemessen zu können und den Etat nicht zu stark zu belasten.

Kap. V (Armenpflege) wird einstweilen zurückgestellt.

Kap. VI (Gesundheitswesen). Die Kommission hat nichts zu bemerken.

Herr Wesemeier: Auf Seite 33 unter Nr. 7 sind für ärztliche Untersuchung und Ueberwachung der Schulkinder der unteren Bürgerschulen und der katholischen Schule 7500 M. ausgeworfen. Es sind Fälle vorgekommen, daß auf den Schulhöfen Kinder verunglückt sind und es dann an jeder ärztlichen Hilfe gefehlt hat; es würde deshalb besser sein, wenn solchen Kindern von den Schulärzten Hilfe gewährt werden könnte. Der Inspektor der Schule an der Leopoldstraße muß wohl auch dieser Meinung gewesen sein, denn er hat den Eltern eines Jungen, der sich auf dem Schulhofe das Bein gebrochen hatte, sagen lassen, der Arzt käme, jedoch ist der Arzt nicht erschienen. Die erste Behandlung solcher verunglückten Kinder müßte den Schulärzten übertragen werden.

Herr Oberbürgermeister Ketemeyer: Die städtischen Behörden haben die Sache so geregelt, daß den Schulärzten nur die Ueberwachung und Untersuchung der Schulkinder übertragen werden soll, während in den Bestimmungen ausdrücklich gesagt worden ist, daß die ärztliche Behandlung der Schulkinder durch die Schulärzte nicht zu erfolgen habe. Ich gebe zu, es können Fälle vorkommen, wo es wünschenswert erscheint, daß ein ärztliches Eingreifen schnell geschieht, und daß der Schularzt das besorgt, aber im allgemeinen muß davon abgesehen werden. Auch haben wir keine Veranlassung, einen Organisationsplan darüber aufzustellen, was geschehen soll, um bei vorkommenden Unglücksfällen gleich einen Arzt zur Hand zu haben. Wir können den Schulärzten nicht zumuten, daß sie auch noch die ärztliche Behandlung der Kinder übernehmen. Wenn die Eltern verunglückter Kinder in Not waren, haben wir regelmäßig die Kosten der ärztlichen Behandlung hinterher auf die Bürgerschulkasse übernommen, aber eine generelle Anordnung zu treffen, daß die Schulärzte die Behandlung verunglückter Kinder übernehmen sollen, halte ich für bedenklich. Wenn ein Schulinspektor die Eltern solcher Kinder an den

Schularzt verwiesen hat, so mag er wohl gemeint haben, das richtige zu treffen, aber mit dem Umstande, daß der Arzt Schularzt war, hat das nichts zu tun, sondern da werden andere Verhältnisse, z. B. nahe Wohnung oder dergl. mitgesprochen haben.

Herr Hauswaldt: Nach der Auffassung des Schulvorstandes würde es unrichtig sein, zu solchen Hilfeleistungen den Schularzt zu nehmen, sondern man soll den ersten Arzt nehmen, den man kriegen kann. Man muß in der Beziehung dem Schulinspektor freie Hand lassen.

Kap. VII (Vereinszwecke und Volksfeste).

Herr Bunge: Auf Seite 35 findet sich unter Nr. 2 ein Zuschuß von 600 M. zu den Kosten der Feier des Sedantages. Hier wäre die richtige Stelle zu sparen, denn wer solche Feste feiern will, mag die Kosten aus seiner Tasche bezahlen; ich beantrage daher die Streichung des Etatspostens. Die Steuerzahler sind auch ohne solche unnützen Ausgaben schon genug belastet.

Herr Bürgermeister Meyer: Als der Etat aufgestellt wurde, hatte der Verkehrsverein noch keine Auskunft über die Verwendung der ihm bewilligten Beihilfe gegeben, weshalb die Aufnahme einer weiteren Unterstützung nicht erfolgt ist. Wenn der Verein die geforderte Auskunft erteilt und den Antrag auf Unterstützung wiederholt, so steht nichts im Wege, daß ihm die früher bewilligten 1000 M. überwiesen werden können. Sie werden gesehen haben, daß den städtischen Behörden in der Kasse für Wohlfahrtseinrichtungen noch über 8000 M. zur Verfügung stehen und es daher leicht ist, die 1000 M. noch zu gewähren.

Der Antrag des Herrn Bunge ist von sozialdemokratischer Seite jedes Jahr gestellt worden, wenn auch stets ohne Erfolg. Es wird dem nationalen Empfinden der Mehrheit der hiesigen Einwohnerschaft und auch der Versammlung entsprechen, sich stadtseitig an einer würdigen Sedanfeier in der Weise zu beteiligen, daß zu den entstehenden Kosten eine Beihilfe gegeben wird.

Herr Kalms: Ich danke dem Herrn Bürgermeister Meyer für die Auskunft hinsichtlich des Verkehrsvereins und bemerke, daß der Verein seine Abrechnung noch nicht hat abschließen können, weil die Generalversammlung noch nicht stattgefunden hat.

Der Antrag Bunge auf Streichung des Zuschusses zur Sedanfeier wird abgelehnt.

Zum Kapitel VIII (Feuerlöschwesen) hat Herr Peplicz folgenden Antrag gestellt:

„Die Versammlung wolle den Magistrat ersuchen, die Lieferung der Dienstkleidung für die Feuerwehr von der Bedingung abhängig zu machen, daß die Arbeit in der Stadt Braunschweig ausgeführt wird und

die Arbeiter nach dem zwischen den Arbeitgebern und den Arbeitern des Schneidergewerbes vereinbarten Lohntarife entlohnt werden.“

Herr Peplies: Die Anfertigung der Dienstkleidung für die Feuerwehr hat verschiedentlich Anlaß zu Klagen gegeben insofern, als die Arbeit nicht nach dem vereinbarten Tarife bezahlt wird. Es besteht hier seit vier Jahren ein Lohnarif, der nach langen Verhandlungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitern vereinbart wurde und es ist der Wunsch auch aller besseren Geschäftsinhaber, daß die Arbeiten nach diesem Tarife bezahlt werden. Der frühere Unternehmer Fuhrmeister hat trotzdem aber nur etwa die Hälfte der vereinbarten Tariffäge bezahlt und der letzte Lieferant der Stadt, Karstadt, hat auch eine Mark für das Stück weniger bezahlt, als im Tarife vorgesehen ist. Für die hier in Frage stehenden Sachen kommt der niedrigste Tariffag: 6 M für die Toppe und 3 M für die Hose in Betracht, die Arbeiter haben aber nur 5 M für die Toppe erhalten, während 2,25 M für die Hose angeboten wurden. Auf entsprechende Vorstellung der Arbeiter ist ihnen gesagt worden, es könnte nicht mehr bezahlt werden, weil der Lieferant zu wenig bekäme. Wahrscheinlich wird letzterer sich zu Lieferungspreisen angeboten haben, mit denen er nicht auskommen kann. Man könnte nun fragen, weshalb machen das die Arbeiter zu den niedrigen Preisen? Die Sache liegt aber so, daß die Arbeiten in der sogenannten faulen Zeit angeboten werden, wo die Arbeiter unter dem wirtschaftlichen Drucke stehen und sich nicht dagegen wehren können, zumal ihnen auch noch damit gedroht wird, die Arbeiten, bei etwaiger Weigerung der Arbeiter, aufs Land geben zu wollen. Unter diesem Drucke wird dann die Arbeit angefertigt. Die Arbeiter wundern sich über diese Verhältnisse umsomehr, als sie für die städtische Verwaltung billiger arbeiten müssen, als für Private; sie haben deshalb den Wunsch, daß die städtischen Behörden etwas tun müßten, um der Willkür in der Bezahlung dieser Arbeiten entgegenzutreten. Die Stadt wird dadurch nicht belastet und die Forderung ist eine sehr billige. Unser Tarif ist in anderen Städten wegen seiner Bescheidenheit schon aufgefallen. Für die städtischen Arbeiten wird er aber noch für zu hoch gehalten, indem die Unternehmer die Lieferungen übernehmen und sich hinterher an den Arbeitslöhnen schadlos halten. Ich möchte den Magistrat bitten, diese Bedingung mit in die Lieferungsbedingungen aufzunehmen und damit eine große Unzufriedenheit unter den Arbeitern zu beseitigen.

Herr Esdorn: Wenn Herr Peplies meint, die Stadt hätte bei Durchführung seines Antrages keinen Schaden, so dürfte das nicht zutreffen, da dann die Kleidungsstücke zu den bisherigen Sägen nicht geliefert werden können und die Stadt demnach mehr Geld dafür anlegen muß. Im übrigen würde ich nichts dagegen haben, wenn der Antrag angenommen würde. Besonders möchte ich aber wünschen, daß derartige Arbeiten und Lieferungen nicht wieder an Warenhäuser vergeben werden.

Herr Oberbürgermeister Ketemeyer: Wie ich von Herrn Esborn schon früher gehört habe, hat der Kreisbranddirektor einmal Decken in einem Warenhause gekauft. Ich habe darauf dem Herrn Kreisbranddirektor eröffnet, wenn die Stadt es für angemessen erachte, die Warenhäuser mit einer besonderen Steuer zu belegen, weil sie eine Praxis befolgen, die dem gewöhnlichen Geschäftsgehabren nicht entspreche, so würde es der Gepflogenheit der Stadtverwaltung nicht geziemen, wenn die Stadt selbst dort Waren kaufte. Inzwischen ist nun bekanntlich eine Deputation niedergesetzt worden, welche die Arbeiten zc. zu vergeben hat, so daß jetzt derartige Fälle wohl ausgeschlossen sein werden.

Was den Antrag Beplies anlangt, so klingt es ja sehr akzeptabel, wenn man hört, daß er der Stadt nichts kosten soll. Ich möchte indessen darauf aufmerksam machen, daß ich ihn im höchsten Grade für bedenklich halte, nicht wegen der speziellen Sache, sondern weil sich die Stadt damit auf eine durchaus schiefe Ebene begibt, denn wenn wir erst anfangen wollen, bei der Vergabung von Arbeiten uns in die Differenzen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern zu mischen, und Einfluß auf die Lohnverhältnisse zu gewinnen, so führt das schließlich dahin, daß die Stadt sich zum Richter bei derartigen Streitigkeiten macht. Wenn der Magistrat bei dem Ausbruche eines Streites in derselben Weise gegen die Arbeiter vorgehen wollte, wie er hiernach gegen die Arbeitgeber vorgehen soll, so würden die Arbeiter jedenfalls sagen, was fällt dem Magistraten ein, sich in unsere Sachen zu mischen? Wir wollen die städtischen Arbeiten allerdings nicht unbedingt an den Mindestfordernden vergeben, aber wir können uns unmöglich in die Arbeitsverhältnisse zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern einmischen.

Herr Beplies: Wenn Herr Esborn meint, der Unternehmer könnte bei Zahlung der vereinbarten Lohnsätze die Sachen zu den heutigen Preisen nicht liefern, so mag das richtig sein, aber der Unterschied beträgt nur eine Mark für die Toppe, also eine Differenz, die für die Stadt nichts ausmacht, für den Arbeiter aber ein Gegenstand ist. Durch meinen Antrag soll verhindert werden, daß Lieferungen ohne Rücksicht auf den Arbeitslohn übernommen werden.

Herr Wesemeier: Die Befürchtung des Herrn Oberbürgermeisters, daß die Stadt sich in den Kampf zwischen Unternehmern und Arbeitern mischen würde, kann nicht eintreffen, weil der Lohnsatz von allen Seiten allgemein anerkannt und durchgeführt ist. Im Gegenteil, gerade dadurch, daß dem Unternehmer stadtsseitig gestattet wird, niedrigere Preise, als im Tarife stehen, zu zahlen, wird der Tarif durchbrochen. Auf die Bemerkung des Herrn Oberbürgermeisters, daß wir uns bei Annahme des Antrages Beplies auf eine schiefe Ebene begeben würden, will ich erwidern, daß wir damit nicht vereinzelt dastehen würden, denn es gibt z. B. sehr viele Behörden, die nur dort arbeiten lassen, wo der Buchdrucker-

tarif Anwendung findet. Ebenso liegt es hier mit dem Schneidergewerbe, wo sich Prinzipale und Gehilfen über den Tarif geeinigt haben.

Herr Günther: Ich verstehe nicht, wie der Herr Oberbürgermeister sagen kann, die städtischen Behörden wollten sich nicht in die Streitigkeiten zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer mischen. Wenn ein Streit zwischen beiden überhaupt bestanden hat, so gilt er als beendet, seitdem der Tarif zwischen ihnen vereinbart worden ist. Auch im Interesse der Arbeitgeber liegt es, daß nach dem Tarife gearbeitet wird, weil sie etwas Gewisses dadurch haben. Zu derartigen Preisdrückereien dürfen aber am allerwenigsten die städtischen Behörden die Hand bieten, zumal es sich für die Stadt dabei nur um 20 oder 30 M handelt. Wenn heute dem Antrage nicht entsprochen werden sollte, so werden wir einen Generalantrag in der Richtung stellen. Die Buchdrucker haben solche Wünsche in einer großen Anzahl von Städten geäußert und haben auch Erfolg damit gehabt. Soviel ich weiß, sollen auch hier derartige Wünsche vor den Magistrat kommen. Um Streitigkeiten zu vermeiden, möchte ich bitten, dem Antrage Beplies zu entsprechen.

Herr Esdorn: Ich muß dabei bleiben, daß die Sache für die Stadt sehr wohl etwas kostet. Der Unternehmer verdient jetzt sehr wenig an den Kleidungsstücken, und er muß bei Beobachtung des Tarifs notwendigerweise gedrückt werden. Wir müssen aber darauf halten, daß die Sachen in Zukunft nicht konfektionsmäßig in Berlin oder Stettin angefertigt werden. Ich bin der festen Ueberzeugung, daß an den Hosen nur 75 S, bis 1 M verdient werden; die Stadt wird aber nicht erwarten dürfen, daß jemand bei einem so geringen Verdienst ein Risiko eingeht und sich mit mehreren hundert Metern Stoff versieht. Die Lieferung ist ja erst neu vergeben, aber der neue Lieferant wird auch unmöglich den Tarif nach Klasse III bezahlen können. Wenn wir das wollen, müssen wir unbedingt die Preise für die Sachen erhöhen und das kostet der Stadt Geld.

Herr Meyerhoff: Durch eine Bemerkung des Herrn Oberbürgermeisters bin ich gezwungen, das Wort zu ergreifen. Bei der Vergabung der städtischen Arbeiten haben wir das Prinzip verfolgen wollen, sie nicht dem Mindestfordernden zu geben, jedoch hat das betreffende Statut nicht erfüllt, was in Handwerkerkreisen davon erhofft war. Es wird fast durchschnittlich dem Mindestfordernden die Arbeit gegeben; wenn aber in der Deputation die Frage genau geprüft würde, ob es möglich ist, daß der Mann dabei existieren kann, so würde wohl ein anderes Verfahren dabei eingeschlagen. Ich spreche hierbei nicht für mich, denn mir ist es gleichgültig, weil bei städtischen Arbeiten nichts zu holen ist, aber in Handwerkerkreisen ist man darüber sehr verstimmt. Die meisten Handwerker arbeiten heute unter solchen Verhältnissen, daß sie nur das trockene Brot dabei haben.

Herr Hsman n: Es ist heute auch davon gesprochen worden, daß die Mauer im Stadtparkgebäude eine werbende Kraft für die Stadt bilden sollte. Für uns handelt es sich aber zunächst darum, daß die Arbeiter den nötigen Lohn haben müssen, und wenn die Arbeitgeber mit den Arbeitnehmern einen Lohntarif festgestellt haben, so geht der sicher nicht über das Maß des Notwendigen hinaus. Wenn Herr Esborn sich an dem Ausdruck des Herrn Peples festklammert, daß die Stadt keine Kosten davon haben werde, so halte ich es dem gegenüber an erster Stelle für nötig, die Schleuderkonkurrenz zu beseitigen und nicht für diejenigen Arbeiten, die sie anfertigen läßt, solches Dilemma eintreten zu lassen. Die Städte haben danach zu sehen, daß die von ihnen zu vergebenden Arbeiten mit einem menschenwürdigen Lohne bezahlt werden. Ich bin der Ueberzeugung, daß, wenn die Stadt hierfür mehr bezahlt, dies eine größere werbende Kraft hätte, als der Zuschuß für den Verkehrsverein und dgl. Ich würde es also nicht bedauern, wenn hierfür mehr ausgegeben würde, schon um nicht mit der Möglichkeit rechnen zu müssen, daß die Arbeiten von auswärtigen Konfektionsfirmen ausgeführt werden.

Herr Wolters: Ich möchte die Äußerungen des Herrn Meyerhoff über die Tätigkeit der Deputation zur Vergabung der städtischen Bauarbeiten nicht unwidersprochen lassen, denn es ist nicht angenehm, zu hören, daß die Deputation den in sie gesetzten Hoffnungen nicht entsprochen haben soll. Die von Herrn Meyerhoff ausgesprochene Meinung, daß die Arbeiten dem Mindestfordernden gegeben würden, ist durchaus unrichtig. In sehr vielen Fällen, wo von der städtischen Bauverwaltung empfohlen war, die Arbeit dem Mindestfordernden zu geben, ist von der Deputation, schon um den Schein zu vermeiden, davon Abstand genommen worden. Die Deputation will die Arbeiten gerecht verteilen in der Weise, daß sie möglichst an verschiedene Bewerber vergeben werden und nicht nur an einen. Neulich sind z. B. Tischlerarbeiten im Werte von 15 000 bis 20 000 M an acht oder zehn verschiedene Meister vergeben und zwar auch nicht an den Mindestfordernden und auch nicht nach Losen, sondern unter Berücksichtigung der Tüchtigkeit der Handwerker. Bei der Vergabung der Kanalarbeiten vor dem Fallerslebortore ist z. B. der Mindestfordernde ausgeschlossen. Insofern möchte ich die Tätigkeit der Deputation in Schutz nehmen.

Herr Jasper: Ich verstehe nicht, wie der Antrag Peples Herrn Meyerhoff Anlaß geben kann, Klagelieder über das notleidende Handwerk anzustimmen. Hier liegt es so, daß die Schneidermeister mit ihren Gehilfen einen Lohntarif vereinbart haben, den sie halten müssen, wenn sie gegenüber den Gehilfen nicht wortbrüchig werden wollen. Einen solchen Wortbruch gegenüber den Gehilfen noch zu unterstützen, kann nicht Sache der städtischen Behörden sein, sondern sie dürfen ihre Arbeiten nur an solche Submittenten vergeben, die den Lohntarif innehalten.

Herr Hauswaldt: Ich halte die Ideen der Lohntarife für außerordentlich wertvoll und interessant, jedoch glaube ich nicht, daß es möglich ist, die Frage im Rahmen der Staatsberatung endgültig zu erledigen. Ebenso gut wie der Käufer — in diesem Falle die Stadt — von dem Verkäufer verlangt, eine gewisse Güte des Stoffes geliefert zu erhalten, sehe ich nicht ein, weshalb die Stadt nicht soll verlangen können, daß der Verkäufer sich an den Lohntarif hält. Es würde das für die Lieferanten den großen Vorteil haben, daß die Schmutzkonkurrenz herausgedrängt würde. Ich bitte, den Antrag außerhalb des Stats zu behandeln, da es der Mühe wert ist, sich näher damit zu befassen.

Herr Sander: Wenn die Meister tatsächlich mit den Gehilfen einen Lohn-tarif vereinbart haben, so sehe ich auch nicht ein, weshalb sich die Stadt nicht an diesen Tarif halten und nur den Meistern Arbeit übertragen soll, die sich dem Tarif unterworfen haben. Es würde für das Handwerk gegenbringende Folgen haben, wenn dadurch die Schleuderkonkurrenz aus der Welt geschafft werden könnte.

Nachdem sich die Versammlung dafür erklärt hatte, daß der Antrag Pelpies kommissionsweise vorberaten werde, überweist ihn der Herr Vorsitzende der Finanzkommission.

Herr Frühling: Was Herr Meyerhoff gesagt hat, ist durchaus unrichtig, denn es ist gerade das Gegenteil von dem, was in der Deputation geschieht. Ich kann den Ausführungen des Herrn Wolters nur zustimmen, daß nämlich in der Deputation niemals die Mindestforderung allein den Ausschlag gegeben hat. Im Gegenteil, in den allermeisten Fällen ist von dem Angebot des Mindestfordernden abgesehen und ihm nur dann der Zuschlag erteilt worden, wenn die Preisforderung eine derartige war, daß dadurch kein Drücken der Konkurrenz eintrat. Es ist bedauerlich, daß Herr Meyerhoff hier solche Sachen ohne weiteres vorträgt, ohne sich über den wahren Sachverhalt vorher informiert zu haben; es wäre das sehr leicht möglich gewesen, da die Protokolle der Deputation vorliegen. Vielleicht läßt der Herr Oberbürgermeister diese Sachen einmal zusammenstellen, da sich dann am besten ergibt, wie verfahren worden ist, ob die Arbeiten wirklich so verteilt sind, wie es den Wünschen der Versammlung entspricht und ob die ausgewählten Lieferanten auch die beste Qualität geliefert haben.

Herr Meyerhoff: Ich will hier keine Namen nennen, bin aber bereit, der Deputation meine Gewährsmänner namhaft zu machen. Es ist hier ganz richtig von Schmutzkonkurrenz die Rede gewesen, denn ich nenne das auch schmutzig. Herrn Dr. Jasper möchte ich entgegnen, daß der Notzschrei bei den Handwerkern jetzt viel begründeter ist, als bei den Arbeitern. Der Handwerker muß heutzutage den Lohnsatz zahlen, der nicht nur ortsüblich ist, sondern der auch für den Arbeiter als auskömmlich erachtet werden muß. Ich kann von mir behaupten, daß ich meinen Pflichten gegenüber den Arbeitern stets nachgekommen bin, denn es sind

Leute bei mir über 25 Jahre; das kommt aber daher, einerseits daß ich den Lohn nicht drücke und andererseits, daß ich auf viele Arbeiten von vornherein verzichte, weil ich mir sage, daß infolge der Schmuckkonkurrenz nichts dabei zu holen ist. Was hat das ganze Vergabungswesen hier schon gezeitigt? Nicht allein bei Privatarchitekten, sondern auch bei anderen Privatleuten ist es jetzt schon üblich geworden, bei einem Auftrage von 50 bis 100 M ein Duzend Handwerker zur Preisabgabe aufzufordern und die Arbeit demjenigen zu geben, der sie am billigsten macht. Durch die öffentlichen Ausschreibungen ist ein Preisdrücken eingerissen, wie wir es früher nicht gekannt haben.

Herr Sander: Ich kann die Ausführungen des Herrn Meyerhoff voll und ganz unterstützen. Der Herr Oberbürgermeister hat direkt erklärt, die Arbeiten würden dem Mindestfordernden gegeben, so daß der Vorwurf, welcher der Deputation gemacht worden ist, nicht zurückgewiesen werden kann. Es sollte mich freuen, wenn die Deputation ihre Praxis geändert haben sollte, denn früher hat sie es nicht so gemacht, wie Herr Frühling hier ausgeführt hat, wenigstens ist mir aus der Malerbranche bekannt, daß bei den beiden ersten Submissionen die Arbeit zu solchen Preisen vergeben worden ist, daß damit absolut nicht auszukommen war und der betreffende Handwerker bares Geld beilegen mußte. Dadurch wird aber der Handwerker ruiniert. Wenn man lange Jahre hier in der Versammlung gesessen und Zulagen für Beamte und Arbeiter mit bewilligt hat, die durch den höheren Preis der Lebensbedürfnisse motiviert wurden, so kann man es nicht für richtig halten, daß in solcher Zeit den Handwerkern ihr berechtigter Verdienst durch die Submissionen genommen wird. Die Submissionen ruinieren das Handwerk, wenigstens da, wo der Mindestfordernde den Zuschlag bekommt. Wir müssen bei den Submissionen den Mindestfordernden unter jeder Bedingung ausschließen, denn nur dadurch wird die Schleuder- und Schmuckkonkurrenz beseitigt.

Herr Oberbürgermeister Ketemeyer: Herr Sander wird mich mißverstanden haben, wenn er sagt, ich hätte behauptet, es würde bei den städtischen Submissionen immer der Mindestfordernde berücksichtigt. Das Gegenteil habe ich gesagt und zwar in der Weise, daß ich äußerte, es stünde durchaus nicht fest, daß wir jedesmal den Mindestfordernden nähmen. Uebrigens kann ich die Ansicht, den Mindestfordernden prinzipiell niemals zu nehmen, auch nicht als richtig anerkennen; wenn das Angebot des Mindestfordernden uns angemessen erscheint, so sehe ich nicht ein, weshalb wir ihn nicht nehmen sollen. Herr Sander sagte auch, es sei anfangs von der Deputation anders verfahren worden, und er hat dabei wahrscheinlich den einen berühmten Fall im Auge, daß nach der Vergabung einer Arbeit an den Mindestfordernden von der Innung eine Beschwerde einlief, in der es hieß, wie es möglich wäre, die Arbeit zu solchem niedrigen Preise zu vergeben, daß dabei der betreffende Handwerker absolut nicht existieren könnte. Der Magistrat

hat daraufhin die Sache untersuchen lassen und dabei hat sich herausgestellt, daß die Arbeiten tadellos ausgeführt waren und der Unternehmer mit seinem Verdienste zufrieden war. Was wollen wir aber mehr? Früher war die freihändige Vergebung der Arbeiten durch die städtische Bauverwaltung an der Tagesordnung; das hat der Mehrheit der Versammlung nicht zugesagt, worauf entsprechende Vorschriften erlassen sind, die sich bewährt haben. Das fortwährende Treiben in der Richtung, auf jeden Fall bei der Vergebung der Arbeiten den Mindestfordernden auszuschließen, hat gar keinen Zweck. Außerhalb ist es bei strikter Durchführung solcher Maßnahmen dahin gekommen, daß man einen Strohmann vorgeschickt hat, der die niedrigste Forderung abgeben mußte und der dann ausgeschlossen wurde. Ich begreife nicht, wie man anders vorgehen soll. Soll man vielleicht sagen, die städtische Bauverwaltung macht es nach bestem Ermessen? Ich kenne keinen anderen Weg, als die Arbeiten öffentlich zu vergeben und jedem Gelegenheit zu bieten, eine Offerte abzugeben.

Das fortwährende Klagen über das Drücken der Preise durch die Submissionen legt die Vermutung nahe und veranlaßt mich zu der Frage: sind die Herren vielleicht nicht in der Lage, ihren eigenen Vorteil zu berücksichtigen? Sie machen Ihren Handwerkskollegen immer den Vorwurf, daß sie nicht zu rechnen verstehen. Wer das aber nicht kann, den kann ich auch nicht schützen. (Zustimmung.)

Herr Frühling: Herr Meyerhoff will uns Gewährsmänner anführen, damit ist uns aber nicht geholfen. Wenn wir Herrn Meyerhoff auf die geführten Akten verweisen, so brauchen wir uns mit seinen Gewährsmännern nicht abzugeben. Die Gewährsmänner sind, wenn sie etwas anderes behaupten, eben falsch unterrichtet, und der Angriff war daher deplaziert und nicht richtig. Die Deputation geht von dem Bestreben aus, den Handwerkern entgegenzukommen und nicht dem Billigsten die Arbeiten zu geben. Die Klagen sind allgemein, daß die Submissionen die Handwerker ruinieren, und der Herr Oberbürgermeister hat ja schon dagegen gesprochen. Was ist denn überhaupt der Grund gewesen, solche Ausschreibungen zu machen? Gerade die Klagen der Handwerker, daß so viele Leute in den Städten dadurch benachteiligt würden, daß die Arbeiten an einzelne Leute vergeben würden. Das Bestreben, eine gerechte Verteilung der Arbeiten vorzunehmen, hat dahin geführt, die Arbeiten öffentlich auszuschreiben, so daß jeder Handwerker jetzt herankommen kann. Das ist ein sehr gesundes Prinzip. Wenn das als richtig anerkannt wird, und wenn Sie noch die Versicherung von Magistrat und Deputation erhalten, daß auf Preisdrückerei nicht gesehen wird und hauptsächlich auch nicht auf den Mindestfordernden, sondern auf gute Arbeit zu angemessenen Preisen und auf eine gute Verteilung der Arbeit, so dürften Sie wohl in jeder Beziehung zufrieden sein können.

Herr Lübke: Ich möchte Herrn Meyerhoff zustimmen, daß Submissionen, bei denen unter allen Umständen die Lieferungen an die Mindestfordernden vergeben werden, zu Preisdrückereien führen können; ich muß aber hinzufügen, daß bei uns der Mindestfordernde durchschnittlich von der Vergabung ausgeschlossen wird. So haben wir z. B. in einem Falle, wo die Lieferung zu 66 000 M. veranschlagt worden war und wo der Mindestfordernde 51 000 M. forderte, sie dem fünften Mindestfordernden gegeben. Sie können also nicht davon reden, daß der Mindestfordernde die Arbeit immer bekommen hat. In dieser Hinsicht ist Herr Meyerhoff vollständig falsch unterrichtet, und ich möchte ihn bitten, einmal die Protokolle der Deputation nachzusehen, dann würde er sich eines anderen belehren. Herr Meyerhoff mag insofern recht haben, als der Handwerkerstand unter den Submissionen leidet; es ist allerdings schwieriger, vorher genau zu kalkulieren, als wenn bei einem Privatmanne eine Arbeit gemacht wird, deren Preis sich nachher berechnen läßt. Der Handwerkerstand ist selbst schuld, daß er nicht kalkulieren gelernt hat, und das haben die kleineren Handwerker allerdings insofern sehr schlecht gelernt, als sie meistens ihre Generalunkosten nicht berechnen. Dazu kann aber der Magistrat nichts tun und wir auch nicht, das wäre Sache der Innungen und der Innungsschulen. Deshalb dürfte es am Plage sein, in den Innungen die Trommel zu rühren und den Mitgliedern zu sagen: Lernt Buchführung und lernt kalkulieren! (Zustimmung.)

Herr Bues: Ich muß den Ausführungen des Herrn Oberbürgermeisters ebenfalls zustimmen. Was für Klagen haben wir nicht schon aus Handwerkerkreisen gehört, daß der einzelne Baubeamte demjenigen am liebsten eine Arbeit übergebe, mit dem er gewohnt wäre zu arbeiten, weil ihm das bequemer wäre, als bei einem ihm noch nicht bekannten Meister? Durch solches Vorgehen wurde allerdings die große Mehrzahl der Handwerker ausgeschlossen. Bei den Schulbauten hatten wir z. B. immer nur die gleichen 4—6 Tischlermeister, und einer der tüchtigsten Meister wurde damals nicht berücksichtigt, weil der Stadtbaumeister Osterloh erklärte, er könne mit ihm nicht arbeiten. Als aber bei einem Privatbau des Herrn Baumeisters der Bauherr darauf bestand, daß dieser Meister zugezogen wurde, lernte ihn Herr Baumeister Osterloh erst kennen und forderte ihn dann stets mit auf bei der Vergabung der städtischen Arbeiten. Alle diese Klagen haben heute die Veranlassung dazu gegeben, daß es anders geworden ist. Die heute gegen die Deputation erhobenen Vorwürfe sind vollständig unberechtigt, denn die Deputation hat sich streng an die Vorschriften gehalten. Mit den Steinsetzarbeiten liegt es ähnlich. Ein Herr ist hier fast Millionär geworden und die anderen konnten nicht mitkommen. Auch das ist jetzt anders geworden. Die Pflasterung des Regidienmarktes ist in Folge des jetzigen Verfahrens bedeutend billiger geworden und der Unternehmer ist doch gut dabei weggekommen. Die Unternehmer, welche früher immer an der Krippe ge-

essen haben, fühlen den Unterschied heute allerdings schwer heraus. (Heiterkeit.) Das soll aber gerade so sein, wie es heute gemacht wird.

Herr Sander: Der heutige Modus der Arbeitsverteilung hat allgemein Anklang gefunden und auch ich stimme ihm voll und ganz zu; ich habe auch nur gerügt, daß dabei eine Preisdrückerei vorgekommen ist. Wenn die Herren Oberbürgermeister Metemeyer und Lübke sagen, die Handwerker seien selbst schuld daran, so stimmt das, aber ich meine, es gibt darunter nur einzelne, die nicht rechnen können und die geben die billigsten Preise ab, aber denen, die rechnen können, nützt das nichts, weil sie die Arbeit nicht kriegen.

Herr Oberbürgermeister Metemeyer: Der Vorwurf, daß die Deputation die Preise gedrückt habe, ist wohl zurückgenommen. Was die Frage des Rechnenkönnens und Nichtrechnenkönnens anbetrifft, so will ich bemerken, daß es eine Deputation, die dem Unternehmer ansieht, ob er rechnen kann oder nicht, nicht gibt. Da muß man der Sache freien Lauf lassen. Ich mache auch unseren Unternehmern nicht allgemein den Vorwurf, daß sie nicht rechnen könnten, zumal ich bemerkt habe, daß bei den letzten Vergabungen und auch schon früher der Unterschied in den Angeboten nur ein unbedeutender war. Aus diesem Grunde konnte die Deputation sich bei der Vergabung der Arbeiten wesentlich danach richten, welcher Unternehmer für die eine oder die andere Arbeit am meisten geeignet war, und sie hat sich dann auch bei der Vergabung von diesem Gesichtspunkte hauptsächlich leiten lassen.

Herr Esdorn: Es war ein glücklicher Gedanke, eine Deputation für die Vergabung der Bauarbeiten einzusetzen, und es ist auch mit Freude zu konstatieren, daß die Deputation die Arbeiten, soweit angängig, in einzelnen Teilen vergeben hat. Aus Tischlerkreisen ist mir gegenüber der Wunsch geäußert, die Löße noch kleiner zu machen, damit auch die kleineren Meister mit konkurrieren könnten.

Herr Fudel: Der letztere Wunsch des Herrn Esdorn kommt mir etwas wunderbar vor, da es gar nicht möglich ist, die Arbeiten in noch kleineren Losen zu vergeben, wenn man nicht höhere Preise bezahlen will. Es ist den kleinen Betrieben eben nicht möglich, mit den großen Betrieben gleiche Preise zu halten. Wollen Sie im Submissionswesen etwas erreichen, so müssen Sie verlangen, daß jeder Bewerber der Abgabe seines Preises ausreichende Kalkulationen beigibt. Wenn Herr Lübke sagt, die Handwerker, welche zu geringe Preise fordern, können nicht rechnen, so gebe ich das zu, aber auch derjenige, welcher rechnen kann, kommt aus besonderer Veranlassung wohl einmal dazu, billiger arbeiten zu können als andere, vielleicht, weil er schon mehr derartige Arbeiten gemacht hat und deshalb seine Generalunkosten billiger sind, oder aus sonstigen Gründen. Es ist deshalb unmöglich, einen Weg zu finden, der jedem gerecht wird; man kann nur nach seiner Ueberzeugung handeln und dann ist es richtig.

Herr Fröhling: Wenn Herr Sander sagt, daß man auch diejenigen Unternehmer berücksichtigen soll, die nicht rechnen könnten, so ist das grundverkehrt: Wer nicht rechnen kann, der ist kein tüchtiger, selbständiger Handwerksmeister, und wird früher oder später an der Unfähigkeit, nicht rechnen zu können, zu Grunde gehen. Wir müssen deshalb diejenigen ausschließen, die nicht selbständig rechnen gelernt haben. Was den Vorwurf des Herrn Exdorn anlangt, daß die Tischlerarbeiten nicht in genug Lose verteilt seien, so muß ich dem widersprechen, da das gerade geschehen ist. Bei den letzten Submissionen z. B. für das Pflegehaus und die Paulikirche sind die Stühle, die Tische etc. alles in einzelnen Losen vergeben worden, so daß von 11 Bewerbern 8 Berücksichtigung gefunden haben. Die Vorwürfe sind also nicht begründet.

Ein Schlußantrag wird angenommen.

Herr Sander (zur persönlichen Bemerkung): Herr Fröhling muß mich vollständig falsch verstanden haben. Ich habe nicht gesagt, daß die Leute, die nicht rechnen könnten, berücksichtigt werden möchten, sondern ich habe im Gegenteil erklärt, daß, solange diese Leute noch berücksichtigt würden, hätte das für die anderen Handwerker schlechte Folgen.

Herr Meherhoff (zur persönlichen Bemerkung): Ich bin keiner von denjenigen gewesen, die an die Krippe gebunden waren, wie man aus der Bemerkung des Herrn Bues vielleicht schließen könnte, sondern ich habe mich immer mehr an die Privatkundschaft gehalten und habe mich besser dabei gestanden. Trotzdem spreche ich aber meine Ansicht über die Sache frei aus.

Herr Fiedel: Um auf das Kap. VIII zurückzukommen, will ich bemerken, daß die für die Feuerwehrmänner ausgeworfene Summe nur scheinbar geringer ist, als im Vorjahre. Im Vorjahre war nämlich der Durchschnittsbetrag des Lohnneinkommens ausgeworfen, während im neuen Etat die tatsächliche Entlohnung in Ansatz gebracht worden ist.

Herr Kathe: Im Jahre 1893/94 haben wir bei 6116 Häusern für die Feuerwehr stadtseitig 46331 M. ausgegeben, also pro Haus 7,58 M., während die Ausgabe nach dem Voranschlage des Jahres 1906/07 bei 7721 Häusern außer dem Staatszuschusse von 24000 M. sogar 80600 M., also fürs Haus 10,44 M., betragen soll; das bringt für 1605 Häuser 34269 M. mehr. Diese gewaltige Steigerung der Ausgaben für die Feuerwehr veranlaßt mich zu der Frage, ob es nicht möglich ist, die größeren Feuerversicherungsgesellschaften in der Weise mit zu den Kosten heranzuziehen, daß sie uns eine wesentliche Beihilfe zum Feuerlöschwesen zahlen. Wir schützen mit unseren Feuerlöscheinrichtungen eigentlich nur die Feuerversicherungsgesellschaften, denn je besser unsere Einrichtungen sind, desto besser ist es für diese. Hier kommen an sich schon wenig Schadenfeuer auf, entsteht aber wirklich mal eins, so ist die Feuerwehr mit offenartiger Geschwindigkeit am Platze, um es zu

löschen, und die Feuerversicherungen haben den größten Vorteil davon. Ich habe in den 33 Jahren, die ich mein Geschäft führe, etwa 40 000 M an Feuerversicherungsgeldern bezahlt, also eine Summe, die für den einzelnen doch nicht unbedeutend zu nennen ist. Es wäre der Erwägung wert, zu versuchen, ob wir unseren Etat bei diesem Kapitel nicht durch Heranziehung der Feuerversicherungsgesellschaften zu den Kosten erleichtern könnten. Wir wollen binnen kurzem noch zwei außerstädtische Feuerwachen einrichten, die große Ausgaben verschlingen werden, so daß wir auf eine Entlastung des Stats Bedacht nehmen müssen.

Herr Fröhling: Ich möchte diese Anregung durchaus unterstützen, da sie mir sehr zweckmäßig zu sein scheint. Es dürfte sich empfehlen, zu versuchen, mit den betreffenden Feuerversicherungsgesellschaften Verträge abzuschließen, nach denen sie einen gewissen Prozentsatz der eingezogenen Prämien an die Stadt abzuführen haben. Wenn dann das Verzeichniß der Gesellschaften veröffentlicht wird, die mit der Stadt solchen Vertrag abgeschlossen haben, so kann sich jeder bei dem Abschluß eines Versicherungsvertrages danach richten.

Herr Meyerhoff: Eine ähnliche Anregung kommt ja, wie das Mädchen aus der Fremde, bei jeder Statsberatung hier vor. Ich habe früher schon angeregt, dahin zu streben, daß wir von der Landesbrandkasse auch einer höheren Zuschuß erhalten, da die Einnahmen, welche diese Kasse aus der Stadt bezieht, in keinem Verhältnisse zu ihren Ausgaben für die Stadt stehen. Von ländlicher Seite bin ich für meine Aeußerung, daß wir die Schadenfeuer auf dem Lande mit zu bezahlen haben, angegriffen worden, jedoch entspricht das vollkommen der Wahrheit. Ich möchte bitten, auch zu versuchen, einen höheren Zuschuß von der Landesbrandkasse zu erhalten.

Herr Ribbentrop: Wenn die Stadt bei den Feuerversicherungsgesellschaften eingreifen könnte, so würde das wohl jeder mit Vergnügen begrüßen. Die Gesellschaften sind hier konzessioniert und zahlen Hunderte von Prozenten an ihre Interessenten heraus. Sie haben aber einen Bund geschlossen, der sie gegenseitig schützen soll. Der Kampf gegen den Bund ist angegangen mit dem Elektrizitätswerke. Es handelt sich um Hunderte von Millionen, die versichert sind, und es wird hoffentlich gelingen, Breche zu schlagen. Nimmt die Stadt sich der Sache an, so ist es nicht ausgeschlossen, daß den Gesellschaften die Macht gebrochen wird.

Herr Südel: Wenn die Herren sich einmal überzeugen wollen, welche Steuern die Feuerversicherungsgesellschaften hier zahlen, so werden Sie sehen, daß die Einnahmen der meisten Gesellschaften gleich Null sind; nur wenige haben größere Einnahmen, die sie hier versteuern, weil sie pro rata der Gesamtrechnung hier nur ein geringes Einkommen haben.

Herr Ribbentrop: Die Verhältnisse sind mir unerklärlich. Man sieht aus dem Kurzzettel, daß die Versicherungsgesellschaften Hunderte von Prozenten zahlen, weshalb es mir unbegreiflich ist, daß sie nichts verdienen sollen.

Herr Rathe: Meine Anregung geht von dem Gedanken aus, daß ich mir die Frage vorlegte, wie hoch sich die Einnahmen der Versicherungsgesellschaften belaufen. Wenn unsere Schutzeinrichtungen immer noch verbessert werden, so kann für die Gesellschaften keine große Gefahr vorliegen; man würde deshalb auch einer städtischen Mobiliarversicherung das Wort reden können. Ich würde mich wenigstens freuen, wenn die von mir bezahlten Summen in den Stadtsäckel geflossen wären. Wenn gesagt wird, die Gesellschaften verdienen hier nichts, so muß das doch bei einigen Gesellschaften, z. B. bei Aachen-München, Magdeburg, Gotha, Leipzig u. anders liegen. Jedenfalls muß man darüber nachdenken, wie der Stadt aus den Versicherungsprämien eine Einnahmequelle zugeführt werden kann.

Zum Kap. IX. (Ortspolizei) findet sich kommissionsseitig nichts zu bemerken.

Herr Wesemeier: Auf Seite 43 des Etats finden sich u. a. die Löhne der Nachtwächter verzeichnet. Danach bekommen von den 78 Nachtwächtern 51 je 70 M monatlich und nur 27 über 70 bis 80 M. Es ist allerdings den Leuten gestattet, sich eine Nebenbeschäftigung zu suchen, aber es ist auch sehr erklärlich, daß ein Teil der Nachtwächter keine Gelegenheit dazu finden wird; andererseits ist es auch natürlich, daß von dem Lohne, den der größte Teil der Nachtwächter erhält, nicht allzuviel übrig ist. Die Nachtwächter müssen sich auch ihre Hosen selbst halten, während sie der Feuerwehr geliefert werden; man sollte daher einführen, auch den Nachtwächtern die Hosen stadtseitig zu liefern, zumal sie bei ihnen insofern viel strapaziert werden, als sie in der Dunkelheit und auch bei sehr schlechtem Wetter damit gehen müssen. Ich möchte daher bitten, folgendem Antrage zuzustimmen:

„Die Versammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, zuzustimmen, daß den Nachtwächtern Diensthosen geliefert werden.“

Unter 2c der Ausgabe findet sich eine Summe von 982,80 M als Zuschuß zur Krankenversicherung der Nachtwächter ausgeworfen. Ich möchte fragen, wie es bei erkrankten Nachtwächtern überhaupt gehalten wird, ob ihnen neben der Krankenkassen-Unterstützung ihr Gehalt weiter gezahlt, oder abgezogen wird? So viel ich unterrichtet bin, geschieht es in zweifacher Art. Dem einen wird das Gehalt ohne weiteres zu dem Krankengelde gezahlt, dem anderen aber nicht. Wenn das so ist, wie mir berichtet wurde, so läge darin eine Benachteiligung und Ungerechtigkeit gegenüber denjenigen Beamten, die nicht beides — Gehalt und Krankengeld — erhalten. Solche Sachen erregen Unzufriedenheit unter den Nachtwächtern.

Eine weitere Klage der Nachtwächter besteht darin, daß sie am Tage, also außer ihrer Dienstzeit noch Hundebienst zu verrichten haben, d. h. daß sie ohne weitere Vergütung die Polizeihunde versorgen und anlernen müssen. Ich möchte um Auskunft bitten, ob das zutrifft. Ferner haben wir gesehen, daß die Nachtwächter am 21. Januar d. Js. ganz unnötigerweise zu Tagesdienst herangezogen sind, und ich möchte weiter fragen, ob sie dafür eine besondere Entschädigung erhalten haben. Sofern über die Ausgaben für die Nachtwächter eine spezialisierte Abrechnung seitens der Polizei geliefert werden sollte, müßte es möglich sein, auch diese Frage zu beantworten.

Herr Stadtrat von Frankenberg: Bei der Beantwortung der mannigfachen Anfragen, gestatte ich mir, mich zunächst den „Unausprechlichen“ zuzuwenden. In dieser Hinsicht ist von dem Magistrate bereits erwogen worden, ob wir nicht veranlassen könnten, die Nachtwächter den anderen Beamten in der Kleiderlieferung gleichzustellen. Wir sind indessen zu einer abweichenden Behandlung der Sache gekommen. Des Abends sind alle Klagen grau, und da eine unbedingte Notwendigkeit, den Nachtwächtern bestimmte Dienstjosen zu liefern, nicht vorliegt, es auch mit Schwierigkeiten verbunden sein würde, festzustellen, ob der Nachtwächter die Hose nur im Dienste, oder auch außerdienstlich trüge, so haben wir geglaubt, von solcher Lieferung absehen zu sollen. Nachdem wir außerdem erst vor kurzer Zeit die Entschädigungen der Nachtwächter aufgebeßert haben, dürfte wohl allen berechtigten Forderungen derselben entsprochen sein.

In bezug auf die anderen Fragen ist zu erwidern, daß der Magistrat nur die zahlende Stelle für die Nachtwächter ist, während deren Annahme und Ueberwachung durch die Herzogliche Polizeidirektion erfolgt. Wir erhalten monatlich von der Herzoglichen Polizeidirektion eine Lohnrechnung, die wir anweisen. Bezüglich der Einbehaltung des Lohnes in Erkrankungsfällen ist mir bekannt geworden, daß bei längeren Erkrankungen ein Abzug des Lohnes stattgefunden hat, während bei kürzeren Erkrankungen die Herzogliche Polizeidirektion fünf hat gerade sein lassen. Der Magistrat hat sich hierbei auf die Herzogliche Polizeidirektion verlassen. In denjenigen Fällen, wo der Magistrat ausschließlich Arbeitgeber ist, pflegt er die Frage auch von Fall zu Fall zu behandeln. Ueber die Frage des 21. Januar bin ich nicht unterrichtet, und ich nehme an, daß die Vergütung für die an diesem Tage von den Nachtwächtern geleisteten Dienste in die Lohnrechnung einbegriffen ist, ähnlich wie das in anderen Fällen auch gehandhabt wurde.

Herr Koch: Ich möchte um Auskunft bitten, wie es mit der am Magnitore zu errichtenden Bedürfnisanstalt steht. Schon vor längeren Jahren hat die Versammlung die Notwendigkeit der Errichtung einer Bedürfnisanstalt in der betreffenden Gegend anerkannt, jedoch konnte in der Platzfrage eine Entscheidung nicht getroffen werden. Da diese Frage jetzt aber auch entschieden ist, so möchte ich

anfragen, wann die Anstalt errichtet werden wird. Für den im Etat ausgeworfenen Betrag von 2700 M läßt sich die Anstalt aber nicht herstellen, wenn sie für Männer und Frauen eingerichtet werden soll.

Herr Bürgermeister Meyer: Daß der Magistrat die Absicht hat, am Magnitore eine Bedürfnisanstalt zu errichten, geht aus der betr. Etatsposition hervor; es wird Ihnen demnächst auch eine Vorlage darüber zugehen.

Herr Rathe: Ich gestatte mir die Anfrage, ob bezüglich der Beleuchtung des Platzes um das Herzogliche Hoftheater Abhilfe geschaffen werden wird. Vor und nach der Spielzeit des Hoftheaters genügt das Licht nur so eben hin. Die elektrischen Lampen vor dem Theatergebäude sind ja sehr schön, aber mit ihrem Leuchten wollen wir es dahingestellt sein lassen. Der Platz ist gar zu ungenügend beleuchtet und ich möchte bitten, hier Abhilfe zu schaffen. Nur bei Vollmond mag die Beleuchtung hinreichen. (Heiterkeit.)

Mit Rücksicht auf die Position 8 der Seite 45 des Etats: „Für Wasserverbrauch zur Straßenbesprengung zc. 15000 M“, möchte ich fragen, wie weit die Vorarbeiten gediehen sind, um die Straßen nicht mehr mit unserm teuren Leitungswasser zu sprengen, sondern hierzu Grund- oder Okerwasser zu verwenden? Ein Betrag von 15000 M für die Straßensprengung scheint mir reichlich hoch gegriffen zu sein.

Herr Oberbürgermeister Ketemeyer: Was die Beleuchtung des Platzes in der Umgebung des Herzoglichen Hoftheaters betrifft, so muß man allerdings anerkennen, daß das Gebäude selbst durch die städtischen Laternen nicht genügend beleuchtet wird, was aber auch gar nicht beabsichtigt ist. Der Verkehr kann mit den dort vorhandenen Laternen zufrieden sein, wenigstens sehe ich nicht ein, weshalb hier, wenn man von der Beleuchtung des Theatergebäudes absieht, mehr Laternen stehen sollen, als auf anderen Straßen mit gleichem Verkehre. Da aber mindestens dieselbe Zahl Laternen vorhanden ist, so beabsichtigt der Magistrat nicht, eine Vermehrung der Laternen vorzunehmen. — Wegen der Besprengung der Straßen mit Grundwasser zc. ist Herr Direktor von Feilisch mit entsprechendem Auftrage versehen worden, jedoch weiß ich nicht, wie weit die Sache zurzeit gediehen ist.

Herr Kalms: Ich möchte anregen, in der Nähe der Paulikirche eine Bedürfnisanstalt vorzusehen.

Herr Sander: Einige Anwohner des Radeklints haben mich gebeten, auf die ungenügende Beleuchtung dieses Platzes aufmerksam zu machen. Auf einen vor mehreren Jahren gestellten Antrag hatte der Magistrat entsprechende Abhilfe zugesagt und es sind auch in einer Laterne zwei Glühstrümpfe angebracht, was indessen nicht genügt. Wir sind nicht unbescheiden und wollen nicht etwa eine große opulente Beleuchtung haben, sondern wir sind zufrieden, wenn sie den dort

herrschenden Verkehrsverhältnissen entspricht, was aber zurzeit nicht der Fall ist. Es gibt tatsächlich wenig Plätze in der Stadt, die so vielen Verkehr haben, wie der Radeklint; nicht nur, daß sieben Straßen darauf münden, sondern auch der ganze Zug des Verkehrs von der Keller Heerstraße bewegt sich über den Platz, so daß dessen bessere Beleuchtung nötig erscheint. Ich beantrage deshalb:

„Die Versammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, für eine bessere Beleuchtung des Radeklintes Sorge zu tragen.“

Herr Fiedel: Ich möchte wiederholt ersuchen, derartige Anträge hier nicht einzubringen, sondern etwaige Wünsche auf bessere Beleuchtung von Straßen zc. der Direktion des Gaswerkes mitzuteilen, dann gehen sie ihren ordnungsmäßigen Weg.

Vorsitzender: Sind Sie damit einverstanden, daß wir den Antrag Sander dem Magistrat zur Erwägung überweisen? (Zustimmung.)

Herr Günther: Am Ausgange der Ruffbergstraße ist es abends vollständig dunkel. Ebenso ist der Fußweg auf der unbebauten Seite der Bodestraße von der Heinrichstraße bis zum Stadtpark nicht beleuchtet. Auch die Waterloostraße ist dunkel und befindet sich in einem sehr schlechten Zustande. Wenn es auch in der Kirche immer etwas duster ist, so könnte man doch wenigstens in deren Umgebung Licht schaffen. Es soll sich hier nur um Anregungen handeln.

Herr Kalms: Ich möchte dem Herrn Oberbürgermeister erwidern, daß der Theaterplatz nicht in denselben Verhältnissen wie andere Plätze, z. B. der Platz in der Nähe des Rathauses zc., beleuchtet ist. Wenn Sie sich hier die Laternen und die Lichtfülle einmal ansehen wollen, so werden Sie finden, daß wir am Theater bei weitem nicht so viel Licht haben. Früher bezahlte die Intendantur für die Gasandelaaber vor dem Theater jährlich 450 M an die Stadt, nachdem das Hoftheater aber elektrische Beleuchtung erhalten hat, die natürlich nur vor Beginn und kurz nach Schluß des Theaters funktioniert, ist auch dies bißchen Licht noch weggefallen. Die Anregung des Herrn Rathe war daher vollständig am Platze. Die wenigen am Theater stehenden Laternen haben außerdem einen so ungünstigen Platz, daß man sie nach Belaubung der Bäume gar nicht sieht. Ich möchte beantragen:

„Der Magistrat wolle veranlassen, daß der Platz um das Herzogliche Hoftheater herum besser beleuchtet werde.“

Vorsitzender: Da auch dieser Antrag als ein selbständiger behandelt werden muß, so überweise ich ihn der Finanzkommission zur Vorberatung. —

Zum Kap. X (Straßen- und Kanalbaub, sowie Vermessungswesen) ist seitens der Finanzkommission nichts zu bemerken.

Herr Rathe: Da die Karl- und die Vindefstraße nicht in den Etat aufgenommen sind, so wollte ich daran erinnert haben, daß der Ausbau dieser Straßen dringend notwendig erscheint.

Herr Jüdel: Die Sache ist in der Finanzkommission besprochen worden und der Magistrat wird prüfen, welche anderen Straßen dafür eventuell in dem neuen Jahre ausfallen können.

Herr Esdorn: Schon im vorigen Jahre habe ich bei der Besprechung über den Spielplatz vor dem Hohentore angeregt, daß der Platz neben der Herberge zur Heimat instand gesetzt werden möchte, da er recht öde und verlassen aussieht. Heute will ich einen bestimmten Antrag in der Richtung stellen, welcher lautet:

„Die Versammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, in dem diesjährigen Etat die Kosten für die Bepflanzung des Platzes neben der Herberge zur Heimat, sowie für dessen Belegung mit Rasen vorzusehen.“

Hoffentlich wird der Magistrat dafür die kleine Summe bewilligen.

Herr Oberbürgermeister Ketemeyer: Da derartige Sachen in den Etat nicht mehr aufgenommen werden können, so empfiehlt es sich, solche Anträge heute nicht weiter zu verfolgen.

Herr Bürgermeister Meyer: Der Magistrat ist dem Wunsche des Herrn Esdorn schon zuvorgekommen und hat vor acht Tagen beschlossen, den Platz instand setzen zu lassen.

Herr Esdorn zieht darauf seinen Antrag zurück.

Zum Kap. XI (Gemeindesteuern) bemerkt Herr Jüdel, daß der Punkt 4 der Ausgabe „Vom Ertrage der Umsatzsteuer“ an dieser Stelle des Etats nicht wieder erscheinen wird.

Herr Jasper: In dem Begleitschreiben hat der Magistrat angenommen, daß er im nächsten Jahre mit dem jetzigen Steuereinheitsfasse nicht wieder auskommen werde. Ich wollte dem Wunsche Ausdruck geben, daß der Magistrat bei der Suche nach neuen Einnahmequellen darauf Rücksicht nehmen möchte, die Zuwachssteuer hier einzuführen und die Grundsteuer derartig umzugestalten, daß eine gerechtere Verteilung derselben möglich ist, nämlich nach dem gemeinen Werte der Grundstücke.

Herr Jüdel: Die Vorarbeiten hierzu sind bereits eingeleitet und wir werden im Laufe der Zeit darauf zurückkommen. In dem Begleitschreiben des Magistrates ist auch eine Berechnung angestellt worden, um das Verhältnis der Gemeinde-Einkommensteuer zur Staats-Einkommensteuer zu ermitteln und dabei ist festgestellt, daß 222 % der Staats-Einkommensteuer als Gemeinde-Einkommensteuer erhoben werden. Nach Erhöhung der Staatssteuer auf zwei Einheiten vermindert sich der Satz auf 144,3 %.

Herr Kalmß: Ich möchte mir die Anfrage erlauben, wie es mit dem Ausschreiben der verschiedenen Steuerzettel steht?

Herr Stadtrat von Frankenberg: Der Magistrat beabsichtigt, im bevorstehenden Finanzjahre die Steuern in der Weise auszuschreiben, daß die Staats-Einkommensteuer und die Gemeinde Einkommensteuer auf einem einheitlichen Bogen

ausgeschrieben werden, ebenso die Staats-Grundsteuer und die Gemeinde-Grundsteuer, sowie auch die Staats- und die Gemeinde-Gewerbsteuer je auf einem einheitlichen Vogen, allerdings unter der Voraussetzung, daß die vom Landtage angenommenen Gesekentwürfe rechtzeitig veröffentlicht werden. Die Frage, ob die Ausschreibung der sämtlichen Steuern auf einem Zettel möglich sein wird, unterliegt der weiteren Prüfung des Magistrates, jedoch läßt sich im bevorstehenden Rechnungsjahre das nicht mehr durchführen.

Herr Kalmß: Wie ich erfahren hatte, wollte das Lichtwerk schon vor längerer Zeit bei der Stadt anfragen, ob der Satz für die Abgabe von Licht nicht ermäßigt werden könnte, indem der an die Stadt abzuführende Prozentsatz heruntergesetzt würde. Es ist für die Entwicklung der Stadt recht bedenklich, daß das Lichtwerk sich nicht in den Händen der Stadt befindet und jeder gezwungen ist, den Strom von dem Lichtwerke zu nehmen. Der ganze Handels- und Gewerbebetrieb wird dadurch gestört und behindert. Es liegt daher im Interesse von Handel und Verkehr, eine Aenderung dahin zu treffen, daß die Stadt bald selbst in die Lage kommt, das Lichtwerk zu übernehmen, statt eine neue große Gasanstalt zu bauen, oder doch wenigstens den zu beziehenden Prozentsatz herabzusetzen, um den Konsumenten das Licht billiger zukommen zu lassen.

Herr Födel: Die Herren werden von den Ausführungen des Herrn Kalmß wohl überrascht gewesen sein, wenn er meinte, die Stadt möchte im Interesse ihrer Bewohner auf die Prozente verzichten, die sie vertragsmäßig von dem Lichtwerke bekommt. Das ist etwas, was derartig gegen das Interesse der Stadt sein würde, wie nur was. Vielleicht ließe sich darüber verhandeln, ob das Lichtwerk seine Sätze ermäßigen könnte, während dann die Stadt ihrerseits bereit sein würde, von ihrem Prozentsatz etwas herunterzusetzen, aber so, wie es Herr Kalmß gesagt hat, wird es wohl keine Unterstützung finden.

Herr Kalmß: Ich meine gar nicht, daß die Stadt auf die ganzen Prozente verzichten soll, sondern nur auf einen Teil davon. Leider liegt ja der Vertrag mit dem Lichtwerke vor, so daß sich daran vorläufig nichts ändern läßt, aber die jetzigen Verhältnisse mit dem teuren Lichte sind für die Gewerbetreibenden ganz unhaltbar, da Gewerbebetrieb und Handel zurückgehen müssen, wenn nicht Wandel geschaffen und billigeres Licht geliefert wird.

Zum Kap. XII (Staatszuschüsse und Staatsbedürfnisse) findet sich nichts zu bemerken.

Zum Kap. XIII (Stadtverwaltung) bemerkt Herr Kieße: Ich möchte zu diesem Kapitel folgenden Antrag stellen:

„Die Versammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, das Standesamt zu veranlassen, allen hiesigen Einwohnern, welche das braunschweigische Bürgerrecht erwerben wollen und zu diesem Zwecke einen

Staatsangehörigkeitsausweis beibringen müssen, die dazu nötigen Geburtsurkunden für die hier geborenen Kinder unentgeltlich zu verabsolgen.“

Mancher Einwohner, der 4 oder 5 Kinder hat und von jedem Kinde einen Tauffchein beibringen muß, wird durch diese Ausgabe zu stark belastet, so daß die Stadt die Ausgabe auf sich nehmen könnte.

Der genügend unterstützte Antrag wird der Finanzkommission zur Vorberatung überwiesen.

Kap. XIV (Insgemein).

Herr Rathe: Im Vorjahre waren 65 000 M und dies Jahr sind nur 12 000 M zur Verfügung der städtischen Behörden gestellt. Darf ich den Magistrat fragen, ob er mit dieser kleinen Summe auskommen wird?

Herr Oberbürgermeister Ketemeyer: Herr Rathe wird sich vielleicht erinnern, daß wir im vorigen Jahre den hohen Betrag nur eingestellt hatten, weil die Versammlung die Steuern in höherer Summe bewilligt hatte, als vom Magistrate beantragt worden war. Diesmal haben wir dagegen nur den üblichen Dispositionsfonds von 12 000 M genommen. Das Defizit ist schon groß genug geworden, hätten wir diesen Fonds aber höher genommen, so wäre es noch größer geworden. Der Magistrat wird sich nach der Decke strecken und mit dem Betrage auskommen suchen, und ich bitte auch die Versammlung, nicht zu viel auszugeben.

Herr Rathe: Zu berücksichtigen bleibt hierbei, daß im Jahre 1904/05 tatsächlich 33 469 M auf diesen Fonds ausgegeben worden sind.

Herr Oberbürgermeister Ketemeyer: Auch im Jahre 1904/05 hatten wir nicht 33 469 M, sondern nur 12 000 M eingestellt; wir müssen jedoch mit den besonderen Ausgaben irgendwo bleiben. In der wirklichen Ausgabe des Jahres 1904/05 stecken, soweit ich mich erinnere, insbesondere die großen Ausgaben für die Bearbeitung der Pläne des neuen Bahnhofes.

Herr Stadtrat von Frankenberg: Im Jahre 1903/04 betrug die Ausgabe fast genau so viel, wie beantragt war. Damit wird Herr Rathe wohl zufrieden sein.

Herr Fübcl: Ich möchte Herrn Rathe darauf aufmerksam machen, daß im vorigen Jahre die Anträge auf Erhöhung der Beamtengehälter hier Berücksichtigung fanden. —

Damit sind die ordentlichen Einnahmen und Ausgaben der Kämmereikasse erledigt.

— Herr Hauswaldt übernimmt den Vorsitz. —

Vorsitzender: Wir gehen über zu den außerordentlichen Einnahmen und Ausgaben der Kämmereikasse.

Herr Fübcl: Erfreulicherweise ist es dem Magistrat bisher noch gelungen, mit dem Vorratsvermögen so zu wirtschaften, daß eine neue Anleihe noch nicht auf-

zunehmen war, was um so wichtiger ist, als dem ordentlichen Etat ihre Verzinsung zur Last fallen würde. Im übrigen ist zu dem außerordentlichen Etat seitens der Finanzkommission nichts zu bemerken.

Herr Bunge: Im Begleitschreiben des Magistrats steht auf Seite 10 unter Abschnitt 9 Nr. 2, daß in Aussicht genommen ist, die Kreuzstraße zwischen Altstadt-ring und Gabelsbergerstraße mit Kleinpflaster zu befestigen. Es wäre aber wünschenswert, nicht nur ein kleines Stück der Kreuzstraße herauszugreifen, sondern wenigstens an der Bürgerstraße mit der Pflasterung zu beginnen und sie bis hinter die Landeseisenbahn auszudehnen. So viel Geld wird wohl noch vorhanden sein, um dies ausführen zu können. Ferner ist oberhalb der Landeseisenbahn das Trottoir der Kreuzstraße so schlecht, daß es wünschenswert wäre, die Fußwege mit Sand zu bestreuen.

Einen weiteren Wunsch habe ich bezüglich der Weinbergstraße. Die Anlieger haben wegen des Ausbaues der Straße und wegen der Beseitigung mancher Mißstände bereits jahrelang Unterhandlungen mit dem Magistrate gepflogen, und der Herr Oberbürgermeister hat den Leuten schon vor drei Jahren versprochen, daß in allernächster Zeit etwas geschehen sollte in betreff des Anschlusses an die Gas- und die Wasserleitung und der Abfuhr des Mülls. Es ist ihnen vom Herrn Oberbürgermeister gesagt worden, sie könnten ihre Müllkästen an den Madamenweg tragen, wo sie abgeholt werden sollten, das ist aber ein Weg von 200 m und außerdem eine sehr umständliche Sache, weil jemand dabei gestellt werden müßte, der sie nach ihrer Entleerung sofort wegholt, weil es sonst Polizeistrafen von 3 M setzen kann. Auch Lebensgefahr ist für die Passanten der Straße vorhanden, denn als neulich abends ein Wagen durch die unbeleuchtete Straße fuhr, wurde ein Passant nur durch lautes Hilferufen vor dem Gequetschtwerden gerettet. Ich möchte also den Magistrat bitten, auch Mittel für die Weinbergstraße in den Etat einzustellen, oder aber, wenn das nicht angängig ist, wenigstens den Mißständen in der Straße abzuhelpen. Was die Müllabfuhr anlangt, so muß der Müllwagen die Pfingststraße herunterfahren und kann ebenso gut auch den Weg über die Weinbergstraße nehmen. Es wäre im Interesse der Anlieger, die ihre an sich guten Wohnungen schlecht vermieten können, zu wünschen, daß Abhilfe in diesen Sachen getroffen würde.

Herr Bürgermeister Meyer: Sie haben vor acht Tagen beschlossen, daß zu Gunsten der Karl- und Vindestraße einige andere Straßen bezüglich der Instandsetzung zurückstehen sollten. Wenn die nähere Prüfung ergeben sollte, daß tatsächlich die Karlstraße so schlecht ist, um sie anderen Straßen gegenüber zu bevorzugen, so will ich nur wünschen, daß ihr nicht die Kreuzstraße zum Opfer fällt. Die Weinbergstraße ist ein Interessentenweg, bei dem die Stadt nicht das Recht hat einzugreifen; ich kann aber dem Herrn Vorredner insofern Trost zusprechen, als ich

mitteilen kann, daß sich inzwischen ein Unternehmer gefunden hat, der den ersten Teil der Weinbergstraße vom Madamenwege ab ausbauen will. Wir werden daher in der Lage sein, der Versammlung in Kürze ein Projekt vorzulegen. Daß die Stadt die Kosten des Ausbaues übernehmen soll, wird die Versammlung wohl nicht wünschen.

Der außerordentliche Etat wird hierauf genehmigt.

Es folgen nunmehr:

2. Die Voranschläge der mit der Kämmererkasse in Verbindung stehenden Kassen.

I. Städtisches Kieselgut Steinhof.

Herr Füdel: Es ist der Wunsch ausgesprochen worden, den Etat für das Kieselgut nicht wieder so ausführlich aufzustellen wie bisher. So ist die Bestellung der einzelnen Ackerstücke mit den verschiedenen Feldfrüchten für uns ohne Interesse. Der Ueberschuß ist gegen den Voranschlag des Vorjahres um 1400 M auf 20 700 M gestiegen.

Der Etat wird genehmigt.

Ia. Abwässer-Pumpstation.

II. Städtische Markthalle.

Herr Füdel: Wir können nur bedauern, daß der Ueberschuß wieder zurückgegangen ist; es sollen Erwägungen angestellt werden, um die Lage der Markthalle zu verbessern.

Beide Etats werden genehmigt.

— Herr Wolff übernimmt wieder den Vorsitz. —

III. Städtische Oberrealschule.

Herr Hauswaldt (als Referent): Die Einnahmen sind um 8000 M — im wesentlichen durch die Erhöhung des Schulgeldes — gewachsen. Die Gesamtkosten betragen 172 000 M gegen 164 000 M im Vorjahre. Es ist ein Bestand von 660 Schülern, darunter 90 auswärtigen, angenommen worden, mithin kostet der Stadt jeder Schüler 260,60 M. Die fremden Schüler zahlen 150 M Schulgeld, mithin beträgt der stadtseitige Zuschuß für den Schüler 110,60 M, während der einheimische Schüler 120 M Schulgeld zahlt und demnach einen Zuschuß von 134,82 M erfordert.

Der Zuschuß der Stadt betrug:	1902/03	1903/04	1904/05	1905/06	1906/07
im ganzen M	58 800	66 400	78 000	86 000	86 800
demnach für den fremden „	102,10	112,35	125,75	123,00	110,60
Schüler einheimischen „	122,00	133,05	147,25	146,00	134,82
Der Schüler kostete im ganzen „	256,25	262,35	275,75	273,33	260,60

Herr Rathe: Im Jahre 1893/94 entstand bei 480 Schülern eine Ausgabe von 80500 M, während im bevorstehenden Jahre bei 660 Schülern eine Ausgabe von 172000 M erforderlich wird. Wenn man berücksichtigt, daß jetzt nur ein Drittel Schüler mehr vorhanden ist, als 1893/94, so dürfte auch die Ausgabe eigentlich nur um $\frac{1}{3}$ höher sein, also höchstens 120000 M betragen. Die unverhältnismäßige Mehrausgabe liegt hauptsächlich in der Erhöhung der Lehrergehälter.

IV. Höhere Mädchenschule.

Herr Hauswaldt: Die Gesamtkosten der Anstalt betragen 126500 M. Dieser Betrag, auf 783, darunter 31 fremde, Schülerinnen verteilt, ergibt für die Schülerin einen Kostenbetrag von 161,56 M. Da die fremden Schülerinnen je 150 M Schulgeld bezahlen, so beträgt der städtische Zuschuß für den Kopf 11,56 M, während für das einheimische Kind bei einem Schulgelde von 120 M ein Zuschuß von 38,45 M erforderlich ist.

Der Zuschuß der Stadt betrug:	1902/03	1903/04	1904/05	1905/06	1906/07
im ganzen M	24 300	35 500	30 700	27 650	29 280
für die { fremde. "	4,60	20,10	13,35	9,00	11,56
Schülerin { einheimische . . . "	33,00	48,00	41,25	36,15	38,45
die Schülerin kostete insgesamt "	154,60	170,10	163,35	159,00	161,56

V. Lehrerinnenseminar.

Der Etat balanziert in Einnahme und Ausgabe mit 7300 M.

VI. Städtische Mädchenschule.

Herr Hauswaldt: Die Gesamtkosten der Anstalt sind veranschlagt mit 76500 M. Dieser Betrag, auf 540 Kinder verteilt — darunter 15 fremde — ergibt eine Ausgabe auf den Kopf der Schülerin von 141,65 M. Die fremden Schülerinnen zahlen je 110 M und die einheimischen je 80 M an Schulgeld, so daß sich ein stadtseitiger Zuschuß ergibt von 31,65 M für das fremde und 66,33 M für das einheimische Kind.

Der Zuschuß der Stadt betrug:	1902/03	1903/04	1904/05	1905/06	1906/07
im ganzen M	34 400	35 000	38 000	33 200	35 300
für die { fremde. "	30,00	31,00	36,55	27,77	31,65
Schülerin { einheimische . . . "	64,76	65,97	71,40	62,65	66,33
die Schülerin kostete insgesamt "	140,00	141,00	146,55	137,77	141,65

VII. Bürgerschulkasse.

Herr Hauswaldt: Im voraus möchte ich bemerken, daß durch eine genaue Kontrolle, die der Schulvorstand an den Aufwendungen für Mobiliar und

Immobilien geübt hat, erfreulicherweise ein Stillstand in diesen Ausgaben zuwege gebracht worden ist. Die Ausgaben für die Gebäude sind nicht mehr stark gewachsen und wir freuen uns der Annehmlichkeit, daß unsere Schulen nicht 50 000 M, sondern nur 45 000 M jährlich mehr kosten. Mit derartigen Zahlen werden wir immer rechnen müssen, obwohl die Anzahl der die Bürgerschulen besuchenden Kinder in den letzten Jahren zurückgegangen ist. Die Bürgerschulen wurden nämlich besucht:

	Davon entfielen auf die mittleren unteren Bürgerschulen	
am 1. April 1902 von 16 288 Kindern		
„ 1. „ 1904 „ 17 438 „	7176	10 262
„ 1. „ 1905 „ 17 552 „	7178	10 374
„ 1. Oktober 1905 von 17 471 Kindern	7110	10 361
„ 1. Januar 1906 „ 17 358 „	7061	10 297

Die Zahl der Kinder ist also am 1. Januar 1906 um 194 gegen den Bestand vom 1. April 1905 heruntergegangen. Woher diese merkwürdige Tatsache kommt, wissen wir nicht, jedoch habe ich erfahren, daß in Wolfenbüttel sich dieselbe Erscheinung gezeigt hat. Die Sache läßt sich nicht anders erklären, als daß eine größere Zahl Familien mit größerem Kindersegen von hier fortgezogen sind. Durch solche Verminderung der Kinderzahl wird indessen die Schule nicht billiger, weil die Zahl nicht groß genug ist, um Einfluß auf die Zahl der Schulklassen, der Lehrkräfte zc. ausüben zu können.

Die Gesamtkosten für die am 1. Januar 1906 vorhanden gewesenen 17 358 Kinder werden im Jahre 1906/07 betragen 1 260 500 M, oder für das Kind 72,62 M. Von diesen Gesamtkosten gehen ab: 172 500 M als Zuschuß der Landesregierung und 9332 M an sonstigen Zuschüssen, so daß an Nettokosten für die Stadt 1 078 668 M, oder für das Schulkind 62,14 M übrig bleiben. Nimmt man hiervon noch das Schulgeld mit 175 368 M herunter, so bleibt als Zuschuß der Stadt eine Summe von 903 300 M.

Die Verteilung des Zuschusses auf die mittleren und unteren Bürgerschulen ergibt folgendes Bild:

I. Mittlere Bürgerschulen.

Gesamtkosten	Schulgeld pro Kind	Stadtseitiger Zuschuß	Der stadtseitige Zuschuß beträgt	
M	M	M	für	M
62,14	54	8,14	140 fremde Kinder . .	1 140
62,14	24	38,14	6210 einheimische Kinder.	236 849
62,14	—	62,14	711 " "	44 182
		zusammen	7061 Kinder	282 171

II. Untere Bürgerschulen:

Gesamtkosten	Schulgeld pro Kind	Stadtseitiger Zuschuß	Der stadtseitige Zuschuß beträgt	
M	M	M	für	M
62,14	4	58,14	4692 einheimische Kinder	272 793
62,14	—	62,14	5605 " "	348 295
		zusammen	10 297 Kinder	621 088

Der Gesamtzuschuß der Stadt zur Bürgerschulkasse beträgt demnach rund 903 300 M.

Dieser Zuschuß betrug 1902/03 = 837 000 M,
 1903/04 = 782 000 "
 1904/05 = 819 000 "
 1905/06 = 864 000 "
 1906/07 = 903 300 "

Im Jahre 1902/03 kostete ein Kind 66,75 M und im Jahre 1906/07 wird es 72,62 M kosten; der stadtseitige Zuschuß beträgt in diesen beiden Jahren 62,08 M und 62,14 M.

Diese Zahlen sind sehr lehrreich für diejenigen, welche vom ethischen oder idealen Standpunkte aus damit umgehen, die mittleren und die unteren Bürgerschulen miteinander bei Schulgeldfreiheit zu vereinigen. Der Zuschuß der Stadt ist in den letzten fünf Jahren etwa derselbe geblieben, obwohl der Unterricht des

Kindes rund 6 M mehr gekostet hat. Es kommt das von dem erhöhten Aufschusse des Staates.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich auf das Ihnen allen zugegangene höchst interessante Schriftstück „Ergebnisse der in den städtischen Bürgerschulen im Januar 1906 veranstalteten Umfrage über den Alkoholgenuß der Schulkinder“ hinweisen. Ich muß gestehen, daß ich auf die Bedeutung der einzelnen Fragen so ungeheuer viel Wert nicht lege, denn wenn ein Kind gefragt wird, ob es schon einmal Wein oder Bier getrunken habe, so müßte es kein richtiger Junge sein, wenn er die Frage nicht bejahte, und ebenso würde ich die Frage, ob ich Wein oder Bier gern getrunken habe, auf jeden Fall bejaht haben. Zwei Zahlen sind dagegen sehr interessant, ob nämlich die Kinder täglich Schnaps oder sonstige Spirituosen zu sich nehmen. Die Frage, ob ein Kind mal Wein oder Bier getrunken hat, ist nicht von großer Bedeutung, aber die andere Frage, ob es täglich Spirituosen zu sich nimmt, dürfte als ziemlich zuverlässig beantwortet gelten. Hiernach haben von 4047 Knaben der mittleren Bürgerschulen 42 und von 3014 Mädchen 40 angegeben, daß sie täglich Schnaps oder sonstige Spirituosen (ausschl. Wein und Bier) trinken. Von 10 051 Kindern der unteren Bürgerschulen trinken nach den Angaben 177 Kinder täglich Schnaps u. Ich denke, der Schulvorstand wird aus der Statistik die nötigen Folgen ziehen und sich an die betreffenden Eltern mit der Bitte wenden, bei den Kindern die täglichen Rationen an Schnaps u. zu unterlassen. Auffallend ist es, daß von den 246 schwachbefähigten Kindern nur zwei täglich Schnaps u. trinken.

Herr Kalm: Ich freue mich zu hören, daß Herr Hauswaldt auf verschiedene Angaben in der Statistik keinen großen Wert legt; ich kann jedoch konstatieren, daß diese Statistik und namentlich deren Veröffentlichung bei der Einwohnerschaft große Mißstimmung verursacht hat. (Widerpruch.) Wenn man die Zahlen der Statistik vor sich hat, so kommt es einem vor, als ob die ganze Stadt Braunschweig versumpft sei. (Heiterkeit.) Um den Eltern mitzuteilen, daß sie darauf achten möchten, ihren Kindern keine geistigen Getränke zu geben, bedurfte es der Aufstellung der Statistik nicht. Wie die Statistik zustande gekommen ist, dafür ein Beispiel: Ein Lehrer hat die Jungen der siebenten Klasse gefragt: Wer von Euch hat schon einmal Branntwein getrunken? Als sich niemand meldete, hat er eine freundliche Miene angenommen und nochmals gefragt, worauf sich alle gemeldet haben. Sodann hat er gefragt, wer täglich Branntwein trinke, worauf sich niemand gemeldet. Bei Wiederholung der Frage mit freundlicherem Gesichtsausdruck haben sich wieder alle gemeldet. Nun noch eine andere Sache. Mein Junge, der die Bürgerschule besucht, erzählte mir, er hätte angegeben, daß er täglich Bier trinke. Ich stehe auf demselben Standpunkte wie die Schulkommission, meine Kinder dürfen Bier oder Wein so gut wie gar nicht trinken,

aber mein Junge trinkt auf ärztliche Verordnung Weizenbier und hat deshalb dem Lehrer ganz richtig geantwortet, er trinke täglich Bier. Auch die Frage, ob er oft Wein trinke, hat er bejaht, und als ich ihm sagte, er bekäme doch nur selten Wein, antwortete er mir, er tränke doch Rhabarberwein.

Die hier ermittelten Zahlen dienen natürlich der jetzigen antialkoholischen Bewegung zu einer willkommenen Unterlage; ich möchte aber warnen, ihnen eine allzu große Bedeutung beizulegen, da ich sie nur in wenigen Punkten als glaubwürdig anerkennen kann. Von einer Klasse wird z. B. gesagt, daß die Alkohol genießenden Kinder große Laschheit zeigten, der betreffende Lehrer gehört aber zum Blauen Kreuz. Das ist für mich keine Statistik. Ich möchte deshalb anfragen: Zu welchem Zwecke wurde eine Umfrage über den Alkoholgenuß der Schulkinder in den städtischen Bürgerschulen veranstaltet? Hält der Magistrat die Zahlen in der aufgestellten Statistik für richtig und sind solche nur durch Befragen der Kinder ermittelt worden?

Herr Stadtrat von Frankenberg: Die Entwicklung der Sache ist ziemlich lehrreich. In der Sitzung vom 18. Februar 1904 hat die Versammlung an den Magistrat das Ersuchen gerichtet, in größerem Umfange als bisher Erhebungen statistischer Art anzustellen und der Magistrat hat sich dem Ersuchen gern angeschlossen, indem er eine statistische Stelle einrichtete — s. Bericht über die Sitzung vom 6. Oktober 1904, Seite 252 — und es sich angelegen sein ließ, die Einrichtung nicht nur auf dem Papier stehen zu lassen.

Die hier vorliegende Arbeit war nicht klein, sie hat mir aber Freude gemacht, und ich habe mir gesagt, daß das Ergebnis manchen Leuten zu denken geben wird. Wie Herr Hauswaldt schon andeutete, wird auch der Schulvorstand seine Folgerungen daraus ziehen. Die Statistik ist von einem Organe ausgegangen, das auch mit Zustimmung der Versammlung geschaffen worden ist, von dem Gesundheitsausschusse. Herr Günther hatte dort angeregt, ob nicht durch die Schulärzte Ermittlungen über den Alkoholgenuß der Schulkinder angestellt werden könnten, und es wurde darauf erwidert, daß die Schulärzte schon reichlich zu tun hätten und die Kinder ihnen auch nicht so genau bekannt seien, wie den Lehrern. Der Gesundheitsausschuß wandte sich nunmehr an den Magistrat und dieser an den Vorstand der Bürgerschulen, welcher die Frage eingehend erwogen hat. Die Statistik ist selbstverständlich in der Hauptsache durch Befragung der Schulkinder aufgenommen, und ich nehme auch an, daß die Lehrer das verständig gemacht haben, indem sie die Angaben solcher Kinder, die ihnen als befangen oder verlogen bekannt gewesen sind, noch einmal nachgeprüft haben. Im übrigen bitte ich zu erwägen, daß es bei einer derartigen statistischen Massenbeobachtung nicht auf eine einzige Unrichtigkeit ankommt, sondern darauf, daß das Gesamtbild im wesentlichen richtig ist. Ich möchte auch glauben, daß erhebliche Abweichungen vom wahren

Tatbestände nicht vorgekommen sind, was dadurch bestätigt wird, daß bei den verschiedenen Schulen und Klassen die Ergebnisse nur unwesentlich von einander abweichen, und es wäre doch merkwürdig, daß überall dieselben Fehler oder Torheiten gemacht sein sollen, wie von Herrn Kalms angenommen zu werden scheint. Das kann ich wenigstens von unseren Lehrern nicht glauben. Herrn Hauswaldt stimme ich zu, daß manche Zahlen der Statistik mit Vorsicht aufzunehmen sind, daß aber vor allen Dingen die Zahlen eine große Bedeutung haben, wie viele Kinder täglich und namentlich schon vor Beginn des Unterrichtes Alkohol zu sich nehmen. Diese Zahlen sollte man wünschen, von der Statistik verschwinden zu sehen. Das wertvollste an der Statistik sind mir die Schlußfolgerungen der einzelnen Lehrer und zusammenfassend die Schlußfolgerungen der Schulinspektoren, die gleichzeitig mit der Statistik veröffentlicht worden sind. Daraus kann man ersehen, daß die Lehrer gewisse Ergebnisse ihrer Beobachtungen zusammenfassend haben wiedergeben können, und ich kann nicht sagen, daß ich bedaure, zur Aufnahme der Statistik geschritten zu sein, sondern ich bin erfreut darüber, daß wir eine große Zahl von Einzelberichten zu einem Gesamtergebnisse haben vereinigen können. Unsere statistische Stelle ist ja nichts weiter als ein photographischer Apparat, der ein getreues Bild der Ermittlungen wiederzugeben hat, während wir dann aus dem Ergebnisse diejenigen Lehren ziehen können, die für uns von Wert sind.

Herr Hauswaldt: Wenn auch der statistischen Tabelle manche Mängel anhaften mögen, so kann ich doch nicht glauben, daß die 70 Kinder, die erklärt haben, sie tranken täglich Schnaps, samt und sonders gelogen haben. Unter den die Bürgerschulen besuchenden Kindern wird sich bestimmt ein gewisser Prozentsatz befinden, der täglich Schnaps trinkt, und wenn wir mit der Statistik weiter nichts eruiert haben als diese Tatsache, und wir nehmen Veranlassung, das aus der Welt zu schaffen, so ist damit schon etwas gewonnen. Bei solchen statistischen Nachweisungen werden gewöhnlich eine ganze Menge Zahlen veröffentlicht, die wenig Wert haben, denn es ist für mich z. B. recht unwesentlich zu wissen, ob und wie viele Kinder mal gelegentlich Wein trinken, aber die anderen, von mir vorhin erwähnten Zahlen waren für mich sehr wertvoll. Es hat mich ferner interessiert, daß die Schule für schwachbefähigte Kinder mit diesen Sachen direkt keinen Zusammenhang hat. Es sind das Zahlen, die zur Ueberlegung und zu interessanter Forschung anregen. Ich bin dem Gesundheitsausschusse, den ich sonst nicht leiden kann, sehr dankbar, daß er der statistischen Stelle diese Anregung gegeben hat.

Herr Vues: Ich bin auch dafür, daß Statistik gemacht wird, aber an dieser Statistik sind verschiedene Mängel. Wenn z. B. ein Kind gefragt wird, ob es gelegentlich oder regelmäßig Wein trinke, so wird es die Frage bejahen, wenn ihm der Arzt vielleicht täglich ein Gläschen Tokayer verordnet hat. Ein anderes

Kind muß Malzbier trinken und wird natürlich auch als regelmäßiger Biertrinker gezählt. Solche Sachen verschieben das Bild ganz und gar. In Zukunft könnte bei der Statistik, für die wir im allgemeinen dankbar sein können, vielleicht darauf Rücksicht genommen werden, was für Bier die Kinder trinken.

Herr Blasius: Es tut mir leid, daß der Herr Berichterstatter, der sich für das öffentliche Wohl doch sonst interessiert, den Gesundheitsausschuß nicht leiden kann. Ich wollte im Gegenteil bemerken, daß die Versammlung dem Gesundheitsausschuße, namentlich seinem Vorsitzenden nur sehr dankbar dafür sein kann, daß er die Statistik aufgestellt hat. An der Veröffentlichung derselben durch die Zeitungen sind wir selbst schuld, indem wir früher einmal beschlossen haben, daß die uns zugehenden vervielfältigten Sachen auch den Zeitungen zugestellt werden, und diese sind natürlich voll berechtigt, sie auch zu veröffentlichen. Herr Kalmß scheint große Angst zu haben, daß die Veröffentlichungen der Stadt Braunschweig Schaden möchten, während ich glaube, daß sie von außerordentlichem Nutzen sein werden, namentlich nachdem ich gehört habe, daß der Schulvorstand die nötigen Schlüsse daraus ziehen und den Eltern der betreffenden Kinder die große Gefahr des Alkoholgenusses klarmachen will. Was die Befürchtung des Herrn Kalmß betrifft, daß die Statistik dem allgemeinen Rufe unserer Stadt Schaden könnte, so kann er sich darüber beruhigen, denn in anderen Städten ist es ebenso. Wenn Herr Kalmß die Antialkoholbewegung verfolgt und etwas Einblick davon gehabt hat, so wird er daraus entnommen haben, daß derartige Statistiken auch von vielen anderen Städten hergestellt sind, und gerade im kindlichen Alter der Alkoholgenuß sehr verbreitet ist, Braunschweig also nicht schlechter dasteht als andere Städte. Hoffentlich kommen unsere Veröffentlichungen in möglichst weite Kreise, dann werden uns andere Städte folgen und wir werden unserer Bevölkerung nutzen, wenn wir dem Alkoholgenuß entgegenreten.

Der Herr Berichterstatter hat sich gewundert, daß die minderbegabten Kinder verhältnismäßig wenig Alkohol trinken. Wenn aber die Statistik durch die Schule weitergeführt und erforscht würde, wie es mit den Eltern der schwachbefähigten Kinder in diesem Punkte gestanden hat, dann würden wir eine hochinteressante Statistik bekommen und wahrscheinlich finden, daß doch vielfach ein Zusammenhang zwischen dem Alkoholgenusse der Eltern und der Schwachbefähigung der Kinder besteht. Bei der Weiterentwicklung der statistischen Stelle wird vielleicht auch diesem Wunsche noch einmal entsprochen werden können.

Herr Hauswaldt: Ich mag den Gesundheitsausschuß nicht, weil er zu viel verlangt, wie er das auch hier bewiesen hat. Vom Schulvorstande verlangt er z. B., daß den Eltern der Alkoholgenuß der Kinder unter die Nase gerieben werden soll. Es fällt uns aber gar nicht ein, daß wir uns in die häuslichen Verhältnisse der Kinder mischen. Ich habe nur gesagt, der Schulvorstand würde

seine Schlüsse daraus ziehen und den Eltern wahrscheinlich mitteilen, daß nach Ansicht der Ärzte und der Lehrer der Alkoholgenuß für die Kinder schädlich sei. Alles andere müssen wir den Eltern überlassen. Ebenso geht es zu weit, daß eventuell durch die Schule nachgeforscht werden soll, ob nicht vielleicht die Eltern der schwachbefähigten Kinder zu viel Spirituosen genossen haben.

Herr Kalm s: Gegen die Ermittlung des Branntweingenußes der Kinder habe ich nichts einzuwenden, aber die anderen Fragen waren überflüssig, zumal sie Anlaß dazu geben können, daß angenommen wird, Braunschweig sei verseucht. Wenn Herr Blasius meint, ich wäre im Irrtum und hätte die Sache nicht richtig aufgefaßt, so bemerke ich, daß ich alles ganz richtig aufgefaßt habe und nur nicht verstehe, was der Gesundheitsausschuß mit der Statistik eigentlich bezwecken will. Bei der Gelegenheit möchte ich fragen, weshalb nicht auch die Oberrealschule mit in die Statistik einbezogen ist. Dann würden Sie nämlich bei 100 % der Schüler einen täglichen Biergenuß feststellen können. Es liegt auch nichts darin, wenn ein Kind einmal ein Glas Bier trinkt. Also gegen die Anschauung des Gesundheitsausschusses bin ich im allgemeinen nicht, aber er darf nicht zu weit gehen.

Herr Stadtrat von Frankenberg: Ich freue mich, daß Herr Kalm s in mancher Beziehung aus einem Saulus ein Paulus geworden ist. Wenn er klagt, daß wir uns mit der Statistik nicht auch an die Oberrealschule gewandt haben, so will er päpstlicher sein als der Papst, sofern ich den Gesundheitsausschuß als solchen bezeichnen darf. Es würde nicht zweckmäßig sein, solche Schulen mit in diese Statistik hineinzuziehen, die Schüler von mehr als 14 Jahren unterrichten, weil dieses Alter die richtige Grenze bildet, wo der Alkoholgenuß nicht mehr so große Nachteile hat. Selbstverständlich hat die statistische Stelle eine Abschrift der Zusammenstellung auch den Schulärzten zukommen lassen. Ich dachte auch innerhalb des Gesundheitsausschusses zur Sprache zu bringen, ob es nicht zweckmäßig sei, den Kindern der Oberklassen das vom Reichsgesundheitsamte herausgegebene Alkoholmerkblatt mitzugeben. Außerdem ist in der letzten Sitzung des Vorstandes der katholischen Schule beschlossen worden, auch dort eine derartige Statistik aufzunehmen.

Endlich will ich noch mitteilen, daß eine Anzahl Lehrer so sorgfältig bei der Beantwortung der betreffenden Fragen gewesen ist, daß sie auch die Fälle berücksichtigt hat, die von den Herren Kalm s und Bues schon erwähnt sind, wo nämlich den Kindern der Gesundheit wegen Wein oder Malzbier verordnet worden ist. Es waren das aber so wenig Fälle, daß ich es nicht für richtig hielt, sie mit in die Statistik hineinzuarbeiten, weil man bei einer derartigen Statistik die Sachen nicht zu sehr mit Einzelbeobachtungen belasten darf. Ein mäßiger Prozentsatz kann allerdings für solche Fälle abgezogen werden.

Herr Fricke: Ich möchte folgenden Antrag stellen:

„Die Versammlung wolle den Magistrat ersuchen, bei der nächsten Neu-besetzung der Stelle eines Schulinspektors an den hiesigen Bürgerschulen dieselbe versuchsweise mit einem Hauptlehrer zu besetzen und damit die all-mähliche Abschaffung der Schulinspektoren vorzubereiten.“

Wenn Sie die kolossale Belastung des Schuletats betrachten, so wird Ihnen auffallen, daß wir für 18 Schulinspektoren 76 200 M Gehalt zahlen, während wir bei Einstellung von 18 Lehrern an deren Stelle etwa 20 000 M sparen könnten. Außerdem würden sich noch fünf Stellen für Schulinspektoren sparen lassen, weil die Herren so wenig unterrichten, daß es eigentlich gar nicht zu rechnen ist. Die Lehrer haben 30 Pflichtstunden wöchentlich zu geben, sie geben allerdings nur zwischen 21 und 28 Stunden, während der Schulinspektor einer 31klassigen Schule nur zwei und einer 25klassigen Schule nur fünf Stunden wöchentlich unterrichtet und die höchste wöchentliche Stundenzahl zwölf beträgt. Der Inspektor ist also nichts weiter, als ein Aufsichtsbeamter. Ich sehe aber nicht ein, daß man einen solchen Beamten so hoch bewerten muß, um ihm jährlich 1500 M mehr an Gehalt zu geben als dem Lehrer, der die eigentliche Arbeit machen muß. Es ist deshalb wohl richtiger, diese Ausnahmestellungen ganz fallen zu lassen. Die akademisch gebildeten Lehrer stehen sich nicht so gut, wie die Schulinspektoren und müssen zehnmal soviel leisten wie diese. Wenn gewünscht wird, kann ich noch mit mehr Material dienen.

Den genügend unterstützten Antrag erhält die Schulkommission zur Vorberatung.

VIII. Fortbildungs- und Gewerbeschule.

Herr Günther: Ist dem Magistrate die Ursache des Rückganges an Schülern der Fortbildungsschule bekannt?

Herr Stadtrat von Frankenberg: Der Rückgang hat in der Hauptsache seinen Grund darin, daß einige Innungen im Laufe der letzten Jahre besondere Einrichtungen getroffen haben, um den Lehrlingen Unterricht erteilen zu lassen. Das ist ein Vorläufer der Anstalt, die im Laufe der Zeit eingerichtet werden wird, nämlich der Zwangsfortbildungsschule.

IX. Städtische Mädchen-Fortbildungsschule. Nichts zu bemerken.

X. Armenkasse.

Herr Wesemeier: Auf Seite 182 unter 1bb findet sich eine Ausgabe von 7500 M an die Armenärzte. Ich möchte anfragen, ob es eine Statistik darüber gibt, in welcher Zahl jährlich die Krankenbesuche seitens der Armenärzte ausgeführt werden. Ferner ist mir gesagt worden, daß in Notfällen verschiedentlich andere Ärzte zu Kranken u. gerufen worden sind, ohne dafür ein Honorar zu erhalten.

Es trifft das namentlich zu bei Entbindungen, während die Hebammen ihre Gebühr dafür erhalten. Ich wollte zur Erwägung verstellen, ob das angebracht ist.

Herr Stadtrat von Frankenberg: Was die erstere Frage betrifft, so bitte ich dabei nicht außer acht zu lassen, daß ein sehr großer Teil der Fälle, wo der Armenarzt in Anspruch genommen wird, nicht in dem Besuche des Arztes in der Wohnung des Kranken besteht, sondern umgekehrt erledigt wird. Einige Armenärzte sind bemüht, durch statistische Aufzeichnungen ein Bild ihrer Tätigkeit zu geben, ob es aber alle tun, möchte ich bezweifeln. Vor einiger Zeit haben wir statistische Zahlen über die Fälle der Sprechstundenpraxis bekommen und haben die Vergütung der Armenärzte danach mit bemessen und für jeden Armenarztbezirk auf 300 M festgesetzt. Ferner haben wir beschlossen, vom 1. April ab eine Minderung insofern zu treffen, als jeder Armenarzt und noch durchschnittlich zwei Bezirke haben soll.

Was die zweite Anfrage betrifft, so ist Herr Wesemeier nicht richtig unterrichtet. Die Armenverwaltung hat in einer großen Reihe von Fällen, wo es sich um die Behandlung unbemittelter Personen in Notfällen handelte, den Ärzten nachträglich auf Antrag ihre Gebühren in tarifmäßiger Höhe nach Anhörung des Oberarmenarztes Dr. von Holwede erstattet. Letzterer ist bemüht, in sehr weitgehender Weise den Wünschen seiner Kollegen entgegenzukommen. Daß aber trotzdem nicht jeder Fall Berücksichtigung finden kann und die Frage, ob es sich tatsächlich um einen dringenden Fall gehandelt hat, sich nicht immer genau beurteilen läßt, versteht sich von selbst. Im übrigen darf ich wohl noch darauf hinweisen, daß auch die Sanitätswache in einer großen Reihe von Fällen Abhilfe schafft.

Herr Rathe: Ich habe ein sehr warmes Herz für die Armen und stehe gern jedem Bedürftigen nach Kräften bei, aber manchmal scheint mir die Sache doch zu weit zu gehen. Im Jahre 1893/94 zahlte die Stadt der Armenverwaltung einen Zuschuß von 184 564 M, im Jahre 1897/98 von 233 226 M und im Voranschlage von 1906/07 findet sich ein Zuschuß von 436 400 M vorgesehen, so daß sich der Zuschuß seit 1893/94 um 251 836 M erhöht hat. Die Unterstützungen an barem Gelde sind von 164 000 M im Jahre 1903/04 auf 226 000 M im Jahre 1906/07 gestiegen, was einer Zunahme von 62 000 M entspricht. Wenn die Zahlen so weiter wachsen, so können wir in zwölf Jahren bei einem Zuschusse von einer Million Mark angekommen sein. Mit Rücksicht auf unsere Kranken- und Invalidengesetzgebung hätte man eigentlich annehmen sollen, daß sich die Armenunterstützungen vermindern würden; da aber gerade das Gegenteil eingetreten ist, so läßt sich das nur durch eine zu starke Inanspruchnahme des Armenetats erklären. Ich nehme an, daß die Armenverwaltung die vorliegenden Anträge stets genau prüft, aber die Belastung des städtischen Etats durch die Schulen und die Armenverwaltung erfüllt mich doch mit tiefem Bedenken.

Herr Stadtrat von Frankenberg: In dieser Vergleichung der Zahlen von 1893/94 mit denen von 1906/07 liegt viel Beachtenswertes. Es wird aber etwas zur Beruhigung beitragen, wenn ich Sie zu beachten bitte, daß im Laufe der letzten beiden Jahre ein unverkennbarer Stillstand in dem Anschwellen der Bitten für die Armenverwaltung eingetreten ist. Wir haben ausgegeben an baren Unterstützungen im Jahre 1903/04 236 239 M. und im Jahre 1904/05 ungefähr 13 000 M. weniger, nämlich 223 006 M. Dieser Rückgang hängt mit verschiedenen Umständen zusammen. Wenn auch die Versicherungsgesetze die Armenkasse entlasten, so führen sie doch dahin, daß sich die unbemittelte Bevölkerung mehr und mehr daran gewöhnt, gesundheitsmäßig zu leben, auch häufiger den Arzt in Anspruch zu nehmen, Medikamente zu benutzen etc. Der Rückgang ist wohl mit darauf zurückzuführen, daß wir eine Verstärkung der Zahl der Armenpfleger vorgenommen haben und der Armenpfleger sich jetzt genauer um jeden Fall von Unterstützung kümmern kann, wodurch eine gerechtere, sorgfältigere und sparsamere Verteilung der Unterstützungen herbeigeführt wird. Ein anderer Grund liegt in der Abwanderung einer Anzahl Familien in ungünstigen Vermögensverhältnissen. Außerdem wollen Sie nicht außer acht lassen, daß eine größere Anzahl von städtischen Beamten bei dem Etat der Armenkasse mitgeführt wird und die Gehaltsaufbesserung der städtischen Beamten demnach auch eine Erhöhung dieser Ausgaben zur Folge gehabt hat. Ich hoffe, daß wir in Zukunft nicht mehr mit einem rapiden Wachsen, sondern mit einem Stillstande in den Ausgaben für die Armenpflege zu rechnen haben werden. Eins kann dabei wesentlich mitwirken, daß wir nämlich mit dazu beitragen, das Pflichtgefühl und den Familiensinn in unserer arbeitenden Bevölkerung zu stärken, weil darin ein kostbarer Schatz liegt.

Vorsitzender: Ist nicht jetzt auch eine intensivere Armenpflege gegen früher zu konstatieren?

Herr Stadtrat von Frankenberg: Auch die Frage kann ich bejahen. Die Armenverwaltung hat sich für berechtigt gehalten, bei alleinstehenden, hilfsbedürftigen Personen mit Rücksicht auf die hohen Preise der Lebensbedürfnisse etwas über die sonst maßgebenden Höchstsätze hinauszugehen. Außerdem ist noch eine Maßregel durchgeführt, die die Armenkasse belastet. Es kommen viele Fälle vor, in denen die Leute Invaliden- oder Altersrente beziehen und es entsteht nun die Frage, ob die Rente ihnen angerechnet werden soll oder nicht. Wir haben uns hierbei, abweichend von der früheren Praxis, entschlossen, ihnen nur die halbe Rente anzurechnen, damit derjenige, der sich eine Rente erworben hat, nicht mit gleichem Maße gemessen wird wie derjenige, der für seine alten Tage nicht gesorgt hat.

Herr Wesemeier: Mir kommt bei Betrachtung der Summe für Armenunterstützungen nicht in erster Linie der Gedanke, ob die Armenpfleger auch ihre

Schuldigkeit tun und dafür sorgen, daß möglichst wenig Unterstützungen gezahlt werden, sondern ich beklage es, daß ein solcher Notstand vorhanden ist und wir infolge dessen so viel zahlen müssen. Ich weiß aus Erfahrung, daß die Armenpfleger — nicht alle, aber in einem Falle ist es mir bekannt geworden — es ganz vorzüglich verstehen, einer Witwe mit starker Familie, sobald sie einmal im Sommer einige Mark verdiente, dies an der Armenunterstützung abzuziehen, obwohl deren Kinder keine Schuhe an den Füßen hatten. Das ist mir Beweis genug dafür, daß die Armenverwaltung nicht sehr leichtfertig die städtischen Gelder verausgabt, sondern viel zu weitgehend mit der Kürzung der Armenunterstützungen vorgeht, sobald dem betreffenden Einwohner noch von dritter Seite etwas an Mitteln zufließt.

Es ist schon gesagt, der Familiensinn müßte gepflegt werden, aber man darf auf solche Leute auch keinen Stein werfen. Es ist das ja hier noch nicht geschehen, aber man muß auch die ganzen Verhältnisse betrachten, in denen ein Mensch lebt, der dem Schnapsteufel verfallen ist. Wenn die Invalidenversicherung nicht hinzu gekommen wäre, würde die an Armenunterstützungen zu zahlende Summe noch größer sein. Es kann wohl jemand dauern, daß so viel Geld für Arme ausgegeben wird, aber die Notwendigkeit dazu liegt einmal vor.

Herr Koch: Daß in den letzten Jahren der Armenetat so angeschwollen ist, haben wir hauptsächlich dem Niedergange der Industrie zuzuschreiben. Herr Rathe ist nicht Armenpfleger, sonst hätte er gesehen, daß fleißige Leute, die gern arbeiten wollten, keine Arbeit kriegen konnten und daher dem Armenetat zur Last fielen. In diesem Jahre haben wir schon 20 000 M. weniger gebraucht als im Vorjahre, und auch die Wohltätigkeitsvereine sind nicht so sehr in Anspruch genommen als früher, weil eben die Arbeitsgelegenheit jetzt besser geworden ist.

Herr Günther: Die Armenpflege ist schon immer ein wunder Punkt gewesen, und wir haben die ungeheuren Kosten, die Herr Rathe bedauert hat, ebenfalls zu bedauern. Wir müssen aber tief in den Säckel greifen, wenn wir die vorhandene Not lindern wollen. Trotzdem ist die Unterstützung der Armen manchmal recht dürftig zu nennen. Die Not läßt sich nun einmal nicht aus der Welt diskutieren. Wenn das Vermögen der Armenkasse mit seinen neun Millionen mit dem städtischen Vermögen verschmolzen werden könnte, so wäre das ja recht gut. Die Gewerkschaftskassen geben auch noch ungeheure Summen für Arbeitslosen-Unterstützungen, Reiseunterstützungen zc. aus, wodurch die Armenkasse entlastet wird. Eigentlich müßte meiner Ansicht nach der Staat und nicht die Stadt die Armenlasten tragen, denn wieviel Fremde kommen von draußen herein und fallen der städtischen Armenkasse zur Last. Ramhafte Sozialpolitiker sind der Meinung, daß der Staat die Armenlasten zu tragen hat, aber bis wir dahin

kommen, können wir noch lange warten. Die Alkoholstatistik ist eine recht dankenswerte Arbeit, und ich will nur wünschen, daß die Statistik fortgesetzt wird.

Herr Kathe: Aus dem Eingang meiner Rede hat wohl jeder entnehmen können, daß ich nicht beabsichtigte, der Armenverwaltung oder den Armenpflegern einen Vorwurf zu machen, weshalb die Aeußerung des Herrn Koch deplaziert war. Es ist die Pflicht eines jeden Stadtverordneten, bei dem Etat diejenigen Stellen zu bezeichnen, bei denen gespart werden kann, und das habe ich getan. Ich bin auch der Ansicht, daß uns das platte Land das arme Volk zuführt, welches sich hier den Unterstützungswohnsitz erwirbt und dann versorgt werden muß. Wenn ferner gesagt wird, die Industrie bringe uns die armen Leute, so würde es sich empfehlen, durch Aufnahme einer Statistik nachzuweisen, welche Volkskreise die Armenkasse hauptsächlich belasten. Ich weiß von einem Armenpfleger, daß ein hiesiger Einwohner Frau und Kind hier hat sitzen lassen, um in Peine Arbeit zu nehmen; die Frau mußte aber dem Armenpfleger gegenüber nicht, wo ihr Mann war, trotzdem er jeden Sonntag zugereist gekommen ist und im nächsten Jahre wieder ein Kind da war. Infolge solcher Veranlassung ist es am Platze, den Armenetat möglichst zu beschränken.

Der Anhang zum Voranschlage der Armenkasse gibt zu Bemerkungen keinen Anlaß.

XI. Straßenreinigungs-Institut.

Herr Fiedel: Im allgemeinen findet sich nichts zu bemerken. Wir können nur feststellen, daß von Jahr zu Jahr die Anerkennung für das Institut wächst.

Städtische Gaswerke.

Herr Wesemeier: Wenn in einem Hause Kochgas verbraucht wird, so ist es als ein Mangel empfunden, daß daneben vielleicht eine Petroleumlampe gebrannt werden muß, weil keine Flamme zu dem Preise des Kochgases zugelassen wird. Es gibt eine ganze Reihe von Städten, die solche Flammen zulassen. Ich möchte zur Erwägung verstellen, ob es nicht möglich ist, die Vergünstigung auch hier einzuführen.

Herr Kalmß: Wenn man die kolossalen Ueberschüsse des Gaswerkes betrachtet, so muß man sich sagen, daß der jetzige Gaspreis ein zu hoher ist. Dazu tritt noch der Umstand, daß ich auf Grund eigener Erfahrung behaupten muß, daß das Gas seit der Ermäßigung des Preises erheblich schlechter geworden ist und der Konsument sich bei dem früheren Preise von 17 S besser stand, als bei dem jetzigen Preise von 16 S . Durch diese Verschlechterung des Gases entsteht eine Mehrausgabe von 15 bis 20 %. Ich möchte deshalb beantragen, den Preis für Leuchtgas um 2 S und für Heizgas um 1 S herunterzusetzen.

Herr Födel: Der Antrag des Herrn Kalms würde eine Mindereinnahme von mehr als 100 000 M bedeuten.

Der Antrag Kalms findet nicht genügende Unterstützung und fällt daher aus.

Städtische Wasserwerke nebst Anhang.

Es findet sich nichts zu bemerken.

Nunmehr wird mit dem Kap. XI des ordentlichen Stats folgender Antrag des Magistrates von der Versammlung genehmigt:

„Den vorgelegten Stadthaushaltsplan für das Rechnungsjahr 1906/07 festzustellen und die Zustimmung dazu zu erteilen, daß im kommenden Jahre

an Gemeindееinkommensteuer $10\frac{1}{2}$ Einheiten nach Maßgabe der vereinbarten Veranlagungstabelle,

an Gemeindegrundsteuer 7,5 % vom Grundsteuerkapitale und

an Gewerbesteuer 75 % der vom Staate auf die stehenden Gewerbe veranlagten Steuer ausgeschrieben werden.“

Auch das Kapitel III (Unterrichtswesen) wird genehmigt.

Zu III: „Hauptabschluß des ordentlichen Stadthaushalts“ findet sich nichts zu erinnern.

IV. Schulhausbaufonds.

Herr Rathe: Ich möchte anregen, die Ausgabe von 30 000 M für Erweiterungsbauten im Bürgerpark angesichts des vorliegenden Bahnhofiprojektes einstweilen zurückzustellen, da man zu einem ganz anderen Ausbau des Parks übergehen muß, wenn der Bahnhof zur Ausführung kommt.

Herr Oberbürgermeister Kete Meyer: Darauf kann ich eine Antwort nicht geben. Wenn Herr Rathe das für angemessen hält, mag er einen entsprechenden Antrag stellen.

Herr Koch: Schon vor einigen Jahren wollte Herr Rathe die Summe für den Ausbau des Bürgerparks ermäßigen, jedoch hat er damit in der Versammlung keinen Anklang gefunden. Ich bitte auch jetzt, die ausgeworfene Summe bestehen zu lassen, denn jeder hat ein Interesse daran, daß der Park weiter kommt. Es liegt im Interesse der ganzen Bürgerschaft, daß der Park demnächst seiner Vollendung entgegengeht.

Der Antrag Rathe wird darauf abgelehnt.

An die Voranschläge für die Kanalbaukasse, das Schlachthaus, die Kasse für Wohlfahrtseinrichtungen, und die Kreiskommunalkasse werden Bemerkungen nicht geknüpft.

Der weitere Antrag des Magistrates, die Voranschläge der gedachten Kassen nach Maßgabe des Entwurfs festzustellen und gleichzeitig die Zustimmung dazu zu erteilen, daß die Kanalabgabe wiederum auf den diesjährigen Betrag von 2,5 %

des Grundsteuerekapitals festgestellt werde, findet ebenfalls die Genehmigung der Versammlung.

Damit ist die Beratung des Haushaltsplanes beendet.

II. Gemeindefkirchensteuer für 1906/07.

Das Kirchenfassenkollegium hat bei Vorlegung des Entwurfs zum Generaletat der Gemeinde Kirchentasse für das Rechnungsjahr 1906/07 beantragt, den aus dem Abschlusse sich ergebenden Fehlbetrag von 98500 M durch Ausschreibung einer Gemeindefkirchensteuer aufzubringen. Der Magistrat hat die sämtlichen Ausgabeposten des Etatsentwurfs als zu ordnungsmäßiger Befriedigung der Bedürfnisse der hiesigen Stadtkirchen erforderlich anerkannt und gibt anheim zuzustimmen, daß für das kommende Rechnungsjahr die Gemeindefkirchensteuer wie im laufenden Jahre in Höhe von 6 % der auf die Pflichtigen veranlagten Beiträge zur Gemeindeeinkommensteuer ausgeschrieben werde. Unter den Ausgaben finden sich u. a. die sechste Rate für den Neubau der Paulikirche mit 100 000 M, die Summe von 13 000 M für die Instandsetzung der Magnifikirche, die erste Rate für Instandsetzung der Türme der Andreaskirche mit 50 000 M und die erste Rate für den Neubau der Kirche für die Jakobigemeinde mit 100 000 M.

Herr Hauswaldt: Im Namen der Finanzkommission habe ich anheimzugeben, der Vorlage zuzustimmen. Leider stehen wir vor der Notwendigkeit, den schadhaft gewordenen Turm der Andreaskirche mit einem Kostenaufwande von etwa 200 000 M zu restaurieren. Die Ausgabe läßt sich nicht umgehen, da wohl kein Braunschweiger auf die Idee kommen wird, den Turm abzutragen.

Die Vorlage wird darauf genehmigt
und die Sitzung geschlossen.

Dauer von 4 bis gegen 8¹/₂ Uhr.

